

Caroline Milow

Die ukrainische Frage 1917–1923
im Spannungsfeld
der europäischen Diplomatie

Harrassowitz Verlag

Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München
Reihe: Geschichte

Herausgeber: Edgar Hösch und Hermann Beyer-Thoma

Band 68

2002

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Caroline Milow

Die ukrainische Frage 1917–1923
im Spannungsfeld
der europäischen Diplomatie

2002

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Redaktion: Reinhard Frötschner und Benedikt Praxenthaler.
Satz: Claudia Hübsch und Larissa Schulz.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <http://dnb.ddb.de>.

Dissertation zur Erlangung des Grades des Doktors der Philosophie der Philosophischen Fakultät III - Geschichte, Gesellschaft und Geographie der Universität Regensburg 1998.

© Otto Harrassowitz, Wiesbaden 2002

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmung und für die Einspeicherung in elektronische Systeme.
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.
Druck und Verarbeitung: Memminger MedienCentrum AG
Printed in Germany

www.harrassowitz.de

ISSN 0078-687X
ISBN 3-447-04482-9

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Die innenpolitische Entwicklung der Dnjepr-Ukraine	17
2.1. Die ukrainische Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts	17
2.2. Die Revolution von 1917 und die Entstehung der Ukrainischen Volksrepublik	21
2.3. Das ukrainische Hetmanat unter Pavlo Skoropads'kyj	36
2.4. Die Wiedergeburt der Ukrainischen Volksrepublik – die Zeit des Direktoriums	47
2.5. Die Entstehung der Sowjetukraine	56
3. Die ukrainische Frage in der internationalen Diplomatie	69
3.1. Die zunehmende Bedeutung der Ukraine im Jahr 1917	69
3.2. Der Abschluß des Vertrages von Brest-Litovsk zwischen der Ukraine und den Mittelmächten	91
3.3. Wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen der Ukraine und den Mittelmächten	115
3.3.1. Das Mantelabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn vom 21. Februar 1918	115
3.3.2. Das Paßwesen und die Passierschein-Bestimmungen für die Einreise in die Ukraine	120
3.3.3. Die Wirtschaftsverhandlungen in Kiew	124
3.3.4. Die Organisation zur Aufbringung von Getreide in der Ukraine ..	135
3.4. Frankreichs Beobachtungen im Jahr 1918	166
3.5. Die wichtigsten ukrainischen Missionen und ihre Vertreter – der Verlauf diplomatischer Beziehungen zwischen der Ukraine und dem Ausland am Beispiel Österreichs	173
3.6. Das Jahr der Entscheidung: 1919	192
3.7. Großbritannien, Frankreich und das Problem des „ungeteilten Rußland“	221
3.8. Die Ukraine und Rußland in den wirtschaftlichen Überlegungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges	244
3.9. Der Kampf um die diplomatische Anerkennung im Jahr 1920	255
3.10. Das Ende der ukrainischen Hoffnungen auf diplomatische Anerkennung	282
4. Die Frage Ostgaliziens und das ukrainisch-polnische Verhältnis in der europäischen Politik	294
4.1. Die Entstehung der Westukrainischen Volksrepublik	294
4.2. Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Ukrainern und Polen im Rahmen der Friedenskonferenz von Paris	308
4.3. Die Frage der Verwaltung Ostgaliziens	341

4.4. Das Problem Ostgalizien im Spiegel der ukrainischen Beschwerden an den Völkerbund zwischen 1920 und 1923	359
4.5. Die wirtschaftliche Bedeutung Ostgaliziens	374
4.6. Beobachtungen zur westukrainischen Exilpolitik	388
4.7. Politische Auseinandersetzungen in Ostgalizien	414
5. Schlußbetrachtung	434
Anhang	
Quellen- und Literaturverzeichnis	451
Quellen	451
Ungedruckte Quellen	451
Quellenpublikationen und Memoirenliteratur	454
Literatur	457
Nachschlagewerke	457
Monographien und Aufsätze	457
Abkürzungsverzeichnis	467
Kurzbiographien	468
Karten	543
Tabellen	548
Index	554

1. Einleitung

Das Scheitern des Moskauer Putsches und die Erklärung der Unabhängigkeit der Ukraine durch das Parlament in Kiew am 24. August 1991 rief vielen Westeuropäern die Existenz der Ukraine erst wieder ins Gedächtnis. Lange Jahre hatte man sich daran gewöhnt, allgemein von der Sowjetunion oder einfach von Russland zu sprechen; das 45-Millionen-Volk mit dem zweitgrößten europäischen Territorium spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle. Das gilt auch für die ukrainische Geschichte, die in Mittel- und Westeuropa als Gegenstand von Lehre und Forschung eher im Hintergrund blieb. ¹Wie ist eigentlich die weitgehende Nichtbeachtung der Ukraine zu erklären?

Aufgrund der geographischen Lage ihres Siedlungsgebietes ²standen die Ukrainer über Jahrhunderte im Schatten ihrer Nachbarn, der Polen und Russen. Nur für kurze Perioden ihrer Geschichte war ihnen ein selbständiger Staat vergönnt gewesen. Die dominierenden Nationen, ³Gesellschaften, Kulturen und Sprachen um sie herum übten große Anziehungskraft auf die ukrainische Oberschicht und sozial aufsteigende Bevölkerungsteile aus. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die territoriale Aufspaltung des ukrainischen Siedlungsgebietes. Es grenzt in Bessarabien und der Bukowina an das der Rumänen, in der Karpatho-Ukraine an das der Ungarn und Slowaken, von Galizien bis Chełm und Podlissien an das der Polen. Im Norden schließt sich daran die Grenze zu den Weißrus-

- 1 Dieser Zustand änderte sich aber in den letzten Jahren mit der Publikation einiger neuer Beiträge: KAPPELER, ANDREAS Rußland als Vielvölkerreich. München 1992; HAUSMANN, GUIDO / KAPPELER, ANDREAS Ukraine. Geschichte und Gegenwart eines neuen Staates. Baden-Baden 1993; GOLCZEWSKI, FRANK (Hrsg.) Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993; KAPPELER, ANDREAS Kleine Geschichte der Ukraine. München 1994; vgl. auch Jahrbücher der Geschichte Osteuropas, N.F. 45, 1997, Heft 1 mit folgenden Beiträgen: POTUL'NYCKYJ VOLODYMYR Das ukrainische historische Denken im 19. und 20. Jahrhundert: Konzeption und Periodisierung, S. 2–30; JOBST, KERSTIN S. Marxismus und Nationalismus: Julijan Bačyns'kyj und die Rezeption seiner „Ukraina irredenta“ (1895/96) als Konzept der ukrainischen Unabhängigkeit? S. 31–47; SIMONENKO, R.G. Nacional'no-kul'turnaja avtonomija na Ukraine v 1917–1918 godach, in: Voprosy Istorii, 7. Moskva 1997, S. 50–63.
- 2 MIRČUK, IVAN (Hrsg.) Handbuch der Ukraine. Leipzig 1941; KORDUBA, M. Territorium und Bevölkerung der Ukraine. Ein geographisch-statistischer Beitrag. Wien 1919; KUBLOWYTSCH, W. Die Verteilung der Bevölkerung in der Ukraine. Beiträge zur Ukrainekunde des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Berlin. Berlin 1934; DERS. Atlas Ukraïny j sumežnych kraïv. L'vov 1937; DERS. Geografija Ukraïny j sumežnych kraïv. Krakiv-L'viv ²1943; PAUSER, F. Die Ukraine. Berlin 1943; SIMPSON, GEORGE W. Ukraine: a series of maps and explanations indicating the historic and contemporary geographical position of the Ukrainian people. Augsburg 1946; Ukraine and its people, a handbook with maps, statistical tables and diagrams. München 1949; VOWLES, HUGH P. The Ukraine and its people. London 1939.
- 3 Vgl. zu dem Begriff „dominierende“ und „kleine“ Nationen: HROCH, MIROSLAV Social Preconditions of National Revival in Europe. A Comparative Analysis of the Social Composition of Patriotic Groups among the Smaller European Nations. Cambridge 1985.

sen, im Osten diejenige zu den Russen und im Süden zu den Krimtataren an. Die ethnischen Grenzen waren immer fließend, das heißt, Ukrainer lebten als Minderheit unter ihren Nachbarn, und umgekehrt Russen, Juden, Deutsche, Polen, Weißrussen, Rumänen, Griechen, Bulgaren und Tschechen unter ihnen. Dieses große Siedlungsgebiet der Ukrainer führte dazu, daß es im Laufe der Jahrhunderte zum Teil zum Großfürstentum Litauen bzw. Ab der Union von Lublin 1569 zum Königreich Polen, zum Teil ab 1654 zum Russischen Reich und ab der ersten Teilung Polens 1772 zum Teil zum Habsburgerreich gehörte. Weder dem russischen noch dem polnischen Territorium zugehörig war bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die südliche Ukraine, die vom 16. Jahrhundert bis 1775 in der Kosakenrepublik der Zaporoger Sič politisch organisiert bzw. Teil der türkisch-tatarischen Besitzungen nördlich des Schwarzen Meeres war. Sie wurde nach ihrer Eroberung durch das Russische Reich zum sogenannten Neurußland (Novorossija).

In dieser Arbeit möchte ich mich mit der ukrainischen Frage zwischen 1917 und 1923 im Rahmen der europäischen Diplomatie beschäftigen. Es soll hier um die Rolle der Ukraine im Kalkül europäischer Staatsmänner und Diplomaten gehen. Der Zeitrahmen der Untersuchung wurde deshalb so gewählt, da sich die Ukraine 1917 durch die Einberufung der Central'na Rada, dem ukrainischen Parlament, zum ersten Mal seit Jahrhunderten als selbständige Einheit wieder zusammenfand. 1923 hingegen markiert erst einmal das Ende der ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen nach der russischen Revolution, die endgültige Aufnahme der Ukraine in den Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken und die Entscheidung des Botschafterrates Ostgalizien polnischer Verwaltung zu unterstellen.

Ich habe meine Arbeit in zwei Teile gegliedert, einen innenpolitischen und einen außenpolitischen. Die Aufgabe des innenpolitischen Kapitels besteht darin, dem Leser den notwendigen Hintergrund zu vermitteln, damit er die außenpolitischen Ereignisse besser einordnen kann. Es erhebt keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit, da es genügend Darstellungen der ukrainischen Innenpolitik⁴ gibt. Eine weitere Gliederung

4 Als Einstieg in die Materie erwiesen sich folgende Bibliographien als sehr nützlich: LAWRYNENKO, JURIJ *Ukrainian Communism and Soviet Russian policy toward the Ukraine. An annotated bibliography 1917–1953.* New York 1953; MAGOCSI, ROBERT PAUL *Carpatho-Rusyn studies. An annotated bibliography.* New York 1988; PENDZEY, LUBA (Hrsg.) Paul Robert Magocsi: *a bibliography 1964–1985.* Toronto 1985; PIDHAINY, OLEG S. *The Ukrainian Republic in the Great East European Revolution. A bibliography.* Toronto, New York 1975; ROZEN, S. *Opyt bibliografii po istorii revoljucii na Ukraine.* Periodika in: *Letopis' revoljucii*, no 3–4, S. 231–265, no 5, S. 198–208, no 6, S. 190–203, 1926. Verwiesen sei hier nur auf eine kleine Auswahl zur Geschichte der Ukraine: ALLEN, W.E.D. *The Ukraine. A history.* New York 1963; ARMSTRONG, JOHN A. *Ukrainian nationalism.* New York² 1963; DOROŠENKO, DMYTRO *A survey of Ukrainian history*, edited, updated (1914– 1975) by Oleh W. Gerus. Winnipeg 1975; DERS. *Die Ukraine und das Reich. Neun Jahrhunderte deutsch-ukrainischer Beziehungen* Leipzig 1941; DERS. *Narys istorii Ukraïny*, 2 Bde. Warschau 1932/33; HRUŠEV'S'KYJ, MYCHAJLO *A history of Ukraine*, o.O. 1970; HUNCZAK, TARAS (Hrsg.) *The Ukraine 1917–1921: a study in revolution.* Cambridge/Mass. 1977; KRUPNYCKYJ, BORYS *Geschichte der Ukraine.* Leipzig

der Arbeit wurde durch die schon erwähnte Teilung der ukrainischen Lande in die West- und die Ostukraine vorgegeben. Dabei ist das Territorium der Westukraine mit demjenigen Ostgaliziens identisch, wie auch das der Ostukraine mit dem der Dnjepr-Ukraine, benannt nach dem größten Fluß Dnjepr (im Russischen Dnepr). Vor allem von Seiten der alliierten und assoziierten Mächte des Ersten Weltkrieges wurde auch der Terminus „South-Russia“, „Russie du Sud“ oder „Russie meridionale“ (Süd-Rußland) verwendet. Hier wurde je nach politischer Betrachtungsweise verfahren.

Bei meinen Ausführungen stütze ich mich hauptsächlich auf Archivmaterial⁵ und auf Mikrofilmeditionen von englischen und amerikanischen Quellen.⁶ Den größten Teil der Informationen erhielt ich jedoch aus den Beständen des Österreichischen Staatsarchivs, und zwar aus dem Archiv der Republik und dem Verwaltungsarchiv. Das Kapitel III.3 hätte ohne das Material aus der Abteilung 03/Amt für Volksernährung, Kriegszentralen und dasjenige aus der Abteilung 05/Bundesministerium für Handel und Verkehr des Archivs der Republik nicht geschrieben werden können. Von unschätzbarem Wert erwies sich auch der Nachlaß Richard Riedel aus dem Verwaltungsarchiv. Meine Erkenntnisse über die westukrainische Exilpolitik (Kapitel 4.6. und 5.5.) verdanke ich der Auswertung der Akten der Abteilung 01/Äußeres des Archivs der Republik, vor allem den Liassen Ukraine, Polen, Tschechoslowakei und Österreich sowie den Berichten aus Lemberg und Warschau.

Mit der Politik der Mittelmächte nach der deutsch-österreichisch-ungarischen Besetzung der Ukraine habe ich mich nur am Rande beschäftigt. Die entscheidenden Quellen hierfür wurden bereits 1967 in einer sehr verdienstvollen vierbändigen Ausgabe von Hornykiewicz herausgegeben und liefern eine genaue Vorstellung von den Geschehnissen in der Ukraine.⁷

Da sehr viele Faktoren, vor allem aber die Geschichte und die Befindlichkeiten der Nachbarn der Ukrainer eine Rolle spielten, ist es angebracht, einen zusammenfassenden

1939; KRYP'JAKEVYČ, I. Istorija Ukraïny, vyd. 2. L'viv 1991; NAHAJEVS'KYJ, I. History of the modern Ukrainian state 1917–1923, München 1966; PIDHAINY, OLEG S. The formation of the Ukrainian Republic, Toronto. New York 1966; POLONSKA-VASYLENKO, NATALIJA Geschichte der Ukraine. München 1988; RESHETAR, JOHN The Ukrainian Revolution 1917–1920. New York 1952; RUDNYCKY, IVAN L. (Hrsg.) Rethinking Ukrainian History. Edmonton 1981; SUBTELNY, OREST Ukraine. A history. Toronto 1989; SUPRUNENKO, M.I. Istorija Ukrainskoj RSR. Kyïv 1967.

- 5 Riksarkivet Stockholm, Österreichisches Staatsarchiv Wien, Archives Nationale Paris; Archives de Ministère des Affaires étrangères Paris, Archives de Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget Bercy/Paris. Völkerbundarchiv Genf.
- 6 British Foreign Office: Russia Correspondence 1883–1948; Records of the Department of State relating to internal affairs of the Ukraine: 1918–1949; US Military Intelligence Reports, The Soviet Union: 1919–1941. Die genannten Filme sind in der Staatsbibliothek München zugänglich.
- 7 HORNYKIEWICZ, T. Ereignisse in der Ukraine 1914–1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe, 4 Bde. Philadelphia 1967.

Überblick über die grundlegenden Ereignisse der ukrainischen Geschichte zu geben, die auch die Vorgänge in der Zwischenkriegszeit beeinflussen.

Durch das historische Mißverständnis des Vertrages von Perejaslav 1654, das zur Einverleibung der linksufrigen Ukraine in den russischen Staat führte, war – nach ukrainischer Meinung – eine gute Chance zunichte gemacht worden, einen eigenen ukrainischen Staat zu gründen. Dieser hätte aus dem Kosaken-Territorium am mittleren und unteren Dnjepr, dem Grenzgebiet des polnisch-litauischen Reiches, hervorgehen können. Das Kosakentum breitete sich zu beiden Seiten des Dnjepr nach Süden hin aus und wurde zum Zufluchtsort für die vom polnischen Adel unterdrückten Bauern. Natürlich rückte der polnische Adel auch in dieses sogenannte „wilde Feld“ nach und setzte dort die Nutzung vom polnischen König verliehener Ländereien durch. Damit verloren die einfachen Kosaken das Recht zur Jagd und sonstigen Steppennutzung und damit ihre Lebensgrundlage. Es blieb ihnen nur die Möglichkeit, weiter in die Steppe zu ziehen oder aber sich in die permanenten Kosakeneinheiten, die sogenannten Registerkosaken, aufnehmen zu lassen. Die Spannungen entluden sich 1648 durch einen Aufstand in der Ukraine, an dem nicht nur die Kosaken beteiligt waren. Er richtete sich gegen den polnischen Staat und den verhaßten polnischen Adel. Im Zuge dieses Aufstandes schloß der Hetman Bohdan Chmel'nyč'kyj 1654 den Vertrag von Perejaslav mit dem russischen Zaren Alexej. Die Ukrainer sahen diesen Pakt als einen Vertrag unter Gleichen, als Militärkonvention an, die zwar eine Unterordnung des ukrainischen Hetmanats unter die Oberhoheit des Zaren mit sich brachte, nicht aber die Aufgabe der Selbständigkeit bedeutete. Von russischer Seite hingegen wurde der Vertrag als erster Schritt zur Inkorporierung der Ukraine betrachtet. Mit den Vereinbarungen des Jahres 1654 wurde ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte der Ukraine und Osteuropas erreicht; seither war die ukrainische eng mit der russischen Geschichte verbunden. In den fünfziger und sechziger Jahren des 17. Jahrhunderts wurde die Ukraine zum Schauplatz ständiger Kämpfe zwischen den Ukrainern, dem Moskauer Reich und Polen-Litauen. Schließlich jedoch verständigten sich die beiden letztgenannten im Waffenstillstand von Andrusovo 1667 und teilten das ukrainische Hetmanat am Dnjepr. Polen verzichtete auf die linksufrige Ukraine und für zwei Jahre auf das am rechten Ufer gelegene Kiew; Moskau gab es in der Folge aber nicht wieder heraus. Die Zaporozher Sič am unteren Dnjepr kam unter das gemeinsame Protektorat der beiden Mächte. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts eroberte Rußland stückweise den größten Teil der Ukraine. Mit dem Erwerb von „Malaja Rossija“ (Kleinrußland) war der Beginn einer langen Folge von Türkenkriegen verbunden, da das Krimkhanat und die Steppengebiete nördlich des Schwarzen Meeres unter der Oberhoheit des osmanischen Sultans standen. Der größte Gebietserwerb für Rußland erfolgte unter Katharina II. Nach der russischen Besetzung beraubte man das linksufrige Kosakenland seiner Autonomien und ersetzte die bisherige Verwaltung auf der Grundlage der kosakischen Militärbezirke durch die normale Gouvernementsverwaltung. Der letzte Hetman gab 1764 seine Stellung auf. Unter Katharina II. kam es auch zur endgültigen Ausbildung der Leibeigenschaft im gesamten Russischen Reich, einschließlich der

Ukraine, wo sich die Bauern bis dato noch einige Freiheiten hatten bewahren können.⁸ Die Kosakenoberschicht wurde mit allen Vergünstigungen in den russischen Adel aufgenommen. Die gute Schulausbildung der ukrainischen Oberschicht ermöglichte ihr eine Karriere in der russischen Verwaltung auch außerhalb des Hetmanlandes. So begann die Abwanderung der gebildeten Schicht nach Rußland, die das ganze 19. Jahrhundert über anhielt und sich bis in die Sowjetzeit fortsetzte. Diese Abwanderung erschwerte die nationale Selbstfindung und machte es den Nachbarn der Ukrainer leicht, ein Überlegenheitsgefühl gegenüber dem „Bauernvolk“ zu kultivieren.

Die polnischen Teilungen und die Türkenkriege der Regierungszeit Katharinas II. legten die politische Zugehörigkeit des größten Teils der Ukraine bis zum Ersten Weltkrieg fest. 1772 ging Galizien an Österreich, 1793 und 1795 verlebte sich Rußland Wolhynien und Podolien ein.

Der Erste Weltkrieg führte zu einer Internationalisierung der ukrainischen Frage, denn Rußland sah nun in der ukrainischen Nationalbewegung den langen Arm Deutschlands und Österreich-Ungarns, Wien hingegen vermutete hinter den Aspirationen der Ukrainer in der Habsburgermonarchie die panslawische Agitation Rußlands. Während des Krieges standen die Ukrainer zwischen allen Fronten und hatten Mühe, ihre Stellung zu behaupten. Mit dem Ausbruch der Russischen Revolution konstituierte sich auch eine ukrainische Nationalbewegung in der Dnjepr-Ukraine, die ihren Ausdruck in der Einberufung eines nationalen Kongresses in Kiew fand. Aus dieser Vertretung von Arbeitern, Bauern, Soldaten und verschiedenen ukrainischen Verbänden entwickelte sich die Central'na Rada, das Parlament der Ukraine. Durch vier Universale (Dekrete) vollzog die Rada den Schritt von der Eigenverantwortlichkeit des ukrainischen Volkes für sein Schicksal (Erstes Universal vom 23. Juni 1917) über die Schaffung der Grundlage einer Konstitution (Zweites Universal vom 16. Juli 1917) und die Proklamation der Ukrainischen Volksrepublik (Drittes Universal vom 19. November 1917) zur endgültigen Trennung der Ukraine als selbständiger Staat von Rußland (Viertes Universal vom 22. Januar 1918). Unterbrochen wurden diese konstitutionellen Zwischenstufen vom Kampf der Ukrainischen Volksrepublik gegen die Bol'ševiki, die sich nicht der Rada unterordnen wollten. Die Bol'ševiki wurden von ihren russischen Parteigenossen unterstützt, die der

8 Allgemeines Russisches Landrecht, aus dem Russischen ins Teutsche übersetzt von Burcard Gotthelf Struvens. Dantzig 1723; BOŠKOVSKA, NADA „Dort werden wir selber Bojaren sein“: Bäuerlicher Widerstand im Rußland des 17. Jahrhunderts, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, N.F. 55, 1989, H. 3; ENGELMANN, JOHANNES Die Leibeigenschaft in Rußland – Eine rechtshistorische Studie. Leipzig 1884 [Repr. Aalen 1965]; GOEHRKE, CARSTEN Die Theorie über die Entstehung und Entwicklung des mir. Wiesbaden 1964; DERS. Die Wüstungen in der Moskauer Rus'. Studien zur Siedlungs-, Bevölkerungs- und Sozialgeschichte. Wiesbaden 1968; GRECKOW, B.D. Die Bauern in der Rus'. Von den ältesten Zeiten bis zum 17. Jahrhundert. Berlin (Ost) 1959; HELLER, KLAUS Russische Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1: Die Kyiver und die Moskauer Periode (9.–17. Jhd.). Darmstadt 1987; PIPES, RICHARD Rußland vor der Revolution: Staat und Gesellschaft im Zarenreich. München 1977.

Rada ein Ultimatum stellten, die ukrainische Eigenstaatlichkeit nicht weiterzuverfolgen. Als dieses Ultimatum mit dem Vierten Universal beantwortet worden war, brach im Dezember 1917 der erste russisch-ukrainische Krieg⁹ aus. In seinem Verlauf mußten die ukrainische Regierung, das Generalsekretariat, und die Zentralrada aus Kiew fliehen. Nach Abschluß des Vertrages von Brest-Litovsk setzten die Truppen der Mittelmächte, die im März 1918 Kiew zurückeroberten, die ukrainische Regierung wieder ein. Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen der demokratischen Rada und den deutschen Militärvertretern kam es zu einem Regierungswechsel. Am 29. April 1918 ließ sich Pavlo Skoropads'kyj von der Liga der Landbesitzer mit Unterstützung der Deutschen zum Hetman des ukrainischen Staates proklamieren. Durch den Zusammenbruch der Mittelmächte war das Ostheer gezwungen, die Ukraine zu verlassen; der Hetman, der ohne die deutsche Unterstützung nicht regieren konnte, ging nach Deutschland ins Exil. Die neue ukrainische Regierung nannte sich Direktorium und versuchte, über Verhandlungen mit der Entente die Position der Ukraine zu verbessern. Man richtete ukrainische Vertretungen in allen wichtigen europäischen Hauptstädten ein und sandte auch eine Delegation zu den Friedensverhandlungen nach Paris. Die Außenpolitik des Direktoriums wurde allerdings massiv durch die andauernden Kämpfe gegen die russischen Bol'sheviki geschwächt. Zudem versuchten ukrainische Bol'sheviki eine eigene ukrainische Sowjetrepublik¹⁰ gemäß dem russischen Vorbild aufzubauen. Ich habe diesen Teil der Arbeit bewußt kurz gehalten, da es bereits eine ausgesprochen erschöpfende Arbeit von Borys über die Sowjetisierung der Ukraine gibt, die auch dem westeuropäischen Leser leicht zugänglich ist.¹¹

- 9 Die einschlägige Quellenedition hierzu ist: *Graždanskaja vojna na Ukraïne 1918–1920. Sbornik dokumentov i materialov v trech tomach, četyrech knigach*. Kiev 1967. Als Literatur zu diesem Thema ist vor allem zu nennen: ADAMS, ARTHUR *Bolsheviks in the Ukraine: The second campaign 1918–1919*. New Haven/Conn. 1963; BORODIN, A.A. (Hrsg.) *V borbe za vlast' sovetov na Ukraïne*. Kiev 1977; KULCHYCKY, GEORGE PETER *The Ukrainian insurgent movement 1919 to 1926*. Georgetown University Ph.Diss. 1970; OMEL' JANOVYČ-PAVLENKO, M. *Ukraïnsko-pol'ska vijna 1918–1919*. Prag 1929; UDovyčenko, OLEKSANDER *Ukraïna u vijni za deržavnist'.* Istorija orhanizacija i bojovych dij ukraïns'kych zbrojnych syl 1917–1921. Vinnipeg 1954.
- 10 BABIJ, BORYS M. *Miscevi orhany deržavnoi vldy Ukraïns'koï RSR v 1917–1928 rr.* Kiev 1956; BAŽAN, MYKOLA P. (Hrsg.) *Ukraïns'ka radjans'ka socialistyčna respublika*. Kyïv 1969; BELOUSOV, SEMEN M. *Vozz-jednannja ukraïns'koho narodu v jedynij ukraïns'kij Radjans'kij deržavi*. Kyïv 1951; *Istorija Ukraïns'koï RSR u dvoch tomach*. Kyïv 1977; JAKUBOVSKAJA, S.I. *Ob-edinitel'noe dviženie za obrazovanie SSSR (1917–1922)*. Moskva 1947; MANNING, CLARENCE *Ukraine under the Soviets*. New York 1953; DERS. *Twentieth-Century Ukraine*. New York 1951; MAZEPA, ISAAK *Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine*. Berlin 1923.
- 11 BORYS, JU. *The sovietization of Ukraine 1917–1923. The communist doctrine and practice of national self-determination*. Edmonton² 1980; Ergänzend dazu: DMYTRYSHYN, BASIL *Moscow and the Ukraine 1918–1953. A study of Russian Bolshevik Nationality Policy*. New York 1956; *Do istorii peršoho periodu radjans'koï vldy na Ukraïni*. Charkiv 1927; LUTHER, MICHAEL

Die Lage der bürgerlichen Ukraine wurde immer prekärer. Petljura, der Kopf des Direktoriums entschied sich deshalb für ein Bündnis mit Polen. Im Vertrag von Warschau vom 22. April 1920 verzichtete er gegenüber Polen auf die Westukraine, die sich am 22. Januar 1919 mit der ostukrainischen Volksrepublik vereinigt hatte. Damit brachte er aber nicht nur die Westukrainer gegen sich auf, sondern auch den Großteil der ostukrainischen Bevölkerung, welche die jahrhundertelange Unterdrückungspolitik der Polen nicht vergessen hatte. In den nun folgenden harten Kämpfen gelang es den verbündeten Ukrainern und Polen zuerst, die Rote Armee nach Osten abzudrängen und Kiew zurückzuerobern. Doch in einer beispiellosen Offensive, unterstützt von der Bevölkerung und auch von konservativen Kreisen, gelangte die Rote Armee bis vor die Tore Warschaus. Im Friedensvertrag von Riga vom 18. März 1921 trennte sich Polen von seinem Bundesgenossen und versuchte, bestmögliche Grenzen bestätigt zu bekommen. Petljura und die ukrainische Führung konnten sich in der Ukraine nicht mehr halten und gingen ins Exil, zuerst nach Warschau, später verteilte man sich über Prag, Wien, Berlin und Paris. In der Ukraine selbst hatte sich in der Zwischenzeit eine sowjetische Führung, zuerst unter P'jatakow, dann unter Rakovs'kyj etabliert. Mit dem Vertrag über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. Dezember 1922 endete die selbständige Politik der Sowjetukraine. Die wichtigsten Staatsaufgaben – wie Außenpolitik, Wirtschaft, Verteidigung, Finanzen – wurden der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken übertragen. Mit der ersten Verfassung vom 1. Januar 1924 wurde die UdSSR ins Leben gerufen.

In der Westukraine haben wir ebenfalls eine konstitutionelle Entwicklung, die am 20. Oktober 1918 in der Errichtung der Westukrainischen Volksrepublik gipfelte.¹² Von Anfang an hatte dort die ukrainische Bewegung gegen einen starken polnischen Gegner zu kämpfen, der Ostgalizien für sich beanspruchte. Polen war in diesem Kampf weit besser gerüstet als die Ukrainer. Durch die guten Verbindungen der polnischen Exilpolitiker und durch die Waffenhilfe, die sie durch die Alliierten erhielten, wurden die Ukrainer bald gezwungen, Lemberg, die Hauptstadt ihrer neugeschaffenen Regierung Petruševyč, zu verlassen.

Der außenpolitische Teil der Arbeit beleuchtet das Verhältnis der Mittelmächte und der europäischen Staaten England und Frankreich sowie der Vereinigten Staaten zur Ukraine. Es ging vor allem um den Aufbau eines ukrainischen diplomatischen Netzes, das über ganz Europa gespannt werden sollte, um die Ansprüche der Ukrainer publik zu

M. The birth of Soviet Ukraine. Colombia University Ph.Diss. 1962; MAJSTRENKO, IVAN Borot'bism. A chapter in the history of Ukrainian communism. New York 1954; SULLIVANT, R.S. Soviet politics and the Ukraine 1917–1957. New York, London 1961.

12 Ein Standardwerk ist hier immer noch: KUTSCHABSKY, WASIL Die Westukraine im Kampf mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918–1923. Berlin 1934. Vgl. auch: LOZYN'S'KYJ, MYCHAJLO Halyčyna v rr. 1918–1920. Wien 1922; STACHIV, M. Zachidnja Ukraïna v deržavnim budivnyctvi ta oboroni. Narys istorii deržavnoho budivnyctva za zbrojnoi i dyplomatyčnoï oborony 1918–1923. Scranton 1959.

machen und Unterstützung zu erhalten. Die ukrainischen Diplomaten setzten alles daran, die Frage der Anerkennung der ukrainischen Selbständigkeit und Souveränität positiv beantwortet zu bekommen. Im Sommer 1917 waren sie schon weit in ihren Verhandlungen, vor allem mit Frankreich, fortgeschritten. Paris entsandte Ende 1917 General Tabouis als Kommissar der Französischen Republik nach Kiew, Großbritannien folgte mit der Entsendung von Picton Bagge diesem Beispiel. Doch die erste Invasion der Ukraine durch die Bol'sheviki und der darauf folgende Vertrag von Brest-Litovsk vom 9. Februar 1918 mit den Mittelmächten beendeten die guten Beziehungen zu den Ententemächten. Trotz großer Anstrengungen konnten die Ukrainer nie wieder an diese Erfolge anknüpfen. Zudem stellte sich ihre außenpolitische Lage als sehr kompliziert dar, denn es existierten zwei ukrainische Republiken – die Ukrainische Volksrepublik und die Westukrainische Volksrepublik – die mit eigenen Vertretungen jeweils für sich selbst sprachen. Dies machte auch die Lage für die übrigen beteiligten Mächte schwieriger, denn man konnte nicht von einer einigen ukrainischen Politik sprechen. Am Beispiel Großbritanniens läßt sich dies besonders exemplarisch herausarbeiten. Während England ein erklärter Verfechter eines einigen und ungeteilten Rußlands war, damit jegliche in seinen Augen separatistische Bewegung wie diejenige der Ukrainer strikt ablehnte und deshalb General Denikin und seine Freiwilligenarmee unterstützte, zeigte es sich überaus interessiert an der ukrainischen Frage in Ostgalizien. Da Frankreich in dem Streit um das ehemalige österreichische Kronland eindeutig auf Seiten Polens stand und drohte, zusammen mit Polen eine den Kontinent beherrschende Stellung einzunehmen, machte sich London – wenigstens teilweise – zum Fürsprecher der ukrainischen Ansprüche auf Ostgalizien.

Ferner habe ich die ukrainische Haltung in den Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen unter alliierter Aufsicht und diejenige auf der Friedenskonferenz in Paris untersucht. Außerdem verfolgte ich die Politik der Ukrainer im Völkerbund. Es fällt zudem auf, daß ukrainische Politik durch die Ententemächte eigentlich immer nur betrieben wurde, um damit andere Ziele zu erreichen; Selbstzweck war sie nie. Nicht zuletzt ging es mir darum, die Konzeption der ukrainischen Außenpolitik deutlich zu machen und die wirtschaftlichen Verflechtungen aufzuzeigen. Es gelang den Ukrainern immer dann, außenpolitische Erfolge oder Vergünstigungen zu erringen, wenn ihr Verhandlungspartner wirtschaftlich an der Ukraine interessiert war. Das beste Beispiel hierfür sind die Verhandlungen mit den Mittelmächten und das ausgedehnte Vertragswerk, das in diesem Zusammenhang entstand. In ähnlicher Weise verhielt es sich bei den Verhandlungen mit der Entente. Frankreich setzte deshalb alles daran, daß die Polen und nicht die Ukrainer Ostgalizien zugesprochen bekamen, weil es an den Ölquellen von Drohobyč interessiert war. England wiederum nahm, nachdem es erkannt hatte, daß es ein Zarenreich nicht mehr geben würde, als erstes westeuropäisches Land offizielle Handelsverbindungen mit Sowjetrußland auf. Man sah die ungeheuren Möglichkeiten, die mit den russischen Rohstoffen verbunden waren, und da man es gewohnt war, mit einer russischen Zentralgewalt zu verhandeln, kümmerte man sich nicht weiter um die Peripherie. Die Angebote der Moskauer Sowjetregierung waren verlockender als alles, was die Ukrainer bieten konnten. Am 16. März 1921 wurde der sowjetrussisch-britische Handelsvertrag unterschrieben.

Ihm folgten Verträge mit fast allen anderen europäischen Staaten; erst allmählich konnte sich die Sowjetukraine als zweiter Partner hinter Moskau etablieren.

Die Namen der in der vorliegenden Arbeit vorkommenden Personen ukrainischer, russischer und weißrussischer Nationalität werden, sofern sie aus der Literatur bekannt sind oder mittels Nachschlagewerken überprüft werden konnten, entsprechend den im deutschsprachigen Raum gültigen Grundsätzen zur wissenschaftlichen Transliteration ukrainischer, russischer und weißrussischer Texte wiedergegeben. Falls die korrekte Schreibweise einzelner Personennamen nicht überprüft bzw. ermittelt werden konnte, so wurde die in der jeweils relevanten Quelle verwendete Schreibweise übernommen und darauf im Anmerkungsapparat hingewiesen.

Bei geographischen Bezeichnungen wie Ortsnamen verwende ich in der Regel die Namensform, die heute in dem Staat, in dem sich der betreffende Ort oder Fluß gegenwärtig befindet, offiziell gültig ist. Von diesem Grundsatz ausgenommen sind sowohl sämtliche Länder, Regionen, Flüsse und Meere als auch die Städte, die entweder unter einem deutschen Namen allgemein bekannt sind wie zum Beispiel Belgrad (Beograd), Bukarest (Bucureşti), Kiew (Kyïv, Kiev), Lemberg (L'viv, L'vov, Lwów), Moskau (Moskva), Prag (Praha), Riga (Rīga) und Warschau (Warszawa) oder die aufgrund des historischen Kontextes, in dem sie in dieser Arbeit genannt werden, wegen ihrer besonderen Bedeutung entsprechend mit ihrer historischen Namensform zu bezeichnen waren wie beispielsweise Brest-Litovsk (Brest), Cholm (Chełm), Katerynoslav (Dnipropetrovs'k) oder Konstantinopel (Istanbul). Im Falle von St. Petersburg/Petrograd (Sankt-Peterburg) kommen beide Ausnahmekriterien zusammen, weshalb beide Namensformen gemäß dem historischen Kontext Verwendung finden. Zwecks leichter Verständlichkeit und Orientierung findet sich in Zitaten jeweils hinter der ersten Nennung der in der Quelle verwendeten Namensform in Klammern die aktuelle Bezeichnung. Umgekehrt wurde hinter den heute gültigen Ortsnamen auch die deutsche bzw. allgemein die historische Namensform in Klammern gesetzt, wenn der Ort über eine solche verfügt und wie beispielsweise im Falle von Gdańsk (Danzig), Tallinn (Reval), Vilnius (Wilna) und Wrocław (Breslau) unter diesem Namen im deutschsprachigen Raum eher bekannt ist.

Alle im Text vorkommenden Daten werden nach dem Gregorianischen Kalender aufgeführt. Daten, die den Quellenangaben folgen, geben immer die Zeit der Entstehung, nicht die des Eingangs der Schriftstücke an.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Völkl, der mir stets mit einem guten Rat zur Seite stand und mit dem ich über die Jahre viele fruchtbare Diskussionen führte. Ich habe sehr viel von ihm gelernt und möchte mich auf diesem Wege herzlich bedanken. Ebenso zu Dank verpflichtet bin ich Herrn Prof. Dr. Volkert, der sich bereit erklärte, die Zweitkorrektur zu übernehmen. Großer Dank gebührt

schließlich auch Reinhard Frötschner für seine unermüdliche redaktionelle Bearbeitung meines Manuskripts.

Von unschätzbarem Wert erwies sich das Promotionsstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München. Ohne diese großzügige Förderung hätte ich meine Archivreisen niemals machen und diese Arbeit nicht schreiben können.

Auf diesem Wege möchte ich mich auch noch einmal ganz besonders bei den Archivaren des Österreichischen Staatsarchivs, Archiv der Republik bedanken, die durch ihre Begeisterungsfähigkeit und Hilfsbereitschaft einen Großteil zu dieser Dissertation beige-tragen haben. Ebenso verbunden fühle ich mich den Mitarbeitern der Universitätsbibliothek Regensburg, Abteilung Fernleihe, und den Damen der Stadtbibliothek Miesbach, die aus den entlegensten Winkeln der Welt Literatur aufgespürt haben. Dr. Franz von Klimstein verfertigte die Karten für diese Arbeit, wofür ich ihm großen Dank schulde. Nicht zuletzt danke ich allen Freunden und vor allem meinen Eltern, die mir mein Studium überhaupt ermöglicht haben.

2. Die innenpolitische Entwicklung der Dnjepr-Ukraine

2.1. Die ukrainische Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Um die Jahrhundertwende erlebte die Ukraine einen nationalen Aufschwung und eine immense Aktivierung des öffentlichen Lebens.¹ Eine vollkommene Unterdrückung durch den zaristischen Staat wie zuvor war nicht mehr möglich. Aus Anlaß eines Besuches des Grabes von Taras Ševčenko in Kaniv wurde 1891 die Vereinigung *Bratstvo tarasivci* (Bruderschaft von Taras) durch ukrainische Studenten und Aktivist*innen, die sich für die Bürgerrechte einsetzten, gegründet. Die Bruderschaft war eine kulturelle Organisation, die auch politische Forderungen stellte: Befreiung der ukrainischen Nation von der russischen Bevormundung, Autonomie für die Völker des Russischen Reiches und soziale Gerechtigkeit. Charkiv wurde bis zur Inhaftierung der Mitglieder im Jahr 1893 zum Zentrum der Bruderschaft, die später ihre Aktivitäten auch nach Kiew, Odessa, Poltava, Lubny und Pryluky verlagerte. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, die Abwanderung der Jugend in russische radikale Vereinigungen zu stoppen. Noch hatte der Staat die machtpolitischen Möglichkeiten, den Verein 1897 zu verbieten, im Untergrund aber lebten diese Ideen weiter fort.

1897 fand sich der erste Allukrainische Kongreß der Vertreter der einzelnen Gesellschaften in Kiew zusammen. Aus der alten *Hromada*² ging „eine gesamtukrainische parteilose demokratische Organisation“³ hervor, deren Kiewer Zentralorgan die Aufgabe hatte, Verbindungen zwischen den einzelnen Provinzorganisationen und Einzelpersonen herzustellen. Der Kongreß von 1901 brachte eine weitere Konstituierung der Organisation. Dort wurde bestimmt, daß künftig nur mehr Delegierte organisierter ukrainischer Gesellschaften, nicht aber mehr Einzelpersonen teilnehmen durften. Daraufhin kam es zu einer Vielzahl von ukrainischen Vereinsgründungen in den Städten.

1900 wurde in Charkiv die erste ukrainische politische Partei gegründet. Die Revolutionäre Ukrainische Partei (RUP) war der Nachfolger der *tarasivci* und hatte sich als Losung die Unabhängigkeit der Ukraine und die Herbeiführung der Revolution zur nationalen und sozialen Befreiung des Volkes auf das Banner geschrieben. Diese Programmpunkte konnten nur durch die Schwächung Rußlands Wirklichkeit werden. Während die Treffen der Parteien⁴ geheim stattfanden, kam es auch zu öffentlichen kulturellen Veranstaltungen wie z.B. 1903 der Einweihung des Kotljarevs'kyj-Denkmal

1 Zur kulturellen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts siehe: Istorija Ukraïns'koi RSR, T. 3, S. 499–573.

2 Das ukrainische Wort *hromada* bedeutet eigentlich Gemeinde. Die *Hromada* war Organisation der ukrainischen Nationalbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert.

3 Krupnyckyj Geschichte der Ukraine, S. 269.

4 Z.B. Ukrainische Volkspartei, Ukrainische Sozialdemokratische Union (*Spilka*) [= Abspaltung des linken Flügels der RUP]; Ukrainische Demokratische Partei (1904). Vgl. KAPPELER Kleine Geschichte der Ukraine, S. 140.

mit Delegierten aus Galizien und der Bukowina. Auch begann man, die ukrainische Sprache wieder verstärkt zu verwenden, und sogar die russisch dominierten *zemstva* wollten sie in den Schulen einführen.

Das Jahr 1905 verlieh der ukrainischen Bewegung einen noch größeren Auftrieb. Nach der Veröffentlichung des zaristischen Manifestes vom 17. Oktober 1905, das die konstitutionellen, politischen und bürgerlichen Rechte und Freiheiten der gesamten Bevölkerung des Russischen Reiches verkündete, traten die ukrainischen Parteien allesamt in die Öffentlichkeit. Es kam zu einer Zunahme der ukrainischen Publikationstätigkeit und zu einer verstärkten Gründung von kulturellen und gesellschaftlichen Institutionen.

In der Staatsduma vom Frühjahr 1906 waren 40 ukrainische Abgeordnete vertreten, in der zweiten Duma sogar 47. Ihre Hauptarbeit bestand in der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen, z.B. für die Autonomie der Ukraine, die lokale Selbstverwaltung oder die Einführung der ukrainischen Sprache. Dieses alles wurde niemals verwirklicht, da der Zar die Duma zu schnell wieder auflöste. Die Stolypinsche Reaktion von 1907 hatte fatale Folgen für die Ukrainer. Das Wahlgesetz wurde so geändert, daß sie in der Dritten und Vierten Duma keine geschlossene Gruppe mehr bilden konnten, gleichzeitig setzte nun wieder eine verstärkte Verfolgung der ukrainischen Parteien mit sozialistischen Programmen ein.

Aber die ukrainischen Klubs und Aufklärungsgesellschaften durften ihre Tätigkeit fortsetzen. Der uneingeschränkte Führer der ukrainischen Bewegung war Prof. Hruševs'kyj, der bis 1905 in Galizien wirkte und erst dann sein Hauptbetätigungsfeld nach Kiew verlegte, wo er 1908 die Ukrainische Wissenschaftliche Gesellschaft ins Leben rief.⁵

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges traf die Ukrainer vollkommen unvorbereitet. Obwohl sie eine Loyalitätserklärung gegenüber der russischen Regierung abgaben, hatten sie unter harten Restriktionen zu leiden. Da ihre Landsleute auf der anderen Seite der Grenze in Ostgalizien, in der Bukowina und in der Karpatho-Ukraine unter österreichisch-ungarischer Herrschaft lebten, verdächtigte man sie des Landesverrates. Dies führte zu einem Umschwung in der ukrainischen öffentlichen Meinung: Nur eine russische Niederlage konnte der ukrainischen Sache nützen. Vor allem nach den Verfolgungswellen in der russischen Ukraine und im eroberten Galizien im Herbst 1914 verstärkte sich diese Auffassung. Professor Hruševs'kyj wurde nach Simbirsk verbannt, die letzten ukrainischen Zeitungen mußten ihr Erscheinen einstellen, und die letzte Prosvita-Gesellschaft starb. Galizien, das ukrainische Piemont, wurde von den russischen Unterdrückungsmaßnahmen des Generalgouverneurs Graf Aleksej Bobrinskij besonders hart getroffen. Kurzerhand erklärte er alles ukrainische für russisch und verleugnete so eine ganze Volksgruppe. Er liquidierte die ukrainische Presse und die öffentlichen Institutionen und verfolgte ganz besonders hart die unierte Kirche. Dies sollte später für die ukrainische Sache in Ostgalizien noch Folgen haben, denn die Polen und die Ententemächte machten sich diese Gedankengänge zu eigen und negierten nach

5 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 271–274.

diesem Vorbild das Vorhandensein der ukrainischen Mehrheit zugunsten der polnischen Bevölkerung. Im Frühjahr 1915 eroberten österreichische Truppen Ostgalizien zurück, was allerdings für die Ukrainer auch keine Erleichterung der Lage brachte, denn nun wurden sie als russische Kollaborateure verfolgt. Als Beweis hierfür nahm man den angeblich freiwilligen Rückzug eines Teiles der ukrainischen Bevölkerung mit den russischen Truppen; daß diese mit Gewalt verschleppt worden waren, wollte man nicht wahrhaben. Nicht anders als grotesk ist diese österreichische Politik zu bezeichnen, da sich die meisten der galizischen Ukrainer kaisertreu zeigten und gleich nach dem Ausbruch des Weltkrieges der Oberste Ukrainische Rat (Holovna Ukraïns'ka Rada)⁶ das Festhalten der galizischen Ukrainer an der österreichischen Monarchie proklamiert hatte. Im August 1914 wurde in Lemberg durch die in der österreichischen Monarchie lebenden ukrainischen Emigranten aus der Dnjepr-Ukraine der Bund zur Befreiung der Ukraine (Sojuz Vyzvolennja Ukraïny) gegründet. Mit Ausbruch des Weltkrieges informierte diese Organisation durch seine Vertretungen in den Mittelmächten und neutralen Staaten die Öffentlichkeit über die Ukraine und ihre Freiheitsbestrebungen. Es erschienen die „Nachrichten des Bundes zur Befreiung der Ukraine“ in ukrainischer, die „Ukrainischen Nachrichten“ in deutscher, und die „Revue Ukrainien“ in französischer Sprache; ferner gab der in Deutschland entstandene Verein der Freunde der Ukraine die „Osteuropäische Rundschau“ heraus.⁷ Mitte September 1914 wurden in der ersten Ausgabe der „Ukrainischen Nachrichten“ die Programmpunkte des Bundes, deren wichtigste 1. die Unabhängigkeit der Ukraine mit konstitutionell-monarchischer Staatsform und Aufbau der politischen Organisation durch den Bund, 2. die radikale Agrarreform und 3. der ständige Kontakt mit den österreichischen Ukrainern waren. Als weitere Aufgaben definierte der Bund die Informierung der öffentlichen Meinung in Österreich-Ungarn und im Ausland, die Zusammenfassung der ukrainischen Emigrantengruppen, die Errichtung eigener Kriegsgefangenenlager nur für Ukrainer, literarische Tätigkeit zur Aufklärung des ukrainischen Volkes in der russischen Ukraine und Aktionen gegen die russische Armee hinter der Front.⁸ Im Mai 1915 erklärte der reorganisierte Oberste Ukrainische Rat in einem Aufruf an alle Völker der zivilisierten Welt, daß es sein Ziel sei, mittels der Bekämpfung Rußlands und energischer Unterstützung Österreichs die Schaffung eines freien und selbständigen ukrainischen Staates zu ermöglichen, wobei die ukrainischen Länder Österreichs eine nationalterritoriale Autonomie im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu erhalten hätten.⁹

6 Er war am 1. August 1914 in Lemberg gegründet worden und konstituierte sich am 5. Mai 1915 in Wien als Allgemeiner Ukrainischer Rat (Zahal'na Ukraïns'ka Rada) neu. Er setzte sich aus den ukrainischen Reichsrat- und Landtagsabgeordneten und Vertretern der wichtigsten Kooperationen des ukrainischen Teiles von Ostgalizien und der Bukowina zusammen.

7 IWANYCKYJ Die ukrainische Legion, S. 116.

8 BIHL Österreich-Ungarn und der Bund zur Befreiung der Ukraine, S. 507.

9 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 277.

Am 6. August 1914 erklärte Österreich-Ungarn Rußland den Krieg. Neben der Mobilisationsanordnung des österreichischen Kaisers hing an den Mauern in ukrainischen Gebieten der Monarchie der Mobilisationsaufruf des Obersten Ukrainischen Rates und der ukrainischen Kampfleitung.¹⁰ Auf diesen Aufruf hin meldeten sich bereits in den ersten Tagen 30.000 Mann bei der bereits entstandenen Militärorganisation *Ukraïns'ki sičovi strilci* (Ukrainische Sič Schützen, USS). Die USS wurden dem XXV. österreichischen Armeekorps unter Leitung des Feldmarschalleutnants Hofmann unterstellt. Aufgrund von Berichten des Chefs des Korpsstabes, Oberst Graf Lamesan, wurden die Ukrainer jedoch als ein unzuverlässiges, weil russenfreundliches Element eingestuft. Deswegen begrenzte man die Aufstellung der USS auf 2.500 Mann, die man in zehn Feldkompanien zusammenfaßte. Es wurden nur solche Ukrainer zugelassen, die entweder unter oder über dem Wehrpflichtalter standen, der Rest wurde in die k.u.k. Armee übernommen. Die gleichzeitig aufgestellte ukrainische Kavallerieabteilung wurde einem österreichischen Ulanenregiment eingegliedert. In der Bukowina stellte man gesondert ein ukrainisches Schützenbataillon auf, das in das Bukowiner-Landesschützen-Regiment eingeordnet wurde.¹¹

Nach dem Zusammenbruch des russischen Imperiums mit der Märzrevolution 1917 flohen die in russische Gefangenschaft geratenen ukrainischen Schützen aus den Gefangenenlagern nach Kiew und stellten sich als organisierte Militäreinheit der Zentralrada zur Verfügung. Aus dieser Einheit bildeten sich die *Kyïvs'ki Sičovi Stril'ci* (Kyïver Sič Schützen), die zwischen 1917 und 1919 unter verschiedenen Organisationsformen in der Armee der UNR (*Ukraïns'ka Nacional'na Respublika*, Ukrainische Volksrepublik) dienten.¹²

Obwohl sich die ukrainische Frage durch die Arbeit des Bundes zur Befreiung der Ukraine weiter in den Vordergrund drängen konnte, proklamierten die Mittelmächte am 5. November 1918 ein unabhängiges Königreich Polen, bestehend aus zehn Gouvernements Russisch-Polens. Ost- und Westgalizien blieben innerhalb der Doppelmonarchie vereinigt und erhielten eine weitgehende Autonomie, was bedeutete, daß das polnische Element, das in Westgalizien die Mehrheit besaß, gestärkt wurde. Deutschland wiederum versuchte mit diesem Schachzug, die revolutionären Bewegungen in Rußland zu unterstützen, und hoffte, nach diesem Beispiel weitere Pufferstaaten vom Kaukasus bis Finnland errichten zu können.

In Rußland selbst erlebte die ukrainische Sache durch die zunehmende Schwäche der Regierung in Petrograd und der militärischen Mißerfolge einen Aufschwung. Im Spätsommer 1915 wurde öffentlich die Forderung nach Einführung der ukrainischen Sprache in den Schulen gestellt.

10 Vom Obersten Ukrainischen Rat aufgestelltes Gremium zur Organisation ukrainischer Truppenteile.

11 IWANYCKYJ Die ukrainische Legion, S. 117.

12 Detailliertere Informationen über diese Einheiten bei: SHANKOVSKY Sich Riflemen, in: EoU, IV, S. 702–704.

2.2. Die Revolution von 1917 und die Entstehung der Ukrainischen Volksrepublik

Am Jahrestag von Ševčenkos Tod, am 10. März 1917, brach in Petrograd die Revolution aus, deren Ereignisse auch das Anschwellen der nationalen Bewegung in der Ukraine mit sich brachten. Das erste Regiment, das sich auf die Seite der Revolution stellte, war das aus Ukrainern zusammengesetzte Regiment „Wolhynien“.

Die Nachricht von der Petrograder Revolution erreichte Kiew am 13. März 1917 durch ein Telegramm, das vom Präsidenten der Staatsduma Rodzjanko und vom Eisenbahnminister Bublikov unterzeichnet worden war. Schnell verbreiteten sich die Neuigkeiten in der Stadt. Einen Tag später versammelten sich verschiedene Organisationen und Mitglieder der Kiewer Stadtduma im Rathaus, um die Geschehnisse zu diskutieren. Man beratschlagte über die Schaffung einer Körperschaft¹³ zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten und traf sich zu weiteren Beratungen. Dabei erklärten die Bol'ševiki jedoch, daß sie sich von keinem der Repräsentanten auch nur annähernd vertreten fühlten. Mit der Formulierung der eigentlichen Wünsche des revolutionären Proletariats, d.h. Organisation eines Arbeitersowjets, Demokratisierung des Landes und Einberufung einer Konstituierenden Versammlung verließen sie die Versammlung, um „ihre eigene Revolution zu machen“. Sie formten einen provisorischen Sowjet der Arbeiter-Deputierten, der sich aber mit seinen doktrinären Proklamationen nicht in der Öffentlichkeit durchsetzen konnte. Dies lag wohl auch daran, daß die Organisationen der Bol'ševiki nicht nur in Kiew, sondern auch in Charkiv und Katerynoslav russisch dominiert waren und sich ganz und gar nach Petrograd orientierten. So war im Präsidium des Kiewer Sowjets nicht ein einziger Ukrainer vertreten.¹⁴ Schließlich formte sich auch noch der Rat der Arbeiter-Deputierten mit einem Exekutivkomitee bestehend aus Sozialrevolutionären und Men'ševiki. So finden wir in Kiew bis zum 16. März 1917 drei verschiedene konstitutionelle Entwicklungen.

Am 13. März 1917 nahm die Kiewer Stadtduma das gerade erwähnte Exekutivkomitee in seine Reihen auf und proklamierte ihre Unterstützung für die Provisorische Regierung in Petrograd. Damit hatte die Kiewer Duma ihren Anspruch auf die Macht gezeigt und auch deutlich gemacht, daß sie nur Petrograd als höhere Instanz akzeptierte. Es kristallisierte sich immer mehr heraus, daß das Exekutiv-Komitee des Rates der vereinten bürgerlichen Organisationen, also die von der Kiewer Stadtduma ins Leben gerufene Körperschaft, den eigentlichen Machtfaktor bildete, da ihre Mitgliederorganisationen auch in der Provinz vertreten waren. Zu dieser Gruppe stießen die Mitglieder des ukrainischen Klubs Rodyna, der das Zentrum des ukrainischen Lebens in Kiew bildete. Die Exekutive

13 Darin sollten vertreten sein: Repräsentanten des Magistrats, des Gouvernements, der *zemstva*, des Komitees der Südwestlichen Front, des Komitees der Union der Städte, des Militärindustrie Komitees, der Arbeitergruppe des Militärindustrie Komitees, Angestellte der Kooperativen, der Börse und Repräsentanten der nationalen Organisationen. Vgl. PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 33.

14 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 41.

dieses Klubs, die Rada, hatte zum Ziel, sich selbst zum Kristallisationspunkt der ukrainischen revolutionären Bewegung zu machen. So gründete die Gesellschaft der ukrainischen Progressivisten (Tovarystvo Ukraïns'kych Prohresystiv, TUP) am 17. März 1917 die Zentralrada (Central'na Rada), der außer den TUP-Mitgliedern Repräsentanten der verschiedenen ukrainischen politischen Gruppierungen und Organisationen beitraten.¹⁵

Alle ukrainischen Kräfte, die bis jetzt im verborgenen tätig waren, traten nun an die Oberfläche. Professor Hruševs'kyj verließ Moskau und fuhr nach Kiew zurück. Der gesamte administrative und polizeiliche Apparat des zaristischen Rußlands wurde abgeschafft, die innere Ordnung des Imperiums erschüttert, und so lockerte sich auch die Verbindung mit den nicht-russischen Gebieten. An die Stelle der alten Behörden traten gewählte administrative Organe. In der ersten Märzhälfte bildete sich neben dem Gouvernementskommissar das provisorische Gouvernementskomitee. Dieses war in seiner Zusammensetzung fast ganz ukrainisch und erleichterte so die Ausrichtung der Revolution im ukrainischen Sinne. Die russische kommunistische Organisation in der Ukraine war im Jahre 1917 nur schwach ausgebildet und fand wenig bis gar keine Unterstützung in der ukrainischen Bevölkerung. Unter den russischen und jüdischen Arbeitern der Ukraine dominierte der Einfluß der Men'sheviki. So stellte sich der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Ukraine gegen eine bolschewistische Diktatur.¹⁶ Am 1. Mai 1917 wurde das erste ukrainische Regiment mit dem Namen „Bohdan Chmel'nyc'kyj“ gegen den Willen der Provisorischen Regierung und des Militärkommandanten von Kiew, Oberučev, aufgestellt.

Wie bereits erwähnt, hatte sich ein Zentralorgan, die Zentralrada, herausgebildet, die in kurzer Zeit zum ukrainischen Parlament werden sollte. In ihr waren Repräsentanten der verschiedensten Parteien¹⁷ und Gesellschaften vertreten, deren Hauptanliegen es war, die Autonomie der ukrainisch besiedelten Gebiete und die offizielle Anerkennung der ukrainischen Sprache durchzusetzen.¹⁸ Präsident der Zentralrada wurde der Ende März in Kiew eingetroffene Prof. Hruševs'kyj. Als Vizepräsident wählte die Mehrheit der Rada Volodymyr Naumenko, als Beisitzer Dr. Antonovyč und Dmytro Dorošenko. Am 22. März 1917 veröffentlichte die Ukraine eine Proklamation an das ukrainische Volk, in der es aufgerufen wurde, für seine Freiheit zu kämpfen.¹⁹

15 POLONSKA-VASYLENKO Geschichte der Ukraine, S. 729. Zur Gesellschaft der ukrainischen Progressivisten: ZHUKOVSKY Society of Ukrainian Progressives, in: EoUkraine, V, S. 799.

16 FEDENKO Ukraine, S. 16. Dies wird von der sowjetischen Historiographie allerdings vehement geleugnet. JAKUBOVSKAJA Ob-edinitel'noe dvizenie, S. 30.

17 Die Gesellschaft der ukrainischen Progressivisten mit ihren Führern Jevhen Čykalenko, Serhij Efremov, Dmytro Dorošenko, die Sozialdemokraten mit Volodymyr Vynnyčenko und Symon Petljura und die Ukrainischen Sozialrevolutionäre mit Mykola Kovalevs'kyj, Pavlo Chrystjuk und Mykyta Šapoval. SUBTELNY Ukraine, S. 345.

18 EVAÏN Le problème de l'indépendance, S. 58.

19 MARTOVYCH Ukrainian Liberation Movement, S. 36.

Am 19. April 1917 wurde ein nationaler Kongreß einberufen, zu dem sich 1.500 Delegierte²⁰ aus der gesamten Ukraine versammelten, darunter auch Vertreter der Armee und der Flotte. Der Kongreß betonte die Notwendigkeit der unverzüglichen Bildung einer ukrainischen Regierung und der tatsächlichen Durchsetzung der Autonomie, ohne die diesbezüglichen Beschlüsse der noch einzuberufenden russischen Nationalversammlung abzuwarten. Als geeignete Verfassungsordnung für das ehemalige Russische Reich erschien den Ukrainern eine demokratische und föderative Republik mit entsprechenden Garantien für die nationalen Minderheiten. Der Kongreß führte auch eine Neubesetzung der Zentralrada durch, die auf Wunsch Hruševs'kyjs über geheime Wahlen stattfand, bei denen er mit 588 Stimmen als Präsident Bestätigung fand. Den Sozialföderalisten Efremov und den Sozialdemokraten Vynnyčenko wählte man zu Vize-Präsidenten. Nun waren noch mehr verschiedene Parteien²¹ und Gesellschaften, alle Gouvernements²² und alle größeren Städte vertreten. Die Initiatoren des Kongresses versandten Aufforderungen, Delegierte in neun Gouvernements zu wählen. Diese Wahlen wurden nach der „Revolutionsmethode“ abgehalten, d.h. in Kiew erschienen sogenannte Delegierte von kleinen Zirkeln oder Klubs und auch manche erschienen auch als selbsternannte Repräsentanten, die Professor Hruševs'kyj auf diesem Kongreß als Präsident bestätigten.²³ Das Plenum wählte außerdem am 21. April 1917 noch die Kleine Rada (Mala rada), ein Exekutivorgan von 18 bis 33 Mitgliedern, das die Funktionen der Zentralrada zwischen deren Sitzungen ausüben sollte.²⁴ Die in Aussicht gestellten Kongresse der Heeresangehörigen, der Bauern

- 20 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 280, und MARTOVYCH Ukrainian Liberation Movement, S. 36. Vgl. dazu SUBTELNY Ukraine, S. 346, und PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 56, die von 900 Delegierten sprechen.
- 21 Ukrainische Sozialdemokratische Arbeitspartei, Ukrainische Radikale Partei, Autonomisten-Föderalisten, Ukrainische Sozialrevolutionäre, Partei der Unabhängigen, *Spilka* (Bauernpartei).
- 22 Das „Stammland“ der Rada umfaßte folgende Gouvernements, die alle drei oder vier Vertreter in die Rada entsandten: Kiew, Wolhynien, Podolien, Cherson, Katerynoslav, Charkiv, Poltava, Černihiv, Taurien, Kuban'-Gebiet, Cholm. Damit war fast das gesamte von Ukrainern beanspruchte Territorium erfaßt mit Ausnahme des Landes der Donkosaken und von Polesien und Podlassien, wohl auch aus Rücksicht auf die Weißrussen (PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 61).
- 23 ALLEN The Ukraine, S. 276.
- 24 MARTOVYCH Ukrainian Liberation Movement, S. 37; PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 62. Pidhajny spricht von exakt 20 Mitgliedern. Nach dem Putschversuch des Polubotok-Regiments in Kiew, der durch das radatreue Regiment „Bohdan Chmel'nyč'kyj“ niedergeschlagen wurde, erhöhte man am 14. Juli 1917 die Mitgliederzahl der Kleinen Rada auf 40: je 8 Mitglieder der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeitspartei und der ukrainischen Sozialrevolutionäre, 3 Sozialföderalisten, 1 Nationalrevolutionär, 1 ukrainischer Trudovyk, 1 nicht parteigebundener Sozialist, 9 Repräsentanten des Rada-Präsidioms und 3 Präsidiumsmitglieder der Räte der Militär-, Bauern- und Arbeiterdeputierten. Kurze Zeit darauf wurden 18 Vertreter der Minderheiten aufgenommen und 30% der Sitze der Zentralrada an Minderheitendelegierte abgegeben. Im Zuge dieser Änderungen kamen auch die beiden

und Arbeiter sollten die weiteren Mitglieder der Zentralrada wählen. Am 18. Mai 1917 trafen sich 700 Delegierte der in der Armee dienenden Ukrainer in Kiew und instruierten ihre Repräsentanten, der Zentralrada beizutreten. Anstatt sich um die reibungslose Ukrainisierung der entsprechenden Armeeteile zu kümmern, zogen es die aktiven Offiziere jedoch vor, sich auf dem Militärkongreß zu treffen. Die dort gefaßten Resolutionen forderten die Fortsetzung des Krieges, die Bildung einer ukrainischen Armee und Flotte als Machtbasis für die Central'na Rada und richteten sich gegen die subversive Propaganda der Bol'sheviki. Auch wurde ein permanent tagendes Militärkomitee geschaffen. Präsident dieses Militär-komitees war Symon Petljura, der von Vynnyčenko auch als Präsident des Militärkongresses vorgeschlagen wurde; allerdings konnte er sich nicht gegen Michnov's'kyj durchsetzen. Dieser vertrat auf dem Kongreß die nationale Ausrichtung, während Petljura eher den Sozialisten zugerechnet werden mußte. Die ukrainischen Sozialisten ihrer Zeit verband ein generelles Mißtrauen gegenüber der Armee, denn diese stellte für sie ein Instrument der Unterdrückung aus den Tagen des Zaren dar. Gerade Vynnyčenko vertrat die Ansicht, die Sozialdemokratie benötigte kein eigenes Heer, sondern sollte eher die Zerstörung aller Armeen der Welt propagieren. Vielmehr wollte er die Allrussischen Verbände der alten Zarenarmee ukrainisieren, um diese dann in eine ukrainische Volksmiliz umzuwandeln, die sich gegenüber dem Volk verpflichtet fühlen und damit niemals zu einem Machtinstrument der herrschenden Klassen werden können sollte. So wurde die Bildung einer regulären Armee wegen ihres militärischen Charakters abgelehnt.²⁵ Die Unstimmigkeiten wegen der Wahl des Kongreß-Präsidenten wurden durch einen Kompromiß beigelegt. Anstatt des Präsidenten wurde ein Präsidium, bestehend aus Petljura, Vynnyčenko, Michnov's'kyj, Pys'mennyj und Kapkan, gewählt. So folgte der Militärkongreß eher dem sozialistisch ausgerichteten Kurs der Zentralrada als dem nationalistischen des Militärklubs, dessen unmittelbarer Repräsentant Michnov's'kyj war.

Noch im Juni 1917 wurde die erste ukrainische Regierung gegründet, das sogenannte Generalsekretariat mit Vynnyčenko an der Spitze. Der Sozialrevolutionär Pavlo Chrystjuk wurde Innenminister und pysar (Erster Sekretär), der Parteilose Chrystofor Baranov's'kyj übernahm das Finanzministerium, Serhij Efremov das Außenministerium, Symon Petljura die Verteidigung, Borys Martos das Landwirtschaftsministerium, Dasov's'kyj das Justizwesen und Ivan Stešenko das Bildungsministerium.

Auf dem zweiten Militärkongreß in Kiew vom 18. bis 23. Juni 1917, den die Zentralrada einberufen hatte, erschienen Abgeordnete stellvertretend für 1.736.000 ukrainische Soldaten des gesamten Russischen Reiches. Trotz des Verbotes durch Kerenskij kamen 2.308 Delegierte, die beschlossen, Petrograd und die dortige Regierung zu ignorieren und eine eigene Regierung der Ukraine einzusetzen.²⁶ Petljura, Lucenko und Vynnyčenko

Bol'sheviki P'jatakov und Zaton's'kyj in die Zentralrada. PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 126.

25 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 66.

26 MARTOVYCH Ukrainian Liberation Movement, S. 38.

wurden vom Kongreß bestätigt, Michnovs'kyj hingegen nicht. Petljuras Plan zur Agitation, Information, Inspektion, Mobilisierung, Ausbildung und Formierung von speziellen Dienst-Ausschüssen, wie zum Beispiel medizinischer, verwaltungstechnischer und juristischer Ausschüsse, wurde angenommen. Auch sagte man dem All-ukrainischen Bauernkongreß (Vseukraïns'kyj seljans'kyj z'ïzd) bei der Umsetzung seiner Entscheidungen bezüglich den Agrarfragen die Unterstützung durch alle zur Verfügung stehenden Kräfte zu. Dabei sollte auch die Ukrainisierung in verstärktem Maße durchgeführt werden.²⁷ Strikt sprach sich der Kongreß für eine Unterstützung der Zentralrada in ihren Auseinandersetzungen mit der Provisorischen Regierung aus, die beschuldigt wurde, durch ihre Politik das Chaos in die Ukraine tragen zu wollen. Vom 10. bis zum 15. Juni tagten die 1.000 Delegierten des Allukrainischen Bauernkongresses und entsandten ihre Abgeordneten in die Zentralrada.²⁸ Ebenso hielt es der *Allukrainische Kongreß der Arbeiterdeputierten* (Vseukraïns'kyj z'ïzd robotnyčych deputativ), mit dessen Delegierten sich die Zentralrada nun als das wahre Parlament der Ukraine fühlte.²⁹ Pidhainy betont aber in seiner Arbeit, daß den Führungsmitgliedern der Zentralrada durchaus bewußt war, daß es sich bei ihr nicht so sehr um eine nationale als um eine territoriale Institution handelte.³⁰ Damit wollte man der nicht-ukrainischen Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich ebenfalls mit der Zentralrada als Vertretung ihrer Interessen identifizieren zu können.

Am 26. Mai 1917 entsandte die Zentralrada eine Sonderdelegation, geführt von Vynnyčenko, zur Provisorischen Regierung nach Petrograd. In einem 9-Punkte-Memorandum brachten die Ukrainer ihre Wünsche zum Ausdruck: Autonomie für die Ukraine, Teilnahme der Ukraine an den Friedensverhandlungen, Aufstellung ukrainischer militärischer Einheiten, Ernennung von Ukrainern auf Posten in den zentralstaatlichen Behörden, Gerichten und Kirchen, Ukrainisierung sämtlicher Schulen, Einbeziehung der Zentralrada in das Budget der Provisorischen Regierung und Befreiung aller ukrainischen politischen Gefangenen.³¹ Fünf Tage später, am 31. Mai, traf sich die Zentralrada-Delegation mit Mitgliedern der Provisorischen Regierung, wobei beschlossen wurde, eine

27 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 85.

28 MARTOVYCH Ukrainian Liberation Movement, S. 37; PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 77. Pidhainy kommt hier auf eine Zahl von 1.500 Abgeordneten. Die Volksvertretung basierte auf folgendem Prinzip: Ein Gouvernement (*hubernija*) unterteilte sich in mehrere *povity* (Kreise, Bezirke), die wiederum in einzelne *volosti* zerfielen. Aus jeder *volost'* wurde ein, aus jedem *povit* und aus jedem Gouvernement je zwei Abgeordnete entsandt. Dabei waren etwa 1.000 *volosti* vertreten. Hinter diesen Bauernvertretungen, den *spilky*, stand das Konzept der direkten Vertretung bäuerlicher Interessen bei den Regierungsorganen, über die Parteigrenzen hinweg.

29 SUBTELNY Ukraine, S. 346.

30 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 60.

31 Deklaration der Zentralrada mit diesen 9 Punkten in: CHRYSTJUK Zamitky i materijaly, I, S. 55–60.

Kommission ins Leben zu rufen, welche die anstehenden ukrainisch-russischen Probleme lösen sollte. Trotz der schlechten Lage, in der sich die Petrograder Regierung in der

Zwischenzeit befand, gestand sie den Ukrainern nur einige wenige Konzessionen zu, zum Beispiel eine lokale Autonomie – aber keine für die gesamte Ukraine, die Ukrainisierung der Armee – aber nur in bestimmten Grenzen; die Einführung des Ukrainischen als Unterrichtssprache in Grundschulen – aber unter Beibehaltung des Russischen als offizielle Sprache. Die schwerste Abfuhr aber erhielt die Zentralrada selbst, da sie nicht als offizielle Vertretung der Ukraine anerkannt wurde.³² Sobald sich diese ungeheuerlichen Neuigkeiten in der Ukraine verbreitet hatten, kam es zu ausgedehnten Unmutkundgebungen seitens der Bevölkerung. Die durch und durch negative Einstellung der Provisorischen Regierung zu den ukrainischen Wünschen, die anfangs noch nicht auf eine vollständige Souveränität zielten, ebnete jedoch den Aspirationen auf eine endgültige und totale ukrainische Selbständigkeit den Weg. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Rußland keine Partei, die den Kampf der Ukraine um Autonomie unterstützte. Auch Lenin erklärte nun auf dem Ersten Kongreß der Sowjets Mitte Juni, seine Partei wolle eine einzige ungeteilte russische Republik mit einer starken Regierung.

Die Provisorische Regierung hatte mehrere Gründe für ihre Ablehnung der Zentralrada und damit der ukrainischen Autonomie. In nächster Zukunft war eine Offensive an der Süd-West-Front, also auf ukrainischen Territorium, geplant, wo noch eine große Anzahl ukrainischer Truppen, repräsentiert durch das Militärkomitee in der Zentralrada, stand. Eine ukrainische Autonomie hätte Petrograd von diesen Truppen, den militärischen Vorratslagern und den landwirtschaftlichen Ressourcen des Landes abgeschnitten. Es wurde auch immer deutlicher, sollte die Zentralrada zerstört werden können, dies einen Sieg der autokratischen Kräfte Rußlands bedeutete, der sich dann vielleicht auf den finnischen Landtag und auf das Exekutiv-Komitee des Rates der Deputierten ausweiten ließe.³³

Da die Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung in Petrograd zu keinerlei Ergebnissen geführt hatten, verabschiedete die Zentralrada am 23. Juni 1917 ihr Erstes Universal, in dem das ukrainische Volk sein Schicksal selbst in die Hand nahm.³⁴ Der Anstoß dazu war hauptsächlich von Vynnyčenko, dem nach Hruševs'kyj zweitwichtigsten Mann in der Zentralrada, ausgegangen. Man beschloß die Landesadministration zu übernehmen und eigene ukrainische Gesetze zu verabschieden, die von einer künftigen russischen konstitutionellen Versammlung nur bestätigt werden sollten. Zudem wurde eine eigene ukrainische Steuer zur Finanzierung nationaler Bedürfnisse von allen Bürgern und Institutionen des Landes erhoben, welche die Bevölkerung von den Abgaben an den russischen Fiskus befreite. Das Erste Universal der provisorischen Regierung in Kiew erfuhr in der „Pravda“ durch keinen geringeren als Lenin Unterstützung, indem er die

32 DYSHNYK *The Kerensky Provisorial Government*, S. 113–114.

33 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 111–112.

34 Ukrainischer Text in: CHRYSTJUK *Zamitky i materijaly*, I, S. 72–74; englische Übersetzung in: DYSHNYK *The Kerensky Provisorial Government*, S. 122–124.

Kerenskij-Regierung anprangerte, die ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht anerkennen zu wollen. Auf der Konferenz der Front- und Reservisten-Organisationen der Bol'sheviki vom Juni 1917 verkündete er, daß alle Nationen Rußlands das Recht auf Selbstbestimmung und unabhängige Entscheidung über ihr Schicksal hätten, eingeschlossen darin sei das Recht auf Loslösung. Gerade, so meinte er, die Ukraine sollte ihre Autonomie realisieren, ohne auf eine konstituierende Versammlung zu warten. Diese Aussagen Lenins trafen bei der noch kleinen Schicht der ukrainischen Intelligenzia auf offene Ohren. Auf Lenins Order hin trat der Sprecher der bolschewistischen Organisation in Kiew, Georgij P'jatakov, der Regierung der ukrainischen Zentralrada bei. Dort verkündete er, die Bol'sheviki seien bereit, die ukrainische Unabhängigkeit gegen den russischen Imperialismus und Kolonialismus zu unterstützen.³⁵

Am 29. Juni 1917 antwortete die Provisorische Regierung aus Petrograd auf das Erste Universal mit einer Proklamation „Von der Provisorischen Regierung an das ukrainische Volk“.³⁶ Inhalt und Tenor der Proklamation waren nicht dazu angetan, eine positive Reaktion in der Ukraine herbeizuführen, da allzu deutlich zur Einheit mit Rußland aufgerufen wurde. Bezeichnend war auch, daß man sich direkt an die ukrainische Bevölkerung richtete und die Zentralrada gänzlich überging. Die Zentralrada jedoch wurde immer stärker und einflußreicher und konnte am 2. Juli 1917 ein Übereinkommen mit den nationalen Minderheiten der Russen, Polen und Juden treffen, worin ihre Rechte auf eigene Sprache, Schulen und Religion garantiert wurden; als Gegenleistung wollten die Minderheiten die Zentralrada in ihrem Kampf um Autonomie unterstützen. Aus der Zentralrada wurde ein ukrainisches Parlament mit Repräsentation der nationalen Minderheiten. Die Kommission von 98 Mitgliedern zur Ausarbeitung des ukrainischen Autonomiestatutes sollte genau die Nationalitäten in der Ukraine widerspiegeln: 71 Ukrainer, 11 Russen, 8 Juden, 2 Deutsche und je ein Weißrusse, Tatar, Moldawier, Tscheche, Grieche und Bulgare.³⁷

Aufgrund der weiteren Konsolidierung der ukrainischen Nationalbewegung hatte die Provisorische Regierung nur noch zwei Möglichkeiten: Kampf oder fauler Kompromiß. Einige russische Traditionalisten und Konservative favorisierten „harte Maßnahmen“, während Fürst L'vov, Nekrasov, Kerenskij und Cereteli einen Kompromiß herbeizuführen wünschten. Sie entsandten eine Delegation (Kerenskij, Cereteli, Tereščenko) nach Kiew, um einen modus vivendi mit der Zentralrada zu finden. Am 12. Juli 1917 konnte man sich auf folgende Punkte einigen: 1. Die Provisorische Regierung erkannte die Zentralrada und das Generalsekretariat als legitime Vertretung des ukrainischen Volkes an. 2. Die Zentralrada hielt ihre Forderungen nach Autonomie bis zur Einberufung einer Konstituierenden Versammlung für Rußland zurück. 3. Die bewaffneten Verbände auf ukrainischem Boden und an der Front durften ukrainisiert werden, blieben aber unter

35 DMYTRYSHYN *Moscow and the Ukraine*, S. 22–23.

36 Text in: DYSHNYK *The Kerensky Provisorial Government*, S. 124–125.

37 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 109.

russischem Oberkommando. Einen Tag später billigte die Zentralrada diese Abmachung mit knapper Mehrheit und bei vielen Enthaltungen. In Petrograd traten die Kadetten aufgrund dieses Abkommens aus der Regierung aus.³⁸

Zum Zustandekommen der Übereinkunft zwischen Russen und Ukrainern hatte die jüdische Sozialdemokratie sehr viel beigetragen. Generell gesprochen einigten sich Zentralrada und die Minderheiten auf das Territorialprinzip, und auf dem Treffen vom 11. Juli 1917 akzeptierten die nicht-ukrainischen Körperschaften die Zentralrada als Basis-Organisation der Ukraine.

Besiegelt wurde das Abkommen zwischen Zentralrada und Provisorischer Regierung durch das Zweite Universal³⁹ vom 16. Juli und die Proklamation einer Provisorischen Regierung. Beide Dokumente bildeten die Grundlage der ukrainischen Verfassung und bezeichneten die Zentralrada als das höchste Regierungsorgan der Ukraine. Jedoch wurde aus verschiedenen Gründen darauf verzichtet, dem ukrainischen Staat genau definierte Grenzen zu geben. Einerseits wollte man wirklich nur den Oblast' für sich reklamieren, andererseits sollten aber auch alle anderen ukrainischen Siedlungsgebiete, die weiter entfernt oder durch andere nationale Territorien getrennt waren, dazugehören. Konkret hatte man den Wunsch, Bessarabien für die Ukraine zu gewinnen.⁴⁰ Dieses Zweite Universal war ein Erfolg der Ukrainer, die damit ihre Forderung nach Autonomie durchsetzen konnten, während es für die russische Seite mehr oder minder eine Niederlage bedeutete.⁴¹

Im Sommer 1917 hatte die Zentralrada 822 Sitze: Davon 212 für den Allukrainischen Rat der Bauerndeputierten [Vseukraïns'ka rada seljans'kych deputativ), 158 für die Vertreter der Armee, 100 für die Arbeiter, 50 für den Allgemeinen Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 20 für die ukrainischen sozialistischen Parteien, 40 für die russischen Parteien – einschließlich der Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten, Men'sheviki und Bol'sheviki, 35 für die jüdischen und 15 für die polnischen Vertreter, 84 für die Repräsentanten der Städte und Gouvernements und 108 für professionelle, wirtschaftliche und kulturelle Organisationen und für die nationalen Parteien der Moldawier, Deutschen, Tataren, Weißrussen und anderen.⁴² Damit wurde die Zentralrada zu einem tatsächlichen

38 DYSHNYK The Kerensky Provisorial Government, S. 117–118.

39 Ukrainischer Text in: CHRYSZTJUK Zamitky i materijaly, I, S. 92–93. Ursprünglich wurde das Universal in ukrainischer, russischer, polnischer und jiddischer Sprache veröffentlicht.

40 Die Ukrainer machten bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 3.500.000 etwa 1.000.000 aus, zahlenmäßig übertroffen wurden sie lediglich durch die Rumänen mit ca. 1.300.000 Menschen. Toporul: La situation de la Bessarabie et la Bukovine, Lemberg, 1926, S. 7, in: Utrikes-departementet 1920 (Ers dossiersystem Ukraina HP 895); PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 136.

41 Ausführungen von Prof. Nolde in: CHRYSZTJUK Zamitky i materijaly, I, S. 97–98. DYSHNYK hingegen sieht das Zweite Universal der Zentralrada als eine ihrer schwächsten Proklamationen an, da es das Erreichen der ukrainischen Unabhängigkeit, nach der die Bevölkerung strebte, weiter hinauszögerte. DYSHNYK: The Kerensky Provisorial Government, S. 119.

42 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 280.

ukrainischen Parlament. Nun erfuhr das Generalsekretariat eine leichte personelle Veränderung. Vynnyčenko blieb nach wie vor an seiner Spitze, der Sozialdemokrat Martos wurde Landwirtschaftsminister, Baranovs'kyj erhielt das Finanzressort. Sadovs'kyj, Stešenko und Petljura wurden in ihren Posten bestätigt. Das Ministerium für Nahrungsmittelversorgung übernahm Stasjuk; weiter zeichneten verantwortlich Vsevolod Holubovyč für das Transportwesen, der russische Sozialrevolutionär Zarubin für Post- und Telegraphenwesen und der Bundpolitiker Rafes für Staatssicherheit. Für die nationalen Minderheiten wurde ein Vize-Sekretariat für zwischen-nationale Beziehungen mit mehreren Abteilungen geschaffen, das von Oleksander Šul'hyn geleitet wurde. Die Juden wurden repräsentiert von Moses Silberfarb, einem Mitglied der Jüdischen Vereinigten Sozialistischen Partei; der Sohn des polnischen Nationaldichters Mickiewicz übernahm die polnische Abteilung. Die Russen wurden von Odyneč vertreten. Für zwei weitere Sekretariate von allgemeiner Bedeutung – Arbeit und Handel und Industrie – wählten die Minderheiten ebenfalls Vertreter. Chrystjuk blieb *pysar* (Erster Sekretär), und Stebnyč'kyj wurde zum ukrainischen Staatssekretär bei der Provisorischen Regierung in Petrograd gewählt. In dieser Regierung überwogen die ukrainischen Sozialdemokraten, jedoch war auch die Vertretung der Sozialrevolutionäre ziemlich stark und diejenige der Sozialisten-Föderalisten und jüdischen Sozialisten beachtenswert.⁴³ Nach der Erklärung der Provisorischen Regierung vom 16. Juli 1917, in der sie in Grundzügen die Abmachung vom 12. Juli mit der Zentralrada anerkannte, waren aber die letzten Kompetenzstreitigkeiten noch nicht ganz beigelegt. Das Problem verschärfte sich mit der Regierungsumbildung in Petrograd und zog sich bis zum September hin. Petrograd wollte nach wie vor nicht darauf verzichten, das Generalsekretariat und seine Minister zu bestätigen. Nach einer erneuten Regierungsbildung durch Vynnyčenko akzeptierte die russische Regierung die ukrainische Ministerliste.⁴⁴ Dies war nach einer Intervention durch Dorošenko und nach dem Kornilov-Aufstand zustande gekommen, da die Provisorische Regierung sich die ukrainische Unterstützung sichern wollte. Am 14. September 1917 erfolgte die rechtliche Anerkennung der ukrainischen Regierung durch Sowjetrußland.⁴⁵ Einige Tage später beschloß die Zentralrada die Einberufung einer konstituierenden Versammlung und rief den Repräsentantenkongreß der Nationalitäten zusammen. In Friedenszeiten hätte dies einen großen Schritt nach vorne zum Aufbau einer föderativen Ukraine bedeutet, zu diesem Zeitpunkt hingegen hatte diese Entwicklung jegliche praktische Bedeutung verloren.⁴⁶

43 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 133.

44 Vynnyčenko (Ministerpräsident, Innenminister), Stešenko (Erziehung), Tuhan-Baranovs'kyj (Finanzen), Šul'hyn (Äußeres, zusammen mit Silberfarb und Mickiewicz), Zarubin (Hauptrechnungsprüfer), Lotoc'kyj (Generalsekretär), Stebnyč'kyj (ukrainischer Kommissar bei der Provisorischen Regierung).

45 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 147.

46 Kornilovs Putschversuch hatte einen Linksruck ausgelöst, der den Bol'ševiki im September 1917 die absolute Mehrheit im Petrograder und Moskauer Sowjet bescherte. Auf einer Geheim-

Erst am 10. Oktober reagierte das Generalsekretariat mit einem eigenen Aktionsplan, in dem drei Hauptaufgaben definiert wurden: Zuerst einmal mußte die Vereinigung aller ukrainischen Länder und der Nation in einer autonomen Einheit sichergestellt werden. Zweitens sollte eine ukrainische Delegation an den Friedensverhandlungen in Paris teilnehmen, und drittens erklärte Vynnyčenko das Abhalten einer verfassungsgebenden Versammlung zum wichtigsten Ziel. Die Kleine Rada bestätigte dies zwei Wochen später.

Am Morgen des 7. November 1917 erklärte sich das von Trockij geführte Revolutionäre Militärkomitee des Petrograder Sowjets zur Regierung des gesamten ehemaligen Russischen Reiches. Das beschleunigte die russisch-ukrainischen Auseinandersetzungen und führte zu einem fundamentalen Konflikt mit der Ukraine.⁴⁷

Am 15. November 1917 wurden von den Bol'sheviki die Rechte der Völker Rußlands deklariert: Gleichheit und Souveränität; freie Selbstbestimmung, bis hin zur Separation und Bildung eines unabhängigen Staates; Abschaffung jeglicher nationalreligiöser Privilegien oder Benachteiligungen; freie Entwicklung der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen.⁴⁸ Allerdings wurden diese Versprechungen nie in die Tat umgesetzt. Über die Fragen eines sofortigen Friedens unter Anerkennung bestehender Grenzen, was die Abtrennung der ukrainischen Gebiete der Bukowina und Ostgaliziens bedeutet hätte, und der Landverteilung kam es zum offenen Bruch mit den Bol'sheviki in Petrograd. Einen weiteren Grund für die ukrainische Opposition bildete der Versuch der Bol'sheviki, per Gesetz russische Siedler aus landwirtschaftlich weniger begünstigten Gebieten in der Ukraine anzusiedeln. Dabei sollten ukrainischen Institutionen keinerlei Rechte eingeräumt werden.⁴⁹ Schließlich sprach sich die Zentralrada auch dagegen aus, daß die gesamte Gewalt im Lande nur einer Gruppe der revolutionären Demokratie, den Bol'sheviki, zufallen sollte. Dies machte den Petrograder Umsturz vollends inakzeptabel für die Zentralrada. Als Konsequenz des Konfliktes verließen alle bolschewistischen Abgeordneten das Generalsekretariat, die Zentralrada und die Kleine Rada. Die ukrainische Antwort darauf war das Dritte Universal vom 19. November 1917 und die damit erfolgte Ausrufung der Ukrainischen Volksrepublik.⁵⁰ Bei der Abstimmung in der Zentralrada wurde das Dritte Universal von allen ukrainischen und jüdischen Parteien unterstützt, während sich die Men'sheviki, die russischen Sozialrevolutionäre und die polnische Nationaldemokratische Partei der Stimme enthielten. Gegenstimmen gab es nicht. Der Rat der Volkskommissare in Petrograd wurde nicht als zentrale Regierung anerkannt. Das Territorium der Republik sollte folgende Gebiete umfassen: die Gouvernements Kiew, Podolien, Wolhynien, Černihiv, Poltava, Charkiv, Cherson und Taurien ohne die

sitzung des Zentralkomitees, an der auch Lenin teilnahm, fiel am 10. (23.) Oktober die Entscheidung für den bewaffneten Aufstand zur Machtergreifung.

47 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 282.

48 DMYTRYSHYN Moscow and the Ukraine, S. 24.

49 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 155–157; Dokumenty vnešnej politiki SSR, I, S. 12–16.

50 Ukrainischer Text in: CHRYSYTIUK Zamitky i materijaly, II, S. 51–53.

Krim; Teile der Gouvernements Kursk, Cholm, Voronež und anderer Gouvernements sollten später nach Abkommen mit den Nachbarn hinzugefügt werden können. Die weiteren ukrainischen politischen Ziele lassen sich wie folgt zusammenfassen: Abschaffung des Gutsbesitzes ohne Entschädigung, Einführung des 8-Stunden-Tages, staatliche Kontrolle über die Produktion, schnellstmöglicher Friedensschluß, Abschaffung der Todesstrafe, Amnestie für politische Häftlinge, mehr Rechte für die lokalen Selbstverwaltungen, Einführung von Grundrechten wie Rede-, Presse-, Glaubens-, Streik- und Versammlungsfreiheit, Unantastbarkeit von Person und Wohnung, Freiheit in der Wahl der Umgangssprache und Minderheitenschutz.⁵¹ Der Termin für die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung wurde auf den 9. Januar 1918 festgelegt. Der politische Weg, den die Zentralrada mit dem Dritten Universal für die Ukraine eingeschlagen hatte, wurde von der Bevölkerung getragen. Bestätigung findet das in den Ergebnissen der Wahl zur Allrussischen Verfassunggebenden Versammlung vom 25. November 1917.⁵²

Diese Wahl hatte aber keine praktische Bedeutung mehr, da die Mehrheit der ukrainischen Sozialrevolutionäre es ablehnte, an der Verfassunggebenden Versammlung in Petrograd teilzunehmen. Sie behielten sich zwar das Recht vor, später zu erscheinen, aufgrund des russisch-ukrainischen Krieges jedoch unterblieb dies. Damit hatten sie die Souveränität der Allrussischen Verfassunggebenden Versammlung nicht anerkannt. Durch das Dritte Universal wurde die Ukraine ein Staatswesen, das international Beachtung fand. Die internationalen Beziehungen zeigten sich im Austausch von Noten und diplomatischen Vertretern, im Abschluß von Verträgen mit der Don-Region, dem Kuban'-Gebiet, Georgien, Armenien, der Krim, Moldawien und Finnland. Georgien, Lettland und Finnland erkannten die Ukraine formell an.⁵³

Ein bewaffneter Konflikt wurde unvermeidlich. Gegen die Zentralrada stand dabei ihre Unerfahrenheit und ihr Beharren darauf, keine eigene Armee aufzustellen. So rächte sich das gemäßigtere sozialistische Gedankengut an den Ukrainern.

Ende 1917 zeigten sich die ersten Zeichen, dass es zum Krieg kommen werde. Der Rat der Volkskommissare in Petrograd stellte der Ukraine am 17. Dezember 1917 ein Ultimatum: Entweder sie würde die bolschewistischen Forderungen erfüllen, oder aber man würde die Ukraine mit Krieg überziehen.⁵⁴ Drei Tage später, am 20. Dezember 1917, lehnte die Zentralrada das Ultimatum offiziell ab, worauf die russischen Bol'sewiki der „konterrevolutionären“ Zentralrada den Krieg erklärten.

51 DMYTRYSHYN *Moscow and the Ukraine*, S. 25.

52 Siehe die Statistik aus PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 208–216. Z.B. Kiew (96,4% : 3,6%); Podolien (96,7% : 3,3%).

53 MARKUS *L'Ukraine soviétique*, S. 32.

54 *Obraščenie soveta narodnych komissarov RSFSR k central'noj ukrainskoj rade o priznanii narodnoj ukrainskoj respubliki i o pred"javlenii central'noj rade ul'timatuma v vidu ee kontrrevoljucionnoj dejatel'nosti*, 17.12.1917, Nr. 82, in: KLUČNIKOV/SABANIN *Meždunarodnaja politika*, II, S. 98–99.

In der Zwischenzeit trafen sich die 150 ukrainischen Bol'seviki (7,5% aller Delegierten), die sich in der Zentralrada nicht durchsetzen konnten, in Charkiv und gründeten dort eine ukrainische kommunistische Regierung. Ihre Anführer waren die Russen Sergeev (Artem) und Ivanov sowie der Jude Horovitz. Von dort aus dem Nordosten drangen die Bol'seviki weiter militärisch in den Westen der Ukraine vor, zuerst fiel Poltava, dann Katerynoslav.

In der Zeit zwischen der Abdankung des Zaren und dem Fall der Provisorischen Regierung waren die Bol'seviki in der Ukraine eine kleine zersplitterte Gruppierung, Teil der Russischen Sozialdemokratischen Partei (Bol'seviki). Eine bolschewistische Partei in der Ukraine gab es erst ab April 1918. Davor hatte sie sich aufgeteilt in eine südwestliche Organisation in Kiew und eine südöstliche⁵⁵ in Charkiv, wozu die Regionen Katerynoslav, Kryvyj Rih sowie das Donec'-Gebiet gehörten.

Im ersten Stadium der Revolution zählte die Kiewer Gruppe an die 8.000 Mitglieder, diejenige in Charkiv etwa 16.000. In beiden Gruppen war der Anteil der Ukrainer weniger als ein Fünftel, das Gros setzte sich aus Russen zusammen. Wegen dieser Zusammensetzung und ihres beschränkten Aktionsradius wurden diese bolschewistischen Gruppen nicht als Bedrohung für die Zentralrada angesehen. Vor der November-Revolution hielten sie viele ukrainische Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre für ihre Verbündeten gegen die „Reaktion“.⁵⁶ Hinzu kam, daß nach dem mißglückten Umsturzversuch der Kiewer Bol'seviki die Stärke der ukrainischen Bol'seviki insgesamt nicht für gefährlich gehalten wurde.⁵⁷

Durch die prekäre militärische Lage, in der sich die Zentralrada befand, wurde es notwendig, sich im Ausland um Hilfe umzusehen. Im Sommer 1917 hatte man bereits mit offiziellen französischen und englischen Kreisen Kontakt aufgenommen. Im Dezember erkannten diese die Ukraine als selbständigen Staat an.⁵⁸ Die Interessen Frankreichs wurden durch General Tabouis, den Chef der französischen Militärmission an der südwestlichen Front, vertreten.⁵⁹ Der frühere Konsul in Odessa, Picton Bagge, repräsentierte Großbritannien. In Kiew hatte man verstärkt den Eindruck, nur von den Franzosen, in deren Einflußzone⁶⁰ die Ukraine gefallen war, etwas erwarten zu dürfen,

55 Die Himmelsrichtungen erklären sich aus der zentralrussischen Sicht, die entsprechenden Eisenbahnverwaltungen hatten die gleichen Bezeichnungen.

56 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 656.

57 Über die Vorgänge in der Stadt Kiew siehe PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 188–190.

58 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 286.

59 EVAIN Le problème de l'indépendance, S. 60.

60 Auf britische Initiative hin wurde der Süden Rußlands durch den Vertrag vom 23. Dezember 1917 in zwei Einflußsphären geteilt. Großbritannien sollte seinen Einfluß in der Zone südöstlich des Schwarzen Meeres einschließlich des Kaukasus und Transkaukasiens geltend machen, während Frankreich die Region nördlich des Schwarzen Meeres zugesprochen wurde einschließlich der Krim, der Ukraine und Bessarabiens. Text dieser Abmachung „Convention entre la France et l'Angleterre au sujet de l'action dans la Russie meridionale“ in: British Foreign

während die Engländer verstärkt ihr Interesse auf das Kaukasusgebiet und die Freiwilligenarmee Denikins verlagerten.⁶¹

Die Ententemächte erwarteten von der Ukraine, anstelle des Russischen Reichs den Kampf gegen die Mittelmächte weiterzuführen, was jedoch vollkommen unmöglich war. Die geringfügige Hilfe, welche die Ukraine aus London und Paris erreichte, brachte keinerlei Erleichterung in der schweren Lage. Notgedrungen entschloß sich die Zentralrada zu Friedensverhandlungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn. Ein weiterer Grund hierfür fand sich auch in der ukrainischen Befürchtung, die Russen, die bereits ihren Friedenswillen signalisiert hatten, würden auch im Namen der Ukraine Frieden schließen. Das wollte man unter allen Umständen vermeiden. Zudem verschlechterte sich täglich die Lage der jungen Ukrainischen Volksrepublik durch die fortschreitenden militärischen Eroberungen der Bol'sheviki.⁶²

Im Januar 1918 begab sich eine ukrainische Delegation zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litovsk. Währenddessen verabschiedete die Zentralrada am 22. Januar 1918 das Vierte Universal, in dem die endgültige Trennung der Ukraine von Rußland vollzogen⁶³ und die absolute Unabhängigkeit der Ukraine in ihren durch das vorhergehende Universal definierten Grenzen proklamiert wurde. Es ermächtigte die ukrainischen Delegierten in Brest-Litovsk, einen Friedensvertrag mit den Mittelmächten abzuschließen, und forderte kriegerische Maßnahmen gegen die aus dem Norden vorrückenden Bol'sheviki. Das Recht der nationalen Personalautonomie wurde in das Recht auf Unabhängigkeit der Ukrainischen Volksrepublik eingebettet. Der von Vynnyčenko vertretene deutsch-feindliche Kurs wurde deutlich in der Liste derjenigen Staaten, mit denen die Ukraine Beziehungen aufzunehmen wünschte: Rußland, Polen, Österreich, Rumänien und Türkei. Obwohl immer noch die Möglichkeit einer ukrainischen Beteiligung an einer russischen Föderation offen gehalten wurde, begann doch von diesem Zeitpunkt an eine völlig neue Politik. Durch den Minderheitenschutz der Zentralrada, gesichert durch das Gesetz zur Autonomie der einzelnen in der Ukraine lebenden Nationalitäten, stand die jüdische, polnische und auch die russische Minderheit hinter der Zentralrada. Lediglich die Bol'sheviki, nun aber nicht mehr in der Zentralrada vertreten, befanden sich zu dieser Entwicklung in Opposition.⁶⁴

Kurz nach Veröffentlichung des Vierten Universals begannen die Wahlen zur ukrainischen Verfassunggebenden Versammlung, deren Ergebnis im großen und ganzen dem Ergebnis der Wahlen zur russischen Nationalversammlung glich. Allerdings wurden diese

Office Collection 371, General Correspondence, Political 1919, Nr. 36638, vol. 3963, reel 17. Im folgenden zitiert: B.F.O., vol. (...), reel (...).

61 ALLEN *The Ukraine*, S. 310. Zu den diplomatischen Verhandlungen der Ukrainer mit den Alliierten siehe Kapitel 3.1. dieser Arbeit.

62 DMYTRYSHYN *Moscow and the Ukraine*, S. 35: 10.01.1918 Katerynoslav, 23.01.1918 Žmerynka, 30.01.1918 Odessa, 04.02.1918 Mykolaïv, 09.02.1918 Kiev.

63 Ukrainischer Text in: CHRYSYTYUK *Zamitky i materijaly*, II, S. 103–106.

64 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 224–225.

durch den russisch-ukrainischen Krieg stark behindert. Von den 301 zu wählenden Delegierten konnten lediglich 171 gewählt werden. Von diesen 171 waren nur 34 Bol'sheviki, von denen wiederum die meisten aus dem von bolschewistischen Truppen besetzten Gouvernement Černihiv stammten. In Kiew, Podolien und Wolhynien, wo die ukrainische demokratische Regierung herrschte, kamen Ergebnisse zustande, die dem wahren Wählerwunsch entsprachen.

In der Nacht vom 28. auf den 29. Januar 1918 brach in Kiew der bolschewistische Aufstand aus. Am 4. Februar erschien der bolschewistische Oberst Murav'ev am linken Dnjepr-Ufer, besetzte den Vorort Darnycja und begann mit der Beschießung der Stadt. Die Lage wurde unhaltbar für die Zentralrada. Am 8. Februar verließen ihre Mitglieder Kiew in Richtung Žytomyr, das sie zur provisorischen Hauptstadt der Ukraine erkoren. Mit dem Eintreffen der Bol'sheviki in Kiew kam es zu ersten Massenhinrichtungen.⁶⁵ Zu diesem Zeitpunkt befand sich die ukrainische Regierung auf dem absoluten Tiefpunkt ihrer Macht. Jetzt erst begann die Konsolidierung der ukrainischen Armee durch die Rekrutierung von Freiwilligen und vor allem auch durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen der Mittelmächte. In den nächsten zwei Monaten wurde die Armee neu durchorganisiert.⁶⁶ Zudem gelang es der ukrainischen Regierung die telegraphische Verbindung nach Brest-Litovsk aufrechtzuerhalten. Für die Ukraine arbeitete auch die stetige Demobilisierung des russischen Heeres; viele Soldaten verließen ihre Einheiten in Richtung Heimat. Auf diese Weise reduzierten sich Murav'evs Truppen drastisch.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litovsk am 9. Februar 1918 durch die ukrainischen Delegierten wurde die militärische Hilfestellung der Mittelmächte möglich gemacht. Nach eingehenden Verhandlungen zwischen Ukrainern und Deutschen fand man schließlich einen „korrekten“ Weg, der Zentralrada-Regierung deutsche Hilfe zukommen zu lassen. Am 15. Februar 1918 richtete die ukrainische Delegation in Brest-Litovsk einen Aufruf an das deutsche Volk mit der Bitte um Unterstützung gegen die bolschewistische Eroberung.

Am 16. Februar 1918 kündigte die OHL den Waffenstillstand an der Ostfront auf, und zwei Tage später begann der Vormarsch der deutschen Armeen. Die Bol'sheviki wurden aus ihren gerade eroberten Gebieten verjagt, und der Regierung mit Lenin an der Spitze blieb nichts anderes übrig, als auf die deutschen Forderungen einzugehen und den Vertrag von Brest-Litovsk ebenfalls zu unterschreiben.⁶⁷ Unter deutschem Druck mußte sich die sozialistische ukrainische Regierung in Charkiv auflösen. Daraufhin verlegte sie ihr Zentrum nach Moskau, von wo sie ohnehin gesteuert worden war.⁶⁸

Bis zum 1. März 1918 waren die deutschen Truppen nach Kiew vorgestoßen und versetzten die ukrainische Regierung in die Lage, ihre Geschäfte wieder aufzunehmen. Pidhainy behauptet allerdings, die Hauptarbeit der Rückeroberung Kiews sei durch die

65 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 287.

66 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 615.

67 Zu den Vorgängen in Brest-Litovsk siehe Kapitel 3.2. dieser Arbeit.

68 DMYTRYSHYN Moscow and the Ukraine, S. 38.

ukrainischen Truppen selbst geleistet, da die OHL bis Ende Februar gar nicht die Möglichkeit gehabt hatte, den deutschen Truppenaufmarsch vollständig durchzuführen.⁶⁹ Der Beitrag der österreichisch-ungarischen Truppen war zu diesem Zeitpunkt äußerst gering, beinahe zu vernachlässigen, da nur eine einzige Kompanie teilnahm und dies lediglich als Besatzung einer Grenzstadt am Zbruč. Feldmarschall Eichhorn wurde Chef der Besatzungstruppen der Mittelmächte und damit in gewisser Weise auch der eigentliche Machthaber im neuen ukrainischen Staat. An seiner Seite agierten Baron Mumm, Repräsentant des Auswärtigen Amtes und deutscher Botschafter in Kiew, und sein österreichischer Kollege Graf Forgách. General Groeners Aufgabe war es, die Versorgung zu sichern.⁷⁰ Es muß allerdings betont werden, daß zwischen der deutschen und der ukrainischen Regierung vollstes Einvernehmen darüber herrschte, daß die Reichstruppen auf Wunsch der Zentralrada sofort zurückgezogen werden könnten. Kanzler Hertling soll zu Vsevolod Holubovyč gesagt haben: „Ich darf ihren Mitteilungen entgegensehen, sobald Sie glauben, daß das Werk der deutschen Truppen vollendet ist und der Befehl zu ihrer Zurückziehung unbedenklich gegeben werden kann.“⁷¹ Zurück in Kiew nahm die Zentralrada zunächst die Regierungsgeschäfte wieder auf. Der neue Kalender wurde eingeführt, ebenso die neue ukrainische Währung und das Staatswappen.⁷² Sie verabschiedete ein Staatsbürgergesetz und legte eine neue administrative Einteilung der Ukraine fest.⁷³

Durch den Vertragsabschluß zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland im März 1918 wurde Petrograd gezwungen, die Ukraine anzuerkennen, und gleichzeitig verpflichtet, mit ihr Frieden zu schließen. Die sowjetischen Truppen mußten die Ukraine verlassen, und jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten der Ukraine wurde untersagt. Diese Friedensgespräche fanden in Kursk und Kiew statt, am 12. Juni wurde der Waffenstillstand unterzeichnet. Man tauschte diplomatische und konsularische Vertreter aus, öffnete Telegraf- und Postleitungen und nahm Repatriierungsmaßnahmen vor. Rußland gab der Ukraine Eisenbahnausrüstungen zurück, die im Krieg erbeutet worden waren. Über die exakte Grenzziehung konnte man sich allerdings nicht verständigen. Mit dem Ausbruch der Revolution in Deutschland annullierte der Rat der Volkskommissare in Moskau den Vertrag von Brest-Litovsk, und am 24. Dezember 1918 schloß das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten die Legation der Ukraine und alle ukrainischen Konsulate in Sowjetrußland. Es wurde die Order ausgegeben, Ukrainer als Bürger der RSFSR zu behandeln.⁷⁴

69 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 629.

70 MANNING *The story of the Ukraine*, S. 232.

71 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 644. Pidhainy zitiert hier aus deutschen Akten.

72 Zur Frage des Staatswappens und der Staatsflagge der Ukraine: TREMBICKY *National coat-of-arms and flag of Ukraine*, S. 343–350.

73 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 635.

74 MARKUS *L'Ukraine soviétique*, S. 33.

Aber auch zwischen den beiden Verbündeten kam es zu keiner rechten Zusammenarbeit. Der ukrainische Regierungschef Vsevolod Holubovyč konnte kein vertrauensvolles Verhältnis zu Eichhorn und Mumm aufbauen, und andersherum verhielt es sich wohl genauso. Ein weiteres Hindernis in der Verständigung stellte auch die sozialistische Einstellung der Zentralrada dar, welche die Deutschen um die ihnen versprochenen Getreidelieferungen fürchten ließ. Die unerfreulichen Vorfälle zwischen den Vertragspartnern mehrten sich, und die Mittelmächte, vor allem Deutschland, suchten deshalb verstärkt nach einem Ordnungsfaktor, den man in der Person des Generals Pavlo Skoropads'kyj gefunden zu haben glaubte.⁷⁵

2.3. Das ukrainische Hetmanat unter Pavlo Skoropads'kyj

General Skoropads'kyj, ehemaliger Flügeladjutant des Zaren, war 1917 durch die Ukrainisierung des 34. Armeekorps berühmt geworden.⁷⁶ Mit diesem Korps verhinderte er im Sommer 1917 das Eindringen der bolschewistischen Soldatenmassen, welche die Front verließen, in die Ukraine, indem er die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte besetzte. Später wurde er zum Ehrenataman des ukrainischen freien Kosakentums gewählt. Er war auch der Organisator des freien Kosakentums im Kiewer Gebiet und Gründer der Ukrainischen Volksgesellschaft, welche die Ideen des historischen ukrainischen Hetmanats mit einer starken Exekutivmacht propagierte. Er stand sowohl mit der Ukrainischen Demokratischen Landwirte-Partei (Ukraïns'ka demokratsyčna chliborobs'ka) als auch mit dem reaktionären und antiukrainischen Bund der Landbesitzer (Sojuz zemel'nych vlasnykiv) in Verbindung. Letzteres machte ihn in den Kreisen der Zentralrada-Anhänger äußerst unbeliebt.⁷⁷ Am 29. April 1918 proklamierte ihn der schon vorher arrangierte Kongreß des Bundes der Landbesitzer mit 6.000 Delegierten zum Hetman. Aus der „Ukrainischen Volksrepublik“ (Ukraïns'ka Narodna Respublika) wurde der „Ukrainische Staat“ (Ukraïns'ka Deržava). Für die Bol'sheviki bedeutete dies die „Diktatur der Landbesitzer und Kapitalisten“.⁷⁸

In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage nach den Gründen für das Scheitern der Zentralrada. Zuerst einmal hatte sie es aus sozialistischer Begeisterung heraus versäumt, eine schlagkräftige Truppe aufzustellen. Ebenso verhielt es sich mit einer effektiven Verwaltung, welche die Verbindung zu den Provinzen und dem flachen Land, von woher auch die meiste Unterstützung kam, aufrechterhalten sollte. In der Politik selbst konnte kein Konsens zwischen den sozialistischen und bürgerlichen Parteien erzielt

75 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 288.

76 Legation of the United States of America Bern an State Department, 28.10.1920, Nr. 333, in: Records of the Department of State relating to internal affairs of the Ukraine: 1918–1949, political affairs, 860 E. 00, roll 1, target 1. Im Folgenden zitiert als: Records, 1, 1.

77 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 289.

78 Istorija graždanskoj vojny v SSSR, III, S. 263.

werden. Hinzu kam, daß die ukrainische Nationalbewegung noch etwas unterentwickelt war, da sich die jahrzehntelange Unterdrückung alles Ukrainischen in der Zarenzeit nun bemerkbar machte. Hier wurde ein Staat geschaffen, bevor sich noch endgültig eine Nation herausbilden konnte. Nation soll hier als Großgruppe mit eigener Kulturgestalt, aber nicht als staatlich-politische Organisation verstanden werden. Die gebildete Schicht im Lande war größtenteils russisch oder aufgrund des zaristischen Regimes und sozioökonomischer Besonderheiten russifiziert worden. Das bedeutete, daß die Städte, die Industrie- und Kommunikationszentren und alles ausgebildete Personal im Staatsdienst als russische Bastionen fungierten. Nicht zuletzt fehlte es den jungen ukrainischen Politikern an der nötigen Erfahrung. Letztendlich aber war es der Unwille und das Versagen der Zentralrada, die deutschen Wünsche zu erfüllen, die ihren Sturz herbeiführten.⁷⁹

Aber auch der Hetman befand sich von Anfang an in einer schwierigen Position. Für ihn stimmten der nicht-ukrainische Handel und die Industrie, die reaktionär gesinnten Grundbesitzer (Bund der Landbesitzer) und die wohlhabenden Kreise des ukrainischen Bauertums (Ukrainische Demokratische Landwirte-Partei“)⁸⁰. Gegen ihn stellten sich jedoch die gesamte revolutionäre ukrainische Intelligenz, die Vertreter der russischen revolutionären Demokratie, die Bol'sheviki und die Vertreter der russischen Aristokratie.⁸¹ Schon in den ersten Tagen seiner Regierung wandte sich Hetman Skoropads'kyj mit dem Vorschlag, sich an der Kabinettsbildung zu beteiligen, an alle ukrainischen Parteien. Diese konnten aber die Auflösung der Zentralrada nicht verwinden und weigerten sich, mit dem Mann, der dafür mitverantwortlich war, eine Regierungskoalition zu bilden.

Der Versuch der Bildung eines Koalitionskabinetts scheiterte, da alle politischen Kräfte wegen des Gesetzes vom 29. April 1918 über den vorläufigen Staatsaufbau verärgert waren. Die Paragraphen 1 und 2 legten dem Hetman die gesamte Regierungsgewalt in die Hände. Er konnte den Ministerpräsidenten, der die weiteren nur dem Hetman verantwortlichen Minister vorzuschlagen hatte, ernennen, das Kabinett auflösen, die Mitglieder des Obersten Gerichtes und die Generalrichter bestimmen, und zudem bedurfte jedes Gesetz seiner Bestätigung. Grundrechte wurden nur innerhalb der Grenzen bestehenden Rechtes gewährt, d.h. Zeitungen unterlagen strenger Zensur oder wurden ganz aufgelöst, öffentliche Versammlungen und Streiks wurden verboten. Gleichzeitig avancierte der Hetman zum obersten militärischen Befehlshaber. Einer Diktatur stand damit nicht mehr viel im Wege. Dieses Gesetz und sein Manifest „An das ganze ukrainische Volk“, in dem er ankündigte, daß das Recht auf Privateigentum in vollem Maße wiederhergestellt werden würde und alle anderen Anordnungen der Zentralrada und der Provisorischen Regierung ebenfalls aufgehoben seien, bildeten die vorläufige Verfassung des Ukrainischen Staates. Die deutsche und österreichische Presse berichtete über die Vorgänge in der Ukraine. So erschien am 3. Mai 1918 ein Artikel über die Auflösung

79 SUBTELNY Ukraine, S. 354.

80 Die wichtigsten Punkte des Parteiprogramms der Bauern-Demokraten sind abgedruckt bei: HORAK Charakter der neuen Machthaber, S. 120.

81 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 290.

der Blauen Division⁸² im „Fremden-Blatt“ aus Berlin. Darin wurde auch über Skoropads'kyjs Einzug in Kiew berichtet und der Sturz der Zentralrada-Regierung heruntergespielt. Man versuchte das deutsche Volk zu beruhigen, indem erklärt wurde, der Vertrag von Brest-Litovsk sei mit der Ukraine an sich geschlossen worden, nicht mit irgendeiner ukrainischen Regierung. Dies bedeutete, daß er auf jeden Fall seine Gültigkeit behalten würde. Ebenso berichteten die „Vossische Zeitung“ aus Berlin (04.05.1918), die „Wiener Freie Presse“ (04.05.1918), die „Münchner Neuesten Nachrichten“ (04.05.1918), das „Berliner Tagblatt“ (05.05.1918) und das „Fremden-Blatt“ (05.05.1918). Der „Vorwärts“ vom 3. Mai 1918 war die einzige Zeitung, die sich kritisch mit der deutschen Politik in der Ukraine auseinandersetzte, wohingegen das „Berliner Tagblatt“ (06.05.1918) berichtete, Skoropads'kyj habe sich für den engsten Anschluß der Ukraine an die Mittelmächte und vor allem an Deutschland stark gemacht.⁸³

Diese Vollmachten des Hetmans sollten den Grundstein für eine ordentliche konstitutionelle Monarchie legen. Seinen Staatsstreich rechtfertigte er mit der Erklärung, daß die Zentralrada nicht in der Lage gewesen sei, Stabilität, Recht und Gesetz aufrecht zu erhalten. Er versprach Ruhe im Lande und den triumphalen Neubeginn privater Unternehmen. Das Muster zu dieser neuen Regierung stammte aus dem zaristischen Rußland,⁸⁴ dessen Staatsmacht auf Ständestruktur und administrativem Zentralismus basierte. Viele der Zentralrada-Gesetze wurden annulliert. Die neuen Gesetze beinhalteten die Rückgabe des großen Grundbesitzes und zwangsweise Abschlagszahlungen der Bauern für das von ihnen besetzte Land. Die Land- und Stadtpolizei wurde in eine Staatsgarde umgewandelt, stand nun unter dem Kommando des Innenministers und sollte die innenpolitischen Feinde unter Kontrolle halten.⁸⁵

Die Kompetenzfülle des Hetmans konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die eigentliche Macht in den Händen der deutschen, nicht aber der österreichischen Besatzungsmacht lag.⁸⁶ Das Ziel der Politik des Deutschen Reiches war es, eine ukrainische Regierung solange als möglich aufrechtzuerhalten. Diese sollte jedoch keine selbständige

82 Im Ukrainischen nach ihren blauen Uniformmänteln *Syn' ožupannyky* benannte erste Kosaken-Division geformt von Freiwilligen. Sie bestand eigentlich aus zwei Divisionen und wurde unter der Aufsicht des Bundes zur Befreiung der Ukraine aus ukrainischen Kriegsgefangenen in Deutschland nach dem Friedensvertrag von Brest-Litovsk geformt. Jede Division bestand aus vier Infanterie-Regimentern (mit je 1.200 Mann einschließlich der Offiziere) und einem Artillerie-Regiment. Die erste Division wurde im wolhynischen Kovel' geformt, Mitte März 1918 nach Kiew verlegt und kurz vor dem Staatsstreich des Hetmans von den Deutschen aufgelöst. Die zweite Division wurde noch in Wolhynien selbst wieder aufgelöst. Unter dem Direktorium kam es zur Wiederaufstellung des Siebten Blauen Regimentes bei der Dritten Schützen Division.

83 Presseübersicht in: Mission Forichon, Genf an französisches Innenministerium, 22.05.1918, in: Archives Nationale, F/7/13355.

84 BRÉGY Prince Serge Obolensky, S. 203–205.

85 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 626.

86 SUBTELNY Ukraine, S. 356.

Körperschaft sein, sondern ein Anhängsel des deutschen und österreichischen Militärs. Sie mußte versprechen, sich nicht in die militärischen und wirtschaftlichen Belange der Zentralmächte einzumischen und hatte auf die folgenden Konditionen einzugehen:

1. Kein Aufbau einer Armee, solange sich die Truppen der Mittelmächte in der Ukraine aufhielten; die Größe der Polizeistreitkräfte wurde durch die Besatzungsmacht vorgeschrieben.
2. Militärgerichte der Mittelmächte bestrafte alle Verbrechen, die gegen stationiertes Militärpersonal gerichtet waren.
3. Die ukrainische Staatsverwaltung sollte von allen unzuverlässigen Elementen gereinigt werden. Die Landkomitees (*zemel'ni komitety*) und ähnliche Körperschaften sollten aufgelöst werden.
4. Handelsrestriktionen der Zentralrada wurden für null und nichtig erklärt. Die Mittelmächte führten den freien Handel ein, behielten sich aber eine Kontrolle vor.
5. Die bestehenden Agrarprobleme sollten dahingehend gelöst werden, daß das Recht auf Privateigentum wieder eingeführt wurde. Die Bauern mußten für das Land, das sie in ihren Besitz gebracht hatten, bezahlen. Der Großgrundbesitz wurde auf diese Weise wieder hergestellt.⁸⁷

Nach zwei mißlungenen Versuchen kam schließlich eine Kabinettsbildung zustande. Der Gutsbesitzer Fedir Lyzohub wurde Ministerpräsident und Innenminister, General Rohoza Kriegsminister, Ržepc'kyj Finanzminister und Vasilij Kolokol'cov, ab Oktober Volodymyr Leontovyč Landwirtschaftsminister. Professor Mykola Vasylenko zeichnete als Minister verantwortlich für die Bildung, Čubyns'kyj für die Justiz, und Dmytro Dorošenko wurde Außenminister.⁸⁸

Das erste Kabinett des Hetmans basierte ostentativ auf der Fachkompetenz seiner Mitglieder und nahm auf die Nationalität keinerlei Rücksicht. Einziger prominenter ukrainischer Führer, der mit der ukrainischen Nationalbewegung identifiziert werden konnte, war der Außenminister Dmytro Dorošenko, der die Partei der Sozialföderalisten verlassen hatte, um an der Regierungarbeit teilnehmen zu können. Der Rest der Minister war nicht oder höchstens am Rande in der ukrainischen Szene tätig wie der Erziehungsminister Prof. Mykola Vasylenko und der Premierminister und frühere Führer des *zemstvo* von Poltava Fedir Lyzohub. Die Minister und Verwaltungsangestellten des Hetmanstaates waren allesamt gut ausgebildete Spezialisten und für ihre Posten durchwegs geeignet,

87 DOROSHENKO *A survey of Ukrainian History*, S. 625.

88 KRUPNYCKYJ *Geschichte der Ukraine*, S. 290. In der „Vossischen Zeitung“ (04.05.1918) lautet die Kabinettsliste allerdings anders: „Wassilenko (Ministerpräsident), Loskyj (Äußerer), Lyzohub (Innerer), Prokopowitsch (Schulwesen), Kijanzyj (Ackerbau), Sokolowskyj (Finanzen), Fetschenko (Handel-Industrie), Scheluchin (Justiz), Nikowskyj (öffentliche Arbeiten), Wlodymyr Ljubinskyj (Soziales), Sliwinskyj (Krieg), Admiral Koltschak (Marine), Stetkewicz (Eisenbahn), Butzenko (Post)“, in: *Archives Nationales*, F/7/13355.

aber es fehlte ihnen jegliches Verständnis für das Ukrainertum. Daraus resultierte die überaus komplizierte Stellung der Hetman-Regierung.

Obwohl wiederholt offiziell bekannt gegeben wurde, daß es sich bei den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nicht um Besatzungsarmeen, sondern um herbeigerufene Verbündete handelte, existierte in Wahrheit doch eine externe Militärregierung in der Ukraine, angeführt von dem deutschen Oberbefehlshaber General Eichhorn und seinem Stabschef General Groener.⁸⁹ Eichhorn fühlte sich immer wieder bemüßigt, in die internen ukrainischen Angelegenheiten einzugreifen. Am 6. April löste er mit dem Befehl über die Feldbestellung einen wahren Entrüstungsturm in der Zentralrada aus. Der Befehl besagte, daß die Bauern nicht mehr Land besetzen durften, als sie auch bearbeiten konnten, und die Landarbeiter hatten weiterhin auf dem Großgrundbesitz zu arbeiten. Einen guten Einblick in die deutsche Politik vermittelt auch der am 2. Mai 1918 in der „Neuen Freien Presse“ Wien veröffentlichte Text eines weiteren Eichhorn-Befehls:

„Unverantwortliche Personen und Verbände versuchen die Bevölkerung zu terrorisieren. Um alle die, welche im Interesse des Vaterlandes und der neu entstandenen Republik arbeiten, einzuschüchtern, verhaften sie gegen die Bestimmungen jedes Gesetzes und Rechtes hauptsächlich auch die Personen, welche gemeinsam mit Deutschland zu arbeiten gewillt sind. Deshalb sehe ich mich gezwungen, besondere Maßnahmen zur Wahrung der allgemeinen Sicherheit in Kiew zu treffen und unverzüglich alle gegen das Gesetz handelnden Personen dem Gerichte zu übergeben. Ich befehle: Alle Handlungen, die gegen die bürgerliche Ordnung gerichtet sind, alle strafbaren Handlungen, wie Diebstähle und tückische Angriffe gegen deutsche und verbündete Truppen, sind den deutschen Gerichten zu übergeben. Alle Störungen der öffentlichen Ruhe, insbesondere alle Straßenversammlungen, sind verboten, dergleichen jede mündliche Agitation durch die Presse. Zeitungen, die dagegen verstoßen, werden sofort eingestellt. Die Durchführung dieses Befehls wird dem 27. Armeekorps übergeben.“⁹⁰

Dazu berichtete die „Volksstimme“ aus Wien vom 3. Mai 1918, Österreich verfolge dieselben Ziele wie Deutschland und die Eichhorn-Befehle seien von der ukrainischen Bevölkerung mit „größter Ruhe“ aufgenommen worden. Unter welchen Voraussetzungen die österreichisch-ungarischen Truppen den südlichen Teil der Ukraine besetzten, schildert General Krauss in seinen Erinnerungen, in denen er über ein Gespräch mit Kaiser Karl berichtet. Dieser gab ihm den eindeutigen Befehl, als strenger Diktator soviel wie möglich an Lebensmitteln aus der Ukraine nach Österreich zu schaffen, da man mit der ukrainischen Regierung nicht reden, sondern ihr nur befehlen könne.⁹¹

Was General Groener für die deutsche Armee war, wurde General Krauss für die 2. Armee, die sogenannte österreichische Ostarmee. Vom Kaiser persönlich erhielt der

89 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 627.

90 Mission Forichon, Genf, 22.05.1918, in: Archives Nationales, F/7/13355.

91 KRAUSS Die Ursachen unserer Niederlang, S. 253.

neue Armeekommandant außerdem die Aufgabe, zukünftige günstige Handelsbeziehungen mit der Ukraine zu knüpfen. Dafür erhielt er freie Hand und unbeschränkte Machtvollkommenheit, was jedoch durch die Berliner Vereinbarungen⁹² und das interne Chaos in der Armeeverwaltung stark eingeschränkt wurde.

Insgesamt befanden sich an die 400.000 Mann Besatzungstruppen zur Grenzsicherung und Überwachung der lokalen Behörden in der Ukraine. Diese ständige deutsche Einmischung unterminierte die Autorität der Hetman-Regierung und machte die deutsche Besatzung der ukrainischen Bevölkerung unnötig verhaßt. Gleichzeitig gelang es Skoropads'kyj nicht, sich und seine russophile Politik beim ukrainischen Volk beliebt zu machen. Seine Politik wurde deshalb als russophil betrachtet, da die ukrainische Intelligenz nach wie vor seine Regierung boykottierte und es dadurch den großrussischen Elementen ermöglicht wurde, den Staatsapparat größtenteils in ihre Hände zu nehmen.

Die Hauptleistung des Hetmans auf kulturellem und erzieherischem Feld war die Gründung von einigen wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen. So wurden die Nationaluniversität in Kiew und eine Universität in Kam-janec'-Podil's'kyj sowie das Historische und Philologische Institut in Poltava ins Leben gerufen. In den Universitäten von Kiew, Charkiv, Odessa und Katerynoslav und in der Theologischen Akademie in Kiew sowie am Historischen und Philologischen Institut in Nižyn wurden Lehrstühle für ukrainische Geschichte, ukrainisches Recht sowie für ukrainische Sprache und Literatur eingeführt. In Kiew gründete der Hetman die Ukrainische Akademie der Wissenschaften, die Nationalgalerie, das Nationalmuseum, das Ukrainische Staatsarchiv, den Nationalchor, das Staatstheater und die Staatsschauspielschule.

Im Sommer 1918 richtete man ukrainische Mittelschulen ein und ukrainisierte bereits bestehende. Unter der Führung von Sofija Rusova wurde ein System der Erwachsenenbildung aufgebaut. Skoropads'kyj versorgte auch das Erziehungsministerium mit hohen Geldbeträgen für den Ankauf von Schulbüchern, die in sehr großer Anzahl erschienen. Überhaupt erreichte man eine äußerst hohe Auflage von neuen ukrainischen Büchern.

Aber auch bei den Finanzen gelang es der Hetman-Regierung, eine gewisse Ordnung einzuführen und der Bevölkerung das Gefühl von Zuversicht zu vermitteln. Die Ukraine hatte innerhalb von sechs Monaten bis Ende 1918 ein Staatsbudget aufgestellt. Bereits im Dezember 1917 hatte sich der Staatssekretär der Finanzen an alle Behörden gewandt, damit Kostenvoranschläge zusammengestellt würden. Polen im direkten Vergleich brauchte dazu von der zweiten Hälfte des Jahres 1918 bis 1924, wobei es mehr geeignete Beamte aus k.u.k.-Zeiten und mehr ausländische Hilfe zur Verfügung hatte. Die herausragendste Rolle im Erstellen des Haushaltes spielte der Finanzminister A. Ržepc'kyj und sein Vorgänger Tuhan-Baranovs'kyj sowie der Direktor der Staatskasse Charyton Lebid'-Jurčyk. Am 28. Juni 1918 wurde die Finanzkommission zur Überprüfung der Kostenvoranschläge und besonderer Ausgaben zur Gewährung von Krediten als

92 Über die wirtschaftliche Tätigkeit der Mittelmächte in der Ukraine, siehe Kapitel 3.3. und 3.4. dieser Arbeit.

beratendes Organ des Finanzministers gegründet.⁹³ Das Transportwesen, das zuvor von den Bol'seviki zerstört worden war, konnte wieder hergestellt werden. Dies war sehr wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine und auch für die Besatzungstruppen.⁹⁴ Auch in der Außenpolitik konnte die Hetman-Regierung gewisse Erfolge erringen: Es gelang ihr, die diplomatischen Beziehungen zu den Mittelmächten und zu mehreren neutralen Ländern zu normalisieren, das Netz der Konsulate zu erweitern und die Freundschaft mit der Don-Region, dem Kuban'-Gebiet und der Krim zu vertiefen. Am 12. Juni 1918 unterzeichnete sie auch einen vorläufigen Friedensvertrag mit Sowjetrußland, das damit die Selbständigkeit der Ukraine erneut anerkannte.

Der entscheidende Schwachpunkt der Politik des Hetmans aber war, daß sie nicht auf einer festen Grundlage beruhte, sondern daß die Stabilität der Regierung nur an der Oberfläche bestand. Die Autorität Skoropads'kyjs wurde unterminiert von den Zentralrada-Anhängern, den revolutionären Elementen, dem wachsenden Einfluß der lokalen russischen Gruppierungen und den russischen Flüchtlingen, die sich massenweise in der Ukraine zusammenfanden.

Die Absetzung der Zentralrada war der Beginn einer reaktionären Agrarpolitik, die während des gesamten Regimes des Hetmans andauerte. Die Großgrundbesitzer, zumeist Russen und Polen, rächten sich nun an den Bauern für die Zerstörungen und das ihnen zugefügte Leid während der Unruhen. Oft erhielten sie bei ihren Strafexpeditionen⁹⁵ Unterstützung durch die Truppen der Mittelmächte. Die Folge davon waren Bauernaufstände vor allem im Gebiet von Kiew und Zaporiz'zja. Um sein Regime zu konsolidieren, ernannte Skoropads'kyj Provinzial- und Bezirksbeamte, die sich hauptsächlich aus ehemaligen zaristischen Staatsdienern und Angehörigen des Landadels zusammensetzten. Sie waren erfahren in der Administration, aber ausgesprochen feindselig gegenüber jeglichen demokratischen oder gar revolutionären Ideen. Dem ukrainischen Staat standen sie zumeist gleichgültig, wenn nicht sogar feindlich gegenüber. Durch die Art und Methoden dieser Beamtschaft wurde die ukrainische Bevölkerung vor den Kopf gestoßen, und so konnte es die Hetman-Regierung trotz einiger Fortschritte nie zu einer großen Popularität bringen. Die Kodifizierung des neuen Landrechtes, an dem zwar gearbeitet wurde, verzögerte sich jedoch bis November 1918.⁹⁶ Dabei hatte eine Spezialkommission eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, die besagte, Besitzungen über 200 Desjatinen Land (218 Hektar) sollten an die Staatliche Land-Bank verkauft werden. Diese wiederum verteilte das Land unter den Bauern in Parzellen bis zu 25 Desjatinen. Mit diesem Gesetz wollten sich jedoch die landhungrigen ukrainischen Massen nicht zufriedengeben. Damit hatte der Hetman aber eine letzte Möglichkeit verschenkt, sich gegen eine neue revolutionäre Welle zu stemmen.

93 LEBID'-JURČUK Das erste ukrainische Staatsbudget, S. 149–161.

94 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 631.

95 BRÉGY Prince Serge Obolensky, S. 207; HORAK Charakter der neuen Machthaber, S. 124–126.

96 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 632.

Im Mai 1918 kam es zu offenen Angriffen auf Skoropads'kyjs Politik, so auf dem Zweiten Allukrainischen Bauernkongreß, dem Zweiten Allukrainischen Arbeiterkongreß, dem Kongreß der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten, die alle illegal zusammentraten. Aus diesem Protest entwickelte sich bewaffneter Widerstand. Außer auf die Unterstützung durch die Ukrainische Demokratische Landwirte-Partei verließ sich Skoropads'kyj auf die Rückendeckung durch russische politische Organisationen wie die Konstitutionell-Demokratische Partei („Kadetten“) und konservative wirtschaftliche Interessengruppen. Ein Kongreß von Industriellen, Bankiers und Landbesitzern unterstützte den Hetman und forderte ein „vorrevolutionäres“ Leben.⁹⁷

Partisanen der Zentralrada waren die ersten Gegner des Hetmans. Es formierte sich eine organisierte Opposition, der sogenannte Ukrainische National-Staatliche Bund (Ukrains'kyj Nacional'no Deržavnyj Sojuz). Als die Ukrainische Sozialdemokratische Partei und die Bauern-Union dazukamen, änderte man den Namen in Ukrainischer Nationaler Bund (Ukrains'kyj nacional'nyj sojuz), an der Spitze der vergrößerten Organisation stand Vynnyčenko.

Ein weiteres Oppositionslager bildete der Allukrainische Bund der *zemstvo* (Vseukrains'kyj sojuz zemstv) mit Symon Petljura an der Spitze. Daneben existierten unabhängige kleine Kampfgruppen, die im Untergrund arbeiteten und von selbstgekrönten Atamanen geführt wurden, bolschewistische Zellen und linke Sozialrevolutionäre, sogenannte Borot'bisten.

Im September 1918, als sich die Niederlage des Deutschen Reiches abzuzeichnen begann, wandten sich die Minister Skoropads'kyjs vermehrt der prorussischen, aber antibolschewistischen Entente zu. Der Hetman lehnte dies ab und begann, von den Deutschen angewiesen, das Kabinett ukrainischer zu gestalten, Verhandlungen mit Vynnyčenko, um seine Regierung dergestalt umzubilden, daß sie allen Ansprüchen gerecht würde. Aber trotz der Aufnahme von Mitgliedern des Ukrainischen Nationalen Bundes⁹⁸ war dieser noch nicht zufrieden. Am 29. Oktober 1918 erklärte der Hetman, daß er an der Stärkung der Selbständigkeit der Ukraine arbeiten wollen, und gab das Versprechen, eine große Landreform durchzuführen und eine Nationalversammlung einzuberufen. So brachte das Kabinett nun in relativ kurzer Zeit Maßnahmen durch, die zuvor monatelang verschleppt worden waren.⁹⁹

Durch die deutsche Kapitulation am 11. November 1918 veränderte sich auch die politische Situation in der Ukraine. Skoropads'kyj hoffte, die Entente und die konservativen Russen positiv zu beeindrucken, und so kam es, daß er am 14. November 1918 in einer Proklamation seinen Willen zu einer Föderation mit einem zukünftigen nicht-bolschewistischen Rußland kundtat. Gleichzeitig bildete er das Kabinett um und ernannte

97 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 628.

98 Oleksander Lotoc'kyj (religiöse Angelegenheiten), Petro Stebnyc'kyj (Bildung), Volodymyr Leontovyč (Landwirtschaft), Andrij Vjazlov (Justiz), Maksym Slavins'kyj (Arbeit).

99 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 635.

hauptsächlich russische Monarchisten zu Ministern.¹⁰⁰ Das gab das endgültige Signal, den bewaffneten Aufstand gegen den Hetman zu beginnen.

Am selben Tag, dem 14. November 1918, formte die Allianz gegen Skoropads'kyj eine Gegenregierung, das sogenannte Direktorium. Es bestand aus fünf Mitgliedern: Vynnyčenko, Petljura, Švec', Andrijevs'kyj und Makarenko. Seine Basis wurde Bila Cerkva, wo die Sičovi Stril'ci unter Oberst Konovalec' stationiert waren. Tausende von ukrainischen Bauern strömten zu den Truppen des Direktoriums.¹⁰¹ Unter den Deutschen in Kiew übernahm der sogenannte Große Soldatenrat die Leitung, und das Direktorium trat mit diesem in Verbindung. Am 17. November fand bereits eine Konferenz in Bila Cerkva statt, auf der vereinbart wurde, daß die deutschen Truppen sich neutral verhalten sollten und daß sie von den Aufständischen bei ihrem Rückzug nicht behindert werden würden.¹⁰² Die deutschen Truppen befanden sich in Auslösung. Im Bereich der 47. (sächsischen) Landwehr-Division östlich von Homel' kam es zu Verbrüderungen zwischen deutschen und aufständischen bolschewistischen Einheiten. Die Truppen des I. Armeekorps weigerten sich, den Schutz der aus der Krim durch bisher österreichisches Gebiet führenden Bahnen zu übernehmen. Die Soldatenräte hatten keinen großen Einfluß auf die aufgewiegelten Truppen, also konnten unpopuläre Maßnahmen gar nicht getroffen werden. Disziplinlosigkeit, Verkauf von Waffen und Ausrüstung an die ukrainische Bevölkerung, wilde Transporte und die Weigerung, aus den Truppentransportzügen waren an der Tagesordnung. Die OHL erkannte in einem Telegramm vom 30. November 1918 die Arbeiter- und Soldatenräte grundsätzlich als „Repräsentanten des Volkswillens“ an und verbot ohne jede Einschränkung die Festnahme von Angehörigen dieser Räte. Der Oberbefehlshaber Ost warnte vor Schroffheiten seitens der Offiziere und auch vor dem Gebrauch der Waffe, der nur im äußersten Notfall erfolgen sollte. Die Bildung von sogenannten Zentralräten, die anfangs geduldet worden war, erwies sich für die deutsche Armee als Fehler. Es kam vermehrt zu Verhandlungen mit den Landeseinwohnern und den Bol'seviki.

Die Bewaffnung der Ukraine bestand zu einem großen Teil aus dem veruntreuten, gestohlenen und gekauften Heeresgut. Zudem mußte an der Grenze jeder deutsche Soldat seine Ukrainezulage von 2.000 Rubel dem ukrainischen Zoll abliefern.

Am 26. November 1918 erschien eine englisch-französische Flottenabteilung vor Sevastopol'. Mit ihren Führern kam eine verhältnismäßig glatte Einigung über die

100 SUBTELNY Ukraine, S. 358. Großfürst Nikolaj Nikolaevič soll Skoropads'kyj die Frage gestellt haben, ob er sich noch immer als Oberhaupt der Ukraine oder aber als russischer General fühle. Darauf antwortete der Hetman, er betrachte sich als russischer General (Österreichisch-ungarischer Vertreter aus Warschau an deutschösterreichisches Staatsamt für Äußeres, 21.12.1918, Nr. 277/5458, in: AdR, NPA 786 Liasse Ukraine 2/3).

101 AUHAGEN Rückkehr aus der Ukraine, S. 34. Auhagen bezeichnet die Vorgänge als eine „echte Volkserhebung“.

102 HORAK Charakter der neuen Machthaber, S. 132.

Übergabe der nach den Waffenstillstandsbedingungen der Entente zu überlassenden Vorräte und Einrichtungen zustande.

Eine interessante Situation ergab sich in Odessa, wo die Entente drohte, das Land zu besetzen und die Eisenbahnen zu sperren, falls es der deutschen Armee nicht gelinge, die Bahnen fest in der Hand zu behalten und gegen jegliche Übergriffe der Hetman-Truppen zu schützen. An allen Fronten hatte die Entente gegen die Mittelmächte gekämpft, hier forderte sie sie zur Zusammenarbeit auf!¹⁰³

Am 21. November 1918 belagerten die vereinten Truppen des Direktoriums die Hauptstadt Kiew, die von russischen Freiwilligen und deutschen Truppen verteidigt wurde.¹⁰⁴ Eine Woche später, am 28. November 1918, handelten Vertreter der deutschen Heeresgruppe mit Petljura einen Vertrag aus, dessen Bestimmungen am 2. Dezember 1918 in Kraft traten. Es sollte zu einer vorläufigen Waffenruhe kommen mit der Festsetzung einer Demarkationslinie, über die sich die jeweiligen Truppenverbände nicht bewegen sollten. Die deutschen Truppen übernahmen den Schutz der Bevölkerung von Kiew.¹⁰⁵

Wiederum eine Woche später, am 11. Dezember 1918, wurde der Kozjatyn-Vertrag abgeschlossen. Darin gestanden die deutschen Unterhändler dem Direktorium die Besetzung von Kiew mit Ausnahme des Kasernenviertels zu. Die Ukrainer verpflichteten sich, den Deutschen auf den Strecken Bachmač – Homel' – Pīnsk, Kiew – Korosten' – Sarny – Povors' und Fastiv – Kozjatyn – Holoby insgesamt zehn bis elf Züge täglich zu überlassen und ihre telegraphischen und telefonischen Verbindungen wiederherzustellen. Im übrigen sollte ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiderseitigen Dienststellen geschaffen und durch die Entsendung von gemischten Kommissionen Schwierigkeiten friedlich beigelegt werden. Zwei Tage später trat der Vertrag in Kraft.¹⁰⁶

Die unmittelbare Folge dieser militärischen Vereinbarungen war die Abdankung des Hetmans am 14. Dezember 1918 und damit die Auflösung seiner Regierung.¹⁰⁷ Er floh,

103 AUHAGEN Rückkehr aus der Ukraine, S. 32.

104 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 637; SUBTELNY Ukraine, S. 359.

105 AUHAGEN Rückkehr aus der Ukraine, S. 32; Die Rückführung des Ostheeres, S. 44–45. Der österreichische Gesandte Emil Prinz Fürstenberg berichtete, daß die Eisenbahnen der gesamten Ukraine den Deutschen zur Verfügung gestellt wurden (Telegramm Fürstenbergs an österreichisches Außenministerium und Staatsamt für Heerwesen, 29.11.1918, Nr. 1193, in: AdR, NPA 786 Liasse Ukraine 2/3).

106 Die Rückführung des Ostheeres, S. 52.

107 Der österreichische Gesandte Prinz Fürstenberg faßte das Ende des Hetmans in treffende Worte: „Seit dem Staatsstreich vom 15. November hat die Regierung Fehler auf Fehler gehäuft. In ihrer Unfähigkeit, sich auch nur im geringsten den Verhältnissen anzupassen, in ihrer jetzt notorischen ‚mauvaise foi‘ gegenüber den Deutschen und maßlosen Überschätzung ihrer jetzigen Stellung hat sie nunmehr ihrer ziellosen politischen Tätigkeit durch die Weigerung, den Vertrag zwischen den Deutschen und Petljura, wenn auch nur stillschweigend, zu dulden, die Krone aufgesetzt. Die Regierung zieht es vielmehr vor, ihre Erpresserpolitik – (...) – fortzusetzen, ohne zu bedenken, daß dadurch die allgemeine Konfusion nur

verkleidet als deutscher Verwundeter, nach Deutschland und wurde dort zum Sammelpunkt der ukrainischen konservativen Bewegung. Später bemühte er sich wieder um ein gutes Verhältnis zu den Ententemächten.¹⁰⁸ Schon am 20. Januar 1919 richtete er ein Schreiben an den französischen Außenminister mit der Bitte um Einreise von Deutschland nach Frankreich, um von dort mit Frau und Sekretär auf die Krim zu gelangen. Er rechtfertigte seinen Aufenthalt in Deutschland damit, daß es damals der einzige Weg gewesen sei, die Ukraine zu verlassen. Sein Ziel der Einheit zwischen der Ukraine und Rußland habe er in dem Glauben proklamiert, sich im Einklang mit der Entente zu befinden.¹⁰⁹

Fünf Tage später, am 19. Dezember, eroberte das Direktorium Kiew und errichtete von neuem die Ukrainische Volksrepublik. Die letzten deutschen Truppen verließen am 22. Februar 1919 per Eisenbahn die Ukraine. Es gelang der deutschen Armee, einen Teil der zurückgelassenen Heeresgüter und Lebensmittelvorräte gegen Quittung und Zahlungsanweisung dem Direktorium zu übereignen. Die Zahlungsanweisungen konnten später mit dem Guthaben verrechnet werden, das die ukrainische Regierung zur Deckung der ukrainischen Währung in Berlin eingerichtet hatte.¹¹⁰

Am 16. und 17. Oktober 1918 waren das Manifest Kaiser Karls I. an die Völker der Monarchie und ein Armee- und Flottenbefehl an die österreichische Ostarmee in Odessa eingetroffen. Das Manifest gab allen Völkern Österreichs die Freiheit und hatte somit großen Einfluß auf die Zusammensetzung und den Zusammenhalt der Armee. „Abgesehen von einzelnen Truppenkörpern wie dem unverlässlichen küstenländischen Schützenregiment Nr. 5, einem mährischen Dragonerregiment und einem einzigen deutschen Bataillon in Kiew bestand die Armee nur aus ungarischen und galizischen Truppen. Alle diese Truppen mußten im Sinne der Kundgebungen aus dem Verbunde der gemeinsamen Armee scheiden.“¹¹¹ Ein nationaler Truppenteil nach dem anderen machte sich in Richtung Heimat auf den Weg. Ende November 1918 verließ dann auch das von Mannschaften völlig entblößte 2. Armeeoberkommando (AOK) über Polen die Ukraine und erreichte am 1. Dezember Wien, wo es sich gänzlich auflöste.

Unter dem Hetmanat läßt sich ein Wachstum eines auf den ukrainischen Staat bezogenen Patriotismus konstatieren, der mehr die Betonung auf die ukrainische Staatsbürgerschaft als auf die ukrainische Nationalität legte. Das war einer der grundsätzlichen

verschärft wird.“ Fürstenberg an Flotow, 8.12.1918, Nr. 130/5533, in: AdR, NPA 786 Liasse Ukraine 2/3.

108 In einem Interview mit einem amerikanischen Diplomaten in Berlin betonte er, daß er sich nur gezwungenermaßen mit Deutschland eingelassen hätte, da die Entente keine Anstalten machte, der Ukraine zu helfen. Amerikanische Botschaft Den Haag an State Department, 20.08.1919, Nr. 3186, in: Records, 1,1.

109 Pavlo Skoropads'kyj an den französischen Außenminister, 20.01.1919, in: Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris, URSS 669.

110 Die Rückführung des Ostheeres, S. 168.

111 KRAUSS Die Ursachen unserer Niederlage, S. 266–267.

Unterschiede zwischen den Anhängern des Ukrainischen Staates und denen der Ukrainischen Volksrepublik. Die Republik stärkte trotz ihrer liberalen und gemäßigten Nationalitätenpolitik unwillkürlich den ukrainischen Chauvinismus. Die Gefolgsleute Skoropads'kyjs argumentierten, daß die Loyalität zum ukrainischen Staat und nicht die zur ukrainischen Nation positiv zu bewerten sei, da erstere die Integration und Assimilation der nicht-ukrainischen Minderheiten im Staat fördere.¹¹²

Nicht nur die Kürze der Hetmanats-Zeit, sondern auch die eigentliche Regierung durch die deutsche Besatzung hatten den Einfluß Skoropads'kyjs sehr eingeschränkt. Seine Versprechungen, Recht und Gesetz wieder herzustellen, fanden anfangs vor allem auf dem Land großen Anklang. Jedoch schaffte er es nicht, Lösungen für zwei von der Revolution aufgeworfene Probleme anzubieten, die sozioökonomische Reform und den Nationalismus. Sein größter Fehler war, den Bauern das Land wieder wegnehmen und so die vorrevolutionären Zustände wieder einführen zu wollen. Was den Nationalismus betrifft, so handelte es sich um eine zweiseitige Angelegenheit. Einerseits stärkte er die Ukrainisierung in Erziehung und Kultur, andererseits zog er in der innenpolitischen Auseinandersetzung zur Absicherung seiner Macht und zum Aufbau des ukrainischen Staates das russische Element vor. So glaubten die ukrainischen Nationalisten, Ukrainisches in der Form, aber Russisches im Inhalt vor sich zu sehen. Andererseits darf man aber auch nicht vergessen, daß er die russifizierte gesellschaftliche und wirtschaftliche Elite an das ukrainische Staatswesen annäherte und so die soziale Basis des Staates vergrößerte.¹¹³

2.4. Die Wiedergeburt der Ukrainischen Volksrepublik – die Zeit des Direktoriums

Am 20. Dezember 1918 zog das Direktorium in Kiew ein.¹¹⁴ Es war eine kollektive Exekutive mit Sitz im ehemaligen Hetmanpalais, die auch legislative Gewalt besaß und die französische Revolution nachahmte. Die Zuständigkeitsbereiche innerhalb des Direktoriums waren kaum klar abgegrenzt. Es bestand aus den fünf Mitgliedern Švec', Andriivs'kyj, Makarenko, Petljura und als primus inter pares Vynnyčenko. Erst in der Folgezeit gingen einzelne Teilbereiche an bestimmte Mitglieder des Direktoriums über. So zog Vynnyčenko die Außenpolitik an sich,¹¹⁵ während Petljura unter dem Titel

112 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 638.

113 SUBTELNY Ukraine, S. 359.

114 Telegramm Fürstenbergs aus Kiew vom 21.12.1918, Nr. 1201/4884, in: AdR, NPA 786 Liasse Ukraine 2/3.

115 Schon am 24. Dezember 1918 telegraphierte der österreichische Gesandte Prinz Fürstenberg aus Kiew nach Wien, daß er De-facto-Beziehungen zum Direktorium geknüpft hatte. Vynnyčenko hatte ihm bereits zwei Tage zuvor einen Besuch abgestattet und hatte mit ihm ein ernstes Gespräch über den Bolschewismus geführt, der mehr die innere als die äußere Lage der Ukraine bedrohte. Vynnyčenko sprach sich dabei dafür aus, daß das Direktorium einen

Hauptataman (Holovnyj Otaman) für alle militärischen Fragen zuständig war. Man legte jedoch fest, daß alle diplomatischen Entscheidungen der Zustimmung des gesamten Direktoriums und sämtliche Verträge der Unterschrift eines jeden einzelnen bedurften.¹¹⁶

Bei der Diskussion um die Staatsform traten der größte Teil der Sozialdemokraten, die Sozialföderalisten, die Seljans'ka Spilka und einige kleine Parteien für eine parlamentarische Demokratie ein, während die Sozialrevolutionäre und einzelne Sozialdemokraten mit Vynnyčenko an der Spitze für ein Rätssystem plädierten. Mit der Deklaration vom 26. Dezember 1918 wurde ein Kompromiß geschlossen. Er basierte auf dem Vorschlag Vynnyčenkos, das Postulat der Diktatur des Proletariats, das von Petljura und Andrijevs'kyj abgelehnt wurde, durch das Prinzip der „Diktatur des werktätigen Volkes“ („diktatura trudovoho ljudu“) zu ersetzen. Das bedeutete, jeder, der von eigener Arbeit lebte, hatte auch das Wahlrecht und somit die Möglichkeit zu politischer Mitbestimmung. Damit befanden sich die Ukrainer im Gegensatz zum Moskauer Sowjetsystem.

Diese Deklaration sollte gleichzeitig eine Art Grundgesetz und ein politisches Programm sein. Sie sah eine weitgehende Bodenreform zugunsten all derer vor, die sich zur neuen Republik bekennen wollten. Das war auch das Versprechen einer Politik, die sich an den Interessen der Werktätigen orientieren wollte. Kraft der genannten Deklaration wurde ein Ministerrat gebildet, der zustande kam über eine Koalition aus Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären und *Samostijnjky* (von ukr. samostijnist' = Selbständigkeit). Den Vorsitz hatte der Sozialdemokrat V.M. Čechivs'kyj.¹¹⁷ Die Arbeit dieser Regierung war sehr ineffizient. Es handelte sich hierbei um eine instabile Koalition, und durch die Schaffung zweier Exekutivorgane kam es zu keiner klaren Kompetenzverteilung zwischen Direktorium und Ministerrat. Zunehmend belastend für die Regierungsarbeit wirkte sich die Rivalität zwischen Vynnyčenko und Petljura aus. Zuletzt darf nicht übersehen werden, daß auch eine gehörige Menge an Altlasten aus den chaotischen Tagen des Hetmans übernommen worden war.¹¹⁸

Das Direktorium schaffte es nicht, die starken antirussischen und antibolschewistischen Gefühle der Bevölkerung zu kanalisieren. Es arbeitete unter extremsten Bedingungen,

entschiedenen linken Kurs einschlagen und die Landfrage eilends lösen sollte. Zudem wäre das Direktorium bestrebt, wenn nicht freundliche, so doch korrekte Beziehungen zur Sowjetrepublik zu knüpfen (Telegramm Fürstenbergs vom 24.12.1918, Nr. 5442, in: AdR, NPA 786 Liasse Ukraine 2/3).

116 MARK Symon Petljura und die UNR, S. 40.

117 Das erste Kabinett unter dem Direktorium setzte sich aus folgenden Ministern zusammen: „Čechivskyj (Äußeres), Mitsjuk (Inneres), Hrekov (Krieg), Slabčenko (Justiz), Ogienko (Bildung), Martos (Versorgung), Ostapenko (Handel und Industrie), Suprun (Finanzen), Šapoval (Landwirtschaft), Antonovyč (Kunst), Matjušenko (Gesundheitswesen), Sidorenko (Wege und Kommunikation), Bilinski (Marine), Martynov (Arbeit)“. Über die ukrainische Vertretung in Wien wurde diese Kabinettsliste an die neutralen und alliierten Staaten herausgegeben (Ukrainische Botschaft Stockholm: Abschrift eines Schreibens von Lipinskyj aus Wien, 4.01.1919, Nr. 15, in: Utrikesdepartementet 1920 (Ers dossiersystem vol. 237 II).

118 MARK Symon Petljura und die UNR, S. 41.

sein Territorium wie auch die Hauptstadt wechselten ständig – so von Vinnycja nach Rivne und von dort nach Kam-janec'-Podil's'kyj.

Die Hauptaufgaben des Direktoriums bestanden in der Stabilisierung des Regierungsapparates, in der Aufstellung bewaffneter Kräfte und in der Lösung eines komplexen militärischen Problems: Die Mittelmächte zogen sich zurück, während die Bol'sheviki von neuem ihren Vormarsch begannen. Seine Hauptaktivitäten konzentrierte das Direktorium auf drei Felder: die militärischen Aktionen, die Außen- und die Finanzpolitik.¹¹⁹

Am 17. November 1918 kam es durch die Entscheidung des ZK der russischen KP(b) zur Formung einer neuen ukrainischen Sowjetregierung in Moskau, die hauptsächlich aus russischen Bol'sheviki bestand. Der Kommandeur der antiukrainischen Front wurde Iosif Stalin.

Anfang Dezember 1918 war die Ukraine von feindlichen Mächten eingekreist: Im Westen rückten die polnischen Divisionen gegen Galizien und Wolhynien vor, im Nordosten marschierten die Sowjetrussen. Im Südosten standen die ukrainischen Armeen im Kampf gegen Denikin im Kaukasus, und die Städte Odessa und Mykolaïv wurden von französischen und griechischen Ententetruppen bedroht. Im Südwesten am Dnjestr besetzten die Rumänen Bessarabien und die Bukowina.

Gleich zu Beginn seiner Regierung gab das Direktorium der Außenpolitik das Primat und veröffentlichte eine Deklaration „an die Völker der ganzen Welt und ihre Regierungen“ („Do narodiv vs'oho svitu ta ich pravytel'stv“). Darin grüßte das Direktorium im Namen der Ukrainischen Volksrepublik alle Mächte, die daran arbeiteten, den „Imperialismus“ zu besiegen, und forderte sie auf, in freundschaftliche Beziehungen zur Ukraine zu treten. Ausdrücklich wurden alle Verpflichtungen, die der Ukraine daraus erwachsen, und die völkerrechtlichen Verbindlichkeiten des ehemaligen Russischen Reiches übernommen.¹²⁰ Überhaupt versuchte die ukrainische Regierung über verschiedene Aufrufe, die sie „Aux Puissances de l'Entente et aux puissances du tout le monde“ nannte, die öffentliche und politische Meinung in den alliierten und neutralen Staaten zu beeinflussen. Diese richteten sich hauptsächlich gegen General Denikin, der von der Entente finanziert wurde. Darin warf man ihm vor, indirekt die Bol'sheviki zu unterstützen, da aufgrund seiner Angriffe auf die ukrainische Armee diese gezwungen sei, Einheiten, die gegen die Rote Armee im Norden kämpften, für die Südfront abzuziehen. Ebenso beschwerten sich der ukrainische Ministerpräsident und der Außenminister über die antiukrainische Politik Denikins, der Gemeinden der unierten Kirche, ukrainische Schulen und Kultureinrichtungen, aber auch das ukrainische Wirtschaftssystem der Kooperativen zum Opfer fielen. Denikins Aktionen richteten sich jedoch nicht nur gegen die ukrainische, sondern auch gegen die jüdische Bevölkerung. Die Pogrome wurden von ukrainischer Seite scharf verurteilt und die Ententemächte aufgerufen, Denikin keinerlei

119 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 639.

120 Do narodiv vs'oho svitu ta ich pravytel'stv, Kyïv 28.12.1918, in: Utrikesdepartementet 1920 (Ers dossiersystem vol. 288 III.

Hilfe mehr zukommen zu lassen. Sie forderte dies mit Nachdruck, zumal dieser es offen ablehnte, auch nur über eine Verständigung mit der Ukrainischen Volksrepublik nachzudenken.¹²¹

In der ukrainischen Politik gab es verschiedene Strömungen: Vynnyčenko war dafür, mit den Bol'sheviki gegen die Entente zu kämpfen, Petljura hingegen trat für das genaue Gegenteil ein. Letztendlich konnte sich Petljura durchsetzen, der sich damit die Unterstützung Frankreichs sichern wollte. Am 18. Dezember 1918 kam es zu einer ersten Begegnung. In Odessa hatte eine Abteilung der Freiwilligenarmee Denikins unter Aleksej Grišin-Almazov mit Hilfe französischer Soldaten des Generals Borius die Garnison des Direktoriums aus der Stadt gekämpft. Einen Tag später kapitulierten die Direktoriumstruppen auf den Befehl Petljuras, der einen ersten Zusammenstoß mit der Entente vermeiden wollte. Es kam zu einer Kontaktaufnahme mit der französischen Kommandantur durch General Oleksander Hrekov, die allerdings ergebnislos verlief, da die Vertreter Denikins alles unternahm, die Ukrainische Volksrepublik bei den Franzosen zu diskreditieren. Später erreichte eine weitere Mission unter Arnold Margolin und dem stellvertretenden Handelsminister Serhij Borodajevs'kyj eine vorläufige Verbesserung der nur inoffiziell bestehenden Kontakte.¹²²

Dieser Plan hatte aber noch ein paar kleine Fehler: Im Ententelager war man immer noch wegen des Vertrages von Brest-Litovsk verstimmt. Zudem wurde das alliierte Oberkommando stark von zaristisch gesinnten Russen beeinflusst, die den ukrainischen Staat als deutsche Erfindung und Petljura als „Banditen“ betrachteten. Die Alliierten wollten selbst eine Front gegen die Bol'sheviki bilden, diese sollte jedoch von Russen geführt werden.¹²³

Im Laufe der Zeit schaffte Margolin es, in Odessa zu Verhandlungen mit den Franzosen zu kommen. Dabei war der Verhandlungsführer auf französischer Seite der Stabschef des Oberkommandierenden Generals d'Anselme, Oberst Freydenberg. Durch die von ihm genannten Kooperationsbedingungen¹²⁴ setzte er die Ukrainer unter massiven Druck. Frankreich forderte die Kontrolle über die ukrainischen Eisenbahnen und Finanzen, die Revision der projektierten Agrarpolitik und die Abberufung Vynnyčenkos, Čechivs'kyjs und die temporäre Ablösung Petljuras. Die genannten hielt Paris dank der Propaganda

121 Aufrufe des ukrainischen Außenministers Levyc'kyj und des ukrainischen Premierministers Mazepa vom 4.09. und 7.10.1919, in: Utrikesdepartementet 1920 Örs dossiersystem vol. 288 IV. Aufrufe dieser Art wurden von Botschafter Loz'kyj auch direkt an das schwedische Außenministerium gerichtet: 8.10.1919, Nr. 449, in: Utrikesdepartementet 1920 Örs dossiersystem vol. 288 IV. Ebenso: „Aux Puissances de l'Entente et aux états du monde entier“, 2.10.1919. Als Anhang bei Kungl. Svenska Beskickningen med not rör. Denikina armé, Wien, 24.01.1920, Nr. V29, in: Utrikesdepartementet 1920 Örs dossiersystem HP 1437 I.

122 MARK Symon Petljura und die UNR, S. 42.

123 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 643.

124 Bureau de Presse Ukrainien, Boulevard Raspail 219, vom 25.03.1919 nennt diese französischen Bedingungen vom Februar 1919, in: Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris, URSS 669.

der Denikin-Leute für Verfechter einer bolschewistischen Politik. Für den Kampf gegen die Bol'sheviki sollte die ukrainische Regierung 300.000 Mann rekrutieren, die unter dem Oberbefehl der Entente kämpfen würden. Es wurde gefordert, die ukrainische Armee innerhalb von drei Monaten aufzustellen, und im Falle, daß zu wenig ukrainische Offiziere vorhanden seien, verlangte man die Einstellung von Russen. Über die Unabhängigkeit der Ukraine sollte letztendlich die Friedenskonferenz in Paris entscheiden. Bei diesen Bedingungen könnte man beinahe den Eindruck gewinnen, die Franzosen seien an einem Zustandekommen des Vertrages mit dem Direktorium nicht sonderlich interessiert gewesen.¹²⁵ Die Folge dieser französischen Forderungen war, daß nun immer mehr Parteien in der Ukraine begannen, ihre Stimme gegen diese Direktoriumsmitglieder zu erheben. Am 9. Februar 1919 riefen die Zentralkomitees der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre ihre Mitglieder aus Regierung und Direktorium ab. Der Nachfolger Čechivs'kyj wurde Ostapenko, ein ehemaliger Sozialrevolutionär, der nun keiner Partei mehr angehörte. Er bildete ein Kabinett aus Sozialisten-Unabhängigen, Sozialisten-Föderalisten, galizischen Nationaldemokraten und galizischen Radikalen. Vynnyčenko verließ das Direktorium, während Symon Petljura blieb und zur zentralen Figur wurde. Dies war kein Wunder, denn hinter ihm stand die gesamte ukrainische Armee.¹²⁶

Mitte März 1919 kam es zu konkreten Ergebnissen der Verhandlungen zwischen Margolin und den Franzosen in Odessa. Ein vereinigt französisch-ukrainisches Oberkommando sollte gemeinsame militärische Aktionen gegen die Bol'sheviki einleiten. Die Ukrainer mußten versprechen, innerhalb eines Jahres 300.000 Mann aufzustellen. Den Franzosen wurde eine weitgehende Mitsprache im ukrainischen Finanz- und Eisenbahnwesen eingeräumt, wofür die Ukrainische Volksrepublik wirtschaftliche Hilfe bekommen sollte. Daneben versprach man den Ukrainern die De-facto-Anerkennung und diplomatische Hilfeleistung für die Verhandlungen mit Polen und Rumänien.¹²⁷

Aber gerade in diese Zeit fiel die Umorientierung der französischen und englischen Interventionspolitik im südrussischen Bereich. Lloyd George war an einem Eingreifen nicht mehr interessiert, und die USA oder Italien kamen als französische Partner nicht in Frage. Alleine konnte und wollte Paris diese Unternehmung aber nicht beenden. Eine allgemeine Kriegsmüdigkeit, das Fehlen gemeinsamer Pläne, eine prosovjetiche Propaganda in London und Paris und die Schwierigkeiten, unter den Expeditionstruppen die Disziplin aufrechtzuerhalten, verstärkten die Wirkung der ersten Erfolge der Bol'sheviki und die allgemeine Apathie. In der Zwischenzeit hatte auch die Demoralisierung der französischen Truppen einen solchen Grad erreicht¹²⁸, daß sie am 3. April 1919

125 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 216–217.

126 MARK Symon Petljura und die UNR, S. 54.

127 Die französischen Bedingungen für den accord militaire, der von Petljura unterschrieben wurde, befinden sich in: Radio de Moscou le 27.02.1919 transmis par guerre le 1er mars 1919, in: Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris, URSS 669.

128 MARK Symon Petljura und die UNR, S. 58; HORAK Die Ukraine in der Zeit des Direktoriums, S. 79.

evakuiert werden mußten. Eigentlich sollte die Evakuierungs-Operation 48 Stunden dauern, tatsächlich benötigte die französische Armee vier Tage dazu. Am 4. April nahmen die bolschewistischen Truppen Besitz von den Vororten Odessas, und am nächsten Tag hatten sie bereits die Gebäude der Stadtverwaltung und der staatlichen Institutionen besetzt. Nur das Hafenviertel war noch in der Hand der Ententetruppen. Nachdem General d'Anselme die Wünsche der Sowjets nach dem Verbleiben der Bankeinlagen und der alliierten Depots in Odessa abgelehnt hatte, kam es zu kleineren Scharmützeln. Dabei erhielten die französischen Truppen keinerlei Unterstützung durch die Bevölkerung, die sich aus Angst vor Repressalien der Bol'sheviki ganz heraushielt. Am 4. und 5. April konnten die griechischen, englischen, italienischen und amerikanischen Boote ablegen. Dank der alliierten Ausrüstung folgten einige Tage später auch die russischen Schiffe. Auf diese Art und Weise wurden mehr als 30.000 Personen nach Konstantinopel, Constanța, Novorossijsk, Galați, Tul'čyn und auf die Krim evakuiert. Das meiste Kriegsmaterial konnte mitgenommen werden bis auf 400 Tonnen Tiefkühlkost, Medikamente, etwa 20 Lastwagen und einige havarierte Flugzeuge.¹²⁹

Es häuften sich auch die internen ukrainischen Probleme. Die Westukraine, die am 22. Januar 1919 der Ukrainischen Volksrepublik feierlich beigetreten war¹³⁰, wollte unter allen Umständen ein Bündnis mit General Denikin erreichen, um die verhaßte polnische Besetzung Ostgaliziens abzuschütteln.¹³¹ Der Ostukraine hingegen schwebte ein Bündnis mit Polen vor, um ihrerseits den unerwünschten Einfluß Denikins zurückzudrängen.

Die ständigen Umsturzversuche der ukrainisch-sowjetischen Gegenregierung¹³² und ihre militärischen Maßnahmen sowie diejenigen der russischen Roten Armee, führten am 11. Januar 1919 zum offiziellen Beginn des zweiten russisch-ukrainischen Krieges. Der Augenblick war für die Bol'sheviki äußerst günstig, denn die Ukrainer befanden sich gerade in einem gefährvollen Abwehrkampf gegen die Polen im Westen und gegen Denikin im Südosten. Daraufhin erklärte das Direktorium am 16. Januar den russischen Bol'sheviki den Krieg. Am 26. Januar 1919, also kurz nach der Proklamation der ukrainischen Einheit, hatte die ukrainische sowjetische Regierung eine Deklaration der Solidarität mit Sowjetrußland veröffentlicht.¹³³

Einen guten Einblick in die in der Ukraine herrschende Situation liefert der Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Kiew. Regierungsrat Meissner schreibt:

129 Mission en Russie Meridionale, Bucarest, 11.04.1919: M. Cottavoz agent consulaire à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères à Paris, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, relations internationales URSS 1914–1940, B31.980.

130 Über die Feierlichkeiten siehe den Bericht Fürstenbergs Nr. 8/1988 vom 26.01.1919 aus Kiew, in: AdR, NPA 786 Liasse Ukraine 2/3.

131 Dazu siehe Kap. 4.4. dieser Arbeit.

132 Zu ihrer Entwicklung siehe Kap. 2.5. dieser Arbeit.

133 Deklaracija vremennogo raboče-krest'janskogo pravitel'stva Ukrainy, Nr. 86, in: LIPATOV/SAVENKOV Istorija Sovetskoj konstitucii, S. 181–183; HRYSHKO Experience with Russia, S. 55–56.

„(...) Inzwischen trat an die diplomatischen Vertretungen in Winniza [Vinnycja] die Frage heran, ob sich bei der ständig zunehmenden Desorganisation, der wachsenden Unsicherheit und dem täglich grösser werdenden Machtverlust des Direktoriums ein weiterer Verbleib in Winniza noch empfähle. In einer gemeinsamen Sitzung beschlossen sämtliche Vertretungen, es waren dies die polnische, bulgarische, finnländische, Don-, Deutsche Gesandtschaft und die grusinische Delegation – die türkische und die weissrussische Gesandtschaft war schon vorher abgereist –, alsbald abzureisen.

Am 7. Februar brachten wir diesen Beschluss gemeinsam dem Direktorium zur Kenntnis mit dem Hinweis darauf, dass es sich nicht um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sondern nur um eine vorübergehende Verlegung des Aufenthaltsortes handele. – (...) Vor meiner Abreise gelang es noch, die Schadenersatzforderungen der deutschösterreichischen Wirtschaftszentrale für geraubte Gepäcktransporte in Höhe von 750.000 Rubel beizutreiben und den Betrag abzuheben.

Am 8. Februar abends trat ich mit dieser Kommission und einer Eskorte von 4 Kosaken die Abreise an. Unterwegs in Kasatin [Kasatyn] erhielt die ukrainische Kommission telefonisch aus Winniza Nachricht, dass die Bahnverbindung Brest-Litowsk – Holoby durch die Polen unterbrochen sei, dass ihre Reise daher zwecklos wäre und dass sie zurückkehren möge. Die Herren haben mich daraufhin in der Nacht heimlich und ohne Grundangabe verlassen. Ich selbst setzte zusammen mit dem Militärbevollmächtigten und 3 Herren des Büros die Reise nach Holoby fort. – In Rowno [Rivne] erfuhr ich, dass die Verbindung zwischen Rowno und Holoby sowie die Weiterverbindung nach Kowel [Kovel'] unterbrochen wäre, die von polnischen Banden bedrohten deutschen Truppen hätten die Stochod-[Stochid-] Brücke gesprengt, auch fänden an der Strecke Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern statt. Ich beschloß hierauf, mich mit meinen Herren und der Gesandtschaftskasse im Betrage von 1 1/4 Million Rubel auf dem Landwege nach Brest-Litowsk durchzuschlagen (...). Diesen Vorschlag unterbreitete ich dem Befehlshaber der ukrainischen Truppen daselbst, General Oskilko, den ich bat, mir hierfür eine Kosakeneskorte mitzugeben. Derselbe riet mir jedoch von diesem Vorhaben ab, da ich zweifellos überfallen und ausgeplündert werden würde. Eine Eskorte könne er mir nicht mitgeben, da seine Leute zu unzuverlässig wären. (...) Er riet mir, nach Brody zu fahren und zu sehen, ob ich durch Galizien und Ungarn weiterkäme. Wir fuhren sodann über Stolbunowa [Zdolbuniv] nach Brody und von da nach Tarnopol [Ternopil'] weiter. Die Eisenbahn befand sich im Zustand vollständiger Auflösung, Kohle war absolut keine vorhanden. (...) Wir kamen nur von Lokomotivstation zu Lokomotivstation weiter. Nachdem wir einen Tag im Schneesturm auf der Strecke gelegen hatten, lagen wir in Tarnopol 4 1/2 Tage fest, infolge eines grossen örtlichen Aufstandes und Judenpogroms daselbst. (...) Der Stadtkommandant schritt mit regierungstreuen Truppen dagegen ein, am 11. und 12. Februar fanden lebhafte Strassenkämpfe statt, bei denen es zahlreiche Tote und Verwundete gab. Auch der Bahnhof wurde von plündernden Soldaten angegriffen. Unsere 4 Kosaken ergriffen die Flucht, wir selbst konnten in unserem Wagen uns und

die Gesandtschaftskasse mit den Waffen in der Hand erfolgreich verteidigen. Zu einem eigentlichen Angriff auf uns kam es nicht. Die Tatsache, dass wir mit Browning und Karabinern uns in Verteidigungszustand gesetzt hatten, genügte, um die plündernden Soldaten fern zu halten. Am 14. Februar gelang es uns, mit einem Truppentransport Tarnopol zu verlassen und über Stryj die ungarische Grenzstation Lawoczne [Lavocne] zu erreichen, von wo aus wir über Munkatsch [Mukačeve] nach Budapest weiterreisen konnten. (...) Am 24. Februar habe ich nach 16tägiger ununterbrochener Reise mit den Herren der Delegation Berlin erreicht.“¹³⁴

Zu den Kämpfen gegen die ukrainischen Bol'sheviki und die Rote Armee gesellte sich neben verschiedensten anderen Schwierigkeiten noch eine Typhusepidemie, die durch die Blockade der Entente, die Medikamentenlieferungen verhinderte, verschlimmert wurde.¹³⁵ In ihrer Gegnerschaft zu den Polen und ihrer entschiedenen Ablehnung der Bol'sheviki schlossen sich große Teile der galizischen Armee Mitte November 1919 den Truppen General Denikins an,¹³⁶ während das Direktorium unter Petljura sein Heil in einem Vertrag mit Polen suchte. Mit dem Abschluß des Warschauer Vertrages vom 22. April 1920 sicherte sich die Ukrainische Volksrepublik polnische Waffenhilfe gegen die Rote Armee, verzichtete aber gleichzeitig auf die ostgalizischen ukrainischen Gebiete zugunsten Polens.

Ende August 1920 konnten die vereinten ukrainischen und polnischen Armeen Kiew noch einmal einnehmen und die russischen Bol'sheviki östlich über den Dnjepr drängen. Im September erklärte die Ukrainische Volksrepublik Denikin den Krieg, nachdem sie von ihm angegriffen worden war.¹³⁷ Im Dezember gelang es diesem aber, die Ukrainer zu schlagen, um selbst im Januar 1921 den Bol'sheviki zu unterliegen.¹³⁸

Nach den katastrophalen Niederlagen der polnischen Armee konnte mit dem „Wunder an der Weichsel“ das Blatt gewendet werden. Mit letzter Kraft wurden die bolschewistischen Truppen zurückgeworfen. Beide Kriegsgegner waren erschöpft und bereit, Frieden zu schließen. Dieser wurde mit dem Vertrag von Riga vom 18. März 1921 erreicht.

134 Abschrift A 6162 pr. 26. Februar 1919, in: Gesandtschaft der Deutschösterreichischen Republik in Berlin an Staatsamt des Äusseren Wien, Z.150/Res., 6.03.1919. AdR, NPA 786 Liasse Ukraine 2/3 – 2263. Die zahlreichen grammatikalischen und Syntaxfehler im zitierten Text entsprechen dem Originalwortlaut.

135 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 645; IWANYCKYJ Die ukrainische Legion, S. 126. Frankreich verhinderte erfolgreich die Lieferung bereits bezahlter Medikamente aus der Schweiz in die Ukraine.

136 KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 301; MAZEPA Der Bolschewismus, S. 71. Mazepa geht davon aus, daß sie sich mit diesem Schritt die Unterstützung der Entente sichern wollten.

137 Die rigide Politik Denikins gegenüber allem Ukrainischen machte eine politische Zusammenarbeit zwischen Petljura und der Weißen Armee von Anfang an unmöglich. BRÉGY Prince Serge Obolensky, S. 209.

138 HRYSHKO Experience with Russia, S. 58–59.

Pilsudski gab seinen ukrainischen Verbündeten Petljura preis und erkannte die Regierung der Ukrainischen Sowjetrepublik als einzige legitime Vertretung der Ukrainer an. Dafür gingen Wolhynien, Polesien und das Gebiet um Chełm an Polen.¹³⁹

Die Reste der Armee Petljuras, die Kämpfe und Typhus überlebten, retteten sich über die polnische Grenze, wo sie in speziellen Lagern interniert wurden. Das war das Ende der Ukrainischen Volksrepublik und ihres Versuches, ein demokratisches Staatswesen aufzubauen. Petljura selbst fiel 1926 einem Attentat im Pariser Exil zum Opfer.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß der Zeitpunkt für den Aufstand gegen den Hetman Skoropads'kyj im Dezember 1918 ungünstig gewählt worden war. Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches bedingte unmittelbar den Abzug der deutschen Ostarmee aus der Ukraine. Damit aber war die beste Gelegenheit für die Bol'seviki gegeben, die Ukraine erneut anzugreifen. Die Führer des Aufstandes hatten es jedoch zuvor versäumt, die Westmächte für ihre Sache zu interessieren, um das Machtvakuum, das die Deutschen hinterließen, zu füllen. Nicht weniger wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Frage der inneren Ordnung. Man mußte damit rechnen, daß im Falle des Aufstandes die ukrainischen und russischen Bol'seviki alles daran setzten würden, Chaos zu verbreiten, in der Hoffnung, durch den fortschreitenden staatlichen Verfall ihre Revolution Schritt für Schritt vorantreiben zu können. Erschwerend kam hinzu, daß der Ukrainische Nationale Bund wohl mehr an der Beseitigung des Hetman-Regimes als am konstruktiven Aufbau einer neuen Regierung interessiert war. Es war relativ einfach, den Hetman-Staat zu zerschlagen, aber sehr schwierig, einen neuen Staat aufzubauen. Der gewählte Zeitpunkt, zu dem die Ukraine militärisch von allen Seiten bedroht wurde, machte dies geradezu unmöglich. Gleichzeitig befand sich eine dem ukrainischen Staatswesen ohnehin feindlich gesinnte Minderheit im Lande, bestehend aus russischen Kriegs- und Revolutionsflüchtlingen, Bol'seviki und einem linksradikales jüdisches Element, das mit der Überzeugung zu den Bol'seviki übergetreten war, auf diese Weise endgültig die Diskriminierung der Juden hinter sich lassen zu können. Gegen all diese Kreise verhielt sich das Direktorium mehr als demokratisch und großzügig und ließ ihnen ihre Freiheit. Gegen die Partei Lenins hätte aber in diesem Fall nur ein entschiedenes Vorgehen Aussicht auf Erfolg gehabt. Dazu konnten sich aber Vynnyčenko und die linken Sozialisten von den Parteien der Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten nicht durchringen.

Das Direktorium stellte keine wirksame politische Führung dar und war zudem nicht in der Lage, das ideologische Chaos innerhalb der ukrainischen Intelligenz zu ordnen. Seine Politik war allzu sehr auf Klassenkampf ausgerichtet, was zum Beispiel in dem genannten Wahlgesetz zum Ausdruck kam. Die Großgrundbesitzer, die begüterten Bauern, die intellektuelle Berufsschicht und die Betriebsinhaber in den Städten waren von jeglicher Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen. Diese Bestimmung trug mit dazu bei, daß keine breite nationale Einheit zustande kam, und förderte die politische

139 MIRTŠUK, IVAN (Hrsg.) Handbuch der Ukraine. Leipzig 1941, S. 143.

Gleichgültigkeit innerhalb der nationalgesinnten Kreise. Zuletzt kam noch hinzu, daß die fünf Direktoriumsmitglieder sich nicht auf eine einheitliche politische Linie einigen konnten. Dies wirkte sich wegen der mißlichen Lage, in der sich die Ukrainische Volksrepublik befand, doppelt nachteilig aus.¹⁴⁰

2.5. Die Entstehung der Sowjetukraine

Die November-Revolution hatte keine unmittelbaren Folgen für die Ukraine. Ein bolschewistischer Aufstand (11. bis zum 13. November 1917) in Kiew schlug fehl, die Zentralrada konnte sich mit Hilfe der verbliebenen loyalen Einheiten der Provisorischen Regierung behaupten.¹⁴¹

In diesem Zusammenhang muß man feststellen, daß es sich bei den ‚ukrainischen Bol’ševiki‘ nicht um eine nationale, sondern lediglich um eine territoriale Einheit handelte. Sie bildeten kein organisatorisches Ganzes und besaßen auch noch kein Parteizentrum. Die lokalen Bol’ševiki-Organisationen, die nicht miteinander verbunden und jede für sich der RSDAP(b) unterworfen waren, verfolgten zu diesem Zeitpunkt noch keine einheitliche politische Taktik. Erschwerend kam hinzu, daß die Direktiven aus Petrograd nicht immer rechtzeitig eintrafen und außerdem nicht immer der ukrainischen Situation angepaßt waren.¹⁴²

Während der Monate November und Dezember 1917 konnten die lokalen bolschewistischen Sowjets ihre Macht nur in Charkiv und im Donec’-Becken ausüben. Sowjets in anderen großen Städten, wie z.B. Katerynoslav, Mykolaïv und Odessa beugten sich nicht den Bol’ševiki, sondern erkannten die Zentralrada an.

In Kiew wiederum zerfielen die Bol’ševiki in drei verschiedene Gruppen: die Luxemburgisten mit P’jatakov und Jevhenija Boš¹⁴³, die strengen Leninisten und die sogenannten *samostijnky*, welche die ukrainische Unabhängigkeit verfochten.¹⁴⁴

Aber die Etablierung der bolschewistischen Macht hinter den Kulissen in Rußland und Lenins Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes zugunsten der Einheit des alten Russischen Reiches machten einen Konflikt zwischen der Ukraine und Rußland

140 HORAK Die Ukraine in der Zeit des Direktoriums, S. 74–76.

141 LUTHER The Birth of Soviet Ukraine, S. 102.

142 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 126.

143 P’jatakov und Boš gehörten auf dem I. Allukrainischen Kongreß der Sowjets dem linken Flügel an und gingen davon aus, daß die ukrainischen Arbeiter die Ukrainische Volksrepublik nicht anerkennen würden und daß die nationale Bewegung nicht populär sei. Für sie war der Kampf in der Ukraine ein Klassenkampf, der mit allen Mitteln geführt werden mußte. Der linke Flügel setzte sich dafür ein, daß eine einheitliche regionale Parteiorganisation in der Ukraine geschaffen würde, die dem ZK in Petrograd unterstehen sollte. LUTHER The Birth of Soviet Ukraine, S. 138–140.

144 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 127.

unvermeidlich.¹⁴⁵ Zwischen dem 16. und 18. Dezember 1917 fand ein Allukrainischer Kongreß statt, der von den Bol'sheviki nach russischem Muster initiiert worden war. Dort gelang es ihnen jedoch nicht, die Mehrheit der Delegierten hinter sich zu bringen. Mit 2.500 zu 130 Stimmen wurden sie erbarmungslos niedergestimmt.¹⁴⁶

Zur gleichen Zeit bekam die Zentralrada-Regierung ein Ultimatum der russischen Sowjetregierung überstellt. Darin wurde die Ukraine beschuldigt, die Don-Kosaken zu unterstützen, die gegen die Bol'sheviki kämpften, und mit Krieg bedroht, sollte sie sich nicht den Bol'sheviki ergeben. Die Zentralrada wies jedoch das Ultimatum zurück und sprach sich offen gegen die Politik der Bol'sheviki aus.

Die zurückgestoßenen Bol'sheviki verließen Kiew in Richtung Charkiv und hielten dort zusammen mit den Vertretern der Sowjets von Kryvyj Rih und vom Donec'-Gebiet ihren eigenen Kongreß ab. Dieser nannte sich hinfort Erster Allukrainischer Kongreß der Sowjets, auf dem nur 199 Delegierte anwesend waren und von diesen wiederum die Mehrheit aus Russen bestand.

Als kleiner Zusatz sei erwähnt, daß auch die Einigkeit der Bol'sheviki nicht lange andauerte. Anfang Januar 1918 proklamierte die Gruppe aus Katerynoslav, die der ukrainischen Idee sehr feindselig gegenüberstand, ihre eigene Republik. Daraufhin gingen die bolschewistischen Zellen aus Kryvyj Rih und dem Donec'-Becken zu diesen über. Zusammen bildeten sie dann die sogenannte Krivdonbasrepublik. Insgesamt wurden zwischen Dezember 1917 und Januar 1918 fünf Sowjetrepubliken auf ukrainischem Boden gegründet mit folgenden Zentren: Kiew, Charkiv, Kryvyj Rih, Odessa und Katerynoslav. Im Februar 1919 jedoch gab Lenin den Befehl an Stalin, endgültig mit diesem Stand der Dinge aufzuräumen.¹⁴⁷

Auf Anweisung des russischen Kommissars für Nationalitätenfragen Iosif Stalin setzte der Erste Allukrainische Kongreß der Sowjets in Charkiv am 25. Dezember 1917¹⁴⁸ die Zentralrada als Regierung der Ukraine ab und proklamierte das neu gewählte Zentral-Exekutiv-Komitee als einzige rechtmäßige Regierung der Ukraine. Der Motor der russischen bolschewistischen Bewegung in der Ukraine war Murav'ev, Chef im Stab des

145 VYSHINSKY The Law of the Soviet State, S. 217–218. Vyshinsky zitiert hier Lenin, der sich strikt gegen die Schaffung kleiner Staaten aussprach und für eine enge Union aller Arbeiter der Welt gegen den Kapitalismus eintrat.

146 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 668. Variierend setzt Dmytryshyn das Datum für den 1. Allukrainischen Kongreß der Sowjets in Kiew auf den 15. Dezember 1917 fest. Weiter gibt er an, der Deputiertenkongreß habe 2.000 Mitglieder gezählt, von denen nur 60 bis 80 eine bolschewistische Einstellung gehabt hätten. DMYTRYSHYN Moscow and the Ukraine, S. 30.

147 DMYTRYSHYN: Moscow and the Ukraine, S. 30–31.

148 Wiederholt findet man als Datum auch den 24. Dezember 1917, so bei DMYTRYSHYN: Moscow and the Ukraine, S. 34, aber auch den 26. Dezember 1917 bei FEDYSHYN. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die „Pravda“ die neue Republik schon zwei Tage vor ihrer Gründung begrüßte. DMYTRYSHYN: Moscow and the Ukraine; S. 34; VYSHINSKY: Germany's Drive to the East, S. 63.

russischen Heerführers Antonov-Ovsijenko. Dieser immer wieder als äußerst brutal beschriebene Offizier errichtete die Macht der Sowjets ausgehend von Charkiv durch militärische Operationen. Er war es auch, der mit Billigung Lenins die terroristische Kriegsführung in die Ukraine brachte, die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte und mit dieser Taktik viel Widerstand von vorneherein brach.¹⁴⁹

Nachdem also bereits der Dezember 1917 die Gründung einer Sowjetregierung in der Ukraine gesehen hatte, wurde trotzdem erst im Juli 1918 eine ukrainische KP organisiert. Obwohl die Partei das Selbstbestimmungsrecht der Völker sogar bis zur Sezession anerkannte und es als notwendig erachtete, unabhängige Sowjetrepubliken im Grenzland zu schaffen, favorisierten die meisten Führer der KP eine zentralisierte russische KP, zu der auch Polen und Finnland gehören sollten, und arbeiteten gegen jeden Dezentralisierungsversuch. Das Ziel war also die Gründung einer regionalen ukrainischen KP mit unbeschränktem Aktionsradius, die aber der russischen KP untergeordnet sein sollte.¹⁵⁰

Deshalb war die Proklamierung einer explizit ukrainischen bolschewistischen Regierung den russischen Bol'sheviki nicht gerade recht, denn sie bestanden auf der Unteilbarkeit von Rußland und der Ukraine. Vorerst akzeptierten sie aber diesen Schachzug aus rein taktischen Gründen. Der Name der neuen Gegenregierung zur Zentralrada lautete: Volkssekretariat der ukrainischen Volksrepublik. Nominell wurde sie angeführt von Jurij Kocjubyns'kyj, dem elf Sekretäre (= Minister) zur Seite standen, wovon fünf Ukrainer waren. Dabei sollte Mykola Skrypnyk¹⁵¹ und Vasył' Šachraj¹⁵² eine besondere Bedeutung für die Ukrainisierung des Bolschewismus in der Ukraine zufallen.

Aufgrund der Ablehnung des bolschewistischen Ultimatums durch die Zentralrada kam es zum Ausbruch des ukrainisch-russischen Krieges. Am 10. Februar 1918 fiel Kiew, worauf die bolschewistische Regierung sofort von Charkiv nach Kiew umzog. Daraufhin brach eine unerwartete Rebellion der russischen Bol'sheviki im Süden des Landes aus, die die Donec'-Kryvyj-Rih-Sowjetrepublik proklamierten. Ähnliches passierte in Odessa. Das siegreiche militärische Vordringen der russisch-bolschewistischen Kräfte wurde also begleitet vom Zerfall der Ukrainischen Volksrepublik in kleine sowjetische ukrainische Teilrepubliken. Das Gouvernement Cherson und Teile von Podolien wurden der Republik Odessa zugeschlagen, der kontinentale Teil Tauriens der Taurischen Republik um Sevastopol', und die Gouvernements Ekaterinoslav (Katerynoslav) und Charkov (Charkiv) gingen an die Donec'-Kryvyj Rih-Sowjetrepublik. Betont werden muß in diesem Zusammenhang, daß diese eng beieinander liegenden Teilrepubliken alle auf Geheiß der

149 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 510–512.

150 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 131.

151 Er gehörte dem sogenannten Zentrum an und setzte sich für die Schaffung einer eigenen Ukrainischen Sowjetrepublik ein. LUTHER The Birth of Soviet Ukraine, S. 187.

152 Er war ein sogenannter Nationalkommunist, der sich von Skrypnyk dadurch unterschied, daß er Rußland nicht als Wiege der Weltrevolution ansah, sondern eher eine internationale Orientierung hatte. LUTHER The Birth of Soviet Ukraine, S. 188.

Russen entstanden waren.¹⁵³ Zurückzuführen ist dies auf den vorherrschenden russischen Chauvinismus und das Nichtvorhandensein eines parteiübergreifenden Zusammengehörigkeitsgefühls in der Ukraine.¹⁵⁴ Diese russische Aktion führte zu einem erbitterten Konflikt innerhalb der Partei, in dessen Folge am 24. Februar 1918 fast alle Mitglieder austraten. Vasyľ Šachraj ging in die Opposition und kritisierte Lenin und die russischen Bol'sheviki für ihre heuchlerische und zynische Einstellung gegenüber dem Status der Sowjetukraine. Die sogenannte Zentrums-Gruppe der ukrainischen Bol'sheviki, die sich schon zuvor für die Schaffung einer eigenen ukrainischen Sowjetrepublik eingesetzt hatte, blieb jedoch in der Regierung und formte ein neues Kabinett mit ihrem Leiter Skrypnyk an der Spitze.¹⁵⁵

Seine Regierung erklärte einseitig die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Sowjetukraine gegen die abtrünnigen Territorien und berief einen 2. Allukrainischen Sowjetkongreß ein, der vom 17. bis zum 18. März 1918 tagte und wesentlich repräsentativer für den ukrainischen Kommunismus und Sozialismus war als der erste. An ihm nahmen die starken linken Flügel der ukrainischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre teil. Auf Vorschlag der ukrainischen Bol'sheviki und Sozialrevolutionäre wurde die unabhängige ukrainische Sowjetrepublik ausgerufen, deren Unabhängigkeit sofort von der russischen Sowjetregierung anerkannt wurde.

Am 19. und 20. April 1918 trafen sich die ukrainischen Bol'sheviki in Taganrog zu einer Parteikonferenz, während der Rückzug der ukrainischen und russischen Sowjettruppen in vollem Gange war. Dort wurde ein Organisationsbüro gewählt, bestehend aus Mykola Skrypnyk, Georgij P'jatakov, Volodymyr Zaton's'kyj, Jan Hamarnik, Krejsberg, Andrej Bubnov und Stanisław Kosior.¹⁵⁶ Seine Aufgabe sollte es sein, die Vereinigungsverhandlungen zwischen den ukrainischen unabhängigen linken Sozialdemokraten und den Bol'sheviki fortzuführen und ein Parteistatut auszuarbeiten.¹⁵⁷ Auf Skrypnyks Vorschlag und gegen den entschiedenen Widerstand der Russen wurde hier die KP(b)U als vollkommen unabhängige ukrainische Partei gegründet. Eine Beziehung zur russischen Schwesterpartei bestand lediglich durch die neugegründete Komintern. Am 18. April 1918 erkannte das ZK der Russischen KP(b) in einer speziellen Resolution an, daß die KP der Ukraine eine unabhängige KP darstelle, die das Recht auf Mitgliedschaft in der Komintern habe, vorausgesetzt die Ukraine existiere als eigenständiger Staat.¹⁵⁸ Im Juli 1918 kam es zum 1. Kongreß der KP(b)U in Moskau, auf dem sämtliche Beschlüsse von Taganrog annulliert wurden. Unter dem Druck Lenins und der russischen Mehrheit wurde der Kongreß gezwungen zu erklären, daß die KP(b)U ein integraler Bestandteil und nur ein

153 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 605.

154 Über die im Juli 1917 zusammengekommenen Regionalkonferenzen und ihre Teilnehmer siehe BORYS *The Sovietization of Ukraine*, S. 134.

155 DOROSHENKO *A survey of Ukrainian History*, S. 669.

156 RAVIČ-ČERKASSKIJ *Istorija Komunističskoj partii Ukrainy*, S. 51.

157 BORYS *The Sovietization of Ukraine*, S. 139.

158 DMYTRYSHYN *Moscow and the Ukraine*, S. 39.

territorialer Zweig der russischen KP sei.¹⁵⁹ Hier wurde auch beschlossen, daß die russische KP und ihre ukrainische Sektion mit den deutschen und österreichischen kommunistischen Parteien Kontakt aufnehmen sollte.¹⁶⁰

Anfang Dezember 1918 wurden die ersten Instruktionen für die Organisation von Lokalverwaltungen herausgegeben. Unterhalb des Kommissariates für Innere Angelegenheiten schuf man Militär-Revolutionskomitees (Revkom) auf *gubernija*- und *uezd*-Ebene. Diese sollten aber nicht mit den Revolutionären Militärräten verwechselt werden und dienten einzig und allein der zivilen Verwaltung. Anfangs hatten die Revkomy, die vom Kommissar für innere Angelegenheiten eingesetzt wurden, keine standardisierte Organisationsform. Manche versuchten, ganze Provinzen zu verwalten, während andere sich auf Städte oder Regionen innerhalb von Provinzen konzentrierten. Sie hatten folgende Hauptaufgaben zu erledigen: Rekrutierung für die Rote Armee und Aufstellung einer Sicherheitsabteilung; darin eingeschlossen war die Bildung der Čeka und die Schaffung von Revolutionstribunalen, um besser gegen die Konterrevolution vorgehen zu können. Ferner hatten die Revkomy die Organisation von Wirtschafts-, Arbeits-, Erziehungs- und Nahrungsmittelbeschaffungsbüros durchzuführen. Alle Revkom-Mitglieder sollten Mitglieder der bolschewistischen Partei sein, sie konnten allerdings von der Regierung jederzeit wieder entlassen werden. So wurde, noch bevor sich die Ukraine territorial in den Händen der Bol'sheviki befand, das Ziel der Kommunisten klar abgesteckt: totale Kontrolle über die lokalen Selbstverwaltungskörper.¹⁶¹

Die erste Sowjetregierung wurde ein glatter Mißerfolg. Aufgebaut auf rein militärischer und auswärtiger Macht, hatte sie keinerlei Unterstützung durch die einheimische Bevölkerung. Also versuchte man, der Sache einen ukrainischen Anstrich zu geben und die ukrainische bäuerliche Bevölkerung für sich zu gewinnen oder sie wenigstens zu neutralisieren. Unterstützt wurde dies durch die die Großgrundbesitzer allzu sehr begünstigende Politik zur Zeit der Hetman-Regierung. Kurzfristig setzte daraufhin ein Linksruck in der ukrainischen Bevölkerung ein. Auf dem Land kam es vermehrt zu Bauernaufständen, und die radikal eingestellte Bauernschaft ging zu den Borotbisten über. Bei den Borotbisten handelte es sich um den linken Flügel der ukrainischen Partei der Sozialrevolutionäre, der sich von der Mutterorganisation abgespalten hatte. Der Name leitete sich vom Parteiorgan „Borot'ba“ (Kampf) her, der die Position gegenüber dem Hetman-Regime symbolisierte. Da sie nicht sonderlich erfolgreich im Untergrund waren, arbeiteten die Bol'sheviki mit den Borotbisten und sogar den Anhängern des Direktoriums gegen den Hetman zusammen. Es hatte den Anschein, als würde auch Lenin die Borotbisten anerkennen. Nur Stalin stellte sich gegen sie. Im Januar 1919 kam es zu einer erneuten russischen Offensive in der Ukraine. Noch in Rußland wurde auf Direktive des

159 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 670.

160 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 141.

161 ADAMS Bolsheviks in the Ukraine, S. 125.

ZK der Russischen KP am 20. November 1918 die Provisorische Revolutionäre Regierung der Ukraine geführt von P'jatakow, gegründet. Ihren Sitz fand sie vorerst in Kursk.¹⁶²

Das kam nicht von ungefähr. Die Politik der ukrainischen Bol'sheviki gestaltete sich gegenüber der ukrainischen nationalen Frage wesentlich negativer und aggressiver als diejenige der zentralen RKP(b). Noch während diese die damalige Provisorische Regierung wegen ihrer Politik gegenüber der ukrainischen Bewegung angriff, zeigten die lokalen ukrainischen Bol'sheviki bereits eine feindliche Einstellung gegenüber dem nationalen ukrainischen Kampf. P'jatakow betrachtete die Ukraine als untrennbaren Teil Rußlands, als wirtschaftliche Einheit und Kiew als eine der großen Städte Rußlands, nicht aber als das Zentrum der Ukraine.¹⁶³

Der Krieg wurde als ukrainischer Bürgerkrieg ausgegeben. Am 4. Februar 1919 fiel Kiew. Im Frühjahr 1919 befanden sich die gesamte Ostukraine und der Kiewer Distrikt in bolschewistischer Hand.

Die ukrainischen Mitglieder dieser Regierung, die sieben Monate Bestand hatte, wollten einen souveränen ukrainischen Staat und beharrten darauf, daß dies der einzige Weg sei, die ukrainischen Massen für sich zu gewinnen. Man organisierte die Regierung um und erweiterte sie durch Ukrainer. Diese ‚Ukrainisierung‘ der Regierung wurde jedoch durch die Berufung von Chrystjan Rakovs'kyj zum Regierungschef abgemildert. Der russifizierte Bulgare Rakovs'kyj war ein kosmopolitischer Bol'shevik aus gutem Hause, von beinahe pathologischem Ehrgeiz besessen. Nach Trockijs Meinung zeichnete er sich vor allem als einer der Gründer der Roten Armee aus.¹⁶⁴ Er pflegte eine feindliche Einstellung zur ukrainischen Nationalbewegung und hielt sie für eine bloße Erfindung der ukrainischen Intelligenz. Das machte ihn dem nationalbewußten Zweig der KP(b)U äußerst unsympathisch.¹⁶⁵ Bilyns'kyj behauptet in diesem Zusammenhang, daß die eigentliche Macht in den Händen des Oberbefehlshabers Antonov-Ovsijenko und der Čeka gelegen hätte.¹⁶⁶ Auch bei einer näheren Betrachtung der Kabinettsliste fällt auf, daß zwar Ukrainer aufgenommen wurden, diese aber immer noch in der Minderzahl blieben.¹⁶⁷ Eine der ersten Anordnungen Rakovs'kyjs war das Verbot der ukrainischen Sprache in der Staatsverwaltung.¹⁶⁸

Die Ukraine hieß nun Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, später dann Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik. Von jetzt an begann die Konsolidierung der Regierungsautorität. Es wurde eine ukrainische Rote Armee aus Wehrpflichtigen und Freiwilligen aufgebaut, und in kurzer Zeit konnte man zwei Armeen von jeweils 50.000

162 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 671; BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 206.

163 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 128.

164 CONTE Un révolutionnaire diplomate, S. 20.

165 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 207.

166 Bilinsky, in: Hunczak, S. 117.

167 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 208.

168 FEDENKO Der nationale und soziale Befreiungskampf der Ukraine, S. 38.

Mann aufstellen. Im Winter und Frühling 1919 verstaatlichte man zum zweiten Mal alle Eisenbahnen, Banken und auch einige große Unternehmen, die schon vorher durch die Zentralrada verstaatlicht worden waren. Die ukrainische Souveränität wurde gegenüber Sowjetrußland demonstriert, indem formelle Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetukraine und Sowjetrußland aufgenommen wurden, ebenso errichtete man Zollbüros an der Grenze zu Rußland. Wegen ihres fremden Charakters und ihrer ultralinken Wirtschaftspolitik fand diese Regierung aber keinerlei Akzeptanz in der Bevölkerung. Im Kriegskommunismus organisierte man staatliche Höfe und landwirtschaftliche Komunen, während aber die Bauern weiterhin auf die Verteilung des Landes warteten. Es kam zum Konflikt zwischen Bauern und Regierung. 75% dieser staatlichen Höfe wurde gewaltsam von den Bauern übernommen und das Land unter ihnen verteilt.¹⁶⁹

Wegen der Getreidesammlungen kam es ebenfalls zu einem großen Konflikt, bewaffnete russische Arbeiterabteilungen wurden in die Dörfer geschickt, um unbezahlte Getreiderequirierungen für die hungernden Städte, in denen zumeist Russen lebten, durchzuführen. Die Bauern, die es nun schon gewohnt waren zu kämpfen, verteidigten sich mit Waffengewalt¹⁷⁰. Es gelang ihnen, die Nahrungsmittelverteilung durcheinander zu bringen und die Sowjetmacht auf dem Lande zu eliminieren.

Moskau gab nun den Befehl, die populären Borotbisten in die Regierung aufzunehmen, um diese Kluft zu überbrücken. Diese nahmen das Angebot an und wollten damit die Richtung der Regierung von innen heraus ändern. Dabei handelte es sich um Oleksander Šums'kyj, Mychajlo Poloz, Mychajlo Pančenko und sechs andere Borotbisten. Diese Koalitionsregierung hatte aber nur kurze Zeit Bestand.¹⁷¹

Während man noch versuchte, mit den Ukrainern nach außen hin zu einem politischen Einvernehmen zu gelangen, beschloß der 8. Kongreß der RKP(b) im März 1919 folgende Resolution: Das ZK der RKP(b) ist die führende Organisation aller kommunistischen Parteien in allen Teilen der RSFSR. Die ZK's der Ukraine, Lettlands und Litauens haben das Recht auf *oblast'*-Komitees, unterstehen aber ansonsten dem ZK der RKP(b).¹⁷²

Im Sommer 1919 manifestierte sich zum ersten Mal eine Sonderstruktur des ukrainischen Nationalkommunismus innerhalb der KP(b)U. Verärgert durch die russische Arroganz in der KP(b)U, schlossen sich die Borotbisten und die linken Sozialdemokraten (Unabhängige) zusammen. Durch die Vereinigung von agrarischem Sozialismus und doktrinärem Marxismus eröffnete sich eine vollkommen neue Dimension. Unter dem Namen Ukrainische KP der Borotbisten wurden die beiden Hauptströme vereinigt, und es gelang damit etwas, was die Kommunisten zuvor noch nie erreicht hatten.

Für Rußland war das Verhältnis zu dieser Sowjetukraine nicht zufriedenstellend, in Moskau wollte man eine wesentlich engere Union mit den ukrainischen Genossen. Am 1. Juni 1919 zwang man deshalb der Ukraine einen Verteidigungsvertrag auf, der die

169 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 672.

170 BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 225.

171 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 673.

172 DMYTRYSHYN Moscow and the Ukraine, S. 41.

Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten vorsah: militärische Organisation und Befehlsgewalt, nationale Wirtschaft, Eisenbahnverwaltung, Finanzen, Arbeit. Durch diesen Vertrag konnte die russische Regierung viele der Funktionen der ukrainischen, weißrussischen, lettischen und litauischen Seite übernehmen.¹⁷³

Im Zuge dieses Vertrages kam es auch zur Auflösung der ukrainischen Roten Armee; ihre Soldaten steckte man kurzerhand in russische Einheiten. Die ukrainischen Kommissariate der Verteidigung, Eisenbahnen und Arbeit wurden abgeschafft. Das Kommissariat der Finanzen und den Obersten Rat der Nationalökonomie schloß man mit ihren russischen Schwesterorganisationen zusammen. Die ukrainischen Bol'sheviki sahen dies als vorübergehend an, bis das Direktorium und die westlichen Invasionstruppen aus dem Lande verjagt wären, da der offizielle Auftrag dieses Zusammenschlusses war, bis zum Sieg gegen den weltweiten Imperialismus zu kämpfen.

Das Jahr 1919 sah aber neben den Borotbisten noch eine zweite nationalkommunistische Abweichung in der Ukraine. Die Gründe dafür lagen auf der Hand: Die Regierung hatte immer noch eine nur geringe Unterstützung durch die Bevölkerung, der Wettbewerb mit den Borotbisten dauerte an und die Russen versuchten nach wie vor, die ukrainische Souveränität so weit wie möglich einzuschränken. Dies wurde deutlich bei dem Treffen der Reste der KP(b)U in Homel', Weißrußland. Die Gruppe der Föderalisten in der KP(b)U, geführt von Jurij Lapčyns'kyj, akzeptierte die Konföderation der Ukraine mit Rußland als unvermeidlich unter den bestehenden Bedingungen des Bürgerkrieges und der westlichen Intervention, bestand aber dennoch darauf, von Rußland als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden. Lapčyns'kyj wollte zudem auch eine neue, auf breiter Basis angelegte, von Rußland unabhängige ukrainische KP bilden.¹⁷⁴

Diese Konferenz von Homel' wie auch die wachsenden Sorgen der russischen Führung über den taktischen Verlust, verursacht durch die Auflösung der ukrainischen KP¹⁷⁵ und Regierungsorganisation, zeigten ihre Auswirkungen.

Auf dem 8. Kongreß der KP Rußlands widerfuhr der ukrainischen Frage volle Aufmerksamkeit. Lenin erkannte die Wichtigkeit der ukrainischen Nationalbewegung an und schlug vor, das nationale Image und den Inhalt der zukünftigen ukrainischen Regierung zu betonen. Die KP(b)U wurde wieder ins Leben gerufen. Den Einfluß Rußlands und seine Machtausübung brandmarkte man als „Chauvinismus“. Es wurde beschlossen, mit den Borotbisten enger zusammenzuarbeiten. Diese Beschlüsse erwiesen sich in der Ukraine in den 20er Jahren als wegweisend und wurden unter dem Schlagwort Ukrainisie-

173 Dekret vserossijskogo central'nogo ispolnitel'nogo komiteta ob ob-edinenii sovetskich respublik Rossii, Ukrainy, Latvii, Litvy, Belorossii dlja bor'by s mirovym imperializmom, 01.06.1919, Nr. 127, in: Gasiorovska-Grabovska, I, S. 110–111.

174 Die Parteibeschlüsse siehe bei BORYS The Sovietization of Ukraine, S. 147.

175 Diese wurde hervorgerufen durch die militärischen Erfolge der vereinten Truppen Polens und des Direktoriums im Sommer 1919.

rung bekannt.¹⁷⁶ Ein neues Parteizentrum und das Gerüst einer ukrainischen Regierung entstanden in Moskau.

Die letzte Besetzung der Ukraine durch die Rote Armee begann im Dezember 1919. Mit den siegreichen russischen Truppen zog die neu in Moskau zusammengestellte ukrainische Regierung mit ihrem Vorsitzenden Vlas Čubar 1920 in Charkiv ein; Kiew wurde erst 1934 offizielle Hauptstadt der Ukraine.¹⁷⁷

Man ergriff nun Maßnahmen, die Fehler von 1919 nicht mehr zu wiederholen, und das ZK der RKP(b) proklamierte am 6. Dezember 1919 öffentlich die Anerkennung der nationalkulturellen und politischen Rechte des ukrainischen Volkes.¹⁷⁸ Die Nationalisierung des Landes durch die Zentralrada von 1918 wurde – mit Modifikationen – bestätigt und das Land unter den armen Bauern verteilt. Diese bekamen auch die Garantie, neun Jahre lang ein Recht auf diesen Grundbesitz zu haben. Bis 1922 waren 80% des Landes der Großgrundbesitzer unter 60% der Bauern verteilt worden. Den Rest übernahm die Regierung.

Politisch gelang es aber, die breite Masse der ukrainischen Bauern zurückzudrängen. Auf dem 4. Kongreß der Sowjets 1920 wurde ein Wahlsystem festgelegt, das es 1.000 Soldaten der Roten Armee, 10.000 Arbeitern und 50.000 Bauern erlaubte, je einen Delegierten zu wählen. Das bedeutete, daß die Bauern lediglich 12,7% der Delegierten stellten. Hinzu kam, daß sich nur 8% Ukrainer im Gegensatz zu 85% Russen in der Roten Armee der Ukraine befanden.¹⁷⁹

Die Getreiderequisitionen aber dauerten an, und privater Getreidehandel blieb verboten; damit schürte die Regierung absichtlich den Klassenkampf unter den reichen und armen Bauern auf dem Lande. Alle diejenigen, die mehr als 33 Morgen Land besaßen, wurden als Kulaken und Klassenfeinde beschimpft. Dies steuerte man durch die sogenannten Komitees der armen Bauern, die in Wirklichkeit lokale Regierungsbehörden waren und weitreichende administrative Befugnisse besaßen und deren Hauptaufgabe es war, die Getreideüberschüsse der reichen Bauern einzusammeln.¹⁸⁰ Bevorzugt nahm man für diese Arbeiten das unterste Dorfproletariat, köderte sie mit Privilegien und einem Anteil an dem requirierten Getreide.

Die bolschewistische Agrarpolitik barg folgende Probleme in sich:

1. Die Getreiderequisitionen entfremdeten die kleinen Bauern von der Regierung. Deutlich wird das mit folgenden Zahlen: 1920 hatte die Ukraine an Rußland abzuliefern: 160 Millionen Pud Getreide, 6 Millionen Pud Fleisch, 30 Millionen Pud Kartoffeln, 255 Millionen Eier und Zucker in großen Mengen.¹⁸¹

176 SULLIVANT Soviet Politics and the Ukraine, S. 96–118.

177 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 675.

178 Text in Auszügen in FEDENKO Der nationale und soziale Befreiungskampf der Ukraine, S. 43.

179 FEDENKO Der nationale und soziale Befreiungskampf der Ukraine, S. 38.

180 ADAMS Bolsheviks in the Ukraine, S. 125.

181 FEDENKO Der nationale und soziale Befreiungskampf der Ukraine, S. 39. 1 Pud entspricht 16 Kilogramm.

2. Der offiziell unterstützte Klassenkampf auf dem Lande war ein Fehler, da das ländliche Proletariat viel kleiner als angenommen war und zudem zu arm und ungebildet, um die wichtigen Aufgaben, die ihr die KP(b)U zugedacht hatte, auch erfüllen zu können.
3. Die Bauern wandten auf ihre Art Gewalt an und säten nicht mehr aus, als sie zu ihrem eigenen Bedarf benötigten.
4. Folglich fiel die Getreideproduktion auf 25% der des Jahres 1914. Als 1921 die große Dürre dazu kam, litt das ganze Land unter einer verheerenden Hungerkatastrophe.
5. Die ökonomische Situation und die Unruhe unter der Bevölkerung in der Ukraine wie auch in Rußland zwangen die kommunistischen Führer zu Konzessionen.¹⁸²

Am 20. Dezember 1920 wurde ein Allianzvertrag zwischen der RSFSR und der Ukrainischen Sowjetrepublik geschlossen. Dieser erkannte zwar ostentativ die Unabhängigkeit und Souveränität der Vertragspartner an, schloß aber dennoch eine enge militärische und wirtschaftliche Allianz. Der Zusammenschluß betraf sieben russische und ukrainische Kommissariate: Militär und Marine, Außenhandel, Finanzen, Arbeit, Kommunikation, Wirtschaft, Post- und Telegraphenwesen. Die Leiter der Kommissariate sollten als Mitglieder im Rat der Volkskommissare sitzen und diesem berichten. Jedes der genannten Kommissariate hatte einen Stellvertreter auch in den ukrainischen Rat der Volkskommissare zu entsenden, doch praktisch wurden sie durch das Allrussische Zentral-exekutivkomitee kontrolliert. Unter ukrainischer Jurisdiktion blieben danach nur vier Gebiete: Außenpolitik, Landwirtschaft, Justiz und Bildung. In den drei letztgenannten wurde verhältnismäßig große Lokalautonomie praktiziert. Was die Außenpolitik betraf, so hofften die russischen Führer, den Anschein ukrainischer Unabhängigkeit aufrecht-erhalten zu können. Ein Außenministerium mit Vertretungen im Ausland trug dazu bei. Allerdings mußte man sich in Moskau auch keine Sorgen darum machen, da der linientreue Rakovs'kyj an der Spitze dieses Kommissariates stand.¹⁸³

Mit dem Vertrag über die Bildung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. Dezember 1922 endete die selbständige Außenpolitik der Sowjetukraine. Artikel 1 übertrug der Bundesregierung die Pflege sämtlicher internationaler Beziehungen, die Festlegung der Grenzen des Bundes, die Aufnahme neuer Republiken, das Recht auf Krieg und Frieden, den Abschluß von Staatsanleihen, die Ratifizierung internationaler Verträge, die Herstellung von Binnen- und Außenhandelsbeziehungen etc.¹⁸⁴

Im März 1921 begann auch in der Ukraine die NĖP. Mit den Bauern wurde Waffenstillstand, mancherorts auch Friede geschlossen. Die Regierung verbot die Getreiderequisitionen, stattdessen führte man Steuern ein, die einen stimulierenden Effekt hatten, da die

182 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 676.

183 SULLIVANT Soviet Politics and the Ukraine, S. 60–61.

184 Dogovor ob obrazovanii sojuza sovetskich respublik, 30.12.1923, Nr. 171, in: LIPATOV/SAVENKOV Istorija Sovetskij konstitucii, S. 394.

Bauern nun ihre Überschüsse auf dem freien Markt verkaufen konnten und somit die Produktivität wieder anstieg.

1920 betrug die Stahlproduktion nur mehr 5% von der des Jahres 1913. Vor allem in Charkiv und im Donbas kam eine Arbeiter-Opposition auf, welche die Staatswirtschaft selbst leiten und eine Demokratisierung durch die Abschaffung der Parteibürokratie durchsetzen wollte. Mit dem Ende des Kriegskommunismus und der Dezentralisierung des Industriemanagements gelang ihnen ein kleiner Erfolg, aber 1923 wurden diese Aktivisten aus der KP(b)U entfernt und in den 30er Jahren liquidiert.

Zur selben Zeit schloß man die Föderalisten unter dem Vorwurf des ukrainischen Nationalismus aus der KP(b)U aus. Am 10. März 1922 lösten sich die Borotbisten nach einer Anklage vor der Komintern, sie seien ukrainische Nationalisten, selbst auf und schlossen sich der KP(b)U an. Der 4. Kongreß der KP(b)U nahm daraufhin 4.000 Borotbisten als Mitglieder auf. In ihrer Naivität dachten sie, von innen heraus etwas an der KP verändern zu können.

Im Sommer 1923 waren 25% aller Mitglieder der KP(b)U durch die Arbeit der Borotbisten Ukrainer, was die Russen mißbilligten und zu verhindern suchten. Also formten die unabhängigen Borotbisten, die Föderalisten und die linken Sozialdemokraten eine zweite ukrainische KP und nannten sich Ukapisty. Zwischen 1920 und 1925 operierten sie legal gegen die KP(b)U und standen dem deutschen Marxismus wesentlich näher als dem russischen. Mitglieder waren z.B. Lapčyns'kyj und Mazurenko. Sie bildeten einen Stachel im Fleisch Moskaus, den dieses erst im Jahre 1925 via Komintern loswerden konnte.

In den frühen 20er Jahren operierten die Überbleibsel der Ukrainischen Volksrepublik gegen die Kommunisten im Untergrund. Gruppen von Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären und Sozialföderalisten hielten den Kontakt zu Petljuras Exilregierung aufrecht und waren für den Ausbruch von sporadischen Bauernaufständen verantwortlich.

Die Sowjetukraine antwortete darauf mit organisiertem Terror: 1918 trat zum ersten Mal die russische Čeka in der Ukraine auf. 1919 kam es zu einer Umorganisation; die Ukrainische SSR erhielt ihre eigene Geheimpolizei. Ihre Aktionen hatten politische Instruktionen zur Grundlage, aber keinerlei Legitimation durch Gesetze. Das Rechtssystem befand sich in Auflösung, also herrschte Revolutionsgerichtsbarkeit, d.h. die Richter wurden instruiert, nach ihrem revolutionären Gewissen zu urteilen.

In den Jahren zwischen 1919 und 1921 wurden ungefähr 100.000 „Klassenfeinde“ exekutiert und noch viele mehr nach Sibirien verbannt. Darunter befanden sich Landbesitzer, Industrielle, Kaufleute, frühere Regierungs- und Polizeibeamte sowie Armeemoffiziere der Ukrainischen Volksrepublik und hochrangige Mitglieder der orthodoxen Kirche. Erst 1921 schwächte sich der rote Terror ab. Es gab nunmehr öffentliche Verhandlungen und mildere Strafen als ein Zeichen der Güte und des Wohlwollens der Sowjets. 1922 wurde aus der Čeka die GPU, im Ukrainischen DPU.¹⁸⁵

185 DOROSHENKO A survey of Ukrainian History, S. 677–680.

Am 6. Juli 1923 kam es zum Vertragsabschluß zwischen Rußland, der Ukraine, Weißrußland und den Kaukasischen Republiken über die Bildung der UdSSR. Ein halbes Jahr später, am 31. Januar 1924, wurde die erste Verfassung der Sowjetunion angenommen. Rein formell hatte sich die Ukraine das Recht bewahrt, als souveräne Republik jederzeit aus der Union auszuschneiden. In der Praxis aber war das nicht mehr möglich. Zu fest war die Klammer der übermächtigen Kommunistischen Partei mit ihrer Zentrale in Moskau.¹⁸⁶

Vor allem Artikel 1 gab Moskau eine Vielzahl an Regierungsgewalten: Kontrolle der Streitkräfte, Recht auf Krieg und Frieden, Kontrolle der gesamten Wirtschaft im Innen- wie Außenhandel, Recht auf Absegnung des Unionshaushaltes sowie der Haushalte der Einzelrepubliken, Kontrolle über das Arbeitsrecht, das Transport- und das Kommunikationswesen. Hinzu kamen noch die Kontrolle des Erziehungs-, Justiz- und Gesundheitswesens, das Recht auf die Ausbeutung aller natürlichen Rohstoffe und auf die Entwicklung und Bearbeitung des Landes. Moskau hatte das Recht, Entscheidungen der Unionsrepubliken, die im Widerspruch zur Verfassung lagen, zu annullieren und die Autorität, alle Unionsrepubliken außenpolitisch zu vertreten.¹⁸⁷ Allein die Bereiche Wahlen und bürgerliche Ehrenrechte blieben den Einzelrepubliken. In Ergänzung der fünf gemeinsamen Kommissariate, die im Juni 1919 geschaffen worden waren, kamen jetzt sogenannte Unions-Kommissariate, die allein Moskau unterstanden, hinzu: Wirtschaft, Ernährung, Arbeiter- und Bauernkontrolle. Als Kommissariate blieben den Einzelrepubliken demnach noch: Landwirtschaft, Binnenhandel, Inneres, Justiz, Bildung, Gesundheit, Soziales und Minderheitenpolitik. Trotz Artikel 3 der Verfassung, der die Republiken in allem souverän erklärte, was nicht unter den Aufgabenbereich der Union fiel, und des Rechtes auf Austritt (Art. 4) überwogen eindeutig die zentralistischen Tendenzen.¹⁸⁸

Die Geschichte der Entstehung der Sowjetukraine zwischen 1918 und 1923 ist die Geschichte eines Kompromisses. Seine beiden Antipoden waren die Selbstständigkeitsbestrebungen des ukrainischen Volkes und der Wille zu einem ungeteilten Rußland. Der unabhängige Staat, Traum der ukrainischen Nationalisten, der 1920 zu Ende ging, machte einem Staat Platz, der einer vollkommen neuen politischen Gemeinschaft auf dem Territorium des ehemaligen Russischen Reiches angehörte. Tatsächlich aber bewahrte der ukrainische Staat so die Qualität einer politischen Einheit, obwohl er sie juristisch verloren hatte. Die Existenz der Sowjetukraine widersprach zwei Prinzipien. Die Errichtung einer Sowjetregierung in der Ukraine versetzte dem Selbstbestimmungsrecht der Völker den Todesstoß, gleichzeitig aber setzte der ukrainische Staat der Idee des „einigen und ungeteilten Rußland“ ein Ende. So erscheint die Konzession einer sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine als beachtlich, bedenkt man die internationalistische Doktrin des

186 BRÉGY Prince Serge Obolensky, S. 217.

187 Osnovoj zakon (konstitucija) sojuza sovetkich socialističeskich respublik, 31.01.1924, Nr. 196, in: LIPATOV/SAVENKOV: Istorija Sovetskoj konstitucii, S. 458–473.

188 SULLIVANT Soviet Politics and the Ukraine, S. 79.

Kommunismus, der lange Zeit das Problem der Nationalitäten leugnete. So verdankt die Sowjetukraine letztendlich ihre Existenz der Ausrufung der Ukrainischen Volksrepublik. Es waren die russischen Kommunisten, die im Gegensatz zu Kerenskij und den weißen Generälen das Potential des nicht-russischen Nationalismus als neuen Faktor in der Politik erkannten und für sich ausnutzten. Für viele der ukrainischen Kommunisten bedeutete die Errichtung einer Sowjetrepublik Ukraine nicht das Mittel zur Erhaltung der russischen Einheit, sondern den ersten Schritt zu einer weltumspannenden Union der Sowjetrepubliken. Erst als die Sowjetführung von der Idee der Weltrevolution abrückte, sank die Ukraine wieder in die Position einer Provinz ab, allerdings unter anderen juristischen Voraussetzungen. Dadurch, daß sich aber sieben Millionen Ukrainer unter fremder Herrschaft in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei befanden, fiel ihr als Schutzmacht auf internationalem Parkett doch eine Funktion mit einer gewissen Bedeutung zu.¹⁸⁹

189 MARKUS L'Ukraine soviétique, S. 271–273.

3. Die ukrainische Frage in der internationalen Diplomatie

3.1. Die zunehmende Bedeutung der Ukraine im Jahr 1917

Im Jahr 1917 traten die Ukrainer zum ersten Mal in das Bewußtsein der meisten europäischen Staaten. Diese wurden mit der ukrainischen Frage konfrontiert, ohne sich jemals zuvor auf breiter Basis damit beschäftigt oder über die Problematik dieses geteilten Volkes nachgedacht zu haben. Um Aufklärungsarbeit in diesen Punkten zu leisten, begannen verschiedene ukrainische Gruppierungen und Büros, Flugblätter, Pamphlete und kleine Broschüren zu veröffentlichen. Darin forderten sie die Unabhängigkeit der Ukraine, die sie als ein Naturrecht ansahen, und betonten, daß ihr Land groß genug sei, um in wirtschaftlicher Hinsicht zur Eigenstaatlichkeit befähigt zu sein. Sie lieferten zur Untermauerung statistische Zahlen über die landwirtschaftliche und industrielle Produktion und betonten ihre Überlegenheit in der Entwicklung gegenüber Moskowien, wie sie Rußland zu nennen pflegten. Sie machten den neutralen Staaten und auch den Kriegsteilnehmern klar, welche Loyalitätsprobleme ein geteiltes Volk wie das ukrainische quälten. So bestand die Minimalförderung der im Russischen Reich lebenden Ukrainer im Anspruch auf Autonomie mit einem Landtag in Kiew, während ihre Landsleute in der Donaumonarchie eine autonome ukrainische Provinz innerhalb des Kaiserreiches für die fünf Millionen Ukrainer in Galizien-Lodomereien, der Bukowina und den ungarischen Komitaten Máramaros, Bereg und Ung forderten. Dies hätte für die Monarchie einen föderativen Aufbau und für die Ukrainer einen ukrainischen Landtag in Lemberg bedeutet. Auf keinen Fall wollten sie unter russische Herrschaft gelangen. Sie betonten hartnäckig das Fehlen imperialistischer Absichten, und gleichzeitig unterstrichen sie, wie sehr sie mit den Vorstellungen der Alliierten übereinstimmten. Sie wollten ebenfalls das Völkerrecht, alle Verträge und Konventionen und das Nationalitätenprinzip beachten und einhalten.¹

Der erste Kontakt der Ukrainischen Volksrepublik mit Frankreich wurde am 20. November 1917 geknüpft, mit Rußland am 30. November, mit Großbritannien am 1. Dezember und mit den Vereinigten Staaten am 23. Dezember 1917, wobei die Initiative von der Ukraine ausging.² Das größte Interesse hatte die Ukraine an Frankreich, dessen Kultur und Tradition man bewunderte. Zudem sahen die ukrainischen Verantwortlichen in Frankreich diejenige europäische Macht, die Interesse und Mittel besaß, auf die Verhältnisse in Osteuropa einzuwirken. Im Gegensatz zu den Bol'sheviki warf sich die Ukraine nicht in die Arme der Mittelmächte, wie immer wieder von Historikern zu vernehmen ist, sondern versuchte, vor allem mit der Entente gute Beziehungen aufzubauen.

1 Revendications ukrainiennes, Memorandum présenté aux pays neutres et belligérants. Lausanne 1917.

2 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 286–287.

Der Großteil der ukrainischen Sozialdemokratie war der Entente gegenüber sehr freundlich eingestellt. Angeführt wurde diese Gruppe von Symon Petljura, dem Kriegsminister der ukrainischen Regierung. Vynnyčenko, Porš und Jurkevych waren mit ihrer Sympathie etwas zurückhaltender. Ihr Ziel war die Revolution gegen den Zarismus und die Schaffung einer autonomen Ukraine. Den Weltkrieg hielten sie allerdings für einen imperialistischen Machtkampf, bei dem keine der gegnerischen Parteien unterstützt werden sollte. Seiner Einstellung gab Petljura in der Zeitschrift „Ukrains'kaja žizn“ Ausdruck, die er in Moskau herausgab. Er allerdings hielt die Seite der Entente für diejenige der Demokratie. Eine kleine Gruppe innerhalb der ukrainischen Sozialdemokraten hingegen war den Mittelmächten zugetan und bildete die „Union zur Befreiung der Ukraine“ mit einer starken Anlehnung an Deutschland. Die ukrainischen Sozialrevolutionäre stellten eine sehr junge Partei dar, deren Hauptziel der Erhalt des ukrainischen Territoriums war. Auch sie standen der Entente freundlich gegenüber. Ihr Anführer Prof. Hruševs'kyj wollte sogar auf keinen Fall in Österreich bleiben, wo er vom Krieg überrascht worden war. Trotz persönlicher Gefährdung zog er es vor, über Italien und Rumänien in die Ostukraine zu reisen.

In Frankreich hatte die Beschäftigung mit der Ukraine eine gewisse Tradition, zumal die französische Wirtschaft dort auch große Investitionen getätigt hatte.³ Jean Pélissier, französischer Korrespondent in Wien vor dem Ersten Weltkrieg, interessierte sich zunehmend für die Nationalitätenproblematik. Er begründete die Zeitschrift „Annales des Nationalités“, die sich der Unterstützung einiger wichtiger französischer Politiker, wie Painlevé, Béranger und Leygues, erfreute. Mit einer Ausgabe von 1913, die einzig der Ukraine gewidmet war, machte er die ukrainische Frage in Frankreich recht populär. Pélissier war der Meinung, daß die Revolution eine Reihe von selbständigen Staaten hervorbringen, während sich das Russische Reich auflösen würde. Eine ähnliche Ansicht wurde von dem französischen Botschafter Paléologue vertreten. Dieser hatte bereits 1915 eine Unterredung mit dem damaligen russischen Ministerpräsidenten Goremykin über die ukrainische Frage. Allerdings bestritt der Russe damals heftig, daß es eine solche überhaupt gäbe.⁴ Obwohl sich die französische Öffentlichkeit – dank Persönlichkeiten wie derjenigen Jean Pélissiers – durchaus mit der Ukraine beschäftigte, existierte für die französische Regierung die ukrainische Frage vor der Revolution nicht. Die in Bern in französischer Sprache veröffentlichte Zeitschrift „L'Ukraine“ und alle anderen ukrainischen Veröffentlichungen in Französisch über die Ukraine waren in Frankreich verboten. Presseinformationen über die Ukraine unterlagen einer strengen Zensur. Erst

3 Brinkley, in: Hunczak, S. 324.

4 Paléologue, I, S. 327–328: „The Little Russians have a very original individual character. Their ideas, literature, and songs have a very pronounced flavour of the soil. But that only shows itself in the intellectual sphere. From the national point of view the Ukrainians are as Russian as the purest Muscovites. And from the economic point of view the Ukraine is necessarily tied to Russia.“ Zu Paléologue siehe außerdem: Rohrbach, Osteuropa historisch – politisch gesehen. I. Teil: Osteuropa, S. 126–127.

Anfang Mai 1917 hob man dieses Verbot auf und lockerte die Zensur. Die Versorgung der französischen Regierung mit Informationsmaterial lief über vier Quellen: Telegramme französischer Gesandter in Osteuropa, Veröffentlichungen des Ukrainischen Büros in der Schweiz, Presseberichte und Berichte des Deuxième Bureau. Allerdings konnte keine dieser Quellen eine zufriedenstellende Informationen bieten.⁵

Im Sommer 1917 bestürmte Pélissier die französische Regierung mit einem Memorandum, die Unabhängigkeit der nicht-russischen Völker anzuerkennen, die militärischen Kräfte zu nationalisieren und damit zu helfen, die deutschen Armeen zurückzuschlagen. Er trat öffentlich für die Anerkennung der ukrainischen Republik durch Frankreich ein, und mit der Hilfe seiner einflußreichen Freunde Painlevé und Brunhes wurde er der Botschaft in St. Petersburg unter ihrem neuen Leiter Noulens beigegeben. Seine Aufgabe sollte das Studium der nationalen Bewegungen des Russischen Reiches sein. Doch erst im August 1917 erhielt Pélissier die Erlaubnis, nach Kiew zu fahren, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen.⁶ Dort traf er sich mit bedeutenden Männern der Rada – Hruševs'kyj, Vynnyčenko, Šul'hyn, Dorošenko, Rafes, Rudnyc'kyj, Efremov –, die ihm alle bestätigten, nicht mit den Mittelmächten zusammenzuarbeiten. In einem Schreiben faßte Pélissier alle seine positiven Eindrücke zusammen und erhöhte dabei ungewollt noch den Reiz der Ukraine für Deutschland, da dieser Brief abgefangen und dem Auswärtigen Amt vorgelegt wurde.⁷

Die Diskussion um die Bedeutung der Ukraine war allerdings für das Auswärtige Amt in Berlin schon lange nichts Neues mehr. Die Artikel des Publizisten Paul Rohrbach und seine selbständigen Veröffentlichungen erreichten schon vor Ausbruch des Weltkrieges ein breites Publikum und machten weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit auf die ukrainische Frage aufmerksam. Seine Artikel und Bücher zu außen- und kolonialpolitischen Themen gelten als repräsentativ für jene liberale Expansionsideologie des wilhelminischen Bürgertums, die sich vom Geschrei der Alldeutschen als „ethischer Imperialismus“ abgrenzte. Rohrbach verband sein Programm vom „größeren Deutschland“ mit der Forderung nach innenpolitischen Reformen, um die Arbeiterschaft besser in den Staat zu integrieren, damit den deutschen Imperialismus auf eine breitere Basis zu stellen und ihm so nach außen mehr Werbekraft für eine Politik der „moralischen Eroberungen“ zu geben. Er war davon überzeugt, daß die Ukrainer kein „russischer Stamm“ waren, sondern ein eigenes Volk, eine Kulturnation mit eigener Sprache, eigener literarischer Tradition und vor allem einer eigenen Geschichte, die für die Ausprägung eines Nationalbewußtseins von entscheidender Bedeutung war.

Es war Rohrbach, der das häufig wiederkehrende Bild prägte: „(...) daß Rußland sich auseinandernehmen läßt wie eine Apfelsine, wo bei gehöriger Vorsicht durch keinen Riß

5 Kosyk, S. 103–104.

6 Dubreuil, S. 12. Dieser berichtete über die positive Aufnahme von Pélissier durch die französische Gemeinde in Kiew. Außerdem merkte er an, daß es für die französische Regierung besser gewesen wäre, auf die Ratschläge dieses Experten zu hören.

7 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 292.

und keine Wunde ein Tropfen Saft zu fließen braucht, während Staaten wie Deutschland oder Frankreich, wenn man sie zerstückeln wollte, einer zerschnittenen Frucht gleichen würden, aus deren Wundflächen der Lebenssaft sich ergießt.“⁸ Rohrbach war davon überzeugt, daß der Krieg vor allem an der Ostfront geführt und gewonnen werden mußte. Dafür hatte er auch einige Argumente: Rußland war durch die erlittenen Niederlagen bereits entscheidend geschwächt. Die von nicht-russischen Völkern bewohnten Randgebiete des Reiches würden ihre Lostrennung vom „moskowitzischen“ Großrußland als Befreiung empfinden. Dies galt vor allem für die Ukraine, die mit ihrer Bevölkerung von 40 Millionen Menschen und ihren natürlichen Reichtümern ein eigenes staatliches Dasein führen könnte. Die inneren Verschiedenheiten und Gegensätze der Völker des Russischen Reiches verhinderten eine nationale Einheit und brachten auf natürliche Art und Weise Einzelstaaten hervor. Diese Randstaaten werden der Hilfe Deutschlands bedürfen und so wird Deutschland im Osten den Rücken frei bekommen und seiner Einkreisungslage ledig werden. Als die Entscheidung nicht für die Weiterführung der Offensive im Osten, die völlige Niederwerfung Rußlands, fiel, sondern für die Verlegung des Schwerpunktes militärischer Operationen an die Westfront, war dies ein schwerer Schlag für Rohrbach. Er hielt dies für einen „Fehler in der politischen Zielsetzung eines großen Krieges auf Leben und Tod infolge der Unkenntnis fundamentaler Tatsachen und Zusammenhänge.“⁹

Darüber hinaus versuchte Rohrbach auch einflußreiche Politiker und Militärs für seine Vorstellungen zu gewinnen. Einen guten Ausgangspunkt dafür fand er in seiner Tätigkeit in der Zentralstelle für Auslandsdienst, wo er in Zusammenarbeit mit Axel Schmidt und Silvio Broedrich-Kurmahlen russische Presseberichte auswertete. Vorwiegend auf diesen Presseberichten basierte auch Rohrbachs Denkschrift „Russisches“, die er 1915 dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt zukommen ließ.¹⁰ Darin heißt es unter anderem: „Nur wenn eine starke Verkleinerung Rußlands stattfindet, eine Verkleinerung, die unter geschichtlichen, kulturellen, geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, allein durch Abtrennung des ganzen Westgebietes verwirklicht werden kann, ist für Deutschland und für die abendländische Kultur Ruhe und Sicherheit vor Rußland zu erhoffen, und entscheidender hierfür als alles andere ist die Befreiung der Ukraine.“¹¹ Tatsächlich aber behandelte die deutsche Regierung die ukrainische Frage im August 1917 zum ersten Mal. Während in Frankreich behauptet wurde, daß Deutschland bereits die Anerkennung des ukrainischen Staates vorbereite, stellte man in der deutschen Regierung lediglich fest, daß es eine ukrainische Frage überhaupt gibt. In einer Regierungsdebatte vereinbarte man die Prüfung der ukrainischen Pläne und verständigte sich darauf zu versuchen, eine positive ukrainische Einstellung zu Deutschland herbeizuführen. Das zweite Mal wurde

8 Zitiert nach Borowsky, Paul Rohrbach und die Ukraine, in: Geiss / Wendt, S. 441.

9 Rohrbach, Osteuropa historisch – politisch gesehen. I. Teil: Osteuropa, S. 128.

10 Borowsky, Paul Rohrbach und die Ukraine in: Geiss / Wendt, S. 443.

11 Paul Rohrbach, Russisches, S. 5, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 56.

die ukrainische Frage von der deutschen Regierung erst wieder im Dezember 1917, während der Verhandlungen in Brest-Litovsk, angeschnitten.¹²

Pélissier und Šul'hyn, damaliger Minister für Nationalitätenfragen¹³, hielten den Kontakt zueinander aufrecht, und als Šul'hyn Ende August nach St. Petersburg reiste, bot ihm Pélissier an, ihn dem französischen Botschafter Noulens vorzustellen. Die Gespräche während eines Frühstücks mit Noulens waren der erste Kontakt eines ukrainischen Ministers mit einem offiziellen Repräsentanten Frankreichs. Obwohl der französische Botschafter genau über die Vorgänge in der Ukraine in Kenntnis gesetzt zu werden wünschte, wiederholte er doch stets, daß er nicht befugt sei, in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzugreifen. Dem widersprach Šul'hyn, indem er darauf verwies, sollte Frankreich einem föderativen Rußland nicht zustimmen, würde sich die Ukraine komplett abspalten, und vor allem würde bei weiterer Unentschlossenheit bald die ungezügelte Anarchie in der Ukraine ausbrechen. Von der französischen Hilfe für die Ukraine würde letztlich ganz Europa profitieren. Šul'hyn berichtet in seinen Memoiren, daß er sich nach dieser Unterredung keine sofortigen Ergebnisse versprach, aber er war doch angenehm überrascht, als sich die Einstellung der französischen Vertreter zur Ukraine positiv veränderte.¹⁴ Nach dem Besuch bei Noulens meldete sich auch General Niessel, Chef der französischen Militärmission in Rußland, bei Šul'hyn. Er war im September 1917 mit etwa 30 französischen Offizieren in St. Petersburg angekommen und hatte die Aufgabe, die russische Armee zu reorganisieren. Zur gleichen Zeit sollte eine englische Mission die russische Flotte wieder neu zusammenstellen.¹⁵ Durch das Treffen mit dem französischen Konsul Balachowski fand der ukrainische Minister Šul'hyn Aufnahme in den Kreis des gesamten konsularischen Korps in Kiew.

Wohl in seiner Eigenschaft als Journalist besuchte Pélissier Kiew im September wieder. Seine die Ukraine unterstützenden Artikel erschienen in der französischen Presse. Um dieselbe Zeit kam auch die französische Militärmission für Gesundheit (French Military-Sanitary Mission) nach Kiew und stellte sich in Anwesenheit des französischen Konsuls Balachowski dem Sekretariat vor. In mehreren Interviews mit Hruševs'kyj, Petljura und Vynnyčenko gab Balachowski diesen die Möglichkeit, gegen den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit Stellung zu nehmen.

Die französisch-ukrainischen Beziehungen machten auch in militärischer Hinsicht Fortschritte. Anfang Oktober 1917 besuchten General Niessel und sein Attaché an der Südwestfront, Tabouis¹⁶, Kiew. Niessel war im Großen und Ganzen nicht freundlich

12 Kosyk, S. 107–108.

13 Mitte Juli 1917 wurde er zum Generalsekretär (= Minister) für Auswärtige Angelegenheiten ernannt. Er blieb auf diesem Posten bis zum 14. Januar 1918 (Šul'hyn, *L'Ukraine contre Moscou*, S. 154).

14 Šul'hyn, *L'Ukraine contre Moscou*, S. 156–157.

15 Noulens, I, S. 82.

16 Die eigentliche Aufgabe von Tabouis war es, Militärpersonal aus Rumänien, der Tschechoslowakei und Serbien zu organisieren und zu Gruppen zusammenzufassen. Dazu gehörten auch

gegenüber der Ukraine eingestellt. So erklärte er in seinen Memoiren, daß die Rada nicht einen Mann von „wahrem Wert“ als Mitglied gehabt habe. Auch er hielt daran fest, daß die ukrainische Bewegung vor und während des Krieges von Deutschland und Österreich-Ungarn initiiert worden sei.¹⁷ Das wichtigste an diesen Treffen war jedoch, daß Frankreich von dem ukrainischen Wunsch informiert wurde, Galizien für sich zu fordern. Zu diesem Zeitpunkt bedeutete dies, daß man auf Seiten der Entente nicht mit einer Verständigung zwischen der Ukraine und den Mittelmächten zu rechnen hatte, da man annahm, Österreich werde schwerlich auf Galizien verzichten. Tabouis hingegen zeigte sein Interesse an militärischen wie auch politischen Problemen der Ukraine bei einem Besuch bei Petljura, von dem in der Presse berichtet wurde. Wie gesagt, verbat die französische Regierung anfangs ihren Vertretern in der Ukraine, sich in die inneren Angelegenheiten „Rußlands“ einzumischen oder gar den „ukrainischen Separatismus“ zu unterstützen. General Berthelot, Chef der französischen Militärmission in Rumänien (Jassy), war jedoch der Ansicht, die Ukraine bildete das Hinterland der rumänischen Front und müßte deshalb auch für die Zwecke der Entente gesichert werden.¹⁸

Šul'hyn berichtet auch von Besuchen verschiedener Repräsentanten der Militärmissionen Italiens, der USA, Serbiens, Rumäniens und Japans zu dieser Zeit. Mit den Vertretern Frankreichs und Englands bestand allerdings der engste Kontakt.

Die bolschewistische Revolution brachte die Pläne Frankreichs und der gesamten Entente durcheinander. Für Saint-Aulaire, den französischen Botschafter in Bukarest, läutete sie gar die Totenglocke für die französisch-russische Allianz.¹⁹ Unter diesen Umständen entstand die Idee, die militärischen Kräfte Rumäniens, der Ukraine und der Don-Kosaken gegen Deutschland zu vereinigen. Gegenüber Šul'hyn ließ Tabouis verlautbaren, auch die tschechoslowakischen Einheiten und die Kosaken-Truppen des Kuban'-Gebiets einzubeziehen.²⁰ Was die Durchführbarkeit dieses Konzeptes betraf, hatte Šul'hyn allerdings Bedenken. Das ukrainische Kriegsministerium hingegen ging davon aus, daß innerhalb von drei Monaten ungefähr 300.000 Mann mobilisiert werden könnten.²¹ Das Generalsekretariat forderte die Anerkennung der ukrainischen Republik und die Entsendung von militärischen und diplomatischen Vertretern durch die Entente. In seinen Memoiren behauptet Niessel, die Ukrainer wollten eine interne Anleihe auf eine „Föderation des Südens“ aufnehmen, die wiederum durch eine französische Anleihe finanziert werden sollte. Decken wollte die ukrainische Regierung die gesamte Transaktion durch die Gewinne aus dem Verkauf von Zucker, auf den sie das Monopol hatte.²² Die Generäle

Kriegsgefangene und Leute aus dem Elsaß, Lothringen, Siebenbürgen, der Bukowina etc. Um diese Einheiten aufstellen zu können, wurde das Lager Darnycja gegründet (Tabouis, S. 144).

17 Niessel, S. 132.

18 Kosyk, S. 108.

19 Saint Aulaire, S. 368.

20 Šulhyn, L'Ukraine contre Moscou, S. 159.

21 Niessel, S. 131.

22 Niessel, S. 132.

Niessel und Berthelot und auch die Botschafter in St. Petersburg und Bukarest, Noulens und Saint-Aulaire, hielten die Zusammenfassung der Truppen für möglich.²³ Die französischen Vertreter in Rumänien glaubten an die Stärke der ukrainischen Kräfte und diejenigen des Don-Kosakenführers Kaledin, während sich Noulens und Niessel nicht dazu entschließen konnten, Frankreich vollständig in diese Angelegenheit zu involvieren.²⁴

Fünf Tage nach Proklamierung der Ukrainischen Volksrepublik am 7. November 1917 entschloß sich Frankreich zur Kooperation²⁵ unter der Voraussetzung, daß die Kräfte im „Süden Rußlands“ antibolschewistisch und bereit seien, den Krieg gegen die Mittelmächte weiter zu führen.

Während man die Beziehungen zur Ukraine intensivierte, kam die Direktive aus Paris, keinen Kontakt zu den Bol’ševiki aufzunehmen. Man sollte sich nicht um diese „deutschen Agenten im Norden“ kümmern, sondern im Süden, der Ukraine, einen nationalen Wiederaufbau unterstützen. Sollte dieser Bruch, zwischen Ukrainern und Bol’ševiki, endgültig auftreten, war es die Aufgabe der französischen Mission, den noch vorhandenen „gesunden“ Elementen Rußlands Hilfe angedeihen zu lassen. Realisiert werden sollte dies von dem Oberbefehlshaber Marschall Foch. Zudem wurde die Botschaft in Rumänien angewiesen, Kontakt zur Rada aufzunehmen.

Foch verstärkte seine Anstrengungen in „Süd-Rußland“. Allerdings zielten diese nicht darauf ab, die neue russisch-bolschewistische Regierung zu stürzen, sondern die Kontinuität im Kampf und damit die Ostfront gegen die Mittelmächte aufrechtzuerhalten. Die Ukraine begann eine noch bedeutendere Rolle zu spielen, als König Ferdinand von Rumänien anbot, eine Verbindung seiner Truppen zu den Kosaken im Don-Gebiet herzustellen, um dann nach Norden vorzustoßen. Saint-Aulaire hielt diesen Plan allerdings für undurchführbar.²⁶ Sollte der rumänische König darin aber keine Unterstützung bekommen, so drohte dieser, mit den Mittelmächten Kontakt aufzunehmen. Mit der neuen französischen Politik wurden alle französischen Offiziellen in der Ukraine unter das Kommando von Saint-Aulaire und General Berthelot in Bukarest gestellt.²⁷ Dieser wiederum stand in engem Kontakt zu General Ščerbačev, dem russischen Kommandeur an dieser Front, welcher der Rada geholfen hatte, die dort stationierten ukrainischen Truppen zu reorganisieren.²⁸ Damit wurde das Schicksal der Ukraine eng an dasjenige von Rumänien gebunden. In Paris hatte man damit begonnen, die Existenz eines einigen

23 General Berthelot hatte nach der großen Niederlage der rumänischen Armee von 1916 zusammen mit seiner französischen Militärmission die rumänischen Truppen reorganisiert und bei Jassy im Herbst 1917 konzentriert (Ullman, I, S. 40).

24 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 297.

25 DOROŠENKO Istorija Ukraïny z maljunktamy, S. 234.

26 Saint Aulaire, S. 424.

27 Laut der Angaben von Tabouis geschah dies am 7. Dezember 1917. (Tabouis, S. 152).

28 Brinkley, in: Hunczak, S. 324.

Rußlands zu hinterfragen und die Realität der Ukraine anzuerkennen.²⁹ In diese Zeit fielen auch die ersten Angebote von französischer Seite, der Ukraine französische Anleihen zukommen zu lassen. Noulens eröffnete dem ukrainischen Finanzminister Tuhan-Baranovs'kyj bei dessen Besuch in St. Petersburg, daß große Sympathien für die Ukraine gehegt würden und daß aus privaten Kanälen große Geldmengen fließen könnten. Allerdings blieben Niessel und Noulens dabei, daß man die ukrainische Regierung zwar unterstützen müßte, aber nicht gleich offiziell anerkennen sollte. Immer wieder tauchte die Befürchtung auf, die Ukrainer seien germanophil und man könnte ihnen nicht trauen. Erst nachdem Paris angeordnet hatte, die Ukrainepolitik von Bukarest aus zu leiten, konnte sich die positive Einstellung von General Tabouis durchsetzen.³⁰ Er war allem Ukrainischen sehr aufgeschlossen und entwickelte viel Enthusiasmus für das Land. Jedoch wurde auch er von Paris angewiesen, vollkommene Neutralität gegenüber innenpolitischen russischen Angelegenheiten zu wahren. General Niessel stellte es Tabouis frei, französische Offiziere in ukrainische Einheiten abzukommandieren, lehnte aber eine Anerkennung der ukrainischen Regierung als verfrüht ab. Den Grund dafür sah er in der großen Zahl deutschfreundlicher Minister in der ukrainischen Regierung.³¹

Als jedoch die Order Lenins an die Front-Kommandeure herausging, mit den deutschen Truppen einen Waffenstillstand zu vereinbaren, protestierte Tabouis heftig. Er ließ verlautbaren, daß Frankreich niemals eine Regierung anerkennen würde, die mit ihren ersten Verlautbarungen gegenüber den Alliierten eidbrüchig würde. Die französische Militärmission entsandte daraufhin den Commandeur Vaneux nach Kiew um nachzuzufragen, ob die Befehle Lenins dort befolgt würden. Nachdem er eine verneinende Antwort bekommen hatte, blieb er noch und wohnte der Proklamation der Republik bei, von der er einen äußerst positiven Eindruck mitnahm.

Drei Tage nach dieser Proklamation begann die politische Mission von General Tabouis, der durch einen Verbindungsoffizier von den weitreichenden Plänen General Berthelots informiert worden war. Er bekam den Auftrag, die Entwicklung der Ukraine zu beobachten und zu unterstützen und die Ukraine in eine Allianz mit den Don-Kosaken und Rumänien zu führen. Auf diese Art und Weise sollte die Ordnung im Großteil „Süd-Rußlands“ aufrechterhalten werden. Das Hauptziel der Alliierten dabei war, den Krieg im Osten weiterzuführen, sogar dann, wenn man sich bis zum Kaukasus zurückziehen müßte. In seinen Erinnerungen schreibt Tabouis, daß er von diesem Plan nicht sehr

29 Dazu siehe Artikel in „Le Temps“ vom 20. November 1917, abgedruckt in: PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 299.

30 Noulens, I, S. 168–169 schreibt über eine Kontroverse mit einem französischen Botschafter über die Politik gegenüber den antibolschewistischen Strömungen im ehemaligen Russischen Reich. Dabei wurden keine Namen genannt, da die Kontroverse aber über die Ukraine und „Süd-Rußland“ ging, liegt die Vermutung sehr nahe, daß es sich dabei um Tabouis gehandelt haben muß. Dies bestätigt sich auf Seite 241. Noulens beschwert sich, daß weder er noch General Niessel konsultiert worden seien, bevor man General Tabouis zum Kommissar ernannte.

31 Niessel, S. 238.

begeistert gewesen sei, dennoch war er – in einer gewissen Selbstüberschätzung – überzeugt, daß er selbst der geeignete Mann für diesen Auftrag war.³² Über ein Telegramm Berthelots wurde Tabouis informiert, Paris sei bereit, die nationalen Regierungen zu unterstützen, sollten diese für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und die Weiterführung des Krieges eintreten und vor allem eine antideutsche Einstellung aufweisen. Von diesem Augenblick an begann die politische Mission General Tabouis', der die Ukraine mit einem ungewollten Kind verglich, dem man nun, nachdem es geboren worden war, auch helfen mußte.³³

Das weitere Interesse Frankreichs manifestierte sich auch in Unterredungen französischer Offiziere mit Petljura, der über die politische und militärische Situation in der Ukraine befragt wurde. Am 1. Dezember 1917 trafen sich Tabouis und Major Fitzwilliam von der britischen Militärmission mit Petljura und dem ukrainischen Außenminister Šul'hyn in dessen Ministerium. Dabei wiederholte Tabouis, welch großes Interesse die Entente und vor allem Frankreich für die Ukraine hegen würden, und bot Hilfe an. Šul'hyn hingegen hielt sich an die Anweisungen des Kabinetts und antwortete nicht auf die Hilfsangebote, sondern forderte die Ententevertreter auf, zuerst die Ukraine anzuerkennen oder wenigstens offizielle diplomatische Beziehungen zu ihr zu eröffnen. Man versprach ihm, auf telegraphischem Wege zu handeln.

Der Plan, der Ukraine zu helfen, war sehr weitreichend und beschränkte sich nicht allein auf militärische Unterstützung. Dies wurde bei den Unterredungen von Šul'hyn, Petljura und Kovalevs'kyj, dem Versorgungsminister, mit Tabouis deutlich. Tabouis betonte bei diesen Treffen, Paris sei nicht nur daran interessiert, daß die Ukraine die Verpflichtungen des ehemaligen Russischen Reiches übernehme, sondern man wollte den neuen Staat dazu benutzen, die Machtbalance in Osteuropa aufrechtzuerhalten. Durch ihre Rolle im Weltkrieg sollte die Ukraine zudem beweisen, daß sie auf der Seite der Entente stand. Das Ziel der französischen Regierung war also, die Ukraine nicht unter den Einflußbereich der Mittelmächte fallen zu lassen.

Tabouis bot die Entsendung von französischen Spezialisten in die ukrainischen Ministerien und die Gewährung eines ersten Kredites von 10 Millionen Dollar an.³⁴ Auch sollte eine Militärpolizei geschaffen werden. Ferner schlug er die Schaffung einer ukrainischen, tschechoslowakischen und polnischen Armee vor, welche die Südwest- und die Südfront halten und damit eine beträchtliche Zahl deutscher Truppen binden sollte.³⁵ Tabouis bot keine Schlichtung im russisch-ukrainischen Konflikt an, da man davon ausging, Lenin werde mit den Mittelmächten Frieden schließen.

32 Tabouis, S. 149.

33 Tabouis, S. 150.

34 Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um ein Mißverständnis, denn bei diesen angebotenen 10 Millionen kann es nur um die 10 Millionen Pfund gehen, die der britische Militärattaché in Jassy den Kosaken unter Kaledin zukommen lassen wollte. Zu diesem Zweck hatte er ein Telegramm an das War Office gesandt (Ullman, I, S. 44).

35 CHRYSTJUK Zamitky i materijaly, II, S. 92.

Die Ermordung des russischen Oberbefehlshabers Duchonin durch bolschewistische Truppen trug viel dazu bei, das Prestige der Ukraine in den Augen der Militärvertreter zu erhöhen.³⁶ Die alliierten Delegationen verließen das Hauptquartier in St. Petersburg und nahmen die Einladung der ukrainischen Regierung an, nach Kiew zu kommen. Die Leiter der alliierten Missionen waren General Baxter für Großbritannien, Lavergne für Frankreich, Romelli für Italien, Tagainaki für Japan. Die kleineren Mächte wurden vertreten von Coandă für Rumänien, de Riquel für Belgien und Leontkijević für Serbien.³⁷ Trotz dieses Prestigegewinns der Ukraine dementierten die alliierten Missionen, offizielle Vertreter bei der ukrainischen Regierung akkreditiert zu haben. Frankreich ernannte lediglich einen Verbindungsoffizier, Colonel Denz. Die Ukraine ließ im Gegenzug verlautbaren, eine diplomatische Delegation nach Paris zu entsenden.

Doch trotz des Versuches, den Kampf gegen die Mittelmächte fortzusetzen, wurde dieses Unterfangen für die Ukraine immer schwieriger. Die Vereinbarung des Waffenstillstandes zwischen den bolschewistischen Truppen und Deutschland am 28. November beendete endgültig jeglichen Versuch, weiter zu kämpfen. Am 3. Dezember informierte der russische Oberkommandierende an der rumänischen Front, Ščerbačev, Kiew, daß er durch die Umstände gezwungen sei, in Verbindung mit der rumänischen Regierung Friedensverhandlungen zu beginnen, und bat um die Entsendung von Vertretern der Rada. General Volodčenko war zu Tabouis geschickt worden, um ihm von dieser Katastrophe zu berichten. Weinend brach er vor dem Franzosen zusammen und bat Frankreich damit um Verzeihung für den russischen Verrat durch den Waffenstillstand mit den Mittelmächten.³⁸ Hruševs'kyj informierte die Rada, und diese stimmte der Entsendung der Delegierten zu. Damit wurden die Alliierten mit einem Waffenstillstand an der Ostfront konfrontiert.

Der rumänische General Coandă und der französische Konsul Balachowski besuchten den ukrainischen Versorgungsminister Kovalevs'kyj und legten ihm einen Plan über die benötigten Mengen an Versorgungsgütern für die rumänische Front vor. An dieser standen sich Russen und Rumänen einerseits und die Mittelmächte andererseits gegenüber. Man verwies darauf, daß Rußland die Verpflichtung eingegangen war, die teilweise Verproviantierung der rumänischen Truppen zu übernehmen. Die Ukraine, die bekanntermaßen ihre Autonomie proklamiert hatte, habe damit auch gewisse Verpflichtungen übernommen. Man verwies weiterhin darauf, mit wieviel Sympathie man den Freiheitskampf der Ukraine verfolgte. Die darauffolgende Besprechung der ukrainischen Regierung verlief vorteilhaft für die Entente, und die Versorgung der Front durch ukrainische Güter wurde zum Großteil sichergestellt.

Die Proklamation der rumänischen zu einer ukrainischen Front war ein Gewinn für die Alliierten.³⁹ Dies bedeutete, daß die ukrainischen Truppen vorerst nicht von nicht-ukrainischen Territorien, also nicht aus Rumänien, zurückgezogen wurden. Damit hatte

36 Noulens, I, S. 146–147.

37 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 317.

38 Tabouis, S. 151.

39 Dubreuil, S. 24.

man Rumänien erst einmal vor den Mittelmächten in Sicherheit gebracht. So hatte sich die französische Politik in der Ukraine als richtig erwiesen.⁴⁰

Aber lange ließ sich dieser Zustand nicht aufrechterhalten. In der Ukraine gewannen die Kreise an Einfluß, die sich für den Frieden stark machten. Es erschienen Artikel in der ukrainischen Presse, wahrscheinlich inspiriert von Vynnyčenko, welche die französische Sympathie als materielles Interesse eines kapitalistischen Staates „entlarvte“.

In der Zwischenzeit war es Šul'hyn aber gelungen, General Tabouis davon zu überzeugen, daß die Entsendung einer ukrainischen Delegation nach Brest-Litovsk nötig geworden war. Allerdings bat dieser Šul'hyn bei den Verhandlungen nichts zu überstürzen, indem er ihm eine amerikanische Intervention versprach und ihn daran erinnerte, daß ein derartiger Frieden einen allgemeinen Friedensvertrag vorwegnähme und daß es nicht im ukrainischen Interesse läge, sich bereits in Brest-Litovsk definitiv festzulegen. Šul'hyn versprach daraufhin, nichts zu unternehmen, ohne es vorher mit Tabouis abzusprechen.⁴¹

Die französische Militärmission in Rumänien bedrängte die Regierung in Paris, mit der Rada zu kooperieren und sie zu unterstützen. Die Franzosen wollten unter allen Umständen den Schein einer Allrussischen Front bis Februar oder März 1918 aufrechterhalten. Damit sollte der Abschluß des Waffenstillstandes in den Frühling verzögert werden, um die deutsche Offensive im Westen aufzuhalten. Man hoffte allgemein, im Frühjahr 1918 bessere Friedensbedingungen zu erreichen, und erwartete von den Ukrainern, die Front im Osten zu halten. Während die Franzosen auch mit den Don-Kosaken Kontakt aufnahmen, um die Versorgung der Front mit Kohle und Weizen zu gewährleisten, liquidierten die Engländer ihre Posten in der Ukraine und evakuierten ihre Hospitäler und medizinischen Einheiten. Sie entfernten sogar eine Panzer-Einheit aus Kiew und verlegten sie nach Kursk, wo sie den Bol'sheviki in die Hände fiel. Das war den Briten aber offenbar lieber, als sie den Ukrainern zu überlassen.⁴²

Die Anerkennung der Ukraine durch Frankreich machte Fortschritte, als zwei Dinge eintraten, welche die Situation vollkommen veränderten. Am 17. Dezember traf eine Note der russischen Regierung ein, welche die Anerkennung der ukrainischen Republik enthielt, gleichzeitig aber auch ein Ultimatum, das die junge Republik mit Krieg bedrohte. Der Kongreß der Arbeiter und Bauern der Ukraine lehnte das Ultimatum einen Tag später ab und beschloß Maßnahmen zur Verteidigung des Landes.⁴³

Jetzt zeigte sich, daß die Ententemächte und vor allem Frankreich sich nie zuvor ernsthaft mit dem Problem des Bolschewismus auseinandergesetzt hatten. Das Halten der Frontlinie im Osten war wichtig gewesen, nicht aber eine entschlossene Haltung gegen die Bol'sheviki, von denen man hoffte, sie würden sich von selbst wieder auflösen. Als die Märzrevolution 1917 ausgebrochen war, mißinterpretierten die englische wie die

40 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 319.

41 ŠULHYN L'Ukraine contre Moscou, S. 169–170.

42 Niessel, S. 153.

43 VYSHINSKY Germany's Drive to the East, S. 63; KRUPNYCKYJ Geschichte der Ukraine, S. 285.

französische Regierung die Situation. Sie hofften auf eine neue starke russische Regierung, welche die Disziplin in der Armee und die Ordnung in der Administration wiederherstellen und Rußland so in die Lage versetzen würde, die Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen. Der Fehler der Entente bestand darin, nicht zu erkennen, daß es sich hier um mehr als eine Revolte des Volkes gegen die russische Autokratie handelte.⁴⁴

Nun stand man vor dem doppelten Problem, die Ukrainer in den Stand zu setzen, die Frontbefestigungen zu halten und gleichzeitig Rumänien zu retten. Da die ukrainischen Truppen auch von deutschen Militärbeobachtern als „beachtenswert“ eingestuft wurden, hatte man Vertrauen zu ihnen.⁴⁵ Was man aber nicht vorausgesehen hatte, war der Ausbruch eines russisch-ukrainischen Krieges. Dies bedeutete einen Krieg zwischen den nationalen Truppenteilen der russischen Armee, den totalen Autoritätsverlust und damit den Zusammenbruch des Widerstandes gegen die Truppen der Mittelmächte. Da dies auch ein großes Risiko für die bolschewistische Regierung war, hatte man auf Seiten der Entente damit eigentlich nicht gerechnet.

An diesem Wendepunkt bat General Tabouis um ein Treffen mit dem ukrainischen Regierungschef Vynnyčenko, das auch am 18. Dezember stattfand. Außenminister Šul'hyn und Major Fitzwilliam waren ebenfalls anwesend. In der Form einer „note verbale“ machte Tabouis das Angebot, technische und finanzielle Hilfe zu leisten.⁴⁶ Die Alliierten hatten zu diesem Zeitpunkt noch keine konkrete Entscheidung über die Ukraine gefällt, es war Tabouis aber aufgetragen worden, Šul'hyn gegenüber zu erwähnen, mit wieviel Wohlgefallen man die ukrainischen Anstrengungen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Front wieder zu errichten, betrachtete.

Dies war die erste offizielle Annäherung einer fremden Macht an die Ukraine und kann als definitiver Schritt auf eine Anerkennung hin gewertet werden.

Während Frankreich seine Interessen in der Ukraine recht energisch verfolgte, hielt sich England weitestgehend zurück. Im Gegensatz zu Frankreich hatte Großbritannien keine besondere Tradition in der Beschäftigung mit der ukrainischen Frage aufzuweisen. Seine

44 WOODWARD, S. 436.

45 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 336. Er arbeitete mit Aktenmaterial aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn.

46 Tabouis an Šul'hyn (laut dessen Erinnerungen, *L'Ukraine contre Moscou*, S. 162): „Je suis heureux d'avoir pris cette initiative, car hier soir j'ai reçu ordre de vous inviter, en vue d'une aide financière et technique que la France pourrait apporter à l'Ukraine, à préciser et à faire transmettre, au plus tôt, à l'ambassade de France, le programme que le gouvernement ukrainien pense réaliser et les besoins correspondants.“ Dieses Angebot muß auf den französischen Regierungschef und Kriegsminister Clemenceau zurückgegangen sein, der sich am gleichen Tag (18.12.1917) in einem Brief an den Außenminister für die Unterstützung der Verbündeten hinsichtlich der Bildung einer Autonomie der Ukraine durch Anerkennung des neuen Staates aussprach. Jedoch sollte eine Vorentscheidung in der Frage der ukrainischen Unabhängigkeit von Rußland noch nicht getroffen werden. Der Außenminister nahm dazu nicht eindeutig Stellung (Kosyk, S. 110).

Interessen lagen mehr im Kaukasus und in Zentralasien. Als Seemacht hatte es kein Verständnis für eine selbständige Ukraine, die Rußland vom Zugang zum Schwarzen Meer abtrennen würde. Zudem hatte man einen solchen ukrainischen Staat im Verdacht, er würde sich unter das Patronat der Mittelmächte stellen.

Im Gegensatz zu seinem französischen Kollegen Paléologue war sich der englische Botschafter George Buchanan in St. Petersburg wohl kaum der ukrainischen Frage bewußt. Der britische Militärattaché Knox hatte ebenfalls kein vertieftes Interesse an oder gar Sympathie für die Ukraine. In einem Telegramm vom 6. Dezember 1917 an Außenminister Balfour äußerte er sich dahingehend, daß Frankreich in seiner Hoffnung getäuscht wurde, die Ukraine in das Lager der Alliierten ziehen zu können.⁴⁷ Jedoch entsandte die britische Botschaft kurz nach der Veröffentlichung des Ersten Universales einen Informanten, Professor Pire, zur Rada nach Kiew. Dieser stellte geschäftsmäßige Fragen und legte vor allem großen Wert darauf, daß die Rada zu einem siegreichen Ende im Kampf mit den Mittelmächten kommen möge.⁴⁸

Die ukrainische Frage kam in England erst mit dem Problem Rumänien wieder auf die Tagesordnung. In einer Sitzung des War Cabinet vom 21. November 1917, welche die antibolschewistischen russischen Kräfte im südwestlichen Rußland zum Thema hatte und auf der Balfour die Unterstützung der Don-Kosaken unter Kaledin befürwortete, konnte man sich aber auf keine Vorgehensweise einigen. Einen Tag später wurde Rat von Colonel House, dem Berater des amerikanischen Präsidenten Wilson, eingeholt, der Rumänien zum Kristallisationspunkt aller Kräfte in Süd-Rußland machen wollte, die gewillt waren, den Kampf gegen die Mittelmächte weiter fortzusetzen. Allerdings riet er dringend davon ab, eine der „russischen“ Kräfte besonders zu unterstützen, da dies die Bol'sheviki bestärken könnte, mit den Mittelmächten Frieden zu schließen, und außerdem der alliierten Sache bei der Bevölkerung des Russischen Reiches schaden würde. Am 22. November nahm das britische Kabinett diese Politik an.⁴⁹

Großbritannien hatte die bolschewistische Regierung de facto bereits anerkannt, was zwangsläufig dazu führte, daß auch die Teile Rußlands, die sich nicht der Autorität der Sowjets unterwarfen, als selbständig anerkannt werden mußten. Daß dies tatsächlich so war, belegen Aussagen des britischen Botschafter Bertie in Paris gegenüber seinem russischen Kollegen Maklakov.⁵⁰

Aber noch weniger an der Ukraine interessiert als die Briten zeigten sich die Amerikaner. Obwohl sie ein Konsulat in Odessa unterhielten, waren sie fast das gesamte Jahr 1917 ohne Vertretung in Kiew. Folglich bezogen sie ihre Informationen über alliierte und nicht über eigene Quellen. Wie Kennan⁵¹ feststellte, kamen die ersten Anregungen, einen

47 Ullmann, I, S. 50.

48 CHRYSTJUK Zamitky i materijaly, II, S. 92.

49 Ullman, I, S. 42–43.

50 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 311.

51 Kennan, I, S. 170.

antibolschewistischen Kern im Süden zu schaffen, nicht von der amerikanischen Botschaft in St. Petersburg, sondern von Generalkonsul Summers aus Moskau und von Konsul Willoughby Smith aus Tiflis. Es scheint, als wären sich weder Präsident Wilson⁵² noch sein Berater Colonel House nach der Oktoberrevolution des Charakters der Bol'ševiki bewußt. Am 18. November 1917 berichtete House dem Präsidenten über die ernste Situation in Rumänien, indem er erklärte, ohne russische Hilfe sei man dort gezwungen, einen Waffenstillstand zu schließen. Zwei Tage später schrieb er an Lloyd George, man müßte Rumänien zum Kristallisationspunkt für alle polnischen Truppen und für die Kosaken-Einheiten machen, die bereit waren, weiter zu kämpfen. Auf die naheliegenden Ukrainer kam er dabei nicht.

So blieb die amerikanische Diplomatie vorerst bei ihrer alten Strategie, ein einiges Rußland zu favorisieren, um damit in Europa ein Gegengewicht zu Deutschland zu behalten. Am 12. Dezember wurde Douglas Jenkins, der frühere Konsul in Riga, von Botschafter Francis trotzdem nach Kiew geschickt, um mit Summers über die Errichtung eines amerikanischen Konsulates dort zu sprechen. Doch bevor die Provisorische Regierung in St. Petersburg ihr Einverständnis geben konnte, wurde sie von den Bol'ševiki verjagt. Jenkins wurde davor gewarnt, irgendeine Regierung anzuerkennen, bekam aber den Auftrag, die Einrichtung eines Konsulates zu planen.⁵³ Jenkins hatte von Francis strikte Anweisungen bekommen, nichts zu tun, was als Anerkennung der ukrainischen Rada interpretiert werden könnte. Er hielt sich sklavisch daran und machte nicht einmal Höflichkeitsbesuche bei ukrainischen Offiziellen. Zurückgezogen wohnte er als Privatmann in Kiew und hoffte darauf, Instruktionen aus Washington zu erhalten, die seinen Status definieren würden.⁵⁴

Die Schwierigkeiten, eine ukrainische Front aufzubauen, wurden verstärkt durch die internen Querelen einerseits zwischen Lloyd George, unterstützt von General Henry Wilson und Lord French, und andererseits dem Generalstabschef Robertson, der von General Haig und im allgemeinen vom britischen Militärkommando Schützenhilfe bekam. Die Regierung und die Generäle der Ostfront drängten auf eine „östliche Strategie“, die zum Ziel hatte, die Mittelmächte entweder über die Türkei, Griechenland oder den Mittleren Osten zu schlagen. Das hieß, die Türkei und Bulgarien sollten niedergedrungen werden, was letztendlich den Zusammenbruch Deutschlands und Österreich-Ungarns zur Folge haben würde. Robertson und sein Anhang hingegen machten sich für die „westliche Strategie“ stark, die zum Inhalt hatte, alle verfügbaren Kräfte an die Westfront zu werfen und dort den Deutschen den finalen Schlag zu versetzen.⁵⁵ So wurde die

52 Kennan, I, S. 78–79. Wilson: „(...) I have not lost faith in the Russian outcome by any means. Russia, like France in a past century, will no doubt have to go through deep waters but she will come out upon firm land on the other side, and her great people, for they are a great people, will in my opinion take their proper place in the world.“

53 FRUS, Russia 1918, II, S. 649–50.

54 Kennan, I, S. 183–184.

55 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 321.

Entscheidung über eine ukrainische Front unmittelbar von der englischen Innenpolitik abhängig gemacht. Nur wenn die britische Regierung sich durchsetzen konnte, hatte eine „ukrainische Strategie“ eine Chance.

Am 3. Dezember kam das War Cabinet zu folgendem Beschluß: Es sollte alles getan werden, Rußland davon abzuhalten, einen Separatfrieden zu schließen. Die Unterstützung einer Koalition aus Bol'sheviki, Sozialrevolutionären und Men'sheviki wurde abgelehnt. Stattdessen setzte man sich zum Ziel, einen „Süd-Block“ zu schaffen, d.h. man wollte eine Zusammenarbeit zwischen dem Kaukasus, den Kosaken-Regionen, der Ukraine und den freien Teilen Rumäniens herbeiführen. Aufgrund der Öl-, Kohle- und Weizenvorkommen sollte sich eine stabile Regierung schaffen lassen, die den Rest Rußlands effektiv kontrollieren könnte. Buchanan bekam freie Hand, Kosaken und Ukrainer zu unterstützen.⁵⁶ Sowohl dieser als auch der Militärattaché sprachen sich gegen diese Politik aus und hielten eine Zusammenarbeit zwischen Kosaken und Ukrainern für utopisch. Im Gegensatz dazu hielten der Generalkonsul in Moskau, Wardrop, und der Chef der britischen Militärmission im Kaukasus, General Shore, dies durchaus für möglich.⁵⁷

Die Politik von Lloyd George und Balfour beschäftigte sich hauptsächlich mit der militärischen Stärke Deutschlands und erst in zweiter Linie mit den Bol'sheviki. Diese kamen in den Überlegungen nur dann vor, wenn abgeschätzt wurde, ob sie tatsächlich oder potentiell die deutsche Militärmacht stärken könnten. Eine ebenso wichtige Überlegung war, wie man Deutschland von der Kornkammer Ukraine und den Ölfeldern des Kaukasus abhalten konnte. Das englische Kabinett blieb also dabei, die Kriegsziele aufrechtzuerhalten und Rußland solange wie möglich im Krieg zu halten, um einen günstigen Frieden durchzusetzen. Damit war der Ukraine erst einmal gedient, denn eine aufgeschobene Entscheidung war besser als eine negative. Doch grundsätzlich galt weiterhin, daß das britische Interesse sich mehr den Kosaken als den Ukrainern zuwandte und man in London damit einverstanden war, daß sich Paris verstärkt um die ukrainische Frage bemühte.

Bis Dezember 1917 hatten sich auch die Amerikaner entschlossen, die antibolschewistischen Gruppen in Rußland zu unterstützen. In seinem Memorandum vom 10. Dezember gab der amerikanische Außenminister Lansing dieser neuen Politik Ausdruck; allerdings sah er die Truppen Kaledins als einzige unterstützenswerte Einheit, da diese von den „Kadetten“, der Mittelschicht und den Landbesitzern getragen wurden.⁵⁸ Für die ukrainische Sache bedeutete dies einen Rückschlag, denn gerade die „Kadetten“ waren gegen

56 Ullmann, I, S.46.

57 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 323. Siehe auch Ullman, I, S. 48, der aus den Memoiren des die Lage sehr realistisch einschätzenden Knox zitiert. Knox glaubte lediglich an die Macht von Truppen und erkannte sehr genau die allgemeine Kriegsmüdigkeit, die im ehemaligen Russischen Reich herrschte.

58 Lansing-Papers, II, S. 343–344. Bei den „Kadetten“ handelte es sich um die Partei der Konservativen Demokraten.

eine unabhängige Ukraine. In Besprechungen im State Department und einem für Lansing vorbereiteten Memorandum „Ukrainians and cossacks“⁵⁹ erkannte man, daß sich nicht gleichzeitig Ukrainer und Kosaken unterstützen ließen; also entschloß man sich für Hilfsleistungen an die Kosaken. Dies sollte über Anleihen an Großbritannien und Frankreich geschehen, die ihrerseits das Geld weiterleiten sollten. Diese Entscheidung war sicher zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die den Ukrainern negativ gesonnenen Berichte von Judson, dem Leiter der Amerikanischen Militärmission, und Robins, dem Leiter der Amerikanischen Rote-Kreuz-Mission in St. Petersburg zurückzuführen.⁶⁰

Während seiner Zeit in Kiew verfaßte Jenkins mehrere Berichte an das State Department, in denen er seiner Überzeugung, daß man den Ukrainern nicht vertrauen könnte, den Krieg weiter zu führen, selbst wenn sie es tatsächlich wollten, Ausdruck verlieh. Er sah die Ukraine jedoch als eine Basis, um von dort mit der Reorganisation Rußlands zu beginnen und auch gegen den deutschen Einfluß, politisch wie wirtschaftlich, vorzugehen. Vor allem sollten die Ukrainer den Güterstrom nach Deutschland unterbinden. Er war durchaus dafür, der Ukraine Unterstützung zukommen zu lassen, aber das Ziel sollte sein, nicht einen vollkommen unabhängigen Staat zu schaffen, sondern ein autonomes Bundesland in einer russischen Konföderation.⁶¹

Jenkins traf sich am 21. Dezember 1917 mit Šul'hyn und einige Tage später mit Tabouis, der auf eine französisch-amerikanische Zusammenarbeit drängte und dem Amerikaner Vorteile von einer Anerkennung der jetzigen ukrainischen Regierung versprach. In seinem zweiten Bericht wiederholte Jenkins die Aufforderung, die amerikanische Regierung möchte sich an den Aktivitäten in der Ukraine beteiligen.⁶² Aber er erhielt keine Antwort, denn man hatte sich, wie erwähnt, in Washington entschlossen, Kaledin zu unterstützen.

Die Unstimmigkeit der alliierten Politik gegenüber der Ukraine ließ die Ententemächte über eine Vereinbarung nachdenken. In einer Sitzung des British War Cabinet vom 21. Dezember 1917 wurde offen über den Mangel an Koordination, nicht nur in der Ukraine, sondern auch bei den Don-Kosaken und in Rumänien beraten. Vor allem diskutierte man auch über die Uneinheitlichkeit der britischen Politik: In St. Petersburg beschwichtigte die britische Botschaft die Bol'sheviki, und in den Provinzen standen britische Offiziere auf Seiten ihrer Feinde. So wurde beschlossen, mit den Franzosen Kontakt aufzunehmen.⁶³ Lord Alfred Milner⁶⁴ und Lord Robert Cecil⁶⁵ fuhren nach Paris zu Besprechungen mit der französischen Regierung.

59 Kennan, I, S. 176–177.

60 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 331–335.

61 Report No. 1, dated December 22, 1917, in: PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 349–350.

62 Report No. 2, dated December 24, 1917, in: PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 351–352.

63 Ullman, I, S. 53.

64 Mitglied des War Cabinet ohne Portfolio.

65 Blockade-Minister und Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten.

In einem Memorandum erklärten die Briten gegenüber den Bol'seviki, daß sie sich keineswegs in interne russische Angelegenheiten einmischen wollten und daß sie nicht die „Konterrevolution“ unterstützten. Diese von verschiedenen Seiten erhobene Behauptung sei ein reines Mißverständnis. Plötzlich fühlte man sich geneigt und verpflichtet, sich mit der Ukraine anzufreunden, da die Versorgung der Rumänen vollständig von den Ukrainern abhing, und plötzlich erkannte man auch die verschiedenen halb-autonomen Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches an.⁶⁶ Die französische Politik, die ukrainische mit der rumänischen Frage zu verbinden, fand die englische Zustimmung. Zugunsten der Ukraine sprach auch die Tatsache, daß sie ein landwirtschaftlich sehr ergiebiges Gebiet war. So sah die englische Seite ihre Aufgabe in „Süd-Rußland“ in der Bewahrung der dort vorhandenen Lebensmittel vor deutschem Zugriff und in der Rettung Rumäniens. Dazu wollte London zwei unabhängige Staaten, Georgien und Armenien, schaffen. Um die Hilfe für die Ukraine verwirklichen zu können, wurden zwei Maßnahmen ins Auge gefaßt, die Entsendung von Agenten und von Geldmitteln. Des weiteren schlug man vor, Frankreich sollte sich um die Finanzierung der Ukraine kümmern, Großbritannien würde die übrigen Gebiete übernehmen. Beide sollten dabei von den USA unterstützt werden. Die Idee, die Ukraine den Franzosen zu überlassen, stammte vom britischen Militärattaché in Jassy, der berichtete, daß die französische Militärmission in Rumänien in sehr enge Beziehungen zur Rada getreten war. Die Franzosen waren seiner Meinung nach besser informiert, da sie sehr viele Offiziere über die gesamte Ukraine verteilt hatten.⁶⁷

In Paris beriet man über das englische Memorandum, und sowohl Clemenceau als auch Pichon stimmten ihm zu. Am 23. Dezember 1917 setzte man ein geheimes Abkommen über die Abgrenzung der Interessenssphären auf.⁶⁸ Der französische Aktionsbereich gegen den Feind sollte sich nördlich des Schwarzen Meeres befinden und wurde erweitert um die Gebiete Bessarabien, Ukraine und Krim. Die Ausgaben sollten geteilt und von einer interalliierten Körperschaft reguliert werden.⁶⁹ Noch am selben Tag trafen sich die militärischen Abgesandten des Supreme War Council auf Bitten der englischen Regierung in Versailles, um ihre Meinung darzulegen, ob „Süd-Rußland“ und Rumänien tatsächlich in der Lage wären, den bolschewistischen Truppen zu widerstehen, da diese von Deutschland ausgerüstet und kontrolliert würden. Dies war das erste Mal, daß der Bolschewismus

66 Text des Memorandums in: Lloyd George, War Memoirs, II, S. 1550–1551. „But we feel it necessary to keep in touch as far as we can with the Ukraine, the Cossacks, Finland, Siberia, the Caucasus, etc., because these various semi-autonomous provinces represent a very large part of the strength of Russia. In particular we feel bound to be friend to the Ukraine, since upon the Ukraine depends the feeding of the Roumanians, to whom we are bound by every obligations of honour.“

67 Ullman, I, S. 54.

68 Brinkley, in: Hunczak, S. 324.

69 Text bei FISCHER, LOUIS I, S. 836. Besprechung der Bedeutung der Konvention bei PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 339–343 und bei Ullman, I, S. 55.

in Rußland mit Deutschland gleichgestellt wurde und daß die Alliierten definierten, sowohl gegen die Bol'ševiki als auch gegen Deutschland zu kämpfen.⁷⁰

Trotz des Angebotes der Mittelmächte an die Ukraine vom 26. Dezember 1917, an den Verhandlungen in Brest-Litovsk teilzunehmen, erklärte Außenminister Pichon vor der französischen Abgeordnetenkammer, daß es die Pflicht Frankreichs sei, mit allen ethnischen Gruppen, die sich Freiheit und Unabhängigkeit aufs Banner geschrieben hätten, in Kontakt zu bleiben. Einen Tag später, am 27. Dezember, erreichte Tabouis ein Telegramm, in dem man ihm mitteilte, daß Frankreich die Ukraine offiziell anerkannte. In einem erklärenden Schreiben von Saint-Aulaire wurde Tabouis aufgefordert, dem Generalsekretariat mitzuteilen, er sei autorisiert worden, diplomatische Beziehungen mit der De-facto-Regierung in Kiew aufzunehmen und sich um die französischen Angelegenheiten in der Ukraine zu kümmern.⁷¹ Einige Tage später wurde Tabouis Nachricht gegeben, daß er vollständig unter dem Kommando von General Berthelot stehe, der seine Befehle, soweit es möglich war, mit Saint-Aulaire koordine. Zur selben Zeit untersuchten die alliierten Regierungen die Möglichkeit, die ukrainische Republik offiziell anzuerkennen. Am 29. Dezember sandte der französische Botschafter in Bukarest, Saint-Aulaire, ein Akkreditierungsschreiben für Tabouis als Kommissar der Republik Frankreich nach Kiew, wo er es den ukrainischen Behörden vorlegen sollte. Tabouis selbst war nach eigenen Angaben nicht begeistert davon.⁷² Doch nach einigen Tagen hatte er sich daran gewöhnt und ging davon aus, daß sein neuer Titel die Anerkennung der Ukraine implizierte.

„J'ai l'honneur de porter à votre connaissance que le gouvernement français vous a désigné comme Commissaire de la République française en Ukraine. Je vous prie de bien vouloir en informer le secrétaire général des Affaires étrangères du Gouvernement Ukrainien, en remettant entre ses mains la présente lettre, qui vous accrédite en cette qualité.“⁷³

Am 3. Januar 1918 wandte sich Tabouis offiziell an den ukrainischen Außenminister mit der Bitte, ihm Ort und Zeit für seinen Empfang bei der ukrainischen Regierung mitzuteilen.⁷⁴ In seinen 1931 veröffentlichten Erinnerungen stellte der Franzose fest: „La France la première reconnait l'Ukraine.“⁷⁵ Am 4. Januar bereits wurde General Tabouis

70 Ullman, I, S. 56.

71 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 360.

72 „Mon Dieu, éloignez moi de ce calice!“ schrieb er in seinen Erinnerungen. (Tabouis, S. 154).

73 Annex VIII, S. 19, Application of the Ukrainian Republic for Admission to the League of Nations, 20. November 1920, Assemblée Document 88, in: VB R1449–8723; Šulhyn, L'Ukraine contre Moscou, S. 171; Margolin, From a political diary, S. 182.

74 Text siehe: Application of the Ukrainian Republic for Admission to the League of Nations, 20. November 1920, Assemblée Document 88 in: VB R1449–8723. Ebenso in: EVAÏN: Le problème de l'indépendance, S. 102. Besondere Beachtung verdient der Satz: „Depuis cette date, la France est entrée en relations officielles avec l'Ukraine.“

75 Tabouis, S. 155.

zusammen mit dem französischen Vize-Konsul in Kiew, Arquet, und den beiden Militärattachés Colonel Vaneux und Colonel Denz von Vynnyčenko, Šul'hyn und den ukrainischen Ministern für Marine, Finanzen, Justiz und Versorgung auf das herzlichste empfangen. In einer Rede gab Tabouis seiner großen Zufriedenheit über die Entwicklung des französisch-ukrainischen Verhältnisses folgenden Ausdruck:

„Je vous apporte l'assurance formelle que la France, qui est la première à faire ce geste décisif, soutiendra de toutes ses forces morales et matérielles la République ukrainienne dans les efforts qu'elle accomplira pour continuer à marcher dans la voie que se sont tracée les Alliés et qu'ils poursuivront sans hésitation à l'avenir en pleine connaissance de leurs droits et de leurs devoirs, devant la démocratie du monde entier et de l'humanité.“⁷⁶

Brinkley interpretiert die Ernennung von Tabouis nicht als Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit, sondern eher als eine ernsthafte Verpflichtung. Man brauchte die Ukraine für die alliierten Operationen in Rumänien, und um die Blockade gegen die Mittelmächte aufrechtzuerhalten.⁷⁷ General Niessel sah wohl das Ganze etwas anders und schrieb in seinen Memoiren über die Ernennung Tabouis' zum Kommissar in der Ukraine, daß dieser erst nach seiner Ernennung zum Chef der französischen Militärmission am 9. Januar 1918 und der Anerkennung der ukrainischen Autonomie alle Rechte innehatte.⁷⁸ Zu dieser Zeit müssen enorme Summen französischen Geldes in die Ukraine geflossen sein. Es soll sich dabei um etwa 50 Millionen Rubel gehandelt haben, von denen Kennan meint, daß niemals zuvor politische Subsidien so desaströs verschleudert worden seien.⁷⁹ Auf amerikanischer Seite beglückwünschte man sich, nicht derartig betrogen worden zu sein.

In der Zwischenzeit hatten sich ukrainische Delegierte der Central'na Rada, die nicht von den Bol'sheviki bei den Friedensverhandlungen vertreten werden wollten, nach Brest-Litovsk begeben, um an den deutsch-russischen Gesprächen teilzunehmen. Die Alliierten zeigten sich alarmiert darüber, und Tabouis suchte das Gespräch mit Šul'hyn, den er persönlich sehr schätzte. Der französische Kommissar erinnerte ihn daran, daß Frankreich in Verdun nicht aufgegeben hatte und daß ein in Brest-Litovsk geschlossener Vertrag so zum endgültigen Friedensvertrag stehen würde wie der Vertrag von San Stefano zu den Abmachungen des Berliner Kongresses. Der ukrainische Außenminister faßte das Problem in kurze aber treffende Worte: „Que faire? Nous sommes épuisés.“⁸⁰ Aber Šul'hyn sah zu, daß ein Frieden mit den Mittelmächten nicht in seiner Amtszeit geschlossen wurde und daß, bis dies geschehen sei, Tabouis über alles rechtzeitig in

76 ŠULHYN L'Ukraine contre Moscou, S. 174.

77 Brinkley, in: Hunczak, S. 325.

78 Niessel, S. 239.

79 Kennan, I, S. 184.

80 Tabouis, S.155.

Kenntnis gesetzt würde.⁸¹ In seinen Erinnerungen schreibt Tabouis, er sei heute wie damals überzeugt, hätte sich die Ukraine von den Mittelmächten überrennen lassen, ohne die Waffen zu strecken, wie einst Belgien und Serbien, wäre sie später sicher restituiert worden.⁸² Ein interessanter Gedanke, dem sich aber nicht so einfach zustimmen läßt. Auch ohne Friedensvertrag wäre die Ukraine das Objekt der Begierde aller geblieben, die, nachdem nichts mehr zu holen war, sich ganz schnell zurückzogen. Dies wird später noch in aller Deutlichkeit zu sehen sein. Šul'hyn versuchte zu retten, was zu retten war, und schlug Tabouis eine bewaffnete Neutralität der Ukraine vor. Dieser aber erklärte ihm, dies sei nicht möglich, da es bedeuten würde, alle Franzosen in der Ukraine müßten ihre Waffen abgeben, was als ein unfreundlicher Akt in Paris gewertet werden würde. Zudem war es seiner Meinung nach ohnehin zu spät für derartige Maßnahmen.⁸³

Nachdem nun Frankreich die Ukraine anerkannt hatte, unternahm es eine diplomatische Kampagne, um seine Alliierten auch zu diesem Schritt zu bewegen. Man telegraphierte nach London, Rom und Washington und schlug eine konzertierte Aktion zur Anerkennung der Ukraine vor. Zudem hatte die französische Mission in Kiew die Verantwortung übernommen, Militäreinheiten in der Ukraine zu organisieren, und hatte zu diesem Zweck ein Rekrutierungsbüro und eine Versorgungskommission ins Leben gerufen. Darin wurden ukrainische, polnische, tschechoslowakische und rumänische Truppen erfaßt.⁸⁴

Laut der Erinnerungen Šul'hyns übernahm Großbritannien einige Tage nach Tabouis Besuch die Initiative. Dadurch, daß Major Fitzwilliam den General Tabouis bei seinen Unterredungen mit den Ukrainern meist begleitete, war London sowieso gut informiert.⁸⁵ Picton Bagge, der ehemalige britische Konsul in Riga, wurde telegraphisch zum englischen Repräsentanten ernannt. Er war auf diesem Posten vom 17. Januar bis zum 22. Februar 1918, als er ostentativ Kiew vor den anrückenden deutschen Truppen verließ.⁸⁶

Auf diese Weise wurden De-facto-Beziehungen zwischen der Ukraine auf der einen und Frankreich und Großbritannien auf der anderen Seite aufgenommen. Auch die Repräsentanten Italiens (Colonel Pentimalli), der USA (Jenkins), Serbiens (Dimitrijević), Rumäniens (General Coandă), Polens (Bartoszewicz) und der Tschechoslowakei (Masaryk) zeigten der ukrainischen Regierung offiziell ihr Interesse. Šul'hyn war besonders an guten Beziehungen zu General Coandă gelegen. Die Ukraine lieferte bekanntlich Versorgungsgüter an die rumänischen Truppen. Als Šul'hyn jedoch um rumänische Hilfe gegen die im Januar 1918 vorrückenden „roten“ Truppen bat, erklärte

81 ŠULHYN L'Ukraine contre Moscou, S. 170.

82 Tabouis, S. 155.

83 Tabouis, S. 157.

84 Brinkley, in Hunczak, S. 326.

85 ŠULHYN L'Ukraine contre Moscou, S. 175.

86 Picton Bagge an Präsident des Ministerrates der Ukrainischen Volksrepublik, Januar 1918, in: Annex VIII, S. 20, Application of the Ukrainian Republic for Admission to the League of Nations, 20. November 1920, Assembly Document 88, in: VB R1449-8723. ŠULHYN L'Ukraine contre Moscou, S. 176.

Coandă, die rumänische Regierung befinde sich nicht in der Lage, helfen zu können.⁸⁷ Um den 5. Januar herum richteten die Vereinigten Staaten ein Konsulat unter Jenkins in Kiew ein. Daß dieses nicht nur in der Person des Konsuls bestand, sondern auch Aufgaben realer Natur wahrnahm, geht aus einem Report Jenkins hervor, demzufolge alle Dokumente des amerikanischen Konsulates beim Verlassen von Kiew verbrannt seien und man die amerikanischen Angelegenheiten dem spanischen Konsul übergeben habe.⁸⁸ Dennoch waren sich sowohl Lansing als auch Präsident Wilson selbst der Gefahren durchaus bewußt, die eine Anerkennung der separatistischen Bewegungen in Rußland mit sich bringen konnte. Am 9. Januar erreichte das State Department eine französische Note, welche die Amerikaner unterrichtete, daß die französische Regierung De-facto-Beziehungen zur Rada unterhielt und daß aufgrund der deutschen Umtriebe in Kiew es nötig geworden sei, einen klaren Standpunkt zu beziehen. Deshalb wurde General Tabouis angewiesen, der ukrainischen Regierung ihre Anerkennung durch Paris mitzuteilen. Die Frage des französischen Botschafters lautete nun, ob Washington einen ähnlichen Schritt beabsichtigte.⁸⁹ Die amerikanische Antwort war sehr vorsichtig und erklärte, man habe sich noch nicht entschlossen, die einzelnen Regierungen anzuerkennen.⁹⁰ Am 15. Januar jedoch erreichte den Botschafter Francis ein Bericht über die französische Demarche, und der Außenminister erklärte darin, daß die Vereinigten Staaten nicht geneigt wären, irgendeine der unabhängigen Regierungen bis zu dem Zeitpunkt anzuerkennen, bis das russische Volk nicht deutlicher seinen Willen bekundet habe.⁹¹ Diese politische Entscheidung im Fall der Ukraine wurde zu einer Entscheidung, die man nun generell anwenden konnte. Obwohl man sie nicht öffentlich bekannt machte, war sie doch ein wichtiger Präzedenzfall für Probleme, die sich aus der Russischen Revolution ergeben hatten.⁹²

Am 11. Januar 1918 wiederholte Frankreich sein Hilfsangebot an die Ukraine und bekräftigte, daß es ab diesem Datum in offizielle Beziehungen zu Kiew getreten sei.⁹³ Einen Monat später ließ die britische Botschaft in Washington verlauten, daß die Regierung Seiner Majestät diplomatische Beziehungen mit der bolschewistischen

87 ŠULHYN L'Ukraine contre Moscou, S. 181.

88 FRUS, Russia, 1918, II, S. 674.

89 The French Ambassador (Jusserand) to the Secretary of State, 07.01.1918, in: FRUS, 1918, Russia, II, S. 655. Der exakte Wortlaut des französischen Botschafters war: „General Tabouis is therefore to be instructed to notify the Ukrainian government that the French Government is glad actually to recognize it as an independent government.“

90 The acting Secretary of State (Frank L. Polk) to the French Ambassador (Jusserand), 11.01.1918, in: FRUS, 1918, Russia, II, S. 655.

91 The Secretary of State to the Ambassador in Russia, 15.01.1918, in: FRUS, 1918, Russia, II, S. 657.

92 Kennan, I, S. 190.

93 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 399; ŠULHYN L'Ukraine contre Moscou, S. 177.

Regierung aufgenommen habe, wie sie dies bereits mit den De-facto-Regierungen der Ukraine, Finnlands etc. getan habe.⁹⁴

Aber der Friedensvertrag zwischen der Ukraine und den Mittelmächten änderte die Lage in Osteuropa vollkommen. Die für Deutschland und Österreich-Ungarn äußerst günstigen Vertragsbedingungen setzten sie in den Stand, die Versorgung mit Nahrungsmitteln aus der Ukraine zu sichern. Mit dem Aufruf der ukrainischen Delegation in Brest-Litovsk vom 16. Februar 1918 wurde die Möglichkeit für das deutsche Heer geschaffen, in die Ukraine einzumarschieren, um der nun verbündeten Regierung Hilfe zu leisten.⁹⁵ Tabouis wandte sich an den Präsidenten der Rada und wertete dabei den ukrainischen Friedensschluß als moralische Unterstützung für die Mittelmächte und als Möglichkeit, die Wirtschaftsblockade der Alliierten zu durchbrechen.

Durch die deutsch-österreichisch-ungarische Intervention in der Ukraine, aber auch wegen der Straßenkämpfe gegen die Bol'seviki, wurde es den Mitarbeitern der französischen Missionen in Kiew unmöglich, noch weiter auf ihren Posten zu bleiben. Der Traum, eine zweite Front im Osten aufrechtzuerhalten, war ausgeträumt, wie General Niessel es formulierte.⁹⁶ Tabouis schlug Niessel in einem Bericht vor, schnellstens die französischen Offiziere und Einheiten⁹⁷ aus St. Petersburg und Kiew abzuziehen. Die Bol'seviki hatten die Macht überall erobert, und er empfand es als unter der Würde Frankreichs, mit ihnen über ein Verbleiben zu verhandeln. Zudem stufte er diesen sozialen Umgang für die Mannschaften als „nutzlos und gefährlich“ ein. Somit hatte sich für General Niessel bestätigt, daß es ein Fehler gewesen war, in die russischen Angelegenheiten von Rumänien und der Ukraine aus eingreifen zu wollen.

Aber die französische Politik in der Ukraine scheiterte nicht nur aufgrund des Waffen Erfolges der Bol'seviki im Februar 1918, als es diesen gelang, Kiew einzunehmen, sondern die Alliierten, vor allem Frankreich, hatten sich als unfähig erwiesen, rechtzeitig Hilfe von außen herbeizubringen. Die Ukraine, deren Truppen trotz Reorganisation und Ukrainisierung⁹⁸ nicht schlagkräftig genug waren, konnte sich nicht verteidigen. Die letzte Hoffnung schwand, als sich die Tschechoslowakische Legion auf Beschluß Masaryks weigerte, für die Ukraine gegen die Bol'seviki in den Kampf zu ziehen.⁹⁹ Unter dem Druck der Front, und da die Alliierten zu umfangreiche Bedingungen stellten und zu langsam die Anerkennungsfrage gelöst hatten sowie schließlich weil die Rada nicht zulassen konnte, daß die Bol'seviki für ganz „Rußland“ sprachen, schloß sie den besagten Friedensvertrag ab. Dieser beendete vorerst jeglichen französischen Einfluß in der Ukraine, bis sich Paris nach der Kapitulation der Mittelmächte zur Intervention in Odessa entschloß. Zwischen dem 24. und 26. Februar 1918 verließen die alliierten Konsular-

94 Documents of British Foreign Policy, I, S. 379.

95 Text des Aufrufes in: Ursachen und Folgen, II, S. 289.

96 Niessel, S. 243.

97 Niessel, S. 243: „deux belles formations sanitaires, et deux escadrilles.“

98 Niessel, S. 42–43.

99 Brinkley, in: Hunczak, S. 326.

angehörigen Kiew, Jenkins und seine britischen und französischen Kollegen machten sich auf den Weg nach Moskau. Am 1. März marschierten deutsche Truppen in Kiew ein, vertrieben die Bol'sheviki und setzten die Rada wieder ein.¹⁰⁰

Aus der Entwicklung der Ereignisse zog der ukrainische Außenminister Šul'hyn die Konsequenzen und trat zurück. Er konnte diese Politik nicht mit seiner Vorstellung von einer „russischen Ukraine“ und seiner Vorliebe für Frankreich vereinen. Ein neues Kapitel in der ukrainischen Außenpolitik begann.

3.2. Der Abschluß des Vertrages von Brest-Litovsk zwischen der Ukraine und den Mittelmächten

Maßgebende politische Kreise der Mittelmächte sahen im Jahr 1917 kaum mehr eine Möglichkeit, den Krieg siegreich zu beenden. Die Botschaft Präsident Wilsons vom 22. Januar 1917 bot zwar einige Anhaltspunkte zur Fortsetzung der Friedensaktionen, aber die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 31. Januar 1917 und der unmittelbar darauf folgende Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA am 3. Februar 1917 sowie die Proklamierung des Kriegszustandes zwischen den Mittelmächten und den USA verschlechterte die Lage der Zentralmächte zusehends.¹⁰¹ Einen Hoffnungsschimmer bildete hier allein der unmittelbar bevorstehende Zusammenbruch Rußlands. Die Märzrevolution hatte den Zaren hinweggefegt, und einen Monat später, am 14. April 1917, bot die österreichisch-ungarische Monarchie der revolutionären russischen Regierung Frieden an. Allerdings erfüllten sich die daran geknüpften österreichischen Hoffnungen vorerst nicht. St. Petersburg lehnte das Angebot ab. Erst als die Bol'sheviki die Macht am 7. November erobert hatten, wurden die Aussichten für die Mittelmächte wieder günstiger.

Die Zustände an der Ostfront waren immer chaotischer geworden. Die russischen Soldaten begannen mit den deutschen Truppen zu fraternisieren oder zu desertieren. Am 10. November 1917 verlangte der Kongreß der russischen Sowjets sofortige Friedensverhandlungen und den Abschluß eines Waffenstillstandes. Am 20. November erhielt General Duchonin von der Sowjetführung den Befehl, den ihm gegenüberstehenden Deutschen einen dreimonatigen Waffenstillstand vorzuschlagen. Zwei Tage darauf kam es zur ersten offiziellen Kontaktaufnahme der Sowjetregierung mit den alliierten Vertretern in St. Petersburg. Mit einem Schreiben wurden diese gleichzeitig mit dem Regierungswechsel und dem Vorschlag eines Waffenstillstandes mit anschließenden Friedensverhandlungen konfrontiert. Am 23. November protestierten die britischen, französischen und italienischen Militärvertreter bei General Duchonin in dessen Hauptquartier unter Berufung auf die Verträge von 1914 gegen diese Absicht. Die Amerikaner

100 Kennan, I, S. 186 und Ullman, I, S. 77.

101 Gratz / Schüller, S. 115.

waren nicht dabei, da sie die besagten Verträge auch nicht unterzeichnet hatten.¹⁰² Daraufhin ging am 28. November 1917 das offizielle Friedensangebot¹⁰³ der Bol'seviki-Regierung bei den Mittelmächten ein, die es annahmen.¹⁰⁴ So konnten am 3. Dezember 1917 die Waffenstillstandsverhandlungen beginnen. Sie wurden am 15. Dezember 1917 vorerst mit einem vierwöchigen Waffenstillstandsabkommen¹⁰⁵ beendet, in dem die deutsche Seite ihrer Hoffnung Ausdruck gab, eine Million Tonnen Getreide von den Russen zu erhalten. Zu diesem Zweck entsandte sie sogar eine spezielle Kommission nach St. Petersburg, um darüber zu verhandeln. Dies war dann exakt die Menge an Getreide, die später von den Ukrainern vertraglich zugesichert wurde.¹⁰⁶ Am 22. Dezember 1917 begannen dann die Verhandlungen in Brest-Litovsk.¹⁰⁷

Am 14. oder 15. Dezember 1917 war in Berlin die Entscheidung gefallen, mit der Ukraine in Beziehungen zu treten. Schon einen Tag später erreichte eine ukrainische Delegation Brest-Litovsk, erklärte sich selbst zum Gegner der Russen und wollte mit ihnen nichts zu tun haben. Es war Rosenberg, der Assistent des Staatssekretärs von Kühlmann, der zu den Ukrainern gute Beziehungen aufbauen wollte. Zu diesem Zweck bat er um Zusendung von Propagandamaterial, aus dem hervorgehen sollte, daß die ukrainischen Kriegsgefangenen durch Deutschland gut behandelt wurden, und zusätzlich bat er um die Entsendung von Ukrainern aus von deutschen Truppen besetzten Gebieten, welche die ostukrainische Delegation „zufällig“ in Brest-Litovsk treffen sollten. Etwa um die gleiche Zeit erreichten Berlin Nachrichten aus Stockholm über die Kontaktaufnahme der Entente mit der Ukraine. Das ukrainische Generalsekretariat hatte zudem beschlossen, Repräsentanten ins Ausland zu entsenden und gleichzeitig ausländische Diplomaten aufzunehmen. Angeblich habe Frankreich bereits seine Vertreter benannt. Damit war Deutschland unter Zugzwang gesetzt worden. Immer mehr derartige Informationen erreichten Berlin und machten die Ukraine für Deutschland zunehmend interessant.¹⁰⁸ Doch ging man im allgemeinen im Lager der Mittelmächte von falschen Voraussetzungen aus. Vor allem die Offiziere dachten, daß die ukrainische Delegation

102 Kennan, I, S. 86–87.

103 Russischer Text in: Dörnberg, S. 9–11. Vgl. hierzu die Tagebucheintragung General Hoffmanns vom 26.11.1917, in: Nowak, S. 184: „Ich sitze hier und rede den Russen zu, Waffenstillstand zu machen.“

104 FISCHER Griff nach der Weltmacht, S. 417 spricht vom 27. November 1917, an dem die offiziellen Waffenstillstandsverhandlungen für den 2. Dezember verabredet worden seien. Churchill, *The Aftermath*, S. 82, sah dies von einem alliierten Standpunkt: „On December 2 firing ceased on the long Russian fronts and the vast efforts of the Russian peoples sank at last into silence and shame.“

105 Russischer Text in: Dörnberg, S. 75–80, Zusatzvertrag S. 80–81.

106 VYSHINSKY *Germany's Drive to the East*, S. 61. Vgl. hierzu das Kapitel 3.3. dieser Arbeit.

107 Zum Inhalt der sechs Punkte, die der russische Delegationsführer Ioffe vortrug, und der Antwort des Grafen Czernin siehe FISCHER Griff nach der Weltmacht, S. 429. Russischer Text der Erklärung in: Dörnberg, S. 123–125.

108 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 474–479.

in Brest-Litovsk eine reale Macht repräsentierte, die innenpolitisch fest im Sattel saß. In der Manier der Diplomatie des 19. Jahrhunderts gedachte man sich dieses neuen Staatsgebildes zu bedienen, übersah dabei allerdings, daß die ukrainische Frage über das Stadium eines Volkstumsproblems noch nicht hinausgekommen war.¹⁰⁹

Gleichzeitig mit seinem Entschluß, eine Delegation nach Brest-Litovsk zu schicken, hatte das ukrainische Generalsekretariat auch die neutralen und die kriegführenden Staaten davon in Kenntnis gesetzt. Deutlich erkennt man hier die Handschrift des mitunterzeichnenden Außenministers Šul'hyn, der es sich auf keinen Fall mit der Entente verderben wollte. Man machte aus dem eigentlichen Wunsch der Ukraine, sich in eine russische Föderation einzufügen, keinen Hehl, betonte aber, daß sich die Macht des Rates der Volkskommissare nicht auf das gesamte Russische Reich erstreckte und die Ukraine deshalb zur Kontrolle und Information ihre eigene Delegation nach Brest-Litovsk entsenden mußte. Dabei wurde großer Wert auf die Tatsache gelegt, daß die Ukrainische Volksrepublik durchaus mit Forderungen den Mittelmächten gegenübertritt: Das Ziel Kiews war ein allgemeiner Friede, die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die Respektierung des Volkswillens, die Garantie, daß keine Annexionen oder Kontributionen gefordert werden, und die Leistung von materieller Hilfe für kleine Völker, die durch den Krieg ruiniert worden waren. Das Generalsekretariat bestand darauf, an den allgemeinen Friedensverhandlungen als gleichberechtigter Partner teilzunehmen. Da jedoch der allgemeine und demokratische Friede so schnell wie möglich erreicht werden sollte, schickten nun auch die Ukrainer ihre Delegierten nach Brest-Litovsk.¹¹⁰

Der Hauptgrund für die Verhandlungen in Brest-Litovsk war natürlich der übergroße Friedenswunsch der Bol'sheviki, aber auch Deutschland war auf den Frieden an der Ostfront angewiesen, um den geplanten finalen Schlag gegen die Alliierten im Westen führen zu können. Das gut ausgebaute deutsche Informationssystem über Bern und Stockholm berichtete über die „Ukrainisierung“ von Teilen der russischen Armee, von denen man sich Hilfe gegen die geschwächten Bol'sheviki erwartete. Die Ukraine erschien den deutschen Diplomaten in dieser Zeit der Wirren als eine „Oase der Organisation und Ruhe“. Zudem schätzte man die Rada nicht als sozialistisch, sondern lediglich als radikal ein, was für die damaligen deutschen Verantwortlichen ein großer Unterschied war. Durch die Friedensinitiativen der Bol'sheviki und Rumäniens wurden die Ukrainer mehr oder minder mitgerissen; die Rada beschloß, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Durch bevorzugte Behandlung hoffte man, die Ukraine der Entente abspenstig machen zu können. In Berlin hatte man natürlich auch mitbekommen, daß Frankreich an Kiew interessiert war, um Deutschland weiterhin an der Ostfront zu binden. Und nicht zuletzt zeigte von Kühlmann persönlich mehr und mehr Interesse an der Ukraine. All diese

109 BIHL Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk, S. 76.

110 Le Secrétariat de la République Ukrainienne à tous les puissances belligérantes et neutres, Kiew, 24.12.1917, Nr. 588, in: Schwedisches Reichsarchiv Stockholm, Utrikesdepartementet, 1920 Öers dossiersystem: vol. 287 I.

Überlegungen machten den Friedensschluß zwischen den Mittelmächten und der Ukraine – von deutscher Seite aus betrachtet – eigentlich zu einer ganz natürlichen Entwicklung.

Die Festungsstadt Brest-Litovsk¹¹¹ wurde von den Mittelmächten bewußt als Verhandlungsort bestimmt. Der leitende Gesichtspunkt dabei war, daß die Agitationsmöglichkeiten für die Bol'sheviki in der abseits gelegenen Stadt und die möglichen Störungen der Verhandlungen durch die Entente sehr gering gehalten werden konnten, weshalb man auch Stockholm als Verhandlungsort ablehnte.¹¹²

Die anwesenden Diplomaten auf deutscher Seite¹¹³ waren der Staatssekretär Richard von Kühlmann, sein Assistent Frederic Hans von Rosenberg, Legationsrat von Bülow und Generalmajor Max Hoffmann, Chef des Generalstabes von Oberost.¹¹⁴ Hahlweg charakterisiert sie als „alle aus der traditionellen Diplomatenlaufbahn, gewandt, auch fähig, freilich wohl mehr im Sinne einer Routinebegabung“.¹¹⁵ Von Kühlmann baute seine außenpolitischen Ansichten hauptsächlich auf dem Werk Bismarcks auf, dessen Hauptanliegen es war, Rußland aus deutschfeindlichen Koalitionen herauszuhalten.¹¹⁶

Die österreichisch-ungarische Seite wurde durch Graf Ottokar Czernin vertreten, „ein fast müde wirkender, überfeinerter Aristokrat, immerhin ein Meister diplomatischer Kunst, wie Victor Naumann urteilt, ein Mann, der während der Verhandlungspausen zur Jagd fuhr, aber auch Memoiren aus der Zeit der Französischen Revolution las und dabei der frommen Hoffnung Ausdruck gab: ‚Verschwinden werden diese Bolschewiken wieder, und wer weiß, ob sich nicht eine Charlotte Corday für Trotzki finden wird.‘“¹¹⁷

Die bulgarische Mission wurde von Minister Popov geführt, „einer unbedeutenden Persönlichkeit, mit kleinem politischen Horizont, aber vielleicht gerade deswegen von desto größerem Starrsinn“. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslavov trat erst später in Erscheinung, ebenso der türkische Großwesir Mehmed Talât Paşa. Vertreter der Türkei waren vorläufig der türkische Botschafter in Berlin und frühere Großwesir Hakki, „ein ungewöhnlich geschickter und gewandter Diplomat“, sowie der Staatssekretär des Äußeren Messimy Bey. Führer der russischen Delegation waren vorläufig Joffe, Kamenev und Professor Pokrovskij.“¹¹⁸

111 Über die Örtlichkeiten der Verhandlungen siehe Kühlmann, S. 521–522.

112 Hahlweg, S. 23.

113 Über die Personen im zweiten Glied siehe Kühlmann, S. 519–520 und Blücher, S. 12.

114 Hoffmann, S. 197: „Ich war ihm [=Kühlmann] unterstellt und hatte nur das Recht, Wünsche oder Bedenken der Obersten Heeresleitung zur Sprache zu bringen und im Bedarfsfalle gegen Maßnahmen des Staatssekretärs zu protestieren.“ Hoffmann und Kühlmann verstanden sich – laut Kühlmann, S. 532–533 – beide „instinktiv“ und hatten auch nach den Verhandlungen in Brest-Litovsk ein gutes Verhältnis zueinander.

115 Hahlweg, S. 24.

116 Blücher, S. 13.

117 Hahlweg, S. 26.

118 Hoffmann, S. 198. Weiterhin gehörten zur russischen Delegation Sokol'nikov, Anastasija A. Bicenکو und Karachan. Ioffe starb später von eigener Hand, während Kamenev, Sokol'nikov und Karachan auf der Anklagebank bei den großen Schauprozessen der dreißiger Jahre saßen.

Der russische Friedensvorschlag sprach von „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“. ¹¹⁹ Kühlmanns Standpunkt war, daß Deutschland dies akzeptieren könne, wenn man es dadurch schaffte, die Ententestaaten an den Verhandlungstisch zu bringen. Er vertrat weiter die Ansicht, daß die Regelung der Randstaatenfrage nicht unter „Annexionen“ fallen würde, da die baltischen Länder schon vor längerer Zeit beschlossen hätten, sich von Rußland abzuspalten und die weitere Regelung ihrer staatsrechtlichen Stellung den Mittelmächten, vor allem Deutschland, zu überlassen. Graf Czernin war ebenfalls zur Annahme eines Friedens ohne Annexionen bereit, da er auf diese Weise mit der Entente, die die Aufteilung Österreich-Ungarns beschlossen hatte, zu Verhandlungen kommen wollte. ¹²⁰ Bis die deutsche Antwort am 24. Dezember 1917 den Russen überreicht werden konnte, mußten allerdings noch die Befürchtungen der verbündeten Bulgaren und Türken aus dem Weg geräumt werden. Beide waren nur wegen der versprochenen Annexionen in den Krieg eingetreten. Es dauerte eine Weile, bis Staatssekretär von Kühlmann ihnen den diplomatischen Schachzug erklärt hatte. ¹²¹ Beide Parteien waren übereingekommen, zehn Tage zu warten, ob die Ententemächte sich melden würden. In der Zwischenzeit organisierte man den Verhandlungsmodus in Brest-Litovsk.

Insgesamt dauerten die Sitzungen in Brest-Litovsk vom 22. Dezember 1917 bis zum 3. März 1918 und wurden zweimal von Pausen von jeweils acht und 18 Tagen unterbrochen. Die Verhandlungen selbst untergliederten sich in drei Hauptphasen: Vom 22. Dezember bis zum 28. Dezember 1917 hatte es in den ersten allgemein gehaltenen Besprechungen den Anschein, als würde eine Einigung – trotz der Gegensätzlichkeit der Verhandlungspartner – schnell erzielt werden können.

Allerdings kam es gleich zu Anfang der deutsch-russischen Verhandlungen zum Eklat, nämlich als den Russen durch General Hoffmann erklärt wurde, was die Mittelmächte unter „annexionslosem Frieden“ verstanden. Für die Russen bedeutete dies den Verlust von etwa 18 Gouvernements bei Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Mit diesem Schachzug hatte man sozusagen die Bol'sheviki mit ihren eigenen Waffen geschlagen. Entrüstet und schockiert reisten die Delegierten nach St. Petersburg ab. Daraufhin kam es zwischen den deutschen und österreichischen Delegierten zu ein paar unerfreulichen Szenen. Graf Czernin, mit dem strikten Auftrag, Frieden zu schließen, befürchtete, die Russen würden nicht mehr an den Verhandlungstisch zurückkehren. ¹²²

(Kennan, I, S. 219) Außerdem gehörten der russischen Delegation noch verschiedene Offiziere, Soldaten und ein Bauer an. Diesen Bauern mit Namen Roman Staškov hatten die Bol'sheviki auf ihrem Weg zum Petrograder Bahnhof aufgelesen und durch Bestechung und Drohungen „überredet“, mit nach Brest-Litovsk zu fahren, um dort als bäuerlicher Repräsentant zu fungieren (Sydorenko, S. 120).

119 Russischer Text in Dämberg, S. 54–60.

120 Hoffmann, S. 199.

121 Kühlmann, S. 523.

122 Hoffmann, S. 202–203.

Als die Russen nach der ersten Unterbrechung doch wieder in Brest-Litovsk eintrafen, mußten sie in den Verhandlungen zwischen dem 8. Januar und dem 10. Februar 1918 mit zwei Nachteilen fertigwerden: Ihre westlichen Verbündeten hatten sich entschieden, nicht an den Friedensverhandlungen in der Festungsstadt teilzunehmen,¹²³ und die Bol'sheviki konnten auch nicht mehr im Namen Gesamtrußlands sprechen, denn nach der inoffiziellen Delegation entsandte die Ukrainische Volksrepublik nun am 1. Januar 1918¹²⁴ auch eine offizielle Delegation, die den Auftrag hatte, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen¹²⁵. Ihre Mitglieder waren: Mykola Ljubyns'kyj, Mykola Levyc'kyj, Oleksander Sevrjuk¹²⁶, Mychajlo Poloz, Vsevolod Holubovyč und die Sachverständigen Hasenko und Professor Ostapenko.¹²⁷ Sydorenko behauptet in einem Artikel, die ukrainische Delegation hätte keinerlei schriftliche Instruktionen vom Generalsekretariat erhalten, sondern Hruševs'kyj hätte lediglich eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Dabei soll er ihn instruiert haben, vor allem auf die territorialen Belange einzugehen. Die ukrainische Delegation sollte von Österreich-Ungarn Ostgalizien, die Bukowina, die Karpatho-Ukraine, das Gouvernement Cholm und Polesien einfordern. Würden die Österreicher darauf nicht eingehen, hatten sie den Auftrag, wenigstens die Errichtung eines separaten ukrainischen Kronlandes zu fordern.¹²⁸

Entgegen mancher Annahmen ist die Anreise der ukrainischen Delegation von den Deutschen in keiner Weise unterstützt worden. Als die ukrainische Delegation allerdings zugegen war, zeigten die deutschen Repräsentanten Interesse an ihr. Vor allem die

123 Kühlmann, S. 522.

124 Vgl. Horak, S. 16, der den 4. Januar 1918 als Anreisetermin der ukrainischen Delegation angibt.

125 Schon zuvor hatte die Rada eine Protestnote an die Zentralmächte gesandt, in der sie es sich energisch verbat, daß die ukrainischen Interessen von Rußland vertreten werden sollten (CHRYSTJUK Zamitky i materijaly, II, S. 95–96).

126 Als es feststand, daß ein Vertrag mit den Mittelmächten abgeschlossen werden sollte, wollte der ukrainische Außenminister Šul'hyn diese neue Politik nicht mehr mittragen, da er sich für eine Verständigung mit der Entente eingesetzt hatte, und trat zurück. Als der Radapäsident Hruševs'kyj sich dazu entschloß, die Mittelmächte um militärische Hilfe gegen die vorrückenden Bol'sheviki zu bitten, demissionierte auch der Vorsitzende des Generalsekretariats Vynnyčenko. Sein Nachfolger wurde am 27. Januar 1918 Vsevolod Holubovyč, dessen Posten als Führer der ukrainischen Delegation Oleksander Sevrjuk übernahm (Borowsky, S. 55–56).

127 Bihl, S. 78. VYSHINSKY: *Germany's Drive to the East*, S. 62. ČUBAR'JAN, S. 126 behauptet, daß die Verhandlungen extra um einen Tag verschoben wurden, um auf Vsevolod Holubovyč zu warten. Kühlmann, S. 531 beschreibt die ukrainische Delegation wie folgt: „Er [= Czernin] stellte mir die Delegation vor, die ausnahmslos aus sehr jungen Herren, „Bürschchen“, wie er sie selbst wenig respektvoll nannte, bestand. Ich muß aber sagen, die Delegation hat sich vom ukrainischen Standpunkt aus trotz ihrer Jugend wacker gehalten und Czernin durch Sonne, Mond und Sterne hindurch erbarmungslos erpreßt, bis er ihnen Punkt für Punkt alles zugestanden hatte, was ihnen von ihrem nationalen Gesichtspunkt aus einigermaßen wünschenswert erschien.“

128 Sydorenko, S. 120.

deutschen militärischen Kreise sahen die neu entstandene Ukrainische Volksrepublik als ein Gegengewicht zum Bolschewismus und zu Polen. Der Frieden im Osten sollte es Deutschland ermöglichen, seine Truppen an die Westfront werfen und sie gleichzeitig mit ukrainischen Lebensmitteln versorgen zu können.¹²⁹ Offiziell scheint man deutscherseits zu diesem Zeitpunkt noch nicht an einen Friedensvertrag mit der Rada gedacht zu haben. In privaten Gesprächen unterließen es die Reichsabgesandten allerdings nie, den Ukrainern ihre große Sympathie auszusprechen und die vielen Gemeinsamkeiten der beiden Völker zu betonen.¹³⁰ Neu zu den Verhandlungen gestoßen war Graf Adam Tarnowski als Repräsentant des polnischen Regentschaftsrates.¹³¹

In der dritten und letzten Phase der Verhandlungen zwischen dem 1. und 3. März 1918 erfolgte die Wiederaufnahme des deutschen Vormarsches gegen Rußland aufgrund der Kündigung des Waffenstillstandes seitens der Mittelmächte am 18. Februar 1918. Am 3. März unterzeichnete Trockij den Friedensvertrag auf der Grundlage des deutschen Ultimatus vom 23. Februar. Insgesamt hatte es dazu rund 70 Sitzungen und circa 280 Arbeitsstunden bedurft.¹³²

Die junge ukrainische Republik sah sich vor die Aufgabe gestellt, den Kriegszustand mit den Mittelmächten so schnell wie möglich zu beenden. Ihr fehlte es an einem größeren und vor allem organisierten Heer und an einem effektiv arbeitenden Verwaltungsapparat. Der Ausbruch des ersten russisch-ukrainischen Krieges und die Proklamation der ukrainischen Sowjetrepublik am 26. Dezember 1917 forderten eine sofortige Entscheidung der Rada. Ein Mehrfrontenkampf stellte sich aber als vollkommen aussichtslos für den jungen Staat dar, und so blieb der ukrainischen Regierung lediglich die Flucht nach vorn, ein Friedensvertrag mit den Mittelmächten.¹³³ Zudem sollte dieser Vertrag verhindern, daß die Bol'sewiki die ukrainische Regierung vor ihrem Volk als friedensfeindlich darstellen konnten. Daher sandte das ukrainische Generalsekretariat am 25. Dezember 1917¹³⁴ an die Verbündeten Rußlands, an die Neutralen und an den ukrainischen Beobachter in Brest-Litovsk, M. Ljubyns'kyj, eine Note, die besagte, daß für die Ukraine nur solche Friedensbedingungen Gültigkeit haben würden, die auch von der ukrainischen Regierung angenommen und unterschrieben worden seien. Im übrigen sei man in der Ukraine durchaus bereit, an Friedensverhandlungen teilzunehmen.¹³⁵

129 Horak, S. 18.

130 VYSHINSKY *Germany's Drive to the East*, S. 61 und Wheeler-Bennett, S. 155.

131 Wheeler-Bennett, S. 154.

132 Hahlweg, S. 29.

133 John, S. 31.

134 FISCHER *Griff nach der Weltmacht*, S. 428 nennt als Datum der Note „An Alle“ den 24. Dezember 1917, in welcher die Ukraine für das Prinzip des annexionslosen Friedens eintrat. Sie tat dies hauptsächlich deshalb, um ihre Selbständigkeit gegenüber dem zwischen den Mittelmächten und Rußland am 15. Dezember geschlossenen Waffenstillstand zu betonen und eine absolut eigenständige Politik bis zur Bildung eines russischen Föderativstaates zu proklamieren.

135 John, S. 32.

Für die Mittelmächte barg das Erscheinen der ukrainischen Delegation einen nicht zu übersehenden Vorteil: Die deutsche Diplomatie konnte die russische gegen die ukrainische Verhandlungsgruppe ausspielen und so darauf hoffen, wenigstens mit einer der beiden zu einem Friedensschluß zu kommen. Ein Frieden mit der an Getreide reichen Ukraine mußte die Nahrungsmittelversorgung der Mittelmächte sicherstellen und die alliierte Blockade durchbrechen. Für Österreich-Ungarn entstanden allerdings mit dem Auftreten einer besonderen ukrainischen Vertretung auch einige Schwierigkeiten¹³⁶, da die ukrainische Delegation unter anderem forderte, daß über alle ukrainischen Territorien der Monarchie ein Plebiszit zu entscheiden habe. Davon waren Ostgalizien, die Nordbukowina und die Karpatho-Ukraine betroffen.¹³⁷

Vorerst allerdings zeitigten die Verhandlungen mit den Ukrainern noch keine Ergebnisse. Diese wollten die sofortige Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Vertreter der Zentralmächte stellten Gegenforderungen auf: den Abschluß der Verhandlungen in Brest-Litovsk und nicht in Stockholm, die Anerkennung der alten Grenzen zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine und schließlich die gegenseitige Verpflichtung, sich nicht in die Angelegenheiten des anderen Staates einzumischen. Zunächst erfolgte keine Antwort darauf.¹³⁸

In der Zwischenzeit war auch – wie erwähnt – die russische Delegation wieder an den Verhandlungsort zurückgekehrt, allerdings mit einem anderen Vorsitzenden. Ioffe wurde durch den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Trockij ersetzt. Dieser war rhetorisch wesentlich besser geschult als sein Vorgänger und nutzte die öffentlichen Sitzungen zu einem propagandistischen Feldzug für die zu erwartende bolschewistische Weltrevolution. Auch der ungezwungene Verkehr, der zwischen den Delegationen geherrscht hatte, wurde sofort abgebrochen. Jeder persönliche Kontakt der Russen mit Vertretern der Mittelmächte unterblieb von nun an vollkommen.¹³⁹ Die ukrainische Delegation hingegen speiste grundsätzlich mit den Repräsentanten der Mittelmächte.¹⁴⁰ Alle diese Vorgänge waren wenig dazu angetan, das Vertrauen in den Friedenswillen der Russen bei den deutschen und österreichischen Delegationsleitern zu stärken. Zunächst hoffte man jedoch noch, auf dem Verhandlungswege zu konkreten Ergebnissen mit den Bol'sheviki zu kommen.

Allerdings verließen die Verhandlungen mit der russischen Delegation immer mehr den Boden der Tatsachen und arteten zu reinen Rededuellen zwischen Kühlmann und Trockij aus.¹⁴¹ Über die territorialen Fragen konnte keine Einigkeit erzielt werden. Auch

136 Hoffmann, S. 207 und Kennan, I, S. 366–367.

137 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 487.

138 John, S. 33/34

139 Über die beiden unterschiedlichen Erklärungen, wie es zu dieser Umbesetzung Ioffe – Trockij kam, siehe Hoffmann, S. 206 und Kühlmann, S. 530–531.

140 Gratz / Schüller, S. 119.

141 Es ging Trockij hauptsächlich um die Verkündung der bolschewistischen Lehre vor einem möglichst großen Publikum und darum, Zeit für aufhetzende Funksprüche „An Alle“ zu

der berühmte „Faustschlag“ des Generals Hoffmann änderte an der verfahrenen Situation nichts mehr.¹⁴² Aus diesem Grunde wandten sich die deutschen und österreichischen Diplomaten wieder verstärkt den Verhandlungen mit der Ukraine zu. Hoffmann hatte den Eindruck gewonnen, daß man mit den ukrainischen Abgeordneten zu einer schnellen Einigung kommen könnte. Da Czernin nicht gerne mit den Ukrainern verhandelte, übernahm es der deutsche General, erst einmal in privater Aussprache herauszufinden, unter welchen Bedingungen die Kiewer bereit wären, mit den Mittelmächten Frieden zu schließen.¹⁴³

Die Ukrainer hatten in der Zwischenzeit auch mit den Russen verhandelt. Sie wollten zwischen der ukrainischen und der russischen Delegation das gleiche Verhältnis herstellen wie es zwischen den Abgesandten der Vierbundmächte bestand.¹⁴⁴ Zur Bedingung eines derartigen Vorgehens machten sie aber die Anerkennung der Rada als allein berechtigte Vertretung des ukrainischen Volkes. Anfangs schien Trockij darauf einzugehen, lehnte dann jedoch ab. Die Ukrainer ihrerseits waren nicht bereit, den Vorschlag Trockij's zu akzeptieren, von den Mittelmächten die Verlegung des Verhandlungsortes nach Stockholm ultimativ zu verlangen. Vor allem aber unterschieden sich die beiden Delegationen grundlegend in ihrer politischen Einstellung. Die russischen Bol'seviki waren Internationalisten, welche die Weltrevolution¹⁴⁵ herbeiführen wollten, während die Ukrainer trotz einiger radikaler Veränderungen in ihrem Staate doch eher Nationalisten¹⁴⁶ waren, denen ihr Land wichtiger als die Weltrevolution war. Nach der Klärung dieser Sachlage verhandelten beide Delegationen getrennt voneinander.¹⁴⁷

Von Anfang an hatten die ukrainischen Vertreter die Anerkennung der Selbständigkeit der Ukraine verlangt. Zunächst zögerten die Diplomaten der Vierbundmächte noch, während Trockij erklärte, die russische Delegation sähe im Einklang mit ihren Erklärungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker kein Hindernis für eine Teilnahme

gewinnen (Hoffmann, S. 208). Sydorenko, S. 122 behauptet sogar, Kühlmann hätte gerne an diesen Debatten, die territorial gesehen von China bis Peru reichten und sich sogar mit dem britischen Kolonialsystem befaßten, teilgenommen. Es sei Hoffmann gewesen, der einen militärisch kühlen Kopf bewahrt habe.

142 Hoffmann, S. 209-210; Nowak, S. XXVI ergreift hier energisch für Hoffmann Partei. Dieser „Faustschlag“ sei nur verbal gewesen und dabei durchaus in abgewogener Form zum Ausdruck gebracht worden. Eine interessante Erklärung für das Verhalten General Hoffmanns in dieser Situation liefert Kühlmann, S. 533. Er habe dies lediglich getan, um den Ansprüchen der OHL genüge zu tun und er, Kühlmann, habe ihm nur die Stichworte zugeworfen, um ihn zu unterstützen und als Vertreter der OHL zu behalten.

143 Hoffmann, S. 210.

144 John, S. 41.

145 Vor allem legten sie es aber darauf an, die Revolution in Deutschland herbeizuführen (Kühlmann, S. 533, Blücher, S. 11).

146 Horak, S. 3-4, ČUBAR'JAN, S. 127.

147 John, S. 42.

der Ukrainer an den Friedensverhandlungen.¹⁴⁸ Auf die Frage der Vertreter der Mittelmächte, ob die ukrainische Delegation als Unterabteilung der russischen oder als Vertretung eines selbständigen Staates anzusehen sei, antwortete Trockij, daß die russische Delegation in vollem Einvernehmen mit der grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts jeder Nation bis zur vollen Lostrennung kein Hindernis für die Teilnahme der ukrainischen Delegation an den Friedensverhandlungen finde.¹⁴⁹

Mit diesen Ausführungen hatte Trockij die Unabhängigkeit der Ukraine bereits anerkannt, wenn auch in verschleierter Form¹⁵⁰. Seine Erklärung ist deshalb von so großer Wichtigkeit, weil auf diese Weise Rußland noch zwei Tage vor den Mittelmächten am 10. Januar 1918 die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannt hatte. In der Tat blieb Trockij aber gar nichts anderes übrig, denn die Tage und Wochen zuvor hatte sich die russisch-bolschewistische Delegation darin gefallen, das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker in den öffentlichen Sitzungen einzuklagen. Allerdings hatte er gehofft, daß sich die Ukrainer dann brüderlich an seine Seite stellen würden.

Czernin gab im Namen der Vierbundmächte folgende Erklärung ab:

„Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.“¹⁵¹

Damit hatten die Mittelmächte einen Schritt getan, der den Absichten Trockijs zuwiderlief. Er konnte nämlich unmöglich die ukrainische Regierung, mit der sich die Bol'seviki bereits im Kriegszustand befanden, als Vertreterin einer von Rußland vollkommen unabhängigen Ukraine anerkennen. Er erhob jedoch aus dem Grund keinen Protest, da er sich sonst von der von ihm selbst vorgeschlagenen Verhandlungsbasis hätte entfernen müssen. Die ukrainische Regierung war unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker an die Macht gelangt. Lehnte Trockij nun die Teilnahme der ukrainischen Regierung ab, so verstieß er damit gegen die von ihm verkündeten Prinzipien und verfehlte jegliche propagandistische Wirkung. Somit gab er aber der Ukraine das Recht, auch ohne die Zustimmung Rußlands einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten abschließen zu können.¹⁵²

148 VYSHINSKY *Germany's Drive to the East*, S. 61. Die ukrainische Delegation nahm zuerst, nämlich seit dem 19. Dezember 1917, an den deutsch-russischen Gesprächen über die Kriegsgefangenen teil. Dies geschah mit der Zustimmung der russischen Delegation als Repräsentant einer unabhängigen ukrainischen Republik.

149 Drahn, S. 38.

150 Vgl. Horak, S. 5, der Lenin („Pravda“ vom 15. Juni 1917) zitiert: „Kein einziger Demokrat kann das Recht der Ukraine auf Lostrennung von Rußland verneinen.“

151 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 494; Drahn, S. 40.

152 John, S. 43.

Infolge dieser ukrainisch-deutschen Verhandlungen veränderte sich die Politik der Entente gegenüber der Ukrainischen Volksrepublik. Die Entente begann sich neue Verbündete im osteuropäischen Raum zu suchen. Dabei trafen Paris und London auf die tschechischen Legionen in Rußland und auf Teile der Weißen Armee.¹⁵³ In Anlehnung an eine Abmachung vom 23. Dezember 1917 grenzten die Ententemächte ihre Einflußsphären im Vertrag vom 15. November 1918 ab. Teilnehmer dieser Gespräche waren auf britischer Seite Milner und Cecil, auf französischer Clemenceau, Pichon und Foch. Der gesamte Kaukasus und das transkaspische Gebiet sollten zum englischen Einflußbereich gehören, die Ukraine mit Bessarabien und der Krim zum französischen. Hier bezeichnete der Don ungefähr die Grenze. Stillschweigend wurden die englischen Interessen im nordrussischen Waldgebiet anerkannt.

Allerdings hatte es anfangs nicht den Anschein, als würden die deutsch-ukrainischen Verhandlungen sehr fruchtbar sein. Die Forderungen der Kiewer Delegation waren weitreichend und anspruchsvoll. Außer dem Gouvernement Cholm und Teilen von Polesien verlangten sie auch noch die von Ukrainern bewohnten Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie für ihre junge Republik.¹⁵⁴ Dabei handelte es sich um den östlichen Teil Galiziens und um die ukrainisch bewohnte Nordbukowina.¹⁵⁵ Die Ukrainer forderten, daß eine Volksabstimmung über die Zukunft dieser Gebiete entscheiden sollte. Zum größten Teil beruhte diese Forderung auf der Angst, daß durch den Anschluß Kongreßpolens an Österreich-Ungarn die ukrainischen Teile Galiziens an Polen fallen könnten. Österreich konnte diese Vorschläge nicht annehmen, ohne größere Schwierigkeiten mit den anderen Völkern der Monarchie gewärtigen zu müssen. General Hoffmann

153 Horak, S. 16.

154 FISCHER Griff nach der Weltmacht, S. 428: „Die sehr jungen Vertreter der ukrainischen Rada, die sich in Brest an General Hoffmann anschlossen, stimmten in ihrem betonten Nationalbewußtsein antipolnisch und erhoben Anspruch auf Cholm [=Chelm], worin sie zumindest von der OHL bestärkt, wenn nicht dazu veranlaßt wurden.“ Dazu Hoffmann, S. 210: „Da ich einen selbständigen polnischen Staat für eine Utopie hielt und halte, hatte ich keine Bedenken, den Ukrainern meine Unterstützung in Bezug auf das Chelmerland [=Cholmer Land] zuzusagen.“ Nowak, S. XXV geht sogar soweit zu behaupten: „Er [=Hoffmann] brachte sie zur Friedensbereitschaft, sogar zur ersten Friedensunterschrift.“ Der Distrikt von Chelm liegt zwischen den Flüssen Bug und Wieprz und gehörte bis 1912 zu Kongreßpolen, wurde aber dann in ein eigenes russisches Gouvernement umgewandelt und unter die direkte Verwaltung von St. Petersburg gestellt. Die Bevölkerung war über Jahrhunderte teils ukrainisch, teils polnisch. Die russische Bevölkerungsstatistik von 1897, nach Sprachen aufgeteilt, nennt für den Distrikt von Chelm einen polnischsprachigen Bevölkerungsanteil von 335.153 und einen ukrainischsprachigen von 287.236. Die Grenzlinie, die im Vertrag vom 9. Februar 1918 gezogen wurde, lag aber weiter westlich und schloß somit einen größeren polnischen Bevölkerungsanteil mit ein (Temperley, I, S. 227).

155 Laut Nahajevs'kyj, S. 219 haben die ukrainischen Delegierten ihre Anweisungen in puncto ukrainisches Kronland von den in Brest-Litovsk anwesenden galizischen und Bukowiner Diplomaten erhalten. Um wen es sich dabei handelte, verschweigt er allerdings.

sprach im Auftrage Graf Czernins die österreichische Ablehnung dieser Vorschläge aus. Daraufhin mußten die Ukrainer erst einmal neue Instruktionen aus Kiew einholen.

Nun traten aber Ereignisse ein, mit denen man nicht so schnell gerechnet hatte: In Österreich brachen an verschiedenen Orten Hungerrevolten aus. Das Zentrum dabei war Wien. Das Erzeugerland Ungarn weigerte sich, dem Verbraucherland Österreich weiterhin große Getreidelieferungen zukommen zu lassen.¹⁵⁶ Daraus entstanden die großen Streikbewegungen¹⁵⁷, die immer und überall unter dem gleichen Motto standen: „Brot und baldiger Frieden“.

Natürlich hatten diese Vorgänge Auswirkungen auf die Verhandlungen in Brest-Litovsk.¹⁵⁸ Die Stellung Österreichs, das auf Getreidelieferungen aus dem Deutschen Reich angewiesen war, verschlechterte sich zusehends. Graf Czernin hatte so sein Druckmittel, nötigenfalls einen Separatfrieden mit den Bol'sheviki abzuschließen, verloren. Aber auch die Gegenseite hatte von den Schwierigkeiten in Wien erfahren und forderte immer „unverschämter“ die Erfüllung ihrer Wünsche.¹⁵⁹

Mehr und mehr schien in den Verhandlungen mit der Ukraine die einzige Möglichkeit einer Rettung der Lage zu bestehen.¹⁶⁰ Hatte man zuvor nur mit der Ukraine verhandelt, um Druck auf die russischen Bol'sheviki ausüben zu können, so sah man jetzt die Versorgung mit Getreide aus dem Schwarzerdegebiet als Silberstreifen am Horizont. Auf einmal gewann die Ukraine eine Bedeutung, die ihr zuvor niemand beigemessen hatte. Sehr geschickt hatten die jungen ukrainischen Diplomaten das Terrain dafür vorbereitet. Sie sprachen mit dem österreichischen Wirtschaftsexperten, Sektionschef Dr. Gratz, über eventuelle Handelsbeziehungen zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine. Dabei versicherten sie, daß sich sehr viel exportierbares Getreide in der Ukraine befände, das aber nur in Verhandlungen mit dem ukrainischen Staat erworben werden könnte, da es einem staatlichen Monopol unterläge. Darunter fielen auch Leder, Zucker und Kohle. Für den Handelsverkehr wollte die Ukrainische Volksrepublik eigenes Geld einführen und dies später durch Goldeinlagerungen absichern. Durch den angestrebten großen Export hoffte man allgemein, eine starke Währung zu erhalten. Dabei wurde Dr. Gratz versichert, daß die Ukraine nicht in dem Maße wie Rußland mit Transportschwierigkeiten zu kämpfen hätte. Außerdem gewann Gratz den Eindruck, trotz oder gerade wegen der etwas wirren Verhältnisse ließe sich doch auch im privaten Handel entgegen dem Staatsmonopol, einiges an Getreide aus der Ukraine herausholen.¹⁶¹

156 Siehe Mikoletzky, S. 31–35 über den österreichisch-ungarischen Versorgungsapparat.

157 Zum Problem der Rezeptionen der Verhandlungen und der Streikbewegungen im Hinterland siehe Kock, S. 109–111.

158 Später schreibt Graf Czernin, S. 338: „Der Friede mit der Ukraine ist unter dem Drucke der ausbrechenden Hungersnot zustande gekommen. Er trägt das Charakteristikon seiner Geburt an sich.“

159 Hoffmann, S. 211.

160 Wheeler-Bennett, S. 167.

161 K.u.k. Ministerium des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern an Seine

In der Zwischenzeit waren aus Kiew neue Instruktionen eingetroffen. Das Gouvernement Cholm (Chełm) wurde weiterhin von den Ukrainern beansprucht, in der Ostgalizien-Frage war man zu Modifizierungen bereit. Auf die Volksabstimmung wurde verzichtet, lediglich die Errichtung eines ukrainischen Kronlandes innerhalb der Monarchie verlangt.¹⁶² Damit befanden sich die Ukrainer aus der Volksrepublik im Einklang mit ihren Brüdern aus der österreichisch-ungarischen Monarchie, stellten allerdings die österreichische Regierung vor eine schier unlösbare Aufgabe. Gab sie ihnen nach, konnten die anderen Völker der Monarchie mit Recht die gleiche Vorzugsbehandlung verlangen. Vor allem aber war damit die Möglichkeit einer austro-polnischen Lösung unmöglich gemacht worden.¹⁶³

Die zweite ukrainische Forderung, diejenige nach dem Gouvernement Cholm (Chełm), stand ebenfalls im Gegensatz zu der bisherigen Polenpolitik Österreich-Ungarns. Überließ Czernin dieses Gebiet den Ukrainern, fehlte es an Entschädigungsmasse für etwaige Gebietsabtretungen an Deutschland. Die Verbitterung der Polen, die eine bevorzugte Behandlung durch Wien gewohnt waren, würde durch einen derartigen Schritt gesteigert und ein Zusammenleben mit ihnen in der Doppelmonarchie unmöglich gemacht werden.¹⁶⁴

Deutschland hingegen war an der Cholmer Frage bedeutend weniger interessiert. Eine gewisse Rivalität zwischen Kiew und den Polen konnte in Berlin nur begrüßt werden, stand doch zu erwarten, daß man mit Polen einen wesentlich unangenehmeren Nachbarn erhalten würde. Der Ukraine sollte hierbei die Aufgabe zukommen, die Ansprüche Polens möglichst einzudämmen.¹⁶⁵

Graf Czernin verfolgte in der Hauptsache nur ein Ziel: die Überwindung der Lebensmittelknappheit in der Monarchie. So glaubte er sich gezwungen, die ukrainischen Forderungen anzunehmen, um einen Zusammenbruch Österreich-Ungarns zu verhindern. Der österreichische Außenminister kam den Ukrainern in der Cholmer wie auch in der Kronland-Frage entgegen, er regte lediglich eine Volksabstimmung im Cholmer Land an, um so den Polen ein bestimmtes Mitspracherecht einzuräumen. Staatssekretär von Kühlmann unterstützte ihn in dieser Frage. Als sich aber zeigte, daß man in Kiew erst nach dem Abzug der Besatzungstruppen eine solche Abstimmung zulassen wollte, gingen beide von diesem Punkt wieder ab. Die Frage des Minderheitenschutzes wurde dahinge-

Exzellenz den Herrn Generalkommissär für Übergangswirtschaft Riedel, Wien 16. Jänner 1918, 1935/9 mit einer Beilage: Bericht aus Brest-Litovsk, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

162 Horak, S. 21. In der Zwischenzeit hatte auch der bulgarische Delegierte Popov „von slavischem Bruder zu slavischem Bruder“ die Ukrainer zur Mäßigung gegenüber den Mittelmächten gemahnt und ihnen aufgezeigt, daß dies der einzige Weg aus der Krise sei (PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 501).

163 Wheeler-Bennett, S. 168.

164 Bihl, S. 81–83 bietet Auszüge aus dem Sitzungsprotokoll, die einen interessanten Einblick in die Verhandlungsführung geben.

165 John, S. 47.

hend gelöst, daß auf entsprechende Paragraphen in der ukrainischen Verfassung verwiesen wurde und daß die Rechte der ukrainischen Polen in einer besonderen feierlichen Erklärung erneut bestätigt werden würden.¹⁶⁶ In einem Geheimprotokoll nahmen die österreichisch-ungarische und die ukrainische Regierung am 8. Februar 1918 die beiderseitigen Maßnahmen zum Schutz nationaler Minderheiten zur Kenntnis.¹⁶⁷

Ferner ließ der österreichische Außenminister keinen Zweifel daran, daß der Friedensvertrag nur dann von seiner Regierung angenommen werden könne, wenn eine befriedigende Lösung in Handelsfragen zustande käme. Hier traten die Mittelmächte dafür ein, die Handelsverträge mit dem kaiserlichen Rußland zu verlängern, während die ukrainische Delegation diese nicht so ohne weiteres als bindend für die Volksrepublik anerkennen wollte. Hauptsächlich ging dies auf die innenpolitischen Veränderungen in der Ukraine zurück, denn das Privateigentum an Grund und Boden bestand nicht mehr und eine staatliche Kontrolle über Handel und Verkehr war eingerichtet worden. Die ukrainischen Delegierten schlugen daher für die meisten Handelsgüter einen durch staatliche Zentralstellen geregelten Kontingentverkehr vor, während die übrigen Waren zollfrei ex- und importiert werden sollten. Dieses stieß jedoch auf österreichischer Seite mit Hinweis auf die Meistbegünstigungsverträge, die Wien mit anderen Staaten abgeschlossen hatte, auf Bedenken. Darüber hinaus betonte Czernin, daß das Abkommen einen integrierenden Bestandteil des zu schließenden Friedensvertrages bilden mußte.¹⁶⁸

Einen weiteren Diskussionspunkt bildete die Frage des Abschlußtermins für den Vertrag. Der österreichische Außenminister war bemüht, diesen so früh wie möglich zu legen, wohingegen es die ukrainische Delegation nicht ganz so eilig hatte. Schließlich wurde am 20. Januar 1918 halbamtlich bekanntgegeben, daß zwischen den Vertretern des Vierbundes und denen der Volksrepublik Ukraine Einigung über die Grundlagen eines Friedensvertrages erzielt worden sei und daß die Verhandlungen nach einer möglichst kurzen Pause zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden sollten. Daraufhin zogen sich alle Parteien zu einer Besprechungspause mit ihren Regierungen zurück.

Aber nicht nur die Mittelmächte hatten Schwierigkeiten mit der Lebensmittelversorgung. Ebenso erging es den russischen Bol'sheviki, die aus diesem Grund mit allen Mitteln versuchten, den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Ukraine zu hintertreiben.¹⁶⁹

Als die ukrainische Delegation in Kiew angekommen war, hatte sich die Lage der Central'na Rada sehr verschlechtert. Bolschewistische Truppen unter Murav'ev befanden sich auf dem Vormarsch, und in Kiew war ein Arbeiteraufstand ausgebrochen, der vom Generalsekretariat nur mit Mühe unterdrückt werden konnte. Jetzt war auf einmal für die Ukraine der Friede mit den Mittelmächten zu einer zwingenden Notwendigkeit

166 Siehe die Erklärung Sevrjuks in: Besprechung politischer Fragen zwischen der deutschen, der österreichisch-ungarischen und der ukrainischen Delegation, Samstag, den 19. Januar 1918 fünf Uhr nachmittags, in: John, S. 126.

167 Borowsky, S. 60.

168 John, S. 48.

169 Wheeler-Bennett, S. 172–173.

geworden. Die Delegierten trafen in der Stadt nur mehr Prof. Hruševs'kyj an, der ihnen eine Vollmacht mitgab, den Frieden mit den Zentralmächten so schnell wie möglich zu schließen, wenn nötig gleich zu ratifizieren und außerdem Fühlung mit der bolschewistischen Delegation unter Trockij aufzunehmen.¹⁷⁰

Am 22. Januar 1918 beschloß die Rada das 4. Universal, das die Ukraine endgültig zu einem souveränen Staat erklärte, durch keinerlei Bande mehr an Rußland gebunden.¹⁷¹ John geht hier davon aus, daß dieser Beschluß gerade zu diesem Zeitpunkt auf Drängen der Delegierten angenommen wurde, um dadurch die staatsrechtliche Grundlage für den Abschluß des Friedens zu legen.¹⁷² Daraufhin reisten die ukrainischen Unterhändler ab. Kurz danach fiel Kiew in die Hand der Roten Armee. Nur mit Mühe und Überredungskunst schafften die ukrainischen Abgesandten es, durch die feindlichen Linien zurück nach Brest-Litovsk zu gelangen. Einige Tage später, am 26. Januar 1918, erreichte die Nachricht von der endgültigen ukrainischen Unabhängigkeit Berlin. Vor allem Kaiser Wilhelm zeigte sich begeistert über diese Entwicklung der Dinge. Sogleich wurden die deutschen Botschaften in Stockholm, Wien, Bern, Sofia und Konstantinopel davon in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig informierte Zaliznjak, der in der „Union zur Befreiung der Ukraine“ tätig war, Berlin über die ukrainische Absicht, Delegationen zu den Regierungen nach Wien, Berlin, Sofia, Konstantinopel, Stockholm und Helsinki zu entsenden, um mit diesen diplomatische Beziehungen aufzunehmen.¹⁷³

Auch in Deutschland hatten sich die Verhältnisse nachhaltig verändert. In Berlin und anderen Industriestandorten war es zu Arbeiterstreiks von erheblichen Ausmaßen gekommen. Wie in Österreich, waren es auch hier zwei Forderungen, die besonders laut erhoben wurden: Verbesserung der Versorgungslage und Beendigung des Krieges ohne Annexionen. Kühlmann mußte also in Brest-Litovsk jeglichen Anschein von Eroberungsabsichten vermeiden.¹⁷⁴

In Wien konnte sich Graf Czernin am 22. Januar 1918 auf der Kronratssitzung in Laxenburg mit seinen Auffassungen gegen die Bedenken des Generalstabschefs Arz von Straußenburg und des ungarischen Ministerpräsidenten Sándor Wekerle durchsetzen.¹⁷⁵ Nur durch den österreichischen Ministerpräsidenten Seidler fand er Unterstützung.¹⁷⁶ Dabei griff er Wekerle heftig an und verbat sich die Einwände gegen den Vertrag. Dieser sei gerade deswegen nötig, weil Ungarn sich weigere, Getreide an Österreich zu liefern.¹⁷⁷

170 John, S. 49, der sich auf direkte Angaben Sevrjuks gegenüber dem Verfasser beruft.

171 Nahajevs'kyj, S. 220.

172 John, S. 49.

173 PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 523.

174 John, S. 50.

175 Horak, S. 21 und FISCHER *Griff nach der Weltmacht*, S. 438.

176 Borowsky, S. 54 und Nahajevs'kyj, S. 219.

177 In diesem Zusammenhang verglich er die Situation Österreichs mit der eines Mannes, der aus dem dritten Stock eines brennenden Hauses springt (PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 508).

In diesem Punkt fand er bei Kaiser Karl volle Unterstützung¹⁷⁸, der ihn ermächtigte, auf der Basis einer Zweiteilung Galiziens und der Abtretung Chelms an die Ukraine gegen entsprechende Getreidelieferungen mit den Ukrainern einen Frieden abzuschließen.¹⁷⁹

In der Zwischenzeit waren aber in Brest-Litovsk neue Schwierigkeiten entstanden: Am 18. Januar 1918 hatte Trockij den Vertretern der Rada das Recht abgesprochen, in der Frage der Räumung der von den österreichischen Truppen besetzten Gebieten selbständig und ohne Rücksprache mit St. Petersburg zu verhandeln. Damit focht er nun die Selbständigkeit der ukrainischen Delegation, die er zuvor anerkannt hatte, in wesentlichen Punkten an. Statt der Kiewer Delegation sollte von nun an eine Vertretung der Arbeiter-Bauern- und Soldatenregierung in Charkiv¹⁸⁰ die Verhandlungen mit dem Vierbund führen. Ein entsprechendes Schriftstück war den Mittelmächten in der Verhandlungspause zugeleitet worden. Diese Charkiver Regierung behauptete, daß die Rada nur die besitzenden Schichten des Volkes vertrete und somit nicht das Recht besäße, für die gesamte Bevölkerung zu sprechen.¹⁸¹ Außerdem erkannte sie lediglich den St. Petersburger Rat der Volkskommissare, die Lenin-Regierung, als allein berechtigten Vertreter an, für das gesamte Russische Reich zu sprechen. Deshalb mußten alle Entscheidungen über dieses Gremium laufen, und nur diejenigen Abmachungen mit der Ukraine konnten Gültigkeit erlangen, die vom Rat der Volkskommissare als der obersten Instanz der russischen Föderativrepublik formell bestätigt worden seien.¹⁸² Letztendlich wurde dieses Vorgehen damit begründet, daß sich der größte Teil der Ukraine ohnedies in den Händen der Bol'seviki befände.¹⁸³ Am 27. Januar 1918 war ein Aufstand der Bol'seviki in Kiew ausgebrochen, der aber niedergeschlagen werden konnte. Für kurze Zeit bemächtigte sich Murav'ev der Stadt, aber am 6. Februar hatte die Central'na Rada die Lage wieder im Griff.

Für die Vertreter der Mittelmächte war diese Entwicklung nicht besonders günstig. Gaben sie Trockij nach, so verloren sie die Möglichkeit, die russische gegen die ukrainische Delegation auszuspielen. Damit wären aber auch die schon relativ weit fortgeschrittenen Verhandlungen mit der Ukraine umsonst gewesen und der Friede wieder in weite Ferne gerückt. Obwohl die Mittelmächte gegen diese Entwicklung waren, beschloß man, sich als unbeteiligter Dritter zu geben und die Sache durch Russen und Ukrainer selbst entscheiden zu lassen. Diese Taktik ging auf eine Anfrage Ludendorffs vom 17. Dezember 1917 an das Auswärtige Amt über die „leitenden Prinzipien“ in der Ukrainefrage zurück. Daraufhin bereitete Unterstaatssekretär Hilmar von dem Bussche-

178 Wheeler-Bennett, S. 202–203.

179 Unterstützt wurde diese Position durch Dr. Gratz, der bemerkte, daß aufgrund der deutschen Politik eine polnisch-österreichische Lösung ohnehin nicht in Frage käme (PIDHAINY: The Formation of the Ukrainian Republic, S. 509).

180 ČUBAR'JAN, S. 128.

181 Wheeler-Bennett, S. 203.

182 Borowsky, S. 52.

183 John, S. 52.

Haddenhausen ein detailliertes Memorandum vor, in welchem Rosenberg seine Weisungen erhielt. Deutschland hatte sich nicht in die russischen und ukrainischen Angelegenheiten einzumischen, sollten diese aber geregelt werden, würde das Reich die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen und seine Verbündeten bitten, dies ebenfalls zu tun.¹⁸⁴

Diese Taktik ging auf, denn in einem Rededuell zwischen dem Charkiver Abgeordneten Medvedev¹⁸⁵ und dem Kiewer Ljubyns'kyj bestritt dieser der Regierung in Charkiv das Recht, für die gesamte Ukraine zu sprechen. Das Selbstbestimmungsrecht sei von ihr auf das grösste verletzt worden, und ihre Macht fuße letztlich nur auf den russischen Truppen. In diesem Zusammenhang verlangte er jetzt auch die formelle Anerkennung der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates durch die Mittelmächte.¹⁸⁶ Besonders Trockij zeigte sich beeindruckt von der Rede Ljubyns'kyjs, beeindruckt jedoch eher im Sinn von „übrumpelt“. Auf diese schwungvoll vorgetragene Tirade konnte er nichts erwidern.

Am 1. Februar 1918 lehnte Graf Czernin als Vertreter der Mittelmächte auf der 8. Plenarsitzung die Charkiver Delegation ab und erkannte die Ukrainische Volksrepublik als unabhängigen, freien, souveränen Staat an, der in der Lage sei, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.¹⁸⁷

Damit war das Hindernis für einen Frieden zwischen der Ukraine und den Mittelmächten aus dem Weg geräumt. Die schlechte Situation ihres Landes zwang die Rada zu diesem Schritt. General Hoffmann schreibt hierzu:

„Ich habe in jenen Tagen die jungen Ukrainer bewundert. Sicher wußten sie genau, daß außer der eventuellen deutschen Hilfe nichts mehr hinter ihnen stand, daß ihre Regierung ein fiktiver Begriff sei; trotzdem hielten sie bei den Verhandlungen mit Graf Czernin an ihren einmal erhobenen Forderungen fest und gaben nicht um Fingerbreite nach.“¹⁸⁸

Die russisch-bolschewistischen Truppen befanden sich weiterhin auf dem Vormarsch. In dieser verzweifelten Lage griffen die Ukrainer zu einer List. Sie unterbrachen mit Hilfe eines ukrainischen Beamten in der russischen Delegation die Telegraphenleitung nach St. Petersburg. Als die Leitung wieder frei war, erhielt Trockij nur veraltete Informationen, welche die wahren Siege der Bol'sheviki noch verschleierten und so von den Ukrainern gut widerlegt werden konnten.¹⁸⁹

184 VYSHINSKY *Germany's Drive to the East*, S. 62.

185 Über die näheren Verhandlungen zwischen Medvedev und der Kiewer Delegation siehe PИDHAJNY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 528–529. Hier wird dargestellt, daß Medvedev die Charkiver Delegation nur aus Angst nicht verließ, obwohl ihm bewiesen wurde, daß Trockij Deklarationen unter seinem Namen veröffentlicht hatte.

186 Textauszug der Rede Ljubyns'kyjs in: Wheeler-Bennett, S. 210.

187 Borowsky, S. 57–58; Horak, S. 20; John, S. 53. Bihl, S. 79 nennt den 12. Januar 1918 als den Tag, an dem Czernin in der Plenarsitzung die Ukrainer als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertreter der selbständigen Ukrainischen Volksrepublik anerkannte.

188 Hoffmann, S. 213.

189 John, S. 54, der sich hier auf persönliche Informationen Sevrjuks beruft.

Die Mittelmächte ihrerseits konnten aus dem Druck, der auf der Ukraine lastete, gewisse Vorteile ziehen. Der Friedensschluß rückte in greifbare Nähe. Am 2. Februar 1918 erklärten Czernin und Hoffmann, unter welchen Bedingungen sie mit der Ukraine Frieden schließen würden:

1. Beide Parteien erklären den Kriegszustand für beendet und nehmen diplomatische Beziehungen zueinander auf.
2. Die Ukraine verpflichtet sich zur Lieferung von einer Million Tonnen Getreide.
3. Alle übrigen Fragen sollen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.¹⁹⁰

Mit diesen Bedingungen verloren die Ukrainer ihre gute Ausgangsstellung vollkommen. Die junge Delegation zeigte aber auch in dieser schwierigen Situation Nerven. Sevrjuk hatte von den Schwierigkeiten der Mittelmächte mit den Hungerstreiks in ihrem Hinterland erfahren und gedachte diese Tatsache auszunützen. Die ukrainische Delegation unterbreitete einen Gegenvorschlag, der dann weitgehendst die Grundlage für den Friedensvertrag bildete.¹⁹¹ In der Kronland-Frage zeigten sich die Ukrainer nur dahingehend entgegenkommend, daß sie sich mit einem Geheimabkommen¹⁹² einverstanden erklärten. Was die Frage des Cholmer Landes¹⁹³ anging, waren sie zu gewissen Detailänderungen bereit, ebenso verhielten sie sich in der Getreidelieferungsfrage großzügig. Diesbezügliche Bestimmungen sollten aber nicht in den Vertragstext aufgenommen werden. Man hatte Angst, daß dieses Faktum von den Bol'sheviki propagandistisch ausgenutzt werden könnte.

Daraufhin begaben sich von Kühlmann und Czernin erneut zu Besprechungen nach Berlin, wo der Friedensvertrag mit der Ukraine endgültig beschlossen wurde. Wieder in Brest-Litovsk, begann nun Graf Czernin, erneut zu zögern. Zunächst stimmte er einem Vorschlag Trockijs zu, einen Offizier nach Kiew zu entsenden, der sich überzeugen sollte, daß die Rada noch an der Macht sei. Später kam er allerdings auf diese Anregung nicht

190 Horak, S. 21; John, S. 54.

191 Die politischen Punkte arbeiteten Sevrjuk und Ljubyns'kyj aus, die juristischen Levyc'kyj, und die wirtschaftlichen Punkte bearbeitete Ostapenko (PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 536).

192 „Geheimvertrag zwischen Österreich-Ungarn und der Ukrainischen Volksrepublik in der Frage Ostgaliziens und der Bukowina vom 7. Februar 1918“, der die ukrainischen Getreidelieferungen und die Abtretung Chelms zu einem Junktim machte, in: John, S. 80–81.

193 Letztendlich bekamen die Ukrainer jedoch genau die Grenze, die sie haben wollten. General Hoffmann unterstützte die ukrainischen Forderungen, da er sie ethnisch für vollkommen korrekt hielt. Gegen die geballte ukrainisch-deutsche Zusammenarbeit hatte Czernin letztlich keine Chance und konnte so nichts für die polnische Seite, die er damit beschwichtigen wollte, herausholen (PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 538). Allerdings gelang es Czernin Ende Februar, den Ukrainern die Konzession abzurufen, eine Kommission, bestehend aus österreichisch-ungarischen, ukrainischen und polnischen Delegierten einzusetzen, die nach ethnischen Gesichtspunkten die nordwestliche Grenze neu gestalten sollten (PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 632).

mehr zurück. Anscheinend klangen die Nachrichten, welche die Ukrainer aus Kiew erhielten, überzeugend. Zwischenzeitlich machte er sich die Ansichten seines Wirtschaftssachverständigen Dr. Gratz zu eigen, der davon ausging, daß ein Frieden mit der Ukraine den Friedensschluß mit Rußland unmöglich machen würde. Daraufhin versuchte Graf Czernin, in Sonderverhandlungen mit Trockij zu einem Ergebnis zu kommen.¹⁹⁴ Ein Erfolg war immerhin, daß dieser überhaupt in einer privaten Sitzung bereit war zu reden, hatte er doch sonst alle Verhandlungen nur in der Öffentlichkeit führen wollen. Die Forderungen¹⁹⁵ aber, die der russische Volkskommissar bei dieser Gelegenheit stellte, waren allerdings von der Art, daß Czernin am 9. Februar 1918 doch noch seine Unterschrift unter den Friedensvertrag mit der Ukraine setzte und damit die Ukraine de jure anerkannt wurde.¹⁹⁶ Zuvor hatte Vsevolod Holubovyč als Präsident des Ministerrates die ukrainische Delegation in Brest-Litovsk über die Schwere der Lage in Kiew aufgeklärt. Am 5. Februar machte er die Andeutung, daß die Zeit gekommen wäre, deutsche Hilfe gegen die russischen Bol'seviki einzusetzen. Šul'hyn informierte die Delegation, daß die Rada dem Frieden zugestimmt hatte, lediglich 16 Minderheitenabgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Am 7. Februar hatten aber der österreichische Abgesandte Wiesner und der ukrainische Delegierte Ljubyns'kyj ein Protokoll unterschrieben, in dem es hieß, die Mittelmächte gingen aufgrund der ukrainischen Informationen davon aus, „daß die in der ukrainischen Republik vorhandenen Überschüsse an Brotgetreide mindestens eine Million Tonnen betragen, daß die einzusetzende Kommission das Vorhandensein dieser Menge konstatieren und deren rechtzeitige Aufbringung und Abbeförderung innerhalb kürzester Frist sicherstellen wird.“ Von ukrainischer Seite wurde dazu erklärt: „Zur Frage über die Menge an Brotgetreide, welche die Ukrainische Volksrepublik zu liefern vermag, glauben wir erklären zu können, daß die erwähnte Menge vorhanden ist; die Aufbringung und Abbeförderung hängen aber davon ab, daß die ukrainischen Getreideproduzenten ein entsprechendes Äquivalent von Waren, die wir benötigen, erhalten und daß die Mächte des Vierbundes bei Abbeförderung sowie auch bei Verbesserung der Transportorganisation in der Ukraine mitwirken werden.“¹⁹⁷

194 Czernin, S. 335-336. Er kommt zu dem Schluß: „Die Gemeinheit dieser Bolschewiken macht Verhandlungen unmöglich.“

195 Er verlangte von Deutschland zuzugeben, Annexionen getätigt zu haben und territoriale Veränderungen vorzunehmen, und forderte, nicht gleichzeitig mit der Ukraine einen Vertrag abzuschließen. Trockij wollte nicht, daß sich ein Österreicher tatsächlich davon überzeuge, daß Kiew bereits seit dem 29. Januar in bolschewistischer Hand war. Für Czernin stand nun zweifelsfrei fest, daß das Telegramm Lenins vom 5. Februar, in dem er dies behauptet hatte, falsch gewesen war (PIDHAINY *The Formation of the Ukrainian Republic*, S. 569).

196 HRYSHKO *Experience with Russia*, S. 46. Was der Friede für Österreich-Ungarn bedeutete, zeigt eindrucksvoll ein Telegramm Kaiser Karls an den Grafen Czernin nach Abschluß des Vertrages mit der Ukraine (Czernin, S. 337).

197 Protokoll vom 7. Februar 1918, Brest-Litovsk, in: AVA Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages vom 9. Februar 1918¹⁹⁸ sahen vor:

- Art. 1: Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Vierbundmächten und der Ukrainischen Volksrepublik
- Art. 2: Festlegung der Grenzen zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine¹⁹⁹
- Art. 3: Räumung der besetzten Gebiete
- Art. 4: Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen
- Art. 5: Gegenseitiger Verzicht auf den Ersatz von Kriegskosten
- Art. 6: Entlassung der Kriegsgefangenen
- Art. 7: Wirtschaftsvereinbarungen²⁰⁰
- Art. 8: Wiederherstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen
- Art. 9: „Die in diesem Friedensvertrag getroffenen Vereinbarungen bilden ein unteilbares Ganzes.“ Damit war die ausdrückliche Verknüpfung von wirtschaftlichen und politischen Abmachungen gemeint.
- Art. 10: Auslegungsbestimmungen

Kaum war der Vertrag mit der Ukraine unter Dach und Fach, vereinbarten die Mittelmächte bereits die Aufteilung der Getreidebezüge aus der Ukraine. Die Einfuhr von Getreide, Getreideerzeugnissen und Futtermitteln aus der Ukraine über das Schwarze Meer wurde zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland grundsätzlich im Verhältnis von 1:1 geteilt. Dabei wurden diese Waren, die bis zum 31. Mai in Brăila oder Constanța eintrafen, im Verhältnis von 2 (für Österreich-Ungarn) zu 1 (für Deutschland) und die Waren, die dort vom 1. bis 15. Juli eintrafen, im Verhältnis von 1 (für Österreich-Ungarn) zu 2 (für Deutschland) aufgeteilt. Vom 1. Juli an sollten von den für das Reich bestimmten Getreidemengen mindestens 2.000 Tonnen täglich von rumänischen Donauhäfen mit der Bahn nach Deutschland abtransportiert werden. Getreide, Getreideerzeugnisse und Futtermittel, die aus der Ukraine auf dem Landweg kamen, wurden im Verhältnis von 1:1 geteilt. Der Vollzugsausschuß der drei Getreidezentralen sollte die Durchführung übernehmen. Diese Vereinbarung hatte Gültigkeit bis zum 31. August 1918. Sofort nach der Unterzeichnung des Vertrages sollten in Kiew Abgesandte zusammentreten, um die verfügbaren Überschüsse an Waren auf beiden Seiten festzustellen und die Lieferungs-

198 Russischer Text des Friedens in: Dörnberg, S. 365-413, deutsche Fassung in: Preußisches Archiv, 25. Jg., 1918, S. 959-967.

199 Mit diesem Artikel wurde zum ersten Mal die Grenze des ukrainischen Staatsgebietes festgelegt. In dem Bereich, in dem Österreich-Ungarn und die Ukrainische Volksrepublik aneinander stießen, galt die alte Grenze zwischen der Donaumonarchie und Rußland. Weiter nördlich sollte die Grenze der Ukrainischen Volksrepublik von Tarnogród angefangen im allgemeinen der Linie Biłgoraj, Szczepreszyn, Krasnystaw, Puchaczów, Radzyń Podlaski, Międzyrzec Podlaski, Samaki, Mielnik, Wysokae, Kam-janec, Prużany, Vyhana skae Vozerä folgen. Im einzelnen jedoch wurde bestimmt, daß diese Grenze nach ethnischen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung durch eine gemischte Kommission festgelegt werden sollte.

200 Vgl. Kapitel 3.3. dieser Arbeit.

bedingungen zu vereinbaren. Dieses in Kiew zu schließende Abkommen würde als interpretierende Vereinbarung zu den im Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen zu gelten haben.²⁰¹ Im Friedensvertrag war nur ganz allgemein bestimmt worden, daß sich die vertragsschließenden Teile verpflichteten, ihre überschüssigen Produkte jeder Art einander zur Verfügung zu stellen.

Einen integralen Bestandteil des Vertrages bildeten die Bestimmungen des Protokolls vom 7. Februar und der Geheimvertrag zwischen der Ukraine und Österreich-Ungarn vom 8. Februar 1918 über die Bildung eines ukrainischen Kronlandes aus den von Ukrainern bewohnten Territorien der Monarchie, die nicht an die Ukrainische Volksrepublik angeschlossen worden waren. Für die österreichische Seite unterschrieben Seidler und Czernin, für die ukrainische Sevrjuk, Ljubyns'kyj und Mykola Levyc'kyj. Aufgrund dieser engen Interdependenz der drei Vertragsteile mußte bei Nichterfüllung einer Teilverpflichtung das gesamte Vertragswerk seine Gültigkeit verlieren. Auf diesen Artikel IX berief sich Österreich-Ungarn, als es weder den Friedensvertrag ratifizierte noch die Zusagen des Kronlandprotokolls erfüllte, weil die Ukraine eine Vereinbarung des Vertrages, nämlich die Getreidelieferung, nicht ganz eingehalten hatte. Dabei war allerdings klar, daß dies nicht der Hauptgrund für die Nicht-Ratifikation war, sondern hier vielmehr die Rücksichtnahme auf die Polen eine Rolle gespielt hat. Die ukrainischen Fehlleistungen dienten lediglich als Vorwand.²⁰²

Am 3. März 1918, nach der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen durch die deutsche Armee²⁰³, kam es zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Sowjetregierung und den Vierbundmächten.²⁰⁴ Rußland verzichtete auf Finnland, Estland, Livland, Litauen, Kurland, die polnischen Provinzen und die Ukraine, mit der es einen Friedensvertrag ausarbeiten mußte. Es erkannte den Vertrag vom 9. Februar zwischen der Ukraine und den Mittelmächten an und damit auch die Unabhängigkeit der Ukrainischen Volksrepublik von Rußland. Die besetzten Gebiete mußten an die Türkei zurückgegeben und einige transkaukasische Grenzgebiete übergeben werden. Die Armee war zu demobilisieren. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 wurde in ergänzter Form erneuert und der Sowjetregierung das Versprechen abgenommen, sich jeglicher politischer Agitation

201 Vom Grafen Czernin in Berlin abgeschlossene Vereinbarung über die Aufteilung der Getreidebezüge aus der Ukraine. Telephonische Mitteilung des Ministeriums des Äußern vom 9. Februar 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

202 Bihl, S. 121.

203 Hoffmann, S. 215 und Tagebuchaufzeichnung Hoffmanns vom 17.2.1918 in: Nowak, S. 185: „Ein anderer Ausweg ist nicht möglich, die Kerle schlagen sonst die Ukrainer, die Finnländer und die Balten tot, schaffen sich in Ruhe eine neue Revolutionsarmee und stiften Schweinerei in ganz Europa.“ Bezeichnend für die antideutsche Sichtweise Churchills sind seine Ausführungen über das angeblich abrupte Abbrechen der Verhandlungen durch Deutschland und den daraus folgenden Vormarsch der deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen (Churchill, *The Aftermath*, S. 84).

204 ČUBAR'JAN Brestkij mir, S. 185.

in Deutschland zu enthalten.²⁰⁵ Der Vormarsch zwischen dem 18. und 24. Februar 1918 hatte die deutschen Truppen ungefähr bis an die zukünftigen Grenzen Estlands und Lettlands gebracht. Ihr nördlicher Außenposten Narva war nur mehr ca. 160 km von St. Petersburg entfernt, was bedeutete, daß die russische Hauptstadt innerhalb weniger Tage besetzt werden konnte. Daher entschlossen sich die Sowjets am 6. März, die Regierung nach Moskau zu verlegen. Der Umzug begann sofort und betraf alle wichtigen Ämter und Institutionen. Die Frage der Ratifikation des Vertrages von Brest-Litovsk wurde durch die Zusammenkunft des Kongresses der Sowjets am 12. März geklärt. Vier Tage später ratifizierte der Kongreß den Vertrag. Sechs Tage später folgte der Reichstag in Berlin seinem Beispiel.²⁰⁶ Noch bis ganz zuletzt hatten die westlichen Alliierten gehofft, Moskau würde den Vertrag nicht ratifizieren und den Kampf gegen Deutschland wieder aufnehmen.²⁰⁷ Am 13. November 1918 erklärte die Sowjetregierung den Frieden von Brest-Litovsk allerdings für null und nichtig. Die Rote Armee erhielt daraufhin den Befehl, in die vom Deutschen Reich besetzten Gebiete einzumarschieren.

Dem ersten Frieden, der in Brest-Litovsk mit der Ukraine geschlossen worden war, kam vor allem moralische Bedeutung zu. Seine Wirkung auf die friedenssehnsüchtige Bevölkerung nach vier verheerenden Kriegsjahren darf keinesfalls unterschätzt werden. Dieser Friedensvertrag beschleunigte den Abschluß der Verträge mit Rußland und später auch mit Rumänien, bescherte Deutschland Aussicht auf die Erfüllung unmittelbarer Lebensmittelwünsche, brachte es der Verwirklichung seiner 1914 formulierten Kriegsziele im Osten näher und machte durch die Einstellung der Kämpfe an einem großen Abschnitt der Ostfront Truppen für die Westfront frei.²⁰⁸ In der Reichstagsdebatte über den Vertrag von Brest-Litovsk mit der Ukraine kam zudem deutlich zum Ausdruck, daß man sich deutscherseits von ihm erwartete, als Muster der noch abzuschließenden Verträge mit den baltischen Staaten, Finnland und Weißrußland zu dienen. Damit stellte er auch einen Schritt in Richtung eines allgemeinen Friedens dar.²⁰⁹ Allerdings erhöhte dieser Friedensschluß nicht, wie zu Beginn der Verhandlungen erhofft, den Friedenswillen der Entente.

In den ungünstigen Wirkungen, die der Friede auf die Donaumonarchie ausübte, lag jedoch ein gewisser Wermutstropfen. In der Cholmer Frage²¹⁰ konnte den Polen das

205 Russischer Text in: Dörnberg, S. 365-413; von Rauch, S. 88; Herzfeld, II, S. 186. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Einschätzung dieses Friedensvertrages durch Kennan, I, S. 370-371. Im Gegensatz zu vielen anderen hielt er den Vertrag nicht für überzogen oder gar übertrieben rachsüchtig. In Anbetracht der Umstände, daß Deutschland die Siegermacht war und die Bol'seviki anfangs auf weit günstigere Bedingungen nicht eingehen wollten, findet er es nicht gerechtfertigt, den Vertrag als „über Gebühr streng“ zu bezeichnen.

206 Kennan, I, S. 371.

207 Ullman, I, S. 82.

208 Mamatey, S. 190.

209 Horak, Der Friedensvertrag mit der Ukraine im Deutschen Reichstag, S. 22.

210 Die Cholmer Frage bildete das Hauptproblem in der Debatte des Deutschen Reichstages zum Vertrag von Brest-Litovsk. Die polnischen Abgeordneten stimmten geschlossen gegen ihn.

Selbstbestimmungsrecht nicht gewährt werden, gleichzeitig wurde es aber durch das Kronland-Projekt in die Monarchie mit hineingetragen. Dafür bekam die Regierung in Wien die Empörung der polnischen Bevölkerungsteile zu spüren. In der Literatur gibt es Stimmen²¹¹, die behaupten, Graf Czernin treffe eine Teilschuld an dem außerordentlich guten Frieden für die Ukrainer und den für Österreich-Ungarn schlechten Bedingungen. Dabei wird ihm vorgeworfen, durch seine nervöse, pessimistische Art den ukrainischen Verhandlungsführern zu offen gezeigt zu haben, wie schlecht es ohne die Getreidelieferungen um die Monarchie stehen würde. Meiner Meinung nach darf man aber keinesfalls übersehen, daß der Friede im Osten wirklich notwendig war und daß die Balance in dem Vielvölkergemisch der Habsburgermonarchie zu diesem Zeitpunkt ohnedies nicht mehr zu halten war. Zudem war Czernin den Wünschen seines Kaisers verpflichtet, der einen Friedensschluß um jeden Preis anstrebte. Er konnte sich um so weniger aus dieser Verantwortung stehlen, als er dem Kaiser nach der Sixtusbrief-Affaire noch verbundener sein mußte.²¹²

Dieser Friedensvertrag wurde auf Seiten der Entente als unfreundlicher Akt gewertet. Dabei ging es hauptsächlich um das Gebiet um Chelm, das an die Ukraine übergeben werden sollte und wodurch die Rechte der Polen beschnitten wurden. Oft wurde der Vertrag auch einfach mißverstanden, und man brandmarkte ihn als eine Ausplünderung der Ukraine. Davon konnte aber keine Rede sein, da die Mittelmächte alles, was sie ausführten, auch bezahlt haben, manchmal sogar teurer, als es eigentlich notwendig gewesen wäre.

Aber nicht zuletzt war der Vertrag ein großer Schritt nach vorn für die ukrainische Diplomatie. Zum ersten Mal seit Jahrhunderten hatte die Ukraine das internationale Parkett betreten, und sie verließ es – zumindest momentan – als Sieger. Ihre Unabhängigkeit vom Russischen Reich, oder was davon noch übriggeblieben war, wurde von den Mittelmächten und ihren Verbündeten anerkannt. Die unmittelbare Folge war der Austausch von Diplomaten und das schöne Gefühl für die ukrainischen Delegations- und Regierungsmitglieder, wieder eine politische Rolle zu spielen. Zudem war es den Ukrainern gelungen, überaus günstige Grenzkorrekturen für sich zu erreichen. Dabei hatten die Ostukrainer viel Einsatzbereitschaft für ihre galizischen Landsleute bewiesen, was die beiden Volksteile zusammenschweißte. Als ebenso erfolgreich wurde das Kronland-Projekt für die übrigen Ukrainer unter österreichisch-ungarischer Herrschaft angesehen. Letztendlich wurde die ukrainische Union zwischen Galizien und der Dnjepr-Ukraine vom 22. Januar 1918 sehr durch den Vertrag von Brest-Litovsk erleichtert. Den Polen konnten die Ukrainer zum ersten Mal seit Jahrhunderten wieder Territorium abtrotzen, was enorm zu ihrem Selbstbewußtsein beitrug. Ein günstiger Umstand für die Ukraine war weiterhin, daß sie durch die Wirtschaftsvereinbarungen zum Umschlagplatz

Dennoch wurde der Vertrag am 22. Februar 1918 durch die große Mehrheit des Reichstages angenommen.

211 John, S. 79.

212 Kühlmann, S. 534.

für den West-Osthandel werden sollte. Dies schürte jedoch in beträchtlicher Weise die Abneigung der Entente, die den Mittelmächten die Nahrungsmittellieferungen neidete und Angst vor dem deutschen Einfluß in Asien hatte. Der britische diplomatische Agent Lockart in St. Petersburg drängte darauf, die Sowjets dazu zu bewegen, den Vertrag von Brest-Litovsk nicht zu ratifizieren; allerdings erhielt er dabei keinerlei Unterstützung von London. Der englische Außenminister Balfour war der Ansicht, daß ohne ausdrückliche Bitte der Russen eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht möglich sei. Ebenso wie 1917 in der Ukraine war man nur geneigt einzugreifen, sollten sich Lenin und Trockij verpflichten, den Kampf gegen die Mittelmächte wieder aufzunehmen. Dies war aber aus zwei Gründen nicht möglich: Lenin hatte klar erkannt, daß das Volk den Frieden wollte und brauchte, und außerdem war aus russischer Sicht nicht einzusehen, warum man den westlichen „Imperialisten“ helfen sollte, wo diese sich gerade anschickten, eine japanische Intervention in Sibirien zu unterstützen.²¹³ Wilson, der sich dem demokratischen Prinzip verpflichtet fühlte, sah keinerlei Möglichkeit, etwas zu unternehmen. Er wollte den Krieg im Westen siegreich beenden, um mit der deutschen Niederlage die liberalen Elemente Rußlands freizusetzen, da er der Ansicht war, man könnte mit ihnen besser verhandeln als mit den Bol'sheviki. Solange dies nicht geschehen wäre, dachte er nicht daran, diese politischen Ereignisse, die nicht in das amerikanische Konzept paßten, anzuerkennen oder gar an ihnen teilzunehmen.²¹⁴

Die Anerkennung der Ukraine durch die Mittelmächte wurde allerdings durch eine herbe Enttäuschung seitens der Entente erkaufte. Als der diplomatische Austausch mit Berlin und Wien begann, endete derjenige zwischen der Ukraine und der Entente. In Paris beobachtete man die deutsche Politik in der Ukraine sehr genau und setzte sich vor allem mit jedem einzelnen Punkt des Vertrages von Brest-Litovsk und den folgenden Wirtschaftsverträgen auseinander. Das Londoner „War Trade Statistical Department“ schätzte, daß ca. vier bis fünf Millionen Tonnen Getreide durch die Mittelmächte aus der Ukraine herausgeholt werden könnten. Damit hatte man sich in London und Paris ebenso verschätzt wie in Berlin und Wien. Tatsächlich waren es lediglich 113.421 Tonnen aus der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, wovon nur 46.225 Tonnen auf Getreide und Mehl entfielen.²¹⁵ Auf dem Wasserwege, so schätzte die Entente im April 1918, ließen sich pro Monat ca. 300.000 Tonnen befördern. Mit großer Genugtuung wurde in Paris etwas später im Jahr 1918 festgestellt, daß der Friede die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mittelmächte nicht beseitigt hatte. Dabei stützte man sich auf Berichte aus der deutschen Presse.²¹⁶ Ebenso begrüßte man es, daß Deutschland Probleme mit dem Wechselkurs,

213 Ullman, I, S. 119–127.

214 Kennan, I, S. 376.

215 Bihl, S. 124, nach einer Tabelle von Czernin.

216 Magdeburger Zeitung (17.05.1918), Berliner Tagblatt (18.05.1918), Volksstimme (18.05.1918), Vorwärts (18.05.1918) : Ministère du blocus et des régions libérées, Comité de Restriction des approvisionnements et du Commerce de l'ennemi, 15.06.1918, in: Archives Nationales, F/23/153.

der auf Gold basierte, hatte und damit nicht genügend Manufakturwaren als Gegenleistung zu den Getreidelieferungen aufbringen konnte. Als Glücksfall für die Entente wurde auch gewertet, daß die Bol'seviki zunehmend mächtiger in der Ukraine auftraten und den Deutschen damit viele Schwierigkeiten machen konnten.²¹⁷ Obwohl es der Ukrainischen Volksrepublik gelungen war, den ersten Friedensvertrag des Weltkrieges abzuschließen, hatte sie doch für die kommenden Jahre die Möglichkeit verspielt, auf der Seite der Gewinner an den internationalen Verhandlungen teilzunehmen. Diese Tatsache sollte sie die schwer errungene Unabhängigkeit kosten.

3.3. Wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen der Ukraine und den Mittelmächten

3.3.1. *Das Mantelabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn vom 21. Februar 1918*

Gleich nach Abschluß des Vertrages von Brest-Litovsk mit der Ukraine trafen sich die Vertreter der Mittelmächte zwischen dem 14. und 20. Februar 1918 zu wirtschaftlichen Beratungen in Berlin. Dort vereinbarte man am 21. Februar das „Hauptabkommen bezüglich gemeinsamer Warenbeschaffung aus Rußland“, in dem Zweck, Geltungsgebiet, Geltung, Armee-Sonderkonditionen, Dauer, gegenseitige Überwachung der Einfuhr und der Verteilungsschlüssel für die Waren festgelegt wurden.²¹⁸

Zuvor waren sich noch die drei österreichischen Delegierten Dr. Pistor, Sektionsrat Gaertner und Präsident Reif in einer Besprechung über ihre Vorstellungen einig geworden. Die Diskussion ergab die Notwendigkeit, „bauerngängige“ Waren auf das Territorium des ehemaligen Russischen Reiches zu bringen und sie bei den Getreidekommissionären der Kriegsgetreideverkehrsanstalt (KGV) so rasch wie möglich zum Ankauf zu deponieren. Auf diese Weise wollte man auch der ukrainischen Landbevölkerung wieder Vertrauen zum Geldverkehr einflößen, da eine völlige Abdeckung des Getreidebezuges durch Warenlieferungen nicht möglich war. Für den anfänglichen Handelsverkehr sollte eine Art Notorganisation entstehen, deren Organisation das Warenverkehrsbureau übernahm. Seine Aufgabe war, dafür zu sorgen, die exportfähigen und in der Ukraine marktgängigen Waren in möglichst großem Umfang zu erfassen. Der Aufkauf sollte derartig organisiert werden, daß er im Auftrag des Warenverkehrsbureaus auf Rechnung der KGV durch diejenigen Exporteure im eigenen Namen erfolgte, mit denen das Warenverkehrsbureau einvernehmlich der KGV die bezüglichen Verträge abzuschließen

217 Ministère du blocus et des régions libérées, Comité de Restriction des approvisionnements et du Commerce de l'ennemi, Consequences d'une reprise possible des relations commerciales entre la Russie et les Empires Centraux, Nr. 1021, 05.01.1918, in: Archives Nationales, F/23/153.

218 Niederschrift über das Hauptabkommen bezüglich gemeinsamer Warenbeschaffung aus Rußland (Besprechungen vom 14.–20. 2. 1918 in Berlin), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

habe. Die Tauschwaren sollten zunächst in zu errichtende Lager in Lemberg und Černivci oder an der Grenze geschafft werden.²¹⁹

Um bei einem Friedensschluß mit Rußland und der Ukraine den sofortigen Einkauf und die Einfuhr von Getreide und Futtermitteln sicherzustellen, hatte die KGV auf Weisung des österreichischen Handelsministeriums der Leitung der Wiener Produktenbörse bekanntgegeben, daß das Handelsministerium bei dieser Aktion die Wiedereinschaltung des österreichisch-ungarischen Getreidehandels wünschte und dessen Vorschläge erwartete.²²⁰

Als Substrat wurden der Börsenleitung in Berlin verfaßte Entwürfe übergeben, die den Aufbau sowie die Organisation eines zu bildenden Syndikats, einer daraus zu gründenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung, das Vertragsverhältnis zwischen dieser und den Einkaufskommissären und das innere Verhältnis der Syndikatsmitglieder untereinander regelten. Maßgebende Vertreter des Wiener Getreidegroßhandels hatten gemeinsam mit Vertretern des Prager und Budapester Getreidegroßhandels diese Entwürfe in Wien einer Beratung unterzogen und sich daraufhin nach einer Einladung des Bundes deutscher Getreide- und Futtermittelhändler nach Berlin begeben. Nach mehrtägigen Verhandlungen konnte man eine Reihe von Ergebnissen erzielen. Dabei ließen sich die österreichisch-ungarischen Einkäufer von dem Gedanken leiten, einen Zusammenschluß sämtlicher mit dem Einkauf von russischem Getreide betrauten Firmen herbeizuführen. Man sah darin mehrere Vorteile, so zum Beispiel die Ausschaltung des „heißen“ Wettbewerbs, der unweigerlich in Preissteigerungen enden würde. Ferner wurde so eine genaue Übersicht über sämtliche Aktionen und eine einheitliche Disposition gewährleistet, die eine Ersparnis an Arbeitskräften und eine entsprechende Aufteilung der keinesfalls gleichmäßig günstig gelegenen Einkaufsstellen gewährleisten würden. Diesen österreichischen Vorschlägen stimmten die deutschen Vertreter jedoch nicht zu. Als Begründung gaben sie an, daß es ihnen nicht zugemutet werden könne, die mit einem solchen engen Zusammenschluß verbundene Haftung für die Handlungen von ihnen derzeit überhaupt noch nicht bekannten Firmen und deren Angestellten zu übernehmen. Geleitet von dieser Erwägung hatten sich noch nicht einmal die deutschen Firmen zusammengeschlossen. Ebenso ablehnend verhielten sich die Deutschen gegenüber dem Vorschlag, die Einkaufsfirmen der drei Staaten zumindest in den einzelnen Häfen zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenzuschließen.

219 Besprechung, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

220 Der österreichische Getreidehandel, ob groß oder klein, zeigte sich äußerst interessiert an dem Geschäft mit der Ukraine. Belegt werden kann dies durch unzählige Anträge von Getreidehändlern an das k. k. Ministerium für Volksernährung im Frühjahr 1918, die an das Präsidium der KGV weitergeleitet wurden. So z.B. Chaim Holländer aus Tyczyn, Galizien, am 18. Februar 1918, oder Markus Ampel aus Lundenburg, Mähren, im Februar 1918, in: Präsidium der KGV, 4. März 1918, Nr. 1640, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

Eine vollständige Einigung erzielte man darüber, einen Zentralausschuß für die geschäftliche Überwachung und die qualitative und quantitative Übernahme der eingekauften Waren in Brăila zu bilden. Ferner sollte ein Schiedsgericht zur Austragung etwaiger Streitigkeiten zwischen den Einkaufskommissären und den Regierungsstellen geschaffen werden.

Auf dieser Besprechung gaben die deutschen Vertreter weiterhin bekannt, daß sie die Gründung eines Handelsausschusses in Berlin planten. Berlin nahm in ihren Überlegungen gegenüber Wien und Budapest deshalb die erste Stelle ein, weil Nordrußland und Polen in die ausschließliche Einflußsphäre Deutschlands fielen und weil man in Berlin wegen der besseren telegraphischen Verbindung rechtzeitig über die Berichte der Einkaufskommissionäre verfügen und die Marktlage überblicken konnte. Die deutschen Vertreter des Getreidehandels erklärten ferner, ihnen sei aus Regierungskreisen zu Ohren gekommen, die drei Regierungsstellen planten die Einrichtung einer Preiserstellungskommission in Brăila. Hier plädierten die Deutschen wiederum dafür, diese Organisation ebenfalls nach Berlin zu verlegen. Die österreichischen Delegierten hingegen hielten Wien für die einzige Möglichkeit, da von hier aus die Überwachung des gesamten Donauverkehrs am besten möglich wäre.

Mit einer gewissen Schärfe vermerkte der österreichische Berichtersteller Kohn: „Schon aus den bisherigen Darlegungen des Ganges der Unterhandlungen geht hervor, daß die deutschen Getreidefirmen bei dem ins Leben zu rufenden russischen Einfuhrhandel eine überragende Stellung für sich in Anspruch nehmen, die ihnen in dem vorliegenden Falle keineswegs zukommt.“²²¹ Österreich stellte sich auf den Standpunkt, die Deutschen hätten ihre Handelsüberlegenheit aus der Vorkriegszeit keineswegs in die Kriegszeit mit hinüberretten können. Mit Ausnahme einiger weniger deutscher Firmen, die über ihre eigene Einkaufsorganisation in Rußland verfügten, wickelten die Deutschen sogenannte „cif-Geschäfte“ ab, d.h. Getreide wurde gegen Vorlage von Konnossementen²²² in Hamburg, Berlin oder anderswo eingekauft. Zu diesem Zeitpunkt bestand allerdings keine Organisation in Rußland mehr, die dem ins Auge gefaßten Getreideeinkauf dienstbar gemacht werden könnte. Jetzt würde der Getreidehandel vielmehr ausschließlich die Rolle eines, wie es damals hieß, Einkaufskommissionärs zu bekleiden haben, da die Regierungen Kapital und Transportmittel beistellten, so daß das in Friedenszeiten ausschlaggebende Moment eines sehr bedeutenden Risikos wegfiel. Die Österreicher nahmen nun den Standpunkt ein, daß speziell als Einkaufskommissionär der mit dem Balkan- und auch russischen Getreidegeschäft seit Jahrzehnten vertraute österreichische Getreidehandel dem deutschen in jeder Beziehung gewachsen war.²²³

221 Bericht des Präsidenten der Produktenbörse M. Kohn über die Berliner Verhandlungen wegen Regelung des Getreidebezuges aus der Ukraine, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57, ohne Datum.

222 Dabei handelte es sich um Seefrachtbriefe, einer vom Schiffer nach Empfang des Gutes ausgestellten Urkunde, die ihn verpflichtete, das Gut dem berechtigten Inhaber des Konnossementes nach Beendigung der Reise auszuhändigen.

223 Zu dem Gesamtkomplex der Verhandlungen der Getreidehändler der Mittelmächte in Berlin:

Bei dem am 21. Februar 1918 abgeschlossenen Mantelabkommen²²⁴ handelte es sich um das Ergebnis von Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Österreich-Ungarns bei der Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit den einzelnen Teilen des ehemaligen Russischen Reiches. Dabei stellte man folgendes fest:

Für die Verteilung der Getreideeinfuhr aus der Ukraine blieb eine am 5. Februar 1918 in der Reichskanzlei getroffene Vereinbarung maßgebend. Der für den Wasserweg vereinbarte wechselnde Schlüssel galt auch für den Landweg. Alle für die Ukraine getroffenen Abreden galten auch für die übrigen Gebiete des alten Russischen Reiches. Hülsenfrüchte, Ölsaaten, Öle und Fette, Fleisch, Vieh, Eier und andere in der Vereinbarung vom 5. Februar 1918 nicht benannte Nahrungsmittel wurden derart geteilt, daß Deutschland sechs und Österreich-Ungarn vier Teile erhielt. Diese Abmachungen hatten bis zum 31. August 1918 zu gelten. Finanzverträge zur Beschaffung von Zahlungsmitteln mit einer staatlichen Stelle bedurften des gemeinsamen Einverständnisses der beiden Mittelmächte. Als solche staatliche Stellen galten auch privilegierte Banken, staatlich genehmigte Ausfuhrorganisationen und ähnliche öffentliche Organisationen.

Die zuständigen Ministerien in Deutschland und Österreich-Ungarn sollten auf Anregung der „Zentralstelle für russische Zahlungsmittel“ jeweils über die Reihenfolge der zu beschaffenden und einzuführenden Waren nach der Dringlichkeit sowie nach den verfügbaren Beförderungs- und Zahlungsmitteln Vereinbarungen treffen und der genannten Zentralstelle als auch den mit der Abwicklung der Beförderung betrauten Stellen entsprechende allgemeine oder besondere Anweisungen erteilen.

Für Rohstoffe wurde bei den Verhandlungen zum Mantelabkommen vom 21. Februar 1918 eine Dringlichkeitsliste erstellt.²²⁵ Zur gemeinsamen Überwachung der Einfuhr entsandte Deutschland in die österreichisch-ungarischen Stellen, welche die Grenzübernahme überwachten, Vertreter und umgekehrt die Österreicher ihre Vertreter in die deutschen Stellen.

Soweit bei einzelnen Punkten nichts anderes festgesetzt wurde, galten die getroffenen Vereinbarungen bis zum 31. Dezember 1918, falls nicht vorher ein Friedensschluß mit den Ententemächten stattfände.

Nachdem nun die Genehmigung des Abkommens mit Deutschland in Wien durchgegangen war, wollte die österreichische Seite so schnell wie möglich zum Abschluß

Bericht des Präsidenten der Produktenbörse M. Kohn über die Berliner Verhandlungen wegen Regelung des Getreidebezuges aus der Ukraine, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57, ohne Datum.

224 In: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

225 1. Rohgummi, Gummireifen, Altgummi; 2. Japankampfer, Asbest, Glimmer; 3. Fertige Stoffe und Konfektionsartikel, Benzin und Schmieröl, Schwefelkies und Eisenmangan; 4. Sämtliche Textilrohstoffe; 5. Lumpen und Textilabfälle; 6. Manganerze; 7. Platin, Zinn, Nickel, Kupfer und andere nicht ausreichend vorhandene Metalle („Sparmetalle“); 8. Stiefel; 9. Häute, Felle, Leder; 10. Phosphate; 11. Phosphorarme Eisenerze; 12. Nutzhölzer; 13. Korkhölzer und Fabrikate daraus.

eines Liefervertrages mit der Ukraine kommen. Damit diese ein Interesse daran hatte, daß Österreich-Ungarn bei den Getreidelieferungen nicht zu kurz käme, hatte man vor, den ukrainischen Delegierten zu verstehen zu geben, daß Wien die Gesamtmenge der gelieferten Getreideüberschüsse aufgrund des mit Deutschland vereinbarten Schlüssels nach jenen Lieferungen berechnen würde, die aus der Ukraine nach Österreich-Ungarn gelangten. Weiterhin bedurften die Verhandlungen mit Kiew einiger interner Vorbereitungen. Die Warenmenge, Art und Preise, zu deren Lieferung sich die Ukraine den Mittelmächten gegenüber verpflichtet sollte, mußten festgesetzt werden. Umgekehrt mußte festgestellt werden, zu welcher Warenmenge und zu welchem Preis Österreich-Ungarn sich zur Lieferung an die Ukraine bereithalten könnte. Zudem ging es um die Festlegung des Ortes und der Zeit für die Verhandlungen. Die aus Berlin nach Wien gereisten ukrainischen Delegierten mußten sich schon nach zwei Tagen zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litovsk begeben. Der Friedensschluß zwischen der Ukraine und Rußland bildete eine unerläßliche Voraussetzung für die Durchführung des geplanten Warenaustausches und für die Einkäufer der Mittelmächte in der Ukraine. Es war beabsichtigt, die ukrainischen Delegierten nach Beendigung der Verhandlungen in Brest-Litovsk wieder nach Wien einzuladen, um dort das Studium der österreichischen kriegswirtschaftlichen Organisationen fortzusetzen. Dort wollten die Mittelmächte dann auch gleich die Lieferverträge mit den Ukrainern abschließen.

Da die Lebensmittelversorgung aus der Ukraine von dringender Notwendigkeit war und es andererseits auch wünschenswert erschien, schon vor der Aufnahme der Verhandlungen Informationen über die Verhältnisse in der Ukraine zu sammeln, schien es den Verantwortlichen erforderlich, so bald wie möglich die Einreise von Vertrauensleuten in die Ukraine zu ermöglichen. Dabei sollten sich militärische Vertreter sowie Repräsentanten der österreichisch-ungarischen Organisationen in die von deutschen Truppen besetzten ukrainischen Gebiete begeben. Ferner ging es um die Entsendung geeigneter Organe in die vor den österreichischen Linien liegenden ukrainischen Gebiete mit der Aufgabe, möglichst weit vorzudringen und im ständigen Kontakt mit der entsendenden Stelle zu bleiben. Die Ausnützung des kleinen Grenzverkehrs sollte zum Zwecke des Warenaustausches unbedingt gefördert werden. Durch diese Maßnahmen wollte man den Warenbezug aus der Ukraine noch vor Abschluß des Liefervertrages ankurbeln.

Einer der Hauptpunkte der österreichischen Planung bestand in der Vorbereitung des Warenbezuges im großen Maßstab. Die Vorbedingung hierfür bildete die „Pazifizierung“ der Ukraine. Zum Teil geschah dies bereits durch das Vorrücken der deutschen Truppen. Obwohl nach dem Berliner Abkommen die in den besetzten Gebieten der Ukraine zugänglichen Waren beiden Mittelmächten zukommen sollten, befürchteten die Österreicher dennoch, wenn sich Österreich-Ungarn nicht an der militärischen Aktion beteilige, beim Warenbezug trotz aller Vereinbarungen über Verteilungsschlüssel ins Hintertreffen zu geraten. Auch wäre zu diesem Zeitpunkt alles Erforderliche für den Verkehr über das Schwarze Meer vorzubereiten. Dabei müßten die russischen Bahnen zu den Häfen in Betrieb genommen und die Fluß-Schifffahrt organisiert werden, die Umschlageneinrichtungen in den Häfen am Schwarzen Meer in Betrieb genommen und die öster-

reichischen Schiffe wieder flottgemacht werden. Desgleichen war noch die Einreise der österreichischen Vertreter der Zentralorganisationen und des Handels zu regeln.²²⁶

3.3.2. *Das Paßwesen und die Passierschein-Bestimmungen für die Einreise in die Ukraine*

Am 21. Februar 1918 fand die Schlußsitzung der Verhandlungen über das gemeinschaftliche Vorgehen Deutschlands und Österreich-Ungarns bei der Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit den einzelnen Teilen des ehemaligen Russischen Reiches statt.²²⁷ Dabei wurde auch das Grenzpaßwesen in einer gesonderten Anlage geregelt. Es bestand das Einverständnis unter den Vertragspartnern, daß zu dieser Vereinbarung auch die in der Zwischenzeit besetzten Gebiete Bessarabien, Krim, Taurien und das Don-Gebiet gehörten. Ebenso zählte der Kaukasus dazu, obwohl er nicht besetzt war. Am 19. April 1918 regelten die Mittelmächte den Reiseverkehr mit der Ukraine durch eine Anlage, die ihrem Wirtschaftsabkommen vom 23. April hinzugefügt wurde. Man war sich über den beiderseitigen Wunsch, möglichst bald zu freiem und ungehindertem Reiseverkehr zu gelangen, einig. Die Mittelmächte hoben jedoch hervor und die Ukraine erkannte an, daß sie in Anbetracht des Weltkrieges genötigt waren, die Einreise nach Deutschland und Österreich-Ungarn aus militärischen und politischen Gründen von besonderen Vorsichtsmaßnahmen abhängig zu machen und in engsten Grenzen zu halten. Deshalb wurde die freie Ausreise vieler Personen weder durch die Mittelmächte noch durch die Ukraine gestattet. Deutschland und Österreich-Ungarn behielten sich vor, die Einreise ukrainischer Staatsbürger in ihre Gebiete in jedem Einzelfall von der besonderen Bewilligung der hierfür kompetenten Zentralstellen in Berlin, Wien und Budapest abhängig zu machen. Das gleiche Privileg wurde jedoch der Ukrainischen Volksrepublik nicht zugestanden. Allerdings erhielt sie das Recht, die Entfernung von ausländischen Zivilpersonen, die auf ihrem Gebiet gegen die staatliche Ordnung der Ukraine verstoßen hatten, zu verlangen. Die Mittelmächte erklärten sich allerdings bereit, die ukrainische Regierung ständig über die erteilten Einreisevisa in die Ukraine auf dem laufenden zu halten.²²⁸

Im September 1918 wurden diese Bestimmungen des Reiseverkehrs in einem Abkommen erneut bestätigt. Hinzu kam lediglich ein Passus, der ein kleines Entgegenkommen seitens der Mittelmächte signalisierte. In §3 erklärten sie sich bereit, das Verfahren für folgende Personen zu beschleunigen: erstens für Organe der ukrainischen Regierung und sonstiger ukrainischer öffentlicher Institutionen, die im Auftrag der Regierung reisten; zweitens für Personen, die im ukrainischen Wirtschaftsleben tätig waren und sich für ihre

226 II. Verhandlungen mit der Ukraine, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

227 Vereinbarungen zwischen dem Reiche und Österreich-Ungarn über Lieferungen aus dem ehemaligen Russischen Gebiet. In: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

228 Anlage 19, Vereinbarungen über die Regelung des Reiseverkehrs (Wirtschaftsabkommen Ukraine – Deutschland und Österreich-Ungarn vom 23. April 1918), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

beabsichtigte Reise durch eine vom Handelsministerium befürwortete Empfehlung öffentlicher Organisationen auswies; drittens in besonders rücksichtswürdigen oder eiligen Fällen.²²⁹

Am 26. Juli 1918 wurde der KGV in Wien vom k. u. k. Armeeoberkommando (AOK) eine Regelung des Reiseverkehrs von und nach der Ukraine, die „Ukr. Nr. 1162 Reisebestimmungen“, übersandt. Diese sollte „den Reiseverkehr zwischen der Monarchie und der Ukraine einheitlich gestalten, auftauchenden Zweifeln begegnen und dem im kleinen Grenzverkehr beobachteten Mißständen steuern“.

Dieses betraf die Ausreise aus der Monarchie und dem Militär-Generalgouvernement Polen sowie aus den anderen okkupierten Gebieten in die Ukraine. Dabei wurde unterschieden zwischen Militärpersonen in Uniform und Zivilpersonen. Für dienstlich reisende Militärpersonen in Uniform war ein „offener Befehl“ erforderlich. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß zu seiner Ausstellung nach der Ukraine die Zustimmung des Armeeoberkommandos (AOK) oder des Kriegsministeriums (Präsidialbüro) erforderlich war. Lediglich die „offenen Befehle“, die von den Formationen der Ostarmee ausgestellt wurden, bildeten hier eine Ausnahme. Reisen von Zivilpersonen in militärischem Interesse waren nur mit einem „offenen Befehl“ des Armeeoberkommandos (AOK) und mit einem gültigen Reisepaß möglich.

Für Zivilpersonen war ein ordnungsgemäß ausgestellter Reisepaß mit einer Gültigkeitsdauer bis zu sechs Monaten und ein Militärpassierschein in grüner Farbe, ausgestellt von der Paßstelle des Armeeoberkommandos (AOK) Wien, notwendig. In dringenden Fällen konnte der grüne Passierschein durch die Abschrift einer telegraphischen Bewilligung des Armeeoberkommandos (AOK) ersetzt werden.

Alle Kartellvertreter, Kommissionäre, Händler etc., die aus wirtschaftlichem Interesse in die Ukraine reisten, mußten zudem noch einen festgesetzten Ausweis erbringen. Dabei handelte es sich um eine Aufschrift in roter Farbe auf den normierten Ausweisen: „Nur gültig [sic!] mit dem Reisepass Nr./ Offenen Befehl Nr. (...) von (...)“. Zukünftig sollten auch die deutschen Einkäufer nur mehr mit einer derartigen Aufschrift im Paß zugelassen werden. Alle anderen Reisenden in wirtschaftlichen Angelegenheiten erhielten einen Ausweis vom österreichischen Warenverkehrsbüro bzw. von einer vom ungarischen Handelsministerium zu delegierenden Stelle, die vom Kriegsministerium (Präsidialbüro) bzw. königlich ungarischen Landesverteidigungsministerium, der Landstelle Lemberg oder der „Schwarz-Meer-Stelle Brăila“ vidiert sein mußte.

Die Vertreter des Transitkontors jedoch erhielten zur ungehinderten Ausübung ihrer Tätigkeit im Bereich der Land- und Grenzstellen einen besonderen Ausweis. Privatreisende sollten in der Regel aus diesen Gebieten ferngehalten und nur in sehr wichtigen Familien- und Vermögensangelegenheiten, ausgestattet mit Reisepaß und grünem Passierschein,

229 Anlage 7, Vereinbarung über die Regelung des Reiseverkehrs vom 9. September 1918 (Niederschrift über ein Wirtschaftsabkommen zwischen dem ukrainischen Staate einerseits sowie Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits für das Wirtschaftsjahr 1918/19), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

durchgelassen werden. Für Reisende aus dem Militär-Generalgouvernement Polen war die Bewilligung der dortigen Militärverwaltung und der Paßstelle des Armee-Oberkommandos, für solche aus Wolhynien die Bewilligung des 4. General-Kommandos und der Paß-Stelle des Armeeoferkommandos (AOK) einzuholen.

Den kleinen Grenzverkehr regelten ebenfalls genaue Bestimmungen. Für die Ausstellung von Grenzausweisen waren das 4. Generalkommando, das sich zu diesem Zweck mit der politischen Landesstelle absprechen mußte, und ebenso verschiedene Bezirkshauptmannschaften, die „exponierten“ politischen Kommissäre und der „exponierte“ Polizeikommissär in Pidvoločys'k zuständig.

Diese Grenzausweise waren höchstens für acht Tage gültig und mußten ein Paßbild tragen. Sie durften nur für den Raum westlich der Linie Lipcani – Kam-janec'-Podil's'kyj – Smotryč – Kuz'myn – Kupil' – Lanivci und von da ab bis zur Grenze des österreichisch-ungarischen Operationsgebietes in der Ukraine ausgestellt werden. Es war Sache des Oberkommandos Ost sicherzustellen, daß diese Linie nicht von den Händlern überschritten wurde. Geschah dies dennoch, sollten diese sofort der zuständigen Bezirkshauptmannschaft übergeben werden. Ihre Namen wurden aufgenommen und dem 4. Generalkommando übersandt, das wiederum den Auftrag hatte, die Grenzorgane anzuweisen, diesen Personen keine Ausweise mehr auszustellen.

Die Ausstellung von kurzfristigen Grenzausweisen in die Monarchie, also nach Galizien und die Bukowina, lag vollständig in den Händen von k.u.k. Truppenkommandos und k.u.k. höheren Kommandanten sowie k.u.k. Etappenstationskommandos in der Ukraine.

Die Westgrenze der Bezirkshauptmannschaften Zastavna, Kicman', Vaškivci, Siret, Suceava und Gura Humorului sollte durch die Gendarmerie eingehend überwacht werden, damit nicht unberechtigte Elemente in die westlicheren Gebiete der Monarchie gelangen konnten. Zuwiderhandlungen wurden mit strengen Strafen geahndet.

Mit den Erlassen des K. K. österreichischen Handelsmuseums vom 7. August 1918²³⁰ und des K. K. Amtes für Volksernährung vom 8. August 1918²³¹ wurde die Gültigkeit der grünen Passierscheine, die vom Armeeoferkommando (AOK) für die Ukraine ausgestellt wurden, mit einer Gültigkeitsdauer bis zu sechs Monaten ausgestattet. Auf diesen Passierscheinen konnte ferner ein Vermerk angebracht werden, wonach ein mehrmaliges Überschreiten der Grenze während der Gültigkeitsdauer des Passierscheines gestattet war. Passierscheine konnten auch von den k.u.k. Paß-Stellen in Kiew und Odessa verlängert werden, nicht jedoch über eine Gesamtgültigkeit von mehr als sechs Monaten. Dies war

230 No. 20341 / II – 3 K. K. Österreichisches Handelsmuseum an das K. K. Amt für Volksernährung Wien, Passierscheine in die Ukraine, Verlängerung (Vereinbarungen zwischen dem Reiche und Österreich-Ungarn über Lieferungen aus dem ehemaligen Russischen Gebiet), in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

231 Zl. 112508 (Dept.18) K. K. Amt für Volksernährung an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt Wien, Regelung des Reiseverkehrs von und nach der Ukraine (Vereinbarungen zwischen dem Reiche und Österreich-Ungarn über Lieferungen aus dem ehemaligen Russischen Gebiet), in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

nur in der Heimat möglich. Im äußersten Notfall jedoch, wenn es um staatliche oder wirtschaftliche Interessen ging, konnten die Paßstellen den Passierschein um nochmals drei Monate verlängern. Grundsätzlich wurde jedoch darum gebeten, Passierscheine nicht immer gleich für die Höchstdauer von sechs Monaten auszustellen, sondern dies vom jeweiligen Einzelfall abhängig zu machen.

Da in dieser Zeit Österreich-Ungarn, insbesondere Galizien, mit Einkäufern aus der Ukraine überschwemmt wurde, was die Exportpreispolitik beeinflusste und wodurch die Schmuggelgefahr rapide anstieg, wies man darauf hin, die Einreise von Ukrainern nach Möglichkeit zu kontingentieren. In diesem Zusammenhang wurde auch das k.u.k. Außenministerium ersucht, seine Vertretungen in Kiew und Odessa anzuweisen, die Erteilung von Einreisebewilligungen für ukrainische Staatsangehörige in die Monarchie tunlichst zu beschränken.

Am 16. Februar 1918 fand eine Konferenz über Paßfragen und Fragen der Aufkäufer statt. Anwesend waren vom Reichswirtschaftsamt Dr. von Wiedfeldt, Regierungsrat Waldeck und Dr. Frenzel neben mehreren österreichisch-ungarischen Sachverständigen. Bei dieser Grundsatzbesprechung erzielten die deutschen und österreichisch-ungarischen Teilnehmer eine Übereinstimmung in folgenden Punkten, die später als Zusätze zum Berliner Übereinkommen vom 27. Juli 1918 zu gelten hatten: Der deutsch-russische sowie der österreichisch-ungarisch-russische Handelsreiseverkehr sei zu kontingentieren und zu zentralisieren. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen sei die Zahl der in die Ukraine einreisenden Einkäufer möglichst niedrig zu halten. Überhaupt sollten nur solche Einkäufer Pässe dorthin erhalten, die nach Erfahrung, Kenntnissen und taktvollem Auftreten geeignet erschienen und über besondere langjährige Beziehungen in der Ukraine verfügten. Die Zahl sollte in angemessenem Verhältnis zu der Bedeutung der einzuführenden Waren stehen und nach den Wünschen der einzelnen Warengruppen bzw. der hierfür bestehenden Kartelle unter Rücksicht auf die Verteilungsschlüssel festgesetzt werden. Überdies sollte in den beteiligten Staaten eine möglichst einheitliche und nach denselben Grundsätzen erfolgende eingehende Prüfung der Aufkäufer auf ihre handelswirtschaftliche Eignung durchgeführt werden. Die bis dato besprochenen Passierscheine der k.u.k. Verwaltung hatten auch für die deutschen Einkäufer Gültigkeit. Alle Personen, die zu Verkaufszwecken in die Ukraine einreisten, mußten sich bei den Obersten Militär-Kommando-Stellen in Kiew oder Odessa melden und erhielten dort einen von diesen beiden Stellen ausgestellten Ausweis. Für die handelswirtschaftliche Prüfung der Einkäufer und die Erteilung der Reiseerlaubnis bestimmte Österreich als Zentralstelle das Referat 26 im Generalkommissariat für Übergangswirtschaft, Deutschland das Reichswirtschaftsamt, Russische Abteilung. Ungarn richtete ebenfalls eine derartige Zentralstelle im Übergangsministerium ein. Jede dieser Stellen führte ein Verzeichnis der gewährten Einreiseerlaubnisse in Form einer Kartothek nach dem gleichen Schema. Die genannten Ämter verpflichteten sich zum ständigen Informationsaustausch. Dies war nötig, da der Einreiseerlaubnisschein zur Rückkehr aus Rußland über jede beliebige Vermittlungsstelle berechnete. Hierhin wurden Verbindungsbeamte abgeordnet, so auf die österreichischen und ungarischen Vermittlungsstellen ein deutscher, auf die deutschen

jeweils ein österreichischer oder ungarischer Offizier. Der Hauptverkehr mit Einreiseerlaubnis nach Rußland sollte über den deutschösterreichischen Grenzbahnhof Teschen abgewickelt werden. Die Aufgabe der Vermittlungsstellen war es, die Einkäufer auf das ihnen bestimmte Gebiet anzusetzen und auf die für die Einreise geeigneten Stellen hinzuweisen. Ferner durften sie nicht lange festgehalten werden.

Die Zentralstellen wurden verpflichtet, sich gegenseitig über die einreisenden Ukrainer und mittels beigefügter Photographie auf dem laufenden zu halten. Zur Spionageabwehr sollten noch gesonderte Vorkehrungen getroffen werden.

3.3.3. *Die Wirtschaftsverhandlungen in Kiew*

Wie bei den Verhandlungen zum Vertrag von Brest-Litovsk bereits zu erkennen war, handelten die Mittelmächte aus einer gewissen Notlage heraus. Der „Brotfrieden“ war zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands und Österreich-Ungarns und für die Verlegung von Truppen an die Westfront unbedingt notwendig. Berlin und Wien setzten große Hoffnungen auf die Ukraine. Ein Frieden mit ihr sollte Lenin und seine Bol'sheviki endlich zum Vertragsabschluß mit den beiden Kaiserreichen bewegen. Tatsächlich sah man aber die Ukraine auch als ein gigantisches Warenhaus an, von dem man die Befriedigung sämtlicher Wünsche und die Lösung aller Probleme erwartete. Und natürlich gedachte man in der anfänglichen Euphorie, auch gute Gewinne einfahren zu können. So setzten die Vertreter der Mittelmächte in Kiew alles daran zu verhindern, daß eine ukrainische Wirtschaftsdelegation nach Wien, Budapest und Berlin entsandt wurde, um sich dort ein Bild von den Produkten, ihre Herstellung und ihren Preisen zu machen. Oberleutnant Robitsek, ein Mitglied des Subkomitees für Waren-Ausfuhr-Verkehr mit der Ukraine, schrieb, dieses liege nicht im Interesse Österreichs, das seine Erzeugnisse so teuer wie möglich verkaufen möchte. Er äußerte außerdem die begründete Vermutung, daß sich die Kommissionsmitglieder persönlich bereichern wollten.²³² Die Zentralmächte zogen sich immer wieder mit dem Verweis auf den andauernden Kriegszustand aus der Affaire und verschoben so die Abreise der Kommission.²³³ Später im Jahr 1918 mußte noch folgendes Moment bedacht werden: Die Warenbezüge der Zentralmächte erreichten bis Ende August etwa die Höhe von einer Milliarde Rubel, eine Summe, der, selbst bei starkem Hinaufschrauben der Preise für die Waren der Mittelmächte, wahrscheinlich kaum ein Drittel dieses Betrages entgegengesetzt werden konnte. Als einzigen großen Gegenposten konnte man lediglich die Kosten für den Feldzug gegen die Bol'sheviki sehen. Die Zentralmächte wollten die Kosten für Mannschaften, Offiziere, Munition etc. zurückfordern. Ukrainischerseits hatte man vor, diese Angelegenheit in einer Militärkonvention zu regeln. Darin sollte eine Klausel enthalten sein, daß die Truppen der Mittelmächte das Land zu

232 Bericht Wimmers aus Kiew an Wien vom 30.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

233 Bericht Nr. 18 aus Kiew vom 06.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

verlassen hatten, sobald die ukrainische Regierung dies wünschte. Der Leiter der KGV Dr. Friedrich Gaertner meinte, daß die beiden Heeresleitungen dazu nicht leicht gewonnen werden könnten, womit er sicherlich Recht hatte. Seiner Auffassung nach schien es aber vom rein finanziellen Standpunkt sehr wünschenswert, wenn den Ukrainern in absehbarer Zeit wenigstens Berechnungsgrundlagen für die Höhe ihrer Schulden an die Mittelmächte gegeben und daraufhin a conto-Zahlungen angefordert würden. „Es dürfte sich empfehlen, auf das Armeeoberkommando (AOK) und das Kriegsministerium Einfluß zu nehmen, damit die Berechnungsgrundlagen, die natürlich mit Deutschland vereinbart werden müßten, entsprechend hoch angesetzt werden, da auf der anderen Seite die Ukraina uns so enorme Preise für unsere Bezüge in Anrechnung bringt.“²³⁴

Profit zu machen war ein Wirtschaftsziel, hingegen hatte man auch politische Vorstellungen, was man mit dem in der Ukraine gewonnenen Getreide unternehmen wollte. Ganz oben auf der Prioritätsliste stand hierbei der Wunsch, in die neutralen Staaten zu exportieren, um diese für die Mittelmächte und ihre Sache zu gewinnen. Bei einer Sitzung der Zoll- und Handelskonferenz am 28. Februar und am 1. März 1918 im österreichisch-ungarischen Außenministerium erreichte die Herren eine Mitteilung, daß die Schweiz, um Getreide von den Mittelmächten zur Verbesserung ihrer Versorgungslage zu bekommen, bereit wäre, ihre Verbindungen mit der Ukraine und Südrubland und ihre wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte der Monarchie zur Heranziehung des ukrainischen Produktionsüberschusses zur Verfügung zu stellen. Der Vertreter des Handelsministeriums fügte hinzu, daß es sich mit den Niederlanden ähnlich verhalte und man davon ausgehen könnte, daß ein kluges Vorgehen in der Ukraine und in Rumänien Österreich-Ungarn in die Lage versetzen werde, die neutralen Staaten aus den Überschüssen dieser Gebiete zu versorgen. Das Fernziel dabei war, Mitteleuropa im wesentlichen aus dem Osten zu versorgen und so den Wirtschaftskrieg für sich zu entscheiden.²³⁵

Im April 1918 wies Geheimrat Riedel in einer Sitzung der Zoll- und Handelskonferenz erneut auf die Bedeutung der Ukraine für die Ernährung der Neutralen hin und gab seiner Hoffnung Ausdruck, Lebensmittel nach der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen zu exportieren. Allerdings zeichnete sich bereits ab, daß die Exportkapazität der Ukraine dazu wohl nicht ausreichen würde.²³⁶

Als die Vertreter der Mittelmächte zu diesem Schluß gelangt waren, hatten sie auch schon herausgefunden, daß es noch mannigfaltige Schwierigkeiten gab, die man in der anfänglichen Freude über den Vertragsabschluß nicht voraussah oder nicht voraussehen wollte. Waren die jungen Vertreter der Zentralrada in Brest-Litovsk noch forsch und

234 Bericht Nr. 7 aus Kiew vom 16.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

235 Aufzeichnung über die am 28. Februar und 1. März 1918 im k. u. k. Ministerium des k. u. k. Hauses und des Äußern abgehaltene Sitzung der Zoll- und Handelskonferenz, betreffend den Abschluß eines Liefervertrages mit der Ukraine, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

236 Bericht Nr. 6 aus Kiew an Ministerpräsident Ritter von Seidler vom 09.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

selbstsicher aufgetreten, stellte sich nun parallel zum militärischen Vormarsch in der Ukraine immer mehr heraus, daß die Zentralrada so gut wie keine Autorität besaß. Ende März erreichte den Vorsitzenden des Gemeinsamen Ernährungsausschusses in Wien, Generalmajor Ottokar Landwehr Edler von Pragenau, ein Bericht aus Kiew. Die politischen Verhältnisse dort waren sehr unbefriedigend, das ukrainische Ministerium hatte keine reelle Macht in Händen, die Großgrundbesitzer flüchteten vor dem Terror in die Hauptstadt. Erst seit einiger Zeit hatten wenige von ihnen den Mut, auf ihre Güter zurückzukehren, dies aber auch nur in die westlichen, an Galizien angrenzenden Gebiete Podoliens. „Allgemein sagt man, daß der Bauer doch nur einen Zaren haben wollen wird, d.h. es könnte also hier noch einen Systemumsturz geben, der neuerlich Unruhen bringen müßte“, so hieß es in dem Bericht.²³⁷ In vollkommener Übereinstimmung mit dieser Einschätzung der Lage befand sich auch der Bericht des Ritters von Wimmer an Ticho in Wien: „Im übrigen sind die Verhältnisse hier vollkommen ungeklärt; es gibt nahezu keinen Postverkehr, nur russische Briefmarken; als Geld zirkulieren die verschiedensten Noten, wobei im allgemeinen sehr gerne deutsches und österreichisches Papiergeld genommen wird.“²³⁸

Das weitere Vordringen der Truppen der Mittelmächte stieß auf zunehmenden Widerstand. Die ungeordneten Verhältnisse im Land erschwerten zusätzlich die Getreideaufbringung. Selbst Kiew als Sitz des Generals von Linsingen war durchaus nicht friedlich, da sich Tausende russischer Soldaten in der Stadt befanden. Das Haus, in dem der österreichische Botschafter Graf Forgách zusammen mit dem größten Teil der Kommissionsmitglieder wohnte, wurde von einem Zug deutscher Infanterie bewacht.²³⁹ Die ukrainische Regierung, so bemängelten die Mittelmächte, war etwas realitätsfremd und zeigte keinerlei Verständnis für ihre Situation. Das schlechte Zusammenspiel mit den Zentralmächten verdeutlichten die Besprechungspunkte mit der ukrainischen Regierung: „Eilig waren der Regierung bisher nur Verhandlungen über Vorschüsse sowie eine ihr nicht angenehme Kursfestsetzung durch die Deutschen; ebenso behelligt man den Botschafter täglich durch Beschwerden wegen Requisition durch die Truppen.“²⁴⁰ Der Ton dieser Berichterstattung verrät sehr viel über die in Kiew aufkommende gereizte Stimmung. Schon zu Beginn des Monats April berichtete denn auch Wimmer an Forgách, daß er die Situation für vollkommen unklar halte und jederzeit mit einem Regierungswechsel rechne.²⁴¹

Die Schwierigkeiten, die in den Verhandlungen mit der Ukraine zunehmend auftraten, bestärkten die Mittelmächte immer mehr, ihre eigene Organisation zur Aufbringung des

237 Situationsbericht aus Kiew an Generalmajor Ottokar Landwehr Edlen von Pragenau vom 24.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

238 Wimmer an Ticho vom 24.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

239 Ein Zug bestand aus einem Offizier, drei Unteroffizieren und 30 Mann in drei Gruppen.

240 Bericht Nr. 2 aus Kiew vom 27.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

241 Bericht Nr. 17 aus Kiew vom 06.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

Getreides zu schaffen. Da einige der Ernährungskomitees in den Ortschaften funktionierten, gedachte man, diese als Basis für die Zwecke der Mittelmächte einzusetzen.

„Aber mit diesen Komitees allein wird die Sache gewiß nicht gehen; unsere Handelsorganisation wird als Unternehmer unbedingt eingeschaltet werden müssen, und ebenso muß unser militärischer Apparat leitend, unterstützend und insbesondere die Transporte regulierend mitwirken. In dieser Richtung ist nun von der Kiewer Regierung möglicherweise ein gewisser Widerstand zu befürchten, da aber die Regierung auf diesen Apparat nach den Berichten kaum mehr als einen formellen Einfluß besitzt, könnte man sich notwendigenfalls darüber hinwegsetzen. [...] Ebenso ist das Eisenbahnpersonal seit Monaten unbesoldet, was bereits zu Streiks geführt hat. Ein Angebot unsererseits, das Personal zu besolden, wurde von der Regierung vorläufig abgelehnt.“ Es schien zudem ein gewisser Gegensatz zu den deutschen Auffassungen zu bestehen: „Wenn man daher eine Politik macht, die zu einem mehr oder minder freiwilligen Rücktritt des Ministerpräsidenten Holubowicz [=Vsevolod Holubovyč] führt, muß man sich auch die Frage vorlegen, was danach kommen wird. Herr von Wassilko sieht die Möglichkeit einer der Idee der ukrainischen Volksrepublik geneigten sozialdemokratischen Kabinetts mit welchem wir wahrscheinlich besser vorwärts kommen würden als der jetzt am Ruder befindlichen Gruppe, voraus. Dagegen würde eine mehr bürgerliche Richtung zweifellos die ukrainische Unabhängigkeit nicht in dem Maße anstreben wie das bisherige Kabinett, sondern auf das Groß-Russische Föderative Reich hinarbeiten. Das wäre nach unserer Auffassung eine wichtige Abwendung von derjenigen Politik, die in Brest durch die Anerkennung eines selbständigen ukrainischen Staates eingeschlagen wurde.“²⁴²

Einige Tage später plädierte der österreichische Gesandte Gaertner für die Aufnahme bestimmter „Kautschukbestimmungen“ in den zu schließenden Wirtschaftsvertrag mit der Ukraine. Darin kam deutlich zum Ausdruck, daß diese nur in handelspolitischer Sicht eine Rolle für die Mittelmächte spielte.²⁴³ Zunehmend wurden die Vertreter Wiens und Berlins auch ungeduldiger mit der Ukraine. Sie wollten, daß ihre Organisation von der Zentralrada anerkannt werde, und hörten mehr und mehr auf Gavrilov, einen langjährigen russischen Staatsbeamten, der im Krieg anfangs in St. Petersburg, später in Kiew die Heeresverpflegung leitete. Dieser riet ihnen, daß „die beiden Herren Gesandten [Mumm und Forgách] der Regierung gegenüber ganz kategorisch auftreten und höchstwahrscheinlich einen Austausch einzelner unbrauchbarer Minister anstreben“ müßten.²⁴⁴

242 Bericht Nr. 1 aus Kiew vom 22.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

243 Aufbringungsprogramm von Gaertner, Kiew, 25.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

244 Bericht Wimmers aus Kiew vom 27.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

Auf bestimmte Forderungen der Ukrainer reagierten die Delegierten der Mittelmächte recht spitz. Der ukrainische Vertreter im Gemeinsamen Ausschuß, Koval', legte zum Beispiel dar, daß die Ukraine hauptsächlich an landwirtschaftlichen Geräten, vor allem an Pflügen interessiert wäre. Aber er gab zu bedenken, daß die ukrainischen Bauern sehr konservativ wären, daß also immer die gleichen bekannten Marken geliefert werden müßten. Der deutsche Delegierte Dr. von Wiedfeldt erwiderte darauf, daß die Bauernbevölkerung in sämtlichen Staaten konservativ sei, aber gerade die ukrainischen Bauern in letzter Zeit auf politischem Gebiete nicht sehr konservativ gewesen seien, so daß angenommen werden könne, daß sie auch auf anderem Gebiet für Reformen zugänglich sein würden.²⁴⁵ Deutlich läßt sich erkennen, wie die geübten Verhandlungsführer der Mittelmächte mit den Neulingen die Geduld verloren. Besonders die Österreicher, die besonders große Versorgungsengpässe zu beklagen hatten, traten formell sehr konziliant, aber in der Sache wesentlich bestimmter und energischer als die Deutschen auf. Gerade Botschafter Forgách betonte immer wieder, daß die Getreidelieferungen an die Zentralmächte die politische Voraussetzung des Friedensschlusses und des militärischen Eingreifens waren. Er wurde sogar ziemlich deutlich und betonte, daß Österreich etwas geliefert hätte, was noch wichtiger sei als die von der Ukraine geforderten Tauschwaren, nämlich das Blut seiner Soldaten im Kampfe gegen die Bol'seviki. Dies gebe Wien das Recht, von der Ukraine angemessene wirtschaftliche Hilfe zu verlangen.²⁴⁶

Das Memoire vom 30. März sprach dann auch eine deutliche Sprache gegenüber der ukrainischen Regierung. Es wurde auf die absolute Notwendigkeit einer sofortigen Bodenbestellung hingewiesen, ohne die es keine inländische Produktion und somit auch keinen Export geben werde. Ohne diesen jedoch entfällt eine der wesentlichen Voraussetzungen des Friedensvertrages. Das zweite wichtige Problem lag in der enormen Anhäufung von Geldmitteln in den Händen der ukrainischen Bauernschaft, die das Geld aber nicht ausgab. Gleichzeitig warf die Regierung die Notenpressen an, um an die benötigten Valuten zu kommen. Von deutscher Seite erging nun eine eindeutige Warnung, daß bei der Verfolgung einer derartigen Politik der wirtschaftliche Ruin unmittelbar bevorstehe. Um dem entgegenzuwirken, erklärten sich die Mittelmächte bereit, der ukrainischen Regierung, wenn diese es wünsche und da man sich durch den Friedensvertrag in einer Interessengemeinschaft befinde, durch Beratung zur Seite zu stehen.²⁴⁷

Schließlich mußte die Ukraine prinzipiell anerkennen, daß dort, wo die ukrainische Organisation funktionierte, man sich auf die Abnahme der gelieferten Ware beschränken wollte. An denjenigen Stellen jedoch, an denen die ukrainische Organisation fehlte oder aber nicht genügend leistungsfähig war, behielten sich die Mittelmächte vor, „supp-

245 Protokoll der Gemeinsamen Sitzung betreffend die Warenausfuhr aus der Ukraine (Bericht Nr. 5 vom 29.03.1918), in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

246 Bericht Nr. 3 aus Kiew vom 30.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

247 Memoire enthalten. In: Ergebnis des Verhandlungstages 29. März 1918, 30.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

letorisch“ einzugreifen.²⁴⁸ Da die Zentralrada bei den Bauern keine sonderlich große Autorität genoß, stellten sich die zuständigen Stellen der Mittelmächte darauf ein, das Militär zunehmend einzusetzen.²⁴⁹

Nachdem man in Wien und Berlin die Schwächen der ukrainischen Regierung erkannt hatte, fingen die Delegierten der Mittelmächte an, die Ukraine als Partner nicht mehr ernst zu nehmen. So war Botschafter Forgách unbedingt der Meinung, die Regierungen müßten eine „politische“ Haftung gegenüber der Ukraine übernehmen. Seiner Meinung nach empfahl es sich, der hiesigen Regierung möglichst viele Zusagen zu machen, wobei man im Falle der Nichteinhaltung der so eingegangenen Verpflichtungen die Möglichkeit hatte, sich im Sinne des Friedensvertrages auf force majeure zu berufen, so z.B. darauf, daß die betreffende Ware in der Monarchie dringendst für den Heeresbedarf bzw. für die italienische Offensive etc. benötigt würde und Wien daher nicht in der Lage sei, die übernommene Verpflichtung einzuhalten. In diesem Sinne könnten wohl politische Reibungen entstehen, die jedoch vollkommen belanglos sein würden. Es wäre vorläufig unter allen Umständen das Hauptgewicht darauf zu legen, so rasch wie möglich von der Ukraine Getreide und Lebensmittel zu erhalten. Ob Österreich dann die politisch übernommenen Verpflichtungen einhalten würde oder nicht, wäre eine sekundäre Frage und würde keine Konsequenzen haben. Hofrat Wimmer nahm diese Mitteilung des österreichischen Botschafters mit Befriedigung zur Kenntnis, da dies die Arbeit auf Grund der Erklärung Forgáchs wesentlich erleichtern würde. Weiter hieß es zur Begründung dieser Haltung, „die der Ukraine gegenüber übernommenen politischen Verpflichtungen seien nicht übermäßig ernst zu nehmen.“²⁵⁰

Als die Mittelmächte in ihren Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung nicht mehr weiter kamen, setzten sie nicht so sehr auf die überlegene Verhandlungstechnik, auf die sie sonst so stolz waren, sondern vielmehr auf Druck. Am 2. April 1918 ging Generalleutnant von Groener zu Ministerpräsident Vsevolod Holubovyč und erinnerte ihn daran, wer die tatsächliche Macht im Lande innehatte. Nachmittags unternahmen die beiden Botschafter einen Kollektivschritt. Sie verlangten kategorisch, daß ohne Verzug ein Ministerrat einzuberufen sei, der das Getreideaufbringungsprogramm der Mittelmächte anzunehmen habe. Am 3. April publizierte die „Kievskaja Mysl“ einen Beschluß der Mala Rada, wonach zum Einkauf und zur Aufbringung des Getreides allein die noch zu errichtende Handelskammer (Kommerčeskaja Palata) (Handelskammer) befugt sein sollte. Am 4. April fand eine neuerliche Sitzung der Getreidekommissions statt, deren Verlauf die Mehrheit der Kommissionsmitglieder optimistisch stimmte, während auch pessimisti-

248 Bericht Nr. 4 von Gaertner aus Kiew vom 03.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

249 Sedydi aus Kiew an den k. u. k. Feldmarschall-Leutnant Robert Edlen von Langer, Sektionschef im k. u. k. Kriegsministerium Wien, 06.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

250 Bericht Nr. 9 aus Kiew vom 03.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

sche Auffassungen, die an der Ehrlichkeit der Absichten der Kiewer Regierung Kritik übten, laut wurden. Formell erzielte man über folgendes Einverständnis: 1. Errichtung einer ukrainischen Einkaufszentrale in Kiew, gebildet aus den Getreidehändlern, Banken, Großkaufleuten, in Form einer Aktiengesellschaft unter Oberaufsicht und Leitung des ukrainischen Ernährungsministeriums; 2. Errichtung einer Getreideübernahme-Zentrale durch die Mittelmächte. Hierdurch und durch die weiteren Vereinbarungen erschienen die Kardinalpunkte des bisherigen ukrainischen Widerstandes beseitigt, und die Mittelmächte konnten ihre Forderung nach a) Einschaltung des Großhandels, b) Zustimmung der ukrainischen Regierung zur Übernahme des aufgebrachten Getreides, auch am Ort der Aufbringung, also nicht mehr bloß ab Kiew oder ab Grenze, c) Zulassung des Direkteinkaufes durch die Mittelmächte in jenen Städten, wo ukrainische Organe nicht ausreichten, durchsetzen.²⁵¹ Sehr befriedigt wußte Dr. Gaertner zwei Tage später, am 4. April 1918, nach Wien zu berichten: „Seit der nachdrücklichen Intervention der beiden Herren Botschafter und des Generalleutnants Groener ist auf Seite der ukrainischen Regierung sichtlich mehr Entgegenkommen zu bemerken. Der uns offenbar wenig geneigte Ernährungsminister ist bei den Verhandlungen ziemlich ausgeschaltet, und der Präsident der ukrainischen Verhandlungskommission, Herr Porsch, hat die Führung in den Sitzungen selbst übernommen.“ Dabei bezeichnete er ihn als „Mann mit europäischen Umgangsformen“.²⁵²

Die österreichischen Delegierten waren sehr schnell bereit, Charakterisierungen über die ukrainische Regierung oder einzelne ihrer Mitglieder abzugeben. Im einzelnen zeigen diese sehr deutlich, wie schwierig sich die Verhandlungen angesichts der völlig unterschiedlichen Auffassungen gestalteten.

Ritter von Wimmer drückte sich über die ukrainische Regierung folgendermaßen aus: „Wie ich mir heute ausführlich zu telegraphieren gestattete, habe ich die Überzeugung, daß diese Regierung uns keinen Zentner Getreide zu liefern imstande ist und auch nicht den Willen hat, uns etwas zu liefern. Jede Verhandlung nimmt Stunden in Anspruch, es wird immer dasselbe gesprochen, es wiederholen sich stets dieselben Ausflüchte.“ Zwei stereotype Argumente wurden immer wieder vorgebracht, einerseits, daß das Ernährungsministerium nicht liefern könne, weil es keine Angaben habe, wohin zu liefern sei, und andererseits, daß die ukrainische Regierung nicht wüßte, welche Getreidesorten gewünscht würden, und daher nicht liefern könne. Auf die Antwort, alles möge geliefert werden, kam dann die Antwort, man wisse ja nicht wieviel. Dieses Spiel konnte ad infinitum gespielt werden. Wimmer kam zu dem Schluß: „In erster Reihe hat diese Regierung, zumindest einige der gegenwärtigen Minister, überhaupt keine reellen Intentionen. Überdies muß auch berücksichtigt werden, daß diese Minister mit ganz wenigen Ausnahmen vollkommen unerfahrene Leute sind, die keine blaße [sic!] Ahnung davon

251 Bericht Nr. 15 aus Kiew vom 04.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

252 Bericht Nr. 5 aus Kiew vom 06.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

haben, wie das Land, welches sich in einem chaotischen Zustande befindet, zu verwalten sei.“ Das wichtigste Moment allerdings war, daß die Regierungsglieder in der Bevölkerung keinerlei Ansehen genossen. Es war ihnen durchaus bewußt, daß die erste unangenehme Anordnung der Zentralrada sie alle das Amt kosten würde. In einer Sitzung am Vortag hatte Wimmer erfahren, daß die Regierung nun endlich beschlossen hatte, in den von den bolschewistischen Truppen gesäuberten Departements Einkaufskommissionen aufzustellen, die nach den Weisungen Gavrilovs zu arbeiten haben würden. Die Besprechung mit diesem verlief durchaus ernsthaft und zur Zufriedenheit der österreichischen Wirtschaftsexperten, da Gavrilov fließend französisch sprach. Wimmer war jedoch gegen jegliches konziliante Verhalten und schrieb nach Wien: „Überflüssig zu betonen, daß es ein ganz bedeutender Mißgriff wäre, diesen Leuten die Austauschwaren früher abzuliefern, oder nur hierher zu bringen, als irgendwelches Getreide die Grenze passierte.“²⁵³

Es waren gerade diese „europäischen Umgangsformen“, die den Ukrainern in den Augen der deutschen und österreich-ungarischen Diplomaten und Unterhändler der alten Schule fehlten. Man hatte erwartet, in der Dnjepr-Ukraine Ukrainer vom Schlage und der Bildung der Ruthenen aus Galizien vorzufinden, und mußte nun feststellen, daß dies nicht der Fall war.²⁵⁴

So faßte Dr. Gaertner das Dilemma in einem Bericht an Wien zusammen:

„Die Persönlichkeiten, die von der Rada mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut sind, bringen für diese Aufgabe anscheinend nur geringe Eignung mit. Fast alle Unterhändler, mit denen wir bisher zu tun hatten, sind intelligent und verfügen über eine anerkennenswerte Rednergabe, meist auch allerdings über eine nicht minder große Redelust. Dagegen mangelt jedwede Technik bei der Führung internationaler Verhandlungen und leider auch meist die erforderlichen sachlichen Kenntnisse und die Fähigkeit zur Beurteilung der auftauchenden Fragen. Das volkswirtschaftliche Wissen beschränkt sich anscheinend größtenteils auf gewisse sozialistische Theorien, die das Glaubensbekenntnis dieser Leute bilden und auf die sie immer wieder mit der Hartnäckigkeit des Fanatikers zurückkommen. Bei den Verhandlungen legen sie häufig eine naive Rücksichtslosigkeit an den Tag, stellen ihre Forderungen durchaus in den Vordergrund, wollen geradezu nur über diese sprechen und glauben, uns mit einer häufig fast kindlichen Argumentation von unseren Wünschen abbringen zu können. Anfänglich waren wir bemüht, mit möglichster Geduld auf die Mentalität der ukrainischen Unterhändler einzugehen. Wir mußten aber leider den Eindruck gewinnen, daß unsere höfliche und eher nachgiebige Art der Verhandlung von ihnen als Schwäche ausgelegt wird, und wir uns daher umso mehr entschlossen, zu einem

253 Bericht Wimmers aus Kiew vom 27.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

254 Brief an den Herrn von Ofenheim vom 27.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

entschiedeneren Auftreten überzugehen, als speziell bei uns Österreichern die Zeit drängt. Eine Forcierung unserer Forderungen hatte auch tatsächlich mehrfachen Erfolg, brachte aber in die ganze Art der Verhandlungen eine nervöse Tonart, die wohl erst dann weichen wird, wenn es den letzten Interventionen unserer maßgebendsten Funktionäre gelungen sein wird, auf ukrainischer Seite die Überzeugung zu wecken, daß es ohne ein entsprechendes Entgegenkommen an uns nicht gehen wird.“²⁵⁵

Die Ukrainer, die das arrogante Verhalten und die Einschätzung durch die Vertreter der Mittelmächte sehr wohl spürten, zogen für sich die Konsequenzen daraus. Sie versuchten ihrerseits, so viele Vorteile als nur möglich aus der Verbindung mit den Zentralmächten zu ziehen. Vor allem hatten sie vor, die Kreditvergabe an den ukrainischen Staat durch die Mittelmächte mit der Frage der Lieferung von Getreide und Zucker zu verbinden und dabei großen finanziellen Nutzen aus den Vorschüssen zu ziehen, da sie so die Rohstoffabgabe um ein Vielfaches verteuern konnten. Die Quintessenz dieser vielen unerquicklichen Verhandlungen zwischen dem ukrainischen Minister für Handel und Ackerbau, Fečenko, und dem Minister für Volksernährung, Kovalevs'kyj, einerseits und mit den Vertretern der Mittelmächte andererseits war die von den deutschen Vertretern geäußerte Meinung, man müsse den Ukrainern „klaren Wein einschenken“ und ihnen klarmachen, daß

„es gar keinen Sinn habe, diesen Leuten diese oder jene Summe als Vorschuß zu geben, daß diese Minister bisher nichts als Desorganisation, Gewaltherrschaft und Communismus produzierten und daß kein rasonabler Mensch daran denken könne, daß eine Kauforganisation des Ministeriums selbst den bescheidensten Ansprüchen gemäß werden könnte, mithin einfach nichts anderes übrig bleibt, als daß wir alles selber einkaufen, den Produzenten, Fabrikanten alles selbst bezahlen, und wenn das Ministerium Steuer- oder Monopolgebühr haben will, so sollen sie sagen, was das ausmacht und wir werden über diesen Gegenstand separat verhandeln.“²⁵⁶

Das Ergebnis dieses forschen Auftretens war, daß die ukrainischen Minister, insbesondere der junge Finanzminister, aufgrund ihrer geringen Fachkenntnisse ziemlich verunsichert waren und ständig fürchteten, von den Zentralmächten übervorteilt zu werden. Eine weitere Folge davon war, daß die Ukrainer begannen, ihre Statistiken zu manipulieren, und daß das Zahlenmaterial, mit dem gearbeitet werden mußte, immer ungenauer wurde.²⁵⁷ Die ukrainische Politik begann sich generell zu ändern. Man gab den Vertretern der Mittelmächte zu bedenken, daß die ukrainische Landwirtschaft durch den Krieg sehr

255 Bericht Nr. 4 von Gaertner aus Kiew vom 03.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

256 Situationsbericht aus Kiew an Generalmajor Ottokar Landwehr Edlen von Pragenau (Wirklicher Geheimer Rat und Vorsitzender des Gemeinsamen Ernährungsausschusses Wien) vom 24.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

257 Bericht Nr. 4 von Dr. Gaertner aus Kiew vom 03.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

geschwächt worden war und daß große Vorräte in denjenigen Teilen der Ukraine lagerten,²⁵⁸ die von den Bol'sheviki immer noch besetzt waren, und forderte die Mittelmächte auf, diese Gebiete zurückzuerobern, wenn sie an das Getreide herankommen wollten. Außerdem gaben die Bauern gegen Geld kein Getreide heraus, sondern nur mehr gegen Austauschware. Zwischen der Getreidelieferung und der Austauschware bestand ein ökonomischer und chronologischer Zusammenhang. „Aber auch Geld als solches sei notwendig, und die Gewähr einer Anleihe sei für die ukrainische Regierung eine *conditio sine qua non*.“²⁵⁹ Die Ukraine forderte auch in der Transportfrage weitere Unterstützung und zwar durch das von Deutschland in Kurland und Estland etc. eroberte Eisenbahnmaterial. Ebenso hatten die Ukrainer bald heraus, wie man die Mittelmächte auf elegante Art unter Druck setzen konnte. Das Zauberwort hieß „chronologisch-ökonomische gegenseitige Hilfe“, was bedeutete, daß die Mittelmächte nur dann Hilfe erhielten, wenn sie der Ukraine ihrerseits half.²⁶⁰

Ein weiterer Grund, warum die Ukraine nicht alle ihre Erzeugnisse nach Deutschland und Österreich-Ungarn liefern wollte, war, daß sie nach Rußland exportierte, um bei den Friedensverhandlungen mit den Bol'sheviki bessere Karten zu haben und um von dort Textilien beziehen zu können.²⁶¹ Schließlich mußten die Mittelmächte die bittere Pille der enormen Preise für alle Rohstoffe, waren es landwirtschaftliche oder industrielle, schlucken, wollten sie überhaupt etwas erreichen.²⁶²

Die Ukrainer waren recht erfinderisch, wenn es darum ging, die Mittelmächte ihrer Illusion zu berauben, bei der Volksrepublik Ukraine handle es sich um ein gigantisches Warenhaus. So galt zuerst ein absolutes Ausfuhrverbot für Baumwolle, Hanf, Flachs, Stoffe, Gewebe und Textilien aller Art. Ein Halbmonopol legte die ukrainische Verwaltung auf Sämereien, Vieh, Geflügel, Eier, Butter, Federn, Häute, Leder, Holz und Erze.²⁶³ Zudem verhandelten die ukrainischen Repräsentanten ständig darum, die Lieferfristen verlängert zu bekommen,²⁶⁴ kaum daß diese ausgearbeitet worden waren. Aber durch zähes Verhandeln und nicht

258 Bericht Nr. 3 aus Kiew vom 30.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

259 Porš, Vorsitzender der ukrainischen Kommission, die mit den Mittelmächten verhandelte (Bericht Nr. 3 aus Kiew vom 30.03.1918), in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

260 Ergebnis des Verhandlungstages 29. März 1918 vom 30.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

261 Bericht Nr. 5 aus Kiew vom 06.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

262 Enyedi aus Kiew an k.u.k. Feldmarschall-Leutnant Robert Edlen von Langer, Wien vom 06.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

263 Protokoll über die gemeinsame Besprechung wegen Waren-Ausfuhr-Verkehr mit der Ukraine vom 28.03.1918 (Bericht Nr. 5 vom 29.03.1918), in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

264 Bericht Nr. 3 aus Kiew vom 30.03.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

zuletzt durch Druck gelang es den Mittelmächten, die meisten dieser Handelseinschränkungen aufzuheben.

Ein nicht zu unterschätzendes Hindernis in der Aufbringung war allerdings die zunehmende Unwilligkeit der Bauern, ihre Vorräte herauszurücken. Die Dörfer glichen sehr oft kleinen Festungen, wo kampfgewübte Bauern mit Maschinengewehren und Handgranaten jedes gewaltsame Vorgehen der Militärabteilungen zu vereiteln oder zumindest hinauszuzögern wußten.²⁶⁵

Eines der wichtigsten Probleme war die Geldknappheit. Die Ukraine zeigte sich nicht in der Lage, genügend neues Geld zu drucken, und so wurden die Geldscheine in Leipzig hergestellt, was allerdings auch seine Zeit in Anspruch nahm. Die Mittelmächte wollten aber nicht allzu viel ihrer eigenen Valuten, Mark und Kronen, in die Ukraine pumpen, da diese sonst zunehmend an Wert verloren. Letztendlich wurden verschiedene Sperrkonten in Wien und Berlin eingerichtet, das Problem aber bis zum Rückzug der Mittelmächte aus der Ukraine nie richtig gelöst.

Diese Geldschwierigkeiten, die militärischen Hindernisse, die andauernde Notwendigkeit hartnäckiger Verhandlungen mit den Ukrainern und die Notlage der eigenen Bevölkerung in den Heimatländern machte auch den Umgangston der alliierten Mittelmächte untereinander zunehmend aggressiver. Jeder fürchtete, vom anderen übervorteilt zu werden.

Die Österreicher, die Odessa besetzt hatten, konnten sich durch Vertrag fünf rumänische Dampfer, die im Asowschen Meer lagen, sichern und trachteten danach, diesen Coup, der ihren eigenen Export über das Schwarze Meer ermöglichte, vor den Deutschen geheim zu halten.²⁶⁶

Sehr zum Ärger der österreichischen Wirtschaftsdelegierten waren ihre deutschen Kollegen zumeist gerne bereit, den Ukrainern einen höheren Preis für ihre Waren anzubieten oder Zuschläge zu bezahlen, um die Ukrainer ruhig zu stellen. Daß ihre österreichisch-ungarischen Kollegen nicht diese Geldmittel zur Verfügung hatten, kümmerte sie dabei wenig. Man dachte an den eigenen Vorteil.²⁶⁷ Oft versuchten auch die beiden Partner, sich durch rasches Zugreifen Waren und Industriegebiete für Investitionen gegenseitig wegzuschnappen. Dabei ging es um das Abstecken zukünftiger Einflußsphären nach dem Krieg. Aber die Deutschen wollten auch auf elegante Weise Tauschwaren loswerden, die man im Reich nicht gebrauchen konnte. Was die Österreicher erboste, war dabei, daß auch noch ein Profit etwa aus der Lieferung ausländischer Autofabrikate erwirtschaftet werden sollte, welche die Heeresverwaltung nicht gebrauchen

265 Bericht Nr. 6 aus Kiew vom 09.04.1918 an Ministerpräsident Ritter von Seidler, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

266 Bericht des Gubernialrates Dr. Scheckenthal aus Odessa vom 03.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

267 Bericht Nr. 5 aus Kiew vom 06.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

konnte und die in Deutschland wegen des Fahrverbotes für Privatfahrzeuge nicht genutzt werden durften.²⁶⁸

Daß trotz all dieser Schwierigkeiten Wirtschaftsverträge zwischen den Mittelmächten und der Ukraine abgeschlossen werden konnten, war eine Leistung, die man allen daran arbeitenden Personen hoch anrechnen mußte.

3.3.4. Die Organisation zur Aufbringung von Getreide in der Ukraine

3.3.4.1. Die Zuständigkeiten

Für den Ankauf und die Abwicklung von Getreide aller Art, Futtermitteln und Sämereien sowie von Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelprodukten war das Kartell der drei Getreidezentralen zuständig. Dabei handelten die Zentralen als Einfuhrorganisationen für jene Waren, die nur über Sonderorganisationen dem heimischen Markt zugeführt werden konnten.

Der institutionelle Aufbau des Getreidekartells sollte durch ein Abkommen zwischen den drei Getreidezentralen gesichert werden. Hierbei war der Grundsatz der Parität zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn voll zur Geltung zu bringen. Die Kartellpflichten und -Rechte konnten von keiner der drei Getreidezentralen auf andere Organisationen, die dem Kartell selbst nicht angehörten, übertragen werden.

Die in der Ukraine aufgebrachten Lebensmittel mußten zunächst den Bedarf der verbündeten Truppen, dann den Bedarf der ukrainischen Truppen und zuletzt den lebensnotwendigen Eigenbedarf der ukrainischen Bevölkerung (Eisenbahn, Städte, Industrie) decken. Der Überschuß, der sich aus dieser Rangliste ergab, wurde nach Deutschland und Österreich-Ungarn ausgeführt. Das Aufbringungssystem sollte sich elastisch den jeweiligen örtlichen und zeitlichen Verhältnissen anpassen. Grundsätzlich hatte die Aufbringung von Getreide, Futterstoffen, Hülsenfrüchten und Ölsaaten nach den Beschlüssen des Ukrainischen Nahrungsmittelrates durch das Staatsgetreidebüro und dessen Organe zu erfolgen. Sollte der Ukrainische Nahrungsmittelrat es wünschen oder sollten die technisch-kommerziellen Mittel versagen, konnte Militärhilfe zur Aufbringung bereitgestellt werden. Requirierte Nahrungs- und Futtermittel waren der nächsten Nebenstelle des Staatsgetreidebüros abzuliefern und von ihr ebenso zu verrechnen, als sei die Ware von einem Kommissionär angekauft worden. Es war dem Militär ausdrücklich verboten, auf eigene Faust Requirierungen vorzunehmen. Alles hatte durch das Staatsgetreidebüro zu erfolgen. Nur im äußersten Notfall durfte durch einzelne Kommandos requiriert oder eingekauft werden, dies aber nur in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Hauptausschuß oder dem von ihm beauftragten Ortsausschuß des Ukrainischen Nahrungsmittelrates. Solche Requisitionen oder Einkäufe waren unverzüglich dem zuständigen Hauptausschuß mit genauer Angabe des Ergebnisses mitzuteilen.

268 Bericht Nr. 18 aus Kiew vom 06.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, 1025/18.

Zwischen den verbündeten Staaten bestand Einverständnis darüber, daß die von militärischen Stellen geschlossenen Lieferverträge auf das Staatsgetreidebüro zu übertragen waren. Dieses übernahm die Abwicklung unter Aufrechterhaltung der in diesen Verträgen zugesagten militärischen Hilfen.²⁶⁹

Am 9. April 1918 unterzeichneten die ukrainischen Vertreter Porš, Lynnyčenko, Gavrilo und Tymošenko eine Vereinbarung über Getreidelieferungen aus der Ukraine. Dabei verpflichtete sich die Ukraine, bis zum 31. Juli an die Mittelmächte 60 Millionen Pud (ca. 960 000t) Getreide und Erzeugnisse daraus, Futtermittel, Hülsenfrüchte, Sämereien und Ölsaaten zu liefern. Es wurden verschiedene große Liefermengen zu bestimmten Terminen festgelegt. So sollten zum Beispiel bis zum 30. April sechs Millionen Pud an die Wirtschaftszentrale abgegeben werden. Die Vereinbarung legte ferner grundsätzlich Fest- und Grundpreise und Zuschläge, sowie eine Basis für die Verrechnung fest.²⁷⁰ In der Anlage 2a des Vertragswerkes vereinbarte die tagende Kommission „feste Preise für Getreide im Produktionsgebiete“. Es wurde die ukrainische *uezd*- und Gouvernementeinteilung²⁷¹ übernommen und für die einzelnen Getreidesorter²⁷² der jeweilige Festpreis bestimmt.²⁷³

Ein weiteres Abkommen zwischen den Mittelmächten vom 27. Juli 1918 regelte die Verteilung der aufgebrachten Menge an Getreide, Hülsenfrüchten, Sämereien, Kartoffeln und Futtermitteln. Dabei galten folgende Verteilungsschlüssel zwischen den Mittelmächten: Getreide wurde 1:1 geteilt, ebenso die Futtermittel. Bei Hülsenfrüchten war das Verhältnis 6:4 für Deutschland, hingegen bei Kartoffeln 2:8 für Österreich-Ungarn.²⁷⁴

Am 10. September 1918 schlossen die Mittelmächte ein letztes Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine ab. Natürlich war auch hier dem Getreide eine besondere Anlage gewidmet worden. Darin hieß es, die ländliche Bevölkerung der Ukraine versorge sich, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, selbst mit dem nötigen Getreide. Dagegen sollten die zur Versorgung der ukrainischen Truppen, der in der Ukraine stehenden Truppen der Mittelmächte, der ukrainischen Städte, Industriegebiete und Eisenbahnangestellten notwendigen Mengen sowie der für den Export bestimmte Überschub ausschließlich durch

269 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, A) Allgemeines, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

270 Anlage 2, Vereinbarung über die Getreidelieferungen aus der Ukraine, 9. April 1918 (Wirtschaftsabkommen Ukraine – Deutschland und Österreich-Ungarn, 23. April 1918), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

271 Cherson, Katerynoslav, Taurien, Kiew, Podolien, Wolhynien, Charkiv, Černihiv, Poltava.

272 Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Hirse, Mais; ebenso für Buchweizen, Erbsen, Spelz und Schnittbohnen.

273 Anlage 2a, Feste Preise für Getreide im Produktionsgebiet (Wirtschaftsabkommen Ukraine – Deutschland und Österreich-Ungarn, 23. April 1918), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

274 Anlage 1a, Getreide, Hülsenfrüchte, Sämereien, Kartoffeln und Futtermittel (Geheimer Wirtschaftsvertrag vom 27. Juli 1918 in Berlin), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

das Staatsgetreidebüro aufgebracht werden. Selbstgetätigte Einkäufe durch die Truppe waren nur dann erlaubt, wenn die Lieferungen des Staatsgetreidebüros nicht eintrafen. Sollte es dem Staatsgetreidebüro bis zum 15. Juni 1919 nicht gelingen, den Mittelmächten 75 Millionen Pud Getreide zu liefern, so standen diesen Kompensationslieferungen an Zucker zu. Die übrigen Artikel betrafen die Grundpreise, die vereinbart worden waren. Gab es Streitigkeiten, sollten diese durch ein Schiedsgericht beseitigt werden.²⁷⁵

3.3.4.2. Der Aufbau der zuständigen Organisationen

Der Ukrainische Nahrungsmittelrat

Der Ukrainische Nahrungsmittelrat bestand aus einem von der ukrainischen Regierung benannten Vorsitzenden, drei bis vier weiteren von der ukrainischen Regierung bestimmten Mitgliedern, zwei deutschen Kommissaren, einem österreichischen²⁷⁶ und einem ungarischen Kommissar, einem bevollmächtigten Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Eichhorn und einem bevollmächtigten Generalstabsoffizier des Armeekommando Ost. Die Vertreter der Mittelmächte wählten aus ihrer Mitte drei Vizepräsidenten, von denen einer mit der Geschäftsführung betraut wurde. Die Kommissare vertraten sowohl ihre Regierungen als auch in geschäftlicher und finanzieller Beziehung die in der Ukraine einkaufenden Zentralen. Zu den Beratungen des Ukrainischen Nahrungsmittelrates zog man die jeweils berufenen Direktoren der Wirtschaftszentrale (WZ) sowie die Vertreter der Ausfuhr-Organisationen hinzu.²⁷⁷

Die Aufgaben des Ukrainischen Nahrungsmittelrates bestanden in folgendem: Aufbringung und Ausfuhr der bereits genannten Erzeugnisse, Versorgung der in der Ukraine befindlichen Heere, Versorgung der Eisenbahn-Nahrungsmittel-Organisationen, der Städte und der Industriezentren. Darüber hinaus hatte der Rat die Tätigkeit des Staatsgetreidebüros und seiner Haupt- und Nebenstellen zu überwachen und für ein gutes vertragsgemäßes Zusammenarbeiten der an der Aufbringung beteiligten Stellen zu sorgen.²⁷⁸

275 Anlage 1, Vereinbarung über Getreide (Niederschrift über ein Wirtschaftsabkommen zwischen dem ukrainischen Staate einerseits sowie Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits für das Wirtschaftsjahr 1918/19, 10. September 1918), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

276 Diese verfaßten Situationsberichte, so z.B. vom 7., 12. und 14. Juni 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Österreichische Zentraleinkaufsgesellschaft (Ukraine), 405.

277 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B I, § 1, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371. Anlage 5 zum Vertrag vom 27. Juli 1918, der in Berlin abgeschlossen wurde. Ebenso in AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

278 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B I, § 2, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

Der Ukrainische Nahrungsmittelrat bildete in jedem Gouvernement einen Hauptausschuß und nach Bedarf Ortsausschüsse. Die Hauptausschüsse setzten sich zusammen aus einem Vertreter des ukrainischen Ernährungsministeriums, einem deutschen und österreichischen oder ungarischen Kommissar, zwei bis drei Vertretern der Hauptstelle des ukrainischen Staatsgetreidebüros (ein bis zwei Ukrainer und ein Beamter der WZ) und je einem Vertreter der Heeresgruppe Eichhorn und des Armeekommandos Ost. Die Hauptausschüsse unterstanden dem Ukrainischen Nahrungsmittelrat in Kiew und hatten nach seinen Weisungen die Aufbringung und Verteilung des Getreides, sowie die damit in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten in ihren Gebieten zu leiten. Diese Ortsausschüsse wurden gebildet aus einem Vertreter des ukrainischen Ernährungsministeriums, zwei bis drei Vertretern der Nebenstelle des Staatsgetreidebüros (ein bis zwei Ukrainer und ein Beamter der WZ) und nach Wunsch der betreffenden obersten Kommandostellen je einem deutschen und österreichisch-ungarischen militärischen Vertreter.²⁷⁹

Die provisorische Organisation des ukrainischen Ernährungsministeriums

Da die Bildung des Staatsgetreidebüros vor April 1918 noch nicht abgeschlossen werden konnte, sah sich das ukrainische Ernährungsministerium veranlaßt, die vertraglich vereinbarte Aufbringung von sechs Millionen Pud Getreide provisorisch zu organisieren. Diese provisorische Organisation²⁸⁰ wurde zumeist auf der bisherigen Aufbringungsorganisation des Zarenreiches aufgebaut. Mit der Sammlung des Getreides betraute man die bestehenden *upravy*²⁸¹ in den Bezirken, und zur Kontrolle dieser Organisation setzte man für mehrere Kreise Oberkommissäre aus dem Militär ein. Die Organisation beschränkte sich in der Hauptsache darauf, die über den Landesbedarf hinausgehenden Überschüsse in den Lebensmittellagern der lokalen Approvisationsstellen der Mühlen und in den bestehenden Magazinen der russischen Heeresverwaltung festzustellen und diese Informationen den Mittelmächten zukommen zu lassen. Einkäufe bei den Produzenten fanden durch diese Organisation nur ausnahmsweise in der Art statt, daß einzelne vertrauenswürdige Personen mit Legitimationen versehen und mit dem Einkauf im Namen des Ernährungsministeriums betraut wurden. So stammte der Großteil der im April 1918 aufgebrachten Getreidemengen vorwiegend aus Lagerbeständen und nicht aus Ankäufen bei den Produzenten. Dabei war die Ausbeute für die Mittelmächte nicht sonderlich hoch, da die *Upravy* zumeist von Personen geleitet wurden, die Deutschland und seinen Verbündeten nicht gerade freundlich gegenüberstanden und so kein Interesse daran hatten,

279 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B II, § 6, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

280 Oberst Kreneis, Aufbringungsdienst in der Ukraine, S. 3, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

281 Ukrainisch für „Verwaltungen“, „Direktionen“.

sich mit der Getreidelieferung zu beeilen. Gleichzeitig fand in der Ukraine auch die Aussaat statt. Das bedeutete, daß alle Transportmittel für die Feldarbeit benötigt wurden, es also in diesem Bereich zu weiteren Verzögerungen kam.

Das Staatsgetreidebüro

Das Staatsgetreidebüro²⁸² wurde von der ukrainischen Regierung eingerichtet, um den Ankauf sämtlicher Getreidearten, Mehlprodukte und Futtermittel sowie von Öl und Ölsamen durchzuführen, die daraus gewonnenen Produkte zu verteilen und zu versenden. Sein Auftrag war, sowohl die laut Vertrag von Brest-Litovsk abzuliefernden Mengen als auch diejenigen für die Deckung des Bedarfs des eigenen Landes zu beschaffen. Das Büro unterstand dem ukrainischen Ernährungsministerium und hatte nach dessen Weisungen zu arbeiten. Dem Staatsgetreidebüro wurde durch die Regierung das ausschließliche Recht zugestanden, innerhalb der Ukraine landwirtschaftliche Produkte und die Erzeugnisse daraus einzukaufen und zu verladen. Es setzte sich aus Mitgliedern der im Lande bestehenden Produktenbehörden, aus Müller und Vertretern ihrer Genossenschaften sowie aus hauptsächlich jüdischen Getreidehändlern zusammen und hatte seinen Sitz in Kiew. Später gestaltete man es mit seinen Haupt- und Nebenstellen so um, daß eine größere Anzahl von deutschen, österreichischen und ungarischen Getreidefachleuten, die vom

Getreidekartell kamen, in dieses entsandt wurden und somit in die Dienste des ukrainischen Staatsgetreidebüros eintraten. In seinen Vorstand wurden paritätisch Vertreter der Mittelmächte im Ukrainischen Nahrungsmittelrat entsandt. Den Vorsitz und die Leitung des Staatsgetreidebüros und seiner Haupt- und Nebenstellen behielten die Vertreter des ukrainischen Ernährungsministeriums.²⁸³

Die Aufgabe der Nebenstellen in den Hauptzentren²⁸⁴ des Getreidehandels bzw. der Mühlenindustrie war es, Kommissionäre zu beschäftigen, die dann wiederum Unterkommissionäre und Einkäufer unter sich hatten. Als Organisationsschema diente der Aufbau der Prager Produktenbörse. Solcherart wurde über das ganze Land ein Händlernetz ausgebreitet, das es ermöglichen sollte, alle Vorräte zu erfassen. Der Vorstand der Hauptstellen bestand aus zwei bis drei ukrainischen Vertretern, einem deutschen und einem österreichischen oder ungarischen Repräsentanten, die von der zuständigen Getreidezentrale ernannt, abberufen und besoldet wurden. Der Ukrainische Nahrungs-

282 Oberst Kreneis, Aufbringungsdienst in der Ukraine, S. 1, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

283 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B I, § 3, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

284 Das sind diejenigen Orte, an denen auch Ortsausschüsse des ukrainischen Nahrungsmittelrates bestanden. Die Verteilung der Vertreter der Mittelmächte auf diese Dienststellen erfolgte paritätisch, in: Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B II, § 9, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

mittelrat konnte die Abberufung von zivilen Mitgliedern der Haupt- und Nebenstellen verlangen.²⁸⁵

Die Hauptstellen besorgten durch den ihnen unterstellten Apparat der Nebenstellen und Kommissionäre die Aufbringung, Bezahlung, Lagerung, Vermahlung sowie den Abtransport und die Ablieferung des Getreides. Ebenso rechneten sie mit den liefernden Stellen ab.²⁸⁶ An den Land- wie Seegrenzen wurden durch die WZ in Kiew Geschäftsstellen, sogenannte Übernahmestellen, geschaffen.²⁸⁷

Für den reibungslosen Ablauf war es nötig, daß nicht nur das Staatsgetreidebüro in Kiew mit den Militärbehörden und der WZ in ständiger Verbindung stand, sondern daß auch die örtlichen Vertreter des Staatsgetreidebüros mit den Vertretern der WZ und der Militärstellen zusammenarbeiteten. Deshalb wurde vereinbart, daß das Staatsgetreidebüro seine Vertreter und ihre Tätigkeitsgebiete der WZ bekannt gab, die wiederum diese Informationen an die eigenen Vertreter und die Militärstellen weitergab. Umgekehrt erhielt natürlich das Staatsgetreidebüro Informationen über die WZ und die Militärbehörden. In den Fällen, in denen Bauern sich weigerten, dem ukrainischen Staatsgetreidebüro ihr Getreide zu verkaufen, stellten die Vertreter des Büros den Landwirten eine Frist zur Ablieferung. Nach Ablauf der Frist, die auf Wunsch der Mittelmächte kurz bemessen wurde, wandte sich das Staatsgetreidebüro an den Vorsitzenden der zuständigen Requisitionskommission, der dann mit Hilfe des von den Mittelmächten zur Verfügung gestellten Militärs im Namen des Staatsgetreidebüros die Beschlagnahme des Getreides vornahm.²⁸⁸

Das Staatsgetreidebüro nahm seine Tätigkeit am 8. Mai 1918 auf. Es war verpflichtet worden, das für die Mittelmächte aufgekaufte Getreide bis zu den ukrainischen Grenzen bzw. bis zu den See- oder Flußhäfen zu liefern, wo die Übernahme durch die Kommissionäre der WZ erfolgte. Die WZ hatte im Staatsgetreidebüro zwei Vertreter für Österreich-Ungarn und Deutschland. Das ukrainische Nahrungsmittelbüro bildete in jedem Gouvernement einen Hauptausschuß und nach Bedarf Ortsausschüsse. Der Hauptausschuß in Odessa war für den Fall, daß das ukrainische Nahrungsmittelbüro militärische

285 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B II, § 7, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

286 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B II, § 8, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

287 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B III, § 10, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

288 Niederschrift über eine am 7. April 1918 stattgehabte Besprechung wegen Lieferung der den Zentralmächten zugesagten Getreidemengen durch das ukrainische Staatsgetreidebüro, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Österreichische Zentraleinkaufsstelle (Ukraine) 405.

Hilfeleistung in Anspruch nahm, berechtigt und verpflichtet, für das gesamte österreichisch-ungarische Operationsgebiet verbindliche Beschlüsse zu fassen.²⁸⁹

Die deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftszentrale (WZ)

Die endgültige Fassung der „Vereinbarung über die Organisation der Getreidebeschaffung in der Ukraine“ wurde auf den 4. April 1918 datiert und war als Anlage 1 integraler Bestandteil des Wirtschaftsabkommens vom 23. April 1918 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und der Ukraine. In ihr wurden Rahmen und Aufgabe der Getreidebeschaffung durch eine WZ festgesetzt.²⁹⁰ Anlage 3 des Vertragswerkes beinhaltete die durch die ukrainische Regierung an die WZ verliehenen Rechte. Darin wurde sie als die alleinige Zentrale aller Einkaufszentralen und Handelssyndikate bestimmt, die für die Regelung der Ausfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln verantwortlich zeichnete. Sie galt in der Ukrainischen Volksrepublik als juristische Person und hatte insbesondere das Recht, vor Gericht als Klägerin oder Beklagte Prozesse zu führen mit der ausdrücklichen Klausel, daß dabei „die Frage des Erwerbes von unbeweglichem Eigentum nicht berührt“ sei. Als gemeinnützige Organisation unterlag die WZ keinerlei Belastung durch Gewerbe- oder Einkommensteuer.²⁹¹

Die WZ sollte die gemeinschaftliche Vertretung der drei Getreidezentralen, der Zentraleinkaufsgesellschaft (ZEG) Berlin, der Kriegsgetreideverkehrsanstalt (KGV) Wien, der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft (Oezeg), der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft (KP-AG) Budapest, des Syndikats für Lebensmittel Budapest, der Reichsstelle für Obst- und Gemüse und der Ölzentralen sein und als solche geführt werden. Sie bestand aus einer Oberleitung und den nötigen Geschäftsabteilungen. In diesen Gremien war auf die unbedingte paritätische Besetzung durch Deutsche, Österreicher und Ungarn zu achten. Die WZ trug gegenüber dem Vollzugsausschuß die Verantwortung hinsichtlich der kommerziellen Leitung der gesamten Geschäfte in der Ukraine und im Gebiet des Schwarzen und des Asowschen Meeres. Wenn die WZ von den ihr mitgeteilten Grundsätzen abweichen wollte, so hatte sie sich mit dem Vollzugsausschuß in Verbindung zu setzen und so die Entscheidung der Zentralen herbeizuführen.²⁹²

289 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B II, § 5, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen, Getreidezentrale, 371.

290 Wirtschaftsabkommen Ukraine – Deutschland und Österreich-Ungarn, Kiew 23. April 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

291 Anlage 3, Wirtschaftsabkommen Ukraine – Deutschland und Österreich-Ungarn, Kiew 23. April 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

292 Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B I, § 4, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

Die WZ²⁹³ hatte die Aufgabe, die vom Staatsgetreidebüro bzw. vom ukrainischen Ernährungsministerium angelieferten Produkte wie Lebensmittel und Futter zu übernehmen, in die jeweiligen Empfängerländer abzutransportieren, zu bezahlen und zu verrechnen und alle damit zusammenhängenden Finanz- und Transportfragen im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Behörden zu lösen.²⁹⁴ Die ukrainische Regierung hatte das Recht, einen Vertreter zur Verbindung mit der AVAä-Geschäftsleitung der WZ zu entsenden, der zu allen Sitzungen hinzuzuziehen war. In den außerhalb der Ukraine liegenden Gebieten fiel ihr bei Versagen der ukrainischen Einkaufsorganisation die Aufgabe zu, den Einkauf dieser Artikel durch ihre eigenen Kommissionäre selbst durchzuführen.

Die WZ bestand aus einem Verwaltungsrat, in dem die ZEG, die KGV und die KP-AG für Getreide, Futtermittel, Saaten und Sämereien zuständig waren. Die Oezeg, die ZEG und die KP-AG waren für sonstige Lebensmittel durch Delegierte vertreten.²⁹⁵ Die Geschäftsabteilung (kaufmännischer Dienst) der WZ wurde durch die Handelsvereinigung in Berlin, die Getreideimportgesellschaft (Gig) in Wien²⁹⁶, die KP-AG in Budapest und aus verschiedenen Fachorganisationen für Eier, Speck, Butter, Fleisch etc. gebildet. Die

- 293 Oberst Kreneis, Aufbringungsdienst in der Ukraine, S. 1-3, siehe auch Niederschrift der Besprechung vom 29. März 1918, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.
- 294 Vertrag vom 5. April 1918 als Beilage in einem Brief Reifs vom 6. April 1918, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364. Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermittel, Sämereien und Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine, B I, § 4, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen, Getreidezentrale, 371. Der endgültige Vertrag wurde auf den 6. April 1918 datiert.
- 295 Sitzung des Vollzugsausschusses am 7. April 1918, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.
- 296 Ihre Vertreter in Kiew waren: Sektionsrat Dr. Gaertner, Vizepräsident Reif und Ernst Brode. Für die Vorgehensweise der Gig wurden drei Projekte ins Auge gefaßt: 1. Aufstellung eines rein militärischen Wirtschaftsstabes für die Ukraine; 2. Aufstellung eines Zivilwirtschaftsstabes unter Ausschaltung des Handels; 3. Etablierung der HV, der Gig und der KP-AG, Einrichtung von Filialen an den wichtigsten Häfen und Gouvernementsstapelplätzen, Einsetzung von aktiven Syndikalisten in den Gouvernements- und *uezd*-Städten als Kommissionäre. Zur Abwicklung des Einkaufsvorganges der Gig hatte man folgendes geplant: In den von österreichischem oder deutschem Militär besetzten Stationen wurde dem österreichischen Kommissionär das Getreide von den jüdischen Händlern des Dorfes oder einer anderen ukrainischen Handelsgesellschaft zugeführt, woraufhin der Kommissionär das Getreide übernahm, bezahlte und abtransportierte. Um nicht so viel Geld bei sich zu führen, wurde seitens der Zentralstelle in Kiew das Geld an den Bahnhofsoffizier der betreffenden Station gesandt und von diesem an den Kommissionär weitergegeben. Das Militärkommando sorgte dann für die Bereitstellung der Waggons bzw. Schiffe auf den Binnengewässern. Nach der vollständigen Befriedung der Ukraine sollte sich die Organisation der Gig fächerförmig von Kiew aus über das gesamte Land verbreiten (Podolien, Cherson, Taurien). 1. Bericht der Geschäftsführung der Gig (ca. März 1918), in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

Zentralmächte sollten nur eine rein administrative Tätigkeit ausüben, während alles andere, was auch nur halbwegs mit kommerzieller Betätigung zusammenhing, von der Gig und deren Kommissionen zu erledigen war.²⁹⁷

Die Geschäftsabteilung (kaufmännischer Dienst) gliederte sich in eine Abteilung für Getreide, eine für Lebensmittel, eine für Transport, eine Finanzabteilung und in ein Sekretariat. Dabei hatten die Getreide- und die Lebensmittelabteilung je eine Unterabteilung für Statistik. Die Geschäftsabteilung wurde durch acht Geschäftsführer repräsentiert, von denen vier aus Deutschland und je zwei aus Österreich und Ungarn kamen.²⁹⁸

In allen wichtigen, insbesondere organisatorischen Fragen des kaufmännischen Dienstes war eine Übereinstimmung der vier Geschäftsführer notwendig; jeder derartige Beschluß galt jedoch nur soweit, als nicht vom Verwaltungsrat eine anderweitige Anordnung getroffen wurde. Sollte zwischen den vier Geschäftsführern des kaufmännischen Dienstes keine Einstimmigkeit erzielt werden, so war die Entscheidung des Verwaltungsrates sofort anzurufen. Zur Abwicklung des Geldverkehrs errichtete die Zentralstelle für Rubelbeschaffung in Berlin eine Zentralkasse in Kiew, die auch Filialen in Orten mit größerem Geldverkehr errichten sollte.

Der Verwaltungsrat, dem ein eigenes Sekretariat beigegeben worden war, hatte die Aufgabe, die Geschäftsführung nach den diesbezüglich ergangenen Bestimmungen des Vollzugausschusses zu leiten. Ferner war er für den Verkehr mit der Heimat und den einzelnen Behörden, die in den Organisationsfragen des Aufbringungsdienstes mitwirkten, zuständig und nötigenfalls zum Eingreifen verpflichtet. Der Verwaltungsrat sollte zudem eine Statistik der Aufbringung führen und grundsätzliche Vereinbarungen mit den Vertretern der beiden Feldeisenbahnchefs in Angelegenheiten des Abtransportes treffen. Zur Beschlußfassung des Verwaltungsrates war Einstimmigkeit erforderlich. In jenen Fällen jedoch, in denen der Vertreter einer der drei Zentralen erklärte, vom Standpunkt der Versorgung seines Landes an der Entscheidung nicht interessiert zu sein, konnte ein gültiger Beschluß schon durch Übereinstimmung der Vertreter der beiden anderen Zentralen erfolgen. Falls Einstimmigkeit oder ein Mehrheitsbeschluß aufgrund des Widerspruches eines der Delegierten nicht zu erzielen war, sollte telegraphisch eine Entscheidung durch den Vollausschuß des Kartells herbeigeführt werden.²⁹⁹

297 2. Bericht der Geschäftsführung der Gig vom 5. April 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

298 In diesem Fall stehen die Angaben von Oberst Kreneis im Widerspruch zu den Angaben in: Innere Organisation der Wirtschaftszentrale Kiew (Getreideverkehr), 10. April 1918, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364. Hier werden lediglich vier Geschäftsführer benannt, von denen zwei von der HV Berlin, einer von der Gig Wien und einer von der KP-AG Budapest bestellt wurde. Für diese Geschäftsführer wurden im Verhältnis 2:1:1 vier stellvertretende Geschäftsführer ernannt.

299 Innere Organisation der Wirtschaftszentrale Kiew (Getreideverkehr), 10. April 1918, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

Die WZ unterhielt an all jenen Orten, in denen sich Nebenstellen des Staatsgetreidebüros befanden, ebenfalls Nebenstellen.³⁰⁰ Diese hatten die Aufgabe, Kontakte zu der Nebenstelle des Staatsgetreidebüros zu pflegen, diese und deren Kommissionäre zu kontrollieren, Nachrichten über vorhandene Vorräte einzuholen und bei Verzögerungen selbst tätig zu werden oder aber mit Hilfe der Militärbehörden einzugreifen.

Als weiteres Glied des Aufbringungsdienstes der WZ fungierten sechs Beobachtungskommissionäre, deren Aufgabe es war, bei Störungen im Auftrag der WZ zu intervenieren und Informationen über Getreidebestände einzuholen. Der Geschäftsführung stand jederzeit das Recht zu, die Kommissionäre, von denen jeder eine bestimmte Kautions hinterlegen hatte, zu bestimmten Plätzen zu entsenden.³⁰¹

An allen Übergangspunkten der „trockenen Grenze“ und in den für den Umschlag auf das Schiff in Betracht kommenden Fluß- und Seehäfen hatte die WZ Kommissionäre bestellt, welche die quantitative und qualitative Übernahme der vom Staatsgetreidebüro abzuliefernden Waren, die Bereitstellung von Binnenschiffen und dergleichen mehr zu besorgen hatten. Auf der Krim und in den nicht zur Ukrainischen Volksrepublik gehörenden Teilen des Don-Gebietes sollten sie überdies den Getreideankauf alleine durchführen. Um den Transport an der „trockenen Grenze“ sicherzustellen, befanden sich dort eigene Transitkontors privater Speditionsfirmen, die das Umladen überwachten. Als Aufteilungsschlüssel für die Besetzung der Kommissionärstellen galt: 50% für Deutschland und je 25% für Österreich und Ungarn.

In einer Sitzung am 10. Mai 1918 legte man die Instruktionen für die Getreide-Verrechnungsabteilung der WZ in Kiew fest. Diese hatte folgende Aufgaben: die Evidenzhaltung der gesamten Warenbewegung, die Verrechnung mit allen Stellen, die bei der Abwicklung des Getreideverkehrs in Betracht kamen (Ukrainisches Ernährungsministerium, Vollzugsausschuß, Kommissionäre etc.), die Führung der gesamten auf die Verrechnung bezugnehmenden Korrespondenz und die Übergabe des verarbeiteten und schlüssigen Materials an die Buchhaltung.³⁰²

Am 29. Mai 1918 endlich wurden folgende Personen in ihre Posten bei der WZ berufen: Im Verwaltungsrat saßen fortan Hugo Lindemann und Max Th. Hassenkamp (beide ZEG), Konsul Bleimann (Ölzentralen), Regierungsrat Heindl (österreichische Regierung), Lippmann (Oezeg, KGV) und Lorant (KP-AG). Die Getreideabteilung stand unter der

300 §4 der Anlage 3, Wirtschaftsabkommen Ukraine – Deutschland und Österreich-Ungarn, 23. April 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

301 Sitzung des Vollzugsausschusses am 7. April 1918, Nr. 2870, 3. Bestätigung der deutsch-österreichisch-ungarischen Kommissionäre, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

302 Instruktionen für die Getreide-Verrechnungsabteilung der Wirtschaftszentrale Kiew, 10. Mai 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Österreichische Zentraleinkaufsstelle (Ukraine) 405.

Direktion der Herren Steinhardt, Geue, Friedeberg, Naschitz, Singer und die Lebensmittelabteilung unter derjenigen von Dahlenburg, Jürgens, Kappel und Kalman.³⁰³

Die Landstelle Lemberg

Bei ihr handelte es sich um eine militärische Einrichtung, deren Aufgabe die Durchführung aller mit dem Wirtschaftsverkehr im Zusammenhang stehenden Agenden war. Der Landstelle Lemberg wurden die Grenzstellen in Kovel', Brody, Ternopil' und Novoselycja untergeordnet, deren Aufgabe die Kontrolle und Dirigierung aller einlaufenden Material- oder Verpflegungstransporte nach Weisungen der Landstelle war. Ihre Leitung wurde Oberstleutnant Judex, Chef der Quartiermeisterabteilung der Armee Böhm-Ermolli übertragen. Dadurch, daß die Organisation des Fronthandels in den Händen der Quartiermeisterabteilung lag, wurden die hierbei gemachten Erfahrungen in den folgenden Schritten des Handels (Grenzverkehr und Austauschhandel im Großen) mit Erfolg verwertet.³⁰⁴

Die Aufstellung und Personalbeistellung oblag jenem Armeekommando (AOK), in dessen Bereich die Grenzstelle errichtet wurde. Nach Bedarf wurden Vertreter der Kartellorganisationen und über Vorschlag des Vertreters des Chefs des Feldeisenbahnwesens bei der Landstelle durch letzteren auch die Regierungsoffiziere eingeteilt. Mit dem Deutschen Reich vereinbarte man, daß, soweit die Teilung der gekauften Ware gemäß des festgelegten Schlüssels erfolgte, überall gegenseitige Kontrolle durch paritätische Organe zugestanden würde. Der Warenaustausch und Grenzhandelsverkehr an der Front war im Rahmen der hierfür erlassenen Befehle des AOK durch die Armeekommandos zu leiten. Die im Grenzverkehr gekauften Waren wurden nicht entsprechend einem festgelegten Schlüssel aufgeteilt.³⁰⁵

Zur Errichtung des zivilen Wirtschaftsverkehrs wurde zunächst ein Vertreter der Regierung an die Landstelle entsandt, unter dessen Schutz leitende und mit den nötigen Vollmachten ausgestattete Vertreter der zum Import und Export berufenen Zentralen und sonstigen Organisationen stehen und arbeiten sollten. Diesen leitenden Beamten fiel die Aufgabe zu, Agenten und Aufkäufer zu bestellen, die den in das ukrainische Gebiet vorrückenden Truppen folgen sollten. Diese wiederum sollten im Lande selbst unter den einheimischen Händlern die nötigen Organe zur Durchführung des Ein- und Verkaufs auswählen und instruieren. Unter dem Schutz der Truppen sollten die Händler unter Benützung der bestehenden Organisationen, insbesondere bäuerlicher Genossenschaften

303 Organisation der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftszentrale in Kiew, 29. Mai 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Österreichische Zentraleinkaufsstelle (Ukraine) 405.

304 Aufzeichnung über die am 28. Februar und 1. März 1918 im k. und k. Ministerium des k. u. k. Hauses und des Äußeren abgehaltenen Sitzungen der Zoll- und Handelskonferenz, betreffend den Abschluß eines Lieferungsvertrages mit der Ukraine, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

305 K. u. k. Armeekommando (AOK), Chef des Generalstabes, Q.Nr. 120.579, Organisation des Handelsverkehrs mit der Ukraine, 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

die aufzubringenden Waren eruiieren und kaufen sowie die Absatzstellen für die Produkte der Mittelmächte erheben. Im Aufmarschgebiet hatte sie die Aufgabe, Lagerräume für den Weitertransport von Waren nach Rußland zu sichern sowie bei den größeren Bahnhofsanlagen die Möglichkeit zu schaffen, beladene Waggons abzustellen und ohne Weiterentladung in das Hinterland abzuschieben oder an ihren ukrainischen Bestimmungsort zu entsenden. Das österreichische Warenverkehrsbureau richtete bei der Landstelle Lemberg, bei den Grenzstellen sowie an sonstigen geeigneten Orten bei vorrückenden Truppe Niederlassungen ein, um von dort die Spedition der Güter und die Unterstützung der kleineren Händler zu sichern. Um die wirtschaftliche Organisation noch weiter auszubauen, war ein Verbindungsorgan zwischen der Landstelle Lemberg und der vorrückenden Truppe geplant.³⁰⁶

Der Bereich der Landstelle Lemberg umfaßte den Bereich der 4., 2. und 7. Armee, den letzteren soweit, als ein Handelsverkehr mit der Ukraine in Betracht kam. Die Leitung erfolgte durch den Chef der Quartiermeisterabteilung des 2. Armeeoberkommandos (AOK), das Personal war ebenfalls dieser Abteilung zu entnehmen. Bei der Landstelle wurde auch ein Vertreter des Chefs des Feldeisenbahnwesens eingeteilt, der den notwendigen Kontakt zu den Militäreisenbahnbehörden herzustellen und die Inanspruchnahme der Bahnen aufgrund der allgemeinen Verkehrslage nach Weisungen des Chefs des Feldeisenbahnwesens zu leiten hatte. Der Landstelle Lemberg wurde zur Wahrung deutscher Interessen ein Vertreter der OHL beigegeben.

Die militärische Aufbringungsorganisation

Der Friedensvertrag von Brest-Litovsk regelte die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Ukraine, und aufgrund folgender Bestimmungen sollte der Warenaustausch aufgenommen werden. Die Leitung der Aufbringung der Waren und die Organisation des Handels mit der Ukraine oblag, soweit zivile Stellen in Betracht kamen, dem Ministerium des Äußeren (Handelspolitische Sektion). Nach Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich einigte man sich darauf, gemeinsam vorzugehen und die von den Kartellorganisationen³⁰⁷ der Monarchie und Deutschland eingetauschten und aufgebrachten Waren gemäß einem bestimmten Schlüssel zu verteilen. Der Befehl für die militärischen Stellen lautete, die im Interesse des Durchhaltens der Monarchie hochwichtige Aktion bestmöglichst zu unterstützen. Die Unterstützung erfolgte dort, wo Mithilfe der Armeen notwendig war, und zwar durch militärische Organisation und durch die militärische Leitung aller Land- und Seetransporte.

306 Zusammenfassung der am 28. II. 1918 bei Excellenz Riedel abgehaltenen Besprechung über die Organisation des Wirtschaftsverkehrs mit der Ukraine, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

307 Eine dieser Kartellorganisationen war z.B. das Konsortium Metall-Einkaufsstelle Rußland, das gebildet worden war aus: Kriegsmetall AG Berlin, Metallzentrale-Aktiengesellschaft Wien und der Metallzentrale der Länder der heiligen ungarischen Krone AG Budapest, 5. Juni 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

Den Stellenwert der militärischen Aufbringung zeigt sehr anschaulich ein Telegramm des Ministerpräsidenten Seidler an verschiedene Ministerien, die mit der Aufbringung zu tun hatten. Darin gab er den Text eines Telegramms des österreichischen Kaisers an den Chef des Generalstabes vom 16. Mai 1918 wieder. Der Kaiser hatte den General der Infanterie Alfred Krauss zum Kommandanten der Ost-Armee ernannt und ihm folgende Aufträge erteilt: Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die bestmögliche wirtschaftliche Ausnutzung des ukrainischen Gebietes. Alle wirtschaftlichen Angelegenheiten sollten beim Armeekommando zusammengefaßt werden, das gleichzeitig eine Abteilung „Ukraine“ mit Oberst Kreneis an der Spitze zu bilden hatte, in die Vertreter aller beteiligten Ministerien³⁰⁸ zu entsenden waren.³⁰⁹

Der Verkehr über das Schwarze Meer unterlag folgenden Vereinbarungen: Die nautisch-technischen Vorarbeiten zur Wiederaufnahme des Handelsverkehrs auf dem Schwarzen Meer und der Donau unterhalb von Bräila oblagen der deutschen und der österreichischen Kriegsmarine, die in gegenseitigem Einvernehmen arbeiteten. Diese Vorarbeiten umfaßten die Herstellung und Erhaltung minenfreier sicherer Schiffswege von Bräila nach allen Häfen des Schwarzen Meeres, die Schaffung und Bewachung der für die Seeschifffahrt nötigen nautischen Einrichtungen, wie z.B. Leuchtfeuer und Bojen, und die Instruktionen wie Segelanweisungen und das Lotsenwesen. Sämtliches abwärts von Bräila vorgefundene Material, das zur Schiffbarmachung, Fahrinnenbezeichnung etc. der Donaumündungen geeignet erschien, durfte nur mehr für diesen Zweck verwendet werden.

Zur einheitlichen Leitung des Verkehrs wurde die Schwarzmeer-Stelle geschaffen, die vom Oberst des Generalstabes Franz Hönigschmid geleitet wurde. Ihm waren unterstellt: ein deutscher Stab mit einem Hauptmann im Generalstab, dem ein weiterer Generalstabs-offizier beigegeben war, und ein österreichisch-ungarischen Stab, bestehend aus einem Generalstabsoffizier mit Unterpersonal. Außerdem hatte jeder Stab noch höchstens zwei Offiziere bei sich.

Die Leitung der Schwarzmeer-Stelle erhielt ihre Weisungen von den beiden Obersten Heeresleitungen. Bezüglich der Unterkunft, Verpflegung und sonstiger lokaler Angelegenheiten hatte sie sich an die örtlich zuständigen Stellen zu wenden. Zum damaligen Zeitpunkt war dies das Generalkommando 52. Weiterhin oblag ihr, die verschiedenen in der Schwarzmeer-Stelle vertretenen Dienststellen zur einheitlichen Handlung zusammenzufassen, in Kompetenzfragen und strittigen Fällen zu entscheiden bzw. die Entscheidung herbeizuführen. Sie vertrat die einzelnen Dienststellen nach außen hin gegenüber den in Rumänien, Bulgarien, der Türkei und der Ukraine befindlichen militärischen Stellen. Über die Siegelführung und den Geschäftsgang wurden zwischen der deutschen OHL und dem österreichischen AOK besondere Vereinbarungen getroffen.

308 K. u. k. Ministerium des Äußern, Kriegsministerium, k. u. k. Handelsministerium, k. u. k. Finanzministerium, k. u. k. Finanzminister, k. u. k. Amt für Volksernährung, k. u. k. Landesernährungsamt, Vorsitzender des gemeinsamen Ernährungsausschusses.

309 Abschrift zur Z. 16350/H.M. ex 1918, Wien 17.5.1918, an den Handelsminister, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

Die anfallenden Unkosten für die bei der Leitung der Schwarzmeer-Stelle eingeteilten Militärpersonen trug derjenige Staat, dem die Betreffenden angehörten. Alle übrigen Auslagen der Leitung wurden anteilig von den in der Schwarzmeer-Stelle vertretenen Handelsorganisationen getragen.

Die Abteilung Seeschifffahrt (Schiffsausgleich) wurde vom deutschen Chef des Feldeisenbahnwesens geleitet und hatte das Dispositionsrecht über alle Seeschiffe der Reedereiverbände einschließlich der von ihnen gecharterten Schiffe.

Was die Eisenbahnen betraf, so sorgten der bahnbeauftragte Offizier des deutschen Chefs des Feldeisenbahnwesens bzw. der Vertreter des k.u.k. Chefs des Feldeisenbahnwesens für die Weiterleitung der Transporte mit der Bahn nach Weisung ihrer Feldeisenbahnchefs und benachrichtigten rechtzeitig die See- bzw. Donauschifffahrt über das Eintreffen der zu Wasser fortzusetzenden Transporte. Die österreichisch-ungarische und deutsche Kriegsmarine unterhielten je einen Verbindungsoffizier zur Vermittlung der gegenseitigen Wünsche bei der Schwarzmeer-Stelle.

Weiterhin waren zugegen Vertreter der Nahrungsmittel- und Rohstoff-Kartelle. Sie waren hinsichtlich der geschäftlichen und sonstigen inneren Angelegenheiten der Kartelle nur von diesen abhängig. Ihre Wünsche bei Verladung und Transport sollten nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Das galt auch für die Abteilung Ausfuhr.

Zur Paßstelle wurde je ein deutscher und ein österreichisch-ungarischer Vertreter mit entsprechendem Hilfspersonal entsandt. Ihnen oblag die Überwachung des Reiseverkehrs ihrer Staatsangehörigen aufgrund der im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzten Reisevorschriften.

Als unterstützende Organe wurden der Schwarzmeer-Stelle Nebenstellen in den westlichen Häfen von der Donaumündung bei Kilija bis Konstantinopel beigegeben und paritätisch besetzt.

Für den Verkehr über die „trockene Grenze“ mit der Bahn oder auf Kanälen und Flüssen, ausgenommen der Donau, wurde deutscherseits im Armeekommando Ost eine Landstelle eingerichtet. Mit der Wahrung der österreichisch-ungarischen Interessen wurde ein k.u.k. Generalstabsoffizier betraut.³¹⁰

Die Instruktionen der Quartiermeisterabteilung zur Abschöpfung der materiellen Ressourcen der Ukraine

Durch diese Instruktionen vom 26. Februar 1918 wurden die zuständigen Truppeneinheiten³¹¹ angewiesen, nach der militärischen Raumsicherung mit der geregelten Aufbringung zu beginnen. Beim Kommando und bei den einzelnen Truppenkörpern der vorzuschiebenden Detachements sollten Beamte und wirtschaftliche Organe jeder Art

310 K. u. k. Armeeeoberkommando (AOK), Chef des Generalstabes, Q.Nr. 120.579, Organisation des Handelsverkehrs mit der Ukraine, 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

311 2. A.K.(QAbt.), 7. A.K.(QAbt.), 2. A.K.(GstbsAbt.), 7. A.K.(GstbsAbt.), HGK. FM. Frh. von Böhm-Ermolli und HFK. FM. Br. Kövess.

mit Unterpersonal zugeteilt werden, deren Aufgabe darin bestand, die vorhandenen Vorräte festzustellen. Daraufhin sollten Kaufleute und Händler beigegeben werden. Die beim Vorrücken vorgefundenen Vorräte und das Kriegsmaterial waren durch die Truppe in Beschlag zu nehmen, durch bereits bestimmte Abteilungen zu bewachen und nach Art und Umfang dem vorgesetzten Detachementkommando zu melden.

Die von den vorgeschobenen Detachements aufgebrauchten Vorräte waren möglichst bald von anderen nachzuschiebenden Abteilungen zu übernehmen, um die Detachements für den weiteren Vormarsch freizumachen. Diese nachzuschiebenden Abteilungen sollten die genaue Durchforstung des gesamten Gebietes nach Vorräten aller Art und nach Kriegsmaterial übernehmen. Als Grenze zwischen der 2. und der 7. Armee hatte der Dnjestr zu gelten. Das aufgebrauchte Material sollte schließlich an verkehrsgünstigen Punkten zum Abtransport bereitgestellt werden. Aus den „Abschubsmagazinen“ waren die Vorräte in kompletten Waggonladungen weiterzuleiten. Zur raschen Abbeförderung waren außer den zugewiesenen Fuhrwerken und Lastautos vom Lande aufgebrauchte Transportmittel heranzuziehen. Aufzubringen war alles, was Heer und Hinterland für den Krieg gebrauchen konnten, so vor allem Lebensmittel, Futtermittel und Rohstoffe aller Art, Gummi, Pferde, Autos, Fuhrwerke und Metalle. Die wirtschaftliche Hilfsaktion für die Ukraine hatte sich darauf zu erstrecken, daß jene wirtschaftlichen Mittel, welche die Bevölkerung brauchte, ihr von den Truppen der Mittelmächte gegeben wurden. Dazu war deren Feststellung durch Fachleute erforderlich, die schon bis dato Geschäfte mit der Ukraine unterhalten hatten. Nach Bedarf sollten diese Fachleute beim AOK angefordert werden. Die für die Bevölkerung benötigten Mittel waren dem AOK fallweise zu melden, worauf sie von diesem dann beschafft werden sollten. Über das Verhalten gegenüber der ukrainischen Bevölkerung äußerte sich der Befehl folgendermaßen: „Massgebend für unser Verhalten gegenüber der Bevölkerung soll die Bedachtnahme sein, daß wir mit der Ukraine in Frieden leben, dass unser Einmarsch eine Hilfsaktion zugunsten der Bevölkerung ist, die vertrauensvoll unserer wirtschaftlichen Unterstützung versichert sein soll. Aus diesem Grund ist es auch notwendig, daß der Geschäftsmann dem Soldaten auf dem Fuße folgt.“

Die Aufbringung der Vorräte hatte gegen Bezahlung³¹² oder im Tauschhandel zu erfolgen. Die mit der Aufbringung beauftragten Kommandos hatten im Dienstweg jeden 10. Tag dem Armeekommando über die aufgebrauchten Güter schriftlich Meldung zu machen. Aufgebrauchte Gegenstände von besonderem militärischen oder kriegswirtschaftlichen Wert waren fallweise zu melden. Die Armeekommandos hatten am 1. und 15. eines jeden Monats über die Ergebnisse der Aufbringung des AOK (QAbt.) Meldung zu machen. Eindringlich wurde den zuständigen Stellen eingeschärft, daß die Organisation des Kriegsmaterials und der Lebensmittel gründlich und schnell zu geschehen habe

312 Als Beispiel für eine solche Abrechnung siehe: Militärische Einkäufe in der Ukraine, provisorische Abrechnung, 22.08.1918, Z. 11.5947, in: AdR, Handel, k. u. k. Handelsministerium Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft, 58947.

ferner, daß die aufgebrachten Vorräte durch die Truppe rationell verwertet und nicht sinnlos verschleudert werde.³¹³

Das 2. Armeekommando

Das 2. Armeekommando³¹⁴ hatte, um den Ankauf zu beschleunigen, in dem von ihm besetzten Gebiet östlich des Don eine eigene Aufbringung und eine eigene Verrechnung³¹⁵ organisiert. Die Truppen waren beauftragt worden, mit Hilfe einheimischer Händler zu kaufen und dann die gekaufte Ware ins Hinterland zu transportieren.³¹⁶ Zweifellos wurde auf diese Weise die Aufbringung beschleunigt, allerdings ergaben sich auch eine Reihe gravierender Nachteile. Die Truppen kauften, um die Ware schnellstmöglich zu erhalten, zu willkürlichen Preisen auf. Die Folge war eine derartige Preissteigerung, daß sich selbst die Militärs entschließen mußten, die Käufe einzustellen. Hinzu kam jedoch, daß es unmöglich war, diese Waren mit Beschleunigung in die Heimat zu transportieren, da die ukrainische Regierung den Bahnorganen unter Berufung auf den geschlossenen Vertrag die Weisung erteilt hatte, nur die von ihren Organen aufgegebenen Ware durchzulassen. Daher mußte in jedem Einzelfall um eine gesonderte Ausfuhrgenehmigung ersucht werden.³¹⁷ Erst nach zähen Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung konnte der Abtransport vereinbart werden, allerdings nur durch das Zugeständnis, daß auch die vom Militär aufgekaufte Ware auf das von der ukrainischen Regierung abzuliefernde Kontingent angerechnet und der reguläre Ausfuhrzoll entrichtet würde. Nun erhoben aber die deutschen Militärs Anspruch auf das ihnen zustehende Drittel der aufgebrachten Menge, und zwar zu dem vertraglich vereinbarten Preis. Da die Österreicher aber zu einem weit überhöhten Preis eingekauft hatten, ergab sich für die österreichische Staatskasse ein Verlust in Millionenhöhe und keine Erleichterung für die Versorgungslage des Hinterlandes.

313 K. u. k. Armeeeoberkommando (AOK), Quartiermeisterabteilung, Q.Nr. 101.103, Materielle Ausnützung der Ukraine, 26. Februar 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

314 Oberst Kreneis, Aufbringungsdienst in der Ukraine, S. 3-5, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

315 Diese Verrechnungs- und Ordnungsmethode war überaus kompliziert. K.u.k. 2. A.K. Q.J. Nr. 2380 – Warenausverkehr mit Rußland – Verrechnung – An die k.u.k. Intendantz 5. 18. Korpskommando, 11. J.D. Kommando, Rechn. Kontr. Abt. d. 2. A.K., Fassungsstelle Lemberg und Liquidatur der Operationskassa d. 2. A.K., 24. Jänner 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

316 Dies steht im Gegensatz zum Memorandum des Getreidefachausschusses vom 27. März 1918 in Kiew, wo beschlossen wurde, daß „freihändiger Aufkauf“ in der Ukraine wegen der Spekulation nicht in Frage käme. Dies zeigt wieder einmal die schlechte Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Institutionen.

317 Die österreichischen Militärs trauten sich aber nicht, Gewalt gegen das ukrainische Bahnpersonal anzuwenden, da sonst Streiks von großem Ausmaß im Lande gedroht hätten. Vertreter der k. k. Regierung bei der Landstelle Lemberg, 25. März 1918, in: AdR, Soziales. Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

Das eigentliche Hauptproblem allerdings war, daß die ukrainische Rada-Regierung begann, diese Verletzung des Vertrages durch die Österreicher zum Anlaß zu nehmen, gegen den Vertrag Stellung zu beziehen und ihn aus ihrer Sicht als gebrochen zu betrachten. Wahrscheinlich war dies einer der Hauptgründe, warum am 29. April 1918 das Hetmanat unter Skoropads'kyj proklamiert wurde. Dieser stellte sich nämlich rückhaltlos hinter die Forderungen der Mittelmächte.

Die durch Requisitionen aufgebraachten Waren

Die durch Requisitionen aufgebraachten Waren wurden zu von der ukrainischen Regierung bestimmten Konditionen beglichen. Die Modalitäten waren: Wer seine Waren freiwillig ablieferte, erhielt zu den offiziellen Preisen einen Zuschlag von 5%, wenn das zu liefernde Quantum 1.000 Pud (ca. 16.000 kg) erreichte oder überstieg. Hierbei konnte sich das Ernährungsamt der Kommissionäre bedienen, die für die Abwicklung und Finanzierung eine Pauschalvergütung von 6% vom Übernahmewert erhielten.

Für jene Waren, die im Requisitionsverfahren abgeliefert wurden, bestanden die offiziellen Preise abzüglich 30%. Hingegen veranschlagte man für versteckt gehaltene und später aufgefundene Waren einen Abschlag von 50%. Diese Waren wurden außerdem nicht bar, sondern durch Requisitionsscheine, die vom Tage der Requisition mit 4% pro Jahr verzinst wurden, bezahlt.³¹⁸ Bei Übernahmen, die durch Requisition erfolgten, erhielt der Kommissionär keine Provision.

Bei einer Besprechung am 1. April 1918 bei der Intendanz des II. A.K.QAbt. in Angelegenheit der Warenausfuhr aus der Ukraine wurde eine weitgehendere Zusammenarbeit zwischen den zivilen und militärischen Dienststellen vereinbart. Da die Situation im Lande selbst sich für die Mittelmächte als nicht so günstig darstellte, wurde beschlossen, zu Zwangsaufkäufen zu schreiten, und zwar im Namen und auf Rechnung des Militärärars (Zahlmeister). Sowie der Bedarf der Truppe und der zehntägige Vorrat gedeckt sein würde, sollten die Überschüsse an die Zentralen abgegeben werden. Die militärischen Stellen hatten nichts dagegen einzuwenden, daß die Kommissionäre der Zentralen sich bei der Aufbringung der Waren im Anschluß an die zu bildenden Detachements betätigten.³¹⁹

Die verbleibende Tätigkeit des Handels

Am 9. April 1918 wurde der Vertrag mit der ukrainischen Regierung über die Lieferung von einer Million Tonnen Getreide unterzeichnet. Die Durchführung dieses Vertrages

318 Niederschrift über die am 28. März 1918 im Ernährungsamte unter dem Vorsitze des Herrn Direktors Gavrilov in der ukrainischen Aufbringungsfrage abgehaltene Konferenz, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

319 Vollzugsausschuß der drei Getreide-Zentralen, Sekretariat an die KGV, Wien, 8. April 1918, Zahl 00156. In: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

vertraute man dem ukrainischen Staatsgetreidebüro an, bei dem ein Vertreter der Getreidezentralen und Handelsverkehrsanstalten (HV) ernannt wurde, der von Anfang an an den Arbeiten des Staatsgetreidebüros teilnahm und dessen Schreibtisch auch hier stand. Durch diesen neuen Vertrag hatten sich die Möglichkeiten des deutsch-österreichisch-ungarischen Getreidehandels in der Ukraine etwas verschlechtert, weshalb das Betätigungsfeld des Handels neu definiert werden mußte. Er sollte über die Warenbewegungen im Inneren der Ukraine Kontrolle ausüben und statistisches Material sammeln. Dies sollte von beamteten Organen der Händlervereinigung durchgeführt werden, die auch dazu bestimmt waren, die zu errichtenden Nebenstellen zu leiten, da man der Ansicht war, daß bezahlte Beamte sich leichter strenger Disziplin fügten und ihre Berichte ein objektiveres Bild der wirklichen Zustände geben würden. Dazu kam die quantitative und qualitative Abnahme der Waren an den Flüssen im Landesinneren sowie an der „trockenen Grenze“ als auch an den Seehäfen. Die Kommissionäre sollten sich an den in Frage kommenden Plätzen organisieren, um mit ihrem Personal die Ware abzunehmen, Quittungen über den Empfang auszustellen und um alles Nötige zu veranlassen. Dabei mußte die Ware an den Seehäfen eingelagert und umgeschlagen werden. Im Falle des Versagens des ukrainischen Staatsgetreidebüros sollte die Ankaufstätigkeit durch Unterkommissionäre aufgenommen werden. Bei dieser Besprechung der Mittelmächte wurde ferner darüber Einigkeit erzielt, daß an allen Orten, an denen das Staatsgetreidebüro Filialen eröffnete, auch die deutsch-österreichisch-ungarischen Getreideorganisationen ein Büro unter Vorbehalt eröffnen sollten, um im Notfall weitere Büros in der Provinz einrichten zu können.

Bei all diesen Punkten war zuletzt darauf zu achten, ein gutes Prämiensystem für die Kommissionäre einzurichten, das einen Anreiz für hervorragende Leistungen bot, um so sicher zu stellen, daß die Länder der Mittelmächte auch eine große Menge an Waren erreichte.³²⁰

In einer Nachfolgesitzung wurde über die zu zahlenden Vergütungen an die Kommissionäre endgültig folgendes festgesetzt: Nachweisbare notwendige Spesen wurden ersetzt, Anreizprämien für besondere Leistungen gewährt. Für die qualitative Abnahme an der „trockenen Grenze“ sollten die Kosten erstattet werden, ebenso für die Einlagerung an den Häfen. Bei Aufkäufen der Waren durch die Mittelmächte bezahlte man den Kommissionären die gleiche Summe wie den ukrainischen Vermittlern.

Durch den Vertrag mit der ukrainischen Regierung hatte sich eine völlig neue Lage ergeben, die eine engere Zusammenarbeit der drei Handelsverkehrsanstalten nötig werden ließ. Wie schon in einem Brief Reifs vom 2. April 1918 gefordert³²¹, bildeten sie nun am 10. April 1918 ein Kartell, eine sogenannte Poolung wurde durchgeführt. Die Kommissionäre verteilte man gleichmäßig in der Ukraine nach dem Schlüssel 2:1:1, aber in der Weise,

320 Sitzung des Vollausschusses mit den Handelsverkehrsanstalten am 9. April 1918, Nr. 2870. in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

321 Reif an Dr. Gaertner, 2. April 1918, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

daß die Gesamtzahl aller Kommissionäre diesem Schlüssel entsprechen mußte. Die Zuschläge, welche die Handelsverkehrsanstalten für ihre Tätigkeit erhielten, wurden je zur Hälfte zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geteilt.³²²

Die Richtlinien für die wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine

In Ergänzung zu den Berliner Verhandlungen vom 21. Februar 1918 und des Ukraine-Abkommens vom 28. März 1918, abgeschlossen von den beiden Obersten Heeresleitungen der Mittelmächte, wurde vereinbart, daß Deutschland Österreich-Ungarn 151.000 Tonnen Getreide bis zum 15. Juli 1918 liefern werde. Um dies sicherzustellen, erhielt das Reich unter Wahrung der vereinbarten Schlüssel bis zur erfolgten Zuteilung das Bestimmungsrecht über alles Getreide, das in der Ukraine, den übrigen Teilen des ehemaligen Russischen Reiches, in Rumänien und in dem von Rumänien besetzten bessarabischen Gebiet bis zur neuen Ernte aufgebracht werden würde.³²³

So wurden am 18. Mai 1918 die Richtlinien für die wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine herausgegeben. Dabei bestand zwischen den Mittelmächten die Übereinkunft, daß diese wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine und weiterer in Betracht kommender Gebiete nach einheitlichen Grundsätzen unter deutscher Leitung durchzuführen war.

Die wirtschaftliche Ausbeutung sollte grundsätzlich in der Hand ziviler Organisationen bleiben. Die Aufbringung von Gütern durch rein deutschen oder österreichischen Handel sollte nur dann zulässig sein, wenn die ukrainische Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfüllte.³²⁴

Zu den in Kiew bestehenden wirtschaftlichen Organisationen³²⁵ wurde von der Heeresgruppe Eichhorn ein bevollmächtigter Generalstabsoffizier entsandt. Dieser hatte die Aufgabe, Wünsche der Kartellorganisation nach militärischer Hilfe jeglicher Art oder nach Aufhebung militärischer Anordnungen entgegenzunehmen und beim Oberkommando der Heeresgruppe vorzutragen. Diese Wünsche dienten als Grundlage für das in der Ukraine vom Oberkommando einheitlich zu regelnde militärische Vorgehen auf wirtschaftlichem Gebiet. Der bevollmächtigte Generalstabsoffizier hatte das Recht, bei den in Kiew befindlichen Zentralen Auskünfte einzuholen und Anträge zu stellen sowie sämtlichen Beratungen der einzelnen Organisationen beizuwohnen. Zur Übermittlung österreichisch-ungarischer Wünsche und Anregungen wurde ihm ein im Dienstalther jüngerer Offizier beigegeben, der die dauernde Verbindung mit dem k.u.k. AOK und k.u.k. II. A.K. zu gewährleisten hatte.

322 Fortsetzung der Vollausschußsitzung vom 9. April 1918 am 10. April 1918, in: Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

323 Text der Vereinbarung. In: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

324 Mantelabkommen vom 21. Februar 1918, Anlage VI, Grundsätze für den Bezug nicht besonders benannter Lebensmittel aus der Ukraine, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

325 Zum Beispiel die deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftszentrale und ähnliche Kartellvertretungen.

Zur Wahrung der einheitlichen militärischen Unterstützung bei der wirtschaftlichen Auswertung wurde beim k.u.k. II. A.K. ein deutscher bevollmächtigter Generalstabs-offizier eingeteilt. Seine Aufgabe war es, die Durchführung der vom Oberkommando der Heeresgruppe Eichhorn erlassenen Befehle und Anordnungen in wirtschaftlichen Fragen in gleicher Weise beim II. A.K. herbeizuführen und Wünsche der deutschen OHL in wirtschaftlichen Fragen zu übermitteln. Ihm stand das Recht unmittelbaren Vortrages beim Generalstabschef und beim Armeekommandanten zu.

Es wurde vereinbart, für den Fall, daß die kaufmännische Organisation bei der Aufbringung versagt, sofort auf eine rein militärische Requisition umzustellen, die in beiden Armeegebieten einheitlich und nach gleichen Grundsätzen im Sinne der vom Oberkommando der Heeresgruppe Eichhorn erlassenen allgemeinen Richtlinien durchgeführt werden sollte.

Die ZEG in Berlin übernahm die weitere Einrichtung der WZ, Abteilung Getreideverkehr in Kiew, die auch in administrativer Hinsicht dieser unterstand.

Für den Transport der Waren war einzig und allein die Eisenbahnzentralstelle Kiew zuständig und die militärischen Kommandobehörden wurden angewiesen, sich jeglichen Eingriffs in ihre Dispositionen zu enthalten. So durften schon auf den Weg gebrachte Transporte lediglich durch den Chef der Eisenbahnzentrale umgeleitet werden. Dieser war ein Deutscher und hatte einen k.u.k. Stellvertreter, der nur in seiner Abwesenheit in Aktion trat.³²⁶

Den Punkten Grenzverkehr und Überwachung wurde ebenfalls ein gesondertes Kapitel des Mantelabkommens gewidmet.³²⁷

Deutschland und Österreich-Ungarn sicherten sich gegenseitig zu, die Durchführung der geschlossenen Kartellverträge auf jede Weise, auch mit allen militärischen und polizeilichen Mitteln zu gewährleisten, also jede Art von außerkartellmäßigen Käufen, Schmuggel, übermäßiger Ausdehnung des Grenzverkehrs usw. so wirksam wie möglich zu verhindern. Zu diesem Zweck sollte die Überwachung der Einreise besonders scharf durchgeführt werden. Dabei wurden Zuwiderhandlungen strafrechtlich verfolgt und geschmuggelte Waren beschlagnahmt. Ferner definierte diese Anlage IV den Terminus Grenze: „Unter Grenze ist in der Bukowina und in Galizien die ehemalige Reichsgrenze gegen Rußland zu verstehen, weiterhin die heutige Ostgrenze des k.u.k. 4. General-

326 Ergänzungsabkommen vom 18. Mai 1918 zu den Berliner Verhandlungen vom 21. Februar 1918 zwischen den Mittelmächten und in Ergänzung des Ukraine-Abkommens vom 28. März 1918, abgeschlossen zwischen den Bevollmächtigten der beiderseitigen Obersten Heeresleitungen, Anlage II: Richtlinien für die wirtschaftliche Auswertung, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

327 Ergänzungsabkommen vom 18. Mai 1918 zu den Berliner Verhandlungen vom 21. Februar 1918 zwischen den Mittelmächten und in Ergänzung des Ukraine-Abkommens vom 28. März 1918, abgeschlossen zwischen den Bevollmächtigten der beiderseitigen Obersten Heeresleitungen, Anlage IV: Übereinkommen, betreffend Grenzverkehr und Überwachung, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

kommandos und der Etappen-Inspektion Bug, die ukrainische Nordgrenze bis zur Demarkationslinie und weiter diese Demarkationslinie bis zur Ostsee.“

Die wirtschaftliche Ausnützung des von Österreich-Ungarn besetzten Teil Nordbessarabiens sollte der Monarchie zur Versorgung ihrer in der Bukowina und in Galizien stehenden Truppen überlassen werden. Dieser Raum wurde begrenzt durch die ehemalige Reichsgrenze, den Prut, den Dnjestr, sowie die Linie Şireuţi – Briceni – Mohyliv-Podil's'kyj. Allerdings sollten die aus diesem Gebiet ausgeführten Waren auf den ukrainischen Schlüssel angerechnet werden.

In der Schlußsitzung am 18. Mai 1918 wurde abschließend noch folgender wichtiger Punkt dem Abkommen hinzugefügt: Deutschland erklärte, daß seine Garantieverpflichtung gegenüber Österreich-Ungarn, Getreide zu liefern, nur dann eingehalten werden könne, wenn nicht „nicht abzusehende, unbesiegbare höhere Gewalt“ dies unmöglich mache. Lieferungen aus deutschen Beständen seien nur dann in Betracht zu ziehen, sollten sie das Deutsche Reich in seiner Versorgung nicht beeinträchtigen. Weiter wurde auf deutscher Seite vorausgesetzt, daß die Bewirtschaftung der Ernte des Wirtschaftsjahres 1918 in Österreich und Ungarn nach den gleichen Grundsätzen zur Durchführung gelange wie im Deutschen Reich. Man wollte, daß eine straffe staatliche Erfassung und Verteilung der gesamten Ernte durchgeführt wurde.³²⁸

Aber obwohl nach diesem Abkommen zwischen den Mittelmächten alles geklärt zu sein schien, kam es doch immer wieder zu Mißverständnissen. So beschwerte sich der deutsche Delegierte von Grävenitz bei Graf von Zedtwitz³²⁹, daß ihm ein Schreiben vorliege, General Sandler habe nach dem besagten Abkommen einen Kredit von der KGV über 100 Millionen Kronen zum Ankauf von Getreide erhalten, obwohl vereinbart worden war, Deutschland sei nunmehr allein für den Getreideeinkauf zuständig.

Hofrat Dr. Gaertner konnte jedoch dieses Mißverständnis durch eine Erklärung aus der Welt schaffen. Die Versorgungsnot der Österreicher war so groß geworden, daß durch kaiserlichen Befehl an den Generalstabschef veranlaßt wurde, eine Aufbringung durch die Truppen der 2. Armee einzuleiten. Die in Wien weilenden Vorstandsmitglieder der KGV wurden veranlaßt, im Kriegsministerium für das Kommando der 2. Armee den Betrag von 100 Millionen Kronen flüssig zu machen. Notwendigerweise mußten sie dies tun, obwohl Vizepräsident Reif und Dr. Gaertner von einer solchen militärischen Aktion ausdrücklich abrieten und auch den Botschafter Graf Forgách baten, sich diesem Standpunkt anzuschließen. Diese Tatsache nun, daß eine derartige Aktion seitens der Österreicher gestartet worden war, bot den deutschen Stellen Anlaß, im Mai die Forderung zu stellen, die Führung im Getreidekauf an Deutschland übergehen und speziell das 2. Armeekommando nicht mehr selbständig wirtschaften zu lassen. So war also der Kredit

328 2. Punkt bei der Schlußsitzung vom 18. Mai 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

329 Bevollmächtigter des k. k. Amtes für Volksernährung im Kriegsernährungsamt in Berlin.

von 100 Millionen der Anlaß der Verhandlungen im Mai und wurde naturgemäß vorher bewilligt.³³⁰

Die Ausführungsanweisungen für Getreide

Dabei handelte es sich um Ausführungsanweisungen der vom ukrainischen Staatsgetreidebüro an die deutsch-österreichisch-ungarische WZ zur Ablieferung gelangten Mengen Getreide, Futtermittel, Saaten und Sämereien. Die Feststellung der Menge erfolgte bei Eisenbahnverladungen nach dem Ausladen aus dem Waggon. Etwaige Fehlgewichte bedurften der bahnamtlichen Bestätigung, um eine Reklamation durchführen zu können. Sofern keine Möglichkeit zur bahnamtlichen Verwiegung an der Übernahmestation bestand, hatte die Gewichtsfeststellung im Einvernehmen mit dem zuständigen Vertreter des Staatsgetreidebüros zu erfolgen. Bei direkter Anlieferung, wie zum Beispiel bei Fluß- und Seeschiffverladung war das Gewicht zwischen Lieferant und Empfänger gemeinsam festzustellen. Die Geschäftsstelle hatte über die empfangenen Mengen bei Eisenbahnverladung über jeden Waggon, bei Schiffsverladungen über jede Partie getrennt Empfangsscheine unter Benutzung der von der WZ zur Verfügung gestellten Vordrucke³³¹ auszustellen und haftete für ihre Richtigkeit. Die Feststellung der Qualität erfolgte bei Eisenbahnverladungen am Ziel bzw. an den Umladestationen und bei Fluß- und Schiffsverkehr bei Einladung der Ware in das Fahrzeug. Zu diesem Zweck hatte die Geschäftsstelle gemeinsam mit dem Lieferanten oder dessen Beauftragten jedem Waggon bzw. jeder Partie sachgemäß zuverlässige Durchschnittsmuster zu entnehmen, wovon unverzüglich ein gemeinschaftlich versiegeltes und ein offenes Muster an die WZ in Kiew gesandt werden sollte. Die Geschäftsstelle hatte gleichzeitig das Naturalgewicht auf der Waage in Solotnik festzustellen sowie eine Analyse auf Fremdkörperbesatz zu machen. Die Resultate dieser Feststellungen waren unter Benutzung der hierfür von der WZ zur Verfügung gestellten Vordrucke den Mustern beizufügen. Diese Ergebnisse bildeten die Grundlage für die Verrechnung von Abweichungen der gelieferten Waren hinsichtlich Naturalgewicht und Fremdkörperbesatz gegenüber den mit der ukrainischen Zentralrada hierfür vereinbarten Qualitätsbedingungen. Die Untersuchungen mußten deswegen auch unter Hinzuziehung des Lieferanten erfolgen.³³²

Die Bezahlung des aufgebrachten Getreides

Die KGV hatte den Auftrag, alle Geldbeträge zum Bezahlen des angekauften Getreides an die Landstelle Lemberg zu überweisen, und zwar immer so viel, wie für einen 14-

330 Präsidium der KGV, 859, Deutsche Beschwerde wegen Einkäufen in der Ukraine, 27. Dezember 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung: Getreidezentrale 361.

331 Abschrift des Vordruckes siehe bei: An die Geschäftsstelle der WZ, Ausführungsanweisungen, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

332 An die Geschäftsstelle der WZ, Ausführungsanweisungen, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

tägigen Bedarf berechnet wurde. Zu diesem Zweck war ein Girokonto der Operationskassa „Sg“ bei der österreichisch-ungarischen Bank in Lemberg eingerichtet worden. Dieses Konto entstand aus dem Übertrag der Operationskassa „Ka“ von Lublin nach Lemberg, dem später noch ein eigenes Rubelkonto hinzugefügt wurde.³³³ Der Vertreter der KGV bei der Landstelle Lemberg war für die Verteilung der Geldbeträge auf die einzelnen Militärstellen, die sogenannten Fassungs- und Sammelstellen, verantwortlich. Dies geschah mit Rücksicht auf die größere oder geringere Aufbringungsmöglichkeit von Getreide in den betreffenden Gebieten.

Die Organisation sah so aus, daß die KGV der Landstelle Lemberg ihre Einkäufer meldete und die Landstelle sie zu einem von der KGV zuvor festgesetzten Betrag akkreditierte. Um eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten, wurden diese Gelder den Einkäufern in den Militärstellen, in deren Einflußbereich sie sich befanden, ausbezahlt. Hinsichtlich aller jener Einkäufer, die nicht namentlich von der KGV bis zu einem bestimmten Betrag akkreditiert wurden, galt, daß der Übernahmepreis für das Getreide von der Militärstelle nur gegen Ablieferung der Ware ausbezahlt werden durfte. Dabei sollte die auszahlende Militärstelle tunlichst direkten Verkehr mit den Getreideproduzenten anstreben, um Übervorteilungen der ackerbaubetreibenden Bevölkerung durch die Einkäufer so gering wie möglich zu halten. Deshalb waren auch immer die jeweils festgesetzten Einkaufspreise zu veröffentlichen.

Die Militärstellen erhielten aber nicht nur diese aus Lemberg überwiesenen Gelder, sondern auch den Erlös aus Verkäufen, die in einem Übereinkommen zwischen der KGV und der Handelsvereinigung Ost geregelt wurden. Sollten bei den Militärstellen anlässlich des Verkaufes von Exportgütern Rubelbeträge eingehen, so waren sie verpflichtet, dies ohne Verzögerung der Lemberger Filiale der österreichisch-ungarischen Bank mitzuteilen. Die Rubelbeträge selbst hatten bis zum Eintreffen einer entsprechenden Weisung bei den Militärstellen zu verbleiben, durften also nicht wie die Kronenbeträge ohne weiteres zum Ankauf ukrainischer Importwaren verwendet werden. Für die Oezeg war ein analoges Vorgehen geplant, allerdings nicht im Zusammenhang mit der Einnahme von russischer oder ukrainischer Währung aus dem Verkauf von Exportwaren.

Als oberster Grundsatz galt, daß die Verrechnung aller durch die KGV oder Oezeg, d.h. grundsätzlich aller durch zivile Organisationen gekauften Waren, strengstens von der der militärischen Ausgaben zu trennen war. Dies geschah deshalb, da hinsichtlich der zivilen Gruppe von Ausgaben eine Refundierung durch die in Betracht kommenden Zentralen gegen die Hinterlegung der erforderlichen Unterlagen stattfand. Ferner durften die von der KGV dem Girokonto der Operationskassa „Sg“ überwiesenen Beträge ausschließlich für Käufe solcher Waren verwendet werden, die der Bewirtschaftung durch

333 K. K. Amt für Volksernährung an Präsidium der KGV, Nr. 3044, 24. April 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

die KGV unterlagen und an diese Anstalt abgeliefert wurden.³³⁴ Immer ließ sich jedoch diese strikte Trennung nicht einhalten, wie die Niederschrift vom 11. Oktober 1918 über eine Besprechung im Kriegsministerium über die Flüssigmachung von Geldmitteln für die Ukraine zeigte. Erst nach einem heftigen Auftritt gelang es dem zivilen Vertreter, den Militärs die versprochenen 25 Millionen Kronen zu entwenden, da das Militär bis zum Herbst 1918 seine Dominanz über die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten noch weiter entfaltet hatte.³³⁵

Sonstige für die Mittelmächte interessante Waren

Die Mittelmächte waren außer an Getreide so ziemlich an allen Gütern, die sie in der Ukraine vorfanden, interessiert. Dieses Interesse reichte von Rindern und Eiern bis hin zu Kohle, Mineralölprodukten und Chemikalien.

Stellvertretend für diese Produkte sollen die Bestimmungen und Vereinbarungen über Eier und Kohle näher beleuchtet werden.

Die ukrainische Regierung verpflichtete sich bis zum 31. Juli 1918, 400 Millionen Stück Eier, die an die WZ zu bestimmten Terminen übergeben werden mußten, an die Mittelmächte zu liefern. Die ukrainische Regierung sollte sich jedoch bemühen, die Gesamtlieferung auf 500 Millionen Stück zu erhöhen, und erteilte den Mittelmächten dafür auch gleich eine Ausfuhrgenehmigung. Das Verpackungsmaterial sollte von der Ukraine gestellt werden, reichte es jedoch nicht aus, verpflichteten sich die Mittelmächte, Kistenbretter und Nägel bereitzustellen. Sollte die ukrainische Aufbringungsorganisation nicht in der Lage sein, die vereinbarten Monatsmengen zu beschaffen, hatte die WZ das Recht, den Eierkauf durch ihre Bevollmächtigten selbständig, aber unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung vorzunehmen. Die Eier durften erst nach der qualitativen Abnahme durch die WZ in den Transport gehen und wurden von dieser zum Selbstkostenpreis der ukrainischen Regierung abgenommen. Die ukrainische Regierung verpflichtete sich, diese Kosten in den Monaten April und Mai 1918 nicht über 255 Rubel und in den Monaten Juni und Juli nicht über 275 Rubel ansteigen zu lassen. Zu den Selbstkosten traten als Beitrag für Organisations- und Monopolspesen des ukrainischen Ernährungsministeriums 5% des Selbstkostenpreises. Die Selbstkostenpreise nebst dem Beitrag zu den Organisationskosten wurden in einer Summe gegen provisorische Fakturen und Aushändigung des Duplikatfrachtbriefes durch die WZ oder deren Beauftragten bezahlt. Sobald die Eierlieferungen die „trockene Grenze“ der Ukraine überschritten hatten, zahlte die WZ dem ukrainischen Ernährungsministerium 10% auf den Fakturenpreis für sämtliche von der WZ ausgeführten

334 K.u.k. Kriegsministerium Abt. 15/B Nr. 2054 v. 1918 an das k. k. Finanzministerium in Wien, 3. April 1918, Beilage, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

335 Niederschrift einer am 11. Oktober d.J. (= 1918) mit dem Herrn Intendanten Skuta und Offizial Dr. Furtmüller im k.u.k. Kriegsministerium gepflogenen Besprechung wegen Flüssigmachung von Geldmitteln für die Ukraine, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Österreichische Zentraleinkaufsstelle (Ukraine) 405.

Mengen. Dieser Preis bildete eine Gesamtabfindung für alle staatlichen und sonstigen öffentlichen Ansprüche und Leistungen; abgesehen von der Fracht konnten daher neben diesem Betrag weder Stempelgebühren noch örtliche Abgaben noch sonstige mit der Ausfuhr verknüpfte Beträge verlangt werden. Für auftretende Schwierigkeiten wurde die Möglichkeit geschaffen, Schiedsgerichte einzuberufen. Zudem hatte die WZ das Recht, einen Vertreter in die von der ukrainischen Regierung mit der Lieferung betraute Organisation abzuordnen, der an deren Sitzungen teilnahm und in die Akten und Geschäftsbücher Einsicht nehmen durfte.³³⁶

Am 18. Mai 1918 wurde die Verteilung der Eier im Zeitraum vom 16. Mai bis zum 31. Juli 1918 zwischen den Mittelmächten mit dem Schlüssel drei Teile für Deutschland, ein Teil für Österreich-Ungarn festgelegt. Um eine Übervorteilung der Österreicher zu vermeiden, änderte man ab dem 18. Juli 1918 die Aufteilung der zur Ausfuhr gelangten Eier im Verhältnis 6 Teile für Deutschland und 4 Teile für Österreich-Ungarn.³³⁷

Am 10. September 1918 wurde nochmals in einem weiteren Abkommen die genaue Menge der aus der Ukraine auszuführenden Eier festgelegt: 2.500 Waggons à 100 bis 110 Kisten zu je ca. 1.440 Stück. Jetzt vereinbarte man, den Einkauf auf dem freien Markt zu tätigen und es den Beauftragten des ukrainischen Ernährungsministeriums und der WZ zu überlassen, die zur Ausfuhr freigegebene Menge in Monatsraten einzuteilen. Sollten sich durch den freien Handelsverkehr im Eierhandel Mißstände von großen Ausmaßen einstellen, sagte die ukrainische Regierung die Prüfung der Angelegenheit und nötigenfalls den Erlaß von Bestimmungen zu ihrer Behebung zu.³³⁸

Ähnliche oder fast identische Regelungen finden wir auch für folgende Lebensmittel: Gemüse, Trockengemüse, Sauerkraut, Zwiebeln, Hülsenfrüchte, Rinder, Schafe, Geflügel, Speck, Butter, Käse, Fleischkonserven, Zucker und seltsamerweise auch für Spiritus.

Über das Donec'-Kohlengebiet wurden gesonderte Vereinbarungen getroffen.³³⁹ Man besetzte es ohne Rücksicht auf Zugehörigkeit zu den Gouvernements, so daß es etwa je zur Hälfte durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen geschützt wurde. Als Grenzlinie zwischen beiden Besatzungsheeren innerhalb des Gouvernements Katerynoslav

336 Vereinbarung über die Eierlieferungen aus der Ukraine, 11. April 1918 (Wirtschaftsabkommen Ukraine – Deutschland und Österreich-Ungarn vom 23. April 1918), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

337 B. Andere Lebensmittel b) Eier (Geheime Zusätze zum Mantelabkommen vom 21. Februar 1918 vom 27. Juli 1918), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

338 Unteranlage 3f Eier (Niederschrift über ein Wirtschaftsabkommen zwischen dem ukrainischen Staate einerseits sowie Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits, 10. September 1918), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

339 Ergänzungsabkommen vom 18. Mai 1918 zu den Berliner Verhandlungen vom 21. Februar 1918 zwischen den Mittelmächten und in Ergänzung des Ukraine-Abkommens vom 28. März 1918, abgeschlossen zwischen den Bevollmächtigten der beiderseitigen Obersten Heeresleitungen, Anlage III: Übereinkommen, betreffend die militärische Besetzung und wirtschaftliche Auswertung der Kohlengebiete im Donezbecken, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 371.

wurde bestimmt: die allgemeine Linie Kostjantynivka – Novoselivka – Oleksandrivka – Krinična. Die jeweiligen Orte dieser Linie und ihre Grubenfelder blieben unter deutscher, die Gruben unter Makiivka fielen unter österreichisch-ungarische Besatzung. Eine geplante weitere Abgrenzung sollte so erfolgen, daß die für die Versorgung der Hüttenwerke um Juzovka und Makiivka erforderlichen Hartkohlengruben an der Bahnlinie Gorbačev-Michajlivka – Novopavlivka, diese Bahnlinie selbst und die daran anschließenden Grubenbahnen von österreichisch-ungarischen Truppen gesichert und beaufsichtigt wurden. Das gleiche sollte für die Bahnen im Gebiet um Makiivka gelten.

Diese militärische Besetzung diene – laut Vereinbarung – lediglich Sicherungszwecken und begründete keinen Anspruch auf die wirtschaftliche Ausbeutung des Kohlengebietes zugunsten des Staates, dessen Truppen die Besetzung vornahmen. Alles, was auf die wirtschaftliche Ausbeutung Bezug hatte, sollte nur in gegenseitigem Einvernehmen der beteiligten Regierungen veranlaßt werden.

Um die beschleunigte Wiederaufrichtung der Kohlenförderung zu gewährleisten, wurde eine besondere Dienststelle in Charkiv eingerichtet. Sie regelte und überwachte alle erforderlichen Arbeiten und hatte die Aufgabe, sich um die Förderung, die Arbeitsverhältnisse, die Verpflegung und die Fürsorge für die Arbeiter zu kümmern, einschließlich der Versorgung der Zechen mit Betriebsmaterial aller Art. In dem Geheimabkommen vom 27. Juli 1918 wurden den Aufgaben der Stelle noch zwei weitere hinzugefügt: die gemeinsame Einflußnahme auf die staatlichen und privaten Monopolorganisationen in der Bergbau- und Hüttenindustrie³⁴⁰ und auf die ukrainischen Lokomotiv- und Waggonfabriken. Dabei arbeitete sie im Einvernehmen mit den entsprechenden ukrainischen Organisationen. Die bisherige deutsche Führung blieb bestehen, ebenso die paritätische Besetzung der Stelle. Den stellvertretenden Leiter bestimmte Österreich-Ungarn.

Sämtliche geförderte Kohle ging bis auf weiteres in die Disposition der Eisenbahnzentralstelle über, bei der für diesen Zweck wiederum ein besonderes Amt gebildet wurde, das über die Verwendung der Kohle und die daraufhin erforderlich werdenden Transporte bestimmte. Die Eisenbahnlinie Lozova – Slov'jans'k – Nikitivka – Taganrog und die Bahnlinien östlich davon unterstanden deutscher Betriebsaufsicht. Vertraglich wurde festgehalten, daß in dem Moment, in dem Kohle aus der Ukraine exportiert werden könnte, Österreich-Ungarn in erster Linie damit beliefert werden sollte.

In dem Abkommen vom 27. Juli 1918 wurde die am 18. Mai gebildete Kohlenzentralstelle in eine Brenn- und Schmierstoffzentrale erweitert. Ein rohölsachverständiger Offizier wurde zur Führung des Rohölsreferates von der österreichisch-ungarischen Heeresverwaltung dorthin entsandt. Es bestand Einverständnis darüber, daß über die eingeführten Mengen an Mineralölprodukten und deren Verteilung die Brenn- und Schmierstoffzentrale verfügte. Die in ihrer bisherigen Form beizubehaltende Kohlenstelle in Charkiv erhielt ihre sachlichen Anweisungen, abgesehen von rein militärischen und Transport-

340 Anlage III, Kohlen- und Erzbergbau und Hüttenbetrieb in der Ukraine, I d), e) (Geheimes Wirtschaftsabkommen vom 27. Juli 1918 in Berlin), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

angelegenheiten, vom ständigen Ausschuß. Dieser war die gemeinsame Form einer ständigen und paritätisch besetzten Stelle der deutschen und der ihr entsprechenden österreichisch-ungarischen Wirtschaftsdelegation bzw. der österreichischen und ungarischen Stellen in Kiew unter Beteiligung von Vertretern der beiderseitigen obersten militärischen Kommandobehörden in der Ukraine und der gemeinsamen Eisenbahnzentralstelle in Kiew. Die Leitung des Ausschusses bestand aus einem vier Personen umfassenden Präsidium. Sein Erster Vorsitzender wurde von Deutschland, der Zweite sowie der Dritte Vorsitzende von Österreich-Ungarn und das vierte Mitglied von Deutschland ernannt. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Präsidiums sowie des Ausschusses entschied die Mehrheit, bei Stimmgleichheit gab die Stimme des Ersten Vorsitzenden den Ausschlag.

Deutscherseits war man damit einverstanden, daß eine Erz- und Eisenstelle in Katerynoslav geschaffen wurde, die entsprechend der Kohlenstelle in Charkiv paritätisch zu besetzen war. Der Vorsitzende dort wurde von österreichisch-ungarischer Seite, sein Stellvertreter von Deutschland gestellt. Der ständige Ausschuß³⁴¹ bestimmte in entsprechender Weise wie bei der Kohlenstelle Charkiv den Geschäftsbereich der Erz- und Eisenstelle und erteilte ihr die erforderlichen Weisungen.

In den Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine setzten die Mittelmächte auf Lieferungen aus den oberschlesischen und rheinisch-westfälischen Zechen, um durch diese die ukrainische Industrie wieder anzukurbeln. Im April 1918 sicherte Deutschland der Ukraine eine Lieferung von 315.000 Tonnen Kohle bis zum 31. Juli 1918 zu, stockte dies im September aber um 9.000.000 Pud (144.000 t) bis zum Oktober 1918 auf.³⁴² Ursprünglich hatte die Ukraine auf der am 12. April 1918 abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung über Kohleinfuhr in die Ukraine 19,5 Millionen Pud (312.000 t) Kohle für drei Monate gefordert. Der Vertreter Österreich-Ungarns, Oberstleutnant Lenach, erklärte, daß Wien unter keinen Umständen mehr als für den Bedarf des Schnellzuges Pidwoločys'k – Odessa, also 2.500 Tonnen monatlich, liefern könne. Im Namen der deutschen Regierung versprach Hauptmann Luft, in Berlin 18,9 Millionen Pud (302.400 t) Kohle für drei Monate zu beantragen.³⁴³

341 Anlage III, Kohlen- und Erzbergbau und Hüttenbetrieb in der Ukraine, 2, 3, (Geheimes Wirtschaftsabkommen vom 27. Juli 1918 in Berlin), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

342 Vereinbarung über Kohle, 19. April 1918 (Wirtschaftsabkommen Ukraine – Deutschland und Österreich-Ungarn vom 23. April 1918 und Vereinbarung über Kohle) und Niederschrift über ein Wirtschaftsabkommen zwischen dem ukrainischen Staate einerseits sowie Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits für das Wirtschaftsjahr 1918/19, 10. September 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

343 Aufzeichnung über die am 12.04.1918 abgehaltene gemeinschaftliche Sitzung über Kohleinfuhr in die Ukraine. In: Bericht 32 vom 18.04.1918, in: AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie, Handel und Banken 1258.

Aussichten für die weitere Getreideaufbringung

In einem Memorandum setzte Oberst Kreneis auseinander, daß die Menge an Gütern, welche die Ukraine verlassen hatte, deutlich erkennen ließ, daß weder der Ankauf durch das Militär noch die Aufbringung durch das ukrainische Ernährungsministerium zu den gewünschten Resultaten führten.³⁴⁴ Dazu kamen die Schwierigkeiten, die Österreich-Ungarn und Deutschland in den Verhandlungen mit ihren beiden Verbündeten, Bulgarien und der Türkei, hatten. Die Bulgaren forderten 100.000 Tonnen Getreide, während die Türken gar eine siebenstellige Ziffer nannten, da sie ein großes Defizit im abgelaufenen Wirtschaftsjahr zu beklagen hatten. Der Bevollmächtigte des k. u. k. Amtes für Volksernährung im Kriegsernährungsamt in Berlin, Graf Zedtwitz, ging davon aus, daß man Bulgarien mit einem 4%igen Anteil ruhig stellen könnte, sah aber noch kein Ende der Verhandlungen mit der Türkei.³⁴⁵ Letztendlich regelte das Wirtschaftsabkommen vom 10. September 1918 in seinem Punkt XI dieses Problem recht lapidar: „Die Delegierten der Mittelmächte erklären, daß die Mittelmächte sich mit Bulgarien und der Türkei über das Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine verständigt haben und es übernommen haben, aus ihren Bezügen von der Ukraine diese Staaten zu befriedigen.“³⁴⁶

Oberst Kreneis setzte nun in seinem Memorandum auseinander, was seiner Meinung nach an Faktoren beachtet werden sollte: Als wichtigsten Punkt nannte er die Klärung der politischen Verhältnisse im Lande, da die verworrene Situation sämtliche im Aufbringungsdienst stehenden Organe der ukrainischen Regierung ungünstig beeinflusste. Die ukrainischen Beamten wußten nicht, ob sie ihren Posten morgen noch innehaben würden oder nicht. Dazu kam, daß das Uprava-Personal sehr deutschfeindlich eingestellt war, sich also nicht als sehr hilfreich in der Zusammenarbeit erwies.³⁴⁷ Kreneis erhoffte sich vom Einkauf durch das ukrainische Staatsgetreidebüro eine überdurchschnittliche Verbesserung der Situation, da der Einkauf nun wesentlich unpolitischer vonstatten ging und die Kaufleute doch mehr auf ihren Gewinn als auf politische Wirkungen bedacht waren.

Ein weiteres Problem zeigte sich darin, daß die Produzenten im Lande über große Geldmittel verfügten, die sie aufgrund der unsicheren Lage in der Ukraine versteckt hielten. Sie hatten außerdem kein Interesse daran, ihre Waren gegen das stark entwertete Geld

344 Oberst Kreneis, Aufbringungsdienst in der Ukraine, S. 7-10. In: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

345 Bevollmächtigter des k. k. Amtes für Volksernährung, Berlin, 13. März 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

346 Niederschrift über ein Wirtschaftsabkommen zwischen dem ukrainischen Staate einerseits sowie Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits für das Wirtschaftsjahr 1918/19, Kiew, 10. September 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

347 Kohnke und Melchior vom Reichswirtschaftsamt bestätigten in ihrem Telegramm vom 11. März 1918 die allgemein unfreundliche Haltung der ukrainischen Bevölkerung. Sie berichteten über bewaffnete Bauern und Arbeiter, die sich nicht an die Befehle der Zentralrada hielten. Die Macht der Zentralrada ging nur so weit, wie die deutschen Bajonette reichten. Telegramm an AA, 11. März 1918, Abschrift, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

einzutauschen. Im Schleichhandel erreichte das Getreide überdies einen viel höheren Preis als die zivilen Vertreter der Mittelmächte mit ihren festgesetzten Höchstpreisen³⁴⁸ zu zahlen bereit waren, und so verkauften die Bauern lieber ihre Waren auf dem Schwarzmarkt in den nordrussischen Städten. Und nach wie vor blieb als Hindernis, daß die getreidereichsten Gebiete noch immer unter bolschewistischer Herrschaft standen.³⁴⁹

In dieser ohnedies schlechten Situation fielen den zivilen Aufkäufern auch noch die militärischen Aufkäufer in den Rücken, die durch ihre spontanen und wenig überlegten Aufkäufe die Preise total verdarben und den Bauern so einen noch größeren Anreiz boten, ihr Getreide zurückzuhalten. Die Militärs brachten aber nicht nur das Preisgefüge durcheinander, sondern erlaubten sich auch, ganze Zugladungen für sich zu beanspruchen. So konnten zum Beispiel im Herbst 1918 vorübergehend keine Kartoffeln nach Deutschland und Österreich-Ungarn abgehen, da die deutsche Kommandantur 15.000 und die österreichische 8.000 Waggonladungen für die Truppe reklamierten.³⁵⁰ Als ein weiteres Problem für die Aufkäufer der Mittelmächte erwies sich die anhaltende Dürre in der Ukraine, welche die Bauern zur Vorsicht beim Verkauf von Getreide mahnte. Aber in besonders starker Weise beeinflusste die ungelöste Agrarfrage die Abgabewilligkeit der Bauern. Niemand wußte, ob er das, was er anbaute, auch ernten würde. Die Bauern hatten panische Angst, das aufgeteilte Land könnte wieder an die Großgrundbesitzer zurückgegeben werden. Diese Furcht und ihre Abneigung gegen die Okkupanten führte auch vermehrt zu Aufständen: Bewaffnete Banden unterbrachen Eisenbahnverbindungen und schädeten so immens der Aufbringungsorganisation.³⁵¹ Erst wenn dieses innerukrainische Problem einer Lösung zugeführt würde, die von allen Bevölkerungsteilen getragen wird, konnte sich die Situation entspannen.

Ein weiteres Problem, mit dem die Aufkäufer zu kämpfen hatten, war der Mangel an landesüblichen Zahlungsmitteln.³⁵² Der Vollzugsausschuß stellte zwar genügend Geldmittel

348 Dazu siehe die Preisliste für die einzelnen Produktionsgebiete der KGV Wien, Zeichen 2870, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

349 Reif an Dr. Gaertner, 1. April 1918, No. 3, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

350 Bericht Dr. Pistor über Vorräte in der Ukraine und seine Anträge, Wien, 1. November 1918, in: A.V.A, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

351 Bericht Heindls über die 8. Besprechung im ukrainischen Nahrungsmittelrat vom 12. Juni 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Österreichische Zentraleinkaufsstelle (Ukraine) 405.

352 Im Gegensatz zu der österreichisch-ungarischen Regierung hatte Berlin beim Geldproblem rechtzeitig vorgesorgt. In einem streng vertraulichen Bericht an die Wiener Behörden wird ein schwunghafter Handel mit russischen Rubelnoten in Skandinavien im Auftrag der deutschen Regierung angezeigt. Dabei kauften die deutschen Vertrauensmänner nur diejenigen Rubelnoten auf, die vor der Machtübernahme der Kerenskij-Regierung gedruckt worden waren. Die deutsche Regierung benötigte dieses Geld, um damit die Requisitionen decken zu können. Dadurch, daß sie die Devisen direkt für sich aufkaufen ließ, machte sich die Berliner Regierung von jedem Zwischenhandel unabhängig und erhielt die Noten zu einem wesentlich günstigeren

zur Verfügung, allerdings in Kronen und Mark. Diese wiederum mußten vom ukrainischen Ernährungsministerium umgetauscht werden. Die Banken und Wechselstuben in Kiew und anderen Städten waren aber fast alle geschlossen. Es fehlte an ukrainischen Zahlungsmitteln, da die Notenpresse der Regierung nicht leistungsfähig genug war, den Bedarf für den Staat selbst und für den Getreideankauf gleichzeitig zu decken. Um der Lage abzuhelpfen, versuchte Österreich-Ungarn, zu einer Vereinbarung mit den Banken in Odessa zu kommen, die sich bereit erklärten, gegen Deponierung gewisser Werte 75 Millionen Odessaer Stadtgeld zur Verfügung zu stellen. Allerdings wurde dieses Geld nur in der unmittelbaren Nähe von Odessa angenommen. Die Geldknappheit war ein weiterer Grund, warum eine Lösung des Agrarproblems dringend geboten schien. Im Wege der Grundentlastung sollten die Bauern dazu bewogen werden, ihre gehorteten Geldmittel endlich auszugeben.

Für die Gebiete, die durch die militärischen Einkäufe „verdorben“ worden waren, riet Oberst Kreneis, auf militärischen Druck beim Aufkauf zu setzen, da den Mittelmächten nicht die Zeit bliebe, auf die Beruhigung des Marktes zu warten.

Als diejenigen Mittel, die raschestens zum Erfolg führten, nannte er den beschleunigten Abtransport der bereitgestellten Warenmengen und eine schnelle Erfassung der vorhandenen Bestände. Ferner mußten die Nachrichtenverbindungen verbessert werden, um die Kommunikation der WZ mit ihren Kommissionären einerseits und den Nebenstellen andererseits effizienter zu gestalten. Ein wesentlicher Faktor der Schwierigkeiten lag aber auch in der Zersplitterung des Apparates in den jeweiligen Ländern der Verbündeten, der für die Leitung des Verkehres mit der Ukraine zuständig war. Viel zu viele Stellen durchkreuzten gegenseitig ihre Befehle und führten die Situation vor Ort ins Chaos. So zum Beispiel vereitelte die k. u. k. Statthalterei in Prag die Ausstellung notwendiger Paßformulare für böhmische Fimenvertreter, die von der Gig in Wien als Einkaufskommissionäre angefordert worden waren.³⁵³ Regierungsrat Heindl berichtete zwei Monate später

Umtauschkurs. Transportiert wurde das Geld durch Gesandtschaftskuriere. Dieser Handel war – laut Bericht – auch für Privatleute sehr ertragreich, da die Rubel namentlich in Galizien von den Juden, die sich mit dem Einkauf mit Lebensmitteln für die deutschen Truppen befaßten, benötigt und wesentlich höher als zum amtlichen Kurs bezahlt wurden. Die deutsche Regierung erzielte mit diesem Schachzug einen Gewinn von 60%. Wien hatte derartige Maßnahmen nicht getroffen, und so waren die österreichischen Truppen und Kommandos für den Bedarf an Rubelnoten auf den teureren Zwischenhandel angewiesen. Ebenso verfahren die deutschen Stellen auch mit dem Handel von Goldmünzen. Diese Geschäfte konnten so geheim gehalten werden, daß die skandinavischen Regierungen oder außenstehende Kreise nichts davon mitbekamen. Als weiteren Schritt bei den deutschen Vorbereitungen auf Verhandlungen mit den Russen kann man die Tatsache deuten, daß sich die Mittelmächte sehr mit der russischen Wirtschaft beschäftigten, ebenso mit den sich noch im Lande befindlichen Vorräten. Der Zustand der russischen Wirtschaft war derart desolat, daß sich für die Mittelmächte zwangsläufig ergab, Rußland müßte zu einem Frieden bereit sein. Berichte vom 28. November 1917, 564/BD und 563/BD, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

353 Präsidium der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, Nr. 2165, 26. März 1918, Passbeschaffung

in seinem Situationsbericht von weiteren Verbesserungen, die eingeführt worden waren, um die Aufbringung zu maximieren. So sollte zum Beispiel Schnaps als Austauschartikel in jenen Gebieten, die größere Getreidebestände hatten, bereitgestellt werden. Ferner wollte man auf Seiten der Mittelmächte denjenigen Gemeindevorstehern, welche die Getreideablieferung in ihren Gemeinden günstig beeinflussten, Prämien ausbezahlen. Man hegte auch den Plan, allen größeren Städten in der Ukraine größere Zuteilungen zukommen zu lassen, um Aufstände zu vermeiden. Zudem sollten bei der Versorgung überhaupt die Eisenbahner-Lebensmittelmagazine bevorzugt werden. Die Eisenbahnen waren zu wichtig als daß man sich dort Streiks leisten konnte.³⁵⁴

Aber nicht nur die vielen Aufbringungsorganisationen behinderten einander, auch die Mittelmächte waren sich untereinander nicht einig. Da wurde zum Beispiel versucht, möglichst viele eigene Vertreter mit Passierscheinen zu versehen, bevor einschlägige Regelungen getroffen werden konnten.³⁵⁵ Oder die Österreicher berichteten aus Kiew, sie hätten den Eindruck, die Deutschen seien bestrebt, etwas zu finden, um den Kartellvertrag für aufgelöst zu erklären. Anscheinend befürchtete Berlin nach Friedensschluß einen wirtschaftlichen Einbruch und wollte sich für diesen Fall die reichen Rohstoffvorräte der Ukraine für seine Industrie uneingeschränkt sichern. Wörtlich schrieben sie an Wien, die Deutschen wollten sie „hinausbeissen“.³⁵⁶ Auch in Kleinigkeiten wie Schreibpersonal konnte man sich nicht einigen: „Schließlich bitte ich um Beschleunigung in der Absendung des Bureaupersonals, da das deutsche Personal von den deutschen Herren so in Anspruch genommen ist, dass wir uns für notwendige Arbeiten nur mit Mühe eine Hilfskraft beschaffen können.“³⁵⁷ Zusätzlich kam es auch zu Konflikten zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland wegen der Aufteilung der vom Militär aufgekauften Güter. Die Deutschen beanspruchten ein Drittel der bei der ukrainischen Regierung flott gemachten Waren und behaupteten, dies sei ihnen von General Sandler versprochen worden.³⁵⁸ Allerdings besonders unangenehm schlugen die beiderseitigen Anstrengungen zu Buche, sich zu übervorteilen. Dabei tat sich wohl vor allem Deutschland hervor, das seine Wirtschaftszentralen in Kiew, Charkiv, Odessa und Katerynoslav mit den jeweiligen Unterabteilungen besonders aggressiv auftreten ließ. So meldete die österreichische Seite: „Die Deutschen

für die Ukraine, in: AdR, Soziales, Amt für Volksfürsorge, Kriegszentralen, Getreidezentrale 364.

354 Berichte des k. k. Regierungsrates Heindl aus Kiew vom 2. und 4. Juni 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

355 Bericht aus Prag an das k. k. Amt für Volksernährung, Dept. 18, 16. April 1918, ebenso: Riedel an k. u. k. Amt für Volksernährung, Wien, 20. März 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

356 Heindel an KGV-Direktion, Kiew, 14. Mai 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

357 Heindel an KGV-Direktion, Kiew, 6. Mai 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

358 Heindel an KGV-Direktion, Kiew, 8. Mai 1918, in: AdR, Soziales, Amt für Volksernährung, Kriegszentralen: Getreidezentrale 364.

sind überaus rüdrig und kaufen alle ihnen in Sicht kommenden Lebensmittel und Waren auf.“³⁵⁹ Ebenso riß Deutschland mehr und mehr die Ausfuhr nach der Ukraine an sich und hatte zu diesem Zweck eine weitere Organisation, die „Deutsche Ausfuhrgesellschaft m.b.H.“, gegründet. Diese besaß in Kiew, Charkiv, Odessa und Katerynoslav Niederlassungen und arbeitete mit einem sehr großen Apparat, allein in Kiew bezahlte sie 120 Angestellte. Ihre Umsätze hatten eine beträchtliche Höhe erreicht und warfen einen Verdienst von mehreren Millionen monatlich ab. Die Arbeitsmethode der deutschen Gesellschaft war folgende: Ihre Niederlassungen nahmen von den ukrainischen Käufern die Bestellungen auf verschiedene Waren auf. Diese wurden an die Berliner Zentrale weitergegeben und von ihr bei deutschen Fabrikanten plaziert. Der ukrainische Käufer mußte bei der Erteilung der Bestellung 50% des Betrages bezahlen, den Rest, wenn die Ordre versandtbereit in Berlin lag. Die Gesellschaft berechnete einen Aufschlag von ca. 100% und rechnete den Rubel à einer Mark um. Mit diesem Geschäftsgebaren konnten die österreichischen Gesellschaften wie die Ost und die Oezeg nicht mithalten.³⁶⁰

3.4. Frankreichs Beobachtungen im Jahr 1918

Im Jahr 1918 bildete der Vertrag von Brest-Litovsk das Zentrum des französischen Interesses an der Ukraine, und das Außenministerium in Paris ließ sich durch verschiedene Berichte und Lagebeschreibungen genau informieren. Dabei wurde erstaunlicherweise festgestellt, dieser Friedensvertrag sei nicht der Vertrag eines Siegers mit einer besiegten Nation, vielmehr hätten die Mittelmächte durchaus ihre Gründe gehabt, ihn genau so zu gestalten, wie sie es auch getan hatten. Die Bol'sheviki waren nun abhängig von der Gnade der Mittelmächte, zudem wurde nur mit denjenigen Ukrainern verhandelt, die sich der Idee des ukrainischen Regionalismus verpflichtet fühlten. Die meisten von ihnen waren in Galizien im Exil gewesen, was eine Vertiefung ihrer Neigungen bedeutete. Bei Abschluß des Vertrages befand sich die Zentralrada auf der Flucht, was eine deutsche Besatzung, Administration und wirtschaftliche Ausbeutung erst möglich machte.

Was nun die Frage der ukrainischen Grenzen betraf, so hatten die französischen Vertreter in Jassy bereits im Mai 1917 festgestellt, daß die Zentralrada daran ging, ihren Einflußbereich in Richtung Odessa auszudehnen und nicht etwa nach dem Westen. Man war um so erstaunter, als Odessa nicht als ukrainische Stadt gelten konnte, während in Ostgalizien und der Nordbukowina die Mehrheit der Bevölkerung ukrainisch war. So waren die Mitglieder der Zentralrada – nach französischer Beobachtung – durchaus nicht von den im Vertrag von Brest-Litovsk festgelegten Grenzen enttäuscht. Daraus schloß man, daß die Zentralrada durch und durch von österreichischem Geist durchsetzt war und daß dies

359 K. k. Ministerium für Landesverteidigung, Ukraina, Nachrichten an k. k. Handelsministerium in Wien am 21. Oktober 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

360 K. k. Ministerium für Landesverteidigung, Ukraina, Nachrichten an k. k. Handelsministerium in Wien am 21. Oktober 1918, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

an der Unterstützung der ukrainischen Bewegung durch Wien lag. Die Zentralrada verfolgte also als Primärziel den Frieden und nicht die nationale Einheit und hatte sich vor allem gegen Rußland und für die Mittelmächte entschieden. Der französische Beobachter ging davon aus, daß ein Großteil der ukrainischen Politik von Galizien und ihren politischen Idealen gesteuert werde und daß zu diesen eine starke antipolnische und antirussische Einstellung gehörte, die durch Österreich stets genährt worden sei und ganz in das Konzept der Monarchie paße. Eine Nationalität wurde gegen eine andere unterstützt, um die Zentralmacht in Wien zu stärken. In diesem Fall legte man dadurch zusätzlich den Keim der Auflösung in das Russische Reich.

Durch den Einmarsch der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen war aber ein Faktum geschaffen worden, das weit über den eigentlichen Vertrag hinausging. Die entstandenen Schwierigkeiten mit der ukrainischen Bevölkerung, die Gewalttaten und nicht zuletzt das Ersetzen von Ukrainern in der Administration durch Deutsche und Österreicher machten den Vertrag von Brest-Litovsk doch noch zu einem Diktatfrieden. Da Frankreich die wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen den Mittelmächten und der Ukraine mit größtem Interesse und mit Schrecken verfolgt hatte, sah man nun mit Erleichterung, wie die in der Ukraine herrschende Anarchie eine wirksame Ausbeutung durch die Zentralmächte verhinderte. Im Gegenteil, bis Juni 1918 schien noch nicht die erwartete Menge an Getreide in Deutschland eingetroffen zu sein. Die Franzosen hatten die Schwierigkeiten ganz richtig erkannt: Der Großgrundbesitz bestand nicht mehr und die kleinen Landwirte wollten den deutschen Okkupanten nichts verkaufen. Der Widerstand im Lande gegen die Armeen der Mittelmächte wuchs ständig und die deutschen Vertreter überlegten, eine neue Regierung einzusetzen. Paris hatte sogar erfahren, daß sich in der ukrainischen Delegation für die Verhandlungen mit den Sowjets in Smolensk deutsche Unterhändler befanden. Man wertete dies als den ersten Schritt zur Transformierung der Ukraine in eine deutsche Kolonie. Aber nicht nur die Anarchie, sondern auch der schlechte Zustand der Eisenbahnlinien und Verkehrswege machte eine effektive Ausbeutung schwierig. So wurden die Mittelmächte gezwungen, den Abtransport des Getreides über die Wasserwege und das Schwarze Meer zu organisieren und ihre Armeen zu diesem Zweck in Richtung Odessa vorrücken zu lassen. Laut französischer Angaben war Odessa durch die österreichisch-ungarische Besatzung zu einem Feld balkanischer Intrigen geworden. Es hatten sich Serben und Rumänen dort eingefunden, die für eine nationale Einheit ihrer Vaterländer im Rahmen einer engen Verknüpfung mit der Donaumonarchie eintraten. Ebenso tummelten sich bulgarische Agenten „zu Hauf“ in der Stadt, machten sich zum Anwalt der bulgarischen Präentionen auf Bessarabien und versuchten ein Übereinkommen mit den Serben zu erreichen. Sie standen – so die französische Meinung – unter der Fuchtel der Deutschen, spielten aber keine herausragende Rolle.³⁶¹

361 Bericht an das französische Außenministerium, 15.06.1918, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 680.

Der französische Beobachter machte die Mitglieder der Zentralrada verantwortlich für die Situation in der Ukraine. Alles sei nur deshalb so gekommen, weil sie aus Kriegsmüdigkeit Frieden mit den Mittelmächten geschlossen hätten. Die ukrainische Bevölkerung sei sehr verschieden von der russischen; in der Ukraine sei die traditionelle russische Dorfgemeinde, der „mir“³⁶², unbekannt, und es gebe eine große Anzahl an kleinen Landbesitzern. Diese seien sehr gegen den Kommunismus eingestellt, erwarteten Hilfe gegen die Bol'sheviki und rechneten mit der Lieferung von Manufakturwaren. Wie der französische Beobachter zugeben mußte, war Paris nicht in der Lage, dies schnell zu tun. Als sich bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk aber herausstellte, daß man die Schwierigkeiten zwischen den Mittelmächten und den Bol'sheviki für sich nutzen konnte, gingen die Ukrainer darauf ein, ohne zu ahnen, wie gefährlich Deutschland in der Zukunft sein könnte. Aber man wandte sich vor allem an Österreich, den alten Anwalt der ukrainischen Sache. Frankreich war interessanterweise der festen Überzeugung, die Ukrainer hätten die Österreicher um Hilfe gegen die Bol'sheviki gebeten, aber die Deutschen seien marschiert, da sie den Vertrag von Brest-Litovsk sichern wollten.³⁶³ Offenbar kannte man in Paris das gespannte Verhältnis von Graf Czemin gerade zu den jungen ukrainischen Diplomaten in Brest-Litovsk nicht. Der Regierungschef Vsevolod Holubovyč sei Mitglied der ukrainischen Delegation in Brest-Litovsk und zu einfältig, um zu erkennen, daß die Interessen der ukrainischen Regierung bei dem Vertrag mit den Mittelmächten nicht gewahrt würden; im Gegenteil, es wurde den Franzosen noch versichert, man werde sich gegen die deutschen Ausbeutungsmaßnahmen zur Wehr setzen. Doch obwohl die Ukrainer endlich begriffen hätten, daß die deutsche die großrussische Gefahr bei weitem überstieg und die Konsequenzen weitreichender waren, konnten sie nun nichts mehr dagegen tun, wie man etwas schadenfroh in Paris feststellte.

Eine Auswertung der Einstellung einzelner Bevölkerungsteile der Ukraine ergab, daß sich die Großgrundbesitzer, obwohl zum Großteil polnisch und nicht besonders deutschfreundlich, aufgrund des neuen Friedens positiv zu den Besatzungsmächten stellten; das gleiche galt für das Großbürgertum. Da es nicht die Entente war, die ihnen den Frieden gebracht und es geschafft hatte, das Russische Reich zu retten, grollten sie ihr offenbar doch etwas und rechtfertigten damit die Wendung hin zu den Mittelmächten. Eine weitere französische Interpretation war, daß sie offenbar hofften, Deutschland würde die russische Monarchie wieder errichten. Doch trotz des korrekten Verhaltens der deutschen Soldaten stellte sich der Rest der Bevölkerung gegen die in der Ukraine stationierten fremden Truppen. Sie tat dies vor allem aufgrund der Propaganda und der starken Teuerung, die durch die massiven Aufkäufe an Lebensmitteln eingetreten war. Von der breiten Masse des ukrainischen Volkes wurde den Deutschen aber verübelt, daß sie begannen, mit

362 Unter *mir*, eigentlich „Welt“, „Frieden“, versteht man das traditionelle russische Dorfkollektiv.

363 La situation en Ukraine, état des esprits en Ukraine après la révolution, 03.07.1918, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 661.

konservativen russischen Kreisen Kontakt aufzunehmen.³⁶⁴ Von den Arbeitern behauptete man französischerseits, sie hätten bis zuletzt unter dem deutschfeindlichen Einfluß französischer Ingenieure gestanden. Was nun die Bauern betraf, versuchten die Deutschen, sie durch Warenlieferungen für sich zu gewinnen.

In der Nähe von Odessa befand sich bei Ankunft der Deutschen eine serbische Abteilung von einigen tausend Mann, die durch französische Subsidien und Offiziere am Leben erhalten worden war und deren Organisation General Berthelot übernommen hatte. Im Sommer 1918 umfaßte sie ca. 10.000 Mann, welche die Deutschen im Raum Mykolaïv in Schach hielten. Die direkte Verbindung zur Ukraine war abgerissen, aber man wollte versuchen, über Rußland durch schnelle, geheime und kompetente Aktionen wieder an sie heranzukommen. Der Berichterstatter dachte dabei an Subsidien, die Entsendung von französischen Offizieren, Militärhilfe und die Aufstellung neuer Abteilungen mit der serbischen Truppe als Kristallisationspunkt. Im Inneren der Ukraine wollte man die Serben, russische Anarchisten und Armenier als Terroristen einsetzen. Ihre Aufgabe sollte die Propaganda, aber auch die Zerstörung von Lebensmitteln sein, die bereits durch die Mittelmächte zusammengestellt worden waren, und sie sollten nach Möglichkeit Anschläge auf die Verkehrslinien verüben. Dabei waren sie aber gehalten, darauf zu achten, daß der einheimischen Bevölkerung nichts passierte; vielmehr sollte es der Grundsatz sein, in den vom Feind besetzten Gebieten Chaos zu verursachen und in den von den Partisanen kontrollierten Gebieten die Ordnung aufrechtzuerhalten.³⁶⁵

Im Sommer 1918 machte man sich im Quai d'Orsay auch Gedanken über die französische Politik gegenüber der Ukraine vor und nach der deutschen Besetzung. Dabei wurde noch zugegeben, daß General Tabouis als Kommissar Frankreichs in die Ukraine entsandt worden war und er die Vollmacht erhalten hatte, bei Vorlage entsprechender Garantien die Ukraine als selbständigen Staat anzuerkennen. Die ententefreundlichen Deklarationen der ukrainischen Regierung hatten seine Entsendung erst möglich gemacht. Seine Hauptaufgabe bestand denn auch darin, diese Haltung aufrecht zu erhalten und wenn möglich noch zu vertiefen. Die Ukainer hatten eine Delegation nach Jassy entsandt, um mit den Rumänen zu einer Einigung über Bessarabien zu kommen und um Gespräche mit alliierten Botschaftern führen zu können. Obwohl diese Unterhandlungen im Januar 1918 schon nicht mehr in ungetrübter freundschaftlicher Stimmung stattfanden, hatte sich die französische Regierung doch überlegt, eine „banque d'émission“ in der Ukraine ins Leben zu rufen. Ebenso eröffnete sie ein Konsulat in Kiew, und Botschafter Noulens gab Tabouis den Publizisten und Spezialisten für Nationalitätenfragen Pélissier bei. Weiterhin konnte Tabouis über viele französische Offiziere der ehemaligen Süd-West-Front und aus Rumänien verfügen. Die Mission Tabouis wurde zwecks Erleichterung der Kommunikations der Mission General Berthelots beigefügt, aber mit einem großen Kreditvolumen

364 La situation en Ukraine, état des esprits en Ukraine après la révolution, 03.07.1918, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 661.

365 Bericht an das französische Außenministerium, 15.06.1918, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 680.

und Handlungsfreiheit versehen. Allerdings dauerte es nicht lange, und die Regierung Hruševs'kyj schickte ihre Abgesandten zu den Unterhandlungen nach Brest-Litovsk.

Und nun kommen wir zu dem großen Unterschied in der ukrainischen und in der französischen Auffassung. Während die Franzosen behaupten, daß die Erklärungen der ukrainischen Regierung zu unbefriedigend gewesen seien und die Entwicklung der Dinge zu schnell vorangeschritten sei, um den General Tabouis von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Ukraine als selbständigen Staat anzuerkennen, behaupten die Ukrainer, ihr Staat sei offiziell durch General Tabouis und damit durch die französische Regierung anerkannt worden. Hier stehen sich die bereits bekannten Schreiben von Tabouis und die Aussage des französischen Außenministeriums im November 1918 gegenüber:

„(...) notre Commissaire Tabouis renonça, à juste titre, à faire usage de l'autorisation qu'il avait reçue de reconnaître l'Ukraine. Au point de vue du droit international, la question est toujours au même point, et l'on doit contester formellement la prétention de certains ukrainiens à dire que la France a reconnu l'Ukraine.“³⁶⁶

Gleichzeitig zu diesen Ereignissen bereitete die französische Regierung aufgrund der schlechten Kommunikation die Entsendung eines Hochkommissars für die Ukraine vor, der sich mit Fragen der Regierung befassen und mehr Kompetenzen als General Tabouis haben sollte. Für diesen Posten war Monsieur Lutaud ausersehen worden.³⁶⁷ Nach dem Abschluß des Friedensvertrages zwischen den Mittelmächten und der Ukraine am 7. Februar 1918 verließen die Mission Tabouis, der Großteil der Sanitätsmission von Doktor Cresson, der französische Konsul und praktisch die gesamte französische Gemeinde Kiew.³⁶⁸ Außer dem französischen Konsul in Odessa befanden sich seit Mitte Februar 1918 keine französischen Offiziellen mehr in der Ukraine. Allerdings hatte dieser nicht mehr die Möglichkeit zu telegraphieren, und die französische Regierung wußte lediglich, daß er nicht belästigt wurde.

Laut französischer Angaben hatte sich das Verhältnis der Entente zur Ukraine auch nach dem Regierungswechsel und dem Machtantritt Skoropads'kyjs nicht verbessert, der Hetman hatte in keiner Weise versucht, mit Paris oder London Kontakt aufzunehmen. Im Sommer 1918 sah das französische Außenministerium also keine Möglichkeit, in der Ukraine zu agieren, Agenten wären sofort von den Mittelmächten verhaftet worden.

366 Ministère des Affaires Etrangères, Direction des Affaires politiques et commerciales, Note sur l'Ukraine, 24.11.1919, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 661.

367 Nach den Erinnerungen von Noulens, II, S. 62-64, hatte Lutaud die Aufgabe, die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen in ganz Rußland zu studieren, um Pichon besser Meldung machen zu können. Noulens wehrte sich aber gegen seine Entsendung mit dem Argument, sie würde Trockij die Möglichkeit bieten, eine französische Mission gegen die andere auszuspielen. Pichon zog daraufhin seine Nominierung zurück.

368 Frankreich unterhielt bereits 1917 ein Militärhospital, Flugstaffeln und eine gewisse Anzahl von Offizieren in Kiew. TABOUIs Comment je deviens Commissaire, S. 144.

Damit wurde die Ukraine vom Quai d'Orsay mit dem Feind auf die gleiche Stufe gestellt.³⁶⁹

Obwohl sich eine Reihe hochrangiger Franzosen wie Pélissier und Paléologue und die Regierung selbst mit der Ukraine beschäftigt hatten, berichtete das Deuxieme Bureau über sie, sie sei für viele Personen immer noch etwas wenig Konkretes und definiere sich nicht über eine entwickelte Nation, sondern über geographische Grenzen und historische Erinnerungen an die ersten Kosaken. Erstaunlicherweise erkannte man aber – im Gegensatz zu den Engländern – die Ukrainer als einen eigenen Volksstamm an. Der Geheimdienstbericht definierte sie sogar als slavischer als die Russen, die mehr Tatarenblut in den Adern hätten. Und man attestierte ihnen – ebenfalls im Gegensatz zu vielen anderen – ein starkes Nationalgefühl, das sie ihre Nationalhelden auch begeistert feiern ließ. Allerdings war man davon überzeugt, die Deutschen hätten den galizischen Ukrainern den Anstoß gegeben, sich an die Spitze der ukrainischen Nationalbewegung zu stellen.³⁷⁰

Letztendlich sah man die Ukraine als Teil des Russischen Reiches, dessen Sprache, Sitten und Gebräuchen man mehr Rechte hätte einräumen sollen. Die Aufstandsbewegung wertete Paris vor allem als Widerstand gegen die Provisorische Regierung in St. Petersburg und später gegen die Bol'sheviki und nicht so sehr als eine nationale Erhebung. Unumstößlich blieb man der Ansicht treu, die „ukrainische Idee“ sei ein von außen importierter, den „kleinrussischen“ Aspirationen nach lokalen Freiheiten künstlich aufgepfropfter Faktor, der dem deutschen Machtstreben dienstbar gemacht worden war.³⁷¹

Doch das französische Interesse an der Ukraine riß nie ganz ab. Anfang Januar 1919 schrieb der französische Chargé d'Affaires Delavaud aus Stockholm, die Ukraine sei der Schlüssel zu Rußland, und die sofortige Entsendung eines Gesandten könnte im entscheidenden Moment den französischen Einfluß gegen Deutschland und die Bol'sheviki sichern.³⁷² Auch in der französischen Militärmission in Berlin, die zum Austausch von Kriegsgefangenen eingerichtet worden war, machte man sich Gedanken über die Ukraine und schickte detaillierte Berichte über Lage, Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie und Rohstoffe des Landes nach Paris.³⁷³ Auch erreichten polnische Lagebeurteilungen das

369 Quelle a été notre politique en Ukraine à l'origine du mouvement? – Quelle est-elle aujourd'hui?, 25.06.1918, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 680.

370 Etat-Major de l'Ukraine, 2e Bureau, Section des R.G.: Note sur l'Ukraine, 01.06.1918, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 661.

371 Considerations sur la question ukrainienne, Paris 06.09.1918. In: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 661. Es fand sich lediglich eine abweichende Meldung in den von mir durchgesehenen Akten des französischen Außenministeriums. Der Konsularbeamte Cottavoz in Bukarest behauptete im Mai 1919, die ukrainische Nationalbewegung sei keine reine Erfindung Deutschlands, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 662.

372 Delavaud an Außenministerium, 03.01.1919. In: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 662.

373 Mission militaire française Berlin, Nr. 1.528, 20.01.1919, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 662.

Quai d'Orsay, die sich gegen die deutsche Besatzung der Ukraine und gegen Petljura aussprachen und Europa, insbesondere Frankreich aufforderten, sich einzumischen. Als Entschädigung für den Aufwand winkten doch die großen Rohstoffquellen und die Möglichkeit, den deutschen Einfluß zurückzudrängen.³⁷⁴ Und ebenso, wie wir das noch in aller Genauigkeit am Beispiel England sehen werden, schickten ukrainische Diplomaten Bitten und Erklärungen an die französische Regierung und ihr Außenministerium. Sevrjuk in Bern versuchte, den Franzosen zu erklären, Petljura sei kein Bol'shevik, im Gegenteil, die russischen Bol'sheviki pumpten 70 Millionen Rubel für ihre Propaganda in die Ukraine.³⁷⁵ Über Vermittlung der französischen Botschaft in Wien versicherte Sydir Holubovyč, Galizien sei keineswegs in irgendeiner Hinsicht bolschewistisch und die ukrainische Regierung habe im Lande alles unter Kontrolle.³⁷⁶ Sydorenko, Leiter der ukrainische Delegation bei der Friedenskonferenz, hoffte, über Memoranden für die ukrainische Sache bei Pichon etwas zu erreichen, und machte auch konstruktive Vorschläge. So wollte die Ukraine einen Teil der russischen Altschulden tragen und damit auch das russisch-französische Bündnis und seine Verpflichtungen übernehmen. Weiterhin bot er an, eine Enquete-Kommission zur Aufklärung der gegenseitigen Mißverständnisse nach Paris zu entsenden. Und nicht zuletzt finden wir hier etwas, was noch oft wiederholt werden sollte, – die Bitte um militärische und politische Hilfe.³⁷⁷

3.5. Die wichtigsten ukrainischen Missionen und ihre Vertreter – der Verlauf diplomatischer Beziehungen zwischen der Ukraine und dem Ausland am Beispiel Österreichs

Schon Anfang März 1919 gab das deutschösterreichische Staatsamt für Äußeres ein Rundschreiben an seine Vertretungen in Berlin, Bern, Den Haag, Kopenhagen und Stockholm heraus, um zu erfragen, wo sich welche ukrainischen Auslandsvertretungen befanden. Dabei faßte der Staatssekretär das Problem in treffende Worte:

„Die verschiedensten Regierungen, welche teils nacheinander, teils nebeneinander in den von Ukrainern bewohnten Teilen des einstigen russischen Reiches und der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, haben bei diversen Anlässen Bevollmächtigte ins Ausland entsendet, deren Mandat und Stellung nicht weniger als geklärt erscheint. In manchen Fällen sind sogar für ein und dieselbe

374 La situation en Ukraine par un Polonais d'Ukraine, Paris, Februar 1919. In: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 662.

375 Sevrjuk / Bern an französisches Außenministerium, 24.01.1919. In: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 662.

376 Französische Botschaft Wien an Pichon, 10.04.1919, Übersendung einer ukrainischen Note vom 05.04.1919. In: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 662.

377 Sydorenko an Pichon, 28.01.1919. In: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS, 662.

ukrainische Regierung mehrere Vertreter aufgetaucht, ohne daß es möglich ist, deren Vollmacht und Wirkungskreis festzustellen.³⁷⁸

In den folgenden Wochen erhielt das Staatsamt für Äußeres Berichte aus den verschiedenen österreichischen Auslandsvertretungen, die versuchten, System in das Gewirr ukrainischer Missionen zu bringen. Dabei stellte sich in der Tat heraus, daß sich nicht ein einheitliches ukrainisches diplomatisches Geflecht über Europa erstreckte, sondern daß es aus Vertretern der verschiedensten ukrainischen Regierungen zusammengesetzt war. Aber die Ukrainer schienen auch bereits nach den USA ihre Fühler ausgestreckt zu haben, denn das State Department erhielt über die Vertretung in Paris eine Anfrage von einem gewissen Kolitryns'kyj, der um ein Einreisevisum bat. Dieser behauptete, der ernannte ukrainische Botschafter für die Vereinigten Staaten zu sein und das Direktorium zu vertreten.³⁷⁹ Am 22. April 1920 aber erreichte das State Department ein Beglaubigungsschreiben von einem gewissen Imčanyč'kyj, der sich als neuer ukrainischer Botschafter vorstellte.³⁸⁰ Die in Toronto erschienene «Encyclopedia of Ukraine» gibt als Vertreter in den USA folgende Namen an: Jevhen Holicyns'kyj als Repräsentant des Direktoriums, der sein Amt aber nie antrat, Julijan Bačyns'kyj (Direktorium), Arnold Margolin (Direktorium), L'onhyn Cehel's'kyj (ZUNR), Luka Myšuha (ZUNR).³⁸¹ Die drei letztgenannten wurden aber erst nach 1924 in den USA tätig.

Bei den ukrainischen Vertretern in Den Haag Andrij Jakovliv³⁸², Jacques Koulichère, Dr. Verkentin³⁸³ und den Herren Panasevyč, Kovalyn, Tychomyriv und Tohornyj handelte es sich um Vertreter des Direktoriums. Von ihnen wurde behauptet, sie seien von Rotterdamer Kaufleuten gerufen und finanziert worden, um auf dem Seeweg mit der Ukraine Geschäfte anbahnen zu können.³⁸⁴ In einem Bericht zwei Monate später änderte

378 Deutschösterreichisches Staatsamt für Äußeres, Wien, 7. März 1919, Z.I. 2037/3, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 7/III.

379 Amerikanische Botschaft Paris an State Department, 17.02.1919, Nr. 789. In: Records of the Department of State relating to internal affairs of the Ukraine, 1918 – 1949, roll 2, target 1. Im folgenden zitiert als: Records, ... (= roll), ... (= target).

380 Imčanickyj an State Department, 22.04.1920, in: Records, 2,1.

381 Encyclopedia of Ukraine, I, S. 674, 2. Spalte.

382 Er war der Chef der Mission und der frühere Gesandte in Wien und zeichnete sich – laut österreichischer Angaben durch besondere Polenfeindlichkeit aus. Bei Dr. Werkentin handelte es sich um einen Deutschen von der Krim, dem gute Kontakte zu Deutschland nachgesagt wurden. Österreichische Gesandtschaft Stockholm an Freiherrn von Flotow, 21. März 1919, No. 4, in: AdR, NPA 787 Liasse Ukraine 7/III – 2837.

383 Amerikanische Quellen führen ihn unter dem Namen Dr. H.A. Workentin.

384 Österreichische Vertretung in Den Haag an das deutschösterreichische Staatsamt des Äußeren, 19. Februar 1919, Nr. 23, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 7 / III. Davon wußte der amerikanische Vertreter in Den Haag allerdings nichts. Er sah den Zweck der ukrainischen Mission in der antibolschewistischen Propaganda und in der Arbeit für eine freie unabhängige ukrainische Republik. (Amerikanische Mission in Den Haag an State Department, 17.02.1919, Nr. 5869, in: Records, 2,1)

sich plötzlich die Schreibweise einiger der Namen der ukrainischen Vertreter. So finden wir nun Jakobleff und Jacques Konlichère. Dies ist symptomatisch für die gesamte Berichterstattung der europäischen Diplomaten zu dieser Zeit, niemand konnte mit den fremdländisch klingenden Namen etwas anfangen. So wurden sie geschrieben, wie man es gerade verstand,³⁸⁵ und oft setzte man sie einfach in die Form der eigenen Muttersprache oder ins Französische. Es befand sich eine ukrainische Mission in Kopenhagen, die das Direktorium und damit die Ukrainische Volksrepublik vertrat. Ihr Leiter war Dmytro Levyc'kyj, der laut amerikanischer Angaben eine Neigung zum Bolschewismus gehabt haben soll, obwohl er sich zu diesem Punkt niemals gegenüber amerikanischen Vertretern geäußert hatte. Offensichtlich sah er in den Aktivitäten der lokalen Bol'sheviki eine Garantie für eine unabhängige Ukraine und war durchaus geneigt, das Genie Lenins anzuerkennen. Weitere Mitglieder dieser Mission waren Sakenikov, Vugmann, Boodskoff und Vladymyr Solovyk, der Sekretär der ukrainischen Gesandtschaft. Dabei wurde Sakenikov verdächtigt, als deutscher Spion gearbeitet zu haben.³⁸⁶ Knapp zwei Wochen später wußte der amerikanische Militärattaché aus Kopenhagen allerdings zu berichten, daß Dmytro Levyc'kyj den Erfolg der Bol'sheviki wohl nur für ein zeitlich begrenztes Phänomen hielt. Da die Bauern bourgeois eingestellt waren, meinte er, würden sie es strikt ablehnen, den Russen von ihrem Eigentum abzugeben. Vielmehr machte er sich Sorgen um die französische Unterstützung für Polen, die für die Zukunft der Ukrainer sehr gefährlich werden könnte. Er sah voraus, daß Teile der Ukraine Polen einverleibt würden und daß damit die Gefahr für die Ukrainer bestand, ihren orthodoxen Glauben gegen den katholischen eintauschen zu müssen.³⁸⁷

In Bern gab es im März 1919 eine Vertretung des Kiewer Direktoriums, die von Dr. Jevhen Lukasevyč geleitet wurde. Dieser war noch vom Hetman Skoropads'kyj ernannt worden. Sekretär der UNR-Mission war Volodymyr Solovij. Zudem befand sich der westukrainische Staatssekretär des Äußeren Dr. Vasyl' Panejko dort. Über seine offizielle Tätigkeit läßt sich aber keine Aussage treffen. Zudem reiste er bald nach Paris zu den Friedensverhandlungen ab. Die Vertretung des Direktoriums wurde von der schweizerischen Regierung lediglich de facto anerkannt, später – trotz Geschäftsverkehrs – wurde selbst das zurückgezogen.³⁸⁸ Am 13. Juli 1919 berichtete das «Journal de Genève», daß

385 Österreichische Vertretung in Den Haag an das deutschösterreichische Staatsamt des Äußeren, 7. April 1919, Nr. 100, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 7/III. Hier wird plötzlich behauptet, die Ukrainer verfügten über große Geldmittel und stünden im Ruf, vom Deutschen Reich finanziert zu werden. Ob dies der Wahrheit entspräche, konnte der Österreicher allerdings nicht sagen.

386 Amerikanische Mission Kopenhagen an State Department, 31.03.1919, Nr. 3140, in: Records, 2,1.

387 Amerikanische Mission Kopenhagen an State Department, 11.04.1919, Nr. 3164, in: Records, 2,1.

388 Österreichisch-ungarische Gesandtschaft in der Schweiz an Staatsamt für Äußeres, 20. März 1919, Zl. 59 und Zl. 62, in: AdR, NPA 787 Liasse Ukraine 7/III – 2628 und 2629.

Dr. Lukasevyč seinen Posten in der ukrainischen Mission aufgegeben habe und nun seine Arbeit kommissarisch von dem Berater Dr. Jevhen Sokovyč übernommen worden wäre. Dr. Weissmann berichtete in Bern dem englischen Botschafter Lord Acton, daß nun Mykola Levyc'kyj diesen Posten übernehmen würde. Als Assistent und Übersetzer brachte dieser einen gewissen Dr. Reiss mit. Baron Vasyl'ko weilte zu diesem Zeitpunkt ebenfalls in Bern und führte eine außerordentliche Mission, wobei er vollkommen unabhängig von derjenigen Mykola Levyc'kyjs operierte. Vasyl'ko hatte offenbar den Spezialauftrag, besondere Kontakte zu den Engländern zu knüpfen.³⁸⁹ Zudem wurde ein halboffizielles Konsulat in Lausanne eröffnet, dessen Leitung Bačyns'kyj und Jevhen Sokovyč übernahmen. In Zürich existierte ebenfalls ein Konsulat mit S. Kuoni als Honorarkonsul. Während der Hetmanzeit unterhielt auch die Schweiz ein Konsulat in Kiew. 1918 gelangte eine ukrainische Handelsdelegation unter der Leitung von Čyževs'kyj in die Schweiz und rief die „Ukrainisch-schweizerische Handelskammer“ ins Leben, die ganz Europa mit Informationen über ukrainischen Handel und ukrainische Politik versorgte. Ihr Präsident war der Schweizer Diplomat Ch. Nicole. 1919 gründete derselbe Čyževs'kyj ein „Ukrainisches Komitee“ in Genf, das zahlreiche Publikationen über die Ukraine veröffentlichte, um für die ukrainische Selbständigkeit zu werben. Ende 1919 etablierte sich der „Ukrainische Klub“ in Genf, der mit der UNR-Mission in Berlin zusammenarbeitete. Gerade Genf als der Sitz des Völkerbundes war von großer Bedeutung für die Ukrainer, die dort vor allem die Frage der Minderheitenrechte in Polen zur Sprache brachten.³⁹⁰

In Stockholm befand sich zu dieser Zeit noch der Vertreter des Hetmans, General Baženov, der lediglich als De-facto-Vertreter, nicht aber offiziell von der schwedischen Regierung anerkannt wurde.³⁹¹ Baženov erklärte in Stockholm, daß die Ukraine sofort nach Erlangung der Autonomie eine Föderation mit den anderen Teilen des alten Russischen Reiches eingehen werde. Mit der Don-Republik und der Kuban'-Republik sei es bereits zu Abmachungen gekommen.³⁹² Infolge der Umwälzungen im Mutterland trat er zurück, um seinen Platz dem Repräsentanten des Direktoriums, Kost' Los'kyj, zu überlassen. Dieser wurde Chef der außerordentlichen diplomatischen Mission der Ukraine für Schweden und Norwegen und setzte sich – im Gegensatz zu seinem Vorgänger – entschieden für die Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit ein. Zuvor war Los'kyj Professor für Römisches Recht an einer russischen Universität gewesen, später diente er der russischen Regierung auf verschiedenen Posten, zuletzt als Gouverneur eines

389 R.L. Craigie, Bern, an Lord Balfour, 14.07.1919, in: British Foreign Office, R 390, Collection 371, General Correspondence Political 1919, vol. 3965, reel 19, 1919. Im folgenden zitiert als: B.F.O., vol. (...), reel (...).

390 ZHUKOVSKY: Switzerland, in: Encyclopedia of Ukraine, V, S. 135.

391 B. de Baženov an schwedisches Außenministerium, 2.12.1918, in: Utrikesdepartementet 1920 (Ers dossiersystem 287 II).

392 Tommasini an Sonnino, Stockholm 9.11.1918, Nr. 85, in: I documenti diplomatici italiani, I, S. 43.

der polnischen Gouvernements. Im Gegensatz zu den Briten glaubten die amerikanischen Diplomaten in Stockholm nicht, daß Los'kyj und seine Mission von Berlin finanziert wurden, ebensowenig, daß Deutschland das dortige ukrainische Informationsbüro mit Geld versorgte. Chen dieser Institution war der ukrainische Maler und Patriot Midanuka, ehemaliger Sekretär der diplomatischen Vertretung in Stockholm.³⁹³ Dank der Anstrengungen Los'kyjs kam 1921 „Ukrainarna“, ein Buch über ukrainische Geschichte, Geographie, Literatur und Kultur, in Stockholm auf schwedisch heraus und machte auf die ukrainische Frage aufmerksam.

Der österreichische Gesandte Post wußte aus Berlin zu berichten, daß sich dort im März 1919 lediglich eine offizielle ukrainische Vertretung befand, die von Mykola Porš geleitet wurde und zu der die deutsche Reichsregierung amtliche Beziehungen unterhielt. Einige Zeit hatte sich in Berlin auch ein Vertreter der Westukrainischen Volksrepublik befunden, der aber im Februar aufgrund des Vorvertrages von Fastiv vom 1. Dezember 1918 seine Amtsgeschäfte dem Leiter der gesamtukrainischen Mission, Porš, übertrug.³⁹⁴ De facto wurde also diese ukrainische Mission von Berlin anerkannt. Der erste Vertreter der Ukraine in Berlin war Oleksander Sevrjuk für die Zentralrada gewesen. Ihm folgte Theodor Steinheil³⁹⁵ für den Ukrainischen Staat unter Hetman Skoropads'kyj. Später weilten der genannte Porš, aber auch Roman Smal'-Stoc'kyj³⁹⁶ als Vertreter der ZUNR

393 Wheeler / Stockholm an State Department, 03.11.1919, Nr. 4207, in: Records, 1,1.

394 Gesandtschaft der deutschösterreichischen Republik in Berlin an deutschösterreichisches Staatsamt des Äußeren, 27. März 1919, Nr. 198, in: AdR, NPA 787 Liasse Ukraine 7/III – 2758.

395 Theodor Steinheil (1870-1946, ukr. Štejnheľ', russ. Štejnġel') war ein deutschstämmiger Baron, der die ukrainische Nationalbewegung unterstützte. 1906 wurde er Abgeordneter der Stadt Kiew in der ersten Staatsduma und schloß sich der ukrainischen Fraktion an. Nach der Februarrevolution von 1917 arbeitete er als Ausschuss-Vorsitzender in der Kiewer Stadt-Duma, welche die Vorgängerin der Zentralrada war. 1918 war er diplomatischer Vertreter in Berlin; in der Zwischenkriegszeit lebte er in der Westukraine, verließ diese aber 1939 und ging nach Deutschland, wo er 1946 in Dresden starb.

396 Smal-Stoc'kyj (1893-1969) studierte in Wien, Leipzig und München, wo er 1914 promovierte. Während des Ersten Weltkrieges war er Emissär des Bundes zur Befreiung der Ukraine in München und arbeitete als Lehrer unter den Ukrainern in deutschen Kriegsgefangenenlagern. Nach dem Krieg war er 1918–1919 als Vertreter der West-ukrainischen Volksrepublik tätig und dann 1919–1921 als Berater und 1921–1923 als bevollmächtigter Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik in Berlin. 1923–1926 lehrte er als Professor für vergleichende slawische Sprachwissenschaft an der Freien Ukrainischen Universität in Prag und als Gastdozent in London und Cambridge, von 1926–1939 an der Universität Warschau. Dort engagierte er sich auch von 1926 an als Außenminister der westukrainischen Exilregierung; zudem war er Mitglied der ukrainischen Delegation beim Völkerbund, Mitglied des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Warschau und Herausgeber der Zeitschrift „Praci“ und verschiedener anderer ukrainischer wissenschaftlicher Veröffentlichungen. Während des Zweiten Weltkrieges hielt ihn die Gestapo unter Hausarrest in Prag. 1947 emigrierte er in die USA, wo er bis 1965 als Professor für osteuropäische Geschichte der

und des Direktoriums und Volodymyr Aussem für die Ukrainische Sowjetrepublik in Berlin.

Wohl den besten Stand im europäischen Vergleich hatte die Gesandtschaft der Westukrainischen Volksrepublik mit Jevhen Petruševyč als Leiter in Prag. Dort wurde sie als ständige Legation anerkannt und führte wirtschaftliche Verhandlungen mit der Prager Regierung über die Lieferung von Getreide gegen politische Kompensationen. Die Ukrainer wurden sogar von Ministerpräsident Tusar, dem Präsidenten Masaryk und dem Minister Dr. Beneš empfangen.³⁹⁷ Im Oktober 1921 hatte sich allerdings dieses positive Bild gewandelt. Der österreichische Geschäftsträger Dr. Marek berichtete über eine Interpellationsbeantwortung durch das tschechoslowakische Parlament, worin es hieß:

„Die Ukraine wurde als selbständiger Staat seitens der tschechoslowakischen Republik noch nicht anerkannt und hat daher bei uns auch keine auf Gegenseitigkeitsverträgen begründete vollberechtigte diplomatische Vertretung. Es gibt hier eine ukrainische Repatriierungskommission, die die Regierung der Sowjetukraine vertritt und der Herr Lewicky vorsteht, und eine Handelsmission derselben Regierung mit Herrn Novakovsky an der Spitze. Außerdem gab es eine nicht offizielle Mission des Herrn Dr. Slavinsky, der die Regierung der ukrainischen Volksrepublik vertrat, die jedoch von der tschechoslowakischen Republik auch nicht anerkannt war, und eine Mission des Dr. Smal-Stocky, der die ebenfalls offiziell nicht anerkannte westukrainische Republik (Ostgalizien) vertrat.“³⁹⁸

In Paris gab es – laut Angaben des französischen Außenministeriums – drei verschiedene Gruppen, die für sich in Anspruch nahmen, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen. Ursprünglich waren sie alle als Mitglieder der ukrainischen Delegation zur Friedenskonferenz eingereist, so die Delegation der Ukrainischen Volksrepublik, die Vertreter des Ukrainischen National-Komitees und die Delegation der Westukrainischen Republik. Graf Mychajlo Tyškevyc, Sekretär Romidnyc'kyj und Militärattaché Oberst Adamovyč vertraten das Direktorium. Sie behaupteten, die „wahre Ukraine“ zu vertreten, waren antirussisch und propolnisch eingestellt und hatten sich ganz der ukrainischen Unabhängigkeit verschrieben. Im Dezember 1919 war durch frühere Mitglieder der Delegation der Ukrainischen Volksrepublik das Ukrainische National-Komitee gegründet worden. Die sich anbahnende ukrainisch-polnische Verständigung, die schließlich in den Vertrag von Warschau mündete und die Abtretung Ostgaliziens an Polen mit sich brachte, hatte zu dieser Abspaltung geführt. Der Präsident dieser Vereinigung und sein Sekretär

Marquette University in Milwaukee und als Gründungsdirektor des dortigen Slavischen Institutes wirkte. (Kedryn-Rudnytsky, Roman Smal-Stocki).

397 Österreichische Gesandtschaft Prag an Bundesministerium für Äußeres, 20. Juli 1920, in: AdR, NPA 787 Liasse Ukraine 7/III-2938.

398 Österreichische Gesandtschaft Prag an Bundesministerium für Äußeres, 24. Oktober 1921, in: AdR, NPA 759 Liasse Tschechoslowakei 5/8-5870 .

hatten sich zunehmend von Petljura abgewandt, und die gesamte Organisation behandelte nun Petljura als Verräter an der ukrainischen Sache. Man war strikt antipolnisch und antibolschewistisch eingestellt und setzte sich für eine Föderation mit einem wiederhergestellten Rußland ein. In seinem blinden Haß gegen Petljura und dessen Politik versuchte das Ukrainische National-Komitee die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten durch verschiedene Schreiben zu gewinnen. Es behauptete darin, der ukrainische Separatismus sei allein vom Ausland inspiriert und werde als deutsches Mittel mißbraucht, die russische Front aufzubrechen und Rußland zu zerteilen. Die Anschuldigungen gipfelten in der Behauptung, die ukrainische Bevölkerung haßte Petljuras Bewegung so sehr, daß sie lieber die Bol'sheviki als diesen unterstützte. Hauptsächlich aber kam es dieser Bewegung darauf an³⁹⁹, der Idee einer künftigen russischen föderativen Regierung als Voraussetzung für eine solidarische ukrainische Politik im State Department den Boden zu bereiten. Die Delegation der Westukraine hatte ihren Präsidenten in Stepan Tomašivs'kyj und teilte die antipolnische Einstellung des Ukrainischen National-Komitees. Ihr Ziel war die Gründung eines Pufferstaates zwischen Polen und Rußland, der aus Ostgalizien, Wolhynien, dem Gebiet um Chełm und dem Süden des Gouvernements Hrodna bestehen sollte.⁴⁰⁰

Das interessanteste Pflaster für die ukrainische Diplomatie bildete aber Wien. Hier tummelte sich eine Vielzahl von Ukrainern aus allen politischen Richtungen. Dabei stachen zwei Vertretungen besonders hervor, die des Direktoriums und diejenige der Westukrainischen Volksrepublik.

Für die Volksrepublik Ukraine waren 1920 der Gesandte und bevollmächtigte Minister Hryhorij Sydorenko⁴⁰¹ mit seinem ersten und zweiten Sekretär Mykola Troc'kyj und Oleksander Semenyv sowie der Attaché Mykola Vark-Vovčenko und die Funktionäre Ivan Chomenko und Dr. Volodymyr Zalozeč'kyj-Sas tätig.⁴⁰² In der Diplomatenliste vom 15. Juli 1921, dem Verzeichnis der in Wien befindlichen fremden diplomatischen Missionen, war der alte Attaché durch Napoleon Bihari ersetzt worden. Die Posten der Funktionäre hatte man offensichtlich abgebaut.⁴⁰³ Für das Jahr 1922 waren lediglich noch drei dnipro-ukrainische Funktionäre offiziell in Wien gemeldet: Sydorenko, Mykola Troc'kyj und Semenyv.⁴⁰⁴

399 Ukrainisches National Komitee, Paris, an Präsident Wilson, 12.08.1920 und Amerikanische Vertretung Paris, 02.12.1920, Nr. 1873, in: Records, 2, 1.

400 Amerikanische Vertretung Paris an State Department, 27.07.1920, Nr. 1427 (Enclosure 2: Note concerning the Ukrainian Representatives in Paris), in: Records, 1, 1.

401 Sydorenko war Anfang bis Mitte 1919 Leiter der ukrainischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris gewesen und wurde dann durch Graf Tyškevyč, der vorher im Vatikan für die Ukrainische Volksrepublik tätig gewesen war, abgelöst. (Acton, Bern, an Foreign Office, 21.07.1919, Nr. 1114, in: B.F.O., Nr. 106796, vol. 3965, reel 19, 1919).

402 Legation der Demokratischen Republik Ukraine in Wien an österreichisches Außenministerium, 12. Mai 1920, Nr. 1743, in: AdR, NPA Prä 75.

403 AdR, NPA Prä 75.

404 Diplomatenliste Wien, Jänner 1922, in: AdR, NPA Prä 75.

Für die Westukrainische Volksrepublik weilten 1920 als Gesandter Volodymyr Singalevyč, als Kanzler Kosmas Blyznjuk, als Unterstaatssekretär Dr. Maxim Grotter, als Legationsrat Dr. Volodymyr Zalozeč'kyj-Sas und als Handelsattaché Charles Jonas in Wien. Frau Mathilde Schneider übernahm den Posten einer Legationssekretärin, später wurde sie durch Siegmund Katz ersetzt.⁴⁰⁵ Ein Jahr später wies die Diplomatenliste einige Veränderungen auf. Bevollmächtigter Vertreter war nach wie vor Volodymyr Singalevyč, auch Dr. Grotter als Referent für Handelsangelegenheiten und Unterstaatssekretär sowie Kosmas Blyznjuk als Vizekonsul und Kanzleidirektor hatten ihre Posten behalten. Neu hinzu kamen Hauptmann Severyn Krasopera als Militärattaché und der Ingenieur Volodymyr Borodajkevyč als erster Gesandtschaftssekretär, der im Dezember durch Volodymyr Bandrivs'kyj ersetzt wurde.⁴⁰⁶ 1922 jedoch waren nur mehr die vier Diplomaten Singalevyč, Grotter, Bandrivs'kyj und Blyznjuk an der Gesandtschaft in Wien tätig.⁴⁰⁷

Die Amerikaner beobachteten ziemlich genau, was in Wien unter den ukrainischen Vertretern vor sich ging. Der amerikanische Gesandte DuBois hielt Singalevyč, der ein ehemaliges Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses für Galizien war, für einen Antibolschewiken, der keinerlei Verbindung zu Petljura hatte und deutschfeindlich eingestellt sei. Bei den Dnjepr-Ukrainern vermeinte er drei verschiedene Strömungen ausmachen zu können: die sozialrevolutionäre Petljura-Gruppe, die Gegner dieser Gruppe, die für eine Verbindung mit der Tschechoslowakei eintraten, und schließlich diejenige, die Sympathien für die Bol'sheviki zeigte.⁴⁰⁸ Eine der schillerndsten Figuren für die Amerikaner in der ukrainischen Bewegung war Baron Mykola Vasyľ'ko. Vor dem Krieg war er Mitglied des österreichischen Parlamentes, und später betätigte er sich als ukrainischer Botschafter in Berlin, Bern und Wien. In einem Bericht nach Washington beschrieb ihn der amerikanische Gesandte DuBois einmal als „shrewd unreliable man“.⁴⁰⁹ Besonders beargwöhnt wurde er allerdings wegen seiner vermuteten deutschfreundlichen Einstellung. Seine Feinde behaupteten, er sei es gewesen, der die ukrainische Frage überhaupt erfunden habe. Vor dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie war er ein begeisterter Anhänger Österreich-Ungarns, doch später wurde er ein überzeugter Verfechter der ukrainischen Unabhängigkeit. Zuerst arbeitete er für die Westukrainische Volksrepublik, bevor er sich hinter Petljura stellte und als Realpolitiker dessen Politik vertrat, obwohl er die Abtretung Ostgaliziens an Polen verurteilte. Durch seine frühere politische Tätigkeit in der Monarchie hatte er gute Kontakte zu den maßgeblichen Stellen in Deutschland und versuchte die Politik der Alliierten gegenüber dem Reich zu beein-

405 Legation der Westukrainischen Volksrepublik an österreichisches Außenministerium, 28. Mai 1920, Nr. 45, in: AdR, NPA Prä 75.

406 Legation der Westukrainischen Volksrepublik an österreichisches Bundesministerium für Äußeres, 22. Dezember 1921, Zl. 44/21, in: AdR, NPA Prä 75.

407 Legation der Westukrainischen Volksrepublik an österreichisches Bundesministerium für Äußeres, 13. Jänner 1922, Zl. 7/22. In: AdR, NPA Prä 101, 33 Diplomaten 7.

408 Amerikanische Gesandtschaft Wien an State Department, 15.06.1920, 438, in: Records, I, 1.

409 Amerikanische Gesandtschaft Wien an State Department, 29.05.1920, 214, in: Records, I, 1.

flussen. Dabei setzte er sich für einen versöhnlichen Kurs ein, um Deutschland nicht in die Arme des Bolschewismus zu treiben, von dem er annahm, daß er Polen mühelos überrennen würde. Um dem vorzubeugen, sollte die Ukraine durch Hilfslieferungen und politische Unterstützung gestärkt werden. Vasył'ko führte dies auf Gespräche mit Noske und Groener zurück, die versicherten, würde Deutschland zu sehr unterdrückt werden, würde man sich mit den Bol'sheviki verbünden und Frankreich vom Rhein vertreiben. Wenigstens die Amerikaner konnten sich diesem Gedankengang nicht gänzlich verschließen:

„Of course Wassilko is looking out for the Ukraine and no doubt he shapes his arguments so that they will influence the bringing of aid to his country. Whether his judgment is good in the matters of possible German action and the Bolshevik danger is difficult to know from this point. Yet there is something logical in what he says.“⁴¹⁰

Vasył'ko spielte auch in der Geldbeschaffung für die ukrainische Sache eine große Rolle. Die Ukraine hatte noch aus den Verträgen, die nach Brest-Litovsk geschlossen worden waren, ein beträchtliches Vermögen in den ehemaligen Mittelmächten liegen. Allerdings weigerten sich Deutschland und Österreich, an die Petljura-Gruppe zu bezahlen, da man 1918 Skoropads'kyj unterstützt hatte. Österreich stand dem Direktorium zwar freundlicher gegenüber, konnte sich jedoch nicht zu Zahlungen bereit erklären. Nur in Ungarn wurde Vasył'ko herzlich von Horthy und anderen hochrangigen Offiziellen empfangen. Diese zahlten denn auch der ukrainischen Bewegung 1,8 Millionen Kronen aus. Den Großteil der ukrainischen Propaganda bezahlte jedoch Vasył'ko aus eigener Tasche. So nahmen die Amerikaner an, daß sich diese Summe schon auf etwa 10 Millionen Kronen belief. Außerdem hatte er eine Spendenaktion angekurbelt, in deren Verlauf eine Million Dollar zusammenkommen sollte.⁴¹¹

Der österreichische Gesandte Hartmann hatte aus Berlin ähnliches wie die Amerikaner zu berichten. Dabei bezog er seine Informationen von dem Exilukrainer Myrosław Sičynski, der 1908 den galizischen Statthalter Potocki erschossen hatte. Er fügte den drei ukrainischen Strömungen der Amerikaner noch eine hinzu, nämlich die der Bol'sheviki mit Chrystyjan Rakovs'kyj und Vynnyčenko⁴¹², die ihr Zentrum in Charkiv hatten und auf das Kohlengebiet als wirtschaftliche Grundlage zurückgriffen. Zudem erklärte er eindeutig, daß die Petljura-Richtung durch Frankreich, Petruševyč hingegen durch Großbritannien Unterstützung erhielt. Als den eigentlichen Kulissenschieber auf der ukrainischen Bühne bezeichnete er aber Baron Vasył'ko, der sowohl Einfluß auf Petljura als auch auf Petruševyč ausübte. Dabei beschuldigte er Vasył'ko, es ginge ihm vor allem um Gelderwerb und nicht um die ukrainische Sache an sich. Er erklärte weiter, daß die Kämpfe der ukrainischen Richtungen untereinander hauptsächlich um Geld geführt

410 DuBois an State Department, 22.06.1920, 121, in: Records, 1, 1.

411 DuBois an State Department, 22.06.1920, 121, in: Records, 1, 1.

412 Er bekannte sich nach seiner Zeit im Direktorium zum Bolschewismus, scheiterte aber mit seinen politischen Ideen und lebte später im Exil in Frankreich.

würden. Deutschland erkannte ausdrücklich eine Schuld von 200 Millionen Mark aus den Geschäften mit der Ukraine an, wollte aber das Geld nicht ausbezahlen, solange es keine legitime ukrainische Regierung gebe. Sičynski verdächtigte nun Vasyl'ko, hinter diesem Geld her zu sein.⁴¹³ Gerade hier läßt sich sehr schön zeigen, wie recht Kučabs'kyj mit seinem Vorwurf hatte, die Ukrainer untereinander wären sich der größte Feind. Diese Verleumdungskampagnen ließen sie im Ausland nur in einem schlechten Licht erscheinen.⁴¹⁴

Wien war aber nicht nur ein Zentrum der großen ukrainischen Vertretungen, sondern auch ein Sammelpunkt der zahlreichen Emigranten aus allen Teilen des ethnisch ukrainischen Gebietes. Im Februar 1920 erreichte das Staatsamt des Äußeren ein Bericht der Polizeidirektion Wien, der die Ukrainer nach ihren Wohnorten in verschiedenen Hotels in Wien einteilte.⁴¹⁵

Außer diesen Personen weilten noch eine Anzahl junger ukrainischer Offiziere und Beamter sowie Mitglieder des ukrainischen Roten Kreuzes in Wien. Durch Besprechungen unter diesen Emigranten sollte die Kontrolle des bisherigen Außendienstes verbessert und die Reorganisation vorangetrieben werden.

Eine weitere wichtige ukrainische Institution, die ihren Sitz in Wien hatte, war das Ukrainische Pressebüro, das vom 1899 im südbukowinischen Suceava geborenen Dr. Valerian Brandzan geleitet wurde. Dem leitenden Redakteur Georg Serbeniuk standen als Redakteure zur Seite: die Österreicher Mariz Sikel und Oskar Smetana, die Tschechen

- 413 Gesandtschaft der Republik Österreich in Berlin an das Staatsamt für Äußeres, Politische Sektion, 5. Oktober 1920, Zl. 338/20, in: AdR, NPA 787 Liasse Ukraine 7/III – 4137.
- 414 Ukrainische Politiker in Wien und München wurden durch einen fingierten Brief unbekannter Hand an die Wiener Polizeidirektion verleumdet, indem sie kommunistischer und „nationalsozialistischer“ Umtriebe beschuldigt wurden. Nachforschungen der Polizei konnten dies allerdings nicht bestätigen. (Bundeskanzleramt [Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit]: Dr. Hornykiewicz u.a. nat. soz. und komm. Umtriebe in Wien, in: Bundeskanzleramt 150.367 – 1934).
- 415 Ukrainische Diplomaten in Wien, 6. Februar 1920, in: AdR, NPA 787 Liasse Ukraine 7/III – 561. Ein Verzeichnis führt die damals in Wien lebenden, bedeutenden Politiker auf: Hotel Müller, Gluckgasse 1: Dmytro Dorošenko, Universitätsprofessor; Andre Makarenko, Direktoriumsmitglied; Volodymyr Hankiewicz; Gregor Martel, ukrainischer Attaché; Oleksander Havriliiv; Josef Popp, Oberstleutnant; Dr. Michael Koczerhan, Sektionschef. Hotel Meisl & Schaden: Michael Jevremyov, Diplomat; Nikolaus Kovalevskyj, Mitglied des ukrainischen Staatsrates. Hotel Royal: Semen Vityk, ukrainischer Minister; Oleksander Kandyba, Schriftsteller. Hotel Residenz: Alexander Mordvinov, Ingenieur. Hotel Klomser: Nikolaus Schragne, Konsul aus Kiew; Cornel Čerbotarenko. Hotel Bristol: Michael Bilenizyj, Legationssekretär; Boris Trochimovyč, ukrainischer Gesandtschaftsattaché; Hryhorij Sydorenko, Diplomat; Peter Mirošnečenko, Ministerialbeamter. Hotel Imperial: Vasyl' von Kosarenko-Kosarevyč, Legationssekretär, in: AdR, NPA 786 Liasse Ukraine 2/3. Die Schreibweise aller hier und in den folgenden zwei Absätzen genannten Namen wurde trotz der offensichtlichen Schreibfehler in Ermangelung einer Korrekturmöglichkeit unverändert aus den angegebenen Akten übernommen.

Emil und Hugo Oplatka und die Ukrainer Johann Boc, Jozef Turjanskyj, Marian Brandzan und Oleksander Baremic. Als Korrespondenten waren bis auf den Österreicher Erich Prever hauptsächlich ukrainische Frauen tätig: Julie Maričak, Melanie Semaka, Josefine Weiersohn und Bertha Günsberg sowie ein einziger Ukrainer namens Konstantin Dorborča. Die Hausmeisterdienste übernahmen die beiden ukrainischen Diener Theodor Dosenčuk und Julius Diekučak.⁴¹⁶ Über das ukrainische Pressebüro gelangten auch einige Informationen in Einzelgesprächen mit ausländischen Diplomaten an die jeweiligen Regierungen. Brandzan bemühte sich in den Unterredungen mit dem Amerikaner DuBois, einen möglichst positiven Eindruck zu vermitteln, obwohl er zugeben mußte, daß sich die Ukraine in einer verzweifelten Lage befand. Er zeigte auf, wie zuversichtlich die Ukrainer an den guten Ausgang ihrer Sache glaubten. Nicht zuletzt hatte die Tatsache, daß Deutschland und Sowjetrußland, wenn auch zu unterschiedlichen Bedingungen, die Ukraine anerkannt hatten, den Unabhängigkeitswillen der Ukrainer sehr gestärkt.⁴¹⁷

Am 23. Dezember 1920 konstituierte sich zudem der Allukrainische Nationalrat in Wien, um die zersplitterten ukrainischen Nationalkräfte wieder zu einer Organisation zusammenzufassen. Die Gründer – Pavlo Čyževs'kyj, Senator Šeluchyn, Ataman Konovalc' – hatten eine Organisation vor Augen, in der die Bestrebungen der gesamten ukrainischen Nation koordiniert werden sollten und die nicht nur gegenüber dem eigenen Volk als Autorität gelten, sondern auch gegenüber den fremden Völkern und Staaten als nationale Einheitsfront auftreten sollte. Dem Allukrainischen Nationalrat traten neun ukrainische Parteien bei: Partei der Sozialföderalisten (Partei der intellektuellen Kräfte der Dnjepr-Ukraine), Selbständigkeitssozialisten (Partei des Kleinbürgertums, welche die staatliche Selbständigkeit der Ukraine zu ihrem Hauptziel erhoben hatte), Sozialrevolutionäre (Vertreter des bäuerlichen Elementes in der Ukraine), Volkspartei (Partei der Bauern, die den Sozialismus ablehnten), Republikanische Volkspartei (Partei des ukrainischen Kleinkosakentums der linksufrigen Ukraine), Nationale Arbeitspartei Galiziens (Partei des westukrainischen Regierungschefs Petruševyč), Ukrainische Radikale Partei (Partei der galizischen Bauernschaft, an deren Spitze hauptsächlich Intellektuelle standen, die selbst aus dem Bauerntum stammten), Radikaler Bauernbund (der Ukrainischen Radikalen Partei sehr ähnlich) und Ukrainische Demokratische Volkspartei (nationale Partei der Bukowiner Ukrainer). Außerdem traten dem Allukrainischen Nationalrat zwei weitere Organisationen bei, die Liga zur Wiederaufrichtung der Ukraine, die vorwiegend ukrainische Offiziere zu ihren Mitgliedern zählte, und der Ukrainische Frauenverein. Dem Nationalrat waren demnach nur die ukrainischen Sozialdemokraten, die linken Sozialrevolutionäre und die Ukrainische Kommunistische Partei nicht beigetreten. Geführt wurde der Nationalrat von Serhij Šeluchyn und einem aus 15 Mitgliedern bestehenden Exekutivkomitee. Um seinen Bemühungen Nachdruck zu verleihen, hatte der Allukrai-

416 Wiener Polizeidirektion an Staatsamt für Äußeres, 4. März 1920, No. 2238, in: AdR, NPA 787 Liasse Ukraine 7/III – 906. Amerikanische Gesandtschaft Wien an State Department, 29. Mai 1920, 214, in: Records, 1, 1.

417 DuBois, Wien, an Castle, Washington, 08.11.1920, in: Records, 1, 1.

nische Nationalrat nicht nur zu den Parteiorganisationen Führung aufgenommen, sondern auch mit allen Bürgerkreisen und Institutionen des gesamten ukrainisch besiedelten Gebietes sowie mit den bestehenden Regierungen in der Dnjepr-Ukraine und in Ostgalizien. Der Nationalrat hatte vor, sich nicht direkt in die Arbeit der beiden Regierungen einzumischen, sondern auf diese durch Ratschläge, eventuell auch durch Protest, Einfluß zu nehmen. In seiner Gründungssitzung gab er sich folgende Ziele:

1. Verteidigung der nationalen Einheit des ukrainischen Volkes und Wiederaufrichtung der staatlichen Selbständigkeit der ukrainischen Gebiete;
2. Vereinigung der einzelnen ukrainischen Gebiete zu einem einheitlichen Staat unter Bedingungen, die von staatsrechtlichen Organen dieser Gebiete festgelegt werden sollten;
3. Einführung der demokratischen Gesellschaftsordnung im ukrainischen Staat und der Staatsform, die durch die aufgrund der fünfgliedrigen Wahlordnung zu wählende Nationalversammlung bestimmt werden sollte;
4. Durchführung einer Agrarreform auf parlamentarischem Weg, wobei als Grundlage für die Agrarpolitik der Grundsatz bestimmend sein sollte, daß Grund und Boden ständiger Besitz der Bauernschaft war;
5. Tatsächliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiterschaft wie Arbeiterschutz und Freiheit der Gewerkschaftsbewegung;
6. Sicherung der Personalautonomie für die nationalen Minderheiten, deren Grundzüge die Nationalversammlung festlegen sollte.⁴¹⁸

Folgende Mittel wollte der Allukrainische Nationalrat einsetzen, um diese Ziele auch zu erreichen: Einflußnahme auf die Tätigkeit der ukrainischen Staatsorgane im Sinne dieser Bestrebungen; Befreiung der ukrainischen Gebiete von der Okkupation, von politischen Erschütterungen und Einflüssen; Bekämpfung der Versuche, das „einige und unteilbare Rußland“ wieder zu errichten; Anknüpfung ständiger Beziehungen zu den anderen Staaten, die nach dem Zerfall Rußlands und Österreich-Ungarns entstanden waren, sowie Abschluß eines Bündnisses mit ihnen, um die errungene Selbständigkeit zu verteidigen; Bemühungen um die internationale Anerkennung der Eigenstaatlichkeit; Einberufung eines Allukrainischen Nationalkongresses; Einigung und Schutz der ukrainischen Emigration, der Kriegs- und Zivilgefangenen, die in fremden Staaten interniert worden waren.

Welch wichtige Rolle Wien als Basis der ukrainischen Politik spielte, zeigt auch eine Aufstellung von ukrainischen Funktionären mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die durch Petruševyč dem Botschafterrat 1921 überreicht wurde. Es handelte sich dabei um Mitarbeiter verschiedener Ministerien, wie dem des Inneren, der Justiz, der Finanzen, des Verkehrs und des Sozialen. Die Beschreibung der Funktionen machte deutlich, daß

418 DuBois, Wien, an State Department, 13.02.1921, Nr. 200 (Der Allukrainische Nationalrat, deutsches Original), in: Records, 1, 1.

es sich bei den Genannten hauptsächlich um Akademiker handelte. Damit wollte Petruševyč wohl die anhaltenden Vorurteile zerstreuen, bei den Ukrainern handelte es sich um ein ungebildetes Volk ohne Intelligenzschicht.⁴¹⁹

Mitte 1921 begann sich die Position der westukrainischen Gesandtschaft in Wien zu verschlechtern. Das Militärliquidierungsamt richtete eine Anfrage an das Bundesministerium für Äußeres, in der es wissen wollte „ob diese Gesandtschaft, deren Staat, soweit bekannt, nicht mehr besteht, hier akkreditiert ist und ob deren Interventionen, soweit sie sich auf das Gebiet der polnischen Republik beziehen, mit Rücksicht auf die Verpflichtungen der Republik Österreich diesem Staate gegenüber überhaupt zum Gegenstand meritorischer Behandlung zu machen sind.“⁴²⁰ Darauf antwortete das Außenministerium, daß die Vertretung der Westukrainischen Volksrepublik bei der österreichischen Regierung wohl nicht offiziell beglaubigt sei, man jedoch mit ihr als De-facto-Vertretung im Verkehr stehe. Allerdings sollten die Westukrainen aufgefordert werden, sich künftig nur mehr über das Außenministerium an das Militärliquidierungsamt zu wenden. Soweit sich die ukrainischen Interventionen auf das Gebiet der polnischen Republik bezogen, waren sie durch alle Stellen abzulehnen.

Obwohl noch im Februar 1922 die Legitimationskarten des österreichischen Außenministeriums an die westukrainischen Gesandten abgingen⁴²¹, begann sich doch abzuzeichnen, daß diese sich offiziell in Wien nicht mehr lange würden halten können. Gleichzeitig hatte sich auch die Lage der Petljura-Ukrainer in Warschau verschlechtert. Eigentlich noch Verbündete der Polen, besaßen sie dort – laut Diplomatenliste – keine Vertretung mehr. Lediglich die Vertreter der Sowjetukraine Oleksander Šums'kyj, Isaja Hurhuyn, Ivan Sijak und Mykola Popov waren im Hotel Victoria abgestiegen.⁴²²

Im April hatte der österreichische Gesandte Post in Warschau eine Unterredung mit dem Grafen Lasocki, dem polnischen Gesandten in Wien, wobei es um die westukrainische Gesandtschaft in Wien ging. Lasocki betonte, daß diese Frage anlässlich der bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Polen und Österreich zur Sprache kommen würde.⁴²³ Kaum einen Monat später hatte Lasocki ein Gespräch mit dem Bundeskanzler und bat ihn, der Tätigkeit der westukrainischen Gesandtschaft in Wien ein Ende zu setzen. Als Begründung gab er an, daß die gesamten antipolnischen

419 Die 48 Namen der ukrainischen Beamten bei: Petruševyč an Botschafterkonferenz, 5. Mai 1921, in: VB R 550 – 12685.

420 Militärliquidierungsamt an Bundesministerium für Äußeres, 28. Juni 1921, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 6/1, nebst Antwort des Bundesministeriums vom 7. Juli 1921, Nr. 3039 daselbst.

421 Handschriftliche Abschrift der Anweisung vom 11. Februar 1922, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 7.

422 Gesandtschaft Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 7. März 1922, in: AdR, NPA 649 Liasse Polen 5/2 – 1034.

423 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 18. April 1922, Nr. 54, in: AdR, NPA Prä 101.

Propagandatätigkeiten von dort gesteuert und viele polenfeindliche Broschüren gedruckt würden. In der Amtsnotiz hieß es dazu: „Er empfindet, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Österreich darunter leiden könnten, wenn nicht dieser Tätigkeit unserer Gesandtschaft ein Ende bereitet wird.“⁴²⁴

In einer daran angehefteten Notiz der Rechtssektion wurde auf den völkerrechtlichen Status von Ostgalizien eingegangen: Die dort im Oktober 1918 gegründete ukrainische Regierung fand nicht die Anerkennung der Westmächte, die sich auf den Standpunkt stellten, die Gebiete des alten Österreichs seien ihnen in den Friedensverträgen abgetreten worden und es stehe ihnen frei, über deren zukünftige territoriale Zugehörigkeit zu entscheiden. Gemäß Artikel 91 des Friedensvertrages von Saint-Germain mußte die österreichische Regierung das als verbindlich anerkennen. Die territoriale Zugehörigkeit der Westukraine hatte zu diesem Zeitpunkt noch keine endgültige Regelung durch die Entente erfahren. Allerdings war Polen die Vollmacht zur militärischen Besetzung erteilt worden. Aufgrund dessen mußte die westukrainische Regierung das Land verlassen und Ostgalizien stand von diesem Zeitpunkt an unter polnischer Verwaltung. Die österreichischen Experten gingen nun davon aus, daß das Land gegen Gewährung einer gewissen Autonomie Polen einverleibt werden würde. Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Entente selbst, mit oder ohne Abstimmung, einen unabhängigen Staat schaffen sollte, wäre dieser rechtlich nicht identisch mit der Westukrainischen Volksrepublik, da dieser neue Staat seine Entstehung nicht wie diese auf den Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern auf einen Willensakt der Entente zurückführen mußte. Staat und Regierung, in deren Namen die westukrainische Gesandtschaft auftrat, waren also endgültig verschwunden. Wenn die österreichische Regierung bis jetzt nicht auf eine Beendigung der Tätigkeit der Gesandtschaft gedrängt hatte, so geschah das deshalb, da der durch die polnische Besetzung Ostgaliziens tatsächlich geschaffene Zustand noch keine definitive rechtliche Sanktionierung erhalten hatte. Weil man jedoch davon ausgehen konnte, daß dieser nicht geklärte Zustand noch andauern könnte, empfahl es sich vom Standpunkt der österreichischen Regierung aus, der Tätigkeit einer Gesandtschaft eines Staates, der nicht existierte, ein Ende zu bereiten. Nach Ansicht der Rechtssektion stellte es für den österreichischen Staat keinerlei Interessenskonflikt dar, wenn dem Ansuchen der polnischen Regierung nachgegeben werden würde.⁴²⁵

Am 31. Mai 1922 erreichte Singalevyč ein Schreiben des Ministers Hennem, in dem dieser die österreichischen Beweggründe darlegte, warum die westukrainische Gesandtschaft nicht mehr anerkannt werden konnte:

„Abgesehen hiervon hatte die österreichische Bundesregierung dem im ehemaligen Ostgalizien faktisch herrschenden Zustände auch in außenpolitischer Hinsicht Rechnung zu tragen. So z.B. hatte sie das Exequatur für den österreichischen Konsul

424 Amtsnotiz Nr. 946 vom 23. Mai 1922, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 22/1.

425 Notiz der Rechtssektion vom Mai 1922, in: AdR, NPA Prä 101 Diplomaten 22/1.

in Lemberg naturgemäß von der polnischen Regierung einzuholen, und sie beabsichtigt, im Zuge der demnächst beginnenden Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen der Republik Österreich und der polnischen Republik sich von Polen die Lieferung gewisser Rohstoffe, so insbesondere von Erdöl, aus Ostgalizien auszubedingen. Mit solchen Akten, in denen eine rechtliche Anerkennung der faktischen Verwaltung Ostgaliziens durch Polen gelegen ist, kann aber die Fortbelastung einer Gesandtschaft der westukrainischen Volksrepublik auf österreichischem Gebiet wohl schwer vereinbart werden.⁴²⁶

Aus Hochschätzung für seine Person wurde Singalevyč gestattet, die Vorrechte der Exterritorialität während einer angemessenen Zeit zu behalten. Trotz der „freundschaftlichen Beziehungen“ hatten wieder einmal die wirtschaftlichen Interessen gesiegt.

Nach dieser Eröffnung konferierte Singalevyč mehrmals mit Legationsrat Schmidt und Hofrat Duffek, den Vätern des Erlasses, und sogar mit Minister Grünberger. Dabei ersuchte er wegen der schweren Schädigung der ukrainischen Interessen, einen entsprechend späteren Termin für die Liquidierung auszuhandeln. Er würdigte die schwierige Lage, in der sich Österreich bei Abschluß der Handelsverträge mit Polen befand. Jedoch fügte er an, daß gerade jetzt die Entscheidung über Ostgalizien durch die Hauptmächte anstehe und er, sollte die Wiener Regierung den Erlaß noch einmal bedenken, ihr die ewige Dankbarkeit des westukrainischen Volkes versprechen könnte. Da Minister Grünberger wegen der schwierigen außenpolitischen Lage keine Zeit mehr hatte, bat Singalevyč um eine – nur private – Unterredung mit dem Bundeskanzler. Des weiteren führte er aus, daß eine Abmachung zwischen Polen und Österreich über das Erdöl niemals von der zukünftigen westukrainischen Regierung gebilligt werden würde. Aufgrund der Interpellationen der Engländer in Warschau gegen die polnischen Wahlen in Ostgalizien und der Fragestunde im Unterhaus ging man auf ukrainischer Seite von einer baldigen Entscheidung zugunsten der Westukrainer aus. Weiterhin betonte er die gute Zusammenarbeit zwischen Ukrainern und Österreichern nach dem Krieg. Sie, die Ukrainer, hätten sich auch auf die Seite der Tschechoslowakei, also einer der Siegermächte, schlagen können; zumal da Prag den Ukrainern große Sympathien entgegenbrachte und tatkräftige Unterstützung angedeihen ließ. So befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht nur eine westukrainische diplomatische Vertretung in Prag, sondern die Stadt beherbergte auch eine von der tschechoslowakischen Regierung vorschußweise erhaltene ukrainische Universität und circa drei Brigaden westukrainischer Truppen.⁴²⁷ Aber auch diese Unterredungen halfen nichts mehr, die österreichische Regierung ließ sich von ihrem

426 Österreichisches Bundesministerium für Äußeres 948, Auflösung der westukrainischen Gesandtschaft, 31. Mai 1922, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 22/1.

427 Österreichisches Bundesministerium für Äußeres 1957, Auflösung der westukrainischen Gesandtschaft 16. November 1922, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 22. Bei dieser Universität handelt es sich um die heute in München weiterexistierende Ukrainische Freie Universität.

Entschluß nicht abbringen. In einem Schreiben von Sektionschef Peter an den Vizekanzler Frank erklärte dieser, warum die Gesandtschaft geschlossen werden mußte: Die polnische Regierung hatte sich mehrmals über Singalevyč und Petruševyč beschwert, und da im Interesse eines guten Einvernehmens mit den anderen Staaten alles vermieden werden mußte, was Österreich keinen Nutzen bringt, sollte diese unangenehme Situation sofort beendet werden.⁴²⁸ Am 23. November 1922 erging ein Erlaß des Präsidialamtes des Bundesministeriums für Äußeres an alle Ämter und Kammern⁴²⁹, in dem festgestellt wurde, daß die diplomatische Vertretung der westukrainischen Republik ihre Tätigkeit eingestellt habe.⁴³⁰

Am 21. Dezember 1922 erstellte die Polizeidirektion Wien einen Bericht über die ukrainischen Tätigkeiten in Wien. Dabei konnte aber keinerlei Übertretung der Vorschriften beobachtet werden. Die Tätigkeit der Gesandtschaft war gemäß des Erlasses eingestellt, die Hoheitszeichen waren entfernt worden. Ebenso konnte über keinerlei Unregelmäßigkeiten im Büro des ukrainischen Nationalrates oder in der ukrainischen Presseagentur im Zitahof berichtet werden.⁴³¹

Im April 1923 kam es noch einmal zu einem Eklat, als ein Ersuchen der westukrainischen Gesandtschaft an die ungarische Gesandtschaft erging, dem Direktor Myron Havrysevyč seinen Paß für drei Monate zu vidieren. Unterschrieben war der Brief mit Blyznjuk, Vizekonsul. Im Außenministerium schlugen die Wellen hoch,⁴³² es wurde energisch die Einstellung der Tätigkeit der Gesandtschaft, die Ausweisung von Blyznjuk und die Unterwerfung der Lokalitäten der ukrainischen Mission und der Wohnung Blyznjuks unter das „Anforderungsverfahren“ der Stadt Wien gefordert. Auch das Bundesministerium für Finanzen (Militärliquidierungsamt) bekam im April noch

428 Sektionschef Peter an Vizekanzler Frank, 13.11.1922, Nr. 3603, in: AdR, NPA 276 Liasse Österreich 5/3.

429 Zum Beispiel an die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, die den Erhalt am 9. Dezember 1922 bestätigte (Zl. 1504, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 22 – 2138).

430 Österreichisches Bundesministerium für Äußeres 2031, Auflösung der westukrainischen Gesandtschaft 23. November 1922, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 22.

431 Polizeidirektion Wien an Bundesministerium für Äußeres Pr. IV – 3634, 21. Dezember 1922, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten – 2214.

432 Bundesministerium für Äußeres 611, Westukrainische Gesandtschaft in Wien, unbefugte Amtstätigkeit, 21. April 1923, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten. Dabei mußten die Reaktionen der österreichischen Beamten auch gegen ihre eigenen Auslandsvertretungen sehr scharf gewesen sein, denn aus Preßburg kam folgende Stellungnahme zurück: „Es war weder davon die Rede, daß die bisher dort zugeteilten Beamten ihren amtlichen Charakter verloren haben, noch daß die von dort ausgestellten Pässe ungültig seien, noch daß es verboten sei, solche Pässe weiter zu vidieren. Ferner konnte auch nicht aus dem Pass ersichtlich sein, daß der erwähnte Direktor Beamter der aufgelösten Wiener Gesandtschaft ist.“ (Österreichisches Konsulat in Preßburg, 2. Mai 1923, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten – 670).

Zuschriften der aufgehobenen Gesandtschaft. Diese sollten an das Außenministerium weitergeleitet und nicht selbständig bearbeitet werden.⁴³³

Einen letzten kleinen Skandal wegen der Westukrainen in Wien sah das Jahr 1926. Einige Zeitungen meldeten, daß bei der Eröffnung der Unionstagung der Leogesellschaft sich der „ukrainische Gesandte“ Singalevyč unter den Ehrengästen befand. Sofort reagierte die polnische Gesandtschaft in Wien mit einer hysterischen Anfrage an das österreichische Außenministerium. Dieses wiederum leitete sie an die Wiener Polizeidirektion weiter.⁴³⁴ Schon einen Monat später konnte alles aufgeklärt werden: „Der ehemalige Gesandte der ‚Westukrainischen Gesandtschaft‘ in Wien, Landgerichtsrat a.D. Wladimir Singalewicz, nahm an der Tagung der Leogesellschaft lediglich als Privatmann, bzw. in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter des in Lemberg erscheinenden katholischen ukrainischen Blattes ‚Nowa Zoria‘ teil. Er wurde ohne sein Zutun und nur in Anwendung der konventionellen Höflichkeitsformeln in der Eröffnungssitzung vom Vorsitzenden, Ministerpräsidenten a.D. Dr. Max Hussarek, mit dem er persönlich bekannt ist, namentlich begrüßt und hiebei als ‚gewesener ukrainischer Gesandter‘ bezeichnet.“⁴³⁵ Weiterhin konnte berichtet werden, daß sich Singalevyč nach Auffassung der westukrainischen Gesandtschaft stets korrekt verhalten hatte. Im Gegenteil, so oft er in eigenen Angelegenheiten oder in Vertretung ukrainischer Landsleute bei der Polizeidirektion vorsprach, betonte er immer, daß ihm kein offizieller oder amtlicher Charakter zukomme, und er lehnte es auch stets ab, sich als „Gesandter“ titulieren zu lassen.

Ungefähr zeitgleich mit der Auflösung der westukrainischen Gesandtschaft in Wien bahnten sich engere Beziehungen zwischen der österreichischen Republik und der ukrainischen Sowjetrepublik an. Am 7. Dezember 1921 wurde zwischen Österreich und der Ukrainischen SSR ein Vertrag über die Errichtung von diplomatischen Vertretungen abgeschlossen. Darin wurde der Sowjetukraine zugesichert, die einzige anerkannte ukrainische Vertretung in Wien zu besitzen. Zu einem Eklat kam es, als die Sowjetvertretung irrtümlich ein Brief an die Vertretung der Ukrainischen Volksrepublik in Wien erreichte. Wie die außenpolitischen Möglichkeiten der Sowjetukraine zu diesem Zeitpunkt aussahen, zeigt die Unterschrift Šlichters unter der Protestnote, die er als „der bevollmächtigte Vertreter der Russischen SFSR betraut mit der Führung der Geschäfte der UdSSR in Österreich“ unterfertigte.⁴³⁶

433 Bundesministerium für Äußeres 586, Zuschriften der westukrainischen Gesandtschaft, 26. April 1923, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten.

434 Bundeskanzleramt 17.935/K, 1926: Gesandter Singalewitsch, Vertreter der Ukraine bei der Unionstagung der Leogesellschaft, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 22/2.

435 Schreiben des Herrn Generalsekretärs Peter an Legationsrat Romer, 6. Juli 1926, 18.146/K, in: AdR, NPA Prä 101 33 Diplomaten 22/2.

436 Bevollmächtigte Vertretung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in Österreich an Österreichisches Bundesministerium, 29. Juli 1922, 777, in: AdR, NPA Prä 95 24 Diplomaten 21, 1440.

Mitte Januar 1922 stattete der Präsident des ukrainischen Rates der Volkskommissare Rakovs'kyj dem österreichischen Gesandten in Moskau einen Besuch ab. Dabei sprach Rakovs'kyj die Erwartung aus, daß schon in einigen Monaten die Möglichkeit einer gesonderten ukrainischen Vertretung gegeben sein werde, und betonte auch die Wichtigkeit einer ständigen österreichischen Vertretung in Charkiv. Zunächst dachte er dabei an die Einrichtung einer ukrainischen Abteilung innerhalb der Moskauer Vertretung. Interessanterweise äußerte sich Rakovs'kyj dahingehend, daß das internationale Auftreten der Sowjetukraine, d.h. ihre Verselbständigung gegenüber Sowjetrußland, sich „serienweise“ entwickeln werde.⁴³⁷ Schon im September konnte der Delegierte Wager aus Charkiv berichten, daß sich die Selbstständigkeitsbestrebungen der Ukrainer verstärkten. Als Beweis führte er das neue Statut des Volkskommissariates für Nationalitäten an, wodurch diesem mehr Einfluß und größere Bedeutung zukam und das damit den nationalen Minderheiten große Freiheiten einräumte. Dies sollte nur der Anfang von neuen autonomen föderativen Schöpfungen sein, durch die die Ukraine ihre volle Autonomie und Souveränität erhalten würde. Man sprach davon, die Verwaltungsstellen des Volkskommissariates in der UkrSSR aufzulassen und durch selbständige Kommissariate zu ersetzen, um den Nationalitäten mehr Bewegungsfreiheit zu geben. Wager sagte im Zusammenhang der Neuerungen Flügelkämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei voraus. In gewissem Sinn hatte die Regierung in Moskau auch schon reagiert, indem man in Diplomatenkreisen munkelte, Rakovs'kyj werde auf einen Auslandsposten versetzt, wodurch sich starke politische Akzentverschiebungen ergeben dürften.⁴³⁸ Bis in den November hatte sich das Kräfteverhältnis zwischen Föderalisten und Zentralisten zugunsten letzterer verschoben. Das Charkiver Volkskommissariat für Äußeres sollte ungefähr in der Form beibehalten werden wie das dortige Volkskommissariat für Außenhandel, d.h. mit einem Moskauer Bevollmächtigten. Auch über die zukünftige Gestaltung der auswärtigen Vertretungen der UdSSR bestand noch keine Klarheit. Möglicherweise sollten im Rahmen der einheitlichen Vertretungen des russischen Föderativstaates selbständige Abteilungen der Unionsmitglieder intern geschaffen werden. Der Wunsch der Zentralisten ging aber dahin, bloße Unterabteilungen administrativen Charakters für die verschiedenen Unionsrepubliken zu errichten.⁴³⁹

Die Diplomatenliste vom Juli 1922 gab für die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik folgende Vertreter an: Mychajlo Levyckyj als bevollmächtigten Vertreter, Naum Halušnyj als Ersten Sekretär, V. Semenovs'kyj als Sekretär der Konsularabteilung, Semen Dere-

437 Österreichische Gesandtschaft Moskau, Chef der Kriegsgefangenenmission an Bundesministerium für Äußeres, 11. Jänner 1922, 8/22, in: AdR, NPA 53 Berichte aus Moskau 1922–1925, 465.

438 Gesandtschaft der Republik Österreich an Bundesministerium für Äußeres, 1. September 1922, 396/22, in: AdR, NPA 53 Berichte aus Moskau 1922–1925, 2980.

439 Gesandtschaft der Republik Österreich an Bundesministerium für Äußeres, 14. November 1922, 598/22/2, in: AdR, NPA 53 Berichte aus Moskau 1922–1925, 3994.

vens'kyj als Chef der Handelsabteilung und Il'ja Rejsin als Chef der Kanzlei.⁴⁴⁰ Der Protest gegen die Vertretung der Sowjetukraine, den die diplomatische Mission der Ukrainischen Volksrepublik in Prag über den dortigen österreichischen Geschäftsträger Wurzian an Wien sandte, blieb ergebnislos. Aufgrund der sich anbahnenden Handelsbeziehungen hatte man in Österreich beschlossen, sich endgültig der unliebsamen nationalukrainischen Vertretungen zu entledigen und sich ganz auf die Sowjetukraine zu konzentrieren.⁴⁴¹ Dafür sprachen auch die Berichte, die der österreichische Gesandte aus Moskau über Gespräche mit Rakovs'kyj nach Wien weiterleitete. Darin wurde eingehend die wirtschaftliche und soziale Situation in der Ukraine geschildert. Rakovs'kyj sah für das Jahr 1923 einen Getreideüberschuß von 10 Millionen Pud (ca. 160.000 t) voraus, von dem eine Million Pud ins Ausland gehen sollte. Bei der Großindustrie und im Bergbau stellte er Anlagemöglichkeiten für ausländisches Kapital in Aussicht und ließ die Möglichkeit für einen österreichischen Export von Industriegütern in die Sowjetrepubliken anklingen.⁴⁴²

Das endgültige Aus für die Vertretungen der Westukrainischen und der Ukrainischen Volksrepublik kam mit der Anerkennung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch Österreich im Jahre 1924. Am 25. Februar wurde die Notifikation durch den österreichischen Gesandten in Moskau an den stellvertretenden Volkskommissar für Äußeres, Litvinov, übergeben. So wurde völkerrechtlich aus der Bevollmächtigten Vertretung eine Gesandtschaft der Ukrainischen Sowjetrepublik in Wien. Der österreichische Gesandte schilderte sein Gespräch mit dem Volkskommissar mit folgenden Worten:

„Zum Schluß wandte sich das von Herrn Litwinoff in liebenswürdigstem und herzlichsten Ton geführte Gespräch den wirtschaftlichen Beziehungen zu. Herr Litwinoff fragte mich, ob schon praktische Ergebnisse auf diesem Gebiet zu verzeichnen seien und ich nach der nunmehrigen Ordnung der völkerrechtlichen Beziehungen einen Aufschwung erhoffe. In den österreichischen Wirtschaftskreisen sei jedenfalls das Streben nach einem intensiven Verkehr mit der Union sehr lebendig.“⁴⁴³

Einen Monat später, im März 1924, stand bereits fest, wer den ukrainischen Gesandtenposten in Wien bekleiden sollte. In Moskau hatte man sich für Volodymyr Chrystijanovyč Aussem, den ersten Botschaftsrat in Berlin, entschlossen. Der österreichische Gesandte begrüßte diese Entscheidung, da Aussem einen sehr guten Ruf genoß und außerdem so gewährleistet bliebe, daß die Wiener Mission der SSSR ihre ukrainische Färbung behalten

440 Diplomatenliste Wien, Juli 1922, in: AdR, NPA Prä 75.

441 Aktenvorgang Beziehungen der europäischen Staaten zu der Sowjetregierung der Ukraine, 1921, in: AdR, NPA 787 Liasse Österreich 7/III, 2180.

442 Österreichische Gesandtschaft Moskau an Bundesminister für Äußeres Grünberger, März/April 1923, 256/3, in: AdR, NPA 53 Berichte aus Moskau 1922–1925, 8.

443 Österreichische Gesandtschaft Moskau an Bundesminister für Äußeres, 25. Februar 1924, 111/47, in: AdR, NPA 53 Berichte aus Moskau 1922 – 1925, 11987.

würde.⁴⁴⁴ Nachdem bekannt geworden war, wer den Posten erhalten sollte, fragte das österreichische Außenministerium in Berlin um Informationen nach. Aussem war in Berlin Gesandter der Ukrainischen Sowjetrepublik und früher angeblich Offizier in der kaiserlichen russischen Armee gewesen. In Berlin genoß er als ruhiger und sympathischer Mensch, der allen Fragen sachlich gegenüberstand, einen sehr guten Ruf, und das deutsche Außenministerium bedauerte es, ihn als Gesandten zu verlieren.⁴⁴⁵

Am 22. Mai 1924 bekam Aussem als Gesandter der Sowjetunion sein Beglaubigungsschreiben am Ballhausplatz überreicht. In einer kleinen Rede faßte er seine Aufgabe zusammen:

„(...) Ich bin froh, daß mir die Ehre zuteil wurde, nach der Wiederherstellung der normalen diplomatischen Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Österreich als erster Gesandter, soweit es in meinen bescheidenen Kräften liegt, zur Befestigung der in den letzten Jahren zwischen unseren beiden Ländern bereits günstig fortgeschrittenen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, sowie des innigen Kontaktes zwischen ihren Völkern, beizutragen. Die zur gemeinsamen wirtschaftlichen Betätigung der Völker der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Österreichs vorhandenen Voraussetzungen bieten die Handhabe dafür, daß diese Zusammenarbeit die Verwirklichung der gegenwärtig vor allen Völkern Europas stehenden Aufgaben, die Überprüfung der jetzigen völkerrechtlichen Beziehungen und die Herstellung eines weltwirtschaftlichen Gleichgewichtes, welches ihren Bedürfnissen und ihrer Würde als Kulturvölker entspricht, beschleunigen wird. (...)⁴⁴⁶

Mit dieser völkerrechtlichen Anerkennung hatten sich endgültig alle Hoffnungen der Nationalukrainer auf eine Anerkennung ihrer Staaten durch Österreich zerschlagen. In den übrigen Hauptstädten Europas erging es den national gesinnten Ukrainern nicht besser, auch hier mußten sie den Platz für die sowjetukrainischen Diplomaten räumen. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die politische Weltlage hatten sich gegen die Vorstellungen eines Petruševyč und eines Petljura entschieden.

444 Österreichische Gesandtschaft Moskau an Bundesminister für Äußeres, 22. März 1924, 205/8, in: AdR, NPA Prä 95 24 Diplomaten 1/4, 10413.

445 Österreichische Gesandtschaft Berlin an Bundesminister für Äußeres, 12. April 1924, 107, in: AdR, NPA Prä 95 24 Diplomaten 1/4, 10477.

446 Bundeskanzleramt: Überreichung des Beglaubigungsschreibens des Gesandten der Union der SSR in Wien Wladimir Christianowitsch Aussem, 10660, in: AdR, NPA Prä 95 24 Diplomaten 1/4.

3.6. Das Jahr der Entscheidung: 1919

In London war man auch noch im Jahre 1919 davon überzeugt, daß nur eine Aufteilung der westlichen Regionen des Russischen Reiches in Einflußzonen den Alliierten die Möglichkeit zu rascher Hilfe gewährte, wobei sich Lord George Derby auf den Geheimvertrag vom 23. Dezember 1917 zwischen Großbritannien und Frankreich bezog. Im Februar 1919 nun hatte man ähnliches mit dem Baltikum vor. In der englischen Auffassung umfaßte dabei „The Baltic“ ein weit größeres Gebiet, als man eigentlich annehmen könnte. Der französische Einfluß auf Polen und die Tschechoslowakei wurde gebilligt, da nicht die Gefahr bestand, dass er sich darüber hinaus ausdehnen würde, denn Paris fehlte es an den entsprechenden Seehäfen und der Kooperation der Inter-Alliierten-Flotte, um sich auch in die Angelegenheiten der baltischen Staaten einmischen zu können. England betrachtete gerade diese Länder als seine Einflußsphäre und hatte bereits ein Geschwader nebst einem diplomatischen Agenten dorthin entsandt, um sich ein Bild von der Lage machen zu können. Aus diesen Fakten leitete London ab, daß es bei diesem Arrangement bleiben sollte: Großbritannien würde sich mit der materiellen Hilfe für die baltischen Staaten und eventuell für Finnland beschäftigen, während sich Frankreich weiterhin um Polen und die Tschechoslowakei bemühen sollte. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß schon zu Beginn des Jahres 1919 die Ukraine nicht mehr als Ziel von Hilfsgütern in Betracht gezogen wurde. Für die Ententemächte war sie nur mehr ein beliebiger Teil des Russischen Reiches, dessen Unterstützung man sich teilen wollte.⁴⁴⁷

In einem Schriftstück, das die britische Politik in Rußland zusammenfaßte, zeigte man sich wiederum besonders an den baltischen Staaten interessiert, da die Verantwortlichen in London annahmen, die Deutschen würden versuchen, Ostpreußen und das Baltikum zum Zentrum des wiedererstarteten reaktionären Deutschlands zu machen. Zudem nahm man an, daß sich der bolschewistische Druck auf die Balten nach dem Abzug der Briten aus Archangel'sk verstärken werde. Deshalb sah der englische Plan vor, weiterhin Kolčak und Denikin in ihren Bemühungen zu unterstützen, damit man den Bol'sheviki von Süden her entgegenwirken konnte. Um die reaktionären russischen Generäle bei Laune zu halten, sollte die russische Gegenregierung in Omsk anerkannt und gleichzeitig erklärt werden, daß über die endgültige Abtretung der baltischen Staaten von Rußland noch nichts endgültig entschieden sei. Dies sollte erst auf der Friedenskonferenz oder später geschehen, da es sich dabei um eine internationale Frage handelte.⁴⁴⁸

Aber über die Ukraine machte sich die britische Regierung ebenfalls Gedanken, wenn sie auch nicht zu ihrem Einflußbereich gehörte. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß alle Fragen, die sich mit der Ukraine beschäftigten, grundsätzlich unter dem

447 Lord Derby, Paris, an Peace Delegation, 14.02.1919, Nr. 45414, in: British Foreign Office Collection 371, General Correspondence, Political 1919, Nr. 36638, vol. 3959, reel 14, 1919. Im folgenden zitiert als: B.F.O., vol. (...), reel (...), 1919.

448 Outlines of a policy in Russia 1919, Nr. 46395, in: B.F.O., vol. 3959, reel 14, 1919.

Titel „Russian Policy“ abgehandelt wurden. Im August 1919 schrieb Lord Curzon nach den Anweisungen aus dem Kabinett, die Situation in der Ukraine sei gegenwärtig ungeklärt. Sicher sei nur, daß die Autorität der russischen Sowjetregierung dort nicht anerkannt werde, sondern daß sich eine unabhängige ukrainische Regierung unter General Petljura gebildet habe. Jedoch sei bis zu diesem Zeitpunkt seine Autorität noch von keiner alliierten Regierung anerkannt worden. Dies traf selbstverständlich auch auf die Regierung Seiner Majestät zu, welche die Ukraine schon immer als integralen Teil Rußlands angesehen hätte und nicht gewillt sei, den Separatismus eines Teils der ukrainischen öffentlichen Meinung zu unterstützen. Wirtschaftlich wäre die Ukraine nicht in der Lage, getrennt von Rußland zu existieren, und diese Tatsache sollte als übermächtiger Faktor in den russisch-ukrainischen Beziehungen stets bedacht werden.⁴⁴⁹

Wie aus dem Entwurf zur Rußlandpolitik von Lord Curzon bereits ersichtlich, fiel es der englischen Politik sehr schwer, sich von dem Gedanken eines einigen Rußlands zu lösen. Das sieht man auch an dem Memorandum Professor Simpsons vom 18. Juli 1919, in dem er der Frage nachgeht, unter welchen Bedingungen sich eine föderative russische Republik schaffen ließe.⁴⁵⁰

Seine Informationen dazu erhielt er durch Gespräche und Memoranden der auf ehemals russischem Territorium neugebildeten Staaten. Dabei gaben folgende Regierungen durch ihre Vertreter Vorschläge ab: Estland, Lettland, Litauen, Georgien, Weißrußland, die Ukraine, Aserbaidschan, das Kuban'-Gebiet, die Don-Republik und der Nordkaukasus. Professor Simpson machte in seinem Memorandum deutlich, daß es sich dabei nicht um verbindliche Verhandlungen handelte, nichtsdestotrotz seien aber die Ausführungen der verschiedenen Regierungen von überaus hohem historischem Interesse. Allerdings spiegelt sich auch in den Ansichten des Professors durchaus die Meinung der britischen Regierung und auch diejenige der englischen Öffentlichkeit wider.

Zunächst einmal bemühte er sich um eine Einschätzung der einzelnen Unabhängigkeitsbewegungen. Dabei wurden die baltischen und die transkaukasischen Grenzstaaten zusammengefaßt. Den dortigen Bestrebungen attestierte man eine weiter zurückgehende Geschichte und lobte sie auch für ihren dezidierten Antibolschewismus und Antigermanismus. Diese Bewegungen wurden als so groß und stark eingeschätzt, daß man keine Möglichkeit mehr sah, diese Staaten ohne Bedingungen wieder an Rußland anzugliedern. Die Erfahrung der Russifizierung in der Vergangenheit, der Wunsch sich von der anarchischen russischen Situation fernzuhalten, und die Angst, es könnte mit alliierter Hilfe wieder ein reaktionäres Regime in Rußland in den Sattel gehoben werden, ließ den Wunsch nach Unabhängigkeit immer größer werden. Gerade die baltischen Staaten

449 Curzon of Kedleston: This is the new draft on Russian Policy which I have written to meet the criticisms passed on the first, and to carry out, as best as I could, the instructions of the Cabinet. 16.08.1919, Nr. 117081, in: B.F.O., vol. 3959, reel 14, 1919.

450 Memorandum by Professor Simpson in regard to suggested basis for a Russian Federal Republic, July 18, 1919, in: B.F.O., vol. 3960, reel 14, 1919. Professor Simpson war Mitglied der britischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris.

pfl egten die Überzeugung, sie könnten wirtschaftlich ohne Rußland überleben, nötigenfalls durch eine baltische Föderation.

Was nun die Einschätzung einer Föderation in Großrußland anging, so hatten schon die Liberalen vor dem März 1917 erkannt, daß eine Dezentralisierung unbedingt notwendig wäre, zumal da St. Petersburg geographisch ungünstig gelegen war. Besonders den nichtslavischen Völkern sollten dabei Autonomierechte eingeräumt werden. Andererseits aber waren die Ideen Peters des Großen noch weit verbreitet, und es dürfte schwerfallen, einem 140 Millionen Volk – einschließlich der Ukraine –⁴⁵¹ auf immer den Zugang zur Ostsee zu verwehren. Den Schlüssel zur eigenen Haustür abgeben zu müssen war eine Forderung, die nicht auf Gegenliebe stieß. Um dies nicht tun zu müssen, behaupteten die Russen, die baltischen Staaten wären nicht in der Lage, ohne sie wirtschaftlich zu existieren. Professor Simpson warnte davor, den Russen in der für sie so schwierigen Lage zuviel zuzumuten. Mit der Selbständigkeit Finnlands wurde eine Parallele zu Elsaß-Lothringen, das man Deutschland abgenommen hatte, geschaffen, die sich leicht als eine gemeinsame Basis für eine deutsch-russische Verständigung erweisen könnte.

Der Verfasser des Memorandums widmete auch ein Kapitel seiner Ausführungen den Ansichten Großbritanniens zu diesem russischen Problem. Dabei betonte er die positive Einstellung der britischen Regierung zu allen Unabhängigkeitsbestrebungen im russischen Raum, betonte allerdings, daß sich dabei Unterschiede feststellen ließen. Gerade in den nichtslavischen Grenzstaaten hatte das britische Prestige seinen Höhepunkt erreicht, während das französische ins Bodenlose gefallen sei. Er sah aber in der allzu engen Zusammenarbeit zwischen England und den nichtslavischen Grenzstaaten die Gefahr einer zunehmenden russisch-deutschen Annäherung. Interessanterweise, so stellte er fest, geschah dies nicht nur zwischen den reaktionären, sondern auch zwischen den sozialistischen Kräften beider Staaten. Deshalb wollte sich England zunehmend des liberalen russischen Elementes annehmen, wobei der Völkerbund die Garantie sowohl für die Unabhängigkeit als auch für eine Föderation bilden sollte. Auch sah es Prof. Simpson als die Aufgabe der britischen Regierung an, auf Denikin und Kolčak Einfluß im liberalen Sinne zu nehmen, um nicht für den „weißen Terror“ verantwortlich gemacht werden zu können.

Im zweiten Teil seines Memorandums beschäftigte er sich mit den verschiedenen Möglichkeiten einer Föderation. Dabei zog er drei Beispiele als Lösungsvorschlag heran: den Norddeutschen Bund von 1866, das Modell Danzig und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Viel Platz widmete er den Entgegnungen von großrussischer Seite. Diese führte vor allem die wirtschaftliche Unselbständigkeit der Grenzstaaten ins Treffen. Gerade die Ukraine wurde in diesem Kontext immer wieder genannt, aber nicht nur im Zusammenhang ihrer Abhängigkeit, sondern auch deshalb, weil sie den größten Anteil an freiwilligen

451 Es ist wiederum typisch für die damalige politische Einschätzung der Briten, daß in diesem Fall die Ukrainer ohne weiteres zu den Russen dazugezählt wurden.

Kolonisten für Sibirien stellte, ohne den Rußland allein nicht zurecht kommen würde. Eine weitere Sorge der großrussischen Seite stellte das Thema „Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung“ im Reich dar. Aber der Verfasser des Memorandums sprach den Russen die Fähigkeit hierzu strikt ab und führte vor allem die nichtslavischen Völkerschaften in den baltischen Staaten und im Kaukasus als leuchtende Gegenbeispiele an. Kategorisch wurde zudem von russischer Seite bestritten, die Unabhängigkeitsbewegungen würden in irgendeiner Form den Willen der einzelnen Völker repräsentieren. Man führte sie auf das persönliche Karrierestreben Einzelner zurück. Simpson hielt dies für eine typische Selbsttäuschung der Großrussen, die sich einfach nicht vorstellen könnten, nur Vertreter in eine gemeinsame Versammlung zu schicken, wobei sie ihren Überlegenheitsanspruch nicht manifestieren könnten. Natürlich verbitterte die Russen der Gedanke, auch nur einen Teil der Oberhoheit über das von ihnen in früher Zeit eroberte Gebiet abgeben zu müssen. Dabei war vor allem der Zugang zur Ostsee durch die baltischen Staaten gemeint. Politisch wäre eine Föderation insofern schwer in Rußland durchzusetzen, da sich jede Partei, die auch nur für eine begrenzte Unabhängigkeit der Randstaaten eintrat, gegen die öffentliche Meinung stellte. Simpson ging davon aus, daß Rußland deshalb so zentralistisch aufgebaut sei, weil es sonst niemals die kleinen Völker, die auf einem kulturell höheren Niveau als das sie dominierende russische Volk stünden, hätte zusammenhalten können, daher auch die starke Russifizierungspolitik. Aus englischer Perspektive für eine Föderation spräche aber, daß eine deutsch-russische Kooperation niemals ganz ausgeschlossen werden könnte, jedoch eine Zusammenarbeit mit den demokratisch gesinnten nichtslavischen Völkern so gut wie unmöglich erscheine. Nicht vergessen dürfe man natürlich in diesem Zusammenhang das starke emotionale Argument auf russischer Seite.

All diese Argumente führte der Autor dieser Studie zu einigen möglichen Lösungen zusammen. Die Grundvoraussetzungen für eine Föderation sah er in zwei Punkten: die volle Autonomie der Einzelstaaten unter Garantie des Völkerbundes, aber auch die Beachtung aller strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Russen. Diese Kombination ließ sich auf drei Wegen erreichen, durch die Gewährung entweder der kompletten Unabhängigkeit oder einer provisorischen Unabhängigkeit, bis sich eine stabile demokratische Regierung in Rußland etablieren konnte, mit anschließendem Schiedsspruch des Völkerbundes oder aber der Autonomie innerhalb des russischen Staates auf der Basis einer föderativen Republik. Darunter sollte legislative, administrative, wirtschaftliche und bildungspolitische Selbstbestimmung mit der eingebauten Möglichkeit eines russischen Vetos bei Angelegenheiten von Militär, Zoll und Diplomatie verstanden werden.

Interessanterweise wurde in diesem Zusammenhang den baltischen und kaukasischen Staaten sowie Georgien eine weitaus größere Bereitschaft zur Gewährung von Rechten entgegengebracht als den slavischen Völkerschaften und ihren neugebildeten Staaten. Den Ukrainern wurde ausdrücklich durch ihre Verwandtschaft zum russischen Volk eine weit geringere legislative und exekutive Gewalt in ihrem Territorium eingeräumt, ebenso sollten die ukrainischen Eisenbahnlinien unter russische Aufsicht gestellt werden.

Auf der „Russischen Politischen Konferenz“⁴⁴⁵² in Paris war es zu bestimmten Entscheidungen gekommen, die – wie man Prof. Simpson berichtete – an Kolčak weitergegeben werden sollten. In den Händen der Zentralregierung sollten dabei die Leitung der Außenpolitik, der Armee und Marine, das Zollwesen, die gesamte Rechtsprechung und das Verfassungsgericht sowie alle Eisenbahnen und Wasserwege verbleiben. In verschiedenen Abstufungen sollte den Einzelstaaten die Kontrolle über die lokale Administration, das Schulsystem, die lokalen Straßen und Eisenbahnen sowie die örtlichen Finanzen gelassen werden. Jeder Bundesstaat würde seinen eigenen Landtag und eine eigene Exekutive erhalten, die Vertreter in das zentrale russische Parlament entsenden würden, um die verschiedenen Ressorts innerhalb der Zentralverwaltung zu kontrollieren.

In seiner Zusammenfassung vertrat Prof. Simpson die Auffassung, eine Politik des Rückzugs aus den russischen Angelegenheiten berge für die britische Regierung weit größere Gefahren, als wenn man sich weiterhin arrangierte. Dabei sollte Kolčak sofort anerkannt werden, da er die russische Richtung vertrete, die einst der englische Alliierte im Krieg gewesen war. Zudem sollten die nichtslavischen Randstaaten unter Berücksichtigung der russischen wirtschaftlichen Interessen anerkannt werden, bis sich die Lage in Osteuropa wieder entspannt hätte. Nur so sah Simpson eine Chance, ein demokratisches Rußland aufzubauen und damit ein russisch-deutsch-japanisches Zusammengehen zu verhindern.⁴⁵³

Bei den Antwortschreiben der befragten Staaten – Estland, Lettland, Litauen, Georgien, Weißrußland, der Ukraine, Aserbaidshan, des Kuban'-Gebietes, der Don-Republik und des Nordkaukasus – zu besagtem Memorandum von Prof. Simpson fällt auf, daß sich alle eindeutig für ihre Selbständigkeit aussprachen. Einzig die Don-Republik machte weitergehende Zugeständnisse an eine zukünftige russische Föderation.

Während sich die baltischen Staaten auf ihren Standpunkt der kulturellen Überlegenheit und ihres herausragenden Demokratieverständnisses zurückzogen, versuchte der

452 Damit ist das in Paris während der Friedensverhandlungen tagende Komitee russischer Exilpolitiker gemeint, in dem alle antibolschewistischen Kräfte des ehemaligen Russischen Reiches vertreten waren. TEMPERLEY A history of the Peace Conference, I, S. 246; siehe auch unter „Maklakov“ im Personenverzeichnis am Ende dieser Arbeit.

453 Aufgrund eines Geheimabkommens von 1917 zwischen Japan und der Entente cordiale überließ der Vertrag von Versailles Japan die deutschen Gebiete in China, Kiautschou und Shantung. Gleichzeitig erhielt es das Völkerbundsmandat über die deutschen Inselbesitzungen im Nordpazifik. Dies war gegen den entschiedenen Einspruch der Amerikaner und erst nach der japanischen Drohung, aus der Friedenskonferenz auszutreten, durchgesetzt worden. Durch die politischen Umwälzungen von 1919 war Japan zur einzigen Großmacht an der chinesischen Grenze geworden, gleichzeitig stieg es durch die Zerstörung der russischen und deutschen Flotte zur drittgrößten Seemacht der Welt und zur größten Seemacht im Fernen Osten auf. Dies war für die USA und auch für Großbritannien äußerst beunruhigend und wurde auf der Konferenz von Washington 1921 zuungunsten der Japaner revidiert. Damit waren die guten anglo-japanischen Beziehungen erst einmal unterbrochen. CARR International relations, S. 19–20.

ukrainische Delegierte bei der Friedenskonferenz, Arnold Margolin, die radikal veränderte Lage in der Ukraine darzustellen. Es ging ihm dabei darum, zu zeigen, daß es aufgrund der revolutionären Ereignisse nicht mehr möglich war, dem ukrainischen Volk eine Föderation mit Rußland „von oben“ aufzwingen zu wollen. Eine Föderation war für die Ukrainer nur mehr möglich in einem Bund von gleichen mit gleichen. Nur so und mit der moralischen Unterstützung der Entente durch Anerkennung der Unabhängigkeit der neugebildeten Randstaaten sah er eine Möglichkeit, den Bolschewismus wirksam zu bekämpfen.⁴⁵⁴

Die ukrainische Frage stellte sich als relativ verwirrend für die britische Außenpolitik dar, da es gleichzeitig um die West- als auch um die Dnjepr-Ukraine ging. So versuchte die Mission der Ukrainischen Volksrepublik neben ihrer hauptsächlichen Informationsarbeit über die Situation in der Dnjepr-Ukraine auch immer wieder, auf die verzweifelnde Lage der Westukrainer aufmerksam zu machen. Dabei wandte man sich entschieden gegen die polnischen Vorwürfe, Ukrainer würden Kriegsgefangene und Juden Massenerschießungen zuführen und deutsche Offiziere in ihrer Armee beschäftigen. Betont wurde auch, daß die ukrainische Bevölkerungsmehrheit Galiziens geschlossen hinter Petruševyč stünde und alles für den Aufbau ihres Landes tun würde. So war es ukrainischen Einheiten, die den Schutz von Boryslav übernommen hatten, zu verdanken, daß die Ölquellen die Kämpfe heil überstanden hätten.⁴⁵⁵ Auf welche Offenheit britischerseits diese ukrainischen Schreiben stießen, zeigt eine Notiz an Mr. Selby, einen Rußlandexperten des Foreign Office:

„The members of the Ukrainian Delegation in London are bombarding me with a series of requests which I have told them must all be put in writing. (...) Now that they have received permission to come to London they are setting up a regular Legation here and are claiming the same position, more or less, as that accorded to the representatives of the other small nationalities. I suppose I would better continue to act as a kind of liaison with these people, as I don't suppose you want to be bothered with them.“⁴⁵⁶

Eine Persönlichkeit, die die beiden ukrainischen Teilgebiete verband, war Baron Vasyly'ko, mit dessen Einschätzung man sich im Lager der Entente etwas schwer tat. Ende

454 Memorandum by Professor Simpson in regard to the suggested basis for a Russian Federal Republic, 18.07.1919, in: B.F.O., Document submitted by M. Margolin of the Ukrainian Delegation to the Peace Conference, S. 17–18, vol. 3960, reel 14, 1919.

455 Special Diplomatic Mission of the Ukrainian Republic in the United Kingdom an Foreign Office, 13.06.1919; vgl. ebenso Special Diplomatic Mission of the Ukrainian Republic an Foreign Office, 16.06.1919, in dem – wegen der polnischen Übergriffe – gebeten wurde, Ostgalizien durch alliierte Truppen zu besetzen. Beide Schreiben in: B.F.O., Nr. 90109, vol. 4023, reel 49, 1919. Über das polnische Terrorregime wurde auch im Juli 1919 weiter berichtet. Note du Conseil National Ukrainien à Léopol, Wien, 04.07.1919, in: B.F.O., Position of Ukrainians in Eastern Galicia, Nr. 101889, vol. 4024, reel 50, 1919.

456 Minute Reilly (?) an Selby, 16.06.1919, in: B.F.O., Nr. 90109, vol. 4023, reel 49, 1919.

Juni 1919 erreichte Balfour aus Bern ein Bericht, mit dem ihm die Übersetzung eines Briefes an Béla Kun übersandt wurde. Darin drückte eine Gruppe westukrainischer Politiker ihren Wunsch aus, die Westukraine an die Sowjetukraine anzuschließen. Diese Gruppe bestand aus „hervorragenden westukrainischen Politikern, darunter gewesene Staatssekretäre der ukrainischen Volksrepublik, gewesene österreichische Abgeordnete, gewesene galizische Landtagsabgeordnete, jetzige Mitglieder des Westukrainischen Nationalrates, Redakteure usw.“⁴⁵⁷ Sie behauptete von sich selbst, entscheidenden Einfluß auf Bauern und Arbeiter in Ostgalizien zu besitzen und garantierte vollkommenen Minderheitenschutz. Ihr Ziel war es, die westukrainischen Truppen jenseits des Zbruč mit denen der Bol'sheviki gegen Polen zu vereinen. Bis zum Anschluß an die Sowjetukraine wollten sie eine westukrainische Sowjetrepublik gründen, deren Regierungssitz sich in Budapest oder in der Karpatho-Ukraine befinden sollte. Zudem plante man den Abschluß eines Wirtschafts- und Militärabkommens mit Budapest und Moskau, um die Versorgung Großrußlands mit ukrainischen Gütern sicherzustellen. Dabei sollte jedoch die Souveränität der westukrainischen Räterepublik vollkommen gewahrt bleiben. Dieses Schreiben richtete sich an Kun, um über ihn sofortigen Kontakt zu Rakovs'kyj und Trockij zu bekommen.

Auf englischer Seite fragte man sich nun, wer von den bekannten ukrainischen Politikern als Verfasser dieses Briefes in Frage kommen würde. Dem westlichen Ausland am bekanntesten zu dieser Zeit war ohne Frage Baron Vasyľ'ko, der zudem noch die Vertretung beider ukrainischer Regierungen in Bern übernehmen sollte. Man wußte von ihm, daß er sich sehr um Waffen- und Munitionslieferungen aus Österreich und Ungarn für die Westukrainer bemüht hatte und daß er gerne mit Druck arbeitete. So hatte er schon Ende März 1919 versucht, durch die Drohung, die Westukrainer würden mit russischen und ungarischen Bol'sheviki gemeinsame Sache machen, die Alliierten zur Hilfe gegen Polen und Rumänien zu nötigen.⁴⁵⁸ Der englische Botschafter in Bern, Lord Acton, konnte es sich zwar nicht vorstellen, daß der Baron irgendwelche bolschewistischen Sympathien hegte, hielt es aber nicht für ganz ausgeschlossen, nachdem Ukrainer ihm erzählt hatten, welch interessante Vorschläge die Bol'sheviki der Westukraine gemacht hatten. Dies fiel um so mehr ins Gewicht, da sich die Entente nicht für die Ukrainer in Ostgalizien eingesetzt hatte. Klaren Einblick in die britische Meinung über diese ukrainischen Informationen gewährt ein Ausspruch Actons gegenüber Lord Balfour: „I am aware that no great political importance is to be attached to most of the Ukrainian agents in this country but it is none the less probable that their remarks sometimes have a foundation of truth.“⁴⁵⁹

457 Acton, Bern, an Balfour, Nr. 97480, 30.06.1919 mit Beilage: An den Genossen Bela Kun, Volksbeauftragter für Äußeres in Budapest, Wien, 13.06.1919, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

458 Übermittlung eines Schreibens aus Wien durch die britische Vertretung in Bern, 24.03.1919, in: B.F.O., Nr. 48692, vol. 3963, reel 17, 1919.

459 Acton, Bern, an Balfour, Nr. 97480, 30.06.1919, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

Die Frage des westukrainischen Anschlusses an die Sowjetukraine ließ dem Foreign Office keine Ruhe. Lord Acton berichtete über ein Treffen mit dem Mitarbeiter Baron Vasył'kos, Dr. Weissmann. Dieser bestätigte indirekt die Befürchtungen Londons. Vasył'ko war, noch in Wien, sehr zufrieden mit der Haltung der englischen Politik in der westukrainischen Frage gewesen. Als er jedoch bei der französischen Botschaft vorsprach und man dort von seiner Ankunft aus Bern noch nicht einmal informiert worden war, schwanden bei ihm die Hoffnungen, daß die Alliierten bereit wären, etwas für die Westukraine zu tun. Weissmann hielt es durchaus für möglich, daß Schritte zu einer Verständigung mit den Bol'ševiki unternommen worden waren. Allerdings bedeutete dies seiner Meinung nach nicht, daß es sich dabei um Sympathie oder gar eine ideologische Annäherung handelte.

Weissmann hingegen war überzeugt von einer immer besser werdenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Ungarn und den Ukrainern. Zudem schickte man sich von italienischer Seite an, diesem Block beizutreten. Er beschrieb die Situation, die sich daraus für die britische Politik ergeben würde, als sehr ernst, wobei er dies nicht auf die zu erwartende freundliche Politik gegenüber den Bol'ševiki, sondern auf das künftige antibritische Vorgehen dieses Blockes bezog.

Bestätigt wurden diese Ausführungen durch ein in der «Gazette de Lausanne» vom 30. Juni 1919 veröffentlichtes Telegramm aus Warschau, das wohl aus offiziellen polnischen Quellen stammte. Darin wurde über einen Vertrag zwischen der ukrainischen Sowjetregierung und der Westukraine berichtet. Die Westukrainer erkannten die tatsächliche Macht der Bol'ševiki an und erhielten dafür Hilfe gegen Polen zugesichert.⁴⁶⁰

Die Möglichkeit einer italienischen Einmischung in die ukrainische Frage wurde weiterhin genau verfolgt. Es gelang den Franzosen, mehrere Telegramme in dieser Angelegenheit abzufangen und die Informationen an das Foreign Office weiterzureichen. Sevrjuk versuchte, Vasył'ko in die Schweiz zu begleiten, und deshalb bat das „Ukrainian Bureau at Lausanne“ den italienischen Politiker und Publizisten Enrico Insabato in Rom um die Ausstellung von Pässen. Am 30. Juni telegraphierte ein gewisser Galafre von Lausanne an Porš, den ukrainischen Vertreter in Berlin, daß sich die Dinge in Rom zufriedenstellend entwickeln würden, man aber in der Auswahl der ukrainischen Vertreter große Vorsicht walten lassen mußte. Vor allem sollten keine Repräsentanten der austrophilen oder der rechten Parteien entsandt werden.⁴⁶¹

Am 14. Juli erreichte Balfour ein weiterer Bericht in dieser Angelegenheit, diesmal einschließlich eines Memorandums von Dr. Weissmann, das die ukrainische Frage besser illustrieren sollte. Dabei gab der englische Botschafter Lord Acton einige Punkte zu bedenken: Weissmann sei ein Jude, der sich als Ukrainer fühle und ängstlich darauf bedacht sei, das Vertrauen Vasył'kos wiederzuerlangen, da dieser ihn für die unbe-

460 Acton an Balfour: Report by Dr. Weissmann on Baron Wassilko and Ukrainian Government, 02.07.1919, Nr. 100240, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

461 Telegramm der britischen Vertretung in Bern an die Friedenskonferenz, Nr. 1063, 09.07.1919, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

friedigenden Beziehungen zu den Alliierten verantwortlich machte. Acton betonte noch einmal, daß er in Vasył'ko nicht einen Mann sah, der sozialistische Sympathien hegte. Er hielt es also durchaus für möglich, daß er sich vom deutsch-bolschewistischen Lager wieder abkehrte, um sich – und sei es auch in der „elften Stunde“ – wieder den Alliierten zuzuwenden.

In seinem Memorandum beharrte Weissmann darauf, daß Italien eine von seinen Alliierten unabhängige Politik gegenüber der Ukraine verfolgte. So habe der italienische General Segre in Wien wiederholt der Ukraine Angebote zu einer Offensiv- und Defensiv-Allianz gemacht; allerdings war Baron Vasył'ko darauf nicht eingegangen, da er sein Land nicht zwischen die alliierten und assoziierten Mächte manövrieren wollte. Offiziell lehnte er jedoch die italienischen Angebote niemals ab, und so entsandte Rom – laut ukrainischen Angaben – eine Reihe von Militärmissionen in die Westukraine, um sich ein Bild der dortigen Lage zu machen. Laut Weissmann hatte man die Westukraine als Partner auserkoren, da offenbar die Dnjepr-Ukraine bei den Alliierten als zu unterentwickelt galt. Diese hatte jedoch alles versucht, um mit Rom in Verbindung zu kommen, wurde allerdings immer wieder abgewiesen.

Den Westukrainern hingegen hatte das italienische Außenministerium Versprechungen gemacht; so wollte Rom die Kriegsgefangenen aus dem Weltkrieg freilassen⁴⁶² und sicherte finanzielle und materielle Hilfe gegen Polen zu. Auf dieser Grundlage griff man Baron Vasył'ko im eigenen Lager an, warum er nicht sofort mit Italien zu einer Einigung kommen wollte. Dieser war jedoch überzeugt, daß auf lange Sicht ein Vertrag mit einem „separatistischen Italien“ der Ukraine nur schaden würde. Er hingegen favorisierte England als den weit gewichtigeren Partner unter den Alliierten. So blieb diese Frage im Schwebezustand.

London zeigte sich zumindest ein wenig alarmiert durch diese ukrainischen Behauptungen und fragte bei der englischen Botschaft in Rom nach. Über die Aktivitäten der italienischen Politik in Mittel- und Osteuropa, so der Bericht, ließ sich keine klare Aussage treffen. Eine ziemlich große Zahl an Berichten belege italienische Verbindungen, hauptsächlich der Sozialisten, zur Räteregierung Béla Kuns in Budapest. Bei einer Audienz des italienischen Königs kam die Sprache auf Waffenexporte Roms nach Ungarn, die aber auf das heftigste dementiert wurden. Der Botschafter hielt es jedoch nicht für abwegig, daß Italien freundschaftliche Beziehungen zu den Völkern Mittel- und Osteuropas pflegen wollte, vor allem um für sich Märkte zu erschließen und den Handel zu intensivieren. Allerdings konnte er es sich nicht vorstellen, daß Italien zu einem Bündnis

462 Diese Angabe findet in einem späteren Schreiben Sir George Buchanans aus Rom Bestätigung. Die italienische Regierung hatte ihm berichtet, daß man die Ukrainer geme repatriieren wollte, diese jedoch vor allem aus zwei Gründen Italien nicht verlassen wollten. Die Soldaten hatten Angst davor, in der Armee Petljuras oder derjenigen Denikins Dienst tun zu müssen. Auch nach dem Versprechen, italienische Offiziere als Schutz davor mitzusenden, weigerten sie sich, nach Hause geschickt zu werden. (Sir George Buchanan an Lord Curzon, 26.12.1918. Nr. 167008, in: B.F.O., vol. 4017, reel 46, 1919).

mit der Ukraine bereit sei. Er bezeichnete dies als „rather extravagant“ und hielt es eher für ein Gerücht, das in die Welt gesetzt worden war, um die anderen Alliierten für eine Unterstützung zu gewinnen. In seinen Augen sprach für diese These auch, daß der italienische König auf Nachfrage meinte, die Ukraine schein noch keine regelmäßige Staatsorganisation aufgebaut zu haben.⁴⁶³

Durch den Bruch des Waffenstillstandes der Polen in Ostgalizien und die Untätigkeit der Alliierten verschlechterte sich allerdings der Stand Vasyl'kos unter seinen eigenen Leuten zusehends. Auf ukrainischer Seite hatte man nämlich von ihm erwartet, Großbritannien und Frankreich für ihre Sache zu gewinnen, damit diese Staaten dann mäßigenden Einfluß auf Polen ausübten. Die Frage einer Allianz mit Italien kam mit dem Allianz-Angebot der russischen Bol'seviki, Ungarns und Deutschlands wieder auf die Tagesordnung.

Um England als Partner zu gewinnen, schürte Weissmann die Angst vor Deutschland, indem er darauf hinwies, daß das Vasyl'ko feindlich gesinnte Lager der Ukrainer Deutschland auch nach dem Krieg noch für einen militärisch starken und verlässlichen Partner hielt. Auf einer ukrainischen Konferenz in Wien wurde dieser Themenkomplex weiter diskutiert. Ausschlaggebend waren dabei die Berichte des ukrainischen Gesandten in Paris, Sydorenko, der sich desillusioniert über die französische Politik äußerte und damit zu dem Schluß kam, die Ukrainer sollten nicht zuviel von England oder Frankreich erwarten. Damit schloß er sich den Gegnern der gemäßigten Politik Vasyl'kos an. Das Memorandum Weissmanns endete mit der eigentlichen Bitte der Ukrainer, die Vasyl'kos Orientierung teilten, um die Einberufung einer polnisch-russisch-ukrainischen Konferenz in Paris unter der Präsidentschaft eines britischen Delegierten. Die Aufgabe dieser Konferenz sollte es sein, einen sofortigen Waffenstillstand zwischen diesen Staaten herbeizuführen und eine Demarkationslinie zu bestimmen. Weiterhin sollte dort die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannt und ihre Grenzen festgelegt werden, die Präsenz Präsident Wilsons hatte dabei als Garantie zu gelten. Dafür würde die Ukraine keine ungerechtfertigten Forderungen stellen⁴⁶⁴ und sich der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kontrolle Englands für die nächsten 15 Jahre unterstellen.

Rom war aber auch der Ort, an dem sich der ukrainische Botschafter Antonovyč an seinen amerikanischen Kollegen Peter A. Jay wandte, um diesen für eine Unterstützung der Ukrainer gegen Denikin zu gewinnen. Er erinnerte dabei an das grausame Vorgehen der „Freiwilligenarmee“ Denikins in der besetzten Ukraine und auch daran, daß die ukrainische Regierung einen reinen Verteidigungskrieg führte.⁴⁶⁵

Auch in der nächsten Zeit blieb es die Aufgabe Weissmanns, den Kontakt zum englischen Botschafter in Bern zu pflegen, was er auch gewissenhaft tat. Auf diesem Wege

463 Britische Botschaft Rom an Curzon, 20.08.1919, Nr. 120465, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

464 Acton an Balfour, 14.07.1919, Nr. 104485: Übersendung des Memorandums von Dr. Weissmann vom 5. Juli 1919, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

465 Kopie dieses Schreibens vom 30.09.1919 bei American Commission to Negotiate Peace, Paris an State Department, 28.10.1919, in: Records, 1, 1.

wurde die englische Regierung über alle Personalveränderungen im diplomatischen Dienst der Ukraine informiert. Er versuchte auch durch seine Berichte aus Bern über Unterredungen zwischen Vertretern der Entente und ukrainischen Abgesandten in anderen europäischen Zentren die Meinung in London zu beeinflussen. So berichtete er zum Beispiel, der englische Repräsentant in Paris hätte erklärt, mit welchem großem Vergnügen die Londoner Regierung eine Allianz der Ukrainer mit Kolčak sehen würde. Dafür benötigten sie natürlich eine zusätzliche Mission in der englischen Hauptstadt, die in Bern ihre Einreisevisa erhalten sollte. Zudem wurde Weissmann als Medium verwandt, immer wieder auf den antibolschewistischen Kurs sowohl der West- als auch der Dnjepr-Ukraine zu verweisen und ihren gemeinsamen Kampf sowohl gegen Polen als auch gegen die russischen Bol'sheviki zu betonen.⁴⁶⁶

Als Leiter dieser ukrainischen Delegation sollte sich Ternyc'kyj von Wien nach London begeben. Lord Acton war sich unsicher, wie er sich diesem Problem gegenüber verhalten sollte, und fragte in London nach.⁴⁶⁷ Suspekt war den Briten dabei, daß die Ukrainer ihre Reiseroute über Deutschland und die Niederlande legen wollten und nicht über die Schweiz und Frankreich. Wie Acton herausgefunden hatte, reiste Vasyľ'ko oft nach Berlin, um sich dort mit deutschen Behörden über die ukrainische Frage abzusprechen.⁴⁶⁸ Baron Vasyľ'ko nutzte auch seine guten Verbindungen nach Österreich, um Beschwerden und Petitionen an Großbritannien über den österreichischen Gesandten in Bern, Baron Léon de Vaux, weiterzuleiten. So fügte er diesen Schreiben auch Beilagen hinzu, wie zum Beispiel den Protest gegen die Lieferung von 277 englischen Flugzeugen an Denikin. Auf diese Art und Weise wurde auch dem übrigen Europa bekannt gemacht, wie sehr die Ukrainer unter Denikin und seiner Unterstützung durch die Briten zu leiden hatten.⁴⁶⁹

Da die Vasyľ'ko-Anhänger in Paris gleichzeitig versuchten, mit der „Russischen Politischen Konferenz“ in Verbindung zu treten, wurde über dieses Problem auch zwischen Lord Balfour, der sich als Vertreter Großbritanniens auf der Friedenskonferenz in Paris aufhielt, und Lord Curzon of Kedleston verhandelt. Balfour lehnte es dabei entschieden ab, die Ukrainer zu empfangen: „I do not think that any useful purpose would be served by any part of this mission being received in London.“⁴⁷⁰

466 Acton an Foreign Office, 21.07.1919, Nr. 106796, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

467 Acton an Foreign Office, 24.07.1919, Nr. 108370, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

468 Acton an Foreign Office, 24.07.1919, Nr. 108681, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

469 Nadzvyčajna Dyplomatyčna Misija Ukraïns'koï Narodn'oi Respubliky v Svajcariï an Baron de Vaux, 06.12.1919, Nr. 64/147, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 4/1. Die Kopie eines Schreibens von Vasyľ'ko an Russell in Bern, das gegen die 277 entsandten Flugzeuge protestierte, wurde auch vom ukrainischen Botschafter in Stockholm, Los'kyj, dem schwedischen Außenminister vorgelegt, um die neutralen Staaten auf das Problem aufmerksam zu machen. (Kungl. Utrikesdepartementet 2–373, 8.12.1919, in: Utrikesdepartementet 1920 Örs dossiersystem vol. 288 IV).

470 Balfour an Curzon, 07.08.1919, Nr. 113604, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919. Die britische Delegation in Paris war generell recht ukrainiefeindlich eingestellt. Siehe Doc. 45831 Ukrainian Delegates to U.K., in: B.F.O., vol. 3963, reel 17, 1919.

In Paris hatte man auch die Information erhalten, daß es – im Gegensatz zu den ukrainischen Beteuerungen – keine organisierte ukrainische Armee gäbe. Sowohl Petljura als auch Petruševyč hätten eine gewisse Anzahl von Anhängern, von völliger Übereinstimmung zwischen den beiden könnte allerdings keine Rede sein. Hier finden zwei Komponenten zueinander. Erstens waren die Einflüsterungen der russischen Exilpolitik und diejenigen der polenfreundlichen französischen Politiker besonders groß, und zweitens hatten die Engländer bereits aus ihren schlechten Erfahrungen mit Denikin gelernt. Für sie kam die Entsendung einer englischen Militärmission und Lieferung von Hilfsgütern, von denen man fürchtete, sie würden in bolschewistische Hände fallen, nicht in Frage.⁴⁷¹

Russische Gegenpropaganda von der konservativen Seite hatte es natürlich schon einige Zeit zuvor und nicht nur in Paris gegeben. So übersandte zum Beispiel Sir Barclay im März 1919 ein Memorandum seines russischen Kollegen, des Gesandten Poklevskij-Koziell, aus Bukarest nach London, in dem er seine Sicht der Lage in der Ukraine kundtat. Dieses Schreiben wurde ausgewählt, weil es einige typische Argumente für diese Diskussion anführt, die man immer wieder hören konnte: Österreich hat vor dem Weltkrieg den ukrainischen Staat erdacht, und während des Krieges wurde er dann von Deutschland geschaffen. Dabei waren die Ziele Deutschlands, seine Ernährung sicherzustellen, die Ostfront zu bereinigen, Rußland Schwierigkeiten zu bereiten und auch das Verhältnis zwischen Rußland und seinen Verbündeten zu stören sowie sich für den verlorenen Krieg im Westen schadlos zu halten. Soweit mag man noch zustimmen können. Aber seine Schlußfolgerung, die ukrainischen Nationalisten und die Deutschen seien alleine Schuld am Aufkommen des Bolschewismus, ist doch etwas zu einfach, ebenso wie seine Erklärung „L'Ukraine est une arme allemande dirigée contre la France“ und die daraus folgende Konsequenz, wer die Ukraine bekämpfte, bekämpfte auch den deutschen Feind.⁴⁷²

Ebenso wie die Ukrainer versuchten auch ihre konservativ denkenden russischen Gegner, flächendeckend zu arbeiten. Sie übersandten amerikanischen Vertretungen Broschüren, welche die ukrainische Frage auf ihre Weise beleuchten sollten. Darin versuchten sie zu beweisen, daß die Ukraine ein Teil Rußlands ohne eine eigenständige Geschichte sei.⁴⁷³ Überhaupt war es unter den Russen sehr beliebt, die Geschichte in ihrem Kampf gegen die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung zu Hilfe zu nehmen. Dies tat auch die Russische Liga in Odessa, welche die Alliierten überzeugen wollte, die Ukraine wäre mit dem Vertrag von Perejaslav 1654 rechtmäßig Rußland inkorporiert worden. Dies sei für die „wilden und mittelalterlichen“ Ukrainer ein großes Glück gewesen. Überhaupt wandte man sich gegen den Ausdruck „Ukrainer“; für diese konservativen Russen gab es lediglich drei

471 Britische Legation in Paris an Curzon, 15.08.1919, Nr. 116972, in: B.F.O., vol. 3965, reel 19, 1919.

472 Barclay an Curzon, 01.03.1919, in: B.F.O., Nr. 36638, vol. 3963, reel 17, 1919.

473 Amerikanische Mission Kopenhagen an State Department, 25.02.1919, Nr. 3050, darin: Count Alexander Koutaïssoff, Ukraina, Copenhagen 1918, in: Records, 2, 2.

verschiedene Zweige des russischen Stammes: die Großrussen, die Kleinrussen und die Weißrussen. Und damit habe sich für die Großrussen der Anspruch der Kleinrussen auf ein eigenes Territorium ohnehin erledigt.⁴⁷⁴

Unverdrossen schrieben die ukrainischen Auslandsmissionen gegen das ständige Mißtrauen der Großmächte an. So betonte die Londoner Gesandtschaft den totalen Einsatz aller antibolschewistischen Kräfte in der Ukraine, die sich geschlossen um das Direktorium gruppieren. Zwischen Petljura und Petruševyč herrsche vollkommenes Einvernehmen. Momentan marschiere die ukrainische Armee nicht, da sie weder über Artillerie noch Munition verfüge. Nicht die ukrainische Militärführung lehne eine Zusammenarbeit mit Denikin ab, sondern dieser mit den Ukrainern. Um Klarheit in die Situation zu bringen, schlug man ukrainischerseits wiederholt die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine vor, ohne daß dadurch eine Entscheidung über die zukünftigen Beziehungen zu Rußland vorweggenommen würde. Zudem ermöglichte man es dadurch den konservativen russischen Kräften, die Bol'ševiki an der zweiten Front schlagen zu können, da im Süden mit der Ukraine keine Probleme mehr bestünden. Durch diese Anerkennung könnte die Stabilität der durch und durch demokratischen Direktoriums-Regierung noch erhöht werden.⁴⁷⁵ Dies, die Aufstellung einer neuen Armee aus ukrainischen Kriegsgefangenen, materielle Hilfeleistungen und die Entsendung einer britischen Militärmission könnten alle Probleme beseitigen.

Auch innerhalb des Landes gab es Proteste gegen die Unterdrückung durch die konservativen großrussischen Kräfte. So sandte die Union aller ukrainischen Eltern-Komitees Odessa eine Petition an das amerikanische Konsulat in Odessa, um sich gegen das Verbot der ukrainischen Sprache durch den Militärgouverneur⁴⁷⁶ zu beschweren. Besonders verbittert zeigten sich die Eltern, da nach wie vor Deutsch als Pflichtfach unterrichtet wurde, während die eigene Muttersprache nicht gelehrt werden durfte.⁴⁷⁷

In diese Zeit fiel auch eine Anfrage der ukrainischen Mission in London an das Foreign Office, welche die Unterstützung der ukrainischen Armee durch nach Kanada ausgewanderte Ukrainer betraf. Ungefähr 25.000 Ukrainer dienten in der kanadischen Armee. Diese gut ausgebildeten und disziplinierten Soldaten waren fast alle demobilisiert worden und damit verfügbar. Hinzu kam noch, daß 300.000 patriotische Ukrainer in Kanada lebten. Die ukrainische Mission wollte nun wissen, ob die englische Regierung etwas dagegen hätte, wenn die ukrainische bei der kanadischen Regierung um militärische, technische und logistische Unterstützung nachfragen würde. Allerdings stieß man mit dieser Anfrage

474 Manifest der Russischen Liga (Amerikanisches Konsulat Odessa an State Department, 21.03.1919, Nr. 20, in: Records, 1, 1).

475 Special diplomatic Mission of the Ukrainian Republic London an Foreign Office, 24.07.1919, in: B.F.O., Nr. 108125, vol. 3965, reel 19, 1919.

476 Damit dürfte die französisch-russische Verwaltung zur Zeit der französischen Intervention gemeint sein.

477 Petition der Eltern-Union Odessa (Amerikanisches Konsulat Odessa an State Department, 21.03.1919, Nr. 20, in: Records, 1, 1).

auf taube britische Ohren: „Seeing that His Majesty’s Government have not recognized the Ukraine as an independent State, Lord Curzon proposes to reply that he regrets that it is not possible to grant the necessary facilities.“⁴⁷⁸ Knapp einen Monat später versuchten es die Ukrainer – in einer anderen Variante – noch einmal. Es war der ukrainischen Mission zu Ohren gekommen, daß sich noch mehrere tausend ukrainische Soldaten der kanadischen Armee in England aufhielten und sich gerne für den Dienst in der Ukraine und gegen die Bol’ševiki einschreiben lassen würden. Die englische Regierung sollte dieser Aktion zustimmen, wie sie es bereits bei der Ausmusterung polnischer Soldaten der kanadischen Armee für die Haller-Truppen getan habe. Des weiteren könnten in die ukrainische Armee ca. 70.000 ukrainische Soldaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee⁴⁷⁹, die sich als ehemalige Kriegsgefangene in Italien aufhielten, ebenso 10.000 ukrainische Kriegsgefangene aus Deutschland und ca. 10.000 Ukrainer aus den USA eingegliedert werden. Was nun die amerikanischen Ukrainer anging, hatte man keinerlei Bedenken, da Gleiches bereits den Litauern durch die amerikanische Regierung gewährt worden war. Zuletzt bat man noch um die Möglichkeit, ukrainische Militär-experten nach England schicken zu dürfen, die sich dieses Problems annehmen würden.⁴⁸⁰

In der Zwischenzeit hatte man sich hierzu auf englischer Seite eine Lösung einfallen lassen. Von der britischen Delegation in Paris kam der Vorschlag, die kampfwilligen Ukrainer in die Denikin-Truppen einzugliedern, da eine ukrainisch-republikanische Armee (angeblich) nicht existierte.⁴⁸¹ Diese Idee wurde dann vom War Office in Whitehall aufgegriffen: ... „It is not considered desirable that Canadian Ukrainians should be encouraged or even allowed to enlist in the Ukrainian army in view of the fact that a separate Ukrainian State has never been recognized by Great Britain and that the Ukrainian Army has in many ways assisted the Bolsheviks.“⁴⁸² Die endgültige Absage an die Ukrainer

478 Anfrage der ukrainischen Mission in London, 17.06.1919, in: B.F.O., Nr. 90396, vol. 4023, reel 49, 1919.

479 Im Juli versuchten es die Ukrainer dann noch einmal, Kriegsgefangene in das Heer Petljuras transferiert zu bekommen. In diesem Fall handelte es sich um ehemalige österreichische Offiziere, nämlich um Leutnant Dr. Nestor Rudnycky, Leutnant Oleksa Martyneć und Unterleutnant Zadar Rudyk, die sich mit Bittschreiben direkt an das Foreign Office wandten. Aber sowohl das Foreign Office als auch Major General Thwaites vom War Office waren gegen die Repatriierung der Ostgalizier, da sie fürchteten, diese würde eher den Bol’ševiki zugute kommen als der alliierten Sache. In dieser Zeit hatte die ukrainische Armee nämlich den Ruf, Lenin zu unterstützen. (Ukrainian POWs desiring to join General Petljura, 01.07.1919, Nr. 96064, und Repatriation of Ukrainian POWs, 29.07.1919, Nr. 108881, in: B.F.O., vol. 4024, reel 50, 1919).

480 Ukrainian Special Mission London an Foreign Office, 08.07.1919, in: B.F.O., Nr. 100943, vol. 4023, reel 49, 1919.

481 British Delegation Paris an Curzon, 10.07.1919, in: B.F.O., Canadian Ukrainian Volunteers for service in Ukraine, Nr. 101435, 11.07.1919, vol. 4023, reel 49, 1919.

482 War Office an Foreign Office, 29.07.1919, in: B.F.O., Canadian Ukraine Volunteers, Nr. 108883, vol. 4023, reel 49, 1919.

und ihre Idee kam dann aber von der kanadischen Regierung, die es im August 1919 ablehnte, ihre Soldaten für derartige Einsätze freizustellen.⁴⁸³

Neben der Herstellung von politischen Kontakten ging es den Ukrainern auch darum, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren. Zu diesem Zweck entsandte die ukrainische Regierung 1919 eine spezielle Mission unter der Leitung von Joseph Margulies nach London. Deren Aufgabe war es, den Briten die Anknüpfung des Handels so schmackhaft wie möglich zu machen, indem man die gute geographische Lage und die enormen natürlichen Ressourcen der Ukraine hervorhob. Dabei bediente sich der ukrainische Vertreter einer Sprache, die im nüchternen London wohl nicht auf offene Ohren stieß: „It is by no means an exaggeration to state that the power which gets the economic control of the Ukraine, will also have won the peace from an economic point of view.“⁴⁸⁴ Betont wurde, daß nur über Vermittlung der demokratischen ukrainischen Kräfte eine sinnvolle wirtschaftliche Zusammenarbeit stattfinden werde. Der englische Versuch, mit Hilfe der konservativen Politik Denikins dort Fuß zu fassen, werde scheitern und nur den Einfluß Deutschlands auf das Wirtschaftsleben vergrößern. Die Ukraine befand sich in einem Zustand akuten Gütermangels, während Deutschland die ukrainischen Nahrungsmittel dringend benötigte. Griffe Großbritannien jetzt zu, könnte es den Handel in der Ukraine zu seinen Gunsten monopolisieren. Um dies vorzubereiten, schlug Margulies vor, eine britische Wirtschaftsdelegation in die Ukraine zu begleiten.

Zur Unterstützung seiner Argumentation legte der ukrainische Gesandte seinem Schreiben ein erklärendes Memorandum bei. Er wies die Alliierten darauf hin, daß ihre Unterstützung Denikins kein vorteilhaftes Bild von ihnen bei der ukrainischen Bevölkerung zeichnete; gerade das Gegenteil, eine verstärkte Hinwendung zu Deutschland, sei die Folge. Zudem benutzte er diese Gelegenheit, die kritische Lage der Westukrainer in ihrem Kampf mit Polen darzustellen und ihre Verdienste um die europäische Sicherheit hervorzuheben. Damit meinte er die Verhinderung einer Vereinigung der sowjetischen mit den ungarischen Truppen durch das mutige Eingreifen der ostgalizischen Ukrainer.

Diesen Ausführungen schloß er einige praktische Vorschläge an: die baldmöglichste Schaffung einer anglo-ukrainischen Union einflußreicher Persönlichkeiten, die die soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern sollte; die Entsendung einer Gruppe von versierten Geschäftsleuten, die sich selbst ein Bild von den ukrainischen Bedürfnissen machen würden; die eine verbesserte Information interessierter westeuropäischer Kreise; die sofortige Verschiffung von Manufakturwaren und nicht zuletzt die Unterstützung der demokratischen Regierung in ihrem Kampf gegen den Bolschewismus.

Auch den Rest des Jahres 1919 verbrachte die ukrainische Mission in London mit dem Versuch, das Foreign Office von der Politik des Direktoriums zu überzeugen. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß die ukrainische Bevölkerung unter Petljura heftig gegen

483 Raising of Canadian Ukrainian Army, Nr. 118674, 21.08.1919, in: B.F.O., vol. 4023, reel 49, 1919.

484 Special diplomatic Mission of the Ukrainian Republic London an Foreign Office, 11.08.1919, in: B.F.O., Nr. 115446, vol. 3965, reel 19, 1919.

den Bolschewismus und nicht gegen das russische Volk kämpfte. Man versuchte auch das Schreckensregime der Denikin-Truppen, die das linke Ufer des Dnjepr besetzt hielten, zu schildern. Da Denikin von London unterstützt wurde, hielten es die Ukrainer für den richtigen Ansprechpartner.⁴⁸⁵ Aus heutiger Sicht verstörend dabei war, daß man sich im Foreign Office der Verstöße Denikins und seiner Truppen gegen die Menschenrechte durchaus bewußt war, sie aber nach außen niemals publik machte, sondern sie höchstens herunterspielte: „I am afraid that the troops of General Denikin do commit atrocities, but they can hardly exceed the brutality of the Bolsheviks.“⁴⁸⁶

Doch diese Berichte nutzten nicht viel, da immer wieder Schreiben und Telegramme von der britischen Mission bei Denikin in Ekaterinodar in London anlangten, die das genaue Gegenteil behaupteten: „Majority of peasantry have lost all interest in independence of Ukraine and are awaiting with impatience arrival of troops to restore order. All they want is security and restoration of normal conditions in order to exchange agricultural produce for manufactured goods.“⁴⁸⁷ Schon zuvor waren auch Berichte von Captain Hill aus Konstantinopel eingetroffen, die vom Chaos in der Ukraine berichteten, vom sowjetischen Terrorregime und dem Ende der Direktoriums-Regierung.⁴⁸⁸ Auch der britische Hochkommissar in Konstantinopel, J.M. de Robeck, sandte Berichte über die Lage der britischen Bürger in Rußland und der Ukraine nach London. Dabei kam die Ukraine, welche die Ausländer nicht so schlecht behandelte, noch besser weg als die Bol'seviki. Trotzdem mußten die Schilderungen von Verhaftungen und Enteignungen starke britische Ressentiments hervorrufen.⁴⁸⁹

Nicht gerade positiv wirkten auch Schreiben verschiedener britischer Auslandsvertretungen, die über Unterredungen mit ukrainischen Diplomaten berichteten. Als dem ukrainischen Vertreter in Bukarest, Professor Macijevyč, Vorhaltungen gemacht wurden, man könne den Ukrainern nicht vertrauen, weil sie oft ihre politische Farbe gewechselt hätten, stimmte er diesem für die Vergangenheit zu, versprach aber Besserung in der Zukunft. Daran zumindest erkennt man schon die Unerfahrenheit der ukrainischen Repräsentanten, denn er hätte darauf hinweisen müssen, daß die verschiedensten ukrainischen politischen Richtungen nebeneinander existierten, aber nicht einander ablösten.

485 Special diplomatic Mission of the Ukrainian Republic London an Foreign Office, 30.08.1919, in: B.F.O., Nr. 123238, vol. 3965, reel 19, 1919.

486 Excesses committed by Denikin's forces in South Russia, Nr. 135040, in: B.F.O., vol. 3979, reel 27, 1919.

487 Denmiss. Ekaterinodar an London, Situation in the Ukraine, 24.08.1919, in: B.F.O., Nr. 120604, vol. 3965, reel 19, 1919.

488 George Hill an Curzon, 19.07.1919, in: B.F.O., Situation in South Russia, Nr. 97011, vol. 4024, reel 50, 1919.

489 Report on the general situation of the British interests and the British subjects in Russia and the Ukraine (British High Commission Constantinople an Lord Curzon, 23.06.1919, Nr. 96993, in: B.F.O., vol. 4024, reel 50, 1919).

Die englischen Auslandsvertreter befolgten ganz klar ihre Anweisungen aus London und befragten die Ukrainer nach einer Kooperation mit Denikin, so auch Frank Rattegan in Bukarest. Das Argument von Macijevyč, Denikin könne man nicht trauen, und eine Vorbedingung der Zusammenarbeit mit diesem sei die Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit durch die Friedenskonferenz, ließ er dabei als Antwort nicht gelten. Dies sei eine interne russische Angelegenheit und könne folglich von einem internationalen Gremium nicht beantwortet werden.

General Greenly von der britischen Botschaft in Bukarest hatte etwa zur gleichen Zeit eine Unterredung mit dem ukrainischen Militärattaché und kam zu demselben Ergebnis wie Rattegan: „Our opinion is that the Ukrainians are distinctly untrustworthy, but that so far as their interests are identical with our own, i.e. in their attempt to throw out the Bolsheviks, it may well be worth our while to assist them, especially if their action can be coordinated with that of Denikin.“⁴⁹⁰

Daß tatsächlich eine Abmachung zwischen Rumänien und der Ukraine getroffen worden war⁴⁹¹, hielt der englische Botschafter durchaus für möglich, da die russische Politik Bukarests derjenigen der Alliierten diametral gegenüberstand. Die Ukraine hatte auf alle Ansprüche auf Bessarabien verzichtet, wohingegen die Rumänen befürchteten, Denikin und Kolčak, sollten sie erfolgreich sein, würden dies schwerlich tun. Interessanterweise wurde dem rumänischen Ministerpräsidenten Brătianu eher als den Ukrainern geglaubt, daß die konservativen russischen Kräfte einen starken imperialistischen Kurs eingeschlagen haben. Deshalb sähe es Rumänien nicht ungerne, wenn eine starke und unabhängige Ukraine entstünde, die als Pufferstaat sowohl gegen russischen Imperialismus als auch Bolschewismus fungieren würde.

Genau aus diesem Grund hatte die rumänische Regierung im September 1919 beschlossen, die Ukraine mit Waffen und Munition zu versorgen. Rattegan hatte seine Versuche, die Denikin-Gruppe mit den Ukrainern zusammenzubringen und zu koordinieren, immer noch nicht aufgegeben. Allerdings war er in seinen Bemühungen recht erfolglos. Hauptsächlich scheiterten sie an der Einstellung des russischen Abgesandten Poklevskij-Koziell, der die Meinung Denikins in Bukarest vertrat. Denikin war nach wie vor der Auffassung, nicht mit Verrätern an Rußland – damit meinte er die ukrainische

490 Rattegan, Bukarest, an Foreign Office, 20.08.1919, in: B.F.O., Nr. 124321, vol. 3965, reel 19, 1919.

491 Die amerikanische Vertretung in Bukarest hatte bereits im April 1919 einen Bericht an das State Department geschrieben, der bestätigte, daß die ukrainische Delegation in Bukarest der rumänischen Regierung eine politische und wirtschaftliche Allianz gegen die Bol'seviki vorgeschlagen hatte. Allerdings hielt sich der rumänische Außenminister bedeckt und wollte keiner Regelung zustimmen, solange die internationale Situation der Ukraine ungeklärt war. Den Kampf gegen den Bolschewismus wollte aber auch Rumänien bis zum Äußersten führen. Um mit der Ukraine zusammenarbeiten zu können, verlangte der rumänische Außenminister eine Vermittlung durch das interalliierte Militärkommando. (Amerikanische Mission Bukarest an State Department, 05.04.1919, Nr. 105, in: Records, 2, 1).

Unabhängigkeitsbewegung – verhandeln zu wollen. Vor allem wandte sich der Zorn Denikins gegen die Person Petljuras selbst, mit Petruševyč hingegen würde er in Verhandlungen eintreten. Gerade hier zeigt sich deutlich, wie wenig sich die Briten mit der ukrainischen Frage auseinandergesetzt hatten. Petruševyč wird hier lediglich beschrieben als „who represents a rival faction in the Ukraine“.⁴⁹² Der russische Botschafter in Bukarest versuchte auch über die amerikanische Mission, Stimmung gegen die Ukrainer zu machen, indem er Petljura der engsten Beziehungen zu Deutschland bezichtigte. So behauptete er, daß Zeppeline in der Nähe von Chotin mit deutschen und ukrainischen Offizieren gelandet seien und man nach der Arretierung durch rumänische Behörden große Geldsummen und eine Gelddruckmaschine bei ihnen gefunden habe. Aus sicherer Quelle wollte der Russe erfahren haben, daß von deutscher Seite geplant wurde, die 40 Flugzeuge des Luftwaffenstützpunktes Breslau nicht an die Alliierten abzuliefern, sondern an die Ukraine zu übergeben. Wie diese absurde Transaktion an den alliierten Kontrollen vorbei hätte ablaufen sollen, konnte er allerdings nicht sagen.⁴⁹³

Aber auch die Ukrainer trachteten danach, über den Bukarester Kanal zu einer Verständigung mit den Denikin-Truppen zu gelangen, indem sie die britische Legation als Vermittler anriefen. Dabei wurde folgendes berichtet: Um Mißverständnisse zu vermeiden, hatte das ukrainische Oberkommando eine Delegation mit General Omeljanovyč-Pavlenko an der Spitze zu Denikin entsandt, der die Abgesandten jedoch sofort arretieren ließ und seine Offensive fortsetzte. Denikin konnte sich zu keiner Zusammenarbeit bereit finden, und um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, überließen die ukrainischen Streitkräfte auf Anordnung Petljuras das von ihnen eroberte Kiew den Truppen der „Freiwilligenarmee“ Denikins. Aufgrund dieser Vorkommnisse sah sich die ukrainische Regierung gezwungen, die „Freiwilligenarmee“ als Feind zu betrachten, woraus nur die Bolševiki Vorteile ziehen konnten. Deshalb wandte sich der ukrainische Vertreter an die Vertreter der Entente in Rumänien mit der Bitte, ihren Einfluß auf Denikin geltend zu machen, und forderte die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten gegen die ukrainische Armee und die Entsendung von Militärbeobachtern der Entente an den ukrainischen Generalstab, um als Zeugen der Auseinandersetzungen zu dienen. Zudem verlangte er die Errichtung einer Demarkationslinie zwischen den Denikin-Truppen und der ukrainischen Armee, um die Einflußsphären im Kampf gegen die Bolševiki abzustecken. Dabei schlug man ukrainischerseits folgende Linie vor: der Führung des Dnjepr von seiner Mündung folgend bis Kremenčuk – Romny – Konotop – Novhorod-Sivers'kyj.⁴⁹⁴

492 Rattegan, Bukarest, an Curzon of Kedleston, 09.09.1919, in: B.F.O., Nr. 130948, vol. 3965, reel 19, 1919.

493 Amerikanische Mission Bukarest an State Department, 08.10.1919, Nr. 424, in: Records, 1,1.

494 Mission diplomatique et militaire de la République Ukrainienne en Roumanie à la Légation de la Grande Bretagne, 07.09.1919, als Beilage von Rattegan, Bukarest, an Curzon of Kedleston, 09.09.1919, in: B.F.O., Nr. 130948, vol. 3965, reel 19, 1919.

Überdeutlich wurde die Abneigung Denikins gegen die Ukrainer in einem Schreiben von General Milner, dem Oberkommandierenden der Schwarzmeer-Armee, an den High Commissioner in Konstantinopel. Er übermittelte den Inhalt eines Telegramms der *Britischen Militärmission in Südrußland*, in dem Denikin forderte, daß Rumänien und Polen seine Meinung speziell über Petljura mitgeteilt werde. Denikin betonte dabei den phantastischen Charakter der ukrainischen Siegesmeldungen und auch, daß diese Separatistenbewegung künstlich von den Mittelmächten ins Leben gerufen worden sei. Dabei verbuchte er alle militärischen Erfolge gegen die Bol'sheviki in der Ukraine für sich und betonte, er werde die Ukraine als integralen Bestandteil Rußlands behandeln und dort alle Kräfte gegen den Bolschewismus konzentrieren.⁴⁹⁵ Diese Denikinschen Einflüsterungen taten ihr übriges, die Position der Ukrainer in London zu unterminieren. Hinzu kamen eine Reihe von Zeitungsinterviews, die Denikin den verschiedenen britischen Pressevertretern gab. Darin gelang es ihm stets, einen überaus positiven und dankbaren Eindruck zu hinterlassen, der in England gut ankam.⁴⁹⁶

Ähnlich voreingenommen wie ihre Kollegen in Rußland und Rumänien war auch die britische Legation in Warschau; ihre Berichte zeigen eindeutig eine propolnische Tendenz, die durch Zeitungsausschnitte aus polnischen Blättern noch verstärkt wurde. Interessanterweise machte es der polnischen Öffentlichkeit nicht das geringste aus, daß ein deutscher und ein österreichischer General, von Bredow und Krauss, auf der Seite Denikins kämpften. Gegen jeden einzelnen österreichisch-galizischen Soldaten auf ukrainischer Seite jedoch wurde diplomatischer Protest eingelegt. Es muß aber auch gesagt werden, daß die englischen Vertreter in Warschau nicht alles unbedingt glaubten, was ihnen an Informationen von polnischer Seite vorgelegt wurde. Es wurde so manches als „voller Vorurteile“ erkannt und auch mit diesem Vermerk an das Foreign Office weitergegeben.⁴⁹⁷ Auf „privaten Kanälen“ flossen zudem Informationen wie zum Beispiel diejenige von der Desertion von 20.000 Petljura-Soldaten zur Denikin-Armee nach der Einnahme von Kiew.⁴⁹⁸

Die versuchte polnische Einflußnahme ging oft verschlungene Wege, so zum Beispiel über die englische Botschaft in Stockholm. Dort informierte der polnische Botschafter Michałowski seinen englischen Kollegen, daß es sich bei der sogenannten ukrainischen Botschaft in Stockholm in Wahrheit um ein Zentrum der deutschen Intrige handele, das

495 General Sir G.F. Milner, Commanding in Chief, Army of the Black Sea, Constantinople to His Excellency the High Commissioner, Constantinople, 01.09.1919, in: B.F.O., Nr. 130734, vol. 3965, reel 19, 1919.

496 „Denikin as a leader. A man of the people“ (The Times, 21.06.1919), in: B.F.O., 1. Baltic Provinces 2. Denikin, Nr. 96070, vol. 4024, reel 50, 1919.

497 Britische Mission Bern an Foreign Office, 26.05.1919, Conditions in the Ukraine, Nr. 81168, und Britische Mission Warschau an Foreign Office, 03.06.1919, Situation in Kiew. Nr. 86290, in: B.F.O., vol. 3964, reel 18, 1919.

498 British Legation Warschau an Curzon of Kedleston, 06.09.1919, in: B.F.O., Nr. 128322, vol. 3965, reel 19, 1919.

geschaffen worden sei, um den Bruch zwischen Polen und Litauen zu vertiefen und General Denikin bei den Alliierten zu diskreditieren und damit auch sämtliche Aktionen aller antibolschewistischen russischen Kräfte. Allerdings mußte der englische Botschafter in diesem Fall zugeben, daß der polnische Gewährsmann nicht unbedingt vertrauenswürdig erschien.⁴⁹⁹ Einen üblen Streich spielte Savinkov der ukrainischen Delegation in Paris im Dezember 1919, als er behauptete, sie hätte drei Repräsentanten des American War Department bestochen, um diese zum Verkauf von Kriegsgerät und sonstigem Material aus amerikanischen Lagern in Frankreich zu bewegen. Angeblich sollte für die Bestechungsgelder bei der Russian-Asiatic Bank ein Kredit aufgenommen worden sein, bis Baron Vasyľ'ko das Geld zusammengebracht hätte. Insgesamt sollten Waren mit einem Handelsvolumen von 750.435.988 Dollar über Konstantinopel und Galați an Petljura verschifft werden. Aufgrund dieser Beschuldigungen wurde Rattegan am 5. Januar 1920 angewiesen, der Sache nachzugehen. Über zwei Monate war eine ganze Abteilung des Foreign Office damit beschäftigt, konnte aber die Richtigkeit der Aussagen Savinkovs nicht bestätigen.⁵⁰⁰

All diesen Einflüssen auf die englische Außenpolitik versuchten die Ukrainer mit großangelegten Memoranden entgegenzuwirken. Man bemühte sich darum, die Ententemächte über das Direktorium selbst und seine Politik aufzuklären. Dies geschah nicht nur über die ukrainische Mission in London, sondern auch über die einzelnen englischen Auslandsmissionen, die von ukrainischen Diplomaten mit Informationen versorgt wurden.

Der ukrainische Botschafter in Helsinki, Zatusjak, erklärte in einem Zeitungsinterview, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo sich Finnland, Lettland, Litauen, Weißrußland, der Kaukasus und die Ukraine gegenseitig militärische Hilfe leisten könnten. Später sollte daraus eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit entstehen. England, so führte er aus, müßte an einer derartigen Konföderation besonders interessiert sein, da sie die russische Bedrohung Indiens ausschloß.⁵⁰¹ Ebenso übermittelte die englische Botschaft in Kopenhagen ein Memorandum des dortigen ukrainischen Gesandten Dr. Dmytro Levyc'kyj, in dem dieser gegen die Aktionen Denikins protestierte und die Entente aufforderte, Maßnahmen zum Schutz der Ukraine zu ergreifen.⁵⁰²

Eindeutig wurde auch immer wieder der antibolschewistische Kurs und die absolut integre und geschlossene Haltung der ukrainischen Bevölkerung betont. Mit Bedauern stellte die ukrainische Seite fest, daß der Oberste Rat der Alliierten in Paris die Ukrainer zwischen

499 Britische Botschaft Stockholm an Curzon of Kedleston, 27.10.1919, in: B.F.O., Nr. 149097, vol. 3965, reel 19, 1919.

500 Sale of American War Material to Ukrainian Body in Paris, 19.12.1919, Nr. 163429, und American supplies to Ukraine rebels in South Russia, 07.02.1920, Nr. 179506, in: B.F.O., vol. 4044, reel 60, 1919.

501 Britische Mission Helsinki an Curzon, 07.10.1919, in: B.F.O., Nr. 141962, vol. 3965, reel 19, 1919.

502 Kopenhagen an Curzon, 10.10.1919, in: B.F.O., Nr. 141947, vol. 3965, reel 19, 1919.

Rußland und Polen aufteilen wollte, obwohl sie eine eigenständige Nation bildeten. Gerade weil sie eine eigenständige Nation darstellten, würden die Ukrainer an ihrer nationalen Idee festhalten, die natürlich nicht nur von der Intelligenzija getragen werde und auch nichts mit deutschem Einfluß zu schaffen habe. Nach starker Unterdrückung im 19. Jahrhundert sei sie erneuert und gestärkt aus der ersten russischen Revolution von 1905 hervorgegangen. Die Anschuldigungen, als erste mit Deutschland einen Frieden geschlossen zu haben, wies das Direktorium mit der Begründung zurück, daß es die russischen Bol'sheviki gewesen seien, die den ersten Schritt zu diesen Verhandlungen unternommen hätten. Die Ukraine sei ihrem Beispiel gefolgt, nachdem von den Ententemächten keinerlei Hilfe gekommen war. Die deutsche Besetzung der Ukraine sei nur ein Zwischenspiel gewesen, das schnell durch die Ukrainer beendet wurde. Nur kurz habe das bolschewistische Intermezzo gedauert, bis das demokratische Direktorium die Macht übernahm. Die Entente habe es hingegen gebilligt, daß das ukrainische Territorium von ihren Verbündeten Polen und Rumänien angegriffen wurde. Trotz der Angriffe von allen Seiten sei das ukrainische Volk bei seinem Ziel geblieben, eine selbständige Ukraine innerhalb ihrer ethnischen Grenzen zu schaffen. Sollte es auch gelingen, die Ukraine aufzuteilen, würde das Ukrainertum immer an diesem Ziel festhalten und damit Osteuropa in ständigem Aufruhr halten, denn die Garantien, von denen gesprochen wurde, würden unter russischer und polnischer Herrschaft niemals eingelöst werden.

Was die Frage einer Föderation anbelangte, sahen die Ukrainer keinen Partner im ehemaligen Russischen Reich, der mächtig genug wäre, für das ganze Land zu sprechen. Grundsätzlich waren die Ukrainer einer Föderation nicht abgeneigt⁵⁰³, hielten es aber für das Wesen einer Föderation, daß sie nicht zwangsweise gebildet werden sollte. Nachdem die konterrevolutionären Führer Rußlands nicht einmal in Betracht zogen, der Ukraine Autonomie zuzugestehen, käme eine Föderation von vornherein nicht in Betracht. Sollte man die Ukraine unter das russische Joch zwingen, würde dies einen Großteil der ukrainischen Bevölkerung in die Arme der Bol'sheviki treiben. Die Anerkennung der Ukraine hingegen bedeute eine große Verstärkung der antibolschewistischen Bewegung. Die Kampfkraft der ukrainischen Armee würde sich verstärken, einerseits durch die moralische, andererseits durch die tatsächliche Unterstützung durch diejenigen Ukrainer, die noch zwangsweise unter Denikin kämpften.

Auf diese Art und Weise könnte der Frieden in einem Land mit so reichen Rohstofflagern am ehesten wiederhergestellt werden. Dem Export nach Westeuropa stünde somit nichts mehr im Wege. Außerdem stelle die Ukraine einen großen Markt und ein Feld für industrielle Entwicklungen dar. Dies wäre für die Entente und speziell für Großbritannien die Gelegenheit, die geographischen Vorteile Deutschlands wettzumachen. Über ihre Häfen am Schwarzen Meer könnte die Ukraine sofort in Handelskontakte mit England treten.

Durchaus ihre Existenzberechtigung hatten die ukrainischen strategischen Überlegungen, daß ein in seinen alten Grenzen wiederhergestelltes Rußland – wenn auch ohne Polen

503 DuBois, Wien, an State Department, 23.10.1919, Nr. 16, in: Records, I, 1.

und Finnland – bald wieder in imperialistischen Machthunger verfallen würde. Deutschland, enttäuscht und gedemütigt durch den Friedensvertrag, würde in diesem Fall der natürliche Verbündete Rußlands werden und Europa von neuem in einen Krieg stürzen. Eine unabhängige Ukraine könnte in diesem Fall den Puffer bilden.

Eher rührend waren die Versuche des ukrainischen Vertreters zu beweisen, daß es sich bei der Ukraine um eine alte Kulturnation handelte. Damit wollte man dem Vorurteil, die Ukraine sei ein unzivilisiertes Kunstprodukt, entgegenwirken.⁵⁰⁴

Großen Wert legte man ukrainischerseits darauf, die Militäraktionen gegen Denikin nicht als eine Abkehr der antibolschewistischen Politik des Direktoriums erscheinen zu lassen. Dieser hatte es stets abgelehnt, mit den Ukrainern auch nur zu verhandeln, verbot in seinem Sektor die ukrainische Sprache in Wort und Schrift und ließ die ukrainische und jüdische Bevölkerung⁵⁰⁵ durch seine Truppen drangsalieren.

Der Ukraine – so der Chef der ukrainischen Mission in London, Dr. Olesnyc'kyj – blieb nichts anderes übrig, als sich gegen diese reaktionäre Politik zu verteidigen. Eindeutig nahm er auch gegen die Behauptung Stellung, die Ukraine hätte besondere deutsche Verbindungen und würde von Deutschland materiell unterstützt werden. Er versicherte, außer dem gelegentlichen Ausleihen von Postflugzeugen bestünden keinerlei weitergehende Kontakte zu Berlin. Nicht zuletzt strich er heraus, daß es eigentlich Denikin selbst gewesen sei, der die Kampfkraft gegen die Bol'sheviki geschwächt hatte, indem er eine zweite Front, nämlich gegen die Ukrainer, eröffnet hatte.⁵⁰⁶

504 Special diplomatic mission of the Ukrainian Republic – Memorandum, 17.09.1919, in: B.F.O., Nr. 131224, vol. 3965, reel 19, 1919.

505 Es ist ein großes Verdienst der ukrainischen Regierung, daß sie sich immer wieder für die Rechte der jüdischen Ukrainer einsetzte und die Menschenrechtsverletzungen der Denikin-Armee in der Dnjepr-Ukraine und der polnischen Besatzungstruppen in Ostgalizien anprangerte. Das jüdisch-ukrainische Verhältnis war von Anfang an gut: Siehe dazu den Bericht in den „Basler Nachrichten“ vom 25.12.1918 über einen Kongreß der Ukrainer Amerikas vom 14.–16.12.1918 in Washington, auf dem ausdrücklich die ukrainischen Sympathien für die Juden kundgetan wurden. Aber auch die Juden ihrerseits unterstützten die ukrainische Sache, u.a. auch mit Geld, wie ein Artikel in der „Nova Reforma“ vom 28.12.1918 beweist (Bureau de la Presse, Lausanne, Revue de la Presse Nr. 66/67, in: B.F.O., Nr. 4865, vol. 3962, reel 16, 1919). Der Nationalrat der Juden in Cernivci stellte sich in dem ukrainisch-russischen Konflikt ebenfalls auf die ukrainische Seite (Revue de la Presse Nr. 88, 20.01.1919, in: B.F.O., Nr. 17515, vol. 3962, reel 16, 1919). Dazu der russische konservativ inspirierte Artikel aus dem „Kievljanin“ „La torture par terreur“ vom 21. Oktober 1919, der die Juden beschuldigte, grundlos Propaganda gegen Denikin zu betreiben und dadurch den russischen Staat kaputt zu machen und ebenso der Brief vom Chef der ukrainischen Mission in Rumänien, Prof. Macijevyč, an Graf Tyszkiewicz, den ukrainischen Delegierten bei der Friedenskonferenz in Paris, vom 1. November 1919. Beide Dokumente, B.F.O., Nr. 158719, vol. 3965, reel 19, 1919.

506 Special diplomatic mission of the Ukrainian Republic in the U.K. an Foreign Office, 20.10.1919, in: B.F.O., Nr. 143771, vol. 3965, reel 19, 1919. Dazu auch Galaganiy (Président de la mission diplomatique extraordinaire de la République Ukrainienne en Hongrie) an Sir

Durch die regelmäßigen Berichte der Britischen Militärmission bei Denikin, die durch das War Office an das Foreign Office weitergeleitet wurden, machte man es den Ukrainern sehr schwer, General Denikin anzugreifen. Diese Schreiben bezogen nämlich grundsätzlich eindeutig Stellung für den russischen General. Auf diesem Wege wurde auch vereinbart, daß Großbritannien Druck auf Rumänien und Polen ausüben sollte, Petljura nicht mehr zu unterstützen. Denikin weigerte sich nach wie vor, Kontakt zu Petljura, den er als Bol'sevik bezeichnete, aufzunehmen. Durch die französische Aufmerksamkeit, die Petljura gezollt werde, erfreue sich dieser einer fiktiven Wichtigkeit, die aber in keinem Verhältnis zur wirklichen Position der Ukraine in der russischen Frage stehe. Nur durch deutsches Geld, so grollte Denikin, sei es den Ukrainern gelungen, überall Auslandsmissionen errichten zu können. Die Vorwürfe gegenüber seiner Armee, sie würde alles Ukrainische vernichten, stellte er als gemeine Lüge dar. Seiner Meinung nach war Petljura keine ernstzunehmende Gefahr mehr, vielmehr jedoch die einzelnen Gruppen, die sich um die Atamane scharten. Aber auch damit würde sich über kurz oder lang zurecht kommen lassen: „An ignorant population, to whom murder and loot have become every day occurrences, cannot be put in order in a short time.“ In der von den Ukrainern angeprangerten Politik Denikins konnten die englischen Berichterstatter keine Fehler entdecken. Sie bezeichneten sie als liberal, und in einem vereinigten Rußland sollte auch „Kleinrußland“ Autonomie eingeräumt und Maßnahmen in Land- und Arbeitsfragen ergriffen werden. Denikin hatte sogar eine Proklamation erlassen, die den Unterricht in den Schulen auf „Kleinrussisch“ sicherte. Hier stellt sich nur eine Frage: Wenn Denikin doch so aufgeschlossen allem Ukrainischen gegenüberstand, warum sprach er dann nicht mit einem einzigen ukrainischen Abgesandten? Nur einen einzigen Vorwurf wagte die Britische Militärmission Denikin und seiner Organisation zu machen, nämlich ihre Geheimdienstarbeit erschien den Engländern als stümperhaft.

Diesen Berichten war auch eine gewisse Voreingenommenheit eigen, die sich in einer permanenten Angst vor deutschem Einfluß und deutschen Intrigen manifestierte. Dabei sahen die Briten hinter den Ukrainern selbstverständlich nur Deutschland, ebenso konnte sich hinter polnischen, italienischen, schwedischen, dänischen und Schweizer Handelsagenturen nur deutscher Einfluß verbergen. Genauso verhielt es sich mit dem jüdischen Einfluß, auf den fast der gesamte russische Bolschewismus zurückgeführt wurde. Listen mit den Namen russischer Revolutionäre und ihren eigentlichen jüdischen Namen zirkulierten. Auch wurde es als einfache Wahrheit dargestellt, daß alle Zeitungen, die Denikin feindlich gegenüberstanden, von Juden finanziert und von jüdischen Journalisten

George Clerk (Représentant plénipotentiaire du Conseil Suprême, Budapest, Palais Zichy). 20.11.1919, in: B.F.O., Nr. 158719, vol. 3965, reel 19, 1919. Galaganij unterstützt noch die oben genannten Argumente und bittet zusätzlich um Hilfe der Friedenskonzferenz. (War Office an Foreign Office, 07.10.1919, in: B.F.O., Nr. 138758, Effect of Denikin's plans of Caucasian and Ukrainian activity, vol. 3979, reel 27, 1919).

mit Artikeln versorgt wurden. Somit war für Großbritannien das Argument, Denikin und seine Truppen seien antisemitisch, entkräftet und widerlegt.⁵⁰⁷

Im zweiten Jahr der bolschewistischen Revolution stand es schlecht für die Konterrevolutionäre. Anfang November 1919 berichtete die Times, daß Omsk evakuiert werden würde, und tatsächlich verließ General Knox am 7. November zusammen mit seiner Mission die sibirische Hauptstadt. Lloyd George sah nun den Zeitpunkt für gekommen, einen Versuchsballon für eine neue Politik steigen zu lassen. Zum Anlaß nahm er das traditionelle Guildhall-Bankett zur Einführung des neuen Bürgermeisters von London und erklärte, daß sich Großbritannien die Fortsetzung einer derart kostspieligen Intervention in einem endlosen Bürgerkrieg nicht mehr leisten könne und deshalb seine Truppen aus Rußland abziehen werde.⁵⁰⁸ Dieser Vorstoß seitens des Premiers war nicht mit dem Kabinett abgesprochen worden und schockierte die anwesenden imperialen Größen und die in London akkreditierten Botschafter.

Sowohl Presse als auch Unterhaus tobten. Am 17. November gab es eine Debatte im House of Commons, die achte über Rußland seit der Parlamentseröffnung im Februar 1919. Die zwei Gegenpole waren vertreten durch diejenigen Redner, die Ehrenverpflichtungen gegenüber Rußland einklagten, und diejenigen, welche die Intervention aus Gründen des Selbstbestimmungsrechtes ablehnten. Dazwischen bewegte sich Lloyd George und versuchte, sich hindurchzulavieren. Es wäre müßig, alle seine Argumente zu wiederholen, doch eines, das schlagkräftigste, sei hier vorgestellt. Er erinnerte das Unterhaus daran, wie sich Preußen und damit Deutschland nach Jena und Auerstädt mit russischer Hilfe in Ostpreußen regenerierte und Napoleon letztendlich zu Fall brachte. Heute seien nun wieder Deutsche im Baltikum mit dem Ziel aktiv, die Entente zu zerschlagen. Da Englands Kräfte nicht zu allem ausreichten, schlug Lloyd George vor, sich darauf zu konzentrieren, das Baltikum von den Deutschen zu säubern und sich nicht mehr in russische Angelegenheiten zu mischen. Churchill, der Motor der Interventionspolitik, schwieg zunächst zu dieser neuen Politik, versuchte aber, bevor sie weiter Fuß fassen konnte, ihr in einem internationalen Rahmen entgegenzuwirken. Am 21. November schrieb er an Louis Loucheur, den einflußreichen Minister für Wiederaufbau in der Regierung Clemenceau. Er ließ diesen wissen, daß die Aufgabe der französischen Hilfe an die konterrevolutionären Russen eine selbstmörderische Politik für Frankreich wäre und beschwor die Gefahr einer deutsch-russischen Verständigung. Folglich schlug er vor, Polen auf jede denkbare Weise zu stärken und eine Einheit zwischen Polen und den nationalrussischen Kräften herbeizuführen. Diese Anregungen fielen in Paris auf fruchtbaren Boden. Schon seit ewiger Zeit hatte man dort vor, die Briten nicht mehr allein

507 Report on the British Military Mission, South Russia, 8th October 1919, übersandt von War Office an Curzon am 29.11.1919, in: B.F.O., Nr. 157024, vol. 3979, reel 27, 1919. Ebenso der Bericht vom 27.03.1919, in dem keine Gelegenheit ausgelassen wird, das Verhalten der Ukrainer und Franzosen zu diffamieren, in: B.F.O., Nr. 68500, Volunteer Army and the Ukraine, vol. 3979, reel 27, 1919.

508 DENNIS *The foreign policies of Soviet Russia*, S. 379.

in Rußland zum Zuge kommen zu lassen, da Frankreich um seine großen Investitionen bangte. Denikin, der den Franzosen wegen Odessa bereits vergeben hatte, konnte eine Wachablösung nur willkommen sein, noch dazu nachdem er von dem angedeuteten englischen Kurswechsel erfahren hatte. Er ließ wieder eine französische Militärmission bei sich zu. In der Zwischenzeit hatten Loucheur und Tardieu in Paris aufgrund von Unterlagen Savinkovs ein Papier entworfen, das vor einer deutsch-bolschewistischen Zusammenarbeit warnte und zu einer aktiven Randstaatenpolitik aufforderte. Das hieß, daß man entschlossen war, eine Allianz zwischen Polen und Denikin herbeizuführen. Der französische Generalstab drängte Polen, eine sofortige Offensive zu beginnen. Anfang Dezember 1919 besuchte Loucheur London und traf sich mit Lloyd George, um diesem seine Ideen auseinanderzusetzen.⁵⁰⁹

Churchill hatte bereits General Briggs zu Piłsudski gesandt, um ihn zu einer Zusammenarbeit mit Denikin zu überreden. Auf polnischer Seite hatte man allerdings eine andere Sicht der Dinge. Ohne daß Churchill es wußte, hatte der polnische Außenminister Fürst Sapieha in London erklärt, die Niederlage Denikins und des im Baltikum stehenden Judenič sei die Voraussetzung für eine polnisch-englische Zusammenarbeit. Gleichzeitig mit den Verhandlungen mit Denikin führte Polen auch Gespräche mit den Bol'seviki. Piłsudski war nämlich der Meinung, Rußland, ob rot oder weiß, sei nur mehr ein „Kadaver“, an dem man sich gütlich tun könnte.

Churchill war bereit, alles für Denikin zu tun, den er als letzte Hoffnung ansah. Das Kabinett wollte über das Schlußpaket hinaus nichts mehr liefern, und so versuchte er, erbeutete Waffenbestände an Denikin weiterzuleiten. Im Dezember 1919 war dann auch die Entscheidung über die Entsendung eines Hochkommissars für Denikin gefallen. Halford Mackinder wurde zu Denikin geschickt, rangmäßig aber nicht über den Hochkommissar Wardrop in Georgien gestellt, was bedeutete, daß den Briten an den separatistischen Bewegungen der Kaukasusstaaten noch sehr viel lag. Gleichzeitig mit Mackinder machte sich auch von der Abteilung für Überseehandel eine Mission nach Südrußland auf den Weg, deren Auftrag es war, dort britischen Handel und Industrie zu installieren.⁵¹⁰ In der Zwischenzeit ging es mit den Kräften Denikins bergab. Polens Haltung ihm gegenüber wurde immer wichtiger. Anfang Dezember war Katerynoslav in den Händen Machnos, und Kiew stand kurz vor der Eroberung durch die Rote Armee. Bei einer Besprechung in Warschau drängte General Briggs Piłsudski zu einer Intervention. Mannerheim war ebenfalls anwesend, um zu sehen, welchen Preis die Weißen für eine koordinierte Offensive bereit wären zu zahlen. Aber Denikin dachte nicht daran, Konzessionen zu machen. Auch Mackinder, der ebenfalls über Warschau gereist war, konnte nichts daran ändern.

Die Armee Denikins war nach einer Zählung General Vrangels, dem er das Kommando über den Mittelabschnitt der Front in Südrußland übertragen hatte⁵¹¹, auf 3.600 Mann

509 SCHMID Churchills privater Krieg, S. 280–281.

510 SCHMID Churchills privater Krieg, S. 285.

511 Im April 1920 übertrug Denikin dann endgültig das Oberkommando über die Streitkräfte in

Infanterie (plus 300 Mann Reserve) und 4.700 Mann Kavallerie zusammengeschrumpft. Vrangel' plädierte daher für einen Rückzug auf die Krim zur Reorganisation der Armee. Denikin aber wollte davon nichts wissen und zuerst das Don-Gebiet verteidigen. Am 16. Dezember 1919 fiel Kiew und die Rote Armee rückte gegen Odessa vor. Durch die Guildhall-Rede war die Moral der Freiwilligenarmee noch weiter gesunken, während der sowjetrussische Außenminister Čičerin die Wendung der britischen Politik per Radiomitteilung begrüßte und sich Beziehungen zwischen Rußland und Großbritannien durchaus vorstellen konnte.

Eine weitere Folge der Rede Lloyd Georges war, daß sich die deutschfreundlichen Kräfte im Umfeld Denikins und anderswo wieder meldeten. Aus Bern teilte man dem englischen Premier mit, Ludendorff habe das Ende der britischen aktiven Unterstützung als Nachricht aufgenommen, die einem Sieg gleichkäme. Er sah bereits einen neuen Dreibund aus Deutschland, Rußland und Japan entstehen.⁵¹² Den Tatsachen entsprach immerhin, daß Deutschland sich am 30. Oktober 1919 geweigert hatte, an der Blockade gegen Sowjetrußland teilzunehmen. Wenn die Entente Rußland nun allein ließe, würde Deutschland den russischen Markt allmählich für sich gewinnen. Auch die Vereinigten Staaten, die der Blockadepolitik mit Skepsis begegneten, waren von der Guildhall-Rede nicht entzückt. Der amerikanische Vertreter bei der Friedenskonferenz, Polk, und Botschafter Davies in London versuchten herauszufinden, was Lloyd George vorhatte. Nach eingehenden Gesprächen mit diesem kamen sie zu dem Schluß, daß ihm wohl ein zerstückeltes Rußland vorschwebte, nicht nur mit unabhängigen Kaukasusstaaten, sondern auch mit einer selbständigen Ukraine und einem souveränen Bessarabien und Sibirien. Mit diesem Ziel vor Augen wäre Lloyd George auch bereit, mit der Sowjetrepublik ein Abkommen zu schließen, berichteten sie nach Washington.⁵¹³ Die amerikanische Regierung war strikt gegen die Balkanisierung Rußlands, da sie befürchtete, daß ein um so beträchtliche Teile verkleinertes Rußland dem deutschen oder japanischen Imperialismus nicht würde standhalten können. Lansing hielt es für höchst unglücklich, wenn Großbritannien in diesem heiklen Moment den Sowjets durch Verhandlungen Schützenhilfe leisten würde. Die USA, so erläuterte Lansing anfang Dezember Präsident Wilson, brauchte ein einiges,

Südrußland General Baron Vrangel'; jedenfalls wurde dies der russischen Militärmission in Belgrad am 7. April mitgeteilt. Dort kam ebenfalls ein Telegramm mit der nachricht an, daß der Generalstabschef Denikins, Romanovskyj, der trotz aller Warnungen seiner Umgebung von den ententefreundlichen Intrigen nicht lassen wollte, von Offizieren in der Halle der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel getötet worden sei. Der österreichische Geschäftsträger in Belgrad ging nun davon aus, daß der Verzicht Denikins und die Beseitigung Romanovskyjs es Vrangel' und seiner deutschfreundlichen Orientierung erlaube, sich frei zu entfalten. (Österreichische Gesandtschaft Belgrad an Staatsamt für Äußeres, 07.04.1920, Nr. 118/1440, in: AdR, NPA 666, Liasse Rußland 2/8).

512 Russell an Curzon, 20.11.1919, in: Documents on British Foreign Policy, III, Nr. 552, S. 654.

513 Polk an Lansing, 29.11.1919, und Davies an Lansing, 04.12.1919, in: FRUS, Russia, S. 126-129.

liberales und national gesinntes Rußland. Seine Ressourcen sollten nicht länger abenteuerlichen Revolutionären zur Verfügung stehen, sondern einer Regierung, die den Willen des Volkes ausdrückte und internationale Vereinbarungen einhielt.⁵¹⁴

Lloyd George suchte nach einem Weg, die von ihm eingeschlagene Politik weiterzuführen. Seit August 1919 hatte ihn Lord Curzon mehrfach gedrängt, eine interalliierte Konferenz zur russischen Frage zusammenzurufen. Der englische Premierminister zog es hingegen vor, diese Angelegenheit in einem kleineren Kreise zu regeln. Einen willkommenen Anlaß bot die Außenministerkonferenz der fünf Mächte in London vom 11. bis zum 13. Dezember. Clemenceau war zu diesem Zweck in die britische Hauptstadt gereist, und am Morgen des 11. Dezember hatte Lloyd George eine Unterredung mit diesem, wobei es ihm gelang, Clemenceau vom Kurs von Loucheur und Tardieu abzubringen. Da Frankreich das Geld für kostspielige Interventionen fehlte und die letzten Wahlen gezeigt hatten, daß die Furcht vor bolschewistischen Umtrieben in Frankreich keinerlei Berechtigung hatte, lenkte Clemenceau ein. Er und Lloyd George vereinbarten, antibolschewistischen Kräften keinerlei alliierte Unterstützung mehr zur Verfügung zu stellen, außer diese erwarben sie käuflich. Churchills Vorstoß war gescheitert. Darüber hinaus erklärte sich Clemenceau ganz eindeutig gegen die Schaffung separater russischer Staaten. Er machte sich zum Befürworter einer Politik der Abgrenzung, d.h. er fand, man sollte Rußland mit Stacheldraht umgeben und jeden Gedanken an weitere Interventionen fallenlassen. Am 15. Dezember wurde der Text der alliierten Resolution bekanntgegeben.⁵¹⁵

Ebenso wie in der Politik gegenüber Großbritannien versuchten ukrainische Diplomaten und Verbände, auch mit Aufklärung und Information bei ihren amerikanischen Kollegen etwas zu erreichen.⁵¹⁶ Es ist nicht nötig, diesen Bemühungen und den ukrainisch-amerikanischen Beziehungen ein eigenes Kapitel zu widmen, da sich die amerikanische Einstellung und Politik kaum von derjenigen Englands unterschied. Die Amerikaner standen der ukrainischen Frage womöglich mit noch mehr Ignoranz und Desinteresse gegenüber als ihre Verbündeten. Da nützte es auch nichts, daß eine Serie von Aufklärungsschriften und Bittgesuchen das State Department erreichte. Auch hatte sich ein gewisser Julijan Bačyns'kyj im Sommer 1919 als außerordentlicher diplomatischer Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik in Washington etabliert. Im Auftrag des Direktoriums wandte er sich am 8. August 1919 zum ersten Mal an Außenminister

514 SCHMID Churchills privater Krieg, S. 286.

515 Documents on British Foreign Policy, II, Nr. 62, S. 782.

516 Memorandum des Ukrainian Far Eastern Council (Amerikanisches Konsulat Vladivostok an State Department, 17.05.1919, Nr. 444); Memorial adressed to His Excellency, The President of the United States and to the Senators of the United States and Representatives in Congress. (Dieses Memorial stammte vom Ukrainian National Committee of the United States und trägt kein Datum.) Memorandum and Declaration of the Russian National Council of Carpatho-Russia in Lvov (Galicia) and of The League of Liberation of Carpatho-Russia in America. 18.09.1919, in: Records, 2, 1.

Lansing mit der Bitte um Verständnis und Hilfe für die junge ukrainische Demokratie. Er forderte ihre staatliche Anerkennung und die Aufnahme von Handelsbeziehungen.⁵¹⁷ Allerdings hatte er damit noch weniger Erfolg als seine Kollegen in Europa. Mit einem Schreiben vom 15. August teilte ihm das State Department mit, daß Washington die Unabhängigkeit der Ukraine nicht anerkenne und daher auch nicht geneigt sei, Regierungsvertreter dieses Landes zu empfangen.⁵¹⁸ Ganz wie die englischen Verbündeten hoffte man in der Rußland-Abteilung des State Department auf eine Verständigung zwischen Denikin und Petljura, um ein vereintes Rußland mit Autonomierechten für die einzelnen Teile des Reiches zu schaffen. Auf amerikanischer Seite war man ebenso wie in London oder Paris davon überzeugt, daß die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung ihren Ursprung in österreichischer Propaganda und im Wirken des – später berühmt gewordenen – Lemberger Erzbischofs Andrej Šeptyc'kyj hatte.⁵¹⁹

Im Oktober schien sich allerdings das Blatt etwas gewendet zu haben, denn es wurden Major Ryden und Captain Irvine in den Norden und Nordosten der Ukraine geschickt, um mit verschiedenen zivilen und militärischen Führern zu sprechen, doch war es ihnen nicht erlaubt worden, Zugeständnisse zu machen. Ryden sprach dabei auch mit Repräsentanten Denikins und fand heraus, daß die ukrainische Mission in Paris die Ukraine mit amerikanischen Armeegütern versorgte.⁵²⁰ Zur gleichen Zeit bat eine ukrainische Delegation um die Hilfe des Amerikanischen Roten Kreuzes, das, um die näheren Umstände in der Ukraine zu erkunden, Amerikaner dorthin senden sollte. Payson, der sich bereits vor Ort befand, war der Meinung, daß das U.S. Außenministerium für den freien Transport der Hilfsgüter sorgen würde.⁵²¹

Am 12. September 1919 brach Brigadegeneral Edgar Jadwin von der amerikanischen Kommission in Polen zusammen mit einigen anderen Amerikanern, zwei Briten und einem Beamten des polnischen Außenministeriums zu einer Rundreise durch die Ukraine auf.⁵²² Von Warschau aus fuhren sie in Richtung Kiew und trafen Petljura in Kasatyn. Jadwin hatte ein vierstündiges Gespräch mit ihm, während dessen sich Petljura beschwerte, daß die Ukraine von den Alliierten noch nicht anerkannt worden sei und daß ukrainische Versorgungsgüter nicht aus Österreich heraustransportiert werden dürften. Er bat darum, daß die Friedenskonferenz dies veranlasse, und hoffte auf die Entsendung des Roten Kreuzes. Über Johnson, ein ehemaliges Mitglied der Liquidierungskommission, fand Jadwin heraus, daß die Ukrainer aufgrund ihrer Anfrage Nr. 97 Waren im Wert von

517 Bačyns'kyj an Lansing, 08.08.1919, in: Records, 2, 1.

518 State Department an Bačyns'kyj, 15.08.1919, in: Records, 2, 1.

519 Division of Near Eastern Affairs (Russia) an Mr. Poole, wahrscheinlich Ende August 1919, in: Records, 2, 1.

520 Bicknell, Olds, an Ambross, American Red Cross Washington, 11.10.1919, Nr. 40494, in: Records, 1, 1.

521 Payson an American Red Cross, Washington, Oktober 1919, in: Records, 1, 1.

522 Die amerikanische Kommission in Polen unterstand der American Commission to Negotiate Peace in Paris.

8.557.771,59 Dollar aus Paris bekommen hatten, daß aber gleichzeitig die französische Regierung die Lieferung von medizinischen Versorgungsgütern im Wert von 846.043,76 Dollar verhinderte. Petljura setzte sich des weiteren für Investitionen amerikanischen und englischen Kapitals in der Ukraine ein und wünschte die Regelung des Kriegsgefangenenproblems; vor allem forderte er die Freilassung der ukrainischen Soldaten, die auf Seiten der Mittelmächte gekämpft hatten und sich nun in alliierter Kriegsgefangenschaft befanden. Ebenso sollte es den amerikanischen und kanadischen Ukrainern gestattet werden, freiwillig in seine Armee einzutreten. Nach dieser kurzen Unterredung brachte eine ukrainische Abordnung die alliierte Gruppe ins Niemandsland zwischen der Petljura-Armee und den Denikin-Truppen, und in Parypsy wechselten sie schließlich die Linien. So nüchtern und kurz das Treffen mit den Ukrainern beschrieben wurde, so herzlich und ausführlich geschah dies über die Zusammenkunft mit Denikin. Jadwin schien fasziniert vom Charme Denikins und seines Generals Bredow, den sie in Kiew trafen. Bredow gelang es, Jadwin von der Schuld Petljuras am Durchbruch der Bol'seviki zu überzeugen, ebenso davon, daß ein herzliches Verhältnis zu den Polen herrschte, mit denen man hoffte, baldmöglichst zu einem Bündnisabschluß zu kommen. Außerdem klärte er Jadwin und seine Begleiter darüber auf, daß die Ukrainer von russischer Rasse seien und ihre Sprache das Russische sei, das lediglich ukrainisiert worden wäre. Auch gelang es den Offizieren der Freiwilligenarmee, die Schuld an den Juden-Pogromen weitestgehend auf die Ukrainer abzuwälzen. Dies machte großen Eindruck auf Jadwin, der wirklich an dieser Frage und am Wohlergehen der Juden interessiert war. Die wunderschöne Kulisse Kiews und Opernbesuche dort taten ein übriges, den Amerikaner für die „disziplinierte und hoch motivierte“ Armee Denikins einzunehmen. Von Kiew aus reiste die Gruppe über Fastiv nach Lemberg, wo sich Jadwin mit Erzbischof Šeptyc'kyj traf, um diesen auf die jüdische Frage in der Ukraine anzusprechen. Von dort ging es über die Bukowina und Siebenbürgen nach Budapest und weiter nach Wien. Am 14. Oktober 1919 erreichte Jadwin Paris. Für die Ukrainer war dieser Besuch augenscheinlich nicht besonders gut verlaufen, jedenfalls schafften sie es nicht, einen bleibenden und positiven Eindruck bei Jadwin zu hinterlassen.⁵²³ Durch Siegesmeldungen der Petljura-Truppen über Denikin versuchten die „Friends of Ukraine Washington“, Hilfe für ihre Brüder in der Ukraine zu bekommen. Doch die Rußland-Abteilung des State Department zeigte keinerlei Reaktion.⁵²⁴ So endete das Jahr 1919, ohne den Ukrainern in irgendeiner Form einen diplomatischen Erfolg mit den alliierten oder assoziierten Mächten gebracht zu haben.

523 American Mission to Negotiate Peace, Mission to Poland, Report on Ukraine, 23.10.1919, in: Records, 1, 1.

524 Friends of Ukraine Washington an State Department, 09.11.1919, in: Records, 1, 1.

3.7. Großbritannien, Frankreich und das Problem des „ungeteilten Rußland“

Konstantinopel (Istanbul) ist die einzige Stadt der Erde, die auf zwei Kontinenten, Europa und Asien, errichtet wurde. Diese geographische Lage machte es durch die Jahrhunderte hindurch zu einem wichtigen politischen Zentrum. Nach den Wirren der Revolution wurde die Stadt zu einem natürlichen Auffangbecken für Flüchtlinge aus dem ehemaligen russischen Zarenreich. Hier versammelten sich die verschiedensten oppositionellen Gruppierungen russischer wie anderer Nationalität, und es herrschte eine rege Agententätigkeit aller am Kriege beteiligten Mächte. Konstantinopel galt als das ‚Schaufenster‘ nach Rußland, und da die Nachrichten aus dem zerfallenen Reich nur spärlich eintrafen, war man um so mehr auf die wenigen Neuigkeiten angewiesen. Auch die meisten Hilfslieferungen für die unglückliche russische Bevölkerung wurden über diese Basis am Rande der Revolution koordiniert.

Es versteht sich von selbst, daß alle namhaften Staaten entweder diplomatische oder konsularische Vertretungen in dieser Stadt unterhielten. Wer von den unbedeutenderen Staaten etwas erreichen wollte, war ängstlich darauf bedacht, ebenfalls seine Vertreter dorthin zu entsenden; so auch die Ukrainer. Durch eine Hausdurchsuchung der interalliierten Polizei, die auf Befehl der Hochkommissare Englands, Frankreichs und Italiens bei der ukrainischen Mission am 25. September 1919 durchgeführt wurde, fielen den Engländern eine Reihe von amtlichen und persönlichen Dokumenten in die Hände.⁵²⁵ Verschiedene Umstände – wie die angebliche Verbindung von der Tochter des ukrainischen Botschafters Lotoc'kyj, zum deutschen Geheimdienst, die Anwesenheit von Nikolaj Čekovskij, der als russischer Bol'ševik galt, die angebliche Verbindung zur nationalistischen Bewegung Anatoliens und zu Deutschland und Österreich und nicht zuletzt die Propaganda gegen ein einiges Rußland unter der Führung Denikins – hatten die Aufmerksamkeit der Alliierten auf die ukrainische Legation in Konstantinopel gelenkt. Nach Untersuchungen hatte man herausgefunden, daß zwei Legationsangestellte, Rathaus und Kobyljans'kyj, sich mit Schriftstücken am 5. September 1919 nach Italien begeben würden. Nachdem feststand, daß die ukrainische Mission nie von den alliierten Hochkommissaren offiziell anerkannt worden war, beschloß man, die Schriftstücke der beiden Boten zu beschlagnahmen. Ein Grund war schnell gefunden: Die Ukrainer hätten offenbar versucht, die Zensur zu umgehen. Nach der Beschlagnahmung der Papiere hielt man auch die Durchsuchung der Mission für notwendig.⁵²⁶ Durch diese Papiere, obwohl einige vorher vernichtet worden waren, läßt sich ein klares Bild der Lage der ukrainischen Diplomaten in Konstantinopel zeichnen. Aber es wurden nicht nur Dokumente sichergestellt, sondern auch die Gelder der Legation auf einem Konto des Crédit Lyonnais eingefroren. Bei der Durchsuchungsaktion ging es darum herauszufinden, ob zwischen der ukrainischen Mission und den Mittelmächten eine Beziehung bestand. Allerdings

525 Activities of the Ukrainian Legation, Nr. 154432, in: B.F.O., vol. 4030, reel 53, 1919. Im folgenden zitiert: B.F.O., vol. (...), reel (...).

526 Ukrainian Legation at Constantinople, Nr. 156700, in: B.F.O., vol. 4030, reel 53, 1919.

konnte dies nicht nachgewiesen werden. Es fand sich weder belastendes Material über eine verbotene Verbindung zu Deutschland noch zu einer solchen zu Mustafa Kemal, dem späteren „Atatürk“. Man setzte dann seine Hoffnungen darauf, doch noch etwas Belastendes in dem gemieteten Banksafe von Botschafter Lotoc'kyj zu finden. Die alliierte Polizei nötigte den Direktor des Crédit Lyonnais den Safe zu öffnen,⁵²⁷ fand aber nur Dinge privater Natur darin vor. Das eigentlich schockierende an diesem Vorgehen gegen die Ukrainer war aber, daß der ukrainischen Mission noch Monate später ihre Dokumente nicht zurückgegeben wurden. Die alliierten Behörden fanden es noch nicht einmal notwendig, sich zu entschuldigen. Auf ukrainischer Seite war man davon überzeugt, daß diese Aktion von der russischen Freiwilligenarmee inszeniert worden war, um die ukrainische Sache zu diskreditieren. Beweisen konnte sie das allerdings nicht.⁵²⁸

Im August 1918 hatte der ukrainische Botschafter Oleksander Lotoc'kyj in Konstantinopel folgende Mitarbeiter: den Rat Jan Tokarževs'kyj-Karaševyč, den ersten und zweiten Sekretär Petro Čykalenko und Mykola Ljubyns'kyj, die Dolmetscher Oksana Oleksandrijevska und Ivan Spafaris sowie die Angestellten Vasyľ Prichodko und Mykola Koval's'kyj.⁵²⁹

Im Rahmen seines Reports über die Durchsuchung der ukrainischen Mission sandte der amerikanische Hochkommissar seine Einschätzung der Frage des Rechtes der Ukraine auf Selbständigkeit und des Verhältnisses zwischen Petljura und Denikin nach Washington. Offen äußerte der Amerikaner dabei, daß die Ukraine aufgrund ihrer früheren Zusammenarbeit mit Deutschland es nicht verdient habe, die Selbständigkeit zu erlangen. Für ihn war die Ukraine lediglich ein Stück von „old Russia“, so wie es das Kuban'-Gebiet, Armenien und Aserbaidschan waren.⁵³⁰

Für den desolaten Zustand des gesamten ehemaligen Russischen Reiches machte er die Unfähigkeit der Russen hinsichtlich Organisation und Administration verantwortlich. Diese arrogante Einstellung behielten die amerikanischen Vertreter in Konstantinopel auch während des Jahres 1920 bei. Natürlich wurde der ukrainische Missionschef nicht anerkannt: „The delegate of the Ukrainian Republic of course has no official standing.“ Seine Schreiben waren für die amerikanischen Diplomaten lediglich Informationsquellen, deren Inhalte man glaubte oder auch nicht.⁵³¹

Zuerst und vor allem hatte man in der ukrainischen Botschaft ständig unter akutem Geldmangel zu leiden. Die Kuriere zwischen der Mission und dem ukrainischen Außenminister konnten nur sehr unregelmäßig verkehren, zudem hatte dieser nicht viel

527 British Commission Constantinople an Lord Curzon, 05.11.1919, Nr. 154432, und Ukrainian Legation, 23.12.1919, Nr. 168777, in: B.F.O., vol. 4030, reel 53, 1919.

528 Margolin an Gregory vom Foreign Office, 07.04.1920, Nr. 190673, in: B.F.O., vol. 4030, reel 53, 1919.

529 Lotoc'kyj an den ukrainischen Außenminister, August 1918, in: B.F.O., vol. 5445, reel 8. 1920. Im folgenden zitiert: B.F.O., vol. (...), reel (...).

530 United States High Commissioner an State Department, 15.01.1920, in: Records, 2, 1.

531 American Legation Constantinople an Sate Department, 15.04.1920, in: Records, 2, 4.

Geld an seine Auslandsvertretungen zu verteilen. Die Kosten in Konstantinopel hingegen waren immens und wurden durch die reichen russischen Emigranten immer weiter in die Höhe getrieben. Die Miete und der Ankauf von Möbeln sowie die Gehälter der Angestellten verschlangen schon fast die gesamte Geldzuteilung. Hinzu kamen die laufenden Kosten, um eine gute Presse zu bekommen, und die Hilfsleistungen an bedürftige Ukrainer, die sich an ihre Vertretung gewandt hatten. Trotz ständiger Personalkürzungen reichte das Geld nie.⁵³²

Das schwierigste Problem, mit dem die ukrainische Mission zu kämpfen hatte, war die feindselige Haltung der Ententevertreter in Konstantinopel.⁵³³ Auf Anfragen in für die Ukrainer wichtigen Fragen erhielten sie keine Antwort, Bitten um Beglaubigung von Pässen wurde nicht entsprochen. Die Hauptschuld an diesen Schwierigkeiten lastete man den russischen Emigrantenzirkeln an, die ihren Einfluß – noch aus alten Zeiten – sowohl bei den ausländischen Vertretern wie auch bei der türkischen Regierung geltend machen konnten. Diese konservativen Russen hatten ein Spionagenetz gesponnen und eine eigene Nachrichtenagentur, Russagen, ins Leben gerufen. Es scheint, als wären die ukrainischen Vertreter in Konstantinopel noch mehr als ihre Kollegen in den übrigen Hauptstädten gedemütigt und am effektiven Arbeiten für ihr Land gehindert worden.⁵³⁴ Besonders regten sie sich über Presseberichte auf, die von der Freiwilligenarmee nahestehenden Zirkeln lanciert, und die die Ukrainer auf übelste Art verleumdete. Da die ukrainischen Vertreter als gesellschaftlich nicht ebenbürtig betrachtet wurden und der französischen Sprache nur unzureichend mächtig waren, taten sie sich sehr schwer, in die entsprechenden Kreise aufgenommen zu werden; eigentlich schafften sie es nie ganz.⁵³⁵ Verbessert wurde ihr Ruf nicht gerade durch die interne Zerrissen- und Zerstrittenheit, die unter den Ukrainern herrschte. Man stritt sich in aller Öffentlichkeit um Ämter und Würden, denunzierte die (vermeintlichen) Fehler von Kollegen, und ukrainische Offiziere der Petljura-Armee traten offiziell in die Freiwilligenarmee Denikins ein, um ihre Haut zu retten.⁵³⁶ Nicht gerade förderlich erwies sich zudem die unentschlossene Haltung der türkischen Regierung gegenüber den Ukrainern. Inoffiziell wurde die Ukraine und auch

532 Lotoc'kyj an den ukrainischen Außenminister Temnyc'kyj, 22.08.1919 und September 1919, in: B.F.O., vol. 5445, reel 8, 1920.

533 Tokarževs'kyj-Karaševyč an den ukrainischen Außenminister Temnyc'kyj, 05.09.1919, in: B.F.O., vol. 5445, reel 8, 1920. „Almost the whole of the Entente treats us in an impossible way, and quite particularly the French and the Serbs. The Turks are afraid and hide themselves also. In one word, at my arrival the conditions of life were awful, while the Russians are walking about like cocks in Constantinople.“

534 Lotoc'kyj an Lipinskyj (Wien), 22.08.1919; Lotoc'kyj an den ukrainischen Außenminister, 25.08.1919, und Lotoc'kyj an Maksym Slavins'kyj, 06.09.1919, in: B.F.O., vol 5445, reel 8, 1920.

535 Tokarževs'kyj-Karaševyč an Lipinskyj (Wien), 08.09.1919, in: B.F.O., vol 5445, reel 8, 1920.

536 Lubinski an Jeremiv (Rom), August/September 1919; Lotoc'kyj an den ukrainischen Außenminister, 25.08.1919, in: B.F.O., vol. 5445, reel 8, 1920.

ihr diplomatischer Vertreter anerkannt und alle Rundschreiben sowie Schriftstücke, welche die übrigen Auslandsvertretungen bekamen, erreichten auch die ukrainische Mission. Allerdings verleugnete die türkische Regierung diese ukrainisch-türkischen Beziehungen in der Öffentlichkeit und erst recht vor den Ententevertretern. Hauptsächlich ging es ihr dabei um die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit der Ukraine.⁵³⁷

Obwohl aufgrund der beschlagnahmten Dokumente aus der ukrainischen Mission in Konstantinopel nicht eindeutig strafbare Handlungen hervorgingen, schlug Major-General Sir William Thwaites vom War Office Lord Hardinge vor, den britischen Gesandten in Warschau anzuweisen, der polnischen Regierung nahezu legen, Petljura keinerlei Unterstützung mehr zu gewähren.⁵³⁸ Den Zorn des Briten hatte wohl hauptsächlich die Tatsache erregt, daß die ukrainische Legation sich für eine selbständige Ukraine und nicht für ein vereinigt Rußland einsetzte. An erster Stelle ihrer „Vergehen“ standen die Propaganda gegen Denikin und Kolčak und das „Intrigieren“ mit sowjetischen Agenten in der Türkei. Tatsache ist aber, daß außer persönlichen Kontakten einzelner Missionsangehöriger zu einigen Bol’ševiki den Ukrainern nichts Unrechtes nachgewiesen werden konnte.⁵³⁹ Überhaupt scheint es, als sei die ukrainische Mission in Konstantinopel nicht so sehr wegen ihrer Aktivitäten verfolgt worden, sondern wegen der Tatsache, daß es sich um Ukrainer handelte. Die Strenge, mit der nachgeforscht wurde, erscheint etwas lächerlich, da man auf britischer Seite selbst festgestellt hatte, wie erfolglos Lotoc’kyj als Missionschef war. Weder erreichte er die Anerkennung durch die alliierten Hochkommissare noch durch die türkische Regierung. Auch die Propaganda gegen die russische Einheitsbewegung kann als nicht gerade erfolgreich gelten, ebensowenig die Versuche, deutsche oder österreichische Unterstützung zu gewinnen.

Konstantinopel spielte in der britischen Nachrichtenübermittlung eine große Rolle. Alle Mitteilungen aus Odessa und der Ukraine liefen über die dortige britische Militärmission, die diese an das War Office in London, Whitehall, weitergab. Erst dann gingen die Berichte im Foreign Office ein.

So berichtete General Pode über ein Gespräch, das er Ende Dezember 1918 mit Sazonov geführt hatte. Dieser war zum Repräsentanten der Regierung der Freiwilligenarmee Sibiriens und angeblich auch der Ukraine bei der Friedenskonferenz in Paris ernannt worden. Seine Instruktionen lauteten, sich für folgende Punkte verstärkt einzusetzen: Wiederherstellung Rußlands in seinen Grenzen von 1914, aber ohne Polen; Anerkennung der Freiwilligen-armee als ein Zeichen der unzerbrechlichen Allianz zwischen Rußland und der Entente; Sicherung finanzieller und militärischer Hilfe zur Wiedererrichtung eines vereinigt Rußlands. Vor allem ging es Sazonov aber darum, sicherzustellen, daß sich die Entente nicht in die zukünftige Regierungsgestaltung Rußlands einmischen würde

537 Lotoc’kyj an Joukov, 21.06.1919, in: B.F.O., vol. 5445, reel 8, 1920.

538 War Office an Foreign Office, 27.01.1920, in: B.F.O., Ukrainian Legation at Constantinople, Nr. 174226, vol. 4030, reel 53, 1919.

539 Relations with Soviet Russia, in: B.F.O., Ukrainian Legation at Constantinople, Nr. 174226, vol.4030, reel 53, 1919.

und daß er und seine Delegation als einzige auf der Friedenskonferenz das Recht hätten, im Namen Rußlands zu sprechen. Ganz eindeutig machte Sazonov den russischen Anspruch auf Bessarabien und das Donaudelta geltend. Er verwahrte sich gegen die rumänischen Ansprüche und hielt diese generell für überzogen.⁵⁴⁰

Wie es schien, stieß Sazonov mit diesem Katalog an Forderungen auf offene Ohren bei seinem britischen Gesprächspartner, hatte er doch in der Zwischenzeit die englische Politik ganz auf diese Linie einschwören können. Begonnen hatte er damit schon viel früher, nämlich in Ekaterinodar bei Lieutenant-Colonel Blackwood, einem Angehörigen der britischen Mission im Hauptquartier General Denikins. Entschieden wandte er sich bei einem Gespräch gegen die „künstliche“ Aufteilung Rußlands und bezeichnete die Ukraine als einen fiktiven Staat, dem jegliche ethnische, politische, linguistische, soziale und kulturelle Basis fehle. Für ihn war die Ukraine eine akademische Erfindung Österreichs. Hingegen gab Sazonov der polnischen Unabhängigkeit sein ausdrückliches Plazet, da sich Polen vor allem in den ersten Kriegsjahren um Rußland verdient gemacht habe und er nun keinen weiteren Grund sähe, den Polen eine fremde Herrschaft zuzumuten. Hingegen sollte der Rest Rußlands unangetastet bleiben, und die baltischen Staaten sowie Finnland hatten aus kommerziellen und strategischen Gründen einen integralen Bestandteil davon zu bilden.⁵⁴¹

Daß die Besprechungen mit Sazonov ihre Früchte trugen, zeigten die Berichte Blackwoods nach gut einem Jahr. Am 7. Januar 1919 sandte er einen Rapport nach London, in dem er die politische Situation der Ukraine darlegte. Er hielt viel von Skoropads'kyj, der sich an die Freiwilligenarmee anlehnte und offenbar eine Zusammenarbeit mit jener plante. Petljura sah er als gefährlichen Separatisten mit bolschewistischen Neigungen. Alles in allem beurteilte er die politische Situation in der Ukraine als „obskur“.⁵⁴² Interessanterweise hatte er zwei Wochen später ein etwas differenzierteres Bild von Petljura und dem Direktorium und bezeichnete sie als Kämpfer gegen den Bolschewismus in „Südrußland“. Gleichzeitig erweckte er den Eindruck, daß der Name „Ukraine“ erst vor kurzem aus „Kleinrußland“ entstanden sei und daß die dortige Bevölkerung sich die Lösung aller Probleme von der Freiwilligenarmee versprach, besonders die Vertreibung der Deutschen und der „künstlichen ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung“. Vor allem betonte er die Wichtigkeit der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit „Südrußland“, wo besonders Manufakturwaren benötigt wurden.⁵⁴³ Die Franzosen teilten die Vorstellung der Engländer, Petljura und das Direktorium seien bolschewistisch eingestellt. Es hatte sich auch das Gerücht festgesetzt, daß Petljura von den Deutschen unterstützt

540 Telegramm aus Konstantinopel an War Office, 21.12.1918, Nr. 28778, in: B.F.O., vol. 3977I, reel 26, 1919.

541 War Office an Foreign Office, 02.01.1918, Nr. 1372, in: B.F.O., vol. 3977I, reel 26, 1919.

542 Bericht Blackwoods, 07.01.1919, in: General Denikin's Volunteer Army, Nr. 3675, B.F.O., vol. 3977I, reel 26, 1919.

543 Report on visit of British Military Mission to the Volunteer Army under General Denikin in South Russia, November – December 1918, Nr. 11521, in: B.F.O., vol. 3977I, reel 26, 1919.

würde, was nur eine Verwechslung mit Hetman Skoropads'kyj sein konnte. Petljura mit seinen Truppen hatte sich vor Kiew doch einige Gefechte mit den Deutschen geliefert. Hatte man das in der Entente etwa nicht mitbekommen?⁵⁴⁴

Eine weitere Quelle britischer Informationen aus dem ukrainischen Bereich war Generalkonsul Picton Bagge in Odessa. Seine eigentliche Aufgabe war die Beobachtung der wirtschaftlichen Gegebenheiten, allerdings interessierte er sich auch stark für die Politik der Franzosen in ihrer Einflußzone:

„The position here in Odessa and in the Ukraine is fastly becoming most dangerous. The French have managed to alienate the sympathy of all parties and classes. This does not astonish me, for I have found them the most tactless of people. For two months they allowed Odessa to be closely blockaded from the land by a few hundred bandits calling themselves Petlura's republican army. Food became exceedingly scarce and prices soared heavenwards. The lower classes at the bazaars said, The Germans beat us, but there was food and order. Our so-called saviours have come, and we are starving.“⁵⁴⁵

Mit dieser Meinung waren die Briten allerdings nicht allein, auch die Amerikaner teilten sie. Sie sahen die Taktlosigkeit der Franzosen gegenüber den Russen und bemängelten, daß die französischen Militäraktionen nicht von kompetenter Politik begleitet wurden. Im Gegensatz zu den Briten hielten sie jedoch die griechischen Truppen nicht für bessere Einheiten als die französischen.⁵⁴⁶

Zu diesem Zeitpunkt kam den Briten zu Ohren, daß die französischen Militär-Repräsentanten in Odessa mit dem ukrainischen Direktorium in Verhandlungen eingetreten waren. Der französische General d'Anselme war mit der Order in Odessa eingetroffen, die „zone de refuge“ von Odessa bis Tiraspol und von Cherson bis Mykolaiv zu besetzen und mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Der Gouverneur Odessas, der von der Denikin-Regierung eingesetzt worden war, konnte keine Lebensmittel aus den Lagern der Freiwilligenarmee erhalten. Deshalb entsandte General d'Anselme seinen Stabschef Colonel Freudenberg zu Verhandlungen mit den Ukrainern nach Birzula.⁵⁴⁷ Freudenberg nun, in Überschreitung seiner Kompetenzen, bot den Ukrainern die politische An-

544 Französische Botschaft Kopenhagen an Außenministerium, 10.01.1919, *Le bolchevisme en Ukraine*, Nr. D216, 23.01.1919, in: Archives de la Ministère des Affaires Etrangères, Europe, URSS 662.

545 Bagge an Clerk, 04.02.1919, in: B.F.O., Nr. 40964, vol. 3963, reel 17, 1919. Ebenso: Picton Bagge an König und War Office, 19.02.1919, Nr. 29025, in: B.F.O., vol 3978, reel 26, 1919: „Benevolent intentions of Allied Governments towards Russia are gravely compromised by attitude of local French Command characterized by ignorance of actual conditions and disregard of real tendencies prevailing amongst population within so called French zone.“

546 Jenkins, Odessa, 22.03.1919 (Commission to Negotiate Peace an U.S. Außenminister. 26.03.1919), in: FRUS, 1919, Russia, S. 753–755.

547 Auf ukrainischer Seite verhandelten: Ostapenko, General Hrekov, Lev Bačyns'kyj und Isaak Mazepa (Nahajevs'kyj, S. 174).

erkennung im Tausch für Nahrungsmittel an. Damit verbunden sollte die Entsendung von französischen Militärberatern und Verbindungsoffizieren sein. Zudem versprach er, Frankreich werde sich um die baldige Beendigung des polnisch-ukrainischen Konfliktes bemühen und auch um die Fixierung der ukrainischen Grenzen auf der Pariser Friedenskonferenz. Sogar gegen soziale Reformen, solange sie nicht das Eigentumsrecht einschränkten, hatte er nichts einzuwenden.⁵⁴⁸

Am 16. Januar 1919 wurde d'Anselme mitgeteilt, daß er anstelle der französischen griechische und rumänische Detachements zugeteilt bekäme. Freudenberg schickte daraufhin die Griechen nach Cherson und Mykolaïv. In der Zwischenzeit waren die Verhandlungen mit den Ukrainern weiter gediehen.

Diese hatten die Angewohnheit, Territorium, das von den deutschen Truppen verlassen worden war, noch vor den Alliierten zu besetzen. So geschah es auch im Falle von Cherson und Mykolaïv, wo die Franzosen die Ukrainer auf gewaltsame Art und Weise hätten entfernen müssen. Hier sei nur kurz angemerkt, daß General d'Anselme die französischen Einheiten aus dieser Gegend später unter dem Schutz deutscher Truppen, die gegen die Bol'sheviki kämpften und dann auch mit ihnen verhandelten, zurückzog. Dafür wurden diese, also der „Erzfeind“, dann auf französischen Schiffen mitgenommen.⁵⁴⁹ Freudenberg hingegen zog Verhandlungen dem Kampf vor und verschaffte den ukrainischen Unterhändlern so die Möglichkeit, Kompensationen zu verlangen. Schließlich versorgten die Direktoriumsanhänger Odessa mit Nahrungsmitteln und gaben den Franzosen große Teile ihres Gebietes ab. Deshalb versprach Freudenberg ihnen, daß diese Regionen von den Alliierten nur treuhänderisch verwaltet und, sollten sie verlassen werden, nur an die Ukrainer zurückgegeben würden. Selbstverständlich gerieten die französische Militärverwaltung und die Freiwilligenarmee über diese Abmachung in Streit.⁵⁵⁰

Aber auch der britische Konsul Bagge hielt die französische Politik, mit dem Direktorium zu verhandeln, für grundfalsch: Genauso gut könne man mit einer Leiche verhandeln. Er untermauerte dies mit dem Argument, die ukrainische Bevölkerung habe für eine selbständige Ukraine nichts übrig, sondern strebe einen Zusammenschluß mit Rußland an.

Wie Sazonov und Blackwood war auch er der Meinung, die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung sei das Produkt Deutschlands und Österreichs und werde von einigen wenigen politischen Intriganten dominiert. Er hielt sie weder geographisch noch ethnisch für gerechtfertigt und war der Ansicht, sie könne lediglich Deutschland Nutzen bringen. Dasselbe hielt er von dem – in seinen Augen – exotischen französischen Projekt, eine Föderation zwischen Polen, Weißrußland, der Ukraine und dem Don-Gebiet zustande zu bringen.

548 Nahajevs'kyj, S. 174–175.

549 Britischer Konsul Odessa an General Webb, Konstantinopel, 14.03.1919, Nr. 43057 und Desertion of French troops to the Bolsheviks, 23.03.1919, Nr. 48036, in: B.F.O., vol. 3963, reel 17, 1919.

550 Bradley, Allied intervention, S. 146–147.

Die französischen Verhandlungen mit dem Direktorium, das hauptsächlich von Arnold Margolin vertreten wurde, verbreiteten Bagge zufolge nur Unzufriedenheit unter den Russen und der bäuerlichen Bevölkerung. Verstärkt werde der ungute Eindruck noch von dem ausgeprägt unfreundlichen Verhalten des französischen Kommandos in Odessa gegenüber der Freiwilligenarmee. Dieses Verhalten lasse wiederum auf Umgang mit Elementen schließen, die der Einheit Rußlands feindlich gegenüberstünden und die hauptsächlich jüdisch und prodeutsch inspiriert seien. Die ständigen russisch-französischen Querelen hätten Odessa in die am schlechtesten verwaltete und unsicherste Stadt der Welt verwandelt, und mit einer gewissen Genugtuung stellte Bagge fest, daß eine britische Repräsentanz in Odessa schmerzlich vermißt werde.⁵⁵¹

Die französisch-ukrainischen Verhandlungen zeigten Wirkung: Das Direktorium begab sich ganz in die Hände Frankreichs und seiner Alliierten. Für die Anerkennung der Unabhängigkeit und bis zur endgültigen Niederwerfung der Bol'seviki bot man Paris die Kontrolle der Finanzen, des gesamten Transportwesens, der Administration und der Justiz in der Ukraine an. Um die französische Seite noch geneigter zu machen, trennte man sich ukrainischerseits von Vynnyčenko, während Petljura und Halip, letzterer ein früherer österreichischer Offizier und als „höchst verdächtig“ eingestuft, im Amt blieben.⁵⁵²

Die Antwort auf die Klagen Bagges über die französische Verwaltung Odessas und ihre Verbindungen zum Direktorium wurden in London mit Sorge zur Kenntnis genommen. Dort berief man sich zunehmend auf das Abkommen vom 23. Dezember 1917, das Rußland zwar in Einflußzonen aufteilte, dem jeweiligen Partner aber dennoch ein Mitspracherecht in der Zone des anderen einräumte. Vor allem aber sollte Bagge feststellen, zu welchen Zugeständnissen sich die französische Seite hatte hinreißen lassen. London mißbilligte die ganze Affaire und wollte versuchen, dahingehend zu wirken, daß Paris Einfluß auf seine Vertreter in Odessa⁵⁵³ nähme. Knapp 14 Tage später verurteilten die Engländer bereits den französischen Vorstoß als nicht vertragsgemäß und begründeten dies damit, daß ohne britische Zustimmung kein Vertrag oder Abkommen im Namen der Entente unterschrieben werden dürfe.⁵⁵⁴

Aber die Engländer ärgerten sich nicht nur über die Aktivitäten von General Berthelot und Colonel Freudenberg, sondern warfen auch ein wachsames Auge auf Capitaine Fouquet, den Leiter der französischen Militärmission bei General Denikin. Laut britischer Auffassung überschritt dieser eindeutig die Kompetenzen, die Frankreich aus dem Vertrag vom 23. Dezember 1917 zustanden. Er war verantwortlich für das Debakel an der Don-Front, da er General Krasnov alliierte Truppen offerierte, die niemals eintrafen. Dieses

551 Picton Bagge an König und War Office, 19.02.1919, Nr. 29025, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

552 Picton Bagge an König und War Office, 19.02.1919, Nr. 29026, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

553 Picton Bagge aus Odessa, 22.02.1919 (French attitude towards volunteer army, Nr. 30626). in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

554 Bagge aus Odessa, 05.03.1919, Nr. 37534, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

Versprechen resultierte aus einem angestrebten Vertrag mit Krasnov, der Franchet d'Esperey als Leiter aller militärischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kosakenarmee einsetzen und französische Bürger, die in diesem Gebiet Verluste erlitten hatten, entschädigen sollte. Dafür wollte man alliierte Hilfstruppen zur Verfügung stellen.

Aber es kam noch schlimmer in den Augen der Briten, als Capitaine Fouquet verkündete, General Briggs sei auf Befehl des französischen Oberkommandos nach Ekaterinodar zu Denikin geschickt worden und seine Mission werde bald durch eine französische abgelöst werden. Man wertete dies britischerseits als Beleidigung und Ehrabschneidung der Britischen Militärmission.⁵⁵⁵ Major-General Thwaites, ein Mitglied der britischen Militärmission bei Denikin, hielt es für unabdingbar, daß Foquet aus Ekaterinodar entfernt werde und daß die französische Regierung seine Aussagen offiziell dementiere. Im Februar machte auch Capitaine Langeron von der französischen Militärmission den Vorschlag, Vynnyčenko abzusetzen und die Armee Petljuras zusammen mit den Armeen von Denikin und dem Kosakenataman Krasnov unter den Oberbefehl von General Franchet d'Esperey zu stellen. Mit dem Fall von Kiew hatte sich dieser Vorschlag allerdings erst einmal erledigt.⁵⁵⁶

Im März 1919 verschlechterten sich die ohnehin schon gestörten französisch-russischen Beziehungen noch weiter. Bagge berichtete von dem unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines französisch-ukrainischen Abkommens und bezeichnete die Situation als „exceedingly critical“. Dabei hielt er nicht den Abschluß des Vertrages „mit einer Leiche“, wie er sich auszudrücken pflegte, für das gefährliche, sondern den daraus resultierenden Einfluß auf die Weltpolitik. Besonders verbitterte den Engländer aber nach wie vor das taktlose und rüde Verhalten der alliierten Franzosen gegenüber der Freiwilligenarmee und ihrer Vertreter in Odessa.

Zur gleichen Zeit aber schlug General Berthelot dem französischen Finanzminister vor, eine neue russische Papierwährung, die von den Alliierten gestützt sein sollte, einzuführen. Damit wollte er den bolschewistischen Einfluß zurückdrängen und gleichzeitig dem französischen Handel in Odessa Vorteile verschaffen. Außerdem sollte Rußland damit in die Lage versetzt werden, seine alten Kredite an die Entente und vor allem an Frankreich zurückzuzahlen. Berthelot bekam dabei Rückendeckung von Colonel Chardigny aus dem Kriegsministerium.⁵⁵⁷ Den interessantesten Vorschlag aber machte das französische Kriegsministerium dem Unterstaatssekretariat im Finanzministerium, indem es den Brief eines Minendirektors weiterleitete. Dieser hatte eine Idee anzubieten, wie man die extreme

555 War Office an Foreign Office, 22.02.1919 (Activities of Captain Fouquet of French Mission to Denikin, Nr. 30709), in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

556 Bericht aus Kiew vom 10.02.1919, in: B.F.O., Political and international conditions in Ukraina, Nr. 63345, vol. 3964, reel 18, 1919.

557 Ministère de la Guerre au Monsieur le Ministre des Finances, Paris 03.03.1919, Nr. 2.302/I, du Général Berthelot au sujet de sa Mission en Roumanie, Ministère de la Guerre au Ministère des Finances Direction du Mouvement Général des Fonds 18.02.1919, Extrait du télégramme du Colonel Chardigny, Nr. 137à139, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B.31.980.

Entwertung des russischen Rubels verhindern könnte. Dabei sollte Rußland in zwei Teile geteilt werden. Das erste Gebiet sollte St. Petersburg, Moskau und Zentralrußland bis zum Wolga-Becken mit einer Bevölkerung von etwa 80 Millionen umfassen. Der zweite Teil mit einer Bevölkerung von 90 Millionen sollte sich über Sibirien, den Ural, Nordrußland, Finnland, die baltischen Provinzen, Polen, die Ukraine, Neurußland und den Süden, das Don- und das Kuban'-Gebiet bis hin zum Süd-Kaukasus erstrecken. Monetär ginge das sehr gut, so die Auffassung des Direktors Pierre, da Polen noch keine eigene Währung und Finnland nur die Mark hatte, aber überall noch viele Rubel zirkulierten. Dieser zweite Teil Rußlands war das eigentlich reiche Gebiet, denn es war reich an Gold, Platin, Eisen, Holz, Weizen, Zucker, Kohle, Anthrazit, Naphta, Manganerzen, und zudem besaß es ein ausgedehntes Eisenbahnnetz und viele Häfen. Um nun die Banknoten der Bank von Rußland und der Alliierten von denjenigen der Bol'sheviki unterscheiden zu können, schlug Pierre vor, alle 1.000, 500, 250 und 100 Rubelnoten innerhalb eines bestimmten Zeitraumes abzustempeln. Die Besitzer der Banknoten sollten dabei ihren Paß vorzeigen, der dann ebenfalls abgestempelt werden würde, um so die Russen aus dem ersten bolschewistischen Teil Rußlands daran zu hindern, ihre Rubel ebenfalls abstempeln zu lassen. War dies getan, sollten die Alliierten und die russischen Behörden einen Stichtag benennen, an dem die nicht abgestempelten Rubel ihren Wert verloren. Diese Aktion würde die Interessen der Alliierten in Rußland sichern und die Bol'sheviki dahin bringen, außerhalb ihres Gebietes wertloses Geld zu produzieren, für das sie nichts kaufen konnten.⁵⁵⁸

Bagge hielt es immer noch für unnötig, selbständige Grenzstaaten ins Leben zu rufen, die nur die deutsche Position verbessern und bei einem Sieg der Bol'sheviki ohnehin untergehen würden. Seiner Meinung nach sollten diese Völkerschaften ihren Beitrag zum Kampf Denikins gegen die Bol'sheviki beitragen. Die beste Lösung wäre, wenn sich London für eine Autonomie dieser Staaten in einer zukünftigen russischen Föderation einsetzen würde.⁵⁵⁹

Die wachsende Mißstimmung über die „Tollheit“ der Franzosen wurde auch das Gesprächsthema ausländischer Diplomaten. Der österreichische Gesandte in Den Haag berichtete dem Staatssekretär des Äußeren, Dr. Bauer, daß ihm Holländer erzählt hätten, in den englischen Klubs werde bereits äußerst empört über die Franzosen gesprochen. Den Briten soll „vor einer chauvinistischen französisch-slavischen Kontinentbeherrschung nach und nach bange“ werden. Bestätigt wurden diese Beobachtungen von dem deutschen Militär-Attaché Oberst Renner, der angeblich zu den bestinformierten deutschen Diplomaten in Den Haag gehörte. Dieser äußerte sich zuversichtlich, daß Lloyd George die Führung in Großbritannien ganz in die Hand bekommen und es auch schaffen werde,

558 Ministère de la Guerre au Sous-Secrétariat d'Etat au Ministère des Finances (Cabinet), 12.02.1919. Ci-joint copie d'une lettre de M.R. Pierre, Directeur pour le Caucase de l'union Minière & Metallurgique de Russie, Bacou 14./27.12.1918, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B.31.980.

559 Bagge an Foreign Office, 03.03.1919, Nr. 36914, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

Präsident Wilson seinen Willen aufzuzwingen. Oberst Renner wußte zu berichten, Lloyd George habe bereits Maßnahmen gegen Frankreich ergriffen, um dieses auf seine Politik einzuschwören.⁵⁶⁰

Am 6. März 1919 erhielt London zum erstenmal genauere Angaben über das französisch-ukrainische Abkommen durch Cooke aus Odessa übermittelt.⁵⁶¹

Mit Paragraph 1 erkannte General d'Anselme im Namen der Entente und im Bemühen, eine gemeinsame antibolschewistische Front zu schaffen, die Souveränität des Direktoriums der Ukrainischen Volksrepublik an. Sollten während der Kriegszeit Personalveränderungen im Direktorium vorgenommen werden, bedurften diese der Zustimmung der Entente (§2). Solange der Kampf gegen die Bol'sheviki andauerte, formte die ukrainische Armee einen integralen Bestandteil der allgemeinen antibolschewistischen Streitkräfte unter dem Oberbefehl der Alliierten, die das Recht hatten, die Kontrolle über die Zentralverwaltung der Eisenbahn und über die Militärtransporte auszuüben (§3). Paragraph 4 ermächtigte einen alliierten Repräsentanten, eine Kontrollfunktion im ukrainischen Finanzministerium zu übernehmen. Frankreich verpflichtete sich, der ukrainischen Regierung keine Hindernisse in der Frage der ukrainischen Kolonien in Sibirien und Asien in den Weg zu legen, und sicherte seine Unterstützung dabei zu, der Ukraine das Kommando über die ehemalige zaristische Schwarzmeerflotte zukommen zu lassen (§5). Paris wollte sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß ukrainische Repräsentanten offiziell und so schnell wie möglich auf der Friedenskonferenz zugelassen würden. Zudem sollte der Schaffung von ukrainischen diplomatischen Vertretungen keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden (§6). Mit Paragraph 7 versicherte Frankreich, so schnell wie möglich eine Agrarreform zu realisieren und Parlamentswahlen auf der Basis des allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlrechts durchzuführen. Die ukrainische Armee in ihren unteren Chargen hatte eine unabhängige Einheit zu bilden, in die keine polnischen oder russischen Offiziere aufgenommen werden sollten, auch nicht im Falle von Offiziersmangel. Die ukrainische Armee hatte das Recht, einen Vertreter in das Oberkommando der Alliierten zu entsenden (§8). Paragraph 9 sah die Schaffung einer Kommission zur Registrierung der ukrainischen Verluste im Kampf gegen die Bol'sheviki vor. In Paragraph 10 garantierte Frankreich die „Existenz der Regierung der demokratischen Republik der Ukraine“ und verpflichtete sich, weder wirtschaftliche noch soziale Reformen zu verhindern und nicht durch Usurpation die Regierung an sich zu bringen. Einheiten der Freiwilligenarmee durften sich nicht auf ukrainischem Territorium aufhalten, noch dort an militärischen Operationen teilnehmen (§11). Odessa, Mykolaïv und Cherson waren Teil der ukrainischen Zone, und das Direktorium hatte das Recht, seine Truppen dort zu stationieren (§12).

560 Österreichische Gesandtschaft Haag an Staatssekretär Dr. Bauer, 10.03.1919, Nr. 7/2485, in: AdR, NPA 374, Liasse Österreich 23. Vgl. dazu die Guildhall-Rede Lloyd Georges und die Resolution der Alliierten auf der Konferenz von London vom 11.–12. Dezember 1919. Renner bewies hier durchaus Weitblick.

561 Cooke an Foreign Office, 06.03.1919, Nr. 38987, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

Dies waren die ursprünglichen Artikel des französisch-ukrainischen Abkommens, das aber noch einige Änderungen durchlief. So wurden die Paragraphen 7, 10 und 12 ganz gestrichen. Anfang März drehte sich die Hauptdiskussion um die Personalfrage. Frankreich wollte vor allem den Rücktritt von Symon Petljura erreichen. Die Verhandlungen wurden – laut britischen Informationen – fast ausschließlich von Colonel Freudenberg geführt. Allerdings spielte auch Capitaine Langeron, ein Befürworter dieser Ukrainepolitik, eine wichtige Rolle, und Cooke hatte ihn im Verdacht, unliebsamen Einflüsterungen erlegen zu sein. Überhaupt meinte er, man solle sich nicht davon blenden lassen, daß der Artikel 11 nicht mehr zur Debatte stehe. Frankreich gab sich öffentlich immer den Anschein, hinter der Freiwilligenarmee zu stehen, während die eigentlichen Taten das genaue Gegenteil bewiesen. Dies zeigten vor allem die Kontakte zur *Hromada*, der Vereinigung von reaktionären ukrainischen Landbesitzern, die Skoropads'kyj groß gemacht hatte und eindeutig germanophile Züge trug. Diese kooperierten lediglich mit dem Direktorium, bis die Zeit für ein neues Hetmanat gekommen sei. Eine weitere Pressure-group hinter den Franzosen waren hohe Offiziere, die ehemals unter Hetman Skoropads'kyj gekämpft hatten und dadurch inakzeptabel für General Denikin geworden waren.⁵⁶² Sie hofften auf eine neue Karriere in einer ukrainischen Armee. Cooke machte sich Gedanken über die praktischen Beweggründe, welche die Franzosen zu dieser Politik getrieben hatten, und kam zu dem Schluß, sie wollten wohl alle noch nicht geplünderten Lebensmittellager für sich retten. Aber dies werde sich – so war der Engländer überzeugt – als Blendwerk erweisen, wenn es die Franzosen nicht schafften, wieder ein gutes Verhältnis zur Freiwilligenarmee herzustellen. Gleichzeitig jedoch verfolgten französische Vertreter eine beschwichtigende Politik gegenüber russischen Repräsentanten und bezeichneten die Ukrainer als „Spitzbuben“ und als eine Übergangslösung, bis man mit dem Bolschewismus fertig geworden wäre. Cooke faßte seine Meinung über die französische Politik in folgende Worte: „Policy of local French authorities of placating everybody and in most clumsy way trying to fuse together infusable elements is either stupidity or duplicity; it shows their weakness, alienates everybody's sympathies, plays into hands of Bolsheviks and Germans and must result in a disaster.“⁵⁶³

Da die englische Diplomatie von Grund auf der ukrainischen Selbständigkeitsbewegung nicht sehr gewogen war, mißfiel ihr das französische Interesse an Petljura und der Ukraine überhaupt ganz besonders. Cooke nannte die ukrainische Regierung vom militärischen Standpunkt aus gesehen eine „purely negative entity“ („rein negative Einheit“), die nichts als Desorganisation zustande brächte. Die ukrainischen Streitkräfte waren für ihn kein verlässlicher Faktor, da viele zu den Bol'sheviki übergelaufen waren oder sich selbst demobilisiert hatten. Zudem machte er sie allein für die Judenpogrome verantwortlich.

562 Zu den verwirrenden und wenig erfreulichen Beziehungen zwischen Denikin und der Hetmanarmee siehe: Short report giving a history of the relations of the Volunteer Army and the Ukraine (British Military Mission South Russia an War Office, 26.03.1919), in: B.F.O., Nr. 68500, vol. 3979, reel 27, 1919.

563 Cooke an Foreign Office, 06.03.1919, Nr. 38987, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

Die größte Verbitterung auf englischer Seite rief allerdings die Erkenntnis hervor, daß die Franzosen den ukrainischen Versprechungen, ein 200.000 Mann Heer zu schaffen, auf den Leim gingen. Zudem verübelte man den französischen Vertretern ihre wenig eindeutige Haltung, die Revolten in Mykolaïv und Odessa möglich gemacht hatten. Cooke strich in seinem Bericht heraus, daß all dies nur durch ein starkes Interesse in Paris an der ukrainischen Unabhängigkeit möglich geworden war. Allen voran machte er Jean Pélassier, den Direktor der Nationalitäten-Abteilung des französischen Außenministeriums, für diese Politik verantwortlich. Dieser hielt – laut britischer Angaben – Verbindung zum Ukrainischen Nationalrat in Paris, zu den prominenten ukrainischen „Separatisten“ in der Schweiz und den USA und auch zu Petljura und Vynnyčenko. Ebenfalls ein Dorn im Auge der Briten war die Familie des Generals Berthelot, dessen Bruder der Direktor der Rußland-Abteilung des französischen Außenministeriums war und sich für die Ukraine ebenso einsetzte, wie zwei seiner Neffen, ein Lieutenant und ein Capitaine, die wichtige militärische Posten besetzten und negative Berichte über die Freiwilligenarmee verfaßt hatten. Aus diesem Grund wollte das Foreign Office auch verhindern, daß General Berthelot sich allein mit General Denikin zu einer Unterredung in Paris traf. Engländerseits setzte man alles daran, einen Repräsentanten bei diesem Gespräch dabei zu haben. Sämtliche Berichte des französischen Konsuls in Odessa, Henno, dem Cooke als einzigem Franzosen in „Südrußland“ eine alliierte und nicht französische Politik attestierte, gingen über General Berthelot in Bukarest an das Quai d’Orsay. Cooke hatte letzteren nun in Verdacht, diese nur gefiltert weiterzugeben.⁵⁶⁴

Bestätigung fanden diese Berichte Cookes durch eine Meldung des englischen Botschafters in Paris, Lord Derby, in der er über einen Artikel von Gauvain im «Journal des Débats» schrieb. Dieser hatte darin vorgeschlagen, nicht einen zentralen russischen Staat aufzubauen und Druck auf die Ukraine auszuüben, sondern zuerst eine Verständigung zwischen nichtbolschewistischen Russen und Ukrainern herbeizuführen. Dabei zählte er die Konditionen auf, die Erfolg für die Alliierten versprachen: die formale Anerkennung der Agrarreformen und der lokalen Freiheiten, die Einigung mit den Führern der Ukraine und das Abgeben eines Hilfsversprechens gegen die Bol’sheviki. Nicht zuletzt sollten die konservativen russischen Führer dazu bewogen werden, an all dem teilzunehmen.⁵⁶⁵ Diese Ausführungen verstärkten natürlich das schon ohnehin vorhandene britische Vorurteil, Frankreich sei ein erklärter Freund der Ukraine.

Allerdings befand sich der Teil der Franzosen, der für Agrarreformen in der Ukraine eintrat, die auch von Denikin anerkannt werden sollten, in guter Gesellschaft. Die Amerikaner nämlich waren der festen Überzeugung, daß Rußland nicht militärisch erobert werden konnte, wenn sich die Bauern neutral verhielten. Sollte man ihnen aber klar machen können, die sibirische Regierung unter Aufsicht der Alliierten könnte die

564 Cooke an Foreign Office, 07.03.1919, in: B.F.O., Ukraine Situation: French and Denikin, Nr. 39528, vol. 3978, reel 26, 1919.

565 Lord Derby an Foreign Office, 11.03.1919, in: B.F.O., Nr. 38283, vol. 3963, reel 17, 1919.

Situation im Süden verbessern, würden sie sich sicher von den Bol'ševiki distanzieren. Der amerikanische Vorschlag lautete, diese moralische Unterstützung durch eine Landreform zu sichern, die auch von Denikin und Kolčak ernsthaft zu garantieren war, und zudem sollten den Bauern Güter zum kleinstmöglichen Preis beschafft werden.⁵⁶⁶

Aber nicht nur Informationen wie diese ließen London hellhörig werden, auch die Berichte, die von Bagge über Konstantinopel weitergeleitet wurden, trafen auf offene Empörung. So wurde bekannt, daß Colonel Freudenberg in Odessa lagernde Soldaten und Offiziere nicht zur Freiwilligenarmee“ vorstoßen ließ und aus Mykolaiv dringend benötigtes Leinen mit der Begründung nicht weitergab, Mykolaiv gehöre nicht mehr zur Einflußzone General Denikins. Zudem herrschte eine überaus schlechte Moral in der französischen Truppe, die der allgemeinen Kampfkraft der alliierten Sache nicht gerade förderlich war.⁵⁶⁷ Deshalb drang Savinkov immer ungeduldiger auf eine Entlassung Freudenbergs. Ein zusätzliches Problem, das sowohl Russen als auch Briten mit seiner Person verbanden, war, daß er ein Jude war. Gerade die russische Oberschicht, die in Odessa Zuflucht gefunden hatte, störte sich sehr an dieser Tatsache.⁵⁶⁸ Für einen großen Skandal sorgte die Affaire des französischen Konsuls Henno in Odessa mit einer verheirateten Frau jüdischen Namens, deren Mann sich aber nicht scheiden lassen wollte. In der Öffentlichkeit gab Henno sie als seine Frau aus, so daß dem – nach englischen Angaben „judenfreundlichen“ – General d'Anselme nichts anderes übrig blieb, als Henno nach Frankreich zurückzuschicken. Aber der diplomatische Flurschaden in der russischen Gesellschaft konnte nicht mehr so leicht behoben werden.⁵⁶⁹ Am 20. März 1919 kam General d'Esperey in Odessa an und übernahm zum Entsetzen der Briten offen die Grundzüge der Politik Freudenbergs. Er erklärte sogleich öffentlich vor französischen Soldaten:

„The Russians are barbarians and villains. Through them we were drawn into this war and through their treachery we were compelled to fight an extra year, bearing the whole of the German pressure and suffering innumerable losses (...) and now these same traitors expect, even demand our help. I – as a soldier – obey the commands of my government. But my heart is not in the enterprise. You must not stand on ceremony with these people. Shoot them without further ado if anything occurs,

566 Lieutenant Colonel E.F. Riggs, Odessa, an Commission to Negotiate Peace, Paris, 28.03.1919, in: FRUS, 1919, Russia, S. 755 – 757.

567 Cooke an Foreign Office, 14.04.1919, in: B.F.O., Nr. 72720, vol. 3964, reel 18, 1919. Cooke bezeichnete die französischen Truppen als „betrunken, unzuverlässig und undiszipliniert“. Im Gegenzug zeigte er sich von den griechischen Einheiten positiv beeindruckt. Als angenehm verzeichnete er allerdings, daß mit dem Zusammenbruch der Franzosen der Ruf der Briten beträchtlich anstieg.

568 Admiral Webb, Konstantinopel an Foreign Office, 10.03.1919, Nr. 39521, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919. Aber auch: Cooke an Foreign Office, 04.03.1919, Nr. 37474, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

569 Bagge an Clerk, 04.02.1919, in: B.F.O., Nr. 40964, vol. 3963, reel 17, 1919.

commencing with the moujiks and ending with their highest representatives. I take the responsibility.“⁵⁷⁰

Diese Berichte von Bagge und Cooke waren auch an Lord Derby in Paris gegangen, der nun der Meinung war, sollte das Abkommen zwischen der Ukraine und Frankreich zustande kommen, würde es eine Rußlandpolitik antizipieren, die von Großbritannien nicht mitgetragen werden könnte. Vor allem die Klauseln, die sich direkt gegen General Denikin richteten, waren abzulehnen. Für ihn war damit der Vertrag vom 23. Dezember 1917 klar überschritten, da Frankreich auch im Namen Englands Politik betrieb, die bei Abschluß des Abkommens von London nicht gewünscht worden war. Dieses Problem mußte so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden.⁵⁷¹ Zu diesem Zeitpunkt stand aber noch nicht eindeutig fest, welchen Weg die Londoner Regierung in der Behandlung dieser Frage einschlagen würde: direkte Intervention in Paris oder Besprechung vor einem internationalen Gremium.

Neben diesen Meldungen erhielt das Foreign Office über das War Office noch weitere alarmierende Details. General Briggs sandte aus Ekaterinodar Rapporte über das unkoordinierte Chaos, das zwischen den Ententetruppenteilen herrschte. Vor allem war er darüber aufgebracht, daß er nicht darüber informiert worden war, daß das War Office britische Truppen in den Kaukasus entsandte; zusätzlich ärgerte ihn, daß der französische Verbündete Truppen in die Ukraine und nach Bessarabien schickte, ohne ihm davon Mitteilung zu machen. Noch dazu forderte General Berthelot alle russischen Handelsschiffe auf, sich seinem Kommando zu unterstellen, und plante die Aufstellung von Einheiten russischer Freiwilliger in der Ukraine unter dem Kommando von französischen Offizieren. Verbittert stellte General Briggs in diesem Zusammenhang fest: „French in Odessa are surrounded by Jews and merchants who discredit their country and are only out for money.“⁵⁷² Zu Admiral Kolčak bestand nur noch über die britische Mission eine indirekte Verbindung. Ebenso hatte er keine Ahnung über die französischen Pläne. Aufgrund von Zeitmangel wollte er, daß man ihm einen Bevollmächtigten überstellte, der sich nur um die komplizierte diplomatische Lage unter den Alliierten selbst kümmern sollte.

In der Zwischenzeit hatte auch Lord Derby in Paris weitere Erkundigungen eingezogen. Am 14. März 1919 hatte er eine Unterredung im französischen Außenministerium, bei der er einige Antworten auf die drängenden britischen Fragen erhielt. Paris hatte nie die Absicht gehabt, seine Kompetenzen aus dem Vertrag vom 23. Dezember 1917 zu überschreiten oder gar die Kampfkraft der russischen Truppen zu beeinträchtigen. Das französische Kommando hatte es für wünschenswert gehalten, einige russische Freiwillige

570 Review of the political situation in South Russia, March 23rd, 1919, in: B.F.O., The French in South Russia – Review of situation, Nr. 64905, vol. 3979, reel 27, 1919.

571 Lord Derby, Paris, an Foreign Office, 14.03.1919, Nr. 38987, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

572 General Briggs, Ekaterinodar, an War Office, 28.02.1919 (angekommen: 17.03.1919), Nr. 46875, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

in „Südrußland“ selbst zu rekrutieren, die nicht der Freiwilligenarmee beitreten, sondern selbständig gegen die Bol'sheviki kämpfen sollten. Die Idee dabei war, diejenigen russischen Elemente, die nicht unter Denikin kämpfen wollten, zu sammeln. Diese bedauerliche russische Zersplitterung, so wurde von französischer Seite betont, war nicht der Fehler Frankreichs oder Folge seiner Politik. Denikin machte jedoch allen diesen Plänen ein Ende und instruierte Savinkov, alles zu tun, um zu verhindern, daß die russischen Truppen in Odessa unter französisches Kommando gestellt würden. In diesem Zusammenhang klagte man französischerseits General Denikin an, ohne vorherige Konsultation von General Berthelot administrative und politische Maßnahmen durchgeführt zu haben, die der französischen Truppe in der Ukraine ernsthaften Schaden zufügten. Für Paris stand fest, daß General Berthelot – nach interalliiertem Prinzip – in dieser Region das Kommando und eine reguläre Versorgungsbasis hatte. Außerdem wollte man durchaus nicht einsehen, warum es für einen russischen General, auch wenn er noch so hervorragend war, demütigend sein sollte, ein interalliiertes Kommando zu ertragen und dies um so mehr, da es sich dabei lediglich um ein Kommando für eine vorübergehende Militäraktion handelte und das ganze in einer Region stattfand, in der Denikin selbst keine eigenen Truppen, sondern nur Verbindungsoffiziere unterhielt. Das Gebiet war zu jener Zeit von bolschewistischen Truppen besetzt, wurde aber durch die De-facto-Regierung des Direktoriums verwaltet, das Denikin nicht als Machtfaktor anerkannte. Dem französischen Außenminister ging es dabei ganz eindeutig darum, den konservativen Russen einen zweiten Kristallisationspunkt neben General Denikin zu geben, um den sie sich in ihrem Abwehrkampf gegen die Bol'sheviki scharen konnten. Aus diesem Grund machte das Quai d'Orsay einen Vorstoß bei der Russischen Politischen Konferenz, die Denikin bitten sollte, seine Truppen, die sich in den von General Berthelots Truppen besetzten Zonen befanden oder demnächst befinden würden, dem französischen Kommando zu unterstellen. Ferner sollte Denikin in diesen Zonen keine politischen oder administrativen Änderungen durchführen, ohne vorher das französische Kommando zu konsultieren. Und nicht zuletzt wurde die Konferenz aufgefordert, Denikin zu überreden, der Aufstellung von russischen Einheiten unter französischer Leitung zuzustimmen.⁵⁷³

Diese Ausführungen über die französische Politik machten einen recht negativen Eindruck in London, und das Foreign Office nahm sofort zu ihnen Stellung. Französische Offiziere, wie z.B. Capitaine Fouquet, erregten den Ärger der Briten, da sie sich ohne erkennbare Aufgabe in der Umgebung Denikins aufhielten und allgemein den Eindruck erweckten, die englischen Offiziere dort stünden unter französischem Kommando. Dies war für die britische Regierung umso ärgerlicher, als sie sich aufgrund des Abkommens vom 23. Dezember 1917 in ihrer Einflußsphäre beeinträchtigt fühlte. Man warf der französischen Regierung vor, Denikin bei der Rekrutierung von Freiwilligen zu behindern, und bestritt ihr generell das Recht, Aushebungen auf russischem Territorium vorzunehmen. Die Unterstellung dieser Truppen unter französisches Kommando sei zudem – nach

573 Lord Derby, Paris, an Curzon, 14.03.1919, in: B.F.O., Nr. 41599, vol. 3978, reel 26, 1919.

britischer Auffassung – nicht durch besagtes Abkommen gedeckt. Durch diese Aktionen unterstütze Paris die Ukraine, ein „Rohr im Wind“, und unterminiere die Effektivität des einzigen geeigneten Machtfaktors in „Südrußland“. Das Foreign Office hatte die französische Regierung im Verdacht, durch seine Vorschläge eine feste Grenzlinie zwischen Denikin und der Ukraine ziehen zu wollen, die nach englischer Sicht weder militärisch noch sonst irgendwie zu rechtfertigen war. Deshalb sah der englische Plan vor, dem französischen Außenministerium detailliert die ablehnende Haltung Londons mitzuteilen.

Interessanterweise gab es im englischen Lager auch Stimmen, die meinten, man sollte sich nicht das Einvernehmen mit Frankreich durch General Denikin zerstören lassen. So wurde vorgeschlagen, dringende Instruktionen an die britische Militärmission bei Denikin zu richten und diesen damit zu veranlassen, sein ermüdendes Verhalten („General Denikin (...) is proving extremely tiresome“) aufzugeben.⁵⁷⁴

Über die an den Abmachungen beteiligten französischen Offiziere hatte Lord Derby erfahren, daß Capitaine Fouquet General Berthelot als Verbindungsoffizier zugeteilt war und nur dessen Befehl unterstand. Die französische Regierung zeigte keine Bereitschaft, die „Extravaganzen seiner Sprache“ zu decken, und versicherte dem englischen Botschafter, Fouquets Worte zu überprüfen und gegebenenfalls zu dementieren. Ebenso wurde von französischer Seite betont, daß man zu den Abmachungen vom 23. Dezember 1917 stünde und davon Abstand nähme, einen Agenten zu weitergehenden Verhandlungen in die Ukraine zu entsenden. Man schloß sich der britischen Meinung an und wollte nur Denikin als die einzige antibolschewistische Kraft unterstützen. Dies wurde jedoch im zweiten Satz sofort wieder eingeschränkt: Die Situation sei schwieriger als gedacht, und Berthelot müsse sich sehr klug verhalten, da die Bol’ševiki auf Cherson und Mykolaïv, beide bereits evakuiert, zumarschierten und die französischen Truppen von der einheimischen Bevölkerung keinerlei Unterstützung zu erwarten hätten. Folglich könne man Denikin auch keine Hilfe leisten. Der französische Vorschlag lautete deshalb, daß britische Truppen aus dem Kaukasus die Einheiten Denikins verstärken sollten.⁵⁷⁵

Aufgrund dieser Nachricht und nachdem aus Konstantinopel und Odessa die Aufforderung kam, sich direkt mit dem Quai d’Orsay auseinanderzusetzen, wurde am 20. März 1919 dem französischen Botschafter in London ein Memorandum überreicht. Darin zeigte sich die britische Regierung äußerst alarmiert von dem unkooperativen Verhalten der französischen Truppen in „South Russia“ und der generellen Einstellung Frankreichs gegenüber General Denikin. Mit großem Mißvergnügen hatte man auch von den Verhandlungen mit der Ukraine erfahren, die zudem noch im Namen der Entente geführt worden waren. Als Beispiel wurden die schon bekannten Taten Colonel Freudenbergs angeführt. Für ein Memorandum an eine fremde Regierung äußerst deutlich konstatierte

574 French Attitude towards General Denikin, in: B.F.O., Nr. 41599, vol. 3978, reel 26, 1919.

575 Lord Derby, Paris, an Foreign Office, 18.03.1919, Nr. 43563, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

London: „His Majesty’s Government can only view such proceedings with the gravest misgiving.“⁵⁷⁶ Nachdrücklich wurde noch einmal hervorgehoben, daß Denikin die einzige effektive und vertrauenswürdige antibolschewistische Kraft Rußlands sei. Die näheren Gründe einer Verständigung der französischen Regierung mit dem ukrainischen Direktorium waren London nicht bekannt, dennoch wollte man nicht unerwähnt lassen, daß das Direktorium mit seinen Unabhängigkeitsbestrebungen keinerlei Unterstützung durch die ukrainische Bevölkerung besaß. Sollte sich Paris auf diese Institution zu ungunsten Denikins verlassen, werde das in Enttäuschung, wenn nicht im Desaster enden. Außerdem sollte nicht vergessen werden, daß eine unabhängige Ukraine eine Erfindung Deutschlands sei. Erkenne man diese nun an, spiele das den Deutschen direkt in die Hände. Die britische Regierung war der Auffassung, daß an diesen Mißverständnissen die Abmachung vom 23. Dezember 1917 über die Aufteilung von Einflußsphären Schuld sei. In London sah man die Zeit für gekommen, sie zu überarbeiten, um eine bessere Kooperation zwischen englischen und französischen Behörden zu erreichen und damit die antibolschewistischen Kräfte Rußlands besser zu koordinieren. Der Verlust Chersons und Mykolaïvs zeigte, wie dringend eine Zusammenarbeit gefördert werden sollte.

Die französische Seite reagierte prompt auf die englischen Vorwürfe mit einem Schreiben an den englischen Botschafter in Paris. Dabei entschuldigte man sich für die Unklugheit der Formulierungen einiger französischer Offiziere in „Südrußland“ und sprach ihnen jegliche Autorisation ab, mit den Ukrainern zu verhandeln. Nicht einmal General Berthelot sei zu derartigen Verhandlungen berechtigt gewesen. Was dies und den Vorwurf betraf, der Armee Denikins sei nicht genügend französische Unterstützung zuteil geworden, so wolle man dem mit strengen Untersuchungen auf den Grund gehen.

Für die Ukrainer verheerend wirkte sich aus, daß Paris sich plötzlich ganz und gar der antiukrainischen Haltung Großbritanniens anschloß. Das Direktorium konnte sich von diesem Zeitpunkt an keinerlei Hoffnung mehr machen, als Regierung anerkannt zu werden, geschweige denn französische Hilfe zu erhalten.⁵⁷⁷ Um die Lage überdeutlich zu machen, versicherte das Quai d’Orsay bei Gesprächen in der russischen Botschaft in Paris, sich vollkommen den Ansichten Großbritanniens zu beugen und der Ukraine keinerlei Aufmerksamkeit mehr zu schenken.⁵⁷⁸

Einige Tage später führte Sir Grahame ein Gespräch mit dem französischen Außenminister in Paris, bei dem Pichon jegliche Existenz eines Vertrages mit der Ukraine bestritt und auch leugnete, daß es zu Schwierigkeiten zwischen französischen Militärvertretern

576 Memorandum communicated to French Ambassador, March 20, 1919 (French and Denikin. Nr. 39521), in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

577 Französisches Außenministerium an britischen Botschafter Paris, 25.03.1919, in: B.F.O., South Russia, Nr. 47896, vol. 3978, reel 26, 1919.

578 Französisches Außenministerium an britischen Botschafter Paris, 27.03.1919, in: B.F.O., Southern Russia. Relations between General Berthelot and General Denikin, Nr. 49824, vol. 3978, reel 26, 1919.

und Denikin gekommen war. Dennoch wollte er eine Untersuchung anordnen.⁵⁷⁹ Zur Klärung der letzten strittigen Fragen schlug er ein halboffizielles Treffen von britischen und französischen, zivilen und militärischen Vertretern im Quai d'Orsay vor.

Gleichzeitig führte auch Cooke in Odessa ein offenes Gespräch mit General Franchet d'Esperey über die Fehler der französischen Politik in der Ukraine. Franchet d'Esperey gab diese auch sofort zu und gelobte, in Zukunft alles besser zu machen und die Koordination mit den Briten weiter auszubauen. Vor allem aber war veranlaßt worden, daß Colonel Freudenberg seinen Posten in Odessa verließ.⁵⁸⁰

Am 4. April 1919 fand tatsächlich eine Besprechung im Quai d'Orsay zwischen hohen französischen⁵⁸¹ und britischen⁵⁸² militärischen und zivilen Vertretern statt, um die Beziehungen des französischen Kommandos in „Südrußland“ zu General Denikin zu besprechen. Kammerer bestritt jegliches Übereinkommen mit dem Direktorium und erklärte die Vorkommnisse mit Kommunikationsproblemen, die einige Verbindungsoffiziere auf eigene Faust hatten handeln lassen. Dabei handele es sich selbstverständlich nicht um die offizielle Meinung der französischen Regierung, und die Offiziere würden auch dementsprechend für ihr Verhalten gerügt. Nicht ungeschickt versuchte Kammerer dennoch das Verhalten dieser Offiziere zu erklären. Man hatte sie von der alliierten Mission in Bukarest als Emissäre in die Ukraine entsandt, um dieser die Hilfe der Alliierten zuzusichern. Als diese sich dann aber anders entschieden, was hätten die Offiziere tun sollen? Die französischen Truppen hingegen hatten Odessa nur verlassen, weil man in Paris den Eindruck gewonnen hatte, die dortige Bevölkerung wünschte dies. Hier muß man allerdings bemerken, daß das wohl nicht der ausschlaggebende Grund für die Evakuierung Odessas gewesen ist. Nachdem die Verhandlungen mit den Ukrainern gescheitert waren, London fest zu Denikin stand und Paris in Italien und den USA nicht die geeigneten Partner für seine Interventionspolitik fand, war der Abzug eigentlich vorprogrammiert. Auch scheiterte am 23. März 1919 der Aufruf von Marschall Foch vor dem Obersten Rat der Alliierten.⁵⁸³ Diese Punkte, die ungenügende Moral und die Desorganisation der französischen Truppen ließen einen Rückzug unumgänglich werden.⁵⁸⁴ Um so unverständlicher erscheint im nachhinein die Lüge Colonel Freudenbergs, der noch

579 Sir Grahame, Paris, an Foreign Office, 26.03.1919, Nr. 47469, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

580 Cooke, Odessa, an War Office, 24.03.1919, Nr. 50118, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

581 Auf französischer Seite waren anwesend: Kammerer (Leiter der Rußland-Abteilung des französischen Außenministeriums), Commandant Aublet vom französischen Außenministerium, Offiziere des Generalstabes und Repräsentanten der Admiralität (Général Ganter, Commandant de Rougement, Admiral Lanxade, Capitaine de corvette Mottet).

582 Auf englischer Seite waren anwesend: Major-General Radcliffe (Director of Military Operations), Captain Woollcombe (Military Operation Brand), Mr. Selby (Erster Sekretär der britischen Botschaft in Paris).

583 MARK Symon Petljura und die UNR, S. 58.

584 Commission to Negotiate Peace übermittelt dem amerikanischen Außenminister einen Bericht von Jenkins, 11.04.1919, in: FRUS, 1919, Russia, S. 757.

am 1. April den ukrainischen Delegierten versprach, Frankreich würde Odessa niemals den Bol'sheviki überlassen.⁵⁸⁵ Am 14. April 1919 verließ der letzte französische Soldat die Stadt am Schwarzen Meer.

Des weiteren führte Kammerer aus, man verhandele mit den Petljuristen, da sie die administrativen Nachfolger waren, was jedoch vom Direktorium angeblich schamlos ausgenutzt werde. Die Bevölkerung wollte auf keinen Fall Denikin als Machthaber sehen, da er ein Erzreaktionär sei und man Angst habe, er würde wieder ein autokratisches Regime errichten. Doch auf den scharfen Einwand Selbys, Großbritannien setze die Petljuristen mit den Bol'sheviki gleich, pflichtete Kammerer ihm sofort bei. Selby war es auch, der die in den Augen der Engländer müßige Diskussion beendete. Denikin kontrolliere alle wichtigen russischen Instanzen, und ob er nun reaktionär sei oder nicht,⁵⁸⁶ er brauche dringend Hilfe, und die würde er auch von alliierter Seite bekommen. Kammerer blieb nichts weiter übrig als ihm zuzustimmen.⁵⁸⁷ Dabei gelang es Großbritannien endgültig, alle seine Forderungen zugunsten Denikins durchzudrücken und festzulegen, daß die Ukraine ein integraler Bestandteil Rußlands sei und dies auch zu bleiben habe.⁵⁸⁸

Am 25. April 1919 gab die französische Regierung endgültig ihre obstruktive Haltung auf und unterwarf sich ganz den britischen Wünschen. Stolz übermittelte Lord Derby den Wortlaut der Regierungserklärung, welche die Freiwilligenarmee zum einzigen rechtmäßigen Werkzeug im Kampf gegen die Bol'sheviki erklärte.⁵⁸⁹ Damit und mit der Ablösung General Berthelots durch General Graziani am 30. April⁵⁹⁰ hatte sich das Problem – zumindest für Großbritannien – gelöst. Man hatte den französischen Verbündeten gezwungen, die gesamte Hilfe Denikin zukommen zu lassen, und damit eindeutig bewiesen, wer und mit welchen Zielen die Rußlandpolitik leitete. Frankreich mochte nach dem Krieg gegenüber Deutschland das Übergewicht haben, in Gesamteuropa jedoch hatte es sich an den Wünschen Großbritanniens zu orientieren.

585 MARGOLIN From a political diary, S. 39.

586 Bezeichnend für die britische Politik zu dieser Zeit ist, daß selbst in englischen Geheimberichten Denikin und seine Begleiter als „unfähige, überkonservative Zeitgenossen“ bezeichnet wurden und daß trotzdem nicht eine Minute darüber nachgedacht wurde, die Hilfe an ihn einzustellen. Geheimbericht vom 25.04.1919, über Konstantinopel am 28.04.1919 an London weitergegeben, in: B.F.O., Volunteer Army, Nr. 68876, vol. 3979, reel 27, 1919.

587 Procès-Verbal de la réunion tenue, le 4 avril, au Quai d'Orsay, pour régler les rapports entre les Généraux Denikine et Berthelot, in: B.F.O., Relations between General Berthelot and Denikin, Nr. 68662, vol. 3979, reel 27, 1919.

588 Conference with French Command regarding support of General Denikin, besonders: Instructions to French Command in South Russia submitted by French General Staff and approved by the War Office, 19.04.1919, Nr. 60938, in: B.F.O., vol. 3978, reel 26, 1919.

589 Lord Derby, Paris, an Curzon, 27.04.1919, in: B.F.O., Southern Russia. Franco-Russian relations, Nr. 66833, vol. 3979, reel 27, 1919.

590 Telegramm aus Bukarest an Foreign Office, 02.05.1919, in: B.F.O., Replacement of General Berthelot, Nr. 72130, vol. 3979, reel 27, 1919.

Mit dem Ergebnis dieser kleinen Privatkonferenz war eindeutig klar geworden, daß Großbritannien den diplomatischen Krieg um den Einfluß in „Südrußland“ und in der Ukraine gewonnen hatte. Durch strenge Intervention war es London gelungen, den französischen Alliierten auf seine Linie einzuschwören und die letzten Hoffnungen des Direktoriums auf eine diplomatische Anerkennung zunichte zu machen. Erstaunlich bleibt dabei, wie schnell Frankreich bereit war, seine eigenständige Politik gegenüber der Ukraine aufzugeben. Hauptsächlich jedoch war das Jahr 1919 geprägt von der ukrainischen Auseinandersetzung mit General Denikin. Der Fehler der Ukrainer war, sich auf einen Kampf mit dem britischen Ziehkind einzulassen, während die Engländer – aufgrund ihrer vorurteilsvollen Berichterstattung – nicht einsehen wollten, daß es noch andere Alternativen eines antibolschewistischen Widerstandes gab. Dies ist umso unerklärlicher, da doch eine Reihe von guten Vorschlägen und positiven Berichten das Foreign Office erreichte. So wurde der Rapport von Brigadier General E.L. Spears an General Radcliffe an das Foreign Office weitergeleitet, in dem Spears vorschlug, doch der Ukraine eine Garantie der Alliierten über rechtliche, administrative und erzieherische Autonomierechte zukommen zu lassen und gleichzeitig einen alliierten Hochkommissar dem Hetman Skoropads'kyj an die Seite zu stellen. So wußte die Ukraine woran sie sei, und das Verhältnis wäre in Zukunft geregelt.⁵⁹¹

Im Februar 1919 übersandte Colonel Wade von der britischen Mission in Warschau eine Kopie des Regierungsprogramms von Petruševyč, das es seiner Meinung nach verdiene, ausgewogen und vor allem demokratisch genannt zu werden.⁵⁹² Derselbe Colonel berichtete auch über Erschießungen von gefangenen ukrainischen Offizieren durch Einheiten des polnischen Generals Rozwadowski, der zudem nie Beweise erbracht hatte, daß sich Ukrainer in grausamer Art an Polen gerächt hätten.⁵⁹³ Überaus positiv nahmen sich jedoch die Berichte des holländischen Generalkonsuls Fokker in Kiew aus, die über die britische Vertretung in Den Haag an Lord Curzon weitergeleitet wurden. Dabei beurteilte er die galizischen Ukrainer und ihren Einfluß auf die Parteien der Dnjepr-Ukraine als besonders günstig und lobte sie für ihren strengen Antibolschewismus. Scharf ging er dabei mit der alliierten Politik ins Gericht, die es nicht für nötig hielt, sich über die ukrainische Frage richtig zu informieren, und nur ihre panrussische Einstellung verfolgte, die letztendlich zu einem bolschewistischen Panrußland führen würde.⁵⁹⁴

Seinen größten Fürsprecher hatte Denikin dabei in Winston Churchill gefunden, der ihn für einen „tough, sensible, steady and honourable military man“⁵⁹⁵ hielt. Er verachtete die Ukrainer und nahm ihnen den Vertrag von Brest-Litovsk ungeheuer übel, da dieser

591 Spears an Radcliffe, 26.12.1918, in: B.F.O., vol. 3962, reel 16, 1919.

592 Britische Mission Warschau an Curzon, 07.02.1919, in: B.F.O., Nr. 36638, vol. 3963, reel 17, 1919.

593 Telegramm von Colonel Wade, 15.01.1919, in: B.F.O., Nr. 49587, vol. 3963, reel 17, 1919.

594 Bericht des holländischen Konsuls Fokker aus Kiew, 25.01.1919, in: B.F.O., Nr. 63345, Political and international conditions in Ukrainia (16.04.1919), vol. 3964, reel 18, 1919.

595 CHURCHILL *The world crisis*, S. 87.

es ihnen – seiner Meinung nach – ermöglichte, mit Deutschland Krieg gegen die Konterrevolutionäre zu führen. Auch hatte er eine sehr realistische Sicht von den 14 Punkten Präsident Wilsons:

„These ‘Fourteen Points’, admirably, if vaguely phrased, consisted in the main of grand principles which could be applied in varying degrees according to the fortunes of war.“⁵⁹⁶

Durch die totale Niederlage der Mittelmächte, eine Situation, welche die höchsten alliierten Erwartungen übertraf, konnten die Alliierten die 14 Punkte nach Belieben auslegen. Und wie mit obigem Zitat bereits verdeutlicht, erschien es den politischen Zielen der Entente nicht dienlich, allen Völkerschaften des alten Zarenreiches die Selbständigkeit zu gewähren.

Wie doppelbödig sich das englische diplomatische Spiel ausnahm, zeigt die spätere Betrachtung Churchills, der im Nachhinein die Aufgabe der Alliierten dahingehend definierte, den Standpunkt Denikins mit demjenigen Petljuras zu vereinigen. Dabei sollten autonome Teile auf föderativer Basis in einer russischen Union zusammengefaßt werden. Von dieser Konstruktion erwartete sich Churchill ein weit geringeres Gefahrenpotential als von einem neuen zentralisierten Zarenreich. Von selbständigen Einzelstaaten hielt er allerdings nach wie vor nichts, da dies zu einer Reihe von Kriegen führen würde, aus denen letztendlich nur ein gestärktes militaristisches Rußland hervorgehen würde. Daß man englischerseits also nicht unbedingt nur das russische Wohl im Auge hatte, sondern vielmehr das eigene, muß nicht mehr betont werden.⁵⁹⁷ Einen bezeichnenden Einblick in die englische Art der Verhandlungsführung gibt auch der Vorschlag von Mr. Reilly aus dem Foreign Office, der die Ukraine als Operationsbasis gegen die Bol’ševiki benutzen wollte, indem man dem Otaman Hryhoriiv heimlich einen Agenten sandte, der britische Hilfe im Kampf gegen die Bol’ševiki zusichern sollte. Sollte Hryhoriiv dabei im Kampf erfolgreich sein, würde man für eine Verständigung mit General Denikin sorgen. Diesen wollte man vorher privat davon in Kenntnis setzen und, vorausgesetzt, er müßte sich nicht öffentlich dazu äußern, würde er die Idee bestimmt unterstützen.⁵⁹⁸

Für die Ukrainer war die Entwicklung des Jahres 1919 um so enttäuschender, als sich sowohl in der West- als auch in der Dnjepr-Ukraine die Hoffnungen auf Selbständigkeit zerschlugen. Durch den Mißerfolg, der der französischen Regierung in der Dnjepr-Ukraine beschieden war, steigerte sich immer mehr das Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit Polen als dem osteuropäischen Verbündeten. Unterstützt wurde dieser Prozeß noch von der ungeschickten Politik einiger ukrainischer Politiker, die entweder versuchten, auf dem Rücken der Ostukrainer prowestukrainische Agitation zu betreiben, oder sich gegenseitig als deutsche Agenten denunzierten. Auch die gegenseitigen Schuld-

596 CHURCHILL *The world crisis*, S. 104.

597 CHURCHILL *The world crisis*, S. 252.

598 *Suggestions as to action against the Bolsheviks inside Russia*, 07.06.1919, in: B.F.O., Nr. 85574, vol. 4022, reel 49, 1919.

zuweisungen der einzelnen ukrainischen politischen Richtungen wirkten nicht gerade vertrauenserweckend auf die Alliierten.⁵⁹⁹ Ebensovienig tat dies die Aufdeckung geplanter oder nur fiktiver Staatsstrieche anderer ukrainischer Politiker gegenüber britischen Diplomaten im Ausland. So wußte Zales'kyj dem Botschafter in der Schweiz, Rumbold, zu berichten, daß Skoropads'kyj schon zu einigen polnischen Politikern des Nationalkomitees Kontakt aufgenommen hatte und über diese auch bereits zur französischen Botschaft. Es sollte dort besprochen worden sein, Litauen, einen Großteil Weißrußlands und die Westukraine an Polen abzutreten, wofür dieses wiederum Skoropads'kyj und der zaristische Partei helfen sollte, an die Macht zu kommen und den Rest der Dnjepr-Ukraine in einen russischen Staat zu inkorporieren.⁶⁰⁰

Auch widersprachen sich die ukrainischen Auslandsvertreter in ihren Aussagen über die zukünftige Ukraine. Während man in London auf die Unabhängigkeit pochte, boten der ukrainische Abgesandte Matuševs'kyj in Athen eine Föderation mit Rußland an⁶⁰¹ und der ukrainische Delegierte in der Schweiz, Sevrjuk, gar eine Konföderation der Schwarzmeer-Anrainer-Staaten Ukraine, Don- und Kuban'-Gebiet.⁶⁰²

Nicht zuletzt war es die Schaukelpolitik einiger ukrainischer Diplomaten, die versuchten, mit dem Schreckgespenst einer deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit die Entente zu Zugeständnissen zu bewegen, was das gesamte Gebäude der ukrainischen Diplomatie zum Einsturz brachte.

3.8. Die Ukraine und Rußland in den wirtschaftlichen Überlegungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges

Der Machtwechsel in Rußland 1917 zerstörte die guten englisch-russischen Handelsbeziehungen und machte viele Träume der englischen Wirtschaft zunichte. Als sich Großbritannien entschloß, General Denikin und seine Freiwilligenarmee“ zu unterstützen, keimte jedoch wieder Hoffnung unter den Wirtschaftsfachleuten auf.

Am 23. Dezember 1918 fand eine Konferenz der verschiedenen Abteilungen des Foreign Office über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu „Südrußland“⁶⁰³ statt. Dort

599 Vgl. die Anschuldigungen Oleksander Sevrjuks gegen Skoropads'kyj vor dem englischen Botschafter Rumbold in Bern vom 17.12.1918, in: B.F.O., Nr. 3629, vol. 3962, reel 16, 1919.

600 Rumbold an Curzon, 07.02.1919, in: B.F.O., Nr. 24108, vol. 3962, reel 16, 1919.

601 The Ukraine. Representative of Great Britain in Athens, 19.04.1919, in: B.F.O., Nr. 67493, vol. 3964, reel 18, 1919.

602 Britische Mission Bern an Foreign Office, 17.04.1919, in: B.F.O., Nr. 62577, vol. 3964, reel 18, 1919, und Bericht von M. Selby, London, 08.05.1919, über ein Gespräch mit Dr. Zarchi aus Paris vom 06.05.1919, in: B.F.O., Ukrainian Independence, Nr. 71059, vol. 3964, reel 18, 1919.

603 Wenn hier von „Südrußland“ die Rede ist, wird damit hauptsächlich das Gebiet der heutigen Ukraine gemeint.

war man der Meinung, daß dies viele Vorteile bringen würde, und ernannte sogleich eine Unterkommission, welche die Wiederaufnahme des Handels mit den einzelnen Distrikten „Südrußlands“ zu untersuchen und darüber zu berichten hatte. Der Vorsitzende dieser Kommission bat nun, so schnell wie möglich mit dem Interalliierten Blockadekomitee zu einer Einigung zu kommen.⁶⁰⁴

Immer mehr englische Firmen wandten sich an das Foreign Office mit der Bitte um Unterstützung, so auch die „Russian Commercial Company Sibunion Limited, London“. Nachdem nun die Schwarzmeerhäfen wieder frei zugänglich waren, hatte diese Firma Waren im Wert von 750.000 Pfund für „Südrußland“ versandfertig, und weitere Schiffsladungen sollten, sobald der erste Frachter ausgelaufen sei, folgen. Für Regierungshilfe bei diesem Unternehmen versprach die Russian Commercial Company Sibunion Rohstoffe, vor allem Kohle aus dem Donec'-Becken, nach Großbritannien zu exportieren. Schon zwei Tage nach dieser Anfrage gab Lord Curzon seine Einwilligung, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Alliierten der Wiederaufnahme des Handels zustimmten. Allerdings konnte er darin kein Problem sehen.⁶⁰⁵

Das Wiederanknüpfen an alte Handelsbeziehungen zu „Südrußland“ war auch den einzelnen englischen Vertretern, die sich 1919 dort aufhielten, ein großes Bedürfnis. So befürwortete John Picton Bagge, Generalkonsul in Odessa und späteres Mitglied des Department of Overseas Trade des Foreign Office, die Entsendung von vertrauens-erweckenden Repräsentanten renommierter britischer Firmen nach Odessa. Dabei wollte er vor allem den Import von Manufakturwaren angekurbelt sehen, der allerdings gut organisiert sein wollte, da – wie Bagge sich ausdrückte – sonst die Juden allzu große Gewinne machen würden. Er empfahl auch die Schaffung von anglo-russischen Firmengruppen, die das Recht auf Import und auf einen Kredit in Pfund Sterling haben sollten. Dabei forderte er, daß sie ihre Waren nur in bestimmten Läden zu festgelegten Preisen verkauften, und die lokalen Behörden sollten dabei die Handelsplätze und Preise festlegen. Hauptsächlich wurden folgende Waren benötigt: Stoff, Baumwollwaren, Stiefel, Strümpfe, Socken, Unterwäsche, Oberbekleidung, Tee, Pfeffer, Reis, Pflüge und Eggen.⁶⁰⁶ Diese Vorschläge glichen den deutschösterreichischen Vorstellungen von 1918, und auch die Liste der gewünschten Artikel war mehr oder weniger identisch. Es hatte sich also nicht viel geändert, und wirtschaftlich zumindest waren die ehemaligen Kriegsgegner nicht weit voneinander entfernt. Die wirtschaftliche Situation in Odessa war zu dieser Zeit tatsächlich besonders schlecht. Die gesamte Region litt unter dem Mangel an gefertigten Gütern und Rohstoffen, die aus den von den Bol'sheviki besetzten Gebieten nicht eingeführt werden konnten. Verschlimmert wurde die Situation durch den ständigen

604 Resumption of Commercial Correspondence with South Russia, 02.01.1919, in: B.F.O., Nr. 15259, vol. 3994, reel 34, 1919.

605 The Russian Commercial Company Sibunion Limited, London, an Foreign Office, 17.01.1919, in: B.F.O., Resumption of Trade with South Russia, Nr. 10033, vol. 3994, reel 34, 1919.

606 Bagge an Foreign Office, 04.01.1919, in: B.F.O., Commerce with Odessa, Nr. 3822, vol. 3994, reel 34, 1919.

Flüchtlingszustrom, der durch die Überbevölkerung und das Fehlen sanitärer Anlagen eine Typhusepidemie mit sich brachte. Außerdem waren von 50.000 Arbeitern der Stadt 40.000 arbeitslos.

Im März 1919 begannen die Franzosen, eine interalliierte Kommission aufzubauen, um den Im- und Export zu kontrollieren, die Verteilung zu überwachen und der Spekulation entgegenzuwirken. Gleichzeitig operierte in Kiew noch die Zentral-Liquidierungskommission für österreichisch-ungarisches Heeresgut in der Ukraine (ZLK), die auch nach der Abreise von General Graf Spanocchi und dem militärischen Hilfsapparat weiterarbeitete. Dort hatte man versucht, dem Direktorium das verbliebene Heeresgut der Mittelmächte zu verkaufen. Durch das rasche Vordringen der Roten Armee jedoch wurde die Petljura-Regierung gezwungen, Kiew zu verlassen. Zu diesem Zeitpunkt trafen Nachrichten aus Odessa bei der ZLK ein, daß sich dort beträchtliche Vorräte zur Liquidierung befänden und daß die Entente nichts dagegen einzuwenden hätte. Da die Liquidierung von weiterem Material, das in den Gegenden von Oleksandrivka, Mariupol' und Mykolaiv im Bereich der Freiwilligenarmee lagerte, von Odessa aus möglich war, beschloß die ZLK am 27. Januar 1919, ihren Sitz von Kiew nach Odessa zu verlegen. Österreicherseits⁶⁰⁷ war man zuversichtlich, sowohl mit der Freiwilligenarmee als auch den Franzosen zu einer gütlichen Einigung zu kommen.

Aber nicht nur die genannten Gruppen zeigten Interesse an der Wiederanknüpfung der früheren Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch das Department of Overseas Trade war sehr darauf bedacht, die alten Verhältnisse wiederherzustellen. In einem Memorandum an das War Office machte es Druck, den Handel mit „Südrußland“ so schnell wie möglich wieder aufzunehmen, da es momentan auch politisch besonders günstig sei und man auf diese Art und Weise den antibolschewistischen Kräften helfen könnte. Außerdem sei es so gut wie ausgeschlossen, daß die importierte Ware an die vormaligen Mittelmächte gelangen könnte. Dabei bezog man sich auf einen Report von Bagge, der zu berichten wußte, daß die Bauern nur an einer wirtschaftlichen Verbesserung interessiert seien, Politik für sie jedoch keine Rolle spielte. Er war davon überzeugt, mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage die Bol'seviki entmachten zu können. Der militärische Vormarsch der Freiwilligenarmee sollte mit dem von den Engländern kontrollierten Handel Hand in Hand gehen, was der Bevölkerung unverzüglich Vertrauen einflößen würde; zusätzlich schlug er die Vergabe von Sterling-Krediten, den Druck neuer Banknoten und die Abschaffung der Zollgrenzen innerhalb Rußlands vor.⁶⁰⁸

Wie gut das Zusammenspiel der einzelnen Informationen und wie wichtig es dem englischen Außenministerium war, den Rußlandhandel wieder anzukurbeln, sieht man an der Anweisung Lord Curzons an das Military Permit Office, so schnell wie möglich

607 Zentral-Liquidierungskommission für österreichisch-ungarisches Heeresgut in der Ukraine, Nr. 93, 10.02.1919, in: AdR, Deutschösterreichische Staatskanzlei 1723.

608 Department of Overseas Trade an Foreign Office, 20.01.1919 und Bagge an Department of Overseas Trade, 17.01.1919, in: B.F.O., Reopening of trade relations with South Russia, Nr. 16467, vol. 3994, reel 34, 1919.

den Leuten Pässe auszustellen, die von der Rußland-Abteilung des Department of Overseas Trade nach „Südrußland“ empfohlen worden waren.⁶⁰⁹ Der deutsche Militär-Attaché in Den Haag, Oberst Renner, sah ebenfalls sehr deutlich, daß sich die englische Handelspolitik zu ändern begann. Die teilweise Blockadeaufhebung und die einmalige Lieferung von 3.000 Tonnen an Österreich deutete er bereits als einen allgemeinen Blockadeabbau, durch den man Österreich von Deutschland trennen wollte. Aufgrund seiner guten Beziehungen in England glaubte er, daß „England (...) in letzter Zeit Raison annehme“ und seine Fühler eindeutig nach Osten ausstreckte.⁶¹⁰ Wie recht er damit hatte, zeigte sich bereits nach einigen Tagen. Hoffinger berichtete aus Belgrad, daß Captain Roosevelt von der amerikanischen Friedensmission den Auftrag erhalten habe, dem österreichischen Außenministerium folgendes mitzuteilen: Am 2. April wird eine interalliierte Verordnung publiziert werden, welche die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Deutschösterreich zum Gegenstand hat. Gleichzeitig mit der Freigabe des Importes nahezu aller Waren außer militärischem Material wird in Wien eine interalliierte Handelskommission errichtet werden. Das Verbot der Wiederausfuhr nach Deutschland, Ungarn und dem bolschewistischen Rußland blieb gültig, konnte allerdings mit Zustimmung der interalliierten Handelskommission außer Kraft gesetzt werden.⁶¹¹

Anfang Juli 1919 machte Lieutenant-Commander Kenworthy eine Anfrage im Unterhaus. Dabei erkundigte er sich, ob der Handel mit Südrußland und der Ukraine über die Schwarzmeerhäfen Odessas und anderer Städte überhaupt erlaubt sei. Ferner wollte er wissen, ob Großbritannien diplomatische Vertretungen in der Ukraine und im Kaukasus unterhielt. Die Antworten darauf waren sehr eindeutig. Es würde kein Handel mit den unter bolschewistischer Herrschaft stehenden Landesteilen getrieben, jedoch mit denjenigen Regionen, die unter der Verwaltung Denikins stünden; und dort seien die Wirtschaftsbeziehungen nicht nur erlaubt, sondern würden auch aktiv von der britischen Regierung unterstützt. Die Frage nach den britischen diplomatischen Vertretern mußte verneint werden, jedoch befanden sich Konsuln in Novorossijsk und Batumi.⁶¹²

Im Juli 1919 wandte sich die ukrainische Mission in London an das Foreign Office mit der Frage, ob die englische Regierung etwas dagegen hätte, wenn die ukrainischen Kooperativen in Großbritannien einkaufen würden. Diese Anfrage wurde völlig ignoriert,

609 Foreign Office an Military Permit Office, 31.01.1919, in: B.F.O., Resumption of Trade with South Russia, Nr. 16036, vol. 3994, reel 34, 1919. Entsprechende Listen von interessierten Firmen siehe bei: Department of Overseas Trade, 05.02.1919, in: B.F.O., Representatives of firms interested in trade with South Russia, Nr. 19846, vol. 3994, reel 34, 1919.

610 Österreichische Gesandtschaft Haag an Staatssekretär Dr. Bauer, 10.03.1919, Nr. 7/2485. in: AdR, NPA 374, Liasse Österreich 23.

611 Hoffinger an Staatsamt für Äußeres, 01.04.1919, Nr. 2746, in: AdR, NPA 374, Liasse Österreich 23.

612 Extracts from Parliamentary Debates, 07.07.1919, in: B.F.O., Nr. 105576, vol. 3994, reel 34, 1919.

jedoch erschienen intern zu diesem Thema Instruktionen. Der Handel mit Odessa und anderen Orten in der Ukraine, der inoffiziell schon bestand, sollte nicht gestört werden. Man wollte ihn weiter ausbauen, dabei aber nicht mit der ukrainischen Mission oder gar der ukrainischen Regierung zusammenarbeiten. Die Begründung dazu lieferte die Rechtslage, nach der diese Kooperativen private Einrichtungen waren, man somit auf keine offizielle Mitwirkung angewiesen war.⁶¹³

Diese Unterstützung des Handels durch die britische Regierung kam nicht von ungefähr. Im Schriftverkehr zwischen dem Foreign Office und dem Board of Trade im Mai 1919 hieß es unter anderem: „So far as the commercial aspect of the question is concerned it is difficult to exaggerate the prospective import of the Russian market, both as a purchaser of British manufactures and as a source of supply of raw materials.“⁶¹⁴ Sorgen machte den Briten die amerikanische Konkurrenz auf dem russischen Markt, denn der amerikanische Export wurde von der U.S. Regierung mit einer Milliarde Dollar unterstützt. Engländerseits wollte man jedoch den Kampf um die alten und jetzt neuen Märkte nicht verlieren, vor allem da Großbritannien auf den großen russischen Markt angewiesen war. Allerdings sah man in den guten anglo-russischen Beziehungen einen beträchtlichen Vorteil gegenüber den Amerikanern. Auf der Kabinettsitzung vom 7. April 1919 wurde deshalb beschlossen, dem britischen Handel mit Staatskrediten unter die Arme zu greifen. Da Rußland immer noch sehr unsicheres Terrain war, wollte die britische Regierung durch staatliche Versicherungen für die Händler Vorsorge treffen. In den Genuß derartiger Förderungen sollte zuerst einmal das russische Gebiet kommen, das von General Denikin kontrolliert wurde. Laut Lord Parringdon und Sir Richard Vassar Smith würden auch die Banken die nötigen Schritte einleiten. Selbst wenn die Bol’ševiki einen Teil der Güter konfiszieren würden, versprach sich das War Risk Insurance Office einen Gewinn von 17 Millionen Pfund.⁶¹⁵

Im Februar 1920 gab das Foreign Office ein Rundschreiben heraus. Es wurde darauf verwiesen, daß kein Handel mit der Ukraine betrieben werden konnte, da sie von der britischen Regierung offiziell nicht anerkannt worden war. Zudem hatte der Oberste Rat am 16. Januar 1920 beschlossen, daß von diesem Zeitpunkt an Handelsbeziehungen nur mehr mit dem Allrussischen Zentralausschuß der kooperativen Organisationen (Centrosojuz) und nicht mehr mit der Zentralvereinigung der kooperativen Gesellschaften der Ukraine (Dniprosojuz⁶¹⁶) erlaubt waren.⁶¹⁷

613 Ukrainian peasant Co-operatives & Semstvos & British Firms, 27.08.1919, Nr. 108124, in: B.F.O., vol. 4025, reel 50, 1919.

614 Foreign Office an Board of Trade, 20.05.1919, in: B.F.O., Scheme for insuring trade with Russia, Nr. 85129, vol. 3994, reel 34, 1919.

615 Zu weitergehenden britischen Berechnungen über den Gewinn siehe den umfangreichen Dokumentenbestand, in: B.F.O., vol. 4022, ab der Nr. 85129, reel 49, 1919.

616 Der Dniprosojuz operierte in folgenden Gouvernements: Wolhynien, Podolien, Charkiv, Cherson, Katerynoslav, Poltava, Kiew, Taurien und Černihiv. 1918 bestand er aus landwirtschaftlichen Kooperativen mit insgesamt 12 Millionen Mitgliedern. 1920 sollen es bereits

Im Herbst 1919 zog Lloyd George mit seiner Guildhall-Rede einen Schlußstrich unter die englischen Hilfsleistungen an Denikin.⁶¹⁸ Schon im August hatte das Kabinett beschlossen, ein letztes Hilfspaket an Denikin zu schnüren, da man von ihm noch am ehesten einen Sieg erwarten konnte. Sollte dies nicht der Fall sein, so schlug selbst Churchill vor, müßten Lenin und seine Gegner zu einer Vereinbarung kommen. Man einigte sich darauf, Denikin marktgängige Waren im Wert von drei Millionen Pfund zu überlassen. Daß es sich hierbei um eine kleine Summe im Vergleich zu vorhergehenden Zahlungen handelte, muß nicht erst betont werden. Insgesamt kostete die Intervention mit markt-gängigen und nicht-marktgängigen Waren 69.285.000 Pfund.⁶¹⁹ Auch wenn Großbritannien unbestritten den Löwenanteil zur Unterstützung Denikins aufbrachte, war auch Frankreich einer seiner Geldgeber. Aus einer Aufstellung des Kriegsministeriums an das Finanzministerium vom März 1920 geht hervor, daß 4,5 Millionen Francs für Hilfslieferungen wie Lebensmittel und Medikamente und 33.278.370 Francs für Waffen und Munition an Denikin geflossen waren.⁶²⁰ Am 21. Oktober 1919 hatte Frankreich einen Vertrag mit Denikin über die Entsendung sowohl von Kriegsgerät als auch von Wirtschaftsgütern durch Frankreich und die Rückgabe nicht gebrauchten Materials seitens Denikin abgeschlossen. Zudem stellte er fest, wie wichtig die Versorgung Frankreichs mit Getreide und Rohstoffen aus der Ukraine war. Für den Erhalt der französischen Hilfsleistungen

20 Millionen Mitglieder gewesen sein. Die Sowjetregierung wollte den Dniprosojuz verstaatlichen, hatte dies aber bis April 1920 noch nicht geschafft, da sie von den vorrückenden polnischen Truppen daran gehindert worden war. Der größte Feind dieser Kooperativenorganisation war allerdings General Denikin, der versuchte sie zu zerstören, während die Sowjets sie „nur“ umstrukturieren wollten. Siehe: Reisebericht von J.C. White, Warschau an State Department, 15.05.1920, Nr. 439, in: Records, I, 1.

617 Renewal of commercial relations between Ukraine and Western Europe, 19.02.1920, Nr. 179855, in: B.F.O., vol. 4044, reel 60, 1919. Hier wird der 17. Januar als Datum angegeben, sonst ist allerdings überall vom 16. Januar die Rede.

618 Vgl. Kap. 3.6. dieser Arbeit.

619 ULLMAN Anglo-Soviet relations, II, S. 211–212, der sich dabei auf Akten des War Cabinet bezieht. In einer Aufstellung aus dem Foreign Office habe ich folgende Angaben zu Zahlungen allein an Denikin gefunden. Diese Auslagen setzten sich zusammen aus Ausgaben für englische Truppen, den Seetransport, Nahrungsmittellieferungen, Bewaffnung, Bargeldlieferungen, markt-gängige und nichtmarkt-gängige Waren. Von April 1918 bis zum 31. März 1919: 11.995.000 £, von April bis zum 31. Dezember 1919: 16.210.000 £. Es müssen noch weitere Posten an Denikin gelangt sein, denn die Aufstellung des Foreign Office kommt zu dem Gesamtergebnis von 32.900.000 £; während ich auf 28.205.000 £ komme. Zählt man die letzten 3 Millionen Pfund allerdings dazu, nähert man sich der Angabe vom Foreign Office. Siehe: Expenditure in Russia, Nr. 117079, 19.08.1919, in: B.F.O., vol. 3960, reel 14, 1919.

620 Le Ministère de la Guerre à Monsieur le Ministre des Finances Direction du Mouvement Général des Fonds, 17.03.1920, und Note pour le Ministre des Finances Direction du Mouvement Général des Fonds, 07.01.1920, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B.31.980.

willigte Denikin ein, den Austausch von Naturalien mit Frankreich zu erleichtern und bevorzugt zu behandeln, und er versprach, zehn Prozent seiner Handelsgewinne zur Deckung der russischen Schulden an Frankreich abzuführen.⁶²¹

Während der drei Monate nach der Guildhall-Rede versuchte Lloyd George, sowohl sein Kabinett und das Unterhaus als auch den alliierten Obersten Rat dazu zu bewegen, die Beziehungen zum Sowjetregime auf eine andere Basis zu stellen. Im Mittelpunkt dieser neuen Konzeption stand die Anknüpfung von Handelsbeziehungen, wobei der Premierminister stark von Edward Frank Wise, einem Beamten des Ministry of Food und britischen Hauptvertreter beim Obersten Wirtschaftsrat, beeinflusst wurde.

Wises Memorandum vom 6. Januar 1920, auf dessen wirtschaftlichen Inhalt er ausdrücklich hinwies, wurde gesondert gedruckt und an die britischen Kabinettsmitglieder verteilt. Wise ging davon aus, daß Rußland einer der Hauptproduzenten von landwirtschaftlichen Produkten vor dem Weltkrieg und Europa sein Hauptabnehmer gewesen war. Rußland exportierte zum Beispiel vier Millionen Tonnen Weizen, die einem Viertel der damaligen Weltproduktion entsprachen. Großbritannien war einerseits auf den Import landwirtschaftlicher Güter, andererseits aber auch auf den Export seiner Fertigprodukte angewiesen. Vor dem Krieg hatte der britische Export ein Volumen von 75 Millionen Pfund Sterling betragen.

Wise ging von einer Rekord-Getreideernte im Jahr 1920 und von großen vorhandenen Überschüssen an Agrarerzeugnissen der letzten Ernte aus. Er gestand ein, daß es in den großen russischen Städten Hungersnöte gab, führte diese aber auf Transportprobleme und die alliierte Blockadepolitik zurück. Ebenso hegte er keinerlei Zweifel, daß neben Getreide auch beträchtliche Mengen an Flachs, Holz und Butter in Rußland lagerten. In einigen Punkten faßte er die Auswirkungen der Abschottung Rußlands durch die Blockade zusammen. Dabei ging es vor allem um die Erhöhung der Weltmarktpreise; besonders ärgerlich war das Steigen der amerikanischen Getreidepreise. Durch das russische Getreide könnte man sich von Nordamerika und den Preissteigerungen unabhängig machen, den Dollarkurs drücken, die Frachtkosten vermindern und die allgemeine Verschiffungssituation entspannen. Interessant war der Hinweis auf die äußerst schlechte Versorgungslage der vormaligen Mittelmächte die, wenn sie nicht gemildert würde, den Weltfrieden bedrohte. In seinen Ausführungen über die künftig einzuschlagende Politik erwies sich Wise als scharfer Gegner der alliierten Blockadepolitik, die er für eine „plumpe Waffe“ hielt. Seine Empfehlung lautete deshalb, die diplomatische Anerkennung der bolschewistischen Regierung zu vermeiden, die Blockade aufzugeben und den Handel mit ganz Rußland unverzüglich wieder aufzunehmen. Allerdings forderte er Maßnahmen, eine bolschewistische Propaganda in Europa zu verhindern, und bestand darauf, keine Waffen

621 Le Président du Conseil, Chargé de l'interim du Ministre des Affaires Etrangères à Monsieur le Ministre des Finances, 27.12.1919, Nr. 2974, und Le Président du Conseil, Chargé de l'interim du Ministre des Affaires Etrangères à Monsieur Sergent Sous-Secrétaire d'Etat des Finances, 31.12.1919, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B.31.980.

nach Rußland zu exportieren.⁶²² Außerdem versprach er sich von dieser Politik eine sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu den russischen Randstaaten wie Polen oder den baltischen Ländern und – nicht zu vergessen – eine Erleichterung des Zugangs zu den Reichtümern Sibiriens. Die Fragen des Rußlandhandels von seinem rein britischen Standpunkt aus beurteilend, bemerkte Wise noch, daß eine Verzögerung der Aufnahme von Handelsbeziehungen der deutschen und amerikanischen Konkurrenz sehr nützlich sein könnte. Dieser neue Weg, der von Lloyd George eingeschlagen worden war, fand großes Interesse bei Čičerin, der sich in einem Telegramm vom 20. November 1919 sofort für die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu Großbritannien aussprach.⁶²³ Gleichzeitig forderten die Independent Labour Party und die Gewerkschaften in London die Beendigung der alliierten Blockade und die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjetrußland.

So kam es zur Entscheidung des Obersten Rates vom 16. Januar 1920, den Güteraustausch mit Rußland wieder aufzunehmen, um der notleidenden Bevölkerung zu helfen.⁶²⁴ Dies brachte die Beendigung der seit 1918 bestehenden Blockade gegen die Bol'seviki und bedeutete damit die stillschweigende Anerkennung der Existenz der Sowjetregierung, sowie das Eingeständnis, solle ihr Sturz durch die innere Opposition sei nicht mehr wahrscheinlich und der Rest der Welt solle Schritte unternehmen, um Vereinbarungen mit ihr zu treffen.

Der Oberste Rat übertrug alle diesbezüglichen Rechte an den Obersten Wirtschaftsrat und an dessen ständig tagendes Komitee, um alle auftretenden Fragen zu behandeln. Kurze Zeit später setzte die britische Regierung ein Russian Trade Committee ein, das Vertreter aus allen betroffenen Ministerien⁶²⁵ und britische Repräsentanten aus dem Obersten Wirtschaftsrat vereinigte, um den Beschluß des Obersten Rates im Sinne des britischen Handels in die Tat umzusetzen. Nach Erhalt der Entscheidung des Obersten Rates nahmen die Vertreter der russischen Kooperativen in London am 21. Januar 1920 Verbindung zu ihrer Zentrale und dem Präsidenten des Centrosojuz in Moskau auf. Man fragte an, ob die Kooperativen willens seien, ihre Getreideüberschüsse, ihre sonstigen Nahrungsmittel und Rohstoffe gegen Produkte aus Westeuropa zu exportieren und auch den Transport sicherzustellen. Ebenso wollte man wissen, ob sie auch die Garantie für die Warenlieferungen nach Rußland übernehmen würden, und regte die Entsendung von Auslandsvertretern der Kooperativen zu einer Konferenz in Moskau an. Auf alle diese

622 Memorandum on economic aspects of British policy concerning Russia, 06.02.1920, Nr. 168532, in: B.F.O., vol. 4024, reel 50, 1919.

623 Das Telegramm ist abgedruckt bei DENNIS *The foreign policies of Soviet Russia*, S. 380.

624 *Negotiations for the Resumption of Trade with Russia*, P.C. 120. In: VB, R306, Nr. 4933.

625 Vertreten waren darin: Treasury, Board of Trade, Foreign Office, Department of Overseas Trade (eine eigenständige Organisation, obwohl dem Foreign Office beigelegt), War Office, Admiralty, Home Office, Post Office, Ministries of Munitions, Shipping and Food. Ort der Verhandlungen war das Büro von Lloyd George, dem Mentor der britisch-sowjetischen Handelsbeziehungen. Vgl. ULLMAN *Anglo-Soviet relations*, III, S. 411.

Fragen kam eine positive Antwort und die Vertreter Makejev, Generalsekretär des Centrosojuz, und Šmelov, Präsident der Vertretung der Flachs-Kooperativen, machten sich aus London auf den Weg nach Moskau. Zur gleichen Zeit schlugen die Moskauer Kooperativen vor, eine Delegation nach Westeuropa zu entsenden. Die Organisation der Kooperativen war durch die Sowjetregierung verändert und umgestellt worden, und als die Mitglieder der Delegation bekannt wurden, befand sich Maksim Litvinov, der ehemalige Vertreter der Bol'seviki in London, unter ihnen. Die britische Regierung wollte ihm jedoch keine Einreisebewilligung geben, zu sehr hatte man sich über seine Propagandatätigkeit in Großbritannien geärgert. Deshalb schlug Whitehall ein Treffen in Kopenhagen vor, um dort einige einleitende Fragen zu klären. Die Delegierten, die Moskau in Kopenhagen vertraten, waren Krasin, Kommissar für Transport und Außenhandel, Litvinov, Volkskommissar des Äußeren, Nogin, Leiter des Centrotekstil' und Rosovskij, Chef der Gewerkschaft der Kooperativenbewegung. Begleitet wurden sie von zwanzig Wirtschaftsexperten. Zwischen dem 7. und 9. April fanden drei Treffen mit den Abgesandten Englands und Frankreichs statt. Für Großbritannien nahmen teil: E.F. Wise, O'Malley vom Foreign Office und Matthew vom Department of Overseas Trade. Frankreich wurde vertreten durch die Herren du Halgouet und Chevilly. Auf dem Treffen in Kopenhagen machten die Sowjetvertreter Angaben über die wirtschaftliche Situation in ihrem Heimatland und gaben die Bedingungen bekannt, unter denen sie bereit waren, Handel zu treiben. Besonderen Wert legten sie auf die Feststellung, daß die Sowjetregierung den Handel verstaatlicht und beschlossen hatte, Importe und Exporte zu zentralisieren. Die alliierten Delegierten drängten darauf, die Verhandlungen in London zu einem Ende zu führen. Da jedoch die Russen nicht die Ermächtigung hatten, ohne Litvinov nach London weiterzufahren, und die Briten aber auf ihrer Einreiseverweigerung für diesen bestanden, kamen die Verhandlungen erst einmal zum Stillstand.

Auf seinem Treffen in San Remo beriet der Oberste Rat die Lage der Dinge und ermächtigte schließlich am 26. April 1920 das ständige Komitee des Obersten Wirtschaftsrates

- „(a) To make such arrangements with the Russian Delegation as are necessary to enable trade with Russia to be resumed as rapidly as possible.
- (b) To discuss with the Russian Delegation, and to submit to the Allied Governments, general questions arising out of the resumption of such trade.
- (c) Generally to devise measures which shall render surplus Russian foodstuffs and raw materials available as soon as possible for the rest of the world.
- (d) To consult with the representatives of the United States Government, of neutral Governments, and of the Secretariat of the League of Nations when necessary.“⁶²⁶

626 Russia. The Reopening of trade. Decision of the Supreme Council at San Remo on 26th April, 1920, in: VB R 306, Nr. 4279.

Im Anschluß an diese Beschlüsse sandte man ein Telegramm an Krasin, in dem die Bereitschaft der alliierten Delegierten erklärt wurde, die Möglichkeiten eines friedlichen Handels zum Besten von ganz Europa mit den Delegierten der Kooperativen zu diskutieren und Lösungen zu finden. Allerdings waren die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans nicht bereit, Litvinov zu diesen Gesprächen zuzulassen. Unter dieser Bedingung würden die alliierten Delegierten auf ihre russischen Verhandlungspartner in London warten. Am 11. Mai wurde dieser Beschluß des ständigen Komitees des Obersten Wirtschaftsrates an den Generalsekretär des Völkerbundes und an die Regierungen der Vereinigten Staaten und Japans weitergeleitet. Krasin, der in Kopenhagen geblieben war, beschloß, eine Delegation, bestehend aus Nogin, Rosovskij und Kliško, nach London zu entsenden, deren Aufgabe es sein sollte, Informationen über den englischen Markt aus erster Hand zusammenzutragen und das Büro des Centrosojuz in London zu organisieren. Am 16. Mai 1920 trafen die russischen Vertreter in London ein.⁶²⁷

In diese Zeit fielen auch Maßnahmen des Board of Trade War Risks Insurance Office, die eine Versicherung von britischen Waren, die nach Rußland importiert, und von russischen Gütern, die nach Großbritannien exportiert werden sollten, vorsahen. Diese Versicherung sollte den Schutz der Güter vor Schäden oder Verlust durch Kriegseinwirkung, Aufstände, Bürgerkrieg und andere Risiken beinhalten. Die Policen galten hauptsächlich für das südöstliche Rußland und den nördlichen Kaukasus und schlossen die Häfen von Taganrog, Rostov, Novorossijsk und Tuapse ein. Allerdings war geplant, sowohl die Bedingungen als auch das Operationsgebiet noch auszuweiten. Gleichzeitig mit den Versicherungen sollten auch die Möglichkeiten der Banken, normale Geschäftskredite auszugeben, erweitert werden. Einige führende Banken⁶²⁸ hatten sich auch entschlossen, dem Rußlandgeschäft Sonderkonditionen einzuräumen. Ebenso sollten die Verschiffungsmöglichkeiten verbessert werden, vor allem durch häufigere und besser ausgebaute Verbindungen, die sich auch der Art der Fracht anpaßten.⁶²⁹ Durch den Ausbau der Handelsvertretungen sollte zudem ein Anreiz geschaffen werden. In Novorossijsk, Ekaterinodar und Rostov befanden sich bereits Konsulate, welche die Belange des Handels vertraten.⁶³⁰

Der ukrainische Politiker Makarenko protestierte gegen den Handel mit ukrainischen Gütern, der über Moskau abgewickelt wurde. Für ihn hatte er keinen praktischen Wert und führte auch nur dazu, daß sich die ukrainische Bevölkerung ausgebeutet fühlte. Er betonte, die Ukraine würde gerne Handel mit der Entente treiben und Rohstoffe liefern,

627 Negotiations for the Resumption of Trade with Russia, 31.05.1920, in: VB R 306, Nr. 4933.

628 British Trade Corporation, Lloyds's Bank, London County and Westminster Bank, Parr's Bank Limited, National Provincial and Union Bank of England Limited.

629 Folgende Linien hatten sich gleich zu Anfang dazu bereiterklärt: Cunard Steamship Company Ltd., Ellerman Lines, James Moss and Company Ltd., The Westcott and Laurance Line.

630 Insurance with Trade of Russia, Nr. 91934 (no date), in: B.F.O., vol. 4022, reel 49, 1919.

aber nur, wenn auch direkt mit ihr verhandelt würde.⁶³¹ Inoffiziell aber wurde englischerseits der Handel mit der Ukraine über Privatleute weiterhin zugelassen. Interessenten hatten sich einfach an das Board of Trade zu wenden.⁶³²

Melenevs'kyj, der Vertreter des ukrainischen Finanz- und Handelsministeriums in London, erkannte sehr schnell, wohin die englische Politik zielte, und versuchte, die Ukraine im Gegensatz zu Rußland positiv abzuheben. In einem Schreiben an die Londoner Handelskammer legte er die Situation der Ukraine dar. Darin betonte er auch, daß die ukrainische Regierung die größten Chancen hatte, Getreide und andere Rohstoffe von den Bauern zu bekommen. Diese wollten nämlich weder Denikin noch den russischen Bol'sheviki davon abgeben, sondern vertrauten nur den nationalukrainischen Autoritäten. Melenevs'kyj betonte das große Interesse der Ukraine an einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit Großbritannien und versuchte, die englische Wirtschaft mit Großaufträgen für Eisenbahnwagen und Lokomotiven zu ködern. Aufgrund der guten Ernte versprach er einen möglichen Export von fünf Millionen Tonnen Getreide und 20 bis 30.000 Tonnen Zucker. Außerdem könnte England Rohhäute, Borsten, Wolle, Eier, Geflügel, Speck und Pflanzenöl sowie Kohle und Anthrazit aus der Ukraine beziehen. Da in den nächsten Jahren für die Ankurbelung der ukrainischen Wirtschaft vieles importiert werden müsse, bot Melenevs'kyj an, den Großteil der dazu benötigten Industriegüter aus England einzuführen. Die Bezahlung dieser Güter sollte auf dem Export von ukrainischem Weizen und sonstigen ukrainischen Rohstoffen basieren. Um die finanzielle Abwicklung des Im- und Exportes zu vereinfachen, habe die ukrainische Regierung beschlossen, in London eine Britisch-Ukrainische Bank mit britischen Kapitaleinlagen und mit einer engen Anbindung an die Ukrainische Staatsbank zu gründen. Durch die Nennung der Einnahmequellen der ukrainischen Regierung – Zölle, Staatsmonopole und Ausbeutung der reichen Rohstoffvorkommen – und des Staatsbudgets versuchte er zu beweisen, daß der ukrainische Staat nicht auf tönernen Füßen stand. Als Sicherheiten für die Aufnahme von neuen Auslandsanleihen bot Melenevs'kyj: Konzessionen für den Bau und die Nutzung bestimmter Eisenbahnlinien sowie für die Elektrifizierung des Großteils des Landes und die Wasserkraftwerke am Dnjepr. Durch den Ausbau des Dnjepr sollte eine Verbindung zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee geschaffen werden, deren Attraktivität durch die Erweiterung der Häfen, wie zum Beispiel desjenigen von Odessa, gewinnen würde. Auch die Braunkohlevorkommen könnten von englischen Firmen ausgebeutet werden.

Im Gegensatz zu den Russen betonte Melenevs'kyj, daß es eine Verstaatlichung von Industrie und Handel in der Ukraine nicht geben werde. Beide waren frei und in Privatbesitz. 85 % der ukrainischen Nation bestünden aus kleinen Landbesitzern, die an demokratische, nicht aber an kommunistische Prinzipien glaubten, und deshalb würden

631 Telegramm von Makarenko (Margolin an Curzon, 24.07.1920), in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

632 Baugh an Foreign Office, 11.05.1920, Nr. 197337, in: B.F.O., vol. 4044, reel 60, 1919.

englische Ratgeber für Regierungsinstitutionen und die Industrie mit offenen Armen empfangen werden. Nachdem Großbritannien zu Rußland gute Beziehungen unterhielt, beeilte man sich auf ukrainischer Seite zu betonen, daß man niemals die Absicht hatte, gegen das russische Volk Krieg zu führen. Nach einer Entspannung der Lage wäre man auch gerne bereit, zu Moskau in Handelsbeziehungen zu treten.

Dieses hier vorgestellte Wirtschaftsprogramm habe aber die Unterstützung Großbritanniens nötig, damit die Ukraine nicht wieder unter den deutschen wirtschaftlichen Einfluß käme. Eindringlich forderte Melenev'skyj die britische Wirtschaft auf, die deutschfeindliche Einstellung der Ukrainer zu nutzen und Geschäfte mit der Ukraine zu beginnen.⁶³³

Weitere Aufklärung und Propaganda wurde vom Ukrainischen Pressebüro in London betrieben, das Broschüren wie «The Natural Resources, Industry, Exports and Imports of the Ukraine» von Dr. Isydor Šafarenko herausbrachte. Darin wurden die ukrainischen Rohstoffe aufgeschlüsselt, und der Autor kam zu dem Schluß, daß die Fülle der Rohstoffe die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine garantiert und der russische Zentralismus Schuld an der wirtschaftlichen Unterentwicklung sei. In der ukrainischen Minenindustrie steckten große Entwicklungsmöglichkeiten, und auch die übrigen Wirtschaftszweige beurteilte er aufgrund einer Bevölkerung von 40 Millionen, der natürlichen Rohstoffe und der günstigen geographischen Lage als geradezu ideal für Investitionen.⁶³⁴

Im Gegensatz zu den ukrainischen Versprechungen, den Handel hauptsächlich von England aus organisieren zu wollen, baute Georgij Borisov, Berater für Handelsangelegenheiten der ukrainischen Mission in Warschau, ein eigenes Verhandlungszentrum auf. Vor allem wollte er im Anschluß an den Vertrag von Warschau⁶³⁵ ein Handelsabkommen mit Polen schließen. Allerdings hatte er von seiner Regierung in Vinnycja Instruktionen erhalten, auch mit anderen Mächten Verträge abzuschließen. Die ukrainische Kommission war hauptsächlich am Kauf von Eisenbahnmaterial aus den Vereinigten Staaten und – bei Gewährung von weiteren Krediten – an verschiedenen anderen Ankäufen interessiert. Auf eine amerikanische Anfrage gab Borisov sehr vage Auskunft über ukrainische Exportmöglichkeiten; ohne Eisenbahnmaterial würde die Ausfuhr von Getreide ohnehin stocken oder zusammenbrechen. Auch über das anstehende polnisch-ukrainische Handelsabkommen wollte er sich nicht näher äußern. Er bemerkte jedoch, daß Polen keine weitreichenden Konzessionen eingeräumt würden.⁶³⁶

633 The Economic Programme of the Government of the Ukrainian Republic (Representative of the Ukrainian Ministry of Finance, Commerce & Industry Melenevskyj, London, an Sir Eric Drummond, 07.05.1920), in: VB R306, Nr. 4217.

634 The Ukrainian Press Bureau London MCMXX, Ukrainian problems 1–2, Nr. 196869, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

635 Mit dem Abschluß des Warschauer Vertrages vom 22. April 1920 sicherte sich die Ukrainische Volksrepublik polnische Waffenhilfe gegen die Rote Armee, verzichtete aber gleichzeitig auf die ostgalizischen ukrainischen Gebiete zugunsten Polens. Vgl. Kapitel 5.5. dieser Arbeit.

636 White, Warschau an State Department, 09.06.1920, Nr. 481, in: Records, 1, 1.

Dieselben Überlegungen bewegten wohl auch die ukrainische Sowjetregierung, wie aus einem im Dezember 1920 durch den englischen Geheimdienst abgefangenen Telegramm Rakovs'kyjs an den italienischen Außenminister Graf Sforza ersichtlich ist. Darin drückte die sowjetukrainische Regierung ihren Wunsch aus, an dem Handelsabkommen zwischen Italien und den russischen Kooperativen beteiligt zu werden. Da der Großteil des exportierten Getreides ohnehin aus ukrainischen Lagerhäusern stammte und der Vertrag mit Rußland nur mit dem Einverständnis der ukrainischen Sowjetrepublik zustande gekommen war, forderte Rakovs'kyj einen gleichwertigen Einzelvertrag mit Italien.⁶³⁷ Die sowjetukrainische Regierung war überhaupt recht bedacht auf ihre Selbständigkeit und verhandelte in Charkiv mit den Kriegsgefangenen-Delegierten sowohl der ehemaligen Mittelmächte als auch der Alliierten auch über wirtschaftliche Fragen. Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland unterhielten dort Vertretungen, und man würde es Österreich – so Pohl, bevollmächtigter österreichischer Vertreter in Moskau – sehr verübeln, wenn es seine Delegierten abzöge, denn gerade mit Österreich wollte man in engere wirtschaftliche Beziehung treten.⁶³⁸

Nach anfänglichen Schwierigkeiten, verursacht durch die englisch-sowjetischen Verhandlungen über die Rückführung von Kriegsgefangenen und Inhaftierten, gelang es Lloyd George in den Kabinettsitzungen vom 17. und 18. November 1920, die Entscheidung durchzusetzen, offiziell mit den Sowjets in Verhandlungen um einen Handelsvertrag einzutreten. Seine Hauptgegner dabei waren Curzon, Churchill und Montagu, die vor allem in dem sowjetischen Vertrag mit Afghanistan, Moskaus Unterstützung von Kemal Atatürk, der antibritischen Propaganda in Persien und Indien und den russischen Schulden die Haupthindernisse für dieses Abkommen sahen. Aber letztendlich setzte sich die Angst vor steigender Arbeitslosigkeit und der öffentlichen Meinung in Großbritannien durch; außerdem hatten die Sowjets offeriert, in England für 10 Millionen Pfund einkaufen zu wollen.⁶³⁹ Am 16. März 1921 wurde der Vertrag unterzeichnet.

3.9. Der Kampf um die diplomatische Anerkennung im Jahr 1920

Ende Dezember 1919 hatte Denikin die Alliierten um Hilfe gebeten, aber nicht mehr über die englische, sondern über die französische Regierung. Er brauchte dringend Truppen und rief in Erinnerung, daß er nicht nur für Rußland, sondern für ganz Europa gegen die Bol'sheviki kämpfte.⁶⁴⁰ Die britische Militärmission evakuierte am 26. Dezember 1919 Taganrog, das Hauptquartier Denikins, und zog sich nach Ekaterinodar und Novorossijsk

637 Commercial relations between the Ukraine and Italy, abgefangenes Telegramm, 16.12.1920, Nr. 4493, in: B.F.O., vol. 5448, reel 9, 1920.

638 Telegramm aus Moskau von Pohl, 09.11.1921, Nr. 62/6253, in: AdR, NPA 668, Liasse Rußland 5/4.

639 ULLMAN Anglo-Soviet relations, III, S. 418–421.

640 Documents on British Foreign Policy, III, Nr. 51, S. 699–700.

zurück. Am 3. Januar 1920 hatte die Freiwilligenarmee Caricyn, das spätere Stalingrad, verloren, am 5. Januar erreichte die Rote Armee das Asowsche Meer, einen Tag später zog die Reiterarmee Budennyjs in Taganrog ein, und am 7. Januar fiel schließlich Novočerkassk, die Hauptstadt der Don-Kosaken.⁶⁴¹ Rostov ergab sich am 10. Januar 1920. Die Krim war zum letzten Rückzugsort geworden, und Denikin mußte nun doch seine geschlagene Armee dorthin evakuieren. Am 7. Februar endete Admiral Kolčak, dessen Bewegung hauptsächlich von Großbritannien unterstützt worden war, vor einem Erschießungskommando der Bol'seviki. Wenig später wurde das letzte Aufflackern weißen Widerstandes in Archangel'sk und Murmansk unterdrückt. Schon im September 1919 hatten sich die britischen Interventionstruppen aus dem Norden Rußlands zurückgezogen. Nur noch im Süden – auf der Krim und entlang des Schwarzen Meeres – blieb eine antibolschewistische Kraft übrig, die Freiwilligenarmee General Denikins, die im Oktober 1919 nur noch rund 320 km vor Moskau gestanden hatte, als der ungeordnete Rückzug begann. Im Februar 1920 endete die ausländische Intervention im russischen Bürgerkrieg, der Friede hatte nun auch den größten Teil des ehemaligen Russischen Reiches erreicht.

Wie ein französischer Berichterstatter mitteilte, war auch die Bevölkerung der Ukraine demoralisiert. Die Bauern wollten das von ihnen besetzte Land behalten und fürchteten den Kommunismus. Die Arbeiter an der Schwarzmeerküste hingegen seien den Bol'seviki noch eher gewogen, weil sie diese noch nicht so gut kannten. Ihre Kollegen weiter im Norden und im Donec'-Becken hingegen hätten aufgrund der schlechten Versorgungslage und des wirtschaftlichen Zusammenbruches sowohl ihre Illusionen über die Bol'seviki als auch über Denikin gründlich verloren. In den Städten und in der Armee grassierte eine Typhusepidemie. Die Freiwilligenarmee sei zerstört worden, da die zwangsweise rekrutierten Bauernsöhne desertiert wären und weitere Mobilisierungen unter der feindlich gesinnten Bevölkerung der Ukraine zwecklos seien, die nur einer Regierung folgen werde, welche die Agrarfrage zu ihrer Zufriedenheit lösen könnte. Dies wäre um so wichtiger, meinte der französische Sonderberichterstatter, als die Ukraine nicht von einem Nationalgefühl zusammengehalten würde, sondern sich vielmehr als Wirtschaftsgemeinschaft gegen den Norden Rußlands verstünde.⁶⁴² Der endgültige Sieg der Bol'seviki stand kurz bevor, und niemand in Westeuropa wollte noch Geld und Material, geschweige denn Truppen, in diese hoffnungslose Situation investieren. Selbst Churchill mußte erkennen, daß die Gelegenheit, den Kommunismus zu besiegen, versäumt worden war.⁶⁴³ Gleich zu Anfang des Jahres versuchte die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik, den Obersten Rat der Alliierten durch eine Note aufzurütteln und für die ukrainische Frage

641 SCHMID Churchills privater Krieg, S. 292.

642 Russie du Sud. Note sur la situation en Russie meridionale en Janvier 1920. Rapport de M. François Remail, Directeur de la Compagnie des Charbonnages de Koloubovka, Chargé de Mission d'information par le Ministre des Affaires Etrangères, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B.31.980.

643 ULLMAN Anglo-Soviet relations, III, S. 5–6.

zu interessieren. Man schilderte den schweren Kampf gegen die Bol'sheviki und bat um die Aufhebung der Blockade, damit Lebensmittel und Medikamente die Ukraine erreichen könnten.⁶⁴⁴

Die Bewegung Petljuras wurde von der Britischen Militärmission in Warschau aus beobachtet. Sein Rückzug über Kam-janec'-Podil's'kyj, Proskurivka, Starokostjantyniv, Myropil', Kovel' und Lublin nach Warschau wurde genau verfolgt. Von Petruševyč behauptete man, daß er zusammen mit Erzherzog Wilhelm von Habsburg nach Bukarest geflüchtet sei und sich schließlich in die Tschechoslowakei begeben habe. Nach dem Zusammenbruch der ukrainischen Truppen ging – nach englischen Informationen – ein Teil zu den Bol'sheviki über, ein Teil verblieb bei Denikin, revoltierte und verschwand wieder. Ein kleinerer Teil begab sich nach Polen, wo er entwaftet wurde; dabei handelte es sich vor allem um die Typhuskranken. Aber den polnischen Truppen schloß sich niemand, nicht der kleinste Teil der ukrainischen Einheiten, an.⁶⁴⁵

Lloyd George hatte bereits mehrere Male Schwierigkeiten bekommen, als er beabsichtigte, mit den Bol'sheviki in Verhandlungen zu treten, so zum Beispiel im Januar 1919, als er zusammen mit Präsident Wilson vorschlug, auf Prinkipo ein Treffen aller russischen Fraktionen abzuhalten, um Frieden zu schließen. Die Bol'sheviki hatten akzeptiert, nicht so die Weißen. Zwei Monate später war er an der Entsendung des Amerikaners Bullitt zu Lenin beteiligt, der herausfinden sollte, unter welchen Bedingungen Lenin bereit wäre, Frieden zu schließen.

Nach Bekanntwerden dieser Aktion kam es zu unerfreulichen Szenen im britischen Parlament und zu schweren Angriffen in der Presse. Im November 1919 hatte Lloyd George ähnliches in seiner Guildhall-Rede angesprochen und bekanntlich wenig Beifall dafür erhalten. Die ganze Zeit arbeiteten die Franzosen gegen eine Kontaktaufnahme mit den Bol'sheviki und taten auch alles, die Weißen von dem Treffen auf Prinkipo abzuhalten, denn sie hielten die Politik von Lloyd George für Verrat an der Entente.⁶⁴⁶ So war es nur natürlich, daß das britische Kabinett am 29. Januar 1920 beschloß, nicht in Friedensverhandlungen mit den Bol'sheviki zu treten, bevor diese nicht ihre Fähigkeit bewiesen hätten, eine funktionsfähige Verwaltung in ihrem Land aufzubauen. Obwohl man mit den Sowjets keine offenen Friedensverhandlungen führen wollte, kamen aktive Feindseligkeiten gegen sie nicht in Frage; dafür waren weder die finanziellen Mittel, noch die notwendige öffentliche Meinung vorhanden. Einen weiteren Beschluß fällte die Kabinettsrunde über die Randstaaten Sowjetrußlands. Bis auf Rumänien und Bulgarien waren sie alle frühere Teilgebiete des Reiches: Polen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Seltsamerweise wurde die Ukraine hier nicht

644 Österreichische Gesandtschaft Prag an Staatsamt für Äußeres, 24.02.1919, Nr. 618/498. Darin als Beilage: Note verbale der Ukrainischen Volksrepublik an den Obersten Rat vom 17. Januar 1919, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 7/III.

645 British Military Mission Warsaw, 30.01.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919. Zur Erklärung: Die 1919 zugeordnete Rolle 20 enthält auch Dokumente aus dem Jahr 1920.

646 ULLMAN Anglo-Soviet relations, III, S. 12.

erwähnt. Sie alle strebten nach Unabhängigkeit, wobei das Kabinett zu dem Schluß kam, daß es ihre eigene Aufgabe war, zwischen Krieg und Frieden zu entscheiden. Man würde sie materiell unterstützen, um sich gegen bolschewistische Aktivitäten verteidigen zu können, aber sie würden nicht die leiseste Ermutigung bekommen, eine kriegerische Politik zu betreiben, da Großbritannien hierfür nicht die Verantwortung übernehmen wollte. Diese Kabinettsbeschlüsse repräsentierten keinen neuen Aufbruch in der britischen Politik, sondern stellten eine Generalisierung und Kodifizierung der bestehenden Politik dar, die zum größten Teil allein von Lloyd George betrieben wurde. In dieser Periode hatte das Kabinett nicht viel mit russischer Politik zu tun. So wurde zum Beispiel die Entscheidung, mit dem Centrosojuz Handel zu treiben, nicht in den Beschlüssen vom 29. Januar erwähnt, noch hatte der Premierminister vor dem Treffen des Obersten Rates in Paris eine Zusammenkunft mit den Ministern. Er konsultierte weder das Foreign Office, noch informierte er es über seine Absicht. Sowohl Lord Curzon als Außenminister als auch Lord Hardinge, Staatssekretär im Foreign Office, erfuhren erst nach der Veröffentlichung davon.⁶⁴⁷

Am 29. Januar 1920 kam Arnold Margolin, vorher Mitglied in Sydorenkos Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris, in London an. Auf Bitten des ukrainischen Ministerpräsidenten Mazepa hatte er den Posten des Missionschefs in London übernommen. Dieser wollte, daß Margolin seine Kontakte zu Walford Selby vom Foreign Office, zu Sir Esmé Howard, einem der wichtigsten britischen Diplomaten, die sich mit russischen Angelegenheiten auf der Pariser Friedenskonferenz beschäftigten, und zu Prof. Simpson, einem weiteren Mitglied der englischen Friedensdelegation, sinnvoll einsetzte. Außerdem war Margolin bekannt dafür, daß er daran glaubte, nur aus Westeuropa könnte Hilfe für das zurückgebliebene Osteuropa kommen, vor allem zählte er dabei aber auf England.⁶⁴⁸

Der ukrainische Diplomat bemühte sich in mehreren Schreiben an Lord Curzon, eine Verbesserung der internationalen Lage der Ukraine zu erreichen. Er klagte, daß alle Hilfe bekamen, nur Petljura nicht. Deutschland unterstützte den Hetman sowie die Bol'seviki und die Entente den General Denikin. Er war der Ansicht, daß nur über die Anerkennung der Teilstaaten des alten Rußland der dauerhafte Friede möglich und in der Ukraine dieser nur durch die Regierung Petljuras und durch dessen Armee gewährleistet sei. Internationale Hilfe bestand für ihn in moralischer Unterstützung durch Anerkennung, technischer Unterstützung für die Armee und in Wirtschaftshilfe für den Aufbau der Infrastruktur. Er bat um Audienz im Foreign Office und war schon zufrieden, sollte sie ihm auch nur als Privatmann gewährt werden. Tatsächlich fand sich Selby bereit, Margolin zu empfangen, der ihm sein Konzept, d.h. das ukrainische Konzept des Kampfes gegen den Bolschewismus, auseinandersetzte. Demnach bestand das einzige Mittel gegen die rote Bewegung darin, das Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Tat umzusetzen und damit

647 ULLMAN *Anglo-Soviet relations*, III, S. 13–14.

648 MARGOLIN *From a political diary*, S. 55.

nach der freien Wahl einer Konstituierenden Versammlung eine Föderation von Gleichen zu ermöglichen.⁶⁴⁹

Durch die Zusammenarbeit mit den Vertretern Weißrußlands, des Don- und des Kuban'-Gebietes versuchte Margolin, weiter Druck auf die Pariser Friedenskonferenz auszuüben. Das angestrebte Ziel dieser Repräsentanten war die Föderation, und um diese gegen Bolschewismus und Anarchie durchzusetzen, forderten sie moralische und technische Hilfe durch die Alliierten. Man wollte keine ausländische Armee oder gar eine Einmischung in innere Angelegenheiten, sondern lediglich Militärberater der Entente, die ihr Wissen weitergeben sollten. Diese Gedanken waren in einem gemeinsamen Memorandum von General Čerjačukin, dem Bevollmächtigten Minister der Don-Kosaken in der Ukraine, Luka Byč, Präsident der Delegation und der legislativen Kammer des Kuban'-Gebietes, von Bachanovyč, Präsident der provisorischen Regierung Weißrußlands, und von dem weißrussischen Konsul in Odessa, Nekraševič, zusammengefaßt worden. Für die Ukraine unterzeichneten Margolin in seiner Eigenschaft als Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten und Oslip, Unterstaatssekretär in einer speziellen Mission.⁶⁵⁰

Margolin bemühte sich auch, die Meinung der englischen Delegation bei der Friedenskonferenz zu beeinflussen, und über Prof. Simpson versuchte er, den Entwurf einer Resolution den Delegierten zur Kenntnis zu bringen. Darin wollte er, daß die neuen Staaten, die auf ehemals russischem Territorium entstanden waren und gegen Anarchie und Bolschewismus kämpften, anerkannt wurden. Solange aber die chaotischen Zustände in Rußland weiter herrschten, konnte es keinen Frieden geben. Also sollte die Friedenskonferenz folgende Resolution verabschieden: Die Regierungen der Ukraine, des Don-, Kuban'- und Nordkaukasus-Gebietes, Aserbaidschans, Georgiens, Armeniens, Weißrußlands, Litauens, Lettlands sowie Estlands waren samt ihren Delegationen und Missionen in Paris als De-facto-Regierungen anzuerkennen, bis freie Wahlen möglich waren. Die Regierungen und Armeen dieser Staaten sollten technische Hilfe bekommen. Auf der Friedenskonferenz war ferner ein eigener Rat dieser genannten Staaten, Rußlands und Sibiriens zu gründen, in den alle die gleiche Anzahl von Delegierten entsenden sollten.⁶⁵¹

Ein weiteres Anliegen von Margolin war, daß die russischen Delegierten auf der Friedenskonferenz nur für Rußland und Sibirien und nicht für die anderen Nationen sprechen sollten. In einem Schreiben versuchte er, Prof. Simpson von den Vorteilen seines Resolutionsentwurfes zu überzeugen. Damit würde die Entente doch nur eine De-facto-Situation anerkennen, ohne definitive territoriale und die Bevölkerung betreffende Aussagen zu machen. Die Auseinandersetzung zwischen den Konzepten „Zentralstaat“

649 Margolin an Lord Curzon, 11.02.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

650 Margolin an den Präsidenten der Friedenskonferenz, 11.02.1920, „Memorandum represented by the representatives of the Ukraine, White Russia, the Don and the Kouban“, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

651 Draft of a resolution of the Peace Conference composed by A. Margolin and handed through Prof. Simpson to the English Peace Delegation at Paris June 1919, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

und „Föderation“ würde damit in eine ruhigere Zeit verlegt werden. Weiterhin forderte er die Gleichbehandlung derjenigen Kräfte durch die Entente, die gegen den Bolschewismus kämpften. Damit wäre eine Blockbildung gegen Bolschewismus und Anarchie möglich, ebenso eine Koalition und eine gemeinsame Kommandoführung. Margolin wollte auf diese Weise auch den Föderalisten die Chance geben, für ihr Konzept Werbung machen zu können. Außerdem ließ sich so die Notwendigkeit einer weiteren Untergliederung der größeren Staaten wie Rußland und der Ukraine in einzelne Kantone deutlich machen. Diese Propaganda würde sich positiv bei den Wahlen zu einer zukünftigen Konstituierenden Versammlung bemerkbar machen. Was nun den Rat der Delegationen aus dem ehemaligen Zarenreich betraf, so war er nach wie vor davon überzeugt, daß eine Zusammenfassung aller Aktivisten in Paris gute Frucht bringen und die einzelnen Völker zusammenschweißen würde.⁶⁵²

Im Februar und März 1920 führte Margolin auch mit Lord Robert Cecil und Herbert Asquith, die ihm an der ukrainischen Frage interessiert schienen, Gespräche. Asquith vor allem wollte Informationen über die Situation und die Einstellung des ukrainischen Bauertums. Ebenso verkehrte Margolin häufig mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos, der mit der Ukraine das Interesse am Schwarzen Meer teilte. In San Remo und Spa⁶⁵³ drückte er wiederholt seine Bereitschaft aus, ukrainische Bestrebungen zu unterstützen. Auch gelang es Margolin, ein Gespräch mit dem italienischen Außenminister Vittorio Scialoja zu führen, der nach den Memoiren des Ukrainers ein großer Freund des ukrainischen Volkes war. Jeden Mittwoch traf sich auch der Kreis der Missionschefs der baltischen Staaten mit Margolin zu einer informellen Tasse Tee, wobei Informationen und Meinungen ausgetauscht wurden. Eine Zusammenarbeit bestand zudem mit den beiden bekannten Vertretern der jüdischen Rechte, Israel Zangwill und Lucien Wolf.⁶⁵⁴

Sehr großes Engagement zeigte Margolin auch vor dem Völkerbund. Die gesamte Kommunikation zwischen der Volksrepublik Ukraine und dem Völkerbund lief über die ukrainische Mission in London und die ukrainische Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz. Margolin bemühte sich, dem Generalsekretär Sir Eric Drummond die ukrainische Problematik näher zu bringen, und richtete an den Völkerbund dieselben

652 Margolin an Prof. Simpson, Paris, Juni 1919, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

653 Margolin gehörte neben Vasyl'ko und Jakovliv unter Leitung von Graf Tyškevč der ukrainischen Delegation bei der Konferenz von Spa (5.–11. Juli 1920) an. Die dortigen ukrainischen Bemühungen um Öffentlichkeit und Anerkennung wurden auch dem Völkerbund bekannt. In einer Publikation machte der Generalsekretär den Brief der ukrainischen Delegation an den Präsidenten der Friedenskonferenz vom 14.07.1920 dem Völkerbundsrat zugänglich: Council Document R3 (VB R 565 – 5961). Darin enthalten ist auch ein weiteres Schreiben vom 16.07.1920, in dem die ukrainischen Delegierten sich eindeutig über die Haltung der Mächte beschwerten und zum wiederholten Male darauf hinweisen, daß die Ukraine 1917 offiziell von Großbritannien und Frankreich anerkannt worden war.

654 MARGOLIN From a political diary, S. 59.

Forderungen wie an die Alliierten: Anerkennung, technische und wirtschaftliche Hilfe.⁶⁵⁵ Daraufhin machte Sir Drummond die Londoner Vertretung am 4. März 1920 offiziell mit dem *Procedere* einer Aufnahme in den Völkerbund bekannt. Am 14. April 1920 stellte Margolin im Namen der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik und in Übereinstimmung mit Artikel I der Völkerbundsakte den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund. Ausdrücklich erklärte er dabei die Bereitschaft der ukrainischen Regierung, die Vorschriften des Völkerbundes in Bezug auf Land- und Marinestreitkräfte und auf deren Bewaffnung anzuerkennen.⁶⁵⁶ Am 30. April gab der Generalsekretär den formellen Antrag der Ukrainischen Volksrepublik an den Völkerbundsrat und die Mitgliedsstaaten weiter. Einige Monate später, am 25. August, wandte sich Drummond mit der Bitte an Ministerpräsident Mazepa, weiteres Informationsmaterial über die Ukrainische Volksrepublik an den Völkerbund zu senden. Margolin entsprach dieser Bitte, indem er noch einmal eindeutig auf den nationalen Charakter der ukrainischen Revolution hinwies, aber betonte, daß in der Zentralrada selbstverständlich auch die nationalen Minderheiten (Russen, Polen und Juden) vertreten wären. Zur Untermauerung seiner (noch weiterführenden) Argumentationslinie legte er seinem Schreiben Abschriften verschiedener wichtiger Dokumente zur Frage der Selbständigkeit und Anerkennung der Ukraine durch die Mächte bei⁶⁵⁷, die am 20. November mit dem Ratsdokument 88 an die Völkerbundsmitglieder verteilt wurden.⁶⁵⁸ Am 6. Dezember 1920 jedoch endeten die Hoffnungen der Ukraine auf eine Aufnahme in den Völkerbund mit einem einzigen Satz:

„The Fifth Committee has the honour to submit to the Assembly its report on the application of Ukraine to the League of Nations and expresses itself unfavourably to the admission, as Ukraine does not appear to have a stable Government, whose authority extends over the whole of its territory.“⁶⁵⁹

Das Völkerbundkomitee zeigte sich irritiert darüber, daß neben der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik noch eine eng mit Moskau verbundene ukrainisch-bolschewistische Regierung existierte. Außerdem bemängelte es die Tatsache, daß die ukrainischen Grenzen – außer mit Polen – noch mit keinem anderen Nachbarstaat vertraglich geregelt worden waren. Auch änderte das Faktum, daß Polen, Finnland und Lettland sowie die Vierbundmächte mit dem Vertrag von Brest-Litovsk die Ukrainische

655 Ukrainian Diplomatic Mission in the U.K. an League of Nations, 11.02.1920, Council Document I, in: VB R 565 – 3043.

656 Ukrainian Diplomatic Mission in the U.K. an Sir Eric Drummond, 14.04.1920, Assembly Document 5, in: VB R 1449 – 3881.

657 Admission of the Ukraine to the League; Letter, dated 19 October 1920, from the Ukrainian Diplomatic Mission in London, in: VB R 1449 – 7655.

658 Application of the Ukrainian Republic for admission to the League of Nations, Assembly Document 88, 20.11.1920, in: VB R 1449 – 8723.

659 Admission of new members to the League of Nations: Ukraine, Assembly Document 180, 6.12.1920, in: B.F.O., vol. 5437, reel 6 1920.

Volksrepublik anerkannt hatten, nichts. Interessant ist aber vor allem der letzte Satz der Erklärung: „The territories claimed by the Government of Petlioura comprise the richest provinces of South Russia. They provided 20% of the revenue of the Russian Empire.“⁶⁶⁰ Spielte also bei der Ablehnung der Anerkennung der Ukraine und der Aufnahme in den Völkerbund eine Rolle, daß sie der wirtschaftlich potenteste Teil des alten Zarenreichs war? War es nicht bequemer für die Westeuropäer, sich nur mit einer Zentralregierung auseinandersetzen zu müssen – so wie sie es seit Jahrhunderten gewohnt waren –, anstatt mit mehreren neuen Regierungen?

Auch über ihre verschiedenen Missionen versuchten die Ukrainer, die englischen Diplomaten im Ausland für ihre Sache zu gewinnen. Der ukrainische Botschafter in Den Haag für die Niederlande und Belgien, Jakovliv, schilderte den erfolgreichen Kampf gegen die Deutschen und die Bol'seviki und wandte sich im Namen des ukrainischen Volkes an Großbritannien: Die englische Regierung solle die Ukraine anerkennen, die Blockade aufheben und technische sowie materielle Hilfe zur Errichtung einer gemeinsamen antibolschewistischen Front mit Polen und Rumänien gewähren. Zudem bat er eindringlich um den Abzug der Interventionstruppen, die nicht halfen, sondern nur Ärger machten und den Bol'seviki die Möglichkeit zur Agitation boten. Jakovliv sprach auch von der großen moralischen Unterstützung, die eine Anerkennung ihres Landes für die Ukrainer bedeuten würde. Diesen Ausführungen beigelegt war ein Telegramm Petljuras an die alliierten und assoziierten Mächte vom 21. Januar 1920, in dem er um Hilfe im Kampf gegen die Bol'seviki bat, da es sich dabei doch um ein gesamteuropäisches Problem handele. Weiterhin bemühte er sich um die Transporterlaubnis für in Europa getätigte ukrainische Einkäufe. Er versicherte, daß in den von den Bol'seviki gesäuberten Gebieten stetig am Aufbau des Landes gearbeitet werde, das hieß an der Wiederherstellung der Wirtschaft, der Reorganisation der Armee und der Errichtung eines parlamentarischen Systems.⁶⁶¹

Der britische Botschafter Rumbold berichtete aus Warschau über den Protest der dortigen ukrainischen Mission an die polnische Regierung. In einem mitgesandten Schreiben verwarnte sich Missionschef Chaliv gegen die Anmaßung des sowjetrussischen Volkskommissariates, im Namen der Ukraine zu verhandeln, da die einzige rechtmäßige Regierung der Ukraine das von der Zentralrada bestätigte Direktorium sei.⁶⁶²

Über den britischen Botschafter in Kopenhagen, Grant Watson, erreichte London ein Bericht über die Zustände in der Ukraine und die Niederlage Denikins. Dr. Dmytro Levyc'kyj, der dortige ukrainische Gesandte, hatte folgendes weitergegeben: Die

660 Admission of new members to the League of Nations: Ukraine, Assembly Document 180. 6.12.1920, in: B.F.O., vol. 5437, reel 6 1920

661 Außerordentliche diplomatische Mission der Ukraine in den Niederlanden und Belgien an den englischen Botschafter in Den Haag, 31.01.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

662 Rumbold, Warschau, an Lord Curzon, 24.02.1920, mit einer Beilage: Protest der ukrainischen Mission in Warschau an die polnische Regierung vom 20.02.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

ukrainische Armee, hinter der die gesamte Bevölkerung stand, hatte zum dritten Mal das Territorium der Ukraine befreit; zweimal war man gegen die Bol'sheviki vorgegangen, einmal gegen Deutschland und dann noch gegen Denikin. Langsam stießen die Ukrainer nun ein drittes Mal gegen die Rote Armee vor, allerdings unter schrecklichen Bedingungen; die Soldaten hatten keine Waffen, keine Munition, nicht einmal Kleider. Krankheiten wie Typhus griffen wegen mangelnder medizinischer Versorgung um sich. In der Ukraine fragte man sich, warum die Entente nicht eingriff und half, wo es doch die Ukrainer gewesen waren, welche die Bolschewisierung Ungarns und Zentraleuropas verhindert hatten. Die Ukraine betrachtete sich als friedliebendes Land, da sie nur rein ukrainisches Gebiet für sich forderte. Für den Kampf in der Ukraine und den Frieden in Europa forderte Dr. Dmytro Levyc'kyj eindringlich die Anerkennung der Unabhängigkeit der ukrainischen Republik in ihren ethnischen Grenzen und die Anerkennung des Direktoriums als Nationalregierung. Außerdem sollten alle Kriegsgefangenen, die sich in Deutschland oder Italien noch in Lagern befanden, unverzüglich – auf freiwilliger Basis – in die ukrainische Armee entlassen werden. Es handelte sich dabei um 80.000 Mann, die ausgerüstet und zurückgeschickt werden sollten. Weiterhin bat er um materielle, aber vor allem auch um finanzielle Hilfe; die Alliierten sollten der Ukraine einen Kredit gewähren und mit ukrainischen Kooperativen in wirtschaftliche Beziehungen treten. Die Antwort, die auf diese Bitten hin kam, war mehr als niederschmetternd für die Ukrainer: „It has never been the policy of H.M.G. to grant any degree of recognition whatever to the Ukrainian State. No action, therefore, appears necessary.“⁶⁶³

Derselbe Hilferuf Dr. Levyc'kyjs erreichte auch die amerikanische Botschaft in Kopenhagen und wurde noch im Februar an das State Office weitergeleitet.⁶⁶⁴ Die Reaktion der Abteilung für russische Angelegenheiten des State Departments war ähnlich abweisend wie diejenige der Briten. In einem Schreiben vom März 1920 erklärte Cole dem amerikanischen Außenminister, die Ukraine stünde unter deutschem Einfluß, und deshalb hielt die Abteilung die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit ebenso wie diejenige von Georgien, Aserbaidshan, Armenien, Litauen, Lettland und Estland für nicht wünschenswert. Cole behauptete weiterhin, es gäbe Beweise für einen engen Kontakt zwischen Petljura und Deutschland, und er vertrat die Meinung, daß die Unabhängigkeitsbewegung von 1917 von Deutschland und Österreich-Ungarn unterstützt und finanziert worden sei. Der De-facto-Zusammenbruch der Petljura-Regierung hatte die U.S. Liquidierungskommission veranlaßt, einen geplanten Verkauf von überschüssigen Armeegütern in Frankreich im Wert von 12 Millionen Dollar an die Ukraine rückgängig zu machen, da diese in Zukunft nicht bezahlen könne.⁶⁶⁵

Am 3. März 1920 ging ein Rundschreiben an alle diplomatischen Vertretungen in Warschau und an alle ukrainischen Missionen in Europa, das über das Friedensangebot

663 Exposé des britischen Botschafters Grant Watson in Kopenhagen an das Foreign Office, 04.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

664 American Legation Kopenhagen an State Department, 24.02.1920, Nr. 347, in: Records, 1, 1.

665 Cole, Division of Russian Affairs an Secretary of State, 02.03.1920, in: Records, 2, 1.

Sowjetrußlands an Polen, Finnland und Litauen informierte. Der Ukraine war ein derartiges Angebot nicht unterbreitet worden, was – nach ukrainischer Ansicht – bedeutete, daß Moskau seine kriegerischen Absichten nicht aufgeben wollte. Deshalb wandten sich die Ukrainer mit folgenden Aussagen an Polen: Die Ukraine bemüht sich um Frieden mit allen ihren Nachbarn, auch den Russen. Der Krieg, der gegen Rußland geführt werden muß, ist ein reiner Defensivkrieg. Es gibt nichts, was nicht auf friedliche Weise mit Rußland bereinigt werden kann. Es ist außerdem Ziel der Ukraine, mit allen Nachbarn in wirtschaftliche Verbindungen zu treten. Sollten jedoch die Interessen der Ukraine weiterhin ignoriert werden, übernimmt sie keinerlei Verantwortung mehr für den Friedensprozeß.⁶⁶⁶

In der Zwischenzeit war es dem ukrainischen Gesandten in Den Haag, Jakowliv, gelungen, eine Unterhaltung mit dem belgischen Außenminister Paul Hymans in Brüssel zu führen. Der englische Botschafter berichtete darüber, allerdings ging es ihm nicht so sehr um die Frage, was bei dieser Unterredung besprochen wurde. Vielmehr wunderte er sich, wie es der Ukrainer und sein Sekretär geschafft hatten, nach Belgien zu gelangen, da sie doch kein Visum bekommen hatten. Er verdächtigte sie, mit einer ukrainischen Musikergruppe eingereist zu sein.⁶⁶⁷

Im Februar 1920 gelang es Margolin, eine Unterredung mit Lord Hardinge, dem Unterstaatssekretär im Foreign Office, zu führen. Er führte die Möglichkeit zu diesem Gespräch auf eine vorhergehende Unterredung mit John D. Gregory, dem Berater für russische Angelegenheiten im Foreign Office, zurück. Das Zusammentreffen der beiden war, nach Margolins Erinnerungen, recht herzlich verlaufen. Zudem erhoffte sich der ukrainische Diplomat mehr von England, nachdem die endgültige Niederlage Denikins und Kolčaks feststand. Großbritannien hatte bereits begonnen, ein interessiertes Auge auf die baltischen Staaten und den Kaukasus zu werfen, warum also sollte die Ukraine keine Beachtung finden? Dabei hoffte Margolin nicht auf eine britische Intervention gegen die Sowjets in der Ukraine, sondern auf Unterstützung für eine friedliche Auseinandersetzung mit Moskau.⁶⁶⁸

Bei dieser Zusammenkunft mit Hardinge sprach Margolin den Vertrag mit Frankreich⁶⁶⁹ an, der zur großen Enttäuschung der Ukraine nicht zustande gekommen war. Nun blickte man nach Großbritannien, um von dort Hilfe im Kampf gegen die Bol'seviki zu bekommen. Er schlug vor, diese Hilfsleistungen mit Getreidelieferungen über das Schwarze Meer zu vergüten. Margolin sprach auch über die Ängste Petljuras vor der französischen Politik, die zunehmend darauf aus sei, auf Kosten der Ukraine ein starkes Polen zu schaffen, um daraus wiederum – zusammen mit Rumänien – einen antideutschen Block zu bilden. Petljuras Vorstellung war aber ein starkes Polen und eine große Ukraine, eventuell auch

666 Dr. Levyc'kyj, Warschau, an englischen Botschafter dort, 03.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

667 Britische Botschaft Brüssel an Lord Curzon, 13.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

668 MARGOLIN From a political diary, S. 56-57.

669 Dabei handelt es sich um die Abmachungen zwischen Colonel Freudenberg und der ukrainischen Delegation in Odessa im Frühjahr 1919. Vgl. dazu Kap. 3.7. dieser Arbeit.

eine südrussische Konföderation. Lord Hardinge versicherte Margolin zwar der englischen Sympathie im Kampf gegen den Bolschewismus, erklärte aber, England könnte keine materielle Hilfe dazu leisten. Hardinge machte Margolin jedoch noch auf eine andere Möglichkeit aufmerksam: Die baltischen Staaten hätten sehr günstige Friedensschlüsse mit den Sowjets erreicht, warum versuchte die Ukraine nicht dasselbe?⁶⁷⁰ Margolin gab diesen Rat an seine Regierung weiter, mußte aber feststellen, daß sich weder diese noch das Direktorium irgendeinen Erfolg von Gesprächen mit den Sowjets versprach.⁶⁷¹

Lloyd George stimmte in vielen Dingen nicht mit Lord Curzon und dem Foreign Office überein. Allerdings waren diejenigen Mitglieder des Foreign Office, die direkt mit Rußland beschäftigt waren, mit der Politik des Premierministers gegenüber Rußland einverstanden. Die Ausmaße dieses Einverständnisses lassen sich aus verschiedenen Memoranden ersehen, die Mitte Februar 1920 entstanden.

Das erste in einer Serie war das Memorandum von R.H. Hoare, der Chargé d' Affaires in der britischen Mission in Archangel'sk während des Sommers 1919 gewesen war. Zunächst stellte er fest, daß ein Zusammenbruch der Bol'sheviki nicht wahrscheinlich sei, vielmehr hätten diese auch ihre Methoden geändert, um mehr Ansehen im Ausland, bei den Bauern und der Intelligenzia zu gewinnen. Außerdem schien es, daß der Gedanke der „Weltrevolution“ vorläufig in den Hintergrund getreten sei, da Lenin vor allem ein Opportunist sei, dem daran gelegen wäre, Rußland – über den Warenaustausch mit dem Westen – wieder aufzubauen. Viele Experten waren der Meinung, nur das russische Getreide würde eine drohende Hungerkatastrophe in Zentraleuropa verhindern. Allerdings sah Hoare auch die Gefahr bolschewistischer Propaganda, der durch Verhandlungen mit Lenin Tür und Tor geöffnet würde. Doch löste er das Dilemma, das daraus folgte, folgendermaßen auf: „Whichever course is adopted, danger is involved; but the adoption of the first course (reaching an accord with the Soviet government) does not expose us to the unanswerable charge of deliberately prolonging the misery in Russia and Central Europe, simply because we are afraid of the spread of Bolshevik doctrines.“⁶⁷² Hoare machte einige Vorschläge, um an das russische Getreide zu kommen; so sollte die britische Militärmission in „Südrußland“ zurückgezogen werden, ebenso die Kriegsschiffe, welche den Isthmus von Perekop bewachten. Ferner wollte er eine zweite Konferenz von Prinkipo, auf der eine ehrenvolle Kapitulation Denikins unterzeichnet werden sollte, damit dieser die Getreideproduktion und den Transport nicht weiter stören konnte. Außerdem forderte er die Regierung auf, alles zu tun, um so schnell wie möglich einen Frieden zwischen der Sowjetregierung und Polen herbeizuführen. Er schlug vor, den Sowjets mitzuteilen, man würde in dem Augenblick, in dem sie Frieden mit Polen geschlossen hätten, Verhandlungen mit ihnen aufnehmen.

670 Lord Hardinge an Lord Curzon über ein Interview mit Margolin, 19.02.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

671 MARGOLIN From a political diary, S. 57.

672 Zitiert nach ULLMAN Anglo-Soviet relations, III, S. 16, der das Original aus dem Foreign Office bearbeitet hat.

Dieses Memorandum bekam breite Unterstützung von J.D. Gregory, dem Leiter der Rußland-Abteilung und von Lord Hardinge. Diese und Lloyd George schlossen sich der Meinung von Wise⁶⁷³ an, daß in Rußland ein großer Überschub an Getreide produziert würde, der lediglich wegen des Bürgerkrieges und des Transportproblems Zentraleuropa nicht erreichte. Man war überzeugt, daß nach einem Friedensschluß das russische Getreide wieder die Stellung auf dem Weltmarkt einnehmen würde, die es vor dem Krieg gehabt hatte. Zudem konnte man sich auf diese Weise wieder von dem teuren nordamerikanischen Getreide unabhängig machen.⁶⁷⁴

Sowohl Lord Hardinge als auch Gregory waren begeistert von der Idee, wieder Handel mit Rußland zu treiben, so daß niemand auch nur darüber nachdachte, ob die Berechnungen von Wise über die russische Getreideproduktion auch korrekt waren. Zudem wurde dabei weder die Problematik bolschewistischer revolutionärer Propaganda in Großbritannien und der europäischen Sicherheit noch die des zukünftigen Verhältnisses zu Deutschland in Betracht gezogen.⁶⁷⁵ Diese Tatsache ist umso erstaunlicher, als Berichte in London vorlagen, die sehr wohl die Entfaltung bolschewistischer Propaganda und ihre internationalen Träger, unter denen sich auch Engländer befanden, darstellten und über die Terrormethoden der Bol'sheviki Auskunft gaben. Auch wurde darin über den Mangel an Saatgut berichtet und über die Schwierigkeiten, das vorhandene Saatgut auszubringen und dann die Ernte auch wieder einzufahren.⁶⁷⁶

Immer wieder war es auch die Aufgabe Margolins, Briefe seines Staatschefs Petljura an das Foreign Office weiterzureichen. Darin bat dieser um Aufklärung über das weitere Vorgehen der Franzosen und Engländer in der Ukraine und schilderte die bedrängte militärische Lage. Diese machte die Aufstellung neuer Truppen unbedingt erforderlich, wozu auch die ukrainischen Kriegsgefangenen aus den Ententelagern gut eingesetzt werden könnten. Man erwartete in Europa, daß Polen die Sowjets besiegen werde, dies sei aber in keiner Weise sicher, da die polnischen Einheiten auf ukrainischem Territorium kämpften, wo sie – wegen ihrer Politik – keine Unterstützung durch die ukrainische Bevölkerung bekamen. Ohne die Ukraine sei das osteuropäische Problem aber nicht in den Griff zu bekommen und schon gar nicht durch eine alleinige Zusammenarbeit zwischen Polen und der Entente. Zwar versuchten einige französische Offiziere aus Warschau, Stimmung für die Ukrainer in Paris zu machen, Petljura zeigte sich allerdings skeptisch über ihren Erfolg. Auch er wurde nicht müde, immer wieder die antibolschewistische Einstellung der ukrainischen Bevölkerung hervorzuheben.⁶⁷⁷

673 Dazu siehe das Kapitel 3.8. dieser Arbeit.

674 ULLMAN *Anglo-Soviet relations*, III, S. 17.

675 ULLMAN *Anglo-Soviet relations*, III, S. 19.

676 *The Situation in the Ukraine*, Nr. 7, 19.06.1919, in: B.F.O., *Situation in South Russia*. Nr. 97011, 02.07.1919, vol. 4024, reel 50, 1919.

677 Margolin an Lord Curzon, 24.02.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

Mit welchen Anfeindungen die Ukrainer zurechtkommen mußten, zeigt ein Bericht von Lieutenant Victor Darras, Attaché am französischen Konsulat in Kiew. Er hatte sich eine besondere Sicht der Dinge zusammengereimt. Deutschland wolle Rußland durch Bolschewisierung und Separatismus ruinieren, und gleichzeitig sei Berlin daran gelegen, Einfluß auf die antienglische Bewegung in Irland zu bekommen. Den Beweis dafür sah er in dem Versuch der Ukrainer, mit Provençalern, Katalanen und Iren zusammenzuarbeiten. Er behauptete, Mychajlo Drahomanov habe Joseph Roumanille, den Präsidenten der „L' Association Provençale d' Avignon“, schon 1872 getroffen, und Jean Pélissier halte durch die Ukrainer Verbindung zu den Katalanen, vor allem zum Direktor der katalanischen Presseagentur in Paris, Arthurro Vinardell-Roig. Seit Anfang 1919 bestünden Beziehungen zu Irland, wobei die antienglische Propaganda von Vynnyčenko organisiert würde. Angeblich war in Paris ein Spionagezentrum errichtet worden, das den Obersten Rat, Lloyd George und Clemenceau versuchte zu bespitzeln. Der ukrainische Gesandte in Berlin, Porš, sollte derjenige sein, der alle Informationen an die deutschen Regierungsstellen weitergab, von wo wiederum versucht wurde, die Aktionen der Entente zu hintertreiben. Die Ukrainer, die mit den Iren T. O'Ceallaigh und Charles Gavan Duffy⁶⁷⁸ in Verbindung standen, wurden angeblich von Berlin organisiert und bezahlt. Dieser Separatismus war in den Augen des Franzosen weit gefährlicher als der Bolschewismus und verletzte internationale Prinzipien. Seiner Meinung nach standen die Deutschen dahinter, die eine Revision des Versailler Vertrages erreichen wollten; deshalb fanden nun auch die wiederholten Provokationen der englischen Macht in Irland statt. Diese Ausführungen waren aber derart eindeutig erfunden, daß selbst die Engländer sie mit einem passenden Kommentar versahen: „This effusion is written by a Frenchman who sees the hand of Germany in every nationalist or separatist movement in Europe.“⁶⁷⁹

Doch trotz seiner Irrelevanz zeigt dieser Bericht sehr anschaulich, mit welchen Verleumdungen die ukrainischen Diplomaten zu kämpfen hatten. Zusammen mit Deutschland hielt man die Ukraine für zu allem fähig und verdächtigte sie der unmöglichsten Dinge, wodurch sie in den wirklich wichtigen Zirkeln der Diplomatie niemals richtig Fuß fassen konnte. Auch Trockij gefiel es, Petljura zu verleumden. In einem Zeitungsartikel vom 16. Oktober 1920 behauptete er, das Direktorium bekomme gleichzeitig von französischen Freimaurern und vom Papst Waffenhilfe. Dafür sollte die Ukraine wieder rekatholisiert werden und das Kircheneigentum unverletzlich sein.⁶⁸⁰

Eine wirklich interessante Ansicht wurde allerdings vom War Office in London vertreten und auch sofort an das Foreign Office weitergegeben. Die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik habe keine Kontrolle mehr über das unabhängige Territorium und sei

678 Zu seiner Person vgl. LYONS, F.S.L. Ireland since the famine, Glasgow 1985, S. 430f. Der Kontakt zu Ukrainern findet in dieser Arbeit keine Bestätigung.

679 Englische Botschaft Paris an Lord Curzon, 12.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

680 Activities of Petlura, 16.10.1920, Nr. 333, in: B.F.O., vol. 5437, reel 6, 1920.

lediglich eine Galionsfigur, geschaffen von der russischen Sowjetregierung, um die ukrainische Opposition zu beschäftigen und zum Schweigen zu bringen.⁶⁸¹

Solange Margolin ukrainischer Botschafter in London war, gab er es nicht auf, Lord Curzon von seinen Ansichten überzeugen und für die ukrainische Sache gewinnen zu wollen. Die ukrainische Frage war eng verknüpft mit den großen Fragen Osteuropas, und so sollte sich auch die ganze Welt dafür interessieren, zumal sie der an Rohstoffen reichste und fruchtbarste Teil des Russischen Reiches war. Die Deutschen hatten das verstanden und im Jahre 1918 die Bol'ševiki zum Rückzug aus der Kornkammer gezwungen. Mit dem Zugang der Ukraine zum Schwarzen Meer und ihren guten Beziehungen zu Deutschland war sie für Großbritannien wichtig, und sie würde dies um so mehr sein, wenn das Baltikum, Polen und Nordrußland unter den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands gefallen sein würden. Momentan war die Sowjetregierung auf Frieden und Wirtschaftsbeziehungen mit Westeuropa bedacht, warum – wollte Margolin wissen – zwingt man die Sowjets nicht, wie Deutschland es einst getan hatte, die Selbständigkeit der Ukraine anzuerkennen? Großbritannien könne zudem den Ukrainern helfen, die 400 Millionen Mark deutscher Schulden einzutreiben.⁶⁸² Deutschland erkenne diese zwar an, verzögere jedoch die Zahlung. Und immer noch war die Rückführung ukrainischer Kriegsgefangener aus Italien, Deutschland und Frankreich ein Thema. Aber selbst die ausgefeiltesten Überlegungen Margolins trafen auf kein offenes Ohr in London, vielmehr war man dort auf eine neue Idee verfallen, den beharrlichen ukrainischen Diplomaten loszuwerden: „I think it is too long to go on the file. How would it be to turn this persistent gentleman on the League of Nations? – I think that would be the thing.“⁶⁸³ Ende April 1920 versuchte es dann der Repräsentant des ukrainischen Finanzministeriums, Melenevs'kyj, noch einmal, die Engländer zu überreden, Deutschland zur Rückzahlung der 400 Millionen Mark zu bewegen. 50 Millionen Mark davon gehörten den ukrainischen Kooperativen, der Rest, umgerechnet etwa sieben Millionen Pfund, der ukrainischen Regierung. Diese Gelder wollte man nach Großbritannien transferieren, von wo die ukrainische Regierung vor hatte, alle Wirtschaftsgeschäfte zu tätigen.⁶⁸⁴ Gleichzeitig bemühte sich Baron Vasył'ko in Wien um die Zahlung von 249 Millionen Kronen, die

681 War Office an Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, 15.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

682 Das Einkassieren dieser Gelder war – laut amerikanischer Angaben – auch das Hauptziel der ukrainischen Mission unter Porš in Berlin. Dabei wurde er aber angeblich von den anderen beiden ukrainischen Gruppen in der deutschen Hauptstadt, den Anhängern Skoropads'kyjs und den ukrainischen Ostgaliziern, nicht unterstützt. Vgl. Dresel, Berlin, an State Department, 29.05.1920, Nr. 523, in: Records, 1,1.

683 Margolin an Lord Curzon, 15.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919. Das Zitat stammt höchstwahrscheinlich von Lord Curzon selbst.

684 Melenevskyj an Foreign Office, 24.04.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

auf der österreichisch-ungarischen Bank lagen und den Gegenwert für ukrainische Getreidelieferungen ausmachten.⁶⁸⁵

Melenevs'kyj entfaltete offenbar eine rege Tätigkeit in London. Am 13. Mai hatte er ein Gespräch mit Churchill im Ministry of Munitions, in dessen Verlauf er darlegte, daß die Ukraine viele verschiedene Materialien im Kampf gegen die Bol'seviki benötigte. Diese Güter wiederum standen dem Ministerium zur Verfügung und sollten gegen einen längerfristigen Kredit an die Ukraine abgegeben werden. Die Zinsen für den Kredit gedachte man auf ukrainischer Seite durch den Profit aus Getreide- und Zuckerexporten zu decken. Churchill war unter der Bedingung, daß das Finanzministerium zustimmte, mit diesen Konditionen einverstanden. Einen Tag später bereits bat Melenevs'kyj den Schatzkanzler Austen Chamberlain um seine Einwilligung und betonte, welcher positiven Eindruck das auf die gesamte Ukraine machen würde. Erst am 9. Juni erhielt er Antwort: „In reply I am to inform you that the Treasury is unable to sanction the sale of these goods except against payment in cash in London.“⁶⁸⁶

Da Margolin über das Foreign Office keine Entlassung der ukrainischen Kriegsgefangenen erreichen konnte, versuchte er es auf direktem Wege über das War Office. Immer noch befanden sich Kriegsgefangene in der Tschechoslowakei, Italien und Deutschland. Polen und Russen war es erlaubt worden, aus ihnen Formationen zu bilden, den Ukrainern allerdings gewährte man eine derartige Konzession nicht, obwohl die ukrainischen Soldaten in die rechtmäßige Armee Petljuras eintreten wollten. Es sprachen keinerlei Gründe mehr dagegen, da die Freiwilligenarmee nicht mehr existierte, Polen Beziehungen zur ukrainischen Regierung aufgenommen hatte und Petljura in seinem Kampf gegen die Bol'seviki unterstützen wollte. Eindringlich bat er noch einmal die englische Regierung, ihren Einfluß für die Entlassung der Kriegsgefangenen geltend zu machen, damit diese der ukrainischen Armee beitreten konnten. Der Zeitpunkt dafür sei außerdem günstig, da Polen und Rumänien von der Roten Armee bedroht würden und jegliche Unterstützung gut gebrauchen könnten.⁶⁸⁷

Im April 1920 endlich setzte die britische Regierung ihre Botschafter in Berlin und Prag auf das Kriegsgefangenenproblem an, wollte sich jedoch nicht in die ukrainische Frage involvieren lassen, da die Petljura-Regierung von London nicht anerkannt wurde. Grundsätzlich war man in Whitehall der Auffassung, der Völkerbund sollte sich mit diesem Problem auseinandersetzen.⁶⁸⁸ Für das Foreign Office war die ukrainische Kriegsgefangenenfrage ohnehin nicht sehr drückend, da sie im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des O'Grady-Litvinov-Abkommens vom 12. Februar 1920 gesehen wurde.⁶⁸⁹ Darin hatten sich die Regierungen Großbritanniens und Sowjetrußlands

685 DuBois, Wien, an State Department, 22.06.1920, Nr. 120, in: Records, I, I.

686 Melenevskij an Austen Chamberlain, 14.05.1920, in: B.F.O., vol. 3967, reel 21, 1919.

687 Margolin an War Office, 05.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

688 Rundbrief des Foreign Office mit einer Information des Army Council an alle englischen Missionen, 06.04.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

689 Agreement between His Majesty's Government and the Soviet Government of Russia for the

verpflichtet, die Rückführung von Militärpersonal sowie zivilen Personen in ihr Heimatland zu unterstützen. Nach anfänglichen Differenzen über die Freilassung von 52 Briten, die in Baku interniert worden waren, kam man schließlich im November 1920 zu einem Ergebnis. Es fand ein vollständiger Austausch aller Kriegsgefangenen statt.⁶⁹⁰ Mit der Lösung dieses Problems war ein wichtiges Hindernis für die englisch-sowjetischen Handelsbeziehungen beseitigt worden.

Aus Genf erreichte das Foreign Office ein Bericht über die Situation in der Ukraine, und zwar von einem Mann, der Kiew am 10. Januar verlassen hatte. Er schrieb, die Ukraine sei aufgeteilt in verschiedene kleine „Republiken“, die jeweils nur aus einer verschiedenen Anzahl von Dörfern bestünden. Die Bevölkerung sei bewaffnet bis an die Zähne und von Munitionsmangel könne nicht die Rede sein. Die Dörfer glichen richtigen kleinen Festungen, und es herrsche eine hohe militärische Disziplin. Regiert würden sie durch die örtliche kommunale Verwaltung aus vorrevolutionärer Zeit und nicht durch Sowjets, denen der Vorstoß nur entlang der Eisenbahnlinien gelinge. Die Bauern hätten das Land der Großgrundbesitzer aufgeteilt und ganz gegen eine Sozialisierung eingestellt. Da die polnische Armee im Lande überhaupt nicht beliebt sei, würden die Chancen für Petljura sinken. Das Gesetz des deutschen Generals Eichhorn sei nach wie vor in Kraft, d.h. jeder dürfe soviel Land besitzen, wie er bearbeiten könne.⁶⁹¹

Am 17. März erreichte das Foreign Office ein Schreiben des britischen Gesandten Rumbold aus Warschau, in dem dieser über ein Gespräch mit Dr. Andrij Livyc'kyj, dem Justiz- und Außenminister der ukrainischen Regierung, berichtete. Dieser bat darum, die englische Regierung möge Polen darin bestärken, die ukrainische Armee auszurüsten. Auch war wieder die moralische Unterstützung durch die Anerkennung der ukrainischen Regierung ein Thema. Livyc'kyj war fest davon überzeugt, daß der Bolschewismus verloren sei, gelänge es, ihn von den ukrainischen Getreidevorräten abzuschneiden. Der Leiter der britischen Militärmission in Polen, Brigadegeneral Carton de Wiart, hatte eine Unterredung mit Piłsudski, in deren Verlauf dieser erklärte, er habe Petljura geraten, eine Regierung zu bilden, der auch Polen und ein Russe angehören sollten. Piłsudski aber saß in der Zwickmühle, da die polnischen Landbesitzer in der Ukraine Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte forderten, während die ukrainischen Bauern für die Aufteilung des Großgrundbesitzes eintraten. Er wollte und konnte es sich nicht mit der ukrainischen Bevölkerung verderben, denn die Ukraine war schon immer schwieriges Terrain für Besatzer gewesen. Also spielte Piłsudski in seiner Politik gegenüber dem Direktorium auf Zeit. Allerdings gewann Livyc'kyj den Eindruck, Piłsudski wollte die Gründung einer ukrainischen Regierung, die als Kern für alle antibolschewistischen Elemente dienen sollte, forcieren. Dabei sollte das Territorium der Ukraine mit den Grenzen von 1772 an das Direktorium

exchange of prisoners, Copenhagen, February 12, 1920, in: Utrikesdepartementet 1920 (Ers dossiersystem vol. 1437 III).

690 ULLMAN *Anglo-Soviet relations*, III, S. 399–410.

691 *General Situation in the Ukraine, Political Report*, 03.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20. 1919.

gehen, wenn sich die Sowjetregierung damit einverstanden erklärte. Dies schien jedoch zweifelhaft, da Čičerin als Verhandlungsort Charkiv vorgeschlagen hatte, was bedeutete, daß er die ukrainische Sowjetrepublik wollte und nicht eine Ukrainische Volksrepublik.⁶⁹²

Margolin hatte allerdings auch Bedenken, daß die Ukraine dabei zu einem polnischen Protektorat verkommen könnte, was seiner Meinung nach nicht der Wille des Volkes sei. Er war sicher, daß es die Petljura-Regierung schaffen würde, selbst eine stabile Lage herbeizuführen, und daß die ukrainische Armee in der Lage sei, die Bol'ševiki aus Odessa, Cherson und Mykolaiv zu vertreiben, wodurch Beziehungen zu Großbritannien über das Schwarze Meer aufgenommen werden könnten.⁶⁹³ Schon einige Tage später, am 31. März, berichtete Margolin Gregory, Odessa sei fest in der Hand der Westukrainer. Wenn dies so bliebe, könnte der Handel sofort aufgenommen werden. Bukarest, so seine neuesten Informationen, überlege sich ernsthaft die Anerkennung der Ukraine. Die englische Meinung dazu war sehr einfach: „Ignore the note“ stand am Rande der ukrainischen Mitteilung.⁶⁹⁴ Auch die amerikanische Vertretung in Warschau beobachtete die Vorgänge um diese Verhandlungen genau. So berichtete man dem State Department, daß Litauen die ukrainische Unabhängigkeit und Petljura als temporären Regierungschef anerkannt habe. Die polnische Regierung – so der Report – habe die Absicht, Petljura ein bis jetzt unklar definiertes Gebiet in der Ukraine zuzuweisen, und behaupte plötzlich, dieser sei in der gesamten Region beliebt und wichtig um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Zusätzlich berichteten rumänische Quellen, daß die Bukarester Regierung gerne eine unabhängige Ukraine als Pufferstaat zu Sowjetrußland sehen würde.⁶⁹⁵

Im Vertrag von Warschau vom 22. April 1920 trat Petljura an Polen die gesamte Westukraine bis zum Zbruč und das westliche Wolhynien ab, obwohl noch am 9. April 1920 der ukrainische Pressedienst in Wien behauptet hatte, die Verhandlungen hätten nichts mit Ostgalizien zu tun.⁶⁹⁶ Dafür wurde die Ukrainische Volksrepublik von Polen als selbständiger Staat anerkannt, und Polen entsandte Truppen zum gemeinsamen Kampf gegen die russischen Bol'ševiki. Bereits zwei Tage nach Abschluß des Vertrages berichtete White, der amerikanische Gesandte in Warschau, es sei ein offenes Geheimnis, daß bereits eine polnische Offensive in Richtung Kiew im Gange sei. So hingen die neuen Ostgrenzen der zu schaffenden Ukraine vom Kriegsverlauf ab.⁶⁹⁷ Möglich geworden war die polnisch-ukrainische Allianz durch die Erkenntnis einiger Direktoriumsmitglieder, nicht länger an drei Fronten ausharren zu können. Petruševyč trat für eine Allianz mit General Denikin ein, während Petljura, Makarenko und Švec' strikt dagegen waren. Sie gingen davon aus,

692 British Legation Warsaw, Horace Rumbold, an Lord Curzon, 17.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

693 Margolin an Gregory, 25.03.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

694 Military Situation in the Ukraine, 31.03.1920, Nr. 189024, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

695 Amerikanische Legation Warschau an State Department, 30.03.1920, Nr. 192, in: Records, 2, 1.

696 Ukrainian Press Service, Wien, 09.04.1920, Nr. 452 (American Mission in Vienna an State Department, 13.04.1920, Nr. 360), in: Records, 1, 1.

697 White, Warschau, an State Department, 24.04.1920, Nr. 237, in: Records, 2, 1.

Denikin würde aus seiner Versorgung durch die Engländer Vorteile ziehen und daraus das Recht ableiten, dem schwächeren Partner Ukraine die Bedingungen einer Allianz zu diktieren. Als dann eine polnische Delegation Kam-janec'-Podil's'kyj erreichte und den Vorschlag Piłsudskis, die Dnjepr-Armee zu unterstützen und eine Allianz zu formen, überbrachte, verließ Petruševyč das Direktorium, und seine westukrainische Armee ging zu Denikin über.⁶⁹⁸ Laut den Erinnerungen Margolins ging diese polnisch-ukrainische Annäherung auf eine Anregung Baron Vasyl'kos gegenüber dem Direktorium zurück. Vasyl'ko war der Auffassung, das Heil der Ukraine hänge von einer Verständigung zwischen der Ukraine und Polen sowie Rumänien ab. Für ihn lag die Gemeinsamkeit zwischen Polen und der Ukraine im Feind Rußland – ohne Unterschied, ob bolschewistisch oder konservativ. Schaffte es die Ukraine, mit Polens Hilfe selbständig zu werden, so war es nur eine Frage der Zeit, wann die ukrainischen Elemente in Ostgalizien, der Bukowina und in Bessarabien befreit sein würden.⁶⁹⁹ Dies korrespondierte mit den französischen Vorstellungen von einem starken Polen, und Vasyl'ko sah dadurch die Möglichkeit, Frankreich wieder für die Ukraine zu interessieren. Es gelang ihm, den Großteil der ukrainischen Regierung für seinen Plan zu gewinnen, worauf Graf Tyškevič anstelle von Sydorenko als Delegationsleiter bei der Friedenskonferenz auftrat. Daraufhin hatte auch Margolin die ukrainische Delegation in Paris verlassen.⁷⁰⁰

Durch den bereits erwähnten Vertrag von Warschau war es den Ukrainern erstmals nach 1917 und 1918 gelungen, von einer auswärtigen Macht anerkannt zu werden. In dieser so entbehrungsreichen Zeit für die ukrainische Sache war dies ein Erfolg, von dem man hoffte, ihn auch auf die Beziehungen zu anderen Staaten übertragen zu können. Und tatsächlich erkannte die finnische Regierung am 11. Juni 1920 die Unabhängigkeit der Ukraine offiziell an.⁷⁰¹ Der stellvertretende Chef der ukrainischen Mission in London, Višnitzer, wollte exklusiv in einem Gespräch mit dem verantwortlichen Referatsleiter dem Foreign Office die Details dieses Vertrages mitteilen, was jedoch von englischer Seite abgelehnt wurde, da diese bereits bekannt seien. In der Antwort an die ukrainische Mission machte man sich nicht einmal die Mühe, den Namen des Adressaten richtig zu schreiben: Aus „Višnitzer“ wurde „Višnitzky“.⁷⁰²

Tatsächlich war auch eine Woche zuvor ein politischer Bericht aus Warschau eingetroffen, der genauestens die Details über die ukrainisch-polnischen Beziehungen darlegte. Polen ging es danach hauptsächlich darum, eine beruhigte Ukraine und geklärte Grenzverhältnisse in der Nachbarschaft zu haben. Interessanterweise sprach der englische Berichterstatter aber von dem Willen Piłsudskis, den Ukrainern territoriale Konzessionen zu machen und wirtschaftliche Rechte an sie abzutreten. Von diesen Konzessionen und

698 MARGOLIN From a political diary, S. 54.

699 DuBois, Wien, an State Department (Report on a Conversation had with Nikolaj Wassilko). 14.06.1920, Nr. 114, in: Records, 1, 1.

700 MARGOLIN From a political diary, S. 52.

701 Amerikanische Mission Helsinki an State Department, 15.06.1920, Nr. 15, in: Records, 2, 1.

702 Foreign Office an Višnitzer, 10.05.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

Rechten war allerdings im eigentlichen Vertrag keine Rede mehr. Durchaus der Wahrheit entsprechen konnte aber die Beobachtung, daß Polen die Administration der Ukraine unter französischer Schutzherrschaft übernehmen wollte. Es kursierten in Warschau bereits die Namen von geeigneten Leuten dafür: die Grafen Roman und Maurycy Potocki, Fürst Radziwiłł, Graf Ledóchowski und andere Mitglieder der konservativen Partei. Der englische Berichterstatter ging aber davon aus, daß der als undankbar eingeschätzte Petljura nicht immer unter der polnischen Oberhoheit bleiben werde. So ergaben sich zwei Möglichkeiten: Entweder ließ Petljura Polen oder Polen Petljura wieder fallen. Das erstere würde zur Folge haben, daß die 100.000 in der Ukraine stationierten Polen einen sehr schweren Stand haben würden, zumal nicht einmal 500.000 Soldaten der Mittelmächte sich dort hatten behaupten können. Die zweite Möglichkeit hingegen würde für die Ukraine den Rückfall in das absolute Chaos bedeuten. Allerdings hielt es der englische Berichterstatter überhaupt für fraglich, ob eine polnische Administration in der Ukraine erfolgreich sein könnte, da sie erwiesenermaßen in Weißrußland und Vilnius nicht funktioniert hatte. Ein polnisches Versagen könnte die Ukraine in die Arme der Bol'seviki treiben. Aus englischer Sicht, so kam der Berichterstatter zum Schluß, könne das gesamte Unternehmen für Polen nur schlecht ausgehen.⁷⁰³

Interessanterweise wandte sich die polnische Legation in Washington direkt an das State Department, um es über den Warschauer Vertrag aufzuklären. Dabei wurde weniger die Unabhängigkeit der Ukraine betont als vielmehr das erfolgreiche militärische Vorgehen gegen die Bol'seviki und der triumphale Empfang, den die Bevölkerung den vereinten ukrainisch-polnischen Armeen bereitet habe. Besonders erwähnenswert fand man die Ruhe und Ordnung, vor allem aber die Ernährung, die Polen damit für Europa sicherstellte, denn die rechtsufrige Ukraine produziere in großen Mengen Weizen, Roggen, Gerste und Zuckerrüben. Eine moralische Rechtfertigung beendete das Schreiben: „The initiative taken by the Polish Government in calling to life the Ukrainian State and in bringing freedom to the Ukrainian people is in accord with the ideal of liberty, which Poland wants to see spreading among the neighbouring nationalities.“⁷⁰⁴

Im Zuge dieser Geschehnisse versuchte auch die ukrainische Mission in Washington, die historische Entwicklung der Ukraine dem State Department darzulegen und damit die ukrainische Eigen- und Selbständigkeit zu rechtfertigen.⁷⁰⁵ Es sei nicht reine Menschenfreundlichkeit allein oder der Gedanke an die Ernährungslage Europas gewesen, der Piłsudski veranlaßt habe, in die Ukraine einzumarschieren. Wie ein Artikel im «Kurier Poranny» zusammenfaßte, hatte man polnischerseits dabei auch im Auge, den neuen Staat Tschechoslowakei von seinem großen Bruder Rußland abzuschneiden. Das polnisch-tschechische Verhältnis war in dieser Zeit aus verschiedenen Gründen – nicht zuletzt

703 A view of the Polish-Ukrainian relations, Political Report Warsaw, Nr. 199546, 03.05.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

704 Legation of Poland Washington an State Department, 05.05.1920, Nr. 1318, in: Records, 2, 1.

705 Ukrainische Mission Washington an State Department, 12.05.1920, in: Records, 2, 1.

wegen der Teschener Frage – getrübt, und deshalb hoffte man in Warschau, daß in naher Zukunft die vier Millionen Slowaken, Ungarn und Ruthenen, die den Korridor zum ehemaligen Russischen Reich bewohnten, ihren Willen bekundeten, nicht in diesem künstlichen Staat leben zu wollen.⁷⁰⁶

Aber es gab wohl noch einen anderen Grund für das polnische Eingreifen. Bereits im Januar 1920 berichtete der österreichische Gesandte aus Warschau, daß aufgrund der bedrohlichen Lage im Osten von den Alliierten ein Schlag gegen Rußland erörtert wurde, und man war dabei überzeugt, allein der polnischen Armee könnte dies gelingen. So forderte Paris Polen auf, einen „weitausgreifenden militärischen Vorstoß gegen Rußland zu veranlassen“. Um Polen für diesen Plan zu gewinnen, wurde Warschau bereits Entgegenkommen in der ostgalizischen Frage signalisiert und außerdem eine vorteilhafte Ostgrenze in Aussicht gestellt. Weiterhin hatte der Österreicher gehört, England und Frankreich wollten für einen Großteil der entstehenden Kosten der militärischen Aktion Polens aufkommen.⁷⁰⁷

Diese Meldung stand in Einklang mit Informationen aus Belgrad, wo der dortige österreichische Geschäftsträger eine Unterredung mit dem polnischen Militärattaché Oberstleutnant Powroznicki, einem ehemaligen k.u.k. Offizier, hatte. Dieser erklärte, Polen habe eine Armee von über einer Million Mann unter Waffen, was eine monatliche Ausgabe von einer halben Milliarde polnischer Mark bedeutete. Um diese Last weiter tragen zu können, rechnete man fest mit großen Krediten durch die Entente und besonders durch die USA. Powroznicki sah den Hauptgrund für das polnische Vordringen in der geplanten militärischen Grenzsicherung, die, verstärkt durch die Kontingente der aus dem Zarenreich hervorgegangenen Kleinstaaten, möglichst weit nach Osten vorgeschoben und hinter der Front in der Form einer Militärgrenze oder von Grenzmarken organisiert werden sollte. Die äußerste östliche Linie, die Polen dabei einnehmen und halten wollte, war die Linie vom Peipus-See bis an den Lauf des Dnjepr und an diesem entlang.⁷⁰⁸

Lloyd George war nicht der einzige westliche Politiker, der sich mit der Frage der Anerkennung der russischen Sowjetrepublik (Sowjetrußlands) und mit Zukunftsperspektiven für Osteuropa beschäftigte. Im April 1920 bekam der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš ein Friedensangebot von seinem sowjetischen Amtskollegen Čičerin. Gegenüber dem österreichischen Gesandten in Prag gab Beneš schließlich zu, daß seine Antwort an Čičerin einer faktischen Anerkennung der russischen Sowjetrepublik gleichkam und als solche auch gedacht war, da man doch die Bereitwilligkeit erklärt hatte, mit der bestehenden russischen Regierung zu verhandeln. Für Beneš war dies die Hauptsache, und zur formalen Anerkennung konnte es, seiner Meinung nach, nicht mehr weit sein. Er ging zwar davon aus, bei den Westmächten mit diesem Schritt auf

706 White, Warschau, an State Department, 20.05.1920, Nr. 444, in: Records, I, 1.

707 Österreichische Gesandtschaft Warschau an Staatsamt für Äußeres, 09.01.1920, Nr. 1/179, in: AdR, NPA 666, Liasse Rußland 2/10.

708 Bevollmächtigte Vertretung der österreichischen Republik in Belgrad an Staatsamt für Äußeres, 23.01.1920, Nr. 24/341, in: AdR, NPA 666, Liasse Rußland 2/10.

Widerspruch zu stoßen, wollte sich aber keinesfalls von seiner Politik abbringen lassen. Dabei fürchtete er nicht mehr das Übergreifen des russischen Bolschewismus, wohl aber eine bolschewistische Bewegung in der Tschechoslowakei. Wenn nun die eigenen Kommunisten sähen – so sein Plan –, daß man die russische Republik ernst nehme und mit ihr verhandele, würde dies nur einen guten Eindruck machen.

In diesem Zusammenhang wollte Beneš auch wissen, wie sich Österreich zu dieser Frage stellte. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Sektionschef kristallisierte sich im Staatsamt für Äußeres folgendes heraus: Österreich habe durchaus Interesse an der Aufnahme von De-facto-Beziehungen zu Rußland, und Wien sei sehr daran gelegen, in der Kriegsgefangenen-Angelegenheit oder in der Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen erfolgreich zu sein. Allerdings war man der Auffassung, daß die nördlichen und östlichen Nachbarn in der Anknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen vorangehen müßten.⁷⁰⁹ Wie man sieht, war Lloyd George bei seinen Überlegungen nicht allein, ganz im Gegenteil, sie wurden sogar von den ehemaligen Kriegsgegnern geteilt.

Selbstverständlich zog die Note Čičerin an Beneš den Protest des ukrainischen Gesandten Slavins'kyj in Prag nach sich. Die Ukrainische Volksrepublik verwahrte sich schärfstens dagegen, daß Čičerin versuchte, Rakovs'kyj und seine „unabhängige“ Sowjetukraine als alleinigen Vertreter der ukrainischen Bevölkerung darzustellen.⁷¹⁰

Beneš war entschlossen, sich nicht von einer Stellungnahme der Entente zu seiner Politik beeinflussen zu lassen. Er wußte nur zu gut, daß die englischen und französischen Staatsmänner gerne von ihrer ursprünglich ablehnenden Haltung den Sowjets gegenüber Abstand nehmen würden, wenn dies nicht eine vollkommene Desavouierung der früheren Politik bedeuten würde. Wenn die Entente allerdings sagte, sie wolle zwar mit dem sowjetischen Sachverständigen für Außenhandel, L. Krasin, nicht aber mit Čičerin verhandeln, so sei das doch dasselbe, da beide in einer Regierung säßen. Die Tschechoslowakei wollte sich auf keinen Fall in die inneren Verhältnisse Rußlands einmischen, und man sah es in Prag zudem als aussichtslos an, auf einen nahen Zusammenbruch des bolschewistischen Systems in Rußland zu warten. Mit Rußland ein gutes Verhältnis zu pflegen, läge im ureigensten Interesse der Tschechoslowakei, da es immer ein mächtiger Faktor in Europa bleiben und stärker werden würde. Beneš war überzeugt, dieses erstarkte Rußland werde mit der Zeit alle selbständig gewordenen Randstaaten wieder schlucken. Er selbst trat für ein föderatives Großrußland ein und wollte deshalb auch niemals die Ukraine als selbständigen Staat anerkennen. Beneš vertrat die Meinung, die Ukraine könnte nur im Verband mit Großrußland bestehen, da ihre Vertreter „Leute seien, die nicht einmal ein Amt, geschweige denn einen Staat zu organisieren“ verstünden. Die polnische Offensive gegen Rußland, im Verein mit den Ukrainern, hielt er nicht nur für

709 Österreichische Gesandtschaft Prag an Staatsamt für Äußeres, nebst Antwortnote von Beneš an Čičerin, 16.04.1920, Nr. 231, in: AdR, NPA 744, Liasse Tschechoslowakei VI/2.

710 Österreichische Gesandtschaft Prag an Staatsamt für Äußeres, nebst ukrainischer Protestnote vom 30. April 1920, 05.05.1920, Nr. 271/1840, in: AdR, NPA 744, Liasse Tschechoslowakei VI/2.

ein großes Unglück, sondern auch für eine große Dummheit. Ein Unglück deshalb, weil daraus leicht ein mehrjähriger Krieg entstehen könnte, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen würde. Eine Dummheit deswegen, weil die Russen den Polen das Bündnis mit den Ukrainern niemals verzeihen würden. Beneš war fest davon überzeugt, die Polen hätten sich übernommen. Er wußte nicht, wie weit die Entente diesen Feldzug unterstützen werde, die Tschechoslowakei hingegen wolle sich allen Parteien – Polen, Ukrainern und auch Russen – gegenüber völlig neutral verhalten. Das „starke und ganz anders organisierte“ Deutschland hatte es nicht geschafft, die Ukraine vollständig zu besetzen und zu verwalten, so werde es der „polnischen Wirtschaft“ erst recht nicht gelingen. Polen, wenn es so weitermache, werde eines Tages zusammenbrechen, und für dieses Debakel wollte Beneš die Tschechoslowakei gerüstet sehen. Sein Bestreben ging dahin, den Staat innerlich zu konsolidieren und sich den „Luxus“ einer besonderen Außenpolitik zu sparen. Die Handelspolitik hingegen sollte ganz in den Vordergrund gerückt werden.⁷¹¹

Im Anschluß an sein Gespräch mit Beneš über das tschechisch-ukrainische Verhältnis hatte der österreichische Gesandte in Prag eine Unterredung mit Vitošyns'kyj, dem Rechtsberater der dortigen ukrainischen Gesandtschaft, um der ukrainischen Seite Gelegenheit zu geben, sich zu diesem Thema zu äußern. Dabei dürfte es keinerlei Sprachprobleme gegeben haben, da Vitošyns'kyj früher Mitglied des Obersten Gerichtshofes in Wien gewesen war. Der ukrainische Diplomat meinte, die günstigen militärischen Ereignisse an der wolhynischen Front könnten der ukrainischen Sache, für die die nationale Einheit das Wichtigste sei, nur förderlich sein. Dabei ging er aber davon aus, daß eine dauernde Besetzung der Ukraine durch Polen ebenso wenig denkbar sei, wie sie es 1918 durch Deutschland und Österreich-Ungarn gewesen war. Die Ukraine werde bei dem Kampf zwischen Rußland und Polen der „tertius gaudens“ sein. Vitošyns'kyj meinte, daß die Entente, nachdem die Ukraine nun an der Seite Polens kämpfte, der selbständigen Staatlichkeit der Ukraine aufgeschlossener gegenüberstehen würde. Das Verhältnis zur Tschechoslowakei definierte er als ein sehr gutes, obwohl die Ukraine nun mit Polen verbündet sei. Die Mission⁷¹², so fügte er hinzu, würde namentlich von Ministerialrat Stepanek, dessen allslavische Anschauungen bekannt seien, sehr gefördert.

Jahre später, 1927, machte man sich in Wien rückblickend noch einmal Gedanken über die ukrainische Politik der Tschechoslowakei in den Jahren 1919 und 1920 und kam zu folgendem Ergebnis: Auf ukrainischer Seite war aufgrund der Gegnerschaft zu Rußland und Polen ein großes Anlehnungsbedürfnis an eine einflußreiche slavische Macht zu verzeichnen, während auf tschechoslowakischer Seite es starke allslavische Tendenzen, vertreten durch Stepanek und Karel Kramář, und eine tiefe Gegnerschaft zu Polen wegen der Teschener Frage gab. Zudem bestand in Prag der dringende Wunsch nach einer direkten Grenze mit „Südrußland“, vor allem aufgrund wirtschaftlicher

711 Österreichische Gesandtschaft Prag an Staatsamt für Äußeres, 05.05.1920, Nr. 282/1845, in: AdR, NPA 744, Liasse Tschechoslowakei VI/2.

712 Österreichische Gesandtschaft Prag an Staatsamt für Äußeres, 05.05.1920, Nr. 273/1841, in: AdR, NPA 745, Liasse Tschechoslowakei VII/2-XI/1.

Gründe (Naphta, Petroleum, Export). Diese Tendenzen führten soweit, daß im Winter 1919/1920 sogar eine organisatorische und militärische Erfassung der ukrainischen Emigration in der Tschechoslowakei nicht ohne Erfolg durchgeführt wurde. Es rief besondere Verstimmung in Polen hervor, daß aus geflohenen galizischen Truppen eigene Verbände in der Tschechoslowakei zusammengestellt wurden, von denen einer, der zusammen mit einem ukrainischen Flüchtlingslager in Jablonné v Podještědí (Deutsch Gabel) untergebracht war, angeblich ca. 6.500 und ein anderer, dessen Lager sich in Trenčín befand, über 2.000 Mann gezählt haben soll. In gewissen tschechischen Kreisen wurde damals wohl auch der Gedanke eines Anschlusses der Westukraine an die Tschechoslowakei ventiliert, und in Ostgalizien sammelte man dafür sogar Unterschriften. Mit dem Sieg Polens über die Rote Armee im August 1920 und der sich daraus ergebenden Festigung der Stellung Polens in Ostgalizien fanden diese Überlegungen allerdings ein Ende.⁷¹³

Aber schon bald zeigte sich, daß die ukrainisch-polnische Allianz im Zuge des Vertrages von Warschau nicht so ideal war, wie sie sich Petljura und Piłsudski vorgestellt hatten. Ein ukrainisches Vorparlament sollte analog zum polnischen Sejm entstehen und eine Konstitution ausarbeiten. Es sollte ungefähr 200 Mitglieder haben und in freier und gleicher Wahl gewählt werden. Bis zu dieser Wahl hatte Petljura, natürlich unter polnischer Aufsicht, diktatorische Vollmachten. Da sich aber die ukrainisch-polnischen Beziehungen in der Ukraine durch das großspurige Auftreten der Polen rapide verschlechterten, versammelte sich in Wien ein sogenannter Ukrainischer Kongreß. Zuerst hatte man die Polen als Befreier vom bolschewistischen Joch begrüßt, doch als die Ukrainer sahen, daß gegebene Versprechungen nicht eingehalten wurden, gründeten die Unzufriedenen diesen Kongreß, um ihre Enttäuschung auszudrücken und die Opposition zu sammeln. Große Unzufriedenheit herrschte vor allem deswegen, weil die Polen die Aufstellung einer neuen ukrainischen Armee ablehnten. Offenbar lag den Polen nichts daran, einen möglichen Gegner stärker werden zu lassen, solange ihre Pläne nicht umgesetzt worden waren. Dies zeigte sich in der Entwaffnung von 13.000 galizischen Soldaten und der Internierung ihrer 800 Offiziere. Borisov, Informant des amerikanischen Chargé d' Affaires in Warschau, schloß seine Ausführungen mit der Bekräftigung, sollte die Ukraine administrativ organisiert und ihre Armee bereit sein, so wolle man den ukrainischen Einfluß über die ethnischen Grenzen hinaus in östliche Richtung über den Don und über den Kaukasus zum Kaspischen Meer ausdehnen.⁷¹⁴

Eine Woche später erreichten das State Department weitere Informationen über die Unzufriedenheit der Ukrainer, die sich in einer Liga für die Unabhängigkeit der Ukraine in Wien manifestierte. Ende Mai 1920 hatte diese Vereinigung eine Konferenz abgehalten, bei der festgestellt wurde, daß die Liga gegen Petljura und sein Unionsprojekt mit Polen

713 Ukrainische Politik der Tschechoslowakei in den Jahren 1919-1920, 20.10.1927, Nr. 24867, in: AdR, NPA 745, Liase Tschechoslowakei VII/2-XI/1.

714 White, Warschau, an State Department, 09.06.1920, Nr. 481, in: Records, 1, I.

eingestellt sei. Der Grund dafür war die schlechte Behandlung der ukrainischen Bevölkerung und ihrer Regierung durch die polnische Besatzung. Die Liga sei grundsätzlich für das Prinzip gut nachbarschaftlicher Beziehungen, verwahrte sich aber strikt gegen die imperialistischen Tendenzen Polens, die das ursprünglich gute Verhältnis im Keim ersticken würden. Dieser Ansicht der Liga schloß sich auch der Wiener Zweig des Ukrainischen Nationalrates an und protestierte energisch gegen den polnischen Vormarsch und gegen den Waschauer Vertrag, der Podolien, das Cholmer Land, Galizien und den westlichen Teil Wolhyniens an Polen abtrat. Der Nationalrat unterstellte Petljura zu wissen, daß Polen sich nach einem erfolgreichen Feldzug gegen die Bol'seviki nicht an die Abmachungen halten und die gesamte Ukraine annektieren würde. Für diese Ukrainer war Petljura ein Werkzeug des polnischen Imperialismus und hatte sein Vaterland verraten und somit „politischen Selbstmord“ begangen.⁷¹⁵

Statt der erhofften Unterstützung für die Ukrainer ging im Foreign Office ein Schreiben an Russell in Bern heraus – und wahrscheinlich nicht nur an ihn –, daß der Warschauer Vertrag nichts am Verhältnis zur Ukraine ändere und er folglich keine Beziehungen zu ukrainischen Repräsentanten pflegen solle.⁷¹⁶ Und tatsächlich wurde am gleichen Tag die Berliner Botschaft auf ihre Anfrage hin angewiesen, keinen Umgang mit Pavlo Skoropads'kyj zu pflegen, der als gefährlicher russischer Abenteurer unter deutschem Einfluß und als „verderblich“ eingestuft wurde. In London war man davon überzeugt, daß er wieder Hetman der Ukraine werden wolle und vorhabe, Deutschland das nötige Geld dazu „abzuschwatzen“ und in Ungarn eine Armee aufzustellen.⁷¹⁷ Auch im Juni instruierte das Foreign Office seine Vertretungen, auf keinen Fall in irgendeinen Kontakt zu Skoropads'kyj zu treten.⁷¹⁸

Als jedoch feststand, daß die Zusammenarbeit zwischen Polen und Petljura zu Ende ging, war den Bitten Margolins um englische Unterstützung jegliche Basis entzogen. Waren die Briten schon immer skeptisch gegenüber Polen und seinen Unternehmungen gewesen, so sahen sie sich nun darin auch noch bestätigt. Petljura hingegen hatte jetzt jegliche Unterstützung verloren, die seinen Kampf auch nur im geringsten aussichtsreich hätte erscheinen lassen. Sein Erfolg wurde vom Foreign Office als „extremely problematic“ eingeschätzt, was gleichbedeutend war mit dem Verlust jeglicher Hoffnung auf englische Hilfe.⁷¹⁹ Interessanterweise hatte der amerikanische Botschafter in London, Davies, noch im Mai 1920 an das State Department berichtet, daß das Foreign Office die ukrainische Delegation dort mit Wohlwollen betrachtete und sogar Lloyd George eine unabhängige Ukraine als eine Möglichkeit im Rahmen der Politik eines geteilten Rußlands sah. Wahrscheinlich hatte der Amerikaner damit aber eine Fehlinformation erhalten, oder

715 DuBois, Wien, an State Department, 16.06.1920, Nr. 440, in: Records, 1.1.

716 Foreign Office an Russell, Bern, 18.05.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

717 Gregory an britische Botschaft in Berlin, 18.05.1920, in: B.F.O., vol. 3966, reel 20, 1919.

718 Attitude towards Skoropadsky, 10.06.1920, Nr. 202261, in: B.F.O., vol. 3967, reel 21, 1919.

719 Margolin an Foreign Office, 27.10.1920, Nr. 333 (Future of Ukrainian State), in: B.F.O., vol. 5437, reel 6, 1920.

aber der englische Premier wollte die Amerikaner aus dem Handel mit den Sowjets drängen.⁷²⁰

Die Ukraine befand sich allerdings in einer Situation, in der sie nicht gewinnen konnte. Das Ende des Warschauer Vertrages wurde durch die englische Sozialdemokratie nicht gutgeheißen, aber der Abschluß hatte ebenfalls mißfallen. Hatte sich Anfangs die Labour Party noch für die ukrainische Sache eingesetzt, und waren auf Arbeiter-Kongressen zu Beginn des Jahres 1920 noch Stimmen für die Freiheit der Ukraine laut geworden, so verstummten diese positiven Signale nach dem Abschluß des Warschauer Vertrages immer mehr. Die Labour Party schränkte ihren Kontakt zur ukrainischen Mission sehr ein, da Polen unter liberalen Arbeitergruppen in England den Ruf eines reaktionären Landes genoß. Auch auf die moderateren Kreise war der Eindruck des Vertrages äußerst ungünstig. Besondere Ressentiments herrschten aufgrund der Tatsache, daß die Ukrainer in Warschau gezwungen wurden, ihr Desinteresse am Schicksal Ostgaliziens zu erklären. Polen wurde in England als ein Satellit Frankreichs angesehen, und man war nicht geneigt, den Einfluß dieser französisch-polnischen Koalition weiter hinzunehmen. Alle wichtigen Londoner Zeitungen waren nun weit weniger an Informationen über die Ukraine interessiert, ebenso sank das Interesse von Industrie- und Finanzvertretern.⁷²¹ Wie negativ man von Polen und der Ukraine dachte, wird in überspitzter Form in einem Artikel des «The New Europe» deutlich. Es wurde weder die Politik Piłsudskis gutgeheißen, der sich in das russische Abenteuer stürzte, um einen ukrainischen Satellitenstaat am Dnjepr zu schaffen, noch erkannte man dem ukrainischen Führer Petljura in irgendeiner Weise staatsmännische Qualitäten zu. Die Stimmung für die Ukraine sank auf den Nullpunkt.⁷²²

Die ukrainische Mission in London gab ihre Demarchen aber nicht auf, im Gegenteil, sie wurde deutlicher in ihren Formulierungen. Am 10. Juni 1920 erreichte das Foreign Office ein Schreiben, in dem festgestellt wurde, daß den ukrainischen Repräsentanten bis zum heutigen Tage noch nicht eine Audienz beim britischen Außenminister gewährt worden wäre. Man hatte den Ukrainern erklärt, nach Beruhigung der Lage in ihrem Vaterland werde man die Regierung Petljuras anerkennen. Dies hatte jedoch in ihren Augen wenig Sinn, denn die Anerkennung sollte der Beruhigung vorausgehen, da die Anerkennung notwendig für die Lageberuhigung sei. Zudem sei die Einfuhr von Getreide und anderen Waren aus der Ukraine, die für die Wiederbelebung des Welthandels notwendig war, nicht nur eine Frage des Transportes. Bis die Ziele der Ukraine nicht erreicht wären, würde man nicht einen Sack Getreide oder Zucker an die Bol'sheviki oder andere Mächte liefern. Sollte die englische Regierung etwas anderes denken, sei das eine gefährliche Illusion, vor der sie hiermit gewarnt sei. Der Brief endete mit der Prophezeiung, daß Verträge, die über den Kopf der Ukraine hinweg abgeschlossen würden, keinen

720 Davies, London, an State Department, 29.05.1920, Nr. 868, in: Records, 1, 1.

721 MARGOLIN From a political diary, S. 58.

722 The Ukrainian Farce (The New Europe, 8 July 1920), in: B.F.O., Nr. 207885, vol. 3967, reel 21, 1919.

Frieden für Osteuropa bringen werden.⁷²³ Margolin übersandte Lord Curzon auch eine Deklaration der ukrainischen Regierung an ihr Volk, in der diese ihre Ziele und bereits erreichten Fortschritte darlegte. Die Schaffung einer disziplinierten Armee stand dabei im Vordergrund. Es war ein zu Herzen gehender Aufruf an die Ukrainer, einig zueinander-zustehen, der die pragmatische Entente aber nicht sehr beeindruckt haben dürfte.⁷²⁴

Auch Anfang August versuchte Margolin noch einmal, die Möglichkeit eines Gesprächs mit Lord Curzon im Foreign Office zu bekommen; jedoch wurde dies wiederum als nicht notwendig und nicht nützlich verweigert.⁷²⁵

Ein weiterer Versuch der Ukrainer, mit den Engländern in Verbindung zu treten, bestand darin, ihnen Fragen zu stellen, wie sie sich nach britischer Meinung in der Weltpolitik verhalten sollten. So berichtete Lord Kilmarnock aus Berlin über ein Gespräch mit dem ukrainischen Chargé d'Affaires, der wissen wollte, wie sich die Ukraine entscheiden sollte. War es günstig, mit den Bol'sheviki Frieden zu schließen, oder sollten sie mit Vrangell' zusammenarbeiten? Außerdem wollte er erfahren, ob es wahr sei, daß der britische Kriegsminister eine andere Politik gegenüber Vrangell' verfolgte als das Foreign Office. In der Ukraine habe man nämlich gehört, Vrangell' werde über die britischen Militärbehörden in Konstantinopel unterstützt. Es wurde noch eine dritte Möglichkeit durch die ukrainische Politik ins Auge gefaßt: die totale Abschottung als landwirtschaftlich orientierter Staat, der sich nur von eigenen Produkten ernährt und auf bessere Zeiten hofft. Dies wurde von englischer Seite als Witz aufgefaßt, was verständlich ist. Andererseits aber sprach soviel Verzweiflung aus diesem Vorschlag, daß es dem englischen Gesprächspartner eigentlich hätte auffallen müssen. Da man aber die Ukrainer nicht ernst nahm, und auch noch die Anweisung aus London kam, keinerlei Rat zu geben, hatte sich die Angelegenheit erledigt.⁷²⁶

Die Situation hatte sich ohnehin für die Vertreter des Direktoriums gewandelt, da sich auch die Ansicht der Alliierten über sie geändert hatte. Aus diesem Grund und vor allem wegen der militärischen Entwicklung in der Ukraine wurde immer deutlicher, daß die Moskauer Sowjetregierung der Ansprechpartner der Alliierten war. Im Zuge des Vormarsches der Roten Armee begann man auch in London, verstärkt mit der ukrainischen Sowjetregierung zu rechnen.⁷²⁷ Das verstärkte Interesse an der Sowjetukraine manifestierte sich in detaillierten Berichten über die dortige Situation und die wichtigsten Politiker.⁷²⁸

723 Ukrainische Mission London an Foreign Office, 10.06.1920, in: B.F.O., vol. 3967, reel 21, 1919.

724 Déclaration du Gouvernement de la République démocratique Ukrainienne (Margolin an Curzon, 29.07.1920), in: B.F.O., vol. 3967, reel 21, 1919.

725 Margolin an Curzon, 04.08.1920, in: B.F.O., vol. 3967, reel 21, 1919.

726 Lord Kilmarnock an Foreign Office, 10.09.1920, in: B.F.O., vol. 3967, reel 21, 1919.

727 Allied Attitude towards Ukraine, 19.07.1920, Nr. 208648, in: B.F.O., vol. 3967, reel 21, 1919.

728 Political Report: The Government and the State of the Country, 19.11.1920, Nr. 3640, in: B.F.O., vol. 5437, reel 6, 1920.

Durch den bolschewistischen Waffenerfolg wurde die ukrainische Regierung mit dem neuen Premierminister Andrij Livyc'kyj zu einer Exilregierung in der ostgalizischen, nunmehr polnischen Stadt Tarnów. Viele bekannte Engländer nötigten Margolin, der ukrainischen Regierung klar zu machen, daß sie aufhören sollte, ein polnischer Satellit zu sein. Dieser war auch ganz ihrer Meinung. Ende Juni 1920 sandte Margolin ein Schreiben an den damaligen ukrainischen Außenminister Nikovs'kyj, in dem er diesem erklärte, er könne nicht länger auf seinem Posten in London verbleiben, solange die ukrainische Regierung ihre Politik nicht radikal verändere. Er beharrte auch auf einem persönlichen Treffen mit Nikovs'kyj, damit ihn dieser über den exakten Inhalt des Warschauer Vertrages aufkläre. In seiner Antwort bat dieser Margolin noch um einen letzten Dienst. Er sollte zusammen mit Baron Vasył'ko, Graf Tyškevyč und Jakovliv die Ukraine auf der alliierten Konferenz von Spa vertreten. Margolin sagte zu.

Einer der Hauptpunkte auf der Konferenz von Spa war die Organisation eines Kongresses in London, um die Repräsentanten der Sowjetregierung, Polens, Litauens, Lettlands und Finnlands an einen Tisch zu bekommen und um mit ihnen einen abschließenden Frieden für Osteuropa auszuhandeln. Estland hatte bereits einen Friedensvertrag mit der Sowjetregierung unterzeichnet.

Die ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens sollte das Recht bekommen, Repräsentanten nach London zu entsenden. Die britischen Delegierten fügten feierlich hinzu, das Schicksal des ukrainischen Ostgaliziens sollte nach den Wünschen der Bevölkerungsmehrheit entschieden werden. Dadurch wurde die Politik Lloyd Georges im Jahre 1919 in Versailles und Paris bestätigt, wo er entschieden gegen die Einnahme Ostgaliziens durch die Haller-Truppen protestiert hatte. Allerdings sollten keine Repräsentanten der Dnjepr-Ukraine zur Londoner Konferenz zugelassen werden. Es ging dabei um den Statusunterschied der beiden ukrainischen Teilstaaten; Ostgalizien war Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie gewesen, die auf der Friedenskonferenz nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker liquidiert werden sollte. Hingegen war die Lösung des Schicksals der Völker des Russischen Reiches kein Thema in den Pariser Vororten. Großbritannien wollte sich auf keinen Fall noch einmal in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmischen. Denikin und die anderen Generäle unterstützt zu haben, wurde nun als großer Fehler betrachtet. England stand der ukrainischen Bewegung positiv gegenüber, aber das ukrainische Volk sollte seine politischen Rechte und Freiheiten alleine erkämpfen. Nach einem siegreichen Kampf der Ukrainer würde England diese Tatsache sofort anerkennen. Margolin fragte nun, ob unter diesen Umständen überhaupt noch eine ukrainische Mission in London vonnöten sei. Als Antwort bekam er, daß sie durchaus wichtig sei, um Informationen über die Geschichte der Ukraine und ihre Bestrebungen an die englische Öffentlichkeit weiterzugeben. Nach Margolins Ansicht erforderte dieser Aufgabenbereich aber keineswegs die Anwesenheit einer diplomatischen Mission. Also bat er am 16. Juli 1920 um seinen Rücktritt als Chef der ukrainischen Mission in London. Mitte August akzeptierte der ukrainische Außen-

minister seine Demission, Dr. Olesnyc'kyj wurde sein Nachfolger in London. Für einige Monate sollte Margolin als Berater der ukrainischen Regierung in Fragen, die den Völkerbund betrafen, noch tätig sein, bevor er sich aus der Politik ganz zurückzog.⁷²⁹

3.10. Das Ende der ukrainischen Hoffnungen auf diplomatische Anerkennung

Das Jahr 1921 war geprägt vom Niedergang der Ukrainischen Volksrepublik und ihrer Regierung; die Bol'sheviki beherrschten praktisch das ganze Land, die nationalukrainischen Einrichtungen hatten sich aufgelöst. Bereits im Dezember 1920 sandte Čičerin von Mykolaïv aus ein triumphierendes Telegramm hinaus in die Welt, um zu verkünden, daß die Rote Armee die ukrainische Front liquidiert habe. Mit dem „Bandentum“ und dem „Kondottiere“ Petljura sowie mit Savinkov habe man ein für allemal aufgeräumt. Die ukrainischen Arbeiter seien froh, eine sowjetische Regierung zu haben, und diese werde alles daran setzen, die Produktivität wieder zu steigern.⁷³⁰

Von der britischen Legation in Warschau erhielt Lord Curzon ein Schreiben ukrainischer Delegierter, die im Namen der ukrainischen, jüdischen und polnischen Bevölkerung der Ukraine sprachen und gegen die Besetzung ihres Landes durch die russischen Bol'sheviki protestierten. Sie sprachen zudem der Sowjetukraine das Recht ab, für die Ukraine zu verhandeln; das betraf vor allem die Friedensverhandlungen mit Polen in Riga. Dieser Hilferuf wurde an die polnische Regierung und an die alliierten und assoziierten Mächte gerichtet. Percy Loraine, der britische Missionschef in Warschau, wollte nun von seinem Vorgesetzten wissen, was er im Falle der Ukrainer unternehmen sollte. Die Anweisung lautete, Schriftstücke von ihnen entgegenzunehmen, sie aber nicht persönlich zu empfangen.⁷³¹

Daß die ukrainische Bevölkerung strikt gegen die bolschewistischen Invasoren eingestellt war, erfuhr das Foreign Office durch etliche Schreiben der ukrainischen Vertretung in London. Margolins Nachfolger Olesnyc'kyj wurde nicht müde, dieses Faktum zu betonen. Selbst die ukrainischen Bol'sheviki lehnten sich zunehmend gegen den Moskauer Zentralismus auf, und Vynnyčenko, der sich wie auch andere Politiker viel von den Bol'sheviki versprochen hatte, kehrte enttäuscht in die Tschechoslowakei zurück. Für die Ukraine bedeutete die rote Besetzung den wirtschaftlichen Ruin, da die Bauern nur mehr für den Eigenbedarf produzierten, in der Hoffnung, daß sie dann keine Requisitionen über sich ergehen lassen müßten. Die Bol'sheviki waren auch eine Gefahr für die russischen Nachbarn, da sie Kavallerie aufstellten und ihre Truppen an der rumänischen und polnischen Grenze konzentrierten.⁷³²

729 MARGOLIN From a political diary, S. 63–64.

730 Telegramm Čičerins aus Mykolaïv, 14.12.1920, Nr. 4190/5176, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 2/10.

731 British Legation Warsaw an Curzon, 10.01.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

732 Olesnyc'kyj an Foreign Office, 29.01.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

Der britische Geheimdienst bestätigte in einem Bericht vom April 1921 die Angaben der ukrainischen Mission in London über die Feindschaft der ukrainischen Bevölkerung gegen die Bol'sheviki und ihre Aufstandsbewegung. Diese hielt sich hartnäckig auf dem flachen Land, während sich die Städte und Eisenbahnen in den Händen der Bol'sheviki befanden. Rakovs'kyj war sogar nach Moskau zitiert worden, um Rechenschaft über die Schwierigkeiten in der Ukraine abzulegen. Die Aufständischen kämpften für die Schaffung einer Nationalversammlung sowie für die Aufteilung des Landes und standen einer ausländischen Einmischung, vor allem durch Polen, äußerst feindlich gegenüber. Allerdings war die Bewegung nicht einheitlich; verschiedene Atamane operierten in einzelnen Regionen des Landes, so Mordolevyč in der Umgebung Kiews, Arkadij Stepanenko in Poltava und Charkiv, Machno in der Gegend von Kremenčuk sowie Paduljak in Podolien.⁷³³

Auch im Juni 1921 beobachtete der britische Geheimdienst die Vorgänge in der Ukraine noch sehr genau. Man hatte einen Bericht des Militärkommissars der Ukraine, Podovis'kyj, abgefangen, der über die Interna Bescheid gab. So hatten die Aufständischen einige Vorteile, da die Rote Armee nicht gerne gegen sie kämpfen wollte, die Atamane Einheit und Organisation ihrer Truppen aufrechterhielten und die Psychologie der Bauern auf die Verteidigung ihres Eigentumes zielte und somit das kommunistische Gedankengut nicht Fuß fassen konnte. Sie waren gut bewaffnet, hielten Disziplin und alle Bevölkerungsschichten waren in ihren Reihen vertreten, nur die antipolnische Stimmung arbeitete nicht für die Bewegung Petljuras.⁷³⁴ Diese Stimmung wurde noch genährt von den Nachrichten über das Schicksal ihrer Landsleute, die in Polen interniert worden waren. Die Offiziere mußten dort ihre militärischen Abzeichen abgeben und – ebenso wie die ehemaligen Regierungsmitglieder – als Privatpersonen leben. Entgegen anderslautender Versprechungen Piłsudskis hatte Polen nicht vor, die ukrainische Armee wieder aufzubauen.⁷³⁵

Trotz der Vorteile der Aufständischen gelang es aber den Bol'sheviki, durch Terror ihrem Ziel der Niederwerfung der Ukraine näher zu kommen. Die ukrainische Mission in Prag übergab einen Augenzeugenbericht über diese Grausamkeiten dem dortigen englischen Vertreter Sir George Russel Clerk, der ihn an London weiterschickte.⁷³⁶ Im November berichtete Cameron vom englischen Konsulat in Černivci von einem geplanten Aufstand der Ukrainer, der den russischen Teil der Ukraine, die Karpatho-Ukraine, die Bukowina und Bessarabien umfassen sollte. Er hielt sehr viel vom ukrainischen Nationalgefühl und sah, wie tief es im Volk verwurzelt war.⁷³⁷

Die Hilfsgesuche, die an Lord Curzon gerichtet wurden, ließen diesen wohl ziemlich kalt, denn eine Reaktion läßt sich nicht nachweisen. So erreichte ihn aus Rom die Bitte, keine politischen Entscheidungen zu treffen, ohne die Rechte des ukrainischen Volkes

733 Secret Intelligence Service, 05.04.1921, Nr. 4988, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

734 Secret Intelligence Service, 13.06.1921, Nr. 6809, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

735 Max Müller, Warschau, an Curzon, 09.03.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

736 Clerk, Prag, an Curzon, 08.07.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

737 Cameron an Curzon, 08.11.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

zu berücksichtigen und den ukrainischen Truppen, die in Polen interniert worden waren, Unterstützung zukommen zu lassen.⁷³⁸ Im August desselben Jahres versuchte das Comité du Salut de l'Ukraine, das sich in Konstantinopel konstituiert hatte, das Foreign Office durch sein Programm zu beeindrucken und dadurch Hilfe zu bekommen. Das Programm umfaßte einige vielversprechende Punkte, man mußte sich jedoch im klaren darüber sein, daß die Zeit dafür vorbei war; die Bol'sheviki hatten die Zügel bereits zu fest in der Hand.⁷³⁹

Die Zeit arbeitete nicht für die Ukrainer. Bereits im März 1921 wurde die Mission in Reval aufgelöst. Die Interessen derjenigen Ukrainer, welche die Sowjetukraine nicht anerkannten, wurde dort fortan vom Committee of Ukrainian Emigrants in Esthonia vertreten.⁷⁴⁰ Die Anerkennung der Ukraine am 5. Februar 1921 durch Argentinien war dabei kein großer Trost, da offiziell nicht bekannt gegeben wurde, welche Ukraine – die Ukrainische Volksrepublik oder die Sowjetukraine – man damit meinte.⁷⁴¹ Am 4. Juni übersandte das Department of Overseas Trade eine Übersetzung des ukrainisch-russischen Vertrages über gegenseitige militärische und wirtschaftliche Hilfe. Darin wurden gemeinsame Kommissariate für Militär und Marine, Wirtschaft, Außenhandel, Finanzen, Arbeit und Kommunikation festgelegt.⁷⁴² Daß die Sowjetukraine dennoch ein bestimmtes Selbstverständnis pflegte, sahen die Briten in der Tatsache, daß Deutschland, das einen Vertrag über die Rückführung der Kriegsgefangenen mit Sowjetrußland unterzeichnet und gedacht hatte, dieser gelte ebenso für die Ukraine, gezwungen wurde, mit der Sowjetukraine ebenfalls einen Vertrag abzuschließen, bevor die deutschen Soldaten in ihre Heimat zurückkehren konnten.⁷⁴³

Das Jahr 1921 hatte für die Ukrainer mit dem gleichen Problem angefangen, mit dem das alte Jahr beendet worden war: Die Anfrage britischer Auslandsmissionen an das Foreign Office, ob man ukrainische Diplomaten empfangen solle, wurde von Gregory

738 Britische Vertretung Rom an Curzon, 18.02.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

739 Das Programm umfaßte folgende Punkte: Schaffung einer Konstituierenden Versammlung und einer Armee, Verständigung mit den aus dem Zarenreich neu entstandenen Staaten, Vereinigung aller Bevölkerungsschichten und Nationalitäten der Ukraine, Lösung der Landfrage durch die Konstituierende Versammlung, Schutz der Interessen der arbeitenden Klasse, Gleichberechtigung aller Bürger des Landes, Zusammenarbeit mit dem Völkerbund. (Comité du Salut de l'Ukraine an Foreign Office, 31.08.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921).

740 Britisches Konsulat Reval an Curzon, 11.03.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

741 British Legation Buenos Aires an Curzon, 17.02.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921. Aus österreichischen Quellen geht allerdings eindeutig hervor, daß die Ukrainische Volksrepublik anerkannt worden war (Gesandtschaft der Republik Österreich in Berlin an Bundesministerium für Äußeres, 12.04.1921, Nr. 219/1522, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 7/III).

742 Department of Overseas Trade an Foreign Office, 04.06.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

743 British Commercial Mission Moscow an Curzon, 25.10.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

vermeint, da die Ukraine offiziell nicht von London anerkannt worden war.⁷⁴⁴ Allerdings trafen die Einreisevisa nach England, die Lord Hardinge an zwei ukrainische Diplomaten in Paris vergeben hatte, auf keinen Widerstand seitens des Foreign Office, sondern wurden als „matter of courtesy“ angesehen.⁷⁴⁵

Im Juni bereits verhandelte Hodgson vom Foreign Office mit dem Vertreter Moskaus, Krasin, über die Errichtung von britischen Konsulaten in der Sowjetukraine. Dabei wurde allerdings pro forma die Unabhängigkeit der Ukraine betont und die britische Regierung gebeten, sich in dieser Angelegenheit direkt an die Charkiver Regierung zu wenden. Für die Zukunft ging Krasin aber davon aus, daß die ukrainische Regierung einfacher zu handhaben sei, da dann alle Entscheidungen in Moskau getroffen werden würden.⁷⁴⁶ Der Versuch des nationalukrainischen Außenministers Andrij Nikovs'kyj, dem Einvernehmen zwischen Moskau und London entgegenzusteuern, indem er einen Sonderbeauftragten entsandte, scheiterte. Čes'lavs'kij konnte auch durch weitreichende Versprechungen weder einen Kredit noch Waffenhilfe bei den Engländern herausholen.⁷⁴⁷ Die wirtschaftlichen Angebote hatten ihren Reiz verloren. Einer der letzten Ideen, Großbritannien für sich zu gewinnen, war der Vorschlag des Vereinigten Ukrainischen Nationalrates in Paris an Lloyd George, eine Schwarzmeer-Konföderation unter britischer Ägide zu schaffen. Mitglieder sollten sein: die Ukraine, der Kaukasus, das Kosakenland, die europäischen Staaten am Schwarzen Meer und Griechenland. Darauf erfolgte keinerlei britische Reaktion.⁷⁴⁸

Von entscheidender Bedeutung war allerdings der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Großbritannien und Rußland am 16. März 1921. Gegen den ausdrücklichen Willen Lord Curzons hatte es Lloyd George fertiggebracht, sich die entsprechende Entscheidung durch das Kabinett bestätigen zu lassen. In der Präambel versprach man sich gegenseitig, von jeglicher feindlicher Propaganda abzusehen. Auf sowjetischer Seite hatte dies vor allem für Kleinasien, Indien und Afghanistan zu gelten. Gleichzeitig verpflichtete sich Großbritannien, nicht in den unabhängig gewordenen Staaten des ehemaligen Zarenreiches gegen Moskau zu intrigieren. Die Frage der Rückkehr aller Kriegsflüchtlinge und Kriegsgefangenen wurde endgültig geregelt.⁷⁴⁹

Am 22. März 1921 fand eine Debatte im Unterhaus statt, bei der Lloyd George erklärte, daß es sich lediglich um ein Handelsabkommen handele, das mit einer Regierung

744 Sir Dering an Foreign Office, 06.02.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

745 Lord Hardinge an Curzon, 25.02.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

746 Memorandum of conversation between Monsieur Krasin and Mr. Hodgson regarding the possibility of appointing Consular Officers to places in the Ukraine, 09.06.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

747 General Basil Česlavs'kij an Foreign Office, 13.08.1921, Nr. 9283, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

748 United Ukrainian National Council an Lloyd George, 07.11.1921, in: B.F.O., vol. 6891, reel 13, 1921.

749 Der Vertrag ist abgedruckt in: ULLMAN Anglo-Soviet relations, III, S. 474–478. Vgl. auch Kapitel 3.8. dieser Arbeit.

abgeschlossen worden sei, die Macht über ihr Territorium habe und deshalb de facto anerkannt werden könne.⁷⁵⁰

Eine rechtliche Folge dieser De-facto-Anerkennung war, daß sowjetrussische Güter per Gerichtsentscheidung nicht mehr konfisziert werden durften und auch sowjetisches Gold als Zahlungsmittel für britische Waren diesen Schutz genoß. Dies und die Entscheidung der englischen Regierung, daß Ausfuhrlicenzen für Ladungen nach Sowjetrußland nicht mehr nötig waren, nahm die letzten Fesseln vom englisch-sowjetischen Handel. Noch wichtiger war die Symbolik: Die sowjetische Mission in London wurde zu einer ständigen Vertretung aufgewertet. Im August 1921 eröffnete man eine britische Handelsmission in Moskau, die erste offizielle Repräsentanz einer Großmacht in Sowjetrußland nach 1918. Also hatte man die Sowjetmacht als bleibenden Machtfaktor anerkannt.⁷⁵¹

Nach der Niederschlagung des Kronstädter Matrosenaufstandes kam Lenin diese Anerkennung sehr gelegen. Schon im April 1921 erklärte er die Handelsfreiheit für landwirtschaftliche Produkte der Bauern und machte daraus gleichzeitig einen Propagandafeldzug für den Kommunismus, um zu beweisen, daß dieser durchaus in der Lage sei, auch Fehler einzugestehen.⁷⁵² Damit hatte Lenin den Beschluß gefaßt, zur Beruhigung des Landes mit der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik (NÉP) eine zeitweise Milderung im Tempo der Sozialisierung und Nationalisierung der Wirtschaft eintreten zu lassen.

Der Wechsel in der sowjetischen Wirtschaftspolitik war dringend nötig geworden, da Rußland und die Ukraine im Sommer 1921 von einer großen Hungersnot heimgesucht wurden. So hatten die „immensen“ Getreidevorräte, von denen Lloyd George immer gesprochen hatte, die Aufgabe, zuerst das Inland zu versorgen, und gingen nicht in den Export. Kritiker des englischen Premiers behaupteten ohnedies, daß sie niemals existiert hatten. Durch die Arbeit der American Relief Administration (ARA) gelang es, den Verlust an Menschenleben einzudämmen. Die Amerikaner hatten schon 1919 genaue Kenntnis über die unzureichende Versorgung der ukrainischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Sie hatten dies durch die Berichte des ukrainischen Gesundheitsministers, die ihnen über das Internationale Rote Kreuz zugegangen waren, erfahren.⁷⁵³ Diese Hungersnot hatte auch außenpolitische Auswirkungen, denn fürs erste durchkreuzte sie die englischen Pläne einer Preissenkung für Agrarprodukte auf dem europäischen Markt durch billige russische Importe. Zudem entwickelte sich die angestrebte britische Vorherrschaft auf dem russischen Markt nicht so, wie man sich das in der Downing Street 10 vorgestellt hatte, wenigstens nicht bis Herbst 1923. Obwohl sie keinen Handelsvertrag mit den Sowjets geschlossen hatten, gelang es den Vereinigten Staaten, den umfangreichsten kommerziellen Warenaustausch durchzuführen. Allerdings

750 ULLMAN *Anglo-Soviet relations*, III, S. 452.

751 ULLMAN *Anglo-Soviet relations*, III, S. 453.

752 DENNIS *The foreign policies of Soviet Russia*, S. 389–390.

753 Amerikanische Botschaft Paris an State Department mit drei Beilagen, 12.12.1919, Nr. 620. in: *Records*, I, 1. Die ARA blieb bis 1923 in der Ukraine und Rußland tätig.

schloß dieser auch die Hilfsgüter, die über die ARA verschifft worden waren, mit ein. Nachdem man nun mit dem britisch-sowjetischen Handelsvertrag ein Vorbild geschaffen hatte und Sowjetrußland sämtliche Banken in Großbritannien zur Verfügung standen, kam es zum Abschluß weiterer Handelsverträge.⁷⁵⁴

1921 steigerte sich aber das amerikanische Interesse am Handel mit der Ukraine. DuBois, amerikanischer Chargé d'Affaires in Wien, bezeichnete die Aussichten für amerikanische Geschäftsleute als günstig genug, um sich weiter mit ihnen zu befassen. Dabei ging er davon aus, daß das Wirtschaftsleben der Ukraine von den privaten Kooperativen, denen Millionen Mitglieder angehörten, bestimmt wurde. Diese Organisationen bestanden schon zu Zeiten des Zaren und würden auch in der Zukunft – durch alle politischen Wechsel hindurch – sicher erhalten bleiben. Ihr Präsident Baranov's'kyj war von Petljura zum ukrainischen Finanzminister ernannt worden und befand sich zu Beginn des Jahres 1921 in Prag. Obwohl die Bol'sheviki einige Funktionäre ausgewechselt hatten, arbeiteten die Kooperativen noch immer nach dem gleichen Prinzip. DuBois hatte offenbar ein Faible für die Vertreter Petljuras in Wien und glaubte ihnen, denn er war davon überzeugt, daß die Nationalukrainer zuletzt doch über die Bol'sheviki siegen würden.

Da die Ukraine ein sehr reiches Land mit enormen Entwicklungsmöglichkeiten und der Schlüssel zu Rußland war, empfahl er sie der besonderen Aufmerksamkeit der amerikanischen Wirtschaftsexperten. Vor allem sei es an der Zeit, wichtige Verbindungen zu knüpfen, bevor die europäische Konkurrenz dies tat. DuBois ging es hierbei hauptsächlich um Handels-, Öl- und Kohlekonzessionen, die aus amerikanischer Sicht nur auf zwei Wegen zu bekommen waren. Zum einen über die privaten Kooperativen, was bedeuten würde, daß politische Probleme keine große Rolle spielen würden und es sich zum überwiegenden Teil um einen Tausch von Rohprodukten gegen Manufakturwaren handeln würde. Der Vorteil sei, daß man über diese privaten Institutionen noch an weitere Unternehmen herankäme. Zum anderen bestand die Möglichkeit, den etwas vielversprechenderen Weg über die Politik zu gehen und so an die Konzessionen zu kommen. Die De-facto-Regierung war die ukrainische Sowjetmacht unter Rakov's'kyj, der eng mit der russischen bolschewistischen Regierung zusammenarbeitete. Obwohl DuBois nicht so recht an die Sowjets glaubte und darauf zählte, daß einige der führenden Männer der Direktionsregierung auch später in der Ukraine eine Rolle spielen würden, riet er, die Beziehungen zu den Sowjets nicht ganz zu vernachlässigen. Zumindest, so fügte er hinzu, schliefe die englische und französische Regierung nicht.⁷⁵⁵

Einen Monat später untermauerte DuBois seine Argumentation noch mit der Übermittlung eines „article collaborated for the writer by local Ukrainian officials“. Damit wurden die allseits bekannten wirtschaftlichen Möglichkeiten der Ukraine und die der Kooperati-

754 Mit Deutschland am 6. Mai 1921, mit der Tschechoslowakei am 5. Juni 1921, mit Norwegen am 2. September 1921, mit Österreich am 7. Dezember 1921, mit Schweden am 9. März 1922. DENNIS The foreign policies of Soviet Russia, S. 396-400.

755 DuBois an State Department, 05.01.1921, Nr. 176, in: Records, 1, 1.

ven aufgezeigt.⁷⁵⁶ Im März informierte ihn dann Brandzan vom ukrainischen Pressebüro über die Bodenschätze der Ukraine.⁷⁵⁷ Doch schon bald schoben sich politische Probleme bei ihren Unterredungen wieder in den Vordergrund. Mitte April 1921 mußte Brandzan zugeben, daß die nationalukrainischen Organisationen ohne Geld waren, da Polen nicht mehr bezahlte und mit Österreich noch verhandelt wurde. Man hoffte auf französisches Geld und blickte nach Italien, das sich zwar freundlich verhielt, aber kein Interesse zeigte, materiell zu helfen. Dennoch liefen Vorbereitungen für einen Aufstand, dessen Anführer Ataman Struk war und der von ca. 50 Atamanen, die alle Petljura anerkannten, getragen werden sollte.⁷⁵⁸ Petljura selbst und die ukrainische Regierung waren von Tarnów nach Ternopil' übergesiedelt, was der Vorbereitung des großen Aufstandes dienen sollte. Die Don-Kosaken schickten eine Delegation zu Petljura und gaben die Garantie für ein gemeinsames Vorgehen, wollten aber keine endgültige Union eingehen. Wohl um die Amerikaner zu interessieren, berichtete Brandzan, daß Deutschland die ukrainische Sache wahrscheinlich mit Geld unterstützen werde.⁷⁵⁹ Es muß nicht betont werden, daß dieser geplante Aufstand nie stattfand. Diese Ausführungen von DuBois aus Wien fanden in den Berichten der amerikanischen Botschaft in Warschau Bestätigung. Es liefen nicht nur Verhandlungen mit den Don-, sondern auch mit den Kuban'-Kosaken, der Savinkov-Gruppe und Georgien. Das interessanteste Element der Petljura-Regierung – so der Bericht – war die Rada, die von sich selbst behauptete, während der polnischen Besatzung vom Volk gewählt worden zu sein. Ihre 45 Mitglieder bestanden darauf, die rechtmäßige extra-territoriale Stimme des ukrainischen Volkes zu sein. Die bedeutendste Tat dieser Vertreter bestand in der Ausarbeitung einer Verfassung, die der polnischen sehr ähnelte.⁷⁶⁰ Doch obwohl die Amerikaner nun die Vorgänge in der Ukraine mit mehr Interesse betrachteten, wollten sie sich politisch in keiner Weise festlegen. Weder die Ukrainische Volksrepublik, noch die Sowjetukraine wurde von ihnen anerkannt.⁷⁶¹

756 DuBois an State Department, 13.02.1921, Nr. 199, in: Records, 2, 4.

757 DuBois an State Department, 30.03.1921, Nr. 214, in: Records, 2, 4.

758 Zur Aufstandsbewegung in der Ukraine siehe den Bericht des ukrainischen Pressebüros Wien vom Juni 1921 in dem Informationen über die einzelnen Atamane, die in den einzelnen Gouvernements von Januar bis März 1921 operierten, enthalten sind: Kiew: Mordalovyč. Sirko, Levčenko, Vološenko, Kolenskij, Struk, Konskij, Bohatyrenko, Čechovyč, Zelenčuk. Matvienko, Perenko; Černigov: Dovhalenko, Loszyn; Wolhynien: Tjutjunyk; Podolien: Podoljaka, Babič, Holub, Vasylenko; Cherson: Spkil, Pavliv, Kuszcz; Poltava: Šuba, Sokyra; Charkiv: Burlaka, Sirošapka, Lytvynenko; Katerinoslav: Machno, Hladčenko. (DuBois an State Department, 10.06.1921, Nr. 238, in: Records, 1, 1).

759 DuBois an State Department, 13.04.1921, Nr. 216, in: Records, 2, 1.

760 Präsident der Nationalrada an Harding: Übermittlung der Resolutionen vom 12. Februar 1921, 16.04.1921, und Amerikanische Vertretung Warschau an State Department, 21.04.1921, Nr. 788, in: Records, 2, 1. Hier kann DuBois eigentlich nur die Mala Rada gemeint haben, da die Zentralrada wesentlich mehr Mitglieder zählte.

761 Assistant Secretary Dearing an Dudley, Superintendent of Relief Department, 13.12.1921, in: Records, 2, 1.

Grundsätzlich galt für die amerikanische Politik im Jahr 1921, was der amerikanische Botschafter in Paris bereits im Juli 1920 an das State Department über die Ukraine geschrieben hatte. Für ihn hatten die ukrainischen Gruppen und Parteien einen künstlichen Charakter und repräsentierten die Ideen einer zahlenmäßig geringen Intelligenzija, die wiederum zum größten Teil russischen Ursprungs war. Bauern bildeten die ukrainische Bevölkerungsmehrheit, die nur an die Vergrößerung des eigenen Landbesitzes dachte und antibolschewistisch eingestellt war. Wirtschaftlich hielt man die Ukraine für absolut untrennbar von Rußland.⁷⁶²

Anfang Oktober 1921 erfuhr das diplomatische Korps in Bukarest, daß die rumänische Heeresleitung neben den bereits in Bessarabien dislozierten sieben Infanterie-Divisionen und zwei Reserve-Infanterie-Divisionen noch eine achte nach Akkerman verlegt haben soll. Aufgrund der großen Truppenansammlungen munkelte man, Rumänien plane die Befreiung der Ukraine von den Bol'seviki. Da der Zustand der rumänischen Armee dazu aber nicht gut genug war, kam das Gerücht auf, die französische Regierung erwäge die Möglichkeit, die rumänischen Truppen mit eigenen Offizieren und Mannschaften zu unterstützen und so unter der Führung Frankreichs die Ukraine von den Bol'seviki zu säubern. Danach sollte sie als Pufferstaat gegen Sowjetrußland selbständig werden. Als Motivation Frankreichs vermutete man die Hoffnung, sich die reichen Rohstofflager wie in Polen so auch in der Ukraine zu sichern. Allerdings sahen der österreichische Gesandte und seine Gewährsmänner keinerlei Möglichkeit, dies mit der unzureichenden rumänischen Armee zu erreichen.⁷⁶³ Aber die Gerüchte wollten nicht abreißen. Mitte November berichtete der österreichische Gesandte Storck aus Bukarest über ein verstärktes Interesse an der Ukraine und der dortigen Aufstandsbewegung und darüber, daß alle diesbezüglichen Informationen, die aus Pariser Quellen zu stammen schienen, mit wachsendem Interesse verfolgt würden. Die Quellen, aus denen die Meldungen über die Ukraine flossen, bestätigten auch, daß das treibende Element für den ukrainischen Aufstand in Frankreich zu suchen sein dürfte. Die neutralen Beobachter vermuteten dabei, daß London, vor allem aber Paris darauf aus waren, eine innenpolitische Änderung in Rußland herbeizuführen, dabei allerdings nur zu gut wußten, daß dies nicht von innen heraus möglich war, wie die Beispiele von Denikin, Kolčak etc. bewiesen hatten. Da sie nicht untätig abwarten wollten, planten sie offenbar eine Intervention von außen. Die Entente habe wohl ein Interesse daran, Rußland nicht wieder als Koloß auferstehen zu lassen, und plane daher, die Ukraine unabhängig zu machen. Die Franzosen und die Engländer hätten ähnliche Gedanken, die ersteren aus Rücksicht auf das von ihnen gegen Deutschland wieder errichtete Polen und aus wirtschaftlichen Gründen, die letzteren, weil sie sich auf diese Art vom russischen Alpdruck auf Indien befreien zu können glaubten. Allerdings, so räumte der österreichische Diplomat ein, sei die englische Sorge weniger

762 Amerikanische Botschaft Paris an State Department: Enclosure 4 The Ukrainian political parties, 27.07.1920, Nr. 1427, in: Records, I, 1.

763 Gesandtschaft Bukarest an Bundesministerium für Äußeres, 06.10.1921, Nr. 158/5348, in: AdR, NPA 659, Liasse Rumänien 4/3.

aktuell als die Befürchtung der Franzosen und Polen, daß Deutschland, sobald es an Rußland wieder Rückhalt finde, sich bei erster Gelegenheit Oberschlesien zurückholen werde. Da Frankreich aber nicht vorhabe, nochmals in den Krieg zu ziehen, wolle man Polen und Rumänen ins Feuer schicken. Dabei hatte Storck eine interessante Theorie: „Bei den Polen wird ihnen dies vielleicht gelingen. Allerdings kann ich auch das nicht beurteilen; aber eine in der Falle sitzende Ratte, wie es Polen zwischen Deutschland und Rußland ist, nimmt bekanntlich manchmal auch den Kampf mit einem Hunde auf.“⁷⁶⁴ Von den Rumänen aber war er überzeugt, daß sie die Rolle eines Kaninchens vor der Schlange spielen und erst losschlagen würden, wenn die Schlacht eigentlich schon gewonnen sei und es sich lediglich noch um einen Spaziergang handele wie in Ungarn und Bulgarien.

Einige Tage später erhielt Storck von einem Gewährsmann die Information, daß der Plan, einen ukrainisch-litauischen Doppelpufferstaat zwischen Polen und Rußland zu schaffen, von Piłsudski erdacht und von den Franzosen rezipiert worden war. Allerdings scheiterte er am Veto der Engländer, die das Chaos in Rußland als Gewähr gegen das Wiedererstarken einer russischen Macht sahen; außerdem waren die Sowjetdelegierten, die damals noch reichlich über Gold und Juwelen verfügten, in London als Waffenkäufer eine so begehrte Kundschaft, daß man sie schonen mußte. Laut Storcks Angaben war das nach dem Raid Budennyjs vor Warschau zurückgelassene Material durchwegs von neuester Konstruktion und englischer Provenienz. Die schlechte Einschätzung der polnischen und rumänischen Truppen wurde von Storcks Informant bestätigt, der noch hinzufügte, daß die Verfassung der ukrainischen Aufständischen-Truppen eine so miserable sei, daß selbst die Sowjettruppen neben ihnen wie eine Elite-Truppe wirkten.⁷⁶⁵

Im Dezember schließlich meinte auch der österreichische Gesandte in Belgrad, Hoffinger, zu der ukrainischen Frage einige Bemerkungen beisteuern zu müssen. Er tat dies aufgrund seiner Erfahrungen 1918 in der Ukraine:

„Dieser Bewegung, von der einstweilen noch nicht recht klar ist, wer an ihrer Spitze steht, ist meines Erachtens keine Zukunft beschieden, wie ich überhaupt das Gefühl habe, daß aus der ganzen ‚Ukrainerei‘ nichts gescheites herauskommen wird. Zunächst ist sicher alles, was die Ukrainer in die Welt hinausposaunen, zu drei Vierteln erlogen. Was die Ukrainer auf diesem Gebiet leisten können, habe ich gesehen, als ich im März 1918 in der Ukraine die vollste wirtschaftliche und politische Anarchie, gekrönt durch ein kindisches Zerrbild einer Regierung vorfand, nachdem die Herrn Lewickyj, Ostapenko und Genossen unmittelbar vorher in Brest ein Bild von der ‚Ukrainischen Volksrepublik‘ entworfen hatten, das zwischen dem Schlaraffenlande und der ‚aurea Aetas‘ die Mitte hielt. Die ganzen ukrainischen ‚Macher‘ sind, wenn sie sich in diesen

764 Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Bundesministerium für Äußeres, 15.11.1921. Nr. 190/6658, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 7/III.

765 Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Bundesministerium für Äußeres, 17.11.1921. Nr. 192/6660, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 7/III.

drei Jahren nicht gründlich geändert haben sollten, durchaus unseriös und für die Organisation einer Bewegung oder gar eines Landes gänzlich unbrauchbar, teils nur auf den eigenen Vorteil bedachte Okkasionalpolitiker (Typ Wassilko), teils Theoretiker und Fanatiker (Typ Holubowitsch und Petljura), teils Räuber und Pogromisten (Typ Machno).⁷⁶⁶

Deutlicher konnte man seine Mißbilligung wohl nicht äußern. Diesem hatte Hoffinger noch einen guten Rat an die Westmächte hinzuzufügen. Um eine Konsolidierung in der Ukraine zu erreichen, sollten sie die Rolle übernehmen, die Deutschland und Österreich-Ungarn im Jahr 1918 gespielt hatten. Allerdings sei es auch diesen nur mit Mühe sowie einem Aufgebot von 25 Divisionen und einem Riesenstab von Offizieren und Beamten im Hinterland gelungen, die Anarchie notdürftig zu bändigen und die Fundamente für einen neuen Staat zu legen. Er könne sich allerdings nicht vorstellen, daß der Entente letztendlich an einer selbständigen Ukraine als Keimzelle eines neuen antibolschewistischen Rußland gelegen sei. Zuerst einmal wäre der militärische Aufwand viel zu groß. Zweitens könnte gerade diese Keimzelle Ukraine ein Anziehungspunkt für die russische Emigration sein und daraus wieder ein starkes konservatives Rußland entstehen, das wieder eine wirkliche Bedrohung für Großbritannien darstellen würde. Mitte Dezember 1921 stand endgültig fest, daß der ukrainische Aufstand gescheitert war und daß Rumänien keinen Angriff, auch keinen durch die Rote Armee mehr, erwartete, da letztere nämlich eine einschneidende Heeresreform durchführte.⁷⁶⁷

Der sogenannte Zweite Winterfeldzug der Ukrainer, der Anfang November 1921 begonnen hatte, ging mit einer Katastrophe für die verbliebenen Einheiten der UNR-Armee zu Ende. Das hochgesteckte Ziel, die Bol'sheviki aus der Ukraine zu vertreiben, konnte nicht erreicht werden. Viele wurden bei der Schlacht um Mali Myn'ky am 17. November 1921 getötet, Hunderte kamen in Gefangenschaft und wurden erschossen. Nurmehr 120 Mann konnten sich ihren Rückzug hinter die polnische Grenze erkämpfen. Dieser Zweite Winterfeldzug war die letzte Aktion der UNR-Armee gegen die bolschewistischen Kräfte in der Ukraine. Mit der militärischen Niederlage war auch jeder Versuch, auf diplomatischer Ebene etwas zu erreichen, endgültig zum Scheitern verurteilt. Die Konsolidierung der Sowjetmacht innerhalb Rußlands und der Ukraine bedeutete eine zunehmende Zentralisierung in der Innenpolitik und gleichzeitig eine wachsende Konzentration der Staatengemeinschaft auf Moskau in der Außenpolitik. Dies und der notorische Geldmangel der Ukrainer zwang sie, nach und nach ihre diplomatischen Missionen in den europäischen Hauptstädten aufzugeben. Es sind keine exakten Daten hierüber vorhanden, aber bis 1924 dürfte der Großteil der Vertretungen der UNR und der Westukraine aufgelöst worden sein. Den Resten der ukrainischen Diplomatie blieb nichts anderes übrig, als mit

766 Österreichische Gesandtschaft Belgrad an Bundesministerium für Äußeres, 11.12.1921, Nr. 174/7334, in: AdR, NPA 787, Liasse Ukraine 7/III.

767 Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Bundesministerium für Äußeres, 11.12.1921, Nr. 207/7408, in: AdR, NPA 659, Liasse Rumänien 4/3.

verschiedenen Memoranden an einzelne Regierungen zu versuchen, die ukrainische Frage in der politischen Diskussion zu halten.⁷⁶⁸ Gleichzeitig versuchte Šul'hyn, über den Völkerbund an die Weltöffentlichkeit zu treten, obwohl die Aufnahme der Ukraine abgelehnt worden war. Er schilderte die Okkupation der Ukraine durch die Bol'sheviki⁷⁶⁹, die allgemeine Situation und die historischen Hintergründe.⁷⁷⁰

Ebenso richteten die in Wien weilenden Direktoriumsmitglieder Švec', Makarenko und Andrijevs'kyj ein Memorandum an Sir Eric Drummond persönlich, in dem sie die Bol'sheviki anklagten, die Ukraine wirtschaftlich zu ruinieren. Sie forderten die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, den Abzug der Roten Armee vom ukrainischen Territorium und die Errichtung einer legitimen Regierung.⁷⁷¹ Ähnliches forderte die Exilregierung der UNR und erklärte zugleich alle mit der sowjetukrainischen Regierung abgeschlossenen Verträge für null und nichtig. Ein letztes Aufbäumen war das Versprechen, beim staatlichen Wiederaufbau der Ukraine zwecks einer gemeinsamen Sicherheitspolitik für Osteuropa eng mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten.⁷⁷² Doch niemand nahm diese Exilregierung mehr ernst, da sie keine reale politische Macht besaß. Hinzu kam das Problem aller Exilanten, daß nach einer gewissen Zeit der Abstand ihrer Ideen zur tatsächlichen Entwicklung im Mutterland immer größer wurde. Aufgrund der totalen Erschöpfung von Volk, Land und Wirtschaft wurde die bolschewistische Regierung gezwungen, Prioritäten zu setzen. Durch die NÉP gelang es, die Wirtschaft schnell wieder in Schwung zu bringen, so daß bereits 1926 die ukrainische Industrie 95% der Vorkriegsproduktion erreichte.⁷⁷³ Wie wichtig diese Entwicklung auch für die Beziehungen zum Ausland war, zeigt sich in der Umorientierung der Berichterstattung über die Ukraine. Ab 1923 zählten die Reporte über einzelne Zweige der ukrainischen Wirtschaft zu den

768 Schwedische Legation Rom an Außenministerium Stockholm, 27.05.1921, Übersendung von: Un Appel Ukrainien aux Nations (Note adressée par le Parlement provisoire ukrainien „Rada“ aux Parlements du monde); L'Independance de l'Ukraine dans le Traité de Riga; L'Europe, le Soviet Russe et l'Ukraine; Vers la consolidation politique dans l'est – sud-est de l'Europe, in: Utrikesdepartementet 1920 (Ers dossiersystem HP 895 Ukraina. Direktorium der demokratischen Republik Ukraine an Harding, 6.01.1922; Amerikanische Vertretung Berlin (Dresel) an State Department, 27.03.1922, Nr. 1467; Übermittlung einer Note der ukrainischen Mission und eines Memorandums über die Situation in Osteuropa; Amerikanische Vertretung Berlin (Dresel) an State Department, 26.08.1922, Nr. 139; Übermittlung einer Note der ukrainischen Mission und eines Memorandums, in: Records, 2, 1.

769 Occupation of the Ukraine by the Troops of the Soviet Republic of Russia, Letter from the Representative of the Republic of the Ukraine, 1.12.1920, Assembly Document 214, in: VB R 565 – 9282.

770 The Situation in Ukraine, Letter and Memorandum from the Representative of Ukraine, 15.09.1921, A.80, in: VB R 656 – 15579.

771 Švec', Makarenko und Andrijevs'kyj an Drummond, Wien 20.03.1922, in: VB R 373 – 19845.

772 Memorandum du Gouvernement de la République Démocratique d'Ukraine, registriert am 28.03.1922, in: VB R 373 – 19752.

773 KAPPELER Kleine Geschichte der Ukraine, S. 187.

gefragtesten Informationen.⁷⁷⁴ Auf der Suche nach Handelspartnern und Absatzmärkten arrangierte man sich mit den Sowjets. Begleitet wurde der wirtschaftliche Aufschwung von einer flexibleren Nationalitätenpolitik, die in der Ukraine die typische Form der „Ukrainizacija“ annahm. Mit diesen Neuerungen wurde den Beschwerden der ukrainischen Exilpolitiker entgegengewirkt und ihnen auch langsam die politische und diplomatische Basis in den europäischen Staaten und den USA entzogen.

774 Amerikanische Mission Warschau an State Department, 20.11.1922, Exportation of grain from the Ukraine, in: Records, 2, 5. Amerikanische Mission Warschau an State Department, 19.01.1923, Nr. 391, The economic situation in Russia and Ukraine in October 1922 according to the reports of the Polish Legation in Moscow and Charkiv, in: Records, 2, 4. Amerikanisches Generalkonsulat in Frankfurt/M. an State Department, 16.02.1923, Nr. 142, Memorandum of the Central Union of Ukrainian Farmers, Central outline of the Ukrainian political aspirations, in: Records, 1, 1. Amerikanische Mission Warschau an State Department, 24.02.1923, Railways in Ukraine, in: Records, 2, 6. Amerikanische Mission Warschau an State Department, 7.03.1923, Conditions of Ukrainian Metallurgical Industry in 1922; Amerikanische Mission Warschau an State Department, 12.12.1923, Grain exports from the Ukraine; Amerikanische Mission Warschau an State Department, 4.03.1924, Government Salt Industry in the Ukraine during the Period 1921 – 1923, in: Records, 2, 5. American Legation Riga an State Department, 22.12.1924, Nr. 869, Report on general economic conditions in the Ukraine, in: Records, 2, 4. Major T.C. Lonergan, Infantry, U.S. Army, an Director of the Military Intelligence Division, Washington: Report on the Ukraine of Prof. Lincoln Hutchinson, 27.01.1922; Conditions in Odessa – Service Report from Constantinople, 7.04.1922, Nr. 2044; Conditions in Odessa – Monograph Report from Constantinople, 28.04.1922, Nr. 2103; Conditions in Odessa – Service Report from Constantinople, 28.12.1922, Nr. 2614; General Conditions in Odessa – Monograph Report from Constantinople, 28.05.1923, Nr. 2873; Population of Russia on June 1, 1923 – Service Report, Political Factor Russia, from Riga, Latvia, 9.10.1923, Nr. 3802, in: Military Intelligence Division, reel 6, microcopy 1443.

4. Die Frage Ostgaliziens und das ukrainisch-polnische Verhältnis in der europäischen Politik

4.1. Die Entstehung der Westukrainischen Volksrepublik

Ostgalizien war der Kristallisationspunkt der gesamten Politik zwischen Österreich-Ungarn, Polen und der Ukraine, und die Interessen von zwei in der Monarchie lebenden Völkern prallten hier unmittelbar aufeinander. Ursprünglich war es über Jahrzehnte hinweg die österreichische Politik gewesen, die Polen als herrschendes Element wirken zu lassen, und nur um korrigierend einzugreifen, ermutigte man die ukrainische Opposition. Mit dem Abschluß des Vertrages von Brest-Litovsk jedoch begann sich dieses Bild zu verändern. Der ukrainischen Diplomatie waren Erfolge in territorialer Hinsicht gegen die Polen gelungen, die ihnen zuvor wohl niemand zugetraut hatte. Trotz des internen polnischen Druckes mußte Wien den ukrainisch-deutschen Forderungen nachgeben. Bei der ukrainischen Bevölkerung in Galizien erhöhte dies die Popularität der Regierungen in Wien und Berlin ganz beträchtlich. Man war sogar soweit, sich aus der gewollten Rolle der Opposition hinauszubegeben und Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die polnische Bevölkerung hingegen sah sich in all ihren Vorurteilen gegen Deutschland bestätigt und trieb immer mehr an den Rand der Revolution. Für die Polen stand fest, daß eine für sie akzeptable Lösung nur gegen und nie mit Deutschland möglich sein würde. Die Ausrichtung auf die Entente, vor allem auf Frankreich, manifestierte sich.¹

Die Kapitulation Bulgariens im September 1918 machte den bevorstehenden Kollaps der Mittelmächte deutlich.² Um die Machtübernahme in Galizien vorzubereiten, organisierte eine Gruppe von ukrainischen Offizieren der österreichischen Armee den Zentralen Militärat in Lemberg. Die *sičovi strilci* wurden aus der Gegend von Katerynoslav in die Bukowina beordert. Ab Oktober 1918 konnte sich der Militärat auf ihre Macht stützen. Dmytro Vitovs'kyj, ein Kapitän der *sičovi strilci*, übernahm am 30. Oktober die Führung im Militärat. Zur gleichen Zeit wurden Vertrauenspersonen aus dem ganzen Land ausgewählt, die zur gegebenen Zeit die administrative und politische Führung übernehmen sollten.

Die Ukrainische Parlamentarische Vertretung (Ukrains'ka Parljamentarna Reprezentacija) berief eine Sitzung in Lemberg ein. Es versammelten sich die ukrainischen Bischöfe, die ukrainischen Mitglieder der beiden Häuser des österreichischen Parlamentes und diejenigen des galizischen und Bukowiner Landtages sowie die Vorsitzenden der ukrainischen Parteien dort. Unter der Präsidentschaft von Jevhen Petruševyč traten sie am 18. Oktober 1918 mit dem Namen Ukrainische Nationalrada (Ukrains'ka Nacional'na Rada) als Konstituante der ukrainischen Gesamtbevölkerung Österreich-Ungarns zusammen. Den Delegierten der Karpatho-Ukraine war die Anwesenheit verwehrt

1 PIDHAINY The Formation of the Ukrainian Republic, S. 629–630.

2 Lozynskyj, S. 25.

geblieben, sie bekräftigten jedoch ihren Willen zur Zusammenarbeit und zur Vereinigung mit den ukrainischen Landen in einem nach Lemberg entsandten Schreiben.³

Durch das Manifest Kaiser Karls I. vom 16. Oktober 1918 erhielt das ukrainische Unternehmen eine legale Basis. Darin rief er die Völker des Kaiserreiches auf, dieses in einen Bundesstaat umzuwandeln, in dem jedes Volk auf seinem Siedlungsgebiet ein staatliches Gemeinwesen bilden sollte.⁴

Die Verfassunggebende Versammlung verabschiedete am 18. und 19. Oktober 1918 folgende Resolutionen: Alle ukrainischen Länder unter österreichisch-ungarischer Herrschaft formten ein zusammengehörendes ethnisches Territorium, das zu einem unabhängigen Staat proklamiert wurde. Jede nationale Minderheit sollte ihre Vertreter in die Nacional'na Rada wählen, wobei die Juden ausdrücklich als eigenständige Nation anerkannt wurden. Die Rada wollte für den neu entstandenen Staat eine Verfassung ausarbeiten und verlangte außerdem die Teilnahme ukrainischer Vertreter an der zukünftigen Friedenskonferenz. Damit erklärte sie, daß die österreichische Regierung nicht mehr das Recht besaß, für den ukrainischen Staat zu sprechen.⁵

Dr. Kost' Levyc'kyj verkündete am 20. Oktober 1918 auf dem Platz des Heiligen Jurij in Lemberg die Errichtung der Westukrainischen Republik.

Während nun die Nacional'na Rada und der Militärat versuchten, ein Netzwerk in Politik und Verwaltung aufzubauen, um ihre Position zu festigen, beschlossen die polnischen Abgeordneten des Wiener Reichsrates am 28. Oktober 1918 den Anschluß der polnischen Gebiete Österreich-Ungarns an den neu entstehenden polnischen Staat. Für die Überleitung der Verwaltung dieser Gebiete wurde eine Liquidationskommission eingesetzt, in die nach dem Parteienschlüssel Abgeordnete gewählt werden sollten. Das Präsidium der Versammlung wurde als Exekutivkomitee der Liquidationskommission zur Durchführung der wichtigsten Angelegenheiten ermächtigt.⁶ Bis 1918 konnten die Polen auf zehn Jahre Erfahrung in staatsbildenden Angelegenheiten zurückblicken.⁷

In der Nacht vom 31. Oktober 1918 übernahmen der Ukrainische Nationalrat in Lemberg und die polnischen Truppen in Krakau die Macht. Die ukrainischen Verantwortlichen fürchteten, daß es sonst für ihre Sache zu spät sei, da der Gouverneur Ostgaliziens Huyn ihnen am Vortag die reguläre Übergabe der Macht verweigert hatte. Nahajevs'kyj behauptet, aus sicherer Quelle zu wissen, daß Huyn aus Wien der Befehl, die Regierungs-

3 Ukraine. A concise encyclopedia, S. 771. MANNING The story of the Ukraine, S. 239. Nahajevs'kyj, S. 117, und Lozynskyj, S. 27, nennen den 19. Oktober 1918 als das Datum der Zusammenkunft der Rada.

4 Weinzierl/Skalnik, S. 107.

5 Ukrainischer Originaltext in: Lozynskyj, S. 29–30. Siehe ebenfalls: Proclamation de l'indépendance politique du territoire ukrainien de l'Autriche Hongrie par l'Assemblée Nationale en Léopol, les 18 et 19 Octobre 1918, in: L'Ukraine Occidentale, Annexe: Documents choisis, S. 3, I, VB R 549 – 11594.

6 TEMPERLEY A history of the Peace Conference, IV, S. 104–105.

7 Lukasz, S. 14.

gewalt an die Ukrainer abzugeben, übersandt worden war, diese Nachricht jedoch in Krakau von polnischen Verantwortlichen abgefangen worden sei.⁸ Die Erfolglosigkeit ihrer Mission bei Gouverneur Huyn brachte nun die ukrainischen Verantwortlichen dazu, dem Druck des Militärrates nachzugeben und die Übernahme des Landes für den 1. November 1918 zu planen.

So wurden während der Nacht zum 1. November Kuriere in die übrigen wichtigen Städte Ostgaliziens und zu den *sičovi strilci*⁹ mit dem Befehl gesandt, sich für eine konzertierte Aktion bereit zu halten. Um drei Uhr morgens begann die Entwaffnung der in Lemberg stationierten fremden Truppen, und im Laufe der Nacht wurden die strategisch wichtigsten Punkte der Stadt besetzt. Noch vor dem Morgengrauen hatten die Ukrainer Lemberg unblutig unter ihre Kontrolle gebracht. Sofort wurden Proklamationen herausgegeben und an die Bevölkerung Appelle gerichtet, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Der formale Transfer der Staatsgewalt fand am Nachmittag des 1. Novembers durch Gouverneur Huyn statt. Mit seiner Unterschrift unter das Protokoll übergab er die Amtsgewalt an den stellvertretenden Gouverneur Volodymyr Decykevyč, und dieser wiederum gab sie an die Nacional'na Rada weiter. General Pfeffer wurde angewiesen, alle nichtukrainischen Einheiten zu demobilisieren. Schon zuvor hatte dieser alle Offiziere der Garnison Lemberg in seinem Büro versammelt und versucht, sie für die ukrainische Sache zu gewinnen. Ein polnischer Offizier, in dessen Gesinnung man sich getäuscht hatte, wußte später zu berichten, Pfeffer solle gesagt haben, der Kaiser fordere von seinen Offizieren die Unterstützung der Ukrainer.

Am 3. November 1918 übergab General Pfeffer das militärische Kommando über die Garnison Lemberg an den Hauptmann der Reserve Mykola Marynovyč, der von der Nacional'na Rada ausersehen worden war, den k. k. Militärgouverneur zu ersetzen.¹⁰ Laut polnischer Angaben hatte schon einen Tag zuvor, also am 2. November 1918, das Generalkommando 4 in Lemberg, Etappengruppenkommando Volodymyr-Volyns'kyj Nr. 6.653, ein Telegramm des k. u. k. Kriegsministeriums erreicht, das befahl, alles Kriegsmaterial in Ostgalizien zu belassen und der Nacional'na Rada zur Verfügung zu stellen.¹¹

Am 9. November wurde das erste Ministerium, das sogenannte Provisorische Staatssekretariat (Tymčasovyj Deržavnyj Sekretarijat)¹² mit dem Präsidenten und Finanzminister Dr. Kost' Levyc'kyj, gegründet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Rada die Legislative und Exekutive inne. Von nun an ging die Exekutive auf das Staatssekretariat über, während die Rada die Aufgaben eines Parlamentes, nämlich Gesetzgebung und Kontrolle,

8 Nahajevs'kyj, S. 120.

9 Zu ihrer Entstehung siehe MANNING The story of the Ukraine, S. 213. Vgl. auch Kap. 2.1. dieser Arbeit.

10 Text der Vereinbarung vom 3. November 1918 in: Pologne – Bureau polonais de publications politiques, S. 30–31.

11 Pologne – Bureau polonais de publications politiques, S. 33.

12 Später hieß es: Deržavnyj Sekretarijat Zachidno-Ukrains'koi Narodnoi Respubliky.

übernahm.¹³ Das erste Staatssekretariat war eine Koalition aus allen galizischen Parteien, wobei allerdings die Nationaldemokraten überwogen. Am 4. Januar 1919, nachdem die Nacional'na Rada in Stanyslaviv umorganisiert worden war, wurde auch das Staatssekretariat neu strukturiert. Sydir Holubovyč übernahm die Präsidentschaft und die Ministerien für Finanzen sowie für Handel und Industrie; Panejko blieb Außenminister. Cehel's'kyj übernahm kommissarisch sein Amt, als Panejko in Paris auf der Friedenskonferenz weilte. Die übrigen Ressorts teilten sich wie folgt auf: Makuch – Inneres, Vitovs'kyj – Krieg, Baračyns'kyj – Justiz, Artymovyč – Erziehung und Bildung, Martyneč – Landwirtschaft, Myron – Straßenbau, Post- und Telegraphenwesen, Kozanevyč – öffentliche Arbeiten. Im Februar 1919 verließen Vitovs'kyj und Cehel's'kyj ihre Posten, wobei Vitovs'kyj von Kurmanovyč und Bubela als dessen Stellvertreter ersetzt wurde. Lozyns'kyj wurde zum stellvertretenden Außenminister ernannt, und als er im April 1919 nach Paris aufbrach, folgte ihm Vytvyc'kyj nach. Das Staatssekretariat blieb bis Juni 1919 in Funktion, bis nämlich aufgrund der verzweifelten Lage des westukrainischen Staates die Diktatur von Petruševyč ausgerufen wurde.

Am 13. November 1918 verabschiedete die Rada ihr erstes Gesetz und akzeptierte den Namen des neu entstandenen Staates: Westukrainische Volksrepublik (Zachidna Ukraïns'ka Narodna Respublika). Das Gebiet des neuen Staates sollte laut Artikel 2 nach rein ethnischen Gesichtspunkten die ehemaligen Kronländer Galizien-Lodomerien und Bukowina sowie die ungarischen Komitate Szepes, Sáros, Zemplén, Ung, Bereg, Ugocsa und Máramaros umfassen. Artikel 4 legte die Staatsvertretung fest. Repräsentiert wurde die Westukrainische Volksrepublik durch das Staatssekretariat und durch die Rada, Wappen und Fahne zeigten einen goldenen Löwen auf blauem Grund.¹⁴

Eigentlich verlief administrativ alles relativ reibungslos, und der junge Staat hätte seine Geschäfte aufnehmen können. Den Minderheiten war Schutz versprochen worden. Die jüdische Bevölkerung verhielt sich stets loyal zur ukrainischen Regierung, was noch weiter gefördert wurde durch die Aufnahme von Juden in die Beamtschaft sowie als Offiziere und Mannschaften in die galizische Armee. Aber der polnische Bevölkerungsanteil war nicht so leicht unter Kontrolle zu bekommen.¹⁵ Schon am 1. November war es zu Straßenkämpfen mit aus dem Hinterhalt schießenden polnischen Studenten gekommen. Auch die Polen vereinigten sich, formten das Polnische Volkskomitee und organisierten den zivilen und militärischen Widerstand gegen die ukrainische Staatsgewalt. Sie hatten dabei den entscheidenden Vorteil, über mehr junge Leute zu verfügen als die Ukrainer,

13 Die weiteren Mitglieder waren: Dr. L'onhyn Cehel's'kyj (Inneres), Dr. Vasyľ Panejko (Äußeres), Dr. Sydir Holubovyč (Justiz), Oleksander Barvins'kyj (Religion), Dmytro Vitovs'kyj (Krieg), Dr. Stepan Baran (Landwirtschaft), Jaroslav Lytvynovyč (Handel und Industrie), Dr. Ivan Makuch (öffentliche Arbeiten), Antin Černec'kyj (Arbeit und Soziales), Ivan Myron (Verkehr), Oleksander Pisec'kyj (Post und Telegraf), Dr. Stepan Fedak (Versorgung), Ivan Kurovec (Gesundheit). (Lozynskyj, S. 43–44).

14 Ukrainischer Text des Gesetzes bei: Lozynskyj, S. 45–46.

15 L'Ukraine Occidentale, S. 59, in: VB R 549 – 11594.

deren Mannschaften zum großen Teil aus älteren verheirateten Bauern bestanden, die im Straßenkampf nicht ausgebildet waren. Ein weiterer entscheidender Nachteil lag ebenfalls auf ukrainischer Seite: die *sičovi strilci* hatten sich verspätet. Anstatt dem Befehl aus Lemberg, sich sofort in Marsch zu setzen, Folge zu leisten, zogen sie es vor, noch länger in Černivci zu bleiben und dort Politik zu machen. Bevor sie eintrafen war es den Polen schon am 2. November gelungen, den Bahnhof von Lemberg, einen Punkt von großer strategischer Bedeutung, einzunehmen. Der militärische Widerstand der Ukrainer, vermehrt durch viele organisatorische Fehler, war dabei, zusammenzubrechen.

Da half es auch nichts mehr, daß sich eine Delegation bestehend aus Dr. Osyp Nazaruk und Volodymyr Šucevyč, nach Kiew zu Hetman Skoropads'kyj begab, um dort um Hilfe nachzusuchen. Hier hatte sich aber in der Zwischenzeit die Situation ebenfalls zugespitzt, die Macht des Hetmans stand auf wackeligen Beinen. Die Ukrainische Nationale Allianz war gerade dabei, ihren Aufstand vorzubereiten, und indoktrinierte die vom Hetman zur Unterstützung der Ostgalizier abgestellten Schützenverbände, dem Befehl Skoropads'kyjs nicht Folge zu leisten. Der Soldatenrat in Bila Cerkva wollte diese Elitetruppen für die Eroberung Kiews einsetzen und nicht unbedingt an Lemberg „verschwenden“. Zudem legte der Hetman großen Wert darauf, nicht zu sehr in den ukrainisch-polnischen Konflikt in Ostgalizien hineingezogen zu werden. Zu dieser Zeit bemühte er sich nämlich verstärkt um ein gutes Einvernehmen mit der Entente. Er wollte also keinesfalls irgendwelche Schwierigkeiten mit den Schutzmächten Polens heraufbeschwören. So blieb es bei bloßen Versprechungen von Geldern und militärischen Ausrüstungsgegenständen.¹⁶ Auch die westukrainische Seite legte großen Wert auf gute Kontakte zu den Alliierten, vor allem wollte sie nicht durch die polnische Propaganda in ein schlechtes Licht gerückt werden. So war dem ukrainischen Botschafter in Wien, Lypyns'kyj, ein Radiogramm der polnischen Liquidierungskommission aus Krakau in die Hände gefallen. Darin wurde behauptet, ukrainische Banden hätten mit preußischer und österreichischer Hilfe Lemberg und Ostgalizien eingenommen und würden alles, was sich ihnen in den Weg stelle, abschlachten. Deshalb bat die Liquidierungskommission um die Entsendung von polnischen Truppen aus Odessa und Rumänien, die zuvor in den USA und Frankreich aufgestellt worden waren. Gegen diese Behauptungen legte der Ukrainer schärfsten Protest ein. Die Ukrainer hätten nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf ihrem nationalen Territorium ein Staatswesen errichtet, wie die Polen dies in Westgalizien getan hätten. Zudem beschwerte er sich über den Transport polnischer Truppen über Odessa, der ohne Wissen der Ostukrainer unternommen worden sei und somit deren Neutralität verletzt habe. Er bedauerte sehr, daß auf diese Weise ein falsches Licht auf die ukrainische Sache geworfen werde.¹⁷

16 Nahajevs'kyj, S. 127.

17 Kopie des Schreibens von Lypyns'kyj aus Wien in Lukasevyč an den amerikanischen Botschafter in Bern und an denjenigen in Paris, 21.11.1918, Nr. 5333, in: Records, 1, 1. Siehe auch das Schreiben des ukrainischen Botschafters in Stockholm, Dr. Nicolas Halučinskyj, an das State Department in dem er seine Dankbarkeit für den Protest gegen den polnischen

In Lemberg selbst gingen die Kämpfe weiter bis zum 21. November 1918. In der Nacht zum 22. November wurden die ukrainischen Truppen gezwungen, der polnischen Übermacht zu weichen. Die Versuche des Präsidenten der Nacional'na Rada, Petruševyč, Präsident Wilson die Lage in Ostgalizien zu erklären und für den ukrainischen Standpunkt zu werben, verliefen ergebnislos. Die Versicherungen, der galizische Staat beruhe auf dem demokratischen Willen der ukrainischen Bevölkerungsmehrheit, fielen nicht auf fruchtbaren Boden.¹⁸ Die Regierung zog sich nach Ternopil' und später Stanyslaviv, der provisorischen Hauptstadt, zurück. Dort wurde im Januar 1919 die endgültige Regelung der obersten Staatsorgane vorgenommen. Durch die Ergänzungswahlen, die in den Tagen vom 22. bis 26. November 1918 im ganzen Land mit Ausnahme der Städte und Bezirke, die vom Krieg erfaßt worden waren, stattgefunden hatten, wurde die Nacional'na Rada als das Parlament der Westukraine vervollständigt und bestand jetzt aus 150 Mitgliedern. Diese Körperschaft blieb eine rein ukrainische, ohne jegliche Beteiligung der polnischen, jüdischen oder deutschen Bevölkerung, die sich – laut Lozyn's'kyj¹⁹ – aus Angst vor polnischer Vergeltung nicht daran beteiligen wollte. Die Rada setzte sich vor allem aus Bauern mit mittelgroßem Besitz, Geistlichen und Vertretern der gebildeten Schicht zusammen und unterteilte sich in folgende politische Gruppierungen: Nationaldemokraten, Radikale Partei, Sozialdemokraten und die bäuerlich radikale Gruppe. Alle diese Parteien waren dem Sozialismus abgeneigt. Im Gegensatz zu den sozialrevolutionären Gärungen, die damals in Europa herrschten, waren diese Parteien lediglich demokratisch und liberal. In Ostgalizien fand auch keine soziale, sondern eine nationale und politische Revolution statt.²⁰ Am 4. Januar 1919 wurde die Frage des Staatsoberhauptes geklärt. Seine Befugnisse gingen über auf einen aus neun Rada-Mitgliedern bestehenden Ausschuß mit Dr. Jevhen Petruševyč als höchstem Würdenträger.²¹ Dieser Ausschuß hatte folgende Befugnisse: Ernennung und Entlassung der Regierungsmitglieder, Recht auf Amnestie und Nieder-

Vormarsch aussprach. (Amerikanischer Botschafter Stockholm (Wheeler) an State Department, 09.06.1919, Nr. 3938, in: Records, I, 1). Auch einige Tage später benutzten die Ukrainer die schwedische Regierung, um an die Amerikaner heranzukommen und ihnen mitzuteilen, daß sie damit einverstanden wären, wenn Ostgalizien von alliierten oder tschechoslowakischen Truppen besetzt werden würde. (Amerikanische Mission Stockholm an State Department, 13.06.1919, Nr. 1724, in: Records, I, 1).

18 The Swedish Minister (Ekengren) to the Secretary of State, 26.11.1918, Nr. 5861: Übermittlung eines Schreibens von Petruševyč durch Fürsprache des deutschösterreichischen Staates, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, II, S. 195–196.

19 Lozyn's'kyj, S. 62.

20 Allerdings kann man den sozialen Charakter der Revolution wohl doch nicht ganz verneinen, da sich 35% des Landes in der Hand polnischer Landbesitzer befanden. Diese polnischen Aristokraten waren es gewohnt, über ihre ukrainischen Bauern zu herrschen, und wollten dies auch weiterhin tun. (The Ukrainian Federation of the United States: A memorandum in regard to the problem of Eastern Galicia. Im State Department eingegangen am 14.05.1919, in: Records, I, 1).

21 Für die Namen der weiteren Mitglieder siehe Kutschabsky, S. 72.

schlagung, Ernennung von zivilen und militärischen höheren Staatsbeamten, Verabschiedung und Verkündung von Gesetzen.²² Es kam auch zur Bildung eines neuen Kabinetts unter dem Vorsitz von Sydir Holubovyč.²³ In der kurzen Zeit brachte es die Nacional'na Rada auch zu einigen Leistungen: In Anknüpfung an die österreichische Ordnung wurde das allgemeine Verwaltungs- und Gerichtswesen neu geordnet. Ebenso modernisierte man im Februar 1919 unter Verbürgung der Sprachrechte der Minderheiten das Unterrichtswesen.²⁴ Am 15. April 1919 wurde das Gesetz über den künftigen verfassungsmäßigen Landtag verabschiedet. Die 226 Abgeordneten sollten von beiden Geschlechtern in allgemeiner, gleicher, geheimer, direkter und proportionaler Wahl gewählt werden. Um die Minderheiten vor einer ukrainischen Majorisierung zu schützen, wurde ein bestimmter Stimmenverteilungsschlüssel eingebaut: die Ukrainer sollten 160, die Polen 33, die Juden 27 und die Deutschen 6 Sitze erhalten.²⁵ Am 14. April wurde das Agrargesetz verabschiedet, das die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Parzellierung dieser Güter unter besitzlose und besitzarme Bauern mit dem bäuerlichen Eigentumsrecht auf die Bodenanteile vorsah.²⁶

Das Staatssekretariat der Westukrainischen Volksrepublik führte den Beschluß der Nacional'na Rada vom 10. November 1918 durch und schloß am 1. Dezember 1918 in Fastov bei Kiew einen Anschlußvorvertrag mit dem ostukrainischen Direktorium ab. Dabei handelte es sich um eine Absichtserklärung der beiden Republiken, sich zu einem Einheitsstaat zusammenzuschließen.²⁷ Die Westukrainische Volksrepublik sollte dabei auf ihre Souveränität zugunsten der Ukrainischen Volksrepublik verzichten. Jedoch wurde ihr eine später näher zu bestimmende Territorialautonomie mit Rücksicht auf ihre historische, kulturelle, soziale und rechtliche Sonderart als eine der grundlegenden Vorbedingungen dieses Zusammenschlusses zuerkannt. Am 3. Januar 1919 ratifizierte die Rada in Stanyslaviv den Vorvertrag zur Union mit der Ostukraine zu einer einheitlichen und souveränen Volksrepublik und wählte eine Abordnung von 65 Mitgliedern, die diesen Beschluß dem Kiewer Direktorium überbringen sollte. „Dies war der Höhepunkt zugleich

22 §2 des Gesetzes vom 04.01.1919 in: Lozynskyj, S. 63.

23 Die Kabinettsliste ist abgedruckt bei Kutschabsky, S. 73.

24 Ukrainischer Text des Gesetzes vom 15. Februar 1919 in: Lozynskyj, S. 65.

25 Die deutsche Minderheit hatte keinerlei Probleme mit dem ukrainischen Nationalstaat in Galizien. Das geht aus einer Eingabe des Deutschen Volksrates im Bereich der Westukrainischen Republik vom 22. November 1918 an den Staatsrat der deutschösterreichischen Republik in Wien hervor (AdR, NPA 374, Liasse Österreich 22).

26 Kutschabsky, S. 74.

27 Der Militärische Wochenbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 5 vom 11. Jänner 1919, S. 35, in: AdR, NPA 262, bestätigt den festen Willen der Ukrainer zum Zusammenschluß durch folgende kleine Meldung: „Die ukrainische Regierung hat beschlossen, in der allerärmsten Zeit mit dem Umbau der ostgalizischen Eisenbahnen auf die russische breite Spurweite zu beginnen. Diese Massregel wird mit dem großen Mangel an rollendem Material für die normale Spurweite begründet.“

der westukrainischen Hoffnungen auf die Ostukraine und des Triumphes der ukrainischen nationalen Einheitsideologie.“²⁸

Zu diesem Zeitpunkt herrschte in der Ostukraine die Anarchie.²⁹ Die Anhänger des Direktoriums, der Sozialrevolutionäre, der verschiedenen Atamane und der Bol'ševiki bekämpften sich. Es kam zu Judenpogromen und ähnlichen schrecklichen Ausschreitungen. Aus dem Norden griffen die Bol'ševiki an, deren Truppen Petljura und das Direktorium nichts entgegenzusetzen hatten. In dieser Situation traf die Delegation der Westukrainer am 16. Januar 1919 in Kiew ein, und am 22. wurde auf dem Platz der Heiligen Sofia feierlich der Zusammenschluß der beiden Landesteile verkündet.³⁰ Sechs Tage später trat Jevhen Petruševyč in das Direktorium ein, und die Nacional'na Rada änderte den Namen der Westukrainischen Volksrepublik in Zachidna Oblast' Ukraïn'skoï Narodnoï Respubliky. Das tatsächliche Verhältnis zwischen der Ost- und der Westukraine war das zweier ganz selbständiger, wenn auch eng miteinander verbündeter Staaten, wobei aber die Westukraine der wesentlich stärkere Partner war. In den Tagen der Vereinigungsfeierlichkeiten verlor das Direktorium die gesamte linksufrige Ukraine an die einrückenden Bol'ševiki, und am 4. Februar 1919 ging die Hauptstadt Kiew verloren.³¹ In dieser für alle Ukrainer so kritischen Zeit bat die Regierung der Westukraine die Ententemächte und die Pariser Friedenskonferenz um Vermittlung.³²

Auch Anfang Februar hatte sich der galizische Kriegsschauplatz nicht sonderlich verändert. Die polnisch-ukrainischen Verhandlungen im Lemberger Kampfraum über einen Waffenstillstand bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz, die in Gegenwart einer englisch-französischen Mission geführt wurden, hatten keinen Erfolg. Von den Ukrainern wurde der San als Demarkationslinie vorgeschlagen, wobei Lemberg ohne militärische Besatzung bleiben sollte, während die Polen die Bug-Linie forderten.³³ Als Mitte Februar eine ukrainische Offensive drohte, Lemberg einzukreisen und zu nehmen, beschloß die Kommission, mit der Entsendung einer Mission einzugreifen. Ihren Vorsitz führte der französische General Berthélemy, die Mitglieder stammten aus England, Frankreich, Italien und den USA.³⁴ Man forderte die sofortige Einstellung der militärischen Operationen während der Verhandlungen und schlug am 28. Februar einen Waffenstillstand vor. Dabei hätte sich die ukrainische Armee hinter die sogenannte Berthélemy-Linie

28 Kutschabsky, S. 112; Lozynskyj, S. 68.

29 Dies ist natürlich eine „westliche“ Einschätzung der Dinge, während der sowjetische Historiker Štejn, S. 183, von der Befreiung der Ukraine durch die sowjetischen Heere spricht.

30 Militärischer Wochenbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 8 vom 1. Feber 1919, S. 40, in: AdR, NPA 263.

31 Kutschabsky, S. 117.

32 Fedenko, S. 27.

33 Militärischer Wochenbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 8 vom 1. Feber 1919, S. 38, in: AdR, NPA 263.

34 Zu den diplomatischen Verhandlungen über den Frieden und die Grenzziehung in Ostgalizien siehe das Kapitel 4.2. dieser Arbeit.

zurückziehen müssen.³⁵ Auf diese Weise hätte man den Polen erlaubt, ein Drittel des rein von Ukrainern bewohnten Gebietes, die Hauptstadt Lemberg und die Ölfelder von Drohobyč-Boryslav zu behalten. Die westukrainische Regierung stimmte diesen Bestimmungen allerdings nicht zu, und so wurden die Feindseligkeiten wieder aufgenommen.

Im Norden Galiziens waren die ukrainischen Truppen im Gebiet um Chelm nach einer Meldung aus Stanislav infolge eines angeblich beabsichtigten Vormarsches der Polen verstärkt worden.³⁶ Insgesamt wurden die ukrainischen Truppenverbände in Galizien mit 30.000 Mann beziffert.³⁷

In der Westukrainischen Volksrepublik war Oberst Kurmanovyč Ende Februar zum Oberkommandierenden der Armee ernannt worden. Die Truppen schienen, in den vergangenen Monaten in disziplinärer Hinsicht durch die lange Dauer der Operationen etwas gelitten zu haben, doch waren sie keinesfalls der Kontrolle ihrer Führer entglitten. Die Lage an der ostgalizischen Front war im allgemeinen unverändert, die Ukrainer bemächtigten sich stellenweise einzelner Strecken der Bahnlinie Lemberg – Przemysł und hatten den Verkehr scheinbar gänzlich unterbunden. Nach einer Meldung des ukrainischen Pressedienstes wurde am 24. Februar 1919 durch Vermittlung einer Ententemission in Lemberg zwischen den Vertretern des polnischen und ukrainischen Armeekommandos ein Waffenstillstand zwecks Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeiten in Ostgalizien bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz abgeschlossen. Die Regierung der Westukrainischen Volksrepublik hielt bei diesen Verhandlungen an der San-Linie fest, da die Ukrainer das Rohölgebiet unbedingt behalten wollten, weil sonst – abgesehen von den „nationalpolitischen“ Gründen – ein äußerst wertvolles Kompensationsobjekt für die Gegenwart und Zukunft der Ukrainer verloren gehen würde. Im März 1919 schienen die Ukrainer, ihre Stellungen im nördlichen Galizien an der Bug-Linie unter dem Druck der polnischen Truppen weiter nach Osten verlegt zu haben.³⁸

35 Diese Linie folgte der Nordgrenze Galiziens entlang des Bug bis Kamjanka-Strumylova, von dort südlich bis Bibrka, so daß Lemberg auf polnischer Seite lag, weiter westwärts bis Mykolaïv am Dnjestr, so daß Mykolaïv auf ukrainischer Seite lag, und weiter in Richtung Süden dem Dnjestr folgend entlang den östlichen Grenzen der Kreise von Drohobyč und Turka, so daß Drohobyč und Boryslav sich auf polnischer Seite und Stryj sich auf ukrainischer Seite befand (Ukraine A concise encyclopedia, S. 774).

36 Militärischer Wochenbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 8 vom 1. Feber 1919, S. 38, in: AdR, NPA 263.

37 Militärischer Wochenbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 9 vom 8. Feber 1919, S. 30, in: AdR, NPA 263. Die Ukrainer selbst gaben im Jahre 1922 die Zahl ihrer Truppen mit 120.000 Mann an, was etwas übertrieben erscheint. Vgl. dazu Bases politiques légales de la Galicie Orientale comme République Galicienne indépendante, Vienne, 10 Juillet 1922, in: VB R 551 – 21954.

38 Militärischer Halbmonatsbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 11 vom 1. März 1919, in: AdR, NPA 264.

In Galizien wurden nach Kündigung des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten wieder aufgenommen. Nach polnischen Meldungen war Mitte März Lemberg stark bedroht und die Eisenbahnlinie Lemberg – Przemyśl vollständig unterbrochen. Aufgrund einer Verordnung der westukrainischen Regierung hatten sich alle ehemaligen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Armee ukrainischer Nationalität, auch im Ausland, und zwar Offiziere bis zum 50. Lebensjahr und Mannschaften der Geburtsjahrgänge 1883 bis 1901, unverzüglich zum Dienst in der ukrainischen Armee zu melden.³⁹ Dies bedeutete eine Mobilisierung in größerem Umfang, d.h. 17 Jahrgänge wurden einberufen. Bei einer Bevölkerungszahl von 3,5 Millionen Menschen durften durch diese Einberufungen ca. 180.000 bis 200.000 Mann aufgebracht werden. Oberkommandierender der gesamten westukrainischen Truppen sollte der Ostukrainer Omeljanovyč-Pavlenko, Kurmanovyč der Chef des Generalstabes werden. Das Oberkommando befand sich zu dieser Zeit in Chodoriv, südöstlich von Lemberg.⁴⁰ Noch im April stellten die Ukrainer ihre Lage im Ausland als durchaus nicht hoffnungslos dar. Die amerikanische Gesandtschaft in Kopenhagen wußte über die Aufstellung von 20.000 kriegsgefangenen Ukrainern in Deutschland zu berichten, die nun in Skandinavien ausgerüstet werden sollten.⁴¹

Im März versuchte der Oberste Rat nochmals, die feindlichen Parteien zu einem Frieden zu bewegen. Ein entsprechendes Schreiben, das die Unterschriften von Präsident Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando trug, wurde den Oberbefehlshabern der beiden Armeen übersandt. Auf ukrainischer Seite war man bereit, auf das Verhandlungsangebot einzugehen, und bot den polnischen Truppen einen Waffenstillstand an. Diese lehnten ihn allerdings ab. Erst auf den starken Druck der Vereinigten Staaten waren sie bereit, eine Delegation nach Chyryv zu Verhandlungen mit den Ukrainern zu entsenden. Da die Polen aber weiterhin auf den Friedensbedingungen General Berthélemys beharrten, wurden

39 Die Westukrainische Volksrepublik unterhielt im Rahmen des Ukrainischen Nationalrates in Militärischen Angelegenheiten ein Rekrutierungsbüro in Wien. Dort gingen eine Reihe von Bewerbungen, vor allem von ehemaligen österreichisch-ungarischen Offizieren ein. Diese wurden aufgrund des Erlasses des ukrainischen Staatssekretariates für Heerwesen Präsi. Nr. 2941/Pers. von 1919 in den Verband der ukrainischen Nationalarmee unter gewissen Bedingungen aufgenommen. Die Übernahme erfolgte in der gleichen oder nächsthöheren Charge und in der Waffengattung, in der die Bewerber in der k.u.k. Armee gedient hatten. Dabei war die Kenntnis der ukrainischen Sprache in Wort und Schrift unerlässlich, wobei den Bewerbern aber ein Jahr Zeit gelassen wurde, sie zu erlernen. Aber es wurden nicht nur Offiziere und Mannschaften gesucht, sondern auch dringend Telegraphenmeister, Linienaufseher, Telegraphenvorarbeiter und Hughes-Telegraphisten. Auch sie erhielten die gleiche Gage wie in der k.u.k. Armee plus täglich 25-35 Kronen zusätzlich. Ebenso wie den Offizieren wurde ihnen der kostenlose und sichere Transport ihrer Familie und ihrer Habseligkeiten garantiert (AdR, Ukrainischer Militärbevollmächtigter in Wien, Akten).

40 Militärischer Halbmonatsbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 12 vom 15. März 1919, S. 37, in: AdR, NPA 264.

41 American Legation Kopenhagen an State Department, 19.04.1919, Nr. 3185, in: Records, I, I.

die Verhandlungen abgebrochen. Am 7. April 1919 informierte die ukrainische Delegation bei der Friedenskonferenz den Obersten Rat vom Scheitern der Gespräche.

Es war im Mai 1919 schon sehr fraglich, ob die Ukrainer den technisch überlegenen polnischen Truppen würden standhalten können. In Paris fanden Verhandlungen zwecks Einstellung der Feindseligkeiten in Ostgalizien statt, denen zufolge Lemberg den Polen, das Rohölgebiet den Ukrainern zufallen sollte. Durch die Aspirationen der Polen war die Westukrainische Volksrepublik in ihrem Bestand bedroht. Die Pariser Friedenskonferenz hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Beschlüsse gefaßt. Deshalb wurden von ukrainischer Seite die größten Anstrengungen unternommen, um die Anerkennung der ukrainischen Republiken durchzusetzen, wobei ihnen die Amerikaner im Gegensatz zu Frankreich gewogen erschienen.⁴²

Die militärische Lage der Ukrainer hatte sich seit Mitte Mai 1919 bedeutend verschlechtert. Die Polen hatten das Gros der drei aus Frankreich eingetroffene gut ausgerüsteten, mit Panzern versehenen Haller-Divisionen⁴³ gegen die Ukrainer eingesetzt, um Ostgalizien zu besetzen. Scheinbar schon im ersten Ansturm verloren die an Zahl und Ausrüstung bedeutend unterlegenen ukrainischen Truppen Luc'k, im Süden standen die Polen sogar schon bei Stanislaw. Gegen diesen übermächtigen Angriff erhoben die ukrainischen Vertreter in Paris mit der Begründung Protest, daß die Ukrainer zur Abwehr des polnischen Angriffs die Front gegen die Sowjettruppen schwächen müßten. Auch über die neutralen Staaten wurde versucht, etwas zu erreichen. Der ostukrainische Botschafter in Stockholm wandte sich an den schwedischen Außenminister mit der Bitte um Unterstützung gegen die polnischen Angriffe, die die Ukrainer davon abhielten, gegen die Bol'sheviki vorzugehen.⁴⁴ In einem weiteren Schreiben warnte er vor der Anarchie und dem Chaos, das bei weiteren polnischen Angriffen in der Ukraine ausbrechen und die Bevölkerung in die Arme der Bol'sheviki treiben könnte. Er bat um Intervention durch die schwedische Regierung, da das polnische Eingreifen auch gegen das Waffenstillstandsgebot von Präsident Wilson verstoße.⁴⁵ Tatsächlich gelang es den Sowjets, bis Ternopil' vorzurücken. Von beiden Seiten, den Bol'sheviki und der Freiwilligenarmee, arg bedrängt, mußte Petljura in Warschau um einen Waffenstillstand nachsuchen. Die Verhandlungen

42 Militärischer Halbmonatsbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 16 vom 15. Mai 1919, in: AdR, NPA 264. Diese Behauptung des Monatsberichtes läßt sich allerdings nur zum Teil verifizieren, denn am 21. September 1918 hatte der amerikanische Außenminister Lansing ein Memorandum für Präsident Wilson vorbereitet, in dem er vorschlug, den ukrainisch bewohnten Teil Galiziens an die Ukraine anzuschließen, die wiederum in einer russischen Föderation aufgehen sollte (Orzell, S. 51).

43 Dazu vgl. das Radiogramm Pitsudskis an Wilson vom 17. November 1918, in dem er um die Entsendung der ausländischen polnischen Truppen bat und auch darum, sie seinem Kommando zu unterstellen (FRUS, 1919, Paris Peace Conference, II, S. 410).

44 Los'kyj an schwedischen Außenminister, 7.05.1919, Nr. 184, in: Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem vol. 288 III.

45 Los'kyj an schwedischen Außenminister, 8.05.1919, Nr. 185, in: Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem vol. 288 III.

in Paris unter Vorsitz des Generals Botha zur Herbeiführung eines polnisch-ukrainischen Waffenstillstandes scheiterten. Die Entscheidung darüber, ob die Ukraine als selbständiger Staat bestehen bleiben sollte oder nicht, sollte nun den Gegenstand von Verhandlungen in Paris bilden. Polen und mit ihm anscheinend auch Frankreich waren für die Einverleibung des mit polnischen Sprachinseln durchsetzten Ostgaliziens durch Polen, wobei dem ukrainischen Gebiet bestenfalls eine Autonomie zugebilligt werden sollte. Wilson, aber mehr noch Lloyd George, setzte sich für eine selbständige Westukraine ein. Es hieß, daß Wilson eine scharfe Note vorbereitet hatte, worin er Paderewski an sein Versprechen der Einstellung der Offensive gegen die Ukrainer erinnern wollte und gegebenenfalls wirtschaftliche und finanzielle Zwangsmittel androhte.⁴⁶

In der Westukraine sammelten sich die Reste der ukrainischen Armee, und nach Abzug der Haller-Truppen eroberten sie durch erfolgreiche Angriffe einen großen Teil Ostgaliziens wieder zurück. Ende Juni standen die westukrainischen Truppen in der Linie Brody – Stanislaw. Während des Vormarsches der polnischen Armee wurden bei den Operationen südwestlich Stanislaw die Reste einer ukrainischen Brigade auf von den Tschechoslowaken besetztes Gebiet abgedrängt. Diese insgesamt 3.000 Mann wurden von den Tschechoslowaken nach Jablonec nad Nisov in Böhmen abtransportiert und dort interniert.⁴⁷

Der Stern des jungen Staates begann zu sinken. Es nützte auch nichts mehr, daß Jevhen Petruševyč von der Rada und dem Staatssekretariat am 9. Juni mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet wurde.⁴⁸ Die Front ließ sich nicht mehr länger halten, die Munition wurde knapp. Auch waren die menschlichen Reserven des Landes erschöpft, von der Ostukraine war keinerlei Hilfe zu erwarten, und viele der galizischen Soldaten saßen noch in irgendwelchen Gefangenenlagern fest. Die Polen hingegen konnten aus ihrem Kernland immer weitere Truppen zuführen und diese auch ausrüsten.

Im Juli 1919 erlagen die westukrainischen Truppen endgültig der Übermacht der Polen, die nun ganz Ostgalizien besetzt hatten. Die verbliebenen Truppen der Westukrainischen Volksrepublik zogen sich über den Zbruč in die Ostukraine zurück, um dort ihren Landsleuten im Kampf gegen die Denikin-Armee und die russischen Bol'ševiki beizustehen. Bei den Kämpfen in der Ukraine wurden sie letztendlich zwischen den verschiedenen Fronten aufgegeben. Auch das Lavieren zwischen den Kriegsparteien nützte nichts mehr. Ein großer Teil der Mannschaften fiel Flecktyphus und Hunger zum Opfer, einige wurden in die Rote Armee integriert, andere in polnischen Lagern inhaftiert, und einige wenige konnten sich in die befreundete Tschechoslowakei retten.⁴⁹

46 Militärischer Halbmonatsbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 17 vom 1. Juni 1919, S. 41, in: AdR, NPA 264.

47 Militärischer Halbmonatsbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 18 vom 1. Juli 1919, S. 58, in: AdR, NPA 264.

48 Über die administrativen Umformungen und Personalwechsel, die dieser vornahm, siehe Encyclopedia of Ukraine, I, S. 668.

49 Mit dem Vormarsch der Haller-Armee im Frühjahr 1919 flohen große Teile der ukrainischen

Der Militärische Halbmonatsbericht vom 1. August 1919 berichtete vom Rückzug der ukrainisch-galizischen Truppen in die Dnjepr-Ukraine unter ihrem Oberbefehlshaber Hrekov. Tschechischen Zeitungsnachrichten zufolge gab es Verhandlungen zwischen der ukrainischen Regierung und der Entente über die Aufstellung einer 150.000 starken Truppe gegen die russischen Sowjettruppen. Sollte darüber eine Verständigung erreicht werden, wollten die Polen die Feindseligkeiten gegen die Ukrainer einstellen.⁵⁰

Es erübrigt sich, festzustellen, daß diese für die Ukrainer enorme Zahl an Soldaten unmöglich aufzustellen war und somit die Polen auch nicht bereit waren, ihren Kampf einzustellen. Der westukrainischen Regierung unter Jevhen Petruševyč blieb nichts anderes übrig, als ins Exil zu gehen und dort den Kampf auf politischer und diplomatischer Ebene fortzuführen. Den geeigneten Ort dafür sah man in Wien, das für einige Zeit Sammelpunkt der ukrainischen Emigration wurde. Ein Großteil der westukrainischen Armee zog sich über den Zbruč in die Ostukraine zurück.⁵¹

Die sowjetische Historiographie wertete die Ergebnisse dieser Verhandlungen als den unumstößlichen Beweis dafür, daß es sich bei den Vorgängen in Ostgalizien um den ersten

Armee über die Grenzen nach Rusinien (=Kartho-Ukraine) und in die Slowakei. Ukrainische offizielle Quellen in Wien sprachen von 7.000 Internierten in der Tschechoslowakei, ukrainische „non-commissioned officers“ in Užhorod von 10.000, die in Lagern zwischen Užhorod und Kaschau lebten. Die Amerikaner führten Gespräche mit den dort gefangenen ukrainischen Offizieren. Die Polen wären ihre schlimmsten Feinde, gegen sie – so meinten die Ukrainer – wollten sie sich sogar mit den Bol’ševiki verbünden. Allerdings nur so lange, bis sie ihre Hilfe nicht mehr benötigten und diese wiederum schlagen könnten. Aber in diesem Punkt spaltete sich das Offizierskorps. Viele der ukrainischen Offiziere fühlten sich eher zu einem aristokratischen Regierungssystem hingezogen. Die Amerikaner fanden dies um so interessanter, da diese Offiziere der bäuerlichen Schicht angehörten und dennoch exakt die Meinung der westukrainischen Mission in Wien vertraten. So ging man davon aus, daß das gesamte ukrainische Volk diese Meinung teilte. „The non-coms all spoke fluent German and appeared to be intelligent, fairly well educated men, who apparently had received their education at the hands of the Austrians.“ Nach diesem Gespräch mit den Offizieren und auch mit führenden ukrainischen Staatsmännern wurde den amerikanischen Offizieren deutlich, daß eine polnische Hegemonie über Ostgalizien und eine russische Dominanz über die Ukraine untragbar sein und einen ständigen Konfliktherd in Osteuropa bilden würde (Amerikanische Botschaft Wien an State Department, 11.07.1920, in: Records, 2, 1). Angeblich willigten die Engländer im Dezember 1920 ein, die Ukrainer in den Lagern zu unterstützen (Amerikanische Botschaft Wien, DuBois, an State Department, 27.12.1920, Nr. 168, in: Records, 1, 1).

50 Militärischer Halbmonatsbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 19 vom 1. August 1919, S. 53, in: AdR, NPA 264.

51 Die genauen Details über die einzelnen strategischen Züge der westukrainischen Armee, die diese Arbeit sprengen würden, lassen sich nachlesen in: Omeljanovyč-Pavlenko, Ukraïns’ko-pol’ska vïyna 1918 – 1919, Praga 1929, und in Udovychenko, Oleksander, Ukraïna u vïjni za deržavnist’: Istorija orhanizacija i bojovyč dij Ukraïnskych zbrojnych syl 1917–1921, Vinnipeg 1954.

Versuch einer bewaffneten Intervention durch die Westmächte handelte und die Friedenskonferenz in Paris der organisatorische Stab dieser Intervention war.⁵²

4.2. Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Ukrainern und Polen im Rahmen der Friedenskonferenz von Paris

Die ukrainische Regierung in Kiew war der Auffassung, daß die Ukraine auf der Friedenskonferenz in Paris große Chancen hatte, ihre Position innerhalb der Staatenwelt auszubauen. Weil dort alle bedeutenden Staatsmänner der Zeit vereint waren und die Landkarte Europas neu zeichneten, hoffte man auf eine Plattform für die eigenen Forderungen: Anerkennung der staatlichen Existenz der Ukraine auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und Aufnahme in den Völkerbund. Hryhorij Sydorenko, Vasyľ Panejko, Oleksander Šul'hyn und Arnold Margolin sollten versuchen, dies zu erreichen.⁵³

Die ukrainische Frage als solche wurde auf der Konferenz niemals aufgegriffen, da sie als Teil des russischen Problems galt und die Siegermächte beschlossen hatten, sich mit den ehemaligen Feinden, nicht aber mit einem Alliierten zu beschäftigen. Natürlich wollte man eigentlich den russischen Verbündeten dabei haben, aber welche der vielen verschiedenen Regierungen Rußlands sollte man einladen? Am 12. Januar 1918 kamen die Großen Vier – Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando – zu der Überzeugung, daß aus diesem Grund die Teilnahme Rußlands nicht möglich sei; allerdings machten Pichon und Lloyd George den Vorschlag, einige wichtige Personen wie Sazonov und Fürst L'vov einzuladen oder sich von ihnen wenigstens Memoranden übergeben zu lassen.⁵⁴ Zehn Tage später, am 22. Januar 1919, riefen die Großen Vier zu einer Konferenz aller organisierten Gruppen des ehemaligen Russischen Reiches auf, die politische Macht ausüben. Man sollte sich auf Prinkipo treffen, um dort einen Frieden zu vereinbaren und den Willen der gesamten Bevölkerung zu vollstrecken. Vorher sollten die Teilnehmer allerdings einen Waffenstillstand abgeschlossen haben.⁵⁵ Alle Parteien außer den Bol'sheviki weigerten sich, Abgeordnete zu schicken. Die Ukrainer übersandten ihre Absage am 10. Februar mit der Begründung, die Bol'sheviki würden immer weiter auf ihr Gebiet vordringen, und sie bezweifelten, daß sie ihren Vormarsch stoppen würden. Die Prinkipo-Konferenz fand nie statt.

52 Štejn, S. 202.

53 ALLEN *The Ukraine*, S. 310.

54 *The Representation of Russia at the conference in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, III, S. 490–491.*

55 *Secretary's note of a conversation held in M. Pichon's room at the Quai d'Orsay, Paris, January 22, 1919, at 15 hours 15: Situation in Russia. Issue of proclamation to Russian groups in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, III, S. 676–677.*

Allerdings mußte einem Teil der Ukraine Aufmerksamkeit geschenkt werden, nämlich Ostgalizien. Dies geschah aber vornehmlich wegen der Rolle, die Polen in diesem Gebiet spielte. Polen ließ von Anfang an keinen Zweifel daran, daß es Ostgalizien aus historischen, kulturellen und praktischen Gründen für sich beanspruchte. Das eigentliche Ziel war die Schaffung einer gemeinsamen polnisch-rumänischen Grenze. Bevor die ostgalizische Frage auf die Tagesordnung der Friedenskonferenz gesetzt wurde, gab es bereits Ansichten zum Problem der polnischen Ansprüche sowie zu dem westukrainischen Wunsch nach Selbständigkeit. In einem Punkt waren sich die Mächte einig; alle sahen die Notwendigkeit, einen stabilen polnischen Staat zu schaffen. In der Definition von Stärke allerdings gingen die Meinungen auseinander. Frankreich, das bereits eine lange historische und kulturelle Beziehung zu Polen hatte, machte sich zum Anwalt eines starken Polen, das sich gegen seine östlichen Nachbarn zur Wehr setzen können würde. Deshalb hatte Paris auch dem Aufbau einer polnischen Armee auf französischem Territorium zugestimmt und unterstützte die expansionistischen Pläne Warschaus. Im Kampf um Ostgalizien sollte sich Frankreich als der wahre und eigentliche Gegner der Ukrainer erweisen, da man die ukrainischen Forderungen als von Deutschland inspiriert betrachtete. Die Vereinigten Staaten pflegten ebenfalls alte historische Bande zu Polen. Schon sehr früh zeigten die USA Interesse an der Frage der polnischen Selbständigkeit, und Präsident Wilson hatte diese Forderung in sein 14-Punkte-Programm aufgenommen. Auch erlaubte er die Aufstellung polnischer Einheiten in den Staaten. Obwohl man für einen eigenen polnischen Staat eintrat, war für Washington aber noch nicht eindeutig klar, daß Ostgalizien einen Teil davon bilden sollte. Großbritannien hingegen hatte einen eindeutigen Standpunkt; London wollte Polen nur in seinen ethnischen Grenzen und argumentierte, eine zu große Anzahl verschiedener Nationalitäten würde es Polen unmöglich machen, eine demokratische Regierungsform zu erreichen, und damit wäre sein Untergang sehr wahrscheinlich. Nur der Gemeinwille einer homogenen Bevölkerung sichere Polen Prosperität. Diese Einstellung beinhaltete für die Ukrainer allerdings kein verstärktes Interesse der englischen Politik an ihren Forderungen. Grundsätzlich war man in London der Meinung, eine gewisse Autonomie für die Ukraine in einem russischen Staatsgebilde würde ausreichen. So standen die Engländer zwar auf Seiten der Westukrainer im Kampf um Ostgalizien, aber nur mit dem Ziel, dieses an die Dnjepr-Ukraine anzugliedern, um dann die Ukraine – zwar mit einer Autonomie versehen – in Rußland aufgehen zu lassen. Italien befand sich eindeutig auf Seiten der Polen, und Japan hielt sich, aus Mangel an Interesse an diesem Teil der Welt, aus dem Streit heraus.⁵⁶

Bevor die Friedenskonferenz begann, sich mit dem Ostgalizien-Problem zu befassen, erreichte sie schon die erste polnische Protestnote. Bereits am 13. November 1918 suchte das Polnische Nationalkomitee, das in Paris gegründet worden war, um die Anerkennung als De-facto-Regierung nach und protestierte gegen die westukrainischen Ansprüche auf Souveränität. Man behauptete, die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung würde von

56 Lukasz, S. 21–22.

deutschen Kräften angeführt und hätte nur das eine Ziel, Polen um seine rechtmäßigen, seit dem 14. Jahrhundert bestehenden Ansprüche auf Ostgalizien zu bringen.⁵⁷ Petruševyč antwortete am 26. November mit einem Telegramm an Präsident Wilson und versuchte, die ukrainischen Ansprüche auf Ostgalizien, in dem die Mehrheit der Bevölkerung ukrainisch sei, zu untermauern.⁵⁸ Aber dadurch, daß Polen seine Proteste so früh vorbrachte, wirkten sie sehr prägend auf die Alliierten, die durchaus glaubten, die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung sei eine deutsche Erfindung.

Offiziell begann die Pariser Friedenskonferenz am Sonntag, den 12. Januar 1919, mit einem informellen Treffen der Großen Vier und ihrer Außenminister Lansing, Balfour, Pichon und Sonnino. Zu Anfang wurden nur einige wenige Kommissionen einberufen. Bei den Territorialfragen verfuhr man folgendermaßen: Die kleineren Staaten sollten ihre Ansprüche schriftlich geltend machen, allerdings wurde noch keine Entscheidung getroffen, wie mit den schriftlichen Anträgen zu verfahren sei. Bald schon forderte man diese Staaten auf, ihre Wünsche vor dem Rat der Zehn mündlich vorzutragen. Daraus resultierte dann die Einrichtung der Territorialkommissionen, in denen nur die vier Großmächte vertreten waren. Im Fall Polen – und damit wichtig für Ostgalizien – waren dies: Inter-Allied Mission sent to Poland, Permanent Inter-Allied Committee for Teschen und Permanent Committee of Polish Affaires, Paris. Diese Territorialkommissionen bargen allerdings einige Probleme in sich. Sie waren nicht von Anfang an geplant worden, um sich mit der Summe der Territorialfragen auf der Konferenz zu beschäftigen. Als Ad-hoc-Gremien setzten sie sich mit den territorialen Ansprüchen der kleineren Staaten auseinander, die ihre Forderungen erst auf der Konferenz formulierten. Territorialfragen jedoch, an denen die Großmächte unmittelbar interessiert waren, wurden gänzlich der Kompetenz dieser Kommissionen entzogen.

Auf einer Sitzung des Obersten Rates vom 29. Januar 1919 wurde beschlossen, die bereits erwähnte Inter-Allied Mission sent to Poland unter dem Vorsitz des Franzosen Noulens, der bis 1919 Botschafter in St. Petersburg gewesen war, nach Polen zu entsenden. Ihre Hauptaufgabe war die Berichterstattung über die politische, militärische und ökonomische Situation Polens. Außerdem hatte sie der polnischen Regierung Hilfestellung zu leisten, damit diese die innere Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und äußere Feinde sowie den Bolschewismus abwehren konnte.

Nach heftigen Kämpfen gelang es den ukrainischen Einheiten, die bereits verlorene Stadt Lemberg wieder einzukesseln. In dieser Situation entschloß man sich im alliierten Lager, einzugreifen und einen Waffenstillstand herbeizuführen. Dieses Eingreifen bestand darin, daß die Inter-Allied Mission sent to Poland eine Unterkommission entsandte, die aus dem Amerikaner Dr. Robert Lord, dem englischen Brigadier General Adrian Carton

57 The ambassador in France to the Secretary of State, 18.11.1918, Nr. 6791 (The Polish National Committee to the American ambassador in France: Memorandum, 13.11.1918), in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, II, S. 410–412.

58 Übermittlung des Telegramms über Stockholm: The Swedish Minister to the Secretary of State, 26.11.1918, Nr. 5861 in: FRUS, 1919, Paris Peace Conference, II, S. 195–196.

de Wiart⁵⁹, dem Italiener Comandante Stabile und dem Vertreter Frankreichs, General Berthélemy, bestand. Diese Unterkommission trug auch den Namen Inter-Allied Mission to Lemberg. Die Aktion der Alliierten wurde größtenteils initiiert durch Schreiben und Telegramme verschiedener polnischer Persönlichkeiten. So wandten sich am 6. Januar 1919 der Erzbischof von Lemberg, der Marschall von Galizien sowie Fürst Andrzej Lubomirski und Graf Leon Epidinski an den französischen Botschafter in Bukarest. In ihrem Schreiben hieß es: „*Nous soutenons depuis six semaines une lutte sanglante contre les ruthenes ukrainiens organisés et soutenus par l'Autriche et l'Allemagne de concert avec les bandes incendiaires des paysans bolcheviques. Nombreux canons allemands se dirigent contre la ville de Lvof [...]*“.⁶⁰ Ebenso hatte wohl die Alliierten das Schreiben Paderewskis an Colonel House vom 12. Januar 1919 beeindruckt, in dem er die schwierige Situation der Polen in Ostgalizien beschrieb und um Hilfe bat.⁶¹ In dieser Situation hatten die Ukrainer es Lloyd George zu verdanken, daß man im alliierten Lager den Polen nicht sofort alle Ansprüche auf Ostgalizien übertrug. Der britische Premier merkte an, daß die Frage, ob es sich dabei tatsächlich um polnisches Territorium handelte, noch nicht vollständig geklärt sei. Er wollte, daß auch die Polen, wie das Direktorium, vor Übergriffen auf fremde Gebiete gewarnt würden.⁶² Der Anregung Lloyd Georges folgend schlug Wilson daraufhin vor, allen Kriegsparteien eine Mahnung zur Beendigung der Kämpfe zu übersenden und sie gleichzeitig aufzufordern, vertrauensvoll auf die Friedenskonferenz zu bauen.

Am 24. Februar 1919 erreichte diese Unterkommission (Inter-Allied Mission to Lemberg) eine Waffenruhe⁶³ und verhandelte mit General Omeljanovyč-Pavlenko und Petljura. Am 28. Februar wurden den polnischen und ukrainischen Delegationen die von der Unterkommission ausgearbeiteten Waffenstillstandsbedingungen vorgelegt. ⁶⁴Da sich beide Parteien nicht auf eine Demarkationslinie einigen konnten – die Ukrainer forderten den San, die Polen den Zbruč als Grenze –, wurde die Waffenruhe von den Ukrainern

59 Carton de Wiart war Leiter der Britischen Militärmission in Warschau, der von sich selbst behauptete, keine große Ahnung von Polen und den dort herrschenden Problemen gehabt zu haben, als man ihn dort hinschickte. Allerdings hätte er sehr schnell begriffen, um was es eigentlich ging: „In Paris I learnt that Poland had been earmarked as the French sphere, and the French did not allow us to forget the fact for one single instant.“ (Carton de Wiart, S. 93) Carton macht in seinen Memoiren keinen Hehl daraus, daß er von den Polen und ihrer Kultur sehr angetan war, während er mit den Ukrainern wenig anzufangen wußte. So schreibt er über die Begegnung mit der ukrainischen Delegation in Lemberg: „A few days later this so-called mission arrived in Lwow, but it was obvious they had come for the sole purpose of wasting our time. They made it impossible for us to come to any term with them, and finally I flew into a rage and called them *Un tas de cochons* and they returned whence they came!“ (S. 100)

60 Ministère des Affaires Etrangères, Archives diplomatiques, URSS 669.

61 Gerson, S. 115-117.

62 The Council of Ten, Assistance to the Poles, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, III, S. 642.

63 Text siehe in: FRUS, 1919, Paris Peace Conference, IV, S. 421-422.

64 Text in Lozynskij, S. 79-80.

aus militärischen Erwägungen heraus gebrochen.⁶⁵ Bei dieser Gelegenheit hatte General Berthélemy den Ukrainern zugesagt, sollten sie auf die Bedingungen der Polen eingehen, würde er ihre Anerkennung auf der Friedenskonferenz unterstützen.⁶⁶ Noch hatten die Ukrainer eine starke Position inne, sie kontrollierten fast das gesamte Ostgalizien mit Ausnahme der Eisenbahnlinie Lemberg – Przemyśl. Zudem konnten sie grundsätzlich nicht der Unterstellung der Hälfte der westukrainischen Bevölkerung unter polnische Verwaltung und dem Verlust der Ölfelder von Drohobyč zustimmen, obwohl ihnen durchaus bewußt war, wie abhängig sie von einer Vermittlung der Entente waren.⁶⁷

Nachdem die Feindseligkeiten wieder ausgebrochen waren, entsandte der Oberste Rat ein Telegramm an beide Parteien, um sie an einen Verhandlungstisch zu bitten.⁶⁸ Während die Polen darauf keine präzise Antwort gaben, sandte der ukrainische Oberkommandierende das folgende Telegramm, in dem er „aus ganzem Herzen“ dem Ende des Blutvergießens zustimmte.⁶⁹

In den folgenden Wochen kam es durch die Vermittlung der Unterkommission zu verschiedenen Verhandlungen zwischen den kriegführenden Parteien. Zwischen dem 9. Februar und dem 6. April 1919 führte der französische General Berthélemy den Vorsitz. Nach dem Scheitern der Verhandlungen in diesem Zeitraum übertrug der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte dem englischen General Louis Botha die Leitung der Unterkommission, die deswegen auch als sogenannte Botha-Kommission bezeichnet wurde und zwischen dem 26. April und dem 15. Mai 1919 tagte.

Gemäß dem Waffenstillstand zwischen Sowjetrußland und den Mittelmächten 1918 hatte die österreichische Armee Lemberg hauptsächlich mit Einheiten, die aus ukrainischen Soldaten bestanden, besetzt. Unter diesen befand sich auch Erzherzog Wilhelm, dessen Huzulen-Kompagnie gegen die polnischen Einheiten kämpfte.⁷⁰ Diese außergewöhnliche Hingabe⁷¹ des jungen Habsburgers für die ukrainische Sache brachte die ukrainische

65 Rapport présenté par la Commission à la suite de l'enquête mené en Pologne du 9 Février au 6 Avril 1919, in: Conférence de la paix 1919–1920. Recueil des actes de la conférence. Partie IV. Commission de la Conférence (Procès-verbaux, Rapports et Documents). C. Questions territoriales. (2) Commissions des Affaires Polonaises (3e Fascicule). Paris 1928, S.943–975. Im Folgenden zitiert als: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3.

66 Lozynskyj, S. 77–78.

67 Lukasz, S. 27.

68 Vgl. dazu die vorhergehenden Verhandlungen in: Secretary's note of a conversation held in M. Pichon's room at the Quai d'Orsay, Paris, 19th March 1919 at 3 p.m., in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, IV, S. 404–412.

69 Antwort Pavlenkos vom 24. März 1919 in: Recueil des actes de la conférence, IV, C. 2, 3, Annexe I, Note sur les négociations antérieures, S. 1175.

70 Pologne – Bureau polonais, S. 32. BIHL Zur Tätigkeit des ukrainophilen Erzherzogs Wilhelm nach dem Ersten Weltkrieg, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, N.F. 19, 1971, S. 538–540.

71 Erzherzog Wilhelm hing wirklich mit Hingabe an der ukrainischen Sache, und im Februar 1921 sagte er sich offiziell von seinem Vater Karl Stephan und dessen polenfreundlicher Politik in

Diplomatie in große Schwierigkeiten. Der Schaden auf diplomatischem Parkett war womöglich noch größer als der militärische Nutzen, den der Einsatz des Erzherzogs brachte. Vor allem gab dies den Polen die Möglichkeit, vor der Entente zu behaupten, die Ukrainer würden von den Mittelmächten, insbesondere den Habsburgern, unterstützt.⁷² Die Ukrainer wurden nicht müde, dies zu bestreiten, hatten damit aber keinen durchschlagenden Erfolg.⁷³ Die Ukrainian Federation of the United States brachte in diese Diskussion eine vollkommen andere Betrachtungsweise ein. Den Ukrainern würde die deutsche und österreichische Hilfe permanent vorgeworfen, daß sich aber die gesamte polnische Administration und damit auch ihre Macht in Ostgalizien immer noch auf die österreichischen Privilegien stützte, sei wohl von den Alliierten schnell vergessen worden. Nur durch eine Allianz mit den Habsburgern sei es dem polnischen Adel gelungen, seine dominierende Position aufrechtzuerhalten.⁷⁴

Sofort nach der Proklamation der Westukrainischen Volksrepublik begann der polnische Aufstand gegen die ukrainischen Truppen, wobei zwischen dem 1. und dem 22. November 1918 besonders harte Kämpfe tobten, bei denen 3.000 Einwohner der Stadt ihr Leben lassen mußten.⁷⁵ Die Ukrainer wurden dabei gezwungen, Lemberg zu verlassen. Etwa zur gleichen Zeit erhielt der amerikanische Außenminister ein Memorandum des britischen Chargé d'Affaires in Washington. Darin erklärte dieser, daß die englische Regierung bereits mit dem Polnischen Nationalkomitee in Paris gesprochen und diesem mitgeteilt habe, daß die Regierung Ihrer Majestät es mit äußerstem Mißfallen sehen würde, sollte die polnische Regierung in Ostgalizien militärische oder andere Maßnahmen ergreifen. Polen wurde davor gewarnt, sich zu etwas hinreißen zu lassen, was Entscheidungen der Friedenskonferenz vorwegnehmen könnte.⁷⁶

Das jüdische Viertel Lembergs hatte man während der Kämpfe für neutral erklärt. Dort lebten 55.000 Juden unter 220.000 Menschen Gesamtbevölkerung. Die jüdische Miliz, die zur Selbstverteidigung gegründet worden war, griff nicht in die Kämpfe ein,

einem Artikel im „Pester Lloyd“ los. Er wählte wohl diesen Weg, nachdem sein Vater zuvor in der „Neuen Freien Presse“ seinen Unmut über die Politik seines Sohnes kundgetan hatte. Wilhelm unterschrieb fortan mit seinem ukrainischen Namen Vasyľ Vyšyvanjy. (Amerikanische Botschaft Wien (DuBois) an State Department, Februar 1921, Nr. 202, in: Records, 1, 1.

72 So berichtete das polnische Komitee in Italien, um den antisemitischen Eindruck, den Polen machte, zu verschleiern, daß Aufstände stattgefunden hätten. Diese seien auf den bolschewistischen Einfluß zurückzuführen, und die Ukrainer würden dabei von den Juden unterstützt und von österreichischen Generälen angeführt (The Ambassador in Italy (Page) to the acting Secretary of State, Rome, 05.12.1918, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, II, S. 414).

73 L'Ukraine Occidentale, S. 59, in: VB R 549 – 11594.

74 The Ukrainian Federation of the United States: A memorandum in regard to the problem of Eastern Galicia, im State Department eingegangen am 14.05.1919, in: Records, 1, 1.

75 Vgl. Kapitel 4.1. dieser Arbeit.

76 The British Chargé (Barclay) to the Secretary of State, 15.11.1918, Nr. 1278, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, II, S. 408.

favorisierte jedoch zunehmend die ukrainische Seite. Manchmal wurde auch auf die polnischen Truppen heißes Wasser gegossen oder gar auf sie geschossen.

Nach den Kämpfen kam es zu schlimmen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung; das Pogrom vom 22. November 1918 ging als eines der schrecklichsten Ereignisse in die jüdische Geschichte Galiziens ein. Jedoch für die Diplomaten bei der Besprechung in Paris hatte es nicht diesen schrecklichen Eindruck hinterlassen, im Gegenteil, General Berthélemy bezeichnete die Juden gar als Kriegsgewinnler mit guten Beziehungen zu Deutschland, das sie drängte, etwas gegen die Polen zu unternehmen. Für ihn war das jüdische Viertel Lembergs unzweifelhaft Zentrum von Intrigen und Spionage, gegen das sich mit Recht der Zorn der polnischen Bevölkerung richtete.⁷⁷

In der Zwischenzeit war Sydir Holubovyč als Regierungschef gewählt und die ostgalizische Republik mit der Ukrainischen Volksrepublik durch ein föderatives Band verbunden worden. Trotzdem blieben sie zwei selbständige Staaten, die sich jedoch gegenseitig Truppen zur Verfügung stellten. Angeblich kämpften 6.000 Ostukrainer in Galizien und 4.000 Galizier in Poltava gegen die russischen Bol'seviki.

General Berthélemy konnte das Ende der Beschießung Lembergs durch die ukrainische Artillerie erreichen, nachdem aber die Polen die Waffenruhe nicht einhielten, setzten die Ukrainer die Kanonade wieder fort. Auf beiden Seiten kam es zu entsetzlichen Grausamkeiten durch Mannschaften, die ihren Vorgesetzten in keiner Weise mehr Gehorsam leisteten. Bei einem Treffen mit einer ukrainischen Abordnung schlug General Berthélemy einen Waffenstillstand und eine Demarkationslinie vor. Diese wurde aber aufgrund ihrer ungünstigen Lage von den Ukrainern abgelehnt. Sie hätten die gesamten Erdölgebiete an die Polen abgeben müssen.⁷⁸

77 Procès-Verbal No 3, Ire Séance du 14 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 681. Sicherlich wird nie ganz geklärt werden können, wie diese Haltung des französischen Generals zustande kam. Unter Umständen läßt sie sich auf Berichte über die deutschen Ankäufe in der Ukraine aus dem Jahr 1918 zurückführen. Um möglichst schnell an viel Getreide zu kommen, bedienten sich die deutschen Einkäufer der jüdischen Getreidehändler, die verhältnismäßig erfolgreich arbeiteten. Dieser Umstand und die Furcht, Deutschland könnte an die ukrainischen Vorräte herankommen, erbitterten die Ententestaaten. (Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Ukraine: occupation allemande puis gouvernement autonome: renseignement économique (1918-1922), B 31.979). Die Problematik des jüdischen Händlertums wird auch angeschnitten in einem Memorandum von Charles Witzleben über eine Konversation mit Dr. Oskar Cohn in Kopenhagen am 5. Dezember 1918. Dr. Cohn behauptet dort, die Pogrome seien von den polnischen Behörden selbst angezettelt worden (FRUS, Paris Peace Conference 1919, II, S. 121).

78 Procès-Verbal No 3, Ire Séance du 14 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 682.

Die ukrainischen Delegierten⁷⁹ schlugen hingegen am 28. Januar 1919 in Lemberg Colonel Wade den Verlauf des San als Demarkationslinie vor. Dabei machte General Omeljanovyč-Pavlenko den Vorschlag, das umkämpfte Gebiet mit alliierten oder rumänischen Truppen zu besetzen. General Berthélemy hingegen schlug folgende Linie vor: am Bug entlang bis Kamjanka-Strumylova, um die Stadt Lemberg herum in einer Distanz von 20 km und entlang der Eisenbahnlinie von Stryj, wobei die Eisenbahnlinie zum ukrainischen Territorium gehören sollte. Damit war versucht worden, einen Kompromiß zwischen den ukrainischen und polnischen Vorstellungen zustande zu bringen. Das Problem der Erdölgebiete sollte ebenfalls durch einen Kompromiß aus der Welt geschafft werden. Nach dieser Unterredung mußten die ukrainischen Delegierten sich erst einmal mit ihrer Regierung besprechen. Nachmittags griffen die Polen die ukrainischen Linien an, um 22 Uhr mußte die Mission Berthélemy schließlich ihren Standort verlassen. In Przemyśl übergaben die Ukrainer der Unterkommission ein Schreiben von Sydir Holubovyč, in dem sich dieser für den Austausch von Kriegsgefangenen und gegen weiteres Blutvergießen wandte, allerdings beharrte er nach wie vor auf der San-Linie.⁸⁰

Zu diesem Zeitpunkt hatte General Berthélemy ein neues Projekt ins Auge gefaßt, das zwischen den Mitgliedern der Unterkommission und der Inter-Allied Mission sent to Poland besprochen wurde. Er wollte eine mittlere Demarkationslinie mit provisorischem Charakter festlegen, ohne die Entscheidung des Friedenskongresses vorwegzunehmen. Über die Aufteilung der Ölquellen von Drohobyč sollte eine Spezialkonvention entscheiden.⁸¹ Um sein Ziel zu erreichen, dachte er daran, das Land durch die polnischen Truppen „pazifizieren“ zu lassen⁸² und die polnischen Kräfte dabei mit rumänischen Einheiten zu verstärken. Außerdem wollte er den beiden Parteien im Namen der Alliierten einen Waffenstillstand aufzwingen. Vor allem war ihm daran gelegen, die ukrainischen Truppen, von denen er annahm, daß es sich um 21 Regimenter handelte, gegen die Bolševiki einzusetzen. Dafür wollte er sich für die Zulassung ukrainischer Delegierter bei der Friedenskonferenz in Paris und für die Anerkennung der ukrainischen Regierung durch die Entente einsetzen.⁸³ General Niessel hielt diese zahlenmäßige Einschätzung

79 Die ukrainische Delegation bestand aus folgenden Mitgliedern: Osyp Buračyns'kyj (Staatssekretär für Rechtsangelegenheiten), Dr. Stepan Vytvyč'kyj (Sekretär der westukrainischen Rada), Dr. Mychajlo Lozys'kyj, Dr. Volodymyr Temnyč'kyj, Oberst Sljusarčuk, Oberst Filler und dem Dolmetscher Bon (Stachiv, *Zachidnyj Ukraina*, IV, S. 21).

80 Procès-Verbal No 5, Séance du 15 Février 1919 (Varsovie), in: *Recueil des actes de la conférence*, IV. C. 2, 3, S. 691.

81 Dazu vgl. Annexe II: *Projet d'Armistice en Galicie Orientale élaboré par M. le Général Berthélemy*, in: *Recueil des actes de la conférence*, IV. C. 2, 3, S. 697.

82 Dazu vgl. Annexe IV: *Telegramm der interalliierten Kommission in Warschau an den Generalsekretär der Friedenskonferenz vom 15. Februar 1919*, in: *Recueil des actes de la conférence*, IV. C. 2, 3, S. 698. Er formulierte die Bitte um die Übersendung der Haller-Armee nebst Munition, um die Moral der Polen zu stärken, und als Beweis, daß die Entente ihrem Verbündeten tatsächlich hilft.

83 General Berthélemy: „Pensez au proverbe: „aidez-vous et le ciel vous aidera“. Ce ciel – ce

der ukrainischen Streitkräfte für übertrieben. Brigadier General Carton de Wiart fragte etwas skeptisch, ob man denn den rumänischen Truppen trauen könnte. General Berthélemy entgegnete, daß sie unter dem Kommando von General Berthelot stünden und seiner Information nach einen Teil der vier bis fünf rumänischen Divisionen bildeten, die von der rumänischen Regierung für Auslandseinsätze zur Verfügung gestellt würden. Berthélemy war sehr viel daran gelegen, eine Lösung für die Region zu finden. Ihm ging es hauptsächlich um den Reichtum Ostgaliziens und die dort vorhandenen industriellen Unternehmungen der Alliierten. Bei seinen Ausführungen strich er ganz besonders heraus, daß die Masse der ukrainischen Bauern nicht nach einem unabhängigen Staat, sondern lediglich danach strebte, Landbesitz zu erwerben. An der Spitze der Unabhängigkeitsbewegung stünde eine kleine Zahl ukrainischer Intellektueller, bestehend aus den Söhnen von Popen und Lehrern und einigen Juden, die angeblich die Bauern durch Versprechungen verführt hätten.⁸⁴

Dabei machte es sich der General sehr einfach in seiner Beurteilung, er sprach den Ukrainern einfach jedwedes staatsbildende Element ab und bezeichnete den polnischen Bevölkerungsanteil Ostgaliziens als den einzig kultivierten.⁸⁵

Über den Einsatz von rumänischen Truppen – auch nur mit Polizeiaufgaben versehen – konnten sich die Kommissionsmitglieder nicht einigen. Sir Esmé Howard sprach sich für einen Waffenstillstand aus, erst später sollte eine internationale Polizei aufgestellt werden, da die Entente momentan sowieso keine Truppen erübrigen könnte. In diesem Zusammenhang erinnerte General Romei an die Schwierigkeiten mit der internationalen Polizeitruppe in Makedonien und meinte, daß es sich in Galizien um eine bolschewistische Angelegenheit handle und daß, sollten keine rumänischen Truppen ankommen, die Polen zum Kampfe gegen den Bolschewismus aufgerüstet werden sollten.⁸⁶ Sir Esmé Howard hingegen bestritt vehement einen Zusammenhang zwischen den Unruhen wegen der Agrarfrage und dem Bolschewismus. Er glaubte daran, daß die Ententeregierungen es den Polen nicht gestatten würden, Galizien zu erobern, und bestand darauf, daß man beide Parteien zu einem Waffenstillstand zwingt.⁸⁷ Zur Aushandlung dieses Waffenstillstandes

sont les Puissances Alliées.“ (L’Ukraine Occidentale, Annexe choisi, III, S. 4-5: VB R 549 – 11594).

84 Procès-Verbal No 5, Séance du 15 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2,3, S. 692.

85 Procès-Verbal No 5, Séance du 15 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2,3, S. 693.

86 Procès-Verbal No 5, Séance du 15 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2,3, S. 693.

87 Seine Haltung basierte wahrscheinlich auf folgendem: Prof. A.C. Coolidge to the Commission to negotiate peace, 09.01.1919, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, II, S. 227: „A promising suggestion that has been made is that a truce should be concluded between the Poles and the Ukrainians under the terms of which Eastern Galicia should be left as an autonomous district in the hands of its present Ukrainian possessors, and Lemberg be ruled by a government half Pole and half Ukrainian, until the Peace Conference shall have determined the final boundaries.

schlug Noulens vor, eine Unterkommission zu gründen. Der italienische General Montagna gab noch zu bedenken, daß die Ukrainer nicht als Minderheit angesehen werden könnten und dies schon gar nicht, wenn man bedenke, daß sie sich eines Tages den Russen anschließen könnten.

Nach ihrem Meinungsaustausch am 15. Februar 1919 entschlossen sich die Diskussions Teilnehmer, die bereits erwähnte Unterkommission wieder nach Lemberg zu entsenden, um den kriegführenden Parteien den Waffenstillstand aufzuzwingen. Carton de Wiart sprach sich dafür aus, die Delegation der Ostukrainischen Volksrepublik in Wien darüber zu informieren, wurde jedoch von Sir Esmé Howard daran gehindert. Er wollte nicht, daß damit die Beziehungen zwischen den Ruthenen Ostgaliziens und den Ukrainern der Dnjepr-Ukraine anerkannt wurden.⁸⁸

Die Einstellung der Offiziere der Entente verdeutlichte der energische Protest des Italieners Montagna, der sich darüber beschwerte, daß die Prager Regierung es den Polen nicht erlaubte, die bei den Škoda-Werken gekauften Waren durch tschechisches Gebiet abzutransportieren. Momentan lagerte das Material in Wien und wartete auf den Weitertransport durch tschechisches Gebiet. Er verlangte, daß sofort etwas gegen das Zurückhalten des Materials unternommen werde, da der Entente eine Unterstützung der Polen nur dienlich sein könnte.⁸⁹

Am 17. Februar traf sich die Inter-Allied Mission sent to Poland in Warschau zu weiteren Besprechungen über das ostgalizische Problem. Daran nahm auch der amerikanische Colonel Groves, Chef des Nachschubs, teil. Noulens machte hierbei deutlich, daß die Entente unbedingt einen Waffenstillstand herbeiführen müßte, schon um nicht zugeben zu müssen, daß sie Gewalt anwende. Außerdem müßte man den kriegführenden Parteien sagen, daß ihr Besitzergreifen von Territorien auf die Friedenskonferenz einen denkbar schlechten Eindruck machen werde. Sir Esmé Howard lobte die ukrainische Regierung, da sie den Waffenstillstand mit ihren Truppen einhielt und so den Beweis erbrachte, ihre Armee im Griff zu haben; damit befände sich die Regierung in der besten Position, um ihre Anerkennung zu erbitten.

In diesem Zusammenhang wurde aber darauf hingewiesen, äußerste Vorsicht im Umgang mit den kriegführenden Parteien walten zu lassen. Als Negativbeispiel nannte man General Tabouis, der als Kommissar in der Ukraine 1917 eingesetzt worden war und offizielle Dokumente mit „Commissaire Général près le Gouvernement ukrainien“ unterschrieben

In the meantime the forces of both can be used against the Bolsheviks. I believe that this plan will be submitted to the British Government with the hope it may be supported from that quarter.“

88 Procès-Verbal No 5, Séance du 15 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 694.

89 Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, Annexe VI, S. 700. Das Telegramm der interalliierten Kommission vom 15.02.1919 forderte die alliierten Botschafter in Prag und die interalliierte Kommission in Teschen auf, in Prag bei der tschechischen Regierung zu intervenieren. Aufgrund dessen konnten die Züge Wien noch am gleichen Tag verlassen.

hatte. Daraufhin hatte nämlich die ukrainische Delegation in Brest-Litovsk behauptet, die Entente habe die Ukraine anerkannt. Noulens beharrte deshalb auf seinem Standpunkt, daß ein Waffenstillstand keine Anerkennung nach sich ziehe und nicht einmal eine De-facto-Anerkennung sei. Er wollte lediglich eine Militärkonvention ohne jegliche politische Konsequenzen abschließen.⁹⁰

Sir Howard schlug vor, den Ukrainern zu drohen, ihre Delegation in Paris nicht zu empfangen, sollten sie den Waffenstillstand brechen. Im entgegengesetzten Falle jedoch wollten die Ententestaaten die Reise der Ukrainer nach Paris unterstützen. Noulens hingegen fiel ihm ins Wort und meinte, es käme überhaupt nicht in Frage, die Ukrainer in Paris zu empfangen. Dies sei nicht möglich, da schon wichtigere Staaten wie Rußland nicht auf der Konferenz vertreten wären, weshalb gerade die Ukrainer höchstens halboffiziell empfangen werden könnten.

Höchst interessant war die Meinung General Niessels, der fand, in Ostgalizien ließe sich viel schneller Ruhe herstellen, würde man die ausländischen Elemente, Deutsche und Ukrainer, entfernen. Polen und Ruthenen würden dann sehr bald zu einer Einigung gelangen. Daß „Ruthenen“ von der Nationalität her Ukrainer waren, schien ihm nicht klar gewesen zu sein.

Carton de Wiart schlug vor, eine ukrainische Delegation nach Warschau reisen zu lassen, und Dr. Lord fügte hinzu, sie sollte auch volle Entscheidungsgewalt haben. Beides wurde unter der Bedingung genehmigt, daß die Feindseligkeiten eingestellt werden.⁹¹

Einige Tage später, am 21. Februar 1919, tagte die Kommission in Warschau wieder über das Problem Ostgalizien. Dabei zeigten sich ihre Mitglieder beeindruckt von den Reden der polnischen Abgeordneten im Landtag und beschlossen, den alliierten Regierungen zu empfehlen, die polnische Regierung anzuerkennen.⁹² Gleichzeitig betonten sie die Notwendigkeit, Polen vor allem gegen den Bolschewismus stark zu machen. Es sollte zum baldmöglichsten Zeitpunkt finanzielle Unterstützung sowie Lebens- und Sachmittel erhalten, um dem Mangel im Lande abzuhelpfen. Außerdem sah der Plan der Kommission vor, die Haller-Truppen so rasch wie möglich nach Polen zu entsenden. Der amerikanische General Kernan setzte sich dabei für eine Abänderung der Formulierung in diesem Projektplan ein. Vor allem stieß er sich an dem Begriff „primitiv“, der für die Haltung der Ruthenen gefunden worden war.⁹³

90 Procès-Verbal No 6, Séance du 17 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 701.

91 Procès-Verbal No 6, Séance du 17 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 702.

92 Procès-Verbal No 11, 1 re Séance du 21 Février 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 702.

93 Vgl. dazu Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, Annexe II, S. 702, nämlich das Telegramm der interalliierten Kommission an den Generalsekretär der Friedenskonferenz vom 21. Februar 1919, in dem man sich bitter über den Angriff der Ukrainer auf Lemberg beklagte, von den polnischen Angriffen aber nicht sprach.

Bei der 20. Sitzung der Kommission am 3. März in Posen berichtete General Berthélemy, die Ukrainer hätten den Waffenstillstand⁹⁴ aufgekündigt, und die Unterkommission habe Lemberg verlassen.⁹⁵ Colonel Smith blieb zurück, um nach Przemyśl zu fahren und dort auf Commandant Vicaire zu warten, der unter ukrainischem Schutz die Ölfelder besichtigte. Beide Seiten standen sich zu diesem Zeitpunkt gegenüber und warteten auf den Angriff des anderen. Die Alliierten hatten Polen geraten, nicht zuerst anzugreifen.

Doch wie war es zum Bruch der Waffenruhe gekommen? Am 27. Februar 1919 hatten sich die Entendedelegierten nach Chodoriv begeben, um dort mit Petljura zusammenzutreffen. Dieser schlug der Delegation vor, gegen die Anerkennung der Ukraine durch die Entente und die Entsendung einer Militärmission in die Ukraine, die russischen Schulden gegenüber den Ententestaaten zu übernehmen und abzubezahlen.⁹⁶ Mehrmals machte er auch Anspielungen auf einen Bündnisvertrag, der zwischen der Entente und der Ukraine in Odessa abgeschlossen worden sei.⁹⁷ Die Mitglieder der alliierten Mission trafen in Chodoriv auch mit dem Präsidenten Petruševyč und dem Ministerpräsidenten Sydir Holubovyč zu einem kurzen Gespräch zusammen. Anschließend begaben sich die Delegationen zurück nach Lemberg.⁹⁸ Am 28. Februar übergab die Kommission den beiden Parteien den Vorschlag eines Waffenstillstandes. Sie hatten vier Tage Zeit, darauf zu antworten.⁹⁹

- 94 Text des Waffenstillstandes (Convention d'armistice{Projet} et Convention additionnelle relative au pétrole) vom 28. Februar 1919, in: L'Ukraine Occidentale, Annexe choisi, IV, S. 6-7; VB R 549 – 11594.
- 95 Procès-Verbal No 20, Séance du 3 Mars 1919 (Posen), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 780.
- 96 Was Petljura zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnte, war, welche Einstellung Lloyd George generell zum Problem „Rußland“ hegte. Schon ein Jahr später sagte er im britischen Unterhaus: „Russia is essential to Europe. Russia is essential to the world.“ Damit bereitete er den britisch-sowjetischen Handelsvertrag von 1921 vor und ließ sich auch nicht vom Hauptargument seiner Gegner abbringen, die über die Weigerung der Sowjets entsetzt waren, die alten Schulden des Zarenreiches zu übernehmen. Es gab rund 30.000 Forderungen von englischen Privatleuten an die UdSSR, deren Gesamtumfang etwa 260 bis 300 Millionen Pfund Sterling betrug. Diese Angelegenheit wurde nie bereinigt, da sie das pragmatische Rußlandbild von Lloyd George nicht zu beeinträchtigen vermochte (Niedhart, Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945, in: Niedhart, S. 120). Warum sollte ihn also ein Jahr zuvor, während der größten Wirren, ein derartiges Versprechen interessieren?
- 97 Etwa zur gleichen Zeit verhandelten die Franzosen unter General d'Anselme mit dem Otaman Hryhoriiv in Odessa. Dort ging es angeblich um rein militärische Angelegenheiten. Dabei machten die Franzosen die Freilassung von gefangenen ukrainischen Politikern zur Bedingung ihrer Unterschrift (Commission to negotiate Peace to the Acting Secretary of State, 17.03.1919, in: FRUS, 1919, Russia, S. 752-753).
- 98 L'Ukraine Occidentale, Annexe choisi, III, S. 4; VB R 549 – 11594.
- 99 Procès-Verbal No 22, Séance du 4 Mars 1919 (Posen), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 789.

In dieser Zeit traf auch ein Telegramm in Posen ein, das berichtete, daß der Zug mit den alliierten Delegierten von den Ukrainern beschossen und zwei polnische Offiziere verletzt worden seien. Man nahm dies als ein weiteres Beispiel der Unehrllichkeit und Hinterlist der Ukrainer. Andererseits konnte man sich aber auch fragen, was die polnischen Mannschaften und Offiziere in einem Zug der Alliierten, die neutral sein sollten, zu suchen hatten. In diesem Zusammenhang bemerkte General Romei, ohne die Ukrainer verteidigen zu wollen, daß das Aufkündigen eines Waffenstillstandes,¹⁰⁰ ohne die Verhandlungen abubrechen, im Einklang mit dem Kriegsrecht stünde. General Niessel sah nun den Augenblick für gekommen, die rumänischen Truppen gegen die Ukrainer zu rufen und damit das Gesicht der Entente zu wahren. Dr. Lord präziserte diesen Wunsch ein wenig, indem er zugab, daß die Lage der Polen in Lemberg prekär wäre. Die einzige Eisenbahnlinie sei teilweise von den Ukrainern besetzt. Deshalb sollten mehrere Kommissionsmitglieder nach Paris Bericht erstatten, um den Ernst der Lage zu unterstreichen.

Am 17. März 1919 forderte Marschall Foch in einer Sitzung des Supreme War Council im Quai d'Orsay aufgrund der Berichte von Noulens, daß die Alliierten die Schwierigkeit der polnischen Lage anerkannten. Dabei nannte er als Brennpunkt des Geschehens Lemberg und wollte den Rat zur Entsendung rumänischer Truppen bewegen. Dazu gedachte er, ein Regiment polnischer Truppen aus Frankreich zu verlegen und die russischen sowie polnischen Einheiten mit alliierten Vorräten zu versorgen. Falle Lemberg, so zitierte er Noulens, sei die Existenz ganz Polens gefährdet. Sofort stellte sich Lloyd George entschieden gegen diese Pläne. Er war der Meinung, dies sei der Versuch, eine große Armee zusammenzubringen, um eine Invasion Rußlands zu beginnen. Für ihn war das alles eine Kostenfrage, da zweifelsfrei feststand, daß weder Rumänien noch Polen für die Ausgaben aufkommen konnte. Zudem machte er deutlich, daß der weitere Vorschlag Fochs, Truppen aus Odessa abzuziehen, bedeutete, den gegen den Bolschewismus kämpfenden Ukrainern in den Rücken zu fallen. Außerdem hätte die Kommission noch nicht entschieden, Lemberg und Galizien an Polen zu geben. Er sei somit auch nicht gewillt, gegen die Ukrainer zu entscheiden. Er war dafür, alles zu mobilisieren, um einen Frieden zwischen Polen und Ukrainern herbeizuführen, wie es in der Teschener Frage zwischen Tschechen und Polen bereits geschehen war.¹⁰¹

100 *Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, Annexe IV, Conversation par fil direct avec le Général Berthélemy le 2 mars 1919, S. 780.* Die Ukrainer kündigten am 1. März um 6 Uhr die Waffenruhe, einen Tag später fingen die Kämpfe erneut an. Sie hatten die Waffenruhe aus rein militärischen Überlegungen gebrochen und beharrten darauf, damit nicht gegen den Waffenstillstandsvertrag vom 28. Februar 1919 verstoßen zu haben. Vielmehr gaben sie die endgültige Entscheidung in die Hände ihrer Regierung, die in den vereinbarten vier Tagen antworten wollte. Die Antwort des Generals war keineswegs positiv. Man legte das ukrainische Verhalten als Ablehnung aus und schob ihnen die Verantwortung für den Krieg zu. Sollten die Ukrainer ihre Ankündigung nicht sofort zurücknehmen, würden die interalliierten Delegierten Lemberg sofort verlassen. Deshalb beschossen die Ukrainer den Zug.

101 *Minutes of the meeting of the Supreme War Council held at the Quai d'Orsay, Paris, March 17, 1919 at 3 p.m., in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, IV, S. 381-382.*

Montagna fürchtete bei einem polnischen Mißerfolg gravierende Probleme für die polnische Innenpolitik und Unruhen. Die Kommission entschied daraufhin, Paris zu informieren und dort vorzuschlagen, alle Gespräche mit den Ukrainern in Odessa abzubrechen und diese mit einer russischen Intervention zu konfrontieren.¹⁰² General Kernan war für eine Blockade der Ukrainer. Es sollte ein Ausfuhrstop für Erdöl aus Galizien und ein Einfuhrverbot für Lebensmittel- und Waffenlieferungen aus Ungarn verfügt werden. Er dachte weiter an einen Waffenstillstand zwischen Polen und Deutschen in Posen, der mit Hilfe von Marschall Foch stipuliert werden sollte. Gleichzeitig würden die alliierten Armeen Deutschland am Rhein bedrohen, so daß die polnischen Truppen aus Posen in Richtung Lemberg in Marsch gesetzt werden könnten. Noulens und Niessel glaubten jedoch nicht an einen Erfolg dieser Operation.¹⁰³

Zwei Tage später, am 6. März, hatte sich die polnische Lage weiter verschlechtert, und Carton de Wiart kam auf Kernans Vorschlag, die polnischen Truppen aus Posen herbeizuschaffen, zurück. Niessel blieb jedoch dabei, daß dies aus Transport- und Organisationsgründen zu schwierig sei.¹⁰⁴ Momentan wollte Frankreich aber auch nicht den Einsatz von rumänischen Hilfstruppen zulassen, da durch das Problem des Temesvarer Banats weitere rumänische Forderungen möglich wären. Trotzdem war die Kommission einverstanden, daß Carton de Wiart eine Anfrage nach Truppen an die Friedenskonferenz richtete.

Das ukrainische Pressebüro in Genf verbreitete die Meldung, ein Vertragsabschluß zwischen Petljura und den Alliierten in Birzula stehe unmittelbar bevor. Noulens wollte, daß dies sofort dementiert werde, da die vage Ausdrucksweise und die neuerlichen ukrainischen Angriffe eher für einen endgültigen Bruch mit der Entente sprächen.¹⁰⁵ Von Seiten der Alliierten war man entschlossen, alles daran zu setzen, die Stadt Lemberg von der ukrainischen Belagerung zu entsetzen. Deutschland sollte nun doch am Rhein bedroht werden, so daß es in Posen nicht angreifen konnte. Zudem sollte vermehrter Aufwand betrieben werden, die polnischen Truppen mit allem Notwendigen zu versorgen.

Aber es gab auch einige wenige positive Stimmen für die Ukrainer. So zum Beispiel diejenige des italienischen Hauptmanns Accame von einer Dienststelle, die für Kriegsgefangenen-Angelegenheiten eingerichtet worden war und durch die er die Möglichkeit hatte, durch Ostgalizien zu reisen. Das Land befände sich in einem ordentlichen Zustand, berichtete er, ebenso wie die ukrainischen Truppen, die nicht, wie

102 Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, Annexe II: Télégramme adressée par la Commission interallié au Secrétariat Général de la Conférence de la Paix, Posen, 05.03.1919, S. 793.

103 Procès-Verbal No 22, Séance du 4 Mars 1919 (Posen), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 791.

104 Procès-Verbal No 24, 1 re Séance du 6 Mars 1919 (Posen), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 807.

105 Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, Annexe: Communiqué de Presse, Posen, 6. März 1919, S. 809.

immer behauptet würde, plünderten. Nur subalterne Offiziere in der ukrainischen Armee wären Ukrainer, das Gros des Offizierskorps bestünde aus Österreichern, die für Geld kämpften, um ihre hungernden Familien in Wien ernähren zu können. Das Geld für die Söldner stellten ostgalizische Juden zur Verfügung. Der ukrainische Oberkommandierende General Omeljanovyč-Pavlenko machte ihm einen ausgezeichneten Eindruck. Seiner Meinung nach hatten die Ukrainer keine Abmachungen mit den Bol'sheviki getroffen, es bestünde jedoch die Möglichkeit, daß sich beide Parteien gegen die Polen verbündeten. Dazwischen könnten die polnischen Truppen allerdings zerrieben werden, da die roten Einheiten, aufgefüllt mit Deutschen, Ungarn, Italienern und Franzosen, eine kampfstärke Mannschaft bildeten. Die polnischen Soldaten wußten auch im Gegensatz zu ihren Feinden nicht, wofür sie kämpften. Man nütze lediglich ihren polnischen Patriotismus aus, um ihn gegen den Bolschewismus einzusetzen. Accame hatte den Eindruck, man könnte den Konflikt bereinigen und den Frieden mit Geld erkaufen.¹⁰⁶

Die jüdische Bevölkerung Ostgaliziens verlangte Autonomie und genau diejenigen Rechte, die ihr durch die Minderheitenschutzgesetze der Ukrainer zugesichert worden waren.¹⁰⁷ General Niessel hielt dies für überzogen und brachte die Kommission dazu, Polen anzuweisen, den Juden keine Sonderrechte einzuräumen.

Ende März kam es zu ziemlicher Unruhe im polnischen Landtag, der befürchtete, die Ukrainer könnten zur Friedenskonferenz zugelassen werden. Die polnischen Abgeordneten votierten einstimmig für eine Allianz mit der Entente und forderten die Annexion Ostgaliziens. Dafür gaben sie folgende Gründe an: Die dort lebenden Polen sollten auf keinen Fall vom polnischen Mutterland abgeschnitten werden. Für Polen war es aus politischen, militärischen und ökonomischen Gesichtspunkten heraus unbedingt notwendig, eine gemeinsame Grenze mit Rumänien zu haben. Zudem war man der Ansicht, ein ukrainischer Staat in Ostgalizien wäre für den russischen Bolschewismus ein Tor in das Donautal. Mit den Ruthenen wollte man wie bisher auch moderat umgehen. Angeblich

106 Procès-Verbal No 40, Séance du 27 Mars 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 880.

107 Am 11. Juli 1919 wurde im Vistnyk Deržavnych Zakoniv das Gesetz zur Selbstverwaltung der jüdischen Gemeinden vom 17. April 1919 veröffentlicht. In sieben Kapiteln legte man alles genau fest: 1. Allgemeine Bestimmungen, 2. Der jüdische Gemeinderat, 3. Der Exekutivrat der Gemeinden, 4. Einkommen der jüdischen Gemeinden, 5. Ausgaben der jüdischen Gemeinden, 6. Budget der jüdischen Gemeinden, 7. Verantwortlichkeiten der Gemeindevselbstverwaltung und der Offiziellen, in: Pigido, Material concerning Ukrainian-Jewish Relations, S. 78 ff. Überhaupt bemühten sich die Ukrainer, auch Vorteile für die jüdische Bevölkerung der ukrainischen Territorien zu erreichen. Sie berichteten in ihren Informationsorganen über das den Juden angetane Unrecht und hofften so, das gute Verhältnis, das sie zu den Juden pflegten, hervorzuheben. Es sollte den staatstragenden Charakter ihrer Bewegung unterstreichen. Vgl. die Artikel „Les Juifs victimes des Polonais“ und „Revue de la Presse: Les Pogroms en Pologne. Le temoignage d'un Americain“, in: Bureau Ukrainien de Presse – Bulletin d'information, 18, 14.05.1919, in: Archives Nationale Paris, F 12 9013.

konnte die Kommission dies bestätigen.¹⁰⁸ Den Ukrainern sollte bei einer Inkorporierung Ostgaliziens in Polen eine großzügige Autonomie gewährt werden. Vollkommen hysterisch hingegen reagierte der Landtag auf den Bericht der italienischen Kriegsgefangenenmission des Hauptmanns Accame. Er sei zu positiv ausgefallen und könnte den Ukrainern womöglich politischen Nutzen bringen.

Positiv angetan von dem, was sie im polnischen Landtag gehört und gesehen hatten, rieten die Delegierten der Kommission der Entente, sich nur für ihren Verbündeten – Polen – einzusetzen und nicht wie früher Österreich-Ungarn zu versuchen, einen Mittelweg zu beschreiten.¹⁰⁹

In der Sitzung vom 8. April 1919 diskutierten die Teilnehmer über die polnischen Ostgebiete. Noulens meinte, die Polen seien ein sehr fruchtbares Volk, das bald auch in Gebieten mit einer polnischen Minderheit die Mehrheit stellen dürfte. Sir Howard und Dr. Lord waren von diesem Argument nicht überzeugt und gaben zu bedenken, daß Polen noch keine vollständige Regierung hätte und deshalb erst einmal ein Mandat über die zur Debatte stehenden Gebiete bekommen sollte, bevor das Land in die Hände der Bol'seviki falle. Der Italiener Romei hingegen wollte das Problem sofort mit der Übergabe Galiziens an Polen gelöst wissen. Howard bemerkte dazu, daß auch Piłsudski nicht unbedingt begeistert sei, Gebiete mit mehrheitlich ukrainischer Bevölkerung gänzlich einzugliedern. Dr. Lord sprach sich für ein Plebiszit mit anschließendem provisorischen polnischen Mandat aus und stieß dabei auf Widerstand. Noulens fügte dem hinzu, daß es unklug sei, Polen wirtschaftlich gesehen mit einer derartigen Maßnahme zu entmutigen. Carton de Wiart brachte einen vollkommen neuen Gesichtspunkt in die Diskussion ein. Er machte sich stark für einen kleinen unabhängigen galizischen Staat, mit Boryslav als Zentrum.¹¹⁰ Es erschien ihm wenig weise, Polen und Rumänien eine gemeinsame Grenze zu gewähren.¹¹¹

Dr. Lord sprach sich gegen die Zerstückelung Galiziens aus und befürwortete ein befristetes Völkerbundsmandat für Polen, dem nach einigen Jahren eine Volksabstimmung folgen sollte, wobei er hoffte, daß sich die Bevölkerung für einen Verbleib bei Polen entscheiden werde. Andererseits machte es ihn ganz und gar nicht glücklich, Galizien in diesen unruhigen Zeiten und gegen den Willen der ukrainischen Bevölkerung an Polen zu geben. Niessel sprach sich für eine gemeinsame polnisch-rumänische Grenze bei Kolomyja aus, da seiner Meinung nach Polen Galizien bekommen sollte, abgesichert durch bestimmte Garantien für die Ruthenen, die Sprache und Kultur berücksichtigen und von

108 Procès-Verbal No 41, Séance du 28 Mars 1919 (Varsovie), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 883.

109 Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, Annexe I: Mémoire au sujet de la Galicie Orientale, S. 884.

110 Es scheint, als sei der amerikanische Vorschlag von Prof. Coolidge tatsächlich an die britische Delegation weitergegeben worden.

111 Procès-Verbal No 43, Séance du 8 Avril 1919 (Paris), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 904-905.

den Alliierten niedergelegt werden würden. Unterstützung fand er dabei durch Romei und Montagna. Er begründete dies folgendermaßen: Polen sollte mit den Vorstellungen der Entente zufrieden sein, da diese im Interesse der Alliierten und der europäischen Stabilität lägen, denn die beiden Länder Polen und Rumänien stellten eine Garantie für die Ordnung in Europa dar. Sir Esmé Howard hatte den polnischen Abgeordneten gut zugehört und vertrat nun auch die Meinung, daß ein selbständiges Galizien die Gefahr eines Anschlusses an den Bolschewismus in sich berge und damit das Donautal diesem Einfluß offen stünde, weshalb er sich auch für die gemeinsame Grenze aussprach. Ob der momentanen Lage schloß er sich aber der Meinung seines Kollegen Dr. Lord an und erachtete die totale Inkorporierung Galiziens in den polnischen Staat als unmöglich. Ebenso unmöglich erschien ihm die Trennung Lembergs von den Erdölgebieten. Deshalb sollten die bestehenden Grenzen beibehalten, eine politische Autonomie ausgearbeitet und das Land der polnischen Souveränität mit einer gemeinsamen Armee und einer gemeinsamen Zollverwaltung unterstellt werden.¹¹² Noulens antwortete auf die Skrupel Dr. Lords, daß die Friedenskonferenz sich ohnehin nicht an die Kommissionsvorschläge halten werde, es also auf sie ankomme, eine praktikable Lösung zu finden. Dabei sei er persönlich kein Freund von Provisorien. Galizien sollte ganz an Polen gegeben werde, zwar mit Garantien, aber ohne irgendwelche Ausnahmen. Das Bevölkerungsgemisch war seiner Meinung nach zu groß, als daß man korrekte ethnische Grenzen ziehen könnte. Rumänien sollte den Kolomyja-Distrikt erhalten, dann könnte Polen seine Eisenbahnzüge auf direktem Weg von Danzig nach Constanța schicken.¹¹³ Daß eine autonome Provinz Ostgalizien möglich war, zeigte der föderalistische Konventionsentwurf für Polen, der durch Prof. Bouzek erarbeitet worden war; allerdings wurde ihm keine allzu große Aufmerksamkeit geschenkt.¹¹⁴

In ihrem Bericht vom 14. April 1919 an die Friedenskonferenz in Paris kam die Kommission zu folgenden Schlußfolgerungen: Sollte es irgendwie ermöglicht werden können, würden die Grenzen Polens nicht eingeschränkter ausfallen als diejenigen Kongreßpolens. Dabei wurde Ostgalizien dem polnischen Staatsgebiet zugeschlagen. Hilfslieferungen an militärischen Gütern und Munition an Polen wurden ebenfalls als unumgänglich eingestuft. Mit Freude sah man, daß der polnische Landtag für eine Militärkonvention und eine politische Allianz mit den Ententestaaten stimmte. Weiterhin empfahl die Kommission die Ankurbelung der polnischen Wirtschaft durch Kredite.¹¹⁵

112 Procès-Verbal No 43, Séance du 8 Avril 1919 (Paris), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 907.

113 Procès-Verbal No 43, Séance du 8 Avril 1919 (Paris), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 908.

114 Procès-Verbal No 43, Séance du 8 Avril 1919 (Paris), in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 909.

115 Rapport présenté par la Commission à la suite de l'enquête mené en Pologne du 9 Février au 6 Avril 1919, 17 Avril 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 945.

Wie aus den obigen Ausführungen zu entnehmen ist, scheiterte die Kommission Berthélemy, zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Die kriegführenden Parteien konnten nicht für einen Waffenstillstand gewonnen werden. Allerdings zeichnete sich immer mehr ein allgemeines Verhaltensmuster ab. Die Ukrainer versteiften sich auf den San als Demarkationslinie, während die Polen mit zunehmenden militärischen Erfolgen ganz Ostgalizien für sich beanspruchten. In diesem Ansinnen wurden sie hauptsächlich von Frankreich, Rumänien und Italien bestärkt. Die USA und Großbritannien nahmen dabei einen etwas differenzierteren Standpunkt ein.

Am 19. März 1919 ergriff Präsident Wilson eine neuerliche Initiative zu einem Waffenstillstand in Ostgalizien. Schon einen Tag später entsandte der Generalsekretär der Friedenskonferenz an den ukrainischen Repräsentanten Sydorenko Kopien von den Telegrammen, die an General Omeljanovyč-Pavlenko und General Rozwadowski abgegangen waren. Darin war die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten in dieser Region gefordert worden.¹¹⁶ In der alliierten Initiative hieß es, die beiden Parteien sollten während der Waffenruhe ihre Positionen nicht verlassen, und die Eisenbahnstrecke Lemberg – Przemyśl sollte unbedingt frei bleiben. Man sei auch bereit, über den Obersten Rat in Paris in Verhandlungen über territoriale Veränderungen einzutreten.¹¹⁷ Schon zwei Tage später akzeptierte die Regierung Sydir Holubovyč die Waffenruhe.¹¹⁸

Bei seinem Treffen am 2. April 1919 beschloß nun der Rat der Vier, bestimmte Vorschläge zu machen. Eine interalliierte Waffenstillstandskommission sollte sofort in Paris zusammentreten, um mit Ukrainern und Polen weitere Verhandlungen zu führen.¹¹⁹ Um sämtliche Vorwürfe der Parteilichkeit zu vermeiden, sollten die Verhandlungen nicht nur der Kommission für polnische Angelegenheiten, sondern auch einer Ad-hoc-Kommission anvertraut werden. Dort waren Commandant Escoffier sowie Capitaine de la Touche für Frankreich und Capitano Origo für Italien vertreten. Am 29. April und am 6., 12. und 13. Mai wurde die polnische Delegation, bestehend aus Außenminister Paderewski, dem Präsidenten des polnischen Nationalkomitees Dmowski und General Rozwadowski empfangen. Am 30. April und dem 8., 12. und 13. Mai lud die Kommission die ukrainischen Delegierten ein. Für Ostgalizien waren anwesend der Präsident der

116 20.03.1919, Paris, L'Ambassadeur de France, Secrétaire Général de la Conférence de la Paix à M. Sydorenko Représentant Ukrainien, in: Lozynsky, *Décisions du Conseil Suprême*, S. 27-28.

117 19.03.1919 Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando an General Pavlenko, in: Lozynsky, *Décisions du Conseil Suprême*, S. 29-30.

118 22.03.1919 Stanislavyv, Holubovyč an Wilson und die Vertreter der übrigen Ententestaaten, in: Lozynsky, *Décisions du Conseil Suprême*, S. 31.

119 Namen der Delegierten: für die USA Dr. Isaiah Bowman, ab dem 12. Mai ersetzt durch Dr. Robert Lord und Colonel S.D. Embick; für Großbritannien General Botha, Lieutenant Colonel F.H. Kisch; für Frankreich General Le Rond, M. Degrand; für Italien ab dem 7. Mai M.G. Brambilla, Commandant Pergolani.

ukrainischen Delegation Sydorenko, der Staatssekretär für Äußeres Panejko, Unterstaatssekretär Lozyns'kyj und Hauptmann Vitovs'kyj.¹²⁰

Die erste Sitzung der sogenannten Botha-Kommission fand am 26. April 1919 in Lemberg statt,¹²¹ und noch einmal wurden die Vorschläge von Präsident Wilson an den Rat der Vier zur Diskussion gestellt.¹²² Die ukrainische und die polnische Delegation hielten Rücksprache mit den Amerikanern, die ihnen dringend rieten, Militärexperten nach Paris zu den Verhandlungen zu entsenden. Die Ukrainer gingen auf den Vorschlag ein und baten nur darum, daß die Verhandlungen nicht ohne sie anfangen würden, da ihre Delegation bereits in Wien sei. Colonel Kisch hatte hingegen in Erfahrung gebracht, daß den Polen nicht an einem Waffenstillstand gelegen sei, weil sie – laut englischen Informationen – bereits die Haller-Armee an der Ostfront und in Galizien einsetzten. Die französischen Delegierten widersprachen dieser Meldung, was unbegreiflich erscheint, nachdem bereits am 15. Februar 1919 zum ersten Mal die Haller-Armee zur Unterstützung der polnischen Truppen angefordert worden war.

Am 29. April wurde die polnische Delegation zur zweiten Sitzung eingeladen. Paderewski erklärte hier, daß Polen durchaus bereit sei, Frieden zu schließen, jedoch nur, wenn seine territoriale Integrität und seine Ehre dabei nicht verletzt würden. Polen sei nicht für eine gemeinsame ukrainisch-polnische Kommission zur Konfliktbereinigung in Paris, denn das würde bedeuten, daß die Ukrainer den Polen, also den Verbündeten der Entente, gleichgestellt würden. Dies sei vor allem deshalb unmöglich, weil die Ukrainer bis vor kurzem noch Verbündete der Mittelmächte gewesen seien und Ostgalizien mit Einverständnis der Österreicher von ihnen besetzt worden sei. Paderewski ließ es sich auch bei dieser Gelegenheit nicht nehmen, das Schreckgespenst des Kommunismus, kommend aus Kiew, Moskau und Budapest, an die Wand zu malen. Sollte das Problem Ostgalizien nicht im polnischen Sinne aus der Welt geschafft werden, könnten sehr leicht der Regierung in Warschau feindlich gesinnte Kräfte auf den Plan treten. Dabei erinnerte er noch einmal daran, daß polnische Truppen in Sibirien, Archangel'sk und Odessa auf Seiten der Entente gegen den Bolschewismus kämpften. Dieser Bolschewismus herrsche auch in Ostgalizien, und solle er nicht sofort gestoppt werden, könnte das für die polnische Regierung fatale Folgen haben. Der polnische Landtag stimmte am 4. April 1919 für die Unteilbarkeit Ostgaliziens, und die Ukrainer sollten dabei eine gewisse Autonomie behalten. Aber Paderewski betonte nochmals, daß sie mit der Nichtannahme des Waffenstillstandes vom 28. Februar deutlich ihre Illoyalität bewiesen hätten.¹²³

120 Commission interalliée pour la négociation d'un armistice entre la Pologne et l'Ukraine, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1073.

121 Procès-Verbal No 1, Séance du 26 Avril 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1075ff.

122 Text der Vorschläge, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2,3, S. 1081–1082.

123 Procès-Verbal No 2, Séance du 29 Avril 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1085.

Dmowski verdeutlichte die Ziele der Polen, die nichts anderes wollten, als die Existenz ihres Staates zu sichern und den Alliierten helfen, Frieden zu schaffen. Er versuchte, die Anwesenden zu überzeugen, die Ukrainer hätten Verbindung zu den bolschewistischen Ungarn. Dabei machte Dmowski sehr deutlich, daß Polen den Waffenstillstand nur unter gewissen Bedingungen unterschreiben werde. Um die Kontakte des Bolschewismus zwischen Rußland, der Ukraine, Ungarn und Berlin zu kappen, sollten die polnischen mit den rumänischen Truppen vereinigt werden. Dmowski forderte die Kontrolle der ukrainischen Einheiten durch die Alliierten, um sämtliche bolschewistischen und deutschen Elemente herauszufiltern. Der Kontakt zu Rumänien war seiner Meinung nach doppelt notwendig, da die Alliierten es offenbar erlaubten, daß auch nach dem Abschluß des Waffenstillstandes Deutschland in Ostgalizien Truppen aufstellte und so gegen Polen agierte.¹²⁴

Dmowski war sich mit Paderewski einig, daß Deutschland verantwortlich für die ukrainische Bewegung war. Die Polen seien nicht die Angreifer gewesen, sondern die Ukrainer, die mit Hilfe österreichischer und deutscher Offiziere und den Truppen des Erzherzogs Wilhelm das Ziel hätten, die Polen zu „massakrieren“.¹²⁵ Paderewski gab weiterhin zu bedenken, daß auch nach Abschluß eines Waffenstillstandes mit General Omeljanovyč-Pavlenko und seinen regulären Truppen noch weiterhin gegen die ukrainischen Banden gekämpft werden müßte.

Dmowski konnte noch einen weiteren Grund für die Einverleibung Ostgaliziens in den polnischen Staat nennen. Sollte Deutschland erneut Feindseligkeiten beginnen, so würden die galizischen Ölquellen den Alliierten zur Verfügung stehen. Paderewski fügte noch hinzu, daß die alliierten Unternehmen ruiniert wären, sollte Polen nicht die Oberhoheit bekommen.¹²⁶

Botha und Bowman bemerkten zu diesen polnischen Ausführungen, daß sie eigentlich nichts mit dem Waffenstillstand zu tun hätten, sondern eher mit den Fragen der Grenzziehung. Sie verfolgten jedoch das Ziel, die Polen zur Anerkennung des Schiedsspruches der Kommission zu bewegen. Nach einigem Hin und Her konnte sich Paderewski auch dazu verstehen. Zuvor hatte jedoch Bowman noch erklärt, daß alles, was die Kommission unternahm, einzig aus dem Grund geschehe, den Polen zu helfen.

Am nächsten Tag, dem 30. April 1919, wurde die ukrainische Delegation vorgeladen. Interessanterweise erlaubte man ihr nicht wie den Polen, frei zu sprechen, sondern die

124 The ambassador in France (Sharp) to the Secretary of State, Nr. 6791, 11.11.1918, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, II, S. 410-412. Indem es ihnen die Annahme deutscher Waffenhilfe unterstellte, begann das Polnische Nationalkomitee sehr früh mit seinem Propagandafeldzug gegen die Ukrainer in Ostgalizien.

125 Noch im März war Lloyd George vom Gegenteil überzeugt (Orzell, S. 53).

126 Lettre émanant du Comité International pour la protection des intérêts anglais, français, belges et alliés en Galicie, 26.11.1918, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, Annexe II, S. 1093.

Ukrainer mußten einen zuvor von Briten und Franzosen festgelegten Fragenkatalog beantworten, wobei die Engländer folgendes wissen wollten:

1. Ist diese Delegation überhaupt autorisiert, einen sofortigen Waffenstillstand mit den Polen in Ostgalizien zu schließen?
2. Wenn ja, welche Bedingungen knüpft sie daran?
3. Kann die ukrainische Regierung garantieren, daß der Waffenstillstand eingehalten wird?
4. Befinden sich tatsächlich deutsche und österreichische Offiziere in den ukrainischen Verbänden?

Die Franzosen stellten folgende Fragen:

5. Warum wurde der Waffenstillstand verletzt und der Zug, in dem sich die interalliierte Kommission befand, beschossen?
6. Hat die ukrainische Regierung überhaupt Gewalt über die Truppen, die Lemberg angreifen? Gibt es bestimmte Formationen und Banden?
7. Hat die bolschewistische Propaganda die ukrainische Armee erreicht?
8. Gibt es in der ukrainischen Armee deutsche und österreichische Offiziere, wenn ja, wieviele und warum wurden sie aufgenommen?

Die ukrainischen Delegierten Sydorenko und Šul'hyn versuchten, die Fragen zu beantworten. Man war auf ukrainischer Seite nicht gegen einen Waffenstillstand. Zu Frage 1 wollte Sydorenko eine Erklärung abgeben, wurde aber von General Botha mit dem Hinweis unterbrochen, dies erst nach der Beantwortung aller anderen Fragen zu tun. Was die zweite Frage betraf, antworteten sie mit der Erklärung, daß sie den Frieden mit den Polen suchten, die das gleiche Ziel verfolgten, nämlich den Kampf gegen den Bolschewismus. Allerdings könnten ihrer Meinung nach diese Friedensverhandlungen nur in Paris stattfinden. Selbstverständlich könne die ukrainische Regierung garantieren, daß ein Waffenstillstand eingehalten würde, da alle in Ostgalizien operierenden Truppen regulärer Natur seien und unter der absoluten Autorität der Regierung stünden. Spreche man von ukrainischen Banden, so könne es sich dabei lediglich um Ostukrainer in der Dnjepr-Ukraine handeln, nicht aber um Ostgalizier. Was nun die deutschen oder österreichischen Offiziere in der ukrainischen Armee betreffe, so handle es sich bei ihnen um ukrainische Mitglieder der ehemaligen ukrainischen Formationen des k. u. k.-Heeres, von denen lediglich ein geringer Prozentsatz die deutsche oder österreichische Staatsbürgerschaft habe. Sie seien nur aus Personalmangel genommen worden und sollten so schnell wie möglich gegen Ukrainer oder Alliierte ausgetauscht werden. Auf die französische Frage wurde kategorisch erklärt, daß es sich bei den deutschen Elementen nicht um Reichsdeutsche handle. Vor dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 habe

sich nicht ein einziger Deutschösterreicher in der ukrainischen Armee befunden.¹²⁷ Bei diesem Problem zeigte sich, daß die polnischen Behörden geradezu besessen davon waren, Österreicher in der ukrainischen Armee nachzuweisen. Kriegsgefangene Deutschösterreicher wurden sofort photographiert und in eine gesonderte Kartei aufgenommen, um sie den Alliierten vorführen zu können.¹²⁸

Erst eine Woche später, am 6. Mai 1919, wurde die polnische Delegation befragt. Der französische General Le Rond wollte folgendes von ihr wissen:

1. Welches sind nach polnischer Meinung die militärischen Bedingungen für einen Waffenstillstand?
2. Erstreckt sich die polnische Autorität über alle Heeresteile in Ostgalizien, und werden auch alle Truppenteile nebst den irregulären Verbänden den Waffenstillstand akzeptieren?
3. Glaubt die polnische Delegation, daß die ukrainische Autorität über die ukrainischen Verbände ausreicht, um den Waffenstillstand zu garantieren?
4. Worauf führt die polnische Delegation den Bruch des ersten Waffenstillstandes zurück?

Außerdem sollte nach Le Ronds Meinung Rozwadowski die Möglichkeit gegeben werden, die militärische Situation in Ostgalizien zu erläutern.

Zu diesem von den französischen Vertretern vorgebrachten Fragenkomplex ergab sich eine interessante Diskussion zwischen Le Rond und Botha, der nicht einsah, warum die Fragen drei und vier gestellt werden sollten, da er es als die Pflicht der Kommission ansah, sich neutral zu verhalten. Dabei wurde er von seinem Landsmann Kisch unterstützt. Außerdem fände er es nur gerecht, wenn man auch die Polen nach deutschen und österreichischen Offizieren in ihren Reihen fragen würde. Le Rond bemerkte hierzu, daß es ganz natürlich sei, diese Frage den Ukrainern zu stellen, da Deutschland nichts mit Galizien zu schaffen hätte, da es nie Teil des Deutschen Reiches gewesen sei. Da Posen jedoch zu Deutschland gehört habe, spräche auch nichts gegen die Anwesenheit von deutschen Offizieren in der polnischen Armee. Daraufhin stellte Kisch die englischen Fragen vor:

5. Geht der Kampf zwischen Polen und Ukrainern noch weiter?
6. Sind die Polen sich der großen Verantwortung bewußt, die sie auf sich nehmen, indem sie fortfahren, diesen Krieg zu führen, trotz des Einverständnisses der Ukrainer, den Fall der Friedenskonferenz zur Regelung vorzulegen, und trotz des Willens derselben, dies auch zu tun?

127 Procès-Verbal No 3, Séance du 30 Avril 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1094–1099.

128 Pologne – Bureau polonais de publications publiques, S. 33–34.

Le Rond wandte sich heftig gegen diese englische Formulierung mit dem Argument, daß es danach so aussehe, als seien die Polen schuld an diesem Krieg. Nach einer Diskussion einigte man sich auf eine etwas abgemilderte Frage.¹²⁹

Dmowski und Rozwadowski stellten sich den Fragen: Die Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern werden solange weitergehen, bis das polnische Heer Kontakt zu den rumänischen Truppen aufgenommen haben werde und alle ukrainischen Einheiten gefangen genommen sein würden. Ziel ist, die ukrainischen Verbände von den bolschewistischen Elementen zu säubern und die Kontrolle über die Ölfelder zu erhalten. Rozwadowski verstärkte diese Aussage noch, indem er erklärte, daß der Kampf gegen den Bolschewismus das militärische Hauptziel sei. Nur die Ukrainer hinderten Polen daran, mit Rumänien eine gemeinsame Grenze zu haben. Auf polnischer Seite, so erklärte er weiter, existierten keine irregulären Truppenverbände mehr, alle seien in die Armee integriert worden und die Regierung übe vollkommene Autorität über sie aus. Hingegen zweifelte der polnische General am Gehorsam der ukrainischen Armee, die zum Großteil aus Bauern bestünde, von denen er annahm, sie würden wohl kaum den Befehlen der ukrainischen Regierung Folge leisten und plündern. Der erste Waffenstillstand sei von den Ukrainern aus militärstrategischen Gründen gebrochen worden, um die Polen von ihrer Kommunikation abzuschneiden. Momentan würden die Kämpfe noch andauern, aber Rozwadowski ging davon aus, daß die ukrainischen Einheiten bald zurückgedrängt würden. Nur wenn die Ukrainer die polnischen Bedingungen annähmen, würden die Kämpfe ein Ende haben. Dabei bestand Dmowski auf einer politischen Erklärung seitens der Ukrainer, daß sie von den Mittelmächten gegen Polen unterstützt würden, daß sie von Österreich Munition, Waffen und Mannschaften erhielten. Er verkündete, diese ukrainische Armee werde an dem Tag verschwinden, an dem sie von Polen gegen die Bol'seviki eingesetzt werde. Ohne die Polen und Rumänen wäre Ostgalizien verloren, daher erkenne auch Polen seine große Verantwortung an. Dmowski glaubte nicht an die Formung einer ukrainischen Regierung, die Verantwortung für die Bevölkerung übernehmen könnte. Polen wollte durch seinen Einsatz die 60 bis 70% Ukrainer in Ostgalizien, die schon immer innerhalb polnischer Grenzen lebten, nicht der Anarchie überlassen. Wenn die Entente die Garantie übernehme, wäre Polen allerdings auch bereit, zu anderen Bedingungen einen Waffenstillstand abzuschließen.¹³⁰

129 Procès-Verbal No 4, Séance du 6 Mai 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1104–1105. 1. Fassung: „Vous rendez-vous compte de la grande responsabilité que vous prenez en persistant à faire cette guerre, malgré le consentement des Ukrainiens à soumettre la contestation à la Conférence de la Paix pour y être réglée, et en dépit de la volonté exprimée par la Conférence de la Paix?“; 2. Fassung: „Reconnaissez-vous la grande responsabilité que votre Gouvernement prendrait s'il persistait à continuer cette guerre au cas où les Ukainiens exprimerait leur volonté de soumettre la contestation à la Conférence de la Paix pour y réglée, et en dépit du désir de la Conférence de la Paix?“.

130 Procès-Verbal No 4, Séance du 6 Mai 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1102-1108.

Auf der Sitzung vom 8. Mai 1919 protestierten die Ukrainer gegen den Vormarsch der Haller-Armee in Ostgalizien. Sie beriefen sich dabei auf das Protokoll vom 4. April 1919, das besagte, diese Armee dürfe nur in Polen selbst eingesetzt werden.¹³¹ Kommissionspräsident Botha wollte nun natürlich wissen, ob dies der Wahrheit entspreche, und Le Rond mußte zugeben, daß diese Information richtig sei. Allerdings würden diese Truppen nur in ruhigen Zonen eingesetzt, die 1. Division in Chełm, die 2. in Zamość. Die Ukrainer konnten Beweise für den Einsatz der Haller-Truppen auch außerhalb dieser Zonen liefern. Dr. Baran, der am 26. März aus Lemberg nach Wien flüchten konnte, berichtete, diese Truppen in der Stadt gesehen zu haben. Gleichzeitig veröffentlichten polnische Zeitungen am 1. Mai die Ankündigung einer Offensive der Haller-Armee.¹³²

In dieser fünften Sitzung wurden nun den Ukrainern dieselben Fragen gestellt wie den Polen in der vorhergehenden. General Vitovs'kyj erklärte hierbei, daß für die Ukrainer die Kämpfe solange weiter gehen würden, bis eine Demarkationslinie bis zum San und an die Karpaten errichtet worden wäre. Weiterhin erklärte er, die Ukrainer unterhielten keine irreguläre Armee in Galizien, die Mobilisierung würde regulär durchgeführt und die Armee sei diszipliniert und befolge die Befehle der Vorgesetzten und Kommandanten. Lozyns'kyj fügte hinzu, daß die Armee der ukrainischen Regierung unterstehe. Vitovs'kyj hielt die Frage nach dem Verhalten der ukrainischen Truppen nach Abschluß des Waffenstillstandes nicht für ein Disziplinproblem, sondern für eine Sache des guten Willens. Warum die Ukrainer den Waffenstillstand gebrochen hatten, erklärte er mit der Lieferung einer beträchtlichen Menge an Verpflegung und Munition zur Unterstützung der Polen in Lemberg, was die Ukrainer nicht hätten zulassen können. Zudem war vereinbart worden, daß keine weiteren Truppenverlegungen stattfinden sollten; die Polen jedoch richteten sich nicht danach. Der Waffenstillstand wurde nicht gebrochen, sondern lediglich laut der vorgenannten Stipulationen ausgesetzt. Lozyns'kyj erläuterte, daß sich die ukrainische Regierung durchaus ihrer Verantwortung bewußt sei, sonst hätte sie nicht eine Spezialkommission nach Paris entsandt.

Auf die Frage, welche östlichste Linie die Ukrainer als Demarkationslinie anerkennen würden, antworteten sie, diejenige vom 19. März, was bedeutete, daß Lemberg noch zum ukrainischen Territorium gehörte; allerdings würden die Ukrainer es auch zulassen, die Stadt der Kontrolle der Alliierten zu unterstellen. Der Delegierte Embick fragte Vitovs'kyj, warum die Ukrainer – laut polnischer Angaben – ständig angriffen. Sichtlich schmerzlich berührt gab der ukrainische General zu, dies könne gar nicht der Fall sein, da sich seine Truppen seit dem 19. März auf dem Rückzug befänden.¹³³

131 Annexe II, De Spa, le 2 mai 1919, Telegramm Nr. 938, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1117.

132 Procès-Verbal No 5, Séance du 8 Mai 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1114.

133 Procès-Verbal No 5, Séance du 8 Mai 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1110–1116.

In der sechsten Sitzung vom 9. Mai 1919 wurde durch die Unterkommission das erste Projekt eines Waffenstillstandes ausgearbeitet.¹³⁴ Ein paar Tage später, am 12. Mai 1919, folgte die verbesserte zweite Fassung.¹³⁵

Artikel 1 nannte den Beginn der Waffenruhe ab 6 Uhr morgens. Im zweiten Artikel legte man die Demarkationslinie fest.¹³⁶ Östlich von ihr war ukrainisches Gebiet, westlich davon polnisches. Innerhalb von 14 Tagen sollten beide Parteien ihre Armeen auf jeweils 20.000 Mann reduziert haben. Der Import von Munition war nur nach Rücksprache mit der Kommission statthaft. Artikel 5 bestimmte die Überwachung des Vertrages durch die Alliierten, welche die Positionen der feindlichen Truppen fixieren sollten. Sieben Tage nach dem Abschluß des Vertrages würde der Gefangenen austausch stattfinden und die politischen Gefangenen, die seit dem 11. November 1918 einsaßen, sollten freigelassen werden. Artikel 7 sah Freizügigkeit und die Rückgabe von beschlagnahmten Gut vor, sollte dies nicht möglich sein, wurde eine Entschädigung vorgeschrieben. Niemand durfte wegen seiner Nationalität oder der Teilnahme am Krieg zur Rechenschaft gezogen werden. Artikel 9 verschaffte der Haager Konvention von 1907 Geltung. Die Hälfte der Erdölproduktion sollte gegen Bezahlung durch Geld oder Naturalien der polnischen Seite zustehen. Der Preis der Lieferungen sollte durch die Kommission festgelegt werden und die Unkosten für Förderung und Transport abdecken. Über die Erdölausbeutung durften in der Zeit des Waffenstillstandes keinerlei Konzessionen vergeben werden. Artikel 13 bestimmte ausdrücklich, daß über den Status Ostgaliziens noch keine verbindliche Regelung getroffen worden war.

In der Sitzung vom 13. Mai erhoben beide Parteien Einspruch gegen diesen Vorschlag.¹³⁷ Die polnische Delegation, die sich in Paris auf der Friedenskonferenz befand, brachte ihre Bedenken in Form eines Schreibens zum Ausdruck.¹³⁸

Der polnischen Delegation zufolge ging das Projekt davon aus, daß es sich bei den ukrainisch-polnischen Auseinandersetzungen in Ostgalizien um ein isoliertes Problem handelte. Aber die militärische Situation in Ostgalizien betraf die militärische Situation in ganz Polen. Auch die polnische Regierung schloß sich dem Wunsch der Kommission an, das Blutvergießen zu vermeiden, mußte aber darauf aufmerksam machen, daß die militärische Sicherheit des Landes, das an allen Fronten Krieg führte, an erster Stelle stand. Das polnische Oberkommando hatte den Waffenstillstand vom 28. Februar akzeptiert,

134 Procès-Verbal No 6, Séance du 9 Mai 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1122–1126.

135 Ukrainischer Text des Waffenstillstandes in: Lozynskyj, S. 126–127. Procès-Verbal No 7, Séance du 12 Mai 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1127–1132.

136 Siehe Annexe A und die Karte in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1132–1133.

137 Die ukrainische Erklärung, warum sie nicht bereit waren, diese Opfer zu bringen, befindet sich in: Lozynskyj, S. 128–131.

138 Schreiben der polnischen Delegation in Paris vom 13. Mai 1919, Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1140–1141.

da diese Front damals nicht direkt von den Bol'sheviki bedroht wurde. Nun sei das aber anders. Die bolschewistischen Truppen würden bis an die ostgalizischen Grenzen vordringen und ihre Propaganda falle bei den Ukrainern auf fruchtbaren Boden. Die ukrainischen Truppen seien in Auflösung und Desorganisation begriffen. Außerdem gäbe es Informationen, daß Deutschland einen kombinierten Angriff mit den russischen Bol'sheviki gegen Polens West- und Ostgrenzen plane. Sollte in diesem Augenblick Ostgalizien leichte Beute für die Bol'sheviki werden, wäre die militärische Lage Polens hoffnungslos. Von allen Seiten bedroht, hätte das Land keinerlei Verbindung zu Rumänien mehr. Deshalb forderte man die Vereinigung mit den rumänischen Truppen und eine gemeinsame Grenze mit Rumänien, für die sich insbesondere das polnische Oberkommando stark machte. Grundsätzlich, so fuhr das Schreiben fort, sei man nicht gegen einen Waffenstillstand mit den Ukrainern, jedoch nur unter der Bedingung einer veränderten Demarkationslinie. Folgendes wäre notwendig, um die Sicherheit Polens zu garantieren: Die Eisenbahnlinien Lemberg – Halyč – Stanyslaviv – Černivci und Stanyslaviv – Kőrösmező sollten durch polnische oder rumänische Truppen besetzt werden. Zudem wurde das Recht gefordert, so viele polnische oder rumänische Truppen in Ostgalizien einsetzen zu dürfen, wie notwendig wären, um eine zusammenhängende Frontlinie zwischen dem Dnjestr, der Zolota Lypa und dem Styr zu bilden und die genannten Eisenbahnlinien zu verteidigen. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, wird Polen diesen Vertrag nicht unterzeichnen.

Das polnische Schreiben war ein geschickter Schachzug, denn damit gelang es Dmowski, das ostgalizische Problem an den Obersten Rat nach Paris umzuleiten. Da Polen den Waffenstillstand so nicht akzeptierte und die Kommission nicht genügend Autorität besaß, den Vertrag auch durchzudrücken, ging er zurück nach Paris. Die entscheidende Trumpfkarte war jedoch dabei die Verknüpfung des ostgalizischen Problems mit dem gesamteuropäischen. Dies gelang durch die Anschuldigung, Deutschland und Rußland würden einen gemeinsamen Angriff gegen Polen planen. Diese Information konnte nur durch die entsprechenden Stellen in Paris überprüft werden.¹³⁹

Lozyns'kyj verlas im Namen der Ukrainer gegenüber der Botha-Kommission ein Schriftstück, in dem er den Waffenstillstand im Prinzip anerkannte. Lediglich drei Punkte sollten dabei überdacht werden. Er nannte die Anzahl der Truppen an beiden Fronten, eventuelle Arrangements, welche die Linie der ostgalizischen Grenze betreffen könnten, und die Neutralisierung der Eisenbahnlinien zwischen Stryj und Sambir, die einen Lebensnerv der ukrainischen Seite treffen würde. Botha bemerkte hierzu nur kurz, daß die ukrainischen Bedenken vermerkt und dem Bericht an den Obersten Rat beigelegt würden. Mit einer weiteren Erklärung versuchten die Ukrainer Panejko, Lozyns'kyj und Vitovs'kyj noch einmal, den Alliierten ihre Position näher zu bringen.¹⁴⁰

139 Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1134-1139, wo die Entscheidungsfindung der Alliierten erläutert wird.

140 Procès-Verbal No 8, Séance du 13 Mai 1919, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1141-1143.

Dieser neue Waffenstillstandsvertrag würde den Ukrainern 18.000 km² Land mit einer ukrainischen Bevölkerungsmehrheit nehmen. Dabei seien die Juden nicht mitgezählt worden, die nach den polnischen Pogromen lieber bei den Ukrainern bleiben wollten. 70 % der dort lebenden Menschen seien der Sprache und 65 % der Religion nach Ukrainer. Die Ukrainer hätten nach dem Zusammenbruch der Monarchie ihren Staat nach dem Prinzip der freien Selbstbestimmung und auf demokratischer Basis geformt. Nirgends sei auch nur ein Fünkchen Sozialismus im Spiel. Die ukrainische Regierung habe eine Armee mit den alten k. u. k.-Offizieren aufgestellt, die jedoch rein galizische Einheiten kommandierten. Darunter seien aber keine reichsdeutschen Offiziere und nur wenige deutschsprachige Österreicher. 100.000 Mann würden in einem Zweifrontenkrieg im Westen gegen die Polen, in deren Armee ebenfalls k. u. k.-Offiziere, also Nichtpolen, dienten, und im Osten gegen die Bol'seviki, die den ukrainisch-galizischen Staat bedrohten, kämpfen. Die ukrainische Regierung bestünde aus Männern, die aus der ehemaligen österreichischen Verwaltung stammten und damit über genügend Erfahrung verfügten, sähe ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen den Bolschewismus und in der Errichtung eines ukrainischen Piemonts in Galizien. Als Beweis dafür, keine Imperialisten zu sein, führten die Ukrainer an, immer nur einen Verteidigungskrieg¹⁴¹ gegen die Polen geführt zu haben und lediglich diplomatischen Protest gegen die rumänische Besetzung der Bukowina¹⁴² und die tschechische Besetzung der Karpatho-Ukraine eingelegt zu haben. Trotz all dieser Anmerkungen würden die Ukrainer aber den Waffenstillstandsvertrag im Prinzip annehmen.

Die polnische und ukrainische Erklärung wurde dem endgültigen Bericht an den Obersten Rat in Paris beigefügt, der in groben Zügen den Hergang der Verhandlungen schilderte und eine Schlußerklärung der beteiligten alliierten Delegierten gab. Darin erklärte die Kommission, daß sie sich selbst für nicht kompetent erachte, die Konditionen der polnischen Delegation zu diskutieren, da durch diese Konditionen Fragen der allgemeinen Politik aufgeworfen würden, die das Mandat der Kommission bei weitem überstiegen. Weiterhin schlug sie vor, die Vorschläge der ukrainischen Delegation in die weiteren Verhandlungen, die auf diesem Vertragsentwurf basieren werden, einzuarbeiten. Dabei handelte es sich um zwei Bitten, nämlich mehr Zeit zu bekommen, um die ukrainischen Truppen östlich der Demarkationslinie zu verlegen, und, noch einmal die Frage der Stärke und Verteilung der Truppe zu überdenken. Nachdem aber der Vertragsentwurf von einer der beiden Seiten vollständig abgelehnt wurde, sah die Kommission ihren Auftrag in dieser

141 American Mission Bern to State Department, 28.05.1919, Nr. 7173: Übermittlung eines Memorandums des Chefs der ukrainischen Mission in der Schweiz, in: Records, I, 1.

142 Der ukrainische Gesandte in Bukarest, Gazenko, übergab der rumänischen Regierung eine Note mit der Aufforderung, sofort ihre Truppen zurückzuziehen, ansonsten würde er binnen 48 Stunden Rumänien verlassen (American Mission Bukarest to State Department, 03.06.1919, Nr. 696, in: Records, I, 1).

Angelegenheit als beendet an. Es blieb ihr nichts mehr zu tun, als dem Obersten Rat die Vorschläge zu unterbreiten und die Gründe für das Scheitern zu nennen.¹⁴³

Vor dem Ende des Weltkrieges war, wie schon erwähnt, durch die Alliierten eine polnische Armee in Frankreich aufgestellt, ausgerüstet und versorgt worden. Kommandiert wurde diese Truppe von General Haller, und sowohl Polen als auch Franzosen hatten noch vor Beginn der Friedensverhandlungen die Frage des Transportes dieser Armee nach Polen zur Sprache gebracht. Schließlich erreichte die Truppe am 30. April 1919 Ostgalizien, wo Haller in Lemberg erklärte, er sei gekommen, um die polnischen Grenzen weiter nach Osten zu verschieben.¹⁴⁴ Am 14. Mai begann die polnische Offensive nach Osten, die für die frischen und gut ausgerüsteten Truppen keinerlei Problem darstellte. Aufgrund des polnischen Vormarsches herrschte große Aufregung in Paris auf der Friedenskonferenz, denn man hatte dem Transport der Haller-Armee nur unter der Bedingung zugestimmt, daß diese lediglich die Verteidigung Polens übernehmen würde. Paderewski hatte sein Ehrenwort gegeben, sie nur zu Defensivzwecken einzusetzen. Am 17. Mai setzte der Rat der Vier diese Frage auf die Tagesordnung. Präsident Wilson hielt diese Vorgänge für sehr ernst und schlug vor, Polen sollte sofort die Feindseligkeiten einstellen, sonst würde man seine Vertreter nicht mehr auf der Konferenz zulassen. Er machte allerdings den Fehler zu bemerken, er habe seine Information über den polnischen Vormarsch aus verschiedenen Zeitungen, was Clemenceau sofort die Möglichkeit gab, zu widersprechen und die Zeitungsberichte als falsch zu bezeichnen.¹⁴⁵ Lloyd George hingegen strich heraus, daß die polnischen Aktionen die Entscheidung des Obersten Rates in Mißkredit brachten, und er bemerkte ganz richtig, daß die Ukrainer die einzige antibolschewistische Kraft seien, die keinerlei alliierte Unterstützung erhalten hatte. Auch darauf hatte Clemenceau eine Antwort: Die Ukrainer seien selbst halbe Bol'sheviki. Schließlich konnte man sich darauf einigen, daß Präsident Wilson eine Mitteilung an das polnische Staatsoberhaupt schicken würde mit dem Inhalt, sollte Polen seine Angriffe nicht sofort stoppen, wolle man jegliche Hilfe einfrieren.¹⁴⁶

Nur durch massive Drohungen, die Wirtschaftshilfe an Polen auslaufen zu lassen, gelang es dem Obersten Rat, den polnischen Vormarsch in Ostgalizien zu stoppen. Piłsudski hingegen erklärte das polnische Verhalten mit dem kombinierten Angriff Deutschlands und der Bol'sheviki. Nachdem nun aber immer mehr Anhörungen stattfanden, die erklärten, daß die militärische Lage der Polen nach dem Stop des Vormarsches durch die Alliierten

143 Conclusions de la Commission, in: Recueil des actes de la conférence, IV. C. 2, 3, S. 1175.

144 Lozyns'kyj, S. 104.

145 The Council of Four, The Polish-Ukrainian Armistice, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, V, S. 676.

146 The Council of Four, The Polish-Ukrainian Armistice, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, V, S. 677. Siehe auch die entsprechende Note vom 19. Mai 1919, S. 782.

unmöglich sei, wurde die Anordnung wieder zurückgenommen und den polnischen Truppen die Besetzung des ostgalizischen Gebietes bis zum Zbruč erlaubt.¹⁴⁷

Auf alliierter Seite schien man offenbar froh gewesen zu sein, das leidige Problem auf diese Weise gelöst zu haben. Anfang Juni erreichte ein Schreiben des Ukrainischen Pressebüros in Den Haag das Foreign Office in London. Darin legten die Ukrainer Protest ein gegen das polnische Vorgehen gegen ukrainische Intellektuelle sowie Juden in Ostgalizien und berichteten über die „perfiden“ Pazifizierungsmaßnahmen der polnischen Besatzungstruppen. Obwohl man sich nun im Foreign Office durchaus nicht mit der polnischen Offensive und den angewandten Methoden einverstanden erklärte, wollte man dennoch das ukrainische Schreiben nicht an die englische Presse weitergeben, da es als Memorandum und nicht als Pressemitteilung angesehen wurde. Außerdem – so der englische Standpunkt – hätte man mit der Veröffentlichung die Forderungen der ukrainischen Bewegung als berechtigt anerkannt. Zudem dachte man in London oder wünschte es sich wenigstens, daß die Warnungen des Obersten Rates in Paris an die Polen Wirkung zeigen würden.¹⁴⁸

Zuvor hatte schon das Ukrainische Pressebüro in Paris versucht, die französische Öffentlichkeit für die Geschehnisse in Ostgalizien zu interessieren. Polen habe das Kriegsrecht ausgerufen und setze Ukrainer und Juden schwersten Verfolgungen aus. Polnische Offiziere würden prahlen, daß sie bis nach Kiew und ans Schwarze Meer vordringen werden, um die ukrainische Frage ein für alle Mal durch Ausrottung zu lösen.¹⁴⁹

Nachdem nun die Waffenstillstandsverhandlungen in der alliierten Kommission gescheitert waren, wandten sich die Ukrainer Ostgaliziens direkt an den Obersten Rat. In einer Note vom 21. Mai 1919 baten sie um seinen Schutz, zumal da sie ihre Zustimmung zu dem Waffenstillstandsprojekt gegeben hatten.¹⁵⁰ Die ukrainische Delegation wurde auch noch am selben Tag vor dem Obersten Rat empfangen und konnte eine Zusammenfassung der Ereignisse in Ostgalizien geben. Am nächsten Tag eröffnete der Rat den herbeigerufenen Ukrainern, daß man General Piłsudski gebeten habe, die polnischen Gründe für die erneute Offensive zu erläutern. Der polnische Vormarsch machte allerdings immer größere Fortschritte, so daß die ukrainische Delegation erneut am 27. Mai den Obersten Rat mit einer Note um Unterstützung bat. Parallel versuchte die ukrainische Delegation in Paris, mit mehreren Schreiben den französischen Außenminister Pichon für sich zu gewinnen. Man legte ihm eine Note von Dr. Panejko an Clemenceau vor, worin sich Panejko gegen ein Groß-Polen aussprach. Er benutzte darin teilweise die englische

147 TEMPERLEY A history of the Peace Conference, I, S. 337.

148 Mitteilung des Bureau Ukrainien de Presse, La Haye, 06.06.1919, Nr. 87168, in: B.F.O., Collection 371, General Correspondence, Political 1919, vol. 4022, reel 49, 1919.

149 Bureau Ukrainien de Presse de Paris, 26.05.1919, in: Archives de la Ministère Etrangères, URSS 662.

150 21.05.1919, Délégation de la République Ukrainienne à Son Excellence Monsieur le Président de la Conférence de la Paix à Paris, in: Lozynsky, Décisions du Conseil Suprême, S. 34-36.

Argumentation, daß nämlich ein zu großes Polen Schwierigkeiten mit den verschiedenen Nationalitäten im Inneren haben werde und so dem deutschen Druck nicht widerstehen könnte. Die Ukrainer, so führte er weiter aus, seien guten Willens, mit den Polen einen Friedensvertrag zu schließen, um gegen die Bol'sheviki kämpfen zu können. Mehrere Male schon sei man auf Polen zugegangen. Doch Panejko betonte außerdem den ukrainischen Wunsch nach einem eigenen und selbständigen Staat, der bereits aus dem Willen seiner Landsleute hervorgegangen sei.¹⁵¹ Gleichzeitig erreichte jedoch ein Bericht der französischen Militärmission in Polen das französische Kriegsministerium, das ihn an das Quai d'Orsay weitergab. Darin wurden die Ukrainer beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben, und es wurde behauptet, sämtliche Juden Ostgaliziens wollten eine polnische Administration. Man machte sich auf französisch-polnischer Seite sogar die Mühe, einige obskure Zeugen dafür anzugeben.¹⁵²

Am 5. Juni publizierten die Pariser Zeitungen die Antwort des Generals Piłsudski auf die ukrainischen Vorwürfe, in der er von einer Gegenoffensive als Vergeltung für vergangene ukrainische Angriffe sprach.¹⁵³

Am selben Tag erschien Paderewski vor dem Rat der Vier, verteidigte die polnische Offensive vom 14. Mai als eine Defensivmaßnahme und fügte hinzu, nun seien ohnehin keine Ukrainer mehr in Ostgalizien. Diejenigen, die sich Ukrainer nannten, stünden unter deutschem und österreichischem Einfluß und würden sich auf das Geheiß Deutschlands über das polnische Vorgehen beschweren. Schließlich gab er zu, daß Polen ganz Ostgalizien für sich beanspruchte, es sei aber bereit, Minderheitenschutzgesetze zu gewähren.¹⁵⁴

Hier widersprachen sich zwei polnische Aussagen, denn Paderewski gab im Gegensatz zu Piłsudski durchaus zu, daß die Polen zuerst angegriffen hatten. Dies entsprach der Wahrheit, da sich die ukrainischen Truppen seit dem 19. März 1919, an dem sich der Oberste Rat entschlossen hatte, eine Waffenruhe zwischen den Kriegsparteien in Ostgalizien herbeizuführen, zurückzogen. Zudem mußte General Vitovs'kyj am 8. Mai vor der interalliierten Kommission zugeben, daß sich die ukrainischen Truppen auf dem Rückzug befanden. Daraufhin sandten die Ukrainer am 6. Juni noch einmal eine Stellungnahme an den Obersten Rat.

Die Ukrainer hatten gedacht, durch ihre Zustimmung zum Text des Waffenstillstandsvertrages von General Botha nun unter dem Schutz des Obersten Rates zu stehen und damit auch von neuerlichen polnischen Angriffen verschont zu werden. Aber weit gefehlt,

151 Délégation de la République Ukrainienne an Pichon, 30.05.1919, in: Archives de la Ministère Etrangères, URSS 662.

152 General Henrys, Chef der französischen Militärmission in Polen, an Kriegsministerium, Nr. 80/2B, 26.05.1919, in: Archives de la Ministère Etrangères, URSS 663.

153 Lozynsky, Décisions du Conseil Suprême, S. 10.

154 The Council of Four, Stenographic report of a meeting held at President Wilson's house in the Place des Etats-Unis, on Thursday, June 5, 1919, at 11:30 a.m., in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, VI, S. 194–196.

die Polen besetzten den größten Teil Ostgaliziens, und am 25. Juni erhielten sie auch noch die offizielle Erlaubnis, die Besetzungslinie bis an den Zbruč vorzuschieben.¹⁵⁵ Ein Argument, das in diesem Zusammenhang immer wieder zu hören war, lautete, daß die Ukrainer intellektuell noch nicht reif genug seien, sich selbst zu regieren, und sie folglich unter polnischer Souveränität gut aufgehoben seien.¹⁵⁶ Die Ukrainer vermerkten es bitter, daß sie sich an die Anweisungen der Friedenskonferenz gehalten hatten, während die übrigen Beteiligten, wie Polen und Rumänen, sich nicht daran gebunden fühlten und noch Vorteile daraus zogen.¹⁵⁷

Früher war der Zbruč die Grenze zwischen Österreich-Ungarn und Rußland gewesen, jetzt trennte er die beiden ukrainischen Staaten voneinander. Auf diese Entscheidung antwortete die Delegation der Ukrainischen Volksrepublik dem Obersten Rat mit einer Note vom 2. Juli 1919. Darin hieß es, daß diese Entscheidung nicht gerecht und auch nicht gerechtfertigt sei, denn die Bevölkerung Ostgaliziens habe mehrheitlich und nach den Prinzipien der Ententestaaten dafür gestimmt, sich der Ukrainischen Volksrepublik anzuschließen. Der polnische Angriff sei somit eine Verletzung des Rechtes auf Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes. Erbittert stellten die Ukrainer fest, daß sich die Staaten bei diesem Konflikt wohl nicht von Unparteilichkeit hatten leiten lassen. Dabei zählten sie bestimmte Begebenheiten auf; so handelte General Berthélemy genau dann – am 24. Februar 1919 – eine Waffenruhe aus, als die Ukrainer sich auf dem Vormarsch befanden. Die Demarkationslinie, die vier Tage später vorgeschlagen worden war, ließ den Polen sämtliche eroberten Gebiete. Als am 19. März wiederum ein Waffenstillstand von der Entente vorgeschlagen wurde, waren die Ukrainer sofort einverstanden, während die Polen ihre Offensive fortsetzten. Der Grund lag darin, so die Ukrainer, daß sich ihre militärische Lage sehr gebessert hatte. Der Waffenstillstand zwischen den Polen und den Deutschen und Tschechen war gerade erst vereinbart worden und die Haller-Armee hatte Ostgalizien erst vor kurzem erreicht. Aber zweifelsfrei konnten sich die Polen beim Obersten Rat jedes Verhalten leisten. Ebenso war es Polen, das den Waffenstillstand später ablehnte. Aus ukrainischer Sicht handelte es sich hier um ein *Fait accompli*. Schon zu diesem Zeitpunkt beschwerten sich die ukrainischen Ostgalizier gegen das mitleidlose Verhalten der polnischen Truppen und verwahrten sich energisch gegen den Vorwurf, bolschewistische Neigungen zu haben.¹⁵⁸

155 26.06.1919, Paris, Conférence de la Paix Secrétariat Général au Secrétaire Général de la Délégation ukrainienne; Übermittlung der Entscheidung vom 25. Juni an die Ukrainer mit der Versicherung, diese Entscheidung stelle keine Vorentscheidung zur endgültigen Lösung des Problems dar (Lozynsky, *Décisions du Conseil Suprême*, S. 48).

156 Lansing im Gespräch vom 12. Juni 1919, in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, IV, S. 829.

157 Bukarest (Wallace) an State Department, 03.06.1919, Nr. 696 in: Records, 1, 1.

158 07.02.1919, Paris, Délégation de la République Ukrainienne à Son Excellence Monsieur le Président de la Conférence de la Paix à Paris, in: Lozynsky, *Décisions du Conseil Suprême*, S. 55.

Ebenso protestierten die Delegierten des Nationalrats der Westukraine, die ihren Sitz aufgrund der polnischen Offensive nach Wien verlegt hatten.¹⁵⁹ Auch versuchten die Ukrainer, über die amerikanische Botschaft in Stockholm Einfluß auf die Vorgänge im State Department und damit auf die Alliierten zu nehmen. Los'kyj, der Chef der ukrainischen außerordentlichen diplomatischen Mission in Schweden und Norwegen, beschrieb detailliert die Leiden der ukrainischen Bevölkerung in Ostgalizien. Er berichtete über ungenügende Verpflegung und Auspeitschungen in den Kriegsgefangenenlagern, in die die polnischen Behörden auch das Rote Kreuz nicht hineinließen. Als Beginn der polnischen „Pazifizierungspolitik“ ging eine Verhaftungswelle durch das Land, der vor allem die ukrainischen Intellektuellen und nicht polenfreundliche Bauern zum Opfer fielen.¹⁶⁰ Ebenso wandte er sich auch direkt an die schwedische Regierung und leitete die ukrainischen Demarchen an den Rat der Vier weiter, um das neutrale Schweden zu einer Hilfeleistung zu bewegen.¹⁶¹ Diese Demarchen machten aber weder auf das schwedische Außenministerium noch auf die Amerikaner großen Eindruck. In einem internen Schreiben der Division of Near Eastern Affairs (Russia) wurden die beiden ukrainischen Teilgebiete – Ostukraine und Westukraine (= Ostgalizien) – noch korrekt auseinanderdividiert, aber dann hieß es:

„What the situation is now I don't know; but before the armistice the separatist movement in Galicia was generally recognized as an Austrian baby fathered by the Archbishop of Lemberg, Sheptizky, and aimed at the weakening of Russia. Could we not tell this gentleman¹⁶² that we have a keen interest in the welfare of Ucraina but that we have not recognized either its independence or its present government and so we are consequently not prepared to receive any of its representatives?“¹⁶³

159 Radio envoyé de Vienne à la Conférence de la Paix par le Ministre Plénipotentiaire de l'Ukraine Occidentale W. Singalewicz, ohne Datum, in: Lozynsky, Décisions du Conseil Suprême, S. 58-62.

160 Amerikanische Botschaft Stockholm an State Department, 30.06.1919, Nr. 1737, in: Records, 2, 1.

161 Los'kyj an den schwedischen Außenminister, 10.06.1919, Nr. 268, in: Utrikes-departementet 1920 Örs dossiersystem vol. 288 III. Mit dem 18. Juni 1919 setzten bereits die Beschwerden über die schlechte Behandlung der ukrainischen Kriegsgefangenen in den polnischen Lagern ein. Los'kyj schilderte die überfüllten Baracken, den Hunger und die Epidemien, die von den Polen nicht bekämpft wurden, und er beschrieb die Plünderung und Zerstörung von unierten und orthodoxen Kirchen, die auf Befehl oder mit Billigung der Offiziere durch die polnischen Mannschaften in Wolhynien, Podlassien, Polesien und in Chełm begangen wurden (Los'kyj an den schwedischen Außenminister, 18.06.1919, Nr. 123, in: Utrikesdepartementet 1920 Örs dossiersystem vol. 288 III).

162 Damit ist der in die USA entsandte Julijan Čyns'kyj gemeint, der den Posten als außerordentlicher bevollmächtigter diplomatischer Gesandter der Ukrainischen Volksrepublik bekleidete und sich um Kontakte zum State Department bemühen sollte.

163 Department of State: Division of Near Eastern Affairs (Russia), 09.08.1919 intern, in: Records, 2,1.

In seiner Antwortnote erklärte der Oberste Rat, daß mit seiner EntschlieÙung vom 25. Juni 1919 noch keine endgültige Entscheidung über das Statut Ostgaliziens gefallen sei. Die endgültige Lösung des Problems wurde an die Unterkommission für polnische Angelegenheiten übergeben. Am 3. Juli lud man die ukrainische Delegation zu einer Sitzung ein, allerdings nur die „délégués appartenant à la Galicie Orientale, c'est-à-dire nés et domiciliés dans cette province“.¹⁶⁴

Damit verbot man der Delegation der Ukrainischen Volksrepublik, Ostgalizien in Paris zu vertreten, da dieses keinen Teil der Republik bilde. Ferner wurden, wie schon erwähnt, nur einheimische Ostgalizier zugelassen und das auch nur als Vertreter der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens und nicht als Vertreter der Westukrainischen Volksrepublik. Da die Mitglieder der ukrainischen Delegation Ostgalizien trotz der polnischen Okkupation weiterhin als Teil der Ukrainischen Volksrepublik betrachteten, verweigerten sie ihr Erscheinen vor der polnischen Kommission.¹⁶⁵

Am 11. Juli 1919 informierte man die ukrainische Delegation offiziell darüber, daß der Oberste Rat beschlossen hatte, der polnischen Regierung die zivile Verwaltung Ostgaliziens unter der Bedingung der Gewährung von politischen, religiösen und persönlichen Freiheiten zu übertragen, und daß über die Dauer dieses Arrangements die alliierten Mächte zu entscheiden haben werden.¹⁶⁶

Noch am selben Tag richtete der englische Außenminister Lord Curzon im Namen der Ententemächte eine Note an Čičerin, in der er den Text des zwischen Polen und Sowjetrußland projektierten Waffenstillstands anführt. In Bezug auf Ostgalizien wurde folgendes erklärt: „Zwischen Polen und Sowjetrußland wird ein Waffenstillstand unterzeichnet. In dem diesbezüglichen Abkommen wird vorgesehen, daß die polnische Armee sich unverzüglich auf die im verfloßenen Jahre auf der Friedenskonferenz als provisorische Grenze im Osten festgelegte Linie zurückziehen wird, in deren Bereich Polen zur Einführung einer polnischen Verwaltung berechtigt wurde. Diese Linie verläuft ungefähr über Hrodna, Waporky, Niemirow, Brest-Litovsk, Doromuch, Ustiluh, östlich von Hrubeschow, Kryliw, westlich von Rawaruska, östlich Przemysl bis zu den Karpaten.“¹⁶⁷ Dies wurde auch von Bonar Law in Vertretung der englischen Regierung im Unterhaus am 14. Juli 1919 bekanntgegeben. Mit dieser Entscheidung der Entente, die auch vom polnischen Ministerpräsidenten Grabski unterzeichnet wurde, stellte man klar fest, daß Ostgalizien östlich der vom Obersten Rat als provisorischen Ostgrenze Polens festgelegten Linie lag.

164 03.07.1919, Paris, Conférence de la Paix Secrétariat Général à M. Sydorenko, Président de la Délégation ukrainienne, in: Lozynsky, Décisions du Conseil Suprême, S. 63.

165 03.07.1919, Paris, Délégation de la République Ukrainienne au M. le Secrétaire Général de la Conférence de la Paix à Paris, in: Lozynsky, Décisions du Conseil Suprême, S. 65.

166 11.07.1919, Paris, Conférence de la Paix à M. le Président de la République Ukrainienne, in: Lozynsky, Décisions du Conseil Suprême, S. 71.

167 Die internationale Stellung Ostgaliziens, Wiener Morgenzeitung, 2. Dezember 1920, in: AdR, Mappe 95, 1008/ Ukraine.

Am 15. Juli 1919 legte die ukrainische Delegation nochmals Beschwerde gegen diese Entscheidung ein und wies darauf hin, daß diese sich gegen den Willen der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens richtete, die sich dort in der Mehrheit befand. Man versuchte, dies zum wiederholten Male mit Statistiken zu beweisen. Aber auch die Versicherungen, die Juden seien ein ukrainerfreundliches Element und sollten als solches gezählt werden, wurden nicht beachtet. Ebenso wenig ließen sich die Kommissionäre davon überzeugen, daß die ukrainischen Entscheidungen rechtmäßig und demokratisch getroffen worden waren und daß der Bolschewismus in Ostgalizien keine Rolle spielte.¹⁶⁸

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß auch den positiven Berichten alliierter Beobachter aus den ukrainischen Gebieten kein Glauben geschenkt wurde. So berichtete Major Lawrence Martin vom Generalstab der US-Armee, über seine durchwegs positiven Eindrücke. So hielt er sowohl die Regierung der Ost- wie der Westukraine für kompetent und effektiv arbeitend. Polen und Juden würden in Ostgalizien sehr gut behandelt. Ebenso konnte er nur in Galizien ansässige österreichische Offiziere in der Armee ausmachen. Aber von der amerikanischen Mission in Paris kam folgender Kommentar zurück: „American mission believe that foregoing statement should be accepted with considerable reserve as no confirmatory information available at present, and Martin had no opportunity to estimate conditions in greater parts of the Russian Ukraine.“¹⁶⁹

Dem Beobachter erscheint es manchmal so, als paßten diese positiven Berichte nicht in das Bild, das man sich von den Ukrainern gemacht hatte. Also beachtete man sie nicht oder, wie im obigen Fall, bezweifelte ihre Glaubwürdigkeit. So hätten die Alliierten schon im Mai 1919 wissen können, was die ukrainische Bevölkerung von einer polnischen Besatzung zu erwarten hatte. Es erreichten sie Berichte von ukrainischen Missionen, denen aber offenbar wieder einmal kein Glauben geschenkt wurde. Denn, zu guter Letzt, ging Ostgalizien an Polen.¹⁷⁰

4.3. Die Frage der Verwaltung Ostgaliziens

In einer Sitzung der alliierten Kommission für polnische Angelegenheiten (Permanent Committee of Polish Affaires, Paris) vom 17. Juni 1919 wurden verschiedene Möglich-

168 15.07.1919, Paris, Délégation de la République Ukrainienne à Son Excellence M. le Président de la Conférence de la Paix, in: Lozynsky, Décisions du Conseil Suprême, S. 72–77. Die vollständige Sammlung der ukrainischen Noten an die Friedenskonferenz in Paris wurde in zwei Bänden herausgegeben: Notes présentées par la Délégation de la République Ukrainienne à la Conférence de la Paix à Paris, Février – Avril 1919 (Preußische Staatsbibliothek Berlin) und Notes présentées par la Délégation de la République Ukrainienne à la Conférence de la Paix à Paris, Avril – Juillet 1919 (B.F.O., Ukrainian Legation at Constantinople, vol. 4030, reel 53, 1919).

169 American Embassy Paris an State Department, 11.06.1919, Nr. 2515, in: Records, 1, 1.

170 American Mission Bern an State Department, 28.05.1919, Nr. 7173, in: Records, 1, 1.

keiten eines Statuts für Ostgalizien durchgespielt. Als erstes wurde die Unabhängigkeit des fraglichen Gebietes als definitive und sofort anwendbare Lösung ins Auge gefaßt. Dann fragte man sich, ob eine provisorische Autonomie für einen begrenzten Zeitraum nicht günstiger sei. Auch diese Lösung wäre sofort praktikabel, allerdings nur kurzfristig, da dazu Administration und Okkupation der alliierten Mächte notwendig wäre. Zusätzlich würden bei dieser Lösung jedoch drei verschiedene Wege beschritten werden können. Die Verwaltung könnte a) durch einen Hochkommissar des Völkerbundes ausgeführt werden, b) durch eine vom Völkerbund bestimmte Großmacht als Mandatsträger und schließlich c) durch einen zum Mandatsträger erhobenen Nachbarstaat.¹⁷¹

Natürlich könnte man auch Galizien an Polen angliedern. Auch für diese Möglichkeit gab es wieder verschiedene Vorschläge. Sofort anwendbar, aber nicht definitiv war die Autonomie für Ostgalizien unter einem Völkerbundsmandat innerhalb des polnischen Staates. Definitiv hingegen wäre eine Verbindung durch ein föderatives Band mit einer großen Lokalautonomie gewesen. Die einfachste sofort anwendbare Form der Lösung könnte aber auch die Annexion durch Polen darstellen. Und schließlich wäre da noch die Möglichkeit eines Plebiszites, das die kurzfristige Verwaltung und Okkupation der Alliierten erfordert hätte.

All diese Perspektiven waren mit Problemen und Mängeln behaftet. Am 25. Juni 1919 entschied sich der Oberste Rat deshalb für die administrativ am einfachsten durchzuführende Verfahrensweise: Ostgalizien wurde der polnischen Verwaltung unterstellt. Da halfen auch die verschiedensten Petitionen der nordamerikanischen Ukrainer nichts mehr, da es ihnen nicht gelang, mehr als nur schöne Gesten zu sein.¹⁷²

Der Oberste Rat verabschiedete eine Resolution, die folgende Punkte umfaßte: Die polnische Regierung wurde autorisiert, mit militärischen Kräften Ostgalizien bis zum Fluß Zbrucz zu besetzen.¹⁷³ Dabei durften sowohl das reguläre polnische Heer wie auch die Haller-Armee verwendet werden. Es sollte eine polnische Zivilverwaltung eingesetzt werden, die gleichzeitig die territoriale, politische, religiöse und persönliche Autonomie

171 Conférence de la paix 1919 – 1920. Recueil des actes de la conférence, Partie IV, Commission de la Conférence (Procès-verbaux, Rapports et Documents). C. Questions territoriales. (2) Commissions des Affaires Polonaises (1er Fascicule), Paris 1928, S. 202. Annexe I. Statut de la Galicie Orientale – Les différentes solutions envisagées.

172 Memorial to the Congress of the United States by the League of American Citizens of Ukrainian Extraction concerning the West Ukrainian Republic, with documents; Petition aus Toronto: The Right Honourable Lloyd George, in care of the peace Conference, Paris, France, 22.06.1919, Nr. 104355; Committee of the Ukrainian State Convention. New Britain Connecticut 15.08.1919, Nr. 125443, in: B.F.O., R 390, Collection 371, General Correspondence Political 1919, vol. 3965, reel 19.

173 Annexes au procès-verbal No 43, 8 Août 1919, rapport No 5, présenté au Conseil Suprême des Alliés par la Commission des Affaires Polonaises, Statut de la Galicie Orientale, in: Conférence de la paix, 1919 – 1920, Recueil des actes de la Conférence, Paris 1922–1935. Partie VIII: Exécution des traités. B Recueil des résolutions de la Conférence des ambassadeurs. 1er fasc. 26 janvier 1920 – 27 décembre 1920, S. 604.

aufrechtzuerhalten hatte. Die alliierten und assoziierten Mächte legten fest, daß nur sie allein oder ein von ihnen beauftragtes Gremium die Zeit der endgültigen Selbstbestimmung dieses Gebietes festzulegen imstande sei. Der Entwurf eines Vertrages zwischen diesen Mächten und Polen sollte an die Kommission für polnische Angelegenheiten weitergereicht werden.¹⁷⁴ Als Rechtfertigungsgrund wurde dabei angegeben, die Bevölkerung vor bolschewistischen Banden schützen zu müssen.¹⁷⁵

Fünf Tage später, am 30. Juni 1919, diskutierte die Kommission für polnische Angelegenheiten die zukünftige Konstitution Ostgaliziens und entschloß sich, eine Unterkommission mit folgenden Mitgliedern zu bilden: General Le Rond (Frankreich), Dr. Robert H. Lord (USA), F.B. Bourdillon (Großbritannien), Marquis della Torretta (Italien) und Otchiai (Japan). Die Unterkommission traf sich zwischen dem 30. Juni und dem 18. August insgesamt 26 Mal. Am 11. Juli 1919 informierte der Oberste Rat die ukrainische Delegation in Paris, daß er die polnische Regierung autorisieren würde, eine Zivilverwaltung in Ostgalizien einzurichten. Zu den Sitzungen wurden die verschiedenen Parteien gehört, allein die Ukrainer konnten sich nicht bereit finden zu erscheinen, da sie sich nicht von ihrer Regierung berechtigt fühlten, die Resolution vom 25. Juni anzuerkennen. Erst am 23. August machten die ukrainischen Delegierten Ostgaliziens Panejko und Tomašiv's'kyj ihren Standpunkt deutlich. Das lag daran, daß der ukrainische Delegationsleiter sich erst mit der ukrainischen Regierung verständigen wollte, wodurch er aber den richtigen Zeitpunkt verpaßte, die ukrainischen Vorschläge rechtzeitig einzureichen.¹⁷⁶ Mit wenigen Ausnahmen wurden die Beschlüsse der Unterkommission angenommen und an das Komitee für Vertragsentwürfe übersandt.

Dieser Vertragsentwurf zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Mächten war nach verschiedenen Grundprinzipien gestaltet worden. Polen sollte in der Zeit der provisorischen Regierung ermöglicht werden, Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und den wirtschaftlichen Wiederaufbau ankurbeln zu können. Im Original heißt es ferner: „ (...) and to exercise a certain check upon the possible excesses of autonomous local bodies elected by a population very insufficiently prepared for complete self-government.“¹⁷⁷ Aus diesem Grunde wurde auch der Gouverneur von Ostgalizien mit einer Fülle von rechtlichen Möglichkeiten ausgestattet.

Das zweite Prinzip sollte die Garantien für die zivilen, nationalen und religiösen Rechte der Bewohner Ostgaliziens mit einschließen. Die Mächte sahen sie verwirklicht in den

174 Resolution adopted by the Supreme Council at their meeting on June 25th, 1919, in: VB R549 – 1029.

175 Biberovyč an Mantoux 22.03.1921: West Ukrainian Press Agency No 4: The Eastern Galician Question (Information concerning the present state of the question in regard to political law and the international situation, S. 8, in: VB R 550 – 11811).

176 L'Ukraine Occidentale, S. 61, in: VB R 549 – 11594.

177 Report No. 5: Presented to the Supreme Council of the Allies by the Polish commission. Constitution of Eastern Galicia. Instructions, Enumeration of Meetings and Division of the Report, I. General Principles, S. 2, in: VB R549 – 1029.

Artikeln 5 bis 9 des Vertrages zwischen Polen und den Alliierten. Diese Rechte wiederum sollten aufrechterhalten werden durch eine weitreichende Autonomie für das ganze Gebiet, festgelegt durch die Artikel 10 bis 15, die sich mit dem ostgalizischen Landtag befaßten, durch die Artikel 22 und 23, die Ministerverantwortlichkeit vorschrieben, und durch die Artikel 27 bis 29, die der Judikative mit dem Obersten Gerichtshof in Lemberg einen besonderen Stellenwert gaben.

Die nicht vollständig zu nennende Autonomie für Ostgalizien wurde durch drei Punkte begründet:

1. In the case of this relatively small territory, and in view of the comparatively short time that the provisional regime is to last, it does not seem wise or practical to set up in Eastern Galicia all the machinery of a completely separate State;
2. That many governmental matters, which involve broad general interests and require much technical knowledge and political experience, can better be handled by the Government and Parliament in Warsaw than by the Diet of Lemberg.
3. That Poland ought to be placed in a position to discharge the responsibilities which she has undertaken with regard to Eastern Galicia.¹⁷⁸

Der Vertragsentwurf zwischen den Vereinigten Staaten, dem Britischen Empire, Frankreich, Italien, Japan und Polen sah nun folgendermaßen aus:

Kapitel 1 befaßte sich mit dem Status von Ostgalizien. Im Artikel 1 übertrug man laut Artikel 90 des zukünftigen Vertrages von Saint-Germain alle Rechte und Titel der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in Bezug auf Ostgalizien dem polnischen Staat und legte die genaue Grenzlinie fest.

Artikel 2 beauftragte Polen, das Territorium Ostgaliziens organisatorisch zu erschließen und daraus ein autonomes Gebiet innerhalb der Grenzen, die in Artikel 1 festgelegt worden waren, zu machen. Polen verpflichtete sich gleichzeitig, ein Plebiszit über den endgültigen politischen Status Galiziens durchzuführen, und zwar zu einem Zeitpunkt und zu Bedingungen, die von den alliierten und assoziierten Mächten zuvor festzulegen waren. Während der polnischen Regierungsperiode in Ostgalizien sollten alle Verträge und Abmachungen, die Polen abschloß, auch für Ostgalizien Gültigkeit besitzen (Art. 3). Ebenso wurden die Interessen der Bewohner Ostgaliziens durch die diplomatischen und konsularischen Vertretungen Polens im Ausland wahrgenommen (Art. 4). Artikel 5 sagte Minderheitenschutz zu, und zwar zu den Bedingungen, wie sie auch für Polen selbst galten. Dies sollte sich vor allem auf die orthodoxe und die unierte Kirche beziehen. Ebenso wurden die Grundrechte garantiert (Art. 6). Die ukrainische Sprache sollte dieselben Rechte besitzen wie die polnische (Art. 7). Artikel 8 bestimmte die Übernahme aller Bestimmungen aus dem Vertrag vom 28. Juni 1919 zwischen Polen und den Mächten. Dabei sollten vor allem die Rechte der ukrainischen Mehrheit in Ostgalizien

178 Report No. 5: Presented to the Supreme Council of the Allies by the Polish commission. Constitution of Eastern Galicia. Instructions, Enumeration of Meetings and Division of the Report, I. General Principles, S. 3, in: VB R549 – 1029.

festgelegt werden. Der letzte Artikel dieses ersten Kapitels bestimmte ausdrücklich, daß keine systematische Kolonisation des ostgalizischen Gebietes durch polnische Siedler stattfinden dürfte.

Das zweite Kapitel beschäftigte sich mit dem Landtag in Ostgalizien und war in sechs Artikel unterteilt. Der galizische Landtag sollte aus einer Kammer bestehen, deren Mitglieder alle fünf Jahre gemäß den polnischen Wahlgesetzen in allgemeiner, geheimer und proportionaler Wahl zu bestimmen waren (Art. 10). Er sollte vom Gouverneur zusammengerufen, vertagt und geschlossen werden dürfen, wobei zwei gewöhnliche Sitzungen im Jahr durch das Gesetz vorgeschrieben waren (Art. 11). Der Landtag hatte legislative Gewalt über die öffentliche Religionsausübung, staatliche Erziehung, Sozialhilfe, und das Gesundheitswesen, sowie die Aufsicht über Provinz-, Distrikt- und Gemeindestraßen und über die Eisenbahnstrecken von lokalem Interesse. Unterstützung der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, Anwendung des Wasserrechtes auf Bewässerungs- und Energiegewinnungssysteme, Regelung der öffentlichen Verwaltung in den Gemeinden und Distrikten, Steuererhebung für das ostgalizische Budget und alle Angelegenheiten, mit denen das polnische Parlament in Warschau den Landtag in Lemberg betraute, kamen ebenfalls noch hinzu (Art. 12).

Die vom ostgalizischen Landtag durchgebrachten Gesetze waren vom Landtagspräsidenten dem Gouverneur vorzulegen. Dieser konnte innerhalb eines Monats das Gesetz durch sein Veto zu Fall bringen. Dieses Veto war nur zu umgehen, wenn der Landtag innerhalb eines Jahres das Gesetz mit einer Zweidrittelmehrheit wiederum verabschiedete. Das gesamte öffentliche Bildungswesen hingegen blieb von dieser Regelung unberührt, der Gouverneur hatte ein unbeschränktes Vetorecht (Art. 13). Artikel 14 sicherte den Landtagsabgeordneten Immunität zu, außer man ertappte sie auf frischer Tat. Der Landtag hatte ferner das Recht, seine eigene Geschäftsordnung zu erstellen (Art. 15).

Kapitel 3 widmete sich der Repräsentation Ostgaliziens im polnischen Parlament und in der polnischen Administration. Die ostgalizische Bevölkerung sollte an den Wahlen zum zentralen polnischen Landtag teilnehmen. Aus diesem Grund fanden die polnischen Wahlgesetze auch Anwendung auf dieses Gebiet, allerdings mit der einen Ausnahme, daß die proportionale Repräsentation zu beachten war. Die ostgalizischen Deputierten sollten hingegen nicht an Beratungen in Warschau teilnehmen, auch wenn deren Inhalt zu den Aufgaben des Landtages in Lemberg gehörte (Art. 16). Alle Aufgaben, die nicht laut Konstitution von Lemberg ausgeführt wurden, sollten automatisch durch das polnische Parlament erledigt werden (Art. 17). Artikel 18 schrieb einen Minister ohne Geschäftsbereich vor, ernannt vom polnischen Staatsoberhaupt, der aus Ostgalizien stammen und das Land in Warschau vertreten sollte. In allen polnischen Ministerien, die mit Ostgalizien zu tun hatten, sollte ein spezielles Büro für ostgalizische Angelegenheiten eingerichtet werden. Ein hochrangiger ukrainischer Funktionär war dem polnischen Ministerkabinettt zur Seite zu stellen, um als Berater in ukrainischen Angelegenheiten, vor allem was die orthodoxe und die unierte Kirche anging, tätig zu werden (Art. 18).

Kapitel 4 des Vertrages befaßte sich mit der Verwaltung in Ostgalizien. Dabei lag die gesamte Exekutive beim Gouverneur, der vom polnischen Staatsoberhaupt ernannt wurde

(Art. 19). Er war verantwortlich für die Aufrechterhaltung von Ordnung und öffentlicher Sicherheit und für die Anwendung der vom Lemberger Landtag und vom Sejm in Warschau verabschiedeten Gesetze (Art. 20). Die Geschäfte, die innerhalb des Kompetenzbereiches des ostgalizischen Landtages lagen, wurden durch Minister geführt, die vom Gouverneur ernannt wurden und dem Landtag verantwortlich waren (Art. 22). Geschäftsbereiche, die nicht in die Zuständigkeit des galizischen Landtages fielen, leiteten Verwaltungschefs, die unter der Aufsicht des Gouverneurs standen (Art. 23). Alle Anweisungen durch den Gouverneur außer des Vetos bedurften der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministers (Art. 24). Beamte wurden vom Gouverneur ernannt. Staatsdiener hingegen, die in Geschäftsbereichen des Artikels 12 tätig waren, wurden auf Vorschlag des zuständigen Ministers durch den Gouverneur ernannt (Art. 25). Die Wählbarkeit in ein Amt sollte unter keinen Umständen weder de jure noch de facto von Rasse, Religion oder Sprache abhängen (Art. 26).

Kapitel 5 beschäftigte sich mit dem rechtlichen System in Ostgalizien. Aus dem Gericht in Lemberg sollte ein Oberstes Gericht für das gesamte Gebiet werden (Art. 27). Die Richter für Ostgalizien waren in der Regel auf die Nominierung des Gouverneurs hin vom polnischen Staatsoberhaupt zu ernennen. Sie hatten ihr Amt auf Lebenszeit inne (Art. 28). Alle Strafen, die von ostgalizischen Gerichten verhängt wurden, sollten auch auf ostgalizischem Territorium abgeleistet werden (Art. 29). Dabei war dem polnischen Staatsoberhaupt das Privileg eingeräumt worden, Begnadigungen für in Ostgalizien Verurteilte auszusprechen (Art. 30).

Was die finanziellen Vereinbarungen des Kapitels 6 betraf, so lassen sie sich in einem Kernpunkt zusammenfassen. In Galizien wurden die polnischen Finanzgesetze angewandt, und das gesamte Vermögen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie ging auf den polnischen Staat über; was bis dato in Händen des öffentlichen Dienstes war, blieb dies auch weiterhin (Art. 31 bis 34). Der Haushalt Ostgaliziens sollte sich zusammensetzen aus den Ausgaben, die für die Aufgaben, die sich aus Artikel 12 ergaben, nötig waren. Die Einnahmen resultierten aus dem proportionalen Anteil der Steuern, der laut Artikel 35 für Ostgalizien aufgewendet werden mußte, Ergänzungen der allgemeinen Steuern, die durch den Landtag in Lemberg bestimmt wurden, und aus den allgemeinen Steuern (Art. 36). Gleichzeitig übernahm Polen die Schulden des ehemaligen Kronlandes Galizien-Lodomerien (Art. 37). Kapitel 7 bestand aus dem Artikel 38, der festlegte, daß die polnischen Wehrgesetze auch auf Ostgalizien Anwendung zu finden hatten. Die Übergangsbestimmungen in Artikel 39 und damit Kapitel 8 betonten noch einmal die herausragende Rolle des ostgalizischen Gouverneurs und Artikel 40 schrieb vor, daß niemand wegen seiner politischen Einstellung zwischen dem 28. Juli 1914 und dem Inkrafttreten des Vertrages belangt werden durfte.¹⁷⁹ Der ukrainische Delegierte Panejko

179 Report No. 5: Presented to the Supreme Council of the Allies by the Polish commission. Constitution of Eastern Galicia. Instructions, Enumeration of Meetings and Division of the Report, I. General Principles, S. 3–11, in: VB R549 – 1029.

protestierte heftig gegen diese Verfassung für Ostgalizien und versuchte, durch Aufzählung ihrer Mängel zu überzeugen.¹⁸⁰

In der Kommission bestand über 37 Artikel Einigkeit, lediglich drei Artikel konnten nicht die Zustimmung der britischen Delegation finden. Im Gegensatz zu den amerikanischen, französischen, italienischen und japanischen Delegierten stießen sich die Engländer an den Artikeln 12, 16 und 38.

Die Briten vertraten dabei die Meinung, daß Agrargesetze, die vom polnischen Sejm verabschiedet wurden, nur dann in Galizien angewendet werden dürften, wenn diese vorher vom Landtag in Lemberg bestätigt worden waren. Ihr Hauptargument dabei war die sehr unterschiedliche Art des Landbesitzes in Ostgalizien und die Verknüpfung der Agrarfrage mit der Nationalitätenfrage, die es beide unumgänglich machten, eine starke Modifizierung der Gesetze für Ostgalizien vorzunehmen. In London hielt man es für eine große Ungerechtigkeit, das in Ostgalizien eingeführte Landsystem durch eine externe Regierung ohne die Zustimmung der Landesbewohner umändern zu lassen.

Die Mehrheit der Staaten hingegen vertrat die Meinung, daß es unnötig sei, dem galizischen Landtag die Möglichkeit eines Vetos einzuräumen. Sie hielten die polnische Agrarreform für so günstig und liberal, daß sie nur als ein Segen für die Galizier interpretiert werden könnte. Außerdem erachteten sie es für undurchführbar, einen Kompromiß zwischen den beiden so unterschiedlichen Körperschaften zu finden. Ein Argument, das eigentlich nur die Unvereinbarkeit zwischen dem galizischen und dem polnischen System unterstrich.

Artikel 16 des Vertrages sah vor, daß die Wahlen für den Warschauer Sejm auch auf Ostgalizien ausgedehnt werden und dieser Landesteil dort vertreten sein sollte. England nahm nun die Position ein, daß die ukrainische Bevölkerungsgruppe, die die Mehrheit in Ostgalizien besaß, nicht im polnischen Landtag vertreten sein sollte, da sie dies als Annexion an Polen interpretierte. Die Praxis mit solchen Minderheitenvertretungen habe bewiesen, daß sie nichts zur Verständigung beitrügen, sondern lediglich ein Moment der Obstruktion und Ineffizienz darstellten. Aus englischer Sicht würde eine solche entschlossene nationalistische Gruppe in Warschau die Beziehungen der nicht gerade befreundeten Völker nur noch mehr vergiften. Großbritannien sprach sich daher für eine Verzögerung dieser Frage um sechs Monate aus, um dann einen Kompromiß zu finden, der von beiden Parteien mitgetragen werden würde. Dabei sollte der Völkerbund auf Wunsch als Vermittler tätig werden. Die vier anderen Delegationen nahmen dabei einen sehr interessanten Standpunkt ein:

„The Polish Government would be justified, if only on formal grounds, in objecting to the proposed mediation of the League of Nations in such a question. For during the period of the provisional regime Eastern Galicia will be only a partially autonomous province under the sovereignty of Poland, and it may be doubted whether any

180 Amerikanische Botschaft Paris an State Department, 22.01.1920, Nr. 765, in: Records, 2, 1.

Government at present can be induced to ask for the mediation of the League of Nations between itself and its subjects.“¹⁸¹

Artikel 38, der die allgemeine Wehrpflicht für die Bewohner Ostgaliziens vorsah, wurde ebenfalls von den Engländern kritisiert. Sie vertraten, wohl nicht ganz unberechtigt, den Standpunkt, daß man von den Ukrainern, die gegen die polnischen Truppen über Monate hinweg gekämpft hatten, nicht verlangen könne, in der polnischen Armee zu dienen. Deshalb schlugen sie vor, eine Freiwilligentruppe unter polnischer Aufsicht zur Landesverteidigung Ostgaliziens aufzustellen.

Die restlichen vier Delegationen hingegen hielten die Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht für alle polnischen Provinzen aufgrund der angespannten Lage in Osteuropa für unumgänglich. Polen verteidige Ostgalizien gegen den Bolschewismus, und daher müßten die Bewohner, die alle Rechte mit den übrigen Bewohnern Polens teilten, auch zur Verteidigung beitragen. Zuletzt sollte dem Vertragsentwurfskomitee vorgeschlagen werden, an Artikel 2 einen Zusatz zu hängen, der besagte, daß nach 10 Jahren über das endgültige Schicksal Ostgaliziens durch die alliierten und assoziierten Mächte entschieden werden würde.

Was nun die Frage der Agrargesetzgebung betraf, so wurde am 19. September 1919 ein Kompromiß zwischen den beiden Lagern geschlossen. Jegliche agrarische Angelegenheiten, die unter das polnische Veto von Artikel 13 fielen, sollten, nachdem sie innerhalb eines Jahres den Landtag passiert hatten, an den Völkerbundsrat überwiesen werden.

Paderewski versuchte, ganz besonders zwei Punkte des Vertrages zugunsten Polens zu ändern: den provisorischen Charakter dieser Vereinbarung und die Frage der Vertretung im polnischen Landtag. Er wurde dabei von den Amerikanern unterstützt, die darauf abzielten, alle Anspielungen auf den provisorischen Status und das zu folgende Plebiszit aus dem Vertrag zu eliminieren.¹⁸² Als eine Art von Kompensation wurde in Betracht gezogen, einen neuen Artikel, ähnlich dem Artikel 12 des Vertrages vom 28. Juni 1919 mit Polen, hinzuzufügen. So würde dem Völkerbundsrat das Recht zur Überwachung der Ausführung des Ostgalizien-Vertrages gegeben werden und auch das Recht, ihn im Ganzen oder teilweise durch Mehrheitsbeschluß zu modifizieren. Das hätte die unwiederbringliche Angliederung Ostgaliziens an Polen bedeutet. Dieser Vorschlag erfuhr starke Unterstützung durch die französische und italienische Delegation. Großbritannien hingegen vertrat die Ansicht, daß dies einen Verstoß gegen die Resolution vom 25. Juni 1919, die

181 Report No. 5: Presented to the Supreme Council of the Allies by the Polish commission. Constitution of Eastern Galicia. Instructions, Enumeration of Meetings and Division of the Report, III. Consideration of the Articles in regard to which the Commission was not unanimous; Article 16 Opinion of the Majority, S. 12, in: VB R549 – 1029.

182 In seinem Report No. 1 vom 01.11.1919 spricht Nicolson (VB R 549 – 1910) von dem großen Eindruck, den der polnische Außenminister Paderewski auf die amerikanische Delegation machte. Aufgrund dessen wurde vorgeschlagen, den Polen ein Mandat über Ostgalizien zu geben.

die Basis dieses Verhandlungsentwurfes war, bilden würde, da dabei die angestrebte Selbstbestimmung der Bewohner Ostgaliziens nicht in die Tat umgesetzt werden könnte.¹⁸³

In seinem Schreiben vom 30. September 1919 nahm Sir Drummond zu dem Schreiben des englischen Delegierten Kisch Stellung.¹⁸⁴ Er sprach sich dabei gegen ein Plebiszit für Ostgalizien aus und begrüßte seine Streichung aus Artikel 2. Allein die volle Autorität des Völkerbundes über das fragliche Gebiet und seine Aufsicht über die Ausführung des Vertrages würden ein Plebiszit sinnvoll machen. Da dies aber politisch nicht umsetzbar war, hielt er ein Plebiszit für sinnlos. Er stimmte Colonel Kisch in seiner Einschätzung zu, daß die Streichung der Vertragspassagen, die sich mit dem provisorischen Charakter befaßten, eine Verletzung der Resolution vom 25. Juni darstellten. Kisch und damit Großbritannien sprachen sich für ein Mandat des Völkerbundes und für die Einsetzung eines Kommissars in Ostgalizien aus. Drummond stimmte dem in Hinsicht auf Polen und die Bewohner Ostgaliziens zu. Ebenso hielt er es für eine glückliche Lösung für den Völkerbund, die seiner Meinung nach nicht weit von dem amerikanischen Vorschlag entfernt war. Artikel 22 der Völkerbundsakte paßte genau auf diese Situation, wobei die letzte Entscheidung dem Rat zugebilligt wurde. Wenn man nun Polen das Mandat über Ostgalizien geben würde, so könnten die meisten Artikel des jetzt gerade verhandelten Vertrages in den Mandatsvertrag übernommen werden. Nach dem amerikanischen Vorschlag würden die Vereinbarungen des Vertrages unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden, was genauso auch im Mandatsschema vorgesehen war.

Sir Eric Drummond stimmte den amerikanischen Bedenken gegenüber einer einstimmigen Beschlußfassung zu. Deshalb schlug er vor, nicht nach Artikel 22 der Völkerbundsakte vorzugehen, sondern in den Mandatsvertrag die Klausel aufzunehmen, alle Fragen, die sich aus dem Vertrag ergaben, durch Mehrheitsbeschluß zu lösen. Er sprach sich ebenfalls für den Vorschlag aus, einen Repräsentanten des Völkerbundes in Ostgalizien zu etablieren und dies sofort im Mandatsvertrag niederzulegen. Alle Berichte und Fragen sollten zuerst einmal durch diesen Kommissar erledigt werden. Sollte der Mandatsvertrag aus welchen Gründen auch immer nicht zustande kommen, so fand Drummond es jedoch trotzdem notwendig, diesen Posten in Ostgalizien einzuführen.

Zum Problem der Vertragsänderung hatte Drummond folgendes hinzuzufügen: In der Völkerbundsakte sprach nichts dagegen, daß Verträge nicht durch Mehrheitsbeschluß durch den Rat geändert werden dürften. Die englischen Vorschläge zielten nun darauf ab, Polen von der Beschlußfassung über das Mandatsgebiet auszuschließen. Rein politisch ließe sich das aber nie durchsetzen. So kam der Generalsekretär zu folgendem Schluß: Die Mehrheit des Völkerbundes sollte zu einem Ergebnis kommen, das dann von den fünf Mächten zu akzeptieren sei.¹⁸⁵

183 Kisch, Britische Delegation Paris an Sir Eric Drummond, 25.09.1919, in: VB R 549 – 1267.

184 Sir Eric Drummond an Kisch, 30. 09.1919, in: VB R 549 – 1267.

185 Sir Eric Drummond an Kisch, 30. 09.1919, in: VB R 549 – 1267.

Im November 1919 stellte der Oberste Rat der Kommission für polnische Angelegenheiten den britischen Vorschlag eines Mandates mit begrenzter Dauer zur Disposition.¹⁸⁶ Nach einiger Bedenkzeit stimmte man dort diesem Vorschlag zu. Dabei verwies die Kommission aber auf die Einzigartigkeit eines europäischen Mandatsgebietes und auf die außergewöhnliche Situation in Ostgalizien.

Einstimmig sprachen sich die Vertreter in der Kommission für polnische Angelegenheiten dafür aus, dem Völkerbund in dem folgenden Mandatsvertrag vollste Bewegungsfreiheit zu gewähren. Er sollte das Recht haben, das Mandat aufrechtzuerhalten, zu revidieren oder das Statut zu ändern. Diese Disposition konnte nun sehr weitgehend interpretiert werden. Dem Völkerbund fiel dabei das Recht zu, mit dem Mandatsystem zu brechen, Ostgalizien endgültig an Polen oder einen anderen Staat anzuschließen oder aber sich für eine andere praktikable Lösung zu entscheiden.

Außerhalb dieser Frage entschloß sich die Kommission für polnische Angelegenheiten zu einem Kompromiß im Streit um die Artikel 16 und 38 des Vertragsentwurfes. Der englische Vertreter blieb bei seiner Meinung, erklärte sich aber bereit, die Frage an den Völkerbundsrat weiterzuleiten. Was nun den Kriegsdienst (Art. 38) betraf, wurde vereinbart, spezielle galizische Einheiten aufzustellen, die in Friedenszeiten in Garnisonen in Ostgalizien zusammengefaßt werden und im Krieg das nationale Territorium verteidigen sollten. Der Ausdruck „nationales Territorium“ zielte darauf ab, den Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg hervorzuheben. Praktisch bedeutete es, daß Polen nur berechtigt war, die galizischen Einheiten im Verteidigungsfall einzusetzen. Mit Zustimmung des Obersten Rates sollten daraufhin die Präambel, Artikel 2 und 38 geändert werden.¹⁸⁷

Am 18. November 1919 schrieb Sir Eric Drummond voll Zufriedenheit an Colonel Kisch: „I assume that the matter is now so far advanced that no further alterations of importance will be considered by the Supreme Council.“¹⁸⁸ Er hatte lediglich noch einen Punkt hinzuzufügen, der seiner Meinung nach alle Parteien gleichermaßen befriedigen dürfte und ganz besonders wünschenswert für den Völkerbund erschien. Es sollte eine Klausel in den Vertrag #gesetzt werden, die festlegte, daß alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes, die sich aus dem Vertrag ergeben sollten, an den Internationalen Gerichtshof überwiesen werden. Drummond befand, daß sich dieser Zusatz leicht an das Ende des Vertrages anfügen ließe.

Zur selben Zeit versuchten die Polen, die Diskussion für sich zu entscheiden. Sie betonten, daß Ostgalizien schon immer eine polnische Provinz gewesen sei und damit

186 Sir Eric Drummond, 10.11.1919 über Ostgalizien, in: VB R 549 – 1925.

187 Enclosure in Mr. Nicolson's Report No. 19, November 12th: Note présenté au Conseil Suprême par la Commission des Affaires Polonaises. Question de la Galicie orientale, 10.11.1919, in: VB R 549 – 2007. Text der geänderten Artikel in: Declaration of the Carpatho-Russian Supreme Council: With respect to the statute or Constitution of Eastern Galicia, in: VB R 549 – 4067.

188 VB R 549 – 1988.

integraler Bestandteil ihres Landes. Deshalb könnte es nie und nimmer Mandatsgebiet werden, da Mandate nur über Gebiete vergeben würden, die nicht zu dem jeweiligen Staat gehörten. Ein Mandat könnte in Polen unglückliche Folgen haben und den Bolschewismus stärken. Polnischerseits leugnete man den polnisch-ukrainischen Haß in Ostgalizien und versuchte, Deutschland dafür verantwortlich zu machen, da es die Ukrainer gegen die Polen aufgehetzt hätte. Es wurde weiterhin darauf verwiesen, daß Polen Ostgalizien schon wegen des Zuganges zum Schwarzen Meer unbedingt brauche und daß dies um so dringlicher so sei, als ihm in Danzig der freie Zugang zur Ostsee verwehrt geblieben sei. Das polnische Parlament weigerte sich außerdem, einen Vertrag zu unterschreiben, in dem Ostgalizien den Polen nicht überantwortet werden würde. Polen machte dabei besonders auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge aufmerksam und drohte mit dem Abzug des Geldes und damit mit dem Ruin der ostgalizischen Wirtschaft.¹⁸⁹

Gleichzeitig bemühten sich die ukrainischen Ostgalizier immer noch, eine Selbständigkeit des Territoriums herbeizuführen. Zu diesem Zweck versuchten sie, durch Memoranden ihre Ansprüche historisch zu untermauern und darzulegen, daß sie durchaus in der Lage wären, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, ihr Land selbständig zu regieren.¹⁹⁰

Aber es meldete sich auch noch eine dritte Kraft im Kampf um Ostgalizien. Die russischen Bevölkerungsteile erhoben wie Ukrainer und Polen auch Anspruch auf das Land. Interessanterweise wurde dies mittels einer Verschleierungstaktik versucht, indem sie sich als Karpatho-Russen ausgaben. Das Karpatho-Russische Hauptkomitee beanspruchte folgende Gebiete: das nordöstliche Ungarn, also die Karpaten, die Bukowina, die Lemkovščina¹⁹¹ und Ostgalizien. Sie wandten sich entschieden dagegen, daß der neue Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Polen kein Plebiszit mehr enthielt, und betonten, daß die sogenannte Autonomie nur auf dem Papier stünde. Es störte sie besonders, daß die russische Sprache nicht explizit erwähnt wurde und daß die orthodoxe Kirche Verfolgungen durch die Polen zu erleiden hatte. Dies mache es den Emigranten unmöglich, in die angestammte Heimat zurückzukehren. Sie sahen es ferner als die Pflicht der großen Nationen an, eine Amnestie in Ostgalizien durchzusetzen und der Kolonisation des Landes durch Polen Einhalt zu gebieten. Trotz des Verbotes durch Artikel 9 des Vertrages hatte der Warschauer Sejm Agrarkommissionen gebildet, die der Kolonisation Vorschub leisteten. Zu diesem Zweck formierten sich ebenfalls polnische Bankensyndikate. Auch die Russen erhoben historische Ansprüche auf das sogenannte Rotrußland.¹⁹²

Man versuchte sogar, auf der Pariser Friedenskonferenz durchzusetzen, daß ein autonomes Regime in Ostgalizien eingesetzt würde, bis Rußland wiedererrichtet worden

189 Extract from Mr. Nicolson's Report No. 32, Paris, 20.11.1919, in: VB R 549 – 2116.

190 Vgl. z.B. Mémoire sur l'indépendance de l'Ukraine présenté à la Conférence de la Paix par la Délégation de la République Ukrainienne, Paris 1919, in: VB R 1449 – 1046.

191 Darunter versteht man das Gebiet nördlich der Karpaten und westlich des San.

192 Declaration of the Karpatho-Russian Supreme Council with respect to the statute or constitution of Eastern Galicia, 29.04.1920, in: VB R 549 – 4067.

wäre. Die russischen Bevölkerungsteile beriefen sich dabei vor allem auf den Londoner Vertrag von 1915, in dem Rußland bekanntlich Ostgalizien und die Bukowina zugesprochen worden waren. Sie behaupteten ferner, daß dieser Vertrag noch Gültigkeit besäße, da er den Willen der Bevölkerung zur Selbstbestimmung kundtue. Der jetzige Status, das polnische Mandat, widerspreche aber diesem Willen und trage nicht zum Frieden in Europa bei. Im Gegenteil, so meinten die Russen Ostgaliziens, vergrößere er die ohnehin vorhandenen Spannungen zwischen Russen und Polen. Deshalb forderten sie nochmals eindringlich die Beendigung jeglicher ziviler und militärischer polnischer Verwaltung und Besatzung, die Durchführung eines Plebiszites, die Errichtung einer autonomen Provinz unter Aufsicht des Völkerbundes bis zur Wiederherstellung des status quo ante in Rußland und die Untersuchung der polnischen Kriegsverbrechen¹⁹³ an der Zivilbevölkerung.¹⁹⁴ Dabei wurden von russischer Seite schwere Anklagen gegen die Petljura- und Pavlenko-Truppen laut, die als polnische Protegés bezeichnet und für die Brandschatzung russischer Dörfer und die Ermordung von karpatho-russischen Bauern verantwortlich gemacht wurden.¹⁹⁵

Zusammenfassend lassen sich in der Mandatsdiskussion folgende Schritte feststellen: Am 25. Juni 1919 stellte Lansing dem Rat eine Resolution vor, die die polnische Armee autorisierte, Ostgalizien militärisch zu besetzen, und es der polnischen Regierung ermöglichte, eine zivile Verwaltung im Rahmen eines Mandates der alliierten und assoziierten Mächte einzurichten. Dies sollte eine weitestgehende Autonomie in Ostgalizien aufrechterhalten und die persönlichen, politischen und religiösen Freiheiten sichern. Das Mandat hatte die Aufgabe der politischen Vorbereitung der galizischen Bevölkerung auf ihre endgültige Selbstbestimmung und stellte einen Kompromiß der beiden aufeinanderprallenden Meinungen von Balfour und Baron Sonnino dar. Balfour wollte, daß ein Hochkommissar unter dem Mandat des Völkerbundes eingesetzt werde, während Sonnino dafür eintrat, Galizien bedingungslos Polen zu übereignen. Auf die Bedenken von Sir Eyre Crowe hin wurde der Terminus „Mandat“ gestrichen und durch „Vereinbarung“ in Lansings Resolution ersetzt, die man ansonsten übernahm. Sie diente als die Basis des Vertragsentwurfes der Kommission für polnische Angelegenheiten. Dieser Entwurf basierte auf dem Generalprinzip, daß nach etwa zehn Jahren eine allgemeine Volksbefragung durch die alliierten und assoziierten Mächte stattfinden sollte. Lansings Resolution und der Vertragsentwurf wurden zu einer Zeit an den Rat weitergegeben, in der die Lage in Ostgalizien noch recht gespannt war. Als Ende September 1919 im Rat darüber verhandelt wurde, hatte sich die Situation verändert. Die polnische Okkupation

193 20.10.1920, Telegramm vom Sekretariat der Karpatho-Russischen Organisation, Passaic New Jersey, der Karpatho-Russischen Organisation New York und dem provisorischen Präsidenten des Karpatho-Russischen Hauptkomitees New York, in: VB R 549 – 7727.

194 Markoff, Präsident der Karpatho-Russischen Komitees an Léon Bourgeois, Président de l'Association Française pour la Ligue des Nations, 01.10.1920, in: VB R 549 – 8330.

195 Prof. Vergun, Karpatho-Russian Committee, New York an Léon Bourgeois, 16.10.1920, in: VB R 549 – 8030.

hatte zu einer fast vollständigen „Pazifizierung“ des Landes geführt. Daraus schloß die amerikanische Delegation, daß es im Interesse des Friedens läge, bestimmte Klauseln, die den provisorischen Charakter der Vereinbarung betonten, aus dem Vertrag zu streichen. Allerdings sollten dabei die Rechte der Ukrainer und die Möglichkeit einer Revision des gesamten Vertragswerkes aufrechterhalten bleiben. So übersandte Polk am 25. September 1919 ein Memorandum an den Rat, das den Vorschlag enthielt, anstelle der geplanten Volksbefragung eine Bestimmung zu setzen, die den Vertrag unter die Oberaufsicht des Völkerbundes stellte. Folgenden Text schlug er vor: „The United States, the British Empire, France, Italy, Japan and Poland hereby agree not to withhold their assent from any modifications whatsoever of this treaty in whole or in part which is in due form assented to by a majority of the Council of the League of Nations.“

Während nun die übrigen Delegationen dem amerikanischen Vorschlag folgten, brachten die Briten nach Konsultation mit ihrer Regierung einen Gegenvorschlag ein. Sie schlugen dem Rat vor, Polen ein für zehn bis fünfzehn Jahre befristetes Mandat über Ostgalizien zu geben.¹⁹⁶ Um den englischen Vorschlag zu modifizieren, forderte die französische Delegation, das Mandat auf mindestens 25 Jahre auszuweiten. Dabei wird die französische Regierung wohl auch zu einem guten Teil den polnischen Einflüsterungen erlegen sein, die immer wieder betonten, wie gefährlich eine andersartige Entscheidung sich auswirken könnte. Man warnte vor ungünstiger Propaganda für die Entente und vor der Verbreitung des Bolschewismus in der Armee. Außerdem hoffte Warschau auch auf den französischen Einfluß, um Lloyd George zustimmen.¹⁹⁷ Die Amerikaner pflichteten diesem Vorschlag bei¹⁹⁸, machten aber unmißverständlich klar, sollte dieser Vorschlag nicht einstimmig angenommen werden, würden sie nur mehr für ein unbefristetes Mandat an Polen eintreten, das durch den Völkerbundsrat jederzeit aufgehoben und durch eine anderweitige Vereinbarung ersetzt werden könnte. Die amerikanische Delegation ging dabei von der Einsicht aus, daß nur eine stabile und starke polnische Verwaltung bei der Bevölkerung Vertrauen erwecken und den Frieden bewahren könnte. Nachdem man aber zu dem jetzigen Zeitpunkt unmöglich sagen konnte, ob sich diese Regelung bewähren würde, sollte unter allen Umständen eine Revisionsmöglichkeit offengehalten werden. Mit dieser Meinung befand sich die amerikanische Regierung vollkommen auf der Linie von Sir Eric Drummond, der ebenfalls für das Modell eines „perpetual mandate“ eintrat.¹⁹⁹ Deshalb stimmten die USA dafür, daß es nicht an einer einzigen Macht liegen sollte, eine Anpassung des Vertrages an die bestehenden Bedürfnisse zu verhindern, sondern sie

196 Vgl. auch Erklärung von Sir Eyre Crowe vom 8. November 1919, in: VB R 549 – 1962, und Minute of Sir Eric Drummond, 10.11.1919, in: VB R 549 – 1925.

197 Nicolson an Drummond, Paris, 23.12.1919, in: VB R 549 – 2550.

198 Dies wurde auch von den Engländern angenommen: Kisch an Drummond, 22.11.1919, in: VB R 549 – 2151.

199 Minute on conversation with Mr. Gregory of the British Foreign Office, 27.04.1920, in: VB R 549 – 4075.

wollten diese Entscheidung von einem Mehrheitsbeschluß abhängig gemacht wissen.²⁰⁰ Am 20. November 1919 wurden die Statuten für Ostgalizien veröffentlicht.

Mit der Deklaration des Obersten Rates der alliierten und assoziierten Mächte vom 8. Dezember 1919 wurden die Ostgrenzen Polens festgelegt und alle ehemaligen russischen und österreichischen Gebiete der polnischen Verwaltung unterstellt.²⁰¹ Aber damit hatten die Verhandlungen noch kein Ende gefunden. Die Polen wandten sich entschieden gegen diesen Beschluß, betrachteten sie Ostgalizien doch als einen Teil Polens. Außerdem empfanden sie die Einmischung von außen als vollkommen überflüssig. Offensichtlich waren die Großmächte mit ihrem Verhandlungsergebnis selbst nicht sonderlich zufrieden, und so wurden ihre Alternativen auf französischen Vorschlag hin still ad acta gelegt. Das einzige Ergebnis der Verhandlungen auf der Friedenskonferenz über Ostgalizien war, daß keine Lösung für das Problem gefunden wurde.²⁰²

Auf der Konferenz von Spa, die vom 5. bis zum 11. Juli 1920 tagte, stimmte der Oberste Rat dafür, in London eine internationale Friedenskonferenz einzuberufen, auf der die ukrainische Frage unter Beteiligung von galizischen Deputierten behandelt werden sollte. Dies und ein Verteilungsschlüssel für die deutsche Gesamtschuld waren das einzige Ergebnis.

In den Verhandlungen zum Vertrag von Riga sprachen sich die ukrainischen Sowjetdelegierten am 24. September 1920 für eine Selbständigkeit Ostgaliziens aus, konnten aber durch den internationalen Druck, der auf ihnen lastete, diese Forderung nicht aufrechterhalten. So rangen sie den Polen lediglich die Rechte auf freie nationale und kulturelle Entfaltung für die auf polnischem Territorium lebenden Ukrainer ab.²⁰³

In den folgenden Monaten versuchte die Delegation des Ukrainischen Nationalrates, mit verschiedenen Schreiben an den Völkerbund auf die Lage in Ostgalizien aufmerksam zu machen. Daraufhin richtete der Völkerbundsrat, der am 23. Februar 1921 in Paris zusammentrat, einen Bericht an den Botschafterrat, um die Hauptmächte der Entente auf die Wichtigkeit einer Regelung der ostgalizischen Frage aufmerksam zu machen.²⁰⁴

Am 2. März 1921 kam der Völkerbundsrat zu folgender Entscheidung:

1. Die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Rechte der nationalen Minderheiten in Polen können in Bezug auf Ostgalizien keine Anwendung finden, da Ostgalizien außerhalb der Grenzen Polens liegt.

200 Nicolson an Sir Eric Drummond, 25.11.1919: Summary of American position regarding Eastern Galicia, 21.11.1919, in: VB R 549 – 2192.

201 Declaration of the Supreme Council of the Allied and Associated Powers relating to the provisional eastern frontiers of Poland, 8.12.1919, in: VB R 563 – 2361.

202 TEMPERLEY A history of the Peace Conference, VI, S. 274.

203 St. 4, Preliminarnye uslovija mira i peremirie meždu RSFSR i USSR s odnoj storony i Poľšej s drugoj, zaključennye v Rige 12 oktjabrja 1920 g., in: KLJUČNIKOV/SABANIN: Meždunarodnaja politika, II, 1, S. 64.

204 Bases politiques légales de la Galicie Orientale comme République Galicienne indépendante, 10.07.1922, in: VB R 551 – 21954.

2. Die Bestimmungen über die Ausübung von Mandaten und die Kontrolle des Völkerbundes über die Mandate können auf Ostgalizien keine Anwendung finden, da Polen kein Mandat zur Einführung der Verwaltung in diesem Lande erteilt wurde.
3. Im vorliegenden Falle können auch die Vorschriften der Haager Konvention nicht angewendet werden, da zur Zeit ihres Abschlusses Polen als Staat nicht existierte.
4. Polen erscheint nur als ein faktischer militärischer Okkupant Ostgaliziens, dessen Souverän die Ententemächte sind. (Art. 91 des Friedensvertrages von Saint-Germain).²⁰⁵

So entledigte sich der Völkerbundsrat des Problems und reichte es an den Botschafterrat weiter. Daraufhin überreichte der Ukrainische Nationalrat am 30. April 1921 den Hauptmächten der Entente eine Note, in der die politischen Organisationsprinzipien der unabhängigen Galizischen Republik dargelegt wurden.²⁰⁶

Darin erklärt sich die Galizische Republik zu einem unabhängigen und souveränen Staat, dessen Souveränität sich auf die Gesamtheit seiner Bürger erstreckt (I, Art. 1). Artikel 2 legt das Territorium des neuen Staates fest.²⁰⁷ Der galizische Staat soll aus drei Hauptnationalitäten – der ukrainischen, polnischen und jüdischen – bestehen, und alle sollen dieselben Rechte genießen. Die übrigen Nationalitäten Ostgaliziens, wie zum Beispiel die Deutschen, formen nationale Minderheiten, deren Rechte und Schutz durch die Verfassung gesichert werden (III, 3).

Galizien soll eine republikanische Staatsform erhalten, deren Ziel es ist, für das moralische und materielle Wohl seiner Bürger zu sorgen (IV, Art. 4). Kapitel V legt die Rechte der Staatsbürger nieder. Darin sind enthalten das Indigenat, die Gleichheit aller Bürger, die Möglichkeit für alle, Beamte zu werden, das Recht auf Eigentum, freien Handel und Berufswahl. Jegliche Restriktion persönlicher Freiheit ist verboten, so die Sklaverei, die Fronarbeit und Tributzahlungen an Privatpersonen oder Institutionen sowie die willkürliche Verhaftung durch Sicherheitsorgane. Das Recht auf Freiheit und Frieden ist als unverletzlich deklariert, ebenso das Briefgeheimnis. Die Staatsbürger haben zudem das Recht, Gewerkschaften und Gesellschaften zu gründen. Es ist das Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit festgelegt, ebenso das Verbot, die postalische Verschickung von Zeitungen zu verhindern. Jeder Bürger genießt volle Glaubensfreiheit

205 „Die staatsrechtliche Stellung Ostgaliziens“, in: Wiener Morgenzeitung, 3. März 1921, in: AdR, Mappe 95, 10083.

206 Petruševyč an die Botschafterkonferenz, Paris, 30.04.1921 in: VB R 550 – 12487.

207 „Le territoire politique de la République Galicienne est borné au Nord, à l'Est et au Sud par les frontières de l'ancienne province autrichienne de Galicie et s'étend à l'Ouest par son territoire ethnographique ukrainien jusqu'à Peremyshl (inclusivement), de telle sorte que jusqu'à Sianik, la rivière Sian constitue les frontières occidentales et que la ligne de chemin de fer de Lupkiw avec le pays limitrophe des Lemkes appartiennent au territoire de la République Galicienne. Feront aussi part du territoire politique de la République Galicienne ces régions ethnographique ukrainiennes de l'ancienne monarchie Austro-Hongroise qui lui seront accordées par les Grandes Puissances de l'Entente.“ (VB R 550 – 12487).

und kann zu keinerlei Zahlungen an eine andere Religion gezwungen werden. Der Unterricht ist frei, solange er nicht die Existenz des Staates bedroht, und jeder Staatsangehörige hat das Recht auf einen Platz an einer Schule und an einer Universität. Für die Grundschulen besteht Schulpflicht. Neben dem öffentlichen Schulsystem sind die Privatschulen gleichberechtigt.

Der Teil VI behandelt den Staatsrat, dessen Legislaturperiode auf fünf Jahre bemessen ist der die legislative Macht im Staat darzustellen hat und durch das Volk in freier, gleicher, unmittelbarer, geheimer und proportionaler Wahl zu bestimmen ist (Art. 6). Die Aufteilung der Mandate auf die verschiedenen Nationalitäten entspricht dem Anteil der einzelnen Nationalitäten in der Bevölkerung.

Der siebte Hauptteil beschäftigt sich mit dem galizischen Staatspräsidenten. Er soll auf sechs Jahre in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl vom Volk Galiziens bestimmt werden (Art. 11). Der Präsident ernennt die Staatsminister, deren genaue Zahl vom Staatsrat festgelegt wird, und er nimmt auch deren Demission an. Er hat den Oberbefehl über die Streitkräfte und ernennt die Kommandeure und Offiziere der Armee. Mit Einverständnis des Staatsrates schließt der Präsident die Verträge mit auswärtigen Mächten und entscheidet über Krieg und Frieden (Art. 13). Der Präsident Galiziens ruft den Staatsrat zusammen, vertagt und löst ihn auf. Er hat auch die vom Staatsrat verabschiedeten Gesetze durch seine Unterschrift in Kraft zu setzen. Zudem muß er sich innerhalb von 30 Tagen über ein Gesetz äußern. Lehnt er die Verabschiedung ab, muß das Gesetz unverzüglich zur Beratung an den Staatsrat zurückgeleitet werden. Erhält das Gesetz dort eine Zweidrittelmehrheit, bedarf es nicht mehr der Unterschrift des Präsidenten und kann in Kraft treten (Art. 14).

Den Staatsministern, die sämtliche Staatsbedienstete leiten, die Gesetze in Kraft setzen und die Anweisungen zur Ausführung der Gesetze publizieren (Art. 18) ist der achte Hauptteil gewidmet. Sowohl die Minister als auch der Ministerpräsident werden vom Präsidenten bestimmt, sind aber verantwortlich gegenüber dem Parlament (Art. 21). Würden sie Verstöße gegen diese Verfassung begehen, so könnte der Staatsrat mit Zweidrittelmehrheit ein Sondergericht einsetzen.

Kapitel neun beschäftigt sich in aller Genauigkeit mit den Rechten der Nationalitäten. Die Primär- und Sekundärschulen sollen die drei Nationalitäten getrennt in ihrer jeweiligen Muttersprache unterrichten. Die übrigen Minderheiten können eine Schule ihrer Wahl besuchen, und so weit wie möglich sollen für sie eigene Schulen errichtet werden. Eine Universitätsausbildung ist für alle möglich (Art. 22). Die offizielle Staatssprache aller Staatsorgane ist das Ukrainische, wohingegen autonome Körperschaften ihre eigene Amtssprache wählen können. Staatsbürger, Korporationen und Institutionen haben das Recht, sich in ihrer Muttersprache an die staatlichen Organe zu wenden (Art. 23). Protokollschriften können in einer der drei offiziellen Staatssprachen gefertigt werden (Art. 24). Ebenso verhält es sich mit Gesetzen und offiziellen Anweisungen (Art. 25). Die Sprachen der Minderheiten sollen gleichberechtigt behandelt werden (Art. 26). Staatsbeamte werden nach einem bestimmten Nationalitätenschlüssel, der ihrer Re-

präsentation in der Bevölkerung entspricht, eingestellt (Art. 27 und 28). Nur wer mindestens zwei der drei Sprachen perfekt beherrscht, kommt für den Staatsdienst in Frage.

Kapitel X beschäftigt sich mit den Bestimmungen über die Justiz. Darin heißt es, daß die Rechtsprechung und ihr Vollzug dem Staat obliegt (Art. 30). Die Richter sind in ihrer Funktion souverän und unabhängig, und Zivil- und Strafprozesse haben mündlich und öffentlich stattzufinden (Art. 32). Artikel 33 eröffnet die Möglichkeit, bei Amtsmißbrauch gegen die Beamten zu klagen.

Der Armee ist ein eigener Hauptteil XII gewidmet. Artikel 38 berechtigt die Galizische Republik zum Unterhalt einer regulären Wehrpflichtigen-Armee, die durch den Staatspräsidenten im Falle von öffentlicher Gefahr oder innerer Bedrohung des Staates eingesetzt werden darf.

Der letzte Teil der Verfassung beinhaltet Übergangsbestimmungen. Artikel 39 bestimmt die Schaffung einer interalliierten Kommission, in der jede Großmacht der Alliierten einen Sitz haben soll, um den galizischen Staat ins Leben zu rufen. Um die Bevölkerung an dieser Aufgabe teilnehmen zu lassen, soll ein Administrativrat gegründet werden, in dem Vertreter der ukrainischen, polnischen und jüdischen Bevölkerung eine Stimme haben würden. Dieser Rat untersteht der interalliierten Kommission (Art. 40), die aber laut Artikel 41 die Staatsgeschäfte an ihn weitergeben soll. Seine Aufgaben und Pflichten sind demnach folgende: Drei Monate nach seinem Zusammentreten sollen Wahlen zum Staatsrat organisiert werden, und sechs Wochen nach Zusammentreten des Staatsrates soll der Präsident gewählt werden. Spätestens 14 Tage danach würde sich der Staatsrat versammeln und dem Präsidenten seinen Amtseid abnehmen. Sofort darauf hat der Administrativrat seine Macht an die interalliierte Kommission zurückzugeben und dem Präsidenten den Staatsfond und die Befugnis über die Verwaltung zu übergeben. Damit wäre die Aufgabe des Administrativrates endgültig beendet (Art. 42).

Einige Monate später fügt Petruševyč ein *Reglement d'élections au parlement de la République Galicienne* an.²⁰⁸ Darin werden äußerst komplizierte Wahlgesetze festgelegt, die sich mit der Zusammensetzung des Parlamentes, den Wahldistrikten, mit dem Recht auf Wählbarkeit und mit zu bildenden Wahlkommissionen beschäftigen. Das Parlament, der Staatsrat, soll sich aus 211 Deputierten zusammensetzen, unterteilt in 148 ukrainische, 33 polnische, 25 jüdische und fünf Sitze für die übrigen Minderheiten, wie zum Beispiel die Deutschen (Art. 1). Für die Parlamentswahlen soll die Republik in Wahldistrikte eingeteilt werden: elf für die Ukrainer, jeweils fünf für die Polen und Juden und einer für die anderen Minderheiten. Jeder Bürger der Republik ab dem 24. Lebensjahr hat das Recht zu wählen, und zwar dort, wo er am Tage der Einschreibung zur Wahl wohnhaft ist (Art. 3, §3). Wählbar sind alle, gleich welchen Geschlechtes, wenn sie am Tage der Wahl ihr dreißigstes Lebensjahr vollendet haben (Art. 3, §4).

Für die Wahl soll in Lemberg eine Hauptwahlkommission gebildet werden, die von Distriktwahlkommissionen unterstützt werden soll, die ihren Sitz bei den Arron-

208 Beilage in Petruševyč an Botschafterkonferenz, 25.07.1921, in: VB R 550 – 14327.

dissements-Gerichten haben.²⁰⁹ Diesen wiederum wird von Gemeinde-Wahlkommissionen zugearbeitet (Art. 4, §7). Die Wahllisten müssen acht Tage lang von 8 bis 20 Uhr in den Gemeinden ausliegen und in alphabetischer Reihenfolge oder numerischer Reihe nach den Hausnummern geordnet sein (Art. 5, §16). Die Kandidatenliste muß durch die Parteien der Distriktwahlkommission zehn Tage vor der Wahl vorgelegt werden (Art. 6, §25). Eine Aufzählung über die Dinge, die am Wahltage geboten oder verboten sind, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, da sogar die Beschaffenheit des Papierses der Wahlzettel bestimmt ist. Wahlbeschwerden können durch die Parteivorsitzenden innerhalb von 30 Tagen an die Hauptwahlkommission eingereicht werden, die sie dann an das Wahlgericht weitergibt (Art. 9, §48).

Im September 1921 wandte sich die Delegation des Ukrainischen Nationalrates an die Vollversammlung des Völkerbundes mit der Bitte, ihren Einfluß geltend zu machen, um das ostgalizische Problem so schnell wie möglich zu lösen. Auf Vorschlag des kanadischen Ministers M. Doherty nahm die Vollversammlung eine entsprechende Resolution an. Diese wurde am 27. September 1922 noch einmal einstimmig bekräftigt.²¹⁰

Die Ukrainer erhielten aber auch von anderer Seite Hilfe bei ihrem Versuch, Ostgalizien in eine unabhängige Republik umzugestalten. Am 15. Dezember 1921 votierte das Comité Exécutif de l'Association Anglaise pour la Société des Nations dafür, bei der britischen Regierung eine Démarche durchzuführen damit Galizien als unabhängige Republik in die Gemeinschaft der souveränen Staaten aufgenommen würde. Am 28. Januar 1922 stimmten die Vertreter aller ukrainischen Parteien in Lemberg für Jevhen Petruševyč als Präsident des Ukrainischen Nationalrates für Ostgalizien und bestätigten ihn als den alleinigen Vertreter des ostgalizischen Volkes.

Auch von französischer Seite kam es zu Gunstbeweisen gegenüber den galizischen Ukrainern. So stimmte die L'Association Française pour la Société des Nations à Paris am 20. April 1922 für eine Resolution, die die Aufstellung eines alliierten Kontrollorgans über die polnische militärische Besatzung und die schnellstmögliche Anerkennung des ukrainischen Staates forderte, so wie er am 1. November 1918 gegründet worden war.²¹¹

Im Juni 1922 gelang es den Ukrainern auf dem Kongreß der Völkerbundsvereinigungen (League of Nations Societies) in Prag, daß die West Ukrainian (Galician) League of Nations Union als Mitglied anerkannt wurde. Gleichzeitig wandte sich der Kongreß an

209 Die Liste der Wahldistrikte und die Zahl der jeweiligen Nationalitätenabgeordneten siehe bei: The case for the independence of Eastern Galicia, London 1922. Published under the authority of the President of the Ukrainian National Council, S. 26 in: VB R 551 – 21554.

210 Third Assembly of the League of Nations, Status of Eastern Galicia, Report submitted to the Assembly by the Sixth Committee, A. 100.1922.VII, in: VB R 551 – 23561.

211 Bases politiques légales de la Galicie Orientale comme République Galicienne indépendante, 10 Juillet 1922, in: VB R 551 – 21945. Text der Résolution in: Annexe, La question politique de la Galicie Orientale, Juin 1923, in: VB R 565 – 30575.

die wichtigsten alliierten Mächte mit der Aufforderung, so schnell wie möglich den politischen Status Ostgaliziens zu bestimmen.²¹²

Als dann am 15. März 1923 die Botschafterkonferenz endgültig über das Schicksal Ostgaliziens entschied, nahm die ukrainische Seite das Ergebnis fassungslos auf und weigerte sich, es zu akzeptieren. Polen erhielt ohne Einschränkung das Recht der Verwaltung über ganz Ostgalizien. Man warf der Botschafterkonferenz vor, die weltweite öffentliche Meinung und vor allem die des ukrainischen Volkes in Ostgalizien nicht berücksichtigt zu haben. Es wurde vorher kein Plebiszit abgehalten, und dies verletzte nach ihrer Meinung die vorhergehenden Bestimmungen der alliierten Mächte. Die Autonomieregelung ging der ukrainischen Seite nicht weit genug. Am 25. März 1923 schwor die ukrainische Bevölkerung auf dem Platz des Heiligen Jurij in Lemberg, sich nie der polnischen Administration zu beugen und jede Möglichkeit des Kampfes gegen Warschau zu nutzen.²¹³

Damit hatte die internationale Staatengemeinschaft es versäumt, eine Lösung zu finden, die allen Beteiligten den Frieden gebracht hätte. Stattdessen wurde Osteuropa für die folgenden Jahre zum steten Unruheherd.

Gerade auf diesen Punkt hinzuweisen wurde Dr. Petruševyč in den folgenden Jahren nie müde. In Schreiben nicht nur an den Völkerbund versuchte er, auf die Situation der Ukrainer in Galizien aufmerksam zu machen. Er erklärte dabei, daß seitens der Westukrainer die Verträge von Warschau und Riga und die Entscheidung des Botschafterrates niemals anerkannt werden würden. Über die neutralen Staaten, wie zum Beispiel Schweden, hoffte Petruševyč, im Interesse des Friedens, der Sicherheit und der Abrüstung für Galizien Konzessionen zu bekommen.²¹⁴

4.4. Das Problem Ostgalizien im Spiegel der ukrainischen Beschwerden an den Völkerbund zwischen 1920 und 1923

Petitionen durch Auslandsukrainer

Bereits im Jahre 1920 beschäftigte sich die Weltöffentlichkeit auch noch auf einer anderen Ebene mit dem Problem Ostgalizien. Vor allem die ukrainischen Exilorganisationen in den Vereinigten Staaten²¹⁵ und Kanada versuchten, über Massenversammlungen und

212 The legal political basis of Eastern Galicia as the independent Galician Republic, July 10th, 1922, in: Petruševyč an Drummond, 26.08.1922, in: VB R 551 – 22899.

213 Der Text der Entscheidung der Botschafterkonferenz sowie derjenige des Schwures befinden sich in: La question politique de la Galicie Orientale, Juin 1923, in: VB R 565 – 30575.

214 Petruševyč an den schwedischen Außenminister, Berlin, 29. Juni 1928, in: Utrikesdepartementet 1920 Örs dossiersystem HP 895 Ukraina.

215 In VB R 550 – 15281 befindet sich eine 11seitige Auflistung von ukrainischen Exilorganisationen in den USA, die alle Petitionen und sonstige Schriftstücke im Namen der europäischen Ukrainer an den Völkerbund sandten.

Resolutionen Druck auf die verantwortlichen Regierungsstellen²¹⁶ und den Völkerbund auszuüben.

So übersandte die kanadische Regierung ein Memorandum der in ihrem Lande lebenden Ukrainer vom Januar 1920 an den Generalsekretär des Völkerbundes und gleichzeitig eine Stellungnahme des polnischen Generalkonsulates in Montreal. Beides wurde zur Kenntnisnahme an die Mitglieder des Völkerbundsrates weitergeleitet.²¹⁷

Auf einer Massenversammlung in Montreal wurde als Protest gegen die Vergabe eines Mandates über Ostgalizien an Polen eine einstimmige Resolution der dort anwesenden Ukrainer beschlossen. Polen, so hieß es weiter, halte sich nicht an die vereinbarte Sprachen- und Religionsfreiheit und lege der Rückwanderung von Ukrainern nach Ostgalizien jedes mögliche Hindernis in den Weg. Die Bitte der Ukrainer bezog sich auf genau dieses Problem: Man wiederholte noch einmal den Protest gegen die Vergabe des Mandates und bat den Völkerbund, einen ukrainischen Kommissar für diejenigen kanadischen Ukrainer zu ernennen, die nach Ostgalizien zurückkehren wollten. Weiterhin wurde um Unterstützung gebeten, daß die Geld- und Paketsendungen aus Kanada auch wirklich ihr Ziel in Ostgalizien erreichten. Die meisten Hilfslieferungen würden von polnischen Grenzsoldaten und Beamten beschlagnahmt und nicht den Ukrainern zugute kommen.

Das polnische Konsulat in Montreal legte gegen diese ukrainische Petition schärfsten Protest ein und erklärte, daß diese Versammlung auf keinen Fall die Mehrheit der ukrainischen Kanadier repräsentierte. Laut polnischer Erkenntnisse war diese Versammlung durch die Agenten von Dampfschiffahrtslinien zusammengebracht worden, die sich einen geschäftlichen Vorteil davon versprachen. Auch gegen den Vorwurf, keine Pässe an griechisch-katholische Ukrainer für Ostgalizien auszustellen, verwehrt sich der polnische Konsul. Laut Statistik wurden zwischen dem 15. Dezember 1919 und dem 15. Januar 1920 insgesamt 1.298 Pässe vom Konsulat ausgestellt, davon 937 für griechisch-katholische Ukrainer, 337 für Katholiken und 19 für Juden. Der Generalkonsul J. Okolowicz verwarf sich gegen diese Anschuldigungen, indem er darauf hinwies, daß derartige Beschwerden erst an die polnische Regierung gerichtet werden sollten, damit interne Untersuchungen angestellt werden könnten.

Eine ähnliche Resolution wie diejenige aus Montreal lag dem Völkerbund aus Pennsylvania mit Datum vom 24. Oktober 1920 vor, die von 5.000 Amerikanern

216 Am 24. Dezember 1920 wurde dem House of Representatives eine „Memorial Petition and Declaration“ übersandt. Diese war angestrengt worden durch „The American Veteran Soldiers of the World War of Ukrainian origin, the Ukrainian branch of the American Red Cross, Connecticut Branches of Ukrainian Organizations in the Union, and the Delegates of American Citizens and General Ukrainian-American public of the State of Connecticut“, in: Convention of American Soldiers to House of Representatives, 24.12.1920, in: Records, 2, 1.

217 Document du Conseil Z1; League of Nations, Ukrainians in Canada. Petition, dated 19th January 1920, addressed to the League of Nations by certain Ukrainians, residents of Montreal, 19.01.1920, in: VB R 573 – 4663.

ukrainischer Abstammung verabschiedet worden war. Sie protestierten gegen die militärische Besetzung Ostgaliziens, Chełms, Wolhyniens und Podlassiens durch Polen und gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch diese Okkupation. Um ihre Ziele durchzusetzen liquidierte und deportierte das polnische Militär große Teile der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens. Deshalb forderte die Versammlung den Völkerbund auf, von Polen den unverzüglichen Abzug der Okkupationstruppen zu fordern, die vollkommene Unabhängigkeit der ukrainischen Republik anzuerkennen und den Friedensvertrag von Paris zu revidieren, indem Ostgalizien, Chełm, Wolhynien und Podlassien an die Großukraine angeschlossen würden.²¹⁸

Auf diese Resolution antwortete die polnische Legation beim Völkerbund im Dezember 1920. Zuerst einmal wollte sie die Bezeichnung „Resolution der Ukrainischen Versammlung“ nicht gelten lassen, sondern nannte das Treffen in Pennsylvania eine reine Propagandaveranstaltung. Polnischerseits ging man davon aus, daß dieses Schriftstück, das lediglich die Unterschriften von zwei Privatpersonen trug, nicht dazu geeignet erschien, dem Völkerbundsrat als Drucksache unter dem Titel „Information“ vorgelegt zu werden. Es könnte sich mit den sonst so wichtigen Publikationen des Völkerbundes für seine Mitglieder nicht messen. Der polnische Delegierte Aszkenazy schlug dem Völkerbundsrat vor, strengere Kriterien bezüglich detaillierter Informationen anzulegen, wenn er das nächste Mal derartige Schriftstücke publizierte.²¹⁹ Laut Arnold Margolin, der als Rechtsberater²²⁰ den ukrainischen Vertreter beim Völkerbund, Oleksander Šul'hyn, begleitete, machten diese Mitteilungen aus Nordamerika großen Eindruck in Genf. Andererseits war es jedoch offensichtlich, daß die internationale Situation für die nationalen Aspirationen der Ukrainer äußerst ungünstig war. Die britische Regierung blieb standhaft bei ihrer Überzeugung, sich nicht in die Angelegenheiten der Sowjets im ehemaligen Russischen Reich einzumischen. Die Vereinigten Staaten hatten ihr völliges Desinteresse an der osteuropäischen Innenpolitik verlautbaren lassen. Was nun Frankreich betraf, hatte man den Plan einer „kleinen Ukraine“ unter dem Schutz eines „Groß-Polens“ nach dem Fehlschlagen der polnisch-ukrainischen Invasion gegen die Sowjets aufgegeben.²²¹

Ebenso lassen sich für das Jahr 1921 weitere Petitionen von Amerikanern nachweisen, die in Galizien oder der Bukowina als Kinder ukrainischer Eltern geboren worden waren. Diese Petitionen hatten zumeist einen standardisierten Wortlaut und forderten allesamt die Beendigung der polnischen Okkupation Ostgaliziens, die Anerkennung Galiziens als unabhängigen Staat und auch Anerkennung der Regierung Petruševyč.²²² Dabei lagen

218 League of Nations. Resolutions adopted by a Ukrainian Assembly in Pennsylvania, 24.10.1920, in: VB R 563 – 9271.

219 Délégation polonaise auprès de la Société des Nations an Präsident des Völkerbundsrates, 04.12.1920, in: VB R 563 – 9271.

220 Er bekleidete diesen Posten vom Herbst 1920 bis Anfang 1921.

221 MARGOLIN From a political diary, S. 67.

222 To the High League of Nations, in care of the Honorable General Secretary, Geneva

jeder der Petitionen lange Unterschriftenlisten bei. Das Auslandsukrainertum schwang auch in den folgenden Jahren nicht und versuchte, über den neutralen Staat Schweden Einfluß auf das Weltgeschehen zu nehmen und seinen unterdrückten Landsleuten in der Sowjetunion und Polen zu helfen. Die kanadischen Ukrainer erwiesen sich dabei als besonders rühlig im Übersenden von Deklarationen.²²³

Petitionen aus Ostgalizien

Aber nicht nur Organisationen außerhalb des ukrainischen Territoriums versuchten, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen. Auch innerhalb Ostgaliziens bildeten sich verschiedene Gruppierungen, vor allem im kulturellen Bereich, die für mehr Freiheiten der Ukrainer eintraten. In einem Schreiben an Sir Eric Drummond vom 25. September 1920 übersandte Dr. Jevhen Petruševyč ihre Bitten.²²⁴

Unter der österreichischen Herrschaft hatte die Universität von Lemberg stets einen ukrainisch-polnischen Charakter besessen. Gegen Ende des Jahres 1918 begannen die polnischen Okkupanten, die ukrainischen Lehrstühle zu liquidieren, die Universität für ukrainische Studenten zu schließen und den ukrainischen Professoren die Lehre zu verbieten. Um diesem Treiben entgegenzuwirken, organisierte die Ševčenko-Gesellschaft im September 1919 private ukrainische Universitätskurse. Schon Ende 1919 wurden diese aber mit Waffengewalt, legitimiert durch eine Entscheidung der polnischen Regierung vom 27. September 1919, beendet. So wurde versucht, 2.000 ukrainische Studenten von jeglicher Unterrichtsmöglichkeit auszuschließen und die kulturelle Entwicklung des ukrainischen Volkes aufzuhalten. Den jungen Leuten wurde aber nach ihrem abgebrochenen Studium die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, noch zusätzlich erschwert, da die polnischen Behörden keine ukrainischen Beamten und Angestellten beschäftigten. All dies wurde durch ein Schreiben der folgenden ukrainischen Gesellschaften bestätigt: Stavropoger Bruderschaft, Prosvita-Gesellschaft²²⁵, Wissenschaftliche Ševčenko-Gesellschaft, Ukrainische Pädagogische Vereinigung, Nationalmuseum, Vereinigung der ukrainischen wissenschaftlichen Kurse „Peter Mohyla“, Gesellschaft ukrainischer

Switzerland, 09.08.1921, in: VB R 550 – 15281. In diesem Dossier befinden sich mannigfaltige Beispiele für Petitionen.

- 223 Representative Committee of Ukrainian Canadians, Saskatoon, Saskatchewan an den schwedischen Außenminister Sandler, 29.05.1939, in: Utrikesdepartementet 1920 (Ers dossiersystem, Ukraina HP 895).
- 224 Petruševyč an Drummond, 25.09.1920, in: VB R 549 – 8444.
- 225 Diese Gesellschaft wurde bereits 1868 gegründet, um das zivilisatorische und ökonomische Niveau der ukrainischen Landbevölkerung zu heben. Mit 35.000 Mitgliedern und 74 Filialen, an die 2.611 Lesesäle mit 130.000 Mitgliedern angeschlossen waren, gehörte die Prosvita-Gesellschaft zu den größten ukrainischen Organisationen. Die Gesellschaft unterhielt außerdem eine Landwirtschaftsschule mit einem Versuchsgut sowie eine Hauswirtschafts- und Handelsschule. (La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe, Gênes, Avril 1922, S. 43, in: VB R 551 – 21554).

Professoren, Vereinigung ukrainischer Techniker, Vereinigung ukrainischer Mediziner, Vereinigung ukrainischer Anwälte und die Vereinigung der Universitätsstudenten.²²⁶

Aber auch die polnische Seite führte einen Propagandakrieg, sowohl an der diplomatischen Front als auch in den Medien. Eine der interessantesten Blüten trieb der Propagandakrieg in dem Artikel „To the representatives of the Nations of Europe and America“ von J.M. Bazewicz.²²⁷ Um die Gebietsforderungen der Warschauer Regierung nach den Grenzen von 1772 zu rechtfertigen, vertrat er die These, Polen müßte Land im Osten gewinnen, da es in vielen Regionen eine höhere Bevölkerungsdichte als Deutschland habe. Sollte Polen hinter die Curzon-Linie gesperrt werden, würden die Polen in einigen Jahren aus Platzmangel zur Emigration in die ganze Welt getrieben werden. Dies hätte zur Folge, daß sie ihre Kultur nicht den Völkern im Osten nahe bringen und so auch nichts zur Zurückdrängung der asiatischen Völkerschaften beitragen könnten. Gerade durch das Herausstreichen der „gelben Gefahr“ sollte den westlichen Regierungen der polnische Standpunkt nahegebracht werden. Ohne die polnische Hilfe würde durch das Vorrücken Chinas das gesamte Osteuropa in Gefahr gebracht werden.

Daß sich schon frühzeitig auch andere Teile der ukrainischen Bevölkerung gegen die Ungerechtigkeiten in Ostgalizien wandten, zeigen Schriften wie „For Galicia! Appeal to the World Democracy“ von der Delegation der ukrainischen Sozialisten-Revolutionäre, unterstützt von der internationalen Konferenz in Luzern.²²⁸ Dieses Manifest wurde am 31. Dezember 1919 an den Sekretär der Internationalen gesandt und forderte den unverzüglichen Rückzug der polnischen Truppen aus Galizien sowie Hilfsleistungen durch Wirtschaftskommissionen und das Internationale Rote Kreuz. Das damals noch spruchreife Mandat sollte dem polnischen Staat genommen und Ostgalizien unter die Aufsicht des Völkerbundes oder einer internationalen Kommission gestellt werden. Begründet wurde dies durch die katastrophalen Zustände in den polnischen Internierungs und Arbeitslagern. Allein in zwölf Straflagern waren 23.133 Ukrainer eingesperrt, wie das Internationale Rote Kreuz im Oktober 1919 bekannt gab.

Petitionen der westukrainischen Exilregierung

Im November 1920 versuchte die Exilregierung der Westukrainischen Volksrepublik über den Erzbischof von Genf Einfluß auf die europäischen Mächte zu gewinnen. In seinem Schreiben erinnerte Staatssekretär Vytvyč'kyj an die Leiden der griechisch-katholischen Ukrainer unter der polnischen Besatzung. Mehr als 200.000 von ihnen seien unter polnischer Besatzung in Lagern inhaftiert worden, wo sie allen Unbilden der Natur und Folterungen ausgesetzt seien. Er wandte sich ebenso gegen die Rekrutierungen zum

226 Appeal to the Academies, universities and all other scientific societies of the world, in: VB R 549 – 8444.

227 12.10.1920, in: VB R 563 – 8028.

228 Delegation of the Ukrainian socialistic revolutionary party, For Galicia! Appeal to the World Democracy, Geneva 1920.

polnischen Militär wie auch gegen die polnischen Kolonisten, die Vytvyč'kyj zufolge Ostgalizien in zunehmendem Maße überschwemmten. An die 3.000 Ukrainer seien ohne Pension ihrer Beamtenposten enthoben worden. Das ukrainische Schulwesen sei zerschlagen worden, ebenso die ukrainische freie Presse und die unierte Kirche. Schulen und Universitäten würden geschlossen, und polnische Soldaten plünderten die Klöster und verwüsteten Museen.

Der stete Fluß der Schreiben des ukrainischen Exilregierungschefs Petruševyč an den Völkerbund versiegte auch in den folgenden Jahren nicht. Dem Völkerbund und seinen Verantwortlichen erschienen die ukrainischen Schilderungen der Vorgänge in Ostgalizien dermaßen glaubhaft, daß sie den Anlaß zu mehreren Dokumentenveröffentlichungen bildeten.

Im Ratsdokument Nr. 122 gab der Generalsekretär persönlich eine Zusammenfassung der Verhandlungen des Völkerbundes zum Thema Ostgalizien.²²⁹ Verschiedene ukrainische Organisationen²³⁰ beschwerten sich über die Behandlung ihrer Landsleute. Die meisten Petitionen reichte aber Dr. Petruševyč aus Wien ein. Diese lassen sich nach verschiedenen Problemfeldern gliedern:

I. Beurteilung nach dem Völkerrecht

Dabei bezog sich Petruševyč mit Vorliebe auf das Dekret des Hohen Rates vom 11. Juli 1919, in dem es hieß:

„The Polish Government shall be authorized to establish a civil Government in Eastern Galicia, after having concluded with the Allied and Associated Powers an Agreement, the clauses of which must safeguard, as far as possible, the autonomy of this territory and the political, religious and individual liberty of its inhabitants. This Agreement shall be based on the right of free self-determination which the inhabitants of Eastern Galicia shall ultimately exercise with regard to their political allegiance; the period at which this right shall be exercised shall be settled by the Allied and Associated Powers, or by the body to which the latter may delegate this power.“²³¹

Diese polnische Zivilregierung sollte nur dann in Ostgalizien eingesetzt werden, wenn ein entsprechender Vertrag zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Mächten

229 League of Nations, Petitions with regard to the present position of the inhabitants of Eastern Galicia. Memorandum by the Secretary-General, Geneva, 26.01.1921, Document du Conseil 122, in: VB R 549 – 9870.

230 National Ukrainian Council of Eastern Galicia in Vienna, Carpatho-Russian Committee in Paris, Carpatho-Russian Supreme Committee in New York, verschiedene ukrainische Gesellschaften in den USA.

231 The Polish system of occupation in Eastern Galicia (League of Nations. Petitions with regard to the present position of the inhabitants of Eastern Galicia. Memorandum by the Secretary-General, Geneva, 26.01.1921. Document du Conseil 122, S. 4, in: VB R 549 – 9870).

abgeschlossen worden war. Ein entsprechendes Abkommen sollte im Dezember 1919 unterzeichnet werden, doch Polen verweigerte die Unterschrift. Deswegen hatte nun auch für die Ukrainer der Vertrag vom 11. Juli 1919 keine Gültigkeit mehr. Daraus folgte Petruševyč, daß Polen Ostgalizien als separates Territorium behandeln müßte, d.h. Ostgalizien war kein integraler Bestandteil Polens. Die Einwohner dieses Landes, ohne Berücksichtigung von Nationalität oder Religion, sollten als Bürger ihres eigenen Staates gelten, nicht als polnische Staatsbürger.

Petruševyč wandte sich mit verschiedenen Anliegen auch immer wieder an die Generalversammlung des Völkerbundes und an den Generalsekretär. Er forderte die Anerkennung des Rechtes von Ostgalizien auf Selbstbestimmung und des Willens des ukrainischen Volkes, in einem unabhängigen Land zu leben. Dieser Wille habe sich in den Jahrhunderten der ukrainischen Geschichte manifestiert. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie habe sich dies in dem Versuch der Wiedererrichtung eines unabhängigen Staates in den Grenzen des alten Fürstentums Halyč gezeigt, der alle Voraussetzungen für einen dauerhaften Erfolg bot.

Weiter sollte sich der Völkerbund für die Selbstbestimmung der Völker einsetzen, so wie es von den Siegermächten vereinbart worden war. Ein solches Engagement würde seiner Meinung nach die Stabilität des Weltfriedens sehr fördern. Bis zum Zeitpunkt der Freiheit des ukrainischen Volkes sollte der Völkerbund dieses vor der polnischen Ausbeutung und Vernichtung schützen. Seine Aufgabe, so Petruševyč, sei es, die polnische Besatzung zu beenden und dafür Sorge zu tragen, daß die Verwaltung nicht ausgerechnet Polen übertragen würde. Die Errichtung dieser Verwaltung sollte unter der Aufsicht verschiedener internationaler Kommissionen vor sich gehen. Um das Mitspracherecht der Ukrainer zu ermöglichen, forderte Petruševyč zuletzt die Anerkennung einer Vertretung des Ukrainischen Nationalrates beim Völkerbund.²³²

Ein weiterer Gedanke, den Petruševyč in diesem Zusammenhang ins Treffen führte, war derjenige des Weltfriedens. Dabei wurde besonders betont, daß Ostgalizien ein neutrales und friedliches Land wäre und keine Feinde besäße. Sollte es aber mit Polen vereinigt werden, würde es in alle Streitigkeiten dieses „imperialistischen“ Staates mit seinen Nachbarn hineingezogen werden.²³³ Nur ein freies Ostgalizien wäre eine Garantie

232 Petruševyč an Generalversammlung, Genf, 28.11.1920, in: VB R 549 – 9329. Petruševyč an Drummond, 27.08.1921, in: VB R 550 – 15280. Das Schreiben enthält zusätzlich die Bitte um die Bildung und Entsendung einer internationalen Kommission zum Schutz der Rechte der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens vor polnischen Übergriffen.

233 Das Ukrainian Bureau London, Bulletin No 6, 10.09.1931 zitiert hier einen Artikel des britischen Autors Julian Grande in der „Birmingham Post“ vom 27.01.1922 (Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem HP 895 Ukraina). Darin heißt es: „The inference is that there is something wrong with both nations and individuals who are perpetually quarreling with their neighbours; it cannot be always the neighbours who are in the wrong, and there must be some reason why all Poland's neighbours find her such an intolerable neighbour. If any power thinks that Poland can be used as a barrier between Russia and Germany, that power is mistaken. Students of European conditions think that she has been so long oppressed

für eine freie Ukraine und ein friedliches Rußland und der Grundstein für das Piemont einer freien geistigen und kulturellen Entfaltung der Ukrainer. Zudem würde es eine neutrale Pufferzone zwischen Rußland und Polen bilden.²³⁴

II. Einstellung der polnischen Regierung zu ihren neuen Staatsbürgern

Dabei ließ sich in den meisten Fällen folgendes feststellen: Die polnischen Galizier und ebenso die Juden wurden als Staatsbürger behandelt, wenn sie für das Polentum optierten. Taten sie dies nicht, teilten sie das Schicksal der Ukrainer, die als besiegte Feinde galten, aber die Pflichten eines Staatsbürgers zu erfüllen hatten.

III. Das polnische Okkupationssystem

1. Regierung der Mehrheit durch eine Minderheit

In den Jahren ihres Kampfes für ein ukrainisches Ostgalizien versuchten die Ukrainer, durch Statistiken zu beweisen, daß es sich um ein hauptsächlich ukrainisches Territorium handelte. Sie bezogen sich dabei vor allem auf Dr. Stepan Tomašivsky²³⁵, der 1914 bei einer Gesamtbevölkerung von 5.450.000 auf folgende Zusammensetzung kam: 4.055.000 Ukrainer, 670.000 Juden, 659.000 Polen und 65.000 Deutsche. Bei diesen Zahlen kann es sich aber nicht um die tatsächlichen Verhältnisse handeln. Die Zahl der Polen scheint viel zu niedrig gegriffen zu sein, denn die Volkszählung von 1910 nennt 3.618.145 Menschen in Galizien, die Polnisch als Umgangssprache haben und sich zum römisch- oder armenisch-katholischen Glauben bekannten.²³⁶ Dabei mußte es sich einwandfrei um Polen handeln. Selbst wenn es bei dieser Volkszählung zu einigen Unregelmäßigkeiten gekommen war, sind diese Zahlen doch glaubwürdiger. Die Ukrainer übrigens zählten danach 3.141.029 Seelen. Zum Vergleich seien hier nur kurz die Zahlen der polnischen Seite für 1900 für ganz Galizien genannt: 3.982.033 Polen, 3.080.543 Ukrainer, 212.327 Deutsche und 9.800 andere. Daraus läßt sich schließen, daß Statistiken nur einen begrenzten Wert haben: Die 811.183 Juden, die in der Religionsstatistik auftauchen, sind der Nationalität nach den Polen zugeschlagen worden.²³⁷ Fest steht hingegen, daß die

by the Russians that she has become demoralized. But whoever is demoralized is unfit to rule over others. (...)“

234 Petruševyč an Drummond, 09.06.1922, in: VB R 551 – 21225.

235 VB R 550 – 13623; VB R 550 – 11811; VB R 549 – 10472.

236 Die Ukrainer beharrten darauf, daß die Statistiken, die nicht die ukrainische Bevölkerung als Mehrheit nannten, gefälscht waren. Sie warfen den Polen vor, 170.000 Ukrainer und fast alle Juden als Polen gezählt zu haben. Dabei gaben sie als Beispiel das Dorf Kryvčycyj an, in dem sich der ukrainische Bevölkerungsanteil von 0% im Jahre 1880 auf 92% im Jahre 1900 an hob. (La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe, Gênes, Avril 1922, S. 25, in: VB R 551 – 21554)

237 The Ukrainian Federation of the United States: A memorandum in regard to the problem of Eastern Galicia. Im State Department eingegangen am 14.05.1919, in: Records, 1, 1.

Bevölkerung hinsichtlich der Nationalität nicht gleichmäßig verteilt war. Es gab Verwaltungsdistrikte²³⁸ mit einer ukrainischen Mehrheit bis zu 82%, jedoch auch solche mit einer polnischen Bevölkerungsmehrheit. Dort war die ukrainische Bevölkerung hauptsächlich der Willkür und Verwaltungsanarchie der polnischen Komitees ausgeliefert, die volle Unterstützung durch Warschau genossen und ihre Entscheidungen mit Hilfe bewaffneter Zivilgarden durchsetzen konnten. Die polnische Überlegenheit beruhte aber hauptsächlich auf ihrer besseren Versorgungslage mit Waffen, Lebensmitteln und Medikamenten durch die alliierten Mächte, vor allem durch Frankreich.

2. Demissionierung ukrainischer Beamter

Die wenigsten Ukrainer kamen dabei mit einer einfachen Entlassung davon. Viele wurden verhaftet und eingesperrt, die meisten von ihnen erhielten nicht einmal ein Gerichtsverfahren. Ihre Familien blieben ohne jegliche finanzielle Unterstützung zurück, da Pensionen nicht ausbezahlt wurden. Die polnische Seite widersprach natürlich vehement. So wurde erklärt, die Ukrainer verließen freiwillig den Staatsdienst, würden aber auch nach längeren Pausen wieder eingestellt werden.²³⁹

3. Verbot der ukrainischen Sprache

Ukrainische Galizier hatten nicht mehr das Recht, sich auf ukrainisch an die Behörden zu wenden und von diesen auch eine ukrainische Antwort zu bekommen. Dieser ukrainischen Behauptung wurde ebenfalls energisch von polnischer Seite widersprochen.²⁴⁰

4. Morde, Folterungen, Arretierungen, Inhaftierungen und Verurteilungen

Eine Vielzahl der polnischen Verbrechen gegenüber der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens wurden im sogenannten Bloody Book aufgezeichnet.²⁴¹ Aber auch in mehreren Schreiben Petruševyčs wurden sie in schockierenden Einzelheiten beschrieben.²⁴² Leider finden wir auch in den folgenden Jahren immer wieder Unregel-

238 Tabelle der Bevölkerungsanteile nach Verwaltungsdistrikten in: *La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe*, Gênes, Avril 1922, S. 30, in: VB R 551 – 21554.

239 Polnische Delegation beim Völkerbund an Völkerbundsrat, 28.02.1921, in: VB R 549 – 11568. Dazu vgl. auch den Artikel „Das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer“, Arbeiterzeitung vom 27.08.1921, in: AdR, Mappe 95, 10083/Ukraine. Es geht hier um die Entlassung ukrainischer Staatsbeamter aus dem Dienst zugunsten von Polen und um die Ausschreitungen polnischer Offiziere gegen die ukrainische Zivilbevölkerung.

240 Polnische Delegation beim Völkerbund an Völkerbundsrat, 28.02.1921, in: VB R 549 – 11568.

241 *The Bloody Book. Returns concerning the invasion of the Poles into the Ukrainian Territory of East Galicia in 1918/19. Vol. I*, published by the Government of the West Ukrainian Republic, December 1919, in: VB R 549 – 8989.

242 So in seinem Schreiben an den Völkerbund vom 02.12.1920, in: VB R 549 – 9311; Schreiben

mäßigkeiten der polnischen Polizei gegenüber Angehörigen der ukrainischen Nationalität verzeichnet. Die Vorfälle ziehen sich durch die gesamte Zwischenkriegszeit und kulminieren im Jahr 1930, der Zeit der sogenannten Pazifizierung. Einmal drang ein Ereignis mit besonderer Heftigkeit an die Weltöffentlichkeit. Ein Amerikaner ukrainischer Abstammung wurde bei einem Verwandtschaftsbesuch für einen einheimischen Ukrainer gehalten und von der Polizei zusammengeschlagen. Später übergab der polnische Botschafter in Washington dem Gouverneur von Michigan einen Scheck über 4.000 Dollar als persönliche Entschädigung.²⁴³

5. Verfolgung der Ukrainischen Unierten Kirche und ihrer Geistlichkeit

Hierbei wurden viele Kirchen in Lagerhallen oder Kinos umgebaut und die heiligen Stätten damit entweiht. Schon am 11. Juli 1919 beschwerte sich die ukrainische Delegation über die polnischen Untaten gegen den Basilianerorden und die Zerstörung seiner Druckereien, Bibliotheken und Archive. Dabei traf es auch die größte Druckerei in Żowkwa. Die Priesterseminare wurden ebenfalls geschlossen.²⁴⁴ Eine große Anzahl der ukrainischen Priester mußte ins Gefängnis oder in die Arbeitslager, die nur wenige von ihnen überlebten. In manchen Dekanaten schrumpfte die Zahl der Priester von 30 auf zwei.²⁴⁵

6. Verfolgung der ukrainischen Presse

Durch zivile als auch militärische Zensur²⁴⁶, Beschlagnahmung von ganzen Auflagen und die Schließung von Druckereien wurde die ukrainische Presse systematisch zum Schweigen gebracht. Ein Presseorgan nach dem anderen verschwand. Diese Tatsache

vom 30.12.1920, in VB R 549 – 10010; Schreiben vom 30.03.1921 in VB R 550 – 12008. Aber auch von polnischer Seite finden die ukrainischen Beschuldigungen Bestätigung: Biberovyč an Drummond, 21.05.1921, (VB R 550 – 12867), der einen Artikel aus der „Gazeta Warszawska“, Nr. 118 vom 02.05.1921, von Prof. Jan Zamorski übersendet. Der Autor, der zu diesem Thema eine ganze Reihe verfaßt hat, bestätigt das rücksichtslose Vorgehen der Militärs gegen alle Bauern in Ostgalizien und Podolien. Dabei wird auch mit den polnischen Landsleuten hart umgesprungen. Weiterhin ein Schreiben Petruševyčs an die Botschafterkonferenz vom 30.06.1921 (VB R 550 – 14115) und ein Schreiben Petruševyčs an Drummond vom 24.01.1922 (VB R 550 – 19012).

- 243 Ukrainian Bureau London, Bulletin Nr. 9, 19.01.1932, in: Utrikesdepartementet 1920 CÆr dossiersystem Ukraina HP 895.
- 244 Lozynsky, Décisions du Conseil Suprême, S. 66.
- 245 Westukrainische Presseagentur, Warschau, 16.02.1922, und Vpered, 07.02.1922. Beides in: VB R 549 Dossier 1010.
- 246 Biberovyč, Wien an Drummond, 10.09.1921, in: VB R 551 – 15739. Er übersendet verschiedene ukrainische Zeitungen, deren erste Seiten alle weiß geblieben sind. Die Leitartikel bestehen allesamt aus der Überschrift und einem weißen Feld. Als Beispiele wären hier zu nennen: Ukraïns' skyj vistnik, 7 serpnja 1921; Vpered, 7 serpnja 1921; Ukraïns' skyj vistnik, 17 serpnja 1921; Bat'kivščina, 14 serpnja 1921.

wurde aber vehement von der polnischen Delegation beim Völkerbund unter Aszkenazy bestritten. Dabei nannte er die ukrainischen Informationen „parfois inexactes ou tendancieuses“.²⁴⁷ Es wurde auch betont, daß polnische Zeitungen ebenso von der Zensur betroffen waren.²⁴⁸

7. Lage der ukrainischen Versammlungen, Organisationen und Gesellschaften

Die Ukrainer in Galizien hatten nicht das Recht, Versammlungen zu veranstalten. Die politischen Parteien standen unter ständiger Aufsicht und wurden terrorisiert, so daß eine sinnvolle Tätigkeit von ihnen nicht mehr durchgeführt werden konnte. Ebenso erging es der seit 1868 bestehenden Prosvita-Gesellschaft. Wirtschaftsorganisationen wie Silskyj Hospodar²⁴⁹ und Sojuz Hospodarskych Spilok wurden geschlossen, ebenso viele ukrainische Gewerkschaften und Kreditbanken. Diejenigen, die noch arbeiteten, litten unter strengen Restriktionen.²⁵⁰ Am 24. Januar 1921 gab der Generalsekretär im Ratsdokument 122 A einen Brief von Petruševyč zur allgemeinen Kenntnisnahme heraus.²⁵¹ Darin berichtete der Ukrainer von den Terrormethoden der polnischen Besatzer gegen prominente ukrainische Intellektuelle, die des Hochverrats gegen den polnischen Staat angeklagt wurden. Dabei handelte es sich hauptsächlich um die Mitglieder der Ukrainischen Arbeitspartei, die sich für einen Parteibeschuß vom 10. November 1920 eingesetzt hatten, in dem man vor allem auf das Selbstbestimmungsrecht Ostgaliziens pochte und sich gegen die Beschlüsse der Verträge von Warschau und Riga verwahrte. Überhaupt stellte es ein Problem dar, daß sämtliche in Ostgalizien durch Ukrainer begangenen Verbrechen als „Hochverrat“ gegenüber dem polnischen Staat eingestuft wurden. Deswegen verlangte Petruševyč in einem Schreiben an Drummond vom 24. Januar 1922 im Namen des Ukrainischen Nationalrates die Verhinderung terroristischer Akte durch Polen, die Einrichtung einer internationalen Kommission der Hauptmächte der Entente zur Kontrolle der Polen in Ostgalizien und die schnellstmögliche Regelung der dortigen politischen Verhältnisse.²⁵²

247 Ashkenazy an van Karnebeek, Präsident der Versammlung des Völkerbundes, Genf, 12.09.1921, in: VB R 551 – 15791.

248 Polnische Delegation beim Völkerbund an Völkerbundsrat, 28.02.1921, in: VB R 549 – 11568. Interessant ist, daß die Polen damit indirekt den ukrainischen Beschuldigungen Recht geben.

249 Sie wurde 1889 gegründet, um die Rolle eines Syndikats oder einer Berufskörperschaft zu übernehmen, vollbrachte später aber auch kulturelle Leistungen. (La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de L'Europe, Gênes, Avril 1922, S. 43, in: VB R 551 – 21554)

250 Document du Conseil 122, in: VB R 549 – 9870.

251 League of Nations, The present position of the inhabitants of Eastern Galicia, Annex to Council Document 122. Document du Conseil 122A Genf 10.02.1921, in: VB R 549 – 10680.

252 Petruševyč an Drummond, 24.01.1922, in: VB R 551 – 19012.

Als in den folgenden Jahren doch eine gewisse Anzahl ukrainischer Gesellschaften entstand, wurde deren Arbeit durch Dekrete des polnischen Staatspräsidenten eingeschränkt. Die administrative Überwachung gestaltete man konkreter und in ihren Anweisungen derartig, daß sie schwieriger zu verstehen waren. Diesen Aufwand konnten die kleinen Gesellschaften, die nun gezwungen wurden, über alles genau Buch zu führen und an polnische Amtsstellen weiterzugeben, nicht leisten. Damit fielen sie aber dem staatlichen Verbot zum Opfer.²⁵³

8. Abschaffung des ukrainischen Unterrichtssystems²⁵⁴

Vor dem Ersten Weltkrieg hatten sich die Ukrainer Ostgaliziens in schweren Auseinandersetzungen mit der polnischen Volksgruppe weitgehende Rechte auf allen Gebieten des nationalen Lebens erstritten und eine ziemlich hohe Stufe der nationalen Entwicklung erreicht. So zählte man 1914 in Ostgalizien 2.612 rein ukrainische Volksschulen und nur 1.537 polnische. Es gab 16 ukrainische Gymnasien und sechs Lehrerbildungsanstalten. An der Lemberger Universität bestanden neun ukrainische Lehrstühle und vier Privatdozenturen. Das Ukrainische war zum Verkehr in allen öffentlichen Ämtern und sonstigen Institutionen zugelassen.²⁵⁵

Um die ukrainische Intelligenz an der Wurzel zu treffen, wurden die meisten ukrainischen Bildungseinrichtungen geschlossen, vielen Kindern verwehrt man den Schulbesuch. Auch den administrativen Aufbau des ukrainischen Unterrichts- und Schulwesens versuchten die Polen zu zerstören. Im März 1921 wurde das Provinzdepartement Galizien, ein ausführendes Organ des galizischen Landtages, aufgelöst, ebenso wie der autonome Provinzschulrat in Lemberg, der das Grundschulwesen und das höhere Schulwesen organisierte.²⁵⁶ Universitätsstudien wurden für Ukrainer in Lemberg und anderswo unmöglich, da man von ihnen ein Zertifikat über einen in der polnischen Armee abgeleiteten Dienst verlangte.²⁵⁷ Diejenigen Ukrainer, die sich noch von früher auf der Universität befanden, hatten unter Sprachdiskriminierung durch den Universitätsdirektor zu leiden oder wurden auf offener Straße von polnischem Militär zusammengeschlagen.²⁵⁸ Der ukrainische Versuch, dem allem durch privat organisierte Schul- und Universitätskurse zu entgehen, wurde im Keim erstickt, die Kurse wurden aufgelöst und die sie

253 Ukrainian Bureau London, Bulletin No 16, 15.02.1933, in: Utrikesdepartementet 1920 (Ærs dossiersystem, Ukraina HP 895.

254 Vgl. hierzu auch das Schreiben Čyns'kyjs an das State Department vom 08.12.1919, in dem er die Vorgänge bereits den Amerikanern schilderte (Records, 2, 1).

255 Dmytro Levyč'kyj, Die Ukrainische Frage, S. 273, in: Volk und Staat, in: Utrikesdepartementet 1920 (Ærs dossiersystem, Ukraina HP 895.

256 Levyč'kyj an Drummond, 18.03.1921, in: VB R 550 – 11754.

257 Délégation polonaise auprès de la Société des Nations au Conseil de la Société des Nations, Paris, 28.02.1921, in: VB R 549 – 11568. Darin wird bestätigt, daß ein derartiges Zertifikat für alle Studenten notwendig sei.

258 Petruševyč an Botschafterkonferenz, 10.05.1921, in: VB R 550 – 12722.

veranstaltenden Professoren verfolgt.²⁵⁹ Überhaupt sollten die ukrainischen Lehrer die polnische Staatsbürgerschaft annehmen; taten sie dies nicht, so drohte ihnen Suspension der Gehaltszahlungen und Entlassung aus dem Schuldienst. Daraufhin wurden die ukrainischen Schulen geschlossen und sehr oft als Waffenarsenale genutzt.²⁶⁰

9. Auferlegung von Abgaben an den polnischen Staat

Unter diese Abgaben fielen die Subskriptionssumme für die Erneuerung des polnischen Staates, die Abgabe zur Aufbringung von 15 Milliarden polnischer Mark laut Gesetz vom 15. Februar 1920, der Tribut an die polnische Armee aufgrund der Verordnung vom 25. Juni 1920, die Vermögenssteuer von 10% auf Eigentum und der außergewöhnliche Tribut Ostgaliziens an Polen zur Aufbringung von 20 Milliarden polnischer Mark. Hinzu kamen die zwangsweise Einführung der polnischen Mark und der schlechte Umtauschkurs für die österreichischen Kronen, der die Ukrainer viel Geld kostete. Polen usurpierte zudem den Anteil der Gelder auf der österreichisch-ungarischen Bank, der eigentlich Ostgalizien zustand. Die Aufwendungen für Bestechungsgelder, um vor Schikanen der Behörden sicher zu sein, machten hier noch den geringsten Posten aus.²⁶¹

Dazu kamen noch die Requisitionen durch die polnische Armee oder Staatspolizei in Ostgalizien. Durch diese Maßnahmen sollten die Natural- und Geldabgaben für die Erhaltung der Armee eingetrieben werden.²⁶² Dabei trafen sie die ukrainische Bevölkerung besonders hart, die zum Beispiel ihre gesamten Vorräte an Schuhen und Kleidungsstücken für einen Staat abgeben mußte, den sie nicht als den ihrigen anerkannte. In dieser Tatsache sah Dr. Petruševyč auch eine Verletzung des Völkerrechtes. Wurde den Befehlen nicht Folge geleistet, so trafen die Bevölkerung harte Strafen: sechs Monate Zuchthaus oder eine Geldstrafe bis zu 100.000 polnische Mark. Daß Ostgalizien und seine Bevölkerung nach sechsjähriger Kriegszeit ausgeblutet waren, wurde von den polnischen Behörden nicht berücksichtigt. Aber auch Getreide, Pferde, Fuhrwerke und andere Güter wurden requiriert. Dabei beschränkte sich Petruševyč in seinem Schreiben darauf, polnische Quellen über diese Zustände zu zitieren.²⁶³ Ebenso führten die polnischen Behörden auch eine Lebensmittelabgabe durch. Konnten die Bauern nicht bezahlen, wurde ihr Hab und Gut öffentlich versteigert.²⁶⁴ Die Einführung verschiedenster

259 Petruševyč an Drummond, 30.09.1921, in: VB R 550 – 16499.

260 Telegramm vom 04.12.1920 aus Užhorod an Drummond, in: VB R 549 – 9256.

261 Eine genaue Auflistung und Besprechung der direkten und indirekten Steuern an den polnischen Staat befindet sich auf den Seiten 113 bis 116 in: *La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe*, Gênes, Avril 1922, in: VB R 551 – 21554.

262 Petruševyč an Drummond, 27.08.1921, in: VB R 550 – 15280.

263 Petruševyč an Drummond, 5.01.1921, in: VB R 549 – 10223.

264 Westukrainische Presseagentur, Wien, 16.02.1922, in: VB R 549 – Dossier 1010.

Steuern und Abgaben ging einher mit der fortschreitenden Kolonisation Ostgaliziens durch polnische Siedler.²⁶⁵

10. Verluste in Handel und Wirtschaft

Die ukrainische Seite behauptete, daß sich nach der polnischen Besetzung die ohnehin schlechte Situation in Handel und Wirtschaft noch verschlimmert habe. So lag nach dem Krieg beinahe die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach. Ebenso ging die Viehzucht dramatisch zurück. Die Mineralsalzgewinnung betrug nur mehr ein Viertel der Vorkriegsjahre. Das gleiche Bild zeigte sich bei der Produktion von Braunkohle und Torf. Was den Handel betraf, so übte die ukrainische Seite schärfste Kritik an der polnischen Regierung. Ihr wurde vorgeworfen, dasselbe Ziel wie die alte österreichisch-ungarische Regierung zu verfolgen, nämlich so viel wie möglich an Waren billigst aus Galizien auszuführen, aber sich dabei so wenig wie möglich der einheimischen galizischen Händler zu bedienen. Dabei fühlten sich gerade Ukrainer und Juden übervorteilt. Des weiteren beschwerte sich Petruševyč über die andauernde Benachteiligung der Ukrainer in der galizischen Industrie. Zuerst sei dies durch die Österreicher geschehen, und nun nähmen die Polen dasselbe System auf, um die Ukrainisierung der Städte zu verhindern. Als die Ukrainer versuchten, dem mit der Bildung von Kooperativen zu begegnen, und dabei Erfolg hatten, wurden diese von der Militärbesatzung kurzerhand verboten.²⁶⁶

11. Polnische Kolonisation Ostgaliziens²⁶⁷

Dabei handelte es sich um einen besonders heiklen Punkt, der ganz eng mit der angestrebten Volkszählung in Galizien zu tun hatte und – wie bereits erwähnt – mit der hohen Steuerbelastung. Polen wollte damit die Bevölkerungszahlen positiv zu seinen Gunsten beeinflussen und gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage des ukrainischen Bauerntums zerstören.²⁶⁸ Am 10. Juli 1919 und am 15. Juli 1920 brachte die polnische Regierung Gesetze heraus, die es erlaubten, den Großgrundbesitz zu konfiszieren, zu parzellieren und zu verteilen, aber nicht unter der lokalen Bevölkerung, sondern unter Polen aus dem Mutterland. Bis zum Juli 1920 waren so 23% des Besitzes verteilt und 60.000 polnische

265 Petruševyč an Drummond, 27.08.1921, in: VB R 550 – 15280. The Bloody Book, S. 80–82, in: VB R 549.

266 Le Conseil National Ukrainien de la Galicie Orientale à la Conférence Internationale de Gênes, 8. April 1922 (La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe, Gênes, Avril 1922, in: VB R 551 – 21554).

267 Eine Liste der Orte und ihr prozentualer Anteil befindet sich in: La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe, Gênes, Avril 1922, S. 102–105 (VB R 551 – 21554).

268 Petruševyč an Botschafterkonferenz, 12.04.1921, in: VB R 550 – 12290. Ebenso Petruševyč an Drummond, 30.09.1921 (VB R 550 – 16499) und Petruševyč an Drummond, 15.10.1921 (VB R 550 – 16898).

Kolonisten zugezogen.²⁶⁹ In einer Sitzung des englischen Unterhauses am 6. Juli 1922 mußte Lloyd George auf die Frage Robert Cecil's, ob es wahr sei, daß Polen dort Kolonien anlege, zugeben: „Die Nachrichten sind richtig!“²⁷⁰

12. Die polnische Volkszählung

Sie wurde von den Ukrainern nach Möglichkeit boykottiert und nicht als gültig für die tatsächliche Bevölkerungsverteilung anerkannt.

13. Rekrutierungen ukrainischer und jüdischer Soldaten für die polnische Armee²⁷¹

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die Behandlung dieser Soldaten in der polnischen Armee vorzustellen. Noch kurz vorher standen sie sich in feindlichen Armeen gegenüber, und nun sollten diese Männer für den Erzfeind kämpfen. In unzähligen Petitionen bat Dr. Petruševyč den Völkerbund, dies nicht zuzulassen.²⁷² Die Polen nahmen gegen diese Anschuldigungen Stellung, konnten sie aber nicht entkräften. Es mußte zugegeben werden, daß eine Klasseneinteilung für den Militärdienst durch das polnische Kriegsministerium für Ostgalizien bereits getätigt worden war. Ferner, daß nur in einigen wenigen Distrikten lediglich eine Rekrutierung nur polnischer und nicht ukrainischer Männer stattgefunden hatte. Zudem wurde der Begriff „polnische Nationalität“ sehr weit ausgelegt, ebenso wie das Zauberwort „Freiwilliger“. Viele der sogenannten „ukrainischen Freiwilligen“ desertierten später und hatten mit harten Strafen zu rechnen.²⁷³

Obwohl die ukrainischen Petitionen nach Genf als nicht besonders erfolgreich zu bezeichnen waren, versuchte es Petruševyč doch immer wieder. Nach dem 15. März 1923 sandte er Beschwerden über das Nichteinhalten des polnischen Autonomieversprechens.²⁷⁴ Unterstützt wurde er dabei durch die Association de l'Ukraine Occidentale pour la Societé des Nations, die im Namen der Ukrainer Ostgaliziens, Wolhyniens, Podlassiens, Polesiens, Chelms und der Bukowina ihre Bitten vorbrachte.²⁷⁵

Durch die Jahre hindurch wurde Petruševyč nicht müde, Petitionen an den Völkerbund zu schreiben, zuerst aus seinem Wiener, später aus dem Berliner Exil.²⁷⁶

269 La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe, Gênes, Avril 1922, S. 15, in: VB R 551 – 21554.

270 Die ostgalizische Frage, Wiener Mittag, 08.11.1922, in: AdR, Mappe 95, 10021/Ukraine.

271 Petruševyč an Botschafterkonferenz, 10.05.1921, in: VB R 550 – 12722.

272 Petruševyč an Drummond, 5.01.1922, 14.12.1922, 26.12.1922, 30.01.1923, 5.02.1923, 12.02.1923, 17.02.1923, 27.02.1923, in: VB R 551.

273 Petruševyč an Botschafterkonferenz, 18.04.1921, in: VB R 550 – 12342.

274 Petruševyč an Völkerbund, 01.09.1923, in: VB R 565 – 30999.

275 Vgl. VB R 565 – 30575.

276 Die Akte VB R 565 – 27555 bringt eine Aufzählung: 06.07.1924, 20.08.1925, 14.03.1925, 28.05.1925, 06.03.1926 etc.

4.5. Die wirtschaftliche Bedeutung Ostgaliziens

Frankreich zeigte zunehmendes Interesse daran, wirtschaftliche Vorteile aus seiner Freundschaft mit Polen zu ziehen. Dabei ging es vor allem um die Erdölfördergebiete in Ostgalizien, wo Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Ölquellen entdeckt worden waren. Die reichsten Felder befanden sich in der Gegend von Stryj – Sambir – Uryč – Boryslav – Tustanovyči. Wer dieses Becken besaß, hatte gleichzeitig die politische Kontrolle über die gesamte galizische Industrie.²⁷⁷ Diese Erdöllagerstätten erstreckten sich über eine Länge von ca. 300 Kilometern und teilten sich durch ihre geologische Struktur in drei Gürtel auf.²⁷⁸ Es wurden Gesellschaften wie die Association France-Pologne gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Frankreich und Polen in enger Freundschaft aneinander zu binden, um daraus wirtschaftliche Vorteile zu ziehen und die (angebliche) deutsche Vorherrschaft zu brechen. Dabei übernahmen Staatsmänner wie Clemenceau, Pichon und Paderewski die Ehrenpräsidentschaft. Im Ehrenkomitee saßen die Generäle Archinard und Haller, die Staatsmänner Aristide Briand, Roman Dmowski und Stanisław Grabski und viele andere Persönlichkeiten.²⁷⁹ Polen unterstützte die französischen Vorstellungen, hatte es doch so ein Druckmittel gefunden, seine Ansprüche auf Ostgalizien durchzusetzen.

Während des Ersten Weltkriegs und danach spielte Galizien eine große Rolle in der Versorgung Europas mit Erdöl. Diese Bedeutung wurde noch gesteigert durch die Kriegszerstörungen an den Quellen und Raffinerien in Rumänien und die Einschränkung der Fördermenge im Kaukasus durch die bolschewistische Regierung. Frankreich ging es in erster Linie darum, von diesen Umständen zu profitieren und so weit wie möglich die Kontrolle über die Erdölindustrie in Polen und der Westukraine zu übernehmen. Dies erschien Paris um so erstrebenswerter, als sich herausstellte, daß die Mittelmächte ihren Hauptbedarf an Kraftstoff im Krieg aus diesem Fördergebiet bezogen. In der Kapitalverteilung war noch 1919 Deutschland und Österreich mit insgesamt 55% führend,²⁸⁰ gefolgt von Frankreich mit 20% und England mit 15%. Polnische und andere Investoren hielten jeweils 5%. Das Übergewicht lag also eindeutig auf deutscher und österreichischer Seite. In einem Bericht vom 4. Mai 1919 von Simon & Duclos heißt es deshalb: „Il importe que des mesures immédiates soient prises pour que cette situation cesse et que nous prenions, dans ce pays allié, la place à laquelle nous avons droit.“²⁸¹

277 Delegation polonaise à la Conférence de la Paix, S. 3.

278 Protsiuk, S. 264.

279 Les Archives Nationales, Paris, F 12 9050.

280 Die ukrainischen Zahlen für 1914 stimmen mit diesen Prozentangaben überein. Vgl. Levyc'kyj an Drummond, Beilage: L'industrie du petrole de la Galicie orientale 26.04.1922, Wien, 25. Juni 1922, S. 11, in: VB R 552 – 21554.

281 Simon & Duclos, Rapport d'ensemble sur la mission effectuée en Pologne & en Ukraine en mars et avril 1919 concernant l'industrie du petrole, 4 mai 1919, S. 2, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.948.

Französisches Kapital sollte so schnell wie möglich das deutsche ersetzen, da weder Polen noch Ukrainer über die nötigen Gelder verfügten. Für die französischen Experten war Eile geboten, denn in Wien hatte sich bereits wieder der Bevollmächtigte Generalrat der Naphta Industrie konstituiert. Seine Ziele waren die Interessenvertretung der Ölindustrie, nämlich die Verhandlungsführung mit den verschiedenen Staaten über den Verkauf von Rohöl und von daraus gewonnenen Produkten, über den Ankauf von benötigten Materialien sowie über die Rückführung und den Transport der Materialien an die verschiedenen Produktionsstätten. Außerdem war vorgesehen, ein Pressekomitee zu gründen. Im März 1918 waren bereits zwischen den Ukrainern und Österreich-Ungarn Abkommen über die Lieferung von Erdöl geschlossen worden, die jedoch nicht ausgeführt werden konnten. Aber nun, ein Jahr später, wurde ein Schreiben aus Boryslav abgefangen, das über ein erneutes Abkommen zwischen Österreichern und Ukrainern berichtete. Österreich wollte 2.400 Wagons Rohöl zu je 7.200 Kronen erwerben. Das wurde von polnischer Seite bestätigt, die behauptete, die Ukrainer würden über Lavočne nach Böhmen und Ungarn liefern, um so an Waffen und Munition zu kommen.²⁸²

Aufgrund dieser Informationen forderte die französische Seite energisch, die Verwaltung dieser Erdölgebiete den Polen zu übergeben, oder doch wenigstens einen stabilen Zustand zwischen Polen und Ukrainern herbeizuführen. Dabei spielte die Angst, der alte Feind – die Mittelmächte – könnte in irgendeiner Form profitieren, eine sehr große Rolle. Paris war sich der Ukrainer nicht sicher, konnte sich jedoch auf seinen Verbündeten Polen verlassen. Um diese Zeit zeigten aber auch die Briten ein leichtes Interesse an einem Ölimport von den Ölfeldern in Boryslav. Auf dem ersten Treffen des Russian Trade Insurance Committee wurde dies folgendermaßen formuliert:

„The decision depends on the point of view of His Majesty’s Government with regard to the desirability of establishing a strong Poland, and in that case Poland must be given the means of establishing herself strongly from an economical point of view. And she cannot do it without Allied financial help; a certain risk, resulting from a) Insurance and b) Credit seems to be unavoidable.“²⁸³

Nach dem Abzug der Russen aus Ostgalizien im Mai 1915 hatte die deutsche Finanzwelt große Summen in den Wiederaufbau der Raffinerien in Ostgalizien gesteckt. Neue Techniken wurden entwickelt und installiert, neue Fördergebiete gesucht und das Verkaufssystem effektiver gestaltet. Ab 1916 schütteten die größten Unternehmen eine jährliche Dividende von 20 bis 30% aus. Im Frühjahr 1919 befand sich das Erdölgebiet

282 Delegation polonaise à la Conférence de la Paix, S. 4.

283 Russian Trade Insurance Committee, first meeting, 14.08.1919, Nr. 120993, in: B.F.O., Collection 371, General Correspondence Political 1919, vol. 4022, reel 49, 1919. Es muß aber schon vorher englisches Interesse vorhanden gewesen sein, da der „Dziennik Poznański“ am 1. Januar 1919 bereits über englisch-polnische Gespräche über die Ölfelder berichtete (Problème de l’Ukraine – Revue de la Presse, Nr. 79, 09.01.1919, in: B.F.O., Nr. 9277, vol. 3962, reel 16, 1919).

Westgaliziens unter polnischer Verwaltung. Die Region um Harklowa und Krościenko war durch die große Anzahl der dort vorhandenen Raffinerien, die Rohöl ohne Paraffin und exzellente Maschinenöle produzieren konnten, besonders wichtig. Während der fünf Kriegsjahre wurden dort insgesamt 267.890 Tonnen produziert, wobei 149.629 Tonnen auf französische Gesellschaften entfielen. Ebenso konnten dort 400 Kubikmeter Methan-gas pro Minute gewonnen werden. Zur Verarbeitung des geförderten Rohstoffes standen die Raffinerien in Krosno, Jasło, Limanowa, Dziedzice, Trzebinia und Marynopil' zur Verfügung.

Die wesentlich wichtigeren Fördergebiete befanden sich allerdings in Ostgalizien. Fünf Sechstel der gesamten Produktion stammten aus dem Gebiet um Boryslav-Tustanovyči, wo in den fünf Kriegsjahren 3.522.912 Tonnen Öl gewonnen wurden. 1919 wurde an 200 Ölquellen abgepumpt und an 600 gebohrt, wobei im April jenes Jahres an 400 davon ein Arbeitsstopp aufgrund von Material- oder Geldmangel eintrat.

Das zweite wichtige Gebiet lag rund um den Ort Bytkiv, wo während des Krieges 88.230 Tonnen Öl gewonnen wurden. Laut der französischen Experten hätte die Produktion weit höher liegen können, hätte man in weitere Bohrungen investiert. Zum Zeitpunkt des Berichtes wurden beispielsweise allein in Bytkiv monatlich 1.400 Tonnen Rohöl gefördert.²⁸⁴

Die Polen setzten alles daran, diesen Teil Galiziens für sich zu gewinnen, und betonten, daß die Produktion nur dann aufrechterhalten werden könnte, wenn man ihnen die Verwaltung über die betreffenden Gebiete anvertrauen würde. Als Argumente dafür führten sie das Verdienst des polnischen Volkes an, die Erdölindustrie in Galizien zur gleichen Zeit aufgebaut zu haben wie die Amerikaner in den Vereinigten Staaten. Trotz immenser Schwierigkeiten sei dem polnischen Kapital und den polnischen Arbeitern diese schwere Aufgabe gelungen. Außerdem betonten sie in diesem Zusammenhang den Mangel an qualifiziertem ukrainischen Personal und stellten die hämische Frage, ob den Ukrainern wohl die Arbeit zu schmutzig oder gar zu schwierig sei.²⁸⁵

Die französische Industrie hatte vor dem Krieg in die Ölquellen in Galizien eine Summe von ungefähr 100 Millionen Kronen investiert. Dadurch, daß die französischen Investoren während des Krieges keinen Zutritt hatten, konnten die deutschen und österreichischen Industriellen starke Gewinne verzeichnen. Die französischen Rechte wurden durch Zwangsverwalter wahrgenommen, die sich nur wenig dafür interessierten oder sich selbst bereicherten. Bevor sie zur Reorganisation schreiten konnte, forderte die französische Industrie a) die Festlegung des Wechselkurses für die auf der Bank deponierten Kronen, Mark oder Rubel, b) die Aufstellung definitiver Zahlen, die die Höhe der Aktivforderungen an die Regierungen Österreich-Ungarns, Deutschlands oder Rußlands über die

284 Simon & Duclos, Rapport d'ensemble sur la mission effectuée en Pologne & en Ukraine en mars et avril 1919 concernant l'industrie du petrole, 4 mai 1919, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.948, S. 6.

285 In diesem Kampf waren den Kontrahenten keine Bandagen zu hart (Delegation polonaise à la Conférence de la Paix, S. 5–6).

Kriegsschäden und Schadensersatzzahlungen festlegten, und schließlich c) die Bestimmung des Zeitrahmens und der Art der Bezahlung der Aktivforderungen.

Aber um die Ausbeutung noch effektiver zu gestalten, waren weiterhin einige Unwägbarkeiten zu umschiffen. Besonders ungünstig wirkte sich dabei der ukrainisch-polnische Konflikt aus, da die wichtigsten Raffinerien durch die Frontlinie von ihren Rohstofflieferanten, den Ölfeldern von Boryslav-Tustanovyči, abgeschnitten wurden. Ein weiteres Hindernis in der Produktion bildete der polnisch-tschechische Konflikt um Teschen, der die nötige Zufuhr von Kohle verhinderte. Die einzige Möglichkeit, diese Probleme zu umgehen, wäre die Versorgung durch Methangas aus Krosno gewesen. Die Tschechen gaben aber keine Ausfuhrgenehmigung für die für die Pipeline notwendigen Stahlrohre. Dazu kam noch ein weiteres Problem, daß nämlich zu diesem Zeitpunkt kein freier Handel möglich war. Für sämtliche Transaktionen mußte eine Erlaubnis der Regierung eingeholt werden. Im ukrainischen Teil Ostgaliziens verhinderte der totale Mangel an Material die Weiterarbeit an den Ölquellen. Die Pumpwerke kamen zum Stillstand.²⁸⁶

Es lag im Interesse der Franzosen und ihrem polnischen Verbündeten, ganz Ostgalizien an Polen anzuschließen. Davon ausgenommen sollte lediglich die Bukowina sein, die an Rumänien ging. Dafür gab es folgende Gründe: Die Ingenieure, Vorarbeiter und 90% der in der Ölindustrie beschäftigten Arbeiter waren Polen. Mit den Direktoren, Geologen und Spezialisten, die in Lemberg oder Krakau lebten, war es genau dasselbe. Erst noch ukrainisches Personal auszubilden, wäre sehr kostenintensiv und zeitaufwendig gewesen.

Würde man die Fördergebiete auch nur teilweise einem ukrainischen Staat zusprechen, könnte die polnische Industrie im Kriegsfall von ihrer Versorgung mit Rohstoffen abgeschnitten werden. Aber auch die Raffinerien, die sich in ausländischen Händen befanden, würden das gleiche Schicksal erleiden.²⁸⁷

Die Schaffung einer stabilen polnischen Währung war nur möglich durch die Aufwertung der polnischen Mark gegenüber der österreichischen Krone. Dies ließ sich aber nur durch eine extreme Exportsteigerung gewährleisten. Das polnische Exportgut Nummer eins war allerdings Erdöl und die daraus gewonnenen Produkte.

Rein politisch spräche nichts gegen die Angliederung Ostgaliziens an Polen, da das alte Russische Reich nicht mehr bestand und seine Wiedererstehung ziemlich unwahrscheinlich war.

Der Waffenstillstand, den General Berthélemy ausgehandelt hatte, sah vor, daß Boryslav, Mšanec', Šidnycja, Tustanovyči, Truskavec' und Oriv bei Polen bleiben sollten, während Uryč, Ripne, Pehrhins'ke, Bytkiv und Pasična an die Ukrainer gingen.

Den französischen Wirtschaftsexperten erschien allerdings eine andere Lösung als die zukunftsträgigere. Das umkämpfte Gebiet sollte einem internationalen Organ anvertraut

286 Simon & Duclos, Rapport d'ensemble sur la mission effectuée en Pologne & en Ukraine en mars et avril 1919 concernant l'industrie du pétrole, 4 mai 1919, S. 9, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.948.

287 Delegation polonaise à la Conférence de la Paix, S. 6-7: Krosno: belgisch; Limanowa und Jedlicze: französisch; Maryampol (2/3) und Trebinia: englisch; Dziedzice: amerikanisch.

werden, das ein Völkerbundsmandat erhalten sollte. Diese Lösung würde es den Polen ermöglichen, ihre alte Position wieder einzunehmen, ohne daß die Ukrainer davon beeinträchtigt würden. Ein wahrhaft cleverer Gedanke, der es möglich machen würde, eine durch die Franzosen finanzierte polnische Leitung über die Erdölindustrie zu errichten, wo die Ukrainer, wie oben bereits bemerkt, sowieso keine wichtige Rolle spielten. Auf diese Weise wäre auch die Versorgung der polnischen Raffinerien gewährleistet worden.

Um die nötigen Finanzen bereitstellen zu können, forderten die französischen Industriellen noch einmal in aller Schärfe eine Entschädigung durch die Mittelmächte. Zu diesem Zweck wurde auch eine Aufstellung der „feindlichen“ Industrien auf galizischem und polnischem Boden vorgenommen, woraus ein Großteil der französischen Forderungen beglichen werden sollte.

Dabei handelte es sich um die Aktiengesellschaft für Mineralölindustrie mit einem Kapital von 22 Millionen Kronen und ihren Raffinerien in Pardubice, Ustrzyki, Orşova, Tileagd und Satoraljaujhely, um die Galizische Karpaten Petroleum Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 18 Millionen Kronen und ihren Raffinerien in Marynopil' und Bratislava, um die „Galicia“ mit 9 Millionen Kronen Kapital und der Raffinerie in Drohobyč²⁸⁸ sowie ihre Schwesterfirma, die Deutsche Erdöl Aktien Gesellschaft mit den Raffinerien in Drohobyč und Trzebinia. Daraus folgerten die berichtenden Experten, daß dies der günstigste Zeitpunkt sei, sich Kompensationen von Deutschland zu holen.²⁸⁹

Nach der guten Zusammenarbeit mit Noulens, dem französischen Botschafter und Präsidenten der interalliierten Kommission in Polen, hofften die französischen Industriellen, daß ihre Wünsche Gehör finden würden. So sollten die polnischen Behörden alle deutschen Industrien und Kapitalien in Polen beschlagnahmen. Daraus wollte man einen Trust bilden, in dessen Aufsichtsrat die polnische Regierung sowie alle interessierten alliierten Industriegruppen vertreten sein würden. Abschließend zu ihrem Bericht bemerkten die französischen Wirtschaftsexperten, daß der Einfluß Frankreichs in Polen ein solches Ausmaß erreicht hätte, daß sämtliche Forderungen von Warschau erfüllt würden, wenn sie von französischen Diplomaten nur vorgetragen werden.²⁹⁰

288 Vor dem Krieg befand sich diese Raffinerie in österreichischem Staatsbesitz und wurde später von österreichischer Seite den Ukrainern übergeben. Vgl. Deutschösterreichisches Staatsamt für öffentliche Arbeiten an das deutschösterreichische Staatsamt des Äußern, zu Händen Seiner Excellenz des mit den vorbereitenden Arbeiten für die Friedensverhandlungen betrauten Ministers a.D. Herrn Dr. Franz Klein in Wien, 10. Jänner 1919, in: AdR, NPA 306, Liasse Österreich 15/II – 15/IV-4.

289 Simon & Duclos, Rapport d'ensemble sur la mission effectuée en Pologne & en Ukraine en mars et avril 1919 concernant l'industrie du petrole, 4 mai 1919, S. 15, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.948.

290 Simon & Duclos, Rapport d'ensemble sur la mission effectuée en Pologne & en Ukraine en mars et avril 1919 concernant l'industrie du petrole, 4 mai 1919, S. 18, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.948.

Sehr interessant in diesem Zusammenhang ist, daß die Verhandlungen um Ostgalizien schon so weit gediehen waren, daß sie zum Selbstläufer wurden. Obwohl Paris durchaus auch positive Berichte über die ukrainischen Maßnahmen und Arbeiten in der Erdölregion erreichten, wurden die einmal festgefahrenen Bahnen nicht mehr verlassen. Die ukrainischen Soldaten zeigten sich – wie es hieß – äußerst diszipliniert und belästigten die Bevölkerung nicht im geringsten. Die polnische Arbeiterschaft sei vollkommen ruhig, lediglich in Drohobyč sei es zu geringer Agitation gekommen, die mit Hausarrest bestraft wurde. Energisch verwahrte man sich hier gegen die Schreckensmeldungen in der Wiener Presse. Allerdings sah es mit der Raffinierung des Öls schlecht aus, da nicht genügend Kapital vorhanden war. Im Februar verhandelten die Ukrainer deshalb um einen Kredit über 10 Millionen Kronen in Wien.²⁹¹

Im Frühjahr 1919, als es noch so aussah, als könnte sich die westukrainische Regierung halten, kam es zu einer Reihe von Verhandlungen mit dem deutschösterreichischen Warenverkehrsbureau in Wien. Dabei erzielten die Vertreter²⁹² beider Seiten den Kompensationsvertrag Nr.2/Ukr.²⁹³ Dabei wurde am 27. März 1919 ein Übereinkommen zwischen beiden Regierungen über Wirtschaft- und Verkehrsangelegenheiten geschlossen.²⁹⁴ Zwischen Deutschösterreich und der Westukrainischen Volksrepublik wurde ein Warenaustausch beschlossen, der in der Beilage A zwischen den ukrainischen Vertretern und denjenigen des deutschösterreichischen Warenverkehrsbureaus, der deutschösterreichischen Lebensmittelzufuhrstelle und der deutschösterreichischen Erdölstelle seine detaillierte Ausarbeitung fand. Beilage B regelte den wechselseitigen Eisenbahnverkehr, während sich die Anlagen C, D, E mit dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr beschäftigten.²⁹⁵ Der Abschluß dieser Verträge war notwendig geworden, da die mit der polnischen Liquidierungskommission bzw. der polnischen Regierungskommission in Krakau im November und Dezember 1918 abgeschlossenen Warenkompensationsverträge, die insbesondere die Lieferung von Mineralölprodukten aus Polnisch-Galizien zum Gegen-

291 Ministère de la Guerre Etat-Major de l'Armée 2ième Bureau I Section Economique, L'industrie russe au debut de 1919, 23.04.1919, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.979.

292 Für die Westukrainer nahmen teil: Semen Vityk, Dr. Miroslav Zderkovskyj und der Ingenieur Volodymyr Dutka. Ihnen gegenüber stand in Vertretung der deutschösterreichischen Regierung der Staatssekretär für Äußeres Dr. Otto Bauer.

293 Vertragstext: Deutschösterreichisches Warenverkehrsbureau, Wien, I, Stubenring 8-10; Kompensationsvertrag mit der westukrainischen Republik (Nr. 2/ Ukr.), in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57. Eine Abschrift des Vertragstextes befindet sich ebenfalls in: Deutschösterreichische Staatskanzlei 1758/1919.

294 Vgl. das Kabinettsprotokoll Nr. 58, 7. April 1919, in: AdR, Inneres 04, wo über die Ratifizierung und Notifizierung beschlossen wurde.

295 Bei diesen Verträgen wurden zum Großteil die Bestimmungen von alten Verträgen übernommen wie zum Beispiel die Vorschriften des Weltpostvertrages und des internationalen Telegraphenvertrages von St. Petersburg nebst Dienstreglement. Siehe Vertragstexte in: Kompensationsvertrag, S. 29-40, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

stand hatten, nicht in dem Umfang ausgeführt wurden, wie es der österreichische Bedarf erforderte. Die Lage verschlechterte sich noch, als die polnische Regierung in Warschau die ohne ihre Genehmigung abgeschlossenen Verträge suspendierte und die Ausfuhr von Mineralölprodukten nach Deutschösterreich untersagte. Aus dieser Zwangslage heraus wurden die Verträge mit den Ukrainern geschlossen.²⁹⁶

Anlage A war der wichtigste Teil dieses Abkommens und bestimmte zuallererst, daß sämtliche zuvor abgeschlossenen Verträge ihre Gültigkeit behielten. Beiden Seiten war daran gelegen, den zwischenstaatlichen Bargeldverkehr so weit wie möglich auszuschalten; die gegenseitigen Warenlieferungen sollten als Wertaustauschmittel verwendet werden. Die Produktionslage beider Länder legte nahe, daß die Westukraine hauptsächlich Lebensmittel sowie Rohöl und Mineralölprodukte lieferte, wohingegen Deutschösterreich Erzeugnisse der Industrie und des Gewerbes sowie die Tätigkeit des internationalen Handels zur Verfügung stellte. Für die Ausfuhrbewilligungen wurden gewisse Bedingungen gegenseitig zugesichert: Im Auftrag der Westukrainischen Volksrepublik trat das General-Naphta-Kommissariat Drohobyč auf, zu dem die deutschösterreichische Erdölstelle einen ständigen Vertreter zur Abwicklung der Geschäfte entsandte. Für den Einkauf von Lebensmitteln erhielt die deutschösterreichische Regierung das Recht, durch ihre legitimen Vertreter den Einkauf im Rahmen des Punktes VI²⁹⁷ im westukrainischen Hoheitsgebiet besorgen zu lassen. Um die Sicherung der westukrainischen Interessen zu gewährleisten, wurde ein ständiger ukrainischer Vertreter in das deutschösterreichische Warenverkehrsbureau bestellt. Das ukrainische Wirtschaftsamt bei der ukrainischen Gesandtschaft in Wien hatte das Recht, alle Artikel, deren Einkauf nicht durch dieses Abkommen dem deutschösterreichischen Warenverkehrsbureau vorbehalten war, selbst einzukaufen. Ausfuhrbewilligungen sollten von beiden Seiten so schnell wie möglich erteilt werden. Der Vertrag sollte Gültigkeit erlangen, sofern die Notifizierung bis spätestens 15. April 1919 abgeschlossen und ein Vertrag über die Durchfuhrfrage bis spätestens 22. April unterschrieben würde.²⁹⁸ Des weiteren regelte der Vertrag die Fragen der Beförderung, der Einkauf- und Ausfuhrbewilligungen und des Geldverkehrs. Dabei sollten die Empfänger von Waren aus der Westukraine den anstehenden Betrag an das deutschösterreichische Warenverkehrsbureau zahlen, von wo aus sie an die Filiale des Wiener Bankvereins in Drohobyč gingen, die die Umbuchungen für die Importe aus

296 Kabinettsprotokoll Nr. 53, 24. März 1919, in: AdR, Inneres 04.

297 Punkt VI sah die Ausfuhrbewilligung für folgende Artikel vor: a) Lebensmittel (1.000 Waggonladungen à 10.000 kg Kartoffeln, 1.000 Stück lebende Schlachtpferde, 1.000 Stück lebende Schweine, 3.000 Kisten Eier à 1.440 Stück), b) Rohstoffe (40 Waggonladungen Rohhanf, Hanfwerg), c) Rohöl und Mineralölprodukte: wird in Beilage B gesondert behandelt, in: Beilage A: Warentauschübereinkommen, S. 8, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

298 Warenaustauschübereinkommen, II. Allgemeine Grundsätze, S. 4-5, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

Deutschösterreich machte. Zudem enthielt der Vertrag eine Exportliste von Gütern, die aus Deutschösterreich in die Westukraine eingeführt werden sollten.²⁹⁹

Das wichtigste Abkommen in dem gesamten Vertragswerk befaßte sich aber mit der Auslieferung von Rohöl und Mineralölprodukten seitens der westukrainischen Regierung. Diese sicherte die Lieferung und Ausfuhr von genau festgesetzten Mengen und zu abgemachten Preisen zu.³⁰⁰ Die Lieferung der Fertigprodukte erfolgte für jedes einzelne Mineralölprodukt gesondert in drei ungefähr gleichen Monatsraten, und zwar in Kesselwagen. Die Zahlung der Produkte erfolgte gegen die Vorlage des Duplikatfrachtbriefes und der finanzamtlichen Gewichtsbestätigung. Die Lieferungen des Rohöls sollten in Boryslav-Tustanovyči, die Mineralölprodukte in Drohobyč übernommen werden. Dieses Vertragspaket wurde von beiden Parteien im April 1919 rechtskräftig genehmigt.³⁰¹

In weiteren Kompensationsverträgen zwischen dem Ernährungsamt beim Staatssekretariat der Westukrainischen Volksrepublik und dem deutschösterreichischen Warenverkehrsbureau wurde beschlossen, daß das Ernährungsamt im Austausch gegen Eier und Naphtaprodukte bestimmte Industriegüter³⁰² in Österreich einkaufen würde.³⁰³ Ebenso wurden Rindshäute gegen Sohlenleder getauscht.³⁰⁴

Zur gleichen Zeit fanden auch die Verhandlungen zwischen den Vertretern der österreichischen und westukrainischen Staatsbahnen um die Durchführung von Austauschtransporten in Wien statt.³⁰⁵ Nach den vorangegangenen Übereinkommen sollten je 600 Tonnen Petroleum, Benzin und Gasöl sowie fünf Wagen Paraffin von Drohobyč nach

- 299 Darunter befanden sich: Landwirtschaftliche Artikel, Bauartikel, Volksbekleidungsartikel, verschiedene Artikel für Industrie und Gewerbe, militärische Bedarfsartikel, Arzneien und Hygieneartikel, Eisenbahnartikel, diverse Artikel (hauptsächlich Papier), noch allfällige Lieferungen; S. 11-20, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.
- 300 Die Mengen siehe im Vertrag: Vereinbarungen über die Lieferungen von Rohöl und Mineralölprodukten seitens der westukrainischen Regierung nach Deutschösterreich, S. 23-24, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.
- 301 Deutschösterreichisches Staatsamt für Äußeres an die Deutschösterreichische Staatskanzlei in Wien, 18. April 1919, in: AdR, Deutschösterreichische Staatskanzlei 1758/1919.
- 302 Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Möbel, Eisenwaren, 3 Waggons Zündhölzer, Automobile, Kleinbahnmaterial, Baumwollgewebe, Uniformen, Zivilschuhe, feldbrauchbare Militärschuhe, elektrische Bedarfsartikel wie Leitungsdrähte, Glühlampen, Telephonapparate, Chemikalien, Drogen und Arzneimittel.
- 303 Kompensationsvertrag Nr. 7/Ukr. vom 29. März 1919, Stanislaw, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.
- 304 Kompensationsvertrag Nr. 5/Ukr. vom 11. April 1919, Wien, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.
- 305 Aufzeichnung über die am 18. März 1919 im deutschösterreichischen Staatsamt für Verkehrswesen unter dem Vorsitz des Leiters der Sektion III, Herrn Ministerialrates Dr. Ritter von Pichler, zwischen den Vertretern der westukrainischen und der deutschösterreichischen Staatsbahnen geführten Verhandlungen in Angelegenheiten der Durchführung von Austauschtransporten (Praecipium), in: AdR, Deutschösterreichisches Staatsamt für Verkehrswesen, 26.04.1919, Nr. 12885.

Wien ausgeliefert werden, wohingegen von deutschösterreichischer Seite zehn Wagen mit den vereinbarten Austauschwaren vom Wiener Ostbahnhof über Bruck nach Stryj ausgeführt werden sollten. Dabei war zu beachten, daß beim Transport von Österreich aus immer die Kesselwagen, die ohnehin in der Westukraine beheimatet waren, Verwendung fanden und natürlich auch umgekehrt. Die Abfertigung hatte mit direkten Frachtbriefen, jedoch mit Rücksicht darauf, daß zwischen den westukrainischen und den ungarischen Staatseisenbahnen noch keine geregelten Abrechnungsbeziehungen bestanden, in beiden Richtungen unter Frankierung der Gebühren bis Lavocne zu erfolgen.³⁰⁶ Gegen die Beigabe von Zivilbegleitern für die fraglichen Transporte wurde seitens beider Staatseisenbahnverwaltungen unter der Voraussetzung, daß die Ententevertreter, die die militärische Begleitung der Züge besorgten, zustimmten, kein Einwand erhoben.

Um die Transporte zwischen beiden Ländern sicherzustellen, wurde am 20. März 1919 ein Abkommen geschlossen. Als Grundlage der Frachtverträge galten das österreichische und ungarische Eisenbahn-Betriebsreglement vom 1. Jänner 1910 sowie der österreichisch-ungarisch und bosnisch-herzegowinische Eisenbahn-Gütertarif (Teil I, Abt. A) vom 1. Jänner 1910 in der Fassung vom 31. Oktober 1918 samt den provisorischen Abänderungen.³⁰⁷ Für die Verrechnung beim Personen-, Gepäck- und Gütertransport galten die gemeinsamen Bestimmungen der österreichisch-ungarischen und bosnisch-herzegowinischen Eisenbahnverwaltungen vom 1. Juli 1914. Die seitens der westukrainischen Staatseisenbahnen eingeführte 100%ige Kriegssteuer auf Regiesendungen der deutsch-österreichischen Staatseisenbahnen fand bei diesen Transaktionen keine Anwendung. Auch für die gegenseitige Wagenbenutzung und die Transporte galten die alten Übereinkommen vom 1. Jänner 1913 und das Transportübereinkommen vom 1. Juli 1914.

Auch im Rahmen der Liquidierung waren das westukrainische Petroleum und die Lebensmittel sehr begehrt. So sollten sie als Kompensation in Form eines Tausches gegen Bekleidungsstücke und Schuhe für ehemalige k. u. k.-Eisenbahner dienen.³⁰⁸

Aber gerade diese Geschäftsverbindungen wurden den Ukrainern besonders übel genommen, und so war es kein Wunder, daß bald nach der Übergabe Ostgaliziens an Polen

306 Tatsächlich begannen aber schon im Februar 1919 Verhandlungen zur Herstellung einer Zugverbindung zwischen Deutschösterreich über Ungarn nach der Ukraine. Vgl. AdR, Deutschösterreichische Staatskanzlei, 24.02.1919, Nr. 1110. Diese gipfelten am 6. März 1919 in dem Übereinkommen zwischen der Direktion der ungarischen Staatseisenbahnen und der Direktion der westukrainischen Staatseisenbahnen zwecks Regelung des wechselseitigen Eisenbahnverkehrs, in dem zum Großteil die alten Anschlußverträge von 1887 Bestätigung fanden, in: AdR, Deutschösterreichisches Staatsamt für Verkehrswesen, 26.04.1919, Nr. 12885.

307 Übereinkommen betreffend die vorläufige Regelung des Eisenbahnverkehrs zwischen Deutschösterreich und der Westukraina vom 20. März 1919, in: AdR, Deutschösterreichisches Staatsamt für Verkehrswesen, 26.04.1919, Nr. 12885.

308 Vgl. hierzu die Vorgänge in: Deutschösterreichisches Staatsamt für Verkehrswesen, 14. Jänner 1919, Nr. 1468: Abgabe von Pelzen, Pelzkappen, Schuhen und Stoffen für die westukrainischen Eisenbahnbediensteten.

viele Wirtschaftsverträge mit Frankreich abgeschlossen wurden, um dem einen Riegel vorzuschieben.

Schon im Dezember 1920 hatten laut ukrainischer Angaben die französischen Investitionen eine Milliarde Francs erreicht.³⁰⁹ 1921 wurden französischen Firmen vorteilhaftere Geschäftsbedingungen gewährt.³¹⁰ Der große und entscheidende Vertrag kam allerdings am 6. Februar 1922 zustande. Dieser war notwendig geworden, da sich das polnisch-französische Verhältnis abgekühlt hatte. Frankreich hatte zwar unmittelbar nach dem Krieg die Kontrolle der galizischen Erdölindustrie durch sein Kapital an sich reißen können,³¹¹ wurde aber durch eine restriktive polnische Wirtschaftspolitik stark eingeschränkt.³¹² Die polnische Regierung legte sowohl für den Import wie den Export die Preise fest. Für Exporte mußte der Preis in der Landeswährung des kaufenden Staates beglichen werden, während der Exporteur lediglich einen entsprechenden Betrag in polnischer Währung erhielt. Dabei wurde durch die polnische Regierung ein künstlicher Wechselkurs bestimmt, der die französischen Gewinne ganz beträchtlich beeinträchtigte und den Aufschwung in den Jahren 1920 und 1921 bremste. Ebenso mußten die Firmen eine starke Besteuerung hinnehmen.

1922 lockerte aber die polnische Regierung wieder ihre Restriktionen in der Wirtschaftspolitik und nahm auch die starke Besteuerung zurück. Das wirkte sich zudem positiv auf die etwa 600 Millionen Franc Kapital aus, die von französischer Seite zu diesem Zeitpunkt in der galizischen Wirtschaft steckten.³¹³

309 Levyc'kyj an Drummond, Beilage: L'industrie du petrole de la Galicie orientale 26.04.1922, Wien, 25. Juni 1922; S. 11, in: VB R 552 – 21554.

310 Conditions Générales d'un accord portant sur l'exploitation de la Raffinerie de l'état polonais, la prospection et l'exploitation de ses terrains petrolifères et l'organisation d'une entreprise de transport du petrole obtenue en Pologne et d'un organisme commun de vente de celui-ci (14.03.1921, Le Ministre du Commerce et de l'Industrie à M. le Ministre des Finances Direction du Movement Général de Fonds {Service de M. Charles}), in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.947.

311 So kontrollierte französisches Kapital 52% der Kapazität der galizischen Raffinerien und konnte eine Produktionssteigerung von 16% zwischen 1921 und 1922 erreichen (Bericht an den Senat, Nr. 627, Annex zur Sitzung am 10. Juli 1923, S. 4, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.948). Die ukrainische Seite nannte in ihrem Bericht an die Konferenz von Genua folgende Prozentsätze ausländischer Kapitalien für 1921: Deutschland 0,03%; Österreich 7,12%; Frankreich 53,03%; England 4,40%; Galizien (jüdisch, ukrainisch, polnisch) 18,35%; Diverse 17,07% (Levyc'kyj an Drummond, Beilage L'industrie du petrole de la Galicie orientale 26.04.1922, Wien, 25. Juni 1922, S. 11, in: VB R 552 – 21554).

312 Vgl. nicht nur die französischen Quellen, sondern auch die ukrainischen: Levyc'kyj an Drummond, Wien, 25. Juni 1922, mit der Beilage: L'industrie du petrole de la Galicie orientale, 26. April 1922, S. 13–14, in: VB R 552 – 21554.

313 Bericht an den Senat, No 627, Annex zur Sitzung am 10. Juli 1923, S. 9, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.948.

Nach langen und zähen Verhandlungen und nachdem die französische Regierung Polen Vorteile in der Bankenwirtschaft versprochen hatte, wurde endlich eine vorteilhafte Konvention zwischen den Vertragspartnern ausgearbeitet. Darin garantierte die polnische Regierung den französischen Gesellschaften die Exportfreiheit, die Einschränkung der Steuern und die Zurückgabe des rollenden Materials, das verstaatlicht worden war. Ebenso sagte der Vertrag die Dispositionsfreiheit für ausländische Währungen, die Möglichkeit, neue Konzessionen zu erwerben, und eine Repräsentation im polnischen Naphta-Rat zu. Eine Kapitalabgabe wurde dabei ausgeschlossen.

Die Exportfreiheit schränkte man lediglich durch die Bestimmung ein, daß genügend Erdöl für den inländischen Markt vorhanden sein müsse.³¹⁴ Das polnische Parlament ratifizierte diesen Vertrag am 12. Mai 1922, und die französische Deputiertenkammer nahm ihn in ihrer Sitzung am 27. Februar 1923 an.

Aus einem Bericht der amerikanischen Botschaft in Wien ist zu entnehmen, daß auch das Verhältnis der Alliierten untereinander nicht ganz frei von Spannungen war. So schrieben die Amerikaner, Skoropads'kyj sei von den Engländern nach Genf an den Völkerbund geschickt worden, um dort etwas für die Unabhängigkeit Ostgaliziens zu tun. Man sah dies als einen britischen Schachzug an, die franco-amerikanischen Ölinteressen in Ostgalizien zu schädigen, da diese von der polnischen Regierung Konzessionen erhalten hatten. Über die Skoropads'kyj-Gruppe erhofften wohl die Briten für sich selbst Vorteile auf diesem Gebiet.³¹⁵ Frankreich hingegen hatte allen Grund, hinter den wirtschaftlichen Abschlüssen her zu sein, wollte man in Paris doch wenigstens etwas von dem Geld wiedersehen, das man in die Wiedererrichtung des polnischen Staates gesteckt hatte. So schlossen Pichon und Dmowski im Januar 1919 einen „Accord entre le Gouvernement Français et le Comité National Polonais, au sujet de la liquidation des dépenses faites par la France, pour la mise sur pied et l'entretien de l'Armée Polonaise“.³¹⁶ Darin wurde festgelegt, daß die Ausgaben der französischen Regierung sozusagen als Vorschuß an die polnische Regierung angerechnet werden und diese den Betrag so schnell wie möglich zurückzahlen wird. Am 22. März 1919 wandte sich der französische Außenminister an den Finanzminister mit der Bitte, den Polen das gewünschte Darlehen von 4,6 Millionen Francs zu gewähren, da der französische Einfluß auf Polen so eine Steigerung und Konsolidierung erfahren würde.³¹⁷

Bis zum 26. November 1924 wurden für die Haller-Armee insgesamt 442 Millionen Francs ausgegeben. Die Rückzahlung dieser Summe, die über Vorschußmodelle geregelt wurde, sollte durch die polnische Regierung zu bestimmten Terminen erfolgen. Zu diesem

314 Über die technischen Details des Vertrages siehe: Bericht an den Senat, No 627, Annex zur Sitzung am 10. Juli 1923, S. 12–19, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, Finances B 31.948.

315 Amerikanische Botschaft Wien (DuBois) an State Department, 05.01.1921, Nr. 175, in: Records, 1, 1. Zur Konkurrenz unter den Alliierten siehe auch: „Ukraine“, Wiener Mittag, 30. November 1921, in: AdR, Mappe 95, 10021/Ukraine.

316 26. Januar 1919, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, B 31.929.

317 Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, B 31.929.

Zweck schlossen die Vertragspartner am 23. April 1919, am 21. Mai 1919 und am 12. August 1920 verschiedene Konventionen ab. Um diese Summe abzudecken, überschrieb die polnische Regierung Paris Obligationen von 200, 100, 75 und 50 Millionen Francs mit auf drei Jahre begrenzter Anlage zu einem Jahreszins von 5 Prozent.³¹⁸

Das Erdöl Ostgaliziens spielte aber auch in der Argumentation der Ukrainer und bei dem Wunsch, ihre Ansprüche geltend zu machen, eine große Rolle. Bis zum Jahre 1922 waren sie mehr oder minder mit ihren diplomatischen Versuchen, eine Wende herbeizuführen, gescheitert. Nun trachteten sie danach, auf der Konferenz von Genua die Weltöffentlichkeit durch wirtschaftspolitische Argumente für sich zu gewinnen. Diese internationale Konferenz, die vom 10. April bis zum 19. Mai 1922 tagte, hatte sich den wirtschaftlichen Wiederaufbau der durch den Weltkrieg zerstörten europäischen Regionen und die Lösung der Reparationsprobleme zur Aufgabe gemacht.

Die Ukrainer wollten diese Versammlung benutzen, um der Öffentlichkeit ihre prekäre Lage in Ostgalizien deutlich zu machen. In mehreren Schreiben bat Petruševyč darum, die ukrainischen Delegierten zur Konferenz zuzulassen. Er verwies dabei darauf, daß Galizien eines der am meisten zerstörten Länder Europas sei und nur von der Mehrheit seiner Bewohner vertreten werden könne, da Polen völkerrechtlich dazu kein Recht habe.³¹⁹

Durch die Hervorhebung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in Ostgalizien in verschiedenen Broschüren versuchten die Ukrainer, Aufmerksamkeit und Sympathie für ihre Sache zu wecken. Dabei stellten sie das ukrainische Galizien als einen wirtschaftlichen Aktivposten mit hohen Exportkapazitäten für Rohstoffe und Fertigprodukte dar. Sie versicherten, die Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung werde rasant steigen und damit auch der Import. Als besonderen Vorzug hoben sie die günstige geographische Lage des Landes hervor, das einen Mittler zwischen Ost- und Westeuropa darstellte. Nicht zuletzt betonte man gegenüber den Ententestaaten die hohen moralischen Qualitäten der ukrainischen und jüdischen Bewohner Ostgaliziens.³²⁰

Nachdem die Ukrainer mit ihren Statistiken nachgewiesen hatten, daß die gesamte galizische Wirtschaft durch die polnische Besatzung schweren Schaden genommen hatte³²¹,

318 Créances du Trésor français sur la Pologne, in: Ministère de l'économie et des finances, Ministère du budget, B 31.929.

319 Schreiben Petruševyčs an den Obersten Rat und an die Präsidentschaft der internationalen Konferenz von Genua vom 21. Februar 1922 und vom 7. April 1922 (La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe, Gênes, Avril 1922, in: VB R 551 – 21554).

320 La situation économique de la Galicie orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe, Gênes Avril 1922, S. 128, in: VB R 551 – 21554.

321 Vgl. dazu die Themenbereiche Bevölkerungsverluste, Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion (S. 29–59), Viehzucht, Forsten, Mineralerzeugung, Zerstörung von Gebäuden, Handel (S. 61–78), Zerstörung industrieller Anlagen, Kooperativen (S. 79–92), Landbesitz und Kolonisation (S. 93–112), Steuern und Abgaben (S. 113–116) in: La situation économique de la Galicie Orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe, Gênes, Avril 1922, in: VB R 551 – 21554.

vertieften sie sich in das Thema der galizischen Erdölindustrie. Sie versuchten, die auswärtigen Mächte zum Eingreifen zu bewegen, indem sie hervorhoben, sollte die Konferenz nichts unternehmen, sei die Erdölindustrie Galiziens verloren, und sie betonten die ungeheuren Verluste für die gesamteuropäische Wirtschaft und hofften so, diese wirtschaftlichen Aspekte gegen die Polen ausspielen zu können. Dabei betonten sie die hohe Wahrscheinlichkeit der Entdeckung neuer Lagerstätten und unterstrichen, daß diese zu 90% auf ethnisch rein ukrainischem Gebiet zu finden seien. Außerdem würden die Pachtverträge, die kleine ukrainische Landbesitzer mit dem Staat abgeschlossen hatten, nun nach 25 Jahren auslaufen. Für europäische Investoren³²² ergäben sich – nach dem Bericht Kost' Levyc'kyjs – also gute Möglichkeiten.

Diese sollten jedoch nicht mit den Polen verhandeln³²³, die der Weltwirtschaft durch ihre ungenauen Angaben großen Schaden zufügten. Je nach Weltlage würden diese nämlich behaupten, Ostgalizien besäße große Erdöllager oder aber die Vorkommen seien verschwindend gering. Durch reichliches Zahlenmaterial versuchte Levyc'kyj zu beweisen, daß die Vorkommen sehr ergiebig seien und einen bedeutenden Platz in der Weltwirtschaft einnehmen würden.

Dies war wohl ein taktischer Fehler in der ukrainischen Argumentationslinie, denn damit arbeiteten sie den Polen geradezu in die Hände. Nachdem vor allem die Franzosen – wie oben bereits gezeigt – sehr am galizischen Öl interessiert waren, bedurfte es dieser Versicherungen nicht. Warum sollten die europäischen Staaten die Ukrainer unterstützen, um an das Öl zu kommen, wenn mit den Polen darüber bestes Einvernehmen bestand? Man fragt sich, ob der Informationsstand der Ukrainer wirklich so gering oder ob ihre diplomatische Ignoranz so groß war.

Um das polnische Versagen darzustellen, führte Levyc'kyj eine Reihe von Gründen für den Niedergang der Erdölindustrie an: Zuerst warf er der polnischen Administration vor, daß sie die gewonnenen Rohstoffe schlecht verwendete und nichts gegen die starken Schwankungen der Börsenkurse unternahm. Er brandmarkte auch die verderbliche Einmischung des Staates, der das Geschehen nicht genügend überwachte, Produkte monopolisierte und der Herstellung und dem Handel Hindernisse in den Weg legte. Besonders beklagte er das Schicksal Ostgaliziens, wirtschaftlich erst von Österreich-Ungarn abhängig gewesen zu sein und nun von Polen. Die polnische Besetzung bedeute den Ruin der gesamten Wirtschaft, die an einen total verschuldeten Staat gebunden worden sei, dessen Währung nichts wert sei. Daraus könne leicht eine soziale Revolution entstehen, und die brennende nationale Frage würde weiter verschlimmert. Die dauernden Kriege

322 Levyc'kyj an Drummond, Wien, 25. Juni 1922 mit der Beilage: *L'industrie du petrole de la Galicie orientale*, 26. April 1922, S. 2, in: VB R 552 – 21554.

323 In einem anderen Zusammenhang wurde noch ein weiterer Grund dafür genannt, nicht mit polnischen oder russischen Kreisen zu verhandeln: Sie hätten keinerlei Unterstützung in der Bevölkerung zu erwarten, was dem wirtschaftlichen Aufstieg sehr abträglich sei (*La situation économique de la Galicie orientale et son importance pour la reconstruction de l'Europe*, Gênes, Avril 1922, S. 129, in: VB R 551 – 21554).

der Polen mit Sowjetrußland und der Ostukraine bedrohten Ostgalizien und machten dort die Aufstellung einer starken Armee nötig, die das Geld für den wirtschaftlichen Wiederaufbau verschlinge. Befinde sich nun aber ein Staat in einem Zustand des Terrors, dann leide die empfindliche Ölindustrie ganz besonders darunter, meinte Levyc'kyj.³²⁴

Den Vorwurf des schlechten polnischen Systems präziserte er, indem er die Mängel aufzählte: Durch schlampiges Arbeiten und Unprofessionalität komme es zu großen Verlusten an Arbeitern und Material. Die nachlässige Lagerung des Rohöls würde ebenfalls große Schäden verursachen. Der Transport wurde durch das Fehlen von Pipelines und Eisenbahnstrecken nahezu lahmgelegt. Deshalb hätten auch keine neuen Bohrstätten erschlossen werden können, und es hätten sogar alte aufgegeben werden müssen. Zudem beschuldigte er die polnischen Unternehmer der Spekulation und Korruption.³²⁵

Einen der Hauptvorwürfe der Ukrainer bildete auch in diesem wirtschaftlichen Zusammenhang die versuchte Polonisierung dieser Region und ihrer Wirtschaft. So beschwerten sie sich, es würden die ukrainischen Funktionäre und Arbeiter in den Fabriken ersetzt und keine neuen mehr eingestellt. Für Ukrainer gäbe es nur noch Hilfsarbeit, die hart und schlecht bezahlt sei. Dabei betonte Levyc'kyj, daß die polnischen Arbeiter der Wirtschaft nicht gut täten, da sie oft streikten, um höheren Lohn zu erhalten.

Wegen all dieser vorgetragenen Gründe forderten die Ukrainer wiederholt das Ende der polnischen Besatzung Ostgaliziens und die Wiederherstellung der unabhängigen ukrainischen Republik Ostgalizien, die sich am 1. November 1918 konstituiert hatte. Nur diese Republik könne der Welt die reichen Ölvorkommen zugänglich machen.

Dieser Versuch der Ukrainer, über die Wirtschaftspolitik etwas auf der europäischen diplomatischen Bühne zu erreichen, scheiterte kläglich. Im nachhinein erscheint das nicht verwunderlich, da diese Unternehmung doch recht naiv begonnen worden war. Wer sollte denn ernsthaft glauben, daß die Polen die Mühe auf sich genommen hatten, Ostgalizien militärisch zu erobern, um es dann wirtschaftlich zugrunde zu richten. Die Schikanen gegen die ukrainischen und jüdischen Bevölkerungsteile nahm ihnen jeder ab, aber nicht als Argument für die Wiedereinrichtung eines ukrainischen Staates. Allerdings muß man sehen, daß im Ausland jedoch teilweise die Meinung der Ukrainer geteilt wurde. So verurteilte man auch dort die polnische Kolonisationspolitik, die der Spekulation mit Grundbesitz Tür und Tor öffnete, hingegen die landwirtschaftliche Produktion nicht steigern konnte. Ebenso bestätigte man, daß die Bodenschätze, v. a. das Erdöl, nicht zweckmäßig ausgebeutet wurden und so der Volkswirtschaft beträchtliche Verluste entstanden.³²⁶

324 Levyc'kyj an Drummond, Wien, 25. Juni 1922, mit der Beilage: L'industrie du petrole de la Galicie orientale, 26. April 1922, S. 7-8, in: VB R 552 - 21554.

325 Levyc'kyj an Drummond, Wien, 25. Juni 1922, mit der Beilage: L'industrie du petrole de la Galicie orientale, 26. April 1922, S. 9-12, in: VB R 552 - 21554.

326 „Die wirtschaftliche Bedeutung Ostgaliziens für Mittel- und Osteuropa“, dreiteiliger Artikel von Dr. Wilhelm Neumann, 10., 15. und 27. März 1922, „Wiener Mittag“ in: AdR, Mappe 95, 10021/Ukraine.

4.6. Beobachtungen zur westukrainischen Exilpolitik

Kaum hatte die westukrainische Regierung ihr Wiener Exil erreicht, sollte Dr. Petruševyč dort das Objekt polnischer Anfeindungen und österreichischer Polizeiaufsicht werden. Viele Berichte an den Polizeipräsidenten Schober persönlich beschäftigten sich mit seiner Person.

Dr. Petruševyč wurde am 3. Juni 1863 in Bus'k (Galizien) geboren. Er war griechisch-katholischen Bekenntnisses und zum Zeitpunkt des Berichtes verwitwet. Während die österreichisch-ungarische Monarchie noch bestand, war er Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses und gehörte als solches der ukrainischen Nationaldemokratischen Partei an. Gleichzeitig bekleidete er die Funktion des Obmannes des Ukrainischen Parlamentarischen Klubs. Nach dem Umsturz 1918 wurde Petruševyč vom Kongreß der Notablen aus Ostgalizien zum Präsidenten der Westukrainischen Volksrepublik gewählt. Als später die Polen unter Hinweis auf ihre angeblich historisch begründeten Rechte das Gebiet dieser Republik (Ostgalizien) besetzten und dazu auch die Zustimmung des Obersten Rates der alliierten Ententemächte erlangten, begaben sich die hervorragendsten Funktionäre der westukrainischen Republik ins Ausland. Petruševyč kam nach Wien, um hier mit den Vertretern der Großmächte und der Nachfolgestaaten im Interesse der nationalen Wiederaufrichtung seiner Heimat Fühlung zu nehmen und seine Amtsgeschäfte als Präsident der Westukrainischen Volksrepublik de jure weiterzuführen. Nach Zeitungsberichten soll er im Herbst 1920 versucht haben, eine Union der westukrainischen Gebiete mit der Tschechoslowakei anzubahnen. Im Frühjahr 1921 nahm er an den in Wien stattfindenden Beratungen des Ukrainischen Nationalrates teil. Diese Besprechungen verfolgten den Zweck, eine gemeinsame Plattform für die west- und ostukrainischen Politiker zu finden und die Vereinigung des west- und des ostukrainischen Staatsgebietes politisch vorzubereiten. Ähnliche Diskussionsforen wie die Stellungnahme der Ukrainer zur Konferenz von Genua fanden im April 1922 ebenfalls in Wien unter Beteiligung von Petruševyč statt. Seiner politischen Orientierung nach war er Mitglied in der sogenannten Ukrainischen Arbeitspartei, einer starken und einflußreichen bürgerlichen Partei, der nahezu die gesamte ukrainische Intelligenz und Bauernschaft sowie die bedeutendsten Politiker ukrainischer Nationalität des ehemaligen österreichischen Reichsrates und des früheren galizischen Landtages angehörten. Die polnischen Bezeichnungen hinsichtlich einer Verbindung zur Sowjetukraine wurden von der Wiener Polizeidirektion wie folgt abgetan: „Von einer Verbindung des Dr. Petruszewicz mit den Bolschewiken ist der Polizeidirektion nichts bekannt; so weit vertraulich in Erfahrung gebracht wurde, besteht eine solche auch nicht.“ Ein polnisches Aide Mémoire vom 6. Dezember 1922 listete die in Wien immer noch residierende Regierung der Westukrainischen Volksrepublik auf. In polnischen Augen handelte es sich dabei um die Regierung eines Staates, der nicht existierte. Das Kabinett umfaßte folgende Mitglieder:

Jevhen Petruševyč (Präsident), Kost' Levyc'kyj (Staatssekretär und Außenminister), Roman Perfec'kyj (Innenminister), Jaroslav Selezinka (Kriegsminister), Osyp Nazaruk

(Propagandaminister), Volodymyr Singalevyč (Bevollmächtigter Minister der Westukrainischen Volksrepublik in Wien, Staatssekretär für Finanzen).

In diesem Memorandum wurden der ukrainischen Regierung in Wien folgende Anklagepunkte zur Last gelegt: Alle Ukrainer verwendeten weiter in der Öffentlichkeit ihre offiziellen Titel der bereits aufgelösten Botschaft. Der gesamte westukrainische Behördenapparat besaß Büroräume in Wien, so zum Beispiel in der Mariahilferstraße. Die Residenz von Petruševyč, die Westukrainische Presseagentur und die Kanzlei der westukrainischen Legation befanden sich in der Windmühlgasse sowie die Militärkanzlei in der Strozsigasse. Auch unterhielten die Ukrainer in Wien ihre eigenen Zeitungen, den „Ukrains'kyj Prapor“ und das militärische Wochenblatt „Ukrains'kyj Skitalec“.

Was nun die polnischen Beschuldigungen anging, die von Aufwiegelung zur Revolte und von exzessiven Versuchen zur Kontaktaufnahme mit den Bol'sheviki sprachen, so standen ihnen die Beobachtungen der österreichischen Behörden entgegen, die Petruševyč die Ablehnung terroristischer Akte und ein „bescheidenes und zurückgezogenes“ Leben attestierten.³²⁷

Auch in der Ostukraine hatten die Ukrainer große Schwierigkeiten, sich gegen die aus allen Richtungen anstürmenden Feinde zur Wehr zu setzen. Polen war nicht bereit, die vom Obersten Rat der Alliierten am 8. Dezember 1919 provisorisch als polnische Ostgrenze festgelegte Curzon-Linie anzunehmen. Auf die ostpolnischen Gebiete wollte es keineswegs verzichten. Schon im Herbst 1919 waren polnische Truppen in Weißrußland eingedrungen, nachdem sie das litauische Vilnius-Gebiet besetzt hatten. Im Süden schoben sie sich über die Grenzen Wolhyniens und Podoliens vor. Wegen des De-facto- Untergangs der Westukrainischen Volksrepublik sah der Heerführer und Direktoriumsvorstand Symon Petljura seine einzige Chance in einer Kooperation mit den Polen gegen die der Ostukraine feindlich gesinnten Kräfte. Im Vertrag von Warschau vom 22. April 1920 trat er an Polen für die Anerkennung seiner Regierung als rechtmäßige Regierung der Ukraine die gesamte Westukraine bis zum Zbruč und das westliche Wolhynien ab.³²⁸ Außerdem verpflichtete er sich, zwei polnische Minister in sein Kabinett aufzunehmen, und gab Polen das Transitrecht nach Odessa, damit es für eine Periode von 15 Jahren seinen Export von dort abwickeln konnte.³²⁹ Dies führte automatisch zum Bruch mit der Westukrainischen Volksrepublik.

Zu diesem Zeitpunkt ging man in Polen nämlich vom baldigen Ende des Bolschewismus aus und hatte deshalb das sowjetische Friedensangebot vom 28. Januar 1920 ausgeschlagen. Daraus ergab sich die Frage nach der Haltung Warschaus gegenüber Rußland. Die polnischen Nationaldemokraten sprachen sich für ein Einvernehmen mit Moskau aus, während die Anhänger Piłsudskis und die polnische Linke der Meinung waren, Rußland sei zu gefährlich. Deshalb unterstützten sie eine selbständige Ukraine und ein

327 Lebenslauf des Dr. Eugen Petruszewicz, 13.11.1922 (Nr. 3603 Polnische Beschwerden gegen Petruszewicz), in: AdR, NPA 442 Dr. Eugen Petruszewicz.

328 HRYSHKO Experience with Russia, S. 60.

329 DENNIS The foreign policies of Soviet Russia, S. 146.

gutes Einvernehmen mit den Balten, um einen politischen Anschluß dieser Länder an Polen herbeizuführen. Wegen dieser Kooperations-Verhandlungen befanden sich der ukrainische und der lettische Außenminister im Oktober 1919 in Warschau.³³⁰

Am 26. April 1920 meldete der österreichische Gesandte den Abschluß des Warschauer Vertrages, der von ukrainischer Seite durch den Minister des Äußeren Kost' Levyc'kyj aufgrund einer Vollmacht des Ministerpräsidenten Isaak Mazepa unterzeichnet worden war. Man vereinbarte die zeitweilige Besetzung des ukrainischen Gebietes durch die polnischen Truppen bis zum Dnjepr und regelte die zukünftigen Grenzen zwischen Polen und der Ukraine am Zbruč und am Styr. An Polen scheinen abgetreten worden zu sein: die Kreise Kovel', Volodymyr-Volyns'kyj und Luc' k. Durch die Bestimmungen des Vertrages wurde auch das Plebiszit der ukrainischen Bevölkerung gegenstandslos. Das polnische Heer in der Ukraine blieb vorläufig unverändert und setzte die Feindseligkeiten gegen Sowjetrußland fort. Die Ukraine sicherte zu, die Regierung mit Petljura als Staatschef, Mazepa als Ministerpräsidenten und Kost' Levyc'kyj als Minister des Äußeren bei erster Gelegenheit nach Kiew zu verlegen. Petljura sollte eine Kundmachung erlassen, in der er die freundschaftliche Stellung der Ukraine gegenüber Polen deutlich machte. Dieser Vertrag bedeutete für Polen den ersten größeren Erfolg in der an Mißerfolgen so reichen Verhandlungsperiode der letzten Monate gegenüber den Vertretern der Randstaaten. „Die Vollmacht Petljuras, im Namen der Ukraine zu verhandeln ist höchst fraglicher Natur, solange die Defaktoregierung in den Händen Rakowski's und der ukrainischen Bolschewiken liegt. Sie gewinnt erst dadurch Bedeutung, daß Polen sich nunmehr entschlossen hat, die in den Händen der Bolschewiken befindlichen Teile der Ukraine zu besetzen und die Regierung Petljuras in Kiew einzusetzen.“, so der österreichische Gesandte.³³¹

Aber nicht nur der Gesandte hatte seine Bedenken, sondern auch die westukrainische Exilregierung in Wien. Von dort kam scharfer Protest gegen den Warschauer Vertrag vom 22. April 1920, vorgelegt durch die Mitglieder des Ukrainischen Nationalrates in Wien. Sie sahen acht Gründe, warum der Vertrag nicht rechtskräftig war:

1. Das Direktorium und ein Vertreter der Naddnistrjanska Ukraina bildeten die oberste Regierungsgewalt. Sie gestalteten auch die Gesetze zur Verteidigung der Republik, aber unter „dem ausdrücklichen Vorbehalte der Vereinigung aller ukrainischen Länder in der ukrainischen Volksrepublik.“ Daraus folgte, daß auch wenn das gesamte Direktorium und nicht nur Petljura den Vertrag geschlossen hätte, es dennoch kein Recht besessen hätte, einen für die Ukraine derartig nachteiligen Schritt zu unternehmen.

330 Der bevollmächtigte Vertreter der österreichischen Regierung in Warschau an das deutschösterreichische Staatsamt des Äußeren, 20.10.1919, Nr. 8/6709, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/II.

331 Der bevollmächtigte Vertreter der österreichischen Regierung in Warschau an Staatsamt für Äußeres, 26.04.1920, Nr. 17/1848, in: AdR, NPA 644, Liasse Polen IX/1.

2. Umso weniger konnte Petljura allein ein solches Recht haben. „Hervorzuheben ist außerdem, daß der Vertreter Ostgaliziens im Direktorium, Dr. Petruševyč, zu diesem Akte nicht nur seine Zustimmung nicht gegeben, sondern ausdrücklich gegen die Abtretung dieses Territoriums protestiert hat und alle übrigen Mitglieder des Direktoriums schon früher ihre Vollmachten zurückgelegt haben.“
3. In Ostgalizien hatte der Ukrainische Nationalrat in seiner ersten Sitzung in Lemberg am 19. Oktober 1918 aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker seinen eigenen unabhängigen Staat proklamiert und in der Sitzung in Lemberg am 15. November 1918 auf diesem Gebiet die Westukrainische Volksrepublik konstituiert. Am 3. Januar 1919 beschloß der Nationalrat in einer Sitzung in Stanislaw die Vereinigung der Westukrainischen Volksrepublik mit der Ostukraine. Die beabsichtigte Vereinigung wurde jedoch nie durchgeführt. „Denn die Konstituante der vereinigten Republiken trat nicht zusammen, weil einerseits die unablässigen Angriffe der russischen Bolschewiken auf Kijew, andererseits die Invasion der polnischen Armee in Ostgalizien es nicht zur Konsolidierung der beiden ukrainischen Staaten kommen ließen.“ Bis zu diesem Zusammentritt der Konstituante beider Republiken hatte sich der Ukrainische Nationalrat die volle legislative Gewalt auf dem Gebiet der westlichen Provinzen der Ukrainischen Volksrepublik vorbehalten. Darunter fiel auch Ostgalizien. Außerdem übertrug er die Exekutive hinsichtlich sowohl der Zivil- als auch der Militärverwaltung auf diesem Gebiet (= Ostgalizien) der galizischen Regierung (= Staatssekretariat). Daraus folgte für die Westukrainer, daß die westlichen Provinzen der Ukrainischen Volksrepublik ihre Unabhängigkeit behalten und daß bis zum Zusammentritt der Verfassungsgebenden Versammlung Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik nicht das Recht hatten, über die Länder der westlichen Provinzen, insbesondere über Ostgalizien zu verfügen.
4. Die Abtretung des Territoriums entsprach nicht dem klar kundgetanen Willen des Volkes, das über ein Jahr gegen Polen gekämpft hatte.
5. Diese Willenskundgebung wurde vom Obersten Rat berücksichtigt und „mit dem Beschluß vom 11. Juli 1919 die polnische Regierung bloß zur provisorischen Einrichtung der Ziviladministration in Ostgalizien ermächtigt, und in letzter Instanz der Bevölkerung selbst das Recht der Entscheidung der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Ostgaliziens vorbehalten.“
6. Der Warschauer Vertrag stand im Widerspruch zu allen bisherigen gegen die Angliederung Ostgaliziens an Polen veröffentlichten ukrainischen Deklarationen: Am 28. Oktober 1919 legten die Vereinigung der Mitglieder des Ukrainischen Nationalrates in Wien und die Regierung der westlichen Provinz der Ukrainischen Volksrepublik staatsrechtliche Verwahrung gegen die geplante Abtretung Ostgaliziens an Polen ein. Außerdem protestierte man gegen die Warschauer Deklaration vom 2. Dezember 1919. Die Allukrainische politische Organisation Ukrainskyj Nacio-

nal'nyj Deržavnyj Sojuz³³² veröffentlichte ihre Deklaration vom 10. April 1920, in der die Warschauer Deklaration vom 2. Dezember 1919 als ungültig und für das ukrainische Volk jeder Rechtskraft entbehrend erklärt wurde.

7. Auch nach der polnischen Okkupation hörte die ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens nicht auf, gegen die Aspirationen Polens auf dieses ukrainische Gebiet auf jede mögliche Weise zu protestieren.
8. Polen nutzte Petljuras hilflose Situation aus und trat das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen.

„Er hat die Entscheidung des Obersten Rates der Ententestaaten, welcher im Namen dieses Prinzipes der Bevölkerung Ostgaliziens das Recht über ihre Entscheidung vorbehielt, mißachtet.“ Nun verhindert der von Polen aufgezwungene Kampf die Entwicklung Ostgaliziens und die nationale und politische Entwicklung des ukrainischen Volkes. Polen ist bestrebt, seine imperialistischen und annexionistischen Pläne auf dem ukrainischen Territorium zu verwirklichen. Dazu das Memorandum: „Wir wenden uns an die Staaten der Entente und ihren Obersten Rat in Paris, wir wenden uns an den Völkerbund, der die Gleichberechtigung aller Völker und ihr Selbstbestimmungsrecht zu schützen hat.“³³³

Nach einer kurzen Pause, bedingt durch die Erfolge Denikins, nahmen die vereinten ukrainisch-polnischen Truppenverbände im Januar 1920 ihren Vormarsch wieder auf. General Haller besetzte Dünaburg, Masyr und Homel', während Piłsudski tief in die Ukraine vordrang. Am 7. Mai 1920 wurde Kiew besetzt.³³⁴ Dies blieb allerdings Episode,

332 Diese bestand hauptsächlich aus Vertretern großukrainischer Parteien.

333 Legation der Westukraine in Wien an Staatssekretär des Äußeren und Staatskanzler Dr. Renner, 17.05.1920, Nr. 2055, in: AdR, NPA 644, Liasse Polen IX/1.

334 Die Kavallerie besetzte Kiew am 7. Mai 1920, die Infanterie rückte einen Tag später nach. Der Sieg wurde groß gefeiert und für brilliant gehalten (La victoire polonaise, Journal de Pologne, 9. Mai 1920, und Comment s'est déroulée l'offensive Polonaise en Ukraine, Journal de Pologne, 13. Mai 1920, in: Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem HP 1438 VI). Einen Tag später behauptete das Journal de Pologne (Comment s'est déroulée l'offensive Polonaise en Ukraine, 14. und 15. Mai 1920, in: Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem HP 1438 VI), daß die Bol'sheviki Hilfe durch deutsche Zeppeline erhielten, die zuvor vor Frankreich versteckt worden waren. Diese transportierten angeblich Offiziere des deutschen Generalstabes, die den Russen technische Hilfe leisten sollten, um ihre Niederlage abzuwenden. Von kompetenter Stelle (Dr. Wolfgang Meighörner, Zeppelin-Museum Friedrichshafen) wurde mir versichert, daß zu dieser Zeit definitiv keine Zeppeline in der Ukraine oder Rußland im Einsatz waren. Allerdings befanden sich im Sommer 1919 wenigstens drei sogenannte R-Flugzeuge als Geldboten für die ukrainische Regierung im Einsatz, die in Deutschland gedruckte ukrainische Währung in die Ukraine flogen. Nach dem Verlust der Flugzeuge R.39, R.69 und R.70 flog die Deutsche Luftreederei bis zum endgültigen Ende der Ukrainischen Volksrepublik mit zweimotorigen Bombern von Friedrichshafen aus in die Ukraine (Haddow/Grosz, S. 48-50).

schon am 11. Juni 1920 mußte es wieder geräumt werden.³³⁵ Am 7. Juli fiel Rivne in die Hände der Bol'sheviki. Im Norden kam es vermehrt zu Kämpfen, und am 11. Juli wurde Minsk von der Roten Armee zurückerobert. Innerhalb eines Monats brach die polnisch-ukrainische Front zusammen, die Russen standen vor den Toren Warschaws und hatten die Haupteisenbahnlinie nach Danzig unterbrochen. Am 10. Juli hatten die Polen die Entente um Hilfe gebeten, diese hatte allerdings zuvor den polnischen Vormarsch scharf verurteilt.³³⁶

Das gemeinsame Vorgehen der Petljura-Ukraine und Polens war dazu angetan, die Front der Bol'sheviki nur zu stärken. Die ukrainische Landbevölkerung begegnete den polnischen Truppen, die als „Freunde“ gekommen waren³³⁷ mit unverhohlener Feindseligkeit.³³⁸ Zu tief wurde der dreifache Gegensatz von nationalen, religiösen und sozialen Elementen empfunden. Auch der Aufruf des letzten zaristischen Oberbefehlshabers General Brusilov an alle Offiziere der Zarenarmee, die Rote Armee mit allen Kräften in ihrem Kampf gegen Polen zu unterstützen, fiel auf fruchtbaren Boden. Selbst national gesinnte russische Kreise im In- und Ausland schienen ihre Feindseligkeit gegenüber den Bol'sheviki zu vergessen und standen wie ein Mann hinter der Roten Armee gegen die polnischen Eindringlinge. Auch die amerikanische Regierung sah das polnische Eindringen nach Rußland mit gemischten Gefühlen, um nicht zu sagen, Washington hielt es für grundverkehrt. Man war der Auffassung, ein derartiger Vormarsch schaffte ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, das zu sehr von der Tyrannei der Bol'sheviki ablenkte und dieses Regime dadurch unterstützte.³³⁹ Sehr bald sammelte die Rote Armee ihre Kräfte zum Gegenschlag.

335 von Rauch, S. 135-136. Noch einen Tag zuvor war in Warschau das Communiqué des Generalstabes veröffentlicht worden, das von dem großartigen polnischen Vorstoß und dem zerschmetterten russischen Widerstand sprach (Le Front Polonais porté au Dnipro, Journal de Pologne, 12. Mai 1920, in: Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem HP 1438 VI).

336 DENNIS The foreign policies of Soviet Russia, S. 147.

337 Diese Feindseligkeit der ukrainischen Bevölkerung blieb trotz der Erklärung Piłsudskis, der sich und seine polnischen Truppen als Befreier bezeichnete, und trotz der Deklaration ihres eigenen Staatschefs Petljura. Die Erklärungen befinden sich in: La Reconnaissance de l'Ukraine par la Pologne, Journal de Pologne, 29. April 1920, in: Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem HP 1438 V.

338 „Der polnische Vorstoß in der Ukraine“, Danziger Neueste Nachrichten, 7. Mai 1920, in: Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem HP 1438 VI. Dieser Artikel enthält eine treffende Analyse des ukrainisch-polnischen Bündnisses. Der Autor stellt ebenfalls fest, daß die ukrainische Bevölkerung eigentlich die Polen als ihren Hauptfeind betrachte und sofort mit Rußland kooperieren würde, hätte es nur eine andere Regierung. Die Polen würden seiner Meinung nach einen entscheidenden Fehler machen, indem sie nicht nur gegen die Bol'sheviki kämpften, sondern auch auf diese Weise ihre Grenzkorrekturen durchsetzen wollten. Die Annexion des ukrainisch-russischen Cholmer Landes trüge keineswegs dazu bei, dem ukrainisch-polnischen Bündnis Festigkeit zu verleihen. Dies und die Eroberung Kiews, das immer noch als „heilige Stadt“ galt, kräftige vielmehr die Front der Feinde Polens.

339 DENNIS The foreign policies of Soviet Russia, S. 151.

Auf dem Höhepunkt der Kämpfe erhielt die polnische Regierung ein Friedensangebot von Moskau. Bald formte sich in Regierungskreisen in Warschau die Meinung, man könne die Verhandlungen mit den Sowjets erst nach Annahme gewisser polnischer Grundbedingungen beginnen. Als solche wurden genannt: „Die Anerkennung der polnischen Grenze nach dem Stande vom Jahre 1772, die Anerkennung der auf dem ehemaligen russischen Staatsgebiete auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes entstandenen neuen Staaten, die Anerkennung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Frieden schließenden Staaten und die Bestätigung der Friedensverträge durch die russische Volksversammlung oder eine allgemeine Volksabstimmung.“³⁴⁰

Im August 1920 schickte der österreichische Gesandte in der Schweiz den tatsächlichen Wortlaut der durch die polnische Gesandtschaft in Washington verbreiteten Bedingungen. Diese stellten sich anlässlich des polnischen Vormarsches in Sowjetrußland noch weit unbescheidener dar. Man verlangte: die Wiederherstellung der Grenzen Polens vor 1772, die russische Anerkennung der Randstaaten im Westen, das Verbot bolschewistischer Propaganda in Polen, russische Entschädigungszahlungen an Polen für die Okkupation vor 1914, die Restituierung des Eisenbahnmaterials, Abschlagszahlungen bei Beschädigung desselben, die Entschädigung aller Polen für ihre materiellen Verluste auf russischem Territorium, den Kriegsgefangenenaustausch und die Repatriierung aller polnischen Emigranten. Ferner forderte man, daß Rußland die Züge zur Rückholung der Polen aus Sibirien bereitstellte, letztere mit Waffen, Munition und Verpflegung versorgte und ihnen auch militärische Ehren angedeihen ließ. Seit den Teilungen entwendete Kunstschatze, auch private, mußten an Polen zurückgegeben werden. Bis zur Erfüllung dieser Forderungen sollte Smolensk als Faustpfand militärisch besetzt werden.³⁴¹

In Warschau wollte man weitere Verhandlungen erst dann aufnehmen, wenn diese polnischen Grundbedingungen erfüllt worden wären, und ferner sollten die Verhandlungen dann unter Hinzuziehung der neu entstandenen Staaten erfolgen. Diese Antwort sollte am 28. Februar 1920 nach Moskau abgehen, aber nicht ohne vorher die Meinung der Ententemächte eingeholt zu haben. In Polen drängte alles darauf hin, zu einer Entscheidung zu kommen. Dabei wurde es von England ermuntert, so rasch wie möglich einen Frieden zustande zu bringen, während Frankreich dafür eintrat, durch eine energische Offensive die bolschewistische Gefahr zu beseitigen. Der österreichische Gesandte in Warschau ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß sich Polen für die französische Variante entscheiden würde und „daß die militärischen Operationen im engen Einvernehmen mit Rumänien werden unternommen werden und die diesbezüglichen

340 Gesandtschaft Warschau an Staatsamt für Äußeres, 21.02.1920, Nr. 6/766, in: AdR, NPA 644, Liasse Polen IV/1.

341 Österreichische Gesandtschaft in der Schweiz an Staatsamt für Äußeres, 27.08.1920, Nr. 137/3646, in: AdR, NPA 644, Liasse Polen IV/1.

chen Vereinbarungen mit der rumänischen Regierung schon sehr weit gediehen sind.³⁴² Dafür sprach auch die für Anfang März angekündigte Ankunft des Marschalls Foch.

Aber schon im März 1919 berichtete der österreichische Gesandte in Budapest über französische Waffen- und Munitionslieferungen an Polen: Die zwischen der französischen Militärmission und einer polnischen Kommission bezüglich der Waffenlieferungen gefährdeten Verhandlungen waren zum Abschluß gelangt. Die Polen sollten die der Armee Mackensen abgenommenen Waffen, mehrere hundert Waggons, erhalten. „Es schwebten auch Verhandlungen über Waffen- und Munitionslieferungen mit den Ukrainern, die jedoch auf Wunsch der Franzosen abgebrochen wurden. Als Kompensation sollten Rohölprodukte geliefert werden.“³⁴³ Aber zu diesem Zeitpunkt war bereits von den Ukrainern nichts mehr zu holen, da die Berthélemy-Linie die Erdölfelder von Drohobyč-Boryslav den Polen zugesprochen hatte.

Ebenfalls im März 1919, also in der Zeit der heftigsten polnisch-westukrainischen Kämpfe, unterbreitete die Kommission für auswärtige Angelegenheiten im polnischen Landtag einen Antrag auf Abschluß eines Bündnisses mit der Entente: Die Regierung wurde aufgefordert, die bereits geschlossenen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Abkommen zu bestätigen. Die Regierung Paderewski schien mit den Ententestaaten, vor allem mit Frankreich, ziemlich weitgehende Abmachungen getroffen zu haben. Mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten waren diese hauptsächlich auf wirtschaftliches Gebiet beschränkt. Zudem wurden die französischen Abgesandten ganz besonders bevorzugt, weshalb die polnische Regierung auch heftige Beschwerden der anderen Gesandten erreichten. Aber nicht alle Polen waren von den Verpflichtungen gegenüber Frankreich begeistert. Über einen politischen Bündnisvertrag konnte, laut österreichischem Delegierten, noch nichts in Erfahrung gebracht werden. Aber bestimmte Anzeichen sprachen für die Unterzeichnung einer Militärkonvention. Der Landtag stellte den Antrag, daß die Regierung mit der „Koalition“ eine Militärkonvention abschließen möge. Eine französische Militärmission wurde eingerichtet, und Paris lieferte an Polen Kriegsmaterialien. Wenn hier von „Koalition“ gesprochen wird, ist in erster Linie Frankreich damit gemeint, da sich französische Offiziere bereits in Polen aufhielten. Die besprochenen Vorschläge wurden im Plenum des Landtages einstimmig angenommen. Daneben nahm die polnische Regierung eine Anleihe von über fünf Milliarden Francs bei Frankreich auf.³⁴⁴ Im April 1919 wurde der französische General Henrys³⁴⁵ damit

342 Gesandtschaft Warschau an Staatsamt für Äußeres, 21.02.1920, Nr. 6/766, in: AdR, NPA 644, Liasse Polen IV/1.

343 Gesandtschaft der deutschösterreichischen Republik in Budapest an Staatssekretär Dr. Bauer, 07.03.1919, Nr. 59/2265, in: AdR, NPA 649, Liasse Polen 4/7.

344 Der Delegierte des k.u.k. Ministeriums des Äußeren in Warschau an das deutschösterreichische Staatsamt für Äußeres, 29.03.1919, Nr. 67/2840, in: AdR, NPA 643, Liasse Polen III/1.

345 Im Artikel „L'occupation de Kiew par les troupes polonaises“, Journal de Pologne, 16. Mai 1920 (Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem HP 1438 VI) stand: „Voici donc la meilleure confirmation des déclarations que le Général Henrys, chef de la mission militaire

beauftragt, das Oberkommando der alliierten Armeen beim Kommandanten des polnischen Heeres zu vertreten. Henrys war angeblich ein sehr fähiger Offizier, daher ist anzunehmen, daß er berufen wurde, um auf die polnische Armee einen maßgebenden Einfluß auszuüben, eventuell sogar um überhaupt deren Organisation und Führung zu übernehmen. Der Vorwand seiner Ankunft in Polen wurde wohl gewählt, um die Eitelkeit Pilsudskis als Heerführer zu schonen und diesem die Möglichkeit eines Widerstandes gegen Henrys Entsendung zu nehmen. Zu dieser Zeit wurde auch eine Militärkonvention mit Paderewski in Paris verhandelt.³⁴⁶ Wie man hieraus sehen kann, erhielten die Polen im Gegensatz zu den Ukrainern jede erdenkliche Hilfe durch die alliierten Mächte. General Pilsudski verstand es allerdings auch meisterhaft, die Werbetrommel für Polen zu rühren. In einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Petit Parisien“ vom März 1920 erklärte er die vollkommene Ablehnung Polens gegenüber der Roten Armee und der Idee des Kommunismus überhaupt. Polen werde sich niemals der Macht der sowjetrussischen Waffen beugen, selbst wenn man ihm das „Messer an die Gurgel“ setzen würde.³⁴⁷

Weiterhin fügte er sehr werbewirksam hinzu, daß Polen keinesfalls den Fehler begehen würde, dem Kommunismus anheimzufallen. Als direkte Nachbarn sähen die Polen die „Erfolge“ des Kommunismus wie Hungersnot, hohe Kindersterblichkeit und Unfreiheit.

So traf auch am 25. Juli 1920 eine Entente-Spezialmission in Warschau ein, deren Aufgabe es war, eine Prüfung der Lage Polens und Verhandlungen über Hilfeleistungen zu unternehmen. Aus geheimer Quelle erfuhr der österreichische Gesandte, daß Polen die Entsendung schwarzer französischer Kolonialtruppen aus Angst vor Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung ablehnte. Die Hilfe, die Polen bis dahin erreichte, bestand in der Entsendung von Offizieren mit besonderen Fachkenntnissen und in der Lieferung von Kriegsmaterialien, wobei Frankreich nicht auf Barzahlung beharrte. Der ungarische Vertreter in Warschau bot der polnischen Regierung Hilfeleistung durch die Entsendung eines Truppenkontingentes an, was aber von der Entente abgelehnt wurde. Die polnische Delegation begab sich am 30. Juli zu Verhandlungen mit Rußland nach Brest-Litovsk. Polen wehrte sich strikt gegen die Einmischung in seine inneren Angelegenheiten durch Sowjetrußland und gegen die auch nur teilweise Entwaffnung seiner Armee. Aber es war

française, me faisait il y a un mois en me disant que l'offensive bolchévique et le mouvement impérialiste berlinois étaient en corrélation et avaient pour but de prendre la Pologne dans un étau.“ Dabei handelte es sich um die Kapp-Lüttwitz Bewegung. Allerdings kann man dies nur als absurd abtun, nachdem der Kapp-Putsch schon nach vier Tagen (13.-17. März 1920) gescheitert war. Wie sollte diese Bewegung den Bol'seviki helfen, wenn sie sich schon selbst nicht helfen konnte?

346 Der Delegierte des k. u. k. Ministeriums des Äußeren in Warschau an das deutschösterreichische Staatsamt für Äußeres, 15.04.1919, Nr. 75/3282, in: AdR, NPA 643, Liasse Polen III/1.

347 „La Pologne n'acceptera jamais une paix dictée par les bajonettes de l'armée rouge“ déclare le chef d'état J. Pilsudski“, „Le Journal de Pologne“ (das den Artikel aus „Le Petit Parisien“ übernommen hatte), in: Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem HP 1437 III.

bereit, die von Lloyd George vorgeschlagene Demarkationslinie, das waren die Grenzen Kongreßpolens einschließlich Ostgaliziens, anzuerkennen. Entgegen der Pressemeldungen setzte die Rote Armee die Offensive auf Warschau und Lemberg weiter fort. An der ostgalizischen Front stand den polnischen Truppen die Armee Budennyjs gegenüber, die allerdings im Rücken gegen den Aufstand der Ukrainer zu kämpfen hatte.³⁴⁸ In dieser Situation sah das Ukrainische Nationalkomitee noch einmal die Möglichkeit einer Intervention beim amerikanischen Außenministerium. Am 18. August 1920 machte es den Amerikanern den Vorschlag, aus Ostgalizien und der Bukowina einen *cordon sanitaire* zu bilden, der die Ukraine als antibolschewistisches Bollwerk verwenden könnte. Dazu sollten diese beiden ukrainischen Länder zu einem unabhängigen Staat zusammengeschlossen werden, und seine Organisation sollte unter der Leitung des Völkerbundes stehen. Für Ostgalizien war die zeitweise militärische Besetzung durch eine interalliierte Armee vorgesehen, bis die Reorganisation und Ausrüstung der ukrainischen Armee durch den Völkerbund abgeschlossen sein würde. Dann sollte von Ostgalizien aus am Aufbau einer unabhängigen Gesamtukraine gearbeitet werden.³⁴⁹ Gleichzeitig wandte sich Petruševyč über den ukrainischen Bevollmächtigten in Budapest, Jaroslav Biberovyč, an Lloyd George. Die Anerkennung einer unabhängigen Westukraine – so meinte er – würde die innere Konsolidierung Polens möglich und Kriege zwischen Polen und Rußland unwahrscheinlich werden lassen. Ein unabhängiges Ostgalizien trüge zur Festigung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse der Ukraine und Rußlands sowie zur Wahrung des Gleichgewichts in Osteuropa bei.³⁵⁰

Acht Tage später erreichte den österreichischen Staatssekretär des Äußeren ein Bericht über eine Unterredung mit Major Kessler, dem Referenten für Polen des Auswärtigen Amtes in Berlin. Trotz aller Proklamationen glaubte man dort nicht daran, daß Warschau verteidigt werden würde. Die polnischen Truppen stieben doch auseinander, sobald sie eine rote Fahne nur sähen.³⁵¹ Die bolschewistischen Truppen hielten strenge Disziplin, bei Todesstrafe sei es verboten, die preußische Grenze zu überschreiten. Viele der höheren Befehlshaber seien zaristische Offiziere. Petljura habe keinen Anhang mehr, also sei es auch bedeutungslos, daß er sich in der Zwischenzeit von Polen losgesagt habe. „Auch Major Kessler ist der Ansicht, daß die Situation für Deutschland eine außerordentlich günstige sei, und nimmt an, daß sich Sowjetrußland mit der Herstellung Polens als Kleinstaat begnügen werde und vor allem wünschen müsse, die Handelsbeziehungen zum

348 Gesandtschaft Warschau an Staatsamt für Äußeres, 01.08.1920, Nr. 31/3179, in: AdR, NPA 644, Liasse Polen IV/1.

349 Ukrainian National Committee an Secretary of State, 18.08.1920, in: Records, 2, 1.

350 Amerikanische Botschaft Budapest an State Department, 31.08.1920, Nr. 353, in: Records, 2, 1.

351 Der deutsche Optimismus erscheint erklärlich, wenn man die Pressemeldung vom 21. Juli 1920 in der „Neuen Freien Presse“ bedenkt: „Nach Meldungen aus Helsingfors [Helsinki] hat Lenin erklärt, daß eine gemeinsame Grenze zwischen Rußland und Deutschland für die Zukunft beider Staaten unbedingt nötig sei. Der Angriff gegen Polen werde solange fortgesetzt werden, bis dieses Ziel erreicht sei“, in: AdR, Mappe 95, 1008/Polen.

Westen, namentlich auch mit Deutschland wiederherzustellen.³⁵², so der österreichische Gesandte.

Die Kämpfe zwischen den polnischen und russischen Truppen gingen unterdessen weiter. Der italienische Gesandte Tommasini versuchte, eine Verständigung zwischen den beiden Parteien herbeizuführen, scheiterte jedoch vollständig. Nun sei er jedenfalls nicht mehr davon überzeugt, etwas auf dem Verhandlungswege mit Rußland erreichen zu können, stellte der österreichische Botschafter mit einer gewissen Befriedigung fest. Am 24. August gelangten die vom 20. des Monats datierten russischen Friedensbedingungen zur offiziellen Kenntnis der polnischen Regierung. Sie seien im folgenden zitiert:

1. Die russische und die ukrainische Sowietrepublik erkennen die Unabhängigkeit der polnischen Republik an.
2. Die russische und die ukrainische S.-R. verlangen keine Kriegsschädigung.
3. Als Grenze der polnischen Republik gilt die von Lord Curzon in der Note vom 11. Juli vorgezeichnete Linie. Polen wird der östlich von Białystok und Chełm gelegene Rayon zuerkannt (= Ostgalizien).
4. Polen demobilisiert seine Armee bis auf 50.000 Mann. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung soll eine aus Arbeitern bestehende Miliz organisiert werden.
5. Die polnische Regierung hat die Demobilisierung im Laufe eines Monats nach Unterzeichnung des Friedensvertrages durchzuführen.
6. Polen behält die Waffen und das Kriegsmaterial für die ihm zuerkannte Armee, der übrige Teil muß nach Monatsfrist an die beiden Sowietrepubliken ausgeliefert werden. Einen Teil der Waffen erhält die Arbeitermiliz.
7. Polen verpflichtet sich, durch sein Gebiet keine Hilfe an Menschen, Pferden und Kriegsmaterial für Staaten, die zu den Feinden der beiden S.-Republiken gehören, befördern zu lassen.
8. Die Kriegsoperationen werden 72 Stunden nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes eingestellt. Es wird eine 50 Werst breite neutrale Zone festgesetzt.
9. Die russischen und die ukrainischen Armeen verbleiben in einer 200.000 Mann nicht übersteigenden Stärke.
10. Polen hat das aus dem früher von ihm besetzten Gebiete mitgenommene Gut zurückzuerstatten und die von ihm zerstörten Brücken in Ordnung zu bringen.
11. Polen verpflichtet sich, die Familien der getöteten polnischen Bürger wie auch die Verwundeten und Arbeitsunfähigen zu versorgen.
12. Polen gewährt Rußland und der Sowietukraine das Recht der freien Durchfuhr von Waren durch sein Gebiet.

352 Gesandtschaft der Republik Österreich in Berlin an Staatssekretär des Äußeren Dr. Karl Renner, 09.08.1920, Nr. 263/3269, in: AdR, NPA 644, Liasse Polen IV/1.

13. Die Eisenbahn Wolkowysk – Białystok – Grajewo stehen beiden Sowjetrepubliken zur Verfügung.
14. Polen führt eine vollständige Amnestie durch.³⁵³

Ein Schreiben des Geschäftsträgers der österreichischen Gesandtschaft in Warschau bot Informationen über den Verlauf der russisch-polnischen Friedensverhandlungen.³⁵⁴ Die Delegationen hatten in der Zeit vom 17. bis 25. August vier gemeinsame Sitzungen abgehalten, wobei diejenige der Sowjetukraine ebenfalls anwesend war. Dabei ging es um die 15 Punkte der russischen Friedensbedingungen und um die Stellung der Ukraine zu Rußland, wozu allerdings keine eindeutige Stellungnahme aus Moskau zu bekommen war. Dort zeigte sich aber schon deutlich, daß die Verhandlungen mit der lettischen Regierung über die Abhaltung der Friedenskonferenz in Riga zu einem guten Abschluß gebracht werden könnten.³⁵⁵

Am 24. September 1920 wurden die Verhandlungen in Riga zwischen den beiden Sowjetrepubliken Rußland und der Ukraine sowie Polen aufgenommen. Schon einen Tag später war die Bereitschaft beider Parteien zu einem schnellstmöglichen Abschluß eines mit einem Waffenstillstand verknüpften Vorfriedensvertrages zu erkennen. Von russischer Seite wurde auf die ursprünglich in Minsk erhobene Forderung der Verminderung und Abrüstung der polnischen Armee verzichtet und die Bereitschaft ausgesprochen, die polnisch-russische Grenze weiter nach Osten zu verlegen. Das wurde lediglich davon abhängig gemacht, daß der Vorfriedensvertrag spätestens bis zum 5. Oktober unterzeichnet würde. Obwohl der russische Vorschlag eines Vorfriedensvertrages nicht ganz den Wünschen der Polen entsprach und obwohl Rußland auf der Unabhängigkeit Ostgaliziens sowie auf einer Entscheidung darüber durch Plebiszit bestand, hatte man doch den Eindruck, daß Moskau aufgrund der schlechten Lage an der Front zu einem schnellen Einvernehmen kommen wollte.³⁵⁶

Die Friedensverhandlungen nahmen in der ersten Oktoberwoche einen konstruktiven Verlauf, allerdings konnte nicht sofort Einigkeit über die Grenzen erzielt werden. „Während die polnische Delegation an der Grenzlinie Zbruč, Rowno, Sarny, Luniniec,

353 Geschäftsträger Warschau an Staatsamt für Äußeres, 23.08.1920, Nr. 35/3557, darin enthalten: Abschrift einer Beilage zu Bericht Nr. 35 vom 2. August 1920, in: AdR, NPA 652, Liasse Polen 15/3.

354 Dabei waren die ersten Fühler schon viel früher ausgestreckt worden. Die Sowjets hatten im April um einen Waffenstillstand gebeten. Von Polen wurde das allerdings nicht akzeptiert, denn sie forderten den umgehenden Eintritt in Friedensverhandlungen („Les pourparlers polono-soviétistes“, „Le Journal de Pologne“, 21. April 1920, in: Utrikes-departementet 1920 (Ers dossiersystem HP 1438 V)).

355 Geschäftsträger Warschau an Staatsamt für Äußeres, 05.09.1920, Nr. 36/3676, in: AdR, NPA 652, Liasse Polen 15/3.

356 Geschäftsträger Warschau an Staatsamt für Äußeres, 02.10.1920, Nr. 39/4075, in: AdR, NPA 652, Liasse Polen 15/3.

Baranowicze, Minsk und Kojdanow und an der Grenze der Bezirke Vilnius und Dünaburg bis nach Lettland festhält, schlägt die Sowjetdelegation die Grenze Zbruč, Styr, Jasiolda,

Kanal-Oginski, Szczary bis zur lithauischen Grenze vor.³⁵⁷ Für Polen war die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands unmöglich und die ostgalizische Frage eine Angelegenheit der eigenen Innenpolitik. Zum großen Erstaunen aller gab Ioffe nach. Offenbar konnte man es sich polnischerseits leisten, auf Zeit zu spielen, da sich die Meldungen mehrten, Sowjetrußland befände sich in Schwierigkeiten.³⁵⁸ Zur gleichen Zeit rührten die Polen vehement die Propagandatrommel für eine Grenzverschiebung im Osten. Man bezeichnete dies als eine ausgleichende historische Gerechtigkeit und forderte die polnischen Grenzen von 1772. Da man die preußischen und österreichischen Landesteile mit Posen und Ostgalizien wiedererhalten hatte, fehlte Polen nur noch der russische Teil. Hierzu wurden interessante Gründe ins Feld geführt. Polen konnte sich mit den Grenzen der Curzon-Linie nicht zufrieden geben, da sie das polnische Territorium zu sehr verkleinerten und dadurch große Bevölkerungsteile zur Emigration zwangen. Ferner habe Rußland Land genug, um die fraglichen Gebiete abtreten zu können, ohne dabei nennenswerten Schaden zu erleiden. Nur so sei auf Dauer der Frieden in Osteuropa aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig erfüllte Polen seine historische Mission, die „gelbe Gefahr“, d.h. den bevorstehenden Ansturm der Chinesen auf Europa, abzuhalten.³⁵⁹

Am 11. Oktober 1920 wurde der Vorfriedensvertrag unterzeichnet, am 12. Oktober 1920 der Waffenstillstandsvertrag³⁶⁰. Mit diesen beiden Verträgen hatte Polen alle seine Bedingungen durchgesetzt: Sowjetrußland würde sich zukünftig aus dem polnisch-lithauischen Konflikt heraushalten, Litauen trennte ein breiter polnischer Gebietsstreifen von Sowjetrußland, und Warschau hatte eine sehr günstige Lösung in der Grenzfrage erreicht. Polen erhielt einen territorialen Zuwachs von 130.000 km² und vergrößerte damit seine Bevölkerungszahl um fünf Millionen. Die russische Nachgiebigkeit war auf die ernste innere Lage des Landes, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Not und die schlechte politische Stimmung, zurückzuführen. Anfang des Jahres konnte man noch von

357 Geschäftsträger Warschau an Staatsamt für Äußeres zu Bericht Nr. 39 vom 2.10.1920, 10.10.1920, Nr. 40/4295, in: AdR, NPA 652, Liasse Polen 15/3.

358 Durch das „Wunder an der Weichsel“ (16.08.1920) und durch die von Piłsudski genial geführte Gegenoffensive konnten die sowjetischen Truppen weit nach Osten zurückgeworfen werden. Die anfangs so siegreiche Rote Armee mußte einige schwere Niederlagen einstecken, und die oben besprochenen sowjetischen Friedensbedingungen an Polen konnten damit nicht verwirklicht werden.

359 J.M. Bazewicz: To the representatives of the Nations of Europe and America, Warsaw, 12.10.1920, in: VB R 563 – 8028.

360 Die beiden französischen Vertragstexte siehe bei: Geschäftsträger Warschau an Staatsamt für Äußeres, 13.10.1920, Nr. 41/4366, in: AdR, NPA 652, Liasse Polen 15/3. Vertragstexte in deutscher Fassung in: Bevollmächtigter Vertreter der österreichischen Regierung in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 02.12.1920, Nr. 52/5131, in: AdR, NPA 652 Liasse Polen 15/3.

einem nationalen Aufschwung bei dem polnischen Angriff sprechen. Als aus der Defensiv- aber im Namen der Weltrevolution eine Offensive geworden war, verschlechterte sich die Stimmung. Die Bestrebungen der sowjetrussischen Generalität gingen dahin, die Vrangel'-Front endgültig zu liquidieren, während man hoffte, daß Polen an seiner eigenen Offensive wirtschaftlich und moralisch verbluten würde. General Vrangel' war bemüht, zu den ukrainischen nationalistischen Kreisen gute Beziehungen zu unterhalten, und führte auch Verhandlungen mit Machno und der Petljura-Regierung.³⁶¹ Allerdings konnte er die politischen Fehler seines Vorgängers Denikin nicht mehr gutmachen, dafür war es schon zu spät.

Am 10. Oktober 1920 kehrte die westukrainische Kommission³⁶² aus Riga zurück, wo sie an den polnisch-russischen Friedensverhandlungen teilgenommen hatte. Dr. Kost' Levyc'kyj erklärte gegenüber dem österreichischen Gesandten Post in Berlin, daß Sowjetrußland bereit sei, die Unabhängigkeit der Westukraine anzuerkennen. Polen stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß dies eine interne Angelegenheit sei, und sicherte der Westukraine lediglich eine weitgehende Autonomie zu. Levyc'kyj hielt diesen Verzicht Rußlands auf die Westukraine für ein sehr wichtiges Zugeständnis, da seiner Meinung nach Ostgalizien die größte Gefahr von Rußland drohte. Sollte mit Polen kein Einvernehmen erzielt werden, so beabsichtige die Westukraine, die Frage dem Völkerbund zur Entscheidung vorzulegen. Dabei beklagte sich Kost' Levyc'kyj sehr über die Unterdrückung seiner Heimat durch die Polen.³⁶³

Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich die Lage im Osten durch die schnelle Liquidation der Vrangel'-Front, das Überrennen der ukrainischen Armee Petljuras und durch die bevorstehende Auflösung der Armee des Kommandeurs Balachovyč-Bulak in Weißrußland stark verändert hatte. Durch diese militärischen Erfolge im Inneren wurde die Stellung der Sowjetregierung wieder gefestigt. Man könnte Polen vorwerfen, Vrangel' verraten zu haben, da der polnisch-sowjetische Waffenstillstand nicht auf die Vrangel'-Front ausgedehnt worden war, aber gerade das machte die Sowjets den polnischen Wünschen geneigt. Auch Frankreich übte in dieser Richtung keinen Druck aus. Die neue Regierung Millerand war bestrebt, Fühlung mit den russischen Sozialrevolutionären aufzunehmen. Wahrscheinlich hing man in Paris der irrigen Meinung an, über sie Einfluß

361 Geschäftsträger Warschau an Staatsamt für Äußeres, 13.10.1920, Nr. 41/4366, darin enthalten die Zeitungsausschnitte: „Texte du traité d'armistice“ und „Texte des préliminaires de paix signés à Riga le 11 octobre“, in: AdR, NPA 652, Liasse Polen 15/3. Vgl. auch den Brief Petljuras an Vasyl'ko vom 3.11.1920, in dem er über die Versuche der Kontaktaufnahme Vrangel's und über die generellen Beziehungen zu russischen Einheiten berichtet. Petljura war aber nicht bereit, Vrangel' – wie es die Franzosen gefordert hatten – als Oberbefehlshaber anzuerkennen (Lotockyj, Symon Petljura in: Mitteilungen, 16, S. 36–37).

362 Sie bestand aus folgenden Mitgliedern: Dr. Kost' Levyc'kyj, Dr. Osip Nazaruk, Dr. L. Myšuha und Ernest Breiter (Nahajevs'kyj, S. 225).

363 Gesandtschaft der Republik Österreich in Berlin an Staatsamt für Äußeres, 13.10.1920, Nr. 357/4210, in: AdR, NPA 652, Liasse Polen 15/3.

auf die Bol'sheviki nehmen zu können. Da auch die polnische Regierung stark an einem Frieden interessiert war, gab sie ihrer Delegation in Riga den Befehl, eine konziliante Haltung einzunehmen.³⁶⁴ So kam es am 18. März 1921 zur Unterzeichnung des Vertrages von Riga zwischen Polen und den beiden Sowjetrepubliken.

Die unterzeichnenden Parteien schlossen Frieden und erkannten die neue Grenze zwischen Polen einerseits und den Sowjetrepubliken Rußland, Ukraine und Weißrußland andererseits an. Dabei gingen Ostgalizien, Westwolhynien und Polesien an Polen verloren.³⁶⁵ Die Vertragsparteien verzichteten auf jegliche innere Einmischung in die Angelegenheiten der anderen Staaten. Die Minderheiten hatten das Recht, ihre Nationalität zwischen der polnischen, russischen und ukrainischen zu wählen. Zudem wurde ihnen Gleichheit vor dem Gesetz, freie geistige Entfaltung sowie Sprach- und Religionsfreiheit zugesichert.³⁶⁶

Mit diesem Vertrag hatte Polen einen entscheidenden Vorteil im internationalen Kampf um die Westukraine und um seine Ostgrenzen errungen. Mit kriegerischen Mitteln hatte es Tatsachen geschaffen, die über kurz oder lang von den Großmächten akzeptiert werden mußten. Dabei hatte sich gezeigt, daß die guten Verbindungen, die Polen hauptsächlich zu Frankreich hatte, den Hauptgrund für seinen Erfolg bildeten. Gut versorgt mit französischen Militärexperten und Waffen konnte es den Freiheitskampf der Ukrainer schnell beenden. In der Folgezeit gab es noch einige Diskussionen über das „wie“ des Anschlusses von Ostgalizien an Polen, aber die Tatsache, daß dieser zu erfolgen hatte, war bereits allgemein akzeptiert worden. Da nützte es auch nichts mehr, daß Dr. Petruševyč offiziellen Protest gegen den Vertrag von Riga beim Völkerbund einlegte. Er betonte, das Recht über Ostgalizien zu entscheiden, läge laut Artikel 91 des Vertrages von Saint-Germain ausschließlich bei den Ententestaaten. Rußland und Polen hätten dabei überhaupt keinen Anspruch, über ein ehemaliges Kronland zu bestimmen.³⁶⁷ Im April wandte er sich nochmals an den Völkerbundsrat und bat darum, Ostgalizien „as an international and separate territory formed of parts of the former Austro-Hungarian Empire“ zu behandeln, um so die Wünsche der Bevölkerung zu berücksichtigen. Diese wolle die Anerkennung Ostgaliziens als unabhängigen Staat, die Schaffung einer osteuropäischen Schweiz, die allen ihren Bürgern gleiche Rechte ohne Rücksicht auf die Nationalität gewähre.³⁶⁸ Durch den Vertrag von Riga bekamen die Polen eine günstigere

364 Geschäftsträger Warschau an das Bundesministerium für Äußeres, 20.11.1920, Nr. 50/4882, in: AdR, NPA 652, Liasse Polen 15/3.

365 BRÉGY Prince Serge Obolensky, S. 216.

366 Weitere Bestimmungen und die Karte zum Grenzverlauf siehe in: Vertragstext NPA 644 Liasse Polen VI/1. Für die russische und ukrainische Fassung siehe: *Mirnyj dogovor meždu Rossiej i Ukrainoj s odnoj storony i Pol'shej s drugoj, podpissanyj v g. Rige 18 marta 1921 goda.*

367 Petruševyč an Botschafterkonferenz, 26. März 1921, in: VB R 550 – 11910.

368 Letter from the President of the National Ukrainian Council of Eastern Galicia, in: Council Document Y 6, League of Nations, Eastern Galicia, Genève, 08.04.1921, in: VB R 550 – 11951.

Ostgrenze, als die Alliierten ursprünglich gewillt waren, ihnen zu gewähren. Da der polnischen Regierung klar war, daß nur das Sowjetregime, nicht aber die nationalrussischen Kreise zu dieser Abmachung standen, ergab sich das Paradoxon eines Polens, das Interesse am Erhalt der Regierung Lenins hatte. Wichtig war nun, das Erreichte zu sichern. Zu diesem Zweck reiste der polnische Außenminister Sapieha im Februar 1921 nach London und Paris. Allerdings wurde sein Wunsch nach Anerkennung der neuen Grenzen durch die Alliierten nicht erfüllt. Tatsächlich erkannten diese die polnische Ostgrenze erst am 14. März 1923, die USA sogar erst am 26. März 1923 an.³⁶⁹

Im Februar 1921 wurde im „Dziennik Ustaw“ eine polnisch-französische Übereinkunft veröffentlicht. Darin ging es um die angestrebten Friedensbemühungen, d.h. beide Teile verpflichteten sich vor politischen Entscheidungen zu Absprachen in der Außenpolitik. Ebenso sah sie den gemeinsamen wirtschaftlichen Aufbau Polens und den gleichzeitigen Abschluß sowohl eines Handelsabkommens als auch von speziellen Vereinbarungen vor. Auch wurde eine Absprache zwischen Warschau und Paris über die Verteidigung des Territoriums und die Sicherstellung legitimer Interessen festgelegt. So sollte es auch beiderseitige Konsultationen vor Abschluß von Verträgen in Mittel- und Osteuropa geben. Die Vereinbarung erlangte mit der Unterzeichnung des Handelsvertrages, der zur gleichen Zeit verhandelt wurde, Gültigkeit.³⁷⁰

In der Frage der polnischen Ostgrenze kam von englischer Seite Schützenhilfe. So berichtete der österreichische Gesandte in Warschau: „In der ostgalizischen Frage scheint England Frankreichs Vorschlag, die Entscheidung zu vertagen, um Polen Zeit zu geben, seine Stellung dort zu stärken, zugestimmt zu haben.“³⁷¹

Die Berliner Tagespresse berichtete, daß die polnische Regierung beabsichtigte, einen Korfanty-Aufstand in Ostgalizien zu inszenieren. Roman Smal'-Stoc'kyj ging davon aus, daß Dr. Kost' Levyc'kyj diese Nachrichten lancierte, mußte aber zugeben, daß sie wohl nicht ganz so unbegründet waren. Polen schien nämlich ob der Erfolge der westukrainischen Politik bei der Aufklärung der europäischen Mächte tatsächlich beunruhigt. Großbritannien hatte seiner Meinung nach wohl vor, die drei polnischen Streitfragen Vilnius, Oberschlesien und Ostgalizien zusammen beantworten zu wollen. So stiegen aber die Chancen, daß eine davon für Polen ungünstig ausfallen könnte. Die Entente hingegen hätte größere Bewegungsfreiheit und könnte die Interessen aller beteiligten Staaten wesentlich besser berücksichtigen. Von einem Aufstand der ukrainischen Ostgalizier zu diesem Zeitpunkt wurde strikt abgeraten, da er ein großes Blutvergießen mit sich bringen würde.³⁷²

369 DENNIS The foreign policies of Soviet Russia, S. 156.

370 19.02.1921, Dziennik Ustaw Nr. 63.

371 Der bevollmächtigte Vertreter der österreichischen Regierung in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 27.02.1921, Nr. 12/953, in: AdR, NPA 96, Berichte aus Warschau 1921.

372 Gesandtschaft Berlin an Bundesministerium für Äußeres, 14.07.1921, Nr. 463/3578, in: AdR, NPA 644, Liase Polen IX/I.

Die Frage der staatsrechtlichen Stellung Ostgaliziens interessierte auch das österreichische Militärliquidierungsamt, das sich mit der Bitte um Aufklärung an das Bundesministerium für Äußeres gewandt hatte. In der Antwort wurde mitgeteilt, daß die Grenze Polens gegenüber Galizien bzw. die polnische Ostgrenze in dieser Gegend noch nicht endgültig feststünde. Doch waren durch Beschlüsse des Obersten Rates von Ende Juni und Anfang Juli 1919 der polnischen Republik sowohl die militärische Okkupation als auch die zivile Verwaltung Ostgaliziens bis an den Zbruč unter Vorbehalt der definitiven Regelung der staatsrechtlichen Stellung Ostgaliziens, die bis dato noch nicht erfolgt war, übertragen worden.³⁷³

Anfang Dezember 1921 stellte sich die völkerrechtliche Lage Ostgaliziens wie folgt dar: West- und Ostgalizien hatten beide exakt denselben völkerrechtlichen Status. Es bestand lediglich ein Unterschied in den Absichten der alliierten und assoziierten Staaten. Westgalizien wurde Polen mit unbestreitbarer Sicherheit einverleibt, während noch nicht feststand, in welcher Weise die Zugehörigkeit Ostgaliziens geregelt werden würde. In der faktischen Beherrschung der beiden Gebiete durch Polen, was die Verwaltung und das Wahlrecht anbelangte, bestand allerdings kein Unterschied. Nach polnischen Gesetzen waren beide als Teile Polens anzusehen, es gab nicht einmal eine innerstaatliche Verwaltungsgrenze. Der Beschluß der Botschafterkonferenz vom 25. Juni 1919 besagte, daß Polen das Recht hatte, Ostgalizien bis zum Zbruč militärisch zu besetzen. Nachdem mit den alliierten und assoziierten Mächten ein Einvernehmen über den Minderheitenschutz und die größtmögliche Autonomie getroffen worden war, hatte Polen das Recht, eine zivile Administration einzusetzen. Dieses Einvernehmen war allerdings noch nicht zustande gekommen. Am 24. November 1919 hatten die Hauptmächte Polen einen Entwurf zugehen lassen, in dem ihm ein Mandat zur Verwaltung Ostgaliziens auf die Dauer von 25 Jahren gegeben werden sollte. Polen hatte jedoch Einspruch erhoben, da ihm das Gebiet nicht für immer zugesprochen worden war, und der Oberste Rat hatte sich daraufhin die neuerliche Überprüfung der Frage vorbehalten. So war die Rechtslage momentan folgende: Das ehemalige Kronland Galizien war bisher der Republik Polen nicht einverleibt worden und bildete zu jener Zeit keinen Bestandteil dieser Republik.

Zu Ende des Jahres 1921 läßt sich eine gründliche Änderung in der polnischen Politik gegenüber der Sowjetukraine und Sowjetrußland feststellen. Diese Entwicklung begann mit der Errichtung einer polnischen Gesandtschaft in Charkiv³⁷⁴ mit dem Gesandten

373 Militärliquidierungsamt Wien an Österreichisches Bundesministerium für Äußeres, 18.07.1921, Nr. 4312/3397, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

374 Die Amerikaner zeigten sich über diese polnische Annäherungspolitik nicht sonderlich begeistert und forderten ihren Mann in Warschau auf, im polnischen Außenministerium darüber Erkundigungen einzuziehen (Dearing, State Department an Mission in Warschau, 09.02.1922, Nr. 1221, in: Records, 1, 1).

Puławski, einem früheren Legationsrat in Washington, als Leiter einer 40-köpfigen Mission. Gleichzeitig wurde eine sowjetukrainische Mission in Warschau errichtet.³⁷⁵

Man strebte vor allem ein möglichst schnelles Einvernehmen auf wirtschaftlichem Gebiet an. Der Leiter des polnischen Handels- und Industrieministeriums riet dringend zum Abschluß eines Handelsvertrages: „Grundsätzlich strebe Polen danach, mit allen Staaten Verträge abzuschließen, und kenne keinen wirtschaftlichen Boykott.“ Polen hatte als Transitland für Rußland eine große Bedeutung, und man wollte in Warschau dem fremden Handel keine Hindernisse in den Weg legen. Der russische Gesandte Karachan hatte wegen der Einleitung von wirtschaftlichen Verhandlungen vorgeschlagen, mit der Sowjetukraine liefen ähnliche Verhandlungen. „Zu diesem Zweck hätte der polnische Geschäftsträger in Charkiv, Berenson, ein diesbezügliches Ansuchen an die ukrainische Regierung gestellt und die Abreise des hiesigen ukrainischen Vertreters, Szumskij, sei auch mit diesen Verhandlungen in Verbindung zu bringen.“ Frankreich war ebenfalls an einem guten Verhältnis zwischen Polen und den Sowjetrepubliken interessiert. In Polen träumten nur mehr einige wenige Generäle von einem militärischen Vorgehen gegen Rußland und das vor allem aus Angst vor Demobilisierung der Armee und kriegerischer Untätigkeit. Auch wegen des letzten Fehlschlages des Petljura-Aufstandes war die Stimmung nicht besonders aggressiv. Polen hatte Angst, wegen seines langen Zögerns vom russischen Markt verdrängt zu werden. Die Entente nötigte es, mit Sowjetrußland zusammenzuarbeiten, da man Angst vor einem deutsch-russischen Zusammengehen hatte.³⁷⁶

Die polnischen politischen und diplomatischen Kreise reagierten mit Geringschätzung auf den letzten ukrainischen Aufstandsversuch. Dazu gab es nicht einmal Pressemitteilungen, da man die ukrainische Sache für verloren hielt. Gemäß einer verbreiteten Meinung

375 Der bevollmächtigte Vertreter der österreichischen Regierung in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 04.10.1921, Nr. 44/5380, in: AdR, NPA 96, Berichte aus Warschau 1921. Dazu hörte man aber Entgegengesetztes aus amerikanischen Quellen. So berichtete die Warschauer Mission (Gibson) am 14. April 1921 von dem ukrainischen Plan, einen Aufstand in der Sowjetukraine anzustacheln, der offensichtlich der polnischen Regierung bekannt war und von ihr unterstützt wurde (Nr. 73, Records, 1, 1). In seinem Folgebericht konnte Gibson detailliertere Informationen bieten. Er ließ sich direkt im polnischen Außenministerium zu diesem Punkt informieren: „I was told very frankly that intrigues of this character were known to the Polish Government but that in view of the impossibility of exercising any effective control over the many thousands of Ukrainians in Poland, it had been found impossible to prevent the use of this country as a base for revolutionary activities.“ Nach dem Vertrag von Riga sollte das jedoch anders werden. Viele der Ukrainer würden dann interniert oder des Landes verwiesen werden. „There is some difficulty in the case of Petlura and his immediate supporters and he has recently been an ally of Poland that they find it difficult to lock him up under any circumstances. It is hoped, however, to persuade him to desist from activities that will further embarrass the Polish Government.“ (Gibson an State Department, 16.04.1921, Nr. 184, in: Records, 1, 1).

376 Österreichische Gesandtschaft Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 27.12.1921, Nr. 52/14, in: AdR, NPA 644, Liasse Polen IV/1.

in der polnischen Öffentlichkeit existierte nur in Ostgalizien ein wirkliches ukrainisches Nationalgefühl. Piłsudski hatte deshalb vor, diesem Land eine weitgehende Autonomie einzuräumen – so hatte es wenigstens der österreichische Gesandte in Warschau gehört. Trotz der innerpolnischen Schwierigkeiten mit den konservativen Kreisen, waren die Vorarbeiten dazu schon recht weit fortgeschritten. Die Lieblingsidee Piłsudskis war eine Verbindung zwischen Polen, Ostgalizien und Vilnius. Deswegen sprach er sich auch gegen eine selbständige Ukraine aus. Dies wurde mit dem wirtschaftlichen Argument untermauert, daß die Ukraine alleine nicht existieren könnte. Politisch rechnete man damit, daß Rußland, wenn es sich die Ukraine einverleibt habe, saturiert sei und somit keine Gefahr für ein freies selbständiges Polen mehr darstelle.³⁷⁷

In seiner Analyse der polnischen Politik zur Jahreswende berichtete der österreichische Gesandte aus Warschau folgendes: Mit dem Abschluß des Rigaer Vertrages war eine befriedigende Lösung im Verhältnis zu Sowjetrußland herbeigeführt worden, deren Ausführung allerdings noch auf sich warten ließ. Gänzlich unerledigt blieb dagegen die ostgalizische Frage. Polen befand sich noch immer unter dem prädominanten Einfluß Frankreichs, der sich in der Anwesenheit der französischen Gesandtschaft und in der von ihr nahezu unabhängigen Militärmission manifestierte. Im allgemeinen herrschte ein gutes Einvernehmen Polens mit den Staaten der Entente. Am meisten ließ dabei das Verhältnis zu Großbritannien zu wünschen übrig. Die Beziehungen zur Kleinen Entente wurden durch ein herzliches Einvernehmen mit Rumänien geprägt. Vor allem die Schutz- und Abwehrbestrebungen gegen Sowjetrußland schweißten diese Länder zusammen. Außerdem hatten sie beide nicht das geringste Interesse am Entstehen einer westukrainischen Republik, die unter Umständen die rumänisch besetzte Bukowina mit eingeschlossen hätte.³⁷⁸ Ebenso wie in der galizischen so herrschte auch vollstes Einvernehmen in der wirtschaftlichen Frage, da Rumänien Galizien als Transitgebiet für seinen Verkehr mit Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich benötigte. Polen hingegen brauchte die rumänischen Häfen an der unteren Donau und am Schwarzen Meer als Ausfalltore für seine künftige Ausfuhr von Massengütern nach dem Osten. Wie man hieraus unschwer erkennen kann, herrschte realpolitisches und wirtschaftliches Denken bei den polnischen Staatsmännern vor. Man suchte ein gutes Einvernehmen mit den baltischen Staaten und Rußland. Der Grund dafür war Piłsudskis Projekt, einen Ring von Pufferstaaten um Rußlands Westgrenzen zu schaffen, wodurch auch dem polnischen Staat seine Lage zwischen Rußland und Deutschland erleichtert werden sollte. Dazu bemerkte der österreichische Gesandte: „Österreich ist in der glücklichen Lage, keine unmittelbaren Grenzen mit Polen zu besitzen.“³⁷⁹

377 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 10.01.1922, Nr. 2/421, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

378 Zur Verdeutlichung des rumänischen Standpunktes, der die Bukowina selbstverständlich zu den rumänischen Landen zählte, siehe: DIMA Bucovina, Romania and the Ukraine, in: Manolin-Manea, S. 21.

379 Österreichische Gesandtschaft Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 15.01.1922,

Dieses herzliche Einvernehmen mit Rumänien, von dem der österreichische Gesandte gesprochen hatte, war zurückzuführen auf das polnisch-rumänische Übereinkommen vom 3. März 1921. Dieses sollte für eine Periode von fünf Jahren Gültigkeit haben und war rechtlich eine defensive Militärkonvention zum Schutz gegen einen möglichen russischen Angriff. Die eigentliche Bedeutung lag aber in der Tatsache, daß es Polen damit gelungen war, mit einem Mitglied der Kleinen Entente ein Vertragsverhältnis zu schließen. Einige Monate später, am 7. November 1921, unterzeichnete es ein Abkommen mit der Tschechoslowakei, das freien Transit für Militärgüter zusicherte, sollte einer der Vertragspartner angegriffen werden. Außerdem war darin die beiderseitige Unterdrückung feindlicher Organisationen, die gegenseitige Garantie der Unabhängigkeit und die Erklärung eingeschlossen, daß die Tschechoslowakei kein Interesse an Ostgalizien und Polen kein Interesse an der Slowakei hatte. Im März 1922 wurde Polen zudem Mitglied der Baltischen Liga und stärkte so seine Position gegenüber Deutschland und Sowjetrußland.³⁸⁰

Legationsrat Wurzian hatte anlässlich seines Abganges nach Lemberg zur Errichtung des dortigen Konsulates eine Unterredung mit dem ehemaligen ruthenischen Abgeordneten im Reichsrat Mykola Vasył'ko. Dieser sah die Lage der Großukraine als recht günstig an: „Poincaré habe sich vor sechs Tagen seinem Vertrauensmann in Paris gegenüber dahin geäußert, daß eine selbständige Ukraine geschaffen werden müsse, worin Wassilko ein äußerst günstiges Vorzeichen sieht.“ Er glaubte, daß die ukrainische Frage auf der Konferenz in Genua zur Sprache kommen werde. „Er ist überzeugt, daß wenn es auf derselben vielleicht auch nur zu Abmachungen der Westmächte mit der bolschewistischen Regierung in Charkiv kommen werde, früher oder später infolge der Sabotierung der auf Grund dieser Abmachungen erfolgenden Handelstransporte in der Ukraine, Verhandlungen mit der großukrainischen Regierung folgen werden.“ Die Schaffung einer Großukraine lag erstens im Interesse Englands, schon aus seinem alten Gegensatz zu Rußland, zweitens in dem Polens und Rumäniens aus purem Selbsterhaltungstrieb und aus Gier nach Landgewinn in Ostgalizien und der Bukowina. Vasył'ko hielt die Errichtung eines selbständigen ukrainischen Staates, der als demokratische Bauernrepublik konstituiert würde, in drei Jahren für möglich, vor allem da Ostgalizien einen speziellen Freund in Großbritannien habe. Seiner Beobachtung nach brachte Lloyd George immer dann die ostgalizische Frage aufs Tapet, wenn er Frankreich ärgern wollte. Schon aus diesem Grund würde Frankreich Polen veranlassen, ein Autonomieprojekt durchzuführen. Laut Konsul Wurzian hatte Vasył'ko im Gegensatz zu verschiedenen anderen ukrainischen Politikern die beste politische Konzeption.³⁸¹

Nr. 4/423, in: AdR, NPA 650, Liasse Polen 7/1.

380 DENNIS The foreign policies of Soviet Russia, S. 157.

381 Österreichische Gesandtschaft Berlin an das Bundesministerium für Äußeres, 24.01.1922, Nr. 51/428, darin enthalten: Ukraine. Der Bestand und die augenblickliche Lage der Petljura-Regierung, in: AdR, NPA 649, Liasse Polen 5/2.

Konsul Wurzian, dessen Exequatur im April 1922 durch Piłsudski unterschrieben worden war³⁸², sah die Bedeutung des Konsulates in Lemberg folgendermaßen: „Seine Bedeutung liegt nicht in seiner Pass-Stelle und administrativen Tätigkeit, sondern in seinen Aufgaben der politischen Beobachtung der ukrainischen Bewegung im Allgemeinen und der westukrainischen im Besonderen und der handelspolitischen Beobachtung des ganzen von der ukrainischen Bevölkerung bewohnten Gebietes im Südosten Europas.“³⁸³

Der in Warschau seit längerem bestehende Ukrainische Nationalrat war zu einer Beratung hervorragender großukrainischer Politiker zusammengetreten, und der dortige österreichische Vertreter mußte zu berichten, daß die ukrainischen Nationalisten aus der Wiederkehr Poincarés an die Regierungsmacht neue Hoffnungen schöpften. Polen, Rumänien und England wären der Meinung, daß man die Ukraine wirtschaftlich nur im Zusammenhang mit Nordrußland halten könne. Mit Recht erschien dem Gesandten Post das Vorhaben der Ukrainer recht naiv, Polen vorerst Ostgalizien und Rumänien die Bukowina zu überlassen und dafür auf Unterstützung bei der Bildung einer Großukraine zu hoffen. Beide Staaten wußten sehr wohl, daß bei der Entstehung einer Großukraine Ostgalizien und die Bukowina Irredentengebiete werden würden, deren Erhaltung im jeweiligen Staatsverband nur mit den größten Mühen gelingen könnte. Post wandte sich entschieden gegen den Plan Vasyľkos, in der Ukraine aufgrund eventueller Abmachungen der Konferenz von Genua Handelstransporte zu sabotieren, um damit Verhandlungen über eine Großukraine zu erzwingen. In maßgebenden Kreisen ging man davon aus, daß die Ukraine am besten damit fahren würde, wenn sie sich am wirtschaftlichen Aufbau Rußlands beteiligen und auf eine gewisse Selbständigkeit als autonomer Bestandteil innerhalb eines föderativen russischen Staates hinarbeiten würde.

Der Gesandte in Warschau beschwerte sich außerdem über den sehr engagierten Konsul Wurzian und dessen Gespräche mit westukrainischen Politikern. Er erinnerte daran, daß Österreich das Konsulat in Lemberg nur mit der Zusicherung errichten durfte, es lediglich als Stützpunkt für Handel und Verkehr zu verwenden und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Polens – und als solche wurde die ostgalizische Frage empfunden – einzumischen. Anderenfalls bestünde eine ernste Gefahr für die polnisch-österreichischen Beziehungen.³⁸⁴

Einen Monat später wurde aus Warschau nochmals gemahnt, daß Konsul Wurzian die Entwicklung der großukrainischen Bewegung auch weiterhin beobachten, aber sich in keiner Weise festlegen und sich auch nicht gegen Polen ausnützen lassen sollte. Eindringlich warnte der Gesandte Post vor der „Gefährlichkeit und Intrigenkunst“ des

382 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 28.04.1922, Nr. 1856.A/25689, in: AdR, NAR 273 8 Lemberg.

383 Österreichisches Konsulat Lemberg an Bundesminister für Äußeres, 27.10.1922, Nr. 1596/61977, in: AdR, NAR 273 8 Lemberg.

384 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 20.02.1922, Nr. 17/794, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

Baron Vasył'ko.³⁸⁵ Aus seiner Sicht war dieses Verhalten nur zu verständlich, denn er hatte sich in der polnischen Hauptstadt für das Verhalten seines „Außenpostens“ in Lemberg zu verantworten. Allerdings kann man ihm den Vorwurf einer gewissen Hysterie nicht ganz ersparen.

Auf dem Kongreß der großukrainischen Politiker aller Parteirichtungen in Wien wurde insofern ein Erfolg erzielt, als es zur Vereinbarung von drei Grundsätzen kam: 1. Ablehnung von jeder Zugehörigkeit zu Rußland, 2. Bekämpfung des Bolschewismus und der Räteregierung, 3. Festsetzung der künftigen Regierungsform des ukrainischen Staates durch das ukrainische Volk selbst. Wenn auch die Anerkennung dieser drei Grundsätze durch alle ukrainischen Parteien auf den ersten Blick als selbstverständlich erscheint, so war sie doch ein großer Schritt nach vorne. Man hoffte dadurch, eine Plattform gewonnen zu haben, mit der es leichter sein würde, das gemeinsame Ziel der Befreiung der Ukraine vom Bolschewismus zu erreichen. Zuvor hinderten sich die verschiedenen Parteien durch ihre Eifersüchteleien gegenseitig daran. Um eine selbständige Ukraine für Rußland attraktiv erscheinen zu lassen und so dieses Ziel zu erreichen, sprach man sich auf ukrainischer Seite für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Nordrußland aus.³⁸⁶

Die Westukrainer lehnten eine Autonomie für Ostgalizien mit der Begründung ab, „daß die polnische Regierung die schönsten papiernen Versprechungen in der Praxis nie einhalten werde.“ Der polnische Versuch, darüber in Lemberg und Wien über Petruševyč in Verhandlungen zu treten, scheiterte kläglich. Die galizischen Sozialdemokraten waren dagegen, da sie fürchteten, Mandate zu verlieren. Der Einwand, die Westukraine sei zu klein für einen eigenen Staat, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß manche der baltischen Staaten noch kleiner ausgefallen seien. Der damalige Zustand in Ostgalizien wurde als unhaltbar bezeichnet: Die Verhaftungen hatten zwar nachgelassen, aber die Ruthenen folgten weiterhin nicht dem Aufruf zur Leistung des Militärdienstes, boykottierten die Volkszählung und leisteten passiven Widerstand bei der Zahlung der *danina* (Vermögensabgabe). Die ukrainischen Volksschulen wurden in polnische verwandelt, nur Studenten mit polnischer Staatsangehörigkeit war es erlaubt, in Lemberg zu studieren. Die Sprachverordnungen wurden nicht eingehalten, das politische Vereins- und Versammlungsrecht galt nicht für die Ukrainer und ihre Kulturvereine, so zum Beispiel löste man die Prosvita-Gesellschaft auf. Bei nationalen Institutionen wurden vorzugsweise den Ukrainern feindlich gesinnte Beamte eingestellt. Ebenso wahrten die Polen das Briefgeheimnis nicht. Die ostgalizischen Juden neigten eher den Ukrainern zu, da sie durch die polnischen Pogrome sehr abgeschreckt worden waren. Die Stimmung der Ukrainer war sehr entschlossen und einem Kompromiß abgeneigt. Große Hoffnungen setzte man auf die Konferenz von Genua, den Obersten Rat in Paris und die Hilfe der USA, unterstützt durch den Aufenthalt des Metropoliten Šeptyc'kyj und die amerikanischen Ukrainer. Man

385 Österreichische Gesandtschaft Warschau an das Bundesministerium für Äußeres, 16.03.1922, Nr. 33/1156, in: AdR, NPA 649, Liasse Polen 5/2.

386 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 22.03.1922, Nr. 38/1159, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

hoffte auf ein künftiges staatsrechtliches Verhältnis zwischen der Ukraine und Rußland, das demjenigen zwischen Österreich und Ungarn ab 1867 entsprechen sollte.³⁸⁷

Polen sah sich als Bindeglied zwischen der nördlichen und südlichen Gruppe des zentraleuropäischen Blockes, als Schutzwall zwischen Deutschland und Rußland. Dafür wünschte es die Anerkennung der Friedensverträge und die Beteiligung aller dazu befähigter Staaten an Rußlands Wiederaufbau zwecks Ausschlusses eines englisch-deutschen Monopols. Trotz der dort herrschenden Russophilie hatte Polen in Belgrad die Anerkennung seiner Ostgrenzen erreicht. Warschau zeigte Friedensliebe gegen Rußland und unterstützte Petljura und Vrangels' nicht mehr. Der Hauptgrund dafür war, daß Polen unbedingt am wirtschaftlichen Aufbau Rußlands teilhaben wollte.³⁸⁸

Konsul Wurzian wußte aus Lemberg über zwei interessante wirtschaftliche Konzeptionen zu berichten, die zum Ziel hatten, die Sowjetrepubliken in die europäische Wirtschaft zu integrieren. Eine davon stammte von Lloyd George, der für die wirtschaftliche Ausbeutung Rußlands hauptsächlich durch England und Deutschland eintrat. Dagegen sprach sich das französische Programm aus, das die Interessen Frankreichs, der Kleinen Entente, Polens, der baltischen Staaten und Rußlands in den Mittelpunkt stellte. Es fand Ausdruck in dem Plan, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion Rußlands durch die oben genannten Staaten zu organisieren.³⁸⁹

Polens Teilnahme an der Konferenz von Riga und deren Resolution stieß in Paris auf Bestürzung und wenig Verständnis. Das Ergebnis der Resolution läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die Delegierten Estlands, Lettlands, Polens und der RSFSR sprachen sich auf der Konferenz von Riga für eine Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen, freie Finanz- und Wirtschaftsabkommen, die gegenseitige Garantie der Verträge vom 2. Februar 1920 und vom 18. März 1921, die Anerkennung der Sowjetunion zwecks wirtschaftlichen Aufbaus von Osteuropa, die Aufnahme bzw. Vereinfachung der Handelsbeziehungen, des Eisenbahnverkehrs und direkten Handelsverkehrs, die Gründung von gemischten Gesellschaften, die Verbindung von zentralen Kreditinstituten untereinander, die friedliche Konfliktlösung und für Bankgarantien zugunsten des Handels aus.³⁹⁰ Wie gesagt, war man in Paris über diesen recht weitgehenden polnischen Allein-

387 Gesandtschaft Lemberg an das österreichische Bundesministerium für Äußeres, 27.03.1922, Nr. 15/1280, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

388 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 29.03.1922, Nr. 7/1282, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

389 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 01.04.1922, Nr. 10/1355, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

390 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, darin enthalten: Protocole de cloture de la réunion des delegués des Gouvernements d'Esthonie, de Lettonie, de Pologne et de la RSF des Soviets de Russie, tenu à Riga le 29 et 30 mars 1922 und L'impression causée à Paris par la Conférence de Riga, 06.04.1922, Nr. 47/1358, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

gang sehr verstimmt, v.a. munkelte man, daß dies auf den deutschen Einfluß auf Lettland, das soeben einen Handelsvertrag in Berlin unterzeichnet hatte, zurückzuführen war.

Die polnische Presse beurteilte denjenigen Passus des Rigaer Protokolls sehr unterschiedlich, in dem Polen, Estland und Lettland die Ansicht aussprachen, daß es angezeigt wäre, die russische Sowjetregierung de jure anzuerkennen. Ebenso taten sie dies auch mit den militärischen Bestimmungen, namentlich mit der Verantwortlichkeit einer jeden Regierung für die sich auf ihrem Boden bildenden Banden. Die konservative Presse sah dabei das Hauptproblem darin, daß Frankreich als der Verbündete Polens die Sowjetregierung noch nicht anerkannt habe. Die nationale Presse forderte von Polen, sich für die Wirtschaftskonzeption Poincarés zu entscheiden. Der größte Erfolg des Rigaer Protokolls war für sie die Loslösung Rußlands von Deutschland. Daran knüpfte man auch Hoffnungen für die Konferenz von Genua.³⁹¹

Diese Konferenz vom 10. April bis zum 19. Mai 1922 verlief trotz der großen Hoffnungen, die alle in sie gesetzt hatten, ergebnislos. Dabei gaben sich die Sowjetvertreter den Anschein, Krieg oder Frieden in ihrer Toga zu tragen. Es wurden Vorbereitungen an der ukrainischen und russischen Front durch die Oberbefehlshaber Frunze und Kamenev getroffen. Man verteilte unter den Soldaten Agitationsbroschüren gegen Polen, das als Haupthindernis für eine Verbindung mit dem Westen und als Getreidekammer für die hungernden Gebiete in Rußland und der Ukraine galt.³⁹² Die wahren Gründe des russischen Säbelgerassels waren allerdings der Wunsch nach staatsrechtlicher Anerkennung und nach wirklicher Hilfe für den Wiederaufbau der russischen Wirtschaft nach französischem Modell.

Ganz ohne Folgen blieb die Wirtschaftskonferenz von Genua allerdings doch nicht. Die schon in Berlin begonnenen deutschrussischen Wirtschaftsverhandlungen führten am 16. April 1922 zum Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Dieser Vertrag normalisierte die beiderseitigen diplomatischen und konsularischen Beziehungen, legte den Verzicht auf Kriegskostenentschädigungen fest und sicherte für die künftigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie für die Rechtsstellung der Staatsangehörigen beider Parteien die Meistbegünstigung. Die Veröffentlichung des Rapallo-Vertrages, dem später auch die Sowjetukraine beitrug, rief in ganz Europa großes Aufsehen hervor. Bis zu diesem Zeitpunkt sonnten sich die Polen im Licht ihrer außenpolitischen Erfolge, die auch an ihrer bevorzugten Stellung auf der Konferenz von Genua abzulesen waren. Es soll hier nicht diskutiert werden, ob der eilige Beschluß notwendig war oder nicht. Fest steht, daß der Vertrag Sowjetrußland auf der Konferenz mehr nützte als schadete und daß Polen sich in allen seinen Angriffen auf Deutschland bestätigt sah. Das Bild des hinterlistigen Deutschen spukte von neuem in allen Köpfen herum. Damit

391 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 06.04.1922, Nr. 11/1356, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

392 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, Kriegs- und Friedenspolitik der Sowjets angesichts der Konferenz von Genua, 10.04.1922, Nr. 12/1448, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

waren aber auch die wirtschaftlichen Konzeptionen Lloyd Georges zunichte gemacht worden, denn ein Abweichen Großbritanniens und Italiens von Frankreich und Belgien zugunsten Deutschlands rückte wieder in weite Ferne. Für Polen waren diese Ereignisse sehr günstig, da es nun umso mehr auf seine durch das deutsch-russische Bündnis gefährdete Lage hinweisen und daher umso stärkere Unterstützung und insbesondere die Anerkennung seiner Ostgrenzen in Ostgalizien und Vilnius beanspruchen konnte. Im Zuge des Vertrages ließ sich auch eine Verschlechterung der Beziehungen sowohl Deutschlands als auch der Sowjetrepubliken zu Polen konstatieren.³⁹³

Dazu paßte auch die Meldung aus Lemberg, daß ein großer Teil der seinerzeitigen westukrainischen Armee mit ihren Führern nach dem Übergang über den Zbruč in der Sowjetukraine geblieben sei und von der dortigen Regierung unterstützt würde. Diese benütze sie als Emissäre zur Verbreitung der bolschewistischen Idee in Galizien und als Söldnertruppe für den Fall eines Krieges mit Polen. Es würden polnische Handelsunternehmungen in der Ukraine vernichtet, polnische Genossenschaften aufgelöst, ebenso kulturelle Vereine und Unterrichtsanstalten. Organisiert hätten sich die Exilukrainer in zwei Komitees. Ihr Weiterbestand nach dem Vertrag von Riga bedeute eine Verletzung dieser Abmachung.³⁹⁴

Das gespannte Verhältnis kam auch in den Manövern des Lemberger Korps im Raum Zoločiv – Zboriv – Tarnopil' zum Ausdruck. In der Sowjetukraine wurden in den Garnisonen Schießübungen abgehalten, gegen Ende Mai waren größere Manöver unter Frunze geplant. Daran sollte auch Trockij zusammen mit dem Charkiver militärischen Sowjet teilnehmen.³⁹⁵

Polen schien sich ernste Sorgen zu machen, denn man bemühte sich doch sehr, genaue Daten über die Stärke und Ausrüstung der Roten Armee zu bekommen. Nach vertrauenswürdigen Informationen bestand die Rote Armee im Juni 1922 aus 37 Divisionen und 20 besonderen Brigaden der Infanterie und aus 18 Divisionen und drei besonderen Brigaden der Kavallerie. Hinzu kamen noch 30 Brigaden Grenzwache. Die Armee zählte ungefähr 1,5 Millionen Mann mit hohem Kampfwert. Die Sowjets hatten nach dem Rigaer Vertrag zwar die Divisionen ihrer Armee reduziert, jedoch an die Stelle der entlassenen älteren Jahrgänge die jüngeren einberufen, so daß zwar der Soldatenstand quantitativ abgenommen, jedoch qualitativ zugenommen hatte.

Neben der regulären Armee gab es noch die sogenannte Territorialmiliz, deren Angehörige dazu bestimmt waren, die Organisation der Reserven zu sichern und der Jugend vom 18. bis zum 21. Lebensjahr eine militärische Ausbildung zu vermitteln.

393 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 08.05.1922, Nr. 60/1802, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

394 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 22.04.1922, Nr. 18/1575, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

395 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 29.05.1922, Nr. 38/1964, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

Danach hatte jeder junge Mann noch zwei Jahre Militärdienst zu leisten, so daß die gesamte militärische Ausbildung fünf Jahre betrug.

Im Vergleich zu den Jahren 1917 bis 1920 hatte die Rote Armee große Fortschritte gemacht, und ihre Organisation baute immer mehr auf den Prinzipien einer modernen Armee auf. Durch die Erfassung von 22 Jahrgängen zum Militärdienst konnten die Sowjets im Kriegsfall elf Millionen Mann mobilisieren. In den Grenzrayons und in der Ukraine würde im Ernstfall die Mobilisierung außerdem noch auf neun ältere Jahrgänge ausgedehnt werden können und lediglich sieben Tage benötigen im Gegensatz zu den neun Tagen der übrigen Rayons. Die Zeit der Konferenz von Genua nutzten die Sowjets zudem für den Ankauf von Flugzeugen in Italien und Deutschland, woher auch schon vorher einiges an Kriegsmaterial seinen Weg nach Rußland gefunden hatte.³⁹⁶

Weiterhin wurde über eine Neugruppierung der Kräfte in der Sowjetukraine berichtet. Dort gab es dem Bericht zufolge zwei Schichten, das Fundament und den Aufbau des Staates. Das Fundament waren die kommunistischen Elemente, den Aufbau bildeten die dem kommunistischen System bisher feindlich gesinnten gesellschaftlichen Schichten, auf die der Staat jedoch nicht verzichten konnte. Sie erachteten die Zeit nun für gekommen, ihren Einfluß auszuüben. Im Zusammenhang damit war auch ein scharfer antiukrainischer Kurs in der Ukraine selbst zu konstatieren.³⁹⁷ Der Geltungsbereich des Ukrainischen wurde immer weiter zurückgedrängt, und die germanophile Richtung der damaligen Sowjetrepublik wurde von diesen alten zaristischen Beamten nicht unterstützt. Dennoch war der neue vorherrschende Slogan, der vom Staat ausgegeben worden war: „Errettung Rußlands im Bunde mit Deutschland.“

Auch nach dem Vertrag von Riga, in dem die Sowjetukraine ihr Desinteresse an Ostgalizien bekundet hatte, war das Problem der dort lebenden ukrainischen Bevölkerung präsent. Man richtete ein Büro für galizische Angelegenheiten in Kiew ein und integrierte galizische Einheiten in die Rote Armee. Zudem legte die sowjetukrainische Führung Wert auf Kontakte zu galizischen Exilpolitikern. Die Propaganda in Ostgalizien wurde verstärkt, und die dortige KP war nur eine Sektion ihrer Mutterpartei in der Sowjetukraine. Durch die Kontakte zu ukrainischen politischen Zirkeln in Warschau und Wien war auch der Plan eines „Präventivkrieges gegen Polen“ entstanden, der die Rüstung der Roten Armee weiter vorantrieb.³⁹⁸ Der sowjetukrainischen Führungsschicht lag somit auch nicht sonderlich viel an der Normalisierung der polnisch-ukrainischen Beziehungen in Ostgalizien. Immer mehr wuchs die Sowjetukraine in die Rolle des Protektors der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens hinein. So legte Rakovs'kyj auch energischen

396 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 27.06.1922, Nr. 46/2333, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

397 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 12.07.1922, Nr. 49/2420, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

398 MARKUS L'Ukraine soviétique, S. 153-154.

Protest bei den Ententemächten ein, als die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom März 1923, die Verwaltung Ostgaliziens endgültig Polen zu übertragen, bekannt wurde.³⁹⁹

4.7. Politische Auseinandersetzungen in Ostgalizien

Wie bekannt, setzte sich Polen nach dem I. Weltkrieg aus verschiedenen Landesteilen zusammen. Dabei hatte sich Galizien, einstiges Schoßkind der österreichischen Verwaltung, in dem neugeschaffenen Staat eine gewisse Selbständigkeit bewahrt. Man pochte auf seine Unabhängigkeit von Warschau, das bis 1918 zum Russischen Reich gehört hatte, da man das Verschwinden des westeuropäischen kulturellen Einflusses befürchtete. Lemberg bemühte sich, die Herstellung der Transitlinie Petrovice – Podwołoczyska, die für den Handel mit der Ukraine und Südrußland die größte Bedeutung besaß, zu erreichen. Die galizischen Handelskreise orientierten sich nach wie vor eher nach Wien, und allgemein wurde bedauert, daß Österreich und Polen keine gemeinsame Grenze mehr besaßen, da sich beide Staaten so gut miteinander verstanden.⁴⁰⁰

So wie die polnischen Galizier eine Sonderrolle für sich im polnischen Staat in Anspruch nahmen, taten dies auch die in jenem Gebiet lebenden Westukrainer. Sie hatten zwar die offiziellen Kämpfe einstellen müssen, und ihre Regierung war nach Wien ins Exil gegangen, dennoch führten sie ihren politischen Kampf und den Guerillakrieg weiter. Dabei gab es unterschiedliche Phasen, geprägt entweder von polnischem Entgegenkommen oder polnischer Härte.

Im Mai 1922 meldete der österreichische Konsul Wurzian Gerüchte über die bevorstehende Demission des Wojewoden Dr. Grabowski und seine Wiederverwendung in einer hohen richterlichen Funktion in Warschau. In der Tat mehrten sich die Angriffe gegen ihn, der als ausgesprochener Anhänger der Nationaldemokratischen Partei galt und infolge seiner Verwundung beim vorjährigen Attentat auf Piłsudski sich gerne in der Rolle des Märtyrers sah. So wurde er im Sejm durch den Führer der Kleinbauernpartei Witos und den zionistischen Abgeordneten Thon wegen seiner allzu scharfen Politik gegenüber den Minderheiten der Ukrainer und Juden heftig angegriffen. Nachdem in Genua die westukrainische Sache und Petruševyč keine Unterstützung erfahren hatten, mehrten sich die Pressestimmen für eine versöhnliche Politik gegenüber den Ukrainern. Der polnische Universitätsprofessor Bodouin de Courtain setzte sich für die Schaffung einer ukrainischen Universität in Lemberg und nicht in irgendeiner Provinzstadt ein. Aber eine Einmischung

399 Protest URSS protiv aneksii Vostočnoj Galicii. Nota predsedatelja soveta narodnych komissarov i narodnogo komissara po inostrannym delam URSS Rakovskogo na imja pravitel'stv Francii, Velikobritanii i Italii, 13.03.1923, Nr. 126, in: KLJUČNIKOV/SABANIN: *Meždunarodnaja politika*, II, S. 237–238.

400 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 02.05.1922, Nr. 25/1696, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

von außen, z.B. durch Lloyd George, wurde weiterhin strikt abgelehnt. Das ruthenische Problem war und blieb für die Polen eine innere Angelegenheit.⁴⁰¹

Interessanterweise war die Stimmung nach der Konferenz von Genua in den galizischen ukrainischen Kreisen sehr gut. Man betrachtete es als großen Erfolg für die eigene Sache, daß die ukrainischen Führer, wenn auch als Privatpersonen, mit den Staatsmännern Europas zusammengekommen waren und sie über ihre Wünsche und die Zustände in Ostgalizien hatten aufklären können. Allerdings wurde dem Dringlichkeitsantrag der polnischen Sozialisten für die Schaffung eines autonomen Territoriums innerhalb der von einer ukrainischen Majorität bewohnten Teile Ostgaliziens keine allzu große Chance eingeräumt. Die Ukrainer waren aufgrund ihrer historischen Erfahrungen mit Polen überzeugt, daß die Versprechungen nicht eingehalten würden. Sie bauten fest auf die von Lloyd George in einer der letzten Sitzungen in Genua abgegebene Erklärung, wonach er unter Hervorhebung der dringenden Notwendigkeit der Regelung der ostgalizischen Frage zugegeben hatte, man könnte mit ihr bis zum endgültigen Friedensgarantievertrag warten. Wurzian schreibt: „Sie [= die Ukrainer] würden jedwedes Mandat einer, wie sie sich ausdrücken, „zivilisierten“ Nation (englisches, amerikanisches, czechoslovakisches oder Völkerbund) lieber sehen als die jetzige polnische Okkupation, der gegenüber die alte österreichische Herrschaft ein Paradies gewesen.“⁴⁰²

Einen weiteren Beweis, daß der Vertrag von Riga nicht immer eingehalten wurde, was die Einmischung in innere Angelegenheiten der Unterzeichnerstaaten anging, lieferte der Bericht Wurzians vom 29. Mai 1922: „Unter den Auspizien der russischen und ukrainischen Sowjets ist in diesem Monate eine Vereinigung der kommunistischen polnischen und ukrainischen Arbeiterpartei in Klempolen zustande gekommen.“ Der Vertrag wurde in Stanislaw unterzeichnet und hatte die Verbrüderung mit der Sowjetukraine und Sowjetrußland zum Motto. Daraus resultierten dann die versuchten Terrorakte in Polen wie die Sprengung von Brücken und Regierungsgebäuden und die Brandstiftungen an militärischen Objekten.⁴⁰³ Aber auch die Bol'seviki wandten sich mit Beschwerden an die polnische Regierung und verbateten sich jegliche polnische Unterstützung der gegenrevolutionären Kräfte. Dabei ging es vor allem um die Organisation des früheren russischen Generals Savinkov, zu dem das polnische Offizierskorps Verbindungen pflegte.⁴⁰⁴

Die polnische Regierung versuchte mit verschiedenen Mitteln, der ukrainischen Opposition in Galizien Herr zu werden. Eines war zum Beispiel der Versuch, Einfluß

401 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 08.05.1922, Nr. 30/1768, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

402 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 26.05.1922, Nr. 36/1988, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

403 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 29.05.1922, Nr. 37/1963, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

404 Russische Beschwerden an Polen, Neue Freie Presse, 07.07.1921, in: AdR, Mappe 95, 10080/Polen.

auf die ukrainische Parteienlandschaft zu nehmen. Die Polen bezweckten mit der Neuorganisation einer mitgliederstarken, den Polen gefügigen und somit unschädlichen russophilen Partei der erstarkten und gefährlich erscheinenden ukrainischen Bewegung ein Gegengewicht zu bilden. Allerdings konnte die polnische Seite bei diesem Versuch keinen Erfolg für sich verbuchen. Der größte Teil der Anwesenden bei einer Versammlung der oppositionellen, extrem russophilen Richtung hatte allerdings bolschewistische Neigungen. Bald wurden ihre Vertreter der bestimmende Teil der Versammlung und wählten aus ihrer Mitte das Präsidium.⁴⁰⁵

Die bolschewistische Sektion der Altruthenen spaltete sich ab und gab sich in der Zeitung „Vola Naroda“ ein Programm. Ihre Arbeit war rein sozialistisch, und die Parteiversammlung in Drohobyč sprach sich für die Gründung einer Klassenorganisation der russischen Arbeiter aus. Außerdem wollte man durch eine Versammlung der Lehrer der Volks- und Mittelschulen Einfluß auf die Schulen gewinnen. Die Partei trat auch für den Boykott der polnischen Hochschulen ein und bildete eine gemeinsame Front mit den ukrainischen Parteien gegen den polnischen Staat.⁴⁰⁶

Aber es gab nicht nur ukrainische Parteien, die dem polnischen Staat feindlich gegenüberstanden und auf Terrorakte sannen. So entfaltete die Ukrainische Radikale Partei in Stanislav mit ihren fast ausschließlich bäuerlichen Mitgliedern im Juli 1922 keine allzu große Tätigkeit. Ein Teil der jüngeren radikalen Parteiangehörigen, und zwar hauptsächlich diejenigen, die sich jenseits des Zbruč in der Sowjetukraine in der Emigration befanden, hatte sich den Bol'sheviki angeschlossen, und ein anderer Teil in Ostgalizien bemühte sich um eine Versöhnung zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Volk.

Der Präsident des westukrainischen Nationalkomitees in Lemberg und Führer der Arbeiterpartei Lev Čyns'kyj war nach längeren Schwierigkeiten wegen der Erlangung eines Passes nach Wien abgereist. Er schien eine gemäßigtere Haltung in der westukrainischen Frage einzunehmen und fuhr wohl zur Berichterstattung an Petruševyč nach Wien. Es herrschten drei ukrainische Richtungen in der Frage der Teilnahme an den Sejmwahlen vor: 1. Die intransigente Richtung, die einen selbständigen ukrainischen Staat verlangte und jegliche Teilnahme an den Wahlen ablehnte. Dies barg aber die Gefahr in sich, daß die Russophilen alle ukrainischen Mandate für sich gewinnen könnten. 2. Diejenige Richtung, die dafür eintrat, daß alle Ukrainer die Witos-Anhänger und die Sozialisten wählen sollten, weil diese für eine gerechte Lösung der ukrainischen Frage eintraten. 3. Die Richtung, die dafür stimmte, restlos an den Wahlen teilzunehmen, um so die Russophilen durchfallen und die Ukrainer im Sejm das Zünglein an der Waage

405 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 01.07.1922, Nr. 47/2334, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

406 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 14.07.1922, Nr. 51/2421, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

zwischen den Rechts- und Linksparteien bilden zu lassen. Im Zweifelsfall, so war ihre Meinung, könnte man sogar ein eigenes westukrainisches Parlament konstituieren.⁴⁰⁷

Interessant war im Zusammenhang mit den Wahlen noch, daß ein nach Galizien zur Inspektion entsandter polnischer Beamter die Stimmung der ukrainischen Bevölkerung als vollkommen staatsfreundlich darstellte. Davon konnte nun aber wirklich keine Rede sein, auch wenn es unter den Ukrainern nicht nur radikale Gruppierungen gab.

Ebenfalls ein etwas merkwürdiges Licht auf die Politik Polens hinsichtlich seiner Ostgebiete warf die Bevölkerungsstatistik vom 18. September 1921: Insgesamt lebten 18.659.992 Menschen in Polen, davon waren 8.500.170 Angehörige der Minderheiten. Wie der österreichische Geschäftsträger in Warschau, Wilding, in Erfahrung gebracht hatte, war die gesamte Statistik „stark zu Ungunsten der völkischen Minderheiten korrigiert worden.“⁴⁰⁸

Im September 1922 übersandte Post aus Warschau eine detaillierte Erklärung des 27 Artikel umfassenden Autonomieprojektes für Ostgalizien, das von den Westukrainern, ebenso wie den Juden, die darin nicht als eigenständige Minderheit anerkannt worden waren, kategorisch abgelehnt wurde. Die polnischen Nationaldemokraten standen dem Projekt ebenfalls feindlich gegenüber, weshalb die Stimmung in Ostgalizien wieder einmal äußerst unruhig war. Das Autonomieprojekt mit Stand vom 12. September 1922 sah folgendes vor: Es galt in den drei Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Ternopil'. Als oberste Organe waren drei Wojewodschaftsräte, sogenannte Sejmiks, geplant, deren Kompetenzen Angelegenheiten der religiösen Bekenntnisse, des öffentlichen Unterrichtes mit Ausnahme desjenigen an Universitäten und an gleichgestellten Hochschulen, Angelegenheiten der öffentlichen Wohltätigkeit, der öffentlichen Hygiene sowie der Straßen- und Lokalbahnen umfaßten. Ebenso gehörten dazu Agrarangelegenheiten mit Ausnahme der Agrarreform, die Unterstützung von Handel und Industrie, die Durchführung der staatlichen Gesetze in Wassermeliorations- und Wasserkraftangelegenheiten, die Gemeinde- und Bezirksangelegenheiten und nicht zuletzt das dazugehörige Finanz- und Rechnungswesen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß es „im Großen und Ganzen Angelegenheiten der schon im alten Österreich in einzelnen gemischtsprachigen Ländern bestandenen Landeskultur- und Schulräte“ umfaßte.⁴⁰⁹ Um Gültigkeit zu erlangen, bedurfte ein

407 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 21.07.1922, Nr. 52/2499, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

408 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 18.08.1922, Nr. 105/2779, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922. Über die Drangsalierung der ukrainischen Bevölkerung bei der polnischen Volkszählung in Ostgalizien und die Ungenauigkeit derselben, hervorgerufen durch die Flucht der ukrainischen Bauernbevölkerung in die Wälder, siehe: Volkszählung in Ostgalizien, 23.10.1921, in: AdR, Mappe 95, 63121/Polen.

409 Gesandtschaft Lemberg an das österreichische Bundesministerium für Äußeres, 12.09.1922, Nr. 53/3007, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

Beschluß der Sanktion des Präsidenten der Republik und der Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten. Die Wahl der Abgeordneten sollte auf sechs Jahre erfolgen; auf 25.000 Einwohner entfiel ein mit Immunität ausgestatteter Abgeordneter. Die Sejmiks sollten jeweils in zwei nationale Kurien aufgeteilt sein, in eine polnische und eine ukrainische, deren Einberufung, Vertagung und Auflösung durch den Präsidenten der Republik erfolgte, der dazu verpflichtet war, den Sejmik wenigstens einmal im Jahr stattfinden zu lassen. Die Regierung wurde im Sejm durch den Wojewoden vertreten, der das Recht hatte, jeden Beschluß, der nicht der Sanktion des Präsidenten der Republik unterlag, aufzuheben. Der Sejmik wurde unterstützt durch zwei Kommissionen, die in nationale Sektionen unterteilt waren: die Schulkommission und die Kultur- oder Wirtschaftskommission. Für Polen und Ukrainer sollte ein nationales Kataster eingeführt werden, die Juden mußten für eine Nationalität optieren. Die Durchführung oder Förderung der Kolonisation durch den Staat oder einen öffentlichen Selbstverwaltungskörper wurde verboten. Bei Verwaltungs- und Gerichtsbehörden war die innere Amtssprache Polnisch, die äußere Amtssprache im mündlichen und schriftlichen Verkehr auch Ukrainisch. Bei der Besetzung der staatlichen Beamtenstellen wurde darauf geachtet, daß die nationale Zusammensetzung der Beamtenkörper den Bedürfnissen beider Nationalitäten entsprach. In den Ministerien und Zentralstellen sicherte man den Ukrainern eine ihren wirklichen Bedürfnissen entsprechende Zahl von Beamtenstellen zu. Im Ministerium für Kultur und Unterricht wurden besondere Abteilungen der griechisch-katholischen Kirche und des ruthenischen Schulwesens eingerichtet und sollten mit ukrainischen Beamten besetzt werden. Für die Einwohner dieser drei Wojewodschaften sollte ab dem 14. Juli 1914 eine Amnestie gelten. Die Angelegenheiten der ruthenischen Universität und gleichgestellten Schulen jedoch wurden der polnischen Regierung und dem Sejm vorbehalten. Dieses Autonomieprojekt war den Ukrainern Ostgaliziens der Substanz nach zu wenig; da zudem noch nicht einmal alle Landesteile, in denen Ukrainer lebten, erfaßt wurden, lehnten sie es ab. Der „Wiener Mittag“ schrieb dazu:

„Polens großer Verbündeter Frankreich hat scheinbar an diesen Methoden der offenen Gewalt nicht zuviel Gefallen gefunden. Denn im Zeitalter des ‚Pazifismus‘ macht es sich nicht gut, wenn vor den versammelten Delegierten der Völker solche Geschehnisse zur Sprache gebracht werden. Es hat eine bessere Methode gefunden, nämlich die Gewährung einer Autonomie an die Ukrainer, allerdings nur einer scheinbaren. Aber auch diese tut ja ihre Dienste nach außen ebenso gut wie eine wirkliche und schadet den eigenen Machtplänen nicht. Gleichzeitig ist diese Autonomie so praktisch, die Gebiete von Boryslaw und Drohobycz vom ukrainischen Gebiet abzutrennen, denn man kann ja nicht wissen, ob sich nicht doch die Entscheidung für Polen ungünstig gestaltet. Ein unglücklicher Zufall scheinbar will es, daß gerade diese Gebiete die reichsten in Ostgalizien sind, denn dort liegen die wichtigsten Petroleumquellen. Es wird daher die Vorsicht begreiflich, mit der man diese Gegenden behandelt. Hier kreuzen sich aber auch englische und französische Interessen, denn beide Staaten sind an der dortigen Petroleumindustrie interessiert. Obgleich Frankreich dort augenblicklich die Oberhand besitzt, will sie England doch auch nicht aus dem Auge lassen, denn

die scharfe amerikanische Konkurrenz zwingt es, im Kampfe um die flüssige Kohle keinen Schritt von einem einmal gewonnenen Terrain preiszugeben.“⁴¹⁰

Die österreichische Gesandtschaft in Lemberg gab jedoch dem Autonomieprojekt gute Chancen, vom Sejm angenommen zu werden.⁴¹¹ Die Schaffung einer dritten allgemeinen Kurie für die jüdische Bevölkerung sollte nicht verwirklicht werden.⁴¹² Großbritannien schien nun Polen wegen Ostgalizien keine Schwierigkeiten mehr machen zu wollen, wie der Außenminister Narutowicz verlautbaren ließ. Es kam zu weiteren ukrainischen Terrorakten und polnischen Vergeltungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang wurde durch einen Erlaß in den drei ukrainischen Wojewodschaften darauf aufmerksam gemacht, daß das Standrecht immer noch bestünde.

Das „Gesetz über die Prinzipien einer allgemeinen Wojewodschaftsautonomie, im Besonderen der Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Tarnopol“ wurde im Sejm angenommen, bestand aus 29 Artikeln und untergliederte sich in drei Teile: Allgemeine Bestimmungen, besondere Bestimmungen für die drei Wojewodschaften und Ausführungsbestimmungen. Die allgemeinen Bestimmungen wurden auf Wunsch der Nationaldemokraten aufgenommen, „damit nicht der Eindruck einer besonderen Behandlung Ostgaliziens erweckt werde.“ Das aktive und das passive Wahlrecht in die Wojewodschaftsräte wurde durch das aktive und das passive Wahlrecht in den Sejm bestimmt. Dies war eine Konzession an die polnischen Nationaldemokraten für den Fall einer reaktionären Reform dieses Wahlrechts. Bei diesem Gesetz wurden die Abgeordneten nämlich nur auf fünf Jahre gewählt. Den Wunsch der Juden nach einer dritten Kurie wollte man nicht erfüllen. Artikel II bestimmte eine ukrainische Kurie und eine zweite Kurie für alle übrigen Nationalitäten, für Polen, Deutsche und Juden. Der Wojewodschaftsrat in Lemberg sollte aus 100, die Räte in Stanislaw und Ternopil' aus je 60 Abgeordneten bestehen. So kamen, im Gegensatz zum Autonomieprojekt, weniger Abgeordnete auf mehr als 25.000 Einwohner. Anstelle der Kommissionen sollte es sogenannte Wojewodschaftsabteilungen geben, bestehend aus acht gewählten Mitgliedern, nämlich jeweils vier von jeder Nationalität, und aus vier vom Wojewoden ernannten Mitgliedern. Auf Wunsch der Nationaldemokraten wurden die Amnestiebestimmungen aus dem Gesetz entfernt und einem bestimmten Gesetz vorbehalten. Es war geplant, die

410 „Ukraine“, „Wiener Mittag“, 30.11.1921, in: AdR, Mappe 95, 10021/Ukraine.

411 Gesandtschaft Lemberg an das österreichische Bundesministerium für Äußeres, 26.09.1922, Nr. 56/3172, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

412 Vgl. den Artikel „Ein Vorschlag für nationalkulturelle Autonomie in Polen“ in der „Wiener Morgenzeitung“ vom 25.12.1920, in: AdR, Mappe 95, 6312/Polen. Er spricht von der Wichtigkeit die „Judenfrage“ in Polen zum Gegenstand öffentlicher Diskussion zu machen und zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Gerade die Linkssozialisten mit dem Abgeordneten Zarembo, der russische Kadettenführer Babinski (ein Pole) und Gelehrte wie Prof. Bodouin de Courtaign machten sich für eine jüdische Autonomie stark, da ansonsten das polnische Staatswesen sehr unter der Nationalitätenfrage leiden würde.

Autonomie spätestens zwei Jahre nach Publizierung des Gesetzes einzuführen. Die gleiche Frist galt für die Gründung einer ukrainischen Universität.

Das österreichische Konsulat in Lemberg bemerkte dazu folgerichtig, daß das Autonomiegesetz lediglich eine schöne Geste gegenüber den Westmächten sei, um ihre Zustimmung zur Durchführung der Wahlen in Ostgalizien zu erwirken. Das eigentliche Problem werde hierdurch jedoch nicht gelöst, da diese Autonomie von den Ukrainern und Juden abgelehnt werde. Auch stellte man es in Frage, ob die Signatarmächte des Vertrages von Saint-Germain hierin eine abschließende Lösung der westukrainischen Frage sehen werden.⁴¹³

Zweifellos strebten der polnische Staatschef und die Linksparteien eine weitgehendere Autonomie für Ostgalizien an, die allerdings von den Rechtsparteien unterbunden wurde. So bekämpften die Ukrainer das Gesetz als zu geringe und die Konservativen als zu großzügige Konzession. Vor der Einbringung in den Sejm wurde das Autonomiegesetz den alliierten Hauptmächten zur Kenntnis gebracht. Daraufhin bekam die polnische Regierung die stillschweigende Ermächtigung für die Durchführung der Wahlen zum polnischen Parlament in Ostgalizien. Nun war damit zu rechnen, daß die Alliierten der definitiven Lösung der ostgalizischen Frage im polnischen Sinne keine Schwierigkeiten bereiten würden.⁴¹⁴ Also erfüllte das Gesetz zumindest alle polnischen Erwartungen!

Regierungskreise waren der Ansicht, daß die zahlreichen Terrorakte und Brandstiftungen in Ostgalizien das Werk kommunistischer Agitatoren waren, die zusammen mit bolschewistischen Emissären arbeiteten und von Agenten Petruševyčs unterstützt wurden. Die ukrainische Presse führte die Terrorakte auf die Unzufriedenheit der Landbevölkerung zurück, da der Grund und Boden durch die polnische Agrarreform nicht in ukrainische, sondern in polnische Hände kam. Der ukrainische Terror wurde mit drastischen polnischen Strafaktionen beantwortet, weshalb auch die ukrainische terroristische Bewegung in Ostgalizien an Stärke und Ausdehnung gewann.⁴¹⁵ Unterstützt wurde sie dabei von der Tschechoslowakei und den beiden Sowjetrepubliken, die sich eine Schwächung Polens und den Gewinn Ostgaliziens erhoffen. Der österreichische Gesandte in Warschau analysierte die Lage und kam zu dem Schluß, daß die tschechoslowakische Regierung in einem selbständigen Ostgalizien das Mittel sah, sowohl ihren Besitz in der Karpatho-Ukraine zu sichern als auch von diesem Landesteil durch Ostgalizien einen

413 Konsulat Lemberg an das österreichische Bundesministerium für Äußeres, 09.10.1922, Nr. 58/3294, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

414 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 14.10.1922, Nr. 131/3361, darin enthalten: „Deutsche Rundschau“ vom 01.10.1922: „Das Selbstverwaltungsgesetz für die Wojewodschaften“, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

415 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 09.10.1922, Nr. 59/3295, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

Korridor nach Rußland und der Ukraine zu schaffen und dadurch Polen im Süden und Südosten dauernd zu isolieren.⁴¹⁶

Überhaupt schien das ukrainisch-tschechische Verhältnis ein sehr freundliches zu sein.⁴¹⁷ Die Ukrainische Freie Universität in Prag hatte sich einen guten Ruf erworben und wurde durch die Behörden unterstützt. In der Karpatho-Ukraine befanden sich zahlreiche ukrainische Emigranten, die viel für die nationale Aufklärung der ansässigen Ruthenen taten: Die Prosvita-Gesellschaft konnte dort wirken, es gab ein ukrainisches Theater, Wirtschaftsgenossenschaften und die Subkarpathische Bank. Das größte Hotel in Užhorod sollte die ukrainischen Institute aufnehmen. Laut österreichischer Beobachtungen scheint es mit den Tschechen keinerlei Schwierigkeiten gegeben zu haben.⁴¹⁸ Offenbar fühlte man sich in Prag an die Unterzeichnung des Vertrages von Saint-Germain gebunden, in dem der Artikel 57 den Minderheitenschutz verbindlich vorschrieb.⁴¹⁹ Laut amerikanischen Berichten wollte Masaryk 1920 sogar erlauben, daß sich das karpatho-ukrainische Gebiet an ein unabhängiges Ostgalizien oder an eine unabhängige Ukraine anschloß. Die Amerikaner gingen dabei davon aus, daß es den Tschechen zu teuer war und sie es auch vom militärischen Standpunkt aus für unpraktikabel hielten, das Gebiet gegen einen ungarischen Angriff zu verteidigen. Außerdem wuchs wohl in diesem Gebiet zusehens der ukrainische Wunsch nach Vereinigung mit den Landsleuten.⁴²⁰ Am 29. November 1920 meldete „Ceske Slowa“ aus Genf, daß die westukrainische Delegation unter Leitung von Dr. Vytvyč'kyj und Dr. Kost' Levyc'kyj beim Völkerbund eine umfangreiche Denkschrift eingereicht hatte, die die Anerkennung der Selbständigkeit Ostgaliziens forderte. Sie erklärten weiter, sollte dies nicht möglich sein, würden sie eine Föderation mit dem tschechoslowakischen Staat jedem Zusammenleben mit Polen vorziehen.⁴²¹ Allerdings sah sich der Chef der ukrainischen diplomatischen Mission in Prag, Maksym Slavins'kyj, zwischenzeitlich dazu genötigt, dem tschechoslowakischen Außenministerium eine Stellungnahme zu den Außenbeziehungen mit der Sowjetukraine zukommen zu lassen: Die sowjetische Regierung in Charkiv war seiner Ansicht nach pseudoukrainisch und bestand nur aus Ausländern, die weder Gefühl noch Interesse für Land und Leute hatten. Die Petljura-Regierung erkannte Verträge dieser Regierung nicht an und erklärte sie für null und nichtig. Das ukrainische Volk – so das Schreiben Slavins'kyjs – sah jegliche Beziehungen des Auslandes zur bolschewistischen Regierung als feindli-

416 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 14.10.1922, Nr. 129/3359, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

417 Interessanterweise wird dies auch schon im Militärischen Monatsbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 18 vom 1. Juli 1919, S. 58 (AdR, NPA 264) behauptet.

418 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 11.05.1922, Nr. 31/1769, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

419 Fellner in: Weinzierl/Skalnik, S. 101.

420 Amerikanische Botschaft Wien (DuBois) an State Department, 27.12.1920, Nr. 168, in: Records, 1, 1.

421 „Deutsches Volksblatt“, 30.11.1920, in: AdR, Mappe 95, 1008/Ukraine.

chen Akt und diese ausländischen Vertreter als Feinde an, für deren Sicherheit man keine Verantwortung übernehmen wollte.⁴²²

Einen kleinen Schatten allerdings warf die Angliederung des ukrainisch besiedelten Gebietes auf tschechoslowakischem Territorium, nämlich des Gebietes entlang des Flusses Uža, an die Slowakei. Dadurch kamen die meisten Ukrainer (135.000) unter slowakische Verwaltung, wogegen in Prag massiv protestiert wurde. Die Ukrainer setzen ihre Hoffnungen ganz auf den neuen Unterrichtsminister, der verkündete: „Wenn wir wollen, daß diese Erde für immer zu unserer Republik gehöre, so müssen wir trachten, dieselbe zum Piemont des ukrainischen Volkes zu machen.“⁴²³ Das gute Zusammenleben zwischen Tschechen und Ukrainern war auch in den folgenden Jahren zu beobachten. So äußerte sich der tschechoslowakische Staatspräsident Tomáš Masaryk in einem Interview im „Uj Magyarok“ 1933: „Podkarpatska Rus will receive such a broad measure of autonomy that she will practically form herself into a small state.“ Im Bulletin des Ukrainian Bureau London heißt es weiter: „It is with great pleasure that we repeat the above paragraph and call attention to the spirit of justice, and desire to „Live and Let Live“, of the Czechoslovakian Nation, as expressed by that grand old man, President Tomas Masaryk, who on March 7th next will celebrate his 83rd birthday.“⁴²⁴

Doch zurück zum Kampf der beiden verfeindeten Volksgruppen im polnischen Ostgalizien, der immer größere Ausmaße annahm. Zwei ukrainische Banden trieben in der Ternopil'er Wojewodschaft ihr Unwesen. Sie sollen von ukrainischen Bol'seviki ausgerüstet worden sein, aber ausschließlich aus ostgalizischen ukrainischen Emigranten bestanden haben, worauf ihre große Ortskenntnis hinwies. In Ostgalizien wurden größere Kavallerieeinheiten zusammengezogen, denn man rechnete mit der Möglichkeit, daß die Bandenmitglieder sich unter der ukrainischen Landbevölkerung verstecken und so ihrer Verhaftung entziehen könnten. Die polnischen Gegenmaßnahmen bestanden in der Unterdrückung des nationalen ukrainischen Lebens und in der Verhaftung von 100 Mitgliedern der ukrainischen Intelligenz in Lemberg und von 50 Ukrainern in Stryj, denen eine Verbindung zu Terrorakten auf polenfreundliche Ukrainer vorgeworfen wurde. Andererseits sollte durch die „irischen Methoden“ der ukrainischen Untergrundbewegung das polnische Element eingeschüchtert und die Wahl verhindert werden. Teile der polnischen Presse beschuldigten die Tschechoslowakei der Unterstützung und Begünstigung der ukrainischen Bewegung durch Schmuggel von Waffen und Munition.⁴²⁵

422 Slavins'kyj an tschechoslowakisches Außenministerium, 10.05.1921 (Amerikanischer Chargé d'Affaires Richard Crane, Prag an State Department, 25.05.1921, Nr. 510), in: Records, 2, 1.

423 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 27.10.1922, Nr. 61/3557, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

424 Ukrainian Bureau London, Bulletin Nr. 16, 15.02.1933, in: Utrikesdepartementet 1920 Örs dossiersystem, Ukraina HP 895.

425 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 23.10.1922, Nr. 60/3457, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

Die Bemühungen des ostukrainischen Botschafters in Berlin, Roman Smal'-Stoc'kyj, um die Eindämmung der Agitation und der Untergrundbewegung in Ostgalizien scheiterten, es kam sogar zu vermehrter Bandenaktivität. Den Hauptanteil an der Agitation hatten die ukrainischen Bol'sheviki und Petruševyč, der angeblich ebenfalls von den Sowjets unterstützt wurde.⁴²⁶ Polen antwortete erfolgreich mit dem verstärkten Einsatz militärischer Kräfte und mit scharfem Protest an die ukrainische Sowjetregierung. Auch Österreich wurde von Warschau attackiert, da es Petruševyč Gastfreundschaft gewährte. Der polnische Gesandte Lasocki ließ durchblicken, das polnische Kabinett bezichtige die österreichische Regierung nicht irgendwelcher Vorschubleistungen, trotzdem sei man aber unangenehm berührt von dem der ukrainischen Exilregierung gewährten Aufenthalt in Wien. Der österreichische Gesandte Post in Warschau war nicht unbedingt ein Freund der ukrainischen Bewegung, denn er hielt sie für ziemlich aussichtslos. Vielmehr sah er nicht ein, warum die Person Petruševyčs die guten Beziehungen zu Polen trüben sollte. Polen bildete für Österreich politisch und wirtschaftlich ein gutes Gegengewicht zur Tschechoslowakei. Dabei dachte er an den Kohlenbezug aus dem polnischen Oberschlesien⁴²⁷, an die Lebensmittelimporte vor allem aus Galizien, an den Abschluß des Handelsvertrages und an die Beteiligung der Polen an der Völkerbundsanleihe Österreichs. Aus all dem ergab sich für ihn, daß Petruševyč Wien verlassen sollte. Nicht zuletzt ging es auch um die guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich, der polnischen Schutzmacht.⁴²⁸ Am 23. November 1922 wurde die westukrainische Gesandtschaft formell für nicht mehr existent erklärt. Die Westukrainer fühlten sich dadurch hart getroffen und protestierten, jedoch vergebens. Ihr Hauptargument war, daß ihnen in den anderen europäischen Staaten die Rechte einer diplomatischen Vertretung nicht aberkannt worden waren und sie jetzt jeglicher legaler Möglichkeit der Agitation und konsularischen Hilfsdienste für ihre Staatsangehörigen beraubt wären. Zudem wäre durch den Völkerbund noch keine endgültige Entscheidung über den Status Ostgaliziens gefällt worden.⁴²⁹

Die polnische Regierung hatte bei der Durchführung der Wahlen in Ostgalizien 1922 das große Problem, die ukrainische Bevölkerung an die Wahlurne zu bekommen. Die Schwierigkeiten mit den in diesem Gebiet herumziehenden Banden versuchte man, mit

426 Schon im Militärischen Wochenbericht über Deutschland und das Ausland Nr. 20 vom 1. September 1919 (AdR, NPA 263) wird berichtet: „Notgedrungen haben sich die Ukrainer nunmehr ganz russisch orientiert und hoffen auf diese Weise, Ostgalizien zurückzugewinnen.“

427 Polen und die Tschechoslowakei hatten sich im Vertrag von Saint-Germain in Artikel 224 zur unbehinderten Lieferung von Kohle an Österreich für die folgenden 15 Jahre verpflichten müssen (Fellner in: Weinzierl/Skalknik, S. 101).

428 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 08.11.1922, Nr. 139/3672, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922. Vgl. auch Kapitel III.5 dieser Arbeit über das Ende der westukrainischen Mission.

429 Außenminister an Legationsrat Dunker, 18.01.1923, Nr. 196, in: AdR, NPA 276 Liasse Österreich 5/3.

der geballten Macht von 150.000 Soldaten zu lösen. Als besonders schwierig gestaltete es sich, das Ausland davon zu überzeugen, daß es ein „polnisches Irland“ nicht gab. Wie bekannt, war unter den Ukrainern die Parole „keine Beteiligung an den Wahlen“ ausgegeben worden. Als hierauf polnischerseits mit Hilfe kooperationsbereiter Ukrainer⁴³⁰ eine Liste von neun ukrainischen Kandidaten aufgestellt wurde, antwortete darauf die ukrainische Intelligenz damit, daß durch die geheimen Organisationen den Bauern unter Drohungen neuerlich eingeschärft wurde, nicht zu den Wahlen zu gehen. Gleichzeitig entfaltete die ukrainische Presse eine heftige Agitation gegen die neuen ukrainischen Kandidaten, von denen vor den Wahlen vier erschossen wurden. Polnischerseits antwortete man mit Verhaftungen von Oppositionellen und dem Verbot von ukrainischen Zeitungen. Den ruthenischen Bauern wurden bei Wahlabstinz hohe Geldstrafen, Verhaftungen sowie kostspielige Militäreinquartierungen angedroht. Durch Druck und Betrug kamen die polnischen Behörden dann schließlich auf eine ukrainische Wahlbeteiligung von 30%.⁴³¹ Um zu einem passenden Ergebnis zu kommen, setzten die Polen ganz gezielt Wahlkreisgeometrie ein.⁴³² Im Gegensatz dazu ging der jüdische Bevölkerungsanteil gerne zur Wahl und verzeichnete das Rekordergebnis von 92%. „Die Wahlen in Ostgalizien geben kein Bild des wirklichen Zustandes im Lande. Der Umstand, daß die Ukrainer sich teils der Wahlen gänzlich enthielten, teils ihre Stimmen auf nichtukrainische Kandidaten abgaben, ist den polnischen Parteien zugute gekommen, die dadurch eine den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechende hohe Zahl von Mandaten einheimen konnten“⁴³³, so das österreichische Konsulat in Lemberg.

Bei den Wahlen zum Sejm bekamen der ukrainische Minderheitenblock 19 und die ukrainischen radikalen Bauern (Chliborobov) fünf Stimmen. In den Senat zogen fünf Ukrainer für den Minderheitenblock ein, der sich nach den Wahlen in seine nationalen

430 Hier sei nur kurz vermerkt, daß es diesen Ukrainern nicht viel nützte, mit den polnischen Behörden zusammenzuarbeiten. Hatten sie vielleicht noch gedacht, auf dem parlamentarischen Wege etwas für ihre Landsleute zu erreichen, sahen sie sich ein paar Jahre später in ihren Hoffnungen getäuscht. Vgl. dazu den Brief des Deputierten Zachidnyj, der in einer Abschrift dem schwedischen Außenministerium zugespielt wurde: Darin berichtete er über seine Verhaftung und diejenige der Abgeordneten Gawron, Warski, Sochacki, Zuk, Dr. Čyns'kyj und Smola am 27. März 1927. Dabei seien sie von der polnischen Polizei äußerst brutal behandelt und eingesperrt worden, ohne daß auch nur in der geringsten Weise auf ihre Abgeordnetenimmunität Rücksicht genommen worden wäre. Im Gegenteil, ein Polizeibeamter ließ sich zu den Worten hinreißen: „Eh bien, depuis maintenant vous ne serez plus alors des députés, seulement des prisonniers!“ (Utrikesdepartementet 1920 Cers dossiersystem HP 895 Ukraina).

431 Petruševyč an Drummond, Wien 21.12.1922 (Elections polonaises en Galicie Orientale), in: VB R 551 – 23954.

432 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 04.12.1922, Nr. 65/3971, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

433 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 15.11.1922, Nr. 63/3866, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

Gruppen auflöste. Die ukrainischen Volksvertreter vereinigten sich zu einem ukrainischen Sejm- und Senatsclub⁴³⁴, der aus 19 Abgeordneten und sechs Senatoren, nämlich fünf Ukrainern und einem Russen, bestand. Ein Zusammengehen mit der ostgalizischen Gruppe der Chliborobov⁴³⁵ wurde abgelehnt. Die Polen setzten alles daran, den Staatspräsidenten, den Landtags- und Senatsmarschall ohne die Stimmen der Minoritäten zu wählen. Auch sollte Piłsudski das Staatsoberhaupt bleiben, andernfalls wurde mit einem faschistischen oder Militärputsch gedroht.⁴³⁶

Die polnische Presse stellte die Lage im rosigsten Licht dar.⁴³⁷ Jedoch garte es im Lande bedrohlich weiter.⁴³⁸ Es kam zu Terrorakten der ukrainischen Intelligenz und der ukrainischen Banden, die jedoch geübt in der Flucht waren: Eine Bande von dreien, die verfolgt wurde, konnte entweichen. Die Sowjetukraine unterstützte die Insurgenten sowohl moralisch als auch materiell. Man sah dies an einer Rede des Volkskommissars für Äußeres, in der die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß Ostgalizien bald ein Teil der Sowjetukraine sein würde. Mit Wissen Petruševyčs wurde im Juni 1922 in Berlin ein Abkommen zwischen den zwei Mittelspersonen Osyp Nazaruk und Breiter und dem Präsidenten der Sowjetukraine geschlossen. Darin ging es um die Versicherung gegenseitiger Unterstützung; die Sowjetukraine wurde mit dem Schutz der ostgalizischen Ukrainer im Ausland betraut, und für den Einfall in Ostgalizien wurde die Aufstellung einer gemeinsamen Armee vereinbart. Weitere Verhandlungen führte man in Kam-janec'-Podil'

- 434 Dieser setzte sich ein für die Wahrung der Minderheitenrechte, die Abwehr der Polonisationsbestrebungen und der polnischen Kolonisation. Die ukrainischen Abgeordneten standen zum Teil weit links. Die Führer waren Luckevyč und Vasiňuk, „Vpered“ und „Semlja i Volja“ die Parteiorgane. (Österreichische Gesandtschaft Warschau an Bundesminister für Äußeres, 21.04.1923, Nr. 62/1242, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1923).
- 435 Ihr Parteiprogramm: gemäßigte Wahrung nationalkultureller Ansprüche, Anerkennung des polnischen Staatsgedankens, Verständigung mit dem Polentum; ihr Führer: Ilkov; ihr Parteiorgan: „Ridnyj Kraj“ (Österreichische Gesandtschaft Warschau an Bundesminister für Äußeres, 21.04.1923, Nr. 62/1242, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1923)
- 436 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 30.11.1922, Nr. 151/4021, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.
- 437 Vgl. die Versuche in der ausländischen Presse, Stimmung für die polnische Politik in Ostgalizien zu machen: „Die Lage in Ostgalizien. Vom polnischen Gesandten Dr. J. Lasocki“, „Neue Freie Presse“, 08.11.1922, AdR, Mapped 95, 10021/Ukraine. Lasocki zeigte sich hierin befremdet über den Anklang, den die Ukrainer in Österreich fanden, und wies ausdrücklich auf die positiven Handelsbeziehungen zwischen Wien und Warschau hin, die durch die ukrainische Politik ernsthaft gefährdet werden würden.
- 438 Vgl. dazu die Artikel „Die Lage in Ostgalizien nach den Sejmwahlen. Von Dr. Eugen Petruszewycz“, „Neue Freie Presse“, 24.11.1922. Hier berichtete er über die polnischen Methoden, die Ukrainer mit Hilfe des Militärs zur Teilnahme an den Wahlen zu zwingen und mit seiner gefälschten Unterschrift zur Wahlbeteiligung zu überreden. Vgl. ebenfalls: „Die Wahlen in Ostgalizien“, „Arbeiterzeitung“, 16.11.1922, und „Westukrainische Idylle“, „Arbeiterzeitung“, 25.11.1922 in: AdR, Mapped 95, 10021/Ukraine.

s' kyj.⁴³⁹ Die Antwort Warschaus folgte unverzüglich: Die Polen verstärkten die Polizei, und General Haller bekam diktatorische Vollmachten. Ukrainische Schulen wurden geschlossen, Zeitungen zensiert und konfisziert. 2.500 Ukrainer saßen in Lemberg in Untersuchungshaft, über 10.000 weitere in ganz Ostgalizien.⁴⁴⁰

Im Dezember 1922 kam eine polnische Verordnung heraus, die die sofortige Rekrutierung auch der nichtpolnischen Bevölkerung vorschrieb. Von seiten der Ukrainer wurde sie im allgemeinen zuerst mit Ruhe aufgenommen. Der Ton der ukrainischen Zeitungen war sehr gedrückt ob dieses neuen Gewaltaktes, der als „Schlußstein der Unterdrückungspolitik Polens in Ostgalizien“ angesehen wurde. Diese begann mit der Durchführung der Volkszählung, der Erhebung der *danina* (Vermögensabgabe) sowie der Durchführung der Wahlen und endete mit der zwangsweisen Rekrutierung. Damit wäre – so faßte der österreichische Konsul zusammen – die Annexion Ostgaliziens durch Polen vollzogen und die Resignation unter den Ukrainern dementsprechend groß.⁴⁴¹

Gleichzeitig fand vom 30. November bis zum 12. Dezember 1922 die Moskauer Abrüstungskonferenz statt, auf der versucht wurde, die Situation zwischen Polen und den Sowjetrepubliken zu deeskalisieren. Obwohl die polnischen Delegierten mit relativ geringen Hoffnungen nach Moskau reisten, glaubten sie doch, sich der russischen Einladung nicht entziehen zu können. Man wollte den Sowjetrepubliken keine Gelegenheit geben, das Nichterscheinen Polens und der baltischen Staaten als den Beweis kriegerischer Stimmung gegen den östlichen Nachbarn zu werten. Hoffnungen wurden auf die allgemeine Unterzeichnung des „Pacte de nonagression“ durch die Teilnehmer gesetzt und die damit verbundene allmähliche Abrüstung. Leider sperren sich aber die Sowjets und erklärten, einen solchen Pakt nur gleichzeitig mit einer Vereinbarung über eine technische Abrüstung der Heereskräfte der Konferenzteilnehmer abschließen zu können. Dafür fehle aber eine feste Basis, nach der diese Heereskräfte gleichmäßig zu reduzieren waren. Über eine Abrüstung der Seestreitkräfte gar ließen die Sowjets nicht mit sich reden. So endete die Konferenz ohne jedes greifbare Ergebnis. Allerdings schlossen sich Polen, Estland und Lettland enger gegen eine neu entstandene russisch-litauische Kombination zusammen.

Konnte Polen auf dem außenpolitischen Parkett relativ unangefochten agieren, nicht zuletzt durch die Rückendeckung, die ihm von der Entente zuteil wurde, so hatte es in der Innenpolitik doch größere Schwierigkeiten zu meistern.

Einen Monat später traten bei der Durchführung der Zwangsrekrutierungen trotz der anfänglichen Ruhe in Ostgalizien immer größere Probleme auf. Anscheinend durch die ukrainischen Geheimorganisationen aufgestachelt, weigerten sich gestellungspflichtige Bauern vor den Zwangsrekrutierungskommissionen zu erscheinen und versteckten sich

439 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 26.11.1922, Nr. 148/3873, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

440 Konsulat Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 04.12.1922, Nr. 65/3971, in: AdR, NPA 39 Berichte Lemberg.

441 Österreichisches Konsulat in Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 16.12.1922, Nr. 67/4084, in: AdR, NPA 648, Liasse Polen 4a/1.

in den Wäldern. In der Stanislawer Wojewodschaft kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Ukrainern und polnischem Militär. Die Folge waren scharfe Maßnahmen auf polnischer Seite: Die Dörfer wurden nachts umzingelt, die Rekrutierungen vorgenommen und, wenn man dabei Deserteure fand, Strafeinquartierungen durchgeführt. Außerdem wurde verfügt, daß die Zwangsrekrutierten sofort einzurücken hatten, um sie außerhalb Ostgaliziens zu stationieren. Zeitungen, die über die Vorgänge berichteten, wurden konfisziert oder brachten gewöhnlich in ihrer nächsten Nummer ein Dementi.⁴⁴²

Im selben Monat erreichten Wien Berichte über größere Truppenbewegungen in Ostgalizien. Der Lemberger Bahnhof wurde durch Polizei in Uniform und Zivil streng bewacht, jeder Besucher scharf beobachtet. Sämtliche Militärärzte zog man zu einer sechswöchigen Übung ein, und die Militärpflichtigen der Jahrgänge 1891 bis 1899 wurden zur sofortigen Meldung aufgefordert. Über den Zweck der Truppentransporte war nichts näheres bekannt. Anscheinend auf Befehl erklärten die Soldaten, sie würden zur Unterdrückung ruthenischer Aufständischer eingesetzt. Zeitungsmeldungen zufolge zogen die Russen ebenfalls bedeutende Truppenverbände an der russisch-polnischen Grenze zusammen.⁴⁴³

Am 12. März 1923 sandte Rakovs'kyj eine Protestnote an den polnischen Staatschef, in der er gegen die Entscheidung über das Schicksal Ostgaliziens ohne Teilnahme der ukrainischen Sowjetrepublik Einspruch erhob. Der Vertrag von Riga mit seinem territorialen Verzicht auf Ostgalizien bedeutete keinesfalls die Gleichgültigkeit am Schicksal der ukrainischen Landsleute. Unter der „reaktionären klerikalen habsburgischen Monarchie“ hätten die Ukrainer mehr Autonomie genossen als unter dem Einfluß der Mächte, die die Selbstbestimmung der Nationen verkündet hatten. Die ukrainische Regierung erkannte eine Entscheidung, getroffen ohne die Mitwirkung der Bevölkerung, nicht an. Čičerin sandte eine ähnliche Note. Berichtet wird ferner, daß die Abgesandten⁴⁴⁴ der westukrainischen Regierung Breiter und Kossak in Moskau zu Gesprächen waren.

Dr. Lev Čyns'kyj von den ukrainischen Nationaldemokraten wurde von den Ukrainern nicht länger anerkannt. Die Ukrainer in Ostgalizien setzten den polnischen Annäherungsversuchen ein klares „Nein“ entgegen. Polen drängte auf einen endgültigen Beschluß der Botschafterkonferenz; zu diesem Zweck sprachen bezahlte ukrainische Deputationen vor. Rastlos wurde an der Kolonisation Ostgaliziens durch Polen gearbeitet. Petruševyč bestürmte die Botschafterkonferenz mit Noten und versuchte, die Reise des päpstlichen Visitators Monsignore Genocchi⁴⁴⁵, dem durch die ukrainische Geistlichkeit und

442 Österreichisches Konsulat in Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 25.01.1923, Nr. 1/347, in: AdR, NPA 648, Liasse Polen 4a/I.

443 Österreichisches Konsulat in Lemberg an Bundesministerium für Äußeres, 25.01.1923, Nr. 3/349, in: AdR, NPA 648, Liasse Polen 4a/I.

444 Gesandtschaft der Republik Österreich in Moskau an den Herrn Bundesminister für Äußeres Dr. Grünberger, 14.03.1923, Nr. 222/3/873, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

445 Über diese Visitationsreise wurde bereits mit großer Sorgfalt gearbeitet: Sac. Giovanni Choma, Padre Giovanni Genocchi visitatore apostolico dell'Ucraina in: *Analecta Ordinis S.*

Landbevölkerung Protestnoten übergeben worden waren, zu beschleunigen. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz, Ostgalizien Polen zu überlassen, stürzte die Ukrainer in tiefe Verzweiflung.⁴⁴⁶

Auf dieser Botschafterkonferenz hatte sich die enge französisch-polnische Zusammenarbeit und die vollkommene Solidarität zwischen den beiden Regierungen gezeigt. Am 15. März 1923 kam es zur gegenständlichen Beschlußfassung: Die Ostgrenzen Polens gegenüber den Sowjetrepubliken, „wie sie durch den Rigaer Vertrag, als auch die polnisch-litauische Grenze, wie sie durch die vom Völkerbunde vorgenommene Aufteilung der dortigen neutralen Zone festgesetzt worden waren,“ wurden fast ohne jede Einschränkung anerkannt. Die einzige Einschränkung war, daß Polen akzeptierte, daß die ethnischen Verhältnisse Ostgaliziens ein autonomes Regime daselbst erforderten und daß der am 28. Juni 1919 abgeschlossene Minderheitenvertrag spezielle Garantien vorsah. Das Protokoll der Botschafterkonferenz schwieg aber über das Ausmaß des autonomen Regimes oder der Minoritätsgarantien. In Ententekreisen ging man davon aus, daß dem durch die Autonomieprivilegien in den drei ostgalizischen Wojewodschaften bereits Rechnung getragen wurde. Hierbei war jedoch zu berücksichtigen, daß die Privilegien nicht Ostgalizien als ein Ganzes, sondern nur die drei vorgenannten Wojewodschaften abdeckten. Durch die Erwähnung des Rigaer Vertrages wurde die explizite Anerkennung der Sowjetunion umgangen. Die Ukrainer protestierten im polnischen Landtag und in Lemberg, jedoch ohne Erfolg. Mit diesem Beschluß wurde ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung Polens vollzogen und der westukrainischen Agitation der Boden entzogen. Die eigentlichen Gründe dafür dürften jedoch wirtschaftliche gewesen sein: das Petroleumgebiet, ausländische Investitionen und die dadurch mögliche Sanierung der Staatsfinanzen sind hier als wichtigste Punkte zu nennen.⁴⁴⁷

Wirtschaftlicher Natur waren auch die Druckmittel, die Polen anwandte, um seine Ukrainepolitik im Ausland durchzusetzen. Hofrat Pistor von der Handelskammer Wien teilte am 14. Februar 1923 telefonisch mit, daß die polnische Gesandtschaft die Legalisierung der Ursprungserzeugnisse für österreichische Waren eingestellt habe, gleichgültig ob es sich dabei um Erzeugnisse der Wiener Handelskammer oder um solche der polnisch-österreichischen handelte. Wie vom Abgeordneten der polnisch-österreichischen

Basilii Magni, Series II, Sectio II, Vol.III (IX), Fasc. 1-2, Roma 1958, und Sac. Giovanni Choma, *La visita apostolica del padre Giovanni Genocchi in Galizia (Ucraina occidentale) nell' anno 1923 (II)* in: *Analecta Ordinis S. Basilii Magni, Series II, Sectio II, Vol.III (IX), Fasc. 3-4, Roma 1960.*

446 Österreichisches Konsulat Lemberg an den Herrn Bundesminister für Äußeres Dr. Grünberger, 19.03.1923, Nr. 4/911, darin enthalten: „Prager Tagblatt“ vom 16.03.1923: „Ostgalizien – polnisch. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz“, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

447 Österreichische Gesandtschaft Warschau an den Herrn Bundesminister für Äußeres Dr. Grünberger, 19.03.1923, Nr. 50/925, darin enthalten französisches Communiqué, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III. Wie es zur Entscheidung vom 15. März 1923 kam, siehe Kapitel 4.3. dieser Arbeit.

Handelskammer hinzugefügt wurde, war die Maßnahme der polnischen Gesandtschaft auf eine politische Spannung zurückzuführen, die zwischen der Gesandtschaft und dem Ministerium des Äußeren herrschte. Dabei habe es sich angeblich vor allem um die westukrainische Frage gehandelt. Die Aktion der polnischen Handelskammer bezweckte eine förmliche Intervention der österreichischen Handelskammer, um so Druck auf das österreichische Außenministerium und damit auch auf die Regierung auszuüben. Dies wurde allerdings von der österreichischen Handelskammer abgelehnt, die sich verpflichtet sah, den Vorfall sofort zu melden.⁴⁴⁸

Die Bemühungen Petruševyčs und des Metropoliten Šeptyc'kyj bei der Botschafterkonferenz zur Erlangung einer weitergehenden Autonomie Ostgaliziens blieben ergebnislos. Das Projekt der Wojewodschaftsautonomie wurde genehmigt, und so sanktionierte die Entente auch die rücksichtslose nationale Unterdrückungspolitik. Dieser Entschluß, Ostgalizien ohne Einschränkung Polen zu überlassen, kam selbst für Polen überraschend. Unter den Ukrainern wurde die Version verbreitet, daß der französische Vertreter Dokumente vorlegte, die beweisen sollten, daß Deutschland und Rußland ein Militärabkommen geschlossen hatten. Und so brachte man angeblich Großbritannien und Italien dazu, dem französischen Wunsch zuzustimmen. Unter den Ukrainern herrschte große Bestürzung, neue radikale östlich orientierte Politiker gewannen an Bedeutung, man besprach sich mit der benachbarten Sowjetukraine, und die kommunistische Agitation verzeichnete gerade bei Lehrern, Studenten und der „kleinen Intelligenz“ große Erfolge. Der passive Widerstand unter den Bauern wuchs zusehends. Es war nun vermehrt mit blutigen Terrorakten zu rechnen, prognostizierte der österreichische Konsul in Lemberg.⁴⁴⁹

Am 18. März 1923 kam es in Lemberg zu ukrainisch-polnischen Zusammenstößen: Anlässlich der endgültigen Anerkennung der territorialen Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen wurde in der Kathedrale ein feierlicher Dankgottesdienst abgehalten. Gleichzeitig zelebrierte der päpstliche Visitator Monsignore Genocchi zum Abschied in der Metropolitankirche unter großer Beteiligung der ukrainischen Bevölkerung ein feierliches Hochamt. Nach dem Gottesdienst sammelte sich die Menge vor der Kirche, wo der ehemalige Vizepräsident des Reichstages Julijan Romančuk und der Angeordnete Marko Luckevyč Reden hielten. Anschließend wollte die Menge durch die Stadt ziehen, da aber trat ihr die polnische Polizei entgegen, und es kam zu Zusammenstößen mit zahlreichen Verletzten.⁴⁵⁰

448 Österreichisches Bundesministerium für Äußeres, 14.02.1923, Nr. 603, in: AdR, NPA 442 Dr. Eugen Petruszewicz.

449 Österreichisches Konsulat Lemberg an den Herrn Bundesminister für Äußeres Dr. Grünberger, 06.04.1923, Nr. 6/1037, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

450 Österreichisches Konsulat Lemberg an den Herrn Bundesminister für Äußeres Dr. Grünberger, 20.03.1923, Nr. 5/961, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III. Vgl. auch „Ostgalizien bei Polen“, „Die Rote Fahne“, 24.03.1923 (AdR, Mappe, 10021/Ukraine) und „Die Entscheidung über Ostgalizien“, „Reichspost“ 23.04.1923 (AdR, Mappe 95, 10071/Ukraine), wo erklärt wurde, daß die Ukrainer und Weißruthenen den Beschluß der

Der Beschluß der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 wurde in Rumänien mit „lebhafter Genugtuung“ aufgenommen. Im Jahre 1921 hatte man das Bündnis mit Polen nicht gerne unterschrieben, der gesamte Einfluß von Take Ionescu und energischer Nachdruck von seiten Frankreichs war dazu notwendig gewesen. Damals erwartete man sich in Bukarest nicht besonders viel von der Hilfe Polens. Seine Ostgrenze war noch nicht anerkannt worden, und die drohende Haltung Sowjetrußlands stimmte ebenfalls recht bedenklich. Nach dieser Entscheidung allerdings herrschte große Erleichterung, da Frankreich nun diese Grenze garantierte. Ostgalizien war jetzt ein wirklicher territorialer Gewinn mit reichen Bodenschätzen und eine Schlüsselregion von großer strategischer und politischer Bedeutung. Niemand gab der ukrainischen Republik eine reelle Lebenschance mehr. Wäre Ostgalizien an Rußland angeschlossen worden, dann wären die Verbindung Rumäniens zum befreundeten Polen unterbrochen und seine wirtschaftlichen und militärischen Interessen gefährdet worden. Zudem hätte dann eine direkte Landverbindung zwischen zwei der hervorragendsten Exponenten des Panslavismus – Rußland und der Tschechoslowakei – bestanden. Die Festlegung der territorialen Verbindung zwischen Polen und Rumänien hatte auch eine Rückwirkung auf den Eintritt Polens in die Kleine Entente. Es waren nur noch zwei Hindernisse zu überwinden, und zwar die polnische Freundschaft zu Ungarn und Frankreich, da die Kleine Entente eigentlich zum Ziel hatte Ungarn niederzuhalten und ein Gegengewicht zur Großen Entente zu bilden.⁴⁵¹

In Warschau kam es zu einer Unterredung zwischen dem österreichischen Gesandten Post und dem päpstlichen Visitator Monsignore Genocchi: Letzterer zeigte sich ziemlich beruhigt über die Verhältnisse in Ostgalizien. Bei einigem gutem Willen auf beiden Seiten ließen sich Ruhe und Frieden bald wiederherstellen, meinte Genocchi. Auf polnischer Seite sollten die Autonomierechte erweitert und die Bekämpfung der altslavischen Liturgie fallen gelassen werden. Die Ukrainer hingegen sollten den alten Kalender und die Priesterehen abschaffen. Bestrebungen zur Abtrennung Ostgaliziens oder gar eine dauernde Selbständigkeit dieses Gebietes hielt auch Genocchi im Hinblick auf die gefährvolle Nähe der Sowjetukraine für aussichtslos.⁴⁵²

In einer Note vom 5. April 1923 nahm das State Department die Entscheidung der Botschafterkonferenz hinsichtlich der polnischen Ostgrenzen zur Kenntnis und meinte, diese Entscheidung entspräche der Souveränität, die Polen über das innerhalb dieser Grenzen befindliche Gebiet hergestellt habe. Polnischerseits versprach man sich die Entwicklung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zu den USA und setzte Hoffnungen auf amerikanisches Kapital zur Entwicklung dieser östlichen Gebiete.⁴⁵³

Botschafterkonferenz niemals anerkennen werden.

451 Österreichische Gesandtschaft Warschau an den Herrn Bundesminister für Äußeres Dr. Grünberger, 27.03.1923, Nr. 41/951, in: AdR, NPA 651, Liasse Polen 9/III.

452 Österreichische Gesandtschaft Warschau an Bundesminister für Äußeres, 03.04.1923, Nr. 53/1010, in: AdR, NPA 648, Liasse Polen 3/2.

453 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 13.04.1923, Nr. 57/1156, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1923.

Nach der Anerkennung der polnischen Ostgrenzen durch die Botschafterkonferenz ratifizierte Polen nun endlich den Vertrag von Saint-Germain. Damit wurde allerdings auch der westukrainischen Propaganda in Wien der Boden entzogen, und Polen konnte sich bei Optionsfragen nicht mehr herausreden.⁴⁵⁴

Auf mehrmalige polnische Interventionen hin⁴⁵⁵ erließ die Wiener Polizeidirektion im April 1923 eine Verfügung, daß ukrainische Emigranten nur in Wien bleiben durften, wenn sie sich jeder politischen Tätigkeit enthielten. Darüber herrschte lebhaftere Verstimmung in den Emigrantenkreisen, denn man hatte in Österreich einen verständnisvolleren Freund erwartet. Es hieß, Petruševyč werde wahrscheinlich nach Berlin umsiedeln. Zunächst dachte er wohl an Charkiv, um die neue östliche Orientierung zu demonstrieren. Aber dies hätte einen schlechten Eindruck auf die Westmächte gemacht und außerdem die persönliche Fühlungnahme mit europäischen Führungspersonlichkeiten unmöglich gemacht. Auf dem letzten Parteitag der Ukrainischen Radikalen Partei wurden kommunistische Führer gewählt und der Beschluß der Botschafterkonferenz über Ostgalizien nicht anerkannt. Man beschloß die Fortsetzung des nationalen Freiheitskampfes, die engste Zusammenarbeit mit den Ukrainern Polnisch-Wolhyniens, die Einführung einer Parteisteuer und den Anschluß an die Sowjetukraine. Ähnliche Beschlüsse waren vom Parteitag der ukrainischen Nationaldemokratischen Partei zu erwarten. Die kommunistische Agitation, die Unterstützung durch große Geldmittel erfuhr, wurde immer spürbarer. Ukrainische Rekruten desertierten häufiger, sie flohen mit voller Ausrüstung in die Sowjetukraine. Wurde dies entdeckt, wurden militärische Strafexpeditionen unternommen und Requisitionen bei den Familien der Soldaten durchgeführt. Rakovs'kyj und Trockij hielten in Charkiv und Moskau große Reden mit dem Inhalt, daß Rußland und die Ukraine den Beschluß der Botschafterkonferenz niemals anerkennen würden, vielmehr wollten sie jede Gelegenheit nutzen, ihren unterdrückten Brüdern zu helfen. Alles deutete damals auf Krieg hin. In ukrainischen Kreisen nahm man diese Kriegsgefahr sehr ernst, da die polnischen Vorbereitungen, der Besuch des Generals Le Rond und des Marschalls Foch in Lemberg sowie auch die russischen Truppenkonzentrationen an der polnischen und rumänischen Grenze sehr dafür sprachen. Bestätigung fanden diese Meldungen durch Berichte von Großgrundbesitzern an der Grenze und von Reisenden, die aus Kiew zurückkehrten. Ob dies der Wahrheit entsprach, war jedoch fraglich. Für den österreichischen Konsul in Lemberg stand allerdings fest, daß eine vollkommene Bolschewisierung der Ukraine nicht mehr aufzuhalten sein werde, wenn Polen seine gegenwärtige Unterdrückungspolitik fortsetze.⁴⁵⁶

454 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 21.04.1923, Nr. 60/1246, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1923.

455 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 07.01.1923, Nr. 163/155, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warschau 1922.

456 Bericht aus Lemberg an Bundesminister für Äußeres, 23.04.1923, Nr. 7/1250, in: AdR, NPA 648, Liasse Polen 2/8.

Auf dem Parteitag der ukrainischen Nationaldemokraten am 21. Mai 1923 in Lemberg kam es zu Flügelkämpfen zwischen Lev Čyns'kyj, der die Lage in Ostgalizien durch eine Verständigung mit den Polen verbessern wollte, und Petruševyč, der jegliche Verhandlung mit der polnischen Regierung ablehnte, für einen fortgesetzten aktiven und passiven Widerstand eintrat und auf eine Intervention des Auslandes hoffte. Petruševyč dachte, mit dieser Politik die Autonomie erzwingen zu können. Auf dem Parteikongreß trafen nun diese beiden Meinungen zusammen. Zum Präsidenten wurde Ochrymovyč gewählt, Vizepräsident wurde Lev Čyns'kyj, nachdem er die Wahl zum Präsidenten abgelehnt hatte. Aber da Dr. Ochrymovyč sehr krank war, leitete er ohnehin die Geschäfte der Partei. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: De-facto-Anerkennung der Besetzung Ostgaliziens durch Polen, Protest gegen die Terrorakte der polnischen Regierung, Forderung nach Errichtung einer ukrainischen Universität und nach Teilung der hiesigen polnischen Universitätsbibliothek und Forderung nach sofortiger Einführung einer Autonomie für Ostgalizien, die auch auf Polnisch-Wolhynien ausgedehnt werden sollte. Alle diese Beschlüsse waren ein Kompromiß zwischen den beiden Parteiflügeln. Die Spaltung der Partei stand unmittelbar bevor, der radikale Flügel wollte Lev Čyns'kyj loswerden, der angeblich im Sold der polnischen Regierung stand, was später von polnischer Seite auch bestätigt wurde. Dort versuchte man durch die Gewährung geringer Konzessionen die Ukrainer ruhigzustellen.⁴⁵⁷ Die Unstimmigkeiten in der größten ukrainischen Partei erleichterten natürlich die allpolnischen Tendenzen der Warschauer Regierung, die das Vorhandensein einer ukrainischen Frage negierte und gar nicht daran dachte, auch nur die Wojewodschaftsautonomie für Ostgalizien einzuführen.⁴⁵⁸

Polen erkannte die Föderation der Sowjetrepubliken im Dezember 1923 an. Damit war die Erfüllung aller Verträge und Abkommen und die Unterhaltung normaler diplomatischer Beziehungen verbunden. In Minsk und Charkiv durften konsularische Vertretungen errichtet werden, deren Personal formell zur polnischen Gesandtschaft in Moskau gehörte.⁴⁵⁹ Für Polen war das ein wichtiger Schritt nach vorn in der Stabilisierung seiner Außenbeziehungen, vor allem weil man eine leichte Entfremdung von Frankreich bemerken konnte. Frankreich hatte nämlich Kontakt zu Rußland und zur Tschechoslowakei aufgenommen, gab Polen nur geringfügige Kredite zu schlechten Bedingungen, ließ sich plötzlich Hallers Armee bezahlen und befließigte sich plötzlich einer engen Zusammenarbeit mit der Kleinen Entente, die Polen nun feindlich gesinnt war. Polen überlegte sich zu dieser Zeit einen eventuellen Anschluß an einen kontinentalen Staatenblock unter der Führung Großbritanniens. Es mußte angesichts der schlechten Behandlung durch die Kleine Entente ein Mittel finden, sich mit dem russischen Nachbarn zu

457 Österreichisches Konsulat Lemberg an Bundesminister für Äußeres, 19.07.1923, Nr. 14/2041, in: AdR, NPA 648, Liasse Polen 2/8.

458 Österreichisches Konsulat Lemberg an Bundesminister für Äußeres, 28.06.1923, Nr. 13/1948, in: AdR, NPA 648, Liasse Polen 2/8.

459 Die Errichtung eines polnischen Konsulates war schon einmal Ende 1921 Thema gewesen. Vgl. Kap. 3.5. dieser Arbeit.

arrangieren. Auf Frankreich war dabei kein allzu großer Verlaß. Prag war nun zum Brennpunkt der russisch-französischen Beziehungen geworden. Laut der österreichischen Beobachtungen schien es, als wollte sich Warschau wieder verstärkt London zuwenden.⁴⁶⁰

Noch 1926 hatte der Exilaußenminister Kost' Levyc'kyj mehrere Besprechungen mit Piłsudski, der sich nun für eine unabhängige Ukraine einsetzte, da Polen nicht vor hatte, allein die Last der Verteidigung Europas gegenüber dem Bolschewismus zu tragen. Es gab seiner Meinung nach zwei Lösungen des ukrainischen Problems in Polen: entweder die Gewährung politischer Konzessionen wie Autonomie der Bezirke, Abänderung des Wahlrechts, Errichtung von Schulen etc. oder die Gewährung wirtschaftlicher Zugeständnisse wie zum Beispiel die Durchführung der Agrarreform, Kredite an die Bauernschaft und Landesgenossenschaften. Aber momentan war dazu kein Geld vorhanden und die Veränderung in der inneren Verwaltung Polens noch nicht abgeschlossen.⁴⁶¹

Wie man sieht, war es natürlich wesentlich einfacher für Piłsudski, die Bildung einer selbständigen Ukraine zu fordern und auf diese Art ein politisches Problem für die Sowjetunion zu schaffen, als den ukrainischen Gebieten in Polen größere Autonomie einzuräumen. Von einer Angliederung des polnischen Ostgaliziens an die geplante selbständige Ukraine war ohnehin von seiten der Polen nie die Rede. Und so schwelte das Problem Ostgalizien durch die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch weiter, ohne auch nur teilweise befriedigend gelöst zu werden.⁴⁶²

460 Österreichische Gesandtschaft in Warschau an Bundesministerium für Äußeres, 28.12.1923, Nr. 150/1095, in: AdR, NPA 97, Berichte aus Warchau 1923.

461 Gesandtschaft Warschau an Bundeskanzler Dr. Seipel, 22.10.1926, Nr. 105/15196, in: AdR, NPA 650, Liasse Polen 7/1.

462 Vgl. „Unhaltbare Äußerung des Reichstagspräsidenten Löbe über Galizien“, „Osteuropäische Korrespondenz“, 24.02.1928; „In Altösterreich besser als in Polen“, „Wiener Neueste Nachrichten“, 10.05.1928; „Der Ausrottungskampf gegen die Ukrainer in Polen“, „Osteuropäische Korrespondenz“, 15.06.1928; „Anhaltend ernste Lage in der polnischen Ukraine“, „Wiener Neueste Nachrichten“, 09.11.1928; „Protestkundgebungen gegen den polnischen Terror in Ostgalizien“, „Wiener Neueste Nachrichten“, 18.11.1928, in: AdR, Mappe 95, 6312/Polen. „Ukraina und Polen. Eine Rede des Vorsitzenden des ukrainischen Rats der Volkskommissäre“, „Wiener Neueste Nachrichten“, 14.03.1929, in: AdR, Mappe 95, 1008/Ukraine.

5. Schlußbetrachtung

Im Gegensatz zu den meisten anderen slavischen Völkern hatten die Ukrainer zu Beginn des Ersten Weltkrieges noch keine voll ausgebildete nationale Bewegung. Das hatte verschiedene Gründe: Das Volk der Ukrainer verteilte sich auf zwei Staaten, das Russische Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie. In der letztgenannten waren die Ukrainer sogar Angehörige zweier Reichsteile, machten deshalb wiederum unterschiedliche Entwicklungen durch. Während die Ukrainer im Kronland Galizien-Lodomerien sich immer mehr politische Rechte erkämpfen konnten, waren die Ukrainer in den ungarischen Komitaten Szepes, Sáros, Zemplén, Ung, Bereg, Ugocsa und Máramaros, die die sogenannte Karpatho-Ukraine bildeten, der Magyarisierungspolitik ausgesetzt. Ähnlich erging es den Ukrainern im russischen Teil ihres Landes, der Dnjepr-Ukraine. Die dortige Russifizierungspolitik gipfelte im Juni 1863 im Verbot ukrainischsprachiger Schriften, mit Ausnahme der schönen Literatur. Ukrainisch als Unterrichtssprache wurde abgeschafft.

Diese Unterdrückungspolitik machte die ukrainische Nationalbewegung zu einer intellektuellen Bewegung, der – innerhalb des Russischen Reiches – der Kontakt zum Westen versagt blieb, was sie in ihrer Entwicklung hemmte. Intellektuell kann man sie deswegen nennen, da ihr hauptsächlich eine dünne ukrainische Akademikerschicht angehörte, die sich aus Kindern von einzelnen Bauern, Dorfschullehrern und Priestern rekrutierte. Die breite Masse der Bauern konnte erst allmählich an diese Bewegung herangeführt werden, und zwar schon aufgrund der Tatsache, daß es sich bei ihnen zum überwiegenden Teil um Analphabeten handelte. Die starke agrarische Orientierung und das Fehlen einer breiteren ukrainischen Mittelschicht wirkten sich recht negativ auf die ukrainische Nationalbewegung aus. Durch seinen Konservatismus behielt der ukrainische Bauer Sprache, Tracht und Bräuche bei, brauchte aber noch etwas Zeit, um zu erkennen, daß alle Ukrainer, ob in Wolhynien, der Karpatho-Ukraine oder in Galizien zu einem Volk gehörten. Dennoch wäre es ein Fehler, die Existenz der ukrainischen Idee in der Bevölkerung selbst zu verneinen.

Mit Ausbruch der Revolution und der Lockerung der russischen Zentralgewalt entwickelte sich ein ukrainisches Nationalbewußtsein in der Bevölkerung. Das heißt, der Prozeß einer kollektiven politischen Bewußtwerdung ließ die Ukrainer erkennen, daß sie gemeinsame Traditionen und Interessen hatten; sie begannen sich als Solidargemeinschaft zu fühlen. Seinen unmittelbaren Ausdruck fand dies in der Proklamation der Einheit aller ukrainischen Länder vom 22. Januar 1919 in Kiew. Erschwerend kam jedoch hinzu, daß es sich bei der ukrainischen Nation um eine mehrere Volks- und Kulturgruppen umfassende Nation handelte. Das bedeutete aber, daß, um überleben zu können, ein Grundkonsens der politischen Verfassung und Kultur gefunden werden mußte. Dieser Konsens basiert in der Regel auf vier Prinzipien: Die Nation umfaßt alle Schichten der Bevölkerung des nationalen Territoriums und nimmt Menschen sowie Bürgerrechte für alle in Anspruch. Das wichtigste Kommunikationsmedium innerhalb der Nation ist eine Schriftkultur, die prinzipiell allen zugänglich sein muß. Die Staaten sind sowohl in ihrer Verfassungsstruktur als auch in ihrer Grenzziehung nach nationalen Kriterien umzugestalten, das heißt, aus ihnen sollten

Nationalstaaten werden. Dies bedeutete die Umsetzung des Prinzips der Volkssouveränität und die weitgehende Übereinstimmung der politischen Grenzen mit den Siedlungsgrenzen der Nation. Und nicht zuletzt haben alle Nationen ein gleiches Recht auf Existenz und auf Selbstbestimmung innerhalb ihres Siedlungsgebietes.¹

Bezogen auf die Ukraine lassen sich diese Prinzipien nachweisen. Die Central'na Rada fühlte sich tatsächlich verantwortlich für alle Schichten der Bevölkerung und räumte sämtlichen Bevölkerungsteilen Gleichberechtigung ein. Die Gesetze und Verordnungen wurden zum Großteil viersprachig herausgegeben: ukrainisch, russisch, polnisch und jiddisch. Das Ziel des Nationalstaates wurde von der Ukrainischen Volksrepublik durch das Bemühen, Ostgalizien, die Karpatho-Ukraine und die Bukowina an die Dnjepr-Ukraine anzuschließen, verfolgt. Durch angestrebte und zum Teil auch durchgeführte demokratische Wahlen versuchte man, das Volk zum Souverän zu machen. Zu keiner Zeit wollte die ukrainische Führung ihre politischen Grenzen über das eigentliche Siedlungsgebiet der Ukrainer ausdehnen. Man erkannte das Recht der benachbarten Nationen auf Existenz und Selbstbestimmung an und wollte in Frieden mit ihnen leben.

Definiert man nun Nationalbewegung als programmatische und organisierte Bewegung einer Nation, bzw. einer nationalbewußten Bevölkerungsschicht, die innerhalb ihres Territoriums Selbstbestimmung (nationale Autonomie) durchsetzen will oder sie gegenüber denen verteidigt, die sie in Frage stellen, so trifft dies auf die Ukraine zu. Die ukrainische Nationalbewegung verfolgte die Durchsetzung der Nation als politischer Souverän, die Errichtung und Vollendung eines Nationalstaates. Andererseits grenzte sie sich aber nach außen gegenüber dem politischen Gegner (den Bol'sheviki und den konservativen russischen Parteien), gegenüber anderen Staaten und Nationen (Rußland, Polen und Rumänien) ab und versuchte, die nationalen Grenzen zu verteidigen.

Der erste Schritt der ukrainischen Nationalisten nach der Revolution war, eine Bezeichnung für das Volk zu etablieren: Ukrainer. Von nun an gab es keine „Kleinrussen“ mehr und damit auch nicht mehr den russischen Anspruch auf das Gebiet zwischen Weißrußland und dem Schwarzen Meer. Damit versuchte man, auch dem Vorurteil im Westen zu begegnen, daß die Ukrainer – trotz einiger Besonderheiten – integraler Bestandteil der russischen Nation waren. Wie wenig die wahren Zusammenhänge bekannt waren, sieht man an der Tatsache, daß Präsident Wilson zwar Rußland, Belgien, Elsaß-Lothringen, Italien, Rumänien, Serbien, Montenegro und Polen, aber nicht die Ukrainer in seinen 14 Punkten nannte.

Mit der Nennung der Ukrainer wäre es allerdings auch nicht getan gewesen. Den Grundstein hätte sie in ihrer Innenpolitik legen müssen. Doch diese gestaltete sich zunächst sehr schwierig. Die ukrainische Parteienlandschaft stellte sich als sehr zerklüftet dar, das heißt viele Parteien mußten sich erst konstituieren, andere waren dabei, sich in verschiedene Teile zu spalten. In der Rada waren aber nicht nur Parteien, sondern auch wirtschaftliche

1 Ich orientiere mich hier an den Ausführungen von Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München 1993.

und kulturelle Organisationen vertreten, die ebenfalls ein Mitspracherecht forderten. Nicht zu vergessen ist, daß neben den ukrainischen auch russische, polnische und jüdische Vertreter um ihr Recht kämpften, gehört zu werden. Nach der zaristischen Autokratie nutzten die Volksvertreter ihre neugewonnene Freiheit zu debattieren aus. Die Diskussionsfreudigkeit ließ oftmals vergessen, wie wichtig sofortige und geradlinige Entscheidungen gewesen wären. Es lassen sich hier Parallelen zu den Diskussionen von 1848 in der Frankfurter Paulskirche ziehen. Bis man sich dort einigen konnte, hatten sich die konservativen Mächte längst wieder erholt und konnten einen Gegenschlag führen. In der Ukraine ließ die Freude an der Debatte den disziplinierten Bol'sheviki genug Zeit, sich zu organisieren. Die Ukrainer selbst hatten noch große Schwierigkeiten, ihren Status innerhalb oder gar außerhalb des Russischen Reiches zu definieren. Langwierige Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung Kerenskijs kosteten den entscheidenden Vorsprung, den die Rada vor den Bol'sheviki hatte. Erst mit dem Dritten Universal vom 19. November 1917 wurde die Ukrainische Volksrepublik ausgerufen, zuvor waren Verhandlungen über eine ukrainische Autonomie innerhalb des Russischen Reiches geführt worden. Doch nicht nur der Zeitverlust bei den russisch-ukrainischen Verhandlungen fiel ins Gewicht, sondern auch der bei der Lösung der Agrarfrage. Schon im Sommer 1917 wurde die Dynamik der Entwicklung nicht mehr von der Regierung und den Parteien bestimmt, die eine dünne Intelligenzschicht repräsentierten, sondern von sozialen Bewegungen der bäuerlichen Schicht. Ebenso wie in Rußland kam es zu einer weitgehend spontanen Agrarreform. Die ukrainischen Bauern übernahmen die Ländereien des russischen und polnischen Großgrundbesitzes und verteilten sie untereinander. In der Bevölkerung hatte man noch vage im Gedächtnis, daß das Land seit altersher eigentlich im Besitz des ukrainischen Bauern gewesen war und ihm endgültig erst unter Katharina II. weggenommen worden war. Jetzt holte man sich wieder, was schon immer ukrainisch gewesen ist. Der in Entstehung begriffene ukrainische Bauernverband hatte sehr viel Zulauf und wurde zu einem bedeutenden Machtfaktor in der Rada. Doch gelang es nicht, die notwendige Agrargesetzgebung schnellstmöglich zu verabschieden. Zwar war die entschädigungslose Enteignung des Grundbesitzes in das Programm der Rada aufgenommen worden, doch verhinderte der erste russisch-ukrainische Krieg die Durchführung dieses Zieles. Aufgrund des Krieges konnten die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung Anfang 1918 nur unvollständig durchgeführt werden. Die junge Republik kämpfte um ihre Existenz und mußte schließlich die Mittelmächte zu Hilfe rufen, um die bolschewistischen Truppen von ihrem Territorium zu vertreiben.

Im Zuge der deutschen und österreichisch-ungarischen Besetzung der Ukraine kam es zu einem Regierungswechsel, der von deutscher Seite unterstützt wurde. Hetman Skoropads'kyj übernahm am 29. April 1918 mit Hilfe der Liga der Landbesitzer die Macht in der Ukraine. Schon daraus läßt sich erkennen, daß die Agrargesetzgebung erst einmal ins Stocken geriet, denn Skoropads'kyj wollte nicht seinen landbesitzenden „Wählern“ in den Rücken fallen. Hinzu kam, daß er dabei die volle Unterstützung der deutschen Besatzungsmacht genoß. Vor allem Eichhorn hatte die Vorstellung, in der Ukraine wäre das Getreide am besten über die Gutsbesitzer zu erhalten, da sich die Bauern

nicht freiwillig bereit zeigten, ihre Ernte an die Deutschen abzuliefern. Durch die einsetzenden deutschen Requirierungsmaßnahmen und Strafexpeditionen gegen die Bauern verschlechterte sich das deutsch-ukrainische Verhältnis immer mehr. Paul Rohrbach hat die Zusammenhänge des ukrainischen Regierungswechsels im Frühjahr 1918 genau erkannt:

„Vermutlich wird es noch ziemlich lange dauern, bis das Ukrainertum in seinen Vertretern und in seiner politisch-sozialen Gedankenwelt einen vollkommen klaren Charakter erhält. Das ist es zugleich, wodurch die Unterhandlungen mit den Ukrainern bisweilen erschwert werden. Leidenschaft, Ungeduld, politische Naivität bis an die Grenze des Sonderbaren, scharf demokratisches Empfinden, stete Bereitschaft zur Agitation mit allen Mitteln, sobald es sich um politische Gegnerschaften handelt, meist lebendige Fühlung mit der Masse, dazwischen nicht selten bemerkenswertes politisches Talent. Geschichtlichkeit und zusammenfassende Kraft des Urteils, das ist auf der einen Seite die Charakteristik des Ukrainertums in seiner jetzigen Gestalt, wobei noch angemerkt werden muß, daß die sozialrevolutionäre Partei, die äußerste Linke, die auch in der Rada und in der beseitigten Regierung vorherrschte, auf Grund ihrer erwiesenen Einseitigkeit als vorläufig ausgeschaltet betrachtet werden kann. Auf der anderen Seite steht der Hetman, trotz seines häufigen Gebrauchs der Ausdrücke, demokratisch, Demokratie usw. eine undemokratische Persönlichkeit, impulsiv, ehrgeizig, von diktatorischem Temperament, und wie alle Leute mit russischer Erziehung wenig geneigt zu organisatorischer Einzelarbeit, zu sorgfältiger Personenauswahl und systematischer, dauernder Fühlungnahme mit seinen politischen Hilfskräften.“²

Rohrbach war durchaus bewußt, daß der schwelende Konflikt zwischen dem Hetman und den ukrainischen Parteien auch bald die Deutschen in der Ukraine in Mitleidenschaft ziehen würde. Im Gegensatz zu Eichhorn unterbreitete er dem Auswärtigen Amt ein brauchbares Konzept zur Lösung der ukrainischen Frage. Er sah das Problem der Landnot beim größten Teil der ukrainischen Bauernschaft und sah auch die mangelhafte Bewirtschaftung, die durch die schlechte Bildungspolitik unter den Zaren hervorgerufen worden war. Radikale und patriotische ukrainische Parteien überzeugten die Bauern, daß hinter dem Hetman, der ihnen das Land wieder wegnehmen wollte, die Deutschen standen. Rohrbach forderte eindringlich, dies zu vermeiden und auf eine bauernfreundliche Politik des Hetmans zu dringen, die dem ukrainischen Volk bewies, Deutschland sei sein Freund. Er akzeptierte die Forderung der ukrainischen Bauern nach einem Papier, das ihnen das Recht am Land garantierte, und wollte die schnellstmögliche rechtsgültige Landzuweisung an die Besitzarmen und Besitzlosen. Rohrbach hatte erkannt, daß man das ukrainische Bauertum nur durch eine ukrainische Demokratie für sich gewinnen könnte, jedoch nicht

2 Die Verhältnisse in der Ukraine, Bericht des aus Kiew kürzlich zurückgekehrten Professors Rohrbach, in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.

durch die großrussischen Elemente, die der Hetman in seine Regierung berufen hatte. Außerdem gab er den Faktor Zeit zu bedenken. Nur wenn die deutsche Politik öffentlich und unmißverständlich als fördernde Kraft in der Verfassungs-, Land-, Schul- und Kirchenfrage auftritt, würden die Bauern, wie auch die Mehrzahl der nationalukrainischen Politiker, die deutschen Bedürfnisse nach Getreide und anderen Lebensmitteln befriedigen. Wie Recht Rohrbach mit diesem anderen deutschen Konzept hatte, sieht man am traurigen Ausgang des deutschen Unternehmens in der Ukraine. Die Gewinne aus dem Vertrag von Brest-Litovsk entsprachen bei weitem nicht den Vorstellungen, die man sich gemacht hatte. Die deutsche „Supermarktmentalität“ – einfach kommen und zugreifen – hatte sich nicht bewährt. Anstatt sich auf die abgewirtschafteten konservativen russischen Kreise um den Hetman zu konzentrieren, hätte man lieber die junge ukrainische Demokratie unterstützen sollen. Das Ende der deutschen Politik in der Ukraine war eine zunehmende Radikalisierung, die die Bauern in ihrem Hunger nach Land in die Arme der Bol’ševiki trieb. Dort merkten sie zwar schnell, daß diese mit der Landverteilung auch nicht ernst machen wollten, allerdings war es für einen Ausstieg zu diesem Zeitpunkt schon zu spät.

Der Kampf gegen die Besatzung der Mittelmächte, die Russifizierung durch die Verwaltung des Hetmans und den bewaffneten Bolschewismus nahmen immer mehr Raum im politischen Leben der Ukraine ein. Das Direktorium bemühte sich, die wieder erwachenden Kräfte zu kanalisieren. Zuerst strömten auch die Bauern in großer Zahl zu den Truppen Petljuras, doch als Kiew eingenommen worden war, kehrten viele wieder in ihre Dörfer zurück. Schließlich war die Landfrage noch nicht beantwortet, und man wollte nicht verpassen, dabei zu sein, wenn es denn soweit wäre. Zudem machte sich eine immer größere Kriegsmüdigkeit breit, die durch die Propaganda und Versprechungen der Bol’ševiki vermehrt wurde. Dem Direktorium gelang es nicht, die gesamte Ukraine mit seiner Verwaltung zu erreichen. Die Beamten waren schlecht ausgebildet, es gab zu wenig Experten für die drängenden Fragen, die gelöst werden mußten. Bürgerkrieg und Abwehrkampf gegen die Bol’ševiki aus dem Norden und die Freiwilligenarmee General Denikins aus dem Süden verhinderten innenpolitische Reformen. Das Gesundheitswesen brach durch die großen Typhus- und Choleraepidemien zusammen, ebenso kollabierten das Bildungssystem, die Industrie- und Rohstoffproduktion und das Transportwesen. Das Geld verlor zusehends an Wert, bald konnte man nichts mehr kaufen, die Versorgung der Städte war mehr als mangelhaft. In seiner Not wandte sich Petljura an Polen um Hilfe. Mit dem Vertrag von Warschau räumte er den Polen weitgehende Rechte ein und gab die Westukrainer der polnischen Okkupation preis. Diese Tatsache entfremdete das Direktorium und damit Petljura als die zentrale Figur dem gesamten ukrainischen Volk. Die westukrainischen Streitkräfte weigerten sich, weiter zusammen mit den Polen, die ihr Vaterland überfallen hatten, zu kämpfen. Stattdessen gingen viele zu Denikin über, einige auch zur Roten Armee. Diese wiederum erhielt starken Zulauf von ostukrainischen Truppenteilen, die lieber mit den Bol’ševiki als zusammen mit dem jahrhundertelangen Feind Polen kämpfen wollten. Als sich schließlich auch noch die ehemaligen zaristischen Offiziere aus Patriotismus in die Rote Armee aufnehmen ließen, um gegen die polnische

Armee und die verbündeten Ukrainer zu kämpfen, war das Schicksal des Direktoriums und mit ihm das der Ukrainischen Volksrepublik besiegelt. Nur das „Wunder an der Weichsel“ rettete Polen vor einem totalen bolschewistischen Sieg. Durch den Waffenerfolg der Bol'sheviki stand der Sowjetisierung der Ukraine nichts mehr im Wege. Unter dem Druck aus Moskau wurden all die kleinen ukrainischen Sowjetrepubliken, die sich seit 1917 gebildet hatten, zu einer einzigen Ukrainischen Sowjetrepublik mit Charkiv als Zentrum vereinigt. Auch in den übrigen ukrainischen Gebieten endete der Traum von Selbständigkeit und Souveränität. Ostgalizien wurde endgültig im März 1923 der polnischen Verwaltung unterstellt, die Karpatho-Ukraine kam – unter dem Versprechen, Autonomie zu erhalten, am 8. Mai 1919 durch den Beschluß des Zentralen Ruthenischen Volksrat an die Tschechoslowakei. Die Nordbukowina wurde zur selben Zeit von rumänischen Truppen besetzt und rumänischer Verwaltung unterstellt. Damit waren die innenpolitischen Möglichkeiten des ukrainischen Volkes in allen Landesteilen sehr eingeschränkt worden.

Wie sahen nun aber die außenpolitischen Möglichkeiten aus? Im Gegensatz zu anderen Völkern, wie den Polen und Tschechen zum Beispiel, taten sich die Ukrainer ausgesprochen schwer, im Ausland auf ihr Volk und ihre Probleme aufmerksam zu machen. Schon eine einzige Volksbezeichnung einzuführen war schwierig für sie. In der Anfangszeit des ukrainischen Staates wurde auch erst endgültig der Name „Ukrainer“ festgeschrieben. Zuvor hatte es viele verschiedene Bezeichnungen gegeben, während der eigentliche Terminus Ukrainer sich noch nicht eingebürgert hatte. Von russischer Seite wurde „Kleinrusse“ verwendet, die Österreicher sprachen von „Ruthenen“ in den Gebieten der Monarchie. In der Karpatho-Ukraine sprachen die Ukrainer von sich selbst als „Rusinen“, „Hutsulen“ oder „Lemki“. Daneben fand man aber auch Bezeichnungen wie „Galizier“ oder „Bukowiner“.

Aber nicht nur die Definition, was ist ein Ukrainer, was unterscheidet ihn von den Russen, bereitete Schwierigkeiten, sondern auch die damalige diplomatische Situation in Europa. Das Europa der Kriegs- und Nachkriegszeit war – im osteuropäischen Raum – mit einem besonderen Problem beschäftigt, nämlich mit Polen. Nach dem Sieg der Entente über die Mittelmächte gelangte in Polen die ententefreundliche Nationaldemokratie mit ihrem Führer Roman Dmowski an die Macht. Will man nun die Hintergründe, warum die polnische Diplomatie im Gegensatz zur ukrainischen in den Nachkriegsjahren dermaßen erfolgreich war, verstehen, sollte die Tätigkeit dieser politischen Richtung näher betrachtet werden.

Die polnische Nationaldemokratie hoffte darauf, daß nach der endgültigen Zerstümmung der Mittelmächte eine Wiedervereinigung der polnischen Gebiete unter russischer Führung zustande kommen würde. Das daraus resultierende Wachsen des polnischen Gewichtes sollte zu einer Union mit Rußland oder gar einer polnischen Selbständigkeit führen. Aber das Jahr 1915 hatte gezeigt, daß dieser Plan nicht durchzuführen war, da Rußland nicht in der Lage war, Deutschland militärisch niederzuringen. Zudem war deutlich geworden, daß Rußland auch gar nicht wünschte, dem polnischen Element mehr Freiheiten zuzugestehen, und auch nicht einsah, sich von den Ententesta-

ten in seine innere Politik hineinreden zu lassen. So wurde 1917 ein Abkommen zwischen Rußland und Frankreich unterzeichnet, das Rußland freie Hand hinsichtlich seiner Westgrenze und Frankreich alle Freiheiten am Rhein ließ. So stand für die Polen endgültig fest, daß nur eine Niederlage Rußlands oder zumindest seine starke Schwächung eine Verbesserung ihrer Situation bewirken könnte.

Doch in dieser Lage kam den Polen eine Änderung der deutschen Politik zugute, die die Lösung der polnischen Frage durch die Mittelmächte anstrebte. Damit wurde den nationaldemokratischen Polen ein Druckmittel gegenüber Frankreich in die Hand gegeben. Paris befürchtete nämlich, daß die Mehrheit der polnischen Bevölkerung sich für die Mittelmächte entscheiden würde und somit diesen eine Freiwilligenarmee zur Verfügung stellen könnte. Durch das Schüren dieser Angst gelang es Dmowski, Frankreich zunehmend von der Wichtigkeit der polnischen Frage zu überzeugen und auch dahingehend zu beeinflussen, sich in St. Petersburg für die Polen einzusetzen. Das Verhältnis der Mittelmächte zu den Polen war schwieriger geworden. Ebenso hatten sich die ruthenisch-polnischen Spannungen in Galizien verstärkt. Schließlich nahm die deutsche Regierung die Lösung des Problems in die Hand, um eine große polnische Armee zu schaffen, mit deren Hilfe Rußland endgültig geschlagen werden sollte. Das Manifest des österreichischen und deutschen Kaisers vom 5. November 1916 verkündete die Bildung eines mit den beiden Reichen politisch, wirtschaftlich und militärisch verbundenen, selbständigen, aber nicht unabhängigen polnischen Königreiches auf russischem Gebiet, aber ohne genaue Festlegung der Grenzen. Auf Ostgalizien nämlich wollte Kaiser Franz I. Joseph nicht zugunsten der Polen verzichten.³

Mit dieser Proklamation war den nationaldemokratischen polnischen Diplomaten ein Druckmittel gegen die Entente in die Hand gegeben worden. Nun forderte man ein selbständiges Polen. Die Notwendigkeit, die Mittelmächte zu überbieten, trieb die Entente zu immer weitgehenderen Zugeständnissen. Als nun im Jahre 1917 die Russische Revolution ausbrach und ein Jahr später dem totalen Zusammenbruch der Mittelmächte nichts mehr im Wege stand, wurde die Selbständigkeit Polens zum Kriegsziel der Alliierten proklamiert. Im April 1917 überreichte Dmowski dem englischen Außenminister ein gewaltiges Programm, das später unter dem Titel „Die Probleme Mittel- und Osteuropas“ gedruckt wurde. Darin führte er aus, daß der jetzt geführte Weltkrieg erst dann beendet werden dürfe, wenn die deutsche Gefahr gänzlich gebannt sei. Deutschland müsse jegliche Möglichkeit, Einfluß in Südosteuropa zu nehmen, genommen werden. Deshalb forderte er auch die Zerstörung Österreich-Ungarns. Aus den österreichisch-ungarischen Gebieten wären Nationalstaaten zu bilden, wie zum Beispiel die Tschechoslowakei und der Rest des Landes sollte zwischen Italien, Serbien, Rumänien und Polen aufgeteilt werden. Ungarn müßte dabei auf seine rein magyarischen Gebiete beschränkt werden. Der verbleibende Rest von Österreich solle an Deutschland angegliedert werden, um so das friedfertigeres süddeutsche Element gegen den preußischen Militarismus zu

3 Batowski, S. 551, in: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918, III, 1.

stärken. Diese neue, gegen Deutschland gerichtete Politik in Mitteleuropa könne nur mit einem starken Polen Bestand haben. Das Russische Reich zerfalle immer weiter und stehe deshalb den deutschen Einflüssen verstärkt offen. Nur ein starker polnischer Staat könne die deutsche Machtposition auch in Osteuropa brechen. In diesem Zusammenhang betrachtete er die ukrainische Frage als eine deutsche Erfindung, deren Zukunft schon vorbei sei, da es sich bei den Ukrainern nach polnischer Überzeugung um ein geschichtsloses und unreifes Volk handle. Es gelang der polnischen Diplomatie, dieses Vorurteil über die Entstehung der ukrainischen Nationalbewegung in vielen Köpfen der damaligen Zeit zu verankern. Das Argument, die Ukrainer seien ein primitives Volk, aufgestachelt allein von den Mittelmächten, finden wir bei Franzosen, Engländern, Amerikanern und Italienern und bei vielen anderen Nationen.

Am wirksamsten – so schoben die polnischen Vertreter nach – könnte dieser deutschen Politik der Aufhetzung eine Angliederung der ehemaligen russischen Westgebiete und Ostgaliziens an den polnischen Staat entgegenwirken.⁴ Grundsätzlich war die These, Deutschland sei der Urheber der ukrainischen Frage, nichts Neues in der Argumentation Dmowskis. Schon in seinem Buch „Deutschland, Rußland und die Polenfrage“ von 1908 vertrat er die These, Deutschland wolle den Polen nicht nur in Rußland, sondern auch in Österreich-Ungarn schaden, indem es die antipolnische Agitation der Ukrainer unterstütze.⁵

Der Durchsetzung der polnischen Wünsche diene zudem noch ein ausgedehntes Netz an Informationsorganisationen wie die im September 1915 in Lausanne gegründete polnische Presseagentur (Centralna Agencja Polska). Sehr bald bildeten auch die Freunde von Dmowski ein inoffizielles polnisches diplomatisches Korps in ganz Europa. 1917 wurde schließlich eine offizielle Organisation der polnischen Vertreter bei der Entente notwendig, und so gründete man am 15. August 1917 in Lausanne das Polnische Nationalkomitee (Komitet Narodowy Polski). Schon bald verlegte es seinen Sitz nach Paris, wo es als die kommende Regierung Polens galt. Unter dem Vorsitz von Roman Dmowski bestand das Komitee aus folgenden Mitgliedern: Erazm Piltz und Graf Maurycy Zamoyski blieben zusammen mit Dmowski in Paris, während sich Graf Władysław Sobanski nach London, Konstanty Skirmunt nach Rom und Ignacy Jan Paderewski in die Vereinigten Staaten begaben. Paderewski gehörte dort zum engeren Freundeskreis von Colonel House, dem persönlichen Berater Präsident Wilsons. Colonel House war es auch, der Wilson dazu drängte, Polens Selbständigkeit anzuerkennen und Polen alliierte Hilfe in jeglicher Form zukommen zu lassen.⁶ Marian Seyda und Jan Rozwadowski blieben in der Schweiz. Aber noch ehe das Polnische Nationalkomitee entstanden war, ordnete ein Dekret des französischen Präsidenten vom 4. Juli 1917 die Schaffung einer

4 Kutschabsky, S. 156–159.

5 v. Oertzen, Alles oder Nichts, S. 292–293.

6 The intimate papers of Colonel House, IV, S. 261.

polnischen Freiwilligenarmee auf französischem Boden an. An der Spitze dieser Armee stand General Józef Haller.

Schon bald wurde das Komitee in den regierenden Ententekreisen als offizielle Vertretung der polnischen Nation anerkannt. Von seiten Frankreichs geschah dies am 20. September 1917, von England am 15. Oktober 1917, von Italien am 30. Oktober 1917 und von den Vereinigten Staaten am 1. Dezember 1917.⁷ Da es nun die offizielle Vertretung einer verbündeten Nation der Entente war, schloß das Polnische Nationalkomitee am 20. März 1918 ein Abkommen mit den entsprechenden französischen Ämtern, das – bestätigt vom französischen Ministerpräsidenten – ein Autonomiestatut der polnischen Armee in Frankreich enthielt. Dieses Statut ersetzte man schließlich durch eine Militärkonvention zwischen dem Komitee und der französischen Regierung, aufgrund derer die Haller-Armee von Paris als verbündete kriegführende Streitmacht anerkannt und unter gewissen Einschränkungen der Leitung durch das Polnische Nationalkomitee unterstellt wurde.

Mit dem Ende des Weltkrieges hatte dieses tatsächlich die Stellung einer polnischen Nationalregierung im Verhältnis zu den Ententemächten erreicht. Überall in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten versuchten zahlreiche polnische Hilfsorganisationen und auch Einzelpersonen, die Sache des Polnischen Nationalkomitees zu unterstützen. Besonderen Einfluß erlangten diese dabei in Frankreich und in den USA, in England blieben ihre Möglichkeiten eher bescheiden.

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte und dem Ende des Krieges hatte sich in Polen selbst eine De-facto-Regierung mit Józef Piłsudski an der Spitze gebildet, die aber zunächst vom Pariser Nationalkomitee nicht anerkannt wurde. Unter dem Druck Frankreichs kam es zwischen den beiden polnischen Kontrahenten doch zu einem Ausgleich. Ignacy Jan Paderewski wurde am 16. Januar 1919 zum Premierminister der Warschauer Regierung. Am 15. August 1919 löste sich das Komitee auf, da es nun die Aufgaben einer polnischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz wahrnahm. Dmowski wurde zum Delegationsleiter in Paris ernannt, wofür er die Regierung Piłsudskis anerkannte.⁸ Dies war sozusagen eine bittere Pille, die Roman Dmowski schlucken mußte. Er und Piłsudski hatten schon immer Differenzen miteinander. Ihre politischen Ideen – der Irredentismus Piłsudskis und die Nationaldemokratie Dmowskis – hatten spätestens mit dem offiziellen Verzicht Dmowskis auf Litauen und Weißrußland nichts mehr gemein. Nach dem Aufstand von 1863 war klar geworden, daß gegen Rußland nichts zu erreichen war; dieser Verzicht war eine Morgengabe an das Zarenreich.⁹

Die Entente erkannte Polen nun offiziell als Mitglied an, und in einem Schreiben der französischen Regierung vom 15. Januar 1919 wurde es aufgefordert, zwei Bevollmächtigte zur Teilnahme an der am 18. Januar 1919 in Paris eröffneten Friedenskonferenz

7 Kutschabsky, Diss., S. 134.

8 The Chargé in France (Bliss) to the Secretary of State, Paris, 08.01.1919 in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, II, S. 426–427.

9 v. Oertzen, Alles oder Nichts, S. 295.

zu entsenden.¹⁰ So war Polen zu einer der „alliierten und assoziierten Mächte“ geworden und vertrat als einziger Staat Osteuropa auf der Konferenz, da weder Rußland noch sonst einer der neu gebildeten Staaten offiziell zugelassen war.

Von nun an konnte die polnische Politik ihre zwei Hauptziele mühelos verfolgen: die Bekämpfung Deutschlands und der Ukraine. Dabei stützte sich die polnische Diplomatie auf verschiedene Argumente. Nur ein mächtiges und großes Polen könne die deutschen Expansionsbestrebungen nach dem sich in Auflösung befindlichen Rußland stoppen. Zu diesem Zweck müßten allerdings Schlesien, das Posener Gebiet, Westpreußen und Danzig an Polen angeschlossen werden. Ein mächtiges polnisches Reich solle aber nicht nur den deutschen Einfluß auf Rußland verhindern, sondern auch auf die Ukraine. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, solle die polnische Ostgrenze die Gouvernements Kovno, Vilnius, Hrodna ganz und den größten Teil der Gouvernements Minsk und Wolhynien umfassen, ebenso wie ganz Ostgalizien. Ostgalizien spiele deshalb eine besondere Rolle, da dort die ukrainische nationalstaatliche Bewegung besonders kräftig sei und von dort die russische Ukraine infiltriert werden könne. Durch die Vereitelung eines ukrainischen Staates wolle man eine Situation zwischen Polen und Rußland schaffen, wie sie zwischen Preußen und Rußland zur Zeit der polnischen Teilungen geherrscht habe. Eine natürliche polnisch-russische Interessengemeinschaft solle die Ukrainer sowohl in der Ost- als auch in der Westukraine niederhalten. Das Ziel dieser neuen staatlichen Ordnung in Europa war die französisch-polnische Vorherrschaft auf dem Kontinent.¹¹

Begründet wurde dieses Ziel mit der Gefährlichkeit der deutschen Bestrebungen in Osteuropa, besonders in der Ukraine. Dmowski versuchte dabei, den Ententemächten einzureden, die Deutschen hätten von vornherein einen „ukrainischen Plan“ gehabt.¹² Dabei muß man jedoch bedenken, daß das Deutsche Reich erst 1917, nach dem mißlungenen Versuch, das Polentum zu gewinnen, sein Augenmerk auf die Ukraine richtete. Der Vertrag von Brest-Litovsk mit der Ukraine war eine Notlösung, da man mit der russischen Delegation unter Trockij ungeahnte Schwierigkeiten hatte. Natürlich hatten sich Leute wie Paul Rohrbach¹³ wiederholt für einen Einsatz zugunsten der osteuropä-

10 Kutschabsky, Diss., S. 139.

11 Kutschabsky, Diss., S. 142-144.

12 Ganz typisch für derartige polnische Propagandaschriften, die den Ukrainern ihre Selbständigkeit und eine eigene Geschichte absprachen, war: Commission polonaise des travaux préparatoires au congrès de la paix, Les confins orientaux de la Pologne, Paris Mai 1919. Auf Seite 13 heißt es: „Qu'est-ce que l'Ukraine? ... On emploie aujourd'hui les noms d'Ukrainiens et d'Ukraine pour désigner tout le peuple ruthène (petit-russe) et son territoire. On prétend aussi que cette Ukraine a été pendant des siècles un Grand Etat uni et indépendant, qui réclame maintenant, après une longue oppression polonaise et russe, sa reconstruction. Cette théorie, soutenue par l'Allemagne et l'Autriche comme la pierre angulaire de leur conception d'une Europe orientale soumise à leur influence, cherche à gagner à son tour l'opinion de l'Entente. Il est donc urgent d'en rectifier les deux erreurs essentielles.“

13 Mogk, S. 19. In seinem Artikel „Rußland und wir“ in der „Vossischen Zeitung“ vom 25.12.1914 sprach Rohrbach erstmals von der „Zerlegung des russischen Kolosses in seine natürlichen.“

ischen Nationalitäten und im Sinne einer Revolutionierungstheorie eingesetzt, doch wurde ihnen keine oder nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn man es salopp ausdrückt, „schlitterte“ das Reich in eine Ukrainepolitik, auf die es nur mangelhaft vorbereitet war. Wie mangelhaft die Vorbereitung war, sieht man an dem Fiasko der deutschen Besetzung der Ukraine und an dem geringen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens.

Die Greuelpropaganda, die durch die Ententestaaten während des Weltkrieges geschickt verbreitet wurde, tat ein übriges, den „bösen Deutschen“ jede Schandtat zuzutrauen. Leider übertrug sich diese Meinung auf die Ukrainer. Es gab nicht wenige Diplomaten im Lager der Alliierten, die der Auffassung waren, daß die Ukrainer als Helfershelfer der Deutschen es nicht mehr verdient hätten, unterstützt zu werden.

Einer der geschicktesten Schachzüge gegen die ukrainische Nationalbewegung stellte allerdings die frühzeitig aufgestellte polnische Behauptung dar, auch die Westukrainer seien zum größten Teil unaufgeklärt und national gleichgültig und verfügten nicht über eine kräftige und unabhängige *intelligencija*.¹⁴ Man bezeichnete dies als Staatsunfähigkeit und bezichtigte die Ukrainer gleichzeitig der bolschewistischen Sympathien und Verbindungen zum „roten“ Moskau. Auch dies war eine Argumentationslinie, die von den Alliierten aufgegriffen wurde. Hatte man keine andere Begründung, warum den Ukrainern nicht geholfen werden konnte, war es immer praktisch, ihnen bolschewistische Sympathien, wenn nicht probolschewistische Politik vorzuwerfen. Gerade hier spielte auch die Landfrage wiederum eine große Rolle. Ähnlich wie zu Zeiten der Französischen Revolution blickte man nun erschrocken über die Grenze nach Osten und sah, wie die Oberschicht des einstigen Verbündeten von seinem Besitz verjagt worden war. Auch machte das Direktorium, das sich aus Bewunderung für die Französische Revolution so genannt hatte, keinen Hehl daraus, den Bauern das Land entschädigungslos übergeben zu wollen, wenn die Zeit dafür gekommen sei.

All die genannten Punkte – Probleme mit der Bezeichnung des Volkes der Ukrainer, der Mangel an Persönlichkeiten der ukrainischen Emigration, die mit Paderewski oder Masaryk zu vergleichen gewesen wären, das wenig bekannte Phänomen „ukrainische Frage“ und nicht zuletzt der Vertrag mit den Mittelmächten in Brest-Litovsk – erschwerten den Ukrainern den Aufbau eines diplomatischen Netzwerkes. Oft verzögerte sich die Einreise für ukrainische Vertreter aufgrund formaler Fragen, oder es wurden ihnen die Visa überhaupt verweigert. Die Alliierten und hier vor allem die Briten sahen überall rechtliche Probleme. Aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen, also aus Angst, einen irreversiblen Zustand herbeizuführen, waren sie nicht bereit, sich auf etwas festzulegen. Zudem unterstützten die Briten bis zuletzt die Bewegung des Generals

geschichtlichen und ethnographischen Bestandteile“. Später verwendete er das berühmte Bild von der Apfelsine, die man ohne „lebensgefährliche, nationale Blutungen“ auseinandertrennen könnte.

14 Vgl. dazu die Aussagen Dmowskis in: Secretary's notes of a conversation held in M. Pichon's Room at the Quai d'Orsay, Paris, 29 January 1919 at 3:30 p.m. in: FRUS, Paris Peace Conference 1919, III, S. 782.

Denikin, ohne darauf zu dringen, daß dieser mit den Ukrainern gegen die Bol'sheviki zusammenarbeiten sollte. Dies kam in London erst zur Sprache, als es schon zu spät war. Schuld an der falschen Einschätzung waren verschiedene Faktoren, so zum Beispiel die Propaganda der konservativen russischen Emigrantenkreise und der Polen, aber auch die Berichterstattung durch zumeist voreingenommene Emmissäre der alliierten und assoziierten Mächte. Neben den negativen, abschätzigen und oft diskriminierenden Berichten über die Ukrainer und die Vorgänge in ihrem Land gab es auch eine ganze Reihe positiver Meldungen. Interessanterweise schienen diese aber nie so sehr ins Gewicht zu fallen. Oft wurden sie als falsch bzw. erfunden oder die Verfasser als unzuverlässig bezeichnet. Es wurde auch mit einer unglaublichen Arroganz mit den ukrainischen Diplomaten verfahren und ihnen das Leben schwer gemacht; denken wir zum Beispiel nur an die Hausdurchsuchung in Konstantinopel durch die alliierte Polizei. In persönlichen Gesprächen versprach man den ukrainischen Abgesandten oft viel, hielt es dann nicht ein oder verknüpfte es mit weitreichenden Forderungen. Gerade die Vorgänge in Odessa werfen ein bezeichnendes Licht auf die Vorgehensweise der französischen Politik. Nichtautorisiertes französisches Militärpersonal führte Gespräche und Verhandlungen, die später allesamt für null und nichtig erklärt wurden. Erschwerend für die ukrainische Position kam in Odessa noch hinzu, daß die Ukrainer unter der Uneinigkeit der rivalisierenden Ententemächte England und Frankreich zu leiden hatten. Das Streben der beiden nach der besseren „russischen Politik“ verschloß ihnen die Augen für die ukrainische Problematik.

Aber wie alles haben auch die außenpolitischen Beziehungen zwischen der Ukraine und dem Ausland zwei Seiten. Die Ukrainer mögen nicht mit offenen Armen empfangen worden sein, aber sie machten auch einige Fehler. Diese waren hauptsächlich auf die Jugend und Unerfahrenheit vieler ihrer diplomatischen Vertreter zurückzuführen. Aber damit bleiben es trotzdem Fehler. Ein Hauptproblem dabei war die unübersichtliche Vielzahl an ukrainischen Vertretern in den europäischen Hauptstädten. Es gab Repräsentanten der Rada, des Hetmans und des Direktoriums, später natürlich auch der Sowjetukraine. So schrieb zum Beispiel der britische Diplomat Lindley aus Wien an Lord Curzon: „I have always refused to see these persons or to recognize them as in any way having a diplomatic status; since I have never been able to understand what government they represent.“ Einige Tage später kam Curzons Antwort: „(...) your attitude towards the Ukrainian ‚representatives‘ at Vienna has my entire approval.“¹⁵ Aber es blieb nicht bei dieser politischen Aufspaltung, denn zusätzlich kam noch eine territoriale hinzu. Wir finden Gesandtschaften der Westukrainischen Volksrepublik und der Ukrainischen Volksrepublik, aber auch Einzelpersonlichkeiten, die für die KarpathoUkraine und die Ukrainer in der Nordbukowina sprachen. Daneben gab es dann noch besondere Persönlichkeiten wie zum Beispiel Baron Vasyl'ko, der die ukrainische Sache im allgemeinen vertrat. Diese Vielzahl, an sich schon verwirrend, machte sich doppelt

15 Lindley, Wien an Curzon, 3.06.1920, in: B.F.O., vol. 3967, reel 21, 1919.

nachteilig bemerkbar, weil wenig bis gar keine Koordination zwischen diesen Vertretungen herrschte. Erschwerend kam hinzu, daß spätestens nach dem Vertrag von Warschau zwischen Petljura und Piłsudski die beiden ukrainischen Volksrepubliken getrennte Wege gingen. Petruševyč und seine Anhänger wählten Wien als Exil und versuchten, an der großen österreichischen Erbmasse beteiligt zu werden. Nach dem Verlust Ostgaliziens an Polen, für den die Westukrainer vor allem die Entente verantwortlich machten, waren sie nicht mehr so gut auf sie zu sprechen. Deshalb verlegte man sich auch auf die Agitation über den Völkerbund. Die Vertreter der Ostukraine hatten in der Regel eher eine ententefreundliche Haltung, da sie bis zuletzt hofften, über diese etwas erreichen zu können. Petljura ging schließlich auch nach Paris ins Exil. Für das Ausland nun war es doch sehr verwirrend, daß unter dem Namen „Ukraine“ recht unterschiedliche Forderungen genannt wurden. Die Uneinigkeit der verschiedenen ukrainischen Vertretungen und Organisationen wurde durch interne Grabenkämpfe noch vermehrt und nach außen getragen. Man schreckte nicht davor zurück, vor ausländischen Vertretern sich gegenseitig zu denunzieren und schlecht zu machen. Es kam aber auch vor, daß sich die ausländischen Vertreter anhören mußten, was alles zum ukrainischen Territorium – nach einem Sieg über die Bol’ševiki – gehören sollte. Hier war das ukrainische Gebiet bis zum Don und Kaukasus und von dort bis an das Kaspische Meer gemeint. Gerade die Briten sahen es nicht gern, daß sich ein Neuling auf diplomatischem Parkett wie die Ukraine ausgerechnet für ihren kaukasischen Einflußbereich interessierte. Dabei versuchten viele der ukrainischen Diplomaten auch, zwischen der Entente und den Mittelmächten zu lavieren und über Drohungen etwas zu erreichen. Oft mußten sich Vertreter der Westeuropäer anhören, die Ukraine würde ins deutsche Lager überschwenken, bekäme sie keine Unterstützung durch London oder Paris. Dies kann man nicht gerade als klug bezeichnen, da doch bekannt sein mußte, daß gerade die Assoziation der Ukraine mit den Mittelmächten nicht förderlich für die Ukraine selbst war. Der vielzitierte Vertrag von Warschau bedeutete nicht nur die Entzweiung der West- und Ostukrainer, sondern auch das endgültige Aus für deutsche Hilfe in irgendeiner Form. Baron Vasyľko erkannte sehr genau, daß Deutschland niemals einer Ukraine helfen würde, die mit dem Erzfeind Polen verbündet wäre. Andererseits gingen aber auch die Hoffnungen Petljuras auf eine Unterstützung durch die Entente nach dem Bündnis mit Polen nicht in Erfüllung. So hatten sich die Ukrainer außenpolitisch endgültig zwischen „alle Stühle gesetzt“. Zusätzlich mußte das Direktorium auch mit den „Altlasten“ aus der Hetmanzeit zurechtkommen. Die Proklamierung der Einheit zwischen der Ukraine und Rußland durch den Hetman war in Westeuropa bekannt geworden und machte es schwierig für die Politik des Direktoriums, die nach Anerkennung ihrer Souveränität strebte. Damit eröffnete sich auch das Problem, daß die Ukrainer den Regierungen in London, Paris und Rom nicht mehr glaubwürdig erschienen.¹⁶

16 Sforza an Sonnino, 19.11.1918, Nr. 224, in: I documenti diplomatici italiani, I, S. 114.

So sahen die Ukrainer also nur mehr einen Weg, etwas zu erreichen, und zwar denjenigen über die Wirtschaftspolitik. In unzähligen Broschüren wurde versucht, den Alliierten die großen wirtschaftlichen Möglichkeiten der Ukraine anzupreisen, um damit Geld und Unterstützung ins Land zu holen. Doch auch hier hatte die Verbindung zu den Mittelmächten durch den Vertrag von Brest-Litovsk eher nachteilige Auswirkungen für die Ukraine. Als der Abschluß und die Vertragsbedingungen bei den Gegnern Deutschlands bekannt geworden waren, machte man sich große Sorgen um den Erhalt der Westfront. Man fürchtete sich vor den Folgen, wenn Deutschland all seine Truppen aus dem Osten in den Westen verlegen würde, noch dazu gut versorgt durch die Kornkammer Ukraine. Die Vorstellung, die Ukraine würde den Mittelmächten die versprochenen Getreidemengen liefern und so ihre Blockadepolitik unterlaufen, brachte die Alliierten sehr auf. Aus dem unbekanntem Land war plötzlich ein Versorger des Feindes geworden, obwohl doch der verbündete Denikin eigentlich der einzige war, der von den ukrainischen Vorräten hätte profitieren sollen. Die in Ansätzen sozialistische Politik der Ukraine ließ die Alliierten zudem um ihre Investitionen bangen. Man hatte diese Investitionen im Russischen Reich getätigt in dem festen Glauben, das Risiko kalkulierbar zu halten. Nun plötzlich waren diese Millionenbeträge im Chaos verschwunden. Ebenso verhielt es sich mit Ostgalizien. Die Polen hatten es wesentlich besser als die Ukrainer verstanden, den Alliierten und vor allem Frankreich klar zu machen, daß die Investitionen unter einer polnischen Regierung nicht verloren gehen würden. Von Anfang an versprach die polnische Seite sehr überzeugend, Frankreich Sonderkonditionen, vor allem in der Erdölgewinnung und -raffinierung, einzuräumen. Den Ukrainern traute man die effektive wirtschaftliche Ausbeutung der Rohstoffquellen nämlich nicht zu; zudem hatte man Angst, sie könnten an Deutschland und Österreich liefern.

Ähnliche Überlegungen gab es auch im Zusammenhang mit der Dnjepr-Ukraine. Englische Wirtschaftsexperten wie Wise ebneten mit ihren Untersuchungen den Weg für den britisch-sowjetrussischen Wirtschaftsvertrag von 1921. Durch die beginnende NĚP Lenins ermutigt und durch die alte Überzeugung mit einer russischen Zentralgewalt besser verhandeln zu können, wurde der Vertrag schließlich abgeschlossen und die Sowjetmacht damit stillschweigend anerkannt. Damit waren der Ukraine die letzten Möglichkeiten genommen worden, ihre Selbständigkeit zu behaupten.

Hier wird nun ganz deutlich, wie wichtig die Wirtschaftspolitik geworden war. Ein Jahrhundert zuvor galten noch alte Koalitionen und Sympathien, nach dem Weltkrieg mit seinen fürchterlichen Folgen gerade in Wirtschaft und Versorgung wurde ein Vertragspartner nun auch nach seinem wirtschaftlichen Wert eingeschätzt.

Wie wenig erfolgreich der erste Anlauf der Ukraine zur Erlangung ihrer Selbständigkeit auch immer gewesen sein mag, so wichtig war er für die soziale, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung des Landes. Die Bevölkerung hatte die Freiheit kosten können und eine Erinnerung daran bewahrt. Als der Zerfall der kommunistischen Ideologie und damit der Sowjetunion begann, waren es gerade die Ukrainer, die eine Vielzahl von Oppositionsgruppen ins Leben riefen und sie im September 1989 zu einem Dachverband, dem Narodnyj Ruch za perebudova zusammenschlossen. Als die drei

Republiken Russische Föderation, Ukraine und Weißrußland, die die Sowjetunion 1922 ins Leben gerufen hatten, dieses Kapitel mit der Unterschrift vom 3. Dezember 1991 unter den GUS-Vertrag beendeten, erkannte als erstes Land der polnische Nachbar die Ukraine an und der deutsche Botschafter war der erste, der sein Beglaubigungsschreiben in Kiew überreichte.

Es besteht somit Hoffnung, daß der zweite Anlauf der Ukraine mit der Unterstützung dieser und anderer Länder mit dauerhaftem Erfolg gekrönt sein wird.

ANHANG

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Ungedruckte Quellen

Schwedisches Reichsarchiv Stockholm

Utrikesdepartementet 1920 Öers dossiersystem:

Ukraina HP 895

Rumänien HP 549

Polen HP 475–476

Sovjetunionen HP 494–498

Tjeckoslovakien HP 437B–439

vol. 237 II, 287 I, 288 IV, 1437 I, 1437 III, 1438 V, 1438 VI

Archives de Ministère des Affaires Etrangères Paris, Archives diplomatiques

Z Europe: U.R.S.S., 1918–1929 Ukraine:

Politique intérieure 661, 662, 663, 664

Politique Rapports Darras 665, 666

Politique étrangère 667, 668, 669

Ukraine: Accords internationaux signés par l'Ukraine 1918–1921, 680

Ukraine: Représentation diplomatique de l'Ukraine, représentation de la France, constitution, gouvernement 1918–1923, 681

Archives Nationale, Paris

F 7: Police Générale II Partis et mouvements politiques. Elections. Manifestations. Guerre de 1914–1918

F 12: Commerce et Industrie. Commerce extérieur

F 23: Services extraordinaires des temps de guerre

F 30: Administration Centrale du Ministère des Finances, Finances (ausgelagert in: Archives du Ministère de l'économie et des Finances, Ministère du Budget, Bercy)

Archives du Ministère de l'économie et des Finances, Ministère du Budget, Bercy

B 31.929 Relations commerciales et financières franco-polonaises

B 31.947

B 31.948

B 31.979 Ukraine: occupation allemande puis gouvernement autonome: renseignements économique (1918-1922)

B 31.986 Conférence de la Paix: projet de reconstruction de la Russie 1919–1922

Archiv des Völkerbundes, Genf

Section 8:R 186

Section 10:R 306, R 373

Section 11:R 549, R 550, R 551, R 552, R 563, R 564, R 565, R 573

Section 12B:R 829, R 836, R 837

Section 27:R 1434

Section 28:R 1449, R 1453

Section 41:R 1701

Section 45:R 1728, R 1729

Section 47:R 1752, R 1753, R 1754

Österreichisches Staatsarchiv, Wien*Archiv der Republik*Abteilung 01/Auswärtige Angelegenheiten: NPA (Neues Politisches Archiv)

Polen: NPA 643, 644, 648, 649, 650, 651, 652

Rumänien: NPA 658, 659

Rußland: NPA 662, 666, 668, 670

Tschechoslowakei: NPA 743, 744, 745, 759, 760, 776

Ukraine: NPA 786, 787

Ungarn: NPA 802, 803

Österreich: NPA 262, 263, 264, 265, 266, 267, 276, 278, 279, 289, 300, 306, 324, 315, 316, 329, 340, 347, 347, 375, 376, 442 (Personalia: Petruszewicz), 477 (Ministerlisten)

Großbritannien: NPA 566, 572, 574, 576, 577

Italien: NPA 588, 605, 606

Gesandtenberichte Czernowitz 1922, NPA 27

Gesandtenberichte Lemberg 1922-23, NPA 39

Gesandtenberichte Moskau 1922-30, NPA 53

Gesandtenberichte Warschau, NPA 96, 97

NPA Präsidium: 75 Diplomatenlisten 1920-1923, 101

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung 14 Handelspolitik 1918-1938:
33, 73, 74, 85, 90, 92, 101, 140, 173, 210, 219, 254, 773, 774, 798, 816Abteilung 03/Amt für Volksernährung

Kriegszentralen, Getreidezentrale: 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 371, 379, 389

Kriegszentralen, Öl- und Fettzentrale: 395, 396

Kriegszentralen, Österreichische Zentraleinkaufsgesellschaft: 405

Kriegszentralen, Zuckerzentrale: 430

Staatsamt für soziale Verwaltung Präsidium 1918: 1107, 1891

Staatsamt für soziale Verwaltung Präsidium 1919: 299, 300, 301, 302,303

Staatsamt für soziale Verwaltung Präsidium 1920: 634, 1064

Abteilung 04/Inneres

Kabinettsprotokolle 1919

Bundeskanzleramt 1919: Zl. 2142/19, 3377/19, 8661/19, 7892/19, 8439/19, 9505/19, 15608/19, 17780/19, 8568/19, 8584/19, 9976/19, 18442/19, 19589/19, 24853/19, 25230/19

Staatsamt für Inneres 1920: Zl. 339/20, 539/20, 9493/20, 12464/20, 22070/20, 23631/20, 28118/20, 31707/20, 24530/20, 29146/20, 37922/20, 38412/20, 43330/20, 51196/20, 58759/20

Bundeskanzleramt, Ministerratsprotokolle: 24/6, 27/4, 94/13, 145/2, 211/4, 235/6

Abteilung 05/Bundesministerium für Handel und Verkehr:

410/18, 434/18, 1025/18, 43563-50/18, 2251/18, 9989/18, 10075/18, 9837/18, 5579/18, 7314/18, 13/19, 1468/19, 3268/19, 12885/19, 3685/20, 5048/20, 11952/20, 26327/20, 15505/20, 4/20, 75/20, 2122/20, 1572/21, 2274/21, 6587/21, 2507/21, 4851/22, 11703/22, 1005/22, , 5611/22, 5747/22, 1551/22, 1224/22, 6285/22

Großdeutsche Zeitungen: Mappe 95: 1008 / Ukraine, 10021 / Ukraine, 10083 / Ukraine, 6312 / Polen; Mappe 283: 631 / Polen

Ukrainischer Militärbevollmächtigter, Akten

Verwaltungsarchiv

Nachlaß Richard Riedel: 56, 57

Mikrofilme

Britische Quellen:

British Foreign Office: Russia Correspondence 1883–1948, R390, Collection 371, General Correspondence Political

1919: Filmrollen 1-3, 8, 10-15, 16-21, 26-29, 31, 32, 34-40, 41-50, 51-54, 57, 59-66, 68, 70, 79

1920: Filmrollen 2, 13, 6-9

1921: Filmrollen 3, 10, 13, 14, 18, 24, 25

1922: Filmrollen 1, 5, 6, 11-13, 15, 17-19

1923: Filmrollen 2, 3, 6-8, 9, 10, 12

Amerikanische Quellen:

Records of the Department of State relating to internal affairs of the Ukraine: 1918–1949, Decimal File 860.E, Political Affairs, Film 1 und 2

Correspondence of the Military Intelligence Division relating to general, political, economic, and military conditions in Russia and the Soviet Union: 1918–1941, Filme 3, 6, 8

Quellenpublikationen und Memoirenliteratur

Les Alliés contre la Russie avant, pendant et après la guerre mondiale. Faits et documents, Paris 1926.

Archivnoe upravlenie pri sovete ministrov ukraïnskoj SSR, graždanskaja vojna, tom II, kniga 3, Kiev 1967.

Baker, R. St., Woodrow Wilson. Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles anno MCMXIX. In autorisierter Übersetzung von Curt Thessing, 3 Bde., Leipzig 1922–24.

Blücher, Wipert von: Deutschlands Weg nach Rapallo. Erinnerungen eines Mannes aus dem zweiten Glied, Wiesbaden 1951.

Bor'ba za vlast' Sovetov na kievščine (Mart 1917g.–Fevral' 1918g.). Sbornik dokumentov i materialov, Kiev 1957.

Buchanan, George, Meine Mission in Rußland, Berlin 1926.

Bunyan, James, The Bolshevik Revolution: 1917–1918, Documents and Materials, Stanford 1965.

Carton de Wiart, Adrian, Happy Odyssey, The Memoirs of Sir Adrian Carton de Wiart, London 1950.

Chrystjuk, P., Zamitky i materijaly do istorii ukraïns'koï revoljucii 1917–1920rr. T. I–IV, Wien 1921–22.

Conférence de la paix 1919–1920. Recueil des actes de la conférence. Partie IV. Commission de la Conférence (Procès-verbaux, Rapports et Documents). C. Questions territoriales. (2) Commissions des Affaires Polonaises (3e Fascicule). Paris 1928.

Cumming, C.K., Pettit Walter W. (Hrsg.), Russian-American Relations, March 1917–March 1920, New York 1920.

Czernin, Ottokar Graf, Im Weltkrieg, Wien, Berlin 1919.

Červonoje kazačestvo, Char'kov 1924.

Čubar, Vlas, Sovetskaja Ukraina, Char'kov 1925.

Degras, Jane (Hrsg.), Soviet Documents on Foreign Policy 1917–1924, London, New York, Toronto 1951.

Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litovsk bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrages, 2 Bde., Berlin (Ost) 1967–71.

Ministerstvo inostrannyh del SSSR (Hrsg.), Dokumenty vnešn'ej politiki SSSR, Moskva 1959.

Därnberg, S., et al. (Hrsg.), Sovetsko-germanskie otnošenija ot peregovorov v Brest-Litovske do podpisanija Rapal'skogo Dogovora: Sbornik dokumentov, vol. I, 1917–1918, Moskva 1968.

Drahn, Ernst, Brest-Litovsk: Reden, Aufrufe, Manifeste, Berlin 1920.

Dubreuil, Charles, Deux années en Ukraine (1917–1919) avec une carte de l'Ukraine, Paris 1919.

- Gasiorovska-Grabovska N. (Hrsg.), Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-pol'skich otnošenii, Moskva 1964.
- Graždanskaja vojna na Ukraine 1918–1920. Sbornik dokumentov i materialov v trech tomach, četyrech knigach, Kiev 1967.
- Groener, Wilhelm, Lebenserinnerungen, hrsg. v. Friedrich Frh. Hiller von Gaertingen, Göttingen 1957.
- Hoffmann, Max, Der Krieg der versäumten Gelegenheiten, München 1924.
- Hoffmann, Max, Die Aufzeichnungen des Generals Max Hoffmann, hrsg. v. Friedrich Nowack, 2 Bde., Berlin 1929.
- Horak, Stefan, Die Ukraine in der internationalen Politik 1917–1953. Verträge, Abkommen, Deklarationen, München 1957.
- Hornykiewicz, T., Ereignisse in der Ukraine 1914–1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe, Bd. I–IV, Philadelphia 1967.
- House, E.M., The intimate papers of Colonel House arranged as a narrative by Charles Seymour, 4 Bde., Boston 1926.
- Hunczak, Taras, Ukraine and Poland in documents 1918–1922, 2 Bde., New York 1983.
- I Documenti diplomatici Italiani, Serie Sesta, 1918–1922, Bd. I, Roma 1955.
- Itogi desjatiletija sovetskoj vlasti v cifrach, 1917–1927, Moskva 1928.
- Ključnikov Jurii V. und Andrej Sabanin, Meždunarodnaja politika novejšego vremeni v dogovorach, notach i deklaracijach, t. II, III (2 č.), Moskva 1926, 1928–29.
- Konferenzen und Verträge. Vertragsploetz Teil II, 4. Bd.: Neueste Zeit 1914–1959, Würzburg ²1959.
- Krauß, Alfred, Die Ursachen unserer Niederlage. Erinnerungen und Urteile aus dem Weltkriege, München 1921.
- Kühlmann, Richard von, Erinnerungen, Heidelberg 1948.
- L'Ukraine soviétiste. Quatre années de guerre et de blocus, Recueil des documents officiels d'après les Livres Rouges Ukrainiens, Berlin 1922.
- Lansing, R., The Lansing Papers, 1914–1920, 2 Bde., Washington 1938–40.
- League of American citizens of Ukrainian Extract, Memorial to the Congress of the United States concerning the West Ukrainian Republic. With documents, o.O. 1921.
- Lenin, V.I., Stati i reči ob Ukraine, Char'kov 1936.
- Lipatov, A.A., Savenkov, N.T. (Hrsg.), Istorija sovetskoj konstitucii (v dokumentach), 1917–1956, Moskva 1957.
- Lloyd George, D., The truth about the peace treaties, Bd. I, London 1938.
- Lloyd George, D., The war memories of David Lloyd George, Bd. III–VI, Boston 1933/34.
- Lozynsky, M. (Hrsg.), Décisions du Conseil Suprême sur la Galicie Orientale. Les plus importants documents, Paris 1919 (Bureau ukrainien).
- Ludendorff, Erich von, Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1920.
- Mantoux, Paul, Les délibérations du Conseil des Quatres (24 Mars–29 Juin 1919), 2 Bde., Paris 1955.
- Margolin, A.D., From a political diary: Russia, the Ukraine and America, 1905–1945, New York 1946.

- Margolin, A.D., *Ukrajna i šidnja polityka antanty*, Berlin 1921.
- Mermeix, Terreil Gabriel, *Le combat des Trois. Notes et documents sur la Conférence de la Paix. Fragments d'histoire 1914–1919*, t. IV, Paris 1923.
- Mirnyj dogovor mežu Rossiji i Ukrainoj s odnoj storony i Pol'šei s drugoj v g. Riga 18 marta 1921 goda, o.O. o.J..
- Niessel, General, *La Triomphe des Bolchéviki et la Paix de Brest-Litovsk. Souvenir 1917–1918*, Paris 1939.
- Notes présentées par la Délégation de la République Ukrainienne à la Conférence de la Paix à Paris, Février–Avril 1919.
- Noulens, Joseph, *Mon Ambassade en Russie Soviétique 1917–1919*, 2 Bde., Paris 1933.
- Obrazovanie SSSR. Sbornik dokumentov 1917–1924. Red. E. Genkina, Moskva, Leningrad 1949.
- Paléologue, M., *An Ambassador's Memoirs*, 3 Bde., London 1924.
- Revendications ukrainiennes, *Memorandum présenté aux pays neutres et belligérants*, Lausanne 1917.
- Rohrbach, Paul, *Um des Teufels Handschrift. Zwei Menschenalter erlebter Weltgeschichte*, Hamburg 1953.
- Saint Aulaire, *Compte de, Confessions d'un vieux diplomate*, Paris 1953.
- Shapiro, Leonard (Hrsg.), *Soviet Treaty Series*, 2 Bde., Washington D.C. 1950.
- Sobranie zakononii i rasporiaženii ukrainskogo SSR. 1921–1937, Kiev 1921.
- Sobranie zakononii i rasporiaženii rabočego i krestjanskogo pravitel'stva RSFSR, Moskva 1918–1923.
- Sovetskaja Ukraina i Pol'ša. Sbornik diplomatičeskich dokumentov i istoričeskich materialov. Narodnyj Komissariat po inostrannym delam USSR, Krasnye Knigi III, Char'kov 1921.
- Stalin, J.V., *Stati i reči ob Ukraine*, Char'kov 1936.
- Šlichter, A.G. (Hrsg.), *Černaja kniga. Sbornik statej i materialov ob intervencii Antanty na Ukraine v 1918–1919gg.*, Ekaterinoslav 1925.
- Tabouis, George, *Comment je deviens Commissaire de la République Française en Ukraine*, in: Spohady, *Warschau: Proceedings of the Ukrainian Learned Society*, VIII (1932), S. 142–164.
- Trockij, Lev D., *Mein Leben: Versuch einer Autobiographie*, Berlin 1930.
- U.S. Department of State (Hrsg.), *Papers relating to the Foreign Relations of the United States. Russia 1918–1920*, Washington 1936 (Reprint: New York 1970).
- U.S. Department of State, *Papers relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919*, Washington 1947 (Reprint: New York 1969).
- Ukrains'kaja SSR Deržavna Pljanova Komissij, *Materijaly po rajonirovaniju Ukrainy*, Char'kov 1923.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. v. Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Bd. 2, Berlin 1959.
- V zaščitu Sovetskoj Ukrainy. Sbornik diplomatičeskich dokumentov i istoričeskich materialov. Narodnyj Komissariat po inostrannym delam USSR, Krasnye Knigi I, Char'kov 1921.
- Weissler, Adolf (Hrsg.) *Preußisches Archiv. Sammlung der Gesetze und der das Rechtswesen betreffenden Verordnungen und Verfügungen Preußens und des Reiches*, 25, 1, Freiburg i.B. 1918.

Woodward, E.L. und Butler R. (Hrsg.), Documents on British Foreign Policy 1919–1939, first series: 1919–1925, London 1948.

Zbimik zakoniv (uzakonen') ta rozporyadžen' robitnyče-seljans'koho urjadu Ukraïny, Char'kov, Kyïv, t. I: 1919–1937, t. II: 1923–1928.

Literatur

Nachschlagewerke

Académie diplomatique internationale, Dictionnaire Diplomatique, Paris 1955.

Encyclopedia Judaica, Jerusalem 1971.

Encyclopedia of Ukraine, 6 Bde., Toronto 1993.

Encyklopedija ukraïnoznavstva v dvoch tomach, Mjunchen, N'ju Jork 1949.

Geiss, Imanuel, Geschichte griffbereit, Bd. 2: Personen – Die biographische Dimension der Weltgeschichte, Hamburg ²1984.

Ionescu, Șerban N., Who was who in twentieth century Romania, New York, 1994.

Magocsi, Paul Robert, Ukraine: A Historical Atlas, Toronto 1985.

Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 18, Berlin 1997.

Radjans'ka Encyklopedija Istorii Ukraïny, v 4 tom., redakciyna kolehija radjans'koi encyklopedii istorii Ukraïny, Kyïv 1969.

Sovetskaja Istoričeskaja Enciklopedija, v 16 tom., Moskva 1965.

Spuler, Berthold, Regenten und Regierungen der Welt (Minister Ploetz), Teil II, Bd. 3 und 4, Würzburg ²1962.

Ukraine. A Concise Encyclopedia, Bde. 1–2, Toronto 1963–1976.

Monographien und Aufsätze

A short history of the Ukraine (Istorija Ukraïnskoj SSR. Kratkij očerk), Kiew 1986.

Adams, A.E., The bolsheviks and the Ukrainian front in 1918–1919, in: The Slavonic and East European Review 36, 1958, S. 396–417.

Adams, A.B., The awakening of the Ukraine, in: The Slavonic Review 22, 1963, S. 217–223.

Adams, Arthur, Bolsheviks in the Ukraine: The second campaign 1918–1919, New Haven, Connecticut 1963.

Alexandrova, Olga, Von einer Sowjetrepublik zu einem europäischen Staat: Anfänge der Außenpolitik der Ukraine, Köln 1992.

All-Ukrainian Society for Cultural Relations with Foreign Countries, Ukraine. A short sketch of economic, cultural and social constructive work of the Ukrainian Socialist Soviet Republic, Char'kov 1929.

Allen, W.E.D., The Ukraine. A history, New York 1963.

- Alys'kevič, M., *Peregovory z madjaramy v 1918r.*, in: *Litopys Červonoj Kalyny 3, 1931, VII–VIII, S. 5–13.*
- Ammende, E., *Die Nationalitäten in den Staaten Europas*, Wien 1931.
- Anglijs'ka presa pro francuz'ku polityku v Odesi, in: *Volja 1919, T. 1, Č. 1, S. 43–44.*
- Armstrong, John A., *Ukrainian nationalism*, New York ²1963.
- Arschinoff, P., *Geschichte der Machno-Bewegung (1918–1921)*, Berlin 1923.
- Auhagen, O., *Rückkehr aus der Ukraine*, in: *Ukraine 1919, 2, S. 29–40.*
- Babij, Borys M., *Miscevi orhany deržavnoï vłady Ukraïns'koi RSR v 1917–1928rr.*, Kyïv 1956.
- Baumgart, Winfried, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Wien und München 1966.
- Bažan, Mykola P. (Hrsg.), *Ukraïns'ka radjans'ka socialistyčna respublika*, Kiev 1969.
- Belousov, Semen, M., *Vozzjednanja Ukraïns'koho Narodu v Jedynyj Ukraïns'kyj Radians'kyj Deržavi*, Kiev 1951.
- Bernko, V., *Vyprava na Zakarpattja*, in: *Ukraïns'ka Galyc'ka Armija. T. I, Vinnipeg 1958, S. 429–433.*
- Bihl, Wolfdieter, *Österreich und der Friede von Brest-Litowsk*, Diss. Wien 1961.
- Bihl, Wolfdieter, *Einige Aspekte der österreichisch-ungarischen Ruthenenpolitik 1914–1918*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas N.F. 14, 1966, S. 539–550.*
- Bihl, Wolfdieter, *Von der Donaumonarchie zur Zweiten Republik*, Wien 1989.
- Bihl, Wolfdieter, *Zur Tätigkeit des ukrainophilen Erzherzogs Wilhelm nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas N.F. 19, 1971, S. 538–540.*
- Bihl, Wolfdieter, *Beiträge zur Ukrainepolitik Österreich-Ungarns 1918*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas N.F. 14, 1966, S. 51–62.*
- Bihl, Wolfdieter, *Die Ruthenen in: Wandruszka / Urbanitsch, Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. III/2, Wien 1980, S. 555–584.*
- Bihl, Wolfdieter, *Österreich-Ungarn und der „Bund zur Befreiung der Ukraina“*, in: *Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag*, Graz, Wien 1965, S. 505–526.
- Borodin, A.A. (Hrsg.), *V borbe za vlast' sovetov na Ukraine*, Kiev 1977.
- Borowsky, Peter, *Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen*, Lübeck, Hamburg 1970.
- Borščak, I., *Jak bula zorhanizovana Myrova Konferencija 1919r.*, in: *Istoryčnyj Kalendar Červonoj Kalyny na 1939 pik, S. 102–114.*
- Borshak, Il'ko, *L'Ukraine sous le régime soviétique 1918–1952*, in: *Bulletin de l'Association d'Etudes et d'Information Politiques Internationales, 1952, 73 (Suppl.)*.
- Borys, Ju., *The sovietization of Ukraine 1917–1923. The communist doctrine and practice of national self-determination*, Edmonton ²1980.
- Bradley, John, *Allied intervention in Russia 1917–1920*, New York 1968.
- Brégy, Pierre, *Prince Serge Obolensky, L'Ukraine–Terre Russe*, Paris 1939.
- Brügel, J.W., *Der Fall Karpathorußland*, in: *Europa-Archiv 1953, S. 6021–6028.*

- Buchanovs'kyj, V.T., Pro ukraïns'ko-amerykans'ki stosunky v Grecii. Zaščodennykom ukraïns'kogo posla v Atenach 1919r., in: *Visnyk* 4, 1960, 138, S. 23–25.
- Burnadz, M., Na ukraïns'ko-rumuns'komu pogranyču (Spomyn), in: *Istoryčnyj Kalendar Červonoj Kalyny na 1939 pik*, S. 131–141.
- Burnatovič, Oleksa, *Ukrainska ideologija revoljucionoj dobi*, Wien 1922.
- Butkovskyj, Ivan, Die Struktur der Ukrainischen Aufständischen Armee, in: *Mitteilungen der Arbeits- und Förderungsgemeinschaft der Ukrainischen Wissenschaften* 17, 1980, S. 34–44.
- Carr, Edward H., *The Bolshevik Revolution 1917–1923*, 3 Bde., London 1950–1953.
- Carr, Edward H., *International relations between the two world wars 1919–1939*, New York 1966.
- Carr, Edward H., *Die Russische Revolution: Lenin und Stalin 1917–1929*, Stuttgart 1980.
- Carr, Edward H., *The twenty years' crisis: 1919–1939. An introduction to the study of international relations*, New York 1964.
- Carr, Edward H., *A history of Soviet Russia*, 4 Bde., New York 1951–1954.
- Chamberlin, William Henry, *Soviet Rule in Russia. A living record and a history*, Boston 1931.
- Chamberlin, William Henry, *The Ukraine: A submerged nation*, New York 1944.
- Chamberlin, William Henry, *The Russian Revolution, 1917–1921*, 2 Bde., New York 1935.
- Chomenko, Arsen P., *Naselennja Ukraïny 1897–1927*, Char'kov 1927.
- Churchill, Winston S., *The World Crisis: The Aftermath*, New York 1929.
- Čins'kij, P.P., *Organy VUČK u začysti Radjans'koj vlady na Ukraïni (1918–1922 rr.)*, in: *Ukraïns'kyj Istoryčnyj Žurnal* 1969, Č. 1, S. 57–63.
- Clemenceau, Georges, *Grandeur et misères d'une victoire*, Paris 1930.
- Conte, Francis, *Un révolutionnaire diplomate: Christian Rakovski. L'Union soviétique et l'Europe (1922–1941)*, Paris 1978.
- Conte, Fr., *Christian Rakovskij, commissaire aux affaires étrangères de l'Ukraine, janvier 1919–août 1923*, in: *Cahiers du monde russe et soviétiques* 12 (1971), S. 439–466.
- Čubar'jan, Aleksandr O., *Brestskij mir*, Moskva 1964.
- Dann, Otto, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München 1993.
- Darás, Gábor, *A Ruténföld elszakításának elázményei (1890–1920)*, Budapest 1936.
- Davidovich, Stepan, *Carpato-Ukraine*, in: *Contemporary Russia*, Bd. 2, 4, London 1938, S. 421–426.
- Degras, Jane (Hrsg.), *The Communist International 1919–1943*, London 1971.
- Dem Andenken Paul Rohrbachs, München 1959.
- Dennis, A., *The foreign policies of Soviet Russia*, New York 1924.
- Desroches, Alain, *Le problème Ukrainien et Simon Petlura, le feu et la cendre*, Paris 1962.
- Die Rückführung des Ostheeres*, Berlin 1936. (= *Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und der Freicorps*, Bd. 1).
- Die Hungersnot in der Ukraine*, Berlin 1923.
- Dmytryshyn, Basil, *Moscow and the Ukraine 1918–1953. A study of Russian Bolshevik Nationality Policy*, New York 1956.

- Dnistranskij, S., *L'Ukraine et la Conference de la Paix*, o.O. 1919.
- Do istorii peršoho periodu radjans'koï vlady na Ukraïni, Char'kov 1927.
- Donij, N.R., *Obrazovanie Kommunističeskoï partii Ukrainy*, in: *Voprosy istorii KPSS* 2, 1958, 3, S. 33–49.
- Dorošenko, Dmytro, *Moï spomyny pro nedavnje–mynule (1914–1920)*. 2. vyd., München 1969.
- Dorošenko, Dmytro, *Die Ukraine und das Reich. Neun Jahrhunderte deutsch-ukrainischer Beziehungen*, Leipzig 1941.
- Dorošenko, Dmytro, *A survey of Ukrainian history*, edited, updated (1914–1975) by Oleh W. Gerus, Winnipeg 1975.
- Dorošenko, Dmytro, *Narys istorii Ukraïny*, Bd. I–II, Warschau 1932/33.
- Dorošenko, Dmytro, *Istorija Ukraïny z maljunktami*, Augsburg⁴1947.
- Dushnyck, Walter, *The Kerensky Provisional Government and the Ukrainian Central Rada*, in: *The Ukrainian Quarterly* 23, 1967, 2, S. 109–129.
- Epstein, Fritz T., *Studien zur Geschichte der „Russischen Frage“ auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F.* 7, 1959, S. 431–478.
- Evain, Emmanuel, *Le problème de l'indépendance de l'Ukraine et la France*, Paris 1931.
- Fedenko, Panas, *Ukraine. Her struggle for freedom*. Augsburg 1951.
- Fedenko, Panas, *Der nationale und soziale Befreiungskampf der Ukraine*, Berlin 1923.
- Fedyshyn, O., *Germany's drive to the East and the Ukrainian Revolution 1917–1918*, New Brunswick, N.J. 1971.
- Felinski, M., *Les Ukrainiens dans la Pologne restaurée*, Varsovie 1931.
- Fischer, Louis, *The Soviets in World Affairs*, 2 Bde., Princeton²1951.
- Fischer, Fritz, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1984. (= Nachdruck der Sonderausgabe von 1967).
- Fischer, K., *Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 1918/1919*, Boppard a. Rhein 1973.
- Fisher, H.H., *The famine in Soviet Russia*, New York 1927.
- Fokke, D.G., *Na scene i za kulisami Brestskoj tragikomedii. Memuary učastnika Brest-Litovskich mirnych peregovorov*, in: *Archiv ruskoj revolucii*, Bd. 20, Berlin 1930, S. 5–207.
- Footman, David, *Civil War in Russia*, New York 1962.
- Gerson, L.L., *Woodrow Wilson und die Wiedergeburt Polens 1914–1920. Eine Untersuchung des Einflusses der Minderheiten ausländischer Herkunft auf die amerikanische Außenpolitik*, Würzburg 1956.
- Golczewski, Frank (Hrsg.), *Geschichte der Ukraine*, Göttingen 1993.
- Gratz, Gustav / Schüller, Richard, *Die Äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns*, Wien 1925.
- Haddow, George William / Grosz, Peter M., *The German Giants, The story of the R-planes 1914–1919*, London 1962.
- Hahlweg, Werner, *Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution*, Münster 1960.

- Haskins, Charles Homer / Lord, Robert Howard, *Some problems of the Peace Conference*, Cambridge 1920.
- Hausmann, Guido / Kappeler, Andreas (Hrsg.), *Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*, Baden-Baden 1993.
- Hertling, Karl Graf von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerung an die Kanzlerschaft meines Vaters*, Freiburg 1919.
- Heyer, Friedrich, *Die orthodoxe Kirche in der Ukraine von 1917 bis 1945*, München 1953.
- Horak, Stefan, *Der Brest-Litowsker Friede zwischen der Ukraine und den Mittelmächten in seinen Auswirkungen auf die politische Entwicklung der Ukraine*, Diss. Erlangen 1949.
- Horak, Stephan M., *Charakter der neuen Machthaber*, in: *Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart* 40, 14. Jg., 1967, S. 119–133.
- Horak, Stephan M., *Die Ukraine in der Zeit des Direktoriums 1919–1920*, in: *Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart* 43, 15. Jg., 1968, S. 71–83.
- Horak, Stephan M., *Der Friedensvertrag mit der Ukraine im Deutschen Reichstag*, in: *Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart* 26, 11. Jg., 1964, S. 18–25.
- Hordynsky, Sviatoslav, *Die Ukrainepolitik Frankreichs (März 1917–Februar 1918)*, in: *Mitteilungen der Arbeits- und Förderungsgemeinschaft der Ukrainischen Wissenschaften* 16, 1979, S. 101–115.
- Hösch, Edgar / Grabmüller, Hans-Jürgen, *Daten der sowjetischen Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart*, München 1981.
- Hruševs'kyj, Michajlo, *A history of Ukraine*, o.O. 1970.
- Hryshko, Vasyl, *Experience with Russia*, New York 1956.
- Hugelmann, Karl Gottfried (Hrsg.), *Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Unter Mitarbeit v. M.H. Boehm*, Wien 1934.
- Hunczak, Taras (Hrsg.), *The Ukraine 1917–1921: A study in revolution*, Cambridge, Mass. 1977.
- Istorija graždanskoj vojny v SSSR. T. 3. Upročenie Sovetskoj vlasti. Načalo inostrannoj voennoj intervencii i graždanskoj vojny (nojabr' 1917g.–mart 1919g.)*, Moskva 1957.
- Istorija graždanskoj vojny v SSSR. T. 4 (mart 1919g.–fevral' 1920g.)*, Moskva 1959.
- Istorija Ukraïnskoï RSR u dvoch tomach*, Kyïv ²1977.
- Iwanyckyj, Sokrates, *Die ukrainische Legion und ihre Rolle im Kampf für die Freiheit der Ukraine*, in: *Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart* 44, 15. Jg., 1968, S. 115–127.
- Jakubovskaja, Sofija I., *Ob-edinitel'noe dviženie za obrazovanie SSSR*, Moskva 1947.
- John, Volkwart, *Brest-Litowsk. Verhandlungen und Friedensverträge im Osten, 1917 bis 1918*, Würzburg 1937.
- Juhász, Gyula, *Hungarian foreign policy 1919–1945*, Budapest 1979.
- Kappeler, Andreas, *Kleine Geschichte der Ukraine*, München 1994.
- Kedryn-Rudnytsky, Ivan / Smal-Stocki, Roman, *A Statesman and Diplomat*, in: *The Ukrainian Quarterly*, XXV, No. 3, Autum 1969, S. 230–245.
- Kennan, George F., *Soviet-American Relations 1917–1920*, 2 Bde., Princeton 1956–58.
- Klein, Fritz, *Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion, 1917–1932*, Berlin 1952.

- Kock, Heinrich, Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk im Spiegel der Wiener Presse, Diss. Hamburg 1937.
- Korablev, P.V., Razrabotka Leninym i Stalinym osnovnykh principov sovetskogo mnogonacional'nogo gosudarstva, in: Voprosy Istorii 1954, 3, S. 3–18.
- Korduba, M., Territorium und Bevölkerung der Ukraine. Ein geographisch-statistischer Beitrag, Wien 1919.
- Kosyk, Volodymyr, Die Ukrainepolitik Frankreichs (März 1917–Februar 1918), in: Mitteilungen der Arbeits- und Förderungsgemeinschaft der Ukrainischen Wissenschaften 16, 1979, S. 101–115.
- Krupnyckyj, Borys, Geschichte der Ukraine, Leipzig 1939.
- Kryp'jakevyč, Ivan P., Istorija Ukraïny, vyd. 2, L'viv 1991.
- Kubijovyč, W. (Hrsg.), Atlas Ukraïny j sumežnych kraïv, L'viv 1937.
- Kubijovyč, W. (Hrsg.), Geografija Ukraïni j sumežnych kraïv, Krakiv-L'viv 1943.
- Kubijovyč, W., Die Verteilung der Bevölkerung in der Ukraine. Beiträge zur Ukrainekunde des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes, Berlin 1934.
- Kulchycky, G.P., Die bewaffneten Aufstände 1918–1921 in Dokumenten, in: Jahrbuch der Ukrainekunde 1983, S. 68–88.
- Kulchycky, George Peter, The Ukrainian insurgent movement 1919 to 1926, Georgetown University Ph. Diss. 1970.
- Kurycyn, V.M., Gosudarstvennoe sotrudničestvo RSFSR i USSR v 1918–1922 godach, in: Voprosy Istorii 1954, 5, S. 19–31.
- Kušnir, M., L'Ukraine, l'Europe orientale et la Conférence de Paix, Paris 1919.
- Kutschabsky, W., Die „ostgalizische“ bzw. die ukrainische Frage in der Außenpolitik Polens und der Ententemächte im Jahre 1919, Diss. Berlin 1932.
- Kutschabsky, W., Die Westukraine im Kampfe mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918–1923, Berlin 1934.
- La terreur rouge et l'Ukraine Soviétique, Genève, Prague 1930.
- Lawrynenko, Jurij, Ukrainian Communism and Soviet Russian policy toward the Ukraine. An annotated bibliography 1917–1953, New York 1953.
- Lebid'-Jurčuk, Ch., Das erste ukrainische Staatsbudget für das Jahr 1918, Sonderabdruck aus „Abhandlungen des Ukrainisch-Wissenschaftlichen Institutes Berlin“, 2, 1929.
- Lozynskyj, Mychajlo, Halyčyna v rr. 1918–1920, Wien 1920. (= Ukraïnska revoljucija. Rozvidky i materijaly. Knyha pjata).
- Lukasz, E., Ukraine at the Paris Peace Conference, 1919, Diss., Ann Arbor, Mich. 1963.
- Luther, Michael M., The birth of Soviet Ukraine, Diss., Ann Arbor, Mich. 1962.
- Luxemburg, Rosa, Die Russische Revolution, Frankfurt/M. 1963.
- Magocsi, Robert Paul, The shaping of a national identity. Subcarpathian Rus, 1848–1948, Cambridge/Mass. 1978.
- Magocsi, Robert Paul, The Rusyn–Ukrainians of Czechoslovakia: a historical survey, Wien 1983.
- Magocsi, Robert Paul, Carpatho-Rusyn studies. An annotated bibliography, New York 1988.
- Maillard, M., Le problème russe, le mensonge de l'Ukraine séparatiste: notes d'un témoin, Paris 1919.

- Majstrenko, Ivan, Borot'bism. A chapter in the history of Ukrainian communism, New York 1954.
- Mamatey, V., The United States and East-Central Europe. A study in Wilson's diplomacy and propaganda, Princeton 1957.
- Manning, Clarence A., Ukraine under the Soviets, New York 1953.
- Manning, Clarence A., The story of the Ukraine, New York 1947.
- Manning, C.A., The American and Ukrainian revolutions, in: The Ukrainian Quarterly 23, 1967, 1, S. 65–74.
- Manning, Clarence A., Twentieth-Century Ukraine, New York 1951.
- Manoliu-Manea, Maria (Hrsg.), The tragic plight of a border area: Bessarabia and Bukovina, Los Angeles 1983.
- Mark, Rudolf A., Die Ukrainische Revolution 1917–1921. Ein Quellen- und Literaturbericht, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas N.F. 34, 1986, S. 403–419.
- Mark, Rudolf A., Symon Petlura und die UNR. Vom Sturz des Hetmans Skoropadskyj bis zum Exil in Polen, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 40, 1988, S. 7–227.
- Markus, Vasil, L'Ukraine soviétique dans les relations internationales et son statut en droit international 1918–1923, Paris 1959.
- Martovyč, Oleh, Ukrainian Liberation Movement in modern times, Edinburgh 1951.
- Mazepa, Isaak, Ukraina under Bolshevik Rule, in: The Slavonic Review 12, 1933/34, S. 323–346.
- Mazepa, Isaak, Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine, Berlin 1923.
- Meyer, Hans (Hrsg.), Hundert Jahre österreichische Wirtschaftsentwicklung 1848–1948, Wien 1949.
- Mikoletzky, Hans Leo, Österreich im 20. Jahrhundert, Wien ³1969.
- Mirčuk, Ivan, Handbuch der Ukraine. Leipzig 1941.
- Mogk, Walter, Paul Rohrbach und das „Größere Deutschland“ – Ethischer Imperialismus im Wilhelminischen Zeitalter, München 1972.
- Nahajevs'kyj, I., History of the modern Ukrainian state 1917–1923, München 1966.
- Niedhart, Gottfried (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion, Paderborn 1983.
- Nikol'nikov, G.L., Brestkij mir i Ukraina, Kiev 1981.
- Nistor, Ion I., Die Vereinigung der Bukowina mit Rumänien, Bukarest 1940.
- Nistor, I., La Bessarabie et la Bucovine, Bukarest 1937.
- Noble, George Bernard, Policies and opinions at Paris 1919, New York 1935.
- Omel'janovyč-Pavlenko, M., Ukraïnsko-pol'ska vijna 1918–1919, Prag 1929.
- Orzell, Laurence J., A „hotly disputed“ issue: Eastern Galicia at the Paris Peace Conference 1919, in: The Polish Review 1980, 25, 1, S. 49–68.
- Osteuropa historisch–politisch gesehen: Teil I: Osteuropa von Paul Rohrbach, Teil II von Axel Schmidt †, Potsdam 1942.
- Palij, M., The Anarchism of Nestor Machno 1918–1921: An Aspect of the Ukrainian Revolution, Seattle und London 1976.
- Pap, Mykhaylo, Soviet difficulties in the Ukraine, in: The Review of Politics 16, 1952, 2, S. 204–232.
- Pauser, F., Die Ukraine, Berlin 1943.

- Pendzey, Luba (Hrsg.), Paul Robert Magocsi: a bibliographie 1964–1985, Toronto, Ontario 1985.
- Petzold, Joachim, Ludendorff oder Kühlmann, Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsregierung zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 12, 1964, 5, S. 817–832.
- Pidhainy, Oleh S., The Ukrainian Republic in the Great East-European Revolution. A bibliography, Toronto, New York 1975.
- Pidhainy, Semen, Ukrainian National Communism, in: Ukrainian Review, 1959, 7, S. 45–64.
- Pidhainy, Oleg S., Establishment of relations between the Ukrainian Republic and the Central Powers, in: The New Review 5, 1965, S. 7–29.
- Pidhainy, Oleh S., The Formation of the Ukrainian Republic. Toronto/New York 1966.
- Pipes, Richard, Die Russische Revolution. Bd. 2: Die Macht der Bolschewiki, Berlin 1992.
- Pipes, Richard, The formation of the Soviet Union: Communism and Nationalism 1917–1923, Cambridge, Mass. 1954.
- Polonska-Vasylenko; Natalija, Geschichte der Ukraine. München 1988.
- Potemkin, V.P. (Hrsg.), Geschichte der Diplomatie, Moskau 1947.
- Preradovich, Nikolaus von, Der Erste Weltkrieg und die Osteuropapolitik der Zentralmächte unter besonderer Berücksichtigung der Stellung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, in: Mitteilungen der Arbeits- und Förderungsgemeinschaft der Ukrainischen Wissenschaften 2, 1965, S. 14–28.
- Prokop, Myroslav, Die Ukraine und Moskaus Ukrainepolitik, München 1986.
- Protsiuk, Stephen Y., The oil industry in Ukraine, in: The Ukrainian Quarterly 10, 1954, 3, S. 264–274.
- Radčenko, P. (pseud.), The nationalities policy of bolsheviks, in: The Ukrainian Quarterly 4, 1948, 3, S. 229–240.
- Radziwill, S.A., Les Ukrainiens pendant la guerre, Paris 1937.
- Rakovs'ky, Christian G., Bor'ba za osvoboždenie derevni, Char'kov 1920.
- Ravič-Čerkasski, M, Istorija Kommunističeskoj partii Ukrainy, Char'kov 1923.
- Recke, W., Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik, Berlin 1927.
- Remnev, M.I., Dejatel'nost komitetov nezamožnych seljan na Ukraine v 1920 godu, in: Voprosy Istorii 4, 1954.
- Reshetar, John, The Ukrainian Revolution 1917–1920, New York 1952.
- Reshetar, John S. Jr., National deviation in the Soviet Union, in: The American Slavic and East European Review 12, 1953, 2, S. 162–174.
- Richthofen, Bolko von, Mychajlo Hruschewskyj als Gelehrter, in: Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart 38, 14. Jg., 1967, S. 20–28.
- Rohrbach, Paul, Von Brest-Litowsk bis Jalta—Ein Vierteljahrhundert Osteuropa, München 1951.
- Rozen, S., Opyt bibliografij po istorii revoljucii na Ukraine, in: Letopis revoljucii 1926, 3–4, S. 231–265; 5, S. 198–208; 6, S. 190–203.
- Rudnycky, Ivan L. (Hrsg.), Rethinking Ukrainian History, Edmonton 1981.
- Rudnyckyj, Ivan L., The role of the Ukraine in modern history, in: Slavic Review 22, 1963, S. 200–262.

- Schmid, Alex P., Churchills privater Krieg. Intervention und Konterrevolution im russischen Bürgerkrieg 1918–1920, Zürich 1974.
- Schultheß' Europäischer Geschichtskalender N.F., 34. Jg., Bd. 59, Teil I/II für 1918, hrsg. v. Wilhelm Stahl, München 1922.
- Shandor, Vincent, Carpatho-Ukraine: Important part of the Ukrainian Sate, in: *The Ukrainian Quarterly* 25, 1969, 4, S. 337–349.
- Simpson, George W., Ukraine: a series of maps and explanations indicating the historic and contemporary geographical position of the Ukrainian people, Augsburg 1946.
- Stachiv, V., Perša Sowjets'ka Respublika na Ukraïni, New York, Detroit, Scranton 1956.
- Stachiv, M., Tretja Sovjets'ka Respublika v Ukraïni, New York 1968.
- Stachiv, M., Zachidnja Ukraïna v deržavnim budivnystvi ta oboroni. Narys istorii deržavnoho budivnystva ta zbrojnoi i diplomatyčnoi oborony 1918–1923rr., Scranton 1959.
- Stachiv, M., Deržavnyj ustrij Ukraïns'koï Deržavy 1917–1920 in: *Enzyklopädie der Ukrainekunde*, I, München, New York 1949.
- Steglich, Wolfgang, Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1, Wiesbaden 1964.
- Štejn, B., Russkij vopros na parižskoj konferencii (1919–1920), Moskva 1949.
- Stökl, Günther, Russische Geschichte, Stuttgart ⁴1983.
- Stowasser, H., Die Machnotschina. Der Kampf anarchistischer Rebellen für eine freie Gesellschaft in der Ukraine 1917–1922, Wetzlar ²1979.
- Subtelny, Orest, Ukraine. A history, Toronto 1989.
- Šul'hyn, Oleksander, Vers l'indépendance de l'Ukraine, Paris, o.J.
- Šul'hyn, Oleksander, L'Ukraine contre Moscou, Paris 1935.
- Šul'hyn, Oleksander, Les problèms de l'Ukraine, Paris 1919.
- Sullivant, R.S., Soviet politics and the Ukraine 1917–1957, New York, London 1961.
- Suprun, P., Gosudarstvennyj archiv Odesskoj oblasti, in: *Voprosy istorii* 12, 1953, S. 179–180.
- Suprunenko, M.I., Očerki istorii graždanskoj vojny i inostrannoï voennoj intervencii na Ukraine (1918–1920), Moskva 1966.
- Suprunenko, M.I., Ustanovlenie sovetskoj vlasti na Ukraine, in: *Voprosy istorii* 1957, 10, S. 49–70.
- Suprunenko, M. I., Obrazovanie ukraïnskoj sovetskoj socialističeskoj respubliki, in: *Voprosy istorii* 2, 1954, S. 20–40.
- Suprunenko, M.I., *Istorija Ukraïnskoj RSR*, Bd. 2, Kiev 1967.
- Sydorenko, Alexander, Ukraine at Brest-Litovsk. A case of incipient nationhood, in: *The Ukrainian Quarterly* 24, 1968, 2, S. 117–128.
- Temperly, H.W.V., A history of the Peace Conference of Paris, Bd. I–VI, London 1920–1924.
- Thomas, James (Hrsg.), *Illustrierte Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland 1917–1921*, Berlin 1929.
- Trembicky, Walter, National coat-of-arms and flag of Ukraine, in: *The Ukrainian Quarterly* 22, 1966, 4, S. 343–350.

- Trembicky, Walter, Greek-Ukrainian diplomatic relations 1918–1920, in: *The Ukrainian Quarterly* 19, 1963, 4, S. 342–349.
- Tremel, Ferdinand, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs. Von den Anfängen bis 1955*, Wien 1969.
- Trockij, Lev D., *Geschichte der Russischen Revolution*, 2 Bde., Berlin 1931, 1933.
- Trockij, Lev D., *Sowjetrußland und das bürgerliche Polen*, Berlin 1920.
- Trockij, Lev D., *Stalin: eine Biographie*, Herrsching 1982.
- Trockij, Lev D., *Schriften zur revolutionären Organisation*, Hamburg 1970.
- Truchanowski, Vladimir (Hrsg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen 1917–1939*, Berlin 1963.
- Twardowski, Jul. v., Ostgalizien, in: Prof. J. Hatschek / Dr. Karl Strupp, *Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie*, Berlin, Leipzig 1924/25.
- Udovyčenko, Oleksander, *Ukraina u vijni za deržavnist'. Istorija orhanizacija i bojovyč dij ukraïnskych zbrojnych syl 1917–1921*, Vinnipeg 1954.
- Ukraine and its people, A Handbook with maps, statistical tables and diagrams*, München 1949.
- Ukraine, Narodnyj Komissariat vnutrennych del, Okruga i rajony USSR*, Char'kov 1923.
- Ullman, Richard H., *Anglo-Soviet relations, 1917–1921*, 3 Bde., Princeton 1961–1968.
- Voigt, Gerd, *Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung 1843–1945*, Berlin 1994.
- Wowles, Hugh P., *The Ukraine and its people*, London 1939.
- Vyšinsky, Andrei Y., *The law of the Soviet State*, New York 1948.
- Walz, Erhard, *Reichsleitung und Heeresleitung in der Periode des Friedens von Brest-Litowsk*, Düsseldorf 1936.
- Wandruszka, Adam / Urbanitsch, Peter (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1919*, Bd. III/2, Wien 1980.
- Weber, Wilhelm (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen*, 2 Bde., Berlin 1961.
- Weinzierl, Erika / Skalnik, Kurt (Hrsg.), *Österreich 1918–1928. Geschichte der Ersten Republik*, 2 Bde., Graz, Wien, Köln 1983.
- Wessely, Kurt, *Österreich-Ungarns Wirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Der Donaauraum* 12, 1967, 1–2, S. 13–40.
- Wheeler-Bennett, John W., *The forgotten peace: Brest-Litovsk, March 1918*, New York 1939.
- Woodward, Llewellyn, *Great Britain and the war of 1914–1918*, London 1967.
- Xydias, J., *L'intervention française en Russie 1918–1919*, Paris 1930.
- Yuremko, Michael, *Galicia-Halychna, a part of Ukraine: from separation to unity*, o.O. 1967.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AdR	Archiv der Republik
A.K.	Armeekommando
AOK	Armeeoberkommando
ARA	American Relief Administration
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv
EoUkraine	Encyclopedia of Ukraine
FRUS	U.S. Department of State (Hrsg.) Papers relating to the Foreign Relations of the United States
Gig	Getreideimportgesellschaft
HV	Handelsverkehrsanstalt
KGV	Kriegsgetreideverkehrsanstalt
KP	Kommunistische Partei
KP(b)U	Kommunistische Partei (Bol'sheviki) der Ukraine
KP.AG	Kriegsprodukten–Aktiengesellschaft
KZ	Konzentrationslager
NDP	Nacional'no demokratična partija
NP	Novoja konomičeskaja politika
NKVD	Narodnyj komissariat vnutrennych del
Oezeg	Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft
OHL	Oberste Heeresleitung
Qabt.	Quartiermeisterabteilung
RUP	Revoljucijna ukraïns'ka partija
TUP	Tovarystvo Ukraïns'kych Postupovciv
UDRP	Ukraïns'ka demokratično-radykalna partija
UKP	Ukraïns'ka komunistična partija
UNDO	Ukraïns'ke nacional'no demokratične obiednannja
UNP	Ukraïns'ka narodna partija
UNR	Ukraïns'ka Nacional'na Respublika
UPSR	Ukraïns'ka partija socijalistic-revoljucioneriv
URP	Ukraïns'ka radykal'na partija
USDP	Ukraïns'ka social-demokratična partija
USDRP	Ukraïns'ka social-demokratična robitnyča partija
VB	Völkerbund
WZ	Wirtschaftszentrale
ZEG	Zentraleinkaufsgesellschaft
ZK	Zentralkomitee
ZUNR	Zachidna Ukraïns'ka Nacional'na Respublika

Kurzbiographien

Andrijevs'kyj, Opanas

* 1878 in der Uman'-Region
 † 16.05.1955 Spittal a. d. Drau
 Friedensrichter, ab 1905 Rechtsanwalt in Kiew, aktiv in der unabhängigen ukrainischen sozialistischen Partei und in der Ukrainischen Nationalen Allianz; 13.11.1918 Direktoriumsmitglied; nach der Emigration von 1924-1937 Professor für Zivilrecht an der Ukrainischen Freien Universität in Prag.

Antonov-Ovsijenko, Volodymyr

* 21.03.1883 Černihiv, † 1938
 Kommandant der bolschewistischen Okkupationstruppen in der Ukraine zwischen Dezember 1917 und Mai 1918; von März bis April 1918 war er Mitglied der sowjetischen Regierung in der Ukraine; von November 1918 bis Juni 1919 kommandierte er die Sowjeteinheiten, die sogenannte Ukrainische Front, welche die Ukraine ein zweites Mal besetzte; 1924-1937 stand er in diplomatischen Diensten der Sowjetukraine als bevollmächtigter Vertreter in der Tschechoslowakei, Litauen, Polen und Spanien; aufgrund der Anklage, ein Trockist zu sein, wurde er 1938 standrechtlich erschossen.

Antonovyč, Dmytro

* 15.11.1877 Kiew
 † 12.10.1945 Prag
 Einer der Gründer und Führer der RUP 1900-1905, ab 1905 der USDRP; Herausgeber verschiedener Parteipublikationen [“Haslo“(1902-1903), „Seljany“ (1903-1905), „Volja“]; ab 1912 lehrte er Kunstgeschichte an der Kiewer

Kunstschule und arbeitete 1913-1914 für die Monatszeitschriften „Dzvin“ und „Siaivo“; politisch aktiv in der Central'na Rada 1917 und 1918, Minister für Marineangelegenheiten und die Künste; während der Direktoriumszeit war er Präsident der ukrainischen Mission in Rom; Organisator und Rektor der Ukrainischen Freien Universität in Wien und Prag; 1923-1945 Präsident der Ukrainischen Historisch-Philologischen Gesellschaft und Direktor des Ukrainischen Studios für Plastische Künste in Prag.

Artymovyč, Ahenor

* 30.08.1879 Bukowina
 † 21.10.1935 Prag
 Linguist; Studium in Černivci und Wien; Gymnasiallehrer in der Bukowina und Dozent an der Universität Černivci; nach der rumänischen Besetzung der Bukowina im November 1918 ging er nach Galizien, wo er Sekretär für Erziehung und Religion im Staatssekretariat der ZUNR wurde; ab 1920 Professor für klassische Philologie an der Ukrainischen Freien Universität in Wien und später in Prag; Vollmitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft, Verfasser vieler wissenschaftlicher Artikel.

Asquith, Herbert Henry

* 12.09.1852 Morley (Yorkshire)
 † 15.02.1928 London
 1876 Rechtsanwalt; 1886-1918 und 1920-1924 liberales Mitglied des Unterhauses; 1892-1895 unter Gladstone und Rosebery Innenminister; 1905 Schatzkanzler; 1908-1916 Premiermini-

ster; Dezember 1916 von Lloyd George wegen zu lascher Kriegsführung als Premier gestürzt; 1916-1923 Spaltung der Liberalen, Asquith Führer der liberalen Opposition; nach Verlust des Unterhausmandates 1924 als Earl (1925) im Oberhaus; 1926 legte er die Führung der Liberalen nieder.

Aussem, Volodymyr Chrystijanovyč
* 1879, † ?

Bolschewistischer Führer der Ukraine; 1904-1906 Mitglied der ukrainischen sozialdemokratischen Vereinigung Spilka und 1918 des Volkssekretariates, der ersten sowjetischen Regierung der Ukraine; 1921-1923 akkreditierter Repräsentant der UdSSR in Berlin und dann Botschafter der UdSSR in Berlin und Wien; 1925 Leiter des Allukrainischen Wissenschaftsrates; er verschwand spurlos während der stalinistischen Säuberungen in den 30er Jahren.

Bagge, John Picton

* 19.10.1877, † 23.12.1967

Britischer Diplomat; 1905-1918 Konsul in Rußland; während des Ersten Weltkrieges in Odessa stationiert; Dezember 1917 wurde er zum britischen Repräsentanten bei der Regierung der UNR ernannt; 1918-1921 British commercial secretary in Rußland.

Balachovyč-Bulak, Stanislav N.

* ?, † ?

Kommandeur der Weißgardisten (Stabsrittmeister) zur Zeit des russischen Bürgerkrieges; Dezember 1918 Kommando über weiße Truppen im Baltikum, dann schloß er sich der Armee Judenič an; später operierte er im Gouvernement

Pskov und nannt sich „Batko“ (Väterchen) und „Ataman der Bauern- und Partisaneneinheiten“; 1920 operierte er in Weißrußland mit polnischer Unterstützung; er unterstützte die weißrussische Regierung und General Vrangels; bis zum sowjetisch-polnischen Friedensschluß hatte er auch Kontakt zu Petljura; danach Emigration nach Polen, wo er mit seiner Einheit als Holzfäller arbeitete.

Balfour, Sir Arthur James

* 25.07.1848 Whittinghame

† 19.03.1930 Woking (Surrey)

1874-1922 konservativer Unterhausabgeordneter; 1887 Minister für Irland; leitete als Premierminister (1902-1907) 1904 die außenpolitische Neuorientierung Großbritanniens durch den Abschluß der Entente cordiale mit Frankreich ein; 1907-1911 Oppositionsführer; 1915 Marineminister; Außenminister: 10.12.1916-10.01.1919; 10.01.-24.10. 1919; vertrat 1919 Großbritannien auf der Pariser Friedenskonferenz; definierte 1926 den seither gültigen Status der Dominions in ihrem Verhältnis zu Großbritannien im Begriff „Commonwealth of Nations“, der Ausgangspunkt des Statuts von Westminster (1931) wurde.

Baran, Stepan

* 25.01.1879 Krukenyči (Galizien)

† 4.06.1953 München

Rechtsanwalt; Mitglied der NDP; Präsidiumsmitglied des obersten ukrainischen Gerichtes; 1915 sein Repräsentant auf dem Balkan; 1918-1919 Mitglied der Nationalrada der ZUNR und Sekretär für Landwirtschaft in Kost'

Levyc'kyjs erstem Kabinett; 1928-1939 Mitglied des polnischen Sejm; 1944 Emigration nach Deutschland; 1951-1953 Leiter des Ukrainischen Nationalrates im Exil; schrieb viele Artikel, Verteidiger des Ukrainertums in Polen; Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft.

Baranovs'kyj, Chrystofor

* 19.12.1874 Nečiprynci (Berdyčiv)
 † 1941 São Paulo (Brasilien)
 Gründer und Direktor der Kiew Credit Union Bank (zentrale ukrainische Institution für Kleinkredite) 1907-1917; einer der Hauptorganisatoren der Kooperativen-Bewegung der Ukraine; 1917 Präsident der Ukrainbank; 1919 Hauptberater der Union der Zentralen Ukrainischen Landwirtschafts kooperativen und der „Strach sojuz - Kooperative Versicherungsunion“; im ersten Generalsekretariat der Rada 1917 war er Finanzminister; 1920 Finanzminister im UNR-Kabinett unter V. Prokopovyč; 1920 Emigration nach Frankreich, von dort nach Brasilien.

Barclay, Sir George Head

* 1862, † 1921
 Britischer Gesandter in Teheran 1908; handelte mit Persien einen Vertrag aus, der die persische Politik auf die englisch-russische Entente von 1907 abstimmte; 1912-1919 britischer Gesandter in Bukarest.

Bartoszewicz, Kazimierz

* 1852, † 1930
 Politischer Publizist und Historiker; Werke: „Polityka galicyjska“, „Dzieje Galicji“; polnischer Vertreter in Kiew.

Barvins'kyj, Oleksander

* 8.06.1847 Szlachtyncy (Galizien)
 † 25.12.1926 Lemberg
 Pädagoge und Historiker; als junger Mann in der Lemberger Hromada tätig, 1868 Gymnasiallehrer; 1888 Dozent am Lemberger Lehrerseminar; 1891-1907 Abgeordneter des Reichsrates und 1894-1904 im galizischen Landtag; 1893-1918 Mitglied des Galizischen Schulrates; publizistisch tätig, schrieb auch ukrainische Schulbücher; aktives Mitglied verschiedener ukrainischer Organisationen; ab 1899 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft; ab 1890 Unterstützer der „Politik der neuen Ära“, die eine Verständigung zwischen Polen und Ukrainern in Galizien anstrebte; 1918 Sekretär für Bildung, Erziehung und religiöse Angelegenheiten im ersten Staatssekretariat der ZUNR; nachdem die Polen Lemberg erobert hatten, zog er sich aus dem politischen Leben zurück.

Bauer, Otto

* 5.09.1881/2 Wien, † 4.07.1938 Paris
 Sozialdemokrat, seit 1907 Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“; einer der Hauptvertreter des Austromarxismus, verband das Nationalitätenprogramm seiner Partei mit der marxistischen Theorie; 21.11.1918-3.03.1919 und 15.03.-26.07.1919 österreichischer Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten; 1919 Vorsitzender der Nationalitätenkommission; 1919-1920 Mitglied der Verfassgebenden Nationalversammlung, Mitglied der Nationalversammlung. Nach dem Scheitern des Februaraufstandes 1934 floh er in die Tschechoslowakei und 1938 nach Paris.

Beneš, Edvard

* 28.05.1884 Kožlány (Böhmen)
 † 3.09.1948 Sezimovo Ústí (Böhmen)
 1909 Professor der Nationalökonomie in Prag; 1915 ging er mit Masaryk als Vertreter eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates ins Exil; August 1917: Beneš erhält die französische Autorisation, eine tschechoslowakische Armee aufzubauen, Bestätigung durch ein Dekret vom 13.12.1917. Briand setzte in seiner Note vom 10.01.1917 an Wilson durch, daß die Befreiung der Tschechoslowakei als alliiertes Kriegsziel anerkannt wurde; am 29.06.1917 erkannte Pichon den Nationalrat als oberstes Organ des tschechoslowakischen Volkes an. Nach der Ausrufung der unabhängigen Republik am 28.10.1918 war Beneš in 14 verschiedenen Kabinetten Außenminister (1918-1934), vom 26.09.1921 bis 10.10.1922 Ministerpräsident. Er führte die tschechoslowakische Delegation bei den Friedensverhandlungen in Paris (1919/1920) und vertrat die Tschechoslowakei anschließend beim Völkerbund (1923- 1927 Vertreter im Völkerbundsrat); 1935 Wahl zum Staatspräsidenten.

Berthelot, Henri Mathias

* 1861 Feurs (Loire), † 1931
 General; 1914-1918 Kommandeur der französischen Armee; 1918 stoppte er den deutschen Vormarsch an der Vesle; Reorganisator der rumänischen Armee.

Bertie of Thame, Francis Leveson, Viscount

* 1844, † 1919
 1874-1880 parlamentarischer Untersekretär; während des Berliner Kongresses

1878 Sekretär von Disraeli; 1894 Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten; 1896-1903 Präsident des Eisenbahnkomitees von Uganda, 1903 britischer Botschafter in Rom; 1905-1918 Botschafter in Paris.

Bilyns'kyj, Mychajlo

* 4.11.1888 Gouvernement Poltava
 † 17.11.1921 Mali Myn'ky (Żytomyr)
 1919 Marine-Minister in der UNR-Regierung und Chef des Marine-Generalstabes; 1921-1922 Innenminister; er fiel während des zweiten Winterfeldzuges.

Bobrinskij, Aleksej

* 1852, † 1927
 Russischer Staatsmann und Archäologe; 1885 Präsident der Kaiserlichen Archäologischen Kommission; grub über 600 Gräber und Siedlungen aus der Bronze- und Skytenzeit in der Nähe von Smila (Kiew) aus; seine Arbeiten sind ein wichtiger Beitrag zur ukrainischen Archäologie; er repräsentierte das Gouvernement Kiew in der Dritten Duma; 1916 Landwirtschaftsminister; russischer Generalgouverneur von Galizien während des Ersten Weltkrieges; 1919 Emigration.

Borodajevs'kyj, Serhij

* 1870 Ochtyrka (Kiew), † 1942 Prag
 Graduierte an der Charkiver Universität, arbeitete in St. Petersburg und veröffentlichte eine Artikelserie über Kleinkredite; 1910 Vizedirektor einer Abteilung im Handels- und Industrieministerium; Dozent an der St. Petersburger Polytechnischen Hochschule; 1917 Hilfe bei der Errichtung von ukra-

inischen zentralen Kooperativ-Institutionen; 1919 Präsident des Trudosojuz in Odessa; 1918 stellvertretender Minister für Handel und Industrie in der Hetman-Regierung; 1919 Emigration, Dozent an der Internationalen Akademie in Brüssel; 1921-1922 Dozent an der Sorbonne Paris, ab 1923 Professor an der Ukrainischen Freien Universität in Prag.

Botha, Louis

* 27.09.1862 Greytown (Natal)
 † 28.08.1919 Rusthof (Transvaal)
 General, südafrikanischer Staatsmann; am 2. April 1919 vom Obersten Rat beauftragt, die alliierte Kommission zur Aushandlung eines Waffenstillstandes zwischen Polen und Westukrainern zu leiten.

Boš, Jevhenija

* 1879 Očakiv, † 1925 Moskau
 Bolschewistische Aktivistin jüdischer Abstammung; 1917 Vorbereitung eines bolschewistischen Aufstandes gegen die Central'na Rada in Kiew und Vinnycja; 1917-1918 Volkssekretärin für innere Angelegenheiten in der ukrainischen Sowjetregierung und Kommando über ein bolschewistisches Bataillon in der Ukraine.

Breiter, Ernest

* 22.10.1865 Davydiv (Lemberg)
 † November 1935 Wien
 Polnischer Journalist und Politiker in Galizien; unabhängiger Sozialist; 1900-1914 Abgeordneter für Lemberg im österreichischen Reichsrat; 1918 Mitglied der Central'na Rada und der Regierung der ZUNR; er war zu dieser Zeit

der einzige polnische Politiker, der die ukrainische Unabhängigkeit unterstützte; später schloß er sich Petruševyč in seinem Exil in Wien an.

Brunhes, Jean

* 1869, † 1930
 Mitglied des „Institut“; Verfasser verschiedener Werke über die Geographie, vor allem über den Menschen in der Gesellschaft.

Brătianu, Ion

* 1.09.1864 Florica
 † 24.11.1927 Bukarest
 Zunächst Tätigkeit als Ingenieur; Wechsel in die rumänische Politik: 1895 Abgeordneter, 1897-1899 und 1901-1904 Minister für öffentliche Arbeiten; 1909-1927 Vorsitzender der Nationalliberalen Partei; 1907 Innenminister; 9.01.1909-11.1.1911 zum ersten Mal Ministerpräsident; 17.01.1914-Februar 1918 erneut Ministerpräsident; 1.10.1914 Abschluß eines Geheimvertrages mit Rußland, in dem er Rumäniens östlichem Nachbarn eine wohlwollende Neutralität zusicherte; Kursänderung der rumänischen Politik, die bis dahin auf dem 1883 mit den Mittelmächten abgeschlossenen Vertrag beruhte. 27.08.1916 erklärte der rumänische Kronrat Österreich-Ungarn den Krieg; 12.12.1918 wurde er erneut Ministerpräsident und vertrat Rumänien auf der Friedenskonferenz in Paris.

Bublikov, Aleksandr Aleksandrovič

* 1875, † ?
 Leitender Eisenbahnangestellter: Kommunikationsingenieur; Mitglied der Vierten Duma für das Gouvernement Perm';

1917 schickte ihn das Provisorische Komitee der Duma als Bevollmächtigten in die Behörde für Verkehr, später nahm er an den Wirtschaftskonferenzen und Sitzungen der Provisorischen Regierung teil; im Staatsrat Vertreter des im Handel und der Industrie tätigen Bürgertums, wo er Industrielle und Arbeiter zur Mäßigung aufrief; in der demokratischen Gruppe traf sein „Händedruck mit Cereteli“ auf große Begeisterung; nach der Oktoberrevolution emigrierte er nach London, wo er keine bedeutende politische Rolle mehr spielte.

Bubnov, Andrej Sergeevič

* 1883, † ?

Besuch Moskauer Landwirtschaftliche Institut, wo er sein Studium allerdings nie abschloß; 1903 wurde er Bol'shevik; hatte verschiedenste Parteiämter inne: während seiner revolutionären Arbeit wurde er 13 Mal verhaftet und verbrachte insgesamt vier Jahre im Gefängnis; nach der Februarrevolution in Moskau in das ZK der russischen KP gewählt; ab August 1917 arbeitete er in St. Petersburg im dortigen Sowjet und als Redakteur bei der „Soldatskaja Pravda“; am 10. Oktober Wahl in das Politbüro; im November 1917 kommandierte er rote Einheiten im Süden und nahm am Kampf gegen Kaledin teil; ging dann in die Ukraine, hatte einen Posten in der ersten sowjetischen Regierung dort, später im Aufstandskomitee; Mitglied des ZK der KP(b)U und des Allukrainischen Militärischen Revolutionären Komitees; leitete die Aufstellung von bolschewistischen Partisanenabteilungen; Oktober 1919 Leiter der Untergrundarbeit in Kiew; nach der Niederlage Petljuras in

der ukrainischen Regierung tätig; zum Kandidaten für das ZK der RKP (b) auf dem 8. Parteikongreß gewählt; Mitglied des ZK der KP(b)U; Vorsitzender des Kiewer Sowjets; für seine Teilnahme an der Niederschlagung des Kronstädter Matrosenaufstandes wurde er mit dem Roten Banner ausgezeichnet; hatte in den zwanziger Jahren verschiedene Parteiposten inne und schrieb Propagandabroschüren.

Buchanan, Sir George William

* 1854, † 1924

1876 Attaché an der britischen Botschaft in Wien; 1878 Geschäftsträger in Rom; 1879 in Tokyo, 1888 in Bern; 1892 Gesandter in Coburg; 1900 Konsul in Rom; 1901 in Berlin; 1903 Gesandter in Sofia; 1909 verließ er Sofia und wurde Gesandter in Den Haag; 1910 Botschafter in St. Petersburg; am 6.01.1918 verließ er Petersburg und traf am 17. Januar in London ein; Oktober 1919 Botschafter in Rom für zwei Jahre: guter Kontakt zu Tittoni, Scialoja, Sforza und Nitti.

Budennyj, Semen

* 25.04.1883 Koziurin (Kuban'-Gebiet), † 26.10.1973 Moskau

Sowjetischer militärischer Führer, Feldmarschall der UdSSR; 1918-1921 Chef der bolschewistischen 1. Kavallerie-Armee im Süden der Ukraine und Rußland; spielte die Hauptrolle im Kampf gegen Denikin, Wrangel' und die kombinierte polnisch-ukrainische Armee; er brachte ihnen die entscheidenden Niederlagen bei; während des Zweiten Weltkrieges kommandierte er die Sowjetarmee an der südwestlichen Front;

1938 Präsidiumsmitglied des Obersten Sowjets der UdSSR.

Bülow, Bernhard Wilhelm von

* 1887, † 1938

Sekretär an der deutschen Botschaft in Konstantinopel, 1916 in Athen; nahm 1917 an den Verhandlungen in Brest-Litovsk und den Pariser Friedensverhandlungen 1919 teil; quittierte den Dienst 1919, da er nicht der Regierung dienen wollte, die den Vertrag von Versailles unterschrieben hatte; spezialisierte sich auf den Völkerbund; 1923 Eintritt in das Auswärtige Amt als Leiter der Abteilung für den Völkerbund; später Leiter der Abteilung Europa; 1930 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten.

Bussche-Haddenhausen, Hilmar von dem

* 1867, † 1959

Sekretär an der deutschen Botschaft in Tanger; 1897 in Buenos Aires; 1900 in Kairo; 1901 in London, Konsul in Washington; 1910 Gesandter in Buenos Aires; 1914 in Bukarest; 1916-1918 Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten.

Byč, Luka

* 1875 Stanyca Pavlovska (Kuban'-Gebiet), † 1944

Jurist und Wirtschaftswissenschaftler; Mitglied des Schwarzmeer Komitees der revolutionären ukrainischen Partei in Katerynoslav; führendes Mitglied des Rat des Kuban'-Gebiets, 1917-1918 erster Premierminister des Kuban'-Gebiets; Präsident des Legislativen Rates des Kuban'-Gebiets; 1918-1920 Vorsitzender der Kuban'-Delegation bei der

Pariser Friedenskonferenz; Emigration: Dozent in Poděbrady an der Ukrainischen Landwirtschaftsakademie; 1937-1939 Direktor des Ukrainischen Technischen Institutes und des Landwirtschaftsinstitutes.

Cecil of Chelwood, Edgard Algernon Robert, Lord

* 14.09.1864 Salisbury

† 24.11.1958 Tunbridge Wells (Kent)
Sohn des englischen Premierministers Salisbury, 1886 dessen Sekretär; 1906 für die Konservativen Wahl ins Unterhaus; gegen die Zollpolitik Joseph Chamberlains eingestellt, verlor er 1910 seinen Parlamentssitz; 1923 Mitglied des Oberhauses, Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten und 1914-1918 Blockademinister im Kabinett Lloyd George; 1918 Austritt aus der Regierung, Verfechter und Mitarbeiter des Völkerbundes: Mitverfasser der Völkerbundssatzung; 1937 erhielt er den Friedensnobelpreis.

Cehel's'kyj, L'onhyn

* 1875 Kamjanka-Strumylova (Galizien), † 13.12.1950 Philadelphia
Jurist und Journalist; Herausgeber verschiedener ukrainischer Zeitschriften: „Moloda Ukraïna“, „Samostijna Ukraïna“, „Dilo“, „Svoboda“, „Ukraïns'ke slovo“; 1907 und 1911 Wahl in den österreichischen Reichsrat, 1913 in den galizischen Landtag; aktive Mitarbeit in der Union zur Befreiung der Ukraine; 1918 Mitglied in der Central'na Rada und Staatssekretär für innere Angelegenheiten der ZUNR; am 1.12.1918 unterzeichneten er und Dr. Levyč'kyj das erste Abkommen mit dem Direktorium

über die Union zwischen UNR und ZUNR; Januar 1919 Leiter des Außenamtes für die westukrainische Provinz und stellvertretender Außenminister der UNR; 1920 von Petruševyč als diplomatischer Vertreter der ZUNR in die USA entsandt, ließ er sich in Philadelphia nieder; Gründungsmitglied und Vizepräsident des Ukrainian Committee of America und Vizepräsident der PanAmerican Ukrainian Conference.

Cereteli, Irakli Georgievič

* 1882, † ?

Adliger Men'shevik, Sohn eines Publizisten; 1902 aufgrund seiner Teilnahme an der Studentenbewegung nach Sibirien verbannt; 1903 Rückkehr nach Tiflis, wo er als Redakteur arbeitete; Abgeordneter der Zweiten Duma für das Gouvernement Kuban'; spielte dort in der Agrarkommission eine wichtige Rolle; trat für einen versöhnlichen Kurs zwischen den Parteien ein und wurde deshalb von Lenin kritisiert; nach der Auflösung der Duma wurde er fälschlicherweise angeklagt, militärische Organisationen gegründet zu haben, und zu Zwangsarbeit verurteilt; 1912 steckte man ihn in eine Strafansiedlung; mit der Februarrevolution kehrte er aus Sibirien nach St. Petersburg zurück; 16.05.1917 in der ersten Koalitionsregierung Minister für Post und Telegraphie; nach den Veränderungen im Juli 1917 Innenminister; nach der Oktoberrevolution Gegner der Bol'seviki und konterrevolutionärer Führer in Georgien; nach der Sowjetisierung Georgiens emigrierte er ins Ausland und blieb dort weiterhin politisch aktiv.

Chmel'nyc'kyj, Bohdan

* ca. 1595/96

† 6.08.1657 Čyhyryn

Hetman der Kosaken seit 1648 und ukrainischer Nationalheld; Gründer des Hetman-Staates (1648-1782); leitete 1648, unterstützt von den Krimtataren, den ukrainischen Kosakenaufstand gegen die polnischen Magnaten; strebte für die Kosaken eine Autonomie in der Ukraine an und leistete deshalb 1654 im Vertrag von Perejaslav einen Eid auf den russischen Zaren Aleksej Michajlovič, der dies als Unterwerfung und Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland auslegte.

Chomenko, Ivan

* 11.11.1892 Podolien

† 10.04.1981 Capri

Studium in Kiew und Wien, Theologiestudium in Rom; 1918-1920 Mitarbeiter des ukrainischen Außenministeriums in Kiew und in der Botschaft in Wien; von Bischof Šeptyc'kyj beeinflusst, wurde er 1940 Priester; 1945 Emigration nach Italien, wo er die Bibel anhand der hebräischen und griechischen Originaltexte ins Ukrainische übersetzte.

Chrystjuk, Pavlo

* 1880, † ?

Vor der Revolution 1917 als Journalist tätig; Mitglied der UPSR und des Bauernbundes; Mitglied der Central'na Rada und der Mala Rada; 1917-1918 in der ersten UNR-Regierung als Kanzler, half das Landgesetz vom 31.01.1918 auszuarbeiten; im Kabinett Holubovyč ab Februar 1918 als Innenminister und später als Staatssekretär und 1919 als stellvertretender Innenminister im Ka-

binett Mazepa; 1919 Emigration nach Wien; 1924 Rückkehr in die Ukraine; 1931 verhaftet, verschwand er spurlos.

Churchill, Winston

* 30.11.1874 Blenheim Palace

† 24.01.1965 London

Zunächst Offizier; Beginn seiner politischen Karriere durch die Wahl zum konservativen Mitglied des Unterhauses 1900; als Anhänger des Freihandels Wechsel 1904 zur Liberal Party; nach deren Wahlsieg hatte er mehrere Regierungssämter inne: 1908-1910 Handelsminister, 1910-1911 Innenminister; gehörte zum sozialreformerischen Flügel der Liberalen; seit 1911 Erster Seelord (trieb die Flottenrüstung voran). Im Ersten Weltkrieg führte das Scheitern der Dardanellenexpedition 1915 zu seinem Ausscheiden aus der Regierung und zum Einsatz in der Armee. 17.07.1917-10.01.1919 Munitionsminister unter Lloyd George, 10.01.1919-13.02.1921 Kriegs- und Luftfahrtminister und 1921/22 Kolonialminister. Angesichts des Verfalls der Liberalen Rückkehr 1924 zu den Konservativen.

Clemenceau, Georges Benjamin

* 28.09.1841, Mouilleron-en-Pareds (Vendée), † 24.11.1929 Paris

Anfangs als Arzt tätig, seit 1870 Bürgermeister des Pariser Stadtteiles Montmartre; 1902 wurde er Senator; von 1906 an mehrmals Minister; 1906-1909 französischer Ministerpräsident, ebenso vom 17.1.1917 bis zum 18.01.1920.

Clerk, George Russell

* 1874, † 1951

1903-1904 britischer Generalkonsul in

Addis Abeba; 1906 Chargé d'Affaires in Abessinien; 1907 Assistent im britischen Außenministerium; 1910 Geschäftsträger in Konstantinopel; 1919 Privatsekretär im Staatssekretariat für Auswärtige Angelegenheiten, Gesandter in Prag; 1926 Botschafter in Ankara; 1933 in Brüssel; 1934-1937 in Paris.

Coandă, Constantin

* 1857 Craiova, † 1932

Rumänischer General, während der Balkankriege in aktivem Dienst; während des Ersten Weltkrieges rumänischer Militärvertreter im russischen Hauptquartier; Oktober bis November 1918 Premierminister der Übergangsregierung nach Marghiloman; rumänischer Delegierter auf der Pariser Friedenskonferenz 1918-1920; 1920-1921 und 1926-1927 Senatspräsident.

Cole, Felix

* 1887, † ?

Amerikanischer Diplomat in der Rußland-Abteilung des State Department; 1924 wird er Konsul in Sydney, 1928 in Warschau, 1930 in Frankfurt; 1930 Konsul in Riga und Tallin; 1936 in Algier, 1943 in Rabat, 1945 Gesandter in Äthiopien, 1948 Botschafter auf Ceylon.

Curzon of Kedleston, Lord George Nathaniel (Baron, Earl, Marquess)

* 11.01.1859 Kedlestone Hall (Derbyshire), † 20.03.1925 London

1886-1894 konservativer Unterhausabgeordneter; Vizekönig und Generalgouverneur von Indien 1898-1905; 1915 Lordsiegelbewahrer; 1916 Mitglied des Kriegskabinettes; Außenmini-

ster: 24.10.1919-19.10.1922 und 24.10.1922-22.01.1924.

**Czernin, von und zu Chudenitz
Ottokar Theobald Graf**

* 26.09.1872 Dymokury (Böhmen)

† 4.04.1932 Wien

Jurastudium an der Deutschen Universität zu Prag; 1895 Eintritt in den diplomatischen Dienst an der österreichisch-ungarischen Botschaft in Paris; Geschäftsträger in Den Haag; 1903 Aufgabe der diplomatischen Laufbahn, als Mitglied der Verfassungspartei im böhmischen Landtag; 1912 Herrenhausmitglied auf Lebenszeit, Ende 1913 kehrte auf Initiative Franz Ferdinands, dessen Berater Czernin zeitweise war, in den diplomatischen Dienst zurück; 1913-1916 Gesandter in Bukarest; 22. Dezember 1916 Ernennung zum Außenminister, gleichzeitig Vorsitzender des Ministerrates; Czernin stürzte im Zusammenhang mit der Sixtus-Affaire, und am 16. April 1918 wurde Graf Burián von Rajecz Minister des Äußeren.

Čechivs'kyj, Volodymyr

* 19.07.1876 Horochuvatka (Kiew),

† ?

1900 Abschluß an der Kiewer Theologischen Akademie; 1906 Wahl in die erste Duma; 1907-1917 in Odessa: aktiv in der Hromada und Prosvita; 1917 Herausgeber von „Ukraïns'ke slovo“; Mitglied des ZK der USDRP, der Central'na Rada und 1918 Vorsitzender des Ukrainischen MilitärRevolutionären Komitees, das den Sturz des Hetmans plante; 26.12.1918-11.02.1919 Leiter des Ministerrates der UNR und Außenminister; März 1919 einer der Gründer

des Komitees zur Verteidigung der Republik in Kam-janec'-Podil's'kyj; gleichzeitig prominente Figur in der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche; unter seiner Leitung nahm die Regierung das Gesetz über den autokephalen Status der Ukrainischen Orthodoxen Kirche am 1.01.1919 an; am 29.07.1929 wurde er im Zusammenhang mit den Schauprozessen gegen die Union zur Befreiung der Ukraine verhaftet und am 19.04.1930 zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die Strafe wurde in zehn Jahre Einzelhaft umgewandelt; er wurde in Charkiv und Jaroslavl' inhaftiert, 1933 auf die Soloveckij-Inseln verlegt; dann wurde seine Strafe um 20 Jahre verlängert, und 1936 erfolgte die Verlegung in die Lager im Fernen Osten, wo keine Korrespondenz erlaubt war; man hat nie wieder von ihm gehört.

Černec'kyj, Antin

* 8.04.1887 Berežany (Galizien)

† 15.02.1963 Schweiz

Mitglied der Gewerkschaft und der USDP; Journalist; kämpfte für die Autonomie ukrainischer Arbeiter in der zentralen Organisation der österreichischen Gewerkschaften; baute ukrainische Abteilungen auf, welche die ukrainischen Eisenbahnarbeiter organisierten; Mitglied der Nationalrada der ZUNR und Sekretär für Arbeit und soziale Sicherheit; 1924 Präsident der Union ukrainischer Angestellter; 1925-128 Direktor einer Rentenkasse für Angestellte in Lemberg; als Herausgeber tätig; emigrierte nach Deutschland und später in die Schweiz.

Čičerin, Georgij Vasil'evič

* 1872 Kagul (Tambov), † 1936 Moskau

Sohn eines russischen Adligen; Studium an der St. Petersburger Universität; Mitglied der sozialdemokratischen Partei; Emigration 1904, wurde Führer der Men'sheviki in Berlin; über ein Jahrzehnt aktiv in sozialistischen Bewegungen in England, Frankreich und Deutschland; nach der Oktoberrevolution 1917 Beitritt zu den Bol'sheviki; während seines Aufenthaltes in London als bolschewistischer Agent verhaftet, wurde er im Austausch gegen den britischen Botschafter Sir George Buchanan freigelassen; Volkskommissar und Minister des Äußeren von 1918 bis zum 5.02.1930; Rücktritt wegen schlechter Gesundheit. Er schloß 1922 den Vertrag von Rapallo mit Deutschland.

Čubar, Vlas

* 22.02.1891 Fedorivka (Katerynoslav)
† 26.02.1939

Wirtschaftsfachmann, kommunistischer Parteiführer; der erste Ukrainer, der in das Allunionsparteibüro gewählt wurde (1935); 1904-1911 Mitglied der Bol'sheviki; ab 1911 Fabrikarbeiter; nach der Oktoberrevolution hatte er verschiedene administrative Posten in Rußland inne; 1919-1934 Parteiposten in der Ukraine; hauptsächlich in Wirtschaftskommissionen; Juli 1923 Leiter des Rates der Volkskommissare der Ukrainischen SSR; März 1920 Mitglied des Zentralexekutivkomitees der KP(b)U bis 1934 kontinuierlich wiedergewählt; 1920-1934 im Politbüro der KP(b)U; 1925 Leiter des Komitees für die Ukrainisierung, Šums'kyj schlug ihn als Nachfolger von Kaganovič vor; 1934 nach Moskau berufen als stellvertretender Leiter des UdSSRRates für Arbeit und Verteidi-

gung; 1937 verhaftet, wurde er entweder erschossen, oder er starb als Häftling; Rehabilitation in den sechziger Jahren; er setzte sich für die wirtschaftlichen Interessen der Ukraine ein, empfand die Geschwindigkeit der Kollektivierung als zu schnell und den Getreideeinzugsplan als zu ehrgeizig, distanzierte sich aber von dem ukrainischen Nationalkommunisten Šums'kyj.

Čyns'kyj, Jevhen

* 24.08.1885 Katerynoslav

† 30.10.1978 Bulle (Schweiz)

1908 wegen revolutionärer Aktivitäten in St. Petersburg verhaftet; entkam nach Westeuropa; 1909-1912 aktiv in der Pariser ukrainischen Hromada; in dieser Zeit für verschiedene ukrainische Zeitungen als Korrespondent tätig; 1914 Umzug nach Genf, Gründung einer ukrainischen Hromada; 1915-1917 Repräsentant der Union zur Befreiung der Ukraine und Herausgeber ihres Organs „La revue ukrainienne“ in Genf; 1917-1919 Mitarbeiter der Wochenzeitschrift „L'Ukraine“ in Lausanne; 1918 Ernennung zum dortigen UNR-Konsul; 1922 offizieller Vertreter der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche in Westeuropa; 1939-1950 Leiter des Ukrainischen Roten Kreuzes in der Schweiz; 1955 Bischof der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche.

Čyns'kyj, Julijan

* 1870 Lemberg, † ?

Politiker und Journalist; 1918 Mitglied der Nationalrada in Ostgalizien; 1919-1921 Repräsentant der Ukrainischen Volksrepublik in Washington; 1929 Rückkehr in die Sowjetukraine, Mit-

arbeit an der Ukrainischen Sowjetencyklopädie; 1934 Verhaftung und Deportation in ein Lager auf den Soloveckij-Inseln; weiteres Schicksal unbekannt.

Čyns'kyj, Lev

* 14.07.1872 Serafynci (Galizien)
 † 4.10.1930 Grimmenstein (Österreich)
 Politiker und Rechtsanwalt; Führer der URP in Galizien 1918-1930; Mitglied des österreichischen Reichsrates 1907-1918; Vizepräsident des Ukrainischen Hauptrates in Wien 1915-1916; Vizepräsident der Nationalrada der ZUNR; Vater des konstitutionellen Gesetzes vom 3.01.1919, das die Einheit von UNR und ZUNR zum Inhalt hatte, und des Gesetzes zur Landreform; 1928-1930 Mitglied des polnischen Sejm.

Čyževs'kyj, Pavlo

* 1860 Poltava, † 1925 Genf
 Physikstudium an der Universität Kiew und in der Schweiz; noch als Student wegen seiner politischen Aktivitäten nach Sibirien verbannt; aktiv in den *zemstvos*, Mitglied der UDRP und der TUP; Wahl in die Erste und Zweite Duma, wichtiges Mitglied der ukrainischen Fraktion; in der Central'na Rada in Kiew vertrat er das Gouvernement Poltava; Mitglied des ZK der Ukrainischen Partei der Sozialisten-Föderalisten; 1918 Vorsitzender der ukrainischen Handelsdelegation in der Schweiz; Chef des Parteibüros der Ukrainischen Sozialisten-Föderalisten in Wien; Mitglied der ukrainischen Exilregierung in Tarnów (Polen) 1920.

Daszyński, Ignacy

* 26.10.1866, † 31.10.1936

Polnischer Vizepräsident: 23.07.1920-10.09.1921.

Davies, Joseph E.

* 1876, † ?
 Amerikanischer Gesandter in London; später Botschafter in Moskau 1936 und in Brüssel 1938.

Decykevych, Volodymyr

* 1865, † 1946
 1906-1914 Chef der Galizien-Abteilung des österreichischen Innenministeriums in Wien; 1916-1918 Vizepräsident im Rat des Statthalters in Lemberg, am 1.11.1918 transferierte der letzte österreichische Gouverneur von Galizien, General K. Huyn, seine Macht auf Decykevych; 1928-1938 Repräsentant der UNDO im polnischen Senat; 1921-1925 Leiter des Schulrates für höhere ukrainische Schulen in Lemberg, Professor für Verwaltungsrecht an der ukrainischen Untergrund-Universität in Lemberg; 1927-1932 Präsident der Gesellschaft der Freunde der Erziehung, 1930-1939 Leiter der Gesellschaft der Freunde des Ukrainischen Nationalmuseums.

Del'vig, Serhij

* 1866 Moskau, † 1944 Afrika
 Generaloberst der Armee der UNR, schrieb über Militärisches; bedeutender Artillerie-Experte; 1919 ArtillerieInspekteur der UNR-Armee; Juni 1919 Leiter der ukrainischen Mission bei den Friedensverhandlungen zwischen der UNR und Polen; 1919 Leiter einer außerordentlichen ukrainischen Militärmission in Rumänien; blieb als Emigrant in Rumänien.

Denikin, Anton

* 16.12.1872 in der Nähe von Warschau, † 8.07.1947 Ann Arbor (Michigan)

Russischer General, nach dem Tod von L. Kornilov am 13.04.1918 kommandierte er die „weißen“ antibolschewistischen Kräfte im Süden Rußlands, die Freiwilligenarmee und die Kosakenregimenter des Don und Kuban'-Gebiets; sein Ziel war, das Zarentum wiederzuerrichten; dabei ging er gegen alles Ukrainische besonders streng vor und machte sich die Bevölkerung zum Feind; am 4.04.1920 wurde er von General Wrangel' abgelöst und lebte fortan als Emigrant im Westen.

Derby, Edward George Villiers Stanley, 17. Graf von

* 4.04.1865 London

† 4.02.1948 Knowsley (Lancashire)
1885-1895 diente er bei den Grenadier Guards; 1895 Lord High Treasurer of England (Erster Lord der Schatzkammer); 1900 Finanzsekretär im Kriegsministerium; 1903-1905 Generaldirektor der Post; 1914-1918 zuständig für Rekrutierungen, führte die allgemeine Wehrpflicht ein; Juli 1916 Unterstaatssekretär im Kriegsministerium; Dezember 1916 Staatssekretär im Kriegsministerium (Kabinet Lloyd George); 1918-1920 Botschafter in Frankreich; Staatssekretär im Kriegsministerium in den Kabinetten von Bonar Law und Baldwin (Oktober 1922-Januar 1924).

Dmowski, Roman

* 9.08.1864 Kamionek (bei Warschau)
† 2.01.1939 Drozdowo (Polen)

Einer der Gründer und Führer der polnischen Nationaldemokratischen Partei; Abgeordneter der Zweiten und Dritten russischen Duma, Leiter des Polnischen Klubs der Duma; 1917-1919 Leiter des Polnischen Nationalkomitees in Paris, 1919 unterzeichnete er als Repräsentant Polens den Friedensvertrag von Versailles; 28.10.1923-13.12.1923 polnischer Außenminister; er war strikt gegen die ukrainische Unabhängigkeit und favorisierte die Aufteilung der Ukraine zwischen Polen und der UdSSR.

Dorošenko, Dmytro

* 8.04.1882 Vilnius

† 19.03.1951 München

Nachfahre einer kosakischen Hetman und Offiziersfamilie aus der Region Černihiv; Studium der Geschichte an den Universitäten Warschau, St. Petersburg und Kiew, wo er 1909 seinen Abschluß machte; 1903 Leiter der ukrainischen studentischen Hromada in St. Petersburg und Sekretär der Zeitschrift „Ukrajins'kyj Vestnyk“ 1906; in Kiew und Katerynoslav aktiv in der lokalen Prosvita-Gesellschaft und in der Katerynoslaver Archiv-Kommission; 1907 als Sekretär von „Ukrajina“ und von 1910-1913 als Herausgeber von „Dniprovi chvyli“ tätig; ab 1913 Sekretär der Ukrainischen Wissenschaftlichen Gesellschaft und Herausgeber ihrer Mitteilungen in Kiew; vor der Oktoberrevolution 1917 wurde er Kommissar der Provisorischen Regierung für Galizien und die Bukowina; es folgte bald die Wahl in die Central'na Rada; nach seiner Ablehnung, Regierungschef zu werden, wurde er ukrainischer Kommissar für

das Gouvernement Černihiv; Mai bis November 1918 ukrainischer Außenminister in der Regierung des Hetman Skoropads'kyj, dann Lehrer an der staatlichen Universität von Kam-janec'-Podil's'kyj; 1919 Emigration; er blieb eine wichtige Figur der Hetman-Bewegung in der Emigration; 1921-1951 Professor an der Ukrainischen Freien Universität in Wien, Prag und München und an der Karls-Universität in Prag (1926-1936); 1926-1931 Direktor des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Berlin; Professor für Kirchengeschichte an der Warschauer Universität 1936-1939; Professor für ukrainische Geschichte am St. Andrew's College in Winnipeg (1947-1950); ab 1923 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft.

Drahomanov, Mychajlo

* 6.09.1841 Hadjač (Poltava)

† 20.07.1895 Sofia

Wissenschaftler, Publizist und politischer Denker; stammte aus dem Landadel mit kosakischen Wurzeln; Studium an der Universität Kiew, 1864 Privatdozent, 1873 Professor für alte Geschichte; neben seiner wissenschaftlichen Karriere Teilnahme an den Aktivitäten der Kiewer Hromada; Kontakt zu den galizischen Ukrainern; setzte sich sehr für alles Ukrainische ein; kritische Auseinandersetzung mit der russischen Innen- und Außenpolitik; 1875 Ausschluß aus der Universität; 1876 schickte ihn die Hromada als ihren Sprecher nach Genf; 1878-1882 publizierte er die erste moderne politische Zeitschrift „Hromada“; er machte auf die schlechte Lage des ukrainischen Volkes unter russischer Herrschaft in Zeitungsartikeln in Frank-

reich, Italien und der Schweiz aufmerksam; er pflegte auch Kontakt zu radikalen Gruppen (Polen, Juden, Serben, Bulgaren, Rumänen); Mitte der achtziger Jahre entzog die Hromada ihm das Vertrauen und die finanzielle Unterstützung, da ihr seine Ansichten zu sozialistisch und die Kritik an der russischen Politik zu hart war; 1889 bekam er einen Lehrstuhl an der Universität in Sofia; er starb an einer Herzkrankheit.

Duchonin, Nikolaj Nikolaevič

* 1876, † 1917

General der Zarenarmee; im Ersten Weltkrieg diente er in verschiedenen Stäben in verschiedenen Positionen; September 1917 im Generalstab; nach der Oktoberrevolution und Kerenskij's Flucht Oberkommandierender; am 22. November entlassen und durch Krylenko ersetzt; von Matrosen, die wegen der Verzögerung des Friedenschlusses aufgebracht waren, im Bahnhof von Mohiliv ermordet.

Efremov, Serhij

* 18.10.1876 Palčuk (Kiew)

† 10.03.1939 Vladimir (Gefängnis)

Ab 1919 Mitglied der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, ab 1923 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft; JuraStudium in Kiew, bevor er sich der Literaturwissenschaft zuwandte; führendes Mitglied der UDRP und der TUP, die dann in die ukrainische Partei der Sozialföderalisten umgeformt wurde; während der Zarenzeit wegen seiner Artikel und politischen Aktivitäten mehrmals in Haft; 1917 Mitglied der Central'na Rada und der Mala Rada; Generalsekretär für interna-

tionale Angelegenheiten; Mitglied der ukrainischen Delegation, die mit der Provisorischen Regierung in St. Petersburg verhandelte; 1929 war er der Hauptangeklagte bei dem Prozeß gegen die Union zur Befreiung der Ukraine; 1930 wurde er zum Tode verurteilt, die Strafe wurde in 10 Jahre Zuchthaus umgewandelt; einige Monate vor seiner Entlassung starb er im Gefängnis in Rußland.

Eichhorn, Hermann von

* 1848 Breslau, † 30.07.1918 Kiew
Deutscher Feldmarschall; 1918 Oberkommandierender der deutschen Armee in der Ukraine; mit seinem Befehl vom 6.04.1918 brachte er sich mit der Rada in Konflikt; er war hauptsächlich für die repressive deutsche Politik in der Ukraine verantwortlich; am 30.07.1918 wurde er von dem russischen Sozialrevolutionär B. Donskij ermordet.

Fedak, Stepan

* 9.01.1861 Przemyśl
† 6.01.1937 Lemberg
Ab 1890 Rechtsanwalt in Lemberg; Mitbegründer und aktiv in vielen wirtschaftlichen Organisationen (Dnjestr Versicherungsgesellschaft, Centrobank etc.); 1913-1918 Vizepräsident der Provinz-Bank in Lemberg; 1915 Deportation durch die Russen nach Kiew, wo er Hilfe für galizische Ukrainer organisierte; 1916 Rückkehr nach Lemberg; Staatssekretär für Nahrungsmittelversorgung in der ZUNR; Dezember 1918 Gründung eines Ukrainischen Bürgerkomitees, um mit den polnischen Behörden verhandeln, Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen der Polen helfen zu können; leitete dieses Komitee bis zu seiner

Auflösung im September 1921; gründete daraufhin ein Hilfskomitee für ukrainische politische Gefangene und leitete es bis zu seinem Tode.

Ferdinand I., König von Rumänien

* 24.08.1865 Sigmaringen

† 20.07.1927 Sinaia

1885 preußischer Gardeoffizier; studierte ab 1887 in Tübingen und Leipzig Geschichte, Philosophie und Jura; 1881 und 1886 Besuche in Rumänien, wo er durch Adoption Thronerbe des kinderlosen Königs Karl I. wurde. Ferdinand widmete sich vor allem der rumänischen Armee; 11.10.1914 Thronbesteigung; ließ sich in seiner Politik von Brătianu leiten; August 1916 Kriegserklärung an Österreich-Ungarn; die rumänische Offensive an der siebenbürgischen Front kam schnell zum Stillstand; 6.12.1916 Fall Bukarests, Januar 1917 Zweidrittel des Landes in Feindeshand; König und liberales Kabinett wichen nach Jassy aus; währenddessen konstituierte sich in Bukarest eine deutschfreundliche Verwaltung unter dem Konservativen Alexandru Marghiloman, dem im Frieden von Bukarest (7.05.1918) durch die Reichsleitung harte Friedensbedingungen diktiert wurden. Der Zerfall des rumänischen Heeres und die schwindende Bedeutung des Kriegsschauplatzes auf dem Balkan brachte Rumänien seinen Kriegszielen näher. Bessarabien konnte besetzt werden, ebenso die Bukowina und Siebenbürgen. Am 15.10.1922 wurde Ferdinand in Karlsburg zum ersten König aller Rumänen gekrönt; er folgte auch weiterhin der Politik Brătianus.

Foch, Ferdinand

* 2.10.1851 Tarbes, † 20.03.1929 Paris
 Führt zu Beginn des Ersten Weltkrieges in der Marneschlacht die 9. französische Armee, leitete 1915/16 an der Spitze der Heeresgruppe Nord die Kämpfe im Artois und die Angriffe in der Sommeschlacht; 1917 Beförderung zum Chef des Generalstabes, Mitglied des Obersten Kriegsrates, am 26.03.1918 mit der strategischen Leitung der Operationen der alliierten Heere in Frankreich betraut, am 14.04.1918 erhielt er den Oberbefehl; im gleichen Jahr Ernennung zum Marschall; nach der letzten deutschen Offensive bis zur Marne gab er durch den Gegenangriff von Villers-Cotterêts dem Krieg an der Westfront die entscheidende Wende; am 11.11.1918 erzwang er die bedingungslose Annahme der von ihm gestellten Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland.

Forgách von Ghymes und Gacs, Johann

* 1870, † 1935
 Ungarischer Diplomat; Einsätze in Bukarest 1892, St. Petersburg 1895, Den Haag 1899, Generalkonsul in Sofia 1903, Rom 1904, Gesandter in Rio de Janeiro 1905, Belgrad 1907-1909, Dresden 1911, Abteilungsleiter im Außenministerium 1913; August 1914 Ernennung zum Botschafter; Forgách setzte sich vor allem um die Erhaltung der Neutralität von Staaten ein, die Neigungen zur Entente hatten (v.a. Rumänien); Januar 1917, mit dem Amtsantritt von Czernin als Außenminister, wurde er auf unbefristete Zeit in Urlaub geschickt; Februar 1918 Leiter der österreichisch-ungarischen Delegation

in Kiew; September 1918 Rückzug auf seine Güter bei Gacs.

Franchet d'Esperey, Louis Félix Marie François

* 1856 Mostaganem, † 1942
 Marschall von Frankreich; 1914 Kommandant des 1. Armeekorps, später des 5. Korps, Sieger bei Montmirail; Chef einer Armeegruppe, 1916 Chef der Ost-Armee, 1917 der Nord-Armee; 1918 Oberkommandierender der alliierten Kräfte in Saloniki; zwingt die Bulgaren zur Annahme des Friedensvertrages; 1921 Ernennung zum Marschall; Generalinspekteur der Truppe in Afrika; Leiter verschiedener Spezialmissionen; 1934 Mitglied der Academie française.

Francis, David Rowland

* 1850, † 1927
 1896-1897 amerikanischer Innenminister; 1916-1919 Botschafter in St. Petersburg.

French, Sir John Pinkstone Denton

* 28.11.1852 Ripple Vale (Kent)
 † 22.05.1925 Deal
 Seit 1915 Viscount of Ypres and High Lake; 5.05.1918-1.04.1921 Lordstatthalter für Irland.

Gaertner, Friedrich

* 1.05.1882 Wien, † 6.02.1931 Wien
 Nationalökonom; 1909 Promotion; 1912 Habilitation; 1913 Ministerialsekretär im österreichischen Ministerpräsidium; im Krieg wurde ihm die Leitung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt übertragen; er organisierte die Lebensmittelrationierung und wurde der Schöpfer der „Brotkarte“; nach dem Ersten Weltkrieg wurde er als Ministerialrat in die österreichische

Staatskanzlei (=Bundeskanzleramt) übernommen; 1923 Ausscheiden aus dem Staatsdienst; 1926 Direktor der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft.

Gauvain, Auguste

* 1861 Vesoul, † 1931

Diplomat und Publizist; übte im Bereich der außenpolitischen Orientierung Frankreichs großen Einfluß mit seinen Artikeln in der Zeitschrift „Débats“ aus.

Genocchi, Giovanni

* 30.07.1860 Ravenna, † 6.06.1926

Missionar, Spezialist für orientalische Sprachen, Bibelgelehrter; Mitglied der apostolischen Legation in Syrien und Istanbul und Missionar dort; 1920 von Papst Benedikt XV. zum päpstlichen Visitor mit diplomatischen Befugnissen in die Ukraine entsandt; er wurde davon abgehalten, die Ukraine zu besuchen, und hielt sich hauptsächlich in Polen auf; 1923 war er päpstlicher Visitor in Galizien.

Goremykin, Ivan Logginovič

* 8.11.1839 Novgorod

† 24.12.1917 Kaukasus

1895-1899 russischer Innenminister; 1899 Mitglied des Reichsrates, Mai bis Juli 1906 sowie 1914-1916 Ministerpräsident; von Räubern in seinem Haus im Kaukasus erschlagen.

Grabski, Wladyslaw

* 7.07.1874, † 1.03.1938

Polnischer Ministerpräsident: 24.06.-23.07.1920 und 20.12.1923-13.11.1925.

Gratz, Gustav

* 30.03.1875 Gällnitz (Zips), † 1946

Abgeordneter des ungarischen Reichstages 1906-1917; 1917 Finanzminister; 1918 Wirtschaftsdelegationsleiter bei den Friedensverhandlungen in BrestLitovsk und Bukarest; 1919 ungarischer Gesandter in Wien; 18.01.-7.04.1921 ungarischer Außenminister; vertrat Ungarn vor dem Völkerbund; Mitbegründer und Mitglied der Association Diplomatique Internationale; nach den Ereignissen vom 19.03.1944 wurde er im Straflager Mauthausen inhaftiert; nach seiner Befreiung 1945 arbeitete er an der Demokratisierung Ungarns, emigrierte dann in die Schweiz und von dort nach London.

Groener, Wilhelm

* 22.11.1867 Ludwigsburg

† 3.05.1939 Bornstedt

Deutscher General; Stabschef der OHL in der Ukraine vom März bis Dezember 1918; gegenüber der Rada kritisch eingestellt: führende Rolle beim Staatsstreich des Hetman Skoropads'kyj; war bestrebt, die Ukraine als besetztes Land auszubeuten; er behinderte und verzögerte die Aufstellung ukrainischer Armeeeinheiten; später einer der Gründer der Ukrainischen Wissenschaftlichen Gesellschaft in Berlin und Erster Vorsitzender ihres Vorstandes.

Grünberger, Alfred

* 15.10.1875 Karlsbad

† 24./25.04.1935 Paris

1898 Eintritt in den österreichischungarischen Staatsdienst; 9.07.-20.11.1920, 20.11.1920-1.06.1921 und 21.06.-7.10.1921 österreichischer Minister für Volksernährung; 7.10.1921-26.1.1922 Handelsminister; 31.05.1922-16.04.1923.

17.04.-20.11.1923 und 20.11.1923-8.11.1924 österreichischer Außenminister.

Habsburg-Lothringen von, Wilhelm Franz Joseph

* 10.02.1895 Pula (Dalmatien), † 1949
Annahme des ukrainischen Namens **Vasyl' Vyšyvanyj**; 1918 befehligte er österreichische ArmeeEinheiten in der südlichen Ukraine, darin eingeschlossen Einheiten der Sič-Schützen; Herbst 1918 wurde sein Kommando in die Bukowina verlegt; 1919 diente er als Oberst im Kriegsministerium der UNR; am 26.08. 1947 Verhaftung durch den sowjetischen Militärgheimdienst in Wien und Verschleppung in die Sowjetunion; die Polizeidirektion Wien führte seine Verhaftung auf seinen gesellschaftlichen Verkehr mit einem gewissen Roman Novosad zurück; beide waren offenbar ukrainischen Flüchtlingen durch ihre Ukrainischkenntnisse bei den Behörden behilflich; die Staatsbürgerschaft des Wilhelm von Habsburg blieb ungeklärt.

Halahan, Mykola

* 1882 Trebuchiv (Černihiv), † ?
Politiker, Publizist, eigentlich Mediziner; 1903-1905 Mitglied der RUP und der Spilka; 1917 Mitglied der USDRP; Repräsentant der Central'na Rada im Kuban'-Gebiet und 1918 in Rumänien; während der Direktionszeit führte er die ukrainische diplomatische Mission in Ungarn; Emigration nach Wien, wo er das Ukrainian Relief Committee leitete, später ging er nach Prag; 1927-1939 Leiter des ukrainischen Bürgerkomitees in der Tschechoslowakei und

Tätigkeit im Verlagswesen; nach 1945 ist sein Schicksal unbekannt.

Halip, Teodot

* 19.06.1873 Voloka (Bukowina)
† 6.04.1943 Brno (Tschechoslowakei)
Rechtsanwalt und politischer Führer in der Bukowina, Schriftsteller und Publizist; 1904-1914 Präsident der Sič-Vereinigung und Führer der URP in der Bukowina (1906-1918); 1911 Wahl in den Bukowiner Landtag; im November 1918, mit der russischen Okkupation der Bukowina ging er nach Galizien; Mitglied der Ukrainischen Nationalrada in Stanyslaviv; Mitglied der diplomatischen Mission der UNR in Rom; 1920 Rechtsanwalt in Chust; 1939 geht er nach Brno; gab Vorlesungen an der Freien Ukrainischen Universität in Prag.

Haller, Józef

* 13.08.1873 Jurczyce (bei Krakau)
† 4.06.1960 London
General der polnischen Armee, die 1918 in Frankreich geschaffen wurde; April 1919, Hallers Armee (6 InfanterieDivisionen) erreicht Warschau mit der Direktive der Alliierten, die Rote Armee zu bekämpfen; Mai - Juli 1919 Kampf gegen die westukrainische Armee, die aus Galizien abgedrängt wurde; 1.06.1919 Beförderung Hallers zum vollwertigen General; hatte bis 1926 Schlüsselpositionen in der polnischen Armee inne.

Hardinge of Penhurst, Charles

* 1858, † 1944
Sekretär an den britischen Botschaften in Sofia, Bukarest und Teheran 1897; 1898 in Paris und St. Petersburg; 1904-1906 Botschafter in St. Petersburg; 1910-

1916 Vizekönig von Indien; 1910 Erhebung zum Pair; permanenter Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten 1916-1920; 1919 Delegierter der Friedenskonferenz in Paris; 1920-1923 Botschafter in Paris.

Hartmann, Ludo Moritz

* 2.03.1865 Stuttgart, † 14.11.1924 Wien Studium der Geschichte, Rechtsgeschichte und Nationalökonomie in Wien und Berlin; 1887 Promotion; 1889 Dozent für römische und mittelalterliche Geschichte in Wien (1918 außerordentlicher, 1922 ordentlicher Professor); schloß sich der Volksbildungsbewegung an; 1910 Mitglied der SPÖ; 1918 Archivbevollmächtigter für Österreich; Dezember 1918 bis November 1920 erster österreichischer Gesandter in Berlin; er propagierte unter deutschen Politikern den Anschlußgedanken und hatte großen Anteil an den deutschösterreichischen Verhandlungen zum Anschlußprotokoll vom 2.03.1919. Als beratendes Mitglied des Senats und Verfassungsausschusses in Weimar setzte er sich dafür ein, daß in der Verfassung die Möglichkeit eines Anschlusses offen bleiben sollte und daß Schwarz-Rot-Gold die Farben der deutschen Republik wurden. Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung Österreichs und des Bundesrates.

Hodgson, Sir Robert MacLeod

* 1874, † ?
1911 britischer Konsul in Vladivostok; Chef der Spezialmission in Omsk; 1919 Handelsberater in Rußland; Gesandter in Durazzo 1928; nahm 1936 seinen Abschied; wurde 1937 Regierungsgagent für den von den nationalistischen Autori-

täten besetzten Landesteil Spaniens; Chargé d'Affaires in Burgos 1939.

Hoffmann, Max

* 25.01.1869 Homberg
† 8.07.1927 Bad Reichenhall
Deutscher General; Chef des Generalstabes der deutschen Ostfront ab August 1916; zusammen mit Kühlmann leitete er die deutsche Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk.

Holicyns'kyj, Jevhen

* 20.10.1878 Kišinev
† 17.03.1932 Prag
1905 Mitglied der USDP; 1915-1917 Verbindungsoffizier zwischen ukrainischen Aktivisten in Kiew und der Union zur Befreiung der Ukraine; 1917-1918 Mitglied der Central'na Rada und der Hauptabteilung des Handels und Industrieministeriums; 1919 Leiter der ukrainischen Mission in den USA; später Diplomat in Estland; ab 1923 Dozent für chemische Technologie an der Ukrainischen Landwirtschaftsakademie in Poděbrady, Tschechoslowakei.

Holubovyč, Vsevolod

* 1885 Poltavka (Podolien), † ?
Politiker, Journalist, Ingenieur; Studium am Kiewer Polytechnischen Institut; Repräsentant der ukrainischen Sozialrevolutionäre in der Mala Rada und im Generalsekretariat der UNR; Januar 1918 Leiter der ukrainischen Delegation in Brest-Litovsk; 30.01.1918- 29.04.1918 ukrainischer Premierminister und Außenminister; bis Dezember 1918 inhaftiert von der HetmanRegierung; 1919/1920 publizierte er die Zeitung „Trudova hromada“ in Kam-janec'-Podil's'kyj und

Vinnycja; 1931 in einem Schauprozeß verurteilt und spurlos verschwunden.

House, Edward Mandell

* 26.07.1858 Houston (Texas)

† 28.03.1938 New York

Trotz der Weigerung, ein offizielles Amt zu übernehmen, blieb Colonel House die „graue Eminenz“ von Präsident Wilson und war Wegbereiter vieler wichtiger politischer Entscheidungen seiner Zeit. 1880-1906 Pflanzer in Houston; ab 1894 politisch tätig; 1911 lernte er Wilson kennen; unterstützte ihn in seinem Wahlkampf, war auch an der Benennung der Kabinettsmitglieder beteiligt; er koordinierte die amerikanische Kriegsalianz mit der Entente 1917/18; Mitbegründer des Völkerbundes; Bruch mit Wilson im Juni 1919 wegen dessen Verhandlungsführung bei den Versailler Friedensverhandlungen.

Howard de Penrith, Esmé William

* 15.09.1863 Greystoke Castle (Cumberland), † 1.08.1939 Hindhead

April 1885 Eintritt in den diplomatischen Dienst, Privatsekretär seines Schwagers Lord Carnarvon in Irland; 1886 britischer Attaché in Rom; 1888 in Berlin; Rückzug aus dem Staatsdienst zwischen 1892 und 1894; Privatsekretär von John Wodehouse, Lord Kimberley, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten in Lord Roseberys Regierung von 1894 bis 1895; 1900 diente er in Südafrika; 1903 Sekretär an der britischen Botschaft Rom; 1903 Generalkonsul auf Kreta; 1906 Konsul in Washington; 1908 Generalkonsul in Budapest; Gesandter in der Schweiz von 1911 bis 1913 und dann in Schweden bis zum Waffenstill-

stand; Mitglied der britischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Paris 1919; Kommissar in der interalliierten Mission nach Polen; 1919 Botschafter in Spanien; 1924-1930 Botschafter in den USA.

Hrekov, Oleksander

* 4.12.1875 Sopyč (Černihiv)

† 2.12.1958

Ukrainischer General; 1899 Aufnahme in die russische Armee; 1905 Abschluß der Generalstabsakademie in St. Petersburg; 1915 Beförderung zum General; 1917-1919 in der ukrainischen Armee: Divisionskommandeur, Kriegsminister der UNR, Kommandeur der südlichen Front; 9.06.-5.07.1919 Oberkommandierender der ukrainischgalizischen Armee; für die Čortkiv-Offensive wurde er zum Generalmajor ernannt; ab 1920 lebte er in Wien; 30.08.1948 vom sowjetischen militärischen Geheimdienst verhaftet und nach Sibirien verschleppt; am 23.12.1956 wurde er entlassen und kehrte nach Wien zurück.

Hruševs'kyj, Mychajlo

* 29.09.1866 Chełm, † 25.11.1934 Kislovodsk (Kaukasus)

Wichtigster ukrainischer Historiker; ab 1894 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft, der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften ab 1929; bis 1886 Gymnasium in Tiflis; erste Veröffentlichung im „Dilo“ 1885; 1890 Abschluß an der historisch-philologischen Fakultät der Universität Kiew; 1894 Professor für Geschichte an der Universität Lemberg; Ivan Franko war ein Mitarbeiter von ihm; 1898 Gründung des „Literaturno-naukovyj vistnyk“

zusammen mit Ivan Franko und Hnatjuk: wurde das bedeutendste Forum für ukrainische Geschichte und politische Diskussion seiner Zeit; er trug viel zur ukrainischen Erziehung und Bildung in Galizien bei; 1898 erschien der erste Band seiner monumentalen „Istorija Ukrajiny Rusy“, bis 1937 erschienen weitere neun Bände in Lemberg und Kiew und deckten die ukrainische Geschichte bis 1658 ab; 1904 argumentierte er in einem Artikel, daß die ukrainische Geschichte in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht eine von der russischen vollkommen verschiedene Geschichte sei; 1899 einer der Gründer der NDP in Galizien, obwohl er sie bald wieder verließ; ab 1905 verbrachte er die meiste Zeit in der Dnjepr-Ukraine, wo er sich um die Aufhebung der Restriktionen des ukrainischen Lebens, die Entstehung ukrainischer Massenbewegungen und ukrainischer politischer Parteien bemühte; Herausgeber verschiedener Zeitschriften: „Literaturno-naukovyj vistryk“, „Zapysky ukrajins'koho naukovoho tovarystva v Kyevi“, „Ukrajna“, „Selo“, „Zasiv“; Gründungsmitglied der TUP; Herbst 1914 Verhaftung durch russische Behörden; Verbannung nach Simbirsk, dann Kazan', zuletzt stand er in Moskau unter Hausarrest; nach der Februarrevolution 1917 wurde er freigelassen; 17.03.1917 noch während seines Aufenthaltes in Moskau wurde er zum Vorsitzenden der Central'na Rada in Kiew gewählt; 1917 Anhänger der ukrainischen Sozialrevolutionäre; 29.04.1918 Wahl zum Präsidenten der UNR; Emigration 1919; zunehmender Wunsch, in die Ukraine zurückzukehren, Aussöhnung mit den

Kommunisten durch ihre Politik der Ukrainisierung und die der NĖP; 1924 Rückkehr nach Kiew; Arbeit in der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften; er wurde zunehmend als nationalistisch kritisiert; März 1931 Verbannung nach Moskau; die Zeitschriften, die er herausgab, wurden eingestellt, seine Studenten und Anhänger verhaftet und deportiert, er selbst mußte seinen Lebensabend im Kaukasus verbringen.

Hryhoriiŭ, Nykyfor

* 25.02.1883 Burty (Kiew)

† 5.08.1953 New York

Politiker, Publizist und Pädagoge; Mitglied der TUP; 1917 wurde er in der UPSR aktiv, Mitglied der Central'na Rada; als Präsident des Rats der Militärabgeordneten für den Kiewer Militärkreis leitete er die Ukrainisierung der Armee; 1918 Bildungsminister im Kabinett Holubovyč; Mitglied der Ukrainischen Nationalen Allianz, die den Hetman stürzte; 1919 Abgeordneter des Arbeiterkongresses und Direktor des UNR-Armee-Pressedienstes; als Mitglied des ZK der UPSR war er gegen die Borotbisten; 1921 Emigration nach Prag, von wo er 1938 in die USA ging.

Hymans, Paul

* 23.03.1865 Brüssel, † 8.03.1941 Nizza
Professor für Geschichte des Parlamentarismus an der Université Libre de Bruxelles; ab 1900 Abgeordneter und immer wieder gewählt; 1915-1916 belgischer Innenminister; 1918-1925 Außenminister; 1926-1927 Justizminister; 1927-1935 Außenminister; Hauptrepräsentant Belgiens auf der Pariser Friedenskonfe-

renz; 1920-1925 Vertreter Belgiens im Völkerbundsrat.

Insabato, Enrico

* 21.09.1878 Bologna, † 6.03.1963
Italienischer Politiker und Publizist, Experte für arabische und ukrainische Angelegenheiten; Unterstützer der ukrainischen Unabhängigkeit; als Ergebnis der Bemühungen Insabatos stimmte Orlando zu, 80.000 ukrainische Kriegsgefangene zu entlassen, um sie gegen die bolschewistische Invasion von 1917/18 kämpfen zu lassen. Dies wurde von Clemenceau verhindert, der Angst hatte, diese würden letztlich gegen Polen eingesetzt werden. Nach Insabatos Wahl (für die italienische Bauernpartei) ins Parlament kämpfte er heftig gegen Anerkennung des bolschewistischen Regimes durch Mussolini; Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Ukrainisch-italienische Freundschaft und aktives Mitglied (1955) der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft.

Ioffe, Adolf Abramovič

* 22.10.1883 Simferopol (Krim)
† 17.11.1927 Moskau
Russischer Chefdelegierter bei den Friedensverhandlungen in BrestLitovsk 1917; Botschafter in Deutschland, wo er sich bemühte, bolschewistische Propaganda zu betreiben; nach Bekanntwerden (ein Koffer „Diplomatengepäck“ öffnete sich und gab Flugblätter mit dem Aufruf zur Revolution in Deutschland preis) mußte er Berlin sofort verlassen; 1922 Mission in Japan, zur Wiederanknüpfung russisch-japanischer Beziehungen; 1925 Gesandter in Wien; Mitarbeiter Trockij bei der „Pravda“; unheilbar krank und

politisch bedeutungslos geworden, beging er in Moskau 1927 Selbstmord.

Ivanov, Andrej

* 28.10.1888 Kukševo (Kostroma), † 10.06.1927 Moskau
Russischer kommunistischer Aktivist in der Ukraine; 1916 Leiter der bolschewistischen Gruppe in der Munitionsfabrik in Kiew; Leiter des Revolutionären Rates und einer der Führer des bolschewistischen Aufstandes in Kiew 1918 gegen die Central'na Rada; 1918 Präsidiumsmitglied des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Ukraine und Volkskommissar für innere Angelegenheiten in der ukrainischen Sowjetregierung; 1919-1925 Leiter von Exekutivkomitees in Kiew, Charkiv und Odessa; ab 1923 Mitglied des Politbüros der KP(b)U.

Jakovliv, Andrij

* 11.12.1872 Čyhyryn (Kiew)
† 14.05.1955 New York
Dozent und Politiker; Mitglied der Ukrainischen Wissenschaftlichen Gesellschaft in Kiew und seit 1926 der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft; Direktor der Juristischen Abteilung der Ukrainischen Akademie der Künste und Wissenschaften der Vereinigten Staaten; 1917-1918 Mitglied der Central'na Rada und der Mala Rada; 1918 außerordentlicher Konsul in Österreich-Ungarn; unter dem Hetman Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen im ukrainischen Außenministerium; Januar 1919 für das Direktoratium Leiter der ostukrainischen Mission in Holland und Belgien; ab 1923 als Emigrant in Prag; dort Professor für Rechtswissenschaften an der Freien

Ukrainischen Universität und an der Ukrainischen Landwirtschaftsakademie in Poděbrady; Leiter des ukrainischen Akademikomitees in Prag; 1939 Direktor des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Warschau. Nach dem 2. Weltkrieg lebte er in Belgien, 1952 emigrierte er in die USA. Jakovliv ist einer der bedeutendsten Forscher auf dem Gebiet der ukrainischen Rechtsgeschichte und veröffentlichte einige bedeutende Monografien.

Jay, Peter Augustus

* 1877, † 1933

Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Paris 1902; 1903 in Konstantinopel, 1907 in Tokyo; 1909-1913 Generalkonsul in Kairo; 1916 Konsul in Rom; 1920 Gesandter in Salvador; 1921 in Rumänien; 1925 in Argentinien.

Jurkevyč, Lev [Pseudonym: L. Rybalka]

* 1884 Kryve (Kiew)

† 1917 oder Anfang 1918 Moskau
1904 Mitglied der RUP; 1905 Gründungsmitglied der USDRP, später Wahl in das ZK; 1907 Auslandsaufenthalt zwecks Studium, das er 1903 in Kiew begonnen hatte; nach 1911 lebte er in Frankreich, Lemberg und ab 1914 in der Schweiz; durch die Erbschaft seines Vaters reich geworden, unterstützte er die Zeitschriften „Naš holos“ (1910-1911) und „Dzvin“ (1913-1914). Er schrieb gegen Doncovs „bürgerlich nationalen“ Vorschlag, die Ukraine von Rußland zu lösen und Österreich anzugliedern, und verdamnte die ukrainische Bourgeoisie im Russischen Reich als servile Diener des Zarismus

sowie die Union zur Befreiung der Ukraine der Emigranten als Agentur des österreichischen und deutschen Imperialismus. Er kritisierte auch das chauvinistische zentralistische Denken der russischen Bol'seviki und setzte sich für eine ukrainische Autonomie und eine eigene ukrainische proletarische Revolution und eine ukrainische sozialdemokratische Arbeiterpartei ein. Ab 1914 konspirierte Lenin gegen ihn; Jurkevyč starb, bevor er in die Ukraine zurückkehren konnte.

Kaledin, Aleksej Maksimovič

* 1861, † 1918

General der Zarenarmee; 1882 beendete er seine militärische Ausbildung in der Michajlovsker Artillerieschule; diente in verschiedenen Stäben; ab Mai 1916 Kommando über das 12. Korps, Februar bis März 1917 über die VIII. Armee; Mai 1917 seines Amtes enthoben; ging nach Novočerkassk/Don, wo er zum Ataman des Don-Heeres gewählt wurde; Zusammenarbeit mit Kornilov; nach dem militärischen Zusammenbruch der Gegenrevolution beging er im Januar 1918 Selbstmord.

Kamenev, Lev Borisovič [Rosenfeld]

* 22.07.1883 Tiflis

† 25.08.1936 erschossen in Moskau
Russischer Revolutionär jüdischer Abstammung; 1901 Mitglied der russischen Sozialdemokratie; 1902 als Student in Paris; seit 1903 (Parteisplaltung) Bol'sevik; 1905 Verhaftung in Rußland; 1908 Emigration; 1914 wieder in Rußland; Redaktion der „Pravda“, Mitglied der Duma; Verhaftung; 1915-1917 in Sibirien; nach der Februarrevolution in St.

Petersburg 1917-1927 Mitglied des ZK; ist gegen den Militäraufstand und für eine Koalition aller sozialistischen Parteien; 1918-1926 Vorsitzender des Moskauer Stadtsowjets; 1919-1926 im Politbüro des ZK; 1922-1924 stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare; 1924 nach Lenins Tod bildete er mit Stalin und Zinov'ev eine Trojka gegen Trockij; nach Trockijs Niederlage 1925 mit Zinov'ev und Trockij gegen Stalin; Ausschluß aus der Partei (1927-1932); im ersten Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt und 1936 hingerichtet.

Kammerer, Albert

* 1875, † 1951

Mitglied der französischen Mission nach China 1902-1906; 1911 Regierungskommissar in Marokko; 1914 Delegierter auf der Londoner Konferenz über die Neuen Hybriden; 1915-1918 Generalsekretär der Konferenz über Elsaß-Lothringen; 1915-1917 Hauptbeigeordneter der Kabinette Viviani, Briand und Ribot; Mitglied der alliierten Konferenz in St. Petersburg und Kabinettschef von Doumergue 1917; Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen der Pariser Friedenskonferenz: baltische Staaten, Minderheiten, Griechische Angelegenheiten, Russische Angelegenheiten und Polen; Mitglied der Delegation des Obersten Rates nach London, San Remo, Brüssel und Spa 1920; bevollmächtigter Minister 1921; Generalsekretär der französischen Delegation der Abrüstungskonferenz in Washington 1921; Delegierter bei der internationalen Kommission der ägyptischen Staatsschulden 1922-1927; 1927 Mitglied der Association Diplomatique Internationale; 1929 Ge-

sandter in den Niederlanden; 1931 Botschafter in Brasilien; 1933 in der Türkei; 1936-1937 Botschafter in Japan.

Kandyba, Oleksander [Pseudonym für Oles, Oleksander]

* 5.12.1878 Bilopilja (Charkiv)

† 22.07.1944 Prag

Dichter; Studium der Tiermedizin in Charkiv; ab 1911 Mitarbeit bei der Herausgabe von „Literaturno-naukovyj vistnyk“ in Kiew; 1919 Emigration nach Budapest, dann nach Wien, wo er 1920 „Na perelomi“ herausgab und die Union ukrainischer Journalisten und Schriftsteller im Ausland leitete; ab 1924 lebte er in Prag.

Kapkan, Jurij

* 1875, † ?

Oberstleutnant in der russischen Armee; im Frühjahr 1917 trat er in die ukrainische Armee ein; Beförderung zum Oberst; Kommandeur des Chmelnyč'kyj-Regimentes und der Ersten Sedjuk-Division; Ende 1917 Chef der ukrainischen Streitkräfte an der Front gegen die Bol'sheviki; 1919 Infanterieinspektor der UNR-Armee.

Karachan, Lev Michajlovič

* 1889, † 1936

1904 Mitglied der russischen sozialdemokratischen Partei, ab Juli 1917 Bol'sevik; stammt aus einer kleinbürgerlichen Familie aus dem Gouvernement Kutaïssi; 1910-1915 Jurastudium in St. Petersburg, ab 1912 Teilnahme an der Gewerkschaftsbewegung, ab 1913 Arbeit für die Organisation Mežrajoncev; wegen Teilnahme an der Revolution wurde er 1915 verhaftet und nach Tomsk verbannt; nach der

Februarrevolution 1917 Rückkehr nach St. Petersburg, Wahl zum Mitglied der Duma des St. Petersburger Rayon, dann in den St. Petersburger Sowjet; August 1917 Vorsitzender des St. Petersburger Sowjet; November 1917 bis Anfang 1918 Sekretär der sowjetischen Delegation in Brest-Litovsk; 1918-1920 Mitglied im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten; 1921 Vertreter der RSFSR in Polen, ab August 1923 bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in China; war Verfolgungen unter Stalin ausgesetzt, posthume Rehabilitation.

Karl I., Kaiser von Österreich

* 17.08.1887 Persenberg (Niederösterreich), † 1.04.1922 Funchal (Madeira) Als Karl IV. König von Ungarn 1916-1918; Großneffe und Nachfolger Franz Josephs I.; nach der Ermordung Franz Ferdinands in Sarajevo Thronfolger; 21.11.1916-11.11.1918 Kaiser von Österreich; berief den Reichsrat wieder ein, Geheimverhandlungen mit Frankreich (Sixtus-Affaire 1917); versprach nach dem militärischen Zusammenbruch vergeblich Autonomie und Föderalisierung, um den Zerfall der Donaumonarchie zu verhindern (Oktober 1918); Verzicht auf die Regierung, in Österreich am 11. Oktober und in Ungarn am 13. November 1918, ohne formelle Abdankung; 1919 wurde er von der österreichischen Nationalversammlung des Thrones für verlustig erklärt und ausgewiesen; Exil in der Schweiz; 1921 zwei mißglückte Versuche, die Monarchie in Ungarn wiederherzustellen; von den Westmächten nach Madeira verbannt.

Kenworthy, Commander Joseph Montague

* 7.03.1886, † 8.10.1953

Ältester Sohn des 9th Baron of Strabolgi; Besuch der Royal Navy Academy, Ausbildung auf der H.M.S. Britannia; 1903 Mitglied der Royal Navy; diente in China, Ostindien, im Mittelmeer und an der afrikanischen Westküste; 1914-1915 Kommandeur der H.M.S. Bullfinch; 1916 der H.M.S. Commonwealth; 1917 im Kriegsstab der Admiralität; stellvertretender Stabschef in Gibraltar und bei den Konvoys im Mittelmeer 1918; Mitglied der Labour Party; Abgeordneter im Unterhaus von März 1919 bis November 1926 als Liberaler; November 1926 Wiederwahl als Labour-Mitglied; Wahlkampf-niederlage im Oktober 1931; 1934 Nachfolger seines Vaters als Peer im Oberhaus; 1938-1942 Chief Labour Party Whip (Einpeitscher; Parteimitglied, das die Anhänger zu Abstimmungen etc. zusammentrommelt).

Kerenskij, Aleksandr Feodorovič

* 4.05.1881 Volsk (Samara)

† 11.06.1970 New York

1904 Rechtsanwalt in St. Petersburg; gehörte dem linken Flügel der Sozialrevolutionäre (Trudoviki) an; 1912 Wahl in die Duma; trat für die Fortsetzung des Krieges ein; Brusilov-Offensive 1917; 14./15.03.-18.05.1917 Justizminister im ersten Kabinett von Fürst L'vov; 8.05.-21.07.1917 Kriegs- und Marineminister im 2. Kabinett von Fürst L'vov; 21.07.-6.08.1917 zum ersten Mal russischer Ministerpräsident; 6.08.-9.10.1917 und 9.10.-7./8.11.1917 zum zweiten und dritten Mal; Flucht ins westeuropäische

Exil; 1940 Emigration in die USA, arbeitete dort als Geschichtsprofessor.

Knox, Sir Geoffrey George

* 1884, † ?

1912 britischer Vizekonsul in Kairo; 1916 Spezialmission in Saloniki; 1920 Attaché des britischen Hochkommissars in Konstantinopel; Sekretär in Berlin 1923, 1929 Konsul in Madrid; 1932 Präsident der Saar-Kommission; 1935 Botschafter in Budapest; 1939-1944 Botschafter in Brasilien.

Kobyljans'kyj, Ljucij

* 1855 Zolotonoša (Poltava)

† 15.03.1941 Prag

Mediziner; gehörte der Kiewer Hromada an; arbeitete als medizinischer Gouvernementsinspektor im Kaukasus; organisierte dort Sonntagsschulen, Chöre und eine Prosvita-Gesellschaft in Baku; 1917 für die UPSR in der Central'na Rada; 1918-1919 Ratgeber an den ukrainischen Konsulaten in Konstantinopel und Budapest; Emigration in die Tschechoslowakei.

Kocjubyns'kyj, Jurij

* 7.12.1896 Vinnyca, † 8.03.1937

1914 Mitglied der bolschewistischen Partei, 1917 Mitglied des Petrograder Revolutionären Militärsowjets, 1917-1918 Kriegsminister in der ersten sowjetukrainischen Regierung, Kommandant der bolschewistischen Armee in der Ukraine; 1920 Diplomat, 1921-1922 Repräsentant der Sowjetukraine in Österreich, 1930-1934 stellvertretender Vorsitzender und 1934-1936 Vorsitzender der staatlichen Planungskommission, Mitglied des Allukrainischen Zentralko-

mitees; April 1936 Inhaftierung als Leiter eines ukrainischen Trockisten-Zentrums, März 1937 standrechtliche Erschießung; in den sechziger Jahren posthume Rehabilitierung.

Kolokol'cov, Vasilij

* ?, † ?

Landbesitzer aus dem Gouvernement Charkiv; *zemstvo*-Präsident in Vovčans'ke; Minister für Landangelegenheiten in Lyzohubs Kabinett der Hetman-Regierung; 1918 führte er das Gesetz zum Landverkauf ein; Oktober 1918 unterzeichnete er die „Note der Neun“, welche die ukrainische Autonomie ablehnte und für die Restauration des Russischen Reiches eintrat.

Kolčak, Aleksandr

* 4.11.1873 St. Petersburg

† 7.02.1920 Irkutsk

Russischer Admiral und politischer Führer; 1916-1917 kommandierte er die Schwarzmeer-Flotte; mit britischer Hilfe installierte er sich im November 1918 als Diktator in Omsk und als oberster Führer der „weißen“ Kräfte in Sibirien; sein Ziel war die Wiederherstellung des Russischen Reiches; 1919 Anerkennung durch die Alliierten als oberster antibolschewistischer Führer in Rußland, darauf folgte Protest durch die ukrainische und andere nationale Regierungen; seine grausame Politik entfremdete ihn der Bevölkerung, und Ende 1919 wurden seine Einheiten durch die Rote Armee aus Westsibirien vertrieben; die Tschechoslowakische Legion lieferte ihn den Sowjets aus, die ihn exekutierten.

Konovalec', Jevhen

* 14.06.1891 Zašktiv (Galizien)

† 23.05.1938 Rotterdam

Oberst in der UNR-Armee, politischer Führer der nationalistischen Bewegung; Jurastudium an der Universität Lemberg; aktiv in der Prosvita-Gesellschaft und in der NDP; Leutnant in der österreichisch-ungarischen Armee; 1915 russische Kriegsgefangenschaft in Caricyn; Flucht mit einer Gruppe ukrainischer Offiziere nach Kiew und Organisation des Galizisch-Bukowiner Bataillons der Sič-Schützen im November 1917; Januar 1918 wurde Konovalec' Kommandeur dieses Bataillons, das als Erstes Bataillon der Sič-Schützen reorganisiert wurde; Niederschlagung des bolschewistischen Aufstandes in Kiew, Widerstand gegen Murav'evs Offensive, März 1918 Befreiung Kiews; da die Sič-Schützen es ablehnten, den Hetman anzuerkennen, wurden sie von den Deutschen entwaffnet und aufgelöst; unterstützt von der Ukrainischen Nationalen Allianz bekam Konovalec' dennoch vom Hetman die Erlaubnis, seine Einheit in Bila Cerkva wieder aufzustellen; November 1918 spielte sie eine Schlüsselrolle bei der Absetzung des Hetmans; später erfolgten Vergrößerungen der Einheit; Dezember 1919 Demobilisierung, Konovalec' wird im polnischen Kriegsgefangenenlager Luc'k inhaftiert. Mit dem Einverständnis Petljuras ging er im Frühling 1920 nach Prag, um galizische Unterstützung für eine Brigade aus Ukrainern aus tschechoslowakischen und italienischen Kriegsgefangenenlagern zu finden. Petruševyčs heftige Opposition beendete diesen Plan; mit Ende des Krieges entschloß sich Konovalec', im

Untergrund weiter zu kämpfen; 1921 Leiter der Ukrainischen Militärorganisation (UMO) baut er ihr organisatorisches Netzwerk weiter aus; Dezember 1922 Emigration nach Berlin (bis 1929), Genf (1929-1936) und Rom; weiterhin Kontrolle über die UMO, stellte Kontakt zu ausländischen, hauptsächlich deutschen und litauischen Geheimdienst und Militärkreisen her; wegen seiner Untergrundarbeit wurde er 1938 von einem bolschewistischen Agenten ermordet.

Korfanty, Wojciech

* 20.04.1873, † 17.08.1939

Polnischer Ministerpräsident: 14./19.-29.07.1922.

Kornilov, Lavr' Georgievič

* 1870, † 1918

General, Leiter der Gegenrevolution ab August 1917, 1918 Organisator der Gegenrevolution im Don-Gebiet; nach Abschluß der Militärakademie Kommandeur von Armeeteilen in Mittelasien; 1914-1917 Kommandeur der 25. Armeedivision; nach der Februarrevolution Leiter des St. Petersburger Militärkreises; ließ die Demonstranten im April 1917 durch Artillerie zusammenschießen; 1917 kommandierte er die VIII. Armee an der südwestlichen Front; unter seiner Ägide kam das Gesetz über die Todesstrafe an der Front zustande; Juli 1917 Oberkommandierender; nach dem Mißerfolg des Augustputsches wurde er von der Provisorischen Regierung gefangengesetzt; im November 1917 kam er durch einen Prikaz Duchonins frei und ging in das Don und Kuban'-Gebiet; im April 1918 fiel er im Kampf gegen die Rote Garde bei Ekaterinodar.

Koroliv, Fedir

* 1886, † 14.02.1935 Berlin

Mitglied der UPSR in der Dnjepr-Ukraine; 1906 Emigration nach Galizien, lebte dann in Černivci, ab 1914 in Wien; nach der Februarrevolution 1917 Rückkehr in die Ukraine, 1918 Abteilungsleiter im UNR-Ministerium für Nationalökonomie in Kiew; später unter dem Hetman Mitglied in der Wirtschaftskommission, die mit den Mittelmächten verhandelte; 1919 Leiter der UNR-Handelskommission in der Schweiz; lebte dann in Berlin, wo er das Komitee für Flüchtlingshilfe für Ukrainer leitete; Mitbegründer der Ukrainischen Nationalen Allianz in Deutschland, von 1933-1935 ihr Leiter.

Kosarenko-Kosarevyč, Vasyl'

* 23.03.1891 Lany (Galizien)

† 30.09.1964 New York

1918 diente er im UNR-Außenministerium, Mitglied der ukrainischen Delegation in Brest-Litovsk, dann Chargé d'Affaires in Berlin; Sekretär der Mission in Stockholm; während der Direktoriumszeit erfüllte er Spezialaufträge für die Ministerien für Straßenbau, Auswärtiges und für Finanzen; nach dem Krieg schloß er seine Studien des Ingenieurwesens und der Politikwissenschaft in Berlin ab, baute ein erfolgreiches Unternehmen auf und widmete sich seinen philosophischen und historischen Forschungen; 1943 Verhaftung durch die Gestapo aufgrund seiner Kritik an Hitlers Ostpolitik; zwei Jahre Haft in verschiedenen Straflagern; 1952 Emigration in die USA.

Kosior, Stanislaw

* 18.11.1889 Węgrów (Polen)

† 26.02.1939 Moskau

Donbas-Arbeiter, aktiv in der bolschewistischen Untergrundbewegung in der Ukraine vor der Revolution 1917; 1917 Mitglied des St. Petersburger Revolutionären Militärrates; ab 1918 hatte er viele wichtige Staats-, Partei- und Militärposten in der Ukraine, war auch Mitglied im Politbüro der KP(b)U; 1928-1934 Generalsekretär und 1934-1938 Erster Sekretär der KP(b)U; unter seiner Verwaltung wurde die Politik geändert: von der Ukrainisierung zur Russifizierung, verstärkte Kollektivierung der Bauern; 1933 „hausgemachte“ Hungersnot in der Ukraine, stalinistischer Terror, physische Vernichtung der ukrainischen Intelligenz; 1938 nach Moskau berufen, wurde er selbst verhaftet und 1939 erschossen; in den sechziger Jahren posthum rehabilitiert.

Kotljarevs'kyj, Ivan

* 9.09.1769 Poltava

† 10.11.1838 Poltava

Dichter und Dramaturg; Begründer der modernen ukrainischen Literatur.

Koval', Volodymyr

* 14.02.1885 Kulčyny (Wolhynien)

† 21.03.1927 Prag

Kooperativen-Führer und Agronom; machte seinen Abschluß am Kiewer Polytechnischen Institut 1912, arbeitete in St. Petersburg und Kiew in der *zemstvo*-Verwaltung, wo er moderne landwirtschaftliche Maschinen und Ackerbautechniken populär machte; Mitglied der Central'na Rada und Präsident der Zentralunion der landwirtschaftlichen Kooperativen; 1920 Professor am Kiewer Polytechnischen Institut und am Kiewer Handelsinstitut; 1921 Emigra-

tion nach Deutschland; 1924 in die Tschechoslowakei.

Koval's'kyj, Mykola

* 24.10.1899 Kiew

† 20.09.1976 Courbon, Seine-et-Marne

Als Mitglied des diplomatischen Korps der UNR diente er in der Mission in Konstantinopel und war mit der ukrainischen Delegation in Brest-Litovsk; 1924 kam er in Frankreich zusammen mit einem Kontingent UNR-Armeeveteranen an und wurde in der ukrainischen Gemeinde in Paris aktiv; viele Jahre war er Sekretär des Hauptrates der Union der ukrainischen Emigrantenorganisationen in Frankreich und eines UNR-Veteranenverbandes, Präsident des Ukrainischen Zirkels in Paris; Tätigkeit als Journalist und Publizist.

Kovalevs'kyj, Mykola

* 3.09.1892 Krupe (Lublin)

† 18.08.1957 Innsbruck

Als Student Führer der studentischen Hromada in Moskau 1912 und 1915 in Kiew; 1917 führende Rolle bei den ukrainischen Sozialrevolutionären und im Bauernverband; Herausgeber der Tageszeitung „Narodna volja“; Mitglied der Central'na Rada, in Vynnyčenkos Kabinett als Versorgungsminister und im Kabinett Holubovyč als Landwirtschaftsminister; 1919 während der Direktionszeit war er in den Kabinetten Martos und Mazepa Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten; 1920 Emigration nach Warschau, Bukarest und schließlich Innsbruck; dort als Journalist, Herausgeber und Schriftsteller tätig.

Kramář, Karel

* 27.12.1860 Hochstedt (Böhmen)

† 26.05.1937 Prag

Tschechoslowakischer Ministerpräsident 14.11.1918-10.07.1919.

Krasin, Leonid Borisovič

* 27.07.1870 Turgan (Tobolsk)

† 24.11.1926 London

Seit 1890 Mitglied der KP; Studium an der Technischen Universität St. Petersburg; 1891 Verbannung nach Nižnij Novgorod, 1895 nach Irkutsk; 1897-1900 Student der Charkiver Technischen Universität; 1900-1904 Ingenieur in Baku, hatte Anteil an der Organisation der geheimen Untergrunddruckerei „Nina“; Teilnahme an der Revolution 1905-1907; 1907-1910 Emigration; 1917 Rückkehr; 1918 Präsident der Versorgungskommission der Roten Armee, Teilnahme an den Verhandlungen in Brest-Litovsk und an den russisch-deutschen Verhandlungen in Berlin; zusammen mit Litvinov versuchte er, die Blockadepolitik der Westmächte zu brechen; 1919-16.12.1920 Volkskommissar für Verkehr; er unterschrieb den russisch-englischen Handelsvertrag von 1921; als Handelsvertreter der RSFSR in London nahm er an der Konferenz von Genua und Den Haag teil; Volkskommissar für Innen und Außenhandel 1918-1919, nur für Außenhandel 2.02.-Dezember 1924; 1925 Botschafter in Paris; 1926 Botschafter in London.

Krasnov, Petr Nikolaevič

* 1869, † ?

General der Zarenarmee; militärische Ausbildung im Aleksandrovsker Kadettenkorps; 1917 Kommando über das

3. Kavalleriekorps; August 1917 Einsatz gegen bolschewistische Aufständische in St. Petersburg; im Oktober 1917 befehligte er auf Befehl Kerenskij's Kosakeneinheiten; er wurde gefangen-genommen und auf Ehrenwort, nicht mehr gegen die Bol'sheviki zu kämpfen, wieder entlassen; begab sich daraufhin in das Don-Gebiet, wo er Truppen gegen die Sowjets sammelte; 1918 Wahl zum Ataman der Don-Armee; nach dem Zusammenbruch Denikins emigrierte er ins Ausland.

Krauss, Alfred

* 26.04.1862 Zara (Dalmatien)
† 29.09.1938 Bad Goisern (Oberösterreich)

Absolvent der Militärakademie in Wiener Neustadt; Mitte März 1917 Kommando über das I. Korps, das zunächst mit der 7. Armee (Kävess) in den Karpaten kämpfte und an der Offensive in Galizien und in der Bukowina teilnahm. 1.08.1918 Beförderung zum General der Infanterie, 16.05.1918 Kommandant der k. u. k. Ost-armee in der Ukraine (Zuständigkeit: Ausnützung der Lebensmittelreserven), Ende November 1918 Rückkehr aus der Ukraine.

Kühlmann, Richard von

* 3.05.1873 Konstantinopel
† 6.02.1948 Ohlstadt (Oberbayern)
7.08.1917 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; bis Juli 1918 Leiter der deutschen Außenpolitik; deutscher Delegationsleiter in Brest-Litovsk; führte auch die Verhandlungen mit Rumänien; 9.07.1918 Rücktritt, da er - im Gegensatz zur OHL - für einen Verständigungsfrieden eintrat; nach seinem Rücktritt hatte er führende

Positionen in der Leitung von Unternehmen der Familie Stumm angenommen.

Kun, Béla

* 20.02.1886 Szilagyecseh
† Ende 1937 oder 1939 in Moskau erschossen
1902-1904 in der Sozialdemokratie tätig; 1914-1916 Kriegsdienst, 1916 russische Kriegsgefangenschaft, revolutionäre Agitation; November 1918 Gründung der ungarischen KP; 22.03.- 24.06.1919 Ungarische Räterepublik: Volkskommis-sar für Äußeres; Sieg der Roten Armee Ungarns über die eingefallenen Tschechen, aber Niederlage gegen Rumänien; 1.08.1919 Ende der Räterepublik; Flucht nach Österreich, nach der Ausweisung Exil in Moskau 1920, führend in der Komintern; fällt stalinistischer Säuberung zum Opfer.

Kurmanovyč, Viktor

* 26.11.1876 Vilshanycja (Galizien)
† 18.10.1945 Odessa
1912 graduierte er an der Österreichischen Militärakademie in Wien und diente in der Nachrichtenabteilung des österreichischen Generalstabes; 1914 von den Russen unter der Anklage der Spionage gefangengenommen; 1915 für einen russischen Offizier ausgetauscht, kommandierte er österreichische Truppen an der Bukowiner Front und in Italien bis 1918; nach dem Zusammenbruch der Monarchie trat er in die ukrainische galizische Armee ein; nach einigen Beförderungen wurde er am 13.02.1919 Oberkommandierender (bis 7.06.1919); einige Monate war er auch Militärminister; nachdem die galizische Armee sich in die UNR zurückgezogen

hatte, wurde er zum Brigadegeneral und dann zum Generalquartiermeister im Stab des Obersten Ataman befördert; wegen Streitigkeiten über die Strategie und Krankheit verließ er die Ukraine und emigrierte nach Österreich; im April 1945 wurde er von den Sowjetbehörden verhaftet, nach Odessa deportiert, wo er in einem Gefängnishospital starb.

Kurovec', Ivan

* 17.01.1863 Batiatyče (Galizien)

† 13.05.1931

Medizinstudium in Wien, 1887 Abschluß; arbeitete in Kaluś; 1908-1914 Mitglied des galizischen Landtages; 1918-1919 Gesundheitsminister der ZUNR; einer der Mitbegründer der UNDO, 1928 für sie im polnischen Sejm; auch als Publizist tätig.

L'vov, Georgij Evgen'evič (Fürst)

* 2.11.1861 Dresden

† 8.03.1925 Boulogne-Billancourt

1885 Abschluß seines Jurastudiums; 1886 Eintritt ins russische Innenministerium; ab 1888 im *zemstvo* von Tula, 1903-1906 sein Vorsitzender; organisierte Hilfslieferungen im Russisch-japanischen Krieg; Abgeordneter für Tula in der Ersten Duma; 1914 Vorsitzender des Gesamtverbandes der *zemstvo*-Körperschaften; nach der Februarrevolution als Parteiloser von März bis Juli 1917 Ministerpräsident der Provisorischen Regierung; nach der Oktoberrevolution emigrierte er ins Ausland.

Landwehr Edler von Pragenau, Otto-kar

* 12.02.1868 Wien

† 13.03.1944 Wien

Absolvent der Militärakademie in Wiener Neustadt; 1914 Armee-Etappenkommandant der 5. Armee (Balkanstreitkräfte); Mai 1915 in gleicher Eigenschaft Versetzung an die Isonzofront; seit Januar 1916 Oberquartiermeister dieser Armee; 1.11.1916 Beförderung zum Generalmajor. Da er sich als glänzender Organisator erwiesen hatte, ernannte ihn Kaiser Karl I. am 27.02.1917 zum Vorsitzenden des neu geschaffenen gemeinsamen Ernährungsausschusses. Dabei hatte er die immer schwieriger werdende Lebensmittelversorgung der gesamten Monarchie und der Armee im Felde zu organisieren.

Lansing, Robert

* 1864, † 1928

Amerikanischer Außenminister; 24.06.1915-4.03.1921; Rechtsanwalt.

Lapčyns'kyj, Jurij

* 1887, † 1938

1917 führender Bol'sevik in Kremenčuk; Vorsitzender des Arbeiter- und Soldaten-sowjets; Dezember 1917 Leiter des Volkssekretariates und Mitglied des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Ukraine; während der Hetman-Regierung Bevollmächtigter der Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine in Černihiv, 1919 Leiter des dortigen Gouvernementsrevolutionskomitees, Mitglied des Allukrainischen Zentral Exekutivkomitees und des Kiewer Guberniums Revolutionskomitees; Leiter der föderalistischen Opposition in der KP(b)U; forderte auf der Konferenz von Homel' (November 1919) eine unabhängige kommunistische Partei für die Ukraine; beschuldigte die russische KP,

die Ukraine wie eine Kolonie zu behandeln, und trat aus der KP(b)U aus und in die UKP ein; 1928-1930 sowjetischer Konsul in Lemberg; Anfang der dreißiger Jahre wurde er unter dem Vorwurf des ukrainischen Nationalismus angegriffen und aus der Partei ausgeschlossen; er verschwand während des stalinistischen Terrors.

Law, Andrew Bonar

* 16.09.1858 New Brunswick (Kanada)
 † 30.10.1923 London
 1900 Unterhausabgeordneter; 1911-1915 Fraktions- und Parteiführer der Konservativen; 1915/16 Kolonialminister; 1916-1919 Schatzkanzler; Premierminister: 24.10.1922-22.01.1924.

Lebid'-Jurčyk, Charyton

* 1877 Ost-Podolien
 † 1945 Deutschland
 1917-1921 UNR-Beamter, Leiter einer Abteilung des Finanzministeriums, stellvertretender Finanzminister 1919-1921; hielt Vorlesungen an der staatlichen Universität Kam-janec'-Podil's'kyj; Emigration nach Polen, dann nach Deutschland; Dozent am Ukrainischen Wissenschaftlichen Institut in Berlin, spezialisierte sich auf die ukrainische Zuckerindustrie und die Staatsfinanzen.

Lenin, Vladimir Il'ič [Uljanov]

* 22.04.1870 Simbirsk
 † 21.01.1924 Gor'kij
 Nach dem Sturz des Zarismus durch die liberalkonstitutionelle Februarrevolution 1917 organisierte er aus dem Exil nach Rußland zurückgekehrte Lenin den bolschewistischen Aufstand vom 7.11. 1917. Als Vorsitzender des Rates der

Volkskommissare und als der führende Kopf der Partei der Bol'sheviki wurde er der Gründer der Sowjetunion, deren Regierungschef er bis zu seinem Tod blieb.

Leontovyč, Volodymyr

* 5.08.1866 Orichhovščina (Poltava)
 † 10.12.1933 Prag
 1888 Abschluß in Jura an der Moskauer Universität; führte die Besitzungen seines Vaters, war aktiv im *zemstvo* und in der ukrainischen kulturellen Bewegung; Mitglied der Kiewer Hromada und der TUP und veröffentlichte in vielen ukrainischen Zeitschriften; er finanzierte die Tageszeitung „Rada“; 1917 Mitglied der Central'na Rada; 1918 Landwirtschaftsminister in Lyzohubs Kabinet (Hetman-Regierung); nach der bolschewistischen Okkupation der Ukraine emigrierte er nach Berlin und von dort nach Prag; veröffentlichte Kurzgeschichten und seine Memoiren, arbeitete zusammen mit Jefymov an einem russischukrainischen Rechtswörterbuch, das 1917 und 1919 veröffentlicht wurde.

Levyč'kyj, Dmytro

* 1877 Dobračyn (Galizien)
 † 31.10.1942 Buchara
 Jurastudium in Lemberg; Offizier in der österreichischen Armee, 1915 russischer Kriegsgefangener, Deportierung nach Taškent. Während der Revolution organisierte und leitete er das Galizisch-Bukowinische Komitee in Kiew. Zur Zeit des Hetmans war er Sekretär der oppositionellen Ukrainischen Nationalen Allianz, 1919-1921 Chef der Mission der UNR in Dänemark; 1923-1925 Herausgeber des „Dilo“; 1926-1929 Vizepräsident der

UNDO; 1928-1935 Mitglied des polnischen Sejm; Vorsitzender der ukrainischen Fraktion; Organisator und Leiter des Ukrainischen Koordinierungskomitees (1936-1939), das alle legalen ukrainischen Parteien in Galizien repräsentierte; September 1939 Verhaftung durch einmarschierende Sowjets, Inhaftierung in Moskau bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion, dann wurde ihm erlaubt, in Usbekistan zu leben.

Levyč'kyj, Kost'

* 18.11.1859 Tysmenycja (Galizien)
 † 12.11.1941 Lemberg
 Jurist, Publizist, Politiker; Mitglied der NDP, 1907 Mitglied des österreichischen Reichsrates, 1908 Mitglied des galizischen Landtages, bis 1910 einer der einflußreichsten ukrainischen Politiker (Führer der stärksten ukrainischen Partei, Vorsitzender des ukrainischen Klubs in Reichsrat und Landtag); 1914 Präsident des Ukrainischen Rates in Lemberg, 1915-1916 Präsident des Ukrainischen Hauptrates in Wien, er befahl dem Ukrainischen Militärrat den bewaffneten Staatsstreich vom 1. November 1918 in Lemberg und wurde Leiter des Staatssekretariates der ZUNR; 1919, nach der polnischen Besetzung Ostgaliziens: Presse und Propagandaminister, später Außenminister in Petruševyčs Exilregierung; 1923 Rückkehr nach Galizien; hier stellte er seine Energie der Stärkung ukrainischer Berufs, Wirtschafts- und Kulturverbände zur Verfügung.

Levyč'kyj, Mykola

* 1880, † 1935
 Rechtsanwalt; Mitglied der USDRP; Mitglied der Central'na Rada, mit der

ukrainischen Delegation in Brest-Litovsk; unter dem Hetman stellvertretender Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen im Außenministerium, nahm an den Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland teil; unter dem Direktorium Mitglied der ukrainischen Mission in Paris; 1923 Rückkehr in die Ukraine, arbeitete in Charkiv; 1929 Verhaftung, in einem Gefangenenlager im Krasnojarsker Gebiet, wo er 1935 starb.

Leygues, Georges

* 1858, † 1933
 Französischer Ministerpräsident und Außenminister: 24.09.1920- 10.01.1921

Litvinov, Maksim Maksimovič [Moisejevič Wallach]

* 6. (29.) 07.1876 Białystok
 † 31.12.1951 Moskau
 1898/99 Mitglied der sozialdemokratischen Partei Rußlands; 1900 ging er nach Kiew; 1901 Verhaftung aufgrund seiner Untergrundtätigkeiten; Mai 1902 Flucht in die Schweiz; Mitarbeit an der Zeitschrift „Iskra“, die in London herausgegeben wurde; 1903 Bol'sevik und Rückkehr nach Rußland; 1905 Teilnahme an den Vorbereitungen des 3. Parteikongresses und Reise nach London, um als Delegierter des Rigaer Komitees teilzunehmen; nach seiner Rückkehr organisierte er zusammen mit Krasin und Gor'kij die erste legale sozialdemokratische Zeitschrift „Novaja Žizn“; 1908 wurde er in Frankreich im Zuge der Affaire Kaino verhaftet und nicht ausgeliefert; später Ausweisung nach London, wo er seinen revolutionären Tätigkeiten nachging; nach der Oktoberrevolution emannte ihn der Rat der Volkskommissa-

re zum Vertreter der russischen Sowjetrepublik in Großbritannien, wo er allerdings nicht anerkannt wurde; Ende 1918 Rückkehr nach Moskau und Ernennung zum Volkskommissar des Äußeren; Auslandsaufenthalt in Schweden, von wo aus er alle Staaten zum Frieden aufrief; ausgewiesen aus Schweden, kehrte er nach Moskau zurück; Mitarbeit im Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und im Kommissariat für Staatssicherheit; 1921 Botschafter in Reval; 1922 Delegierter bei der Konferenz von Genua und bei der Konferenz von Den Haag; 1929-1930 Volkskommissar des Äußeren; 1934-1938 Delegierter beim Völkerbund; später Botschafter in Washington, wo er den Vertrag vom 11. Juni 1942 zwischen der UdSSR und den USA vorbereitete.

Livyc'kyj, Andrij M.

* 1879, † 1954

Jurist, bedeutendes Mitglied der USDRP 1905-1920; Mitglied der Central'na Rada 1917 und des Arbeiterkongresses 1919; Justizminister, stellvertretender Regierungschef, Außenminister 1919, Leiter der diplomatischen Mission in Warschau; er unterzeichnete den Vertrag zwischen der Ukraine und Polen 1920; Leiter der diplomatischen Tätigkeit der ukrainischen Exilregierung, ab 1926 Vorsitzender des Staatszentrums der UNR im Exil.

Ljubyns'kyj, Mykola

* 5.10.1891 Strichivcy (Podolien)

† 30er Jahre

Mitglied der UPSR, der Central'na Rada und der Mala Rada; repräsentierte die UNR in Brest-Litovsk und unterzeichnete am 12.02.1918 einen Aufruf an das

deutsche Volk mit der Bitte um Militärlilfe; März und April 1918 Außenminister im Kabinett Holubovyč; während der Sowjetzeit an der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften tätig; in den dreißiger Jahren wurde er verhaftet, sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Lloyd George, David

* 17.01.1863 Manchester

† 26.03.1945 Llanystumdwy

Profilierte sich als kompromißloser Vertreter des walisischen Nationalismus, Gegner des Burenkrieges und der Empire-Schutzzölle, dem linken Flügel der Liberal Party zugehörig; 1905-1908 Handelsminister; 1908-1915 Schatzkanzler; Einführung verschiedener Reformen: Lösung der irischen Frage, Einführung der Sozialversicherung; 1915/16 Kriegsminister; Organisator der britischen Mobilmachung; mit konservativer Unterstützung Premierminister: 10.12.1916-10.01.1919 und 10.01.1919-19.10.1922; seit 1929 nach mehreren Wahlniederlagen der Liberalen politisch praktisch einflußlos.

Lorraine, Sir Percy Lyham 12th Baron of Kirkhasle (Northumberland)

* 1880, † ?

1901-1902 britischer Militärdienst während des Krieges in Südafrika; 1904 Attaché an der britischen Botschaft in Konstantinopel; 1907 Botschaftssekretär in Teheran, 1911 in Peking, 1912 in Paris; Mitglied der britischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1918-1919; 1919 Erster Botschaftssekretär in Warschau; 1919 Beigeordneter der Spezialmission von Sir Georg Clerk nach Ungarn, die vom Obersten Rat entsandt worden war; 1920 Konsul; 1921 Bevollmächtigter

Minister in Teheran, 1926 in Athen; 1929 Hochkommissar für Ägypten und den Sudan; Botschafter in der Türkei 1933, Mitglied des Kronrates; 1939-1940 Botschafter in Rom.

Los'kyj, Kost'

* 28.01.1874 St. Petersburg

† 14.10.1933 Prag

Studium der Geschichte und Rechtswissenschaft in Warschau und St. Petersburg; als Beamter in der Region Chelm tätig, wo er eine führende Persönlichkeit der ukrainischen Bewegung wurde; 1905 Gründung einer Prosvita-Zweigstelle in Hrubieszów und eines Verlages für populäre ukrainische Bücher; Mitherausgeber der Zeitung „Buh“; 1917 stellvertretender Gouvernementskommissionär für Galizien und Vorsitzender des Chelmer Gouvernementsrats; Mitglied der Central'na Rada und Direktor im Innenministerium, später im Außenministerium; 1918 schickte ihn die Hetman-Regierung nach Finnland, später nach Schweden und Norwegen; 1920 ließ er sich in Prag nieder und arbeitete im akademischen Bereich: Professor für Römisches Recht; 1927-1928 Dekan der Rechts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und 1929-1930 Prorektor an der Ukrainischen Freien Universität in Prag.

Lotoc'kyj, Oleksander

* 1870, † 1939

Persönlichkeit des ukrainischen öffentlichen und politischen Lebens, Schriftsteller, Publizist und Wissenschaftler; Vorsitzender des Ukrainischen Nationalrates in St. Petersburg 1917; Sekretär im Generalsekretariat der Central'na Rada

in Kiew September bis November 1917; Staatskontrolleur in der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik, Minister für Konfessionen 1918; Januar 1919 bis März 1920 Botschafter und Bevollmächtigter Minister der UNR in der Türkei; 1922-1929 Dozent und später Professor für Kirchenrecht an der Ukrainischen Freien Universität, Professor für die Geschichte der Orthodoxen Kirche an der Warschauer Universität ab 1929; 1930-1938 Begründer und Direktor des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Warschau, Mitglied der Exilregierung der UNR (Innenminister und stellvertretender Regierungschef).

Loucheur, Louis

* 12.08.1872 Roubaix

† 22.11.1931 Paris

Ingenieur; 1910 Unterstaatssekretär im Kabinett Briand; Delegierter beim Völkerbund; 17.11.1917-26.11.1918 französischer Rüstungsminister; 26.11.1918-18.01.1920 Minister für industriellen Wiederaufbau; 16.01.1921-12.01.1922 Minister für befreite Gebiete; 28.03.-1.06.1924 Minister für Handel und Industrie und für Post und Telegraphie; 19-21.07.1926 Minister für Handel; 2.05.-6.11.1928, 11.11.1928-24.07.1929, 29.07.-22.10.1929, 2.11.1929-17.02.1920, 21.-25.02.1930 Minister für Arbeit; 13.12.1930-24.01.1931 Minister für Handel.

Lozyns'kyj, Mychajlo

* 1880, † 23.10.1937

Rechtsanwalt und Publizist, Mitarbeiter der Union zur Befreiung der Ukraine; Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften; März 1919 Unterstaatssekretär im Außenministerium der ZUNR; Mitglied der

ukrainischen Delegation bei den polnisch-ukrainischen Friedensverhandlungen, nahm an der Pariser Friedenskonferenz teil; 1921-1927 Professor für Völkerrecht an der Ukrainischen Freien Universität in Prag; später Emigration in die Sowjetukraine: er hatte einen Lehrstuhl in der Rechtsfakultät des Institutes für Nationalökonomie inne und arbeitete am Institut für Marxismus-Leninismus in Charkiv; in den dreißiger Jahren wurde er verhaftet, in den Nordural deportiert und 1937 erschossen.

Lucenko, Ivan

* 1864

† 25.03.1919 Polonne (Wolhynien)
Mediziner und Politiker in Odessa; Mitglied der Central'na Rada und Führer der UNP; Organisator und Leiter des Militärates in Odessa; Mitglied des Ukrainischen Militärischen Hauptrates; Arzt in der UNR-Armee, von den Bol'se-viki gefangengenommen und erschossen.

Ludendorff, Erich

* 9.04.1865 Gut Kruszewnia bei Posen

† 20.12.1937 Tutzing

1904 im deutschen Generalstab; 1908 Chef der Aufmarschabteilung; 1912 Regimentskommandeur; August 1914 Brigadekommandeur in Straßburg, führend bei der Eroberung Lüttichs; unter Hindenburg Generalstabschef der 8. Armee in Ostpreußen: Siege bei Tannenberg, den Masurischen Seen (1914), Eroberung Polens, Kurlands, Litauens (1915); unter Hindenburg als 1. Generalquartiermeister eigentlicher Kopf der 3. OHL (August 1916); faktische Militärdiktatur nach innen mit expansiven Kriegszielen nach außen; er ließ die russischen Revolutionä-

re in einem plombierten Zug durch Deutschland nach Rußland fahren; nach dem deutschen militärischen Zusammenbruch Sturz am 26.10.1918; Flucht nach Schweden; 1922/23 Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei; führende Rolle beim Hitlerputsch 1923 in München; nach Freispruch im Hitlerprozeß 1924-28 im Reichstag.

Lukasevyč, Jevhen

* 26.12.1871 Bila (Galizien)

† 20.12.1929 Warschau

1901 Beendigung des Medizinstudiums in Zürich; ließ sich in Kiew nieder, wo er als *zemstvo*-Arzt arbeitete; Mitglied der Ukrainischen Wissenschaftlichen Gesellschaft; Mitbegründer des Čas-Verlages und der Prosvita, aktiv im Rodyna-Klub; 1917-1918 Mitorganisator des Ukrainischen Roten Kreuzes und der Gesundheitspflege-Verwaltung, Herausgeber einer medizinischen Monatszeitschrift; Ende 1918 Chef einer diplomatischen Mission in die Schweiz und 1920 stellvertretender Außenminister im Kabinett Prokopovyč; später in Warschau gründete und leitete er ein Krankenhaus, finanzierte die Tageszeitung „Ukraïns'ka trybuna“ und veröffentlichte ein anatomisches Wörterbuch.

Lypyn'skyj, V'jačeslav

* 5.04.1882 Zaturci (Wolhynien)

† 14.06.1931 in der Nähe von Wien

Nach seinem Studium der Geschichte und Landwirtschaft in Krakau und Genf ließ er sich auf seinen Gütern in der Uman'-Gegend nieder und widmete sich der Ukrainisierung bereits polonisierter Teile des Adels; kämpfte für die Umwandlung des Adels in eine sich ihres

Ukrainertums bewußte Klasse; Hetman Skoropads'kyj ernannte ihn zum ukrainischen Vertreter in Wien, er behielt diesen Posten auch unter dem Direktorium bis Juni 1919; lebte nach dem Zusammenbruch des ukrainischen Staates in Österreich, lediglich von 1926-1927 in Berlin, wo er einen Lehrstuhl am Ukrainischen Wissenschaftlichen Institut innehatte; Führer und Ideologe der konservativen ukrainischen Monarchistenbewegung.

Lyzohub, Fedir

* 6.11.1851 Sediniv (Černihiv)

† 1928 Jugoslawien

1886-1901 Mitglied im Černihiv-zemstvo; 1901-1915 Vorsitzender des zemstvos von Poltava; verteidigte die ukrainischen kulturellen Interessen durch verschiedene Aktionen in Poltava; 1915-1917 im Rat des russischen Statthalters für den Kaukasus; unter dem Hetman Skoropads'kyj: 10.05.-14.11.1918 Premierminister und 10.05.-8.07.1918 Innenminister; verfolgte eine moderate konservative Politik, die einen Ausgleich mit der Ukrainischen Nationalen Allianz suchte; er emigrierte auf die Krim und von dort nach Jugoslawien.

Machno, Nestor

* 27.10.1889 Huljajpole (Katerynoslav)

† 25.07.1934 Paris

Mitglied einer anarchistisch-kommunistischen Gruppe; zwei Verhaftungen: 1910 zum Tode verurteilt, wurde die Strafe in lebenslängliche Haft umgewandelt; im Moskauer Gefängnis eignete er sich eine allgemeine und politische Bildung durch die Gefängnisbibliothek und andere politische Häftlinge an; am

2.03.1917 wurde er entlassen; er ging nach Huljajpole zurück und begann, Arbeiter und Bauern zu organisieren; im Juli 1918 organisierte er den Widerstand gegen die deutsche Armee und den Hetman; nebenher leitete er Angriffe auf lokale Gutsbesitzer; clevere Militärtaktik: leichte schnell bewegliche Kavallerie und *tačanky* (von ihm erfundene mit Pferden gezogene Maschinengewehrwagen); durch den Rückzug der deutschen Armee im November 1918 war er in der Katerynoslaver Gegend eine starke Kraft geworden, mit der man rechnen mußte; März 1919 Allianz mit den Bol'seviki gegen Denikin: nachdem er sich geweigert hatte, sich dem Oberkommando der Roten Armee zu unterstellen, zerbrach die Allianz; 14.06.1919 bolschewistische Attacke auf Huljajpole, die anarchistischen Kommunen werden aufgelöst; Juli 1919 Otaman Hryhoriiv bot eine Allianz gegen die Bol'seviki an, Machno lehnte dies ab, exekutierte den Otaman und gliederte eine große Anzahl dieser Einheiten seinen Verbänden ein; kurzfristiger Pakt mit der Armee Petljuras im September 1919; Machno kämpfte aber allein gegen Denikin weiter; mit der Niederlage Denikins erlebte er den Zenith seiner Macht und kontrollierte etwa ein Drittel der heutigen Ukraine (hauptsächlich die linksufrige und die südliche Ukraine); Oktober 1920 Bündnis mit den Bol'seviki gegen Vrangel'; nach Zerschlagung der Kräfte Vrangel's gingen die Bol'seviki gegen Machno vor, er konnte am 28.08.1921 mit einer kleinen Abteilung die rumänische Grenze überschreiten; seine Armee wurde zerschlagen; Machno floh über Polen und Deutschland nach Paris, wo er in anarchi-

stischen Zirkeln und ihrer Presse aktiv blieb.

Maciĵevyč, Kost'

* 18.05.1874 Region Kiew

† 2.04.1942 Poděbrady

Graduierte am Landwirtschaftsinstitut in Novoaleksandrija; 1899-1901 diente er als wissenschaftlicher Sekretär in der Poltava-Landwirtschafts-Gesellschaft; 1901-1905 im *zemstvo* von Saratov tätig; 1907-1915 Forschung am Landwirtschaftsinstitut in Charkiv; Herausgeber von wissenschaftlichen Zeitschriften; 1915-1917 Professor an einem landwirtschaftlichen Institut in St. Petersburg; zurück in Kiew war er aktiv in der Partei der ukrainischen SozialistenFöderalisten; stellvertretender Generalsekretär für landwirtschaftliche Angelegenheiten in der Central'na Rada; er entwarf ein Landreformgesetz; war weiterhin in der Lehre tätig, organisierte Landwirtschaftskooperativen; führte als Bevollmächtigter des Direktoriums die Verhandlungen mit Vertretern der Entente 1918-1919; 1919 Außenminister im Kabinett Ostapenko, Leiter der diplomatischen Mission der UNR in Rumänien 1919-1923; Emigration in die Tschechoslowakei, lehrte an der Landwirtschaftsakademie in Poděbrady, Mitglied der Ukrainischen Radikaldemokratischen Partei; Präsident des Ukrainischen Demokratischen Klubs in Prag.

Makarenko, Andrij

* 17.07.1886 Hadače (Poltava)

† 28.09.1963 Houston (Texas)

Während der Revolution hatte er einen hohen Posten in der ukrainischen Eisenbahnverwaltung inne und nutzte seinen

Einfluß, ukrainische Eisenbahnarbeiter zu organisieren; im Sommer 1917 stellte er ein Eisenbahnerregiment auf, das Teil der UNR-Armee wurde; unter dem Hetman wurde er Abteilungsleiter im Eisenbahnministerium; als Mitglied der Ukrainischen Nationalen Allianz half er, den Hetman zu stürzen, und wurde Mitglied des Direktoriums; er emigrierte in der Zwischenkriegszeit in die Tschechoslowakei, wo er am Ukrainischen Höheren Pädagogischen Institut promovierte; nach dem Zweiten Weltkrieg floh er vor den Sowjets nach Deutschland und arbeitete daran mit, ukrainische Flüchtlinge vor der „Repatriierung“ in die UdSSR zu schützen; 1951 siedelte er sich in den USA an.

Maklakov, Vasilij Alekseevič

* 1870, † ?

Hatte als Jurastudent aus politischen Gründen Schwierigkeiten an der Universität; eine wissenschaftliche Karriere wurde ihm verweigert, so ließ er sich als Rechtsanwalt in Moskau nieder; Mitglied der Kadetten und in deren ZK; Mitglied der Duma; Wiederwahl in die Dritte und Vierte Duma; nach der Februarrevolution 1917 russischer Botschafter in Paris; die linken Parteien waren gegen diese Wahl, und zuerst wollte er auch nicht sein Land in einem Moment der Schwäche vertreten, doch am 12. Oktober 1917 verließ er Rußland; er traf am 7. November ein, als die Regierung, die ihn entsandt hatte, gestürzt wurde; in Paris vertrat er deshalb die „Regierungen“ Kolčaks, Denikins und Vrangel's. Um Rußland zu vertreten, wurde die sogenannte Russische Politische Konferenz gegründet, die aus Vertretern verschiedener russischer Parteien unter

der Präsidentschaft von Fürst L'vov stand. Alle russischen Botschafter, die sich in Paris aufhielten, waren darin vertreten. In seiner Eigenschaft als Mitglied der Russischen Politischen Konferenz wurde Maklakov eingeladen, vor verschiedenen Kommissionen der Friedenskonferenz zu sprechen. Nach der Unterzeichnung des Friedens wurde die Konferenz in ein Komitee zur Erledigung der laufenden Geschäfte umgewandelt. Diesem Komitee gehörten an: Fürst L'vov, Sazonov, Čajkovskij (Chef der Regierung von Archangel'sk) und Maklakov. Nach der Niederlage Vrangel's löste sich auch dieses Komitee auf. Nun wurde der Rat der Botschafter gegründet, der von Giers geleitet wurde. Nach dessen Tod 1932 wurde er von Maklakov ersetzt. Da 1924 die Sowjets anerkannt worden waren, änderte man die Aufgabe des Rates um: fortan kümmerte man sich um russische Flüchtlinge und unterstellte die Organisation dem Internationalen Flüchtlingsbüro in Genf. Maklakov wurde der Präsident des Pariser Hauptbüros.

Makuch, Ivan

* 17.09.1872 Doroživ (Galizien)

† 18.09.1946 Salzburg

1901 Promotion in Jura an der Universität Lemberg; aktiv in der URP; 1907 Eröffnung einer eigenen Kanzlei in Tlumač: aktiv auf erzieherischem und politischem Gebiet; 1908-1918 Abgeordneter des galizischen Landtages; Mitglied des Ukrainischen Hauptrates; 1918 im ersten Staatssekretariat der ZUNR Minister für öffentliche Arbeiten, 1919 Innenminister im zweiten Staatssekretariat; nachdem sich die ZUNR-Regierung über den Zbruč zurückgezogen hatte, stellvertretender

Innenminister in der UNR (1920); Ende 1920 Rückkehr nach Tlumač: nahm sein politisches Leben wieder auf; Leiter der Ukrainischen Demokratischen Radikalen Partei 1930-1939; 1928 und 1930 Wahl in den polnischen Senat; 1944 Emigration nach Österreich.

Marek, Ferdinand

* 1881, † ?

Österreichischer Gesandter in der Tschechoslowakei 1920-1937.

Margolin, Arnold

* 17.11.1877 Kiew

† 29.10.1956 Washington, DC.

Ukrainisch-jüdischer Jurist und Politiker, Mitglied der ukrainischen Sozialföderalisten; Mitglied des Obersten Gerichtshofes der UNR, stellvertretender Außenminister in Čechivskyjs Kabinett, Mitglied der Delegation der UNR auf der Friedenskonferenz in Paris, Leiter der Mission der UNR in London; 1922 Emigration in die USA, Dozententätigkeit an verschiedenen amerikanischen Universitäten.

Martos, Borys

* 1.07.1879 Horodyšče (Poltava)

† 19.09.1977 Union (New Jersey)

Während seiner Studentenzzeit in Kiew Mitglied der Hromada und Zusammenarbeit mit der RUP; dafür wurde er dreimal verhaftet; 1905 Mitglied der ukrainischen Sozialdemokraten; nach der Beendigung seiner Ausbildung 1908 wurde ihm nicht erlaubt, als Lehrer zu arbeiten, so arbeitete er als Kooperativenlehrer von 1910-1911 in Wolhynien; bis zur Revolution 1917 hatte er verschiedene Posten in der Kooperativenbewegung inne (Direktor der Kooperativen-

bank im Kuban'-Gebiet, Inspektor des Poltava Gouvernement-*zemstvo*); Mitglied der Central'na Rada und der Mala Rada; Mitglied des Generalsekretariats: Sekretär, stellvertretender Generalsekretär für landwirtschaftliche Angelegenheiten; während der Hetmanzeit zog er sich aus der Politik zurück und widmete sich der Kooperativenbewegung; unter dem Direktorium war er Minister für Nahrungsmittelversorgung, Premierminister und Finanzminister (April-August 1919); 1920 Emigration nach Prag, wo er in der ukrainischen Bewegung aktiv blieb; einer der Gründer der Landwirtschaftsakademie in Poděbrady; nach dem Zweiten Weltkrieg ging er nach München: Gründer und Rektor der Höheren Ukrainischen Schule für Wirtschaft (1945-1949); 1958 Emigration in die USA: Dozent am Ukrainischen Technischen Institut in New York.

Martynec', Mychajlo

* 1859 Region Boiko
 † 8.06.1919 Nadvirna (Galizien)
 Forstingenieur; Studium an der Wiener Universität; 1900-1914 Leiter der Abteilung für die Regulierung von Bergflüssen in Galizien, schrieb verschiedene Abhandlungen darüber; 1916-1918 Leiter des Wiederaufbaubüros in Lemberg; Dezember 1918 Staatssekretär für Landwirtschaft in der Regierung der ZUNR; während seiner Ministerzeit half er, das Gesetz zur Landreform zu entwerfen; mit dem Rückzug der galizischen Armee wurden er und seine Mitarbeiter von polnischen Truppen gefangenengenommen und standrechtlich erschossen.

Marynovyč, Mykola

* 1861, † 1944
 Oberst in der österreichischen Armee im Ersten Weltkrieg; November 1918 Eintritt in die ukrainisch-alizische Armee, während der Schlacht um Lemberg Chef des Generalstabes; 1944 durch sowjetische Partisanen ermordet.

Masaryk, Tomáš Garrigue

* 7.03.1850 Mähren
 † 14.09.1937 Schloß Lana bei Alt-Tabor
 7.11.1918 bzw. 27.05.1920- 14.12.1935 erster Staatspräsident der Tschechoslowakei; Schlosser- und Schmiedelehre; Studium, 1879 Habilitation für Philosophie in Wien; 1882 Professor an der Tschechischen Universität Prag; 1891-1893 für die Jungtschechen im österreichisch-ungarischen Reichsrat; 1907 mit eigener Realistenpartei; 1914 Exil; 4.07.1915 forderte er anlässlich des 500. Jahrestages der Verbrennung von Jan Hus in Zürich die Auflösung der Donaumonarchie; 1915/16 Gründung des Aktionskomitees und des Tschechoslowakischen Nationalrats; 1917 nach Oktoberrevolution in Rußland Bildung der Tschechoslowakischen Legion aus Überläufern und Kriegsgefangenen; September 1918 erkannte die USA die Tschechoslowakische Legion als kriegsführende Macht an; 14.10.1918 Chef der provisorischen Regierung; 18.10.1918 Proklamation der tschechoslowakischen Unabhängigkeit; 1935 Rücktritt aus Altersgründen.

Matjušenko, Borys

* 1883 Kiew, † 25.03.1944
 Mediziner und Politiker; ab 1931 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-

Gesellschaft; Studium in Kiew, aktiv in der USDRP, 1917 als Leiter einer sanitären Organisation der Central'na Rada; Organisator des ukrainischen Gesundheitswesens; während der Hetman-Regierung Minister für Gesundheitswesen; 1919 Mitglied der UNR-Delegation zur Pariser Friedenskonferenz; 1919-1921 Leiter der Außenstelle des Ukrainischen Roten Kreuzes; 1922 ließ er sich in Prag nieder, wo er an der Ukrainischen Freien Universität und in Poděbrady tätig war; 1922-1935 Gründer und Leiter des ukrainischen Medizinerbundes in der Tschechoslowakei; Mitglied des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Berlin.

Matuševs'kyj, Fedir

* 21.06.1869 Smila (Kiew)
† 21.10.1919 Athen

1904 Abschluß seines Jurastudiums in Dorpat, ließ sich in Kiew nieder und schrieb und publizierte dort; organisierte Kooperativen in den Gouvernements Charkiv und Kiew und gab eine Wochenzeitschrift heraus; führendes Mitglied der UDRP und in der TUP, später bei den ukrainischen Sozialistenföderalisten; Mitglied der Central'na Rada; Januar 1919 Leiter der UNR-Mission nach Griechenland.

Mazepa, Isaak

* 16.08.1884 Kostobobriv (Černihiv)
† 18.03.1952 Augsburg
1904-1910 Studium in St. Petersburg; 1905 Mitglied der USDRP; aktiv in der ukrainischen Studenten-Hromada in St. Petersburg; 1911-1915 als Agronom für den *zemstvo* in Nižnij-Novgorod tätig, 1915-1918 dann in Katerynoslav; nach

der Februarrevolution 1917 Mitglied der Stadt-Duma und im Arbeiter- und Bauernrat von Katerynoslav; April 1918 Leiter des Revolutionären Rates des Gouvernements in Katerynoslav; Januar 1919 Delegierter des Arbeiterkongresses in Kiew und Wahl zum Sekretär im ZK der USDRP; 9.04.1919 Minister für innere Angelegenheiten; 29.08.1919 bis Ende Mai 1920 Premierminister und Vorsitzender des Ministerrates; Mai und Juni 1920 letzter UNR-Minister für Landangelegenheiten; Ende 1920 Emigration nach Lemberg, wo er als Publizist tätig war; 1923 Emigration nach Prag; ab 1927 Botanik-Dozent in Poděbrady, nach dem Zweiten Weltkrieg lebte er in Deutschland.

Mazurenko, Jurij

* 1.07.1885 Kryvorožia (Don)
† 3.11.1937

Jurist; während der Revolutionszeit einer der Führer der ukrainischen Sozialdemokraten, kämpfte 1919 gegen die Bol'sheviki in Kiew; Wahl ins ZK der UKP, nach ihrer Auflösung trat er der KP(b)U bei; Abteilungsleiter im Volkskommissariat für Justiz und Lehrer am Charkiver Institut für Nationalökonomie; fiel dem stalinistischen Terror zum Opfer.

Mehmed Talat Paşa

* Juli 1872(74) Karicaali (Adrianopel)
† 15.03.1921 Berlin
Beamter im türkischen Ministerium für Post und Telegrafwesen; Anhänger der Jungtürkischen Bewegung, Wahl zum Abgeordneten von Adrianopel; trat für die „Assimilation“ der nichttürkischen Bevölkerung ein: er hatte Anteil an den Massakern an den Armeniern

1914-1918; Teilnahme am Staatsstreich vom 23.01.1913; Innenminister; 1913 war er bei den Friedensverhandlungen mit Bulgarien anwesend; 1914 schlug er Sazonov eine Allianz vor; Februar 1917-Oktober 1918 Großwesir; er war bei den Friedensverhandlungen einer der Hauptunterhändler; nach der Niederlage der Türkei floh er nach Berlin, wo er von einem jungen Armenier ermordet wurde.

Michalowski, Zygmunt

* ?, † ?

Polnischer Bevollmächtigter Minister in Schweden; 1924 in Ungarn; 1928 in Dänemark.

Michnovs'kyj, Mykola

* 1873 Turivka (Poltava)
† 3.03.1924 Kiew

Rechtsstudium an der Universität Kiew, während seiner Studienzeit einer der Initiatoren der Bruderschaft der Tarasivcyj; der Inhalt seiner Reden zu den Šečenko-Gedächtnisfeiern in Kiew und Charkiv 1900 wurde zum Programm der RUP; er war ein strenger Verfechter ukrainischer Selbständigkeit und ihr eigentlicher Ideologe, und als die RUP dieses Ziel aus den Augen verlor, war er einer der Mitbegründer der UNP; setzte sich als Publizist für die ukrainische Sprache und Unabhängigkeit ein, in der Revolutionszeit auch für eine eigene ukrainische Armee; Organisator des Ukrainischen Militärklubs und des Chmelnyc'kyj-Regimentes; Mitglied der Central'na Rada; Mitglied des 1. Allukrainischen Militärkongresses und des Ukrainischen Hauptmilitärkomitees; nachdem der Hetman die Föderation mit

Rußland verkündet hatte, trat er der Oppositionsbewegung bei; mit der bolschewistischen Besetzung der Ukraine wurde er verhaftet, und nach seiner Entlassung floh er in das Kuban'-Gebiet, wo er in Kooperativen und als Lehrer arbeitete; 1924 kehrte er nach Kiew zurück; die dortige ununterbrochene Verfolgung durch die Bol'sheviki trieb ihn in den Selbstmord.

Mickiewicz, Mieczysław

* 1879 Kam-janec'-Podil's'kyj (Podolien), † ?

Rechtsanwalt in Kiew; Mitglied der Central'na Rada; Untersekretär für polnische Angelegenheiten im Generalsekretariat 1917; Anfang 1918 Minister für polnische Angelegenheiten in Vynnyčenkos Kabinett.

Millerand, Alexandre

* 1859 † 1943

1885 Wahl in die französische Kammer der Abgeordneten für die sozialistische Partei; 1905 Ausschluß aus der Partei; Minister für Post und öffentliche Arbeiten im 1. Kabinett Briand (1909/19); Kriegsminister im 1. Kabinett Poincaré (1912/13) und im 2. Kabinett Viviani (1914/15); 1919/20 Generalkommissar für Elsaß-Lothringen; nach Clemenceau Ministerpräsident des Bloc National und Außenminister 1920; französischer Staatspräsident 1920-1924; 1924-1940 Führer der Rechten im Senat.

Milner, Lord Alfred

* 23.03.1854 Bonn

† 13.05.1925 Sturry Court bei Canterbury
Britischer Kolonialpolitiker deutscher Abstammung; 1897 Gouverneur der

Kapkolonie und Hochkommissar für Südafrika; 1902 Gouverneur des eroberten Transvaal und der Orange River Kolonie, Erhebung zum Viscount; 1906 von den Liberalen abberufen; im Kriegskabinett unter Lloyd George als Verbindungsmann zum Überseeimperium tätig; Februar 1917 Aufenthalt in St. Petersburg, um die Russen im Krieg zu halten; März 1918 erzielte er die Koordinierung der militärischen Führung Englands und Frankreichs; blieb aber von der britischen Delegation zur Pariser Friedenskonferenz ausgeschlossen; 1919 Kolonialminister; 18.04.1918-10.01.1919 Kriegsminister; 10.01.1919-7.01.1921 Kolonialminister.

Montagna, Giulio Cesare

* 1874, † ?

1904 Botschaftssekretär an der italienischen Botschaft in Mexiko; 1909 in Madrid; Botschaftsrat in Teheran 1911; Gesandter in Kristiana 1914; technischer Delegierter auf der Pariser Friedenskonferenz 1919; Chefdelegierter der interalliierten Kommission in Polen 1919; Gesandter in Athen 1919; 1922-1923 italienischer Delegierter auf der Konferenz von Lausanne; 1924 Botschafter in Konstantinopel; 1925 in Rio de Janeiro.

Mumm von Schwarzenstein, Alfons Freiherr

* 19.03.1859 Frankfurt/Main

† 10.07.1924 Portofino (Ligurien)

Gymnasium in Frankfurt/M.; 1879 Jurastudium an der Universität in Göttingen, später Studium in Leipzig, Heidelberg und Berlin; Promotion zum Dr. jur.

in Göttingen; 1885 Übernahme in den diplomatischen Dienst; Attaché an der deutschen Botschaft in London und Paris; 1888 Legationssekretär in Washington, 1892 in Bukarest und 1893 beim Vatikan; 1894 Legationsrat im Auswärtigen Amt und Referent für Orientangelegenheiten; 1897 Geheimer Legationsrat; 1898 Ministerialresident in Luxemburg; 1899 als Geschäftsträger in Washington; 1900 Gesandter in Peking; 1906 Botschafter in Tokio; 1911 schied er wegen eines Augenleidens aus dem diplomatischen Dienst aus und zog sich auf seinen Besitz in Castello Giorgio bei Portofino zurück. Bei Kriegsausbruch 1914 stellte er sich erneut dem Auswärtigen Amt zur Verfügung und übernahm in der Nachrichtenabteilung die Betreuung der ausländischen Presse. 1918 Leiter der deutschen Delegation in Kiew und später Geschäftsträger bei der Volksrepublik Ukraine, Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat.

Murav'ev, Michail

* 25.09.1880 Burdokovo (Kostroma)

† 11.07.1918 Simbirsk

Oberst in der russischen Armee, 1917 Mitglied der russischen Sozialrevolutionäre; Antonov-Ovsjienko wählte ihn als Kommandant im Feld für die bolschewistische Offensive 1917/18 gegen die Ukraine; er nahm Charkiv und Poltava ein; 9.02.1918 Besetzung Kiews: Massenexekutionen von Anhängern der ukrainischen Selbständigkeit; Murav'ev wurde von den Bol'sheviki während eines versuchten Staatsstreichs der Sozialrevolutionäre getötet; manche Quellen geben auch Selbstmord an.

Mustafa Kemal Paşa [Atatürk]

* ~ 1881 Saloniki, † 10.11.1938 Istanbul
 30.10.1923-10.11.1938 erster Staatspräsident der Türkei; 1905 Gründung eines militärischen Geheimbundes in Damaskus, der in der Jungtürkischen Bewegung aufging; 1908 Jungtürkische Revolution; 1912 Teilnahme am Libyschen Krieg gegen Italien; 1913 Zweiter Balkankrieg; im Ersten Weltkrieg Oberbefehlshaber einer Armee (Dardanellen/Kaukasus) und einer Heeresgruppe (Palästina); nach dem Waffenstillstand von Mudros am 30.10.1918 schied er aus der türkischen Armee aus; von den Engländern nicht interniert; als Generalinspekteur gründete er in Anatolien 1919 eine Gegenregierung zum Sultan; 1920 Vorsitzender der Großen Nationalversammlung in Ankara: gegen den Frieden von Sèvres; 1922 Vertreibung der Griechen aus Kleinasien; Abschaffung von Sultanat 1922 und Kalifat 1924; Präsident der Türkischen Republik, Friede von Lausanne 1923; Modernisierung der Türkei nach innen, 1923 Anlehnung an Sowjetrußland, später an England und Frankreich; 1936 Vertrag von Montreux: volle Souveränität der Türkei über die Meerengen.

Mycjuk, Oleksander

* 21.06.1883 Novooleksandrivka (Katerynoslaw), † 30.12.1943 Prag
 Wirtschaftswissenschaftler; für seine Aktivitäten in der RUP wurde er Anfang des Jahrhunderts verhaftet und in die Verbannung geschickt; nach seiner Entlassung schloß er sich den Sozialisten-Revolutionären an; in der Direktorienszeit Innenminister und stellvertretender Minister für Nationalökonomie; nach seiner Flucht in die Tschechoslowakei

Professor an der Ukrainischen Landwirtschaftsakademie in Poděbrady und dann an der Freien Ukrainischen Universität in Prag, wo er 1938-1939 und 1940-1941 auch Rektor war.

Myšuha, Luka

* 30.10.1887 Novyj Vytktiv (Galizien)
 † 29.10.1956 Washington, DC.
 Jurastudium in Wien, 1915 Mitglied der ukrainischen Sič-Schützen, Regierungskommissar der ZUNR in Radechiv, Leutnant im Stab Petljuras in Kam-janec'-Podil's'kyj; Ende 1919 Emigration mit der Regierung der ZUNR nach Wien, Verwendung für Spezialaufträge: 1921 Sekretär einer Mission nach Riga, Leiter einer Mission nach Washington (Anknüpfung diplomatischer Beziehungen und Geldbeschaffung für die Exilregierung in Wien); Organisation der United Ukrainian Organizations in America, von 1923-1940 Generalsekretär dieser Organisation, 1940 Gründungsmitglied des Ukrainian Congress Committee of America, 1944 Mitorganisator des United Ukrainian American Relief Committee und sein Leiter von 1953-1955.

Narutowicz, Gabriel

* 30.03.1865, † 16.12.1922
 Polnischer Staatspräsident: 9.-16.12.1922, polnischer Außenminister: 31.07.-9.12.1922.

Naumenko, Volodymyr

* 7.07.1852 Novhorod-Siverskyj (Černihiv)
 † 8.07.1919 Kiew
 1873 graduierte er von der Kiewer Universität als Philologe und lehrte bis 1903 an Kiewer Mittelschulen; 1905-1914 Direktor eines von ihm gegründeten

Gymnasiums in Kiew; Mitglied der Kiewer Hromada; hielt Kontakt zu Drahomanov in Genf; veröffentlichte in „Kievskaya starina“ und war 1893-1906 ihr Herausgeber; 1914-1917 Präsident der Ukrainischen Wissenschaftlichen Gesellschaft in Kiew; nach der Februarrevolution leitete er die Central'na Rada bis zur Ankunft von Professor Hrusčevs'kyj; Gründungsmitglied der Ukrainischen Föderativen Demokratischen Partei; November bis Dezember 1918 letzter Bildungsminister der Hetman-Regierung; er arbeitete dann in der neugegründeten Ukrainischen Akademie der Wissenschaften über die Geschichte der ukrainischen Literatur im 19. Jahrhundert; wurde 1919 von den Bol'sheviki hingerichtet und blieb in Sowjetpublikationen unerwähnt.

Nikovs'kyj, Andrij

* 14.10.1885 Malyj Bujalyk (Cherson)
† 1942

1913-1914 Herausgeber der Zeitschrift „Rada“ und 1917-1919 der „Nova Rada“ in Kiew und der „Osnova“ (1915) in Odessa; erster Präsident der Ukrainischen Nationalen Allianz (1918) und 1920 Außenminister im Kabinett Prokopovyč; 1924 Rückkehr in die Ukraine, arbeitete in der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften; in den Schauprozessen gegen die Union zur Befreiung der Ukraine wurde er zu zehn Jahren Lager verurteilt, die er auf den Soloveckij-Inseln absaß.

Noulens, Joseph

* 1864, † 1944

Dienst in verschiedenen französischen Ministerien; 1902 Abgeordneter; 1910 Unter-Staatssekretär im Kriegsministeri-

um; Juni 1914 Finanzminister im Kabinett Viviani; Vorsitzender des Armeeausschusses des Parlamentes; Juni 1917 französischer Botschafter in St. Petersburg; Januar 1919 Rückkehr nach Frankreich; einer der Hauptexperten auf der Pariser Friedenskonferenz; Mitglied der interalliierten Kommission in Polen, die von der Entente zusammengestellt worden war; nach seiner Rückkehr nach Frankreich vom Juli 1919 bis Januar 1920 Landwirtschaftsminister im Kabinett Clemenceau; Wahl zum Senator; bemühte sich sehr um die polnisch-französische Zusammenarbeit: Association France-Pologne; Präsident der Chambre de Commerce franco-polonaise; 1924 Austritt aus dem Senat; 1927 Mitglied der Academie Diplomatique Internationale.

Novakovs'kyj, Mychajlo

* 1872, † 1941

Rechtsanwalt in Galizien, aktiv in der URP, dann in der USDP, später in der NDP; bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges ging er zu den Sič-Schützen und arbeitete mit der Union zur Befreiung der Ukraine zusammen; nach der Bildung der ZUNR wurde er Kommissionär für den Kreis Skalat und Mitglied der Rada; 1919 Mitglied einer diplomatischen Mission nach Warschau; nach dem Ende der ZUNR emigrierte er nach Prag; 1920 ließ er sich in der Karpatho-Ukraine nieder; 1939 zog er in die Slowakei.

Nowak, Julian Ignacy

* ?, † ?

Polnischer Ministerpräsident: 30.07.-17.12.1922.

O'Malley, Sir Owen St. Clair

* 1887, † ?

Bis 1925 Attaché bei der britischen Mission in Moskau; 1925 Konsul in Peking; 1927 Sekretär im Foreign Office; 1933 Ernennung zum Konsul; Gesandter in Mexiko, im Mai 1938 verließ er diesen Posten, da die diplomatischen Beziehungen zu Mexiko abgebrochen wurden. Während des Spanischen Bürgerkrieges war er britischer Botschafter in St. Jean-de-Luz; 1939-1941 Gesandter in Ungarn; 1943-1945 Botschafter in Polen; 1945-1947 Botschafter in Portugal.

Oberučev, Konstantin

* 1865 Kiew, † November 1929 USA
Russischer Kommandant des Kiewer Militärdistrikts; 1905 wurde er als Artillerie-Offizier wegen revolutionärer Aktivitäten entlassen und zur Emigration gezwungen; zu Beginn der Revolution 1917 kam er aus der Schweiz zurück in die Ukraine; Mai 1917 Kommandant des Kiewer Militärdistrikts für die Provisorische Regierung; Mitglied der russischen Sozialrevolutionäre, war gegen separate ukrainische Militäreinheiten; seine Ansichten veröffentlichte er in der „Kievskaja mysl“; nach dem Sturz der Provisorischen Regierung emigrierte er in die USA.

Ohijenko, Ivan

* 14.01.1882 Brusyliv (Kiew)

† 29.03.1972 Winnipeg

Studium der slavischen Philologie und Literatur in Kiew; 1915 lehrte er an der Kiewer Universität; im Gefolge der Revolution von 1917 spielte er eine große Rolle bei der Ukrainisierung der höheren Schulen und der Lehrerbildung;

1918 Professor für ukrainische Geschichte an der neuen staatlichen Universität in Kiew; mit der Eroberung Kiews durch die Bol'sheviki ging er nach Kam-janec'-Podil's'kyj, wo er half, die dortige staatliche Universität zu gründen; Mitglied der ukrainischen Sozialisten-Föderalisten: Minister für Erziehung (Anfang 1919) und Minister für Religionsangelegenheiten ab August 1919 im Ministerrat der UNR; 1920 ließ er sich in Tarnów (Polen) nieder und blieb bis 1924 Mitglied der UNR-Exilregierung; 1924-1926 unterrichtete er an einem Lemberger Gymnasium; Professor für Kirchenslawisch und Paläographie an dem orthodoxen Lehrstuhl der Theologischen Fakultät der Warschauer Universität (1926); 1932 während der antiukrainischen Kampagne der polnischen Regierung entlassen, arbeitete er als Privatlehrer und veröffentlichte in Zeitschriften; Bibelübersetzungen ins Ukrainische; Oktober 1944 erhielt er die Tonsur und wurde zum Bischof von Chełm und Podlissien der polnischen autokephalen orthodoxen Kirche im Generalgouvernement ernannt; Flucht vor den heranrückenden sowjetischen Truppen; September 1947 Einladung nach Kanada; August 1951 Metropolit von Winnipeg.

Olesnyc'kyj, Jaroslav

* 1875, † 15.07.1933 Zoločiv (Galizien)

Rechtsanwalt in Drohobycz und Lemberg; nach Errichtung der ZUNR wurde er Berater im Außenministerium und ein Delegierter zur Central'na Rada nach Kiew, um den Anschluß an die UNR-vorzubereiten; 1919-1921 Chefberater und dann Leiter der UNR-Mission in

London; Rückkehr nach Lemberg, lehrte an der ukrainischen Untergrunduniversität; 1924 machte er eine Kanzlei in Zoločiv auf; 1930 Wahl als Mitglied der UNDO in den polnischen Sejm; richtete auch ein Memorandum über die „Pazifizierung“ Ostgaliziens an den Völkerbund.

Omeljanovyč-Pavlenko, Mychajlo

* 8.12.1878 Tiflis, † 29.05.1952 Paris
Oberkommandierender der ukrainisch-galizischen Armee und der UNR-Armee; Bruder von Ivan Omeljanovyč-Pavlenko, ebenfalls ein ranghoher Offizier der UNR-Armee; selbständiges Kommando im russisch-japanischen Krieg, 1910 graduierte er an der Generalstabsschule, tat Dienst im Ersten Weltkrieg als Regimentskommandeur, Korpsstabschef und Leiter einer Offiziersschule in Odessa; 1917 kommandierte er eine ukrainische Brigade in Katerynoslav, 1918 die Dritte Schützendivision in Poltava, und vom 10.12.1918 bis zum 7.06.1919 kommandierte er die ukrainisch-galizische Armee; nach seiner Rückkehr zur UNR-Armee leitete er das Zaporozher Korps und von Dezember 1919 bis November 1920, während des Winterfeldzuges, die gesamte Armee; in der Zwischenkriegszeit lebte er in Prag; nach dem Zweiten Weltkrieg war er 1945-1948 Verteidigungsminister der UNR-Exilregierung, die ihn zum Generalleutnant beförderte; er blieb aktiv in Veteranenkreisen in Westdeutschland und Frankreich.

Orlando, Vittorio Emanuele

* 19.03.1860, † 1.12.1952
Italienischer Ministerpräsident: 30.10.

1917-19.01.1919 und 19.01.-19.06.1919.

Ostapenko, Serhij

* ?, † ?

Bis 1917 Dozent am Kiewer Handels-Institut; Mitglied der Central'na Rada für die UPSR; Wirtschaftsberater der ukrainischen Delegation in Brest-Litovsk; Minister für Handel und Wirtschaft (Dezember 1918-Februar 1919), Februar-April 1919 Premierminister der UNR; er versuchte, mit der Entente zu verhandeln; nach der bolschewistischen Machtübernahme blieb er in der Ukraine und wurde wahrscheinlich 1931 verhaftet; weiteres Schicksal unbekannt.

Paderewski, Ignacy Jan

* 18.11.1860, † 29.06.1941

Polnischer Ministerpräsident und Außenminister: 18.01.-5.12.1919.

Painlevé, Paul

* 5.12.1863 Paris, † 29.10.1933 Paris
Wissenschaftler (Mathematik, Mechanik, Astronomie); 1900 Mitglied der französischen Akademie der Wissenschaften; 1910 Abgeordneter in Paris (Spezialist für waffentechnische Fragen); während des Ersten Weltkrieges Präsident der Kommissionen für Erfindungen, für Bewaffnung und für Luftfahrt; 29.10.1915-7.12.1916 Minister für Unterricht; 20.03.-7.09.1917 Kriegsminister; 12.09.-13.11.1917 Ministerpräsident, ebenso 1925; 1925-1928 Kriegsminister.

Paléologue, Maurice

* 1859, † 1944

Französischer Botschaftssekretär in Rom 1885; Berater der französischen Spezial-

mission nach China und Korea; 1886 Berater in der politischen Abteilung des Quai d'Orsay; 1898 Chefberater in der Personalabteilung; 1907 Generalkonsul in Sofia; 1912 Staatsrat; 1914-1917 Botschafter in St. Petersburg; 1920 Generalsekretär im Außenministerium.

Panejko, Vasyľ

* 1883 Zoločiv (Galizien)

† 29.05.1956 Caracas (Venezuela)

Journalist und Politiker; Bruder von Oleksander (Pädagoge) und Jurij Panejko (Rechtswissenschaftler); aktiver Anhänger der NDP; Tätigkeit für verschiedene Zeitschriften; 1919 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten der ZUNR-; Mitglied der ukrainischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz: zuerst Vizepräsident der Delegation der UNR, ab 1920 Leiter der westukrainischen Delegation. Um Unterstützung durch die Entente zu erhalten, Verfechter einer osteuropäischen Föderation, welche die Ukraine, Galizien und Rußland mit einschließen sollte. Damit war ihm weder in ukrainischen noch in Ententekreisen Erfolg beschieden. Herausgeber von „Dilo“ und „Polityka“ in Lemberg, Korrespondent für den „Dilo“ in Paris; in den dreißiger Jahren keinerlei politische Aktivität mehr; 1945 Emigration in die USA, später nach Venezuela.

Pančenko, Mychajlo

* ca. 1884 Poltava, † 30er Jahre

Nach der Februarrevolution Mitglied des ZK der UPSR, Präsidiumsmitglied des Allukrainischen Rates der Militärdeputierten, Delegierter in der Central'na Rada; Dezember 1917 im Präsidium des Allukrainischen Kongresses der Arbeiter,

Soldaten und Bauerndeputierten in Kiew; 1919 kurzfristig Volkskommissar für Bildung in der Charkiver Sowjetregierung; ab 1918 Borotbist, opponierte gegen die Vereinigung mit der KP(b)U und trat dieser nicht bei; in den zwanziger Jahren als Herausgeber tätig; in den dreißiger Jahren mit anderen Borotbisten verhaftet, verschwand er spurlos in einem Arbeitslager.

Petljura, Symon

* 10.05.1879 Poltava, † 25.05.1926 Paris
Besuchte die Grundschule der Kirchengemeinde in Poltava, ab 1895 Studium am städtischen geistlichen Seminar; seit 1898 Mitglied einer ukrainischen Geheimorganisation, wofür er 1901 aus dem Seminar ausgeschlossen wurde; seit 1900 aktives Mitglied der Geheimorganisation, die den Kern der RUP in Poltava bildete; seit 1902 Mitarbeiter des „Literaturnaukovyj vistnyk“, im Herbst dieses Jahres ging er in das Kuban'-Gebiet nach Katerynoslav, wo er als Lehrer und später im Heeresarchiv tätig war; 1903 wegen publizistischer Tätigkeit verhaftet, im März 1904 auf Bewährung entlassen; er ging nach Kiew und von dort nach Lemberg, um parteiorganisatorische Arbeit zu leisten und bei der Redaktion des Organs der URP, „Seljanyn“, mitzuwirken; Ende 1905 kehrte er nach Kiew zurück, ging aber zu Beginn des Jahres 1906 als Delegierter der USDRP zur Versammlung der galizischen USDP; Juli 1906 in Kiew: Sekretär der Zeitung „Rada“, 1907/1908 Mitredakteur des USDRP-Organs „Slovo“, gleichzeitig Mitarbeiter der Zeitschrift „Ukraïna“; ab 1909 lebte er in Moskau, wo er als Buchhalter arbeitete; Heirat mit Olha

Bilka; seit 1912 redigierte er mit Salikovskyj die Zeitschrift „Ukrains'kaja žizn“, die bis Anfang 1917 erschien; von 1916 bis März 1917 arbeitete er bei der Fronthilfsorganisation „Sojuz zemstv“ und war stellvertretender Bevollmächtigter dieser Organisation an der Westfront. Nachdem er zum Vorsitzenden des Ukrainischen Militärkomitees der Westfront ernannt worden war, entsandte man ihn nach Kiew zum Ersten Allukrainischen Militärkongreß (18.-21.05.1917). Wahl zum Vorsitzenden des Ukrainischen Obersten Militärkomitees, nach der Entstehung des Generalsekretariates der Central'na Rada (26.06.1917) Ernennung zum ersten Generalsekretär für Militärwesen; er verwendete seine Energie v.a. auf die Organisation der ukrainischen Streitkräfte; nach Meinungsverschiedenheiten mit Vynnyčenko, dem Vorsitzenden des Generalsekretariates, trat er Ende 1917 aus der Regierung aus und begab sich in die Ukraine östlich des Dnjepr, wo er das Hajdamakenbataillon der SlobodaUkraine (des nördlichen Teils der linksufrigen Ukraine) organisierte; dieses Bataillon hatte bei der Niederwerfung des ersten bolschewistischen Aufstandes in Kiew große Bedeutung; nach dem Staatsstreich Skoropads'kyjs (29.04.1918) wurde er zum Oberhaupt der Kiewer Gouvernementsselbstverwaltung und der Allukrainischen Union der Selbstverwaltungen; Juli 1918 Verhaftung durch die Hetman-Regierung; vier Monate Gefängnis; daraufhin ging er nach Bila Cerkva, wo er am Aufstand gegen den Hetman teilnahm; Mitglied des Direktoriums; Oberbefehlshaber der UNR-Armee; nach der Abreise Vynnyčenkos ins Ausland wurde er am

11.02.1919 Vorsitzender des Direktoriums; 5.12.1919 ging seine Regierung nach Warschau; Ende 1923 Emigration nach Budapest, von dort nach Wien und Genf, 1924 siedelte er sich in Paris an; leitete die Exilregierung der UNR und gründete die Wochenzeitschrift „Tryzub“. Am 25.05.1926 wurde er von dem bolschewistischen Agenten Schwarzbard, angeblich aus Rache für die Judenpogrome, obwohl er immer ein entschiedener Gegner dieser Ausschreitungen gewesen war, erschossen. Er liegt auf dem Montparnasse-Friedhof begraben.

Petruševyč, Jevhen

* 3.06.1863 Bus'k (Galizien)

† 29.08.1940 Berlin

Jurastudium in Lemberg, als Rechtsanwalt in Sokal und Skole 1896-1910 tätig; Mitglied der NDP, 1907 und 1911 Wahl in den österreichischen Reichsrat, 1910 und 1913 Wahl in den galizischen Landtag, stellvertretender Vorsitzender der ukrainischen parlamentarischen Vertretung in Wien 1910-1914; er lehnte jeglichen Kompromiß mit der österreichischen Regierung ab und setzte sich entschieden für die Rechte des ukrainischen Volkes ein, 1913 spielte er eine wichtige Rolle bei der Wahlreform zum galizischen Landtag, die den Ukrainern mehr Möglichkeiten der Artikulation bot; 1915 Vizepräsident des Ukrainischen Hauptrates, legte er sein Landtagsmandat nieder; 1916 Wahl zum Vorsitzenden der ukrainischen parlamentarischen Vertretung im Reichsrat und damit führender ukrainischer Politiker in Österreich; mit einer Reihe anderer slavischer Politiker schlug er vor, Österreich-Ungarn in eine Föderation

von Nationalstaaten zu transformieren, darin eingeschlossen einen ukrainischen Staat, der aus Galizien, der Nordbukowina und der Karpatho-Ukraine bestehen sollte; bei Zusammenbruch der Monarchie rief Petruševyč eine Verfassunggebende Versammlung nach Lemberg ein, die sich auf ihrer ersten Sitzung am 18. Oktober 1918 den Namen Ukrainische Nationalrada gab, Petruševyč zu ihrem Präsidenten machte und einen unabhängigen ukrainischen Staat ausrief; am 3.01.1919 wurde Petruševyč in Stanyslaviv durch Wahl in seinem Amt bestätigt; aufgrund der politischen und militärischen Schwierigkeiten machte ihn die Nationalrada und die Regierung am 9. Juni 1919 zum Diktator der ZUNR; unter seinem Regime wurde die Čortkiv-Offensive eröffnet, die ukrainisch-galizische Armee überschritt den Zbruč und befreite zusammen mit der UNR-Armee Kiew; die Differenzen zwischen ihm und Petljura führten im November 1919 zum Bruch, Petruševyč verließ die Ukraine, um den Krieg auf diplomatischer Ebene fortzuführen; am 25.07.1920 formte er eine Exilregierung in Wien und bemühte sich um internationale Unterstützung; mit der Entscheidung des Botschafterrates vom März 1923, Ostgalizien unter polnische Verwaltung zu stellen, endete seine Kampagne, er wandte sich von Berlin aus an die Sowjets um Unterstützung, was sich aber als wenig erfolgreich herausstellte.

Pichon, Stéphan

* 1857, † 1933

Französischer Außenminister: 17.11.1917-18.01.1920.

Pilsudski, Józef

* 4.07.1867, † 12.05.1935

Erster polnischer Staatspräsident: Nov. 1918-9.12.1922; 1892 Mitbegründer und Führer der Polnischen Sozialistischen Partei; im Ersten Weltkrieg kämpfte er mit der von ihm geschaffenen Polnischen Legion auf österreichischer Seite. Durch den Staatsstreich von 1926 stürzte er die parlamentarische Regierung und regierte autoritär.

P'jatakov, Georgij (Jurij)

* 6.08.1890 Horodyšče (Kiew)

† Januar 1937

Russischer Bol'shevik und Sowjetführer; nach der Februarrevolution leitete er das Kiewer bolschewistische Komitee und vertrat es in der Central'na Rada; obwohl er gegen den Separatismus der Rada war, kooperierte er aus taktischen Gründen und war auch Mitglied der Mala Rada (August-November 1917); September 1917 Vorsitzender des Kiewer Rats der Arbeiterdelegierten, nach der bolschewistischen Machtübernahme wurde er als Leiter der Staatsbank nach St. Petersburg gerufen; April 1918 Erster Vorsitzender des Organisationsbüros der KP(b)U und Mitglied des ZK; um ukrainische Unterstützung zu bekommen, setzte er sich für eine separate und autonome ukrainische KP gegenüber der russischen KP ein; im September 1918, nach dem Scheitern eines von ihm organisierten Bauernaufstandes wurde er von moskautreuen Kräften seines ZK-Sitzes enthoben; nach dem Rückzug der deutschen Armee aus der Ukraine leitete er die Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine (November 1918-Januar 1919); er setzte sich für

militärische und politische Autonomie gegenüber Moskau ein, ging gegen das Direktorium und gegen die Borotbisten vor; Januar 1919 wurde er als Regierungschef von dem Anhänger Lenins, Rakovs'kyj, ersetzt; ab 1920 unterstützte P'jatakov die Position Trockijs; 1920 und 1921 war er Direktor der Minenindustrie im Ural und Donbas; er wurde zum führenden sowjetischen Verwaltungs- und Wirtschaftsexperten; 1927 – nach der Niederlage der linken Opposition – wurde er aus der Partei und dem Obersten Sowjet für Nationalökonomie ausgeschlossen; nachdem er seine Ideen öffentlich widerrufen hatte, wurde er 1929 wieder in die Partei aufgenommen und zum Vorsitzenden der Staatsbank in Moskau ernannt; Herbst 1936 Verhaftung, unmittelbare Erschießung nach einem Schauprozeß gegen Trockisten im Januar 1937.

Pokrovs'kyj, Andrij

* ?, † ?

Vizeadmiral in der russischen Marine während des Ersten Weltkrieges; 1918 Kommandeur der Schwarzmeer-Häfen für die UNR; Beförderung zum Admiral durch den Hetman, November-Dezember 1918 Marineminister im Kabinett S. Gerbel'.

Porš, Mykola

* 19.10.1879 Lubni (Poltava)

† 16.04.1944 Berlin

Deutsch-jüdischer Herkunft; prominentes Mitglied der RUP und der USDRP; ab 1904 Arbeit im politischen Untergrund in Kiew und Nižyn; Mitglied der Central'na Rada und der Mala Rada; Januar 1918 Minister für Verteidigung und

Arbeit; 1919-1920 ukrainischer Gesandter in Deutschland; er blieb im Ausland und zog sich von der Politik zurück; Porš war einer der ersten, der in seinen Studien die Wirtschaftsdaten der Ukraine von denen des Russischen Reiches trennte.

Rafes, Mojsej

* 1883 Minsk, † 1942

Russisch-jüdischer Revolutionär; ab 1903 führendes Mitglied des Sojus, nach der Februarrevolution 1917 sein Repräsentant in der Central'na Rada und in der Mala Rada; Juli 1917 wurde er Generalsekretär für Staatssicherheit und ging mit Vynnyčenko und Baranovs'kyj nach Moskau, um der Provisorischen Regierung das Statut vyščoho upravlinnja Ukraïny (Statut zur höheren Verwaltung der Ukraine) vorzulegen; November 1917 Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Revolution in der Ukraine; Januar 1918 stimmte er gegen die Annahme des 4. Universalis; er war gegenüber dem Gesetz der Personalautonomie für Minderheiten kritisch eingestellt und stimmte gegen die Schaffung einer Nationalarmee sowie gegen den Abschluß des Vertrages von Brest-Litovsk mit den Mittelmächten; unter der Hetman-Regierung wurde er verhaftet; auf dem ukrainischen Arbeiterkongreß im Januar 1919 stimmte er im Namen des Sojus für die Schaffung von Sowjets, befürwortete eine Militärallianz zwischen dem Direktorium und den russischen Bol'sheviki, war gegen eine Zusammenarbeit mit den „Weißen“ und gegen eine alliierte Intervention und klagte das Direktorium an, nichts gegen die Pogrome zu unternehmen; im März 1919 trat

er den Bol'seviki bei, im Dezember wurde er stellvertretender Vorsitzender der KP(b)U für das Kiewer Gouvernement; nach dem Bürgerkrieg arbeitete er in der Komintern in Moskau und China; unter Stalin aus der Komintern entfernt, arbeitete er in der sowjetischen Filmindustrie; während der Säuberungen verschwand er spurlos.

Rakovs'kyj, Chrystyjan

* 1.08.1873 Gradets (Bulgarien)

† 19.09.1941

Aktiv in den sozialistischen Bewegungen Bulgariens und Rumäniens vor 1914; war gegen die Teilnahme Bulgariens am Ersten Weltkrieg und arbeitete im Central Bureau of the Antiwar Revolutionary Balkan Social Democratic Labour Federation; 1918 Mitglied der Bol'seviki, Mitarbeit in einem Komitee in Odessa zur Unterdrückung der Konterrevolution in der Ukraine und Rumänien; Teilnahme an diplomatischen Delegationen zur HetmanRegierung und nach Deutschland; Oktober-Dezember 1918 von Lenin ernannter Botschafter in Wien; Januar 1919 bis Juli 1923 mit Unterbrechungen Regierungschef der Sowjetukraine; er war im Namen des Internationalismus gegen den ukrainischen Partikularismus und bezweifelte die Existenz einer eigenen ukrainischen Nationalität; aber bis Ende 1921 änderte er seine Meinung und bestand auf größerer Sensibilität in Bezug auf die ukrainische nationale Frage und trachtete danach, die politische und wirtschaftliche Autonomie der Ukrainischen SSR auszuweiten; auf dem 12. Kongreß der russischen KP im April 1923 kritisierte er Stalins Position in der nationalen Frage; daraufhin entfernte ihn

dieser vom Posten des ukrainischen Regierungschefs; 1923-1925 Botschafter der UdSSR in Großbritannien; 1925-1927 in Frankreich; Herbst 1927 Ausweisung aus Frankreich wegen revolutionärer Umtriebe; Rückkehr in die Ukraine, Organisation der linken Opposition; Dezember 1927 Ausschluß aus der Partei; Januar 1928 Verbannung nach Astrachan'; Februar 1934 beugte er sich der Parteidisziplin und durfte nach Moskau zurückkehren; März 1938 Verurteilung zu 20 Jahren Haft; er wurde im Gefängnis erschossen.

Renner, Martin

* 1870, † ?

1915-1918 deutscher Militärattaché in Den Haag; 1921 Konsul in Tokio; 1923 in Madrid; 1926 Gesandter in Athen; 1929 in Helsinki.

Riedel, Richard

* 8.12.1865 Wien, † ?

Jurastudium und Promotion an der Universität Wien; 30.11.1888 Heirat mit Rosa Schmid: vier Kinder (Hilde, Richard, Eugen, Roswitha); 1890 Eintritt in den Dienst der Handels- und Gewerbekammer Wien; 1898 Ernennung zum Sekretär-Stellvertreter, 1904 Ernennung zum zweiten Sekretär, 1907 zum ersten Sekretär, 1909 Austritt aus dem Handelskammerdienst; 16.02.1904 Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens; 30.11.1908 Titel: Regierungsrat; 21.01.1909 Sektionschef im Handelsministerium; 27.06.1912 Verleihung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse; 24.05.1914 Kommandeur des Léopol-Ordens; 27.03.1917 Verleihung der Würde eines Geheimen Rates; 7.11.1918

Ernennung zum Unterstaatssekretär für Gewerbe, Industrie und Handel sowie für Kriegs- und Übergangswirtschaft (bis 22.03.1919), Vorsitzender der Zentralstelle für Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen, 8.11.1918 Vereidigung als Unterstaatssekretär, Wien; ab 3.04.1919 Sektionschef; 31.01.1920 Titel: Außerdienstlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister; 12.06.1921 österreichischer Gesandter bei der deutschen Reichsregierung in Berlin; 16.03.1938 Leitung der handelspolitischen Agenden, insbesondere der durch die politische Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich notwendig gewordenen handelspolitischen Maßnahmen.

Robeck de, Sir John Michael

* 10.06.1862 Gowran Grange, Naas, County Kildare (Irland), † 20.01.1928 London

Flottenadmiral; 1875 Seekadet auf der Britannia; 1911 Konteradmiral; 1915 Stellvertreter von Vizeadmiral Sackville Carden in den Dardanellen; aufgrund des schlechten gesundheitlichen Zustandes von Carden übernahm de Robeck das Kommando über die gesamte Operation in den Dardanellen; bis Mai 1919 blieb er Vizeadmiral; 1919 Ernennung zum Baronet, erhielt mehrere Orden; 1919 Oberbefehlshaber der Mittelmeerflotte; er wurde Hochkommissar in Konstantinopel (bis April 1922) und sollte einen separaten Friedensvertrag mit der Türkei schließen; August 1922 bis 1924 Oberbefehlshaber der Atlantikflotte; November 1925 Beförderung zum Flottenadmiral, obwohl er aus dem aktiven Dienst ausgeschieden war.

Robertson, Sir William Robert

* 29.01.1860 Welbourn

† 12.02.1933 London

Besuch einer öffentlichen Schule; 1877 Eintritt in die Armee; 1885 Beförderung zum Oberfeldwebel; 1887 Prüfung vor einer Militärkommission: 1888 Beförderung zum Leutnant der 3. Dragoner Garde, die in Indien Dienst tat; da sein Armeegehalt nicht ausreichte, lernte er verschiedene Sprachen: Urdu, Hindu, Persisch, Puschtu, Punjabi und Gurkhali; im Armeehauptquartier wurde man auf ihn aufmerksam, und 1892 wurde er in eine Nachrichtenabteilung in Simla verlegt; erkundete die Routen von Pamir nach Indien, da Rußland zunehmend zur Bedrohung wurde, und spielte eine entscheidende Rolle bei der Niederschlagung des Aufstandes von Umr Khan 1894; wurde daraufhin in den Stab des Nachrichtendienstes aufgenommen; Beförderung zum Hauptmann; im War Office tätig; Dienst in Südafrika: Nachrichtenoffizier im Stab Hendersons in Pretoria, Kampf gegen Krüger; Beförderung zum Major; als Oberstleutnant in der Auslandsabteilung des Nachrichtendienstes tätig; strukturierte und organisierte diese neu; verbrachte viel Zeit in denjenigen Ländern, für die seine Abteilung zuständig war; Beförderung zum Oberst 1903; 1905 Companion of the Order of the Bath (hohe militärische Auszeichnung); 1907 kurzfristig auf Halbsold gesetzt, übersetzte er militärische Handbücher aus dem Deutschen; 1910 Leiter der Stabsakademie als erster aus dem Mannschaftsstand hervorgegangener Offizier; Beförderung zum Generalmajor; Oktober 1913 Direktor für militärische Ausbildung im War Office;

mit der Mobilisierung wurde er zum Generalquartiermeister in Frankreich ernannt; Januar 1915 Generalstabschef im Hauptquartier; gegen die Invasion der Halbinsel Gallipoli: überzeugter „Westler“ (dafür zuerst den Kampf an der Westfront zu beenden); Dezember 1915 Generalstabschef; Juni 1916 Beförderung zum General; Dezember 1916 Lloyd George wird Premierminister: wachsende Meinungsverschiedenheiten mit Robertson; Februar 1918 Rücktritt Robertsons: Übernahme des Eastern Command; Juni 1918 Commander-in-chief, Home Forces; April 1919 Chef der britischen Besatzungsarmee am Rhein, Ernennung zum Baronet; März 1920 Beförderung zum Feldmarschall; 1921 zog er sich aus dem aktiven Dienst zurück; im Laufe seiner Dienstzeit erhielt er viele Orden, auch ausländische: Zum Beispiel wurde er Mitglied der Ehrenlegion.

Rodjanko, Michail

* 1859 Gouvernement Katerynoslav
 † 24.01.1924 Jugoslawien
 1886-1896 Adelsmarschall im Kreis Novomoskov'sk, Vorsitzender im Katerynoslaver Gouvernement-*zemstvo*; 1906-1907 Mitglied des Staatsrates; 1907-1917 Abgeordneter in der Dritten und Vierten Duma; 1911-1917 Präsident der Duma; führendes Mitglied der Oktobristenpartei und gegen die ukrainische Autonomie eingestellt; Befürworter einer konstitutionellen Monarchie nach britischem Muster, gehörte er zu denen, die Rasputin loswerden wollten und eine „Revolution von oben“ anstrebten; 1920 diente er kurzfristig in Denikins Armee und emigrierte dann nach Jugoslawien.

Rohrbach, Karl Albert Paul

* 17.06.1869 Irgen (Kurland)
 † 20.07.1956 Langenburg (Württemberg)
 1883-1886 Gouvernementsgymnasium in Mitau, 1887 in Moskau; 1887-1890 Geschichtsstudium in Dorpat, 1890-1897 Studium der Philosophie und Theologie in Berlin und Straßburg, 1891 Promotion in Berlin; drei Reisen in den Orient; 1887-1901 Generalsekretär des Evangelischen Sozialen Kongresses in Berlin; 1901-1903 Redaktion der Naumannschen „Zeit“; 1903-1906 Vorsitzender der Staatlichen Ansiedlungskommission in Windhuk; 1906-1912 Dozent für Kolonialwirtschaft an der Handelshochschule in Berlin; Studienreisen in Kamerun, China, Afrika, Nord- und Südamerika; 1914-1917 freiwillige Hilfsarbeit in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin; März 1918 zusammen mit Axel Schmidt Gründung der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft und ihres Organs „Die Ukraine“; 1917-1927 Schriftsteller und Politiker; 1927-1930 geschäftsführendes Präsidialmitglied der Deutschen Akademie in München; freier Schriftsteller 1930-1935 in München und 1935-1944 in Berlin, Präses der Deutsch-Armenischen Gesellschaft in Berlin; 1938 und 1939 Studienreisen in Afrika und Italien, während des Zweiten Weltkrieges auf Vortragsreisen im Baltikum, Rußland, Rumänien, Frankreich und Holland; 1944 in Berlin ausgebombt, lebte er in Langenburg als Schriftsteller, hielt seit 1955 Vorlesungen im Europa-Kolleg Hamburg.

Rosenberg, Frederic Hans von

* 26.12.1874 Berlin
 † 30.07.1937 Fürstenzell (Niederbayern)
 1920 Gesandter in Wien und Anfang

1922 in Kopenhagen; 22.11.1922- 12.08.1923 Reichsaußenminister; 1924-1933 Gesandter in Stockholm; 1933-1935 Botschafter in Ankara.

Roumanille, Joseph

* 8.08.1818 St. Remy

† 24.05.1891 Avignon

Provençalischer Dichter; er gab mit der Veröffentlichung eines Gedichtbandes 1852 den Anstoß zur Gründung des Dichterkreises der Félibre (ihr Bestreben war, eine neue provençalische Poesie in einer neuen Schriftsprache zu gründen).

Rudnyc'kyj, Ivan [Kedryn]

* 22.04.1896 Chodoriv (Galizien), † ? Journalist und Politiker; Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft; Studium in Wien; 1920-1922 arbeitete er bei der Zeitung „Volja“ in Wien und 1922-1939 bei „Dilo“ in Lemberg; 1926-1936 Korrespondent für „Dilo“ in Warschau; 1925-1931 erster Pressesprecher der ukrainischen parlamentarischen Vertretung in Warschau; Veteran der UNR-Armee, führendes Mitglied der UNDO; 1944 Emigration nach Österreich, 1946 in die USA.

Rumbold, Sir Horace George Montague

* 1869, † ?

1895 britischer Botschaftssekretär in Teheran, 1897 in Wien, 1900 in Kairo, 1906 in Madrid; Chargé d'Affaires in München 1908; 1913-1914 Konsul in Berlin; 1916 bevollmächtigter Minister in Bern; 1919 in Warschau; 1920-1924 Hochkommissar und Botschafter in Konstantinopel; britischer Bevollmächtigter auf der Konferenz von Lausanne 1922-

1923, Unterzeichner des Vertrages vom 24.07.1923; 1924 Botschafter in Madrid; 1928-1933 in Berlin; Repräsentant für Flüchtlingsfragen vor dem Völkerbundsrat; Vizepräsident der Palästina-Kommission 1936-1937.

Rusova, Sofija

* 18.02.1856 Olešnja (Černihiv)

† 5.02.1940 Prag

Mitglied der Central'na Rada; Gründungsmitglied und erste Präsidentin des Nationalrates der ukrainischen Frauen; Abteilungsleiterin für Vorschulwesen und Erwachsenenbildung im Erziehungsministerium unter dem Hetman; Professorin für Erziehung am Pädagogischen Institut in Kiew vor dem Ersten Weltkrieg, nach dem Krieg lehrte sie an der staatlichen Universität Kam-janec'-Podil's'kyj; 1922 Emigration nach Prag, wo sie von 1924-1939 am Ukrainischen Höheren Pädagogischen Institut lehrte; Mitglied der Union ukrainischer Frauen und Präsidentin der Weltunion ukrainischer Frauen; politisch war sie im linken Spektrum ukrainischer Sozialrevolutionäre anzusiedeln; förderte Kindertagesstätten, Erwachsenenbildung und die politische Organisation der Bauern; veröffentlichte Zeitungsartikel und Monographien.

Russell, Sir Odo William Theophilus Villiers

* 1870, † ?

Britischer Botschaftssekretär in Rom, Athen, St. Petersburg und Berlin; 1909 Konsul in Wien; 1915 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten; 1919 Bevollmächtigter Minister in Bern; 1922 im Vatikan; 1928-1933 in Den Haag.

Sadovs'kyj, Valentyn

* 27.08.1886 Pliščyn (Wolhynien)

† 24.11.1947 Kiew

Wirtschaftswissenschaftler; ab 1935 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft; machte 1909 seinen Abschluß in Jura an der Universität Kiew, 1911 in Wirtschaftswissenschaften in St. Petersburg und war dann Rechtsanwalt in St. Petersburg; 1915 Inspektor einer Wohlfahrtsorganisation im besetzten Galizien; 1914 RUP-Mitglied und dann in der USDRP; nach der Februarrevolution 1917 kehrte er nach Kiew zurück; Mitglied der Cetral'na Rada und der Mala Rada; Generalsekretär für Justiz (26.06.1917); 1918 repräsentierten er und Vynnyčenko die USDRP in der Ukrainischen Nationalen Allianz; 1920 Flucht aus der Ukraine, lebte in Tarnów (Polen), Lemberg und in der Tschechoslowakei; lehrte in Poďbrady; 1945 vom NKVD in Prag verhaftet, starb er im Lukianivka-Gefängnis in Kiew.

Saint-Aulaire, Charles de

* 1866, † ?

1893 Attaché an der französischen Botschaft in Tunis; Chargé d'Affaires in Lima und Rio de Janeiro; Botschaftssekretär in Marokko; Chargé d'Affaires in Tanger; 1912 Konsul in Wien; 1912-1916 Einsatz in Marokko; 1916 Bevollmächtigter Minister in Rumänien; verhandelte und unterschrieb den französisch-rumänischen Allianzvertrag; 1920 Botschafter in Madrid; 1921-1924 in London; Mitglied der Association Diplomatique Internationale 1926.

Sapieha, Fürst Eustach Kajetan

* 2.08.1881, † 20.02.1963

Polnischer Außenminister: 24.06.-23.07.1920 und 23.07.1920- 26.05.1921.

Savinkov, Boris Viktorovič

* 1879, † 1925

Politiker und Schriftsteller; 1901 Mitglied des St. Petersburger Rates zur Befreiung der arbeitenden Klasse; nahm an terroristischen Akten teil; nach der Revolution von 1905 beendete er seine revolutionäre Tätigkeit; im Weltkrieg Vertreter des „Kampfes bis zum Sieg“; nach der Februarrevolution Kriegsminister in Kerenskij's Kabinet; Initiator des Befehls zur Todesstrafe an der Front; nach der Oktoberrevolution Zusammenarbeit mit Kaledin, Kornilov, Kolčak und Vrangel'; aktiv in der Geldbeschaffung für die Gegenrevolution; 1924 vom Obersten Gericht der UdSSR zum Tode durch Erschießen verurteilt, beging er Selbstmord.

Sazonov, Sergej Dmitrievič

* 29.07.1860, † 25.12.1927

Adliger aus dem Gouvernement Rjazan'; ab 1883 im diplomatischen Dienst; September 1910 bis Juli 1916 Außenminister; steuerte Annäherungskurs zu Großbritannien und Frankreich, ohne die Verbindung zu Deutschland und Österreich-Ungarn ganz aufzugeben; 1914-1916 Gespräche mit Großbritannien und Frankreich über militärische Zusammenarbeit und den Abschluß eines Friedensvertrages; 1918-1920 diplomatischer Vertreter von Denikin und Kolčak auf der Friedenskonferenz in Paris.

Scialoja, Vittorio

* 24.04.1856, † 19.11.1933

Italienischer Außenminister: 3.11.1919-12.03.1920, 14.03.-12.05.1920, 21.05.-9.06.1920.

Selby, Sir Walford Harwood Montague

* 1881, † ?

1906 britischer Botschaftssekretär in Berlin; 1907 in Den Haag; 1911-1915 Sekretär von Lord Grey; 1919 in Kairo; 1924 Konsul; 1925 Attaché auf der Konferenz von Locarno; Bevollmächtigter Minister in Wien 1933; 1937-1940 Botschafter in Lissabon.

Sergeev, Fedor (Artem)

8.03.1883 Glebovo (Kursk)

† 24.07.1921

1903-1906 bolschewistischer Propagandist und Organisator in den östlichen Industriezentren der Ukraine; 1910-1917 als Gefolgsmann Lenins im australischen Exil; bei Ausbruch der Revolution kehrte er in die Ukraine zurück; aktiv in den Sowjets im Donec', in Charkiv und Katerynoslav; Minister für Handel und Industrie im Volkssekretariat, der ersten Sowjetregierung der Ukraine; 1918 Leiter des Rates der Volkskommissare in der Donec'-Kryvyj-Rih-Sowjetrepublik; 1918-1919 stellvertretender Vorsitzender der Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine; 1920 Leiter des Exekutivkomitees des Donec'-Gouvernements und Mitglied des ZK der KP(b)U; Ende 1920 nach Moskau zur Partei- und Regierungsarbeit berufen; starb bei einem Flugzeugunglück und wurde in Moskau begraben.

Sevrjuk, Oleksander

* 1893, † 26./27.12.1941 i.d.N. von Frankfurt/Oder

1917-1918 für die UPSR in der Central'na Rada, November 1917 Wahl in das Rada-Komitee zur Verteidigung der Revolution in der Ukraine; bereitete das Gesetz über die Verfassungsgebende Versammlung vor; Anfang 1918 Leiter der ukrainischen Delegation in Brest-Litovsk; UNR-Emissär in Berlin; ab April 1919 Mitglied der UNR-Delegation zur Pariser Friedenskonferenz; später arbeitete er in Rom an der Rückführung ukrainischer Kriegsgefangener; 1920-1931 als Emigrant in Frankreich, dann in Deutschland: involviert in sowjetische Zirkel; er starb bei einem Eisenbahnunglück; es gab jedoch Vermutungen, er sei ein Sowjet-NS Doppelagent gewesen, der von der Gestapo liquidiert wurde.

Sforza, Carlo (Comte)

* 23.09.1872 Montignoso

† 4.09.1952 Rom

Italienischer Attaché in Kairo, Paris, Peking, Konstantinopel und Bukarest; 1906 Konsul in Madrid; 1907 in Konstantinopel; 1910 in London; 1910-1911 Kabinettschef; 1911-1915 Bevollmächtigter Minister in Peking; 1915 in Serbien, bis Ende des Krieges beim serbischen König auf Korfu; Meinungsverschiedenheiten mit Sonnino; Senator und Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten; Juni 1919 Vertretung des in Paris weilenden italienischen Außenministers Tittoni; italienischer Außenminister: 16.0.1920-2.07.1921; 3.02.-13.05.1947; 31.05.1947-16.07.1951; Minister ohne Portefeuille: 22.04.-6./10.06.1944.

Sijak, Ivan

* 8.04.1887 Liašky Murovani (Galizien)
 † nach 1939 (?) im Fernen Osten
 Rechtsanwalt; 1914 führende Rolle in der USDP; kämpfte während des Ersten Weltkrieges in den Reihen der Sič-Schützen und leitete das Eisenbahningenieurkorps der ukrainisch-galizischen Armee; 1919 nach der Gefangennahme durch bolschewistische Truppen, schloß er sich der Roten Armee an und leitete die Aktivitäten des Galizischen Revolutionären Komitees (1920); in den zwanziger Jahren lehrte er an Instituten in Kiew und Charkiv, hatte einen Posten an der Sowjetbotschaft in Warschau und wurde Mitglied im ZK der KP(b)U; ab 1930 Leiter des Ukrainischen Instituts für linguistische Erziehung in Charkiv; 1933 während des stalinistischen Terrors verhaftet, in ein Arbeitslager deportiert und später erschossen.

Silberfarb, Moses

* 1876 Rivne, † 1934 Warschau
 27.07.1917 Delegierter im Generalsekretariat für Nationalitätenfragen, ab 7.11.1917 Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Revolution; 22.11. Generalsekretär für jüdische Angelegenheiten; 22.01.1918 Minister für jüdische Angelegenheiten; 29.01.1918 trat er aus der Regierung aus; schon vor der Revolution war Silberfarb für eine jüdische Autonomie eingetreten; 1918/1920 Leiter der Jüdischen Volksuniversität und der Kulturliga in Kiew; 1921 verließ er die Ukraine und emigrierte nach Warschau.

Singalevyč, Volodymyr [eigentlich: Schilling]

* 1880 Galizien, † 1945 Österreich

Deutscher Herkunft; Rechtsanwalt, Mitglied der NDP; 1911-1918 Mitglied des Reichsrates, 1913-1914 Mitglied des galizischen Landtages; ab 1914 in Wien stellvertretender Chef der Militärverwaltung der ukrainischen Sič-Schützen, Mitglied des Nationalrates der ZUNR; 1919-1923 verantwortlich für die Finanzen und später für innere Angelegenheiten; 1930-1939 Direktor einer Kreditbank in Lemberg.

Skirmunt, Graf Konstanty

* 30.08.1866, † 1951
 Polnischer Außenminister: 13.06.-10.09.1921; 20.09.1921-3.03.1922; 11.03.-6.06.1922; 14./19.-29.07.1922.

Skoropads'kyj, Pavlo

* 15.05.1873 Wiesbaden
 † 26.04.1945 Metten (Bayern)
 Aufgewachsen auf dem Gut seines Vaters im Gouvernement Poltava; Ausbildung an der Kadettenschule in St. Petersburg (Pagenkorps); diente in einem Kavallerieregiment; eigenes Kommando über ein Kosakenregiment im Russisch-japanischen Krieg; 1905 aide-de-camp von Zar Nikolaus II; Oberst 1906, 1910 Kommandeur des 20. Finnischen Dragonerregiments; 1911 Generalmajor und Kommandeur einer Kavallerie-Abteilung des kaiserlichen Garderegimentes; eigenständige Kommandos im Ersten Weltkrieg; nach der Revolution 1917 leitete er die Ukrainisierung des 34. Korps zum ersten rein ukrainischen Korps ein; Oktober 1917 Ehrenataman der Freien Kosaken; gegen die sozialistische Politik der Rada eingestellt: Putsch am 29.04.1918 mit deutscher Hilfe; 14.12.1918 Abdankung des Hetmans und

Flucht nach Deutschland; lebte die meiste Zeit in Wannsee bei Berlin und wurde finanziell von Deutschland unterstützt, leitete die monarchistische Hetman-Bewegung in Deutschland, Kanada und den USA; während des Zweiten Weltkrieges setzte er sich für die Entlassung von Ukrainern aus den Straflagern ein; er wurde während eines alliierten Angriffes auf den Bahnhof von Plattling tödlich verletzt.

Skrypnyk, Mykola

* 25.01.1872 Jasynuvata (Katerynoslav)

† 7.07.1933 Charkiv

Bolschewistischer Führer und sowjetukrainischer Staatsmann; ab 1929 Mitglied der Allukrainischen Akademie der Wissenschaften; nach seiner ersten Verhaftung 1901 beendete er sein Studium und wurde hauptberuflicher Revolutionär in St. Petersburg, Katerynoslav, Odessa, Riga und Moskau; bis 1917 war er 15 Mal verhaftet und sieben Mal in die Verbannung geschickt worden; während der Oktoberrevolution war er Mitglied im Revolutionären Militärrat in St. Petersburg; Dezember 1917 wurde er in Abwesenheit in die erste sowjetukrainische Regierung gewählt und im März 1918 von Lenin zu ihrem Chef bestimmt; auf der bolschewistischen Konferenz von Taganrog wurde er in das Komitee gewählt, das die KP(b)U gründen sollte; bis Januar 1919 Mitglied der Čeka zur Bekämpfung der Konterrevolution; 1920-1921 Volkskommissar für Arbeiter-Bauern-Inspektion, 1921-1922 für innere Angelegenheiten, 1922-1927 für Justiz und 1927-1933 für Bildung; April 1920 ZK-Mitglied der KP(b)U und 1923-1925 Politbüro-Kandidat und 1925-1933

Mitglied; Mitorganisator der Kommunistischen Internationale; einer der Hauptinitiatoren der Politik der „Ukrainisierung“; Verfechter der Entwicklung einer ukrainischen proletarischen Kultur und Literatur und einer ukrainischen wirtschaftlichen und politischen Autonomie; als dogmatischer Leninist war er aber gegen den ukrainischen Nationalismus und gegen einen ukrainischen Nationalkommunismus; Skrypnyks Aktivitäten widersprachen allerdings den imperialistischen Plänen der Moskauer Machthaber und 1933 schickte Stalin Postyšev in die Ukraine, um die Kontrolle über die KP(b)U zu übernehmen; Skrypnyks Politik und Theorien wurden verdammt, er wurde als Bildungskommissar entlassen; da er die Rückgängigmachung der „Ukrainisierung“ und seine unausweichliche Liquidierung voraussah, nahm er sich das Leben; Mitte der fünfziger Jahre wurde er posthum rehabilitiert.

Slabčenko, Mychajlo

* 21.07.1882 Moldavanka (Odessa)

† 29.11.1952 Pervomajsk (Mykolaiv)

Historiker; Studium in Odessa, St. Petersburg und Deutschland; Mitglied ukrainischer Studentenorganisationen, der RUP (1903) und der USDRP (1906-1918); 1918-1919 Justizminister; in den zwanziger Jahren Geschichtspräsident in Odessa; verfaßte wichtige Werke über die ukrainische Geschichte; 1929 angeklagt in den Prozessen gegen die Union zur Befreiung der Ukraine; 6 Jahre Haft auf den Soloveckij-Inseln; nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er in Pervomajsk als Schullehrer, da es ihm nicht erlaubt worden war, nach Odessa zurückzukehren; durch einen Kollegen denunziert, starb

er in Armut und unter ungeklärten Umständen; 1989 wurde er rehabilitiert und 1990 wieder in die Mitgliedsliste der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften aufgenommen, von der man ihn 1930 gestrichen hatte.

Slavins'kyj, Maksym

* 12.08.1868 Slavyšče (Kiew)

† November 1945 Kiew

Jurastudium in Kiew; lebte in Katerynoslav und gab dort eine Zeitung heraus; ab 1898 in St. Petersburg, dort weiterhin als Herausgeber tätig; 1917-1918 Mitglied der Sozialisten-Föderalisten; 1917 Repräsentant der Central'na Rada bei der Provisorischen Regierung in St. Petersburg; Leiter der Kommission, die Vorschläge zur Umstrukturierung Rußlands in eine Föderation machen sollte; 1918 Rückkehr in die Ukraine; unter dem Hetman im Außenministerium tätig, als Botschafter im Don-Gebiet, Mai bis Juni 1918 Teilnehmer an den Gesprächen mit Sowjetrußland; 1918 im Kabinett Lyzohub Außenminister; 1919 unter dem Direktorium Leiter der Mission in Prag; ab 1923 Geschichtsdozent an der Ukrainischen Landwirtschaftsakademie in Poděbrady und Dozent der Geschichte der westeuropäischen Literatur am Ukrainischen Höheren Pädagogischen Institut in Prag; 1945 durch die Sowjets in Prag verhaftet; starb in einem Kiewer Gefängnis; er schrieb viele historische, literarische und publizistische Artikel, sowie Gedichte und übersetzte Heines „Buch der Lieder“ sowie Goethe, Mikiewicz und Rolland ins Ukrainische.

Smal'-Stoc'kyj, Roman

* 8.01.1893 Černivci

† 27.04.1969 Washington, DC.

Studium in Wien, Leipzig und München, wo er 1914 promovierte; während des Ersten Weltkrieges war er ein Emissär der Union zur Befreiung der Ukraine in München und arbeitete als Organisator und Lehrer unter den Ukrainern in den deutschen Kriegsgefangenenlagern; 1918-1919 vertrat er die ZUNR in Berlin, 1919-1921 Berater und 1921-1923 Bevollmächtigter Minister der UNR in Berlin; 1923-1926 Professor für vergleichende slavische Sprachwissenschaft an der Ukrainischen Freien Universität in Prag, Gastprofessor (und inoffizieller UNR-Vertreter) in London und Cambridge 1924-1925; 1926-1944 Mitarbeiter und Minister für verschiedene Ressorts der UNR-Exilregierung in Warschau; Mitglied der UNR-Delegation zum Völkerbund, 1929-1939 Sekretär des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Warschau und Herausgeber ihrer Zeitschrift „Pracy“; während des Zweiten Weltkrieges lebte er unter Gestapo-Hausarrest in Prag; als Nachkriegsflüchtling in Deutschland, emigrierte er 1947 in die USA; bis 1965 war er Professor für osteuropäische Geschichte an der Marquette University, Milwaukee; Gründer des dortigen Slavischen Instituts und Herausgeber der Institutspublikationen; Smal'-Stoc'kyj veröffentlichte Studien über die ukrainische Wortbildung, über Rumanismen, Ungarismen und Germanismen in der ukrainischen Sprache und über die sowjetrussische Sprache in der ukrainischen Politik.

Sokovyč, Jevhen

* 1864, † 1946 Potsdam

Ingenieur; Januar bis April 1918 Minister für Kommunikation im UNR-Ministerrat unter Holubovyč; später ukrainischer Konsul in Lausanne; Spezialist für Straßenbau, ab 1922 lehrte er an der Ukrainischen Landwirtschaftsakademie in Poděbrady.

Solovij, Volodymyr

* 1891 in der LemkoRegion

† 15.11.1958 Montreal

1918-1920 Sekretär an der UNR-Mission in der Schweiz; in der Zwischenkriegszeit aktiv in der UNDO; 1930 kandidierte er für einen Sitz im polnischen Sejm; 1939 ging er nach Paris, und Šul'hyn sandte ihn als Repräsentant der Exilregierung der UNR nach London; 1948 Emigration nach Kanada.

Sonnino, Baron Giorgio Sydney

* 11.03.1847, † 24.11.1922

Italienischer Außenminister: 30.10.1917-19.01.1919 und 19.01.- 19.06.1919.

Spears, Edward Louis

* 1886, † ?

Nach seinem Dienst bei den britischen Husaren wurde er zum Brigadegeneral befördert und Attaché bei der britischen Militärmission in Frankreich 1918-1920; 1922-1924 Mitglied des Unterhauses; während des Zweiten Weltkrieges 1942 Bevollmächtigter Minister in der Funktion eines britischen Hochkommissars; hauptsächlich er sorgte dafür, daß Syriens Selbständigkeit durch Großbritannien anerkannt wurde, da er gegen ein französisches Mandat war.

Stalin, Iosif Vissarionovič

* 21.12.1879 Gori (Georgien)

† 5.03.1955 Moskau

1898 Tätigkeit in der russischen Sozialdemokratie; 1899 Ausweisung aus dem Priesterseminar in Tiflis: Berufsrevolutionär; 1902 Verbannung nach Sibirien, Flucht, Rückkehr in den Kaukasus; seit der Parteispaltung 1903 gehörte Stalin den Bol'sheviki an; 1905-1912 führender Parteifunktionär; 1913 Verbannung; nach der Februarrevolution in St. Petersburg: im Präsidium des ZK, Redaktion der „Pravda“, 1917-1923 Volkskommissar für Nationalitätenfragen, zugleich 1919-1922 für Staatskontrolle; 1922 Generalsekretär des ZK, nach Lenins Tod 1924 Aufstieg zur absoluten Macht.

Stasiv, Ivan

* 12.07.1895 Ljubačiv (Galizien)

† 15.06.1986 Paris

Jurastudium in Budapest 1922-1924; 1922 Mitbegründer des ukrainischen Studentenbundes in Budapest; Attaché und später Sekretär an der UNR-Botschaft in Budapest 1919; ab 1924 lebte er in Frankreich; 1924-1928 Mitarbeit in der ukrainischen Hromada; 1932-1940 Exekutivmitglied der UNDO; während der deutschen Besatzung 1941-44 leitete er das französische Gegenstück zur Ukrainischen Vertrauensstelle im Deutschen Reich.

Stasjuk, Mykola

* ?, † ?

1903-1905 Studium in St. Petersburg; organisierte Bauerngesellschaften und verbreitete populären Sozialismus im Gouvernement Katerynoslav; aktiv in der Kooperativenbewegung in Katerynos-

lav und Kiew; 1917 Mitglied der Central'na Rada und der Mala Rada; Vizepräsident des Bauernverbandes; Generalsekretär für Nahrungsmittelversorgung in Vynnyčenkos erstem Kabinett; 1919 Chef der Nahrungsmittelversorgung der UNR-Armee; 1931 durch den NKVD verhaftet, verschwand er spurlos.

Stepanenko, Arkadij

* ?, † ?

Mitglied der UPSR und des ZK des Bauernbundes; schon im Juni 1917 forderte er die Central'na Rada, deren Mitglied er war, auf, sich von Rußland zu trennen und einen unabhängigen ukrainischen Staat zu schaffen; Dezember 1917 Wahl zum Präsidenten des Allukrainischen Kongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, Anfang 1918 Vizepräsident der Central'na Rada; er unterschrieb das Gesetz vom 25.02.1918, das den neuen (gregorianischen) Kalender einführte; Januar 1919 auf dem Arbeiterkongreß forderte er die Abdankung des Direktoriums und die Bildung von lokalen Sowjets; 28.01.1919 Wahl in das ZK der UPSR, war als ihr Repräsentant in der Direktoriumsregierung; März 1919 stellvertretender Vorsitzender des Komitees zur Verteidigung der Republik; August 1919 Bodenminister in Mazepas Kabinett; 1920 versuchte er eine Verständigung mit dem Sowjetregime zu erreichen.

Stešenko, Ivan

* 24.06.1873 Poltava

† 30.07.1918 Poltava

1892-1896 Studium in Kiew, aktiv in der literarischen Hromada; veröffentlichte literarische Artikel, Gedichte und Über-

setzungen; Lehrer am Mädchen-Gymnasium in Kiew; 1896 formte er mit Lesja Ukrainka u.a. den ersten ukrainischen sozialdemokratischen Zirkel und schrieb das Drama „Mazepa“; 1897 verbüßte er vier Monate Haft, Verbannung aus Kiew für drei Jahre; Lehrverbot; schriftstellerische Tätigkeit; 1900 Rückkehr nach Kiew, Teilnahme an der ukrainischen Nationalbewegung; Zusammenarbeit mit der TUP; 1906 als Lehrer wieder zugelassen; 1917 Mitglied der Central'na Rada; Juni-Dezember 1917 UNR-Generalsekretär; Januar-Februar 1918 Bildungsminister; leitete die Ukrainisierung der Schullehrpläne, gründete die Staatliche Ukrainische Akademie der Künste und die Ukrainische Pädagogische Akademie; während eines Urlaubs wurde er von einem Unbekannten ermordet.

Sydorenko, Hryhorij

* 1874 Region Cherson

† 6.02.1924 Prag

1889 Abschluß des Studiums des Ingenieurwesens; Direktor der sibirischen Haupteisenbahnlinie, Leiter der ukrainischen Hromada in Tomsk; Mitglied der Central'na Rada, parteilos; Februar-April 1918 Minister für Post und Telegraphenwesen im Kabinett Holubovyč; unter der Hetman-Regierung Präsidiumsmitglied der Allukrainischen Union der *zemstvos*; November 1918 zusammen mit Antonovyč Delegierter der Ukrainischen National Allianz bei Gesprächen mit Ententevertretern in Jassy; Januar-August 1919 Leiter der UNR-Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz; 1919-1922 Leiter der UNR-Mission in Wien als Nachfolger von V. Lypyn'skyj; 1923

Dozent und Bibliotheksleiter an der Ukrainischen Landwirtschaftsakademie in Poděbrady.

Šeptyc'kyj, Andrej

[Taufname Roman Oleksander], Graf
* 29.07.1865 Prylbyči (bei Przemyśl),
† 1.11.1944 Lemberg

Seit 1888 Basilianer, 1892 Priesterweihe, 1899 Bischof von Stanyslaviv, seit 1900 uniierter Erzbischof von Lemberg. Als Erzbischof erneuerte er durch Hirtenbriefe, die Gründung der Studiten, von theologischen Zeitschriften und der Theologischen Akademie Lemberg (1928) sowie durch mehrere Synoden das kirchliche Leben der Unierten. Er verteidigte sie mutig gegen Unterdrückungsversuche der russischen Besatzer (S. war 1914-1917 inhaftiert) und der polnischen Regierung (v.a. 1938-1939) sowie der sowjetischen und nationalsozialistischen Besatzungsbehörde. Als Protektor des unierten byzantinisch-slavischen Ritus in Rußland vor dem Ersten Weltkrieg war er bemüht, die Union auszuweiten. Er erstrebte u.a. die Vereinigung uniierter und orthodoxer Ukrainer in einem Patriarchat unter der Oberhoheit des Papstes.

Šachraj, Vasyl'

* 11.02.1888 Charkivay (Poltava)
† Herbst 1919 Katerynodar (Kuban'-Gebiet)

Nach Ausbruch der Revolution 1917 wurde er schnell ein revolutionärer Führer im Gouvernement Poltava; im Dezember 1917 verließ er zusammen mit anderen Delegierten den Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten und nahm an dem 1. Allukrainischen Kongreß

der Sowjets teil, auf dem er das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung verteidigte; Wahl in das Zentralexekutivkomitee der Sowjets der Ukraine; als Volkskommissar für militärische Angelegenheiten half er bei der Aufstellung von roten Kosaken-Einheiten; Januar 1918 repräsentierte er die ukrainische Sowjetregierung in der russischen Delegation in Brest-Litovsk; auf dem 2. Allukrainischen Kongreß der Sowjets (16.-19.03.1918) wurde er zum Volkskommissar für Landwirtschaft gewählt; Teilnahme an der bolschewistischen Konferenz von Taganrog (19.-20.04.1918); März 1919 Ausschluß aus der Partei wegen Kritik an Lenins Nationalitätenpolitik, und da er eine unabhängige ukrainische kommunistische Partei und einen souveränen ukrainischen Staat forderte; arbeitete weiter im bolschewistischen Untergrund in der Ukraine und im Kuban'-Gebiet, wo er von DenikinTruppen gefangen und hingerichtet wurde.

Šapoval, Mykyta

* 8.06.1882 Sriblianka (Katerynoslav)
† 25.02.1932 Rževnyca (bei Prag)
Förster; 1901 Mitglied der RUP, Mitherausgeber von „Ukrains'ka chata“ (1909-1914); Mitorganisator der UPSR und Leiter ihres Zentralkomitees; 1917-1918 Mitglied der Central'na Rada und der Mala Rada; November 1917 Minister für Post und Telegraphie; Mitautor des 4. Universales; während der Hetman-Zeit Generalsekretär und dann Chef der Ukrainischen Nationalen Allianz (14.11.1918-Jan. 1919); Mitorganisator des Aufstandes gegen den Hetman; Dezember 1918-Februar 1919 Boden-Minister; im

Februar 1919 begab er sich nach Galizien, wo ihm aber die westukrainische Regierung wegen seiner revolutionären Ideen kein Bleiberecht einräumte; 1919-1920 Sekretär der UNR-Mission in Budapest, dann in Prag, wo er mit Masaryks Hilfe eine wichtige Rolle in der ukrainischen Gemeinde zu spielen begann; ausgedehnte schriftstellerische Tätigkeit.

Šeluchyn, Serhij

* 1864 Gouvernement Poltava

† 25.12.1938 Prag

Rechtsanwalt; Richter in verschiedenen Städten, ab 1905 aktiv in der ukrainischen Bewegung; Mitglied der Sozialisten-Föderalisten; 1917-1918 Mitglied der Central'na Rada, Hauptrichter in der UNR; Justizminister in den Kabinetten Holubovyč und Čechiv's'kyj; Senator in der Hetman-Regierung; Leiter der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen mit der RSFSR 1918; Rechtsberater der ukrainischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz; 1921 Emigration über Wien in die Tschechoslowakei; lehrte Strafrecht an der Ukrainischen Freien Universität und am Ukrainischen Höheren Pädagogischen Institut 1924-1925; Leiter der Ukrainischen Rechtsgesellschaft und des Ukrainischen Komitees in der Tschechoslowakei; Vizepräsident des Ukrainischen Volksrates; Verfasser mehrerer Monographien über das ukrainische Recht.

Ševčenko, Taras

* 9.03.1814 Morynci (Kiew)

† 10.03.1861 St. Petersburg

Ukrainischer Nationaldichter und Maler; er machte aus dem Ukrainischen eine

funktionsfähige Literatursprache; sein Einfluß auf die ukrainische politische Idee und seine Rolle als Inspirator eines modernen ukrainischen demokratischen Staates sind ohne Parallele; sein Werk trug entscheidend dazu bei, das ukrainische Nationalgefühl zu heben, und beeinflusste das kulturelle und nationale Leben in der Ukraine .

Šul'hyn, Oleksander [Choulguine, Alexandre]

* 30.07.1889 Sochynve (Poltava)

† 4.03.1960 Paris

Studium der Geschichte und Philosophie in St. Petersburg 1908-1915, arbeitete dort bis 1917; Mitglied des TUP-Zweiges in St. Petersburg, im ZK der UDRP und Delegierter des Arbeiter und Soldatenrates; nach der Februarrevolution Rückkehr nach Kiew, Wahl in die Central'na Rada und die Mala Rada; Juli 1917 bis 30.01. 1918 Generalsekretär für Nationalitätenfragen, später für Auswärtige Angelegenheiten; unter dem Hetman ebenfalls im Außenministerium tätig, vom 30. Juli 1918 bis Ende des Jahres ukrainischer Botschafter in Bulgarien; 1919 ernannte ihn das Direktorium zum Delegierten auf der Pariser Friedenskonferenz, 1920 war er ukrainischer Delegationsleiter auf der ersten Vollversammlung des Völkerbundes in Genf; ab 1921 leitete er die außerordentliche diplomatische Mission der UNR in Paris; 1923-1927 lebte er in Prag und war Professor für Geschichte an der Ukrainischen Freien Universität; 1926 wurde er Außenminister der UNR-Exilregierung (blieb es bis 1945); 1927 zog er nach Paris; dort Leiter des Obersten Flüchtlingsrates (1929-1939) und Mitherausgeber des „Tryzub“; 1933-1938

Protest gegen den bolschewistischen Terror in der Sowjetukraine und Engagement für Flüchtlinge; 1940/41 wurde er von der deutschen Besatzungsmacht in Paris als profranzösischer Politiker inhaftiert; ab 1945 widmete er sich der wissenschaftlichen Arbeit und veröffentlichte Studien über den Kampf der Ukraine um Selbständigkeit.

Šums'kyj, Oleksander

* 2.12.1890 Kreis Żytomir (Wolhynien)
 † 18.09.1946 Soloveckij-Inseln
 1908 Mitglied der ukrainischen sozialdemokratischen Spilka; nach der Februarrevolution arbeitete er im Kiewer Gouvernement *zemstvo* und wurde ein führendes Mitglied der UPSR, die er auch in der Central'na Rada vertrat; Mai 1918 Mitglied der Borotbisten, die am Sturz des Hetmans beteiligt waren; Januar 1919 organisierte er mit den Borotbisten einen Aufstand gegen das Direktorium in der linksufrigen Ukraine; während der zweiten Besetzung der Ukraine kam es zu einer Koalition zwischen Borotbisten und Bol'sheviki: Šums'kyj wurde Volkskommissar für Erziehung in Rakovs'kyjs sowjet-ukrainischer Regierung; er führte eine Politik gegen die Russifizierung und für die ukrainische kulturelle Wiedergeburt ein; März 1920 Vereinigung der Borotbisten mit der KP(b)U durch Šums'kyj; April 1920 Wahl in das ZK der KP(b)U, in das Politbüro und in das Komintern-Exekutivkomitee; Kommissar für innere Angelegenheiten in der Ukraine; Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Riga, erster und einziger sowjetukrainischer Botschafter in Polen; Februar 1923 Rückkehr in die Ukraine; Herausgeber des „Červonyj šljach“ (bis

November 1926), Leiter der Abteilung für Agitation und Propaganda der KP(b)U (Mai-September 1924); September 1924-Februar 1927 Kommissar für Erziehung; Ukrainisierungspolitik; setzte sich bei Stalin dafür ein, mehr Ukrainer in Partei und Gewerkschaftsposten zu wählen; gegen die Ernennung von Kaganovič als Generalsekretär der KP(b)U; Einsatz für die Entwicklung des Nationalkommunismus in der Ukraine 1925/26: „Šumskysm“; Februar 1927 wurde er aller Parteiposten in der Ukraine enthoben und nach Moskau zitiert; Mai 1933 Verhaftung aufgrund der Anklage konterrevolutionärer nationalistischer Agitation; Inhaftierung in einem Arbeitslager auf den Soloveckij-Inseln, wo er aus Protest gegen seine ungesetzliche Haft Selbstmord beging.

Švec', Fedir

* 1882 Kreis Čerkasy
 † 20.06.1940 Prag
 1910 Abschluß an der Universität Dorpat; 1917-1918 Professor für Geologie an der Kiewer Universität; Mitglied der UPSR; 1918-1919 Mitglied des Direktoriums; Emigration nach Prag, wo er ab 1923 als Professor an der Ukrainischen Freien Universität tätig war; veröffentlichte unzählige geologische Studien.

Ščerbačev, Dmitrij Grigor'evič

* 1857, † ?
 General der Zarenarmee, 1907-1912 hoher Verantwortlicher in der Militärakademie; im Ersten Weltkrieg kommandierte er das IX. Armee korps, dann die VII. Armee; 1917 faktischer Oberkommandierender an der rumänischen Front und stellvertretender Kommandeur

für den rumänischen König; nach der Oktoberrevolution begünstigte er die rumänische Besetzung Bessarabiens; 1918-1921 Repräsentant der „weißen“ Generale Denikin und Judenič in Paris.

Tabouis, Georges

* 17.01.1867 Paris, † 7.11.1958 Bayeux
Französischer General; Februar 1917 abkommandiert zum russischen Generalstab in Kam-janec'-Podil's'kyj an der südwestlichen Front, die von General Brusilov befehligt wurde; Dezember 1917 Verbindungsoffizier für General H. Berthelot in Kiew; 28. Dezember 1917: Tabouis wird Kommissar der französischen Republik bei der UNR-Regierung; bis zum 23. Februar 1918 blieb er in dieser Funktion in der Ukraine.

Tardieu, André

* 22.09.1876 Paris
† 15.09.1945 Mentone
1896 Attaché an der französischen Botschaft in Berlin; 1899-1902 Sekretär des Ministerrates unter Waldeck-Rousseau; 1902 verließ er den diplomatischen Dienst und widmete sich seinem außenpolitischen Bulletin in der „Temps“, wo er die Notwendigkeit diplomatischer, militärischer und kolonialer Anstrengung predigte. Professor an der École des Sciences politiques 1910 und an der École supérieure de Guerre 1911; 1914 Wahl in die Deputiertenkammer; Mitglied der Armee-Kommission; 1915 Kommando über eine Infanteriekompagnie; 14.04.1917 Hochkommissar für alle Fragen der Finanzen, der Armee, Marine, Industriefertigung, der Versorgung und des Transportes; er rekrutierte die ersten polnischen und tschechischen Regimenter

und vollbrachte Glanzeleistungen in der Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen; 1918 Generalkommissar für französisch-amerikanische Kriegsangelegenheiten; Bevollmächtigter Vertreter Frankreichs auf der Pariser Friedenskonferenz 1919; 1919 Wiederwahl in die Deputiertenkammer; bis 1936 Parlamentsmitglied. Während seiner Laufbahn war er französischer Ministerpräsident (zwei Mal), Minister für öffentliche Arbeiten, Minister für die befreiten Gebiete, Innenminister (drei Mal), Landwirtschaftsminister (zwei Mal), Kriegs- und Außenminister.

Temnyc'kyj, Volodymyr

* 1879 Šydlivci (Galizien)
† 26.01.1938 Lemberg
Rechtsanwalt, Journalist und Politiker; Jurastudium an der Lemberger Universität, nach 1902 in Krakau und Wien; lebenslanges Mitglied der USDP, zwischen 1914 und 1921 Parteiführer; Mitglied des Ukrainischen Hauptrates in Wien, Zusammenarbeit mit dem Bund zur Befreiung der Ukraine; Dezember 1918 stellvertretender Außenminister; April 1919 Außenminister, ab Mai 1919 Koordination der ukrainischen Missionen in Europa, um die Anerkennung der UNR zu erreichen; 1922 Rückkehr nach Galizien; weiterhin politisch tätig; Mitglied des Lemberger Stadtrates.

Tjutjunyk, Vasyl'

* 1882 Jenky (Poltava)
† 20.12.1919 Rivne (Wolhynien)
1917 trat er als Oberst im Generalstab der UNR-Armee bei; 1917-1918 Chef des Operationsstabes im Generalstab; 1919 stellvertretender Stabschef, dann

Oberkommandierender und zuletzt Generalstabschef; er starb an Typhus.

Tokarževs'kyj Karaševyč, Jan

* 24.06.1885 Čabanivka (Podilien)

† 18.11.1954 London

Entstammt einer polnischen Adelsfamilie (Tokarzewski-Karaszewicz); Promotion an der Universität von Fribourg/Schweiz; 1911-1918 Arbeit in der Gouvernement und *zemstvo*-Verwaltung von Poltava und Hauptrechnungsprüfer im Roten Kreuz Komitee des *zemstvo*; Juni 1918-Juni 1919 Berater an der UNR-Mission in Wien und August 1919-März 1920 in Konstantinopel; bis Dezember 1921 Generalkonsul in Konstantinopel; Januar 1922 Direktor im Außenministerium der UNR-Exilregierung; ab 1924 Leiter des internationalen Heraldik-Instituts in Paris und Unterstützer der Prometheus-Bewegung; ab 1936 arbeitete er in den Vatikanischen Archiven; ab 1948 führendes Mitglied des Antibolschewistischen Blockes der Nationen“ in London.

Tomašivs'kyj, Stepan

* 9.01.1875 Kupnovyči (Galizien)

† 21.12.1930 Krakau

Historiker, Publizist, Politiker; ab 1899 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft; aktives Mitglied der NDP und der Prosvita-Gesellschaft; Promotion an der Universität Lemberg; 1900-1910 Gymnasiallehrer in Berežany und Lemberg; 1910-1914 Dozent für österreichische Geschichte an der Universität Lemberg; 1919 Berater für die UNR und ZUNR-Delegationen bei der Pariser Friedenskonferenz; 1920 Leiter der ZUNR-Mission in London; 1921-1925 Aufenthalt in Berlin, arbeitete dort für

konservative ukrainische Zeitungen; Rückkehr nach Lemberg, Herausgeber verschiedener Blätter; ab 1928 bis zu seinem Tode Dozent für ukrainische Geschichte an der Krakauer Universität; er war ein herausragender katholischkonservativer Publizist; seine Lehrmeinung unterschied sich von der Hruševs'kyjs, da er das Fürstentum Galizien Wolhynien als ersten ukrainischen Nationalstaat ansah.

Troc'kyj, Mykola

* 1883 Luc'k (Wolhynien)

† 6.11.1971 Genf

1909 Flucht aus Rußland vor der Verhaftung, ab 1910 Wiener Korrespondent der Kiewer Zeitung „Rada“, schrieb Beiträge für viele Periodica; als führendes Mitglied der Union zur Befreiung der Ukraine gab er ihr Organ und verschiedene Broschüren heraus; 1918-1922 Sekretär der UNR-Mission in Wien, veröffentlichte die antisowjetische Monatszeitschrift „Die Völkerbrücke“ (1931), ab 1932 Leiter des ukrainischen Informationsbüros in Genf; nach dem Zweiten Weltkrieg als Verleger in der Emigrantendruckpresse tätig.

Trockij, Lev Davidovič [Lejb Bronštein]

* 28.10.1879 Janovka (Cherson)

† 21.08.1940 Coyoacán (Mexiko)

1897 Gründung des revolutionären Südrussischen Arbeiterbundes; 1898 Verhaftung, 1899 Verbannung nach Sibirien; 1902 Flucht ins Ausland; 1902-1904 Redakteur der „Iskra“; führende Stellung in der russischen Sozialdemokratie; 1903 zweiter Parteitag; erbitterter Gegensatz zu Lenin wegen der Frage des Parteistatus und der personellen Besetzung

der „Iskra“-Redaktion; neigte eher den Men'seviki zu, versuchte aber zwischen diesen und den Bol'seviki zu vermitteln; entwickelte seit 1904 den Gedanken der permanenten Revolution; in der russischen Revolution von 1905/1906 nahm er eine führende Stellung im St. Petersburger Sowjet ein; Verhaftung Dezember 1905, konnte wiederum ins Ausland fliehen; 1907-1914 als Publizist in Wien tätig, 1914-1916 in Paris, 1917 in den USA; seit Beginn des Ersten Weltkrieges wandte er sich wieder stärker Lenin zu; Mai 1917 Rückkehr nach Rußland, im Juli Anschluß an die Bol'seviki; September 1917 Mitglied des ZK; im Oktober Mitglied des Politbüros; Dank seiner agitatorischen Fähigkeiten gewannen die Bol'seviki seit September 1917 die Mehrheit der Delegierten im St. Petersburger Sowjet; an der Spitze eines am 9.10.1917 gebildeten Militärrevolutionären Komitees organisierte er den bolschewistischen Aufstand vom 7.11.1917 gegen die Provisorische Regierung Kerenskij's; am 26./27.10.1917 wurde er Außenkommissar; Ende September 1917 Leitung der russischen Delegation in BrestLitovsk; nach der Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litovsk Rücktritt als Außenkommissar; März 1918 Ernennung zum Kriegskommissar: Aufbau der Roten Armee; seit dem Tod Lenins 1924 Machtkampf mit Stalin; 1928 Verbannung nach Kasachstan, 1929 Ausweisung aus der UdSSR; 1938 Gründung der 4. Internationale durch die Trockisten; 1940 Ermordung durch einen Agenten der sowjetischen Geheimpolizei in Mexiko.

Tuhan-Baranov'skyj, Mychajlo

* 20.01.1865 Solone (Charkiv)

† 21.01.1919 bei Odessa

Wirtschaftswissenschaftler; Mitglied der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften; Abschluß 1888 an der Universität Charkiv, 1898 Promotion in Moskau; Dozent an der Universität St. Petersburg; er war ein Marxist, lehnte aber dessen Theorie des Wirtschaftskreislaufes, d.h. den unausweichlichen Niedergang des Kapitalismus ab; im Zuge der Wiederentdeckung der Lehre Kants wandte er sich dem Thema „Koooperation“ als der Trägerin sozialer Gerechtigkeit zu und veröffentlichte etliche Monographien; 1917 Rückkehr in die Ukraine, Mitglied der UPSR; September – Dezember 1917 Generalsekretär für Finanzen; er unterstützte die Gründung der Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaftler der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften; er starb auf dem Weg nach Paris, wo er die UNR auf der Friedenskonferenz vertreten sollte.

Tusar, Vlastimil

* 23.10.1880 Prag

† 22.03.1924 Berlin

Tschechoslowakischer Ministerpräsident 10.07.1919-15.04.1920 und 25.05.-15.09.1920.

Tymošenko, Volodymyr

* 25.04.1885 Bazylivka (Černihiv)

† 15.08.1965 Menlo Park, California

Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftshistoriker; Dezember 1917 Berater des ukrainischen Finanzministeriums und Leiter des Institutes für wirtschaftliche Zusammenhänge der Ukrainischen

Akademie der Wissenschaften, 1919 Wirtschaftsberater der ukrainischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris, Verfasser verschiedener wichtiger Memoranden über die ukrainische Wirtschaft und ukrainische Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland und Frankreich; 1925 Emigration in die USA.

Tyškevyč, Mychajlo Graf [Tyszkiewicz]

* 20.04.1857 Andrušivka (Kiew)

† 3.08.1930 Zydanowo (Posen)

Abkömmling einer polonisierten Linie eines litauisch-ukrainischen Adelsgeschlechtes; Studium an der St. Petersburger Kunstakademie und im Ausland; 1880 zog er sich auf seine Güter zurück, kümmerte sich um das Wohlergehen seiner Bauern und wurde in der ukrainischen Volksbewegung aktiv; gründete und finanzierte ukrainische Kulturorganisationen; 1917 Präsident der Union ukrainischer Katholiken in Kiew; während des Ersten Weltkrieges lebte er in Lausanne, wo er aktiv die Sache der ukrainischen Unabhängigkeit unterstützte (Zeitungsartikel, Korrespondenz mit hochrangigen Ententevertretern); er unterstützte die Schaffung des ukrainischen Informationsdienstes Ucraina; 1919 Leiter der diplomatischen Mission im Vatikan und später der UNR-Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz; ab 1920 lebte er auf dem Gut seines Sohnes bei Posen und finanzierte die Herausgabe verschiedener ukrainischer Publikationen.

Vasyl'ko, Mykola [Wassilko]

* 21.03.1868 Černivci

† 2.08.1924 Bad Reichenhall

Angehöriger der adligen Linie der Familie Vasyl'ko aus der Bukowina; studierte am Theresianum in Wien; Bürgermeister von Lukavec' (Bukowina), Wahl in den Bukowiner Landtag; 1898-1918 Mitglied des Reichsrates; stellvertretender Leiter des Ukrainischen Hauptrates in Wien 1915; 1918 in der Lemberger Nationalrada; stellvertretender Leiter des ukrainischen Klubs im Reichsrat und Verteidiger der ukrainischen Rechte; Befürworter eines galizisch-wolhynischen Staates innerhalb der Monarchie (sollten die Mittelmächte den Ersten Weltkrieg gewinnen); während des Krieges unterstützte er ukrainische Flüchtlinge und rettete sie vor dem Lager Thalerhof; trug zur Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litovsk bei; 1918-1919 diplomatischer Vertreter der ZUNR in Wien; Botschafter in Deutschland und der Schweiz 1919-1924.

Vasylenko, Mykola

* 14.02.1866 Esman (Černihiv)

† 3.10.1935 wahrscheinlich Kiew

1885-1890 Studium der Medizin, der Geschichte und Philologie in Dorpat; 1892-1902 unterrichtete er in Kiewer Gymnasien; 1902-1905 diente er im russischen Innenministerium; 1905-1906 als Journalist und Herausgeber tätig; für die Herausgabe von „Kievskie otkliki“ wurde er inhaftiert und begann Recht zu studieren; 1907 machte er in Odessa seinen Abschluß in Jura und war bis 1917 als Rechtsanwalt tätig; 1908 Wahl in die Ukrainische Wissenschaftliche Gesellschaft in Kiew; Leiter ihrer historischen Abteilung und Herausgeber ihrer „Zapysky“; Dozent an der Kiewer Universität, erhielt aber von der russischen

Regierung keine Lehrerlaubnis; 1911 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft, der TUP und der Russischen Kadetten; April 1917 durch die Provisorische Regierung zum Schulsenator für den Kiewer Schuldistrikt ernannt und assoziierter Minister für nationale Bildung in St. Petersburg; 1918 Mitglied des Kollegium des Ukrainischen Verfassungsgerichtes; unter dem Hetman Vorsitzender des Ministerrates und bis Oktober 1918 Bildungsminister; August 1918 Präsident des Staatssenates; als Bildungsminister förderte er die Errichtung der Staatsuniversitäten Kiew und Kam-janec'-Podil's'kyj, der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften und der Nationalbibliothek; 1920 Mitglied der Allukrainischen Akademie der Wissenschaften, bis 1929 hatte er darin verschiedene hohe Posten inne; 1924 in einem Schauprozeß zu zehn Jahren Haft verurteilt, wurde er jedoch amnestiert; 1932 Veröffentlichungsverbot.

Venizelos, Eleutherios

* 23.08.1864, † 18.03.1936

Griechischer Ministerpräsident 1910-1915, 1917-1920, 1928-1932, 1933; Führer der Enosis-Bewegung Kretas 1888; 1897 kretische Revolte gegen die Türkei, Autonomie für Kreta; 1905/08 Venizelos proklamierte den Anschluß Kretas an Griechenland; 1909 politischer Berater der revolutionären Offiziersliga in Athen; nach dem Wahlsieg der von ihm gegründeten Liberalen Partei Ministerpräsident 1910; Konflikt mit Konstantin I.: für den Kriegseintritt gegen die Mittelmächte, Sturz 1915; 1916 Gegenregierung in Saloniki; Venizelos erzwang Konstantins Abdankung mit

Hilfe anglo-französischer militärischer Intervention; 1917 Kriegserklärung an Deutschland; 1919 großgriechische Forderungen auf der Pariser Friedenskonferenz; zu deren Durchsetzung Krieg gegen die Türkei zwischen 1919 und 1922; 1920-1923 nach Wahlniederlage und Rückkehr Konstantins geht Venizelos ins Exil; nach griechischer Niederlage gegen die Türkei und Abdankung Konstantins 1922 vertritt er Griechenland beim Frieden von Lausanne; anschließend wieder im Exil in Paris; 1928 Ministerpräsident; Freundschaftsverträge mit Italien, Albanien, Jugoslawien und der Türkei; er scheiterte an den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1932/33; nach mißglücktem Aufstandsvorversuch Flucht nach Paris 1935.

Vitovs'kyj, Dmytro

* 8.11.1887 Meducha (Galizien)

† 8.07.1919 in der Nähe von Ratibor
Studium in Lemberg; organisierte Bildungs- und paramilitärische Organisationen in Stanyslaviv; während des Ersten Weltkrieges diente er bei den Sič-Schützen als Kompaniechef und übernahm Spezialaufträge; Vorsitzender des Ukrainischen Militärkomitees, das den November-Aufstand in Lemberg organisierte; 1.-5.11.1918 erster Kommandeur der ukrainisch-galizischen Armee, dann Verteidigungsminister der ZUNR (bis 13.02.1919): 1.01.1919 Beförderung vom Major zum Oberst; Februar-April 1919 Mitglied der Nationalrada; Mitglied der westukrainischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz; auf dem Rückflug verunglückte seine Maschine.

Vitošyns'kyj, Ajtal'

* 1875 Galizien, † 1937

Rechtsanwalt; Mitglied des Obersten Gerichtshofes in Wien bis 1918, dann Präsident der Militär-Kodifizierungskommission der UNR in Kiew; 1919 Rechtsberater der UNR-Mission in Prag; 1923 Berater der Exilregierung der ZUNR in Wien.

Vityk, Semen

* 1876 Drohobyč (Galizien), † 1937
Gründungsmitglied der USDP, kooperierte mit der Polnischen Sozialistischen Partei; 1907 und 1911 Wahl in den Reichsrat, wo er sich sehr für die ukrainischen Interessen und weniger für Klasseninteressen einsetzte; 1918-1919 Mitglied und Vizepräsident der Nationalrada der ZUNR und des Präsidiums des Arbeiterkongresses in Kiew; 1919 Emigration nach Wien: dort entwickelte er sowjetophile Tendenzen und stand gegen beide ukrainischen Exilregierungen in Opposition; in den späten zwanziger Jahren emigrierte er in die Sowjetukraine, wo man ihm einige wichtige journalistische Posten in Char'kiv gab; im März 1933 wurde er verhaftet und verschwand im Gefängnis.

Vrangel', Petr Nikolaevič

* 28.08.1878 Mukuliai (Litauen)

† 25.04.1928 Brüssel

Bekannt für seine Rücksichtslosigkeit, befehligte er im Russischen Bürgerkrieg 1920 als Nachfolger Denikins die Freiwilligenarmee und führte nach der Niederlage ihre Reste im November 1920 nach Konstantinopel, Serbien und Frankreich. Auch im Exil hielt er an seiner antibolschewistischen Politik fest.

Vynnyčenko, Volodymyr

* 27.07.1880 Velikyj Kut (Cherson)

† 6.03.1951 Mougins (Frankreich)

1901 Beginn eines Jurastudiums, wurde aber ein Jahr später wegen revolutionärer Aktivitäten von der Kiewer Universität religiert; Mitglied der RUP und später der USDRP; Herausgeber ihrer Zeitung „Borot'ba“; zwischen 1903 und 1917 flüchtete er mehrmals vor einer Verhaftung ins Ausland und kehrte immer wieder heimlich nach Rußland oder in die Ukraine zurück; 1903-1904 in Haft; während des Ersten Weltkrieges lebte er illegal in Moskau und kehrte 1917 in die Ukraine zurück, um an dem ukrainischen Unabhängigkeitskampf teilzunehmen; einer der zwei Vizepräsidenten der Central'na Rada und erster Präsident des Generalsekretariates; während der Hetman-Regierung Leiter der oppositionellen Ukrainischen Nationalen Allianz; 1918 bis Februar 1919 Leiter des Direktoriums; wegen Meinungsverschiedenheiten („rechte“ und entente-freundliche Politik des Direktoriums) verließ er die Ukraine und ging nach Wien, von wo aus er versuchte, über eine autonome sozialistische Ukraine mit Lenin zu verhandeln; 1920 wieder in der Ukraine: scheiterte mit seinen Bemühungen und emigrierte endgültig nach Frankreich; hielt noch Kontakt zu ukrainischen sozialistischen Politikern, widmete sich jedoch hauptsächlich seiner literarischen Karriere.

Vytvyč'kyj, Stepan

* 13.03.1884 Uhornyky (Galizien)

† 19.10.1965 New York

Jurastudium in Lemberg und Wien; Leiter der akademischen Hromada in Lem-

berg und der Sič-Gesellschaft in Wien; 1915-1918 Mitherausgeber des „Dilo“, Herausgeber der Wochenzeitschrift „Svoboda“ in Lemberg; Mitglied der NDP; Mitglied derjenigen Kommission, welche die Deklaration der Nacional'na Rada vom 1. November 1918 vorbereitete; Sekretär der Rada; Mitglied der ZUNR-Delegation zum Arbeiterkongreß nach Kiew; Mitarbeit an der Ratifikation der Vereinigung von UNR und ZUNR vom 22. Januar 1919; Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, repräsentierte die ZUNR bei den Friedensverhandlungen mit der Entente und Polen; November 1919 stellvertretender Leiter der UNR-Mission in Warschau, aus Protest gegen den Vertrag von Warschau trat er von diesem Posten zurück; Leiter der Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten der ZUNR in Wien; 1921-1923 Leiter der ZUNR-Mission in Paris und London; 1924-1937, nach seiner Rückkehr nach Galizien, arbeitete er als Rechtsanwalt und war in der Leitung der UNDO in Drohobyč aktiv; 1935-1939 UNDO-Repräsentant im polnischen Sejm; als Nachkriegsflüchtling war er 1945 Vizepräsident der Zentralvertretung der ukrainischen Emigration in Deutschland eV; 1951 Emigration in die USA; 1954 Präsident der Exilregierung der UNR, Wiederwahl 1961.

Wekerle, Sándor

* 14.11.1848 Mór (Komitat Fejér)
 † 26.08.1921 Budapest
 1884-1895 in mehreren ungarischen Kabinetten Finanzminister; 1892 erster bürgerlicher Ministerpräsident Ungarns; 1911 Rücktritt als Ministerpräsident; 1917 durch Kaiser Karl I. zum ungarischen

Ministerpräsidenten ernannt; 28.10.1918 Rücktritt seines Kabinetts.

Wiart, Adrian Carton de

* 5.05.1880 Brüssel
 † 5.06.1963 County Cork, Irland
 1918 stellvertretender Leiter der britischen Militärmission in Polen; 1919-1924 Leiter der Mission; 1919 Unterhändler bei den Verhandlungen zwischen Polen und der ZUNR.

Wilhelm II.

* 27.01.1859 Berlin
 † 4.06.1941 Schloß Doorn
 Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888-1918.

Wilson, Field Marshal Sir Henry Hughes

* 5.05.1864 Irland
 † 22.06.1922 London
 Besuchte das Marlborough College; 1884 Eintritt in die Armee: Royal Irish Regiment, Rifle Brigade; 1885-1889 Einsatz in Burma; 1897-1899 Brigademajor in der 2. Brigade Aldershot; 1899-1901 Dienst in Südafrika; 1900 Kommandant, 1907-1910 Oberst im Generalstab; 1908 Companion of the Order of the Bath (hoher britischer Orden); 1910-1914 Direktor für militärische Operationen im War Office; 1915 Knight Commander of the Bath (hoher britischer Orden); 1917-1918 G.O.C. im Ostkommando; 1918-1922 Generalstabschef des Britischen Empire; 1918 Grand Cross of the Bath (hoher britischer Orden); 1919 zum Baronet ernannt; weitere Orden: Großkreuz der Ehrenlegion, Weißer-Adler-Orden (Rußland); 1919 Feldmarschall; Februar 1922 bis zu seiner Ermordung

im Juli Mitglied des britischen Unterhauses als Unionist.

Wilson, Henry Lane

* 1857, † 1932

Bevollmächtigter Minister an der amerikanischen Botschaft in Chile 1897, 1905 in Belgien; amerikanischer Delegierter bei der internationalen Konferenz über die weltweite wirtschaftliche Expansion in Mons 1905; Botschafter in Mexiko 1909-1913.

Wilson, Thomas Woodrow

* 1856, † 1924

Amerikanischer Präsident: 4.03.1913-4.03.1921 (Demokrat); Professor der Geschichte und Staatswissenschaft, 1902 Präsident der Universität Princeton; 1910 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates New Jersey.

Wise, Edward Frank

* 3.07.1885, † 5.11.1933

1911 M.A. Barristeratlaw (vor den höheren Gerichten auftretender Rechtsanwalt) in Middle Temple; 1908-1923 im höheren Staatsdienst tätig; 1908-1912 Junior Clerk im Unterhaus; 1912-1914 Mitglied des National Health Insurance Committee; 1915 Assistant Director Army Contracts; 1918 Second Secretary to Ministry of Food; 1919 britischer Vertreter im Interallied Supreme Economic Council (Oberster Wirtschaftsrat); 1922 Acting Secretary Board of Trade; 1923-1929 Wirtschaftsberater im Außenhandel für die russische Kooperativenbewegung; Labour-Mitglied; Mai 1929 Wahl in das Unterhaus, Abgeordneter bis Oktober 1931.

Witos, Wincenty

* 22.01.1874, † 31.10.1945

Polnischer Ministerpräsident: 23.07.1920-10.09.1921 und 28.05.- 13.12.1923.

Wojciechowski, Stanislaw

* 15.03.1869, † 9.04.1953

Polnischer Staatspräsident: 20.12.1922-15.05.1926.

Wolf, Lucien

* 1857 London, † 1930

Anglo-jüdischer Publizist und Historiker; 1905-1908 Herausgeber der „Jewish World“; sprach fließend Deutsch und Französisch und wurde bald ein Experte für Außenpolitik; 1890-1909 Herausgeber des damals einflußreichen „Daily Graphic“; durch die Pogrome von 1881 wurde Wolf ein Rußland-Experte und gab das Bulletin „Darkest Russia“ (1912-1914) heraus; der Eintritt Großbritanniens in den Ersten Weltkrieg als Verbündeter Rußlands machte es schwierig für Wolf, mit seiner anti-russischen Einstellung als Auslandskorrespondent zu arbeiten. 1917 wurde er Sekretär des Joint Foreign Committee of the Anglo-Jewish Association and the Board of Deputies of British Jews, in dieser Eigenschaft nahm er an den Pariser Friedensverhandlungen teil. Obwohl gegen jüdischen Nationalismus eingestellt, war er hauptverantwortlich für die Minderheitenverträge für Juden in Mittel- und Osteuropa; er machte sich einen Ruf als Minderheiten-Experte beim Völkerbund in Genf; Sprecher des englischen Antizionismus; betrieb Forschung in englisch-jüdischer Geschichte.

Wurzian, Eugen von

* 1879, † ?

Österreichischer Konsul in Prag und Berlin 1918; Generalkonsul in Lemberg 1922; 1928-1932 Bevollmächtigter Minister in Bulgarien.

Zales'kyj, Petro

* 1867 Sloboda-Ukraine

† 1929 Jugoslawien

1918 durch die HetmanRegierung zum *starosta* im Gouvernement Charkiv ernannt; später entlassen, da er sich weigerte, Ukrainisch als Amtssprache einzuführen; während der 20er Jahre schrieb er mehrere Werke über Militärtaktik.

Zalijnjak, Mykola

* 1888 Melitopil (Taurien), † 1950

Während des Ersten Weltkrieges als Journalist und Herausgeber in Wien tätig, aktiv in der Union zur Befreiung der Ukraine; 1919-1920 Leiter der UNR-Mission in Finnland, kehrte nach Wien zurück; 1945 Verhaftung durch die sowjetische Geheimpolizei, Verurteilung zu 15 Jahren Gefängnis; er verschwand spurlos.

Zalozec'kyj Sas, Volodymyr

* 10.07.1896 Lemberg, † 12.10.1959 Graz
Ab 1932 Mitglied der Wissenschaftlichen Ševčenko-Gesellschaft; 1918 Promotion an der Universität Wien; arbeitete für die UNR-Mission in Wien; 1922-1924 Arbeit in einer tschechoslowakischen Regierungskommission für die Erhaltung von Kulturdenkmälern in Užhorod; 1924-1926 Dozent an der Ukrainischen Freien Universität in Prag; 1926-1939 Lehrstuhl für Geschichte am Ukrainischen Wissen-

schaftlichen Institut in Berlin und von 1930-1939 Lehrstuhl an der Griechisch-katholischen Theologischen Akademie in Lemberg; ab 1939 Professor an der Wiener Universität, ab 1947 Professor in Graz; 1945 Gründer der Österreichischen byzantinischen Gesellschaft in Wien.

Zangwill, Israel

* 1864 London, † 1926

Englischjüdischer Autor; Sohn russischer Emigranten; Lehrer an der Jew's Free School in London, auf die er selbst gegangen war; setzte sich literarisch intensiv mit dem jüdischen Ghetto auseinander, bekannteste Werke „Children of the Ghetto“ (1892) und „The King of the Schnorrers“ (1894); Engagement für das Frauenwahlrecht und den Pazifismus während des Ersten Weltkrieges; Anhänger Herzls und des Zionismus; ab 1905 kritisch gegenüber dem Zionismus geworden, gründete er die Jewish Territorial Organization, die sich für die Schaffung eines jüdischen Territorialstaates einsetzte, der aber nicht unbedingt in Palästina sein mußte; mit der Herausgabe der „Balfour Declaration“ 1917 kehrte er zum Zionismus zurück; in den letzten Lebensjahren wandte er sich seiner alten Idee, daß ein jüdischer Staat nicht nur in Palästina geschaffen werden könnte, wieder zu.

Zatons'kyj, Volodymyr

* 8.08.1888 Lysec (Podolien)

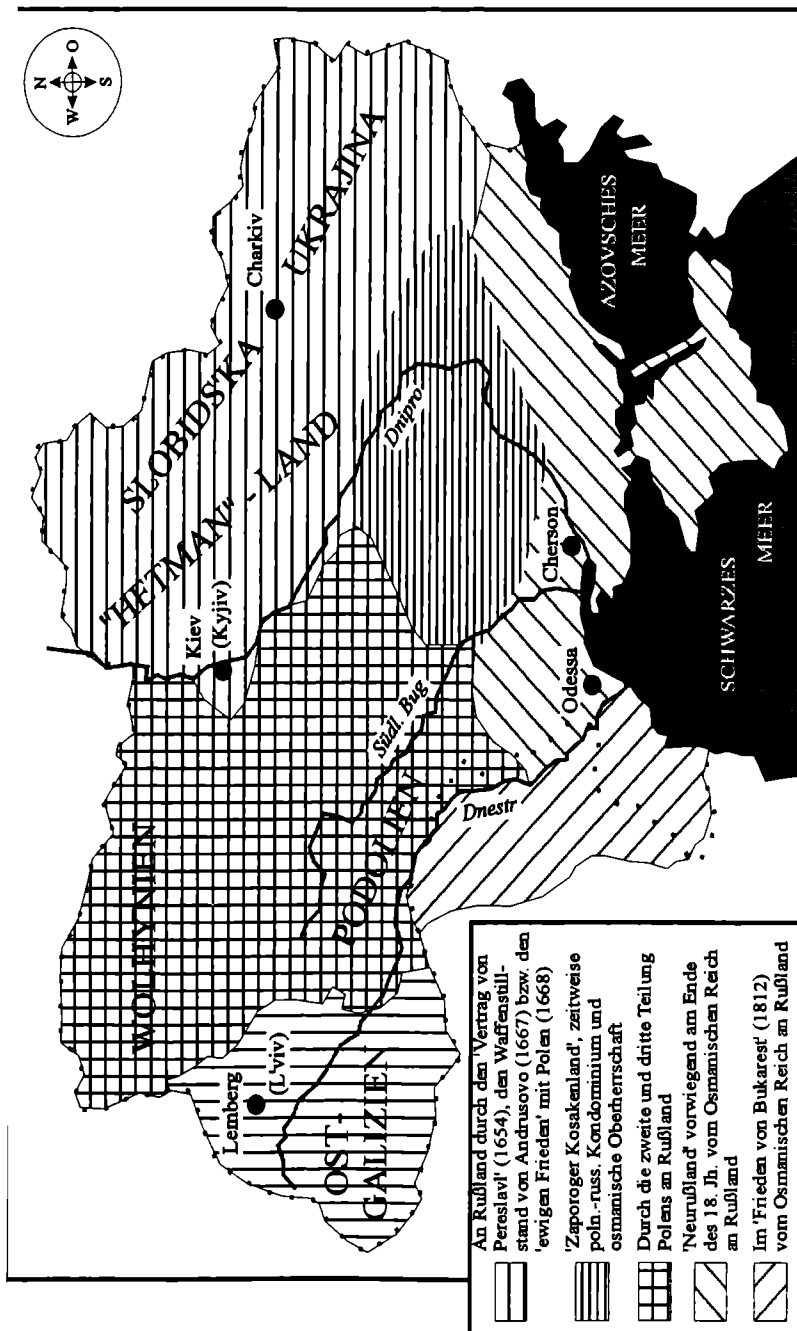
† 29.07.1938

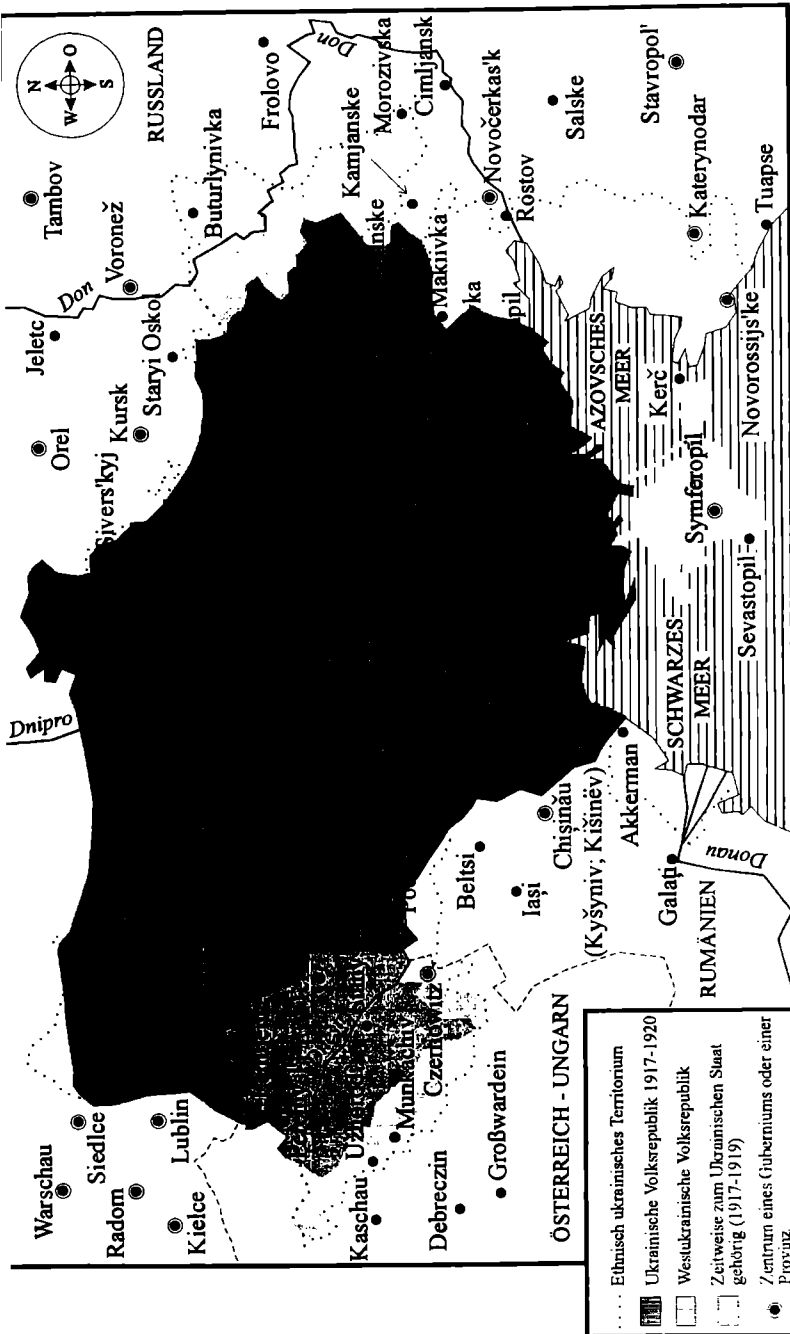
Ab 1929 Mitglied der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften; 1912 Abschluß an der Universität Kiew, Physiklehrer am Kiewer Polytechnischen

Institut; 1917 Mitglied der Bol'sheviki, Mai 1917 Präsidiumsmitglied des Kiewer Parteikomitees und Abgeordneter im Kiewer Sowjet der Arbeiterdeputierten; Organisator des bolschewistischen Aufstandes in Kiew; Erziehungsminister in der ersten sowjet-ukrainischen Regierung Dezember 1917 bis April 1918; Januar 1918 Bevollmächtigter der bolschewistischen ukrainischen Regierung in Moskau; Schlüsselrolle bei der Schaffung der KP(b)U auf der Konferenz von Taganrog und Wahl in das Organisationsbüro der KP(b)U; ab November 1918 Mitglied der Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung der

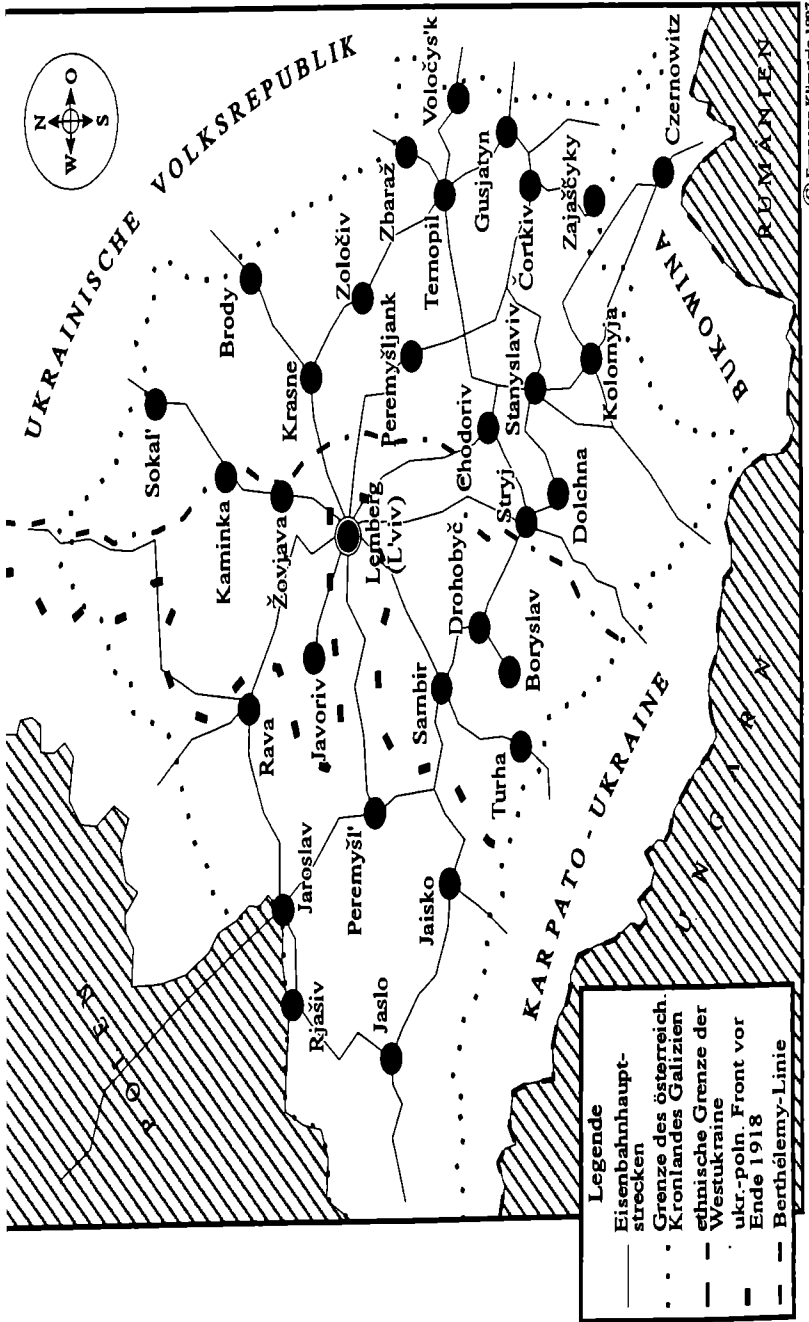
Ukraine; ab Dezember 1920 Volkskommissar für Erziehung; Juli bis September 1920 Leiter des Galizischen Revolutionären Komitees in Ternopil'; Mitglied der KP(b)U 1918-1927, 1934-1937, Kandidat 1923-1924 und Mitglied des Politbüros 1924-1937; er hatte eine Reihe wichtiger Parteiposten inne; 1933 ersetzte er Skrypnyk als Volkskommissar für Erziehung; er gehörte nicht zu den ukrainischen Nationalkommunisten, unterstützte aber dennoch die Ukrainisierung; 1937 wurden er und seine Frau vom NKVD verhaftet und später exekutiert.

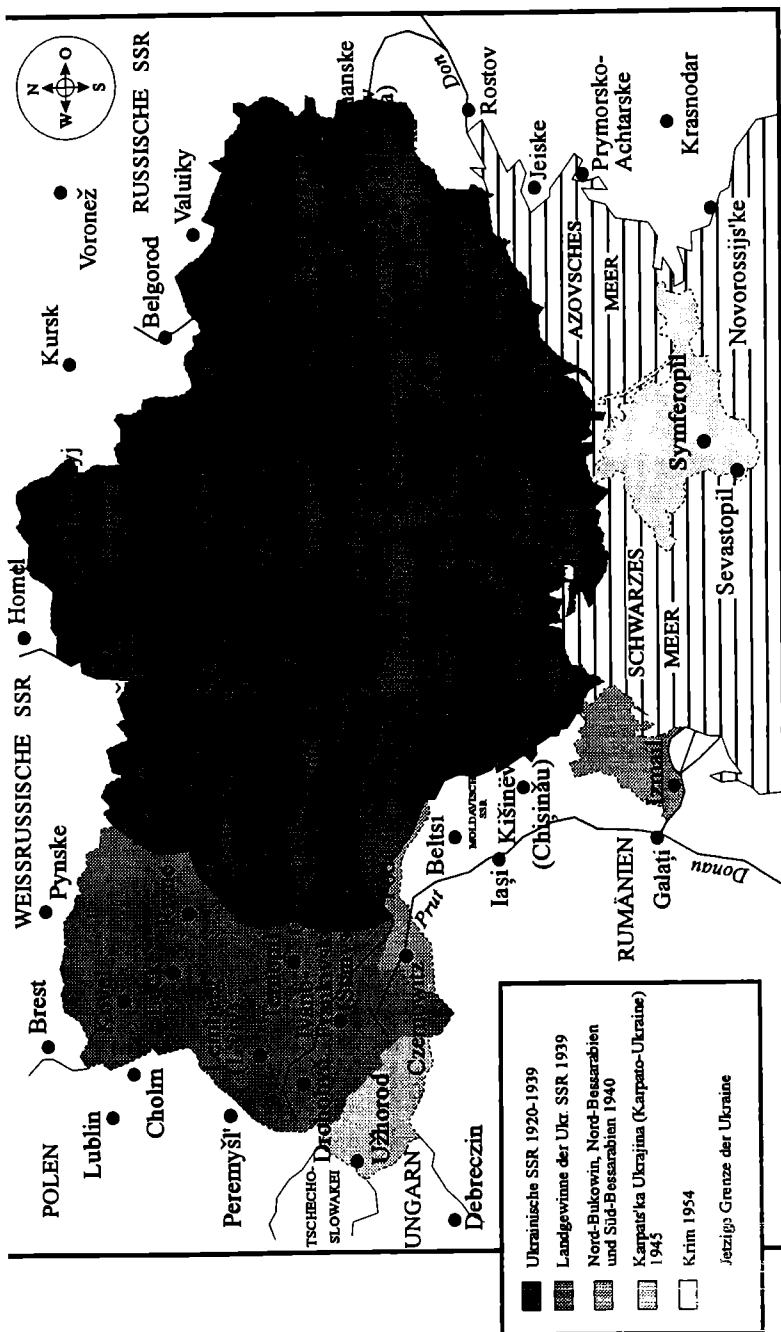
KARTEN



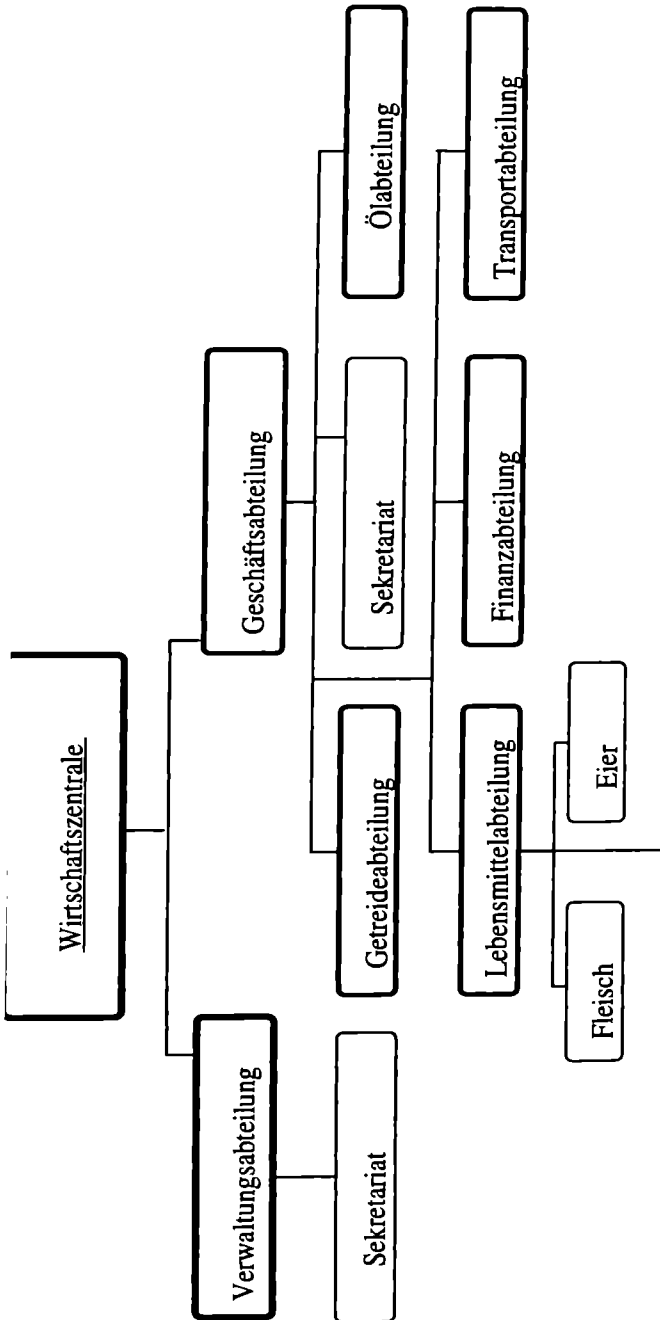


ANHANG





ANHANG



Überblick über die Einzelnen Wirtschaftsverträge zwischen der Ukraine und den Mittelmächten

	VERTRAG 1	VERTRAG 2	VERTRAG 3
GETREIDE	<p>A1: Vereinbarung über die Organisation der Getreidebeschaffung in der Ukraine, 6.4.1918</p> <p>A2: Vereinbarung über die Getreidelieferungen aus der Ukraine, 9.4.1918</p> <p>UA2a: Feste Preise für Getreide im Produktionsgebiete, 9.4.1918</p>	<p>A1A: Getreide, Hülsenfrüchte, Sämereien, Kartoffeln und Futtermittel</p> <p>A5: Richtlinien für den Aufbau der Organisation zur Aufbringung von Getreide, Futtermitteln, Sämereien, Ölsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen in der Ukraine</p> <p>A8: Richtlinien für die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über die Erneuerung des Wirtschaftsabkommens, A) Nahrungs- und Futtermittel I-VIII</p>	<p>A1: Vereinbarung über Getreide, 10.9.1918</p> <p>UA1: Plan für die Aufbringung von Getreide, 10.9.1918</p> <p>UA1b: Verordnung des Ernährungsministeriums betreffend Höchstpreise für Speise- und Futtergetreide vom 31.7.1918</p>

	VERTRAG 1	VERTRAG 2	VERTRAG 3
ANDERE NÄHRUNGSMITTEL	<p>A4: Vereinbarung über die Eierlieferung aus der Ukraine, 11.4.1918</p> <p>A5: Vereinbarung über die Lieferung von Rindvieh aus der Ukraine, 13.4.1918</p> <p>A5a: Zusatzbestimmungen zu der Vereinbarung über die Lieferung von Rindvieh aus der Ukraine, 13.4.1918</p> <p>A6: Vereinbarung über die Lieferung von Kartoffeln, Gemüsen, Trockengemüsen, Sauerkraut und Zwiebeln, 18.4.1918</p>	<p>A1B: Andere Nahrungsmittel:</p> <p>a) Rinder, b) Eier, c) sonstige Nahrungsmittel</p> <p>A8: Richtlinien für die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über die Erneuerung des Wirtschaftsabkommens, Einzelne Lebensmittel, Ausfuhrbewilligungen:</p> <p>1. Eier, 2. lebende Rinder, 3. Speck, 4. Schafe, 5. Geflügel, 6. Konserven, Wurst- und Fleischwaren, 7. Butter und Käse, 8. Zucker, 9. Gemüse und Obst.</p>	<p>A3: Vereinbarung über andere Lebensmittel, nebst Unterlagen a bis h</p> <p>a) Rinder, b) Schafe, c) Geflügel, d) Speck, Butter, Käse e) Fleischkonserven, Wurst- und Fleischwaren, f) Eier, g) Zucker, h) Spiritus</p>
ROHSTOFFE	<p>A7: Protokoll über die Verhandlungen der Kommission für die Ausfuhr von Rohstoffen aus der Ukraine, 21.4.1918: Holz, Flachsstroh, Flachs, Hanf, Baumwolle, Eisenerz, Manganerz, Leder, Hadern, Wolle, Alteisen</p>	<p>A2: Rohstoffe</p> <p>1. Allgemeines, 2. Einzelfragen Dringlichkeitsliste siehe Berliner Abkommen vom 21. Februar 1918</p> <p>A8: Richtlinien für die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über die Erneuerung des Wirtschaftsabkommens, B) Rohstoffe</p>	<p>A4: Vereinbarung über Rohstoffe, 9.9.1918: Holz, Flachs und Flachsstroh, Hanf, Baumwolle, Hadern und Lumpen, Wolle, Hanffabrikate, Erze, Metalle, Alteisen, Feromangan, Quecksilber, Altgummi, Häute und Felle, Tabak</p>

	VERTRAG 1	VERTRAG 2	VERTRAG 3
KOHLE, MINERAL- ÖLPRODUKTE, CHEMIKA- LIEN	<p>A11: Ergebnis der Sitzung der Kommission für Kohle, Erdöl, Chemikalien usw. vom 19.4.1918</p> <p>A12: Vereinbarung über Kohle vom 19.4.1918</p> <p>A13: Vereinbarung über die Lieferung von Mineralölprodukten vom 19.4.1918</p> <p>A14: Ergebnis der Sitzung vom 13.4.1918 über die Ausfuhr von Chemikalien und Arzneimitteln (nebst Listen für pharmazeutische Waren, pharmazeutisches Zubehör und Apparate, Anforderung der chemischen Produkte für einen Zeitraum von vier Monaten)</p>	A3: Kohlen- und Erzbergbau und Hüttenbetrieb in der Ukraine	<p>UA5A: Vereinbarung über Kohle</p> <p>UA5B: Vereinbarungen über die Lieferung von Mineralölprodukten</p> <p>UA5C: Vereinbarung über Preise der Mineralölprodukte</p>

	VERTRAG 1	VERTRAG 2	VERTRAG 3
EINFUHR, AUSFUHR, DURCHFUHR	<p>A15: Ergebnis der Sitzung der vereinigten drei Importkommissionen vom 21.4.1918</p> <p>A20: Vereinbarung über die formale Behandlung der Ausfuhrangelegenheiten</p> <p>A8: Ergebnis der Verhandlung der Warenaustauschkommision, Unterabteilung Maschinen und Geräte vom 28. März 1918</p> <p>A9: Ergebnis der Besprechung vom 13. April 1918, Ergebnis der Besprechung vom 29. März 1918 über die Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte in die Ukraine, Ergebnis der Besprechung vom 2. und 3. April über die Lieferung von Maschinen und Kleinkensenzug</p> <p>A10: Ergebnis der Verhandlungen über die Ausfuhr von Textilien</p>	<p>A4: Regelung der Transportfragen</p> <p>A7: Warenlieferungen nach der Ukraine</p> <p>A8: Richtlinien für die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über die Erneuerung des Wirtschaftsabkommens, C) Durchfuhr, D) Warenlieferung nach der Ukraine</p>	<p>A5: Vereinbarung über Wareneinfuhr</p> <p>A8: Vereinbarung über Warendurchfuhr</p>

	VERTRAG 1	VERTRAG 2	VERTRAG 3
FINANZIELLES	-----	-----	A6: Vereinbarung über Finanzen A9: Vereinbarung über Eisenbahntarife A10: Vereinbarung über Zölle

Abkürzungen:

Vertrag 1	Wirtschaftsabkommen Ukraine - Deutschland und Österreich-Ungarn, Kiew 23. April 1918 in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.
Vertrag 2	Geheimes Wirtschaftsabkommen zwischen den Mittelmächten, Berlin 27. Juli 1918 in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.
Vertrag 3	Niederschrift über ein Wirtschaftsabkommen zwischen dem Ukrainischen Staate einerseits sowie Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits für das Wirtschaftsjahr 1918/19, Kiew 10. September 1918 in: AVA, Nachlaß R. Riedel, Karton 57.
A	Anlage
UA	Unteranlage

Weitere Zahlen- und Buchstabenkombinationen bezeichnen die Paragraphen des jeweiligen Vertrages.

Index

- Afghanistan 255, 285
 Akkerman 289
 Anatolien 221
 Andrijevs'kyj, Opanas 44, 47, 48, 292, 468
 Anselme, Philippe de (General) 50, 52, 226, 227, 231, 234, 319
 Antonov-Ovsijenko, Volodymyr 58, 61, 468, 510
 Antonovyč, Dmytro 22, 48, 201, 468, 529
 Archangel'sk 192, 256, 265, 326
 Archinard, Louis 374
 Argentinien 284
 Armenien 31, 85, 222, 257, 259, 263
 Artymovyč, Ahenor 298, 468
 Arz von Straußenburg, Frhr. Arthur 105
 Aserbajdschan 193, 196, 222, 257, 259, 263
 Asowsches Meer 134, 141, 256
 Asquith, Herbert Henry 260, 468, 469
 Astrachan' 519
 Aszkenazy, Szymon 361, 369
 Athen 243, 474
 Auerstädt 215
 Aussem, Volodymyr Chrystijanovyč 177, 190, 191, 469

 Bachmač 45
 Bačyns'kyj, Julijan 173, 175, 218
 Bagge, John Picton 14, 32, 88, 226-230, 234, 235, 244, 245, 469
 Baku 270, 493, 496
 Balachowski 73
 Balachovyč-Bulak, Stanislav N. 401, 469
 Balfour, Sir Arthur James 81, 83, 114, 198, 199, 202, 310, 352, 469
 Baltikum 112, 192-196, 215, 225, 230, 250, 260, 264, 265, 268, 406, 409, 410, 426, 469, 491, 521
 Bandrivs'kyj, Volodymyr 179
 Baran, Stepan 331, 469
 Baranavičy 399
 Baranovs'kyj, Chrystofor 24, 29, 287, 470, 518
 Barclay, Sir George Head 203, 470
 Bartoszewicz, Kazimierz 88, 470
 Barvins'kyj, Oleksander 298, 470
 Batumi 246
 Bauer, Otto 230, 379, 470
 Baženov 175
 Belgien 78, 88, 262, 264, 412, 436
 Belgrad 246, 274, 290, 410, 483
 Beneš, Edvard 177, 274-276, 471
 Bereg 69, 298, 435
 Berenson, L. 405
 Berežany (Galizien) 477, 534
 Berlin 38, 54, 71, 92, 93, 103, 105, 108, 112, 114-117, 119, 120, 124, 127, 129, 134, 141, 142, 162, 165, 166, 171, 172, 175, 176, 179, 180, 190, 191, 199, 202, 213, 267, 269, 280, 295, 327, 397, 401, 411, 423, 425, 431, 469, 504, 517, 526, 534, 541
 Bern 70, 93, 105, 172, 174, 175, 179, 198, 199, 201, 202, 217, 278
 Berthélemy, J. 302, 304, 311, 312, 314-316, 319, 325, 338, 377
 Berthelot, Henri Mathias 74-77, 86, 169, 228, 229, 233, 235-238, 240, 316, 471, 533
 Bertie of Thame, Francis Leveson 81, 471
 Bessarabien 7, 28, 49, 85, 101, 120, 167, 169, 208, 217, 225, 235, 272, 283, 289, 482, 533
 Bessararbien 217
 Białystok 398, 399
 Biberovyč, Jaroslav 397
 Bibrka 303
 Bicenکو, Anastasija A. 94
 Bihari, Napoleon 178
 Bila Cerkva 44, 299, 494, 516
 Biłgoraj 110

- Bilyns'kyj, Mychajlo 48, 61, 471
 Birzula 226, 321
 Blyznjuk, Kosmas 179, 187
 Bobrinskij, Aleksej (Graf) 18, 471
 Böhmen 306, 375
 Borisov, Georgij 254, 277
 Borodajevs'kyj, Serhij 50, 471
 Borodajkevyc', Volodymyr 179
 Boryslav 197, 303, 323, 374-377, 381, 418
 Boš, Jevhenija 56, 72
 Botha, Louis (General) 306, 312, 325, 327-329, 331, 333, 337, 472
 Bowman, Isaiah 325, 327
 Bräila 110, 117, 121, 147
 Brandzan, Valerijan 181, 182, 288
 Brasilien 470
 Brätianu, Ion 208, 472, 482
 Bratislava 378
 Breiter, Ernest 401, 425, 427, 472
 Breslau 209
 Brest-Litovsk 12, 14, 15, 33-35, 38, 50, 53, 73, 79, 86, 87, 90, 92-96, 97, 98, 101, 102, 105, 106, 108, 109, 112-115, 119, 120, 124, 125, 127, 139, 146, 166-168, 170, 180, 241, 261, 290, 295, 318, 340, 396, 439, 444, 445, 448, 474, 484, 486, 489, 492, 495-497, 500, 501, 514, 518, 524, 530, 535, 536
 Briand, Aristide 374, 471, 491, 502, 509
 Briceni 155
 Brody 53, 145, 306
 Broedrich-Kurmahlen, Silvio 72
 Bruck 382
 Brunhes, Jean 71, 472
 Brusilov, Aleksej Aleksandrovič (General) 393, 533
 Brüssel (Bruxelles) 264, 472, 476, 479, 491
 Bubela, Petro 298
 Bublikov, Aleksandr Aleksandrovič 21, 472
 Bubnov, Andrej Sergeevič 59, 473
 Buchanan, George William (Sir) 81, 83, 200, 473
 Budapest 54, 117, 120, 124, 141, 142, 198, 200, 220, 326, 395, 397, 487, 491, 493, 516, 528, 531
 Budennyj, Semen 256, 290, 397, 473
 Bug 101, 155, 302, 303, 315
 Bukarest 472
 Bukarest 15, 74-76, 86, 171, 203, 207-209, 233, 239, 257, 271, 289, 311, 334, 430, 470, 474, 477, 482-485, 496, 510, 524
 Bukowina 7, 18, 20, 49, 69, 74, 96, 108, 122, 154, 155, 220, 272, 283, 295, 298, 334, 351, 352, 361, 373, 377, 397, 406-408, 436, 468, 480, 482, 485, 497, 536
 Bulgarien 82, 147, 162, 257, 290, 295, 509, 519, 531, 541
 Bulle (Schweiz) 478
 Bullitt, William Christian 257
 Bülow, Bernhard Wilhelm von 94, 474
 Bussche-Haddenhausen, Hilmar von dem 106, 474
 Bus'k (Galizien) 388
 Byč, Luka 259, 474
 Bytkiv 376, 377
 Čajkovskij, Nikolaj Vasil'evič 506
 Caricyn 256, 494
 Carton de Wiart, Adrian 270, 310, 311, 316-318, 321, 323, 539
 Čechivs'kyj, Volodymyr 48, 50, 51, 477, 506, 531
 Cecil of Chelwood, Edgard Algernon Robert (Lord) 84, 101, 260, 373, 474
 Cehel's'kyj, L'onhyn 173, 298, 474
 Čekovskij, Nikolaj 221
 Cereteli, Irakliij Georgievič 27, 473, 475
 Čerjačukin, A. (General) 259
 Černec'kyj, Antin 298, 477
 Černihiv 23, 30, 34, 136, 247, 468, 480, 481, 498, 504
 Černivci 116, 213, 283, 299, 333, 468, 495
 Čes'lavs'kij, Vasyľ 285
 Chamberlain, Austen 269

- Chamberlain, Joseph 474
- Charkiv 17, 21, 23, 30, 32, 34, 41, 56-58, 64, 66, 106, 107, 160, 161, 165, 166, 180, 189, 255, 271, 283, 404, 405, 407, 421, 431, 432, 440, 477, 489, 491, 493, 496, 500, 503, 505, 508-510, 524, 525, 535, 538, 541
- Cheľm 7, 15, 55, 101, 103, 106, 108, 113, 178, 303, 331, 339, 361, 373, 398, 487, 502, 513
- Cheľmer Land 103
- Cherson 23, 30, 58, 226, 227, 231, 237, 238, 271
- China 196, 363
- Chmel' nyc'kyj, Bohdan 10, 475
- Chodoriv 304, 319
- Cholm 15, 23, 31, 96, 101, 103
- Cholmer Frage 103, 112
- Cholmer Land 103, 108, 278, 393
- Chomenko, Ivan 178, 475
- Chotin 209
- Chrystjuk, Pavlo 22, 24, 29, 475
- Churchill, Winston 111, 215, 216, 218, 241, 242, 248, 255, 256, 269, 476
- Chust 485
- Chyryv 304
- Čičerin, Georgij Vasil' evič 217, 250, 271, 274, 275, 282, 340, 427, 477
- Clemenceau, Georges Benjamin 80, 85, 101, 215, 218, 267, 304, 308, 335, 336, 374, 476, 489, 509, 512, 520
- Clerk, George Russel 283, 476
- Coandă, Constantin 78, 88, 89, 476
- Cole, Felix 263, 476
- Constanța 52, 110, 324
- Craiova 476
- Crowe, Sir Eyre 352
- Čubar, Vlas 64, 478
- Čubyns'kyj, Mychajlo 39
- Curzon of Kedleston, Lord George Nathaniel 193, 202, 205, 218, 241, 244, 245, 255, 258, 265, 268, 280, 282, 283, 285, 340, 398, 446, 476
- Čyhyryn 475
- Čykalenko, Jevhen 22
- Čykalenko, Petro 222
- Čyns'kyj, Jevhen 478
- Čyns'kyj, Julijan 478
- Čyns'kyj, Lev 416, 424, 427, 432, 479
- Čyževs'kyj, Pavlo 175, 182, 479
- Czermin von und zu Chudenitz, Ottokar Theobald Graf 92, 94-96, 99, 100, 102-105, 107-109, 111, 113, 168, 477, 483
- Dahlenburg 145
- Dänemark 125
- Danzig 324, 351, 393, 444
- Dardanellen 476, 511, 520
- Darnycja 34, 74
- Darras, Victor (Lieutenant) 267
- Daszyński, Ignacy 479
- Davies, Joseph E. 217, 278, 479
- Davydiv (Lemberg) 472
- Decykevyc, Volodymyr 297, 479
- Del'vig, Serhij 479
- Den Haag 172, 230, 241, 246, 262, 264, 336
- Denikin, Anton (General) 14, 33, 49-52, 54, 192, 194, 200-204, 206-214, 216, 217, 219-226, 228-230, 232-243, 246-249, 253, 255-258, 262-265, 271, 272, 281, 289, 306, 392, 401, 439, 446, 448, 473, 480, 497, 504, 505, 521, 523, 533, 538
- Derby, Edward George Villiers Stanley (Lord) 192, 233, 235, 237, 240, 480
- Derevens'kyj, Semen 189
- Deutsches Reich 38, 55, 102, 112, 145, 146, 155, 329, 444
- Deutschland 19, 20, 33, 35, 36, 38, 40, 46, 74, 82, 84-86, 90, 92, 93, 95, 103, 105, 107, 109, 110, 112, 115, 117-120, 123-125, 133, 135, 138, 140, 141, 143,

- 144, 146, 153-155, 159, 161-163, 165-168, 171, 180-182, 192, 194, 199, 201-203, 205, 206, 212-215, 217, 221, 222, 227, 240, 242, 246, 255, 258, 263, 266-269, 276, 278, 288-291, 295, 304, 309, 321, 327, 329, 333, 335, 337, 351, 363, 374, 376, 378, 397, 398, 406, 407, 410-413, 429, 440-442, 444, 447, 448, 470, 504, 508, 519, 526
- Deutschösterreich 246, 379-381
- Dimitrijević 88
- Dmowski, Roman 325, 327, 330, 333, 374, 384, 440-445, 480
- Dnjepr 10, 34, 54, 253, 274, 279, 390, 516
- Dnjepr-Ukraine 17, 19, 113, 131, 241-243, 307, 309, 317, 328, 435, 436, 448, 488, 495
- Dnjester 49, 149, 155, 303, 333
- Don 101, 150, 230, 243, 259, 277, 447
- Don-Gebiet 31, 42, 75, 120, 144, 175, 193, 196, 217, 227, 494, 497, 527
- Donau 148, 225, 322, 324
- Donec'-Becken 32, 56, 57, 66, 159, 244, 256, 524
- Donec'-Kryvyj Rih-Sowjetrepublik 57, 58, 524
- Donskij, B. 482
- Dorošenko, Dmytro 22, 29, 39, 71, 181, 480
- Dorpat 508, 521, 536
- Drahoanov, Mychajlo 267, 481, 512
- Drohobyč-Boryslav 14, 303, 312, 315, 378-381, 395, 416, 418, 513, 539
- Drummond, Eric (Sir) 260, 261, 292, 349, 350, 353, 362, 369
- Duchonin, Nikolaj Nikolaevič 78, 91, 481, 494
- Dünaburg 392, 399
- Dziedzice 376, 377
- Efremov, Serhij 22-24, 71, 481
- Eichhorn, Hermann von 35, 36, 40, 137, 138, 153, 154, 270, 437, 438, 482
- Ekaterinodar 207, 225, 229, 235, 252, 255, 494
- Elsaß-Lothringen 74, 194, 436
- England 74, 81, 172, 192, 194, 200, 201, 205, 210-212, 218, 221, 235, 246, 251-255, 258, 264, 265, 274, 279, 281, 285, 302, 347, 374, 394, 403, 407, 408, 410, 418, 443, 446
- Epidinski, Leon (Graf) 311
- Estland 112, 133, 193, 196, 257, 259, 263, 281, 410, 411, 426
- Fastiv 45, 176, 220
- Fedak, Stepan 298, 482
- Fedorivka (Katerynoslav) 478
- Ferdinand I. (König von Rumänien) 75, 482
- Fernen Osten 196
- Finnland 20, 31, 58, 90, 111, 112, 192, 194, 211, 213, 225, 230, 257, 261, 264, 281, 502, 541
- Florica 472
- Foch, Ferdinand 75, 101, 239, 320, 321, 395, 431, 483
- Forgách von Ghymes und Gacs, Johann 35, 126-129, 155, 483
- Franchet d'Esperey, Louis Félix Marie François 229, 239, 483
- Francis, David Rowland 82, 89, 483
- Franko, Ivan 487
- Frankreich 32, 46, 69, 70, 72-76, 78, 79, 84-93, 167-169, 172, 180, 192, 201, 202, 211, 215, 216, 218, 221, 228, 229, 231-237, 240, 241, 248, 249, 251, 252, 263, 264, 268, 272, 274, 279, 289, 290, 295, 299, 302, 305, 306, 309, 320, 321, 325, 335, 343, 344, 361, 367, 374, 383, 384, 394-396, 401-403, 405-407, 410-412, 418, 423, 430, 432, 433, 441, 443, 446, 448, 470, 536, 538
- Franz Joseph I. (Kaiser) 441, 492
- French, Sir John Pinkstone Denton 82, 483

- Freudenberg (Oberst) 50, 226-228, 232, 234, 237, 239, 264
- Frunze, Michail Vasil'evič 411, 412
- Gaertner, Friedrich 115, 125, 127, 130, 131, 142, 155, 483
- Galați 52, 211
- Galizien 7, 18, 49, 53, 74, 101, 106, 113, 122, 123, 126, 154, 155, 166, 172, 179, 197, 278, 295, 303, 304, 314, 316, 320, 321, 323, 324, 326, 329, 331, 334, 341, 342, 344, 346, 347, 352, 355, 356, 358, 359, 361, 363, 366, 369, 370, 372, 374, 376, 385, 386, 404, 406, 412, 414, 415, 417, 423, 435, 441, 468, 470, 471, 479, 480, 484, 485, 488, 495, 497, 500, 502, 507, 515, 517, 523, 531, 533, 539
- Galizien-Lodomerien 69, 298, 346, 435
- Galizische Republik 355
- Gallipoli 521
- Gauvain, Auguste 233, 484
- Genf 175, 270, 321, 361, 363, 384, 421, 478, 481, 503, 512, 516, 531, 534
- Genocchi, Giovanni (Monsignore) 427, 429, 430, 484
- Genua 385, 388, 408, 409, 411, 413, 415
- Georgien 31, 85, 193, 195, 196, 216, 257, 259, 263, 288, 475
- Gerbel', Sergej 518
- Glebovo (Kursk) 524
- Goloby 53
- Gorbačevo-Michajlivka 160
- Goremykin, Ivan Logginovič 70, 484
- Gorki 500
- Grabski, Stanisław 374
- Grabski, Władysław 340, 484
- Grajewo 399
- Gratz, Gustav 102, 106, 109, 484
- Gregory, John D. 264, 266, 271, 284
- Griechenland 82, 285
- Grišin-Almazov, Aleksej Nikolaevič 50
- Groener, Wilhelm 35, 40, 129, 130, 180, 484
- Großbritannien 32, 69, 78, 81, 84, 85, 88, 180, 192, 194, 196, 201, 202, 206, 212, 214, 215, 217, 218, 235, 238, 240, 241, 243, 244, 246-255, 258, 262, 264, 266, 268, 269, 271, 281, 285, 291, 309, 325, 343, 344, 347-349, 395, 403, 406, 407, 412, 419, 429, 432, 469, 539
- Grünberger, Alfred 186, 484
- Gura Humorului 122
- Habsburg-Lothringen, Wilhelm Franz Joseph von 257, 312, 313, 327, 485
- Halahan, Mykola 485
- Halip, Teodot 228, 485
- Haller, Józef 205, 281, 305, 306, 315, 318, 326, 331, 335, 338, 342, 374, 384, 392, 426, 432, 443, 485
- Halyč 333, 365
- Hamarnik, Jan 59
- Hamburg 117
- Hardinge of Penhurst, Charles 224, 258, 264-266, 285, 485
- Harklowa 376
- Hartmann, Ludo Moritz 180, 486
- Hassarek, Max Frhr. 188
- Havrysevyč, Myron 187
- Helsinki 105, 211
- Hertling, Georg Frhr. von (Reichskanzler) 35
- Hindenburg, Paul von 503
- Hoare, Sir Reginald Hervey 265
- Hodgson, Sir Robert Mac Leod 285, 486
- Hoffmann, Max 20, 92, 94, 95, 99, 101, 107, 108, 486
- Holicyns'kyj, Jevhen 173, 486
- Holoby 45, 53
- Holubovyč, Sydir 172, 298, 301, 314, 315, 319, 325
- Holubovyč, Vsevolod 29, 35, 36, 96, 109, 127, 129, 168, 291, 475, 486, 488, 496, 501, 528, 529, 531
- Homel' 44, 45, 63, 392, 498
- Horthy, Miklós 180

- House, Edward Mandell 81, 82, 311, 442, 487
- Howard Robert, (Lord) 310, 318, 320, 323-325, 343
- Howard de Penrith, Sir Esmé William 258, 316-318, 323, 324, 487
- Hrekov, Oleksander 48, 50, 226, 307, 487
- Hrodna 178, 340, 444
- Hrubieszów 340, 502
- Hruševs'kyj, Mychajlo 18, 22, 23, 26, 70, 71, 73, 78, 96, 105, 170, 487, 512, 534
- Hryhoriiv, Nykyfor 242, 319, 488, 504
- Huljajpole 504
- Hus, Jan 507
- Huyn, Karl 296, 297, 479
- Hymans, Paul 264, 488
- Imčanyč'kyj 173
- Indien 211, 285
- Innsbruck 496
- Insabato, Enrico 199, 489
- Ioffe, Adol'f Abramovič 92, 94, 98, 400, 489
- Ionescu, Take 430
- Irkutsk 496
- Irland 267
- Istanbul 221
- Italien 51, 70, 74, 78, 88, 200, 205, 221, 239, 252, 255, 263, 268, 269, 288, 302, 309, 325, 343, 344, 412, 413, 429, 436, 441, 443
- Ivanov, Andrej 32, 489
- Jablonec nad Nisov 306
- Jablonné v Podještědě 277
- Jadwin, Edgar 219, 220
- Jakovliv, Andrij 173, 174, 260, 262, 264, 281, 489, 490
- Japan 74, 78, 196, 217, 252, 309, 343, 344
- Jaroslavl' 477
- Jasel'da (Fluß) 400
- Jasło 376
- Jassy 74, 77, 166, 169, 482, 529
- Jay, Peter Augustus 201, 490
- Jena 215
- Jenkins, Douglas 82, 84, 88, 89, 91
- Judenič, Nikolaj Nikolaevič 216, 469, 533
- Jugoslawien 504, 521
- Jurkevčyč, Lev (Pseudonym: L. Rybalka) 70, 490
- Juzovka 160
- Kaganovič, Lazar 478, 532
- Kaledin, Aleksej Maksimovič 75, 77, 81, 83, 84, 473, 490, 523
- Kam-janec'-Podil's'kyj 41, 49, 110, 122, 257, 272, 425, 477, 481, 486, 499, 511, 513, 522, 533, 537
- Kamenev, Lev Borisovič 94, 411, 490
- Kamjanka-Strumylova 303, 315
- Kammerer, Albert 239, 240, 491
- Kanada 204, 359, 360
- Kanal -Alunski 400
- Kandyba, Oleksander 181, 491
- Kaniv 17
- Kapkan, Jurij 24, 491
- Karachan, Lev Michajlovič 94, 405, 491
- Karl I. (Kaiser) 40, 46, 106, 109, 296, 492, 498, 539
- Karlsburg 482
- Karpaten 331, 340, 351, 497
- Karpatho-Ukraine 7, 18, 96, 98, 283, 295, 334, 420, 421, 435, 436, 440, 446, 512, 517
- Kasachstan 535
- Kasatyn 53, 219
- Kaspisches Meer 277, 447
- Katerynoslav 21, 23, 32, 41, 56-58, 159, 161, 165, 166, 216, 295, 474, 478, 480, 504, 508, 514, 515, 521, 524, 526-528
- Katz, Siegmund 179
- Kaukasische Republiken 67
- Kaukasus 20, 33, 49, 83, 101, 195, 211, 235, 237, 246, 252, 264, 277, 285, 374, 447, 484, 488, 493, 511, 528

- Kazan' 488
 Kemal, Mustafa Paşa 222, 255, 511
 Kenworthy, Joseph Montague 246, 492
 Kerenskij, Aleksandr Fedorovič 24, 27, 68,
 163, 437, 481, 492, 497, 523, 535
 Kicman' 122
 Kiew 17, 18, 20-24, 26, 27, 32, 34, 35, 38,
 40-42, 44-47, 52, 54, 56-58, 61, 64, 69,
 71, 73, 76, 78, 79, 81, 82, 84, 86, 87-91,
 93, 102-106, 108-111, 119, 122-124,
 126, 127, 130, 138-140, 143, 153, 154,
 156, 161, 164-166, 169, 170, 175, 209,
 210, 216, 217, 219, 220, 226, 229, 241,
 245, 267, 270, 271, 283, 299, 301, 302,
 308, 326, 336, 390, 392, 413, 431, 435,
 439, 449, 468, 470, 472, 473, 475,
 479-483, 486, 488-491, 494-496, 499,
 500, 502, 503, 505, 506, 508-510, 512,
 513, 515-518, 522, 523, 525, 527, 529,
 531, 536-539, 541, 542
 Kilija 148
 Kleinasien 285
 Knox, Sir Geoffry George 81, 83, 215, 493
 Kobyljans'kyj, Ljucij 221, 493
 Kocjubyns'kyj, Jurij 58, 493
 Kojdanovo 399
 Kolčak, Aleksandr 39, 192, 194, 196, 202,
 208, 224, 234, 235, 256, 264, 289, 493,
 505, 523
 Kolokol'cov, Vasilij 39, 493
 Kolomyja 323, 324
 Kongreßpolen 101, 397
 Konotop 209
 Konovalec', Jevhen 44, 182, 494
 Konstantinopel 52, 105, 148, 207, 210, 211,
 221-224, 234, 237, 280, 284, 446, 474,
 476, 493, 496, 501, 510, 522, 524, 534,
 538
 Kopenhagen 172, 174, 211, 251, 252, 262,
 263, 304
 Korfanty, Wojciech 494
 Kornilov, Lavr' Georgievič 29, 480, 490,
 494, 523
 Koroliv, Fedir 495
 Kórösmezö 333
 Korosten' 45
 Kosarenko-Kosarevyč, Vasyl' 181, 495
 Kosior, Stanisław 59, 495
 Kostjantynivka 160
 Kotljarevs'kyj, Ivan 17, 495
 Koulichère, Jacques 173, 174
 Kovalevs'kyj, Mykola 22, 77, 78, 132, 181,
 496
 Koval', Volodymyr 128, 495
 Koval's'kyj, Mykola 222, 496
 Kovel' 53, 145, 257, 390
 Kovno (Kaunas) 444
 Kozarevyč 299
 Kozjatyn 45
 Krakau 296, 297, 299, 377, 379, 503, 533
 Kramář, Karel 276, 496
 Krasin, Leonid Borisovič 251, 252, 275, 285,
 496, 500
 Krasnojarsk 500
 Krasnopera, Severyn 179
 Krasnov, Petr Nikolaevič 228, 229, 496
 Krasnystaw 110
 Krauss, Alfred 40, 147, 210, 497
 Kremenčuk 209, 283, 498
 Krim 31, 42, 44, 46, 52, 85, 101, 120, 144,
 217, 256, 504
 Krinična 160
 Krościenko 376
 Krosno 376
 Krylenko, Nikolaj Vasil'evič 481
 Kryłów 340
 Kryvyj Rih 32, 57
 Kuban'-Gebiet 23, 31, 42, 74, 175, 193, 196,
 222, 230, 243, 259, 474, 475, 480, 485,
 494, 507, 509, 515, 530
 Kučabs'kyj, Vasyl' 181
 Kühlmann, Richard von 92-95, 98, 99, 103,
 105, 108, 486, 497

- Kun, Béla 198, 200, 497
 Kupil' 122
 Kurland 111, 133, 503
 Kurmanovyč, Viktor 298, 303, 304, 497
 Kurovec', Ivan 298, 498
 Kursk 31, 61, 79
 Kutaïssi 491
 Kuz'myn 122
 Kyïv 30
- Landwehr Edler von Pragenau, Ottokar 126, 498
 Lanivci 122
 Lansing, Robert 83, 84, 89, 217, 219, 305, 310, 352, 498
 Lapčyns'kyj, Jurij 63, 66, 498
 Lausanne 175, 199, 442, 478, 536
 Lavočne 54, 375, 382
 Law, Andrew Bonar 340, 480, 499
 Laxenburg 105
 Lebid'-Jurčyk, Charyton 41, 499
 Lemberg 19, 69, 116, 121, 146, 156, 157, 186, 188, 220, 295-297, 299, 300, 302-305, 310-315, 317, 319-321, 324-326, 328, 331, 333, 335, 344-347, 358, 359, 362, 370, 377, 391, 397, 407-410, 412, 414, 416, 417, 419, 420, 422, 424, 426-429, 431, 432, 470, 472, 477, 479, 482, 487, 488, 490, 494, 499, 500, 506-508, 514-517, 522, 523, 525, 530, 533, 534, 537-539, 541
 Lemkovščina 351
 Lenin, Vladimir Iljič 26, 27, 30, 34, 55-60, 63, 76, 77, 100, 109, 114, 124, 174, 205, 248, 257, 265, 286, 397, 403, 448, 475, 490, 491, 499, 518, 519, 524, 526, 528, 530, 534, 535, 538
 Leontovyč, Volodymyr 39, 43, 499
 Lettland 31, 62, 112, 193, 196, 211, 257, 259, 261, 263, 281, 400, 410, 411, 426
 Levyc'kyj, Dmytro 174, 211, 262, 263, 499
 Levyc'kyj, Kost' 296, 297, 386, 387, 388, 390, 401, 403, 421, 433, 469, 474, 500
 Levyckyj, Mychajlo 177, 189, 290
 Levyc'kyj, Mykola 96, 108, 111, 175, 500
 Leygues, Georges 70, 500
 Limanowa 376
 Lipcani 122
 Litauen 62, 111, 193, 196, 211, 243, 257, 259, 263, 264, 271, 281, 400, 443, 468, 503
 Litvinov, Maksim Maksimovič 190, 251, 252, 496, 500
 Livland 111
 Livyc'kyj, Andrij 270, 281, 501
 Ljubyns'kyj, Mykola 96, 97, 107-109, 111, 222, 501
 Lloyd George, David 51, 82, 83, 215-218, 230, 231, 248-250, 255, 257, 258, 265-267, 274, 275, 278, 281, 285, 286, 304, 306, 308, 311, 319, 320, 327, 335, 353, 373, 397, 407, 410, 412, 415, 469, 474, 476, 480, 501, 510, 521
 Lockart 114
 London 33, 51, 83, 88, 101, 114, 170, 192, 197, 199, 200, 202, 204, 206-208, 210, 211, 213, 215, 216, 218, 219, 225, 228, 230, 234-239, 241, 243, 246, 250-254, 258, 260, 262, 266-269, 272, 278-283, 285, 286, 289, 290, 309, 336, 347, 354, 403, 422, 433, 442, 446, 447, 534, 539, 541
 Loraine, Percy Lyham (Sir) 282, 501
 Lord, Robert Howard 310, 318, 320, 323-325, 343
 Losovaja 176
 Los'ky, Kost' 39, 175, 176, 339, 502
 Lothringen 74
 Lotoc'kyj, Oleksander 29, 43, 221, 222, 224, 502
 Loucheur, Louis 215, 216, 218, 502
 Lozova 160

- Lozyns'kyj, Mychajlo 298, 300, 314, 326,
 331-333, 335
 Lublin 157, 257
 Lubny 17
 Lubomirski, Andrzej (Fürst) 311
 Lucenko, Ivan 24, 503
 Luckevyč, Marko 425, 429
 Luc'k 305, 390, 494
 Ludendorff, Erich 106, 217, 503
 Lukasevyč, Jevhen 174, 175, 503
 Lukavec' (Bukowina) 536
 Luniniec 399
 Lüttich 503
 Luzern 363
 Lypyns'kyj, V'jačeslav 299, 503, 529
 Lyzohub, Fedir 39, 493, 499, 504, 527
 L'vov, Georgij Evgen'evič (Fürst) 27, 308,
 492, 498, 506

 Machno, Nestor 216, 283, 288, 291, 401,
 504
 Macijevyč, Kost' 207, 208, 213, 505
 Mackinder, Sir Halford John 216
 Makarenko, Andrij 44, 47, 181, 252, 271,
 292, 505
 Makijivka 160
 Maklakov, Vasilij Alekseevič 81, 505, 506
 Makuch, Ivan 298, 506
 Mali Myn'ky 291
 Mannerheim, Carl Gustav Emil Frhr. von
 216
 Máramaros 69, 298, 435
 Marek, Ferdinand 177, 506
 Marghiloman, Alexandru 476, 482
 Margolin, Arnold 50, 51, 173, 197, 228,
 258-261, 264-266, 268, 269, 271, 272,
 278, 280-282, 308, 361, 506
 Margulies, Joseph 206
 Mariupol' 245
 Martos, Borys 24, 29, 48, 496, 506
 Martynec', Mychajlo 298, 507
 Marynopil' 376, 378

 Marynovyč, Mykola 297, 507
 Masaryk, Tomáš Garrigue 88, 90, 177, 421,
 422, 445, 471, 507, 531
 Masyr 392
 Matjušenko, Borys 48, 507
 Matuševs'kyj, Fedir 243, 508
 Mazepa, Isaak 50, 54, 226, 258, 261, 390,
 476, 496, 508, 529
 Mazurenko, Jurij 66, 508
 Medvedev 107
 Melenevs'kyj, Marijan 253, 254, 268, 269
 Mexiko 535
 Michałowski, Zygmunt 210, 509
 Michigan 368
 Michnovs'kyj, Mykola 24, 25, 509
 Mickiewicz, Mieczysław 29, 509
 Międzyrzec Podlaski 110
 Mielnik 110
 Millerand, Alexandre 401, 509
 Milner, Lord Alfred 84, 101, 509
 Minsk 393, 399, 432, 444
 Mitau 521
 Mittlerer Osten 82
 Mohyliv-Podil's'kyj 155
 Moldawien 31
 Montagna, Giulio Cesare 317, 321, 324, 510
 Montagu, Edwin Samuel 255
 Montenegro 436
 Mór 539
 Moskau 22, 34, 35, 49, 59, 62, 64, 66, 67,
 70, 82, 83, 91, 112, 189, 190, 198, 230,
 250-252, 254-256, 261, 264, 285, 286,
 291, 326, 389, 394, 399, 426, 427, 431,
 432, 440, 445, 473, 479, 488, 496, 497,
 500, 501, 505, 513, 515, 518, 519, 521,
 524, 526, 535, 538, 542
 Mšanec' 377
 Mukačeve 54
 Mumm von Schwarzenstein, Alfons Frhr. 35,
 36, 127, 510
 München 469, 481

- Murav'ev, Michail 34, 57, 104, 106, 494, 510
 Murmansk 256
 Mussolini, Benito 489
 Mycjuk, Oleksander 48, 511
 Mykolajiv 49, 56, 169, 226, 227, 231, 233, 234, 237, 238, 245, 271, 282, 303
 Myron 298
 Myropil' 257
 Myšuha, Luka 173, 401, 511

 Nahajevs'kyj 296, 297, 299
 Napoleon, Bonaparte 215
 Narutowicz, Gabriel 419, 511
 Narva 112
 Naumenko, Volodymyr 22, 511
 Nazaruk, Osyp 230, 299, 388, 401, 425
 Niederlande 125, 202, 262
 Niemirów 340
 Niessel, Henri Albert 73-76, 87, 90, 315, 318, 320-323
 Nikitivka 160
 Nikolaus II. (Zar) 525
 Nikovs'kyj, Andrij 281, 285, 512
 Nitti, Francesco Saverio 473
 Nižnij Novgorod 496, 508
 Nižyn 41, 518
 Nogin, Viktor Pavlovič 251, 252
 Nordamerika 249
 Nordbessarabien 155
 Nordbukowina 98, 101, 166, 440, 446, 517
 Nordkaukasus 193, 196, 259
 Nordrußland 117, 230, 268, 408, 409
 Nordural 503
 Norwegen 125, 175, 339, 502
 Noske, Gustav 180
 Noulens, Joseph 71, 73, 75, 76, 169, 170, 310, 317, 318, 320, 321, 323, 324, 378, 512
 Novakovs'kyj, Mychajlo 177, 512
 Novhorod 209
 Novočerkassk 256
 Novopavlivka 160
 Novorossijsk 52, 246, 252, 255
 Novoselivka 160
 Novoselycja 145
 Nowak, Julian Ignacy 512

 Oberschlesien 290, 403, 423
 Oberučev, Konstantin 22, 513
 Ochrymovyč 432
 Odessa 17, 32, 41, 45, 46, 49-52, 56-58, 81, 90, 122, 123, 134, 140, 161, 164-167, 169, 170, 203, 204, 216, 217, 224, 226-229, 231, 233, 234, 236, 237, 239, 240, 244-247, 253, 259, 271, 299, 319-321, 326, 389, 446, 469, 472, 489, 498, 503, 512, 514, 519, 526, 536
 Odyneč, Dmitrij 29
 Ohijenko, Ivan 48, 513
 Okolowicz, J. 360
 Oleksandrijevka, Oksana 222
 Oleksandrivka 160, 245
 Olesnyc'kyj, Jaroslav 213, 282, 513
 O'Malley, Sir Owen St. Clair 251, 513
 Omeljanovyč-Pavlenko, Mychajlo 209, 304, 311, 315, 322, 325, 327, 514
 Omsk 192, 215, 486, 493
 Oriv 377
 Orlando, Vittorio Emanuele 304, 308, 489, 514
 Orşova 378
 Ostapenko, Serhij 48, 51, 96, 108, 226, 290, 505, 514
 Österreich 33, 40, 46, 70, 74, 101, 102, 105, 117, 123, 124, 128, 129, 143, 155, 167, 168, 172, 180, 184-186, 188, 190, 191, 198, 202, 203, 219, 221, 225, 227, 246, 255, 275, 288, 330, 374, 382, 406, 408, 410, 414, 417, 423, 431, 441, 448, 490, 492, 493, 504, 506, 522
 Österreich-Ungarn 19, 20, 33, 69, 74, 82, 90, 91, 95, 96, 98, 101-103, 109-113, 115, 118-120, 123-125, 133, 135, 140, 141,

- 153-155, 159, 161-165, 167, 179, 183, 263, 276, 291, 295, 296, 323, 338, 375, 376, 386, 388, 423, 435, 441, 442, 472, 489, 492, 507, 516
- Ostgalizien 18-20, 52, 96, 98, 103, 108, 166, 178, 185, 186, 198, 201, 271, 272, 277, 279, 281, 295-297, 299, 300, 303, 305, 306, 309-311, 313, 316-318, 321-333, 335-355, 358-367, 369-377, 379, 382, 384-388, 391, 392, 397-404, 406-409, 412-433, 436, 440-442, 444, 447, 448, 478, 500, 514
- Ostpreußen 192, 215, 503
- Ostsee 194, 253, 351
- Ostukraine 52, 61, 70, 301, 302, 306, 307, 339, 387, 389
- Ostukrainische Volksrepublik 317
- Paderewski, Ignacy Jan 306, 311, 325-327, 335, 337, 348, 374, 395, 396, 442, 443, 445, 514
- Painlevé, Paul 70, 71, 514
- Paléologue, Maurice 70, 81, 171, 514
- Pančenko, Mychajlo 62, 515
- Panejko, Vasyl' 174, 298, 308, 326, 333, 336, 337, 343, 346, 515
- Pardubice 378
- Paris 30, 33, 50, 51, 75-77, 79, 81, 83-85, 88-90, 101, 114, 166-168, 170, 171, 172, 173, 174, 177, 196, 201-203, 205, 211, 215, 216, 219, 220, 228, 233, 235-239, 258-260, 266, 267, 272, 274, 285, 289, 298, 306, 308-310, 313-315, 318, 320, 321, 324-326, 328, 331-336, 340, 341, 343, 354, 361, 374, 375, 379, 384, 385, 392, 395, 396, 401, 403, 409, 410, 441-443, 447, 470-472, 480, 487, 504-506, 516, 523, 531, 532, 535, 536, 539
- Parypsy 220
- Pasična 377
- Peipus-See 274
- Péllissier, Jean 70, 71, 73, 169, 171, 233, 267
- Pennsylvania 360, 361
- Perehins'ke 377
- Perejaslav 203, 475
- Perekop 265
- Perfec'kyj, Roman 388
- Perm' 472
- Peter der Große 194
- Petljura, Symon 13, 22, 24, 25, 29, 43-45, 47, 48, 50, 51, 54, 55, 66, 70, 73, 74, 77, 172, 178-180, 191, 193, 200, 203-206, 209-211, 214, 219, 220, 222, 224-226, 228, 229, 232, 233, 242, 257, 258, 262-264, 266, 267, 269-271, 273, 277-279, 282, 283, 287, 288, 291, 302, 305, 311, 319, 321, 389-393, 397, 401, 410, 439, 447, 469, 473, 494, 504, 511, 515, 517
- Petrograd 20, 21, 24-28, 30, 31, 35, 56
- Petrovice 414
- Petruševyč, Jevhen 177, 180, 182-184, 187, 191, 197, 203, 204, 209, 241, 257, 271, 272, 295, 298, 300, 302, 306, 307, 310, 319, 357-359, 361, 362, 364, 365, 367-369, 371-373, 385, 388, 389, 391, 397, 402, 409, 414, 416, 420, 423, 425, 427, 429, 431, 432, 447, 472, 475, 494, 500, 516, 517
- Pichon, Stéphan 85, 86, 101, 170, 172, 238, 308, 310, 336, 374, 384, 471, 517
- Pidvoločys'k 122, 161
- Pierre 230
- Piłsudski, Józef 45, 55, 216, 270, 272, 273, 277, 279, 283, 290, 305, 323, 335-337, 389, 392, 393, 396, 400, 406, 408, 414, 425, 433, 443, 447, 517
- Poděbrady 474, 486, 490, 505, 507, 508, 511, 523, 527, 528, 530
- Podlassien 7, 23, 339, 361, 373, 513
- Podolien 23, 30, 34, 58, 126, 278, 283, 389, 475
- Podwołoczyska 414

- Poincaré, Raymond 407, 408, 411
 Pokrovs'kyj, Andrij 94, 518
 Polen 20, 33, 46, 51, 52, 54, 55, 58, 68, 88, 97, 101, 103, 117, 121, 122, 174, 175, 178, 179, 184-186, 192, 198-202, 206, 210-212, 214-216, 219, 225, 227, 230, 242, 243, 250, 254, 255, 257, 261, 262, 264-266, 268-274, 276-279, 281-284, 288-290, 299, 306, 309, 310, 318-320, 322-324, 326, 327, 330-333, 335-338, 340-344, 346-351, 353-355, 360-366, 371-375, 377, 378, 382, 384-386, 389-408, 410-412, 414, 415, 418-421, 423, 426-433, 436, 439-444, 447, 468-470, 479, 480, 484, 487, 489, 491, 492, 499, 501, 503, 504, 510, 512, 513, 532, 539
 Polesien 23, 55, 96, 101, 339, 373, 402
 Polnisch-Galizien 379
 Polnisch-Wolhynien 431, 432
 Poloz, Mychajlo 62, 96
 Poltava 17, 23, 30, 32, 39, 41, 283, 314, 479, 504, 507, 510, 514, 515, 525, 530, 534
 Popov, Mykola 184
 Porš, Mykola 70, 130, 136, 176, 199, 267, 268, 518
 Posen 319-321, 329, 400, 536
 Postyšev, Pavel 526
 Potocki, Maurycy 273
 Potocki, Roman 273
 Povors' 45
 Prag 164, 177, 186, 190, 269, 274-276, 283, 287, 358, 421, 422, 468, 471, 472, 477, 481, 485, 488, 490, 491, 494, 499, 502, 503, 505, 507, 508, 511, 512, 514, 522, 523, 527, 531, 532, 538, 541
 Preußen 215, 444
 Prichodko, Vasyľ 222
 Prinkipo 257, 265, 308
 Prokopovyč, V'jačeslav 470, 503, 512
 Proskurivka 257
 Prut 155
 Pružany 110
 Pryluky 17
 Przemysł 303, 304, 312, 315, 319, 325, 340, 355
 Pskov 469
 Puchaczów 110
 P'jatakov, Georgij 13, 24, 27, 56, 61, 517, 518
 Radechiv 511
 Radoslavov, Vasyľ Chrystov 94
 Radzyn' Podlaski 110
 Rafes, Mojsej 29, 71, 518
 Rakovs'kyj, Chrystyjan 13, 61, 65, 180, 189, 190, 198, 255, 275, 283, 287, 390, 413, 427, 431, 518, 519, 532
 Rasputin, Grigorij Efimovič 521
 Rattegan, Frank 208, 211
 Rava-Rus'ka 340
 Rejsin, Il'ja 190
 Renner, Martin 230, 231, 246, 519
 Reval 284, 501
 Rhein 321
 Riedel, Richard 9, 125, 519
 Riga 54, 88, 282, 354, 359, 369, 399, 401, 402, 410, 412, 413, 415, 427, 511, 526, 532
 Ripne 377
 Rivne 49, 53, 393, 399
 Rjazan' 523
 Robeck de, Sir John Michael 207, 520
 Robertson, Sir William Robert 82, 520, 521
 Rodzjanko, Michail 21, 521
 Rohoza, A. 39
 Rohrbach, Karl Albert Paul 71, 72, 438, 439, 444, 521
 Rom 88, 199-201, 442, 447
 Romny 209
 Rosenberg, Frederic Hans von 92, 94, 107, 521
 Rostov-na-Donu 252, 256

- Roumanille, Joseph 267, 522
 Rozwadowski, Tadeusz 241, 325, 329, 330
 Rudnyc'kyj, Ivan 71, 522
 Rumänien 33, 51, 68, 70, 74-76, 78, 79,
 81-85, 87, 88, 90, 93, 112, 125, 147,
 153, 169, 198, 208-210, 212, 214, 257,
 262, 264, 269, 272, 289, 291, 299, 320,
 322-325, 327, 330, 333, 374, 377,
 406-408, 430, 436, 441, 472, 479, 482,
 483, 485, 490, 497, 505, 519, 521, 523
 Rumbold, Sir Horace George Montague 243,
 262, 270, 522
 Rusova, Sofija 41, 522
 Russell, Sir Odo William Theophilus Villiers
 278, 522
 Rußland 8, 10, 14, 17, 18, 20, 22-24, 26, 27,
 30, 33, 35, 38, 49, 56, 58, 61-65, 67,
 69-73, 75-77, 80-84, 85, 87, 89, 91, 93,
 95, 97, 100-102, 104-106, 109-120, 123,
 124, 133, 138, 146, 153, 154, 167-169,
 171, 172, 175, 178, 183, 192-196, 203,
 207, 208, 210, 212, 213, 215-219, 221,
 222, 224, 225, 227-230, 233, 235, 238,
 240, 242, 243, 245-247, 249, 250,
 252-256, 258-260, 262, 265-268,
 272-276, 278, 281, 284-287, 289-291,
 308, 309, 318-320, 327, 333, 338, 351,
 352, 361, 366, 376, 377, 389, 393, 394,
 396-402, 405-411, 413, 414, 421,
 429-432, 435-437, 440-444, 447-449,
 469, 472, 486, 490, 493, 500, 503, 505,
 507, 509, 515, 518, 520, 521, 527, 529,
 530, 534-536, 538, 540
 Ryden 219
 Ržepec'kyj, A. 39, 41
 Šachraj, Vasyľ 58, 59, 530
 Sadovs'kyj, Valentyn 29, 523
 Saint-Aulaire, Charles de 74, 75, 86, 523
 Saint-Germain 185, 344, 355, 402, 420, 421,
 431
 Sakenikov 174
 Sambir 333, 374
 San 302, 303, 311, 315, 325, 331, 351
 San Remo 251, 260
 San Stefano 87
 Sapiha, Eustachy Kajetan 216, 403, 523
 Šapoval, Mykyta 22, 48, 530
 Sarajevo 492
 Saratov 505
 Sarnaki 110
 Sarny 45, 399
 Sáros 298, 435
 Satoraljauhely 378
 Savinkov, Boris Viktorovič 211, 216, 234,
 236, 282, 415, 523
 Sazonov, Sergej Dmitrievič 224, 225, 227,
 308, 506, 509, 523
 Ščerbačev, Dmitrij Grigor'evič 75, 78, 532
 Schlesien 444
 Schwarzes Meer 119, 134, 141, 147, 167, 212,
 240, 253, 256, 260, 264, 268, 271, 285,
 336, 351, 406, 436
 Schweden 125, 175, 339, 359, 362, 501, 502
 Schweiz 125, 175, 199, 202, 233, 243, 394,
 402, 442, 478
 Scialoja, Vittorio 260, 473, 524
 Seidler von Feuchtenegg, Ernst Ritter 105,
 111, 147
 Selby, Sir Walford Harmood Montague 197,
 239, 240, 258, 524
 Selezinka, Jaroslav 388
 Šeluchyn, Serhij 182, 531
 Semenyv, Oleksander 178
 Šeptyc'kyj, Andrej 219, 220, 339, 409, 429,
 475, 530
 Serbien 74, 78, 88, 436, 441, 524, 538
 Sergeev, Fedor (Artem) 32, 524
 Sevastopil' 44, 58
 Ševčenko, Taras 17, 21, 531
 Sèvres 511
 Sevrjuk, Oleksander 96, 104, 105, 107, 108,
 111, 172, 176, 199, 243, 524
 Sforza, Carlo 255, 473, 524

- Sibirien 66, 114, 195, 217, 230, 231, 250, 259, 326, 394, 475, 487, 490, 493, 528, 534
- Sičynski, Myroslav 180
- Šidnycja 377
- Siebenbürgen 74, 220, 482
- Sijak, Ivan 184, 525
- Silberfarb, Moses 29, 525
- Simbirsk 18, 488
- Singalevyč, Volodymyr 179, 185-188, 389, 525
- Siret 122
- Şireuţi 155
- Skalat 512
- Skirmunt, Konstany 442, 525
- Skoropads'kyj, Pavlo 12, 36-38, 41-44, 47, 55, 151, 170, 174, 176, 180, 225, 226, 232, 241, 243, 268, 278, 299, 384, 437, 481, 484, 504, 516, 525
- Skrypnyk, Mykola 58, 59, 526, 542
- Slabčenko, Mychajlo 48, 526
- Slavins'kyj, Maksym 43, 177, 275, 421, 527
- Šlichter, Oleksander 188
- Sloboda-Ukraine 516
- Slov'jans'k 160
- Slowakei 407, 512
- Smal'-Stoc'kyj, Roman 176, 177, 403, 423, 527
- Smila (Kiev) 471
- Smolensk 167, 394
- Smotryč 122
- Sofia 105, 473, 481, 483, 485, 515
- Sokol'nikov, Grigorij Ja. 94
- Sokovyč, Jevhen 175, 528
- Soloveckij-Inseln 477, 479, 512, 526, 532
- Solovij, Volodymyr 174, 528
- Solovyk, Vladymyr 174
- Sonnino, Giorgio Sydney 310, 352, 524, 528
- Sowjetrußland 29, 35, 42, 52, 62, 65, 182, 188, 189, 217, 250, 257, 264, 269, 271, 274, 284, 286, 289, 312, 340, 387, 394, 396, 397, 400, 401, 404-407, 410, 411, 415, 430, 492, 496, 500, 511, 527, 531
- Sowjetukraine 65, 184, 275, 280, 282, 284, 288, 388, 398, 399, 404, 405, 411-413, 415, 416, 421, 425, 429, 431, 446, 478, 493, 503, 519, 532, 538
- Sowjetunion 13, 65, 67, 188-191, 319, 362, 428, 433, 448, 449, 469, 473, 474, 480, 485, 492, 499, 501, 505, 519, 523, 535
- Spa 260, 281, 354
- Spears, Edward Louis 241, 528
- St. Petersburg 71, 73, 75, 76, 78, 81, 82, 84, 90-92, 101, 106, 107, 112, 114, 127, 171, 194, 230, 310, 441, 471, 473, 475, 478, 480, 482, 483, 485, 487, 490-492, 495-497, 502, 505, 508, 510, 512, 515, 517, 522, 523, 525-528, 531, 535, 537
- Stalin, Iosif Vissarionovič 49, 57, 60, 491, 492, 519, 526, 528, 532, 535
- Stalingrad 256
- Stanislav 303, 305, 306, 391, 415-417, 419
- Stanyslaviv 300, 301, 333, 485, 517, 530, 537
- Starokostjantyniv 257
- Stasiv, Ivan 528
- Stasjuk, Mykola 29, 528
- Stebnyc'ky, Petroj 29, 43
- Stepanenko, Arkadij 283, 529
- Stešenko, Ivan 24, 29, 529
- Stochid 53
- Stockholm 92-94, 98, 105, 171, 172, 175, 176, 210, 305, 339
- Storck 290
- Stryj 54, 303, 315, 333, 374, 382, 422
- Styr 333, 390, 400
- Suceava 122, 181
- Šuchevyč, Volodymyr 299
- Süd-Kaukasus 230
- Südrußland 125, 216, 246, 414
- Šul'hyn, Oleksander 29, 71, 73, 74, 77, 79, 80, 84, 87, 88, 91, 93, 96, 109, 292, 308, 328, 361, 528, 531

- Šums'kyj, Oleksander 62, 184, 405, 478, 532
 Švec', Fedir 44, 47, 271, 292, 532
 Sydorenko, Hryhorij 48, 96, 172, 178, 181,
 201, 258, 272, 308, 325, 326, 328, 529
 Szczary 400
 Szczepczeszyn 110
 Szepes 298, 435
- Tabouis, Georges 14, 32, 73, 74, 76-80, 84,
 86-90, 169, 170, 317, 533
 Taganrog 59, 160, 252, 255, 256, 526, 542
 Talât Paşa, Mehmed 94, 508
 Tardieu, André 216, 218, 533
 Tarnogród 110
 Tarnopil' 412
 Tarnów 281, 288, 479, 513, 523
 Tarnowski, Adam 97
 Taurien 23, 30, 58, 120
 Temnyc'kyj, Volodymyr 202, 314, 533
 Ternopil' 53, 54, 145, 288, 300, 305, 417,
 419, 542
 Teschen 124, 274, 276, 320
 Thwaites, Sir William 205, 224, 229
 Tiflis 82, 475, 487
 Tileagd 378
 Tiraspol 226
 Tjutjunnyk, Vasyl' 533
 Tokarževs'kyj-Karaševyč, Jan 222, 534
 Tomašivs'kyj, Stepan 178, 343, 366, 534
 Tomsk 491, 529
 Trenčín 277
 Trockij, Lev Davidovič 30, 61, 97-100,
 105-109, 114, 170, 198, 267, 412, 431,
 444, 489, 491, 518, 534
 Troc'kyj, Mykola 178, 534
 Truskavec' 377
 Trzebinia 376, 378
 Tschechoslowakei 68, 88, 177, 179, 186, 192,
 255, 257, 269, 273, 275-277, 282, 306,
 388, 406, 407, 420, 422, 423, 430, 432,
 440, 441, 468, 470, 471, 485, 486, 493,
 496, 505-508, 523, 531
- Tuhan-Baranovs'kyj, Mychajlo 29, 41, 76,
 535
 Tula 498
 Tul'čyn 52
 Turka 303
 Türkei 33, 82, 147, 162, 224, 509, 511
 Tusar, Vlastimil 177, 535
 Tustanovyči 374, 376, 377, 381
 Tymošenko, Volodymyr 136, 535
 Tyškevyč, Mychajlo 177, 178, 260, 272, 281,
 536
- Ugocsa 298, 435
 Ukraine 81, 111, 116, 193, 264, 444
 Ukrainische Sowjetrepublik 440
 Ukrainische Volksrepublik 256, 261, 271,
 267, 275, 282, 284, 288, 301, 314, 338,
 340, 391, 436, 437, 440, 446, 478
 Ung 69, 298, 435
 Ungarn 53, 102, 105, 123, 143, 144, 155, 180,
 198-201, 246, 278, 290, 321, 327, 351,
 375, 410, 430, 441, 484, 485, 492, 497,
 501, 509, 513, 539
 Ural 230, 518
 Uryč 374, 377
 USA 13, 51, 69, 74, 85, 88, 89, 91, 173, 194,
 196, 205, 217, 233, 239, 252, 254, 274,
 286, 299, 302, 304, 309, 325, 343, 344,
 353, 359, 361, 376, 395, 403, 409, 442,
 443, 489, 522, 535
 Ustiluh 340
 Ustrzyki 378
 Uža 422
 Užhorod 307, 421, 541
- Vašktivci 122
 Vasylenko, Mykola 39, 536
 Vasyl'ko, Mykola 127, 175, 179-181,
 197-202, 211, 260, 268, 272, 281, 291,
 407-409, 446, 447, 536
 Venizelos, Eleutherios 260, 537
 Verdun 87

- Versailles 85, 480
 Vilnius 273, 389, 399, 403, 406, 412, 444
 Vinnycja 49, 53, 254, 472, 487
 Višnitser 272
 Vitošyns'kyj, Ajtal' 276, 538
 Vitovs'kyj, Dmytro 295, 298, 326, 331, 333,
 337, 537
 Vladivostok 486
 Volodymyr-Volyns'kyj 297, 390
 Voronež 31
 Vrangel', Petr Nikolaevič 216, 217, 280, 401,
 410, 469, 473, 480, 504-506, 523
 Vyhana skae Vozera 110
 Vynnyčenko, Volodymyr 22-26, 29, 30, 33,
 43, 44, 47, 48, 50, 51, 55, 70, 71, 73, 79,
 80, 87, 96, 180, 228, 229, 233, 267, 282,
 496, 509, 516, 518, 523, 529, 538
 Vysokae 110
 Vytvyč'kyj, Stepan 298, 314, 363, 364, 421,
 538

 Wager 189
 Waldeck 123
 Warschau 177, 184, 186, 199, 210, 216, 219,
 224, 241, 254, 257, 262, 263, 266,
 271-274, 277, 279, 282, 288, 290, 305,
 317, 318, 326, 345-347, 353, 359, 369,
 378, 380, 389, 390, 393, 394, 396, 397,
 399, 400, 403, 405, 406, 408, 410, 413,
 414, 417, 420, 423, 426, 430, 433, 439,
 447, 480, 485, 490, 496, 501-503, 512,
 516, 522, 525, 539
 Washington 88, 89, 179, 218, 219, 222, 273,
 309, 313, 368, 393, 394, 404, 478
 Weissmann 175, 199-202
 Weißrußland 63, 67, 112, 193, 196, 211, 227,
 243, 259, 273, 389, 400-402, 436, 443,
 449, 469
 Wekerle, Sándor 105, 539
 Westgalizien 20, 299, 376, 404
 Westpreußen 444
 Westukraine 52, 243, 271, 277, 291, 302, 306,
 339, 374, 380-382, 389, 397, 401, 402,
 409
 Westukrainische Volksrepublik 13, 14,
 176-179, 184-187, 190, 296, 298,
 301-303, 305, 306, 313, 340, 379-381,
 388, 389, 391, 446
 Westwolyhynien 402
 Wien 46, 70, 102, 104, 105, 113, 114,
 116-121, 124, 126, 127, 129, 130, 134,
 141, 142, 164, 165, 167, 172, 178, 179,
 181-184, 187, 188, 190, 199-202, 220,
 268, 271, 275-277, 287, 288, 292, 295,
 296, 299, 307, 317, 322, 326, 331, 339,
 364, 375, 379-382, 384, 388-391, 409,
 413, 414, 416, 423, 427, 428, 431, 446,
 447, 468-470, 472, 479, 481, 491, 495,
 500, 507, 511, 516, 517, 519, 522, 523,
 529, 533-536, 538, 539, 541
 Wierprz 101
 Wilhelm II. (Deutscher Kaiser) 105, 539
 Wilson, Henry James Lane 82, 540
 Wilson, Sir Henry Hughes 539
 Wilson, Thomas Woodrow 81, 82, 89, 91,
 114, 201, 217, 231, 242, 257, 300,
 304-306, 308-311, 325, 326, 335, 436,
 442, 471, 487, 540
 Wimmer, Ferdinand Frhr. von 126, 129-131
 Wise, Edward Frank 249-251, 266, 448, 540
 Witos, Wincenty 414, 540
 Wojciechowski, Stanislaw 540
 Wolf, Lucien 260, 540
 Wolyhynien 23, 30, 34, 49, 55, 122, 178, 271,
 278, 361, 373, 389, 435, 444, 506
 Wurzian, Eugen von 190, 407, 408, 410, 414,
 415, 541

 Zales'kyj, Petro 243, 541
 Zaliznjak, Mykola 105, 541
 Zalozec'kyj-Sas, Volodymyr 178, 179, 541
 Zamość 331
 Zamoyski, Maurycy (Graf) 442
 Zangwill, Israel 260, 541

Zaporižžja 42

Zastavna 122

Zatons'kyj, Volodymyr 24, 59, 541

Zboriv 412

Zbruč 35, 198, 306, 307, 311, 336, 338, 342,
389, 390, 399, 400, 404, 412, 416, 506,
517

Zdolbuniv 53

Zemplén 298, 435

Zinov'ev, Grigorij E. 491

Zoločiv 412, 514

Zolota Lypa 333

Žowkwa 368

Žytomyr 34